

Das freie Wort

Carl Saenger, Max Henning


BRIS
HANS
NTERFELD

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift

für

Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens

begründet von

Carl Saenger

herausgegeben von

Max Henning.

III. Jahrgang.

Frankfurt a. M.

Neuer Frankfurter Verlag G. m. b. H.

1904.

Inhalt des dritten Jahrgangs.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 1. Erstes Aprilheft 1903. III. Jahrg.

Die Pflichten des Reichtums.

Die Kultur-Entwickelung hat die Menschheit über unzählige Schlachtfelder, durch Glaubenskämpfe und Revolutionen aus geistiger Nacht zu lichten Höhen der Erkenntnis, aus Barbarei zur Gesittung, aus der Gebundenheit zur Freiheit geführt — aber wenn man näher zusieht, haben die Menschen stets nur ihre Herren gewechselt. Sie zittern nicht mehr vor dem Zorn der Götter, die den Blitzstrahl von ihren Wolkensitzen niedersenden, nicht mehr vor den Launen despotischer Tyrannen, erbarmungsloser Sklavenhalter oder einer allmächtigen Priesterschaft, aber ein Bedränger, der ihnen häufig schlimmer und erbarmungsloser gegenübertritt als alle Herren der Vergangenheit, ist ihnen in der wirtschaftlichen Not erstanden. Weitaus der größte Teil aller Menschen sieht sich zeitlebens von der Möglichkeit bedroht in Armut zu versinken und diese Perspektive genügt, um ein fieberhaftes Hasten nach Besitz hervorzurufen, von dem wir denn auch alles um uns her beherrscht sehen. Wenn wir unseren Blick über diesen Wettlauf nach materiellen Gütern schweifen lassen, über diesen Jahrmarkt, wo Gesundheit und Glück, Schönheit, Tugend, Kraft und Weisheit für nichts geachtet werden, wo der Besitz alles gilt, da möchte uns wohl ein Zorngefühl überkommen über die entarteten Zeitgenossen, die alles Hohe, Edle und Große in der Welt dem „Mammon“ opfern, um mit den Worten der Schrift zu sprechen. Wenn wir aber die Dinge ohne Voreingenommenheit betrachten, können wir nicht umhin diesen sich abmühenden Menschen recht zu geben, indem in unserer „Kulturwelt“ Armut ein solches Unglück ist, daß man niemand zumuten kann, irgend ein Mittel unversucht zu lassen, das dieses Unglück abzuwenden vermöchte. Denn man bedenke, daß Armut nicht nur Verzicht auf alle

Genüsse des Daseins bedeutet — was starke Geister noch ertragen könnten — sondern viel Schlimmeres als das: arm sein heißt auch unter Umständen: geliebte Kinder in feuchten Wohnungen dahinsiechen sehen, arm sein bedeutet auch sich vor niedrigen Menschen demütigen, Schurken schmeicheln zu müssen, von der zum Schutz für Alle eingesetzten Obrigkeit mißhandelt werden — reiche Anlagen nicht ausbilden können; Armut heißt auch oft: früh sterben müssen in Elend und Schande.

Es kann uns, zumal wenn wir auch noch das Streben nach den Freuden des Lebens in Betracht ziehen, die sich bei Armut von selbst verbieten, gewiß nicht wundernehmen, daß die meisten Menschen von früher Jugend bis ins Greisenalter von dem Gedanken nach Erwerb erfüllt sind, daß wir sie rastlos schaffen und wirken sehen, um ihr Dasein materiell zu sichern. Aber das erklärt dennoch die schier wahnsinnige Sucht nach Besitz nicht allein, welche unserem Zeitalter sein charakteristisches Gepräge aufdrückt. Diese Sucht können wir erst in ihrem wahren Wesen begreifen, wenn wir uns vergegenwärtigen, welche unermeßlichen Vorteile der Reiche heute durch seinen Reichtum genießt, wenn wir uns klar machen, was „reich sein" in der heutigen Kulturwelt sagen will. Es bedeutet kurz ausgedrückt: ein Maximum von Rechten und ein Minimum von Pflichten. In Epochen der Vergangenheit hat ebenfalls der Besitz große Vorrechte gewährt, aber erst mußten die ungeheueren Fortschritte der Technik und der Wissenschaft erreicht werden, bevor er zu jener ausschlaggebenden Macht gelangen konnte, vor der die Mehrzahl der anderen Lebensmächte erbleichen. Es genügt, einige wenige Tatsachen anzuführen, um die Wahrheit dieser Behauptung zu zeigen. Wer über die genügenden Mittel verfügt, ist — allgemein gesprochen — in der Wahl seines Wohnortes völlig frei. Er kann in die große Stadt ziehen, wo er prächtige Häuser mit allen erdenklichen Bequemlichkeiten in gesündester Lage für sich bereit findet. Er kann Museen, Theater und Konzerte besuchen, wenn es seinen Neigungen entspricht, oder auch für sich leben, wenn er das vorziehen sollte. Wenn er krank ist, stehen ihm die besten Ärzte, Chirurgen, Kliniken 2c. zur Verfügung. Wenn er Kinder hat, übergibt er sie ausgesuchten Schulen zur Erziehung, wenn er reisen will, besteigt er einen Luxuszug, der ihn aufs Bequemste ins Weite führt, in der Fremde lebt er in Hotels, welche die Paläste der Fürsten in den Schatten stellen. Wenn ihm die Sommerhitze zu drückend wird, begibt er sich in die Berge, an den Strand des Meeres, in kühle Wälder. Wenn er ein Freund des Sports ist, pachtet er Jagd oder Fischerei, beteiligt sich an Wettspielen — kurz für den Reichen ist die Welt augenblicklich in gewissem Sinne ein großes Klubhaus, wo nur auf den Knopf gedrückt zu werden braucht, damit alles den Klubmitgliedern zu Diensten stehe. Damit nicht genug, vermag der Reiche auch noch kraft

seines Reichtums auf die öffentlichen Zustände außerordentlichen Einfluß auszuüben, weil wirtschaftliche Macht in unserer Zeit des Parlamentarismus und der Presse ebenso leicht in politische Macht umzusetzen ist, wie Bewegung in Wärme. Mit Geld werden Ideen propagiert oder vernichtet, mit Geld werden Parteien gegründet und bekämpft, werden Redner bezahlt, welche neue Evangelien verkünden sollen u. s. w. Religiöse Gemeinschaften buhlen um die Gunst der Reichen, und Reformen von weittragendster Bedeutung scheitern, weil sie mit den Interessen der Besitzenden zusammenstoßen, Kunst und Kunstgewerbe sind von den Launen der Geldfürsten abhängig.

Wenn wir so sehen, welche Rechte heute der Besitz verleiht, drängt sich uns unwillkürlich die Frage auf: welche Pflichten dieser Überfülle von Rechten entsprechen?

Man kann darauf nur antworten, daß die Zahl der legalen Pflichten für den Reichen sehr klein ist. Im Grunde gibt es speziell für ihn nur die — daß er infolge seines größeren Einkommens höhere Steuern bezahlt als der Minderbemittelte. Was er darüber hinaus noch tun will, ist freiwillige Leistung, die ihm hoch angerechnet wird. Nach dem zur Zeit geltenden gesetzlichen Zustande können ihm keine besonderen Pflichten außer der höheren Steuerleistung auferlegt werden — aber erscheint es uns von einer höheren Warte aus betrachtet nicht undenkbar, daß seinen unübersehbaren Rechten nicht in Wirklichkeit mehr Pflichten gegenüberstehen sollten? Es ist doch immer so in der Welt gewesen, daß eine gewisse Harmonie zwischen den Rechten und den Pflichten der Klassen, wie der Individuen gewaltet hat. Der Krieger genoß hohe Ehre, er mußte aber auch seinen Stamm mit Leib und Blut gegen anstürmende Feinde verteidigen, der Priester mußte seine Vorrechte durch schwer zu erfüllende Gelübde erkaufen u. s. w. Wie ist es zu erklären, daß in unserem sozialen Milieu dieses Gesetz eine so weittragende Ausnahme erleidet?

Die Ausnahme ist in Wirklichkeit nicht vorhanden, wir befinden uns nur in einem Übergangs-Stadium und wenn wir schärfer zusehen, erkennen wir bald, daß neue ethische Forderungen bereits an die Besitzenden gestellt werden. Aber man erkennt noch mehr — nämlich es zeigt sich, daß unter den Reichen bereits viele furchtlos den ethischen Forderungen der neuen Zeit ins Auge blicken, die sich nicht darauf berufen wollen, daß sie das herrschende Recht nicht zu besonderen Leistungen zwingen kann, die vielmehr freiwillig Opfer bringen, weil es ihnen ihr soziales Gewissen vorschreibt. Man könnte sich dieser Reichen noch mehr freuen, wenn sie nicht vielfach in ganz einseitiger Weise ihre gewaltigen Mittel nur zur Pflege der Wohltätigkeit verwendeten, wenn sie sich nicht vor den ge-

1*

waltigen Forderungen unserer Zeit verschlössen und lediglich darauf bedacht wären, die Not zu lindern und der körperlichen Krankheit zu wehren. Gewiß ist es notwendig, daß sich Helfer finden, welche den Armen aufrichten und den Kranken heilen wollen, und unsere Zeit würde von Kulturen, die Jahrtausende begraben liegen, beschämt werden, wenn sie die Unglücklichen in ihrem Weh allein ließe.

Beklagenswert ist aber dennoch, daß die meisten Reichen so wenig Verständnis von ihren Pflichten für die echte Kultur-Entwickelung besitzen. Wie sehr wäre es zu begrüßen, wenn viele kapitalkräftige Mitbürger ihre reichen Mittel in den Dienst unserer höchsten Aufgaben stellten, von denen so viele, wie die Dinge heute einmal liegen, nur auf solche Weise rasch und wirksam zu fördern sind. Vor allem handelt es sich um die heilige Pflicht, den vernachlässigten Volksklassen einesteils Bildung und Aufklärung, andernteils soziale Gerechtigkeit zu bringen. Auf diesen Gebieten könnte von weitschauenden Millionären unendlich Segensreiches, ja Weltbewegendes geleistet werden. Amerikaner wie Carnegie lehren uns, wie man durch Massengründung von freien Volksbibliotheken und Lesehallen Bildung verbreitet. Aufklärung ist durch Massenverbreitung von geeigneten Schriften sehr rasch zu fördern. Man erwäge was es heißen würde, populär abgefaßte Schriften in ungeheueren Auflagen in die Dörfer zu schaffen, wo noch nie ein Lichtstrahl hingedrungen ist, hunderte von Wanderrednern auszusenden, die im kleinsten Weiler religiöse, volkswirtschaftliche, hygienische Aufklärung aussäen. Alles dies ist mit Geld zu machen — es geschieht aber leider nur in sehr geringem Maße, weil unsere Reichen entweder nur ihrem Vergnügen leben und es durchaus nicht für ihre Pflicht halten Aufklärung zu verbreiten, oder weil sie in bedauernswerter Beschränktheit Aufklärung überhaupt nicht für wünschenswert erachten, ohne zu erwägen, daß ihr Reichtum überhaupt zum großen Teil erst auf Grund der Lebensarbeit der Forscher und Denker der Vergangenheit erworben wurde. Darum muß ihr soziales Gewissen geschärft werden. Die religiösen Gemeinschaften haben es stets vortrefflich verstanden die Hilfsmittel der Reichen für ihre Dome und Klöster, für ihre Missionen und frommen Anstalten mit Beschlag zu belegen. Es wird endlich Zeit, daß dies aufhört. Unerläßlich ist, daß sich die Reichen ihrer Macht endlich bewußt werden, aber auch gleichzeitig erkennen, daß nur durch die Arbeit von Millionen menschlicher Wesen der Kulturzustand errungen werden konnte, in dem sie zu solcher wirtschaftlichen Macht gelangten, und daß unzählige Generationen und Millionen fleißiger Arbeiter notwendig waren und sind, um den Besitzenden einen echten Genuß des Reichtums zu ermöglichen. Gewiß finden sich heute schon hie und

da Reiche, welche ihre Pflichten erkennen und ihnen gerecht zu werden trachten. Da es aber stets nur einzelne sind, bei welchen dies der Fall ist, werden so viele Anforderungen an sie gestellt, daß sie nicht nur ihre Mittel und ihre Kraft zersplittern, sondern auch persönlich zu schwer unter der Bürde seufzen, die auf sie gelegt wird. Man hat häufig den Eindruck, als ob diese Wenigen, welche ihren sozialen Pflichten ins Auge blicken, wie eine Schutzwehr vor den übrigen Millionären ständen, damit diese nicht in der edeln Aufgabe gestört werden, ihr Geld in möglichst angenehmer Weise zu verzehren! Nur von der Schärfung des Volksgewissens kann hier eine Besserung kommen. Erst dann, wenn die Reichen, welche nur dem Lebensgenusse leben und allenfalls notgedrungen einen kleinen Bruchteil ihres gewaltigen Einkommens für wohltätige und religiöse Zwecke opfern, keine hohe Achtung mehr genießen unter ihren Mitbürgern, kann es besser werden.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, gehen wir einer Epoche entgegen, in der der Einfluß der Reichen noch stark wachsen wird. Es kann nicht ausbleiben, daß die wichtigsten Entscheidungen mehr und mehr in die Hände von denen gelegt sein werden, welche wirtschaftlich am mächtigsten sind. Es sind Konstellationen im Volksleben vorauszusehen, wo ein vielfacher Millionär durch sein tatkräftiges Eingreifen großes Unheil verhindert oder herbeiführt. Warum sollte in der Zukunft nicht beispielsweise der Versuch gemacht werden, durch Riesen-Ausstände Ungerechtigkeiten im politischen Leben abzustellen, etwa wie im vergangenen Jahre in Belgien? Warum könnte nie der Fall eintreten, daß sämtliche Lehrer ihre weiteren Dienste dem Staate so lange verweigerten, bis die das Ehrgefühl verletzende geistliche Schulaufsicht abgeschafft ist, daß die Genehmigung der fakultativen Feuerbestattung dadurch erzwungen werden sollte, daß Tausende von Leichen nach Landesteilen geschafft werden, wo die Feuerbestattung eingeführt ist? Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß heute in unserer Mitte eine ganze Anzahl von Millionären leben, welche bei solchen wohl einst wahrzunehmenden Gelegenheiten ohne einen Finger zu rühren, lediglich durch die Macht ihres Geldes den Ausschlag geben können — da muß uns doch der Gedanke kommen, daß es kaum eine wichtigere Aufgabe gibt, als die wirtschaftlich Starken an ihre Pflichten zu erinnern und ihnen das Gewissen dafür zu schärfen, daß ihnen mit ihrem Reichtum ein Amt anvertraut ist, wie es kein Fürst der Erde höher und verantwortungsreicher je übernommen hat.

Das Koalitionsrecht der Eisenbahner.

Von Privatdozent Dr. J. Jastrow (Charlottenburg-Berlin).

Unter dem Eindrucke des holländischen Eisenbahner-Streiks und der von der holländischen Regierung vorgeschlagenen Zwangsgesetze hat im preußischen Abgeordnetenhause eine Debatte über die Stellung der Eisenbahn-Arbeiter an den Staatsbahnen stattgefunden. Der Minister Budde hat erklärt, daß er keinen Arbeiter daran hindere, am Tage der Wahl seine Stimme abzugeben, wie er wolle; aber wer die Zugehörigkeit zu Umsturzbestrebungen äußerlich betätige, insbesondere wer dem Hamburger Verbande der Eisenbahner beitrete, werde entlassen. Von freisinniger Seite wurde demgegenüber betont, daß Eisenbahn-Arbeiter dieselben staatsbürgerlichen Rechte haben, wie andere auch, und daß es einer Staatsverwaltung nicht zieme, sie um der Ausführung dieser Rechte willen materiell zu schädigen, oder gar den Grundsatz aufzustellen, daß Arbeiter, die von der gesetzlich gewährleisteten Koalitionsfreiheit Gebrauch machen, innerhalb der staatlichen Eisenbahnverwaltung keinen Platz hätten. Die Sozialdemokratie, die im Abgeordnetenhause nicht vertreten ist, hat dieselbe Frage dann im Reichstage zur Erörterung gebracht.

In beiden Parlamenten übten die holländischen Vorgänge einen merkbaren Einfluß aus. Der Gedanke, daß es nicht von dem Belieben einer Vereinsmehrheit abhängen dürfe, ob die Eisenbahnwagen rollen oder stillstehen, daß es nicht einem Teile der Bevölkerung erlaubt sein dürfe, durch einen Machtspruch die gesamte Volkswirtschaft matt zu setzen, hat auf den ersten Blick etwas so einleuchtendes, daß für die große Mehrzahl der Parlamentsbesucher und Zeitungsleser rechtliche Erwägungen in den Hintergrund treten. Es war dem Eisenbahnminister, einem früheren General, nicht wohl zu verdenken, daß er die Gunst der Situation ausnutzte, auf die ihm fernerliegenden rechtlichen Erwägungen nicht einging und die Angelegenheit mehr auf das Gebiet der Überzeugungstreue und der notwendigen Disziplin hinspielte. Die Angelegenheit hat aber noch ein literarisches Nachspiel gehabt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat in ihrer Nummer vom 6. März die Ausführungen des Ministers durch juristische Darlegungen zu ergänzen gesucht. Die Eisenbahn-Arbeiter seien von der Koalitionsfreiheit nach geltendem Recht ausgenommen; die Gewerbeordnung beziehe sich nicht auf Eisenbahn-Unternehmungen, und infolgedessen gelte für die Eisenbahn-Arbeiter noch heute die preußische Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845, welche ein ausdrückliches Koalitions-Verbot enthalte. In der sozialdemokratischen Presse ist dieser Artikel mit Spott und Hohn übergossen worden. Man könne sich auf eine alte Gewerbeordnung für Preußen nicht berufen, wenn es seit mehr als

30 Jahren eine neue für das ganze Reich gebe. Ja, schon nach preußischem Rechte gehe der Verfassungsartikel, der allen Preußen das freie Vereinsrecht gewährleiste, doch solchen älteren Bestimmungen vor, die es einzelnen Kreisen der Bevölkerung absprechen.

Allerdings hat der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" es zum Teil sich selbst zuzuschreiben, wenn er wie eines jener reaktionären Machwerke behandelt worden ist, die jedes Stück Papier, das eine Freiheitsbeschränkung enthält, unter allen Umständen für wichtiger halten, als gesetzliche Gewährleistungen der Freiheit. Denn er beruft sich für die Pflichten der Eisenbahnarbeiter auf die Analogie der Beamten und auf den Staatsministerialbeschluß von 1850, der besagt:

> Beamte sollen sich an Vereinen, „welche statutenmäßig oder faktisch eine der Staatsregierung feindliche Tendenz verfolgen, eine systematische Opposition gegen dieselbe unterhalten, den bestehenden verfassungsmäßigen Zustand zu untergraben suchen, die Pflicht der Treue gegen den König gering achten und, anstatt die Regierung zu unterstützen, ihr hemmend entgegenzutreten bemüht sind", nicht beteiligen.

Dieser Staatsministerialbeschluß stammt, wie die Jahreszahl zeigt, aus der Zeit der schlimmsten Rechts- und Verfassungsbrüche. Auf die Praxis des Ministeriums Manteuffel-Westphalen hat sich Fürst Bismarck gegenüber den Beamten niemals berufen. Wer dies heute tut, kann sich nicht wohl darüber beklagen, wenn er anderen in dem Lichte derer erscheint, denen Freiheitsrechte staatlicher Angestellter nur so weit reichten, wie das Belieben ihrer Vorgesetzten es zuläßt. Allein der Mißgriff, der mit der Berufung auf diesen Staatsministerialbeschluß begangen wurde, ist auch eingesehen, und die Bemerkung ist in einem späteren Artikel so ziemlich zurückgenommen worden. Im übrigen trägt jener offiziöse Zeitungsartikel durchaus das Gepräge einer streng sachlichen Arbeit. Sein Urheber muß ein Sachkenner von Gelehrsamkeit und Scharfsinn sein, und so obenhin läßt er sich nicht abtun. Im folgenden soll der Versuch gemacht werden, zu den einzelnen Ausführungen Stellung zu nehmen.

Das Koalitionsrecht, so weit es reichsgesetzlich geregelt ist, stützt sich auf § 152 der Reichs-Gewerbeordnung:

> „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen oder Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben."

Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß dieser Paragraph auf Eisenbahn-Arbeiter keine Anwendung finde, weil von der Gewerbeordnung nach ihrem § 6 der „Gewerbebetrieb der Eisenbahn-Unternehmungen" ausgenommen ist. In der ganzen bisherigen Erörterung ist auf

diesen Punkt nicht eingegangen worden, und doch enthält er den Hauptstützpunkt der ganzen Argumentation.

Daß mit der Ausnehmung der Eisenbahn-Unternehmungen auch die Verhältnisse der Eisenbahn-Arbeiter von der Gewerbeordnung ausgenommen seien, ist keineswegs unbestritten. Die Frage ist praktisch geworden bei der Einführung der Gewerbegerichte zu Anfang der neunziger Jahre. Fallen die Eisenbahnarbeiter nicht unter die Gewerbeordnung, so sind auch die Gewerbegerichte nicht zuständig. Als bei den neu begründeten Gewerbegerichten Lohnklagen von Eisenbahnarbeitern angebracht wurden, fielen die Entscheidungen über die Zuständigkeit ganz verschieden aus. Auch nachdem sich überwiegend die Meinungen gegen die Zuständigkeit ausgesprochen hatten, hat der Berliner Vorsitzende M. v. Schulz,*) einer der angesehensten Gewerbegerichtsmänner des Deutschen Reichs, den Standpunkt eingenommen, daß nach der Entstehungsgeschichte des § 6 die Absicht des Gesetzgebers nicht dahin gegangen sei, auch die Arbeiter von der Gewerbeordnung auszunehmen. Auch ist es denjenigen, die den gegenteiligen Standpunkt einnehmen, bisher noch nicht gelungen, zu einer vollständig konsequenten Gesetzesinterpretation zu gelangen.**)

Immerhin ist die Einbeziehung der Eisenbahner unter die Gewerbeordnung nicht so sicher, daß man ihr Koalitionsrecht darauf allein gründen sollte. Man muß daher der Sicherheit halber die Frage nach ihrem Koalitionsrecht auch für den Fall untersuchen, daß die Unterstellung unter die Gewerbeordnung verneint wird. Diese Verneinung würde an sich nur zur Folge haben, daß bestehende Landesgesetze durch die Reichs-Gewerbeordnung nicht als abgeschafft gelten. Unter jener Voraussetzung ist daher dem Regierungsartikel recht zu geben, daß die §§ 182 und 183 der alten preußischen Gewerbeordnung von 1845 durch die Reichs-Gewerbeordnung nicht abgeschafft sind. Allein daraus folgt noch nicht, daß sie heute in Kraft bestehen. Es wäre vielmehr zu untersuchen, ob die Artikel nicht anderweit in Wegfall gekommen sind. Die Paragraphen lauten:

*) Mitteilungen des Gewerbegerichts Berlin vom 31. Oktober 1901 (Soziale Praxis XI.), Sp. 128.

**) Auch die Kommentare, die die Gewerbeordnung einengend interpretieren, nehmen doch an, daß die Beschränkung in Bezug auf Eisenbahn-Unternehmungen nur in dem Sinne gemeint ist, daß sie als Verkehrsanstalten der Gewerbeordnung nicht unterliegen; daher wird ziemlich allgemein zugegeben, daß die Werkstätten-Arbeiter der Gewerbeordnung unterstehen, obgleich die Betriebsarbeiter (Schaffner 2c.) ihr entzogen sind. Das ist nun ein ganz unhaltbares Ergebnis. Denn entweder gehören die Werkstätten-Arbeiter zum „Gewerbebetriebe“ der Eisenbahn-Unternehmungen, dann sind sie den Schaffnern 2c. gleich zu behandeln. Oder sie sind nicht Arbeiter im Gewerbebetrieb der Eisenbahn, sondern nur Arbeiter in Werkstätten, die Bedarfsartikel für den Betrieb herstellen; dann sind sie überhaupt nicht gewerbliche, sondern Regie-Arbeiter.

§ 182. Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche entweder die Gewerbetreibenden selbst, oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Gewerbetreibenden verabreden, oder zu einer solchen Verabredung andere auffordern, sollen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

Diese Bestimmung ist auch anzuwenden auf Arbeiter, welche bei Berg- und Hüttenwerken, Landstraßen, Eisenbahnen, Festungsbauten nnd anderen öffentlichen Anlagen beschäftigt sind.

§ 183. Die Bildung von Verbindungen unter Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen ohne polizeiliche Erlaubnis ist, sofern nach den Kriminalgesetzen keine härtere Strafe eintritt, an den Stiftern und Vorstehern mit Geldbuße bis zu fünfzig Talern oder Gefängnis bis zu vier Wochen, an den übrigen Teilnehmern mit Geldbuße bis zu zwanzig Talern oder Gefängnis bis zu vierzehn Tagen zu ahnden.

Diese Paragraphen stoßen nicht nur mit der heutigen Gewerbeordnung, sondern noch mit einem anderen Reichsgesetz,*) dem Reichs-Strafgesetzbuch, zusammen. Nach § 2 des Einführungsgesetzes dazu tritt das Landesstrafrecht „insoweit dasselbe Materien betrifft, welche Gegenstand des Strafgesetzbuches sind", außer Kraft. In Kraft bleiben nur die besonderen Vorschriften über andere Gegenstände, darunter „über Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts". Hienach sind die beiden obigen Paragraphen verschieden zu beurteilen. Der erste beschäftigt sich mit der Willensnötigung, die § 240 des Reichs-Strafgesetzbuches behandelt; der zweite aber mit der Vereinsgründung. Jener ist also aufgehoben; dieser würde an sich (wenn er nicht sonst durch die Reichs-Gewerbeordnung beseitigt wäre) als fortbestehend betrachtet werden können. Nun ist aber nur bei § 182 hinzugefügt, daß er auch „auf Arbeiter, welche bei Eisenbahnen beschäftigt sind", anzuwenden sei, bei § 183 jedoch nicht. Ein Landesgesetz, welches in Bezug auf die Willensnötigung die Eisenbahner von Handlungen abschrecken will, die nach dem Reichs-Strafgesetzbuch straffrei sind, ist aufgehoben. Ein Landesgesetz, welches sie in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht ungünstig stellte, würde zwar nicht aufgehoben sein; aber diesem Teil des Landesgesetzes haben die Eisenbahner niemals unterstanden.

Bei Berücksichtigung aller bestehenden Unsicherheiten kommt man doch zu dem Ergebnis, daß den Eisenbahnern das Recht, sich zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen untereinander zu verabreden, zu Versammlungen und Vereinen zusammenzutun, nicht wohl bestritten werden kann. Wenn dem so ist, so würde es sich schon für einen privaten

*) Die Abschaffung schon durch die preußische Verfassungsurkunde v. 1850 läßt sich nicht behaupten. Nach Art. 30 haben „alle Preußen das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen". Besteht jene Strafbestimmung noch zu recht, so würde eine derartige Verbindung eben einem Strafgesetze zuwiderlaufen.

Arbeitgeber schlecht ziemen, den Grundsatz zu proklamieren, daß er jeden Arbeiter, der von dem staatlich gewährleisteten Rechte Gebrauch mache, entlasse; noch viel weniger wäre das für eine staatliche Verwaltung angemessen.

Befriedigen kann freilich ein Rechtszustand nicht, bei dem man erst durch so mühsame Interpretationen hindurch zu einem einigermaßen gesicherten Ergebnis gelangen kann. Diese Unsicherheit hängt mit zwei allgemeinen Mißständen der einschlägigen Gesetzgebung zusammen. Einmal ist unsere Gewerbeordnung ein bloßes Stückwerk. Sie greift aus dem wirtschaftlichen Leben alle erdenklichen Tätigkeiten heraus, behandelt sie aber nur für den Fall, daß sie Bestandteil eines Gewerbetriebes werden. Wie sie für die Unternehmungen rechtliche Gewährleistungen dafür schafft, wenn jemand beispielsweise ein Krankenhaus zu gewerblichen Zwecken errichten will, aber sofort versagt, wenn der gewerbliche Zweck fortfällt, wie also dem gemeinnützigen Krankenhaus die Gewährleistungen versagt sind, die das gewerbliche genießt: so erscheinen auch auf dem Gebiete der Arbeiterverhältnisse dieselben Kategorieen reichsgesetzlich geschützt oder schutzlos, je nachdem sie in den Rahmen dieses Gesetzes fallen oder nicht. Ist schon der Begriff des Gewerbes eine wenig geeignete Abgrenzung für ein Gesetz, so noch viel weniger der Begriff des „gewerblichen Arbeiters", dessen Unklarheit und Verschwommenheit in der Praxis überall zu schwer zu lösenden Rätseln führt. Dazu kommt zweitens, daß das sog. Koalitionsrecht ebensowenig geeignet ist, Gegenstand einer besonderen Gesetzgebung zu bilden. Es ist nichts anderes als das allgemeine Vereins- und Versammlungsrecht, angewendet auf den Spezialfall der Interessen der gewerblichen Arbeiterschaft. Wenn wir eines Tages ein allgemeines Reichsgesetz über den Arbeitsvertrag und ein ebenfalls allgemeines Reichsgesetz über das Vereins- und Versammlungsrecht erhalten, so werden zwar in beiden die obersten Grundsätze gewisse Ausnahmen für besondere Betriebe höheren volkswirtschaftlichen Interesses enthalten müssen. Allein diese Ausnahmen werden dann nach dem Wesen der Sache geregelt werden, während es heute förmlich vom Zufall abhängt, ob gewisse gesetzliche Bestimmungen auf eine einzelne Kategorie zutreffen oder nicht.

Daß dann zu den Betrieben mit ausnahmeweiser Regelung auch die Eisenbahnen gehören werden (ebenso wie Gas- und Wasserleitungen, elektrische Werke, vielleicht auch Kohlengruben), kann kaum einem Zweifel unterliegen. Allein nach welcher Seite hin die Ausnahme statuiert werden wird, darüber gehen die Meinungen auseinander. Von der Voraussetzung ausgehend, daß das sicherste Mittel, die volkswirtschaftlich-

schädlichen Unterbrechungen der Arbeit zu verhindern, darin bestehe, daß man schon der bloßen Verabredung und Versammlung entgegentrete, sind die einen dafür, jede Art von Zusammentun dieser Arbeiterkategorien unter Strafe zu stellen. Die deutlichste Analogie dazu stellt die militärische Disziplin dar, die in der Tat jede Art von Vereinsbildung, ja sogar schon die bloße Verabredung einer gemeinsamen Beschwerde als strafwürdiges Vergehen behandelt. Eine gegenteilige Meinung rechnet mit der Erfahrung, daß mechanische Strafandrohungen nicht im stande sind, strafbare Handlungen zu verhindern. In Rußland bestehen die strengsten Gesetze gegen Streiks, und dennoch kommen Streiks vor, und zwar nicht einmal so sehr selten. Man erzählt, daß dort nach niedergekämpften Arbeiterausständen die Fabrikanten die Beamten bestechen, damit keine Gefängnisstrafe an den Arbeitern vollstreckt und dadurch die Betriebsstockung noch verlängert werde. Will man die Streiks verhüten, so muß man darauf ausgehen, Organe für die friedliche Erledigung berechtigter Wünsche zu schaffen. Hierzu ist vor allem erforderlich, Organe zu schaffen, die als gesetzliche Vertretung der Arbeiter wie der Arbeitgeber gelten. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man in volkswirtschaftlich besonders wichtigen Betrieben das Koalitionsrecht nicht abschaffen, sondern man muß es bis zur Koalitions**pflicht** steigern, um hier öffentlich anerkannte, auf freiem Wahlrecht beruhende Vertretungen zu schaffen. Auch hier würde man sich zwar nicht anders helfen können, als indem man die willkürlich, ohne Beschluß der gesetzlichen Organisation erfolgte, Arbeitsniederlegung mit Strafe bedroht. Allein, eine solche Bestrafung, aus Achtung vor dem Korpsgeist der Arbeiter hervorgegangen, würde in den Augen der Standesgenossen in der Tat ein Makel sein, während jene Strafgesetze, die aus einer Verachtung des Korpsgeistes entspringen, dem Bestraften im Gegenteil den Glanz einer Märtyrerkrone verschaffen. Auf dieser Grundlage haben sich in letzter Zeit Gegner der verschiedensten Richtungen zusammengefunden. Im Kanton Genf haben vor einigen Jahren die Arbeitgeber strenge Maßregeln gegen leichtfertige Streiks verlangt, und als der Gesetzgeber an die Ausarbeitung ging, wurde ihm unter den Händen daraus ein Gesetz zur Anerkennung des kollektiven Arbeitsvertrages und der Organisationen, die ihn zustande bringen. In Frankreich hat ein sozialdemokratischer Handelsminister den kollektiven Arbeitsvertrag von Organisation zu Organisation gesetzgeberisch formulieren wollen, und sein Gesetzentwurf schlug zu Maßregeln gegen Streiks aus, die ohne Anrufung der zuständigen Instanzen vor sich gehen. In Neuseeland und anderen australischen Kolonien soll es in der Tat schon gelungen sein, die Streiks so gut wie gänzlich zu verhindern und durch

Verhandlungen der Organisationen, sowie durch Anrufung öffentlicher Einigungsämter zu ersetzen. Vor kurzem hat Schmoller in der Berliner Akademie der Wissenschaften die Einigungsämter zum Gegenstande eines Akademie-Vortrages gemacht. Auch er will solchen Kategorien die, wie die Eisenbahn-Arbeiter, für den ununterbrochenen Betrieb der Volkswirtschaft eine besondere Bedeutung haben, eine Sonderstellung geben; aber gerade in der Art, daß bei ihnen die Koalition nicht eine geringere, sondern eine größere Bedeutung erhält, daß sie von Staats wegen nicht geduldet, sondern geradezu gefordert und zum Aufbau von maßgebenden Schlichtungsinstanzen benutzt wird.

Es stehen sich hier zwei grundsätzlich verschiedene Anschauungen über die erfolgreichste Art der Menschenbeherrschung gegenüber. Die einen, die zu der eigenen Kraft verhältnismäßig wenig Zutrauen haben, halten ihre Herrschaft nur solange für gesichert, wie es ihnen gelingt, die einzelnen Individuen zu isolieren. Die andern, in dem sicheren Vertrauen darauf, daß auf die Dauer die Zusammenfügung und Organisierung die einzige, aber auch völlig ausreichende Gewährleistung für den Fortbestand des volkswirtschaftlichen Betriebes ist, sehen gerade in der Atomisierung die Gefahr und in der Zusammenfassung das beste Vorbeugungsmittel. Es sind die beiden Anschauungen, die Goethe mit den Worten gekennzeichnet hat:

Entzwei' und gebiete! Tüchtig Wort,
Verein' und leite! Bess'rer Hort.

Die Ehescheidungsfrage und die klerikale Partei in Italien.

Von Guglielmo Ferrero (Turin).

Gibt es in Italien eine Ehescheidungsfrage und eine Agitation, welche auf Einführung der Scheidung abzielt? Mitunter möchte man es behaupten. Die sozialistischen und radikalen Sprecher treten öffentlich für dieselbe auf, die Kanzelredner donnern in den Kirchen, die Geistlichen sammeln Unterschriften für volkstümliche Petitionen gegen das vom Ministerium Zanardelli eingebrachte Gesetz, die Damen der Aristokratie setzen ihre Vereine in Bewegung, die Sozialisten berufen Versammlungen ein, die Freimaurer halten Beratungen ab. Dann beruhigt sich alles wieder, die Frage schläft ein, die Bewegung stockt; die Zeitungen sprechen

nicht mehr davon. Die Sache scheint in Vergessenheit geraten — bis sie plötzlich wieder auflebt. Ähnlich ist das Verhalten des Ministeriums: „Die Einbringung des Gesetzes steht unmittelbar bevor; das Gesetz wird unfehlbar in der nächsten Zukunft zur Verhandlung kommen" — das wird von Zeit zu Zeit sozusagen offiziell angekündigt, und dann scheint die mit der Prüfung des Gesetzentwurfs betraute Kommission neuer Überlegungen und Erwägungen zu bedürfen, und die Einbringung des Gesetzes wird verschoben. Seit zwei Jahren rückt das als bevorstehend erscheinende Ereignis immer wieder in die Ferne, gerade in dem Augenblicke, in welchem es sich verwirklichen sollte. Der endgültige Eindruck ist deshalb der eines starken Zweifels: Zweifel ob viele von denen, die behaupten für die Ehescheidung zu sein, wirklich im Ernste reden; ob viele von denen, die sie bekämpfen, wirklich entschlossen sind, ihr Möglichstes zu tun, um sie zu verhindern; und ob bei allen, welche dafür oder dagegen agitieren, nicht irgend eine andere Absicht dahintersteckt.

Wie ist dieser sonderbare Zustand der Dinge zu erklären?

Vor allem muß man wissen, daß die Ehescheidungsfrage in Italien gewissermaßen das Frühlingsblümchen der beiden letzten Regierungen ist. Eine ähnliche Bewegung wurde um 1880 bewirkt, im Beginn der Regierung Humberts, unter den jetzigen sehr ähnlichen Umständen; das Haupt derselben war Tommaso Villa, einer der ältesten piemontesischen Abgeordneten. Die Bewegung erlahmte damals allmählich an der hartnäckigen konservativen und klerikalen Opposition. Jetzt, am Anfang der neuen Regierung taucht sie wieder auf, doch unter noch seltsameren Umständen: wenn nicht begünstigt, so doch sichtlich ermutigt durch den König und einen immerhin so katholischen Hof, wie der italienische es ist, und zwar gegen den Widerstand, die Mißstimmung, die Verzweiflung der Umgebung. Es ist allen bekannt, daß die Königin-Mutter Margherita dem Gesetz durchaus entgegen ist; ihm abgeneigt ist auch zum großen Teil der Hof; der junge König hingegen hat nicht nur Zanardellis Absicht, die Scheidung in Italien einzuführen, bedingungslos gebilligt, sondern er hat auch in der ersten Kammerrede nach seiner Eidesleistung des Gesetzes Erwähnung getan, obgleich man starken Druck ausgeübt und unglaubliche Intriguen hatte spielen lassen, um ihn davon abzubringen. „Ich lasse mich von den Betschwestern nicht einschüchtern", soll er, anspielend auf die von vielen großen Damen der römischen Aristokratie betriebene Opposition, gesagt haben.

Noch eigentümlicher aber ist, daß, wenn auf der einen Seite der König für die Ehescheidung ist, so auf der anderen Seite die Sozialisten. Monarchie und Sozialismus reichen einander also für diesmal die Hand. Der erste Gesetzentwurf über die Scheidung — der alsdann die Regierung

dazu bewog, auch ihrerseits einen Entwurf einzubringen, und die gegenwärtige Bewegung hervorrief — wurde von zwei sozialistischen Abgeordneten, Borciani und Berenini vorgelegt, und eine Zeitlang ereiferten die Sozialisten sich sehr für die Sache, beriefen eine ganze Reihe von Versammlungen ein, und versuchten eine wirkliche starke Volksbewegung ins Werk zu setzen. Heute hat es den Anschein, als ob für eine Partei, welche die Interessen des Proletariats vertritt, die Ehescheidungsfrage keine besondere Bedeutung haben könne, denn unter den vielen Übeln, welche die arbeitenden Klassen heimsuchen, ist die Untrennbarkeit der Ehe sicher nicht das schlimmste; man sollte daher denken, diese Partei werde dem Gesetz zwar zustimmen, doch keine großen Anstrengungen wegen desselben machen.

Aber dieses seltsame Bündnis zwischen Königtum und Sozialismus zu gunsten der Scheidung wird leichter verständlich, wenn wir einen Blick auf die augenblickliche politische Lage werfen. Der König und die Sozialisten haben im Grunde dasselbe Ziel im Auge, nämlich mit der mindest möglichen Anstrengung die Opposition zu beschwichtigen, welche sich in den letzten zehn Jahren der Regierung Humberts in den mittleren Ständen und einem Teile des Volkes gebildet hat, und an deren Spitze jetzt die sozialistische und die radikale Partei steht. Diese Parteien haben in den mittleren und arbeitenden Klassen viele Anhänger gewonnen, weil sie für Verminderung der öffentlichen Ausgaben und insbesondere der Militärlasten kämpfen, für Erleichterung der Steuern, freiheitlichere Gestaltung einer großen Anzahl von Einrichtungen, und weil sie eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der ärmsten Klassen verheißen. Doch alle diese Dinge lassen sich weit leichter sagen, als tun; und jetzt, nach so langen Kampfesmühen, wo die extremen Parteien in der Lage wären, etwas zu tun, um wenigstens einige ihrer Versprechungen zu halten, jetzt zaudern sie, können sich nicht entschließen, lassen sich durch die vielen sich darbietenden Schwierigkeiten einschüchtern.

Schließlich wurden sie, ohne sich davon Rechenschaft zu geben, dazu gedrängt, eine Schwenkung zu versuchen; und sie haben sie in der Tat gegen die klerikale Partei mit der Ehescheidungsfrage versucht. In den mittleren und arbeitenden Klassen ist der antiklerikale Geist sehr intensiv und leicht erregbar, denn keiner hat es vergessen, daß es die Kirche war, welche das Streben nach Befreiung und Einigung des Vaterlandes auf das heftigste bekämpfte; es war deshalb nicht unwahrscheinlich, daß ein lebhafter Kampf gegen den Klerikalismus und für die Ehescheidung die mittleren Klassen und das Volk entflammen, und auf diese Weise manche dringendere und schwierige Frage in Vergessenheit bringen würde. Andererseits erschien eine Agitation zu gunsten der Ehescheidung viel leichter und einfacher, als eine solche gegen den Kornzoll.

Ähnliche Betrachtungen, wenn auch aus einem andern Gesichtspunkte, haben den König dazu bewogen, die Ehescheidung zu begünstigen. Seit dem Tage seiner Thronbesteigung hat Viktor Emanuel III. die Absicht gezeigt, die während der letzten Jahre der Regierung seines Vaters so sehr angewachsene Unzufriedenheit in den untersten Ständen ein wenig zu beschwichtigen; er hat Zanardelli und Giolitti an die Regierung berufen; er hat eine liberalere innere Politik angestrebt; er hat mit der äußersten Linken geliebäugelt und sogar ein wenig mit den Sozialisten. Wenn nun diese Unzufriedenheit, die einst laut und leise die Verminderung der Militärausgaben und der Zivilliste, das allgemeine Wahlrecht und den Wahlsenat forderte, durch die Genugtuung beschwichtigt werden könnte, eine der letzten Festungen der katholischen Kirche, das Prinzip der Untrennbarkeit der Ehe, fallen zu sehen; wenn der Preis für die Versöhnung von Monarchie und dem Mittelstand Italiens nicht mit königlichen Privilegien, sondern mit den Bestrebungen der Kirche, die Herrschaft über die Familie zu besitzen, bezahlt werden könnte, so würde das Geschäft für die Monarchie ja nur ein sehr vorteilhaftes sein.

Dadurch, daß Viktor Emanuel III. so offen für die Scheidung eintritt, wirkt er, unter dem Beistand der Sozialisten, weit geschickter für die Interessen der Monarchie, als seine Mutter die Königin Margherita dies vermöchte, welche aus religiösen Anschauungen der Reform entgegen ist. Die Heftigkeit der klerikalen Agitation, welche manche allzu religiös gesinnte Monarchisten geradezu erschreckt hat, könnte wohl gar dem italienischen Königtum etwas von dem freisinnigen, ghibellinischen, revolutionären Ansehen wiederverleihen, das es während der Revolution erlangt, in den letzten Zeiten aber wieder verloren hatte. Indessen der klerikale Widerstand ist diesmal von außergewöhnlicher Heftigkeit und Tragweite gewesen, und das aus besonderen Gründen.

Zu welchem Zeitpunkte auch die Ehescheidung vorgebracht werden sollte, die Geistlichkeit würde Propaganda dagegen machen, die klerikalen Zeitungen würden einen abermaligen Tränenstrom über den neuen Greuel des modernen Babel vergießen, der Papst würde sich über die äußerste Gewalttat des Jakobinismus und der Freimaurerei beklagen. Diesmal aber ist die Ehescheidungsfrage auch von der konservativen Partei bekämpft worden, welche die wohlhabenden Klassen repräsentiert, die Aristokratie, die Plutokratie; und dies ist nicht blos aus religiösen Bedenken geschehen, sondern man wollte sich dieser Frage bedienen, um die Macht wiederzuerlangen, die als Repräsentantin des Mittelstandes verhaßte Regierung Zanardellis zu stürzen, und um den König zu zwingen, seine allzu volkstümliche Politik aufzugeben. Die Konservativen sind gewahr worden, daß die Scheidung prächtig als Schreckgespenst zur Einschüchterung

ängstlicher Familien jener wohlhabenden höheren Bourgeoisie dienen kann, die in Italien politisch so träge ist; daß die Frauen leicht den Vorstellungen der Geistlichen Glauben schenken, denen zufolge es nach Annahme des Gesetzes ihren Männern freistehen würde, sie zu verlassen, wann es ihnen beliebt, und sich nach Gefallen eine unbegrenzte Anzahl von Weibern zu nehmen, wie die Türken; und sie hoffen, daß die erschrockenen Gattinnen ihre Männer an die Urne schicken werden, um für den der Scheidung abgeneigten Kandidaten zu stimmen, und daß viele, die sich sonst gleichgültig der Wahl enthalten, diesmal für sie stimmen werden. Und wirklich ist die letzte Wahlschlacht im Wahlkreis Varese um die Ehescheidung geschlagen worden: und in diesem Wahlkreise, der seit langen Jahren der sichere Besitz der äußersten Linken ist, hat der sozialistische Kandidat nur mit wenigen Stimmen gesiegt . . . .

So haben die Klerikalen in diesem Kampfe eine unerwartete Verstärkung bekommen. In allen Städten hat man in den höheren Kreisen große Komitees auf die Beine gebracht, in die man alle möglichen Leute hineingeschoben hat: pensionierte Generäle und Admiräle, als Beschützer schöner Dämchen bekannte Bankiers, Advokaten von Ruf, Universitäts-Professoren, Herzöge, Fürsten und Marchesen, Damen der Aristokratie, die von ihren Männern getrennt sind — und nicht immer durch Verschulden dieser, alte Betschwestern, Domherren, harmlose ehrliche Familienväter, welche allen Ernstes glauben, das Heiligtum der Familie zu verteidigen; kurz eine Menge Leute, die so verschieden und vielfältig sind, daß keine andere Sache sie je zusammengebracht hätte, und in der auch die alten Wüstlinge nicht fehlen, welche zu den Versammlungen die Müdigkeit und die Gebrechen mitbringen, die sie sich bei Betätigung der Lehre von der Unauflöslichkeit der Ehe geholt haben. Ein Herd, auf dem mit besonderem Eifer der Kampf gegen die Scheidung geschürt wird, ist in Rom der Salon einer bekannten, von ihrem Manne getrennten Gräfin, die Kinder von verschiedenen Geliebten hat und jetzt unter dem Schutz eines hohen Prälaten lebt!

Kurz, die Ehescheidungsfrage ist in Italien keine sehr ernste; die Parteien suchen sie aufzubauschen, um das Wasser auf die eigene Mühle zu leiten, und so beweisen die einen, daß nach Einführung der Scheidung Italien das glücklichste Land der Welt sein — die andern, daß es ins Verderben geraten wird. Aber dies ist auch die Ursache, weshalb trotz so vielen Kämpfens und Agitierens die Sache so langsam fortschreitet. Wenn die Sozialisten und der König, welche Vorteil davon erhoffen, in den ersten Reihen des für die Scheidung kämpfenden Heeres stehen; wenn die Konservativen, die durch ihre Stellungnahme darauf abzielen die Macht wiederzuerlangen, sich der klerikalen Partei als Werkzeug bedienen möchten,

so befindet sich die Mehrzahl der Abgeordneten, welche weder Sozialisten, noch Radikale, noch Konservative sind, sondern sich zu dem kautschukartigen Liberalismus bekennen, welcher heute das jetzige Ministerium zu unterstützen vermag, und morgen ein radikaleres oder konservativeres Ministerium unterstützen würde, in größter Verlegenheit. Einesteils fürchten sie wirklich, daß bei den künftigen Wahlen die Geistlichkeit ihre Drohung wahr machen und offen gegen diejenigen Abgeordneten agitieren könnte, welche für die Scheidung stimmen würden. Bis jetzt haben die Geistlichen im politischen Streit nichts dergleichen getan; aber was würde geschehen, wenn sie morgen ihren Entschluß änderten? Würde ihr Einfluß groß oder klein sein? In der Politik sind bekanntlich sichere Vorausbestimmungen sehr schwierig. Manche Abgeordnete aber sind bestürzt, wenn sie diesergestalt zu ihrer Rechten die Scylla und zu ihren Linken die Charybdis heulen hören: Sozialisten, Radikale und Antiklerikale, die alle diejenigen, welche keine Anhänger der Ehescheidung sind, nicht blos ihres Mandats, sondern des Namens eines vernunftbegabten Wesens für unwürdig erklären. Wenn das Gesetz nun durchginge, wenn der Erfolg, wie immer, die Schüchternen stärkte, und gegen die Scheidung gestimmt zu haben eine Ursache von Mißkredit und Unpopularität unter der großen Masse würde, ein schwacher Punkt für die Angriffe der Sozialisten — was dann?

Aus diesen Gründen zeigen sich manche Abgeordnete äußerlich unzufrieden, ja ärgerlich — und freuen sich innerlich jedesmal, wenn die Beratung des Gesetzes, irgendwelchen Hindernisses wegen, vertagt wird. Möchte es doch immer so gehen! und von einer Vertagung zur andern die Frage in Vergessenheit geraten, wie es unter Humberts Regierung geschah! Die Gesamtheit mit ihrer Gleichgültigkeit scheint übrigens diese Hoffnung zu ermutigen. Die von den Sozialisten und vom Ministerium versuchte Schwenkung ist nicht sehr glücklich ausgefallen, und die Bemühungen, einen großen Krieg gegen die Klerikalen anzustiften, sind zum großen Teil ohne Erfolg geblieben, weil unsere Lage sehr verschieden ist von der Frankreichs. Die klerikale Partei in Italien befindet sich in einem Zustand von Schläfrigkeit und Untätigkeit, der vielleicht die Vorbereitung zu einer neuen Periode von Tätigkeit und Kampf verbirgt; aber für den Augenblick ist sie so weit entfernt von der aufdringlichen und herausfordernden Geschäftigkeit, welche der französische Klerikalismus in den letzten zwölf Jahren und bis zum Dreyfus-Prozeß entfaltet hat, daß man sie in wenig ehrerbietiger Weise mit einem Murmeltier verglichen hat, das im Schnee der Alpen überwintert.

Da nun der mächtige Reiz starker Herausforderung fehlt, so kann auch die Reaktion keine sehr kräftige sein. Das Land hat zu viele andere und ernstere Aufgaben politischer und wirtschaftlicher Natur, zu welchen

es sich aus Instinkt hingezogen fühlt, während es mit einer gewissen Gleichgültigkeit einem ausschließlich idealen Kampfe zusieht, der mit der Macht und den Einrichtungen, welche die Kirche repräsentieren, um jene Prinzipien geführt wird, auf denen die Ehe beruht. Eine jede Zeit hat ihre besondere Aufgabe. Das Ehescheidungsgesetz wird nach langem Schwanken eines Tages in der Kammer eingebracht werden; es wird sehr lau erörtert werden und dann unter großer Unsicherheit durchgehen. Aber die Hoffnungen, welche die Parteien auf dasselbe als auf ein Mittel, Macht und Ansehen zu erlangen, setzten, werden fehlschlagen, weil die an anderen Aufgaben reiche Zeit ihnen nicht günstig ist.

Unsere deutschen Eisenbahnen.*)

Von Arthur Böhtlingk (Karlsruhe).

Bei keiner Erwägung über die Lebensbedingungen eines Staatswesens wird man unmittelbarer auf dessen geographische Grundlage und Beschaffenheit zurückgeworfen, als bei der Betrachtung seiner Verkehrsverhältnisse. Unser Deutsches Reich liegt inmitten des europäischen Festlandes, mit nur der einen Meeresküste im Norden, welcher unsere Flüsse, mit Ausnahme der Donau, die ins Schwarze Meer abgeht, zuströmen. Die süddeutschen Hauptstädte Straßburg, Karlsruhe, Stuttgart, München liegen an 600 km weit von dieser Nordküste und ebensoweit von dem Mittelländischen Meere, im Süden, entfernt. Von diesen ist zudem nur Straßburg an einem Strome gelegen, welcher geradeswegs zum Meere führt; und selbst die Wasserverhältnisse des Rheines lassen im oberen Teil dieses Weges nur zu viel zu wünschen übrig. Dabei gehört die Mündung des „Vater Rhein" den Holländern und schon die mittlere Donau den Österreichern. Wir sind daher, wenn wir den Zugang zum Meere, zur offenen Weltstraße, in Betracht ziehen, wie kein anderer europäischer Kulturstaat auf unsere Kunststraßen und somit unsere Eisenbahnen angewiesen.

Das Gleiche gilt für den Verkehr in der Richtung von Westen nach Osten und umgekehrt, durch das eigene Land hindurch. Haben wir doch nicht einmal in der weiten norddeutschen Ebene die von Südosten- nach Nordwesten fließenden Ströme durch künstliche Wasserstraßen miteinander verbunden! Was die Chinesen bei sich, in umgekehrter Richtung, von

*) Siehe nähere Ausführung in meiner Schrift unter gleichem Titel. Jahraus, Karlsruhe.

Norden nach Süden, mittels des Kaiserkanals, vor 4000 Jahren bereits fertig gebracht haben.

Um verhältnismäßig so viele Eisenbahnstränge zu besitzen, wie das benachbarte Frankreich mit seinen drei Küsten und einem entsprechenden Flußsysteme, das ohnehin durch seine westlichere Lage weiter in das Weltmeer hinausragt, müßten wir in Deutschland mindestens zweimal so viele Schienenstränge haben. Um mit dem englischen Inselland inmitten des atlantischen Ozeans zu konkurrieren, gar vier- und fünfmal so viele wie dieses. Wir aber haben zur Zeit nur etwa ein Fünftel mehr als Frankreich und zwei Fünftel mehr als England. Vor 30 Jahren befanden wir uns Frankreich gegenüber ganz anders im Vorsprung.

Wie die Selbständigkeit und damit das Dasein eines Staates auf seine Wehrkraft gestellt ist, so diese seitdem es Eisenbahnen gibt auf das Eisenbahnwesen. Hätte jenes Rußland, welches soeben seine Eisenbahnverbindung von Moskau aus bis an den Stillen Ozean hergestellt hat, 1855, zur Zeit des Krimkrieges, auch nur einen Schienenstrang von Moskau bis Sebastopol besessen, würde es sich niemals in der Krim verblutet haben. Es hat genug Regimenter gegeben, welche trotz der fast zweijährigen Dauer des Krieges bei der Weglosigkeit des Riesenreiches gar nicht bis an den Feind heran gekonnt haben. Wenn ein Jahrzehnt später, während des amerikanischen Sezessionskrieges, die Nordstaaten über die in ihrer kriegerischen Ausrüstung sehr viel weiter vorgeschrittenen Südstaaten Herr geworden sind, so nur dank ihren Eisenbahnen, welche es ihnen ermöglichten, ihre Überzahl zur Geltung zu bringen. Auch der so verblüffende Sieg Preußens im Jahre 1866 ist nicht zum wenigsten auf dessen Vorsprung im Eisenbahnwesen zurückzuführen. Das Gleiche gilt von dem Aufmarsch am Rhein und dem Vormarsch nach Frankreich hinein im Jahre 1870. Moltkes Kriegskunst ist vielleicht durch nichts mehr gekennzeichnet, als dadurch, daß er der erste Stratege gewesen ist, welcher die volle Konsequenz aus der Eisenbahn gezogen hat. Er selbst hat schon in den vierziger Jahren daran gedacht, Eisenbahndirektor zu werden. Sein letztes Vermächtnis aber ist die Mitteleuropäische Zeit gewesen, welche es dem Generalstab erleichtern soll, nach der Minute mobil zu machen.

Wenn wir den Krieg zugleich mit Frankreich und mit Rußland, mit doppelter Front, zu gewärtigen haben, so ist das eine Mahnung mehr dafür, mit der möglichsten Entwickelung unseres Eisenbahnwesens nicht zurückzubleiben. Der Vorsprung, den wir 1870 Frankreich gegenüber besaßen, ist, wie gesagt, lange nicht mehr ein so großer wie damals. Und Rußland gegenüber? Um unsere Wehrkraft ins Licht zu setzen, pflegte der General-Reichskanzler Caprivi auf den ungeheueren Abstand zwischen

der Dichtigkeit des russischen Bahnnetzes im Vergleich zum deutschen hinzuweisen. Wir haben es unter dem preußischen Eisenbahnminister von Thielen glücklich dahin gebracht, daß im ganzen Umfange des preußischen Eisenbahnsystems während des Jahrzehnts von 1890—1900, im Zeitraum eines wirtschaftlichen und finanziellen Aufschwungs ohnegleichen, nicht eine einzige, sage nicht eine einzige Vollbahn neu erbaut worden ist! Während eben dieses Jahrzehnts hat Rußland sein Bahnnetz genau verdoppelt! Wenn sogenannte „Fachmänner" hierin kein Arg sehen, weil unser Eisenbahnnetz bereits ein so dichtes, um nicht zu sagen „ausgebautes" sei, so sollte ein Blick auf die Dichtigkeit des Eisenbahnnetzes in unserem eigenen Westfalen oder Sachsen hinreichen, um zu erkennen, wieviel innerhalb der deutschen Grenzen noch zu leisten ist. Eben dort, wo das Netz am dichtesten ist, wird das Bedürfnis nach weiterer Vervollständigung täglich nur noch reger. Wenn, um die unverantwortliche Rückständigkeit zu bemänteln, auch darauf hingewiesen worden ist, daß das Tempo im Eisenbahnbau drüben in den Vereinigten Staaten während der letzten zehn Jahre ebenfalls ein beträchtlich langsameres geworden sei, so ist das langsamere Tempo des Bruder Jonathan immer noch der reine Sturmschritt gewesen gegenüber dem Thielenschen Stillstand in Preußen.

Es kommt überdies nicht nur auf die Länge der Schienenstränge an, auch die Zahl der Geleise nebeneinander muß zur Vergleichung mit herangezogen werden. Im Jahre 1897/8 waren in England an 64 % der Schienenwege doppelt- und mehr geleisig, in Preußen nur 30 %. In dem einen Jahre 1897 hat die Zunahme in England volle 20,3 % betragen, während das prozentuale Verhältnis in Deutschland seit 1893 beständig sogar zurückgegangen ist.

Auch die Größenverhältnisse des Bahnkörpers fallen für die Transportfähigkeit schwer ins Gewicht. In dieser Beziehung sind uns die Nord-Amerikaner soweit voran und überlegen, daß unser ganzes Eisenbahnwesen gegen das ihrige gehalten, wie der Zwerg neben dem Riesen erscheint. Je breiter der Schienenstrang, je schwerer und länger die Schienen, desto größer und schwerer kann die Lokomotive sein, desto größer ihre Zugkraft und Geschwindigkeit, desto größer die Güterwagen, — lauter Momente welche für die Verkehrskraftleistung maßgebend sind. Als eben jener von Thielen, welcher seinen so vielgepriesenen Bericht an Seine Majestät über sein Eisenbahn-Ressort für das Jahrzehnt von 1890—1900 mit der Feststellung begonnen hat, daß keine einzige Vollbahn neugebaut worden sei, die große Kanalvorlage im preußischen Landtage begründen mußte, um womöglich den Widerstand der „Erleuchteten" aus Ostelbien gegen dieselbe zu brechen, hat Seine Exzellenz nicht oft und nachdrücklich genug betonen können, daß die Eisenbahnen am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt

seien — oder man müsse sich dazu entschließen, ganz neue schnurgerade Linien, womöglich auf breiterer Grundlage zu bauen. Daß v. Thielen eine entsprechende Vorlage vorbereitet hätte, davon ist jedenfalls nichts laut geworden. Für jene Kanalbauten aber, welche dem vitalen Mißstande abhelfen, die unzulänglichen Eisenbahnen entlasten und ergänzen sollten, sind bis zum heutigen Tage nicht einmal die Mittel zum ersten Spatenstich bewilligt worden! Während drüben in Amerika und auch in England in den letzten Jahren zugleich der Eisenbahn- und der Kanal-Bau einen immer regeren Aufschwung genommen hat. Die Maßstäbe und somit die Leistungsfähigkeiten werden jährlich immer größere. So geraten wir, die wir ohnehin so bedenklich rückständig sind, immer mehr ins Hintertreffen.

Unsere Rückständigkeit würde eine noch ganz andere sein, wenn bei dem Ausbau unserer Eisenbahnen nicht die militärischen Gesichtspunkte ausschlaggebend gewesen wären. Von unseren Staatsbahnlinien sind weitaus die meisten vom Generalstab durchgesetzt worden. Hätten die Herren Juristen, welche auch die Eisenbahnverwaltung an sich gerissen haben, darüber zu entscheiden gehabt, ob das Bedürfnis nach einer neuen Linie ausreichend begründet sei, die Herren Finanzminister, ob sich dieselbe rentieren werde, würden wir über einen vorsintflutlichen Eisenbahnzustand nie hinausgekommen sein. Obgleich die „strategischen" Bahnen längst zu unentbehrlichen wirtschaftlichen Verkehrsadern geworden sind, müssen sich die Militärbehörden offensichtlich selbst für ihre Zwecke nur zu viele Schranken auferlegen.

Dieses ist umsomehr zu beklagen, als die Verdoppelung der Transportfähigkeit unserer Eisenbahnen der Verdoppelung unserer Wehrkraft und Schlagfähigkeit gleichkommen dürfte. Haben wir unser Eisenbahnnetz dahin entwickelt, daß wir in wenigen Tagen Hunderttausende von Metz nach Posen und umgekehrt werfen, hin- und herschieben können, so haben wir im Falle des Doppelkrieges mit Frankreich und Rußland nicht sowohl einen Kampf mit doppelter Front zu führen, als vielmehr die innere Linie zwischen beiden Gegnern in unserem Besitze. Da Rußland und Frankreich ihrer verschiedenartigen Beschaffenheit nach unmöglich mit ihrer Hauptkraft zu gleicher Zeit gegen uns anrücken können, können Hunderttausende, nachdem sie den Hauptschlag im Westen geführt haben, im Osten abermals den Ausschlag geben. Aus eben diesem Grunde können wir, in demselben Maße als wir unsere Transportfähigkeit mittels der Eisenbahnen steigern, daran denken, die Zahl der Mannschaft unseres Heeres zu verringern. Dieses dürfte umsomehr zu erstreben, um nicht zu sagen geradezu unumgänglich sein, als die Mobilisierung einer Heeresmasse, wie die heute schon bereit gehaltene, leicht das ganze Getriebe des Staatswesens, die wirtschaftliche Betätigung derart lahm zu legen droht,

daß die Existenzfähigkeit während der Dauer des Krieges geradezu in Frage gestellt erscheint.

Die möglichst weitgehende Entwickelung unseres Eisenbahnwesens erscheint von diesem Gesichtspunkte aus geradezu als die Rettung unserer Wehrkraft im Ernstfalle.

Auf die bevorstehenden Wahlen zum neuen Reichstage wirft bereits die Befürchtung neuer Militärvorlagen ihre gefährlichen Schatten voraus. Um die letzte große Militärvorlage durch den Reichstag zu bringen, hat die Reichsregierung bereits wieder ein gut Teil unserer Freiheit und Gesittung den Römlingen ausgeliefert. Noch eine derartige Vorlage mit dem Zentrum als Trumpf und „das heilige römische“ Reich deutscher Nation dürfte seiner Wiedergeburt verzweifelt nahe sein. Wir hätten solcherweise das Reich im Endergebnis für Seine Heiligkeit im Vatikan aufgerichtet! Wie ändert sich das Bild der bevorstehenden Wahlen im Hinblick auf die Wehrkraft des Reiches, seiner Selbständigkeit und Freiheit, wenn die nächste Militärvorlage dahin lauten würde: „Zwei Milliarden für den Ausbau unserer Eisenbahnen, damit wir künftig jährlich fünfzig- oder auch hunderttausend Mann weniger einzustellen brauchen!“ Weshalb sollten sich diese neuen Schienenstränge weniger bewähren, als die bisherigen? Nicht nur im Kriege, sondern erst recht auch im Frieden? Ist das nicht zu gleicher Zeit der sicherste Weg, um Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit die Steuerkraft des gesamten Volkes zu heben? Der sicherste um nicht zu sagen der einzige Weg, das Steuererträgnis fortlaufend zu steigern, ohne die Steuerschraube anzuziehen?

v. Thielen, der Verkehrsminister im Zeichen des Stillstandes, ist seit einigen Monaten glücklich abgetreten. Seine Stelle hat ein General eingenommen und zwar einer, welcher jahrelang der Eisenbahnabteilung des großen Generalstabes vorgestanden hat. Die tatkräftige Frische, mit welcher v. Budde sein Amt angetreten hat, ist dazu angetan, die Hoffnung zu erwecken, daß es, auch wenn er sich vorwiegend von militärischen Gesichtspunkten leiten lassen sollte, ihm beschieden sein könnte, uns aus der so verhängnisvollen Stagnation unseres Eisenbahnwesens zu befreien. Ist Exzellenz von Budde hierzu der Mann, so wird er sich freilich gründlich frei machen müssen von der büreaukratisch-juristisch-fiskalischen Überlieferung seines Ressorts. Leider scheint ihm hierzu das Rüstzeug noch so vollständig zu fehlen, daß er nicht besser zu debutieren gewußt hat, als indem er versicherte, den bewährten Grundsätzen seines Vorgängers gemäß weiter verwalten zu wollen. Indes die Verhältnisse sind schließlich mächtiger als die Menschen. Herr von Budde ist offenbar nicht nur, wie er selbst versichert, ein Neuling in der Politik, sondern auch in der Eisenbahnver-

waltung. Regt sich in ihm erst einmal wieder der Militär, wagt er als preußischer Eisenbahnminister zu handeln, wie er als Chef der Eisenbahnabteilung im großen Generalstabe es für seine Pflicht halten würde, so kann er gar nicht anders, als den gleicherweise durch die militärischen, die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Verhältnisse so deutlich vorgezeichneten Weg einzuschlagen. Will er unser Eisenbahnwesen auf die Höhe der Zeit bringen, will er die dazu erforderlichen Milliarden von der Volksvertretung bewilligt erhalten, so muß er allerdings auch eine großspurige, weitausschauende Tarifreform ins Auge fassen. Diese aber hat erst recht einen Systemwechsel von Grund aus zur Voraussetzung. Davon das nächste Mal.

Göttliche Weltordnung und religionslose Sittlichkeit.

Von Fr. Jodl (Wien).

Inmitten der politischen Geschäftigkeit, mit welcher der heutige Katholizismus seine Machtansprüche verteidigt, die Stimme eines ernsten Mannes zu vernehmen, der den Zusammenhang seiner Weltanschauung mit den höchsten Kulturgütern bespricht und die Gefahren eindringlich vor Augen stellt, welche das Aufgeben oder die Schwächung der religiösen Lebensgrundlage mit sich bringen würde, ist eine Erscheinung, die auch dem Andersdenkenden erfreulich sein muß. Denn in diesen höchsten Angelegenheiten der Menschheit, in denen so viel auf dem Spiele steht, verdient sicherlich jeder entscheidende Schritt die ernsteste Erwägung und alle Gründe für und wider immer erneute Prüfung. Je nachdrücklicher man sich heute in allen Kulturländern anschickt, die Gültigkeit der Rechtsansprüche zu prüfen, welche von den kirchlichen Organisationen auf fortdauernde geistige Führung der Menschheit erhoben werden, um so zeitgemäßer müssen die Erörterungen sein, mit denen vor kurzem ein hervorragender katholischer Geistlicher und Gelehrter*) die „göttliche Weltordnung“, deren Träger und Gefäß seine Kirche zu sein behauptet, und die „religionslose Sittlichkeit“, welche die Wissenschaft aufzubauen und zu begründen unternimmt, einander gegenübergestellt hat. Ein gelehrtes Werk, auf einer sehr umfassenden Vertrautheit seines Verfassers mit den

*) Göttliche Weltordnung und religionslose Sittlichkeit. Zeitgemäße Erörterungen von Prälat Dr. Wilh. Schneider. Mit kirchl. Genehmigung. Paderborn. 1900. VII und 600 Seiten 8°.

geistigen Strömungen der Gegenwart beruhend, reiche Litteratur-Kenntnisse verratend, so leicht verständlich geschrieben, wie es ein derartiger Stoff nur zuläßt und bei seinen apologetischen Bemühungen durchaus nach der bewährten strategischen Regel verfahrend, daß die beste Verteidigung der Angriff sei. So geht Schneider, bevor er sich in seinem letzten Kapitel direkt an eine Widerlegung der Haupteinwendungen gegen die religiöse Moral macht, den Leitgedanken der wissenschaftlichen Ethik kritisch zu Leibe und manches von dem, was er über die Einführung darwinistischer Gedanken in die Ethik, über die Ethik des Übermenschentums, über die Schwierigkeiten rein immanenter Begründung des Sittlichen sagt, zeigt einen treffenden satirischen Zug, der recht wohl geeignet ist, den Gegner der religiösen Sittlichkeit zu erneutem Nachdenken und Verschärfung seiner Beweismittel anzueifern.

Es kann nicht die Aufgabe einer Besprechung sein, dem streitbaren Verfasser in dieser Abrechnung Posten für Posten zu folgen. Dazu würde eine Gegenapologie gehören, so umfangreich wie seine Polemik, und zuletzt würde man bekennen müssen, daß eine Entscheidung durch keine Summe von Einzelbeweisen gefunden werden kann. Denn schließlich stehen religiöse und wissenschaftliche Weltanschauung als zwei Grundformen der geistigen Organisation einander gegenüber, beide das Produkt langer historischer Entwickelung, und für welche von beiden man sich entscheidet, das hängt, nach dem trefflichen Worte J. G. Fichtes, davon ab, was für ein Mensch man ist. Aber an einige Punkte, die der Verf. in seiner Rechnung vergessen hat, ist es vielleicht zweckmäßig zu erinnern, — und wäre es auch nur, um ihm und seinen Lesern die Verwunderung darüber weniger fühlbar zu machen, daß es immer noch vernünftige Menschen in großer Anzahl gibt, die ihr geistiges Kapital einem schon von Haus aus bankerotten Unternehmen, wie es nach dem Verf. die glaubenslose Wissenschaft ist, anvertrauen.

Eine solche Erinnerung hat nicht nur mit Bezug auf das vorliegende Buch Interesse. Denn der Standpunkt, den Schneider einnimmt, die allgemeine Anschauung, von der aus seine Urteile gefällt werden, haben nichts spezifisch Katholisches. Das Buch könnte auch von einem gläubigen Protestanten geschrieben sein. Selten stößt man auf einen Zug, der ausschließlich katholischer Dogmatik angehört. Und wie weitgehend auch in protestantischen Kreisen die Unbekanntheit mit den einfachsten Ergebnissen der modernen Religionsforschung ist, wie fremdartig der Gedanke auf diese Dinge die Grundsätze einer streng historischen und psychologischen Untersuchung anzuwenden, wie consequent die Fälschung der natürlichen Betrachtungsweise durch die überwiegend dogmatische Art, mit der diese Gegenstände in der Schule behandelt zu werden pflegen:

das haben gerade in der jüngsten Zeit die Erörterungen über Babel und Bibel auf das Grellste gezeigt. Nirgends ist die Kluft zwischen dem, was man die öffentliche Meinung oder die allgemeine Bildung nennt, und längst gesicherten Ergebnissen der Wissenschaft größer als auf dem Gebiet des religiösen Lebens; nirgends hat eine zielbewußte Aufklärung noch größere und schwierigere Aufgaben vor sich.

Drei Dinge sind es vorzugsweise, auf die sich der Gedanke der göttlichen Weltordnung, als der praktischen Grundlage unseres Lebens, dem Zweifelnden gegenüber vorzugsweise stützen muß: Die ideale Höhe und die einleuchtende Klarheit der sittlichen Forderungen, die stärkere Sanktion, und die aller natürlichen Sittlichkeit überlegene Kraft des Vollbringens. Schon im 17. und 18. Jahrhundert hat man gewußt, daß dies der einzige Weg ist, um den Offenbarungscharakter irgend welcher Wahrheiten, vor allem sittlicher, zu erweisen.

Was sich als göttliche Weltordnung im Gegensatze zu allem natürlichen Geschehen gibt, das muß sich unserem Denken und Fühlen so groß, so erhaben, so herrlich darstellen, daß wir uns beugen und den geheimnisvollen Ausfluß einer höheren Macht zu erkennen glauben; das muß Kräfte in der Menschheit auslösen, die sonst nirgends zu finden sind; das muß in einer Reinheit strahlen, die sonst allem Menschlichen fremd ist. Nach den Versicherungen seiner Apologeten trifft dies alles beim Christentum zu.

So haben aber auch noch erleuchtete Geister des Aufklärungszeitalters, ein Locke, ein Leibniz, selbst noch Lessing, das Christentum angesehen. Man sprach von „beschleunigten Vernunfterkenntnissen". Man dachte sich die Offenbarung wie eine Art Treibhausluft, in der das sittliche Erkennen schneller zu Reife kommen sollte. Der letzte Nachklang einer völlig unhistorischen Denkweise; und doch ein gefährliches Zugeständnis. Denn wenn die angebliche Offenbarung nichts enthält, was nicht auch die sich selbst überlassene Vernunft hätte finden können, nur in einem längeren Zeitraum — kann nicht vielleicht eine vertiefte Einsicht in die Kontinuität der historischen Entwickelung den Nachweis erbringen, daß für gewisse Gedanken auch im rein menschlichen Sinne „die Zeit erfüllet war", daß sie kommen mußten? Genau dies hat nun für jeden, der sehen und hören will, die gewaltige historische Arbeit des 19. Jahrhunderts wirklich geleistet. Die Gedanken, welche zum Christentum zusammenwuchsen, lagen in der geistigen Atmosphäre des späteren griechischen Altertums, des alexandrinischen Judentums bereit. Kein Zug der christlichen Weltansicht, der nicht seine Genealogie hätte; keine Idee, von der wir sagen müßten: Auf dieser Erde bist du nicht gewachsen; denn nie hat vor dir ein Mensch etwas Ähnliches gefühlt oder gedacht. Gewiß: das Christentum, sagen wir die Paulinischen Briefe, die Evangelien, waren etwas Neues, wie eben

alles Große neu ist, wie Plato neu war nach Sokrates, wie Michelangelo neu war nach der Kunst der Frührenaissance, wie Beethoven neu war nach Mozart, ohne daß wir von Übernatürlichem und Offenbarung sprechen. Und nicht bloß in seine eigene geistige Umgebung hat die Forschung des 19. Jahrhunderts das Christentum eingebettet; sie hat auch seine Vergleichung mit andern großen Lebens- und Kulturkreisen erst ermöglicht, insbesondere mit Indien. Die Ergebnisse dieses Vergleiches, den Schneider mit einigen abfälligen Bemerkungen über den Buddhismus abtun zu können meint, sind nun vollends so schlagend, die psychologische Verwandtschaft der beiden größten Kulturreligionen, nicht bloß in wurzelhaften Bestandteilen, sondern auch in zahllosen Äußerlichkeiten so in die Augen springend, daß nur zwei Möglichkeiten bleiben: entweder Gott hat sich 500 Jahre vor Christus schon einmal in Gautama Buddha geoffenbaret, oder der Begriff der Offenbarung muß endgültig durch das Verständnis der Entwickelungsgeschichte der höchstorganisierten Rassen überwunden werden.

Und nun der Inhalt dieser christlichen Verkündigung selbst! Ist er denn irgendwie etwas Absolutes, ein unverrückbares Ideal praktischen Verhaltens? Ist er denn anders zu verstehen, anders zu ertragen, denn aus seinen zeitgeschichtlichen Voraussetzungen? Sein asketischer Zug als ein Protest gegen die Entartung der antiken Sinnlichkeit; sein sozialistisches Ideal als ein Protest gegen das absolute Herrenrecht der römischen Gesellschaftsordnung; seine Flucht aus der Welt, seine eschatologischen Träumereien als ein Bekenntnis der völligen Machtlosigkeit gegen das Bestehende und der Verzweiflung an der Zukunft? Welche unendliche Mühe hat es gekostet, welches Maß von sinnreichen Kompromissen, ja von nichtswürdiger Heuchelei, um diese Ethik, die in Wahrheit als eine Sklavenmoral geboren worden war, in eine Herrenmoral umzubilden, nachdem Christentum und römischer Staat Eins geworden waren und nachdem sich die neuen frischen Volkskräfte der Germanen an die Stelle der römischen Provinzialen gesetzt hatten. Der ganze unselige Dualismus des Mittelalters, die tiefe Unwahrheit in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche, theoretischen Idealen und praktischen Notwendigkeiten, in hundert Zügen, trotz der Reformation, auch in unserem Leben noch nachwirkend, hat hier seine Wurzeln. Die ganze Sittengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit zeigt das Aufbäumen des europäischen Geistes gegen das ihm von der Kirche aufgezwungene unnatürliche ethische Ideal, dessen sich die Reformation, wie Puritanismus und Pietismus zeigen, noch lange nicht zu entledigen vermocht hat. Und gerade die Richtungen, die am strengsten den Geist des alten Christentums festhielten, zeigen am deutlichsten, wie unmöglich es ist, seine Ideale ohne die stärkste Umbildung in den Dienst menschlicher Kulturarbeit zu stellen.

In der eindringlichsten Weise verkündet die Sittengeschichte der christlichen Welt die Wahrheit, daß das ethische Ideal des Christentums nichts Absolutes ist. Ein Lebenstypus, aus bestimmten geistigen und sozialen Verhältnissen herausgeboren, die Ideale des klassischen Altertums und des Judentums in manchen Punkten weiter entwickelnd, in manchen hinter ihnen zurückbleibend, und mit der Umbildung der historischen Bedingungen sich selbst immerfort wandelnd. Denkt man sich die übrigen bewegenden Kräfte der abendländischen Entwickelung, den Eintritt der Germanen in die weströmische Welt, die Ausbildung der Nationalstaaten, die immer erneute Berührung des christlichen Geistes mit der Antike und das Heranwachsen der freien weltlichen Wissenschaft ausgeschaltet, so kann man sich nicht ohne Schauder vorstellen, was die göttliche Weltordnung des Christentums für sich allein aus der Menschheit gemacht hätte.

Und das ist auch der letzte Grund unseres unversieglichen Glaubens an die Wissenschaft, obwohl sie uns statt einer seit Jahrhunderten fertigen Lösung, in dem Maße als die Erkenntnis vordringt, immer neue Aufgaben stellt. Wir sind uns darüber klar, daß der Glaube, was er auch dem Einzelnen an Beruhigung gewähren mag, in der Geistesgeschichte ein Prinzip des Stillstands bedeutet; daß alle größten Fortschritte unserer Erkenntnis den Glaubensmächten aller Zeiten und aller Konfessionen in erbitterten Kämpfen haben abgerungen werden müssen. Und wir sind durch entsetzliche Lehren der Geschichte überzeugt, gerade weil wir das Sittliche für ein natürliches Produkt der menschlichen Natur und ihres Gemeinschaftslebens halten, daß kein religionsloser Zustand der Gesellschaft jemals zu so wilden Greueltaten, zu so blutiger Verfolgung, zu so tiefgewurzeltem Hasse zwischen Völkern, Volks- und Stammesgenossen führen kann, als die Vorherrschaft des religiösen Prinzips.

Diese Seite der Rechnung bleibt in den geistreichen Ausführungen des Herrn Prälaten vollständig im Hintergrunde. Viel Großes ist von den religiösen Ideen in dem Werke der sittlichen Erziehung der Menschheit geleistet worden. Wer möchte es leugnen? Aber wie furchtbar sind auch die Opfer gewesen mit denen dieser Gewinn erkauft wurde! Opfer an Gut und Blut, Opfer an sittlichem Feingefühl, Opfer an Menschenliebe und Edelsinn, Opfer endlich an Gemütsruhe und Seelenfrieden! Welche Qualen hat die Gnadenlehre, die Lehre von der Prädestination, die Lehre von der Ewigkeit der Höllenstrafen, der Menschheit auferlegt! Wird nicht, wer die geheimen Blätter der Religions- und Sittengeschichte kennt, — und wie viele der geheimsten sind nie geschrieben worden — sagen müssen, daß diese Qualen wahrscheinlich alle Freuden der Hoffnung auf die ewige Seligkeit aufwiegen? Schneider macht sich lustig über die Schlußgedanken der diesseitigen Ethik, Menschheitsdienst, Kulturfortschritt,

Erhöhung des Typus Mensch, Beseeligung der Selbstvervollkommnung. Gewiß, keine Kunst kann diese Begriffe wie Himmel und Hölle mit glühenden Farben an die Wände malen, um die Erbauungshäuser der religionslosen Menschheit damit zu schmücken.

Aber sind sie darum wirklich soviel nebelhafter als jene eschatologischen Vorstellungen einer naiven Vergangenheit? Zeigen sie uns nicht vielmehr überall schon das Zukünftige im Gegenwärtigen? Sollte es wirklich soviel ethischer sein, „mit Furcht und Zittern" das eigene Heil zu suchen, worauf doch schließlich alle Weisheit der religiösen Ethik hinausläuft, als mit freudiger Hingebung an die Zukunft des Geschlechts und der Kultur zu denken, das Heil der Ungeborenen, das „Kinderland" mit der Seele zu suchen? Die religiöse Ethik behauptet, daß nur jene transzendenten Hoffnungen und Befürchtungen ausreichende Motivkraft besitzen, um den Menschen in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Wir bezweifeln es und die bisherige Erfahrung gibt uns Recht. Blasse Traumbilder, denen jeder Tag fortschreitender Erkenntnis mehr von ihrer Beweiskraft nimmt, sollten stärker wirken, als der Schrei des Elends, der Stolz freudigen Rechttuns, das Gefühl lebendiger Volks- und Kulturgemeinschaft? Nimmermehr. Nicht Jenseitsvorstellungen, sondern zweckmäßige Organisationen, soziale und pädagogische, sind das wahre Fundament der Sittlichkeit. Und auch auf diesem Punkte läßt uns der historische Erweis einer an die „göttliche Weltordnung" d. h. an transzendente Ethik geknüpften Überlegenheit des praktischen Verhaltens vollkommen im Stiche. Wer nur mit einem Rest von Unbefangenheit die Geschichte des Christentums überprüft, das doch nach den Ansichten seiner Bekenner auf den außerordentlichsten Veranstaltungen der Gottheit zur sittlichen Hebung der Menschheit beruht, der wird gestehen müssen, daß sie kein anderes Schauspiel darbietet als die Geschichte der Menschheit überhaupt: der sittliche Heroismus ist kein Spezialgewächs christlichen Bodens, sondern überall in der Menschheit, unter Gläubigen und Ungläubigen, heimisch; und die massa perditionis, die Menge derer, die ein höheres ethisches Ziel nicht erreichen, schleppt auch das Christentum trotz Erlösungsgnade und Jenseitsvorstellungen in breitem Strome mit sich. Der Fundamentalsatz der christlichen Lehre vom Sündenfall und vom Bösen: Gott w i l l nicht, daß alle Menschen gut und selig werden, heißt nichts anderes als das demütige Bekenntnis jeder naturalistischen Ethik, daß Natur und Weltlauf ihre Gaben ungleich verteilen und daß es nur wenigen vergönnt ist, den Typus Mensch im edelsten Sinne auszuprägen. Das Vollkommene im Sinne menschlicher Zweckgedanken ist ein Spezialfall der allgemeinen Naturgesetzlichkeit, die auch das Christentum nirgends zu überwinden vermocht hat. Nur wenn wir es selbst,

wie alle anderen Schöpfungen unseres Geschlechts, als ein Stück Natur begreifen, lichten sich die Rätsel und die Widersprüche, vor die es den Gläubigen unvermeidlich stellt.

Ärztliche Ethik und Kurpfuscherei.

Von Dr. Julian Marcuse (Mannheim).

Vor den Augen der Gegenwart vollzieht sich ein merkwürdiges Schauspiel, ein Kampf zwischen Wissenschaft und Praxis, der die eine zum Siege, die andere mehr und mehr zur Niederlage führt. Auf dem Boden der modernen wirtschaftlichen Entwickelung ist der Begriff der sozialen Hygiene neu erstanden und in das Bewußtsein der Völker übergegangen; sie ist eine reife Wissenschaft geworden, deren Forschungen kein einziger sich mehr verschließt, deren Arbeitsgebiet von Jahr zu Jahr größer wird, deren Bedeutung in Kulturländern mehr und mehr wächst. Die Hygiene als Wissenschaft basiert mit allen ihren Fasern auf den Errungenschaften medizinischer Forschung, wie sie seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts angebahnt sind. Und nahezu vom gleichen Zeitraum beginnend, macht sich als soziale Erscheinung ein mehr und mehr zunehmender Skeptizismus gegen die Medizin als Heilkunde und gegen die ärztliche Kunst geltend und schwillt zu einer Massenbewegung an, die beseelt von dem unklaren Drange einer Regeneration der Menschheit die wesentlichsten Grundlagen ärztlicher Tätigkeit, das Vertrauen in Heilkunde und Heilkunst, zerstört. Siegend schreitet also der Gedanke der Sozialhygiene durch die Welt und reißt in seinem unaufhaltsamen Vorwärtsdrängen Gesetzgebung, Regierungen und Staaten an sich: Und zu gleicher Zeit sinkt die Medizin, die der Hygiene das Leben gab, ohnmächtig zu Boden, der Wurzeln beraubt, die sie mit der Menschheit verband. Gemeingefährliche Individuen und bürgerlich bankerotte Existenzen, die Morgenluft wittern, erstehen in Scharen als falsche Propheten und das Gähren und Wogen der öffentlichen Meinung für sich benutzend werden sie zu Volksbetrügern schlimmster Art. Aus der Freiheit des Kurierens, wie sie die Gesetzgebung im Vertrauen auf den gesunden Sinn und die Urteilsfähigkeit der politisch mündig gewordenen Völker zuläßt, wird in Wirklichkeit eine Freiheit des Betrugs und der Lüge, die schrankenlos und frech einherschreitet. Hieraus resultieren zwei Momente, an denen der moderne Staat nicht gleichgültig vorübergehen kann: Einmal eine schwerwiegende Unter-

minierung der Volksgesundheit, die man auf der anderen Seite durch Assanierung der Brutstätten der menschlichen Krankheiten zu schützen sucht, und weiterhin ein sozialer Rückgang des Ärztestandes, der in seiner allmählichen Proletarisierung die Fähigkeit verliert, den Aufgaben, die die Sozialhygiene an ihn stellt, gerecht zu werden. Die Ursachen und die Natur der großen, völkervernichtenden Krankheiten, die Bedingungen der Übertragung, der Aufnahme und der Entwickelung von Giftstoffen sowie der Zusammenhang der Volkskrankheiten mit den ökonomischen Verhältnissen von dem Gesichtspunkt der Prophylaxis aus, alle diese so unermeßlich tief in das Leben des Volkes wie des einzelnen Individuums einschneidenden Fragen sind unlösbar ohne Mitwirkung des Arztes und involvieren damit das wesentliche Interesse, das der Staat an der Stellung dieses Berufszweiges hat.

Allein gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutz bedrohter Volksinteressen sind es nicht, denen ich an dieser Stelle Ausdruck geben möchte, so notwendig sie auch im einzelnen sind und so wenig man ihrer wird entraten können. Denn die gewerbsmäßige Kurpfuscherei als offenbarer Schwindel und Betrug fällt unter das Strafgesetzbuch und jede Lücke desselben bedarf nach dieser Richtung hin einer Ausfüllung, sollen Gesetz und öffentliches Rechtsbewußtsein im Einklang stehen. Gewisse innere Gründe des Ueberhandnehmens des Kurpfuschertums, basierend auf dem in weiten Kreisen verloren gegangenen Vertrauen zur Schulmedizin und ihren Vertretern, sollen uns beschäftigen. In dem Doppelbegriff, der das Wesen der Medizin bedingt, nämlich Wissen und Kunst, liegt all' ihre Größe, aber auch zugleich ihre ganze Schwäche! Denn während wir in der Erkenntnis des Baues und der Struktur unseres Organismus, seiner physiologischen Funktionen, seiner pathologischen Veränderungen weiter und weiter geschritten sind, während wir mit all unseren vervollkommneten Hilfsmitteln auch den Sitz, die Ausdehnung und Folgezustände einer Krankheit klar erblicken, wird die eigentliche Heilung, die Rückkehr krankhaft veränderter Funktionen und Gewebe, chemischer und physikalischer Prozesse zur Norm, in ihrem Wesen nach wie vor nur durch die Lebensvorgänge im Organismus herbeigeführt. Der Arzt bleibt der Diener der Natur, wird nie ihr Meister! Und in diesem Unterordnungsverhältnis liegt die ganze Quintessenz der tatsächlichen Erfolge. Denn der Ablauf der Störungen, die Rückkehr zum normalen Gleichgewicht wird beim widerstandsfähigen Organismus aus eigenster Kraft heraus erfolgen, wenn man sich hütet, störend in die Tendenz der natürlichen Ausgleichungen einzugreifen. Naturbeobachtung also im weitesten Sinne ist eine der wesentlichsten Erfordernisse erfolgreicher Krankenbehandlung. Sie wird schwer erworben, nie erlernt von

dem, der sie nicht besitzt, sie kann aber, und die Beispiele hierfür sind mannigfaltig, teilweise die Erkenntnis der Krankheitsvorgänge ersetzen und das vom Organismus begonnene Werk zu einem guten Ende führen. Die wissenschaftliche Heilkunst, der Schranken bei der Heilung krankhafter Prozesse sich bewußt durch die Unmöglichkeit, die Lebensvorgänge willkürlich abzuändern, hat von frühester Zeit ihr Leistungsgebiet auf ein anderes Feld übertragen, auf die Behandlung von Krankheitssymptomen. Die unabsehbare Schar pharmazeutischer Präparate dient in ihrer überwiegenden Zahl gerade diesem Zweck; in zahlreichsten Fällen ebenso die Anwendung der Brunnen- und Badekuren, der Elektrizität und vieler anderer therapeutischer Hilfsmittel. So wesentlich und bedeutungsvoll auch diese symptomatische Behandlung in vielen Fällen ist, so lebensrettend sie direkt in gewissen Momenten werden kann, so haften ihr doch all' die mit der Einführung von Arzneikörpern verbundenen eventuellen Komplikationen an, als da sind Unsicherheit der Wirkung, Idiosynkrasie des Kranken, unangenehme Begleiterscheinungen. An diesen beiden Polen hat von jeher in der Geschichte der Medizin der Kampf der Laienärzte gegen die wissenschaftlichen Aerzte eingesetzt und von Antonius Musa, der den Kaiser Augustus behandelte, bis auf Prießnitz und Kneipp haben ein sicherer Blick, eine unermüdliche künstlerische Beobachtung der Natur den Sieg über Wissen und Können gefeiert. Die vom Volke unverstandenen Grenzen der Heilkunst auf der einen Seite, die Entwickelung der Pharmakotherapie auf der anderen sind es also im wesentlichen, die die Abkehr weiter Massen von der Schulmedizin und ihre Zuflucht zu „Heilkundigen" zweifelhaftester Observanz veranlassen. Und zu diesen der Entwickelung der Wissenschaft als solcher anhaftenden Momenten gesellt sich ein weiteres, das in engen Beziehungen zur ärztlichen Ethik steht. Da die Medizin in erster Reihe eine Erfahrungswissenschaft ist, die ärztliche Behandlung eine Kunst, so sind zum Zustandekommen des Erfolges all' die Faktoren erforderlich, die die Persönlichkeit, das Objekt der Kunst, beeinflussen. Und wie in der darstellenden Kunst Auffassung und Blick, Intuition und Gestaltungsgabe den wahren Künstler scheiden von den Haufen der Handwerker, so auch in der ärztlichen, in der die Deduktion oft genug nicht das Ergebnis logischer Schlußfolgerungen als vielmehr das Facit eines künstlerisch geübten Blickes ist. Hieraus resultiert zum großen Teil die Verschiedenartigkeit der ärztlichen Auffassungen über Ursachen und Wesen des Leidens, über Kraft und Wirkung der Heilmittel, die nicht blos von Geschlecht zu Geschlecht, sondern die von einem Arzt derselben Periode zum anderen, ja selbst im Leben eines Arztes von einem Zeitabschnitt zum folgenden wechseln. Mit diesem Faktor als einer im Wesen jeder Erfahrungswissenschaft gegebenen Größe ist zu rechnen

und der Grundsatz: „le système est mort, vive le système“ ist der Geschichte der Medizin tief eingeprägt. Diese Variabilität der Grundauffassungen läßt um so stärker jenes psychologische Wechselspiel aufkommen, das als Suggestibilität das Verhältnis von Arzt und Patient so intensiv beeinflußt. Schon in der Persönlichkeit des Arztes, seinem Auftreten, seiner Stimme, seiner Fähigkeit, dem Kranken dessen Leiden in hoffnungsreichem Lichte zu zeigen, in dem liebevollen Eingehen auf alle die kleinen Kümmernisse des Krankenlebens und wieder in dem nachdrücklichen Ernst, mit dem sich der Arzt Gehorsam zu verschaffen weiß und der sich nötigenfalls bis zur Einschüchterung steigert, liegen mächtige, suggestive Einflüsse, welche die spezifische Therapie des einzelnen Falles in wirksamster Weise zu unterstützen vermögen und denen der Arzt seine Beliebtheit nicht selten weitmehr zuzuschreiben hat als seinen wirklichen Kenntnissen und Leistungen. Diese suggestive Komponente der materia medica ist als therapeutischer Faktor von nicht zu missendem Werte, allein ärztliche Geistesarbeit dient nicht blos übernommenen Pflichtenkreisen sondern auch wirtschaftlicher Verwertung, und hier setzt der Konflikt zwischen sittlichem und unsittlichem Handeln ein. Suggestion im weitesten psychologischen Sinne wird zum treibenden Element nnd zeitigt in ihren Auswüchsen die Vermessenheit des eigenen Ichs, die starre Abgeschlossenheit gegen die Meinung anderer, den Hochmut der Unfehlbarkeit. Der Erfolg raubt die Achtung vor dem Handeln anderer, setzt sie herab, und aus der idealen Aufgabe der Medizin wird ein Zerrbild wirtschaftlicher Konkurrenz. Dieselbe nimmt Formen an, die in ihrer Skrupellosigkeit vor nichts zurückschrecken und Handeln und Tun selbst dem Klienten gegenüber beeinflussen. Das Wohl und Wehe des Kranken bleibt zwar noch das treibende Moment der Berufspflicht, allein die einzuschlagenden Wege, die Wahl der Behandlungsmethode und ähnliches sind nicht mehr allein der Ausfluß wohlerwogener objektiver Betrachtung, sondern angefressen von den schnöden Erwägungen des Konkurrenzkampfes. Moralisten und Ideologen im ärztlichen Stande haben zu allen Zeiten und bei allen Völkern diese sittlichen Mängel gegeißelt und dem Zeitalter, in dem sie lebten, die Schuld daran beigemessen. Dieser Schluß haftet an der Oberfläche: Nicht die Zeitverhältnisse sind es, die als wesentliches Moment heranzuziehen sind, als vielmehr die Janusnatur der Medizin — halb Wissen, halb Kunst — und der durch den freien Wettbewerb erzeugte Drang nach wirtschaftlichen Gütern und nach Befriedigung des Ehrgeizes. Diese Fragen treten weit aus dem Rahmen der Standesbegriffe, in die man sie gern einschachtelt, heraus und werden zu sittlichen Postulaten und die Erzeugung von Neid, Mißgunst und Haß wird maßgebend für die Wertschätzung der Wissenschaft selbst. Wo Methoden und Wege ihrem

innersten Wesen nach schwanken, sinkt im Augenblick, wo die Vertreter der Ideen gegenseitig ihre Leistungen diskreditieren, die Achtung vor der Wissenschaft selbst und ihrem Können und leistet dem Eindringen zersetzender Elemente willfährigen Vorschub. So begreift ethisches Handeln der Ärzte untereinander in ihrem Verhältnis zum Klienten auch die Sicherung der Wissenschaft und ihrer unumgänglich notwendigen Stellung im Gesellschaftsorganismus in sich und wird zum Bollwerk gegen im Trüben fischendes Kurpfuschertum. Es spinnen sich also auch hier die Fäden sittlicher Vervollkommnung weiter und weiter und führen zur Gesundung menschlicher Einrichtungen. „Lasset uns besser werden, dann wirds auch besser sein", dieses Dichterwort bleibt auch im Kampfe der Medizin gegen die Kurpfuscherei eine immer widerhallende Losung!

Die Einheitsschule in Dänemark.

Von *J. O. Raden*.

Die *Schule* ist gegenwärtig mal wieder in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. In Frankreich arbeitet die Staatsgewalt unaufhaltsam an der Zertrümmerung des Klerikalismus und gleichzeitig an der Errichtung der *weltlichen* Schule, von der sie — und das mit vollem Recht — alles das erhofft, was die Kongregationen verhinderten: *einen gesunden Individualismus*, welcher seine Kraft und ethische Schönheit aus den altruistischen Ideen der Menschlichkeit, der Wohlfahrt der Nation und des Einzelnen schöpft, ihn aussöhnend mit des Jahrhunderts größter Errungenschaft, dem modernen *Sozialismus*. — Frankreich ist also der Glückseligkeit aller seiner Bürger und somit der Erfüllung seines Programms von 1789 und 90 näher denn je. In wenig Jahren wird es die Revolution auf dem Gebiet des öffentlichen Unterrichts — welcher insbesondere dem Staat Garantien für die *ethischen Qualitäten* der künftigen Generation an die Hand geben soll — vollkommen durchgeführt haben, und in wenig Jahrzehnten werden wir (wenn es hier und dort so weitergeht, wie es eben jetzt geht) unser Preußen und Deutschland im Hinblick auf entschieden bessere französische Verhältnisse nicht mehr stolz das Land der Schulen nennen können. Damit ists eigentlich schon heute vorbei; denn es ging uns vor kurzem die kontinentale *Führerrolle* im Unterrichts- und Erziehungswesen *verloren*, weil sie das kleine *Dänemark* übernahm, wenigstens ideell und bald auch wohl in praxi.

Dänemarks liberales Unterrichtsministerium — geleitet von Christiensen, der noch vor nicht langer Zeit in der Dorfschule dozierte — will nämlich verwirklichen, was großen Pädagogen, Staatsmännern und Patrioten, einem Comenius, Fichte, Pestalozzi Stein als Ziel und Ideal aller unterrichtlichen Veranstaltungen vorschwebte: *die Einheitsschule*, d. i. ein organisch gegliedertes System des Unterrichts und der Erziehung von der Kindheit bis zum Jünglingsalter, ein System, dessen Segnungen zu genießen

jedem — nach Maßgabe seiner Befähigung — gestattet sein soll, ein System, das die Entfesselung aller geistigen und sittlichen Kräfte innerhalb des Volkes auf den Höhepunkt zu bringen zu seinem vornehmsten Zweck hat, das berufen ist, die Kastenerziehung mit all ihren sozialen Schädlichkeiten an der Wurzel krank zu machen und auf diesem Wege ein schönes, vielleicht das wichtigste Stück der sozialen Frage zu lösen. Das alles ist auch bei uns schon, und, wie bereits erwähnt, gerade von den Edelsten und Besten erträumt worden, läßt sich im Kasernenstaat aber nicht realisieren, abgesehen davon, daß man auch keine Neigung dazu verspürt. Wie teuer müssen wir doch die Ehre bezahlen, Groß- und „Weltmacht" zu sein! Dänemark — fern allen kostspieligen Allüren — ersetzt, was ihm an „Macht" fehlt, durch vermehrte Kultur und innere Größe. Also spricht u. a. der spiritus rector Christiensen in den Erläuterungen zu dem Schulgesetzentwurf, durch welchen das „meerumschlungne" kleine Land zu einem nordischen Hellas unter den Nationen emporblühen wird: „Heutzutage hat man es in den Ländern, wo die demokratischen Gedanken am weitesten durchgedrungen sind und der ganzen Gesellschaftsordnung in allen wesentlichen Hinsichten ihren Stempel aufgedrückt haben, als eine der allerwichtigsten Aufgaben betrachtet, das ganze Schulwesen so geordnet zu sehen, daß zwischen allen den verschiedenen Arten der Schulen eine organische Verbindung hergestellt wird, wo der Unterricht von unten bis oben über eine Reihe wechselseitig genau zusammenhängender und zueinander abgepaßter Hauptstufen durchgeführt wird. Selbstverständlich ist nie die Meinung gewesen, und hat nie sein können, daß alle Zöglinge ohne Ausnahme die ganze so organisierte Einheitsschule von Anfang bis zu Ende durchmachen sollten, indem ja die unausbleiblichen Unterschiede sowohl in natürlicher Begabung, als in anderen Hinsichten mit Notwendigkeit dahin führen müssen, daß manche auf der einen oder andern Stufe stehen bleiben oder zurückgehalten werden müssen; sondern der Gedanke war der, daß alle die Zöglinge, deren Naturanlage ihnen keine Hindernisse in den Weg legt und bei denen die hemmenden Einflüsse der anderen, besonders der ökonomischen Unterschiede sich überwinden lassen, die Bahn ganz zu Ende laufen und den größtmöglichen Nutzen davon ziehen. Insbesondere hat man dahin streben müssen, daß die Rücksicht auf den Stand der Eltern und, soweit es geht, auch ihre Vermögenslage möglichst wenig für Entscheidung der Frage in Betracht kommen, welchen Unterricht ihre Kinder erhalten, und zu welchem Ziele sie geführt werden sollen. Deshalb hat man die Einheitsschule . . . so einzurichten sich bemüht, daß sie nicht zu gut oder zu vornehm für Zöglinge wurde, deren Eltern auf der Leiter der Gesellschaft niedriger stehen, und auch nicht zu gering selbst für die, deren Eltern auf der höchsten Stufe sich befinden." Und indem der Minister weiter sagt, man dürfe das Streben nach Gleichheit aller Staatsbürger deswegen nicht fallen lassen, weil die tatsächliche Gleichheit utopisch sei, man müsse vielmehr jeder Fähigkeit die Bahn möglichst frei machen, fährt er fort: „Nur dann kann die Staatsgemeinschaft vollen Nutzen aus allen geistigen Kräften ziehen, nur dann können die Bürger in so vollem Maße, wie das überhaupt erreichbar ist, zu dem Verständnis erzogen werden, die Güter der Freiheit zu ergreifen und zu genießen und sie auf die rechte Weise zu gebrauchen, zum Besten für sich selbst und für das ganze Gemeinwesen."

Die Organisation des dänischen Schulwesens gestaltet sich nach dem Entwurf nun folgendermaßen:

Alle Kinder besuchen vom 7. Jahr ab mindestens 4 Jahre die Volksschule. (Nachdem sie zuvor die zwar nicht offizielle, aber doch den eigentlichen Grund legende und hoffentlich im Verlauf der Generationen gerade durch die Unterrichtsreform noch immer vorzüglicher werdende „Mutterschule" durchlaufen haben! Anmerkung d. Verf.) Sie sind also mindestens 10 Jahre alt, wenn sie die nächsthöhere Staffel ihres Bildungs-

ganges betreten, die „Mittelschule" nämlich. Dort werden sie — ebenfalls 4 Jahre hindurch — außer in den Volksschulfächern in zwei fremden Sprachen (Deutsch und Englisch) unterrichtet. In der 1. Mittelschulklasse wird auch — wahlfrei — Latein getrieben. Die Absolvierung der Mittelschule gibt die Berechtigung zur Aufnahme in die „Jugendschule", mit drei Jahreskursen. Sie ist die Vorbereitungsanstalt für das akademische Studium und gewährt ihren Besuchern — ähnlich der Hochschule — verschiedene Ausbildungsmöglichkeiten, welche nach den Hauptfächern genannt werden können: die klassisch-sprachliche, die neusprachliche, die mathematisch-naturwissenschaftliche. — Der erfolgreiche Besuch der Mittelschule berechtigt jedoch auch — und das ist für Schüler bedeutungsvoll, welche sich im praktisch-technischen Leben zu betätigen wünschen — zu weiterem Studium in der „Realschule", wo nur eine fremde Sprache gelehrt wird. — Mittel- und Jugendschulen können unter staatlicher wie privater Leitung stehen, Knaben und Mädchen vereint oder nach Geschlechtern getrennt aufnehmen. Eltern, die außerhalb der Kirche stehen, brauchen ihre Kinder nicht am Religionsunterricht teilnehmen zu lassen.

Man sieht: es sind ausgezeichnete Ideen, die der dänische Kultusminister — oder soll man ihm den schöneren Namen „Kultur-Diener" geben? — in Tat und Wahrheit umzusetzen im Begriff ist; Ideen, welche Geist und — Toleranz gegen das Bestehende atmen, welche dem Individualismus wie Sozialismus gleich gerecht werden, indem sie beides miteinander zu versöhnen trachten. Und das geschieht „im Staate Dänemark"! Wann werden die deutschen Träumer, die das Beste dran ersonnen, nachkommen? Wann, wann?! Man rechne nur ruhig mit Jahrzehnten, wenn man Lust hat, darüber zu reflektieren!

Kleine Mitteilungen.

Papstwahl oder Papstdesignation?

Wenn Wahrmund in seiner neuesten Broschüre: Das deutsche Reich und die kommenden Papstwahlen (Frankfurt a. M., Neuer Frankfurter Verlag, Preis Mk. 0.50) sagt: „‚Konzil' ist heute ein papierner Begriff für graue Theoretiker. Die Kirche hat sich seit langem schon zu einer absoluten Monarchie ausgestaltet," so sagt er eher zu wenig als zu viel. In einer so diplomatischen Versammlung, wie sie die italienischen Kardinäle abgeben, ist es selbst den schlauen Jesuiten nicht leicht, ihren Kandidaten durchzubringen. Die italienischen Kardinäle sind im großen und ganzen sehr bequeme, auf ihr irdisches Wohl sehr bedachte Herren, die sich kaum dazu hergeben werden, sich selbst einen asketischen und strengen Papst zu wählen, der sie auch in ihrem Privatleben etwas überwachen würde. Die Jesuiten trauen daher nicht einmal mehr dem Kardinalkollegium und sind bereits daran, auch dieses ebenso wie das Konzil kaltzustellen durch die — Papstdesignation, die bereits seit längerer Zeit in den fachwissenschaftlichen Zeitschriften herum spukt. Die Papstdesignation und Abschaffung der Papstwahl wäre nur eine Konsequenz des Infallibilitätsdogmas, durch das überhaupt jede feste Rechtsnorm über den Haufen geworfen werden kann. Ist der Papst infallibel und die höchste Autorität in disciplinis, so kann er auch statt der Wahl die Ernennung seines Nachfolgers einführen, diese Einführung hätte für die ganze Kirche bindende Kraft und könnte dagegen an keine höhere Instanz appelliert werden.

Da man jedoch dem aufgeklärten Laienpublikum nicht so ohne weiteres eine

bedeutsame Neuerung nur mit der Begründung, sie sei de fide, i. e. eine Glaubenssache als Folge des Infallibilitätsdogmas, aufoktroyieren kann, versucht man, die Designation historisch nachzuweisen, wie dies Dr. Sägmüller in der Tübinger Theologischen Quartalschrift 1903, S. 91 in dem Artikel: „Die Ernennung des Nachfolgers durch die Päpste am Ende des V. und Anfange des VI. Jahrhunderts," tut. Es ist der Mühe wert, die Ultramontanen bei ihren „historischen" Forschungen etwas zu beobachten. Dr. Sägmüller führt als beweisende Beispiele — man höre und staune — die Päpste Felix III. („gewählt" 483), Symmachus („gewählt" 498), Hormisdas und Felix IV. an. Es sind dies gerade die Päpste, die Wahrmund in seiner Broschüre aufzählt, um den Einfluß der germanischen Könige Odoaker und Theoderich auf die Papstwahl zu demonstrieren. Wer die Geschichtsberichte unbefangen studiert, wird finden, daß diese beiden Fürsten einfach die Päpste ernannt haben, daß die Päpste wie Teig in ihren waffengewaltigen Händen waren. Besonders der große Theoderich machte mit diesen Knirpsen nicht viel Federlesen. Da heißt es von Felix IV. (526—530) ganz schlankweg: „gewählt" jussu regis Theodorici! Und daraus will Sägmüller für den Papst das Recht, seinen Nachfolger zu bestimmen, herauslesen! Wir lesen daraus ganz etwas anderes, daß nämlich die gotischen Völker die einzigen waren, die Rom den Fuß ordentlich auf den Nacken setzten; daß Rom gerade sie am meisten fürchtete, wie es heute noch die austrobajuvarischen „Reformkatholiken" am meisten fürchtet, und die es deswegen mit seinem ganzen Schlangengeifer besudelt. Deswegen hat Rom die Geschichte der Goten verschwinden lassen, um die Märchengeschichten von dem uralten Vorrang des Papsttums erfinden und Leichtgläubigen aufbinden zu können. Die Geschichtsfälscherei war seit jeher eine der römischen Hauptkünste; man sieht, daß die Ultramontanen sie wacker betreiben, nur etwas gar zu plump. L.—L.

*

Gynäkologisches aus dem Vatikan.

Während die gesamte zivilisierte Welt an der Krankheit und der Genesung der ungemein sympathischen Königin von Holland die lebhafteste Anteilnahme bekundete, wissen unsere rhein-fränkischen Liguori-Asketen nichts besseres zu tun, als die edle Frau in gemeinster Weise anzurempeln. Es ist an und für sich schon eine Indiskretion, diesen Fall mit solcher cynischen Breitspurigkeit zu erörtern, wie dies der Trierer(!) „Pastor bonus" (heißt auf deutsch der „gute Hirt") tut. Es ist sehr lehrreich, womit sich diese zölibatären Herrchen unterhalten. Der betreffende Artikelschreiber nennt den bei der Königin von Holland vorliegenden Fall eine „procuratio abortus in quinto mense gestationis oder im mildesten Sinn eine acceleratio partus foetus non viabilis".

Da fromme Gemüter wahrscheinlich nichts besseres zu tun haben, richteten sie folgende Frage (sie ist typisch für die moderne jesuitisch-casuistische Moraltheologie) an das „hl. Officium" in Rom: an aliquando licita sit acceleratio partus ante septimum gestationis mensem arte inducta?

Das römische Orakel antwortete: Ja, aber mit Vorsicht! (o du vorsichtiger heiliger Ober-Medizinalrat!) Doch diese Auskunft war einem „geistlichen Dekan*) einer Universität" zu „milde", und der neugierige Herr wandte sich mit folgender Frage nach Rom: utrum liceat e sinu matris extrahere foetus ectopicos adhuc immaturos nondum sexto mense post conceptionem?, worauf die römischen Gewährsmänner antworteten: negative!

*) Muß entschieden ein Druckfehler sein; soll wahrscheinlich heißen: Vorstand der gynäkologischen Abteilung einer Universität!

Daran knüpft der „Pastor bonus“ folgende empörende Bemerkung: „Durch diesen Erlaß vom 5. März 1902 ist unserer Auffassung nach der Fall im Hause Oranien verurteilt .... Was bei der Königin durch die Ärzte vor aller Welt geschehen ist, das kann auch anderen Ärzten zu tun nicht verboten sein. Das Publikum sagt sich: was die junge Mutter im königlichen Schlosse öffentlich zulassen durfte, ist auch der armen Arbeiterfrau und selbst (warum selbst??!) der illegitimen Mutter zu wünschen erlaubt, wenn sie ernste Folgen aus ihrer Schwangerschaft für sich fürchtet“.

Getrost meine Herren Sachverständigen von der Hebammentechnik!

Es braucht niemand die Folgen einer Schwangerschaft mehr zu fürchten als die Pfarrerköchinnen! Aber wir fragen weiter folgendes:

1. Wie kommt Rom und die neugierigen Herren überhaupt dazu, über einen protestantischen Souverän Gericht zu sitzen?

2. Was hat sich Rom in die Gesetzgebung eines Staates, der allein über procuratio abortus zu urteilen hat, zu mischen?

3. Was pfuscht da Rom der allein kompetenten Medizin ins Handwerk?

4. Was hat überhaupt ein zölibatärer Priester mit Gynäkologie zu tun?

Hier sieht man einmal wieder, wie der Jesuitismus — dieses ganze Schweinehirtengespräch leitet ein Jesuit namens Arndt, auf S. 237 des „Pastor bonus“ mit einer Notiz ein — geradezu darauf ausgeht, den Katholizismus zu kompromittieren, ihn vor aller Welt lächerlich zu machen, und jede Versöhnung der Konfessionen hintanzuhalten. Wir protestieren im Namen aller rechtlich denkenden Katholiken gegen die Schmach, die man unserer Religion antut, indem man ihr die Hebammentasche umhängt und die Geburtszange in die Hand giebt! Weder Christus der Herr, noch der schlichte verehelichte Petrus haben gynäkologische Orakel erteilt, dieses Recht hat sich erst Rom auf Grund seiner tausendjährigen zölibatären Erfahrungen angemaßt! L.—L.

*

Wiesbadener und andere Volksbücher. Man hat mir mit Recht einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich in meinem Aufsatze „Neue Versuche, die beste Litteratur zu verbreiten“ (vgl. „D. fr. W.“ II, 19) die „Wiesbadener Volksbücher“ nicht genannt habe. So sei hier nachholend gesagt, daß der Volksbildungsverein zu Wiesbaden eine Reihe von gut ausgewählten Erzählungen herausgegeben hat und weiter herausgibt, die bei vortrefflicher Ausstattung erstaunlich billig sind. Die meisten Hefte kosten 10 oder 15 Pf., die teuren Preise 30 und 40 Pf. kommen in den ersten 30 Nummern nur einmal vor. Von den Autoren seien genannt Riehl, Heyse, Hans Hoffmann, Keller, Raabe, Gotthelf, Jensen, Stifter, Rosegger, Melchior Meyr, die Frauen Ebner-Eschenbach, Viebig, Villinger und die Ausländer Almquist, Dickens und Tolstoi. Es ist dem Vereine gelungen, auch solche Schriften zu erwerben, die noch nicht „frei“ sind, und so können wir durch ihn z. B. Gottfried Kellers „Fähnlein der sieben Aufrechten“ für 15 Pf. und zwei Geschichten der Ebner-Eschenbach für 10 Pf. haben. Den Vertrieb hat die Buchhandlung Heinrich Staadt zu Wiesbaden, auch jeder Sortimenter besorgt die Hefte. In zwei Jahren wurden 400,000 davon verkauft. Das sieht viel aus, aber es verrät doch, daß der Buchhandel sich für diese billigen Sachen noch nicht sehr interessiert.

Dies nützliche Unternehmen der Wiesbadener ist von einem schweizerischen Vor-

bilde hervorgerufen. Anfangs der neunziger Jahre schlossen die Volksbildungsvereine zu Basel, Bern und Zürich ein Kartell, wonach jeder Verein jährlich 4 Schriften herauszugeben hatte, die von den anderen Vereinen mitverbreitet werden mußten. Sie ließen von jedem Hefte gleich 30,000 Exemplare drucken und fanden guten Absatz, zumal da sie ihre Heimatsdichter Gotthelf und Keller stark bevorzugten. Der Bund gewährte ihnen Portofreiheit, was eine ganz wesentliche Hilfe bedeutete.

Ein neuester Versuch, dem wir Glück wünschen, geht von dem Verlagsbuchhändler Hans Lüstenöder zu Gablonz in Böhmen aus. Er will wöchentliche Zehnpfennighefte herausgeben und auch durch die Kolportage vertreiben, die sich nur durch den gediegenen Inhalt von dem Lesefutter der berüchtigten Kolportage-Romane unterscheiden sollen. Er will namentlich auch ältere Erzählungen, die in unverdiente Vergessenheit gekommen sind, dem Volke wieder vorlegen. Zuerst sollen in „Lüstenöders Erzählungsschatz" Romane von H. E. Fritze, Theodor Mügge und Melchior Meyr herauskommen, danach solche von Sealsfield, Gotthelf, Alexis, Gerstäcker, Stifter u. A.

Uns unterrichteten Städtern will es oft scheinen, daß gute Literatur jetzt recht billig und bequem zu haben sei und daß man sich um ihre Verbreitung keine Gedanken mehr zu machen brauche. Aber man rede mit Landleuten oder auch mit „geringen" Leuten in der Stadt! Dr. W. Bode.

*

Die Lösung der indogermanischen Frage durch die Archäologie.

Seitdem durch die vergleichende Sprachwissenschaft der verwandtschaftliche Zusammenhang jener Völkergruppe, die man die indoeuropäische, arische oder indogermanische bezeichnet, erkannt war, bemühte man sich auch ihre Urheimat zu finden und nähere Aufschlüsse über die Art und Zeit ihrer Verbreitung zu erhalten, wobei man von philologischen, anthropologischen, Tier- und Pflanzengeographischen Gesichtspunkten ausging. Besonders waren es anthropologische Ergebnisse, die dahin führten, die früher allgemein verbreitete Annahme der asiatischen Herkunft der Indogermanen zu gunsten der europäischen aufzugeben, ohne daß man indessen zwingende Beweise beigebracht hätte.

Einen ganz neuen Weg schlägt nun Kossinna ein, indem er die prähistorische Archäologie zu Hilfe nimmt*) und auf Grund seiner Untersuchungen des steinzeitlichen Kulturnachlasses dahin gelangt, die von ihm früher als Urheimat der Germanen erkannte Gegend zugleich als Urheimat der Indogermanen in der Steinzeit zu bestimmen. Die Urheimat aber, d. h. das Gebiet, aus welchem Teile der steinzeitlichen Bevölkerung ausgewandert sind, die durch Mischung mit anderen Stämmen sich allmählich zu anders gearteten, wenn auch verwandten Völkern entwickelt haben, sind „die westlichen Küstenländer der Ostsee sowie die angrenzenden Gebiete der Nordsee, also Südskandinavien Dänemark und Norddeutschland bis zur Aller, Magdeburg und Odermündung", also die Gegend, welche in der (jüngeren) Steinzeit durch ihre megalithischen Grabbauten, durch eine übereinstimmend geformte und verzierte (Tiefstich-) Keramik und durch gleichartige Geräte, vorwiegend von Feuerstein, als Kultureinheit deutlich gekennzeichnet ist.

Die frühesten Ausstrahlungen aus diesem indogermanischen (skandinavisch-germanischen) Urgebiete haben dann nach K. zu Anfang des 3. Jahrtausends v. Chr. stattgefunden, nämlich eine südostwärts gerichtete, sowohl die Ausgangsgruppe für die asiatischen Arier wie für die Slaven, und eine mehr westliche, aus der sich um 2000, zu Beginn der Bronzezeit, die zwei Völkerstämme der Italiker und der Kelten entwickeln.

---

*) Kossinna, die indogermanische Frage archäologisch beantwortet. (Zeitschr. für Ethnologie, XXXIV, 1902, S. 161—222.)

Zu derselben Zeit zweigten sich von Elbe und Saale her andere indogermanische Stämme ab, aus denen die Illyrier und Griechen hervorgingen. Um 1600 endlich bildete sich aus frühbronzezeitlichen Siedelungen in Ungarn das Volk der Thraken. (Vergl. Globus, Nr. 10, S. 154—156 und gegen diese Theorie: Hörnes, Globus Nr. 10, S. 161—62.)

*

Ein Aufruf zu Gunsten indischer Kindererziehung.

Von San Francisco geht uns untenstehender Aufruf zu, der zwar zunächst sich an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten Amerikas wendet, jedoch auch bei uns in weiteren Kreisen Interesse finden dürfte:

Vor 2500 Jahren war Indien der Mittelpunkt einer großen Kultur. Der Heiland Indiens, Buddha, verkündete allen Klassen der Bevölkerung Indiens eine Religion der Sittlichkeit, der Liebe, des Mitleids, der Barmherzigkeit und Entsagung. Vor 2000 Jahren stand ganz Asien unter dem Einfluß dieser erhabenen Religion.

Vor tausend Jahren ward sie jedoch durch die vereinten Anstrengungen brahmanischer Priester und mohammedanischer Eroberer vernichtet, und so kam es, daß heute mehr als hundert Millionen der indischen Bevölkerung verkommen sind. Die Brahmanen, die „heilige Kaste", kümmern sich nicht um die Sudras, die nach ihren heiligen Schriften als „niedrig geboren" gelten, mögen sie auch noch so intelligent, hochherzig und begütert sein.

Jetzt aber ist die Macht der Brahmanen erschüttert. Abendländische Erziehung und Wissenschaft haben ihren Verfall beschleunigt. Die Menschheit umfaßt Alle. Okzident und Orient haben sich die Hände gereicht. Durch die vereinten Bemühungen der Menschenfreunde beider Hemisphären soll das so lange vernachlässigte Volk Indiens zivilisiert und zur Freiheit und Menschenwürde herangebildet werden. Mehr als hundert Millionen unserer indischen Brüder, die von Natur gütig und sanft sind, leben, versunken in Unwissenheit, Aberglauben und unbeschreiblicher Armut, in Furcht, ohne einen Strahl von Hoffnung und Freiheit. Die 330 Millionen Götter Indiens sind stumm. Vielleicht schlafen sie, denn die Götter Indiens pflegen zu schlafen, wenn Menschen die Hände regen.

Eine andere Ursache des Verfalls Indiens bildet die schwere Steuernlast Über 40 Millionen Menschen müssen hungern und sind kaum im stande auch nur das armseligste Leben zu fristen.

Um Indien noch einmal aus dem Verfall zu heben, um diesen hundert Millionen Glück zu bringen, bedürfen wir derselben Erziehungsmethoden, wie sie bei den Amerikanern Anwendung gefunden haben. Der große Afro-amerikanische Erzieher, Booker T. Washington, hat das Problem der Negererziehung durch seine hochherzigen Bemühungen um die Organisierung des Tuskegee Industrie-Instituts, in dem Kopf und Hände des Negerknaben gleichmäßig geübt werden, zum großen Teil gelöst.

Die geistigen Fähigkeiten des Menschen sind unbegrenzt, sobald sie richtig entwickelt werden. Der große Buddha brachte den Vorfahren des jetzt so tiefstehenden indischen Volkes durch die Verkündigung einer psychologischen Lehre, die Kopf, Hand und Herz zu gleicher Zeit bildete, Licht und Leben.

Meine Absicht ist es, die vernachlässigten Kinder dieses so sanften, gehorsamen und dankbaren indischen Volkes durch Erziehung in einer gesunden Moral und durch Ausbildung in Handfertigkeiten sittlich und wirtschaftlich zu heben.

Vierzig Jahre nach ihrer Emanzipation vermochten die einst versklavten Neger Amerikas einen Booker T. Washington hervorzubringen. In einem Zeitraum

von vierzig Jahren eigneten sich die Japaner alle Geheimnisse europäischer Wissenschaft an. Gründe genug zur Hoffnung auch das indische Volk durch Erziehung seiner vernachlässigten Kinder aus seinem Verfall zu heben.

Es soll zunächst nach dem Vorbild des Tuskegee-Instituts oder der Industrieschule zu Carlisle eine Schule in Benares oder Calcutta gegründet werden, zu der ein Fonds von hunderttausend Dollars erforderlich ist. Amerikaner, Indier und Japaner sollen als Lehrer angestellt werden. Der Unterrichtsplan soll auf elementarer Grundlage u. a. Spinnen, Weben, Sticken, Acker- und Gartenbau, Milchwirtschaft, Baukunst, Zeichnen, Malen, Gesundheitspflege, medizinische Elementarkunde und alte indische Kunst umfassen.

Mein Aufruf ergeht an alle Menschenfreunde. Beiträge sind zu senden an H. Dharmapala, Indisch-Amerikanische Gesellschaft für die Erziehung der vernachlässigten Kinder Indiens, Bank of California, San Francisco.

*

Briefkasten der Redaktion.

Herrn H. S. Auf Ihre Anfrage betreffs der für den Austritt aus der Kirche notwendigen Formalitäten, teilen wir Ihnen die gesetzlichen Bestimmungen nach dem Gesetz vom 14. Mai 1873 im Wortlaut, wie folgt, mit:

§ 1. Der Austritt aus einer Kirche mit bürgerlicher Wirkung erfolgt durch Erklärung des Austretenden in Person vor dem Richter seines Wohnorts.

§ 2. Der Aufnahme der Austrittserklärung muß ein hierauf gerichteter Antrag vorausgehen. Derselbe ist durch den Richter dem Vorstand der Kirchengemeinde, welcher der Antragsteller angehört, ohne Verzug bekannt zu machen.

Die Aufnahme der Austrittserklärung findet nicht vor Ablauf von vier Wochen und spätestens innerhalb sechs Wochen nach Eingang des Antrags zu gerichtlichem Protokoll statt. Abschrift des Protokolls ist dem Vorstand der Kirchengemeinde zuzustellen.

Eine Bescheinigung des Austritts ist dem Ausgetretenen auf Verlangen zu erteilen.

§ 3. Die Autrittserklärung bewirkt, daß der Ausgetretene zu Leistungen, welche auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchengemeinde-Angehörigkeit beruhen, nicht mehr verpflichtet wird.

Diese Wirkung tritt mit dem Schluß des auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahrs ein. Zu den Kosten eines außerordentlichen Baues, dessen Notwendigkeit vor Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Austritt aus der Kirche erklärt wird, festgestellt ist, hat der Austretende bis zum Ablauf des zweiten auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahrs ebenso beizutragen.

Zu § 2 ist zu bemerken: Der Antrag auf Aufnahme der Austrittserklärung ist dem Amtsgericht entweder mündlich oder schriftlich zu unterbreiten. Für die Einreichung eines schriftlichen Antrags empfiehlt sich die Benutzung der folgenden Formel:

D . . Unterzeichnete, geb. am . . . zu . . . ., stellt hiermit den Antrag auf Aufnahme seiner Austrittserklärung aus der . . . . . Kirche (der jüdischen Religionsgemeinschaft) (für sich und seine Ehefrau . . . . und Kinder unter 14 Jahren . . .).

Name. Stand. Wohnort. Wohnung.

Frühestens nach vier Wochen und nicht später als nach sechs Wochen (innerhalb dieser Frist jedoch an jedem beliebigen Werktag) muß dieser Antrag von dem Antragsteller und eventuell seiner Ehefrau vor dem Richter persönlich bestätigt werden. Anderweitige Meldungen obliegen dem Austretenden nicht.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 2. Zweites Aprilheft 1903. III. Jahrg.

Die Wahlen.

Die bevorstehenden Wahlen zum deutschen Reichstage und zum preußischen Landtage stellen unser Volk vor folgenschwere Entscheidungen. Für jeden, der es ernst mit seinem Vaterlande meint, kann es darum in den nächsten Monaten keine wichtigere Aufgabe geben, als für sein Teil alles zu tun, um die weitesten Kreise über die Bedeutung der Wahlen aufzuklären. Leider messen noch viele Bürger dem Ausfall der Wahlen so geringe Bedeutung bei, daß sie es nicht einmal der Mühe wert finden zur Urne zu schreiten, ja daß sie sich um die Wahlen überhaupt nicht kümmern. Diese haben gewiß nie auch nur einen Augenblick darüber nachgedacht, welche namenlosen Opfer gebracht worden sind, wieviel Lebensglück in die Schanze geschlagen wurde, wie viele edle Menschen zu Märtyrern werden mußten, ehe dieses Wahlrecht, auf das sie so verächtlich herabsehen, errungen werden konnte! Die Männer, welche dem Absolutismus das Mitbestimmungsrecht des Volkes abgetrotzt haben, hinterließen uns als köstlichstes Erbe jene Institution, die uns gestattet über das Wohl und Wehe des Staates mit zu entscheiden, dessen Bürger wir sind.

Zu Wahlzeiten sehen wir das ganze Volk von einer Unruhe befallen, welche darauf hindeutet, daß man sich einesteils der Tragweite der bevorstehenden Entscheidung bewußt zu werden beginnt, daß man aber anderenteils auch vielfach den Aufgaben ziemlich ratlos gegenübersteht, welche das Wahlrecht an jeden Staatsbürger stellt. Denn leider kümmern sich Millionen in ruhigen Zeiten überhaupt nicht um Dinge, welche bei den Wahlen die Hauptrolle spielen, wenigstens soweit ihre materiellen oder sonstigen rein persönlichen Interessen dabei nicht in Frage kommen. Die Berufstätigkeit, Sorgen um Familie, Haus und Hof, Vergnügen,

Sport und dergl. nehmen die Zeit vieler Menschen derart in Anspruch, daß sie sich um öffentliche Dinge überhaupt nicht mehr kümmern können. Wenn dann die Wahlzeit herannaht, betrachten es naturgemäß alle Parteien als ihre vornehmste Aufgabe eben diese Kreise, welche der Politik fernstehen, durch geschickte Agitation zu sich herüberzuziehen. Unter „geschickter Agitation" versteht man die Kunst den Blick der Wähler von den wichtigsten Kulturfragen abzuziehen, damit sie gar nicht auf den Gedanken kommen können, daß es sich noch um andere Dinge handelt, als etwa um Zölle, Liebesgaben und Kriegsschiffe. Von einer höheren Warte aus betrachtet, ist jede Wahlagitation als Beleidigung gegen den Wähler zu betrachten, weil ihm damit indirekt gesagt wird, daß er keine Zeit oder Gelegenheit gefunden hat, zu einer eigenen Meinung in politischen Dingen zu gelangen. Der Ideal-Wähler ist ein solcher, der sich von vornherein darüber im Klaren ist, auf welches Programm hin er einem Kandidaten seine Stimme geben oder versagen wird, der sich aber auch den Kandidaten daraufhin ansieht, ob er ein Charakter ist, auf den man bauen darf. In allen Parteilagern finden sich naturgemäß solche Wähler in großer Anzahl, aber weil in sehr vielen Wahlkreisen das Endresultat häufig von kleinen Majoritäten abhängt, kann man getrost behaupten, daß die unentschiedenen, die noch zu beeinflußenden Wähler bei jeder Wahl eine höchst wichtige Rolle spielen.

Für Manchen, der es ernst mit seinen Bürgerpflichten meint, ohne jedoch die Zeit zu eingehender Information zu besitzen, wird die Frage „Wie soll ich wählen" in der nächsten Zeit recht beklemmend sein. Und doch erscheint es nicht allzu schwierig einen Ariadne-Faden durch dieses Labyrinth zu finden, wenn man alle Einzelfragen und taktischen Erwägungen zunächst beiseite läßt und nur auf die grundlegenden Verschiedenheiten der Parteien blickt. Denn in dem scheinbaren Gewimmel der Parteien sind leicht zwei Gruppen zu erkennen, welche einander diametral gegenüberstehen. Weil es sich vor allem darum handelt, welcher dieser beiden Hauptgruppen man seine Stimme geben soll, wollen wir versuchen eine Charakteristik von ihnen zu geben.

Die eine wurzelt in der Vergangenheit, indem sie ihr Ideal im mittelalterlichen Staate sieht, die andere strebt aus einer unbefriedigenden Gegenwart voll Sehnsucht nach einer besseren Zukunft. Die erstere, die wir in gewissem Sinne die „konservative" Gruppe nennen können, will jene Zeit nicht vergessen, in welcher der feudale Adel das von der Kirche in grauenhafter geistiger Nacht gehaltene Volk beherrschte und erbarmungslos in Knechtschaft hielt. Gewissermaßen in zwei Riesen-Reservoiren sammeln sich die Verehrer vergangener Herrlichkeit. In dem einen die, welche dem absoluten Königtum nachweinen, mit seinem mächtigen

reichsunmittelbaren Adel und seiner übermütigen Soldateska, welche die Abschaffung der Hörigkeit und der Frohnden nicht verwinden können. Aber auch die Anhänger der Zünfte und der Gilden, die Gegner der Freizügigkeit, denen die moderne Entwickelung von Handel, Gewerbe und Industrie ein Greuel ist vor dem Herrn. In dem andern Reservoire finden sich alle zusammen, welche das Volk durch Priestermacht knechten wollen und welche darauf ausgehen die Menschen in Unwissenheit zu halten, um sie besser zu beherrschen, welche die Macht haben wollen, um alle freien Geister auszurotten mit Feuer und Schwert. In diesen beiden Riesen-Reservoiren sammeln sich die Volksgenossen, welche die Entwickelung unseres Volkes nach rückwärts schrauben wollen. Und die Parteien, welche das Programm dieser Rückschrittler zu verwirklichen bestrebt sind, umfassen einesteils die Konservativen in allen Schattierungen, also Agrarier, Antisemiten, Zünftler u. s. w. und anderenteils die Klerikalen aller Konfessionen — vor allem natürlich die Ultramontanen und die Orthodoxen evangelischen und jüdischen Glaubens.

Ihnen stehen alle diejenigen gegenüber, welche das Heil des Volkes von der freien Entfaltung seiner Kräfte nach der geistigen, sittlichen, wirtschaftlichen und sozialen Seite abhängig wissen und welche daher mehr oder weniger zielbewußt darauf ausgehen, den mittelalterlichen Staat zu überwinden und Deutschland zu einem modernen Staatswesen umzugestalten. In der Erkenntnis von dem was uns not tut und in der Energie des Wollens unendlich verschieden, steuern doch die Anhänger der zweiten Hauptgruppe der Parteien deutlich erkennbar alle auf das gleiche Ziel: das deutsche Volk einer höheren Kultur entgegenzuführen und es reif zu machen für seine Selbstregierung, indem die historisch überkommenen Fesseln auf allen Gebieten im steten Kampfe gegen künstlich aufgezwungene Autoritäten allmählich gesprengt werden. Vom linken Flügel der Nationalliberalen bis zu den Sozialdemokraten wollen alle linksstehenden Parteien dieses Endziel. Sie unterscheiden sich in mannigfaltigster Weise in Bezug auf die Reformen, welche sie für nötig erachten, sie unterscheiden sich vor allem aber auch in Bezug auf die Lebensgebiete, für welche sie Reformen fordern und auf das Tempo, in dem sie die Reformen bewerkstelligt sehen wollen. Aber: nach vorwärts blicken sie alle und unterscheiden sich dadurch grundsätzlich von allen Parteien, die wir oben als die rückwärts blickenden charakterisiert haben.

Wer das echte Wohl des deutschen Vaterlandes im Auge hat, kann überhaupt nur für eine Partei der zweiten Hauptgruppe stimmen; mag er sich für einen antiklerikalen Nationalliberalen, einen Anhänger der freisinnigen Parteien, der deutschen Volkspartei oder der Sozialdemokratie entscheiden, er wird jedenfalls im Geiste des echten Fort-

schrittes abgestimmt haben. Auf politischem Gebiet ist das Wahlrecht unser Schibboleth, auf kulturellem die Schule, auf sozialem das Koalitionsrecht.

Für die praktische Ausübung des Wahlrechts kommen aber häufig gerade die Unterschiede zwischen Kandidaten von Parteien in Betracht, welche sich nicht wie Feuer und Wasser gegenüberstehen, welche vielmehr nahe miteinander verwandt sind. In solcher Lage eine Entscheidung zu treffen, kann sehr schwer sein. Gar nicht selten müssen wir uns darüber schlüssig machen, ob wir es vorziehen, mit Skorpionen oder mit Ruten gezüchtigt zu werden. Wenn man sich vergegenwärtigt, wo die größte Gefahr für unsere Kultur-Entwickelung zu suchen ist, wird man sich auch in solchen verzweifelt scheinenden Verhältnissen zurechtfinden. Man kann bei der Wahl beispielsweise vor die Entscheidung gestellt werden, ob man einem Zentrumsmann oder einem Konservativen seine Stimme geben soll. In solchem Falle muß der echte Freund des Fortschritts dem Zentrumsmann unbedingt seine Stimme verweigern, weil er sonst die schlimmste Art der Knechtung unseres Volkes, die Knechtung durch den Priester gutheißen würde, welche am schwersten zu überwinden und abzuschütteln ist, weil sie jede andere Art von Reaktion mit in sich birgt und höchst gefährlich ist, indem sie ihren Bundesgenossen im menschlichen Gemüte findet. Die Reaktion, welche ein Konservativer erstrebt, muß in diesem Falle als die mindere Gefahr erscheinen. Einesteils, weil die ganze moderne Entwickelung ohnehin dahin führt, daß die konservativen Hoffnungen vom Feudal-Staate mit jedem neuen Tage utopistischer werden, dann aber auch, weil der konservative Kandidat mit seiner ganzen Gesinnung im nationalen Staate wurzelt und uns daher unendlich viel näher steht als der einem ausländischen Souverän gehorchende Zentrumsmann.

Die Hauptaufgabe der Wähler ist es, sich nicht durch die Vielzahl der Parteien verblüffen zu lassen, sondern immer und immer wieder zu fragen, welche der Parteien jeweils den Fortschritt will und welche den Rückschritt. Wer dem echten Kulturfortschritt dienen will, kann in seiner Entscheidung nie fehlgreifen. Das Bewußtsein wird ihn stärken, daß die Sterne, nach denen die reaktionären Parteien ausschauen, längst untergegangen sind, wenn sie auch scheinbar noch am Himmel stehen — jenen zertrümmerten Weltkörpern gleich, welche unser Auge immer noch zu erschauen vermeint, obwohl sie längst erloschen sind für immerdar.

Geschlechtskrankheiten und Rechtsschutz.

Von Justizrat Dr. F. Meyer (Frankfurt a. M.)

Der erste Kongreß der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat anfangs März d. J. in Frankfurt a. M. getagt, der Kampf um die Beseitigung oder mindestens die wesentliche Einschränkung dieser gefahrvollsten aller Volksseuchen, welche an dem Mark der Volkskraft aller Kulturstaaten und nicht zum wenigsten des deutschen Volkes zehren, ist dadurch in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt worden. Wenn auch die Bedeutung dieses Problems schon früher von Einsichtigen nicht verkannt wurde, so gebührt doch der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten das Verdienst, zum erstenmale den Schleier, welchen Unverstand, Prüderie und heuchlerische Böswilligkeit über diese sogenannten geheimen Krankheiten geschlungen hatten, mit kräftiger Hand zerrissen oder doch soweit gelüftet zu haben, daß eine Verschleierung der medizinischen, juristischen und ethischen Fragen, welche sich an das Vorhandensein der venerischen Krankheiten knüpfen, nicht mehr möglich ist. Vor der breitesten Öffentlichkeit und ohne jeden Rückhalt ist man in den Kampf eingetreten, ja die unbeschränkte Öffentlichkeit wurde vielleicht weiter als es nötig und erfreulich war, ausgenutzt, denn der reiche Kranz verheirateter und sogar unverheirateter jugendlicher Frauen, welche die ständigen Zuhörerinnen dieser Kongreßverhandlungen waren, bildete nicht immer eine Zierde derselben; etwas weniger in dieser Beziehung wäre mehr gewesen, und auch manches allzukühne und allzufreie Wort aus weiblichem Munde über sexuelle Vorgänge hätte wohl entbehrt werden können — aber was will ein solcher Überschwang, der sich nur als der Rückschlag früherer verkehrter Geheimnistuerei darstellt, besagen gegenüber den zahlreichen Erfolgen, welche bereits diese erste sozial-hygienische Vereinigung erzielt hat! Freilich wer der Meinung war, daß dieser Kongreß bestimmte Vorschläge formulieren oder fest vorgezeichnete Wege einschlagen könnte, wird durch seinen Verlauf enttäuscht worden sein. Wer aber die Schwierigkeit der in Betracht kommenden Fragen auf juristischem, medizinischem und sozialpolitischem Gebiete auch nur einigermaßen kennt, der wird nicht nur schon in der Tatsache, daß dieser Kongreß überhaupt stattgefunden hat, einen ungeheueren Erfolg erblicken, sondern es auch billigen und verstehen, daß man mit Beschlüssen gekargt und sich nicht einem noch vollkommen unfertigen und der Lösung so fernen Probleme gegenüber irgendwie festgelegt hat. Trotzdem konnte in manchen schwierigen Punkten eine erfreuliche Einstimmigkeit festgestellt werden. Vor allem ist außer jeder Frage gestellt worden, daß eine Lösung des Problems, also eine wirksamere Bekämpfung der durch die Geschlechtskrankheiten

hervorgerufenen Gesundheitsgefährdung, ohne staatliches Eingreifen, ohne einen erhöhten und verbesserten Rechtsschutz nicht möglich sei. Ohne die Bedeutung von Belehrung und Aufklärung als ethischen, der Erschließung neuer Erwerbsquellen, namentlich für die Frauen, der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse als sozialpolitischen Hilfsfaktoren verkennen zu wollen, tritt es immer deutlicher zutage, daß die wirksame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu ihrem wesentlichsten Teile auf dem Gebiete der Gesetzgebung liegt. Zivilrecht und Strafrecht werden zusammenzuwirken haben, um der Abwehr der unheilvollen Folgen der Geschlechtskrankheiten für unser Volksleben sich in Zukunft gewachsen zeigen zu können.

Über die Wege allerdings, die hier die Gesetzgebung zu gehen hat, sind die Meinungen noch sehr geteilt und selbst nach einer völligen Klärung aller wissenschaftlichen und praktischen Streitpunkte würden der Abänderung namentlich unserer soeben erst durch das Bürgerliche Gesetzbuch festgelegten Zivilgesetze schwer zu überwindende Hindernisse im Wege stehen. Im Rahmen dieses Aufsatzes soll nur versucht werden, aus dem großen Gebiete der juristischen Fragen, welche lediglich eine, allerdings die bedeutsamste Seite in der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bilden, die wesentlichsten Gesichtspunkte herauszuheben. Hier steht in erster Linie die weibliche Prostitution mit der angenehmen Begleiterscheinung des Zuhältertums, welche den hauptsächlichsten Seuchenherd der Geschlechtskrankheiten und ihrer unkontrollierbaren Übertragung bildet — eine moderne Hydra, der aus dem einen abgeschlagenen Haupte sofort wieder 10 und 100 neue herauswachsen und für deren Überwindung sich unter den Medizinern, Juristen und Sozialpolitikern ein Herkules noch nicht gefunden hat. Daß die Beseitigung oder Unschädlichstellung der Prostitution für die Übertragung der Geschlechtskrankheiten die letzteren selbst nahezu ausrotten oder doch auf ein erträgliches Maß beschränken würde, darüber herrscht allgemeines Einverständnis; abgesehen vielleicht von einigen ganz enragierten Frauen-Rechtlerinnen, welche in dem Manne quand-même das Unglück der Schöpfung erblicken und überhaupt nicht zu überzeugen sind. Aber über die Mittel, mit denen die Prostitution zu bekämpfen sei, gehen die Meinungen weit auseinander. Da sind zuerst die sogenannten Abolitionisten, unter denen sich eine Fülle weiblicher Vertreterinnen findet, welche das Heilmittel lediglich in der vollkommenen Ausrottung der Prostitution erblicken und dieselbe durch Aufklärung, Belehrung und allgemeine Verbesserung des Frauenloses erreichen wollen. Gewiß ein schöner idealer Gedanke — „ein Ziel“ mit Hamlet zu reden, „auf's Innigste zu wünschen“, aber leider völlig unerreichbar und utopisch selbst dann, wenn den Frauen die vollste

Gleichberechtigung auf wirtschaftlichem, politischem und staatsrechtlichem Gebiete eingeräumt wird. Denn die Prostitution — das wird Niemand bezweifeln, der als Arzt, Jurist, Polizei- oder Gefängnisbeamter das sehr mäßige Vergnügen hatte, mit ihr in Berührung zu kommen, ist eines der unausrottbaren Übel der Menschheit, so fest eingewurzelt und scheinbar so unentbehrlich wie die Luft, die wir atmen. Deshalb kann man vom praktischen Standpunkt auch nur mit der Einschränkung dieses notwendigen Übels rechnen. Aber auch diese stößt auf die größten Schwierigkeiten. Hier dreht sich der Streit um die Frage der Kasernierung, der Inskribierung und Reglementierung der öffentlichen Weiber, um die Frage, ob Verwaltungsverfahren oder Richterspruch einzutreten und ob Gefängnis oder Heilstätte die Folge der Übertretung der sogenannten Kontrollvorschriften sein soll.

In der Frage der öffentlichen Häuser (Bordelle) wird um das Staatsbordell im Gegensatz zum Stadt- oder Gemeindelusthause und um die gesetzlichen Grundlagen dieser Einrichtung gestritten. Man sieht, es ist ein ganzes Bouquet der schwierigsten juristischen und sozialhygienischen Fragen, die noch über die Uranfänge nicht hinausgekommen sind und der Wissenschaft ein weites Arbeitsfeld bieten, um nur die notdürftigsten Grundlagen für ihre Lösung zu schaffen. Was speziell die Einrichtung der öffentlichen Häuser betrifft, so sprechen zahlreiche überwiegende Gründe für dieselben. Sie haben auch, wie nicht verkannt werden soll, ihre Schattenseiten; aber man möge nur von vornherein den einen heuchlerischen Gegengrund der „Unsittlichkeit“ dieser Einrichtung ausscheiden. Eine Gesetzgebung, die — und das ist nicht einmal ein Vorwurf — die Unzucht zu einem steuerpflichtigen Gewerbe zu machen für richtig fand, kann unmöglich öffentliche Häuser zur Ausübung des Geschlechtsverkehrs aus dem Gesichtspunkte der Sittlichkeit bekämpfen.

Bei der Reform des Rechtsschutzes auf dem weiten Gebiete des Zivilrechts wird überall mit der Tatsache zu rechnen sein, daß erst im Januar 1900 nach Vorarbeiten von der Dauer eines vollen Vierteljahrhunderts ein einheitliches Recht für Deutschland, das Bürgerliche Gesetzbuch, geschaffen worden ist und daß daher vor Ablauf eines oder mehrerer Menschenalter an dieser Säule der Gesetzgebung nur in den äußersten Notfällen gerüttelt werden wird.

Die wesentlichen Streitpunkte sind hier die Fragen des Schadenersatzes, der Ehescheidung und der Anfechtung des Ehevertrages wegen Irrtums und Täuschung. Gemeinsam ist diesen beiden sonst so verschiedenen Rechtsverhältnissen, daß die subjektiven Voraussetzungen des Schadenersatzanspruchs und der Scheidungs- und Anfechtungsklage der Ehe bei Ansteckung durch Geschlechtskranke als zu schwierig erachtet

werden, um einen wirksamen Rechtsschutz zu ermöglichen. Denn überall wird ein Verschulden aus Vorsatz oder Fahrlässigkeit nach dem geltenden Rechte die Voraussetzung einer Klage sein müssen. Aber gerade der Beweis dieses Verschuldens ist bei der Übertragung der Geschlechtskrankheiten sehr schwer, im Scheidungsprozesse nahezu unmöglich, weil der Erwerb der Ansteckung innerhalb der Dauer der Ehe nachzuweisen ist und nach dem Stande der medizinischen Wissenschaft die Möglichkeit einer Ansteckung auf anderem Wege als durch Geschlechtsverkehr (Syphilis insontium) niemals ausgeschlossen erscheint. Trotzdem würde es schwerwiegenden Bedenken unterliegen, für den Fall der Geschlechtskrankheiten Sonderbestimmungen zu schaffen, durch welche das Verschuldungsprinzip, welches unser Eherecht und Schadensersatzrecht beherrscht, durch das sogenannte Veranlassungsprinzip ersetzt würde, so daß also die bloße Tatsache der erfolgten Ansteckung ohne Vorsatz oder Fahrlässigkeit des Erkrankten den Schaden begründen, die Ehe trennen würde. Dies würde zu viel zahlreicheren Ungerechtigkeiten gegenüber den Verpflichteten führen, als dieselben jetzt von den Berechtigten, also den angesteckten Personen, erlitten werden. Unglück und Zufall sind Menschenlos, welches durch kein Gesetz verhütet werden kann, sondern ertragen werden muß, wie es das Schicksal auferlegt. Es ist schon eine große Leistung, wenn die Gesetzgebung für „der Übel größtes, die Schuld", überall genügende Sühne zu verschaffen vermag. — Noch schwieriger ist die Rechtslage im Strafrecht. Hier kann nur dringend vor einer Gelegenheits- und Ausnahmegesetzgebung gewarnt werden, um so mehr, als wir ohnehin an einer Überspannung der staatlichen Strafgewalt leiden. Für die Sühne einer erfolgten Ansteckung erscheinen auch die Strafbestimmungen in Deutschland, welche sowohl eine Verfolgung wegen Körperverletzung (§§ 223, 224 Str.-G.-B.), als auch wegen Vergiftung (§ 229 Str.-G.-B.) zulassen, ausreichend. Es sollte nur die falsche Scham bekämpft werden, welche so häufig von der Strafverfolgung bei erfolgter Ansteckung abhält. Somit könnte höchstens eine präventive Strafandrohung für die noch nicht erfolgte Ansteckung in Frage kommen, die in der Tat von zahlreichen Kriminalisten, darunter keinem geringeren als Franz von Liszt empfohlen wird. Danach soll mit Gefängnis und Ehrenstrafen belegt werden, wer wissend, daß er an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leidet, den Beischlaf ausübt oder auf andere Weise einen Menschen der Gefahr der Ansteckung aussetzt. Für diese sehr weitgehende und namentlich für die Männerwelt eine ernste Mahnung enthaltende Vorschrift spricht, wie nicht verkannt werden kann, sehr viel. Aber auch die Gefahren einer solchen Vorschrift, welche grundlosen Anschuldigungen, Erpressungen u. dergl. Tür und Tor öffnen würde, verdienen Beachtung.

Schon diese kurzen, mit Rücksicht auf den zu gebote stehenden Raum nur die allerwesentlichsten Punkte berührenden Ausführungen, lediglich von der juristischen Seite des Problems aus, zeigen, mit welchem gewaltigen Feinde zu ringen ist, wenn es sich um die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten handelt.

Es ist nicht zu erwarten, daß die jetzige Generation, vielleicht auch noch manche folgende nicht, eine Besserung in dem Zustande der Übertragung der Geschlechtskrankheiten erleben wird; aber ein so hohes Ziel — des Schweißes aller Edlen wert — darf deshalb nicht aufgegeben werden, weil es langsam und schwer zu erreichen ist. Nur krasser Egoismus könnte vor Aufgaben zurückschrecken, deren Lösung erst unseren Enkeln zugute kommen kann. Auch hier gilt das Wort des Herrn in Göthes Faust-Prolog im Himmel: „Weiß doch der Gärtner, wenn das Bäumchen grünt, daß Blüt' und Frucht die künft'gen Jahre zieren."

Der große Kampf des Jesuitismus gegen den Katholizismus.

Von J. Lanz-Liebenfels.

Ein ganz kurioser Titel wird sich der Leser denken!

Wo hat der Katholizismus je gegen die Jesuiten gekämpft? Wer jedoch unsere bisher in dieser Zeitschrift erschienenen Artikel gelesen hat, wird wissen, daß die Jesuiten ganz eigene Waffen führen. Wenn sie kämpfen, so kämpfen sie mit knall- und geräuschlosem, aber rauchstarkem Pulver, so daß eben nur der, der selbst in der Linie steht, der selbst mitkämpft, weiß, daß überhaupt ein Kampf stattgefunden hat.

Es sei hiermit der Öffentlichkeit mitgeteilt, sowohl Katholiken wie Protestanten, daß innerhalb der katholischen Kirche in den letzten 50 Jahren ein erbitterter, auf der jesuitischen Seite mit der ganzen, dem Orden eigentümlichen intriguanten Virtuosität geführter Kampf getobt hat, der Kampf des nationalen, liberalen und toleranten süddeutschen Welt- und Ordensklerus gegen die politischen und agitatorischen, zentralistischen und kosmopolitischen Jesuiten und ihren großen Anhang.

Die Entwickelung, die Art dieses Kampfes, das Verhalten des Liberalismus und die gegenwärtige Gefechtslage in diesem großen, dem Publikum nicht bekannten Kampfe ist der Gegenstand vorliegender Skizze.

Als 1814 die Jesuiten von neuem ihr Haupt erhoben, da fanden sie im deutschen Reich, das durch die große Säkularisation von 1803 mit dem alten Ordensklerus gründlich aufgeräumt hatte, das Feld für ihre reaktionäre Saat gerodet, wie ihnen denn auch der rheinfränkische Weltklerus zuerst auf die geschickt vorgehaltene Leimrute des romantischen Katholizismus ging, so daß heute dieser westdeutsche Klerus um 50 Jahre länger verjesuitet ist, als der Klerus von Österreich und Bayern, in welch letzterem Land Ludwig I. in einer romantischen Laune wieder die alten Benediktiner (1834) einführte, die den Jesuiten gegenüber ein wirksames Gegengewicht bildeten.

Stolz und mächtig wie die uralten Linden seiner Klostergärten, wie die Kuppeln und Türme seiner Klosterburgen stand in Österreich und Bayern der alte nationale, unbewußt nationale und tolerante, Ordensklerus da mit seinen Prälaten an der Spitze! Kaiser Josef II. hatte den alten Orden die frühere Hausdisziplin vielfach erleichtert, die Klosterkerker mußten abgeschafft werden, dem in Tyrannenwillkür ausgearteten Regiment der Prälaten gegenüber wurde die zu respektierende Stellung des Kapitels (Gesamtheit der Klostermitglieder) schärfer betont. Die Klausur wurde überhaupt illusorisch gemacht, da die Klöster ihre Mitglieder auf die Pfarren und in die Schulen schicken mußten. Auch die strengen Fastengebote, die Absolvierung des Breviers wurde ermäßigt. Schon im Äußeren der betreffenden Ordensmitglieder tritt ein bemerkenswerter Wandel ein. Sie gehen in der Mode der damaligen Kavaliere, mit Zylinder, Schaftstiefeln, mit ausrasiertem Gesicht, mit kurz gehaltenen Backenbärtchen an den Wangen und *ohne* die vorgeschriebene Tonsur, außer es hätte einer die tonsura naturalis, i. e. Glatze, gehabt! Wer heute nach Österreich kommt, der wird die ganz merkwürdige Erscheinung beobachten, daß die Kapitularen der alten Orden, wie Benediktiner und Zisterzienser &c., die nach der Regel die Tonsura maxima, d. h. den Haarkranz tragen sollen, *gar keine* Tonsur haben, während der jüngere Weltklerus ostentativ die kleine Tonsur trägt.

Wozu ich diese Kleinigkeiten erwähne! Gerade so anscheinend nichtige Eitelkeiten sind manchmal, wie in vorliegendem Fall, von eminenter Bedeutung und beweisen und erklären mehr als bändereiche Abhandlungen. Ein katholischer Priester und ohne Tonsur, für den rheinfränkischen Patent-Asketen und Geschäftskatholiken eine ganz ungereimte Zusammenstellung.

Da kam die Jesuitenschlange herangeschlichen, leise, verstohlen. Hier in Österreich war es schwerer zu arbeiten, man mußte zuerst den alten Klerus vom Hofe und Adel abdrängen, was nicht leicht gelang. Da kam gar das Jahr 1848; der josefinische Klerus schloß sich der Freiheitsbewegung ganz offen an, und in Ungarn hält er noch heute an dieser

Richtung fest und bildet eine der stärksten Stützen des Liberalismus und eines der größten Schmerzenskinder der römischen Kurie!*)

Der österreichische Liberalismus starb in dem Moment, als der letzte liberale Prälat das Abgeordnetenhaus verließ und die Mehrzahl der „josefinischen" Pfarrer gestorben war, und er hat seine größten Triumphe gefeiert, solange jedes Pfarrhaus einen toleranten Pfarrer beherbergte. Wie war nun dieser Umschwung eingetreten?

Einen Teil der Schuld trägt der Liberalismus selbst, besonders die liberale Presse, die keinen Unterschied zwischen tolerantem nationalem und jesuitischem geschäftspolitischem Klerus machte, und soviel über den Klerus schimpfte, daß überhaupt kein Deutscher mehr Priester werden wollte. Nun aber bieten gerade die österreichischen Pfarren und Stifter bei ihrem Reichtum und alten Ansehen ihren Mitgliedern eine Lebensstellung, die man so glänzend erst in den höchsten Beamtenrängen findet.**)

Daher kam nun die slavische Kleriker-Invasion.***) Es gab Zeiten, gerade während des Höhepunktes des Liberalismus, wo manche Klöster, die einen berechtigten Stolz in die Gelehrsamkeit ihrer Mitglieder setzten, sogar Studenten aus einem czechischen Winkel-Gymnasium ohne Reifezeugnis aufnahmen, um nur die notwendigsten Stiftsämter besetzen zu können. So hatte der Liberalismus selbst den Jesuiten in die Hände gearbeitet und einen volksfremden, muckerischen und zelotischen Klerus ins Land gelockt.

Aber was ist das alles gegen die feine und doch unerbittliche Kampfart der Jesuiten. Die Arbeit begann zuerst beim Weltklerus, und zwar begannen sie mit dem ihnen eigenen praktischen Blick, die Stiege von oben zu kehren, bei den Bischöfen und Prälaten. Bei dem Klerus fanden sich ja immer Judasse und Streber, solche Leute brachten sie mit dem Hof in Beziehung und besorgten ihnen die bischöflichen Infeln. Der Kampf war mehr eine Belagerung und Aushungerung, denn die

*) Die ungarischen Zisterzienser, Benediktiner und Prämonstratenser feiern ungeniert das Andenken Kossuths des Älteren, des Erzrebellen und Ober-Freimaurers. Es soll einmal ein rheinfränkischer Kleriker Bismarck, der kein Rebell und Freimaurer war, lobend erwähnen; ich glaube seine Mitbrüder würden ihn zerfetzen!

**) Im Durchschnitt dürfte sich ein 30jähriger Kapitular (Naturalbezüge eingerechnet) auf 2000—3000 fl. stehen! Auf „Verwalterposten" ist er überhaupt soviel wie Großgrundbesitzer, gibt seine „Jours" und Feste wie ein großer Herr!

***) Es ist hochinteressant, die alten Klösterkataloge durchzustudieren; in den fünfziger Jahren taucht ein czechischer oder slovakischer Name auf und dann wandern ganze Familien nach; so gibt es in manchen Klöstern Verwandtschaften, die beim Prälaten anfangen und sich über den letzten Novizen fortsetzen bis zum Abwaschmädel in der Stiftsküche. Wahre slavische Bandwürmer, die im Innern des Klosters schmarotzen.

Jesuitenarmee mußte stets vor jeder Diözese ein Beobachtungskorps aufstellen und immer einen Bischofs-Kandidaten in Bereitschaft halten, falls ein alter Bischof starb. Aber der Orden hat Zeit und Streitkräfte genug. Noch vor den Bischöfen kam eine hochwichtige Person, der man von seiten des Staates bisher nie die richtige Aufmerksamkeit geschenkt hat, und auf die hiermit aufs nachdrücklichste hingewiesen sei, der Alumnatsdirektor! Ein einziger Alumnatsdirektor kann eine ganze Kirchenprovinz auf Generationen hinaus dem Staat entfremden und im Interesse des Staates fordern wir alle berufenen Behörden auf, der Wahl des Seminardirektors einer jeden Diözese die schärfste Kontrolle zu widmen und hier den Einfluß des Staats noch mehr zu betonen als bei der Bischofswahl. Denn gemäß der Praxis hat der Bischof meistens nicht die Zeit, sich mit dem Alumnat direkt zu beschäftigen. So kommt es, daß in vielen Diözesen der Alumnatsdirektor oft gegen den toleranten, von der Regierung eingesetzten Bischof intriguiert und die Absicht der Staatsbehörden ganz illusorisch macht. Der „alte Herr" wurde während der in Rede stehenden Zeiten (1850—1900) in den Augen des heranwachsenden Klerikers herabgesetzt. Besondere Gelegenheit hatte der Alumnatsdirektor da besonders bei der Liturgie. Denn gerade bei den Äußerlichkeiten begannen die Jesuiten, indem sie bei Einführung von Lehrbüchern dem „römischen Schnitt" die alleinige Herrschaft zu sichern trachteten und durch „korrigierte Liturgie" schon äußerlich die Trennung zwischen altem, tolerantem Klerus und neuem, jesuitischem Klerus zu kennzeichnen trachteten. Der alte „Reverendissimus" hatte natürlich noch Gefallen an der einen halben Meter hohen schweren Barock-Insel, deren Balanzierung nicht wenig Geschick erforderte, die Jesuiten dagegen hatten, um die Jugend zu ködern, die ganze mittelalterliche Romantik, Mystik und Kunst ausgegraben und in täuschend imitierten prächtigen Farben zu neuem Leben, sowohl in der Kirchenarchitektur als auch in der Liturgie auferweckt. In der Zeit, in die auch der romantische Wagnerrummel fiel, wo der tonsurierte Mönch in den Romanen (Ekkehard) und Dramen eine hervorragende Rolle spielte, da wurde gerade die Jugend durch all diesen historischen Märchenzauber bestrickt. Mit einem wahren Kreuzzugseifer predigten die jungen Kleriker die Wiederbelebung des romanischen und gotischen Stils, der cäcilianischen Kirchenmusik, der alten weiten gotischen Paramente mit den niedrigen Mitren, und ostentativ ließen sie sich die Tonsur scheren, während der Bischof, noch der alten vormärzlichen Zeit entstammend, sie ignorierte, sich von dem Rokoko und Empire nicht trennen konnte, und die schmetternden Posaunen, jubelnden Geigen und Klarinetten bei den Pontifikalämtern nicht missen wollte.

Die Kluft war entstanden, sie brauchte von den Jesuiten nur erhalten und erweitert zu werden. Der junge Kleriker wurde ausgeweiht, kam auf die Pfarre; hier wurde er erst recht zum Fanatiker und Unfriedenstifter in der Kirche und im Klerus; gezwungen mit einem älteren toleranten Mitbruder unter einem Dach zu wohnen, auf den toleranten Klerus vom Alumnat her „dressiert" wie ein Bluthund, benutzte er jede Gelegenheit, sich als den „Priester des Herrn", seinen Mitbruder als „Diener des Satans" hinzustellen. Die böse Saat ging auf. Schon von vornherein war der alte tolerante Klerus im Nachteil, denn da ihm jeder Nachschub aus dem Alumnat fehlte, da dort der Alumnatsdirektor schon einen jeden, der nationale oder tolerante Gelüste zeigte, vor der Weihe ausstäupte, mußte die Zahl jener Kämpfer immer mehr zusammenschmelzen.

Bei dem Weltklerus war es demnach sehr leicht gegangen. Denn auf ihn hatte die Staatsregierung einen größeren Einfluß als auf den materiell unabhängigen Regularklerus. Und da die Jesuiten immer von oben anfangen, so war z. B. in Österreich die Regierung eher verjesuitet als der Klerus. — In den Klöstern der alten Orden hatten die Jesuiten nicht ohne weiteres Zutritt, man zeigte ihnen dort anfangs geradezu Mißachtung. Um die Klöster zu bezwingen, mußte das schwere Belagerungsgeschütz, Rom und der Papst vorgeschoben werden. Ganz im Stillen wurden nämlich vorwiegend in Österreich in den letzten 50 Jahren (die anderen Länder interessieren die Kurie nicht so sehr, da sie ja aus bereits besprochenen Gründen gerade die Austro-Bajuvaren fürchtet) alle alten Ordenshäuser nach einer strengen, geradezu harten Regel reformiert und womöglich auf einen jesuitischen Schnitt gebracht. Vergebens haben die angegriffenen Orden auf ihre alten Ordensregeln, auf alte päpstliche, mit schwerem Geld erkaufte Privilegien hingewiesen. Umsonst! Der bereits gewonnene Weltklerus wurde nun gegen den Regularklerus gehetzt, jeder jesuitische Weltkleriker betrachtete es als seine Pflicht, einen jeden Theologiekandidaten unter seinen Pfarrkindern von dem Eintritt in ein Kloster eines alten Ordens abzuhalten! So wurde den Klöstern künstlich die Zufuhr abgeschnitten.

Zuerst kamen die zentralistisch organisierten Bettelorden an die Reihe, sie erlagen zuerst im Kampfe. Denn hier genügte es, nur den in Rom residierenden Ordensgeneral und einige Provinziale zu gewinnen (durch Kardinalshüte 2c.) und die Reform war gelungen.

Während sich die Jesuiten selbst durchaus bescheiden, aber doch modern (auch ohne Talar!) kleiden, während sie in vielen außerösterreichischen Ländern sogar Bärte tragen, und während bei den „Reformen" der alten

Orden auf die alten Statuten wenig geachtet wurde, ist Rom in gewissen Äußerlichkeiten von unnachgiebiger Härte gewesen! So mußten jetzt die Dominikaner (die von den Jesuiten besonders in Frankreich gehaßt werden) die große Tonsur annehmen, die Pantalons ablegen, rauhe Kutten tragen und die strenge Fastendisziplin wieder aufnehmen.

Das waren hochfeine Schachzüge! Diese Orden verloren mit einem Schlage die Popularität im Volk, es meldeten sich keine Kandidaten mehr, scharenweise sprangen Dominikaner und Franziskaner aus, ganze Klöster verödeten! Zwischen den Zurückgebliebenen bildeten sich zwei oppositionelle Parteien, die tolerante und die jesuitisch-reformierte Partei. Es setzte fürchterliche und aufregende Szenen ab, bis man in Rom auf die geniale Idee der sogenannten „geistlichen Isolier-Pavillons" kam, d. h. die unzufriedenen, toleranten alten Mönche wurden zwar von der Reform „dispensiert", aber in bestimmte Ordenshäuser interniert, wo sie als unheilbare, räudige Schafe bis an ihr seliges Sterbestündlein ein Gnadenbrot genießen konnten und zugleich als abstoßendes Beispiel für den aus Polen, Böhmen und anderen östlichen Regionen bezogenen Nachwuchs dienen sollten und so eine Art von ordensgeschichtlicher Menagerie zu Unterrichtszwecken abgaben. So hatten also nur die uralten Orden der Chorherren, Benediktiner und Zisterzienser standgehalten, als eine unbezwungene Schar von Schwergepanzerten!

Da gab es keine Ordensgenerale; die Chorherren und Benediktiner sind seit jeher partikularistisch gewesen, und die Zisterzienser waren seit der josefinischen Reform, die alle Ordensvereinigungen mit kluger Berechnung verbot, in ihrem zentralistischen Gefüge locker geworden. Unter allen möglichen Vorspiegelungen, insbesondere dem Ehrgeiz französischer Prälaten schmeichelnd, wurden die Benediktiner und Zisterzienser zentralisiert, obwohl diese Zentralisierung gemäß der Selbständigkeit der einzelnen Ordenshäuser eigentlich ein Widersinn ist. Dieser Kniff gelang jedoch nicht so, wie es sich die Jesuiten erhofften. Denn diese Orden bekamen zwar Generale, aber nicht alle residierten in Rom.

Von größter Bedeutung war die Einführung des Trienniums, d. h. der obligatorischen dreijährigen Frist zwischen der beschriebenen „einfachen Profeß" und der „feierlichen Profeß", so daß heute jeder Ordenskandidat erst nach einjährigem Noviziat und dreijährigem Stand in der „einfachen Profeß" zum feierlichen Gelübde zugelassen wird und dadurch eine definitive Lebensstellung erhält. Während des „Trienniums" kann der „einfache Professus" jeden Augenblick entlassen werden, was in den meisten Staaten wegen der Militärgesetze für den aus dem Stift Entlassenen von sehr unangenehmen Folgen sein kann. Diese schlaue

Jesuitenintrigue hatte als nächste Folge, daß auch die alten Orden keine oder nur wenig Kandidaten bekamen!

Durch die aufgezwungene Einführung des Trienniums war bereits eine Bresche in die Phalanx der alten Orden gelegt. Man brauchte jetzt nur in jedem Ordenshaus einen Verräter und Ephialtes zu suchen, der den Jesuiten über die Bresche half, und jene Person ist in jedem Kloster — der Novizenmeister. Er ist für das Kloster dasselbe, wie der Alumnatsdirektor für den Weltklerus. Er steht an der Pforte und läßt keinen ein, der ihm und seinen jesuitischen Beratern nicht paßt, ja er hat eine noch viel größere Macht als der Alumnatsdirektor, — der Novizenmeister ist zugleich der Prälatenmacher! Der Alumnatsdirektor hat gar keinen Einfluß auf die Bischofswahl, die fast in allen Staaten unter dem Einfluß der Staatsregierung steht.

Die Abtwahl dagegen erfolgt durch freie Abstimmung der Kapitelmitglieder. Ein Novizenmeister, der z. B. nur 10 Jahre sein Amt inne hat, hat es in seiner Hand, eine beliebige Majorität auf einen ihm beliebigen Kandidaten zu sammeln.*)

Die verjesuiteten Novizenmeister der meisten Klöster arbeiteten mit Hochdruck, national sehr tolerant gesinnte Kandidaten wurden ohne Gnade und Barmherzigkeit gejagt, dagegen muckerische Slaven in erdrückender Zahl aufgenommen! Binnen 20 Jahren hatten die Kapitel der österreichischen Stifter ein wesentlich anderes Gesicht bekommen, der frühere gemütliche österreichische Ton war gewichen und hatte einem reaktionären, fanatischen und zelotischen Ton Platz gemacht. Durch die Unbildung und durch die oft sehr niedere Herkunft jener Ordensleute sank das Bildungsniveau mit rapider Schnelligkeit, die alten Ordenshäuser verloren, da ihre Mitglieder sowohl durch Sprache wie äußere Haltung total verbauerten, den Kontakt mit dem Hof und den aristokratischen Kreisen, an ihre Stelle traten die weltmännischen, im Äußeren bescheidenen, aber doch modernen Jesuiten.

Die Stiftsschulen, die seinerzeit die Erziehungsinstitute des Adels waren, wurden gleichfalls durch die exklusiver und aristokratischer geleiteten Jesuiten-Konvikte verdrängt. Das Volk, das an den freundlichen und gemütlichen Verkehr mit den Stiftsherren gewohnt war, wandte sich von den muckerischen, geizigen und finsteren Zeloten der reformierten Richtung ab. Während die Jesuiten keine Klausur kennen, und die Klausur für die modernen Verhältnisse im Grunde eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit

*) Die „Wahlgeometrie" ist eine eminent „römische" Wissenschaft. Man lese zu diesem Gegenstand das sehr sensationelle Schriftchen Wahrmund: Das deutsche Reich und die kommenden Papstwahlen, Frankfurt a. M. 1903.

ist, wurde den alten Orden gerade die Klausur mit der ganzen mittelalterlichen Strenge auferlegt, um die Mitglieder dieser Orden vom Volk ganz zu isolieren! Ja die radikalste Richtung wollte ihnen sogar die Pfarrseelsorge entziehen! Mit den fetten Stiftspfarren sollte der verjesuitete Weltklerus für seine Bundesgenossenschaft abgelohnt werden!

Was folgt aus diesem Kampf? Was geht uns dieses „Mönchsgezänk" an, wird mir mancher entgegnen! Ganz richtig, mein Freund, erinnere dich aber nur, daß man die große deutsche Reformation anfangs auch ein „Mönchsgezänk" nannte! Die 500 Jahre sind bald um, wir nähern uns einer neuen religiösen Umwälzung, und allem Anscheine nach dürfte sie gerade von der Stelle ausgehen, auf die ich in vorliegendem Artikel hingewiesen habe.

Was für eine Lehre folgt für den Katholiken aus diesem Kampf? Die alten Orden stellen den katholischen Glauben viel reiner und naiver dar, als der moderne Jesuitismus! Sie haben sich, von der Konfession ganz abgesehen, durch ihr eminentes, jahrtausendlanges soziales Wirken, durch ihre nationale Ordensständigkeit zum mindesten einen historischen Rechtstitel geschaffen.

Und wenn nun die Jesuiten gerade diese, dem Volk freundlichen Kircheninstitutionen am grimmigsten bekämpfen, was muß man dann notgedrungen schließen? Die Jesuiten sind nicht nur die Religionsschächer im allgemeinen, sie sind im besonderen die Meuchelmörder des alten, reinen und echten Katholizismus!!

Die Anfänge unserer Religion.

Von Emil Felden (Oehlingen).

Es ist sonderbar, daß es in den Kreisen, die sich für Religion und Religionswissenschaft rege interessieren, so sehr viele, auch ganz gebildete, Menschen gibt, die nichts davon wissen wollen, daß die Theologie eine Wissenschaft ist. Das kommt wohl daher, daß sie die Theologie mit dem verwechseln, was ihnen einstmals in der Schule — sie denken mit Grauen daran zurück! — im Religionsunterricht vorgesetzt worden ist. Deshalb lassen sie die Finger lieber davon weg! Sie kennen rein nichts von der Theologie. — Oder wer wagt es, der Theologie den Namen Wissenschaft auch dann noch vorzuenthalten, wenn er die Arbeiten von Männern kennt wie Reuß und Wellhausen, Pfleiderer und Heinrich Holtzmann, um nur

diese vier herauszugreifen? Mit D. F. Strauß allein ist's nicht getan. So große Verdienste dieser Mann auch gehabt hat — heute ist er vielfach überholt. Und daran ist nichts zu ändern, wenn auch seine Werke noch vielen das sind, was den konservativen Theologen die Bibel: Autorität, Norm, höchste und letzte Instanz.

Es muß hierbei allerdings zugestanden werden, daß es eine Art von Theologie und von Theologen gibt, die mit dem, was man Wissenschaft nennt, nichts oder doch herzlich wenig zu tun haben. Und das sind gerade die, welche die Blicke der Welt auf sich ziehen durch ihr lautes Geschrei über die seelenverderbende Wissenschaft und durch ihre jammervollen Klagen und verwünschenden Anklagen gegen die historisch-kritische d. h. wissenschaftliche Theologie, welche „die Fundamente der Kirche untergräbt" und den Ruin des Vaterlandes herbeiführt und schuld ist „an der herrschenden Irreligiosität" und „der immer mehr zunehmenden Unsittlichkeit". — Daß aber diese beiden feindlichen Brüder, die nur den Namen gemeinsam haben, noch immer mit einander verwechselt werden, ist traurig und dürfte in gebildeten Kreisen nicht vorkommen.

Darauf hinzuweisen scheint deshalb notwendig zu sein, weil in folgendem ein theologisches Werk besprochen werden soll, „Die Anfänge unserer Religion" von Paul Wernle, Professor der Theologie in Basel, das vor anderthalb Jahren erschienen ist.*) Es kann selbstverständlich nicht unsere Aufgabe sein das Buch von theologischem Fachstandpunkte aus auf die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der in ihm aufgestellten Behauptungen zu untersuchen. Wir wollen es vielmehr als Ganzes betrachten und genießen. Dabei müssen wir uns aber von vornherein klar machen, daß wir es weder „als eine Konzession an den Unglauben" noch als „Totengräberarbeit an der Kirche" anzusehen haben, noch als etwas Unerhörtes, noch nie Dagewesenes, sondern als eine rein wissenschaftliche Arbeit eines wissenschaftlichen Theologen, wie solche Arbeiten in der wissenschaftlichen Theologie an der Tagesordnung sind.

Im ersten Teile behandelt Wernle die Voraussetzungen des Christentums — denn dies ist unter „unserer Religion" zu verstehen. Es streckt seine Wurzeln weit hinab in jenes Gebiet, das wir den antiken Volksglauben nennen können: die kleine Erde ist Mittelpunkt der Welt, ist die Welt selbst — eine verzauberte Welt, ohne alles gesetzmäßige Geschehen, mit Wundern ohne Zahl, voll von Dämonen und Geistern, die überall herumschwirren, den Menschen schadend oder nützend. Vor allem wurzelt das Christentum natürlich im Judentum. Obwohl es dessen Zentralgedanken, die juristisch-nationale Auffassung der Religion abge-

*) Bei J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. 7 Mark. Gebunden 8 Mark.

stoßen hat, ist es im übrigen doch ganz auf jüdischem Boden gewachsen. Im zweiten Teile wird uns sodann die Entstehung der Religion in den vier Abschnitten: Jesus, die Urgemeinde, Paulus und die Apokalypse vor Augen geführt.

Vor allem interessiert uns selbstverständlich Jesus, „der große Laie von Nazareth“. Das „übermenschliche Selbstbewußtsein“, mit dem er auftritt, das das Geheimnis der Entstehung des Christentums ist, verbindet sich mit der tiefsten Demut vor Gott. Ohne das erstere wäre Jesus „ein Mensch wie wir“ gewesen, ohne das zweite „ein Schwärmer“. Denn zum Messias seines Volkes fühlt er sich berufen, zum abschließenden Gottesgesandten, nach dem kein Höherer mehr kommen kann. Aber er hat den jüdischen Messiasbegriff bearbeitet, so lange und so sehr, daß die Arbeit mit der stärksten Umgestaltung seines Wesens endigte. Er streifte ihm vor allem das Politische ab. Dann das Jüdisch-Nationale: Jesus ist der Messias auch der Heiden, der Friedefürst, der seine Ansprüche nicht auf Stammbaum und davidische Abstammung stützt, sondern auf Gottes Tat. Während er aber so den Begriff erläutert, verzichtet er doch nicht auf den Titel! Und weil dieser ihm in der Gegenwart nicht zuerkannt wird, so flüchtet er ihn in die Zukunft: Jesus verkündigt seine Wiederkunft! und zwar noch zu der Generation, unter der er gewirkt, die ihn verworfen hat. Darin hat er sich geirrt. Das mußte so sein. Denn in diesem einen Punkte hat das Inadäquate in der Messiasidee den letzten, einzigen Sieg über ihn errungen. „Die Wiederkunftsverheißung ist der Tribut Jesu an den Glauben seiner Zeit“: Jesus und die Messiasidee paßten nicht zusammen!

Auch die Reich-Gottes-Idee, die ursprünglich jüdisch-eschatologisch ist, wird von Jesus gereinigt, indem er sie in erster Linie von allen politischen Zügen befreit, wenn er auch im Anfang an das Fallen des Römerreiches gedacht haben muß. Denn ein Gottesreich, zusammen mit dem Römerreich bestehend, ist einfach undenkbar. Ist doch der Schauplatz des Gottesreiches die **Erde**, genauer das Land **Palästina**, wo man, wenn es da sein wird, als Mensch lebt, nicht als Geist, wo man ißt und trinkt und sich freut. „Man verdirbt sich schon die Naivität Jesu, wenn man hier von Bildersprache redet.“ Es zaubert eine neue Welt hervor, es bringt die Ewigkeit auf Erden, den Eintritt des Menschen in die Gemeinschaft Gottes. Dies Reich Gottes ist noch nicht mit Jesu da: es wird erst kommen, plötzlich, blitzartig, wie der Dieb in der Nacht, wenn er wiederkommen wird. Wann das sein wird, das weiß Gott allein. Nur das ist gewiß: es wird bald sein! die Jünger sollen nicht sterben, bis sie es erblickt haben. Allein „das Versprechen, wie zäh auch festgehalten, erfüllte sich nicht“. — Man wartete und wartete.... Es war alles, was

man tun konnte. Kann doch das Gottesreich nach Jesu Lehre durch keine menschliche Arbeit auf Erden errichtet werden. Es ist vielmehr ein Geschenk Gottes, das in übernatürlicher Weise durch Wunder und Katastrophen auf Erden Platz greift. Nur eins kann der Mensch tun: sich auf das Kommen des Gottesreiches vorbereiten durch die Buße, die nicht etwa in der Askese besteht, sondern im Tun des Willens Gottes d. h. in der rechten Stellung des Menschen zu sich selbst, zum Bruder und zu Gott. Hier sind besonders interessant die Ausführungen Wernles in Betreff des zweiten Punktes: es wird dem Bruder gegenüber Nächstenliebe verlangt, die alle Beziehungen des Einzelnen zu seiner Umgebung beherrschen soll. Dabei wird aber ausgesprochen, daß Jesus für die Gesellschaft nichts getan hat. Er hat sie keineswegs reformieren wollen. „Genau besehen sind seine Forderungen auch unpraktisch für irgend ein Gesellschaftsideal." Das ist auch der Grund, weshalb die Sozialethik in der Forderung Jesu gänzlich zurücktritt. Ja, es wird geradezu eine Verfälschung Jesu genannt, wenn man ihn zu einem Sozialreformer macht. Seine Arbeit gilt allein dem Einzelnen, nicht der Gesamtheit. So richtet er sich auch bei seinen Forderungen nicht an den Juden, sondern an den Menschen im Juden und an den Menschen überhaupt. Und rechnet er auch praktisch nur mit Israel, so überspringt er doch faktisch (cf. der barmherzige Samariter, die Niniviten und die Königin von Saba, das kananäische Weib) die Grenzen des Judentums und hebt die jüdische Ethik sowohl wie die jüdische Kirche — überhaupt jede Kirche auf.

Als Erlöser tritt Jesus in erster Linie den verschiedenartigsten Kranken und Leidenden als Arzt gegenüber. Ohne an Wunder zu denken, schreibt Wernle ihm eine Heilkraft zu, welcher der Unglaube zwar feste Grenzen setzte, sonst aber, wo sie auf Glauben traf, die stärksten physischen und psychischen Veränderungen hervorrufen konnte. Die Zurückführung der Entfremdeten, der Zöllner und Sünder, ist ebenfalls eine Erlösertätigkeit. Vor allem aber gehört hierher die Befreiung der Welt von den Theologen, so daß das Christentum seinem Wesen nach Laienreligion ist. Im Gegensatz dazu hat bereits die paulinische Theologie diese Sachlage wieder umgekehrt, „erst recht aber ist das christliche Dogma mit seiner Lehroffenbarung die reine Karrikatur des Evangeliums." Ebenso fehlt bei Jesus jede Spur von Kirchenstiftung, von Organisation und Sakrament.

Das wurde gleich anders in der Urgemeinde, welche aus jüdischen Sektierern bestand, die im gekreuzigten Jesus den verheißenen Messias erwarteten. Sofort wanderte sie den Weg der späteren Kirche: sie wandte sich von Jesu weg zur Orthodoxie hin.

Derjenige, von dem sie darin noch bestärkt wurde, ist der Apostel Paulus gewesen, der zuerst das Christentum in die Weltgeschichte eingeführt hat. Besonders unter den Griechen hat er große Erfolge errungen. Er predigt ihnen Jesum nicht als Gesetzgeber oder Weisheitslehrer, sondern als Erlöser. Pauli Predigt bot ihnen sehr sympathische Elemente. Nicht nur weil in der Gotteslehre der von ihm vertretene alttestamentliche Monotheismus eine Reinigung durch griechische Spekulation zeigt; nicht nur weil seine Ethik deutliche Anleihen aus der stoischen Popularphilosophie erkennen läßt; sondern vor allem deshalb, weil seine Christologie ihnen einfach als Offenbarung eines neuen Mythus, Christus als Göttersohn erscheinen mußte. Ist schon diese Abweichung von der ursprünglichen Lehre groß, so zeigt sie sich vor allem darin bedeutend, daß Paulus es nur mit gebrochenen Menschen, mit Sündern zu tun hat, welche die Kirche als Vermittlerin brauchen, im Gegensatz zu dem „Laien von Nazareth", der einfach an den gesunden Willen jedes Menschen appellierte. Paulus „löschte eben gewaltsam alle Lichter in der Welt aus, damit Jesus allein scheine".

Die Theologie des Paulus behandelt Wernle in drei Abschnitten: als Erlösungstheologie, durch die der Apostel seine Missionspredigt für die Griechen begründet, als antijüdische Apologetik zur Verteidigung gegen Juden und Judaisten, und als Gnosis, d. h. die Theologie der gereiften Christen. Scharf umrissen tritt uns die paulinische Lehre entgegen. Scharf sind auch die Urteile, die Wernle oft über sie fällt. So wenn er über die Theorie des Todes Christi als stellvertretendes Leiden zu des Menschen Befreiung vom Gesetz das gewiß berechtigte Urteil fällt, die ganze Argumentation sei ein „Kunststück echt rabbinischer Art" gewesen und die ganze Theorie „ein geistreiches Begriffsspiel, weiter nichts". So wenn er von der Rechtfertigungslehre, die bekanntlich in weitesten Kreisen als die Grundlage der evangelischen Kirche angesehen wird, sagt: „Wer, befreit vom protestantischen Vorurteil, die Rechtfertigungslehre des Paulus betrachtet, muß sie eine seiner unglücklichsten Schöpfungen nennen. Schief ist das Wort rechtfertigen, verwirrend die Stellung Gottes, der als Richter den Sünder für gerecht erklärt, schlimm die Hochschätzung des kirchlichen Glaubens als der beim Gericht entscheidenden Tat, willkürlich und künstlich der Beweis aus dem Alten Testament."

Obwohl diese ganze Theologie praktischen Zwecken diente: der Ermöglichung und Unterstützung der Mission, ist Paulus derjenige gewesen, der das Christentum, wieder im Gegensatz zu Christus, auf den Weg nach der Philosophie hinübergedrängt hat durch seine ungemeine Hochschätzung der „aus dem Geist stammenden" Gnosis, die im Gegensatz zur Pistis, dem Eigentum aller, nur einzelnen zukommt. Diese Gnosis,

die „im Grunde genommen theologisches Machwerk ist", das uns in eine verkehrte Welt versetzt" und zu den gewagtesten Spekulationen geführt hat, ist es gewesen, welche „Erkenntnis und Erkennen zu besonders wichtigen Dingen im Christentum gemacht hat". So kann man, überblickt man die ganze Wirksamkeit des Paulus, sagen, daß er den geschichtlichen Jesus, obwohl er ihn in gewissem Sinne klarer erfaßt hat als seine Zeitgenossen, so umgedeutet und umgebildet hat, daß der Anstoß zur Entwicklung des ganzen christologischen Dogmas in seiner Theologie und Christologie gegeben ist.

Nachdem Wernle sodann den Gedankenkreis der den Paulinismus zwar voraussetzenden, aber mit dem Gedanken des Judentums, seiner Apokalyptik, seines Gottes-, Engel- und Dämonenglaubens arbeitenden Apokalypse in übersichtlicher Weise dargelegt, schildert er uns im zweiten Hauptteile seines Buches die Ausbildung der Kirche in den drei Abschnitten: die Entstehung der kirchlichen Verfassung, die Ausbildung der kirchlichen Theologie und die Frömmigkeit im nachapostolischen Zeitalter. Charakteristisch für die erste Zeit ist das Aufhören der Apostel und Propheten. Sie verschwinden langsam. Damit hört auch Gott auf mit Hülfe der Inspiration durch begnadete Männer direkt zu seiner Kirche zu reden. Dafür treten die Kultusbeamten auf: es bildet sich ein Episkopat, das mit den Märtyrern und Asketen um den Vorrang in der Kirche kämpft und sich allmählich zu höchstem Ansehen durchringt. — Die Theologie der Kirche hat sich naturgemäß zunächst mit dem Judentum auseinanderzusetzen und zwar vor allem über die Frage: ist Jesus der Messias? Die christliche antijüdische Apologetik, welche diese Frage bejahte, war „im Grunde genommen eine jammervolle Apologetik, in der in Wahrheit die Juden als Sieger hervorgingen". Sie trug, wie die Evangelien es beweisen, dazu bei, die evangelische Geschichte vollständig umzuwandeln. Auch war sie „mit ihrer Kunst des Verdrehens und Umdeutens, des Einlegens statt Auslegens, des Dichtens und Fälschens" eine rein jüdische, ebenso wie der Grundstock der christlichen Ethik, wie der Engelglaube, wie die mit aller Engherzigkeit und Intoleranz übernommene Kirchenidee. — Zu diesen jüdischen Einflüssen kommen die griechischen. Die „Gottheit Jesu" ist ebenso auf heidnischem Boden gewachsen, wie die Sakramente und die Höllenphantasie. Auch rationaler Glaube und Weltanschauung und philosophische Religions-Betrachtung stammen daher. So kommt es, daß wir ein ganz neues Christentum entstehen sehen, das gegen den sittlichen und religiösen Charakter Jesu ganz gleichgültig ist. — Auch der Kampf mit dem geschickt bei einzelnen Aussprüchen Jesu und Pauli, besonders aber bei Johannes anknüpfenden Gnostizismus hat auf die Ausbildung der Kirche in hohem Maße

eingewirkt. Hat er doch die Ausbildung des Katholizismus zur Folge, der zwar einerseits alles Gesunde aus dem alten Christentum sammelte, andrerseits aber Orthodoxie und Kirchlichkeit in verhängnisvoller Weise zu Hauptmerkmalen des Christentums stempelte. Mit der Schilderung der christlichen Frömmigkeit in den drei Abteilungen: christliche Hoffnung, christliche Lebensführung und Erlösung schließt das glänzend geschriebene, geniale Werk des Basler Professors.

Ein Eindruck ist es vor allem, der sich uns bei der Lektüre des Buches aufdrängt. Wenn die Gedankengänge Jesu richtig wiedergegeben sind — wir betonen dies „Wenn“, das bei dem lückenhaften Zustande der Quellen immer da sein wird — wie wenig hat dann die christliche Kirche vom historischen Jesus! Wie wenig aber auch vom Paulinismus, überhaupt von dem, was am Anfange war! Wie tief ist die Kluft, die uns moderne Menschen von denen scheidet, die die „Anfänger unserer Religion“ gewesen sind! Fürwahr, wir können es begreifen, daß in der „Theol. Literaturzeitung“ von Wernles Buch als von einer „Totengräberarbeit der Kirche“ gesprochen ist. Denn den Anhängern jeder Orthodoxie, die jeweils das allein wahre und ursprüngliche Christentum besitzen will, muß es um ihr Lehrgebäude angst und bange werden, wenn die „Anfänge der Religion“ in dieser objektiven Weise historisch dargelegt werden. Ja, solche Bücher leisten in der Tat Totengräberarbeit! Aber doch nur bei unprotestantischen, unfreien, bei abgestorbenen Kirchen, die Mumien sind, die ihre vertrocknete Gestalt als die normale ausgeben und von ihr rühmen, daß sie im Laufe der Jahrhunderte genau die gleiche geblieben ist, ohne zu bedenken, daß dann die Zeit — eben eine Mumie daraus gemacht haben muß! Und wenn gewisse Kreise dem Buche „Pietätlosigkeit und Irreligiösität“ vorwerfen, so stimmt das auch. Aber nicht für eine wahre Religion. Die verträgt frische Morgenluft, die braucht sie! Wohl aber für eine Religion, die den Morgenhauch wie tödliches Gift fürchtet. Wenn diese aber mit pietätlosen Händen angefaßt wird, so ist es gut — im Interesse wahrer Religion!

Die Sprachenverwirrung zu Babel.

Von Prof. Wilhelm Foerster (Berlin).

Obgleich ich weder Bibel-Forscher, noch Kenner auf dem Gebiete des babylonisch-assyrischen Altertums bin, möchte ich mir doch erlauben, zu dem Kapitel „Babel und Bibel“ einen kleinen Beitrag zu liefern, zu

welchem ich durch astronomische Studien über die bewundernswerten Leistungen der Seher und Forscher des Zweistrom-Landes einigen Anlaß und einiges Recht empfangen habe.

Es ist schmerzlich zu sehen, mit welcher Leidenschaftlichkeit die zweifellosen und hochbedeutsamen Fortschritte unserer Kenntnis der babylonisch-assyrischen Kultur, wie sie jetzt aus den Ausgrabungen auf jenen alten Trümmerstätten immer überzeugender hervorgehen, von den verschiedensten Seiten aufgenommen und ausgelegt werden. Es klingt beinahe wie ein kleines Nachspiel zu der Sprachenverwirrung, welche nach der im elften Kapitel des ersten Buches Mose enthaltenen merkwürdigen Erzählung auf dem Schauplatz jener alten Kultur einstmals von keinem Geringeren als „dem Herrn“ absichtlich angerichtet sein soll.

Von jeher haben die Erforscher der Geschichte eines besonderen Kulturgebietes der Erde mit fortschreitender Vertiefung der Kenntnis von seinen Sprach- und Kunstdenkmälern und von den Überbleibseln seiner Wohn- und Arbeitsstätten den Tribut einer allgemeinen menschlichen Schwäche zahlen müssen (die zugleich eine liebenswürdige Stärke ist), daß ihnen gerade diese Kultur, Literatur und Sprache in dem Lichte einer ganz außerordentlichen Bedeutsamkeit, manchmal sogar als der Ursprung oder Mittelpunkt aller Kultur erscheint.

Das führt dann natürlich zu ebenso eifrigen Gegenreden von Seiten der Erforscher anderer Gebiete oder Seiten der Kultur-Entwickelung der Menschheit, zu den heftigsten Gegenreden jedoch meistens bei denjenigen, welche mitten hinein in die Menschengeschichte und in die unaussprechliche Herrlichkeit ihrer stetigen wissenschaftlichen Erforschung und Nachgestaltung die Willkür übernatürlichen Eingreifens setzen, neben welcher alles andere große Streben und Vollbringen rein menschlicher Art, besten Falles, nur wie eine eigentlich unerhebliche und müßige Illusion erscheint.

Alle diejenigen aber, denen es nicht um Autoritätswirkungen mystischer Art bei ihrer Darstellung der großen Erscheinungen der Welt-Entwickelung zu tun ist, sondern um den vollsten Wahrheits-Ernst und um die Pflege des helleren Verständnisses und der edleren Gestaltung der Gegenwart und Zukunft vermöge der gewissenhaftesten Erkenntnis der Vergangenheit, sie sollten sich doch künftig aufs sorgfältigste jener Leidenschaft der Behauptungen und der Gegenreden enthalten, welche aus dem Übermaß des Eifers für das besondere eigene Forschungsgebiet hervorgeht, aber doch nur „Wasser auf die Mühle“ ist für alle an der Annahme übernatürlicher Eingriffe hängenden und demgemäß jeder unbefangenen Wahrhaftigkeit der Geschichtsforschung widerstrebenden Gemüter.

Im Sinne dieser Erwägungen möchte ich heute zu einer etwas kühleren Behandlung der mit den Leitworten „Babel und Bibel“ gegen-

wärtig entfachten Diskussionen ein Scherflein beitragen durch eine kurze Betrachtung über die oben erwähnte, im ersten Buche Mose, Kapitel elf, enthaltene Erzählung von dem Eingreifen „des Herrn“ in die Bautätigkeit und in das Sprachwesen zu Babel. Ich habe mich überzeugt, daß die Luthersche Übersetzung dieser Bibelstelle im wesentlichen nicht abweicht von den kundigsten und anerkanntesten neueren Übersetzungen derselben und gebe also den Lutherschen Wortlaut derselben im nachfolgenden wieder:

1) Es hatte aber alle Welt einerlei Zunge und Sprache.

2) Da sie nun zogen gen Morgen, fanden sie ein eben Land, im Lande Sinear, und wohneten daselbst,

3) Und sprachen unter einander: Wohlauf, laßt uns Ziegel streichen, und brennen. Und nahmen Ziegel zu Stein, und Thon zu Kalk,

4) Und sprachen: Wohlauf, laßt uns eine Stadt und Turm bauen, deß Spitze bis an den Himmel reiche, daß wir uns einen Namen machen; denn wir werden vielleicht zerstreuet in alle Länder.

5) Da fuhr der Herr hernieder, daß er sähe die Stadt und Turm, die die Menschenkinder baueten.

6) Und der Herr sprach: Siehe, es ist einerlei Volk und einerlei Sprache unter ihnen allen, und haben das angefangen zu tun; sie werden nicht ablassen von allem, das sie vorgenommen haben zu tun.

7) Wohlauf, lasset uns hernieder fahren, und ihre Sprache daselbst verwirren, daß keiner des andern Sprache vernehme.

8) Also zerstreuete sie der Herr von dannen in alle Länder, daß sie mußten aufhören die Stadt zu bauen.

9) Daher heißt ihr Name Babel, daß der Herr daselbst verwirret hatte aller Länder Sprache, und sie zerstreuet von dannen in alle Länder.

Nach dem Zusammenhange mit den vorerwähnten Kapiteln ist hier von einem Zeitpunkte nach der Sintflut, aber weit vor Abraham die Rede.

Wie seltsam! wird wohl jeder sagen, dem diese Bibelstelle wieder vor die Seele tritt.

Sieht man näher zu, und hält man sich die Ergebnisse der neueren Forschungen über die uralten Zeiten von Babylonien und Assyrien, sowie von Syrien und Ägypten vor die Augen, so wird man aber noch viel stärker ergriffen, und die ganze, in allen ihren Tiefen noch unermessene Bedeutung der Bibel für die Kulturgeschichte jener alten Zeiten tritt so recht charakteristisch hervor in ihrer eigentümlichen Mischung von tatsächlich höchst wertvollen und getreuen Überlieferungen mit ebensowohl grandiosen und hellblickenden als auch mißverständlichen und verwirrungsschweren Gestaltungen dichterischer und metaphysischer Phantasie und Symbolik.

Ein ganz naives Urteil über obige Bibelstelle würde wohl nur sehr zu Ungunsten „des Herrn“ lauten können. Daß er über die bis zum

Himmel reichenden Baupläne der Leute von Babel so ungnädig zu denken scheint, könnte noch aus einem gewissen Unnahbarkeitsgefühle der hohen Weltmacht erklärlich und der menschlichen Neigung zur Übertragung gewisser ursprünglicher Gefahren monarchischer Stellung und Sinnesart auf die Gottheit entsprechend erscheinen. Daß er aber so weit geht, den Völkern die Sprache zu verwirren, nämlich die, entweder ursprüngliche oder errungene, Einheit der Sprache zu zerstören, das kann doch auf den ersten Blick, zumal für den modernen Menschen, der die unsäglichen sozialen und politischen Nöte der Sprachenfrage gar bitterlich empfindet, nur als eine so schlimme Zornestat des Weltregierers gelten, daß kaum ein genügend hartes Wort der Verwunderung und Abneigung dafür gefunden werden könnte.

Es ist aber sehr schwer zu denken, daß die biblische Überlieferung, welche doch sonst überwiegend den Ruhm und die Größe des Herrn verkündet, die kurze Erzählung vom Turm und der Sprachenverwirrung zu Babel an jener Stelle des Berichtes über die Entwickelung des Menschengeschlechtes eingefügt haben würde, wenn nicht gewisse tatsächliche Grundlagen und gewisse Elemente der Überlieferung dafür vorhanden gewesen wären, deren innerer Zusammenhang und hohe Bedeutung wahrscheinlich von dem Urheber der ersten Fassung dieser Episode richtiger gewürdigt worden ist, nachher aber vermutlich bei einer verständnisloseren Redaktion die „fine fleur" verloren hat, ohne daß man wagte, eine Schilderung von so gewaltigem Eingreifen der Gottheit ganz zu unterdrücken, zumal da in den Vorstellungen aller Völker von den obersten Gottheiten ähnliche und noch viel gröbere Trübungen der Erhabenheit des göttlichen Idealbildes durch menschenähnliche Niedrigkeiten vorkamen.

Die tatsächlichen Grundlagen der vorliegenden offenbar in der Form unvollkommenen Überlieferung scheinen aber nach den neueren Forschungs-Ergebnissen über das babylonisch-assyrische und überhaupt asiatische, sowie über das ägyptische Altertum die folgenden gewesen zu sein:

Nach vieltausendjähriger wissenschaftlicher Arbeit in festgefügten priesterlichen Verbänden, deren soziale Macht und Größe auch in stolzen, gen Himmel ragenden Bauten immer mehr zum Ausdruck gekommen war, hatten sich, nach dem jetzt zweifellos enträtselten Zeugnis keilschriftlicher Urkunden, weitreichende Verbindungen zwischen den hierarchischen Mittelpunkten und obersten Machtträgern jener esoterischen Geisteskultur entwickelt. Eine und dieselbe Sprache und Schrift vermittelte den Verkehr der Mächtigen und der Geistesheroen Mesopotamiens, Syriens und Ägyptens, vielleicht auch des fernen Ostasiens und vermittelte wohl auch die vorsichtige, esoterische Mitteilung wissenschaftlicher Ergebnisse,

welche damals überwiegend der Himmelskunde und der Heilkunde angehörten.

Auf beiden Gebieten waren schon viele Jahrtausende vor den Zeiten, in denen das Volk der Juden in dem urkundlichen Lichte der Geschichte in dem Nil-Lande und in dem uralten Kulturlande am Euphrat und Tigris erscheint, Ergebnisse von hohem wissenschaftlichem Werte und von großer Machtfülle für ihre Träger errungen worden, besonders in der Himmelskunde durch die Entdeckung gewisser fester Gesetze der Wiederkehr der Himmels-Erscheinungen, zumal der Finsternisse. Die hierarchischen Gemeinschaften waren hierdurch zu der unschätzbaren Machtstellung eines höchst erfolgreichen und anfangs höchst berechtigten Prophetentums gelangt, das sie allmählich immer mehr zur Astrologie ausbildeten.

Wie jede menschliche Entwickelung wird auch diese sicherlich eine Zeit der Gipfelung und einer gewissen formalen Vollendung ihrer Leistungen und Einrichtungen, einschießlich der Erleichterung und Sicherung des Zusammenwirkens durch die einheitliche Sprache und Schrift, erlebt haben und alsdann eine Zeit des Verfalls, in welcher der Drang der Völkerbewegungen in Asien und das Emporstreben der Eigenart neuer, in den unermeßlichen Räumen dieses Erdteils allmählich erstarkter Volksstämme verhängnisvoll wurde für die Macht und Einheitlichkeit jener älteren Kultur.

Und von dieser kritischen Epoche ist offenbar unser elftes Kapitel des ersten Buches Mose der späte Nachklang einer Überlieferung, für welche der letzte Verfasser dieser Erzählung kein Verständnis mehr gehabt hat. Wohl haben die Arbeiten jener astronomischen Priesterschaften noch bis zu Kyrus und bis zu Alexanders Zeit, ja mit ihrer kalendarischen und astrologischen Technik noch etwas darüber hinaus fortgedauert, aber wahrscheinlich haben in ihren eigenen Einrichtungen während dieser Epigonenzeit Erinnerungen an eine frühere Machtfülle und Weite ihres Zusammenwirkens über große Länder- und Völkergebiete in dem verklärenden Glanze der Überlieferung weitergelebt. Und aus diesen Erinnerungen ist in die Seele des ersten Urhebers unserer biblischen Erzählung der leuchtende Ausspruch übergegangen: „Es hatte aber alle Welt einerlei Zunge und Sprache.“

Und aus derselben Quelle stammt dann wohl auch das Zitat der Worte „des Herrn“, mit denen er seinen Entschluß ankündigt, herniederzufahren und die Sprachen zu verwirren, nämlich der höchst merkwürdige Ausspruch: „Sie werden nicht ablassen von allem, das sie vorgenommen haben zu tun“, oder, wie es in der neueren Übersetzung heißt: „fortan wird ihnen nichts unerreichbar sein, was sie sich vornehmen werden“.

Klingt das nicht ganz so, als ob „der Herr“ den Eindruck gehabt

hätte, die Einheitlichkeit der Sprache sei damals zu einem Übel und Hemmnis entartet gewesen, und ihre Beseitigung werde die intellektuelle und sittliche Energie der Menschen steigern? Es ist kaum anzunehmen, daß ein solcher Gedanke in dem Geiste des biblischen Berichterstatters selber hat entstehen können, aber es ist nicht widersinnig anzunehmen, daß babylonische Astronomen zu der Zeit des jüdischen Exils in dem vertrauten Verkehr, welchen viele ausgezeichnete Juden mit der babylonischen Wissenschaft jener Epigonenzeit hatten, kritische Auffassungen ähnlicher Art über jene älteren Zustände geäußert haben, und daß dann in die letzte, nach dem Exil erfolgte, Redaktion unseres Kapitels 11 ein wunderliches Gemisch aus einer solchen und einer noch näherliegenden ganz entgegengesetzten, nämlich schmerzlichen Auffassung über den Verlust jener Spracheinheit übergegangen ist.

Daß jenes Aufhören der Spracheinheit der höheren Kultur jener Länder als eine Katastrophe dargestellt werden konnte, die zugleich die Bautätigkeit in Babel getroffen habe, ist wohl nur als eine Art von Drapierung der ganzen Erzählung anzusehen, ebenso wie die seltsame Etymologie für den Namen Babel in Vers 9. Es ist ja sehr wohl möglich, daß irgend eine Stufe der allmählichen Auflösung eines uralten Zusammenwirkens der wissenschaftlichen Institutionen der verschiedenen Kulturländer in Zusammenhang gebracht werden konnte mit einer der zahlreichen Eroberungs- und Zerstörungs-Katastrophen, welche Babel in jenen Zeiten getroffen haben.

Gar kein Zweifel kann übrigens daran gehegt werden, daß der, in einheitlicher Sprache und Schrift hochorganisierte, hierarchische Betrieb der Wissenschaft auch in jenen alten Zeiten schließlich die Grenzen der Leistungsfähigkeit *solcher Art des Betriebes* erreicht hatte. Neben der *Bewunderung* für alle in jenen uralten Kulturstätten bereits erlangten Erfolge der astronomischen Forschung, welche jedem konsequenten Denken schon auf Grund der bisherigen Überlieferungen immer mehr zur Evidenz gekommen sind, steht unsere *Verwunderung* darüber, daß diese Stätten noch nicht zu festeren, klareren Formulierungen und zu kühneren Gestaltungen der Welt-Anschauung auf Grund jener Erfolge vorgedrungen waren. Und die Erklärung hierfür finden wir eben in dem *esoterischen* und *hierarchischen* Charakter jener wissenschaftlichen Institutionen und in den Machtstellungen, welche sie schließlich mit höchst *wohlfeilen Mitteln*, nämlich mit der astrologischen Wahrsagerei, erreichten.

Deshalb *mußte* die Sprach-Verwirrung eintreten, das heißt, an die Stelle der formalen Einheitlichkeit des Zusammenwirkens, die leicht zum Formalismus und zur Bindung der schöpferischen Intellekte führt,

mußten allmählich neue Völker, neue Sprachen mit neuen Ideenkreisen heran an die Arbeit. Das waren insbesondere die Griechen und auf dem Gebiete ethischen und religiösen Denkens auch die Juden. Sicherlich waren beide die Schüler der großen vorangegangenen Geistesarbeit im Zweistrom-Lande und am Nil, aber sehr bald gingen sie mit neuen Geistesschöpfungen über die Lehrmeister hinaus. Anfangs überwogen auch bei ihnen noch hierarchische Organisationen, aber bald wurde der wissenschaftliche Betrieb der Himmelskunde und der Heilkunde bei solchen Organisationen auf griechischem Boden unzureichend. Die griechischen Priesterschaften zogen ebenfalls schießlich wohlfeilere Machtmittel vor, noch wohlfeilere als die astrologische Wahrsagung der Chaldäer, z. B. das Orakelwesen. Die hohe Denk-Arbeit aber ging bei den Griechen in die Seelen der Philosophen und Philosophen-Schulen, bei den Juden in die Seelen der Propheten über, die aber kein niederes Prophezeien trieben, sondern die tiefsten Lehrer und Mahner ihres Volkes wurden.

Ähnlichkeit mit jener ganzen Entwickelung, nämlich dem Aufstiege durch eine gewisse Einheitlichkeit der Geistesbildung und der Sprache hindurch zu einer gesunderen Vielartigkeit und Freiheit, die dann auch zu einer tieferen Einheitlichkeit in der Mannigfaltigkeit führt, bietet uns die Zeit der mittelalterlichen Gelehrtenrepublik mit dem Latein als einheitlicher Sprache, die in dieser Zeit eines langsam emporkommenden Betriebes wissenschaftlicher Arbeit wohl ebenso wichtig und förderlich war, wie eine gewisse Einheitlichkeit der Sprache der Kulturträger in den Urzeiten gewesen sein muß.

Als dann in den letztverflossenen drei Jahrhunderten die Mannigfaltigkeit der Volkssprachen in die hohe Geistesarbeit eintrat, war auch wieder eine mächtige Belebung schöpferischen Denkens das Ergebnis. Offenbar ist aber das rechte Maß in dieser Hinsicht noch nicht getroffen. Wir leiden jetzt an Sprachverwirrung, die uns manchmal ungerecht stimmen könnte gegen jene über Babel ausgesprochene Verdammung der Sprach-Einheit, die ich mich oben bemüht habe, in das rechte Licht zu stellen.

Wir brauchen eine gemeinsame Sprache; aber nur eine Hilfssprache für den technischen und wirtschaftlichen Verkehr und für die elementare Verständigung zwischen den in den verschiedensten Sprachen redenden Menschengruppen. Für das hohe Geistesleben kann die Menschheit die Mannigfaltigkeit, die Freiheit und Frische der verschiedenen Volkssprachen nicht entbehren, wenn ihre ganze Denk- und Gestaltungs-Arbeit die Fülle der menschlichen Gaben und Aufgaben zum Ausdruck und zur vollen Verwertung bringen soll. Das Maß für jene Mannigfaltigkeit wird sich in der Freiheit und Feinheit des Zusammenwirkens finden, zumal wenn durch ein bloßes sprachliches Verständigungsmittel elementarster Art

allzu weitgehende Uniformitäts-Bestrebungen und ihre Rückschläge verhütet werden.

Dann wird die erhabene Zuversicht, welche aus jener biblischen Schilderung einer Sprachen-Katastrophe in Babel nachklingt, uns auf den Wegen menschlicher Kultur-Entwickelung ermutigend vorschweben dürfen: „Fortan wird ihnen nichts unerreichbar sein, was sie sich vornehmen werden.“

Die Germania und Korum.

Daß wir mit unserem Aufsatze über „Korum“ (Nr. 24 vom 20. März) mitten ins Schwarze getroffen haben, dafür hat die ultramontane „Germania“ sofort, ohne es zu wollen, den deutlichen Beweis geliefert. Umgehend nachdem ihr unsere betreffende Nummer behändigt wurde, liefert sie am 19. März unter der Aufschrift: „Das Freie Wort über Bischof Dr. Korum“ eine sogenannte Widerlegung. Diese jähe Hast verrät den Ingrimm, in welchen der Verfasser dieses Artikels der Germania — wir wollen ihn im Folgenden kurz Germanicus nennen — durch unseren Aufsatz versetzt ist. Natürlich ist seine erste Sorge nach Möglichkeit zu verhindern, daß die frommen Leseschäfchen der Germania unsern Aufsatz lesen. Wenn sie erführen, daß unser Aufsatz den Bildungsgang Korums, die Art seiner Beförderung auf den Trierer Bischofssitz, sein Verhältnis zu den Jesuiten, sein feindseliges Verhalten zu den staatlichen katholischen theologischen Fakultäten Deutschlands, seine 20jährige Verwaltung des Bistums Trier und sein Verhalten zu der früher städtischen und später verstaatlichten höheren Töchterschule in Trier darlegt und beurteilt, so könnten sie neugierig werden und dann auch gar den Aufsatz einmal lesen. Vor solcher sündhaften Neugier und schrecklichen Seelengefahr müssen die frommen Leseschäfchen sorgsamst behütet werden. Und das geschieht sehr einfach und leicht durch Anwendung der „pia fraus“, indem Germanicus ihnen einredet, der Aufsatz enthalte nur dummes Geschwätz, das nicht des Lesens wert sei. Dementsprechend beginnt Germanicus mit dem Satze: „Wir haben kein Interesse daran, auf die abgedroschenen Redensarten des Artikels einzugehen“, und erklärt dann, daß er mit seinem Artikel „nur einige unrichtige Behauptungen richtig stellen“ will.

Sehen wir uns nunmehr diese unsere angeblich „unrichtigen Behauptungen“ und deren angebliche „Richtigstellung“ an!

An erster Stelle zitiert Germanicus aus unserem Aufsatze den Satz: „Als Ersatz für die von den Ursulinerinnen geleitete, stark besuchte höhere Töchterschule beschloß die in ihrer Mehrheit liberale Stadtverwaltung und -Vertretung im Hinblick auf den beträchtlichen protestantischen Teil der Bürgerschaft die Errichtung einer städtischen höheren Töchterschule mit paritätischem Charakter.“

Ist dies nun eine „unrichtige Behauptung“? Nein! eine offenkundige Tatsache! Das gesteht Germanicus selbst; ja er zitiert sogar aus dem städtischen Verwaltungsberichte von 1878/79 den 21. Februar 1878 als das Datum dieses Stadtverordnetenbeschlusses. Was will nun Germanicus an dieser von uns gemeldeten und von ihm selber als richtig anerkannten Tatsache noch richtig stellen? Kann er das Richtige etwa

noch richtiger machen? Er sagt, wir hätten dabei „die Tatsache verschwiegen, daß das Kollegium der Stadtverordneten . . . im Jahre 1877 beschlossen hat, eine städtische katholische höhere Töchterschule zu gründen“. Aber dieser Beschluß war von vornherein eine Totgeburt; die Regierung bei ihrer damaligen Richtung würde ihm die Bestätigung sicher versagt haben. Und wohl sicher auch mit Rücksicht auf diesen Umstand hat dann die städtische Vertretung im nächstfolgenden Jahre den von uns gemeldeten und oben wieder zitierten Beschluß gefaßt, welcher jenen vorigjährigen annullierte, dann auch die Bestätigung der Regierung erhielt und so die gesetzliche Grundlage für diejenige städtische höhere Töchterschule wurde, welche Korum bei seiner Einkehr in Trier vorgefunden hat. Sein Verhalten zu dieser Anstalt haben wir in unserem Aufsatze dargelegt und in dieser Darlegung mußten wir den Stadtverordnetenbeschluß vom Jahre 1878 als die gesetzliche Grundlage dieser Anstalt erwähnen. Dagegen war zur Erwähnung jenes früheren Stadtverordnetenbeschlusses von 1877 in unserer Darlegung nicht die geringste Veranlassung; denn eben jener war, wie gesagt, bereits im nächstfolgenden Jahre, also lange vor Korums Ankunft in Trier, annulliert und durch einen anderen bereits ausgeführten ersetzt. Indem Germanicus eben jenen Beschluß wieder hervorholt, tut er nichts anderes als eine Tatsache in die Debatte hineinzerren, die für Beurteilung der Person und der Tätigkeit des Trierer Bischofs durchaus belanglos ist. Ein solches Hineinzerren scheint aber gerade seine besondere Passion zu sein; denn unmittelbar darauf erwähnt und bespricht er das in der Kulturkampfzeit von der Regierung der Stadtverwaltung gemachte Anerbieten, für die geplante städtische höhere Töchterschule eventuell auch Räume des damals mit Sequester belegten bischöflichen Priesterseminars zur Verfügung zu stellen. In Wirklichkeit war dieses Sequester schon längst vor der Ankunft des Bischofs Korum wieder aufgehoben und hat dieser niemals Veranlassung oder Gelegenheit gefunden, sich mit jenem Anerbieten zu befassen.

Sein derartiges Hineinzerren von Tatsachen, die niemand bestritten hat und die für die Beurteilung der Person und des Verhaltens des Trierer Bischofs durchaus belanglos sind, nennt Germanicus ein „Richtigstellen unrichtiger Behauptungen“!

Indes erkennen wir gern an, daß sich Germanicus in seinen bisher besprochenen „Richtigstellungen“ eines ruhigen Tones beflissen hat. Das ändert sich in seinem Nächstfolgenden ins schärfste Gegenteil. Er gerät in flammenden Zorn wegen unserer Äußerung:

„Im Germanicum besitzt die Diözese Trier mehrere Freistellen, und es liegen Gründe genug zu der Annahme vor, daß diese Freistellen, wenn auch nicht gänzlich, so doch zum Teil, von den nach Ende des Kulturkampfes von der Regierung eingezahlten Sperrfondsgeldern gegründet wurden.“ Er entgegnet darauf:

„Das alles ist unwahr. . . . Der Verfasser des Schmähartikels wird hierdurch aufgefordert, die „„Gründe““, welche nach seiner Meinung die Annahme rechtfertigen, daß diese Freistellen aus den von der Regierung eingezahlten Sperrgeldern gegründet wurden, zu nennen. Unterläßt er die Anführung solcher Gründe, dann ist er ein leichtsinniger Verleumder.“

Wir erachten uns nun zwar nicht für verpflichtet, solchen dreisten Anzapfungen Folge zu geben, zumal sie in einem Tone gemacht sind, der lebhaft an die Klobigkeit der Steinbrecher des Westerwaldes erinnert, und wo wir obendrein noch mit einer Abrechnung mit der „Germania“ wegen einer von ihr gefälschten Mitarbeiterliste des „Freien Wort“ im Rückstande sind. Wenn wir aber dennoch die Gründe angeben, die uns zu jener Annahme bestimmt haben, so geschieht das nur deshalb, um auch hier wieder nachzuweisen, an welcher Konfusion der Begriffe Germanicus laboriert.

In einer gewissen öffentlichen Bibliothek befindet sich ein in der Druckerei von

Dasbach zu Trier als Manuskript gedrucktes Heftchen, worin die Namen aller zur Zeit des Druckes lebenden ehemaligen Germaniker samt Angabe ihrer zeitigen Ämter in Kirche oder Staat aufgezählt sind. Als wir vor einiger Zeit das Heftchen durchsahen, fiel uns die unverhältnismäßig große Zahl der Trierischen Germaniker auf, und als wir dann darüber mit einem Herrn sprachen, der über die Trierischen klerikalen Verhältnisse sich sonst als gut unterrichtet erwiesen hat, sagte uns dieser, die Diözese Trier besitze im Germanicum mehrere Freistellen, die der Bischof zu vergeben habe; noch jüngst sei ein zwar talentvoller, aber blutarmer Theologe vom Bischof ins Germanikum gesandt worden, wo er sogleich bei seinem Eintritte eine Freistelle erhalten habe. Derselbe Herr meinte dann auch, diese Freistellen seien nach Beendigung des Kulturkampfes gestiftet worden. Damals hätten Bischof, Domherren und die Inhaber derjenigen Pfarrstellen, welche der Staat zu unterhalten hat, die ihnen während der Kulturkampfjahre vorenthaltenen Gehälter auf einmal erhalten. Da sie aber während dieser Kulturkampfjahre die Mittel zu ihrem Unterhalte anderweitig durch freiwillige Spenden empfangen hätten, die namentlich aus England gekommen seien, wo allein schon der Herzog von Norfolk jährlich 100 000 Mark gespendet habe, so seien sie im Gewissen verpflichtet gewesen, von den empfangenen Sperrgeldern diejenigen Summen, die sie während der Kulturkampfjahre anderweitig zu ihrem Unterhalte empfangen hätten, zu milden Zwecken zu verwenden. Überdies werde es ihnen auch in den Exerzitien, die jährlich zweimal von Jesuiten im Priesterseminar zu Trier gehalten werden, ziemlich regelmäßig als strenge Pflicht dargestellt, Ersparnisse von ihren kirchlichen Benefizien nicht beliebig, sondern zu frommen Zwecken zu verwenden. Was Wunder, wenn da Trierer Empfänger der Sperrgeldersummen stattliche Teile von diesen derjenigen Anstalt überwiesen hätten, für die ihr Bischof eine so begeisterte Vorliebe zur Schau trägt und die ihm die Persönlichkeiten für besonders wichtige Professuren und Pfarrämter und — last not least — sogar einen Preßkaplan geliefert hat! Mag nun die Annahme, daß auf die genannte Weise Freistellen für die Trierer Diözese im römischen Germanikum gestiftet worden seien, zutreffend oder irrig sein, jedenfalls imputiert sie den Sperrgelderempfängern nichts Ehrverletzendes, sondern nur eine Handlung, die vom Standpunkt des Gesetzes als ein justum et honestum und vom Standpunkt ihres Gewissens sogar als ein valde meritorium zu beurteilen ist. Und da schreit und schimpft unser Germanicus über einen „Schmähartikel“ und einen „leichtsinnigen Verleumder“! Eine wie tiefe und wie humorvolle Wahrheit birgt doch in sich das Wort, womit Lucian eines seiner Göttergespräche beginnt:

„Du bist im Unrecht, Zeus! denn du bist im Zorn!“

Womit wir aber keineswegs andeuten wollen, daß wir geneigt sind, Herrn Germanicus mit Zeus zu vergleichen, sondern eher mit — Thersites.

Aber auch der Zorn und die Hast unseres Germanicus haben ihr Gutes, und auch dieses soll von uns nach Gebühr anerkannt werden. In seiner zornigen Hast plaudert er nämlich zuguterletzt, ohne es zu wollen und zu ahnen, den ganzen Korum'schen Feldzugsplan wider die paritätische höhere Töchterschule aus. Vor vier Wochen haben wir gestaunt, als wir in dem Berichte über die Landtagssitzung vom 2. März es lasen, daß der Zentrumsabgeordnete Dr. Dittrich sich zu der Behauptung verstieg, der von den Trierischen Kanzeln herabgeschleuderte Pfarrer-Ukas wider die Eltern der höheren Töchterschülerinnen sei keine Androhung der Absolutionsverweigerung, sondern eine Belehrung. Die Schlußworte des Germanicus geben uns des Rätsels Lösung. Er „betont, daß die Trierer Veröffentlichung nicht der Bischof erlassen hat“ und meldet dann weiter:

„Der Herr Bischof war acht Tage vor Verlesung des Publicandums abgereist.

Er hat nur gewußt, daß die Herren Pfarrer beabsichtigten, eine Belehrung von der Kanzel zu verlesen, hat aber nicht gewußt, daß sie die Verweigerung der Absolution androhen wollten."

Also jetzt ist's verraten! Der Bischof und die Pfarrer hatten einen gemeinsamen Plan vereinbart. Der Bischof schrieb seinen „Erlaß", der seiner Eigenart gemäß geschickt abgefaßt war; die Pfarrer sollten dann nach seiner Abreise nach Rom eine gemeinsame „Belehrung" von den Kanzeln verkünden, worin sie etwa mit pastoraler Salbung die religiösen Gefahren paritätischer höherer Töchterschulen, die schwere Sündhaftigkeit ihrer Beschickung und die Pflicht, diese schwere Sünde zu beichten, dem gläubigen Volke und insbesondere dem schwachen Geschlecht zu Gemüte zu führen hatten. Der Bischof reiste ab, nahm in Rom Quartier bei seinem Freunde, dem Jesuitenkardinal Steinhuber, im Germanicum und überreichte im Vatikan einen stattlichen Peterspfennig im Betrage von 60000 Mark (oder Francs). Er war so guter Dinge und siegesgewiß, daß er an einem Mittwoch Abend im bierkneipenden katholischen Leseverein erschien, dort einen Vortrag zum besten gab und einen zweiten für den nächsten Mittwoch versprach. Im Laufe der nächsten Tage aber langte in Rom die Nachricht von dem Kanzel-Ukas der Trierer Pfarrer an. Sie hatten von dem Bibelwort: „Seid klug wie die Schlangen und einfältig wie die Tauben" nur die eine Hälfte befolgt und sich statt einer vorher geplanten geschickten „Belehrung" eine urkräftige Androhung der Absolutions-Verweigerung geleistet. Um dieselbe Zeit mit Ankunft dieser Nachricht fand dann auch die bekannte Kopfwaschung Korums seitens des Kardinal-Fürstbischofs Kopp statt. Da hielt es den Bischof nicht länger in Rom; aus dem zweiten Mittwochs-Vortrag wurde nichts; er dampfte schleunigst heim. Und was dann am 2. März im Berliner Landtage und gleich darauf in Trier geschehen ist, ist allbekannt.

* * *

Die vorstehenden Ausführungen waren niedergeschrieben, als uns ein gegen unseren Aufsatz über „Korum" gerichteter Artikel der „Straßburger Post" (Nr. 273 vom 22. März) zur Hand kam. Auf seine larmoyanten Ausführungen einzugehen, verlohnt sich nicht der Mühe. Aber einige Äußerungen des Artikels, die ganz geeignet sind höhere Heiterkeit zu erregen, verdienen der Vergessenheit entrissen zu werden. Der Artikel lamentiert darüber, daß wir die „vom Schicksal schwer geprüfte Ehrenstiftsdame Freiin Isabella von Manteuffel mit in den Kreis der Klatscherei gezogen". Nun, wir haben von ihr gemeldet, was wir in höheren Beamtenkreisen des Reichslandes von gutunterrichteten und glaubwürdigen Herren vielfach uns haben versichern lassen, was übrigens auch eine angesehene deutsche Tageszeitung bereits vor uns berichtete, und was ihr doch nicht zur Unehre gereicht. Im Gegenteil, wenn Herr Korum wirklich ihr Protégé für einen Bischofsstuhl gewesen ist, so hat sie heute allen Grund, sich dessen mit Stolz zu freuen; denn nach allem, was wir über die religiöse Richtung dieser Dame wissen, würde sie wider Gründung einer paritätischen höheren Töchterschule in einer zu vier Fünfteln protestantischen Stadt gerade so entschieden sein, wie Bischof Korum gegen eine solche in einer zu vier Fünfteln katholischen Stadt.

Köstlich ist aber die Behauptung des Artikels, daß Statthalter von Manteuffel sich Herrn Korum durch den Straßburger Bischof Räß und den Metzer Bischof Dupont des Loges — einen verbissenen Legitimisten aus dem finstersten Westend von Frankreich — als geeigneten Bischofskandidaten habe empfehlen lassen. Und nicht minder köstlich die Notiz, daß derselbe Statthalter in der letzten Zeit seines Lebens mit dem Gedanken umging den Diktaturparagraphen anzuwenden wider die — „Straßburger Post"! Schlimmer kann doch wohl die verblendete Verranntheit in eine zum allgemeinen Gespött gewordene Versöhnungspolitik nicht gekennzeichnet werden als durch solche Angaben.

Auch gegen Herrn Korum sollen wir nach dem Artikel „*schwere Beschuldigungen*“ erhoben haben, weil wir von ihm behauptet hatten, daß er nach höheren kirchlichen Würden gestrebt habe. — Aber hat er dadurch denn etwas anderes getan als die einfache Befolgung des Bibelwortes: „Qui episcopatum desiderat, bonum opus desiderat“?

Der unfreiwilligen Komik Meisterstück aber liefert der Artikelschreiber mit der pathetischen Versicherung, „*daß Bischof Korum insonderheit mit den religiösen Zuständen in Deutschland zufriedener sei, als mit denen in Frankreich*“. — Ja diese Zufriedenheit teilt mit Bischof Korum zur Zeit des Ministeriums Combes auch — *Rampolla*!

Kleine Mitteilungen.

Zum Hirtenbrief des Kölner Erzbischofs.

Durch Gottes Barmherzigkeit und des hl. Apostolischen Stuhles „Gnade“ ist Antonius Fischer, bis dahin ein deutscher Anton, Erzbischof von Köln geworden, auch „desselben Apostolischen Stuhles geborener Legat 2c. 2c. 2c.“. Die Mitwirkung des preußischen Königs bei der Einsetzung in sein Amt — „Inthronisation“ heißts im hierarchischen Jargon — ignoriert Antonius in seinem Hirtenbrief. Und doch war sie nicht ganz unerheblicher Art; selbst die mittelalterlichen Kaiser machten weniger Umstände.

Der Erzbischof sagt in seinem Hirtenbrief, daß er niemals nach dieser Würde gestrebt habe, ja er habe nie auch nur eine Ahnung gehabt, daß sie ihm hätte bestimmt sein können. — Wirklich? Dann haben die Schäflein richtiger geahnt, als selbst der Hirt. Sie freuten sich der Geschicklichkeit, mit der der Weihbischof Anton Fischer vor etwa Jahresfrist den Kaiser mit Karl dem Großen verglich, und erhofften in ihm den Episcopus, der ihre heiße Sehnsucht, den Kaiser zu erobern, der Erfüllung näher bringen würde. Die bemerkenswerte Art, mit der Fischer den Kaiser nach seiner Inthronisation feierte, hat dieser Erwartung entsprochen.

In allen Tonarten, sogar von der liberalen Presse, ist der Hirtenbrief des neuen Kölner Erzbischofs als Kundgebung einer friedfertigen und toleranten Gesinnung gerühmt worden. Hoffen wir das Beste, denn von praktischer Toleranz ist in den Burgen des Ultramontanismus nichts zu spüren. Irgendwelche besondere geistige Bedeutung eignet dem Hirtenbrief nicht, und in seinen geschichtlichen Betrachtungen weist er sogar einen auffallenden Mangel an Wissen auf, der uns aber nicht weiter wunder nimmt. In dem klerikalen Seminarunterricht spielt der Geschichtsunterricht aus naheliegenden Gründen eine so klägliche Rolle, daß es selbst bei einem Erzbischof zu erklären ist, wenn er mit der Geschichte auf gespanntem Fuße steht. Oder handelt es sich um zweckdienliches Ignorieren?

„Die heilige Kölner Kirche“, sagt der Erzbischof, „hat sich seit den frühesten Zeiten stets als „die treue Tochter der römischen Mutter“ — Romanae matris fidelis semper filia — erwiesen und hat auch in schlimmen Zeitläuften immerdar die Verbindung mit dem Apostelstuhle zu Rom bewahrt, wie es im alten „Hymnus zum Lobe der Stadt Köln“ heißt:

Postquam fidem suscepisti,
Civitas praenobilis,
Recidiva non fuisti,
Sed in fide stabilis —
Seit den Glauben du empfangen
Edle Stadt, du heilig Köln,
Niemals untreu bist geworden,
Warst im Glauben fest und rein.

Hat ja doch vorzugsweise wegen dieser katholischen Glaubenstreue die Metropole des Erzbistums, die Stadt Köln, seit alten Tagen vor allen anderen Städten Deutschlands den Namen des „deutschen Rom" erhalten."

Wie viele „deutsche Roms" gibts eigentlich? Unseres Wissens machen noch andere Städte, in denen der Klerikalismus sich die Herrschaft bewahrt hat, auf diesen merkwürdigen Ehrentitel Anspruch, beispielsweise Trier und Münster.

Auch mit dem Titel „Romanae matris fidelis semper filia", den das „heilige Köln" sich zulegt, ists eine eigene Sache. Weiß der Erzbischof nichts von seinen Vorgängern Hermann von Wied und Gebhard Truchseß von Waldburg? Der erstere, anfangs ein hierarchischer Heißsporn, der zur größeren Ehre seiner Kirche im Jahre 1529 sogar zwei Ketzer lebendig verbrennen ließ, gab sich in den dreißiger Jahren des 16. Jahrhunderts alle erdenkliche Mühe, die Reformation einzuführen. Melanchthon und Bucer waren ihm dabei behilflich. Die Ritterschaft und die Städte des Kurfürstentums waren für die Reformation, die Domherren des Kapitels jedoch und der Rat der Reichsstadt Köln, der ganz unter dem Einfluß des überaus zahlreichen und mit Pfründen gesegneten kölnischen Klerus stand, bekämpften die Reformversuche. Trotzdem hätten diese Erfolg gehabt, wenn Kaiser Karl V., um seine Niederlande vor der gefährlichen Ansteckung zu bewahren, nicht gegen den Erzbischof eingeschritten wäre. Hauptsächlich wegen Köln begann er 1546 den Schmalkaldischen Krieg und ließ den Erzbischof durch den Papst absetzen.

Aber vierzig Jahre später wiederholte der Erzbischof Gebhard Freiherr Truchseß von Waldburg die Reformversuche, die im Kölner Bistum noch notwendiger waren als anderswo. Der Erzbischof trat im Jahre 1584 öffentlich zur reformierten Religion über und der größte Teil des hohen Adels im Stifte war für die Reformation. Selbst das später wieder eifrig katholische Herzogtum Westfalen erklärte sich für Gebhard. Nur durch Gewalt, mit kaiserlicher Acht und Aberacht und spanischer Truppenmacht konnte der reformatorischen Bewegung, die sonst den ganzen Westen der katholischen Kirche entzogen hätte, ein Ende gemacht werden. Darüber ist manches Nützliche in dem Werke „Der Kölnische Krieg" des katholischen Historikers Max Lossen, eines Sohnes des Kölner Bistums, zu lesen.

Auch in der Reichsstadt Köln zählte die Reformation viele Anhänger, und gerade in den angesehensten Kreisen. Sie wurden späterhin ausgetrieben; mit aus diesem Grunde sank die einst reiche und mächtige Stadt von ihrer Höhe herab und wurde unter der ungestörten Herrschaft des Krummstabes eine arme Stadt, in der sich nur Bettler und Mönche wohl fühlen konnten. Der Religionsdruck vertrieb alle fleißigen Gewerbs- und Handelsleute in das benachbarte Bergische: Düsseldorf, Elberfeld und Mühlheim wurden dadurch blühende Städte. In Köln lebte am Ende des 18. Jahrhunderts fast die Hälfte der Bewohner aus Armenmitteln. Die Stehplätze vor den Kirchentüren waren an Bettler vermietet und der Fremde konnte keine fünfzig Schritte gehen, ohne angebettelt zu werden. „Je reicher die Klöster, desto ärmer das Volk."

Welche Feierlichkeiten bei der Einführung des neuen Erzbischofs! Alle „Spitzen

der Behörden" — manche wohl mehr der Not gehorchend als dem eignen Trieb — nahmen daran teil. So wars auch einst im Jahre 1825 bei der „Inthronisation" eines seiner Vorgänger, des Erzbischofs Ferdinand August Grafen von Spiegel zum Desenberg. „Es war ein großer Jubel darüber im Rheinland, besonders auf den Dörfern", schrieb damals ein katholischer Rheinländer. „Dreißig Jahre hindurch war das Land ohne Bischof und Erzbischof gewesen und weil dabei nicht alles dem Volke nach Wunsch gegangen, so mußte jetzt ja alles vortrefflich zugehen. Nun, der neue Erzbischof Spiegel hat nichts verdorben, sondern vieles gut gemacht;*) seine Nachfolger aber haben der eine mehr und der andere minder so viel verdorben, daß wir besser keinen Erzbischof je wieder gesehen hätten. So lange Zeit war kein Bischof gewesen und die Leute waren besser und friedsamer wie heutzutage, und es blieb darum kein Pflug im Felde stille stehen, kein Paar ungetraut und kein Kind ungetauft. Haben die Juden und die Evangelischen doch auch keine Erzbischöfe und nach den statistischen Berichten, die untrüglich, sind sie besser und sittlicher, friedsamer und arbeitsamer, als wir Katholiken, die wir durch Papst und Bischöfe und Hetzkapläne gezwungen sind, so vieles gegen Gott und sein heil. Evangelium zu tun."

*

Die französischen Katholiken und ihre gegenwärtigen Nöte.

Die religiösen Fragen stehen augenblicklich in der französischen Litteratur auf der Tagesordnung. Aus den vielen Aufsätzen, Broschüren und Werken, die Tag für Tag dieses Thema behandeln, ist es recht schwierig einige herauszufinden, die wirklich unparteiisch urteilen. Vor einigen Tagen erhielt ich ein von einem überzeugten Katholiken verfaßtes Buch, das sowohl fesselnd als zugleich lehrreich ist. Es ist betitelt: „Les catholiques français et leurs difficultés actuelles par Léon Chaine". — Der Verfasser erörtert die Hauptgründe, die in unseren Tagen den Katholizismus um die durch Jahrhunderte von Kämpfen erworbene Oberhand gebracht haben. Chaine schreibt einen großen Teil der dem Klerus bereiteten Schwierigkeiten der von ihm während und nach der Affäre Dreyfus eingenommenen Haltung zu. Und dies war tatsächlich der ausschlaggebende Grund für die heutige Aktion gegen den Klerikalismus, da die führenden Parteien sehr bald erkannten, daß hinter der das Volk in zwei Lager teilenden Dreyfusaffäre als treibende Kräfte der von den Katholiken geschürte Militarismus, Nationalismus und Antisemitismus standen. Der Verfasser bekennt sich mutig — denn es gehört Mut dazu — als Antimilitarist, Antinationalist und Gegner des Antisemitismus. Die Gründe, die er für diese seine Überzeugung angibt, entsprechen vollständig seiner Idee von einer mitleidfühlenden, gerechten Religion der Liebe. Er zeigt sich in den ersten Kapiteln seines Werkes ganz unparteiisch. Er betont gelegentlich, daß viele Katholiken, die wie er von Dreyfus Unschuld überzeugt waren, während der Affäre nicht zu Wort hätten kommen können, denn die Zeitungen der rechtsstehenden Parteien, die nicht zu gestehen wünschten, daß es Dreyfusfreundliche Katholiken gäbe, wollten ihnen ihre Spalten nicht öffnen, und die Zeitungen der Linken taten dasselbe, weil sie aus Parteileidenschaft nicht zugeben konnten, daß es katholische Dreyfusfreunde gäbe. Die Tatsache ist jetzt bekannt (die Gründung der katholischen Liga für Menschenrechte beweist es). Leider bildeten diese Aufgeklärten eine allzugeringe Minorität, um die Verbrechen der großen katholischen Majorität auszugleichen.

Weiter spricht der Verfasser über alle die Religionsschwindeleien, die nur dazu berufen sind, Geld einzubringen, besonders über die Heiligenwunder, die Zola in „Verité" so scharf brandmarkt; und der Verfasser kommt zu demselben Ergebnis als der große Dichter.

*) Deshalb war er auch den Ultramontanen ein Dorn im Auge.

Dagegen ist der Verfasser in anderen Teilen seines Buches zu logisch. Dies Urteil klingt etwas paradox, ist aber leicht erklärlich. Es ist allerdings ein Angriff auf die Freiheit — besonders in einem Land, dessen Verfassung auf den Prinzipien der Freiheit beruht — wenn man den Kongregationen das Erteilen von Unterricht verbietet. Es gibt aber gewisse Fälle, in welchen die strenge Anwendung der Grundsätze nicht geschehen darf. Wir befinden uns hier in einem solchen Fall. Die Freiheit des Unterrichts ist nicht eher angegriffen worden, als man der traurigen Folgen der kongreganistischen Lehren gewahr wurde. Die Pflicht des Staates besteht darin, die Bildung seiner Bürger zu fördern, damit das Land gedeiht. Hierfür machen alle Parteien, Katholiken wie Nichtkatholiken, den Staat verantwortlich. Es ist daher die Pflicht des Staates, dem tendenziösen, unsinnigen — dies muß Chaine selbst zugeben — Unterricht der Kongregationen, der soviel Schaden in rein katholischen Ländern wie Österreich, Italien und Spanien angerichtet hat, zu steuern. Das hat der Verfasser bei seinem streng katholischen Standpunkt nicht zu verstehen vermocht. Es gibt gewisse Momente, wo man im Namen des Fortschritts ungerecht sein muß, und dann wird die Ungerechtigkeit zu einer Tugend.

Übrigens ist der Verfasser nicht der einzige, der eine falsche Auffassung von den Pflichten des Staates hat. Anatole Leroy Beaulieu bringt in der Märznummer der „Revue des Deux Mondes" einen Aufsatz: „Les congrégations religieuses. Le protectorat catholique et l'influence française au dehors". Der berühmte Gelehrte hebt die Dienste hervor, die die Kongregationen in den Kolonien und im Ausland geleistet haben, indem sie die französische Sprache und französische Sitten lehrten, französische Ideen und Prinzipien verbreiteten, und drückt zugleich sein Bedauern darüber aus, daß das Vereinsgesetz so viele verdienstvolle Unschuldige getroffen habe. Die Lage ist aber nicht so verzweifelt als Anatole Leroy Beaulieu sie schildert. Es gibt andere Lehrer und Lehrerinnen als Mönche und Nonnen. Das weltliche Personal ist zahlreich genug, um alle Posten im In- und Ausland zu bekleiden, und hinsichtlich des Pflichtgefühls und der Hingebung steht es keineswegs hinter den Klerikalen. Die Reform des Unterrichts in den Kolonien ist die natürliche Folge der Reform in Frankreich, und wenn einige Kongregationen dabei verlieren, so werden dagegen viele weltliche Lehrer und Lehrerinnen, die in der Heimat ohne Stellung ihr armseliges Leben fristen, dadurch ein menschenwürdiges Dasein erreichen. A quelque chose malheur est bon. Jedes Gesetz hat bei seiner Ausführung vorübergehende Schwierigkeiten im Gefolge.

Was kann man überhaupt dem weltlichen Unterricht vorwerfen? Die Katholiken nennen die weltlichen Schulen „les écoles sans Dieu". Das ist ihr größtes Schlagwort. Ist es aber berechtigt? In einem Leitartikel der neubegründeten Zeitung „L'instituteur républicain" beweist uns Alfred Moulet die Hinfälligkeit dieser Anklage. Der Moralunterricht der weltlichen Schulen in Frankreich ist „rein spiritualistischer Art, insofern er bei den Kindern die Grundforderungen der menschlichen Moral, die allen Religionen, allen Dogmen gemein und allen zivilisierten Wesen nötig sind, entwickelt". Der Gott, der dieses Unterrichtes würdig, ist weder der Gott der Katholiken, noch der Gott der Protestanten und Israeliten; es ist der höchste Begriff der Vollkommenheit und des Ideals, nach welchem wir alle streben. Weit davon entfernt gottlos zu sein, ist dieser Moralunterricht einfach konfessionslos, indem er alle Konfessionen auf gleiche Weise achtet, und die Kinder des Gläubigen, des Ungläubigen, des Spiritualisten, des Materialisten, des Theisten und Atheisten, in derselben Liebe zur Unabhängigkeit und zum Fortschritt vereint.

Henry Pâris.

*

Zur Statistik der französischen Kongregationen.

So viele statistische Listen über das Vermögen der französischen Klöster aufgestellt wurden, sie sind alle durchwegs falsch, indem dank der nach jesuitischem Schnitt eingerichteten Organisation der Kongregationen, die möglichst wenig Immobilien direkt erwerben, dem Staat jegliche Grundlage zur Abschätzung fehlt. Erst der Jesuit Gruber gibt uns in „Stimmen aus Maria-Laach" Freiburg, 1903, S. 59 (Die tote Hand der Ordensgenossenschaften) den Schlüssel, um wenigstens annähernd den Reichtum der Klöster abzuschätzen. Der Jesuit gesteht selbst zu, daß heute in Frankreich rund 200 000 Ordensleute gegen 40 000 Weltkleriker leben! Nachdem sich Gruber in billiger Weise über die Unwissenheit der französischen Regierung betreffs des geistlichen Vermögensstandes, eine Unwissenheit, die ja die Kongregationen selbst veranlaßt haben, lustig gemacht hat, wirft er den französischen Behörden „schmachwürdige Gaunerhaftigkeit" bei Aufstellung der Statistik vor! Nun kommt aber der Clou! Selbst wenn die Kongregationen, so sagt Gruber, 1 Milliarde besäßen, so wäre dies nicht ärgerniserregend, denn bei 190 000 Ordensmitgliedern käme auf einen Einzelnen ein Kapital von 5263 Francs, welches bei 3% Verzinsung eine jährliche Rente von 158 Francs darstellt. — Seit langem habe ich nach einer derartigen Äußerung gefahndet! Denn Gruber wird uns doch nicht weismachen wollen, daß es ein Kloster auf der ganzen Welt, geschweige im reichen Frankreich gibt, wo für ein einzelnes Mitglied eine jährliche Rente von 158 Francs zum Unterhalte ausreicht. Das ist gerade genug für Cigarren und Schnupftabak! Aber wir sind Gruber für seinen Fingerzeig dankbar, denn wir können jetzt mathematisch ohne gefälschte Statistik die unterste Grenze des Kongregations-Reichtums eruieren. Soweit ich die Klöster kenne, — nämlich die modernen Kongregationen, die mit Fastenverboten sehr tolerant sind — wird überall jedem Mitglied Frühstück, Mittagmahl mit Suppe und 3—4 Gängen (Rindfleisch, Braten, Mehlspeise), Tischwein, Jausenkaffee, Abendmahl (gew. Suppe und Fleischspeise) und Bier, außerdem Wohnung, Kleidung, Heizung 2c. geboten. In Deutschland und Österreich stellen die Klöster bei ihrem Gastverkehr durchschnittlich 2 Mark per Tag und per Kopf in Rechnung, das ist für das Gebotene gewiß sehr gering angesetzt. Setzen wir für ein französisches Ordensmitglied nur 2 Francs per Tag ein, so ergibt dies — wieder nach unten abgerundet — per Jahr eine Rente von 600 Francs, was bei den 3% Grubers einem Kapital von 20 000 Francs per Kopf entspricht. Wer das Leben der französischen Kongreganisten kennt, wird zugestehen müssen, daß 20,000 Francs wohl der mindeste zulässige Ansatz ist, und daß ein Laie das 3fache Kapital braucht, um so leben zu können. (Man vergleiche obigen Küchenzettel!) **200 000 × 20 000 = 4 000 000 000!** Gegen dieses Resultat gibt es kein Disputieren und das — bitte — ist die unterste Grenze! Außer den 200 000 Mitgliedern verpflegen die französischen Orden noch 300 000 Kinder, bestreiten die Kosten der Missionen 2c.! Der mit diesen Wohltätigkeitsanstalten verbundene moralische Einfluß in Frankreich dürfte den Jesuiten besonders in die Nase steigen.

Die französischen Orden sind eben heute bereits fast so reich wie die Jesuiten, mit denen sie jedoch nicht immer durch Dick und Dünn gehen und denen sie bei ihrem enormen Reichtum in Rom ganz bedenkliche Konkurrenz bereiten. Deswegen das ganz unbegreifliche Nachgeben Rampollas gegenüber der französischen Kongregationspolitik, deswegen vielleicht auch die Indiskretion Grubers S. J.! L.-L.

*

Über die Entstehung des Rades und des Wagens.

Über diesen hochwichtigen Gegenstand, dem die Prähistoriker bisher viel zu wenig Beachtung beigelegt haben, bringt Hahn (Berlin) im „Internationalen Zentralblatt

für Anthropologie" (1903, S. 1) eine sehr beachtenswerte Anregung. Der Erfindung des Rades und des Wagens mußte jedenfalls die Viehzucht vorausgehen. Die Viehzucht hängt wieder enge mit dem Ackerbau im eigentlichen Sinne des Wortes zusammen. Nach Hahn würde es sich empfehlen besser Pflugbau zu sagen. Denn die drei Stufen der Entwickelung der Agrikultur sind: Hackenbau, Gartenbau, Pflugbau, letzterer auf größere Flächen ausgedehnt und unter animalischer Beihilfe. Jener letzten agrikulturen Entwickelungsstufe ist auch die Milchwirtschaft eigentümlich. Gegenüber den älteren Ansichten, die das Rad aus der Walze entstehen lassen, will Hahn das Rad aus dem Spinnwirtel ableiten.

Letzterer Annahme können wir aber deswegen nicht beipflichten, weil sich die älteste Form des Rades — Scheibenrad fest auf die sich drehende Achse (wie bei unseren Eisenbahnwaggons) aufgekeilt — ganz ungezwungen und mit Notwendigkeit aus der Walze entwickelt. Das sich um die feste Achse drehende Rad setzt eine neue Erfindung voraus, nämlich zum mindesten die Andeutung einer Radnabe. Da nun aber der Urmensch um so erfindungsunfähiger ist, je niederer sein Kulturzustand ist, so sind die erfindungsärmeren technischen Konstruktionen älter, mithin das sich mit der Achse drehende Rad das Ursprünglichere, und die nahverwandte Walze überhaupt der Ausgangspunkt der rollenden Lokomotion. L.—L.

*

Lhassa — von einem Japaner erreicht.

Ein vielbegehrtes, aber von Europäern erst einmal (1845 durch Huc und Gabet) erreichtes Forschungsziel bietet Lhassa, das Rom der Buddhisten Tibets. Bekanntlich mußte auch Sven Hedin auf seiner letzten Reise unverrichteter Sache umkehren. Nun berichtet ein japanisches Blatt, daß der Besuch der heiligen Stadt einem jungen buddhistischen Priester aus Japan, Namens Ekwai Kawaguschi, geglückt ist. Vor etwa sechs Jahren verließ er Calcutta und begab sich zunächst nach Darbschiling, wo er die tibetanische Sprache von tibetanischen Kaufleuten erlernte. Von hier machte er den ersten Versuch nach Tibet einzudringen, diesmal jedoch noch erfolglos. Nun begab er sich nach Nepal und hielt sich dort ein Jahr lang auf, ohne eine günstige Gelegenheit für sein Unternehmen zu finden. Schließlich machte er sich quer über pfadlose Berge auf den Weg und irrte sieben Monate lang in unbewohnten Einöden, von Hunger, Durst, Schnee und Eis gepeinigt, umher, bis er endlich sein Ziel erreichte. Unter der Angabe, ein chinesischer Lama aus Fu-Hien zu sein, hielt er sich ein halbes Jahr lang in Lhassa bei einem hohen Beamten auf, der ihn gastfreundlich bewirtete, und studierte dort in einem großen buddhistischen Kloster, in dem siebentausend junge buddhistische Priester ihre Ausbildung erhielten. Inzwischen aber wurde er verdächtig und man denunzierte ihn bei den Behörden. Seine Freunde, besonders sein Wirt, drängten ihn zur Flucht, zu der er sich nur widerwillig bequemte, da er dadurch seinen Beschützer in Lebensgefahr brachte. Nach manchen Abenteuern erreichte er glücklich wieder Calcutta. Hier vernahm er nach einiger Zeit von tibetanischen Kaufleuten, daß das Kloster, in dem er studiert hatte, schwer bestraft worden war, und daß sein Gastfreund, dessen Bruder, ein buddhistischer Oberpriester, sowie seine anderen Freunde eingekerkert waren und enthauptet werden sollten. Nunmehr hat er sich durch den Maharadscha von Nepal zu gunsten seiner tibetanischen Beschützer verwendet, indem er erklärt, daß ihn einzig religiöse, keineswegs aber politische Zwecke nach Lhassa geführt hätten.

*

International India Exploration Society.

Im Jahre 1897 wurde auf dem XI. Internationalen Orientalistenkongreß in Paris der Plan einer International India Exploration Society gefaßt und 1899 auf dem XII. Kongresse in Rom ein Zentralkomitee gewählt, das in den einzelnen Ländern Europas und in Amerika Lokalkomitees gebildet hat. Äußere Umstände haben bisher die Tätigkeit derselben gehindert. Nachdem jetzt die Schwierigkeiten beseitigt sind, ist auf dem XIII. Kongresse in Hamburg im September 1902 beschlossen worden, die Arbeit energisch in Angriff zu nehmen.

Bisher sind in Indien systematische Ausgrabungen noch nicht gemacht worden. Die alten Königsstädte Pâtaliputra, Sâketa, Takshaçilâ, Ujjayinî, von deren einstiger Größe und Herrlichkeit Inder und Griechen berichten, sowie zahlreiche andere historisch wichtige Stätten liegen noch fast ganz unerforscht unter der Erde begraben; von alten Inschriften, die allein die noch sehr dunkle älteste indische Geschichte aufhellen können, sind zur Zeit nur wenige ans Licht gezogen worden. Daß aber der Boden Indiens nicht geringere Ausbeute verspricht als der von Ägypten und Babylonien-Assyrien, haben die Ausgrabungen im nepalesischen Tarai gezeigt, die zur Auffindung wichtiger Inschriften und des Grabes des Buddha geführt haben.

Die indische Regierung hat dem Plane einer archäologischen Erschließung Indiens bereitwillig zugestimmt und vollste Hilfe versprochen. Sie allein kann aber nicht alle Mittel aufbringen. Auch ist es wünschenswert, daß Deutschland ein Anrecht darauf erwirbt, bei den Ausgrabungen gehört zu werden.

Deswegen richten wir an alle Freunde archäologischer Studien die Bitte, der Gesellschaft beizutreten und das Unternehmen durch einmalige Schenkung einer größeren Geldsumme oder durch einen Jahresbeitrag, der auf M. 20 festgesetzt ist, oder beides, zu unterstützen.

Anmeldungen zum Beitritt nimmt jeder der Unterzeichneten entgegen. Alle Gelder bitten wir an den Ehrensekretär des deutschen Komitees Dr. A. Pfungst, Frankfurt a. M., Gärtnerweg 2, zu schicken.

Das deutsche Komitee

Professor Dr. Garbe, Tübingen, Biesinger Straße 14. Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Kielhorn, C. I. E., Göttingen, Hainholzweg 21. Professor Dr. Kuhn, München, Heßstraße 3. Professor Dr. Pischel, Berlin W. 50, Passauer Straße 23. Geheimer Hofrat Professor Dr. Windisch, Leipzig, Universitätsstraße 15. Dr. A. Pfungst, Frankfurt a. M., Gärtnerweg 2.

*

Büchertisch.

Dr. Julius Rupp und die freie religiöse Bewegung in der katholischen und evangelischen Kirche Deutschlands im 19. Jahrhundert. Von Dr. theol. E. Schieler. XV u. 366 S. E. Piersons Verlag, Dresden 1903; Preis 6 M.

Für die neuere Kirchengeschichte, von der einst K. v. Hase gesagt hat, daß man sie immer mehr zu den Bestandteilen der allgemeinen Bildung rechnen werde, gibt es eine Reihe größerer Werke; wir erinnern nur, außer an v. Hase selber, an Hagenbach Biedermann, Döllinger, Nippold, Harnack und Sell. Das allen diesen Werken Gemeinsame ist eine ziemlich weitgehende Geringschätzung der freien religiösen Bewegung, welche sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche Deutschlands im 19. Jahrhundert aufweist. Diese Geringschätzung ist wohl dadurch erklärlich, daß die Verfasser jener größeren

Werke eben Männer der Kirche sind oder waren, die für eine antikirchliche Bewegung, wie sie die freireligiöse ist, wenig Sympathie mitbrachten. Innerhalb der freireligiösen Bewegung selber aber fehlt es zurzeit noch an umfassenden geschichtlichen Werken. Das zwischen 1852 und 1860 erschienene vierbändige Werk von Dr. Ferdinand Kampe und das zwischen 1845 und 1848 veröffentlichte sechsbändige Werk von Dr. Bensch sind die einzigen umfassenden Geschichtsbücher für die religiöse Bewegung der neueren Zeit, soweit der freie Protestantismus und der Deutschkatholizismus (Christkatholizismus) in Frage kommen. Um so dankbarer muß es darum begrüßt werden, daß neuerdings von Schieler ein Anfang damit gemacht worden ist, eine hier unzweifelhaft vorhandene Lücke ausfüllen zu helfen. Wenigstens sind Andeutungen für diese Absicht in dem biographischen Werke, das uns heute vorliegt, vorhanden. Es hat den Begründer der freien evangelischen Gemeinde zu Königsberg i. Pr., den ehemaligen Privatdozenten, Oberlehrer und Divisionsprediger Dr. Julius Rupp, zum Vorwurf, und es stellt sich die Aufgabe, das Lebensbild dieses Mannes von der vielfach verbreiteten falschen Darstellung zu befreien, die Bedeutung dieses Mannes in gerechter Weise zu würdigen und damit das von ihm betriebene Werk der Reformation im Geiste Jesu, der Reformatoren und unserer großen Klassiker zu fördern. Verfasser hat sich seiner Aufgabe mit vieler Liebe und großem Fleiß unterzogen, und es ist ihm gelungen, uns das Lebensbild dieses herrlichen Mannes lebendig vor die Seele zu stellen, seinen Werdegang bis zur Begründung der freien evangelischen Gemeinde zu lebensvoller Darstellung zu bringen. Mag auch manches, was der Verfasser aus der Kindheit und Jugendzeit Rupps anzuführen für gut findet, zunächst als etwas Überflüssiges erscheinen, schließlich mag man es als den einen oder andern feinen Zug in der Charakteristik des ganzen Mannes doch nicht entbehren. So ungelegen das Werk Schielers der dogmengläubigen protestantischen Kirche kommen mag, so dankbar werden es die freien religiösen Gemeinden begrüßen. Gibt es doch Kunde von dem schweren Ringen und Kämpfen, das ihrem eigenen Sein voranging, und zeugt es doch von der bewunderungswürdigen Charakter- und Seelengröße, die neben anderen geistigen Führern vor allem dem ostpreußischen Reformator Rupp nachgesagt werden muß; ein Ruhmesblatt in der Geschichte der freireligiösen Bewegung ist das Leben Rupps; sein Inhalt für die Alten eine beglückende Erinnerung, für die Jungen eine ernste Mahnung. Möge es recht viele Leser finden.

Mannheim. Georg Schneider.

*

Briefkasten der Redaktion.

Herrn U. v. B. Frankfurt a. M. Daß die gastliche Prostitution des Weibes altgermanische Sitte war, ersehen Sie aus Karl Heinrich Ploß, das Weib in der Natur- und Völkerkunde. Ferner sind zu nennen: Wolfram v. Eschenbachs Parzival; Karl Weinhold, die deutschen Frauen im Mittelalter; Johannes Scherr, Geschichte der deutschen Frauenwelt. 4. Aufl. 1. Bd., S. 209.

Wir ersuchen die Einsender von Manuskripten höflichst, ihre Aufsätze möglichst auf den Umfang von 5—6 Druckseiten zu beschränken, da es uns andernfalls häufig unmöglich ist, sie wegen Raummangels zum Abdruck zu bringen. Auch machen wir darauf aufmerksam, daß unverlangten Sendungen das Rückporto beizufügen ist.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags
Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 3. Erstes Maiheft 1903. III. Jahrg.

Schneidig!

Auf eine gewisse Gattung seiner Offiziere kann Preußen stolz sein. Kaum ein anderes Land hat sie aufzuweisen. Diese Gentlemen in Uniform verkörpern einen Teil des Idealismus, ohne den Preußen nicht geworden wäre. Ihr Ahnherr ist Friedrich der Große, der das moralische Element im Heere zu einer Zeit, die dessen Wert noch kaum zu erkennen begann, lebhaft betonte. Ihr Vertreter in der ruhmreichsten Epoche preußischer Geschichte ist der Sieger von Waterloo. Am 16. Juni 1815 hatte Blücher bei Ligny ein Sechstel seiner Armee eingebüßt und den Schmerz der Niederlage an seinen eigenen alten Gliedern verspürt. Und am Abend des 18. Juni versetzte er Napoleon bei Belle-Alliance den Todesstoß, mit einer Armee, die nach der Niederlage bei ganz unzureichender Verpflegung in beständigem Regenwetter auf grundlosen Wegen 36 Stunden auf dem Rückmarsche sich befunden und in marodem Zustande zwei schlaflose Nächte auf schlammigen Feldern zugebracht hatte. Eine Leistung, die über alles Lob erhaben ist. Das war die sittliche Kraft, die Führer und Mannschaften dieses Heeres beseelte, ein Element, das man in einer Zeit des Drills und der Schneidigkeit, wie wir sie heute erleben, gern ignorieren möchte. L'homme machine. Mit nichten! Die Zwangsdisziplin allein tuts nicht. Wir brauchen einen gewissen Geist und den seiner selbst bewußten Massenpatriotismus im Heere heute mehr als sonst. Er wird hauptsächlich von den Offizieren erzeugt, die im persönlichen Verhältnis zum Soldaten stehen, die auch in den Gemeinen Kameraden für Leben und Tod sehen, nicht herablassend und gnädig, sondern mit einem so deutlichen Ausdruck von persönlichem Anteil und mit Anflug von guter Laune zu ihnen sprechen,

daß den Leuten jedesmal das Herz aufgeht. Ebenso ihnen selbst. Auch in unseren letzten Kriegen hatten wir glücklicherweise viele solcher Offiziere. Wir erinnern nur an August von Goeben. Er konnte das Ideal eines preußischen Offiziers verkörpern, weil er ein Mann von ebenso tiefem Gemüt wie umfassender Bildung war. Sein warmherziges Temperament verlieh ihm die Fähigkeit, sich im Augenblick lebhafter innerer Bewegung jedes kleinherzigen Gedankens an Rang und Würde zu entschlagen, sich über alle Formen starrer Etikette hinwegzusetzen und sich dem Menschen gegenüber nur als Mensch zu fühlen. So bezwang er die spröden Naturen wie die leicht erregbaren und empfindlichen. Nicht blos aus verdammter Pflicht und Schuldigkeit schlugen seine Westfalen und Rheinländer drein, sondern auch aus Begeisterung gewannen sie ihm die Schlachten bei St. Quentin und Amiens. Wie rühmt er in den Briefen an sein „lieb Lütt", seine Frau, die allzeit fröhlichen rheinisch-westfälischen Jungen, die immer willigen, immer geduldigen und anspruchslosen. Wie wußte Goeben in ihnen den echten und rechten Soldatengeist zu entzünden und wie sorgte er für sie. Er hatte sie schon bei Düppel und Alsen geführt. Ihnen fiel das Hauptverdienst an dem glänzenden Erfolge zu. Das Rheinland schätzte sich glücklich, den ruhmreichen Feldherrn nach dem Kriege an der Spitze seines Armeekorps zu sehen. Hatte der Krieg den Rheinländern eigentlich zum erstenmal so recht das Bewußtsein erweckt, auch Preußen zu sein, so war niemand anders als Goeben, den selbst die Franzosen achtungsvoll „le fameux général savant" nannten, besser geeignet, diese moralische Eroberung vertiefen zu helfen. Ein durchaus vornehmer Charakter, leutselig und offen in dem spärlichen Verkehr, den er pflegte, war er bei seinen Untergebenen sowohl wie bei der Zivilbevölkerung in gleicher Weise geachtet und beliebt. Er wurde ein populärer Mann, obwohl er niemals auch nur den geringsten Schritt tat, es zu werden. Es war einer der vielen Beweise für die Regentenweisheit des alten Kaisers, daß er, sonst so streng in formalen und äußerlichen Dingen, über die militärischen Absonderlichkeiten des Generals in Berücksichtigung seiner glänzenden Eigenschaften und Verdienste stillschweigend hinwegsah.

General Goeben war nämlich gar nicht „schneidig". Er hielt von Äußerlichkeiten nichts und von den sonstigen Eigenschaften der Schneidigkeit auch nichts. Er spricht oft in den Briefen an seine Frau von den „allerhand Teufeleien" mit der Uniform, über die vielen Ordensbänder und „dergleichen Geschichten". Heute würde er einen Extra-Bekleidungsburschen nötig haben. „Von langer, hagerer Figur, die Augen mit einer scharfen Brille bewaffnet, wegen seiner Kurzsichtigkeit immer in vorgebeugter Haltung, den Säbelgurt unvorschriftsmäßig stets über

der Uniform befestigt, erschien er, wenn er in seiner einfachen Halbuniform über die Straße ging und, in Gedanken vertieft, nach seiner Gewohnheit mit den Armen schlenkerte, mehr einem uniformierten Gelehrten ähnlich, als einem schneidigen General."

Wir gedenken hier dieses Mannes, der nach kaiserlichem Wort „einer der genialsten Offiziere war, die Preußen jemals gehabt hat", weil nach dem Empfinden vieler der „Geist", den er verkörpert, in der Armee immer mehr schwindet und an seine Stelle immer mehr die Schneidigkeit tritt. Diese ist die Quelle der Vorkommnisse, die alljährlich zu den unerquicklichen Auseinandersetzungen im deutschen Reichstag zwischen Bebel, dem Kaplan Dasbach mit Vorliebe sekundiert, und dem preußischen Kriegsminister führen. Die manuellen Nachhilfen bei Offizieren und Unteroffizieren haben ja bedeutend abgenommen. Aber ganz verschwunden sind sie leider immer noch nicht. Sonst wären solche Bestimmungen, wie sie kürzlich der prinzliche Korpskommandeur in Breslau erließ, nicht nötig. Auch sind gerade in letzter Zeit wieder bösartige Rekrutenschindereien bekannt geworden.

Es gibt aber auch Mißhandlungen durch Worte. Wir denken darüber nicht im geringsten zimperlich. Ein Exerzierhaus ist kein Mädchenpensionat, und ein Soldat fällt von einem kräftigen Wort nicht um. Dies läßt sich auch häufig nicht vermeiden. Was wir bekämpfen, ist das systematische Geschimpfe, das stellenweise zu einer wahren Schimpfseuche sich entwickelt, die die Selbstachtung des Soldaten schädigt und zur Verrohung führt. Der Rittmeister von Krosigk in Gumbinnen, dessen Ermordung beinahe schon wieder vergessen ist, hat unseres Wissens seine Untergebenen nicht geprügelt, sondern nur fortgesetzt mit Worten mißhandelt. Er gehörte zu den vielen Subalternoffizieren, die da glauben, daß ihre erste Eigenschaft die Lungenkraft sein muß. Sie wollen sich bei ihrer Abteilung geltend und bemerkbar machen, um jeden Preis. Das erfordert die Schneidigkeit. Diese Forderung erfüllen sie nach ihrer Meinung erst dann vollkommen, wenn sie jede Scheu überwunden haben, die sie im ungeniertesten Gebrauch ihrer Stimmittel hindert. Schließlich kommen sie so weit, daß sie bei jeder dienstlichen Verrichtung so schreien, als ob sie auf dem Exerzierplatz ständen. Sie können kaum mehr einen blos verständlichen Befehl geben und mit dem Anschreien kommt auch das Schimpfen mit den so beliebten Anrufungen aus dem Tierreich ganz von selbst hinzu. Es ertötet auf die Dauer in den Untergebenen alles Ehrgefühl, zumal wenn ein Offizier, wie Krosigk, so unvorsichtig ist, seine Unteroffiziere in Gegenwart der Mannschaft zu schimpfen. Der Rittmeister von Krosigk galt aber gerade wegen seine Rücksichtslosigkeit in Gumbinnen als einer der „schneidigsten" Offiziere. Wie bitter rächte

sich eine derartige verkehrte Auffassung. Der Tag der Ermordung des Gumbinner Rittmeisters bleibt mit seinen Folgen ein dies ater in der Geschichte der preußischen Armee. Und das Betrübendste ist, daß auf einer Seite auch die Ermordung des Rittmeisters als schneidige Tat der physischen Gewalt empfunden und gepriesen wurde.

Es steht fest, daß heute der Prozentsatz an Offizieren in den Nervenheil- und Erholungsanstalten erschreckend hoch ist. Aber selbst übertriebene Anforderungen und entsprechende Anspannungen, wie sie das letzte Jahrzent gebracht hat, können die Nervenkraft eines jungen Offiziers oder auch eines solchen in mittleren Jahren nicht bis zur Erkrankung zerrütten. Es kommt in vielen Fällen eigenes Verschulden hinzu. Der Offizier sucht für die Strapazen, den Ärger und die Aufregungen des Dienstes zu oft Erholung und Trost im Becher. Und im Trinken viel zu leisten, gilt ja auch als schneidig. Die Mäßigkeit oder gar Enthaltsamkeit wird vielfach als Duckmäuserei betrachtet. Aber nur bei einer alljährlich fortschreitenden Gewöhnung zur Nüchternheit lassen sich die nervenangreifenden Schäden der übertriebenen Anforderungen ertragen und überwinden. Nicht umgekehrt. Der Alkohol wirkt aber immer nur wie die Peitsche beim abgetriebenen Gaul. Ob er als Schnaps oder Sekt genossen wird, ändert an dem Ergebnis nichts. Auf alkoholische Excesse sind auch die beiden Fälle zurückzuführen, die dem Ansehen des Offizierkorps in der Auffassung weiter Volkskreise letzthin so sehr geschadet haben: Die Mörchinger Tragödie und das Insterburger Duell. In Mörchingen fiel der Hauptmann Adams unter dem Einfluß des Alkohols so weit aus dem Rahmen der Vernunft und der Sitte heraus, daß er sich auf das Umstoßen von Gläsern verlegte und auf den freundschaftlichen Versuch, ihn von diesem Unfug abzuhalten, mit einem doppelten Schlag ins Gesicht antwortete, um sich dann ohne jedes Anzeichen der sittlichen Ernüchterung nach Hause und zu Bett zu begeben. Der Bruder des Geschlagenen, Oberleutnant Rüger, schießt ihn dann noch in derselben Nacht nieder, um den Zweikampf unmöglich zu machen. Eine schneidige Tat aus brüderlicher Liebe, aber ein Mord! Die Insterburger Affaire mit dem Duell, das dem Leutnant Blaskowitz, der am Vorabende seiner Hochzeit stand, das Leben und mehreren Offizieren die Existenz kostete, ist ja wohl noch nicht ganz aus der Erinnerung entschwunden. In armeefeindlichen Kreisen wird sie noch immer weidlich ausgebeutet.

Die scheußliche, das Volksempfinden erregende Bluttat des Seekadetten Hüssener in Essen, der wegen eines unterlassenen Grußes einen Einjährigen, wie es heißt seinen ehemaligen Schulkameraden, hinterrücks erstochen hat, beschwört nun auch wieder den Schatten des Leutnants von Brü-

sewitz herauf, der seine Untat durch heldenmütigen Tod für die Sache der Buren gebüßt hat. Es gehört nun ein gut Teil Übelwollen dazu, derartige Delikte dem ganzen Offizierkorps zur Last zu legen. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß die schneidige Brutalität teilweise ein Erzeugnis des vielfach falsch gerichteten militärischen Kastengeistes und einer Erziehungsmethode ist, die verderblichen Dünkel erzeugt und junge Offiziere nicht instand setzt, sich in schwierigen Lagen ruhig zu benehmen und ihre Untergebenen richtig zu behandeln. Zumal die Kadettenerziehung fördert durch ihre Methode und Exklusivität den Geist der Schneidigkeit im höchsten Maße. Sie regt nicht das Ehrgefühl an, sondern ein Überhebungsgefühl, das, schon frühe in das Gemüt der Knaben gepflanzt, mit ihnen größer wird und sich schließlich zum Hochmut auswächst, der die Angehörigen anderer Stände als untergeordnet betrachtet. Hochmut und Schneidigkeit sind aber immer gleichbedeutend.

Der Drill, der Zwang, die Schneidigkeit tuns nicht, sondern allein der Geist, die Waffenfreudigkeit, der Massenpatriotismus, der mit den Namen Leipzig, Belle-Alliance, Sedan das Buch unserer Geschichte geschmückt hat. An die Stelle der zwangsweisen Manneszucht und der schneidigen Auffassung, die nicht davor zurückschreckt, eines kleinen äußerlichen Vergehens wegen gleich von der tödlichen Waffe Gebrauch zu machen, muß immer mehr die auf moralischer Grundlage aufgebaute Disziplin treten, die der fortschreitenden geistigen und kulturellen Entwickelung der Volksmassen Rechnung trägt und auch unter veränderten und schwierigen Verhältnissen die allgemeine Liebe zum Heere zu erhalten versteht. „Wenn wir wieder einmal kämpfen müssen", sagte kürzlich ein Vaterlandsfreund, „so werden wir bei jedem Mann opferwillige Staatsgesinnung wünschen. Im modernen Heer mit seiner unendlich verwickelten Maschinerie ist der gute Wille ein Faktor ersten Ranges. Wenn dann die Mobilmachung die Proletarier an die Grenze ruft, wird es Leute geben, die um alles in der Welt den echten Soldatengeist und Patriotismus dieser Mannschaften noch etwas besser gepflegt haben möchten, als es geschehen ist."

Zu den Reichstagswahlen in Baden.

Von Arthur Boehtlingk (Karlsruhe.)

Baden entsendet in den Reichstag 14 Abgeordnete. Von diesen 14 Mandaten sind während der ablaufenden Legislaturperiode acht in den Händen des Zentrums gewesen und je drei in denen der Nationalliberalen und Sozial-

demokraten. Da zudem bei den Stichwahlen sowohl die Nationalliberalen wie die Sozialdemokraten, wo sie allein auf dem Plane geblieben waren, beide auf Zentrumszuzug gerechnet haben und dieser in allen drei Fällen zu Gunsten der Sozialdemokraten ausschlaggebend gewesen zu sein scheint, so ist demnach die Signatur der letzten Reichstagswahlen in Baden auf der ganzen Linie: Schwarz! — gewesen.

Wie bei den Reichstagswahlen, so bei den Landtagswahlen, bei denen sich wiederholt alle Parteien mit dem Zentrum zusammengetan haben, um das langjährige nationalliberale Regiment zu stürzen. Nur dem Umstand, daß sich ein Freisinniger wenigstens das letzte Mal in der Haupt- und Residenzstadt zu den Nationalliberalen schlug, hat diesen (die einst allein über ein Zweidrittel-Mehrheit in der Volkskammer verfügten) gerade noch die Stellung der relativ stärksten Partei und damit den ersten Präsidentenstuhl gesichert, sonst hätte dieser dem Zentrum eingeräumt werden müssen.

Schon gegen Ende der achtziger Jahre begann auch in Karlsruhe, nach dem Vorgange in Berlin, die Politik der „Aussöhnung“ mit dem Zentrum, die in demselben Maße als dieses erstarkte, sich immer deutlicher accentuierte und von Konzession zu Konzession getrieben worden ist. Die nationalliberale Parteileitung aber, welche sich die Losung aus dem Ministerium holte, — machte mit. Vollends im letzten Landtage, als der schwarze Wahlfeldmarschall Geistlicher Rat Wacker das neue Ministerium Brauer-Schenkel, im Unterschiede von dem Ministerium Nokk-Eisenlohr, als das Ministerium „der Gradheit und Gerechtigkeit“ begrüßte und sich seinerseits bereit finden ließ, mit den Nationalliberalen in gleichem Schritt und Tritt der Regierungsparole zu folgen, ist der „Friedensstand“ zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum ein so „idealer“ geworden, daß Wacker und Wildens, der Führer der Nationalliberalen, sich förmlich zu einem politischen Zwillingspaar auswuchsen. Während diese „nationalliberal-ultramontane“ Verständigung die Regierung jeder unliebsamen Opposition von Links her überhob, konnte das Zentrum zum Überfluß für die Zulassung auch noch von Männerklöstern auf die Zustimmung der Freisinnigen, Demokraten und Sozialdemokraten gegen die Nationalliberalen zählen! Was Wunder, wenn es sich nicht nur als „Trumpf“ empfand, sondern dieses auch wirklich war?

Unter diesen schwarzen „Friedenszeichen“ wurde der „Jubiläums“-Landtag, wie ihn die liberale Opposition in ihrem bittern Unmut benannt hatte, am 10. Juli geschlossen. Am Abend eben dieses Tages aber brach der „Klostersturm“ los. Dieser riß — zum größten Verdrusse der Parteiführer — die Wählermassen nicht nur der Nationalliberalen, sondern zu einem guten Teil auch diejenigen der Freisinnigen, Demokraten

und Sozialdemokraten, welche, wie erwähnt, für die Zulassung auch von Männerklöstern gestimmt hatten, mit sich fort. Hierzu kam Ende August der große „Katholikentag" (die Jesuitenparade) in Mannheim, welcher dazu angetan war, auch den Friedliebendsten und Vertrauensseligsten über die wahren Ziele der „streitbaren" römischen Kirche die Augen zu öffnen; kam das Bekenntnis des preußischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzlers, daß, dem Zentrum zum Entgelt für die Abstimmung beim Zolltarif, die preußischen Stimmen im Bundesrate für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes abgegeben werden sollen; kam der voreilige Vorstoß Korums gegen den letzten Rest einer paritätischen Schulordnung im Preußischen. Damit gewann die seit dem 10. Juli aufwallende anti-römische Bewegung weit über die badischen Grenzpfähle hinaus Bedeutung. In ganz Deutschland begann es sich zu regen.

Wie hoch die Wogen in Baden gingen, wie ernst die Lage aufgefaßt wurde, bewies wahrlich deutlich genug, daß die Professoren der drei Hochschulen eine Adresse gegen die Zulassung von Männerklöstern direkt an den Landesherrn richten zu müssen gemeint haben. Die gesteigerte Flut von Schmähungen, die infolge dieser Adresse von den Organen der Kurie und ihrer Presse über die Hochschullehrer ergossen wurde, veranlaßte im letzten Wintersemester die Studierenden ihrer Entrüstung darob durch eine Vertrauensadresse an ihre Lehrer nachdrücklichst zum Ausdruck zu bringen. Den Protest-Versammlungen gegen die Männerklöster reihten sich neuerdings die nicht weniger begeisterten gegen die Wiederzulassung der Jesuiten an.

Dieser „Volksstimmung" haben die politischen Parteien nolens volens Rechnung tragen müssen. Die Demokraten, welche bislang bei den Wahlen in erster Linie auf die Unterstützung des Zentrums rechneten, sind von diesem so entschieden abgerückt, daß sie bereits getrennt marschieren und auch die schärfste Tonart gegen den Ultramontanismus nicht länger scheuen. Die Sozialdemokraten vollends haben jede Rücksichtnahme beiseite gesetzt. Und auch das Häuflein Freisinniger schlägt zwischendurch richtig zu. Im nationalliberalen Lager aber hat sich ein klaffender Zwiespalt aufgetan. Während die Parteiführer im Unterlande, die Herren Wilckens, Binz und Goldschmit an der Spitze, nach wie vor von einem Konflikt mit dem Zentrum so wenig wissen wollen, daß sie vielmehr **mit** demselben gegen Demokraten und Sozialdemokraten zu Felde ziehen wollen, haben die im Oberlande, dem ehemaligen Vorderösterreich, welche das Treiben und die Früchte der römischen Dunkelmänner im Priestergewande aus nächster Nähe nur zu gut kennen, diesem frohgemut den Kampf aufs Äußerste angekündigt.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen ist dieser Gegensatz äußerst akut geworden. Erklärt sich derselbe doch auch daraus, daß die Nationalliberalen im Oberlande, womöglich mit Unterstützung der Sozialdemokraten, gegen das Zentrum zu kämpfen haben, während umgekehrt die im Unterlande, in den Industriestädten Mannheim, Pforzheim und Karlsruhe, die Sozialdemokratie aus dem Sattel heben sollen und sie dieses nur mit Hülfe des Zentrums fertig bringen zu können meinen.

Inmitten dieser Wirrnis sind die Jungliberalen erstanden. Die Nationalliberalen haben seit anderthalb Jahrzehnten nicht nur von Wahl zu Wahl an Zahl und Ansehen abgenommen gehabt, es fehlte ihnen nur zu sichtlich an Nachwuchs im eigensten Lager. Wo sollte dieser auch herkommen? Wußten die Führer doch immer nur zu rühmen, welche Verdienste die Partei um die Aufrichtung des Reiches vor einem Menschenalter gehabt habe! Vor lauter Angst, mit den Regierenden zu zerfallen, ist die Programmlosigkeit, zumal in Baden, geradezu zum Prinzip erhoben worden. Wo aber soll ohne Ideal, ohne weiter gestecktes Ziel die Zukunft, die Jugend herkommen? Dieses politische Eunuchentum wurde nachgerade ratlos. Man versuchte es daher mit der Züchtung von Jungen in eigens dazu bestimmten Vereinen. So wurden „jungliberale" Vereine in Mannheim und Pforzheim „gegründet", die aber im Treibhause der „Alten" nur notdürftigst vegetierten. Selbst ein derartiger Verein der „Jungen" erschien den Herren in Karlsruhe — bedenklich und daher nichts weniger als erwünscht. Da brach der „Klostersturm" los. Da ich zugleich in einer Druckschrift dem Karlsruher nationalliberalen Vorstande aufsagte, fuhr diesem der Schrecken in die Glieder: daß ich es auf eine neue Parteibildung abgesehen haben dürfte. Und so entstand, unter den väterlichen Flügeln der Herren Goldschmit und Binz, der jungliberale Verein in der Haupt- und Residenzstadt. Bald tauchten solche in allen Ecken und Enden des Landes auf. Sie alle aber kannten und kennen keine andere Parole als: Nieder mit dem Zentrumsturm! Sie sind sich auch darüber klar, daß man, wie die Dinge liegen, mit den „schwarzen" Bataillonen nicht fertig werden kann, ohne mit den „roten" gegen sie zu Feld zu ziehen.

Auf das Zusammengehen mit dem Zentrum gegen die Sozialdemokratie aber hatten die „Alten" im Unterland, wie gesagt, ihre Hoffnung gestellt. Die Hartnäckigkeit, mit welcher sie an dieser „Verständigung" festhalten, läßt vermuten (sie verstehen nur zu gut ihre Karten im Geheimen zu mischen), daß sie von den Gemeinde- und Landtagswahlen her noch auch für die Reichstagswahl sich im Voraus die Hände dem

Zentrum gegenüber gebunden haben. Jedenfalls lautet ihre Parole nach wie vor: alle „bürgerlichen“ Parteien gegen die Sozialdemokraten! Was, da die Demokraten mit diesen gehen und die Freisinnigen nur eine Handvoll Leute aufzubieten haben, soviel heißt, als: mit dem Zentrum gegen die Sozialdemokratie! Welche Parole auch diejenige des gegenwärtigen Ministeriums ist. Sie vermögen indes so wenig aus eigener Kraft, daß keine von ihnen es wagen kann, einen eigenen Reichstagskandidaten aufstellen zu lassen. Dafür haben sie einen Mann, der den so sorgfältig eingehaltenen nationalliberalen Zentrumskurs weiter ermöglichen soll, und dieser Retter in der Not ist — der Mannheimer Rechtsanwalt Ernst Bassermann, der Führer der nationalliberalen Partei im Reichstage.

Herr Bassermann, dessen geschicktes Auftreten gelegentlich der letzten Landtagswahl den Sieg über die Sozialdemokratie entschied, soll dieser nun auch die Vertretung der badischen Residenz im Reichstage entwinden. Da er noch im Sommer gegen die Zulassung von einigen Männerklöstern nichts einzuwenden hatte und schon vor Jahr und Tag für Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes gestimmt hat, — so erwartet man, daß das Zentrum ihm bei der Stichwahl seine Unterstützung nicht versagen werde. Für die Altliberalen kommt noch die Erwägung hinzu, daß Bassermann, der Parteichef im Reiche, schon das letzte Mal einen Wahlsitz im Saaletal, zu Jena, suchen mußte und daß er nunmehr auch dort keine Aussicht mehr hat. Und auch die Pfälzer, seine engeren Landsleute, sind zurzeit zu dezidiert anti-ultramontan, als daß sie einen Mann in den Reichstag entsenden möchten, welcher einer der „brauchbarsten“ in den Augen des Zentrums ist. Je größer in Folge dieser Stimmung im eigenen Lager die Not der Altliberalen, desto weniger wollen sie Bassermann missen, der zweifellos unter ihnen allen die meiste „Schneid“ und das größte parlamentarische Geschick besitzt. Selbst der Umstand, daß im Oberlande sogar die altliberalen Führer in öffentlicher Versammlung erklärt haben, daß ein Mann von so wenig Rückgrat dem Zentrum gegenüber nicht mehr in den Reichstag gehöre, daß die Heidelberger Jungliberalen erst dieser Tage wieder dieses laut wiederholt haben, daß die Karlsruher Jungliberalen selbst von der Kandidatur Bassermanns unter solchen Umständen nichts wissen wollten, hat die Herren Goldschmit, Binz und Genossen nicht abgehalten, diese dennoch — durchzusetzen.

Wohl ist die betreffende Versammlung eine äußerst stürmische gewesen. Die Jungliberalen, von weißbärtigen Veteranen der Altliberalen selbst angespornt und geführt, sind regelrecht Sturm gelaufen. Sie verlangten peremptorisch, daß die Brücken zum Zentrum abgerissen würden.

Sie gingen so weit zu erklären, daß sie lieber kein Mandat erringen wollten, als eines von Zentrumsgnaden. Sie rannten sich indes schließlich auf den § 2 des Jesuitengesetzes fest. Im Wahne, daß jener Bassermann, welcher für dessen Aufhebung gestimmt hatte, die Kandidatur unmöglich annehmen könne, wenn sie die Aufrechterhaltung des § 2 zur Bedingung machten, gaben sie sich, als diese einstimmig beschlossen wurde, zufrieden. Damit sind sie taktisch unterlegen. Bassermann, welcher sein persönliches Erscheinen in Aussicht gestellt hatte, jedoch — doch wohl auf einen „klugen" Wink seiner Geburtshelfer? — trotzdem nicht zur Stelle war, hätte allerdings, wenn er in der Versammlung zugegen gewesen wäre, nicht umhin gekonnt, wahrzunehmen, daß diese seine Auftraggeber und Offiziere im bevorstehenden Wahlkampfe tatsächlich genau das Gegenteil wollen von dem, was er seit Jahr und Tag sich zur politischen Richtschnur genommen hat. Jetzt kann mit einiger „Diplomatie" die Sachlage so dargelegt und aufgefaßt werden, als ob es sich nur um den § 2 des Jesuitengesetzes handle! Und da dieser möglicherweise, um nicht zu sagen höchst wahrscheinlich, zur Zeit des Zusammentrittes des künftigen Reichstages, garnicht mehr bestehen wird, so darf Herr Bassermann annehmen, daß er zu demselben garnicht wieder Stellung zu nehmen haben wird. Wer weiß, ob er, der als „Regierungsmann" sowohl in Berlin wie in Karlsruhe hinter den Kulissen Bescheid weiß, nicht bereits sogar bestimmt weiß, daß die Preisgebung des § 2 für die Mehrheit im Bundesrat beschlossene Sache ist? Der Verdacht liegt sogar nahe, daß seine ebenfalls eingeweihten Helfershelfer eben im Hinblick hierauf der Beibehaltung des nicht nur im Winde hin und her schwankenden, sondern tatsächlich schon entwurzelten Paragraphen so eilfertig, so einstimmig zugestimmt haben. In diesem Falle wären die Karlsruher Jungliberalen blindlings in das Netz gegangen, welches dazu bestimmt war, sie einzufangen und dem „nationalliberalen Zentrumskurs" auszuliefern.

Freilich — Herr Bassermann ist ein „Politiker" und kann als solcher offenbar auch — „anders". Wie er im Gefolge der Klosterbewegung im vergangenen Herbste auf dem nationalliberalen Tage zu Baden sich nachträglich zu den unbedingten Klostergegnern geschlagen hat, so kann er möglicherweise, wenn er doch noch zum Jesuitengesetz Stellung zu nehmen haben sollte, in Zukunft für die Aufrechterhaltung des § 2 eintreten. Möglich, daß er — der Stimmung in der eigenen Partei Rechnung tragend, sogar nunmehr die Front ändert und dem Zentrum den Fehdehandschuh hinwirft. Indes weit wahrscheinlicher bleibt, daß er nach wie vor seine Rechnung darauf stellt, in der Stichwahl die Zentrumsstimmen zu gewinnen.

Die Kurzsichtigkeit einer solchen Taktik liegt für den Unbefangenen nur zu greifbar vor Augen. Mögen die Zentrumsführer noch so bündig zusagen, die Wähler sind bei der geheimen Abstimmung in keiner Weise zu kontrollieren; gewohnt, in den Nationalliberalen die unversöhnlichsten Gegner zu sehen und sogar mit den Sozialdemokraten gegen dieselben zu stimmen, werden sie, selbst wenn sie von ihren Führern eine entgegengesetzte Parole erhalten sollten, ihren gewohnten Weg gehen. Den Führern aber kann garnicht daran gelegen sein, den Nationalliberalen und wenn dieser Bassermann ist, durchzubringen; ihnen muß vielmehr unter allen Umständen der Sozialdemokrat der genehmere sein, schon weil die Furcht vor dem „roten Gespenst" für sie das wirksamste Mittel bleibt, die Regierungen sich willfährig zu erhalten. So sicher wie zwei Mal zwei gleich vier, werden sie daher, wie vor fünf Jahren auch dieses Mal und dieses Mal erst recht — überall, wo ein Nationalliberaler nur mit ihrer Unterstützung über einen Sozialdemokraten obsiegen kann, letzterem zum Siege verhelfen. Selbst in dem denkbar günstigsten Falle, wenn der nationalliberale Kandidat ihnen weitgehendste Konzessionen machen sollte, würde allerhöchstens die eine Hälfte diesem zufallen, die andere aber dafür dem Sozialdemokraten, und so würde der Zuzug aus dem Zentrum gleich Null sein! —

Um aber auch nur so viel zu erlangen, muß der nationalliberale Kandidat darauf bedacht sein, dem Zentrum möglichst wenig wehe zu tun! In diesem Falle riskiert er, daß viele, selbst der getreuesten Nationalliberalen, welche die römische Gefahr für die dringendste und größte halten, direkt gegen ihren Parteimann mit den Demokraten und Sozialdemokraten stimmen!

Wie anders stellen sich die Aussichten für einen nationalliberalen Kandidaten, wenn derselbe von vornherein das Tischtuch zwischen sich und dem Zentrum resolut durchschneidet! In diesem Falle sind ihm nicht bloß die Stimmen aller Anti-Römlinge zum Voraus gesichert, sondern, wie heute die Stimmung ist, auch diejenigen jener sonst Latenten und Gleichgültigen, welche bekanntlich die größere Hälfte der Wähler in den Mittelparteien auszumachen pflegen. Vor allem werden dann erst die Jungliberalen und Liberalen überhaupt aufrichtig und mit Begeisterung in den Kampf ziehen.

Unterliegt Bassermann oder wie der „Kompromiß-Kandidat" heißen mag mit der unsinnigen Parole: alle „Bürgerlichen" gegen die Sozialdemokraten! bleibt nicht nur der Wahlkreis Karlsruhe—Bruchsal den Sozialdemokraten, sondern diese dürften auf eine solche Herausforderung damit antworten, daß sie die fünf Wahlsitze im Oberlande, welche zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen strittig sind und bei denen ihre

Stimmen in der Stichwahl ausschlaggebend sein werden, den Schwarzen zuschanzen! Während, wenn die Liberalen diese zurück erobern, auch die Aussichten für die im Herbst stattfindenden Landtagswahlen die allergünstigsten sein werden und daher eine Erneuerung der „liberalen" Aera im Badischen zu erwarten steht, welche wie vor vierzig Jahren ganz Deutschland in ihre Kreise ziehen dürfte, wird umgekehrt der Triumph des Zentrums dessen Herrschaft für unabsehbare Zeiten besiegeln.

Eine zündendere Wahlparole als: Nieder mit dem Zentrums- oder Jesuitenturm! Nieder mit der so überhand nehmenden römischen Gewaltherrschaft und Seelenknechtschaft in deutschen Landen! in diesen Tagen hat es nie gegeben. Schreiben die Liberalen, alt und jung, dieselbe Losung unzweideutig auf ihre Fahne, so werden sie nicht nur einiger sein denn je, sondern auch stärker denn je, seit den Tagen der Aufrichtung des Reiches und des demselben von den Römlingen aufgenötigten Kulturkampfes. So ist das Land für den Liberalismus im Sturm zu nehmen. Nichts bezeichnender indeß — leider! — für die nationalliberale Parteileitung in Karlsruhe, als daß der Landtagsabgeordnete Professor Goldschmit als Vorsitzender der Versammlung neulich, in welcher über die Nominierung des Wahlkandidaten entschieden werden sollte, diese mit dem Bedauern darob eröffnete, daß es diesmal keine zugkräftige Wahlparole gebe! Was nur besagte, daß diejenige, welche auf aller Lippen schwebte, ihm nicht passe! —

Nimmt Bassermann die Karlsruher Kandidatur an ohne seine Front zu ändern und lassen sich die Jungliberalen dieses gefallen, so ist die so erhebende und erfolgreiche politische Bewegung seit dem 10. Juli eine vergebliche gewesen, so begehen die Jungliberalen der Haupt- und Residenzstadt, eben da ihnen die Führung des ganzen Landes zuzufallen im Begriffe steht — einfach Selbstmord. So ist es nicht nur um den Nationalliberalismus in Baden geschehen, sondern um den Liberalismus überhaupt.

Wie es im Badischen nicht damit getan ist, daß wir zu allem übrigen nicht auch noch Männerklöster dazu bekommen, so ist es auch im Hinblick auf das Reich wahrlich nicht damit getan, daß das Jesuiten-

gesetz aufrecht erhalten bleibt. Tatsächlich ist dasselbe, da die Regierungen den § 2, der die Ausweisung auch der einzelnen Jesuiten ermöglicht, nicht handhaben, längst hinfällig geworden, haben wir die Jesuiten in allen erdenklichen Formen und Masken überall im Lande. Die bloße Defensive, gar eine derart laxe, gegenüber einem so unaufhaltsam und rücksichtslos vorschreitenden Feinde, kommt einer Waffenstreckung gleich. Wenn irgendwo, so gilt in der Politik, so gilt in diesem Falle: „die beste, die einzig wirksame Defensive ist die Offensive!" Weshalb nicht, wie in der schweizerischen und der französischen Republik, die Jesuiten ausnahmslos vom Reiche ausschließen und fernhalten? Hat nicht der Jesuit, indem er in den internationalen Orden eintritt, der nur den blindesten Gehorsam gegen seinen in Rom ansässigen General kennt, seiner Heimat, seinem Bürgerrechte selbst in feierlichster Weise aufgesagt? Weshalb ihn nicht, wie der „Katholik" Fürst Hohenlohe schon 1872 vorgeschlagen hat, beim Worte nehmen? Warum sollen wir nicht überhaupt ein „mönchfreies" Deutschland anstreben, wie solches vor hundert Jahren schon bestanden hat? Was ist der Schaden davon gewesen? Weshalb sollen die Ordensniederlassungen nur in Sachsen, in Baden und Württemberg untersagt sein? Kann das wirksam geschehen, wenn dieselben im übrigen Reiche zugelassen werden? Weshalb nicht, wie in den 70 er Jahren die Erziehung der römischen Geistlichkeit in geschlossenen, sich jeder staatlichen Kontrolle entziehenden Konvikten und Seminarien wieder untersagen? Warum nicht den § 166 des Reichsstrafgesetzbuches abbestellen, der nur dazu dient, die Gegner der römischen Dunkelmänner den Vorkämpfern des Ultramontanismus wehrlos preiszugeben? Kurz — vorwärts auf der ganzen Linie!

In diesem Zeichen, nur in diesem Zeichen kann uns im Badischen und im Reiche überhaupt ein neues Leben ersprießen. Noch einen Reichstag, wie den letzten, und wir haben unser Deutsches Reich für den Dreifachgekrönten im Vatikan aufgerichtet. So lange der Zentrumsturm intakt bleibt, ist Nichts zu hoffen. Dieser aber kann nur klein gekriegt werden, wenn sich alle noch „Romfreien" im Kampfe gegen denselben zusammenfinden. Warum sollte das so unmöglich sein? — In einer am 18. März zu Offenburg abgehaltenen Versammlung haben Nationalliberale, alt und jung, Demokraten und Sozialdemokraten der Losung einmütig zugestimmt. Auch die Jungliberalen in München haben dieselbe begeistert aufgenommen. Der schwarze Wahlfeldmarschall hat denn auch schon verraten, daß es die einzige Losung ist, die er fürchtet. Haben sich nicht nachgerade alle Parteien von dem Zentrum gegeneinander ausspielen und nasführen lassen? Soll das echt römische: Entzwei und gebiete! auch diesmal wieder den Jesuiten zu gute kommen?

— Soll es ihnen genügen, über knapp ein Drittel der Wählermasse zu verfügen, um ganz Deutschland schachmatt zu setzen und unter ihr Joch zu zwingen? —

Konfirmation oder Jugendaufnahme?

Von Dr. R. Penzig (Charlottenburg.)

Daß wir in einem „christlichen Staat" leben, gleichsam als Amphibien des Diesseits und Jenseits, wird uns, abgesehen von freundlichen Erinnerungen des Staatsanwalts mit Hilfe des § 166 des Strafgesetzbuches, niemals klarer als zur Osterzeit. Da wandelt auch in protestantischen Gegenden, die der Fronleichnamsprozessionen und ähnlicher Aufzüge entbehren, das Christentum über die Straße. Man darf wohl sagen: in dürftiger Gestalt. Halbwüchsige bleichwangige Knaben in langen schwarzen auf künftige Fülle zugeschnittenen Röcken, vormittags ein Sträußchen im Knopfloch, nachmittags mit ungeschickter handschuhbekleideter Hand eine Zigarette als Zeichen erworbener Männlichkeit zum Munde führend; eckige und über das erste lange Kleid stolpernde junge Mädchen, das tränennasse Taschentuch mit einem Blumenstrauß in der Hand, mit feierlich-gerührtem und doch ängstlichem Gesichtsausdruck, von der Mutter auf ihrem ersten Ausflug in die große Welt geleitet. Das sind die „Bekenner", die jungen Christen, die Geweihten des Herrn. Die Kirche hat wieder Rekrutenmusterung gehalten. Das ist ihr Recht. Auch ist es ihre Sache, welches militärische Normalmaß geistigen Wachstums und welche Weite des Brustumfangs religiös-kirchlicher Überzeugung sie von ihren künftigen „Streitern Christi" verlangt. Uns scheint ja beides reichlich niedrig und eng, auch erinnern wir uns vielleicht der Stelle aus dem Korintherbriefe, die uns seinerzeit stark erschüttert hatte, von dem „unwürdig Essen und Trinken" des Sakramentes und daß nur wer über ein „eitel gläubiges Herz" verfügte, sich nicht „das Gericht" zuzog — aber wir sind Laien und mögen das nicht so verstehen, wie die Konsistorien und Synoden. — Jedenfalls sind diese jungen Leute „fertig" nach ihrer eigenen Meinung und nach dem Attestat der Kirche. Fragt sich nur noch, fertig womit oder fertig wofür?

Fragen wir sie selber, so werden sie uns mit freudigem Aufleuchten der Augen mitteilen, sie seien nun jedenfalls fertig mit der Schule und auch fertig mit dem Konfirmandenunterricht. Das offene oder heimliche „Gott sei Dank", das diese Eröffnung zu begleiten pflegt, sollte unseren

Schul- und Konsistorialräten zu denken geben. Leider sind beide zu sehr beschäftigt, die einen mit der Abwehr aller Babel-Bibelforschungen von den Lehrerseminarien, die anderen mit der Nachprüfung von „Lehre und Wandel" wenigstens der Geistlichen, da die Herz- und Nierenprüfung der Universitätslehrer vorläufig, solange noch das Straßburger Statut nicht auch für die protestantischen Fakultäten gilt, keinen praktischen Zweck hat. Andernfalls würde doch vielleicht einer oder der andere auf den Gedanken kommen, daß eine Schule, aus der die Zöglinge wie befreite Sklaven entrinnen, hier oder da Mißstände aufzuweisen hätte, und daß ein Religionsunterricht, dessen Zwang man mit Freuden abschüttelt, schwerlich geeignet ist, fromme Bekenner zu züchten. Aber wir zerbrechen uns da wieder den Kopf Anderer. Fragen wir lieber, wofür denn diese Kinder nun fertig zu sein meinen.

Natürlich fürs — Leben. Fürs Geldverdienen. Für das Erwachsene Spielen. Für das nicht mehr Gehorchenbrauchen. Manch einer und eine denkt dazu heimlich: fürs Rauchen, Trinken, Tanzen und Anderes.

So ists. Dafür sind sie meist fertig. Nur fürs Leben nicht. Das bestreite ich. Was wissen diese jungen Menschen vom Leben? Das, was ihnen ihre Verhältnisse zufällig mitgegeben haben. Nicht die Schule. Die hat ihnen vom Leben blutwenig mitgeteilt. Allenfalls ein bischen Rechnenkönnen, ein wenig Heimatkunde, recht viel patriotische Jahreszahlen und Herrschernamen, und — die Karte von Palästina. Auch biblische Geschichten und Sprüche die Menge, nur daß viele der biblischen Geschichten so komisch sind, daß man gar nicht recht daran glauben kann, und viele der Sprüche so unverständlich und fremdartig daß, um mit dem alten Holtei zu reden:

„De Schriftgelehrten
„Wenn se uf em Predigtstuhle paapern,
„Manchesmal zwee Stunden han zu maehren,
„Ehb se a klee numpernes Gesetzel
„Vun zwee Zeideln ock vunsammen klauben."

Freilich, die Konfirmanden haben noch mehr bekommen. Gottfried Keller erzählt es uns aus seiner eigenen Konfirmationszeit:

„Was unter fernen östlichen Palmen vor Jahrtausenden teils sich begeben, teils von heiligen Träumern geträumt und niedergeschrieben worden war, ein Buch der Sage, das wurde hier als die höchste und ernsthafteste Lebensforderung, als die erste Bedingung, Bürger zu sein, Wort für Wort durchgesprochen und der Glaube daran auf das Genaueste reguliert. Die wunderbarsten Ausgeburten menschlicher Phantasie, bald heiter und reizend, bald finster, brennend und blutig, aber immer durch den Duft einer entlegenen Ferne gleichmäßig umschleiert, mußten als das gegenwärtigste und festeste Fundament unseres ganzen Daseins angesehen werden und wurden uns nun zum letztenmale und ohne allen Spaß bestimmt erklärt und erläutert, zu dem Zwecke, im Sinne jener Phantasieen ein wenig Wein und ein wenig Brot

am richtigsten genießen zu können. Und wenn dies nicht geschah, wenn wir uns dieser fremden und wunderbaren Disziplin nicht mit oder ohne Überzeugung unterwarfen, so waren wir ungültig im Staate . . . .“

Das Weitere mag man im grünen Heinrich nachlesen. — Ja, zum Henker, was geht diese ganze Geschichte eigentlich den Staat an? ruft ein Ungeduldiger.

Gemach, lieber Freund; unser Staat hat eben in seiner fürsorgenden Weisheit erkannt, daß, wer zum tüchtigen Leben im Diesseits tauglich erachtet werden soll, den Beweis zu erbringen hat, daß er für das Jenseits wohl vorbereitet ist, wenigstens im Sinne derer, die vom Jenseits allein etwas wissen. —

Genug des bitteren Spottes, der sich fast unwillkürlich auf die Lippen drängt, wenn man diese Vorbereitung unserer Jugend für das Gemeinschaftsleben der Menschheit ansieht.

Solange unsere Ethik im Wesentlichen eine religiöse Ethik war, konnte es nicht anders als selbstverständlich erscheinen, daß die zur Pflege religiösen Lebens berufene Institution, die Kirche, auch die Vorbereitung zum praktischen Leben und demgemäß die Entlassung der Jugend ins Leben auf sich nahm: Ein feiner pädagogischer Instinkt ließ Luther diese Entlassung aus der Schulzeit mit der Zulassung zum Sakrament des Altars verknüpfen. Beides wurde dadurch wertvoller. Natürlich wird es auch in Zukunft allen religiösen Gemeinschaften durchaus freigestellt bleiben müssen, die Aufnahme ihrer Katechumenen in die Zahl der vollberechtigten Gemeindemitglieder an bürgerlich wertvolle Zeitpunkte zu knüpfen. Was aber eben unbedingt gefordert werden muß, und zwar ebenso im Interesse der Kirche, wie in dem des Staates, das ist die Lösung der einzig und allein die bürgerliche Gesellschaft angehenden Aufnahme der Jugend in den staatlich-sozialen Gemeindeverband von allen kirchlichen Feiern, sie mögen einen Namen haben, welchen sie wollen. Eine wesentliche und grundsätzliche Lösung. Dazu aber ist es allerdings nötig, daß Schulentlassung, Jugendaufnahme und bürgerliche Anerkennung als Rechtssubjekt in einen organischen Zusammenhang wieder gebracht werden. Denn Anklänge daran haben wir reichlich in den mittelalterlichen Bräuchen der Aufnahme der Lehrlinge als Gesellen, der Gesellen in die Zunft der Meister und selbst im ritterlichen Brauch der Schwertleite, der sich der Knappe zu unterziehen hatte, um Vollmensch im Sinne jener Zeiten zu werden. Nur daß an die Stelle der Ritterbürtigkeit und der Meisterschaft der Begriff der Mündigkeit im weitesten Sinne treten muß. Wie das alte sächsische Recht die Mündigwerdung (das „zu seinen Jahren kommen“) an das zurückgelegte 12. Lebensjahr knüpfte, so betrachtet

unser Strafgesetz als *strafmündig* bereits das Kind in demselben Alter. Nur scheinbar ist dies eine Belastung, tatsächlich eine Ehrung, da der Strafunmündige in Zwangserziehung genommen werden kann, während Strafmündigkeit die staatliche Anerkennung bedeutet, daß jemand als vernünftiger Mensch für seine Taten verantwortlich einzustehen hat. Ebenso durften bis vor kurzem Kinder in öffentlichen Betrieben schon vom zurückgelegten 12. Jahre an beschäftigt werden, wenn auch ihnen noch ein besonderer Schutz bis zum 16. Lebensjahre gewährt wurde. Wir können dies die *Arbeitsmündigkeit* nennen. Die *Eidesmündigkeit* tritt dagegen bekanntlich erst mit dem 16. Lebensjahre ein; demselben Jahr, das für das weibliche Geschlecht die untere Grenze der *Ehemündigkeit* bildet, während die männliche Jugend dies Ziel erst mit Ablauf des 20. Jahres erreicht. Einheitlich ist der Zeitpunkt der *Majorennität*, d. h. der Mündigkeit für selbstständige Vermögensverwaltung, auf das 21. Lebensjahr festgesetzt; die *Wahlmündigkeit* wiederum tritt, was die Reichstagswahlen betrifft, erst mit dem vollendeten 25. Jahr ein.

Schon diese krause Musterkarte verschiedener an das Lebensalter und wohl vor allem auch an die vorausgesetzte geistige und sittliche Bildung geknüpfter Berechtigungen läßt eine möglichste Vereinheitlichung wünschenswert erscheinen; wiewohl andererseits nicht geleugnet werden soll, daß für die so verschiedenen Funktionen öffentlich-rechtlicher Betätigung eine gewisse Abstufung nach Altersgrenzen unvermeidlich ist. Mein Vorschlag geht nun dahin, die — ohnehin viel zu früh angesetzte *Arbeits-* und *Strafmündigkeit* mit der *Eidesmündigkeitserklärung* zu verschmelzen, sie mit der *Schulentlassung* in engsten Zusammenhang zu bringen und eine staatliche *Feier der Jugendaufnahme* in unser Gemeinschaftsleben hineinzubringen. Ich verhehle mir die Schwierigkeiten dieser Lösung nicht im geringsten, will aber doch nebenbei darauf hinweisen, daß auf diesem Wege das sozialpolitische Ideal, daß *Schulkinder* nicht ständig im Gewerbebetriebe oder in der Landwirtschaft als Lohnarbeiter beschäftigt werden sollten und daß *Schulkinder* unter keinen Umständen ins Gefängnis gehören, am einfachsten seiner Erfüllung nahegebracht werden würde.

Es ist vor allem die Schule, die ja fürs Leben vorbereiten will, die auch in das Leben entlassen muß. Wie sollte heute noch die Kirche zu dieser Aufgabe kommen? Die Schule hält trotz aller praktischen Schwierigkeiten daran fest, daß sie beauftragt ist, der bürgerlichen Gesellschaft ein bis zu einem gewissen Grade fertiges Menschenkind zu übergeben. Das ist ihr Ehrentitel. Mag die harmonische Abrundung des

Volksschulunterrichts noch sehr zu wünschen lassen, mag die soziale Not der Gegenwart fortwährend die pädagogische Forderung einer Ausbildung weit über das 14. Lebensjahr hinaus vorläufig unmöglich machen — unter allen Umständen darf die Schule nicht fernerhin als Magd und Aschenbrödel beiseite stehen und müßig zusehen, wie ihre festlich geschmückte Schwester, die Kirche, ihr plötzlich ihre Schutzbefohlenen aus der Hand reißt und feierlich, als brächte sie das Produkt ihrer eigenen Erziehung, der bürgerlichen Gesellschaft übergibt. Welcher Lehrer und Rektor hätte nicht schon die Unwürdigkeit dieser Schulentlassung aus der ersten und zweiten, ja dritten Klasse empfunden, wenn ihm ein fauler oder widerspenstiger Schüler rundweg erklärt: „Zu Ostern werde ich eingesegnet, da brauch' ich nicht mehr zu kommen!"

Nein, es ist ein elementares Gebot der Würde unserer staatlichen Schule, daß sie, und keine andere Macht der Welt, die ihr anvertrauten Zöglinge der bürgerlichen Gesellschaft übergibt, von der sie ihre Machtbefugnis und ihren Lehr- und Erziehungsauftrag besaß. Der Lehrer, der durch viele Jahre hindurch der Freund und Führer der Kinder gewesen ist, aus dessen Mund und durch dessen Vorleben es eingeführt worden ist in Wissenschaft und Leben, der — hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit — auch der einzige Morallehrer der Kinder sein wird, unbeschadet der kirchlich-religiösen Unterweisung durch den Geistlichen außerhalb der öffentlichen allgemeinen Schule — dieser Lehrer ist die einzig berechtigte Persönlichkeit, um in feierlicher Weise die Lossprechung der Kinder von der Schuldisziplin und die gleichzeitige Aufnahme in den Gesellschaftsverband vorzunehmen. Gerade so, wie die Zivilehe das unveräußerliche Recht des Staates an der bürgerlichen Eheschließung allen kirchlichen Trauungsformeln gegenüber zur Geltung gebracht hat, so würde die bürgerliche Jugendaufnahme das Interesse der staatlich geordneten Gesellschaft gegenüber allen Konfirmations-, Firmungs- und Einsegnungsfeierlichkeiten religiöser Gemeinden wahren.

Über den hohen psychologischen Wert solcher Gedenktage und Besinnungsstationen auf dem Lebenswege des Einzelnen ist kein Wort zu verlieren. Knüpft aber nun die bürgerliche Gesellschaft noch daran die Berechtigung zur tätigen Teilnahme am Erwerbsleben, die Anerkennung der Kinder als eidesmündiger und für ihr Tun voll verantwortlicher Erwachsener, so dürfte der Jugendaufnahme ein Ehrenplatz unter den bürgerlichen Festen gesichert sein. Ja, vielleicht die erste Stelle. Denn diese Jugendaufnahme wäre so ziemlich der einzige soziale Feiertag im Leben der Einzelnen. Im Kreise der Verwandten und Freunde wird das neugeborene Kind empfangen und durch die Namensgebung, die altnordische Nafnsfeste, in die Familie aufgenommen,

gleichviel ob daneben die Kirche unter Zustimmung der Eltern dasselbe durch die Taufe in die religiöse Gemeinschaft aufnehmen mag, oder nicht. Hochzeit und Totenfeier bleiben ebenfalls individuelle Feiern, deren Bedeutung nur ausnahmsweise über die engeren Familienkreise hinausgeht. In der Jugendaufnahme aber legt die soziale Gemeinschaft feierlich ihre Hand auf den Einzelnen, den sie für die Zwecke des Ganzen, für die Menschheit in ihren Erziehungsanstalten heranbilden ließ, spricht ihn frei von der autoritativen Zucht und reklamiert ihn als freien, sittlichen Menschen, der Selbstzucht gelernt hat, für ihren Dienst. Darum sollte diese Feier auch eine solche Gestaltung gewinnen, daß dabei die sozialen Gegensätze möglichst versöhnt würden. Nicht als einfache Schulentlassungsfeier ist sie zu denken, bei der jede Volksschule für sich ihre Zöglinge in die Freiheit entläßt, sondern als allgemeines jährliches Fest, das sich am besten an den Ostertermin anschließt, wenn nicht etwa umgekehrt die Festlegung des bürgerlichen Osterfestes abseits von allen strengen theologisch-kirchlichen Bestimmungen auf einen bestimmten Sonntag des bürgerlichen Jahres möglich wäre. Und nicht nur Volksschüler sollen sich beteiligen, sondern mit leichter Mühe wären auch die Schüler höherer Lehranstalten heranzuziehen. Auch heute schon macht ja die Konfirmation oder doch das Konfirmationsalter einen Einschnitt in die höhere Schule. Man denke an den zwischen Tertia und Sekunda eintretenden Wechsel der Anredeform, an die mit dem erfolgreichen Besuch der Untersekunda verknüpfte Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen Heeresdienst u. dergl. Daß hier nicht eine völlige Entlassung aus der Schule eintritt, ist nebensächlich; soll ja doch auch der Volksschüler keineswegs bereits seine Bildung als abgeschlossen ansehen, sondern eben aus der Jugendaufnahme Recht und Pflicht für den Besuch der (obligatorischen) Fortbildungsschule herleiten.

Für kirchlich-religiös-gesinnte Eltern würde sich dann die kirchliche Feier der Konfirmation, Firmung oder Einsegnung zwangslos und leicht an die feste Ordnung des Staates anlehnen, während heute — wie jeder Schulleiter, dem die Konfirmandenstunden den Schulplan zerreißen, seufzend zugeben wird — die Anomalie besteht, daß die staatliche Schule zu weitgehenden Rücksichten auf rein kirchliche Veranstaltungen gezwungen ist.

Noch eins ist vielleicht nicht unwichtig zu betonen. Bei der staatlichen Ausgestaltung der Jugendaufnahme ist natürlich ebenso von jeder Art einer wissenschaftlichen Prüfung wie von der Ablegung irgend eines Bekenntnisses oder Gelöbnisses völlig abzusehen. Zwar soll dieselbe nicht rein mechanisch an die Zurücklegung eines bestimmten Lebensalters oder gar an die Absolvierung einer bestimmten

Klasse geknüpft sein, aber für die Entlassung darf einzig und allein die von dem Lehrerkollegium ohne besondere Prüfung zu erkennende sittliche Reife maßgebend sein, sodaß allerdings geistig und sittlich Zurückgebliebene, Schwachsinnige, Verwahrloste u. dgl. zurückzustellen wären. Man darf eben nicht vergessen, daß es sich nicht nur um einen Akt der Schulverwaltung, sondern ebenso um eine Aktion der bürgerlichen Gemeinde handelt. Daß andererseits der grobe pädagogische Fehler einer Bindung jugendlicher Gewissen unter feierliche Versprechungen vom Staate vermieden werden wird, dafür hat wohl das abschreckende Beispiel jener kirchlichen Bekenner gesorgt, von denen unsere Betrachtung ausging. Was aus gewiß 90% dieser Konfirmationsbekenntnisse und Gelöbnisse nach wenigen, wenigen Jahren wird, das mag man gerade bei den ernstesten und lautersten Dienern der Kirche erfragen, die unter dem Schein- und Namens-Christentum unserer Zeit seufzen, ohne doch den Mut zu finden, sich gegen die Zwangsrekrutierung der Kirche aus Säuglingen und Unmündigen mit scharfem Gewissensernst zu wenden.

Reinliche Scheidung von Staat und Kirche ist das Einzige, was aus der sittlichen Wirrnis unserer Zeit helfen kann. Wenn erst die bürgerliche Gesellschaft sich der Jugenderziehung gegenüber auf ihre sittliche Pflicht wird zurückbesonnen haben, dann wird auch für die Kirche, mindestens aber für die Religion, die Zeit gekommen sein, wo sie wieder ohne Schamerröten von „Bekennern" sprechen darf.

Das akademische Studium für das höhere Lehramt in Preußen.

Von August Sannes (Hannover).

In der von den vortragenden Räten im preußischen Kultusministerium Dr. R. Köpke und Dr. A. Matthias herausgegebenen „Monatsschrift für höhere Schulen" veröffentlicht der zuerst genannte Herausgeber im ersten Hefte d. Js. einige Mitteilungen aus dem Königlichen Statistischen Büreau über die Kandidaten des höheren Lehramtes, denen in den letzten drei Geschäftsjahren 1901/02, 1900/01 und 1899/00 von den Wissenschaftlichen Prüfungskommissionen in Preußen die wissenschaftliche Befähigung für das Lehramt an höheren Schulen zuerkannt ist. Es sind diese Mitteilungen insofern von allgemeinem Interesse, weil seit

dem 1. April 1899 die neue Prüfungsordnung in Geltung ist, die den Umfang der Prüfung gegen früher wesentlich beschränkt hat, da sie statt der früher üblichen drei nur noch zwei schriftliche Arbeiten fordert und bei der mündlichen Prüfung in der Zahl der Fächer eine berechtigte und von allen Kandidaten ersehnte weise Beschränkung hat eintreten lassen. Welche Hoffnungen nun die Regierung auf die neue Prüfungsordnung gesetzt hatte, ergibt sich aus den ministeriellen Bestimmungen über die Anrechnung der aktiven Militärdienstzeit auf das Dienstalter der Kandidaten des höheren Lehramtes, in denen es heißt: „.... als insbesondere im Hinblick auf die neue Prüfungsordnung für das Lehramt an höheren Schulen die Erwartung begründet ist, daß die tatsächliche Dauer des akademischen Studiums das geforderte Triennium in der Regel erheblich nicht übersteigen wird. Mit Rücksicht hierauf erscheint es unbedenklich, für die Entscheidung über die Anrechnung des aktiven Militärjahres künftig die dreijährige Studienzeit als maßgebend zu Grunde zu legen". Ist nun die „begründete Erwartung" durch die dreijährigen Erfahrungen bestätigt worden?

Nach den Mitteilungen von R. Köpke haben im Geschäftsjahre 1901/02 377 Kandidaten die Prüfung pro facultate docendi vor den preußischen Wissenschaftlichen Prüfungskommissionen bestanden. Die Dauer des akademischen Studiums dieser 377 Kandidaten betrug: sechs Semester bei 10, sieben Semester bei 35, acht Semester bei 54; dagegen elf Semester bei 35, zwölf Semester und mehr bei 76. Leider ist von Köpke nicht mitgeteilt, wie viele von den übrigen 167 Kandidaten für eine Studiendauer von 9 Semestern und wie viele für 10 Semester anzusetzen sind, denn er hat scheinbar nur auf die Extreme hinweisen wollen. Unter der Annahme aber, daß von diesen 167 Kandidaten 84 nach 9 Semestern und 83 nach 10 Semestern sich zur Prüfung gemeldet hatten, ergeben sich für alle 377 Kandidaten 3640 Studiensemester, so daß auf jeden einzelnen eine Durchschnittsdauer des Studiums von 9,77 Semestern entfällt. Stellt man dieselbe Berechnung für die beiden vorausgegangenen Geschäftsjahre an, so erhält man für 1901/00 eine Durchschnittsdauer des Studiums von 9,41 Semestern und für 1899/00 von 9,64 Semestern. Für die dreijährige Periode, die jetzt nach dem Beginn der Geltung der neuen Prüfungsordnung verflossen ist, ergibt sich also eine Durchschnittsdauer von 9,61 Semestern, d. h. das geforderte Triennium ist im Durchschnitt um 3,61 Semester oder um 60 % überschritten worden. Ein Studium von sechs Semestern hat im Geschäftsjahre 1901/02 genügt bei 10 d. h. bei 2,6 %, 1901/00 bei 15 d. h. bei 5,5 %, 1899/00 bei 7 d. h. bei 2,5 %; in der dreijährigen Periode 1899/1902 also bei 3,5 %. Also 32 von 923 Kandidaten, die insgesamt in der genannten drei-

jährigen Periode die Prüfung bestanden haben, d. h. 3,5 % haben der „begründeten Erwartung" entsprochen.

Besser freilich stimmt das Ergebnis der dreijährigen Erfahrung zu den Ansichten, wie sie in Kreisen, die mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut sind, schon längst vertreten werden. Der Professor der Nationalökonomie an der Göttinger Universität, Gustav Cohn, schrieb auf Grund eigener Beobachtungen in einem höchst verdienstvollen Aufsatz „Staatsbeamtentum und Staatswissenschaft" in der „Deutschen Rundschau" Bd. 110 (Januar bis März 1902) S. 256: „Ein Philolog, ein Mathematiker weiß heutzutage ohnehin schon, daß die vorschriftsmäßigen sechs Semester seines Universitätsstudiums tatsächlich selbst dann nicht ausreichen, das ganze Maß der erforderlichen wissenschaftlichen Ausbildung zu gewinnen, wenn er vom ersten bis zum sechsten Semester ein fleißiger Student gewesen ist. Es hat sich daher geradezu die Gewohnheit befestigt, daß über die gesetzliche Anforderung hinaus das Universitätsstudium sich auf acht bis zehn Semester verlängert, auf tatsächliche Studien von dieser Dauer. Sobald daher ein Studierender dieser Fächer außerdem etliche Semester dem Lebensgenusse, dem Fechtboden, der Kneipe widmet, so treten diese zu der Summe der erforderlichen ernsthaften Studiensemester hinzu, und es werden zehn bis zwölf Semester daraus." Im gleichen Sinne schrieb ein praktischer Schulmann, Dr. F. Galle, in der Beilage zur „Allgemeinen Zeitung" vom 9. Januar 1902: „Auch das Universitätsstudium schreckt ab. Fünf, sechs Jahre sind dafür nötig; dazu kommt noch die Ratlosigkeit, mit der besonders der junge Philologe vor einer ungeheueren Wissenschaft steht." Es ist ferner eine in akademischen Kreisen wohlbekannte Tatsache, daß Philologen in akademischen Verbindungen, die an die Zeit ihrer Mitglieder große Anforderungen durch den regelmäßigen Besuch des Fechtbodens, der Mensuren, der Kneipe u. s. w. stellen, immer seltener vertreten sind, da sie eben zu allen derartigen nicht gerade notwendigen Dingen keine Zeit zur Verfügung haben, wenn sie ihr Studium in wissenschaftlicher Weise in 9 bis 10 Semestern beendigen wollen. Von den 377 im Geschäftsjahre 1901/02 mit glücklichem Erfolge geprüften Kandidaten des höheren Lehramtes hatten aber nur 44 vor Beginn oder während der Studienzeit ihrer militärischen Dienstpflicht genügt, so daß also zwei militärische Semester, wie man sonst annehmen könnte, die Durchschnittsdauer des Studiums nicht, oder doch wenigstens nur ganz unbedeutend erhöht haben. Für die militärtauglichen Kandidaten des höheren Lehramtes kommen eben zu den 9 bis 10 tatsächlichen Studiensemestern noch 2 militärische Semester hinzu. Wenn die gesetzlichen Bestimmungen sogar die Möglichkeit gewähren, die beiden Semester der militärischen Dienstzeit auf die vorschriftsmäßige Studien-

dauer, das Triennium also, anzurechnen, so wird diese Vergünstigung für die Kandidaten des höheren Lehramts durch die Praxis vollständig illusorisch gemacht, während es bei den Studierenden anderer Fakultäten, besonders den Juristen, durchaus üblich und auch praktisch möglich ist, sich die beiden militärischen Semester auf die geforderte Studiendauer anrechnen zu lassen. Das Examen, das erst nach vollendetem Universitätsstudium begonnen werden darf, nahm im Prüfungsjahre 1901/02 bei 186 von den 377 Kandidaten mehr als sieben Monate, bei 85 sogar eine längere Zeit als ein Jahr in Anspruch. So hat denn die Praxis aus den theoretischen sechs Semestern des alten „Triennium philologicum" 10 bis 12 Semester gemacht, so daß in Hinsicht auf das akademische Studium für den höheren Lehrberuf die Worte des Mephisto mit Recht verändert werden müssen:

„Grün, teurer Freund, ist alle Theorie,
Doch grau des Lebens goldner Baum."

Ferner ergibt sich aus der Zusammenstellung des Statistischen Büreaus die starke Zunahme der Zahl der Aspiranten für das höhere Lehramt. Während in den vorausgegangenen beiden Geschäftsjahren nur je 273 Kandidaten die Befähigung für das Lehramt an höheren Schulen erlangt haben, ist diese Zahl im Geschäftsjahre 1901/02 plötzlich auf 377 emporgeschnellt, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß sie in den nächsten Jahren noch recht erheblich weiter steigen wird, ja daß in nicht zu langer Zeit ein starker Überfluß von Kandidaten des höheren Lehramtes wieder vorhanden sein wird, haben doch von den Abiturienten des Schuljahrs 1901/02 nicht weniger als 947, d. h. 16,87 %, das höhere Lehrfach zu ihrem Lebensberuf erwählt. Die Zeit, in der mit Recht von einer Notlage der Kandidaten des höheren Lehramtes gesprochen werden durfte und die erst wenige Jahre zurückliegt, wird allen Anzeichen nach sehr bald wiederkehren; denn nach Ausweis des auf amtlichem statistischem Material beruhenden Kunzeschen Kalenders für das höhere Schulwesen Preußens sind in den letzten drei Jahren, obwohl in dieser Zeit wegen der zahlreichen Neugründungen von Schulen und des Ausbaus von sechsklassigen Anstalten zu Vollanstalten die Nachfrage nach Kandidaten des höheren Schulamts unnormal hoch war, durchschnittlich nur etwa 400 jährlich an den staatlichen und nichtstaatlichen Anstalten der Monarchie zur Anstellung gelangt. Daß aber bei normalen Verhältnissen der jährliche Bedarf an Kandidaten des höheren Lehramtes wesentlich geringer ist, beweisen die drei weiter zurückliegenden Jahre 1898 mit 270, 1897 mit 214 und 1896 mit 268 Neuanstellungen. Wer deshalb jetzt als Abiturient einer neunklassigen höheren Lehranstalt vor der Wahl eines Lebensberufes steht, vergesse nicht, mit diesen tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen;

aus negativen Gründen, weil er sich für keinen anderen akademischen Beruf zu entschließen vermag, da eben alle jetzt überfüllt sind, oder weil ihm beim Fehlen von Neigung und Anlagen vermeintliche materielle Aussichten locken, möge niemand sich dem höheren Lehrberufe zuwenden. Wer von den Abiturienten aber damit rechnen muß, daß seine materielle Widerstandskraft gegen ungünstige Aussichten auf Versorgung im Amte gering ist, möge überhaupt sich ernstlich prüfen, ob er sich einem akademischen Berufe widmen soll; der möge modern genug denken, um mit der törichten Ansicht zu brechen, daß das Universitätsstudium allein schon einen sozialen Vorsprung sichere: die Wertschätzung des Mannes wird im Leben an höhere Bedingungen geknüpft als an Universitätsstudium und staatliche Titel. Das heutige Deutschland fordert Männer von hoher Schulbildung für das praktische Leben nicht minder als für das Studium, und unser Vaterland wird gewiß nicht darunter leiden, wenn einmal für längere Zeit seine besten und geistig am höchsten veranlagten Söhne sich entschlossen und mutig in den Dienst des erwerbenden Lebens, des Handels und Wandels, stellen. An einer Vermehrung des geistigen Proletariates, an dem wir in allen gelehrten Berufsständen schon jetzt keinen Mangel leiden, kann aber niemandem gelegen sein.

Ist den Interessen der heranwachsenden jungen Männer durch einen Hinweis auf diese tatsächlichen Verhältnisse schon gedient, so muß doch andererseits nach einer Versöhnung von Theorie und Praxis beim akademischen Studium für das Lehramt an höheren Schulen gestrebt werden. Da nun kein einsichtiger Kenner des Studiums einer Herabsetzung der Examensforderungen das Wort reden kann und auch wohl niemand den in der dreijährigen Periode 1899/1902 mit Erfolg geprüften Kandidaten den Vorwurf des Unfleißes oder der Unfähigkeit, einen geordneten wissenschaftlichen Studiengang einzuhalten, wird machen wollen, so bleibt eben nur die Forderung, daß das alte Triennium philologicum, das schon so manchen, der trotz allen Fleißes erst im zehnten oder elften Semester das Examen bestand, irre geführt hat, einer neuen Zeit, in der der Umfang der einzelnen Wissenschaften — man denke nur an die Germanistik, die Geschichte, die Geographie — so enorm gewachsen ist, endlich zum Opfer gebracht und ein vierjähriges Studium von allen Kandidaten des höheren Lehramtes zum mindesten verlangt wird. Freilich:

„Es erben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort.“

Jedoch wo die Praxis das Krankhafte des bestehenden Zustandes so deutlich bewiesen hat wie hier, da darf das Mittel zur Heilung nicht

gescheut werden. So lange der Staat das Triennium philologicum aufrecht erhält, ist jeder, dem es trotz allen Fleißes bei normaler Begabung nicht gelungen ist, nach einem dreijährigen Studium das Examen pro facultate docendi zu bestehen, berechtigt, die Schuld für das Mißlingen von sich abzuweisen, wenn ihm freilich dadurch auch keine Erleichterung seiner ohne sein Verschulden sich materiell mißlich gestaltenden Lage geboten wird. Nach vereinzelten Ausnahmefällen (3,5 %) darf aber eine allgemein gültige Forderung nicht aufgestellt werden, wenn nicht die Personen und die Sache in gleicher Weise darunter leiden sollen.

Schaffen und Kritik.

Von Hermann Schudt (Charlottenburg)

Nachstehende Bemerkungen sind entstanden durch eine Anregung Maximilian Hardens. Dieser hielt im Januar 1903 einen Vortrag über das gleiche Thema im „Verein zur Förderung der Kunst“ — Berlin.

Vor allem war das Vorgehen Hardens zu schätzen. Es erinnerte an die Waffen Arthur Schopenhauers, mit welchen dieser seinerzeit den Kampf um die Wahrheit erfocht. Man denke an seinen Standpunkt in der „Skizze einer Geschichte der Lehre vom Idealen und Realen.“ Vor ihm kommt Kant und dazwischen niemand. Fichte, Schelling, Hegel sind keine Philosophen, sondern sie geben — seiner Überzeugung nach — nur vor, solche zu sein. Ihr Interesse ging nach Ruhm und Geld. Daraus entwickelt sich in der Seele des großen Denkers der berechtigte Haß. Er zerschmettert sie, wo er nur kann. Scharf unterscheidet er die Schaffenden, die man im Publikum für solche hält, die oft mit viel Talent diese Rolle spielen in irgend einer angesehenen Stellung zur Befriedigung ihrer realen Genüsse — und in solche, die um der Wahrheit willen kämpfen und dadurch das Gebäude der Erkenntnis um einen Stein bereichern. Und solchen Unterscheidungskampf führte auch Harden — nur daß er Werte umstieß, ohne neue an ihre Lücke zu stellen, wie das z. B. Schopenhauer durch seine eigene Persönlichkeit tat. Immerhin aber riß er Pfähle aus der Erde und weckte damit die Schlafenden. — „Wohlan denn, seid ihr nun einmal wach, so helft auch!“

Um das aber zu können, muß man mehr sagen, wie Harden tat — ich meine tiefer — ernster reden. Nicht, daß ich mich rühmte, dies zu können — nein — aber ich versuche es, weil meine Seele als Schaffender mich treibt. Mein Handwerk ist nicht die Sprache, aber mein

Fühlen ist stärker, als daß es schweigen könnte — es ist so stark, daß ihm das Mittel zum Ausdruck gleich ist.

Nach dieser Vorausschickung hat man keine stilgerechte Abfassung zu erwarten; nur abschütteln will ich den dumpfen Druck, der allerwärts die Atmosphäre schwängert, mit dem, was sich in die Begriffe „Schaffen und Kritik" zusammenfassen läßt. Und das ist so unendlich viel, daß man im Augenblick glauben möchte, die gesamte Menschheit bestünde nur aus zwei Gruppen: aus Schaffenden und aus Kritikern.

Beginnen will ich mit einer Betrachtung über Kritik. Eine Kritik ist gut, wenn sie versteht, dem Schaffenden, der von seiner Individualität abweicht, zu sagen, wie er sich zurückfindet — sie ist schlecht, wenn sie seine Individualität bemängelt — sie ist überhaupt nur Kritik, sobald sie sich mit der Individualität eines Schaffenden zu befassen versteht — alles andere besorgt die Zeit und der mit ihr wechselnde Geschmack.

Die Individualität eines Schaffenden aber ist gerade in seiner Anfangszeit etwas neues, ungewohntes, ja bei einer genialen Arbeit etwas derart absurdes, daß wir alle unsere Regeln, die zwar keiner eingestehen wird, nach denen wir aber bisher kritisierten, über Bord werfen müssen. Vor dem Neuschaffenden, bei dem zum persönlichen Vor- oder Nachteil die Kritik nur in Frage kommen kann, steht der Kritiker vollständig *nackt* da — ist er jedoch eine Persönlichkeit, so kann er nachfühlen, wie es ihm bei seinem ersten öffentlichen Auftreten ging — wie da das Publikum und damit auch die Kritik auf ihn einschlug — so kann er an dem neu zu beurteilenden Werk seine eigene Größe abwägen. Ist er klein, so wird er schlankweg verwerfen, was nicht in seinen Rahmen paßt — ist er bedeutend, so wird es ihn wohl vor den Kopf schlagen, aber gerade das wird ihn interessieren, er wird die Erscheinung mit sich selbst vergleichen können, und wenn er dann den größten Maßstab anlegt, tut er gut — der größte Maßstab einer Beurteilung aber ist der: *„Was soll das alles überhaupt?"*

Solange sich ein Mensch mit andern befaßt, ist er ein Kritiker — hat er mit sich selbst genug zu tun, ist er ein Schaffender.

Bei großen, ausgereiften Schaffenden kommt persönlich eine Kritik gar nicht in Frage. Sie kann ihnen ebensowenig nützen, wie schaden — sie wissen, daß nicht das Urteil eines Mannes ihre Bedeutsamkeit erhöhen oder schwächen kann — sondern das Bewußtsein über ihre Zeit hinaus zu arbeiten, läßt sie meist nicht um die Kritik ihrer Zeitgenossen buhlen. Man lerne nur die große Wurstigkeit wirklich Schaffender kennen, mit der sie souverain über alle Urteile hinweggehen — und wenn wirklich einmal ein Großer, wie z. B. Max Klinger sich hinreißen läßt, einen Kritiker zu ohrfeigen, so rechnet man das seiner Unreife, seinem Tem-

perament oder seinem Gerechtigkeitsgefühl zugute — heute würde er es nicht mehr tun. Und trotzdem — eine unehrliche Kritik sollte gerichtlich bestraft werden, aber das gehört in das Programm des Idealstaates — Geduld — Geduld — es wird schon noch so weit — ach nein — denn dahinein gehörten ja auch andere Geschöpfe, wie wir armen Menschen. Bis heute unterscheiden sich aber diese armen Menschen in zwei Klassen — in gute und böse. Die guten sind natürlich die Schaffenden und die bösen die Kritiker — (jenseits von beiden die wirklich Schaffenden).

Blicken wir hinter die Koulissen des großen Welttheaters, so finden wir, daß der Neuschaffende seinen Vorgänger kritisiert, ihn verwirft und meist — ohne es sich einzugestehen — auf dessen ihm gutdünkenden Überresten seinen Empfindungsballast ablädt oder seinen Gedankenpalast aufbaut.

Kann ein Mensch — sei es durch Feder, Noten, Pinsel, Meisel — sein Seelenleben wiedergeben, dann ist er ein Schaffender; kann er es in seiner eigenen, von keinem vorher gesprochenen Sprache — so ist er einer hohen Kritik wert — tut er es mit Anlehnung an andere — so hat er die Kritik nötig. Aber gerade diese letztgenannte Klasse der Schaffenden wird sich erbittert gegen die Kritik auflehnen — gegen jede — denn heute ist auch der schlechteste Kritikus belesen genug, um die Quellen feststellen zu können, aus der jene schöpfen. Dies aber ist dann der Kampf der Kleinen, und der ist immer gehässig und persönlich. Der Kampf der anderen Klasse Schaffender und Kritiker jedoch ist ein erhabener — er ist kein Kampf mehr, sondern ein Seelenaustausch — das Genie fühlt sich in einer geistreichen Kritik verstanden und genießt in der richtigen Beurteilung eines Menschen, den es selbst schätzt, seine höchste Glückseligkeit. Dann erblickt es nicht mehr im Kritiker die andere Partei, sondern einen Helfer am gemeinsamen Ziel. Das wars wohl auch, was Harden meinte, wenn er sagte: „Eine bestimmte Linie zwischen Schaffen und Kritik läßt sich nicht ziehen." Toll, verwegen ist ein solcher Standpunkt für einen Kritiker — meist unverschämt — und doch, wenn er einer ist, so absolut richtig.

Aber ein solcher Kritiker muß geboren werden, ihn bestimmt die Natur zu seinem Berufe, wie den Schaffenden — man kann ihn nicht „mieten" — die Kritik ist kein Erwerbszweig, d. h. in kaufmännischem Sinne — so wie bestellt wird, so viel und schnell wird geliefert, man wird ja bezahlt dafür. Eine solche Kritik ist keine.

Die besten Kritiker, die ich kenne, waren die Apostel Christi — dieser der Schaffende, jene die Kritiker. Sie haben sein Werk wiedererzählt, sie haben seine Lebensaufgabe zu erklären gesucht, sind mit Leib

und Seele dafür eingetreten — und trotzdem hatte ihre Kritik nicht die Macht, den Meister zu beschützen — ihn ereilte das Märtyrerlos der Größten unter den Schaffenden. Vielleicht ist mein Beispiel geeignet, das zu unterstützen, was Harden sagte: „Aber die Kritik hat ja gar nicht die Macht, die man ihr zuschreibt — was auch Harden damit bewies, daß bei einer ganzen Anzahl moderner Dramen — bis zur Fabrik Blumenthal und Kadelburg — die Kritik eine durchweg ungünstige war — und dennoch wurden und werden die Stücke mit andauerndem Erfolg immer und immer wieder gegeben. Hätte die Kritik also wirklich diese Macht, so wären jene Stücke doch mindestens von unseren großen Theatern verschwunden. Nicht etwa, um sie überhaupt zu verwerfen — nein — Blumenthals und Kadelburgs hat es immer gegeben, und man hat sie angehört — nur gehören sie in einen anderen Rahmen. Wir müssen einen Unterschied machen zwischen dem, was echte Kunst, das Werk eines wirklich Schaffenden ist — und dem, was uns nur einen Abend unterhalten soll. Das zu unterscheiden, dazu ist die Kritik — nur, daß wir besser auf sie hören wollten! Aber die große Gleichgültigkeit der Menschen brächte es fertig, die teuersten Preise für die Plätze zu bezahlen, wenn nur etwa eine „Gebrüder Herrnfeldsche Unterhaltung“ von Paul Linke in Musik gesetzt im Opernhaus aufgeführt würde.

Das Leben gleicht einem Carnevalsfest mit Schlägerei. Da sind wir gewöhnt auch Buden zu haben, in denen etwas zu sehen ist. Gut — gut — ihr sollt sie ja haben — man nimmt euch ja nichts weg — man weiß ja, daß die meisten in stetem Kampf leben mit dem Drachen „Langeweile“, der so fürchterlich sein soll, wenn sein gähnend aufgerissener, zahnloser Rachen die Atmosphäre stinkender Faulheit verbreitet. — Seine Opfer werden dann eifrige Budenbesucher in jeglichem Sinne — nur ihr andern, warum werft ihr dort euer Geld hinaus und unterstützt nicht den, der wirklich schafft, der euch das bringt, was ihr braucht? Jedoch ich bezweifle nicht, daß gute Kritik, indem sie die Nerven der Menschen verfeinert und damit auch ihre Ansprüche geschmackvoller macht, mit der Zeit viel helfen wird — naheliegender ist mir augenblicklich das Gegenteil: die schlechte Kritik.

Wie dann, wenn diese einen wirklich Schaffenden deshalb vernichtet, weil sie ihn durch ihre amtlich gestempelten Urteile nie zu den Mitteln kommen läßt, seine Gedanken zu gestalten? Gedanken, zu deren Verwirklichung es ihn mit unwiderstehlicher Macht treibt, die ihn morsch machen in ihrer Überzahl, die ihn zerreißen in ihrer Sehnsucht — und mit all diesen Empfindungen jagt er ins Geschäft — irgend eine seinem Schaffen fremde Tätigkeit — leben muß er — ihn treibt das Gespenst

der Not — und nur in Pausen ruhelos hingeworfene Gedanken — Empfindungen, die er nicht in die Öffentlichkeit schickt, resp. ausstellt, weil er weiß, was die Kritik — wie sie heute ist — sagen würde. — Wo ist da der Kritiker, wo der Mann, der ihn ans Licht zöge und schriebe: „Laßt ihn einen einzigen seiner Gedanken ausführen — gebt ihm Geld und Ruhe!“

Aber da kommt die große Kälte über uns — die Nachwehen der Eiszeit, die dem Menschenkeim den starren Stempel aufgedrückt.

Wäre es nicht gerade hier im „Verein zur Förderung der Kunst“ — also zur Förderung der Schaffenden — und von einer Persönlichkeit wie Harden, dessen rücksichtslos beneidenswerte Freiheit es erlaubt hätte, am Platze gewesen, die führenden, maßgebenden Herren des Vereins zusammen zu rufen und sich öffentlich mit Rede und Gegenrede zu unterhalten über diesen wichtigsten aller Punkte der Kritik? Aber alle Vorträge sind und bleiben theoretisch — man spricht noch immer von einem Katheder aus, statt ein anderes gegenüber zu stellen.

Man springt immer in die Luft — manchmal recht hoch — aber man kommt nicht mehr auf die nüchterne Erde zurück. Das Praktische wird meist zu wenig besprochen: Wie können wirs ändern? Wo anfangen? Nicht den nenne ich einen guten Kritiker, der ein Werk einfach abwägt und aburteilt, um sich dann zufrieden zu geben — nein — eintreten sollt ihr für die, von deren Schaffen ihr überzeugt seid, und nicht allein in idealem Sinne sie darin unterstützen, indem ihr das Volk lehrt, sie zu verstehen — nicht nur das, sondern auch in realem Sinne — denn eigentümlich — meist fehlt es den Ernstschaffenden an dem, was man Geschäftsroutine nennt. Die erste Aufgabe eines Kritikers muß darin bestehen, zu unterscheiden: Sind die vorliegenden Werke die eines wirklich Schaffenden oder die Blendwerke etwa eines Sensationisten? — Aber diese Aufgabe scheint uns Deutschen zu allen Zeiten recht eigentlich schwer geworden und nur selten geglückt zu sein.

In dieser Hinsicht setzt sich Harden ein Denkmal. Sein Standpunkt ist anerkennenswert, sein Blick klar. Manchmal jedoch meinen wir, er habe uns verletzt, weil seine Rede unbarmherzig offen ist, aber die Wahrheit ist nun einmal eine so unverschämte Person, daß wir alle davonlaufen würden, wenn wir sie einmal vollständig nackt sehen und mit freier Zunge hören würden. Er kämpft, um es nochmals zu sagen, wie Schopenhauer, mit dem Recht des geistig Überlegenen — kein Rang, kein Stand wird verschont und dazu sagt er: „Gewiß habe ich geurteilt — verurteilt — und habe vielleicht in meiner Leidenschaft

zu derb gesprochen — aber es kommt doch nur darauf an: Ist unsere Kritik ehrlich?" — Gewiß ist dies Gesagte von Bedeutung, aber ich will, daß man weitergehe. Es genügt auch nicht, auszusprechen, daß wir keine wirklich Schaffenden haben, sondern wir wollen ermitteln: Wo steckt ein solcher? Und dann beweist dem Publikum, worin der Unterschied besteht zwischen dem, den sie seither anhimmelten, und dem bisher unbekannten, wirklichen Genie. Freilich wäre dann die Aufgabe eines Kritikers die eines Detektivs — aber das ist sie ja so wie so — darüber lache man meinetwegen.

Man glaube nicht, daß ich hiermit sagen will „es gehen Talente auf der Straße verloren." Dieser Phrasenblödsinn paßt längst nicht mehr zu uns — das Genie hat immer etwas jüdisches — es fällt überall auf — und wenn es auch verworfen und hinausgeworfen wird — es drückt sich doch wieder durch — mit anderen Worten: ein Genie ist nicht zu vernichten. Wie aber, wenn es gar nicht schaffen kann? Das ist von einem Schriftsteller oder Musiker schwer zu begreifen, denn um große Gedanken festzuhalten genügt ihm ein Stift und ein Fetzen Papier — auch keine Zeit braucht er, denn selbst dem Angestellten bleibt die Nacht. Wie aber bei einem Maler, Bildhauer oder Architekten? Kann der schaffen, wenn ihm zu Modell und Material die Mittel fehlen? Um aus unendlichen Beispielen eines herauszugreifen: Mir begegnete auf der Kunstschule in Weimar ein Mensch mit Namen Mischke — alle — Professoren wie Kunstjünger — waren staunend von seiner genialen Veranlagung überzeugt — später hörte ich von einem Kollegen, daß er in München mit intensiv grüner Farbe Gartenzäune anstrich — und dann ist er verschollen.

Warum bringt es die Kritik nicht fertig, Unternehmen zu gestalten, wie die Heilsarmee, die mit ihren für uns unbegreiflichen Erfolgen in den verborgensten Höhlen ihre Opfer aufzufinden weiß und sie verpflegt, sobald sie nur einigermaßen helfen das „Wort Gottes", wie sie es wohl nennen, zu verbreiten. Wie? haben wir, selbst wenn wir verhärtete Materialisten sind, nichts, was diesem „Wort Gottes" gleicht? Suchen wir Schaffenden nicht, das zur höchsten Vervollkommung zu bringen, was uns von dem großen Unbekannten, den jene „Gott" nennen, mitgegeben wurde? Wollen wir nicht durch uns begreifbare Dinge tatkräftig eintreten und zur Veredelung der Seele mit wirklicher Arbeit beitragen? Sollte es uns nicht gelingen, Institutionen zu gestalten, die eine Stätte oder wenigstens nur ein Prüfstein wären für solche Schaffenden? Giebt es niemand, der die Fähigkeit besäße, solche Opfer aus ihrer Umgebung und ihren Verhältnissen herauszugreifen? Und was dann tun? Unwillkürlich drängt diese Frage sich auf — und tausend Antworten ließen

sich darauf geben. Ein nüchternes, praktisches Beispiel mag vorerst genügen. Jedermann hat eine Vorstellung von dem riesigen Umsatz der Ansichtskarten — hoffentlich auch jedermann einen Begriff von der skandalös schlechten Schundware dieser Branche. Mit frecher Miene bietet man allerorts „Künstlerkarten" an. Sollte es da nicht gelingen, Aufträge zu vermitteln und dadurch nach beiden Seiten zu helfen? — Man verabscheue ein solches Beispiel nicht, weil es so sehr nach trocken Brot riecht — aber warum griff man bisher hier nicht tatkräftig ein? Ich glaube, ein gut Teil Schuld liegt daran, daß alle Welt den Schöpfer und sein Werk zu verwechseln pflegt. Wie wären sonst solche hirnverbrannten Bestimmungen möglich, wie sie mir von einer der bedeutendsten deutschen Stipendienstiftungen der bildenden Kunst bekannt sind. „Der Stipendiat darf nicht verheiratet sein". (!!)

Wohl müssen Mensch und Schaffender unterschieden werden, aber ich finde, das Volk ist noch nicht reif — oder anders gesagt — es ist noch lange nicht modern genug dazu, dies selbst zu tun. Zwar ist es von unschätzbarem Vorteil für den Forscher, auch dem Menschen im Schaffenden nachzugehen — aber er soll das für sich verarbeiten. Es wirkt immer, wie „aus der Schule schwatzen", wenn das private Leben bedeutender Leute an das große Glöcklein gehängt wird. Haben wir nicht genug erlebt mit Heine? Und ich stelle hier die Frage auf: „Wer war ehrlicher, Heine oder Goethe?" — Was nützt es, wenn wir das bischen Heiligkeit und den Respekt vor Menschenschaffen z. B. bei Michelangelo dadurch trüben, daß wir den Massen breit erzählen: „Er starb in den Armen seines Liebesknaben!" —

Je größer die Menschen, je größer die Laster — je heller die Flamme der Leidenschaft, je tiefer der Schatten. Die Sünde ist die Lehrmeisterin der Tugend. Lichten wir den Schatten, so geht das nur auf Kosten der Helligkeit der Flamme. Wir kommen da auf Naturen wie Milton, Klopstock oder besser noch Herder, dessen freier Blick und scharfer Spürsinn durch seinen Pfarrerberuf begrenzt wurden. Unwillkürlich denkt man auch an Tolstoi — einer, der zwar sein schwarzes Erlebnis hinter sich hat, auf dessen Schatten aber jetzt die weiße Milch christlicher Demut schimmelt. Wie wäre es sonst möglich, so ein Buch wie „Was ist Kunst?" zu schreiben? Und das Ding findet Absatz, sonst wäre es nicht bei Wertheim zu haben.

Uns fehlt die kernige deutsche Sprache — uns fehlt die Freiheit zu reden — überall stoßen wir auf Gesetz und gesellschaftliche Formen. Uns fehlt der Narr, der offen zu uns redet, aber dem wirs verzeihen, weil er ein Narr ist. Hammer und Ambos haben wir, es fehlt nur an den kräftigen Armen,

die zerschmettern. Wo ist z. B. der Kunstmäcen, -händler oder -verständige, der den Mut hätte, eine Ausstellung zurückgewiesener Arbeiten zu arrangieren? Wer bezweifelt, daß man darunter Perlen genialer Schöpfung sehen würde? Man denke an das Ausstellungswesen der bildenden Kunst! Ist die Schinkenmarkthalle der Berliner Großen Kunstausstellung nicht ein Frevel? Eine Unzahl mittelmäßiger Arbeiten — ja ausgesprochen wertlose werden angenommen — nun ja, als anständiger Mensch — Gott, man konnte doch nicht gut anders! — Aber ist diese Masse ein Ersatz für die paar genialen Arbeiten, die aus dem bekannten Mangel an Platz sicher zurückgewiesen wurden? Aber wo Kollegen urteilen — — Ach, das ists ja, was dem Schaffenden das Aufkommen so schwer macht: menschlich ist es unmöglich, daß ein Schaffender dem andern — wenigstens bei Lebzeiten — helfe.

Betrachten wir z. B. Meyerbeer und Richard Wagner. Glauben wir vielleicht, daß jener die Tonmacht des großen Meisters nicht verstanden hätte, weil er ihn nicht unterstützte — oder sind wir in dem Fall mal nur ganz einfache Menschen, aber klug genug, nachzufühlen, daß Meyerbeer sehr wohl den großen Genius Wagner verstand, aber doch nicht das Feuer schüren konnte, in dessen Schatten er sich gerade noch wie ein Glühwürmchen vorkommen mußte. — Wie naiv ist doch das, was wir unter Kollegialität verstehen! — Das schönste Beispiel hierzu sind vielleicht die modernen Kunstgewerbler. Ach — wie sie sich am liebsten gegenseitig auffräßen! Jeder einzelne glaubt, die Welt aus den Angeln gehoben zu haben — umstürzende und neuschaffende Genies — eine ganze Schar solcher anmaßender — noch keine Generation hat so viel Genies aufzuweisen gehabt! Aber die urteilsreife Zeit wird kommen und sich über den Tanz freuen — doch sie wird sagen: Gott, ein kleiner Wirbelwind wars, sehr wirr, aber recht hatten sie alle — in einem nämlich: daß keiner etwas von dem andern hielt.

Es gab eine Zeit, in der ich Meyerbeer wegen seines Verhaltens Wagner gegenüber haßte, und in der ich dachte, man müsse solchen Leuten ein Denkmal setzen, um sie öffentlich steinigen zu können. Heute nicht mehr! Warum? Ist's Nietzsche, der mich dahin brachte? Wie? Der Fall Wagner? Giebt mir sein tonmonströser, katholischer Klangpomp nichts mehr? Nein — das kann ich nicht sagen — aber er begann zu verlieren, und in seine Lücken trat die mir häuslich lieb gewordene Musik von Grieg — und das Bewußtsein: Es sind ja alles nur große und kleine Sterne gegenüber der lebenswarmen Sonne eines Beethoven.

Aus solchen Betrachtungen fühlen wir, wie die Kritik sich verändert — nach unseren Bedürfnissen, und wie diese sich ändern nach unse-

ren Erlebnissen. Hier müßte weiter aufgebaut werden, was mir jedoch die Kürze verbietet, in der ich diese Abhandlung zu halten gedenke. — Sicher aber werden wir dabei zu dem Satz kommen: Schätzt die, welche die Lebenden einzuteilen verstehen, welche den Mut haben, zu sagen, die Verehrung, die ihr dem und dem darbringt, ist falsch. Wohl dem, der an dieser Stelle neue Werte einsetzen könnte.

Aber, man denkt vielleicht, ein Kritiker könnte — wie ein Diplomat nur zur Geltung kommen, wenn er in einer großen Zeit lebte, wie etwa Bismarck? Nein, nein — wir Deutschen verstehen nur nicht, das Gute vom Schlechten zu unterscheiden — eine sich an fast allen Großen beweisende Tatsache. Daraus können wir schließen, daß es zwar an Schaffenden nicht fehlt, wohl aber an den anderen — den bösen . . . .

Ach, die Welt ist zu putzig! Das Cafe Bauer in Frankfurt a. M. ist mit Hans Thoma-Malereien dekoriert, aber das große Wandbild verhängte man fünfzehn Jahre lang mit grandiosen Kitschlandschaften, bis der Thoma-Apostel Prof. Thode dem Volk den Künstler verständlich gemacht hatte. Da merkte man plötzlich, daß in dieser Wanddekoration ein bedeutender Wert stecken müsse — ab mit dem Landschaftsvorhang — und von neuem erblickte die Schöpfung Hans Thomas das Licht der Welt. Als Beobachtender solcher Vorgänge legt man sich die Frage vor: ob wohl eines Tages einer kommen wird, der die Landschaften wieder darüberhängt? Aber das wäre dann die Kritik des Unberufenen.

Kritik und Schaffen in ewigem Kampf, im Ringen um das Ende des Weltalls und der Welt. — Wir tanzen, drängen und schieben und unser tiefes Sehnen drückt sich in großen und kleinen Leidenschaften aus — und in der gewaltigen Menschenströmung nach der unbekannten Sonne tritt einer dem andern auf den Fuß. – „He, Du, was erlaubst Du Dir? ich werde Dir den Staatsanwalt schicken!“ giftspritzt der Getretene.

— —

Ach, wie klein sind die Menschen — und wie weit ist das Ziel!

Kleine Mitteilungen.

Zur Ehescheidungsfrage in Frankreich.

Von Henry Pâris.

Eine der wichtigsten Fragen, die augenblicklich die öffentliche Meinung Frankreichs bewegen, ist diejenige der Ehescheidung. Seitdem das Gesetz Naquet trotz der leidenschaftlichen Abwehr der Gegner der Ehescheidung 1884 in Kraft trat, sind schon viele Stimmen laut geworden, darunter von Schriftstellern, Politikern,

Juristen etc., die eine größere Tragweite des Gesetzes verlangen, in dem sie nur eine halbe Maßnahme sehen. Als die Vorkämpfer dieser Idee veröffentlichten die Schriftsteller Paul und Victor Margueritte vor etwa 3 Jahren einen Aufsatz von grundlegender Bedeutung in der „Revue", in dem sie alle Mängel des Gesetzes und deren traurige Folgen aufzählten und auf die zur Beseitigung dieser Mängel zu ergreifenden Maßnahmen hinwiesen. Der Aufsatz rief damals eine sehr stürmische Polemik hervor. Die beiden Schriftsteller stützen sich auf den Gedanken, daß der Begriff der Ehe auch den der Ehescheidung involviere, da es unnatürlich und grausam sei, Eheleute, die in fortwährendem Streit leben, deren Neigungen und Gedanken entgegengesetzt seien, daran zu hindern, die verhaßten Bande der Ehe zu zersprengen und sich frei zu machen. Zugleich gingen sie auf alle möglichen Einwände ein und zeigten an der Hand von gerichtlichen und privaten Dokumenten, daß die Hindernisse, die das Gericht kraft dieses unvollkommenen Gesetzes der Ehescheidung in den Weg legt, eben die Ursachen der der Ehescheidung vorgeworfenen unsittlichen Folgen bilden. Die Einwände der Gegner der Ehescheidung sind dreifacher Art: Zunächst sind es religiöse Gründe. Diese sind jedoch nicht zu beachten, da sie eine Sache der Überzeugung und des Glaubens sind und kein Gesetz die von Gott stammende Lehre von der Unauflöslichkeit der Ehe zu seiner Grundlage machen könnte.

Die zwei anderen Einwände verdienen eine ernstere Erwägung. Die Ehescheidung soll einerseits die Unsittlichkeit begünstigen, andererseits dem Interesse der möglicherweise vorhandenen Kinder schädlich sein. Diese Bemerkungen sind scheinbar wahr jedoch nicht unwiderlegbar. Sind denn allein verheiratete Leute gut und tugendhaft und vermag es die Ehe, dieselben vor jedem Laster, jeder Verführung zu schützen? Ist es möglich, daß das Gesetz zwei einfachen Menschen, die es für ewig gebunden erklärt, zu gleicher Zeit Gefühle der ewigen Liebe, Hingebung und Beständigkeit einflößt? Nein, im Gegenteil. Wäre aber der Ehebruch sittlicher als die Ehescheidung? Diejenigen allein, die sich vor der Verantwortlichkeit ihrer Taten fürchten und die Schmach eines geheimen Genusses der ernsten Pflicht vorziehen, werden diese Frage mit einem „Ja" beantworten können. Und wenn man immer von Kindern spricht, dürfte man dann nicht an die unehelichen Kinder denken, die auch eine Berechtigung zum ehrlichen Dasein haben und eben wegen einer falschen Auffassung dieses humanen aber noch zu unvollkommenen Gesetzes überall verstoßen und verachtet zu Grunde gehen?

Aber, sagt der prüde Moralist, was wird aus dem ehelichen Kinde nach einer Ehescheidung? Es wird einen Stiefvater oder eine Stiefmutter haben und .... Dies ist einfach empörend. Warum machen diese so prüde denkenden Moralisten dann nicht ein Gesetz, dessen einziger Paragraph lautete: „Jedem Menschen, der, sei es durch Ehescheidung, sei es durch Tod, seine Ehehälfte verloren hat, ist es seiner lebenden Kinder wegen verboten, wieder zu heiraten." Das wäre in der Tat die Konsequenz seines Einwandes. Allerdings wäre es besser, wenn sich Eltern immer gegenseitige Achtung und Liebe entgegenbrächten. Da diese Eigenschaft nun aber nicht in jeder Menschennatur liegt, ist es da nicht sittlicher, daß ein Kind mit seinem geschiedenen Vater oder seiner geschiedenen Mutter ein ruhiges Leben führt, als daß es Zeuge wird von allem Streit, allen Vorwürfen, Beleidigungen, von allem was niederträchtig und sittenverderbend ist? Unter dem Vorwand die Rechte der Kinder zu schützen, darf man überhaupt nicht die Rechte des Vaters, die Rechte der Mutter vernichten. In den

Augen der Gesellschaft haben alle denselben Wert, und wenn das Kind hinreichend geschützt ist, so genügt dies für die Gesellschaft.

Durch alle diese Bemerkungen sehen sich Paul und Victor Margueritte veranlaßt, einige Änderungen in dem Ehescheidungsgesetze zu verlangen.

Zunächst werden der Ehescheidung viel zu viel Hindernisse in den Weg gelegt. Sie erfordert große Geldausgaben und Zeitverlust. Die Ehescheidung muß also kostenlos sein und rasch vor sich gehen. Diese Kostenfrage ist aber eine der unsittlichsten Seiten des ganzen Gesetzes; denn um Geld zu verdienen wird der Prozeß durch allerlei Formalitäten verzögert und in die Länge gezogen. Die Zeugen beider Eheleute verbringen dann ihre Zeit, um ein Material von Gerüchten, Beleidigungen und falschen Tatsachen zu sammeln, wodurch die einfache Ehescheidungsklage zu einer großen Verleumdungsverhandlung wird, in welcher die Ehre ebensowohl des Unschuldigen wie des Schuldigen zu Grunde geht. Das ganze Prozeßverfahren muß also geändert werden.

Es muß auch dann möglich sein die Ehescheidung zu erlangen, wenn nur einer der Eheleute fest auf ihr besteht. Die jetzigen Gründe, welche die Ehescheidung ermöglichen, sind folgende: nachweislicher Ehebruch, Beleidigungen und Schläge vor Zeugen . . . . Es gibt aber Menschen, die weder Ehebruch begehen wollen, noch so roh sind, daß sie die andere Ehehälfte beleidigen und mißhandeln, und trotzdem in einer Hölle leben. Ist es gerecht ihnen die geringste Hoffnung auf Freiheit und Leben zu rauben?

Die durch den Willen eines einzigen Verehelichten, sei es des Mannes oder der Frau, herbeigeführte Ehescheidung wird die einzige gerechte und würdige sein. Nach dem Bankerott ihrer freien Vereinigung wird der oder die Schuldige aufhören, das Recht zu haben, den Unschuldigen oder die Unschuldige noch weiter an einer verhaßten Kette zu binden. Es liegt in der Natur des Menschen, sagt Montesquieu, sich in demselben Maße zu ändern als sich der Willen des Menschen ändert.

Leider ändert sich dieser Willen oft ohne Logik. Die Geschichte der Ehescheidung ist in dieser Hinsicht lehrreich. Die Ehescheidung trat in Kraft nach dem Gesetz von 1792, wurde aber schon 1803 wieder eingeschränkt, 1816 auf Ersuchen von de Bonald und nach dem Bericht von de Lamoignon, der in diesem frommen Werk von 2 Bischöfen unterstützt war, gänzlich aufgehoben. Der einzige Grund hierfür war folgender: Die katholische Religion ist Staatsreligion, die zivile Gewalt muß weichen. Die Aufhebung der Ehescheidung war also die Folge einer religiösen Reaktion! Achtundsechzig Jahre brauchte man, um wieder zur Ehescheidung zu gelangen. 1831 wurde die Ehescheidung zwar wieder, aber vergebens, von de Schonen verlangt, ebenso 1832; vier Jahre nacheinander wurde ihre einfache Annahme durch eine klerikale Deputirtenkammer abgewiesen. Erst 1876 brachte Naquet seinen Gesetzentwurf, der als die Tat eines Wahnsinnigen angesehen wurde, ein. 1878 brachte er einen neuen Entwurf ein, den die Kammer endlich 1882 annahm, während er erst 1884 zum Gesetz wurde. Achtundsechzig Jahre lang hatte die unsittliche, heuchlerische Trennung von Tisch und Bett allein geherrscht.

Seit 1884 haben sich sowohl die geringen Vorzüge, dagegen aber auch um so mehr die großen Schattenseiten unseres Ehescheidungsgesetzes fühlbar gemacht. Heute fordern alle frauenrechtlerischen und sozialen Versammlungen, fordern einhellig Dramatiker und Juristen die unvermeidliche Reform.

Reform des Prozeßverfahrens, richtigere Bewertung der Ehescheidung, das sind die zwei bedeutendsten Änderungen die Paul und Victor Margueritte unter dem Beifall aller humanitär Denkenden in dem Ehescheidungsgesetze fordern. Der Entwurf liegt jetzt der französischen Kammer zur Prüfung vor. Es wäre zu wünschen, daß sie einen günstigen Beschluß faßte und daß man nicht mehr über das Portal der Ehe das tieftraurige Wort Dantes schreiben müßte: „Lasciate ogni speranza, voi ch'entrate."

*

Die älteste existierende deutsche Übersetzung einer Upanishad.

Von Dr. Arthur Pfungst.

Vor längerer Zeit wurde ich bereits von befreundeter Seite darauf aufmerksam gemacht, daß eine deutsche Übersetzung der ersten Upanishad (der Chândogya-Upanishad) aus der 1801—1802 erschienenen Sammlung Oupnek'hat von Anquetil Duperron existiere, welche im Jahre 1808 in Nürnberg erschienen sei. Da es mir gelungen ist, ein Exemplar dieser Übersetzung zu erhalten, möchte ich hier eine kurze Mitteilung darüber machen.

Der Titel des Büchleins lautet: „Versuch einer neuen Darstellung der uralten indischen All-Eins-Lehre; oder der berühmten Sammlung Τῶν Oupnek'hat ὤν: Erstes Stück Oupnek'hat Tschehandouk genannt. Nach dem Lateinischen, der Persischen Übersetzung wörtlichgetreu nachgebildeten Texte des Herrn Anquetil du Perron frey ins Deutsche übersetzt, und mit erläuternden Anmerkungen versehen von Thaddae Anselm Rixner, Professor der Philosophie am königlich Baierischen Lyceum zu Passau. Nürnberg, in der Steinischen Buchhandlung. 1808."

In seiner Vorrede zeigt sich der Übersetzer als klarer Kopf, der offenbar ein bewunderungswürdiges Verständnis für die Bedeutung der Upanishads gehabt hat. Er sagt nämlich: „Den besten und auffallendsten Beweis, daß diese durch die tiefsinnigen Forschungen der neuesten deutschen Welt- und Gotteskundigen nach einer langwierigen Nacht der Unwissenheit so glücklich wieder ans helle Licht des philosophischen Tages hervorgezogene Wahrheit, nichts weniger als eine neue und unerhörte, sondern vielmehr die allerälteste Lehre der weisesten Männer vom Anfange der Weltgeschichte sehe: liefert die zum besonderen Frommen der Vernunftwissenschaft erhaltene, und wahrscheinlich über 4000 Jahre alte Sammlung der 50 indischen Oupnekhat's, worinnen in der Tat das Mark der All-Eins-Lehre, die Urquelle der wahren Erkenntnis, und der einige und wahre Weg zum seligen Leben in Gott zu gelangen, auf das klärste und untrüglichste ausgesprochen und angegeben wird."

Im Anschluß an seine Vorrede giebt der Verfasser eine biographische Skizze über Anquetil Duperron nach der „Allgemeinen Litteratur-Zeitung von Jena 1805: Intelligenz-Blat(t) No. 50". Hieran schließen sich Übersetzung aus Anquetil Duperrons Vorreden und die deutsche Übersetzung der Oupnekhat Tschehandouk. Viele Anmerkungen des Übersetzers zeigen, wie ernst er sich mit dem Gegenstande beschäftigt hat.

Das Interesse, welches der hier besprochenen Übersetzung zukommt, dürfte meines Erachtens nicht lediglich auf bibliographischem Gebiete liegen. Wir sind daran gewöhnt Arthur Schopenhauer als denjenigen abendländischen Denker zu betrachten, welcher zuerst die unvergleichliche Bedeutung des Oupnek'hat erkannt hat. Max Müller sagt in der Vorrede zu seiner 1879

erschienenen Übersetzung der Upanishads über das Oupnek'hat: „Obwohl diese Übersetzung bei den Gelehrten hervorragendes Interesse fand, bedurfte es doch des luchsgleichen Scharfblickes eines beherzten Philosophen wie Schopenhauer, um einen Faden durch ihr Labyrinth zu finden, weil sie in unglaublich unverständlichem Stile abgefaßt war." Schopenhauer hat aber zum ersten Male in seiner Vorrede zur ersten Auflage von „Die Welt als Wille und Vorstellung", welche im August 1818 zu Dresden geschrieben ist, auf die Bedeutung der Upanishads aufmerksam gemacht, also zehn Jahre nach dem Erscheinen von Rixners Publikation. Schopenhauer hatte an seinem Werke nach seinem Briefe vom 28. März 1818 an den Verleger Friedrich Arnold Brockhaus 4 Jahre lang gearbeitet. Er sagt in seiner Vorrede: „Ist er (der Leser) aber gar noch der Wohltat der Vedas teilhaftig geworden, deren uns durch die Upanischaden eröffneter Zugang, in meinen Augen, der größte Vorzug ist, den dieses noch junge Jahrhundert vor den früheren aufzuweisen hat, indem ich vermute, daß der Einfluß der Sanskrit-Litteratur nicht weniger tief eingreifen wird, als im 15. Jahrhundert die Wiederbelebung der griechischen: hat also, sage ich, der Leser auch schon die Weihe uralter indischer Weisheit empfangen und empfänglich aufgenommen, dann ist er auf das allerbeste bereitet zu hören, was ich ihm vorzutragen habe. Ihn wird es dann nicht, wie manchen Andern fremd, ja feindlich ansprechen; da ich, wenn es nicht zu stolz klänge, behaupten möchte, daß jeder von den einzelnen und abgerissenen Aussprüchen, welche die Upanischaden ausmachen, sich als Folgesatz aus dem von mir mitzuteilenden Gedanken ableiten ließe, obgleich keineswegs auch umgekehrt dieser schon dort zu finden ist." Demnach muß Schopenhauer davon überzeugt gewesen sein, daß seine Leser zum Teil schon die Upanishads kennen gelernt hatten — sonst wäre seine Bemerkung „.... hat also, sage ich, der Leser auch schon die Weihe uralter indischer Weisheit empfangen und empfänglich aufgenommen...." schlechterdings nicht zu verstehen. Da nun nicht gut anzunehmen ist, daß Schopenhauer voraussetzen konnte, es möchten seine Leser das Persisch-Latein Anquetil Duperrons gelesen haben, ergiebt sich die Tatsache als wahrscheinlich, daß deutsche Übersetzungen des Oupnek'hat in den Händen des Publikums gewesen sind. Ob Schopenhauer etwa in Göttingen, wo er von 1809—11, oder in Berlin, wo er von 1811—13 studierte, die Rixner'sche Übersetzung zu Gesicht bekommen, ist natürlich nicht festzustellen. 1814—1818 hat er wahrscheinlich das Exemplar des Oupnek'hat benutzt, welches sich in der kgl. Bibliothek zu Dresden befindet. Die Existenz des Büchleins, auch wenn es Schopenhauer nicht gekannt hat, muß aber doch dazu führen, Schopenhauer in seiner Eigenschaft als Entdecker der Weisheit der Upanishads kritischer zu betrachten, als es Max Müller an der oben angeführten Stelle getan hat. Das Verdienst des großen Philosophen, den eigentlichen Impuls zum Studium der Upanishads gegeben zu haben, bleibt natürlich ungeschmälert bestehen.

Bekannt ist die Tatsache, daß Rixner im Jahre 1882 einen Nachfolger fand, indem Dr. med. Franz Mischel in Dresden das Oupnek'hat nach dem Texte von Anquetil Duperron ins Deutsche übertrug. (Verlag von C. Heinrich in Dresden). Mischel kannte Rixners Arbeit nicht; ebensowenig kannte sie Oberpräsidialrat Th. Schultze, welcher 1887 eine Sammlung der Übersetzungsfehler von Dr. Mischels Übersetzung bei C. Heinrich in Dresden herausgab. Herr Professor Pischel hatte die Güte festzustellen, daß sich Rixners Buch auch in der Königl. Bibliothek zu Berlin findet.

*

Gottfried Schwarz und der § 166.

Der streitbare Erzbischof Dr. Noerber von Freiburg hat nach seinem bekannten verunglückten Feldzug gegen Arthur Boethlingks Schrift „Auf der Fahrt nach Canossa“ am 16. April zu Mannheim eine neue Niederlage erlitten. Diesmal hatte er den protestantischen Pfarrer a. D. Gottfried Schwarz in Heidelberg wegen zwei in seiner Zeitschrift „Das Banner der Freiheit“ erschienenen Abhandlungen „Leo XIII. vor dem Richterstuhle Christi“ sowie „Fetischdienst in den christlichen Kirchen“ mit Berufung auf den bekannten § 166 R.-St.-G.-B. bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Die Staatsanwaltschaft leistete dieser Anzeige Folge, die Geschworenen gaben jedoch nach kurzer Beratung ihren Spruch dahin ab, daß in beiden zur Anklage stehenden Schriften eine Beschimpfung der katholischen Kirche und ihrer Einrichtungen nicht vorliege, und sprachen den Angeklagten frei. Wir werden auf diesen interessanten Prozeß noch in einem größeren Artikel zurückkommen und möchten jetzt nur kurz die klerikalen Preßstimmen beleuchten, die einhellig erklären, daß nach diesem Urteil die katholische Kirche vogelfrei sei. Wenn auch Pfarrer Schwarz in beiden Abhandlungen formell sehr scharfe, obwohl sachlich durchaus unanfechtbare Behauptungen aufstellte, so beweist doch, was es mit der Vogelfreiheit der katholischen Kirche auf sich hat, am anschaulichsten die „Bullen“sprache der Päpste, namentlich wenn es sich um einen „Betrüger und Abtrünnigen“ wie Martin Luther, um „das schleichende Gift“ und „den todbringenden Pesthauch des Protestantismus“ oder gar um die satanische Freimaurerrotte handelt. Protestantismus und Freidenkertum sind noch immer päpstlichen Beschimpfungen gegenüber vogelfrei, und zu der Vergewaltigung durch die Tat fehlt den Päpsten vorläufig nur die Macht. (Vgl. die Weihnachtsallocution des „heiligen Vaters“ an seine Kardinäle vom Jahre 1894). Die Freisprechung des Pfarrers Schwarz durch die Geschworenen beweist uns also zunächst nur, daß man es endlich in Deutschland und speziell im Badischen satt hat, sich von Papst und Bischöfen als „Häretiker“ und „Atheisten“ anflegeln und die Existenzberechtigung absprechen zu lassen, ohne dawider bei der Abwehr das Recht der unverblümten freien Meinungsäußerung in Anwendung bringen zu können. Hoffen wir, daß der § 166 durch diese Freisprechung einen neuen Stoß erhalten hat und bald endgültig verschwindet, da er doch nur eine der häßlichsten Stützen des Klerikalismus bildet.

*

In eigener Sache.

Wir haben es diesmal wieder mit unserer guten Freundin, der Köln. Volkszeitung, zu tun, die nach dem kläglichen Ausgang ihrer Polemik gegen uns in Sachen des Reliquienkultes der katholischen Kirche, in der uns der Nachweis gelang, daß noch heute, fast unter den Augen des Papstes, die Vorhaut Christi verehrt wird, nunmehr einen andern Weg einschlägt, um das freie Wort totzuschlagen, — den Weg der Denunziation. Unter dem Stichwort „Kulturkampf in Fachblättern“ denunzierte sie eine Woche lang fast Tag für Tag eine Reihe von Fachzeitschriften, die einen Prospekt unserer Zeitschrift und unserer Verlagserscheinungen, die „als in hohem Grade gehässig der christlichen und namentlich der katholischen Auffassung gegenüber bekannt seien“, beigelegt hatten.

Demgegenüber wollen wir hier nur die beiden ersten Programmpunkte des

Prospektes unserer Zeitschrift zum Abdruck bringen, um zu zeigen, auf welcher Seite das Moment der Gehässigkeit allein im Spiel steht:

> Das freie Wort ist ein von allen politischen Parteien unabhängiges Organ, das einzig und allein die Wohlfahrt und die Größe des deutschen Volkes in der Sicherung und Mehrung seiner Kulturgüter erstrebt.
>
> Das freie Wort erkennt in der kirchlich-konfessionellen Spaltung die tiefste Wunde, die der deutschen Volksseele geschlagen ist. Um dieses seit Jahrhunderten am Marke des deutschen Volkstums zehrende Übel zu bekämpfen, hat unsere Zeitschrift eine Reihe namhafter Wortführer aus den verschiedenen konfessionellen Lagern um sich geschart, welche durch schärfste Bekämpfung des kirchlichen Dogmatismus und aller konfessionellen Ausschließlichkeit die künstlich auseinandergerissenen Volkselemente zu einer höheren sittlich-religiösen Einheit wieder zusammenzuführen bestrebt sind. Von der grundlegenden Einsicht ausgehend, daß nur das kirchliche Autoritätsprinzip nicht aber die Religion der freien Forschung feind ist, daß vielmehr wahrhafte Religiösität erst durch ein lauteres Erkenntnisstreben bedingt wird, daß ferner alle Religion, insoweit sie Weltanschauung und Lebensauffassung ist, sich als höchstes und ureigenstes Gut der freien Einzelpersönlichkeit giebt, die ethischen Gesetze jedoch für Alle bindende Kraft besitzen, verlangt „Das freie Wort" volle Glaubens- und Gewissensfreiheit für jeden Einzelnen, Trennung von Kirche und Staat, völlige Loslösung der Schule von der Kirche und Einführung eines von allen trennenden konfessionellen Voraussetzungen freien Moralunterrichts.

Unter den von der Köln. Volkszeitung und ihren Trabanten angerempelten Fachblättern befanden sich nun auch die Mäßigkeitsblätter, Organ des deutschen Vereins gegen Alkoholmißbrauch, deren frappierend schwächliche Haltung wir hier doch ein wenig näher beleuchten wollen. Wir hatten bei der Geschäftsstelle der „Mäßigkeitsblätter" angefragt, ob sie geneigt wären, einen Prospekt unseres Verlages beizulegen, und daraufhin eine zusagende Antwort erhalten. Bald nachdem ihnen dieser Prospekt zugegangen war, erhielten wir denn auch von der Geschäftsstelle die Rechnung für die Beilagegebühren präsentiert. Nachdem nun die Köln. Volkszeitung ihre Denunziation vom Stapel gelassen hatte, versandte Herr Maximilian Bern, Geschäftsführer des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, nach der Köln. Volkszeitung eine Mitteilung, in welcher er „alle Mitglieder davon verständigt, daß der vom Neuen Frankfurter Verlag herrührende Prospekt im Märzheft der Mäßigkeitsblätter der Zeitschrift nur infolge eines Versehens der Expedition beigelegt worden, was er lebhaft bedauert und gütigst zu entschuldigen bittet."

Nach einem Bericht des „Münst. Anzeigers", den die Köln. Volkszeitung als erfreulich reproduziert, wäre sogar folgende Erklärung gegeben: „Durch ein Versehen der Expedition der Mäßigkeitsblätter sind die der Märznummer beigefügten bedenklichen (!) Empfehlungen, welche in großen Ballen auf der Expedition angekommen waren (aber doch nur nach vorheriger Vereinbarung der Anzahl der zu liefernden Exemplare!), schon zum großen Teil den Mäßig-

keitsblättern beigelegt worden, ehe seitens der Schriftleitung der Inhalt der Empfehlungen durchgesehen war. Sofort nachdem letzteres geschehen und nachdem die Schriftleitung hierdurch von der Unzulässigkeit (!) der Empfehlungen sich überzeugt hatte, hat sie die weitere Beifügung der Empfehlungen inhibiert. Tatsächlich sind denn auch nur einem Teil der Märznummer der Mäßigkeitsblätter die Empfehlungen beigefügt gewesen." (Aber wie kommt dann die Geschäftsstelle der Mäßigkeitsblätter dazu, von uns den vollen Betrag der Beilagegebühren einzufordern?! Der Oberschlesische Bezirksverein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, Beuthen, O.-S. faselt in der Schles. Volkszeitung sogar von einem Einschmuggeln unseres Prospektes!)

Doch genug des Kommentars. Wir wollen hoffen, daß nicht alle Vorkämpfer der deutschen Mäßigkeitsbewegung so schlottrige Hosen anhaben wie dieser Herr Maximilian Bern, sonst könnte sie bald einpacken. Aber selbst zugegeben, es handelte sich um ein Versehen, worin bestand dies für Herrn Maximilian Bern? Etwa darin, daß „das freie Wort" zu wiederholten Malen warm für die deutschen Mäßigkeitsbestrebungen eingetreten ist, während die klerikale Presse mit der Kölnischen Volkszeitung an der Spitze Tag für Tag zehnmal mehr Interesse für die französischen schnapsbrennenden und liqueurfabrizierenden Orden und Kongregationen verrät als für die deutsche Mäßigkeitsbewegung? Ferner: Wie kommt die Köln. Volkszeitung dazu, sich über die in allen Grenzen der Korrektheit vor sich gehende Propaganda für „das freie Wort" zu ereifern, wo sie sich selber samt einer Reihe anderer namhafter klerikaler Tageszeitungen in ihrer Propaganda jüngst bis zur Bedrohung der Hoteliers und Gastwirte mit dem Boykott seitens katholischer Geschäftsreisender und katholischer Vereinigungen verstieg, falls sie sich nicht zu einem Abonnement auf eines oder das andere dieser Blätter verpflichteten?

Wir werden selbstverständlich unsere Haltung gegenüber den Mäßigkeitsbestrebungen in nichts ändern, sei es, daß der deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke sich weiterhin einer so mannhaften Geschäftsführung erfreut oder nicht, — nur möchten wir die Aufmerksamkeit der Tagespresse besonders auf diese hier berührte Seite klerikaler Unduldsamkeit hinlenken, die nicht scharf genug in ihre Schranken zurückzuweisen ist, da sie bei sittlich oder wirtschaftlich schwachen Individuen naturgemäß zur Charaktervergiftung führen muß.

*

Briefkasten der Redaktion.

Herrn Dr. Schäfer, Trier. Sie schreiben uns aus Korums geistlicher Provinz: „Das freie Wort paßt vortrefflich zu gewissen Zwecken in meiner Retirade." Liebwertester Herr Schäfer, Sie sind nur eines der vielen klerikalen Schäflein, deren ganzer Witz uns gegenüber mit der Retirade anfängt und aufhört. Unser Mitleid umschließt hinfort auch Sie.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort
Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 4. Zweites Maiheft 1903. III. Jahrg.

Die Wahlparole.

Wenn in anderen Ländern das Parlament die letzte Session seiner Legislaturperiode schließt, so pflegt gegen Ende das verlöschende Licht noch einmal aufzuflackern. Der Regierung wird Gelegenheit gegeben, ihr Programm vor dem Lande zu entwickeln. Irgend eine Form wird gesucht, um die wichtigste Frage auf die Tagesordnung zu setzen, damit die Regierung oder die Opposition die „Wahlparole" ausgeben kann. Die Mehrheit (und das ist in parlamentarisch regierten Ländern die Regierungspartei) schart sich um die Fahne des Ministeriums. Die Minderheit sucht, allem Widerstande zum Trotze, diese Fahne herunterzuholen oder wenigstens scharf und deutlich den Zielpunkt des Angriffes für die kommenden Wahlen ins Auge zu fassen.

Anders bei uns. Auch hier zwar hat am vorletzten Tage der Reichstagssession, am Mittwoch den 29. April, der Reichstag die 300ste Sitzung seiner von Jahr zu Jahr hingeschleppten Tagung dazu benutzt, um eine Interpellation über die brennendste Frage zu beraten: Die Konservativen hatten an die Regierung die Anfrage gerichtet, wann sie endlich die bestehenden Handelsverträge kündigen werde. Aber die Regierung hüllte sich in vornehmes Schweigen, Namens des Reichskanzlers erklärte der Staatssekretär Graf Posadowsky, daß aus staatsrechtlichen und zurzeit auch aus dringenden sachlichen Gründen über die Frage keine Auskunft gegeben werden könne, und darauf verließen sämtliche Bundesratskommissare den Saal. Die Regierung wäre in ihrer Abwesenheit allen Angriffen schutzlos preisgegeben gewesen, wenn nicht die oppositionelle Minderheit sich ihrer angenommen hätte. Gegen den konservativen Grafen Limburg-Stirum, der die Zeit gar nicht erwarten

konnte, bis daß Deutschland sich in einen Zollkrieg mit allen anderen Ländern stürzen würde, verteidigte die freisinnige Vereinigung durch den Mund der Abgeordneten Dr. Barth und Gothein die Haltung der Regierung, die es zunächst zu vermeiden suche, die alten Handelsverträge zu kündigen, bevor sie über neue einigermaßen in Sicherheit sei. Und als die Redner des Zentrums, der nationalliberalen und der Reichspartei mehr oder minder den konservativen Redner unterstützten, zog der Abgeordnete Richter das Facit der Debatte dahin, daß die Wahlperiode mit einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Rechten und der Regierung geschlossen habe.

Diese Pointierung ist durchaus richtig. Die Wahlparole im bevorstehenden Kampfe werden die Handelsverträge sein. Und in dieser Frage steht die Linke dem Standpunkte, den jede Regierung des deutschen Reiches einzunehmen genötigt ist, weit näher, als die Rechte, die bei uns als die hergebrachte Regierungspartei gilt.

In den Debatten über den Zolltarif hat die wichtigste Stelle die Bestimmung gebildet, daß auch in zukünftigen Handelsverträgen der Roggenzoll nicht weniger als 5 Mark für den Doppelzentner betragen solle. Daß das Ungeheuer von Zolltarif, das dem Reichstag vorgelegt wurde, wirklich zustande gekommen ist, bleibt ein trauriges Denkmal oppositioneller Unfähigkeit im Deutschen Reichstag. Aber nachdem infolge einer Kette von Fehlern, die die Opposition begangen hat, ihren Gegnern das Unmögliche möglich geworden ist, muß man schließlich anerkennen, daß der Kampf um den Zolltarif weit mehr eine moralische, als eine rein sachliche Bedeutung hatte. Der Gedanke, ein zukünftiges Parlament durch das gegenwärtige zu binden und schon im voraus vorzuschreiben, daß ein Handelsvertrag die Genehmigung des zukünftigen Parlaments nicht finden solle, wenn er unter einen bestimmten Zollsatz heruntergehe, ist weder geistreich noch neu, noch, wie die Erfahrung gelehrt hat, sehr gefährlich. Wenn eine Regierung die Handelsverträge, die sie haben muß, mit den Mindest-Zöllen nicht durchsetzen kann, so geht sie eben unter diese sogenannten Mindestsätze herunter und das lebende Parlament wird dem toten zum Trotz genehmigen, was es genehmigen muß und will. Ob daher die Mindest-Zollsätze für Getreide bestehen bleiben oder nicht, hängt nicht von dem ab, was der verflossene Reichstag in das Reichs-Gesetzblatt hineingebracht hat, sondern von der wirtschaftspolitischen Konstellation, die den zukünftigen Reichstag beherrschen wird.

Daß Deutschland Handelsverträge haben muß, darüber sind alle Volkswirte einig mit Ausnahme der extremsten Elemente im Bunde der Landwirte. Und zwar ist hierbei nicht an Urkunden zu denken, die das äußere Aussehen von Handelsverträgen haben, sondern an solche, die

wirklich dem deutschen Export an Maschinen, an Textilwaren, an Erzeugnissen der chemischen Industrie usw. das Ausland eröffnen. Kommen solche Handelsverträge nicht zustande, wird das Ausland oder werden große Teile desselben unserem Export gesperrt, so bedeutet dies das Ausblasen von Hochöfen, die Schließung von Fabriken, die Verödung von Werkstätten, die Verminderung der Konsumkraft, die Unterernährung des deutschen Volkes. Das Scheitern von Handelsverträgen würde die Verhängung von Arbeitslosigkeit über weite Gebiete des deutschen Reiches bedeuten. Hält man es im Ernste für möglich, daß eine Regierung im deutschen Reiche eine Politik mit solchen Folgen beginnen könnte?

Darum ist die Wahlparole „Handelsverträge" für die Linke so günstig, wie seit lange keine gewesen ist. Zunächst deswegen, weil sie geeignet ist, alle Elemente der Linken gegen den agrarischen Übermut zu einigen. Man spricht immer von den Konservativen als Gegnern, von den Liberalen als Anhängern der Handelsverträge. Diese Gegenüberstellung leidet an Unvollständigkeit. Anhänger der Handelsverträge sind nicht nur die Liberalen, sondern auch die Sozialdemokraten. Es ist im höchsten Maße bedauerlich, daß an einer Verhandlung, wie an der über die konservative Interpellation, sich die Sozialdemokratie nicht beteiligt hat. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Sozialdemokratie in Fragen der Handelspolitik sich als ein bloßes Anhängsel der Liberalen betrachten durfte. Diese Partei, die immer mit Stolz erwähnt, daß sie bei den Wahlen die größte Stimmenzahl auf sich vereinige, darf in einer Frage, die die Wahlparole bildet, nicht in der Ecke stehen bleiben und sich mit Zustimmung durch Zwischenrufe begnügen. Nicht einmal der Umstand, daß sie sich bei der Beratung des Zolltarifs mit ihren Ungeschicklichkeiten eine Blämage ohnegleichen zugezogen hat, kann sie von der Pflicht ernsthaftester Beteiligung befreien. Wenn nicht alles trügt, wird auch die Sozialdemokratie bei den Wahlen das Einsehen haben, daß sie mit einer Lahmlegung der Industrie die Arbeiter arbeitslos machen würde, und daß sie daher schon aus diesem Grunde genötigt ist, überall für die Freunde der Handelsverträge einzutreten. Andererseits sind nicht blos die Konservativen Gegner wirklich brauchbarer Handelsverträge, sondern auch die Freikonservativen, das Zentrum und ein großer Teil der Nationalliberalen. Während man aber bisher immer über Uneinigkeit auf der Linken klagen und die Rechte als musterhaftes Beispiel von Einigkeit vorführen mußte, liegen gegenwärtig die Verhältnisse umgekehrt. Die Gegner einer praktisch brauchbaren Vertragspolitik sind zurzeit in sich gespalten. In jener Reichstagssitzung vom 29. April beklagte sich der freikonservative Redner ziemlich pikiert, daß seine Frak-

tion nicht einmal zur Mitunterzeichnung der Interpellation aufgefordert worden sei. Der Zentrumsredner, wohl merkend, daß dem Zentrum seine Wählermassen auf den Hacken sind, suchte sich mit allerhand Schimpfreden von der Verpflichtung einer bestimmten Stellungnahme zur Wahlparole nach Möglichkeit zu befreien. Und die Nationalliberalen gingen sogar so weit, gegen die Besprechung der Interpellation zu stimmen. Nur eine Unterstützung fanden die Konservativen: bei den nicht zur Fraktion gehörenden Mitgliedern des Bundes der Landwirte. Der extremste Flügel der Agrarier hat gesiegt. Er hat die Konservativen schwärzester Färbung sich tributpflichtig gemacht; dafür ist den Elementen, die links vom rechtesten Flügel stehen, den Freikonservativen, dem Zentrum und dem agrarisierenden Teil der Nationalliberalen unheimlich zu Mute geworden. Noch deutlicher trat die Isolierung der äußersten Rechten in dem Nachspiel hervor, das die Konservativen der Reichstags-Interpellation in der Schlußsitzung des Preußischen Herrenhauses bereiteten. In diesem Auch-Parlamente pflegt sonst die feudale Gesellschaft wie eine Art Mimicry zu wirken und alle anderen Elemente sich anzuähneln. Als aber hier die feudalen Herren den Antrag einbrachten, die Staatsregierung zu ersuchen, daß sie im Bundesrat auf baldige Kündigung der Handelsverträge hinwirke, war der Antrag nur von Fürsten, Grafen und Baronen unterschrieben. Ein gewöhnlicher Adeliger mit dem bloßen „von“ vor dem Namen konnte in dieser Gesellschaft schon als eine Art Vertreter des Plebejertums gelten. Einen ganzen Bürgerlichen hatten die hohen Herren aufgetrieben, der als Konzessions-Schulze den Antrag mitunterzeichnen konnte. Alles, was nicht dem grundbesitzenden Feudaladel angehörte, war selbst in diesem hohen Hause gegen den Antrag, und die zahmsten rheinischen Oberbürgermeister meldeten sich zum Wort dagegen. In dem Augenblick, wo der Antrag zur Verlesung kam, erhoben sich auch hier die Minister und gingen hinaus. Und ein früherer preußischer Landwirtschaftsminister, der dem Hause angehört, der Freiherr von Lucius, sprach gegen den Antrag. Wenngleich der Antrag selbstverständlich in diesem Hause seine von vornherein sichere Mehrheit fand, so diente der Verlauf der Angelegenheit doch nur dazu, aufs neue klarzustellen, wie die Gegner der Handelsverträge eine isolierte Adelsklique darstellen, die weder die Regierung noch auch nur die ihr benachbarten Parteien in dieser Frage auf ihrer Seite hat.

Und weil die Linke in dem bevorstehenden Wahlkampf offenbar die Richtung vertritt, die in Zunahme begriffen ist, ist es für sie nicht ungünstig, daß die Regierung sich in Schweigen hüllt. Für die Linke sich zu erklären, gilt nun einmal in den Salons, in denen bei uns Regierung gemacht wird, für nicht wohlanständig. Bei einer konservativen

Interpellation davonzulaufen, ist immerhin schon der höchste Grad von Liberalismus, zu dem sich eine Regierung versteigen kann. Und er genügt. Die Linke verlangt von der Regierung keine Unterstützung bei den Wahlen, sondern nur das Unterlassen von Wahlbeeinflussungen. Daß die Reichsregierung die Vorschriften zur Sicherung des Wahlgeheimnisses wirklich vorgelegt und in Kraft gesetzt hat, ist nicht nur an sich ein Erfolg; es ist im gegenwärtigen Zeitpunkt auch ein Beweis dafür, daß die Regierung in der Tat unabhängige Wahlen wünscht. Diese Absicht wird an dem Wahltage des 16. Juni auch durch die untergeordneten Organe in desto weiterem Maße verwirklicht werden, je kräftiger und energischer von den Anhängern der Linken die Wahlparole „Für oder wider die Handelsverträge!" in das Land hinausposaunt wird, von den Haupt- und Großstädten bis in die entlegensten Dörfer.

§ 166 vor dem Schwurgericht.

Von Dr. J. Gmelin.

Ob es einen Paragraphen im Strafgesetzbuch gibt, der für unser deutsches Volk ein größeres Unglück ist, weil mehr geeignet, es um seine Gradheit und Wahrhaftigkeit, an der seine sittliche Gesundheit hängt, zu betrügen, als der § 166? Offen gestanden, ich kann mir nur etwa noch den Majestätsbeleidigungsparagraphen denken. Kann man doch darüber streiten, welcher von beiden mehr die Heuchelei und die gemeine Gesinnungslosigkeit befördert. Dieser, welcher die irdische Majestät schützen, genauer die Ehrfurcht vor dem Staatsoberhaupt erhalten will, in Wahrheit durch das Verbot der offenen Kritik nur dem geheimen und darum um so schädlicheren Grimm auch loyal veranlagter Gemüter über unsere freier Männer noch so wenig würdigen Verfassungszustände Nahrung zuträgt; oder jener, der, wie man sagt, die Religion schützen soll, indem er die ewige Majestät beziehungsweise deren zeitliche Vertreter oder Verehrungsformen vor „Beschimpfung" sicherstellen will, in Wirklichkeit im besten Fall die religiöse Gleichgültigkeit d. h. die eigentliche G o t t l o s i g k e i t befördern hilft. Mir will allerdings scheinen, als ob schon damit, daß diese zeitlichen Stellvertreter, beziehungsweise verschiedenen Verehrungsformen der ewigen Majestät dem gewöhnlichen Menschen noch näher gerückt und die Möglichkeiten der Kollision somit noch zahlreicher sind als die mit den irdischen Majestäten, die Schale weit zu Gunsten oder eigentlich Ungunsten des § 166 sich neigte, d. h. diesem der Primat

der Schädlichkeit zuzuerkennen sei. Doch mag diese Frage bei den so verschiedenen Betrachtungsweisen, die hier möglich sind, als ein müßiger Streit erscheinen, den hier weiter zu verfolgen keinen Sinn hat. Wichtiger, schon weil praktischer, ist jedenfalls die Frage, welcher von beiden Paragraphen mehr Aussicht gibt, von ihm erlöst zu werden, was ein natürlicher Wunsch für einen jeden sein muß, der die eingangs ausgesprochene Überzeugung von der Schädlichkeit beider teilt. Da braucht es wohl keiner übertriebenen Dosis prophetischer Begabung, sondern nur einer bescheidenen Kenntnis unseres deutschen Nationalcharakters wie der gegebenen Verhältnisse, um diese Frage zu Gunsten des Majestätsbeleidigungsparagraphen im Ernst, d. h. zu Gunsten seiner dauerhafteren Natur, zu beantworten. Ob wir den Majestätsbeleidigungsparagraphen weg bekommen, so lange wir nicht eine völlig andere Regierungsform oder doch eine ganz anders gesinnte Reichstagsmehrheit, und zwar ohne Aussicht auf abermalige Rückwärtsänderung, haben werden, ist von Hause aus zweifelhaft. — Man braucht dabei noch keineswegs an eine republikanische Regierungsform zu denken, sondern darf nur englische Verfassungszustände im Auge haben. — Dagegen scheint in der Tat Aussicht, dem nach unserem Empfinden weit schädlicheren Religionsparagraphen in absehbarer Zeit zu entrinnen. Zweierlei Wege scheinen dazu nicht blos theoretisch, sondern auch praktisch denkbar: der eine, daß sich eine Mehrheit finde, welche, durchdrungen von der Überzeugung der unüberbietbaren Schädlichkeit dieses Paragraphen, lieber ein anderes kleiner erscheinendes Übel, die Jesuiten, in Kauf nähme. Der andere ist der, daß man dem Paragraphen einen Sinn, eine Auslegung gäbe, beziehungsweise eine Behandlung zu teil werden ließe, die, indem sie eine wirkliche Korrektur desselben enthielte, doch damit ihn seinen bisherigen Gönnern und Freunden so wertlos machte, daß sie, mit oder ohne anderweitige Entschädigung, denselben gerne fahren ließen. Letzteres natürlich immer die günstigste Lösung. Jedes Geschehnis, das in dieser Richtung wirkt, darf von den Kämpfern für die Erhaltung der sittlich-religiösen Gesundheit unseres Volkes als ein Ereignis, für das der Vorsehung Dank gebührt, gefeiert werden. Ein solches Ereignis liegt auch jetzt wieder hinter uns. Wir meinen den Prozeß Schwarz, der (16. April) vor dem Schwurgericht in Mannheim mit der glänzenden, für manche verblüffenden Freisprechung des Angeklagten geendigt hat. Er ist in seinem ganzen Charakter wie in seinem Verlauf, wichtig genug, um bei den Freunden des „Freien Wort“ besondere Beachtung zu verdienen.

Um was handelte es sich hier denn? Die Antwort gibt in erster Linie schon ein Blick auf den Mann. Gottfried Schwarz, Pfarrer a. D., ist, obgleich seit anderthalb Jahrzehnten in Baden wohnhaft, doch

ein echter Sohn des schwäbisch-württembergischen Volks und so, wenn irgend einer, nur aus dem schwäbischen Stammescharakter, mit seiner Neigung zu prinzipieller Auffassung aller Fragen, vollends der Religion, zu begreifen. Genauer ist er von Geburt mit dem württembergischen Pietismus und zwar reinster Observanz wie kaum ein zweiter verwachsen, nur daß er als eine original-selbständige Persönlichkeit gleich einem Blumhardt demselben darum um so gründlicher e n t wachsen ist. Denn geboren 1845 in Kornthal bei Stuttgart wuchs er auf in den Kreisen der spezifisch-schwäbischen Frömmigkeit extremster Richtung, wie sie nicht ganz ein Menschenalter zuvor eben in dem „heiligen“ Kornthal ihr Zion sich geschaffen hatte, und hat so an den besonderen Auswüchsen des württembergischen Pietismus, wie sie dort gepflegt werden, in der ersten Hälfte seines Lebens hervorragenden Anteil genommen, indem er den Templerzug in das heilige Land mitmachte und längere Zeit als Vorsteher von deren Schule in Jaffa ihnen gedient hat. Mit der Zeit brachte ihn doch der ihm angeborene schwäbische Freiheitsdrang, sonst oft auch „Subjektivismus“ genannt, in Konflikt mit den päpstlichen Allüren des Vorstehers Hoffmann, was ihn zum Austritt veranlaßte. Er wurde zunächst Vorsteher der deutschen Schule in Beirut 1881, um 1887 in die Heimat zurückzukehren und in den badischen Kirchendienst einzutreten. Hier war er erst Pfarrer in Rosenberg, von 1892 an in Binau bei Neckarelz. 1895 brachte ihn die Herausgabe von 60 Sätzen, die gegen das äußerliche Kirchentum (so namentlich das Sakramentswesen der Kirche) gerichtet waren, in Konflikt mit dem badischen Oberkirchenrat, der mit seiner Enthebung von dem kirchlichen Pfarramt, doch unter ausdrücklicher Anerkennung seiner persönlichen Achtbarkeit mit Belassung der vollen Pension, endigte. Er ging nach Heidelberg um sich neben der Erziehung seiner Kinder und der Führung eines Pensionats der Herausgabe einer Monatsschrift zu widmen, die seine Ideen weiter entwickeln und verbreiten sollte. Erst das „Evangelium“ betitelt, hat diese vor etlichen Jahren ihren Namen mit dem „Banner der Freiheit“ vertauscht, ein Anzeichen dafür, wie Schwarz seiner ursprünglichen Idee getreu, im Verlauf der Jahre immer schärfer zu der Überzeugung geführt wurde, daß nur in der völligen Freiheit für die Religion deren Rettung und damit die fortwährende Befruchtung unseres sittlichen Lebens durch dieselbe möglich ist. Den Gegenpol verficht bekanntlich im ausgesprochensten Sinn die römische Kirche mit ihrer Spitze im Papsttum. Und so wurde Schwarz im Zusammenhang mit den wachsenden Ansprüchen dieser Macht, die sich auf die zunehmende Unentbehrlichkeit des Zentrums für die deutsche Regierung stützte, dazu gebracht, seine Pfeile immer schärfer direkt gegen das Papsttum zuzuspitzen und je mehr dieses in der Person

Leo's XIII. von aller Welt vergöttert wurde, umgekehrt diese Person um so gründlicher zum Gegenstand seiner scharfen Kritik zu machen. Am schärfsten geschah dies im Heft 77 und 78 seiner Monatsschrift, hernach auch als selbständige Broschüre herausgegeben unter dem Titel „Papst Leo XIII. vor dem Richterstuhl Christi." Hier ist eben Christus in seiner Aufopferung für die Freiheit der Menschen, die nach Schwarz auch den eigentlichen Schlüssel für die richtige Deutung des Abendmahls an die Hand gibt, dem Papsttum als dem geschworenen traditionellen Unterdrücker der Gewissensfreiheit gegenübergestellt. Und da der jeweilige Papst in unserer Zeit an diese Spitze des Systems nicht gelangen kann, ohne sich persönlich mit diesem System zu identifizieren, so ist in durchaus logischer Entwicklung Leo XIII. als der persönliche Vertreter der Gewissensunterdrückung = Christusfeindschaft, also als der eigentliche „Antichrist" behandelt und so, weit entfernt, als „heiliger Vater" gelten zu können, mit allen Titeln bedacht, die von Rechts wegen dem Antichrist zukämen als „unheiligster aller Menschen", „größter Sünder" und dergleichen. Diese Gedankenreihe hat wohl von Hause aus ein großes Recht in sich, jedenfalls ein ganz anderes, als die entgegensetzte, die zu scheiden pflegt zwischen Amt und Person und, während sie das Amt verabschent, doch der Person des Trägers alle möglichen Huldigungen darbringt; ein Stück von der gedankenlosen Charakterschwäche unserer Zeit. Aber leugnen läßt sich nicht, daß in der Schwarzschen Deduktion doch die reine Theorie seiner schwäbisch-prinzipiellen Denkweise in einem Maß verkörpert ist, das in unserer historisch-realistisch veranlagten Zeit Befremden und mancherlei Bedenken auch bei Freunden erregen mußte. In jedem Fall aber konnte die Schrift, so wie sie war, auf sonderliche Verbreitung kaum rechnen. Da sorgte wieder einmal der Unverstand der Gegner dafür, das für den Autor Schmerzlichste, stillschweigendes Übersehen zu verhüten. Längst schon von dem seine Ansprüche immer höher spannenden und für jede Art von Kritik immer nervöseren badischen und pfälzischen Ultramontanismus aufs Korn genommen, der vollends durch Schwarz' Auftreten gegen die Zulassung der Jesuiten sich aufs äußerste gereizt sah, schlug dieser Angriff dem Faß den Boden aus. Doch ließ man, da der Eifer um die Person des Papstes allein einen nicht sehr günstigen Eindruck gemacht hätte, lieber noch anderes dazu kommen und Schwarz tat seinen Feinden rasch genug diesen Gefallen, indem er im Oktoberheft 1902 (Nr. 82) seinen alten Angriff gegen die Sakramentslehre der Kirche zu einem neuen Aufsatz „Der Fetischdienst der Kirche" verdichtete, der speziell gegen das Dogma der Transsubstantiation gerichtet ist, das ja auch, wie männiglich bekannt ist, den Gipfel der Widersinnigkeit des Dogmas gegenüber dem gesunden Menschenver-

stand bedeutet und jeden, der noch eine Spur von eigenem Denken besitzt, zum Widerspruch herausfordern muß. Für die erzbischöfliche Kurie in Freiburg ergab sich damit von selbst das erwünschte doppelte Anklage-Objekt: indem man durch diese Verkoppelung den Angriff auf den Papst um so besser als einen Angriff auf die katholische Kirche, was ja auch drin liegt, darstellen und so deren Beschimpfung in den Vordergrund rücken konnte, während schon der Umstand, daß die Anstiftung allem nach von Rom ausging, darauf hinwies, daß den eigentlichen Anstoß doch nur der Angriff auf den Papst gegeben hat. Jedenfalls schien damit der Tatbestand der Verletzung des § 166 aufs reichlichste erwiesen und so zögerte denn auch der Staatsanwalt in Heidelberg, vom erzbischöflichen Offizialat darum angegangen, keinen Augenblick — sicher nicht ohne Fühlung mit Karlsruhe — die öffentliche Anklage gegen Schwarz zu erheben, und zwar 1) wegen Beschimpfung der katholischen Kirche, ihrer Gebräuche und Einrichtungen, und 2) Beschimpfung des Papsttums (als einer Einrichtung der katholischen Kirche) in der Person Leos XIII. Genauer wurden je 4 Sätze beider Schriften inkriminiert, von der einen gegen das Sakrament der Satz, daß dieses „die Menschen auf die Stufe der unvernünftigen Tiere erniedrige"; die Verehrung der Hostie nichts anderes als die „Anbetung des Fetischs", die Hostie selbst „nur ein Stück Mundlack" sei, während die Folgen dieses Fetischismus für alle, Priester und Laien, „tierische Geistlosigkeit" seien, außerdem auf der einen Seite, der der Priester, „dümmster Hochmut, auf der anderen, der der Laien, hündische Unterwürfigkeit". Von der anderen gegen den Papst die Sätze, daß „das höchste Gebot der Kirche ist, gegen das Gewissen zu handeln oder das Böse mit Bewußtsein zu tun"; der Papst aber letzteres jedem Menschen zur höchsten Pflicht macht, und so, „sowohl durch seine Tat als durch seine Gesinnung der eigentliche Widersacher Gottes und seine Feindschaft eine bewußte sei". Ergo Resumé: „Der Papst ist der Heger, Pfleger und Erzeuger alles Bösen auf Erden." Doch ist das nur eine Auslese, während ebensogut noch eine Reihe anderer, nicht weniger scharfer Sätze desselben Sinns daneben gestellt werden konnten, also daß die vom Vorsitzenden vorgenommene Verlesung der beiden Hauptschriften nach ihrem Hauptinhalt keineswegs nur als eine Milderung jener Einzeläußerungen durch den Zusammenhang, sondern eher als eine Verschärfung, ob auch Begründung, derselben sich ausnahm.

So stand die Sache auf Grund des § 166 in der Tat kritisch. Daß Schwarz trotzdem, entgegen den Erwartungen der einen, den Befürchtungen der anderen, freigesprochen wurde, macht die Sache um so mehr zu einem Ereignis, ist aber wesentlich zweierlei zu verdanken: 1) dem

Umstand, daß die Sache als Preßvergehen nach dem süddeutschen Gesetz vor Geschworene kam. Hierüber brauchen wir uns keinerlei Täuschung hinzugeben, können vielmehr willig einräumen, daß die Sache vor einer Strafkammer, wohin sie außer Baden, Württemberg, Bayern (und Oldenburg) gekommen wäre, einen ganz anderen Ausgang genommen hätte. Ein Makel für jenes Urteil liegt darin nicht, sondern nur eben eine Erinnerung, daß die rechtliche Freiheit, an der die Würde des Menschen hängt, in den süddeutschen Hauptstaaten ganz anders gewahrt ist als in Norddeutschland, und daß der sittliche Fortschritt so daran hängt, daß Norddeutschland mehr von dem süddeutschen Geist inspiriert werde, nicht umgekehrt. Für die Frage, wo das größere sittliche Recht zu finden ist, bei Berufsrichtern oder bei Laienrichtern, ist ja doch wohl entscheidend die andere, wo die größere Unbefangenheit herrscht. Mag es Leute genug geben, die hier dem Fachrichter ohne weiteres den Vorzug geben, so heißt das doch immer nur so viel, als einen Stand über allgemeine Fragen entscheiden lassen, z. B. Pfarrer über Fragen der Religion, Schullehrer über solche der Schule usw. Mag das vielen als die selbstverständlich einzige Weisheit erscheinen, so ist es doch immer nur bei besonderen Detailfragen richtig. Für das Allgemeine ist nicht sowohl den Subjekten, als den Objekten dieser Disziplinen die richtigere Empfindung zuzusprechen. So mag der Pfarrer wohl immer besser wissen, was der Lehre seiner Kirche, der Richter, was dem geltenden Gesetz, das allemal eben das Gesetz einer jeweilig herrschenden Schule ist, entspricht. Der Laie aber weiß besser, was lebendige Religion ist, und ebenso ist in seinem Urteil das lebendige Rechtsbewußtsein des Volkes in ganz anderem Sinn enthalten als in der nach dem Buchstaben richtenden Entscheidung des Fachrichters, es sei denn, daß sich einer auch in seinem Beruf die Überlegenheit über seinen Beruf bewahrt. Das vermögen aber überall nur die wenigsten. Jedenfalls bleibt für uns das Rechtsgefühl des Volkes immer die höhere Instanz gegenüber der Beamtenweisheit, eben indem es im stande ist, auch trotz einem Paragraphen d. h. trotz der herkömmlichen Auslegung desselben zu entscheiden. Von der katholischen Presse ist freilich die mit den Geschworenen-Gerichten gegebene Möglichkeit einer Auslese unter den Richtern, durch das Ablehnungsrecht des Verteidigers wie Staatsanwalts, bemängelt worden, von der allerdings in Mannheim reichlich Gebrauch gemacht wurde, indem die Verteidigung nicht weniger als 6 katholische, die Staatsanwaltschaft 2 liberale Männer ablehnte. Aber wenn so im wesentlichen nur evangelische Männer das Schwurgericht bildeten, so liegt auch das wieder nur im Wesen des Instituts. Als ein wirkliches Vergehen kann eine Handlung doch nur gelten, wenn sie selbst nach dem

Empfinden derjenigen, die auf demselben Glaubensboden stehen, zu weit gegangen war, nicht aber nach der Empfindung der Gegner. Im umgekehrten Fall wäre das für die katholische Presse überall selbstverständlich. Mag man sagen, daß bei dem Mannheimer Urteil nur die Stimme des evangelischen Volkes herausgekommen sei, so ist damit doch nicht gesagt, daß in diesem Urteil nicht das ehrliche Gewissen des Volkes, dem der Angeklagte angehört, zum Ausdruck gekommen ist. Will man aber ihm, diesem erstberufenen Element, die Fähigkeit über einen solchen Paragraphen zu urteilen, absprechen, so heißt das im Grunde nichts anderes, als diesem Paragraphen selbst sein Recht absprechen. Und da stimmen wir zu.

Liegt somit das Verdienst der Geschworenen in nichts anderem, als daß sie durchaus loyal, d. h. nach ihrem zumeist evangelischen Gewissen geurteilt haben, so wirkte 2) die Verhandlung selbst durchaus in derselben Richtung, dieses Gewissen schärfend und lebendig machend eben darin, daß es durchaus rechtmäßig zuging, daß jeder Teil, Staatsanwalt und Vorsitzender wie Verteidigung, seiner Aufgabe möglichst gründlich nachzukommen suchte. Auch der Staatsanwalt (Sebold von Heidelberg). In der katholischen Presse (vergleiche „Deutsches Volksblatt") war zu lesen, daß er nicht genug getan habe in Entkräftung der Vorwürfe der Verteidigung. Von anderer Seite, der Schwarzschen, ist zum Teil umgekehrt sein Auftreten als unerwartet scharf empfunden worden. Jedenfalls ist in der Replik auf die Rede des Verteidigers die nötige Schärfe in keiner Weise zu vermissen gewesen, eher ging es umgekehrt nach dem Sprichwort: „Allzuscharf macht schartig." So schoß die Behauptung, daß in der Schwarzschen Broschüre die Katholiken als unvernünftige Tiere hingestellt werden, weit über das Ziel hinaus und war so leicht zu entkräften. Im großen und ganzen aber wird, wer einige Erfahrung in diesen Dingen besitzt und sich vergegenwärtigt, was nun einmal die Aufgabe des Staatsanwalts ist, nur sagen können, daß dieser so gut als möglich nachgekommen worden ist. Daß die Begründung der Anklage möglichst kurz mit Vermeidung aller unnötigen Worte ausfiel, hat in dieser abendlichen Stunde schwerlich zu ungunsten des Klägers bei den Geschworenen gewirkt. In der Hauptsache, der möglichsten Anpassung des § 166 an den vorliegenden Fall, wurde nachdrückdrücklich darauf hingewiesen, daß „unflätige Beschimpfungen" vorliegen und daß diese Beschimpfungen nicht dadurch aufgehoben werden, daß auch die andere Seite nicht sauber sei; zur Begründung des § genüge, daß der Tatbestand an sich beschimpfender Natur sei, ohne daß die Absicht der Beschimpfung nachgewiesen sein müsse. Was sollte er viel weiter sagen?

Aber freilich hatte die Verteidigung, die von Dr. Frantz-Mannheim in sehr geschickter Weise geführt wurde, ein ungleich leichteres Spiel durch zweierlei: 1) schon durch das Sündenregister der Gegenseite, der Päpste, und zwar nicht nur der Vergangenheit, sondern eben auch des gegenwärtigen Leo XIII. nicht weniger als seiner Vorgänger. Daß dieses Sündenregister der Päpste und speziell Leos XIII., die ganze Serie von Verdammungen, Verketzerungen und Beschimpfungen, die auch von diesem Papste den Andersgläubigen, der Reformation und der Gewissensfreiheit zuteil geworden ist, einen so breiten Raum einnahm, mag für katholische Ohren keine liebliche Musik gewesen sein, ist aber nicht die Schuld des Verteidigers, sondern der Herren Päpste selbst, die damit der Verteidigung allerdings selbst die wirkungsvollste Waffe in die Hand gedrückt haben. Es wäre eine nicht wieder gut zu machende Unterlassungssünde gewesen, wenn davon nicht reichlicher Gebrauch gemacht worden wäre. Vom Vorsitzenden durfte die Verlesung dieser Aktenstücke weiter, als er tat, in keinem Fall inhibiert werden, schon nach dem selbstverständlichen Rechtsgrundsatz der Gerichte, daß die Stärke der erlaubten Abwehr sich nach der Stärke des Angriffs richtet. Mag die kuriale Seite, wenn ihr derartiges Material unlieb anzuhören ist, das allerdings auf Ohren, die dessen nicht gewöhnt sind, seines Eindrucks nicht verfehlen kann, nur dafür Sorge tragen, daß auch der Kurialstil auf seine saftigsten Blüten verzichte und sich der sonstigen Sprache der Menschen annähern lernt. In ihrem eigenen Interesse, denn uns schaden diese Verdammungen nicht. Im Gegenteil. Das hat wieder Mannheim gezeigt. Gegenüber diesem reichlichen Entlastungsmaterial trat die sonstige Beweisführung des Verteidigers etwas zurück, diente aber durchaus zur Bekräftigung der ersten Angriffsweise: so namentlich mit der nachdrücklichen Betonung, daß auch für den § 166 wie überall im Strafgesetz doch nicht genüge, daß eine behauptete Tatsache objektiv beschimpfend sei, sondern daß auch da sämtliche Umstände in Betracht gezogen werden müssen, aus denen etwa auf die Absicht der Beschimpfung geschlossen werden könne, so in erster Linie die Person des Angeklagten selbst. Diesen konnte er nach dessen ganzem von uns eingangs erzählten Vorleben als einen in Ehren ergrauten Kämpfer für die F r e i h e i t darstellen, dem es überall ehrlich um die Sache unter Aufopferung seiner eigenen Person zu tun gewesen, und dem es als Verdienst anzurechnen sei, gegen jene Beschimpfungen von Seiten der alten Macht der Gewissensunterdrückung bei der bezeichnenden Unfähigkeit des Staates im Namen der Christenheit aufgetreten zu sein und eine deutliche Antwort erteilt zu haben, wobei seine sachliche Kritik, so die der Abendmahlslehre, die sich gegen das strafgesetzlich freigegebene Dogma von der Transsub-

stantiation richtete, nur diejenige des gesunden Menschenverstands gewesen sei.

So war dem Angeklagten aufs trefflichste vorgearbeitet, als dieser, nachdem er eingangs schon bei der Beweisaufnahme die Ausdrücke „Fetischismus“ und „Mundlack“ aufs befriedigendste erklärt hatte, — letzteres als einfache Bezeichnung des Stoffs der Hostie, zu der er eben durch die katholische Lehre von der Verwandlung des Stoffs gezwungen gewesen sei — endlich zu seiner eigenen Verteidigung das Wort bekam, um im Ton heiligster Überzeugung zu zeigen, daß es beim Ganzen sich durchaus um den Kampf für die Wahrheit handle, die überall das Notwendigste sei, nicht blos für den einzelnen, sondern erst recht für den Staat. So sei es eben der Fehler des § 166, daß hier das Wort „Wahrheit“ nirgends zu finden sei, veranlaßt durch die Meinung, als ob in der Religion, welcher der Paragraph gelte, angesichts der verschiedenen Konfessionen die alte Pilatusfrage sich doch niemals ausmachen lasse; aber so sei es in diesem Fall nicht, da er seine Opposition nicht im Namen einer Kirche, etwa der evangelischen, erhoben habe, sondern einfach des gesunden Menschenverstands, der durch das Transsubstantiationsdogma herausgefordert sei, und auch diesem gegenüber das höhere Recht vertrete. Ehrlicher Weise könne der Sinn des § 166 kein anderer sein als der des 9. Gebots: „Du sollst kein falsch Zeugnis reden!“ oder § 166 sagt: Kein Beschimpfendes! Sollte demnach alles Beschimpfen einer Kirche ohne Rücksicht auf die Wahrheit verboten sein, so würde dies ein Privileg für die Kirchen sein, alles Schändliche, was ihnen paßt, zu tun und der Staat würde so das Volk aufs höchste entsittlichen. Nun aber sei dies nicht der Sinn des § 166, sondern dafür sei auf eine Reichsgerichtsentscheidung zu recurrieren, welche jene Beschimpfung als „rohe Verletzung des Heiligen“ erläutere. Damit sei eine wirkliche Begriffsbestimmung gegeben, die vorher fehlte, aber notwendig sei, schon indem der § 3 Dinge nenne, Gott, die Kirche und die Einrichtungen einer solchen, die doch unter einen Hauptbegriff sich zusammenfassen lassen müßten. Dieser könne nur „das Heilige“ sein. Aber freilich empfinde man dann alsbald, daß jene 3 Dinge nicht gleich heilig seien. absolut heilig sei bloß Gott=die Wahrheit. No. 2 und 3 seien dagegen nur in beschränkter Weise heilig, so daß möglicherweise eben aus Achtung vor No. 1 gegen 2 und 3 aufs schärfste Front zu machen sei. Also fordere dieser Paragraph nichts anderes als eben die subjektive Wahrhaftigkeit: daß jeder seiner Überzeugung, seinem Gewissen ehrlich folge. Das habe er getan u. s. w. Eine Auslegung, die großen Eindruck machte und namentlich auch von einer Anzahl jüngerer Juristen, die im Zuhörerraum saßen, mit steigender Aufmerksamkeit verfolgt wurde und die in der

Tat geeignet ist, dem ganzen Paragraphen ein anderes Gesicht zu geben. Aber freilich ist kein Zweifel, daß er durch dieses andere Gesicht gerade in den Augen seiner bisherigen Hauptfreunde, den Herren von der Kirche, so diskreditiert und wertlos, ja gefährlich würde, daß sie die ersten wären, ihn fallen zu lassen. Mehr braucht es nicht. Und so ist tatsächlich das Mannheimer Urteil, indem es diese Ausführungen akzeptierte, zu einem Verdikt über den § 166 selbst geworden, indem es diesem nur dort ein Recht läßt, wo die gemeine Gesinnung, die Frivolität, nachgewiesen ist. Und in welchem Falle wird man das können? Wo diese aber wirklich nachgewiesen ist, handgreiflich zu packen ist, da trägt sie vollends ihre eigene Verurteilung so sehr in sich selbst, daß der Ruf nach dem Staatsanwalt nur erst recht hieße: Der höchsten Majestät ins Handwerk pfuschen. Deorum injuriae Diis curae!

Nach der anderen Seite ist die Freisprechung des Angeklagten durch die zwei energischen Nein!, die der Obmann der Geschworenen als deren Wahlspruch „sichtlich mit eigenem grimmigem Behagen", verkündigte, nach einer derartigen Verhandlung zu einem Verdikt über die ganze klägerische Seite geworden, das dieser noch lange im Magen liegen wird. Denn da können wir zusammenstimmen mit dem freilich wohl anders gemeinten Schlußwort des Vorsitzenden (Landgerichtsdirektor Walz, katholischer Konfession gleich seinen beiden Beisitzern), mit dem dieser seine sonst möglichst nach beiden Seiten gleich abzuwägen suchende Rechtsbelehrung schloß, daß „in jedem Fall der Religion mit Prozessen auf Grund von § 166 nicht gedient sei." Aber was folgt daraus? Für den, der ganze Arbeit liebt, immer doch wohl nur eines: eben um der Wahrheit, um Gottes, um der Religion willen weg mit § 166!

Kultur und Alkoholismus.

Von Dr. Julian Marcuse (Mannheim).

Die heutige Auffassung der Wissenschaft von den Wirkungen des Alkohols blickt auf eine an Strömungen und wechselnden Phasen reiche Geschichte zurück. Die erste Erscheinung, welche die Aufmerksamkeit auf den Alkohol geleitet hat, ist die der Trunkenheit und des Trinkers. Sie sind so alt wahrscheinlich als der Genuß alkoholischer Getränke selbst. Die ursprüngliche Analyse entdeckte in diesen Zuständen zwei verschiedene Elemente. Die Trunkenheit erschien als eine Art Unglück, gewissermaßen als ein Unterliegen gegenüber einem überlegenen Feind.

Sie war nicht ehrenvoll, denn sie war ein Zeichen von Schwäche. Auf der anderen Seite erschien es doch auch wieder als ein Zeichen von Macht, sich mit einem Feind, dem man möglicherweise unterliegen konnte, überhaupt zu messen, und als eine Art Feigheit galt es, sich diesem Kampf ganz zu entziehen. Die Trunkenheit selbst gab also in dieser Phase der Erkenntnis noch keine andere Veranlassung zu wissenschaftlichen Ratschlägen, als wie man den davon Befallenen möglichst ohne Schaden für andere und sich selbst über den Zustand hinweg brächte. Anders war es mit dem Trinker, dessen gemeingefährliche Wirksamkeit sowohl seine nächste Umgebung wie auch die größere Gemeinschaft bedrohte. Hier aber trennte man von der Wirkung des Trinkens selbst den bösen Hang, die Leidenschaft zum Trinken. Man faßte diese Leidenschaft auf als einen Charakterfehler, und man bekämpfte sie mit sittlichen und religiösen Einwirkungen. Nicht so sehr gegen den Alkohol richtete sich dementsprechend in dieser Phase die Bekämpfung, als gegen den Menschen, welcher durch einen Defekt in seinem Charakter ihn mißbraucht. Die ganze unsichere Unterscheidung zwischen dem Gebrauch und dem Mißbrauch, welche eine so große Rolle in der Geschichte dieser Bewegung spielt, rührt von dieser ursprünglichen Vorstellungsweise her, daß der Alkohol an sich eine gute Sache sei, welche nur von gewissen Menschen falsch gebraucht, d. h. mißbraucht werde.

Die zweite Auffassung geht aus von zwei Beobachtungen: die eine betrifft die anatomischen Veränderungen, welche die Leichen der Trinker zeigen und die in den bekannten Verfettungen und Schrumpfungen der Organe, namentlich der Leber, der Nieren, des Herzens 2c. ihren bekannten Ausdruck finden. Das sind für die Kundigen sichere Zeichen der wiederholten Einwirkung einer zerstörenden, dem Organismus feindlichen Substanz, also eines Giftes. Das Experiment bestätigt, daß der Alkohol wirklich diese Erscheinungen hervorbringt. Gleichzeitig werden die nervösen Störungen, denen die Trinker verfallen, das Delirium tremens 2c. untersucht und in ihnen ein Zusammenhang mit den Symptomen des Rausches erkannt. Das Bild ergänzt sich zu einer Beziehung zwischen akuter und chronischer Vergiftung, wie sie ja auch von anderen Giften her bekannt ist, und man weiß, der Alkohol zerstört nicht blos die Organe, sondern er bringt auch die Funktionen in Unordnung. Es ist also erkannt, daß der Alkohol an sich nicht eine gute Sache, sondern ein Gift ist.

Aus dieser Erkenntnis entspringt eine neue Phase der Bewegung, die Mäßigkeitsbewegung, die nun schon einen wissenschaftlichen Charakter trägt. Mit Giften muß man vorsichtig umgehen, d. h. also mäßig, denn die Wirkung der Gifte hängt wesentlich von ihrer Dosierung ab. Auch zeigen ja

nicht die Leichen aller Menschen, welche Alkohol genossen haben, die entsprechenden Veränderungen, sondern nur diejenigen, die große Mengen genossen haben, also sind es die großen Dosen, vor denen man sich hüten muß. Unterdessen aber schreitet die Wissenschaft weiter und entdeckt die Natur der Giftwirkung des Alkohols, daß derselbe nämlich zu den narkotischen Giften gehört, deren Eigentümlichkeit es ist, zuerst die feinsten Verrichtungen unseres Nervensystems bis herab zu immer größeren zu lähmen. Da erklärten sich mit einem Schlage eine Menge von Wirkungen, welche man an dem Alkohol längst kannte und für harmloser Art gehalten hatte, als teilweise Vergiftungserscheinungen, und es zeigte sich, daß selbst der mäßige Gebrauch des Alkohols immer einen gewissen Grad der Vergiftung mit sich bringt. Ja, gewisse Wirkungen des Alkohols, welche man seither als erwünschte betrachtet hatte, wie seine zungenlösende, die zu dem Spruche führte „in vino veritas“, und die Anfeuerung zu rascher Tat, die man ihm nachrühmt, erwiesen sich im Lichte dieser Erkenntnis als die Folgen von Lähmungserscheinungen, die der Alkohol in den höchsten Nervenzellen bereits hervorgebracht hatte. Diese Auffassung, die man als die arzneiwissenschaftliche bezeichnen kann, hat einmal zu der Ära der physiologischen Erforschung der Alkoholwirkungen, zu der Zerstörung der Legende vom Alkohol als Nahrungs- und Heilmittel geführt und ist weiterhin zum Ausgangspunkt der modernen Abstinenzbewegung geworden. Dies die innere Entwickelung der beiden Strömungen, die heute im Vordergrund der Alkoholbekämpfung stehen, und die auch auf dem erst vor wenigen Tagen zu Ende gegangenen Kongresse in Bremen um die Oberherrschaft gekämpft haben.

Die Alkoholfrage hat aber außer der biologischen noch eine soziologische Seite, die den Alkoholismus zu nahezu allen Äußerungen und Wesenheiten der menschlichen Kultur in enge Beziehungen bringt und ihm den Charakter eines sozialen Phänomens verleiht. Seine ursächlichen Momente als Massenerscheinung gipfeln in der modernen gesellschaftlichen Struktur, in den Arbeits-, Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen einzelner Bevölkerungsschichten, wie nicht minder in den Formen des geselligen und öffentlichen Lebens, und er beeinflußt in fortlaufender Wechselwirkung Krankheitsziffer und Sterblichkeit der Gesellschaft, Kriminalität, Geschlecht und Rasse. Bei den Angehörigen der bemittelten Bevölkerungsschichten ist die enge Verknüpfung der Formen des geselligen Lebens mit dem Genuß alkoholhaltiger Getränke die wichtigste Ursache des Alkoholismus. Durch die Entwickelung des Verkehrs, durch die Ansammlung lediger männlicher Personen in den Städten und durch die Wohnungsnot, besonders aber dadurch, daß das Wirtshauswesen zum Ausgangspunkt politischer Bestrebungen in Ländern wurde, in denen die

breite Masse der Bevölkerung nach politischer Betätigung ringt, hat es eine Ausdehnung erlangt wie nie zuvor und ist zum Mittelpunkt des geselligen und öffentlichen Lebens geworden. Für die unbemittelten Gesellschaftsklassen, für die dieses eben erwähnte Moment in noch gesteigertem Maße zur Geltung kommt, treten aber eine Reihe weiterer Ursachen hinzu, die in dem sozialen Milieu mit seiner kümmerlichen Umgebung, seiner ermüdenden Beschäftigung, seiner trostlosen Wohnung und Lebenshaltung begründet liegen. Schon vor nahezu 60 Jahren hat Engels, der klassische Schilderer der Lage der arbeitenden Klasse in England, dies folgendermaßen skizziert: „Alle Lockungen, alle möglichen Versuchungen vereinigen sich, um die Arbeiter zur Trunksucht zu bringen. Der Branntwein ist ihnen fast die einzige Freudenquelle und alles vereinigt sich, um sie ihnen recht nahe zu legen. Der Arbeiter kommt müde und erschlafft von seiner Arbeit heim, er findet eine Wohnung ohne alle Wohnlichkeit, feucht, unfreundlich und schmutzig, er bedarf dringend einer Aufheiterung, er muß etwas haben, das ihm die Arbeit der Mühe wert, die Aussicht auf den nächsten sauren Tag erträglich macht, seine abgespannte, unbehagliche Stimmung wird durch seine Lebenslage, durch die Unsicherheit seiner Existenz, durch seine Abhängigkeit von allen möglichen Zufällen und sein Unvermögen, selbst etwas zur Sicherstellung seiner Lage zu tun, bis zur Unerträglichkeit gesteigert, sein Körper, geschwächt durch schlechte Luft und schlechte Nahrung, verlangt mit Gewalt nach einem Reiz von außenher, sein geselliges Bedürfnis kann nur in einem Wirtshause befriedigt werden, hier allein trifft er seine Freunde und Arbeitskollegen.“ Und fügen wir die Jahrzehnte lang auch wissenschaftlich bestehende, vorweggenommene Auffassung vom Alkohol als Nähr- und Kräftigungsmittel hinzu, die zum Trinken bei der Arbeit und in den Arbeitspausen, zur Betäubung von Hunger und Ermüdung veranlaßte, so haben wir die wesentlichsten Ursachen, die zum Alkoholismus als moderner sozialen Erscheinung führten. Hier setzen auch die Grenzlinien zwischen Genuß und Mißbrauch der geistigen Getränke, zwischen Unmäßigkeit und Trunksucht ein, deren rascher und häufiger Übergang im wesentlichen zur Heranbildung einer Bewegung veranlaßt hat, die die Totalabstinenz im Schilde führt.

Über die sozialen Folgen des Alkoholismus für Gesellschaft und Kultur herrscht zwischen den Vertretern der Mäßigkeit wie der totalen Enthaltsamkeit im Grundprinzip volle Übereinstimmung, mag auch das Kolorit der Auffassung der letzteren um eine Reihe von Nüancen schwärzer gefärbt sein. Der Alkoholismus bedeutet für beide für das Individuum in körperlicher Hinsicht Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit gegen Krankheit, mangelhaften Aufbau der Organe infolge Unterernährung,

Störungen des Ablaufs normaler Funktionen, in psychischer Hinsicht Herabsetzung des moralischen Bewußtseins wie des Intellekts und weiterhin Wegfall jener psychischen Hemmungen, die im nüchternen Zustand unser Handeln und Fühlen um so genauer lenken, je komplizierter durch Erfahrung und Erziehung unser Willen und unser Empfinden sich gestaltet hat. Aus diesen beiderseitigen Momenten entstehen einmal Krankheit und Erwerbsunfähigkeit mit ihren schweren Schäden für den Träger wie dessen Familie, Siechtum und Tod und damit volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kapitalverlust in dem Sinne, daß das kostbarste Kapital des Staates und der Gesellschaft der Mensch ist, und weiterhin Störungen der Psyche, die sich zunächst im Sinken der Urteilskraft und im moralischen Defekt äußern, um in Vernachlässigung der aus dem Familienverhältnis erwachsenden Pflichten, in Lebensüberdruß und Selbstmord, in Gewalttätigkeiten gegen die Umgebung enden. Oder aber an Stelle der ganz allmählich sich herausbildenden psychischen Störungen tritt das stürmische Bild des Säuferwahnsinns in den Vordergrund und geleitet seinen Träger in das Kranken- und Irrenhaus. Körperliche und geistige Minderwertigkeit, Hang zum Verbrechen und zu antisozialen Handlungen ist das väterliche Erbe, das die Nachkommenschaft des Alkoholisten empfängt und in seiner Weise weiter ausbildet, so daß der soziale Typus derartiger Geschlechter den Stempel der Entartung in weitgehendstem Maße an sich trägt und dadurch die Alkoholfrage zur Rassenfrage in enge Beziehungen bringt. Als ein Symptom der Rassenentartung gibt sich der Alkoholismus besonders in den Ländern zu erkennen, in denen er früher relativ selten vorkam und dann plötzlich um sich griff. Die außerordentliche Schwierigkeit der Untersuchung und Entscheidung rassenhygienischer Fragen waltet auch in den Beziehungen zwischen Alkoholismus und Rasse vor, nur das eine scheint nach einwandfreien und übereinstimmenden Beobachtungen verschiedener Forscher als Endergebnis festzustehen, daß von Abstinenten und Mäßigen ebensoviele gesunde Kinder abstammen, als von den Trinkerkindern zugrunde gehen oder schwere Abnormitäten zeigen. Von Alkoholikern stammten nur rund 20% gesunde Descendenten, 80% ihrer Nachkommen waren abnorm oder gingen ein, während die normalen Eltern 80% gesunde und 20% minderwertige erzeugten. Die Rolle des Alkohols im Haushalte des Individuums und der Familie erschöpft sich mit diesen kurz skizzierten schädlichen Einflüssen, im Haushalt der Kulturvölker aber stoßen wir noch auf andere, mehr staatswirtschaftliche Äußerungen seiner ungeheueren Verbreitung. Deutschland allein verbraucht jährlich gegen 2½ Millionen Hektoliter Alkohol in destillierten Getränken und gegen 70 Millionen Hektoliter Bier, den Wein nicht mit-

gerechnet, die direkte Ausgabe für alkoholhaltige Getränke darf mindestens auf 3 Milliarden Mark jährlich geschätzt werden. Dem Budget für 1902/03 gemäß ist der Etat des Deutschen Reiches auf 2 304 483 115 Mark veranschlagt, so daß die gesamten Ausgaben des deutschen Reichsbudgets nicht so hoch steigen wie die Summe, die das Volk für Alkohol ausgibt. Nach demselben Budget steigen die Ausgaben für Armee und Flotte bis nahezu 871 Millionen Mark, also ist die direkte Alkoholrechnung des deutschen Volkes drei- bis viermal so groß, wie die Ausgaben für Armee und Flotte. Wenn man für diese drei Milliarden Mark, die für Alkohol ausgegeben werden, Roggen kaufte und denselben nach einem niedrigen Preise mit 140 Mark pro 1000 Kilogramm bezahlen würde, so erhielte man ungefähr 21½ Milliarden Kilogramm Roggen. Das sind geradezu ungeheuerliche Summen, die für ein Genußmittel ausgegeben werden, das, selbst angenommen, es wirke nicht schädlich, doch keinerlei kulturellen Zwecken selbst nur geringster Art dient, sondern kulturfeindlich in jeglicher Form und Gestalt wirkt.

Über alle diese biologisch wie soziologisch schädigenden Momente sind sich, wie erwähnt, Mäßigkeitsbewegung und Abstinenz völlig einig, der Scheideweg beginnt erst dort, wo das gesundheitlich zulässige Maß des Alkoholgenusses in Frage kommt. Hier verneint der Abstinent selbst die kleinsten Alkoholgaben als unschädlich oder indifferent, während die Vertreter der Mäßigkeit geringe Qualitäten geistiger Getränke gestatten und denselben als Genuß- wie vor allem auch als Heilmittel einen Platz im Leben der Völker einräumen. Der Ideengang der Abstinenten ist ein prinzipieller und taktischer: Aus einer Reihe physiologischer Tierexperimente, die das letzte Jahrzehnt vornehmlich gezeitigt hat, halten sie den absoluten Beweis erbracht, daß einmal der Alkohol kein Nahrungs- sondern nur ein Genußmittel ist, und daß er weiterhin protoplasmazerstörend, also giftig selbst in kleinsten Dosen wirkt. Der gewohnheitsmäßige Konsum selbst kleinster Mengen führt zu einer sich steigernden Giftwirkung, die sich körperlich in einer pathologischen Veränderung der Schleimhäute und inneren Organe, psychisch in Auffassungs- und Associationsstörungen äußert. In praktischer und zugleich taktischer Beziehung hält der Abstinent es für unmöglich, die Frage zu beantworten, was ein mäßiger, nicht schädigender Genuß ist und sein soll. Wonach sollte man ihn bemessen? Nach der Bekömmlichkeit? Nach welcher, der momentanen oder der chronischen? Oder nach der rauscherzeugenden Wirkung? Es gibt genug Zecher, die nicht mehr berauscht werden. Und wann ist denn jemand berauscht? Derjenige, der betrunken daliegt, wird von allen für betrunken gehalten, aber wieviel Vorstadien gibt es, die ohne zu völliger Lethargie und Coordinationsstörungen zu

führen, doch den ausgesprochenen Charakter des Rausches schon an sich tragen und als Alkoholvergiftung anzusehen sind. Also ist es unmöglich Grenzen zu fixieren, und schließlich wozu die Mühe, ein Maß zu finden, wo die Menschen ja gar nicht daran denken, dasselbe inne zu halten und mäßig zu sein. Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Standpunkt konsequent und folgerichtig ist, da er sich auf der Überzeugung von der Schädlichkeit selbst kleinster Alkoholmengen aufbaut. Zugleich erweckt er als radikalster Standpunkt Aufopferung und Begeisterungsfähigkeit und ist als Kampf- und Propagandamittel den Mäßigkeitsbestrebungen weit überlegen. In seinem Radikalismus aber und in der Hervorkehrung der äußersten Konsequenzen liegen zugleich die seine Ausbreitung hemmenden Momente, denn das praktische Leben mit seinen unvermeidlichen und fast naturnotwendigen Kompromissen zerstört rücksichtslos die Kreise noch so begeisterter Theoretiker und Ideologen.

Im Kampfe gegen den Alkohol ist Kleinarbeit im weitesten Maße von nöten um Schritt für Schritt falsche Vorstellungen und überlieferte Anschauungen zu zerstören, um liebgewordene Gewohnheiten und schwer zu missende Lustempfindungen auszuscheiden, um ideelles Interesse für die Kulturgüter der Menschheit zu wecken. Diese Kleinarbeit kann die Abstinenz allein nicht leisten, hierzu bedarf sie der Mithülfe der Mäßigkeitsvertreter, denn die weitesten Kreise und Schichten der Bevölkerung entbehren heute noch jedweder Grundlage der Erkenntnis von der Schädlichkeit des Alkoholgenusses. Und nur ein theoretisierender Sektiererstandpunkt kann sich über diese unumstößliche Tatsache hinwegsetzen. Mag auch die letzte Konsequenz in der vollen Enthaltsamkeit liegen, bevor jenes Zeitalter naht, erheischt die Gegenwart mit ihrem Ringen nach kulturellen Gütern praktisch ausführbare und auf dem Boden der Verhältnisse stehende Kampfmittel, und als ein solches ist unbedingt auch die Propaganda für die Mäßigkeit zu betrachten. Es war daher ein verhängnisvoller Fehler auf dem jüngst stattgehabten Kongresse in Bremen, daß die schärfere Tonart der Abstinenz der gemäßigten entgegentrat, ihre Bestrebungen zu diskreditieren und statt der einenden die trennenden Gesichtspunkte hervorzuheben suchte. Und dies ausgehend von dem durchaus noch nicht erschöpfend nachgewiesenen und wissenschaftlich abgeschlossenen Lehrsatz der Schädlichkeit selbst kleinster Alkoholmengen als Genuß- und Heilmittel. Der einenden Gesichtspunkte im Kampfe gegen den Alkohol gibt es zahllose, mit der Erziehung des jugendlichen Individuums beginnend und in weitumfassenden, sozialpolitischen Maßnahmen endend. In der Schule hat der erste Weckruf gegen den Alkohol anzuheben, hier hat bei jedem nur einigermaßen passenden Unterrichtsgegenstande der Lehrer auf die Gefahren des Genusses

geistiger Getränke hinzuweisen und damit auch mittelbar auf das Verhalten der Eltern ihren Kindern gegenüber einzuwirken. Kinderstube und Jünglingsalter, darin stimmen alle überein, ob Mäßigkeitsfreunde, ob Abstinenten, sollen vom Gifthauch des Alkohols, denn für diese Entwicklungsstadien ist er wirklich ein Gift, unberührt bleiben. Auf der Universität und im Leben erwachsen den Leitern und Lenkern der Jugend die Aufgaben, mit starker Hand den eisernen Reif der Trinksitten zu durchbrechen und jenen gleißnerischen und unheilvollen Codex, der im Rausch der Weisheit letzten Schluß sucht, aus dem Universitätsleben des zwanzigsten Jahrhunderts auszumerzen. Mit den Trinksitten, die heute noch einen so allmächtigen Faktor in der Gesellschaft spielen, hängt der Trinkzwang in öffentlichen Lokalen, Hotels und dergleichen zusammen, gegen den ebenfalls im Sinne einer gesunden Reform anzukämpfen ist. Der Charakter des Zwanges muß fallen, und es muß jedem völlig freistehen, nach welcher Richtung hin er sein Trinkbedürfnis stillen will. Eine kräftige Waffe im Kampfe gegen den Alkohol ist der Sport, denn körperliche Übungen mit ihrer Einsetzung der Muskelkraft, der scharfen Beobachtung, der zielbewußten geistigen Spannung weisen von selbst jeglichen Alkoholgenuß als Ermüdungsfaktor weit von sich. Den Sport zu wecken und pflegen, heißt daher Bausteine zu Hallen körperlicher und geistiger Entwickelung gegenüber der Degeneration zusammentragen. Während bei den besser situierten Massen der Bevölkerung die Bekämpfung des Alkoholismus in der Form der Abschwächung des Alkoholbedürfnisses vornehmlich einzusetzen hat, mündet die Alkoholfrage der breiten Massen des Volkes in die soziale Frage ein. Eine Vermehrung des Wohlstandes dieser Bevölkerungsschichten wird in steigendem Maße gegorene alkoholische Getränke an die Stelle des Branntweins treten lassen und allein aus diesem Grunde schon zu begrüßen sein. Aber nicht nur die Art der Befriedigung des Alkoholbedürfnisses wird durch eine gleichmäßige, stetig fortschreitende Hebung der Arbeiterklasse geändert, sondern auch das Alkoholbedürfnis wird wesentlich vermindert werden. Höhere Löhne in Verbindung mit einer Verbilligung der Nahrungsmittel, Verminderung der Arbeitszeit, gesunde und menschenwürdige Wohnungen sind im Verein mit hygienischer Aufklärung und Schulung, mit öffentlichen Lesezimmern und Volksbibliotheken, mit Wohlfahrtseinrichtungen mannigfachster Art, die wirksamsten und segensreichsten Maßnahmen in der Bekämpfung des Alkoholgenusses und Mißbrauches.

Die moderne Kultur steht unter dem Zeichen der naturwissenschaftlichen und sozialen Erkenntnis, ihre Errungenschaften bauen sich auf diesen beiden auf. Auch das Bewußtsein von der schweren Tragweite der Alkoholfrage wurzelt in beiden: Sie haben uns die früheren Zeit-

altern verborgenen Pfade im Schoße der Gesellschaft und der Geschlechter gewiesen, sie müssen uns auch die Waffen liefern, jenen Feind der Kultur zu überwinden.

Bankberichte.

Von Mentor.

Sämtliche deutsche Banken haben nunmehr ihre Abschlüsse für 1902 veröffentlicht. Wir wollen an dieser Stelle nicht auf die erzielten Ergebnisse selbst eingehen, aber über die Art der Bilanz-Aufstellung und der Berichterstattung scheinen uns einige Bemerkungen am Platze. Aus einer Polemik, die vor kurzem zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft geführt wurde, ergab sich, daß die beiden großen Schiffahrts-Gesellschaften in Bezug auf ihre Bilanz-Aufstellung von teilweise verschiedenen Grundsätzen ausgehen, und es knüpfte sich daran der Wunsch, daß die beiden Gesellschaften, um einen Vergleich zu ermöglichen, ihre Jahres-Ausweise künftig nach gleichmäßigen Prinzipien aufstellen möchten. Eine solche Forderung ist aber noch weit nachdrücklicher unseren Banken gegenüber am Platze, da ein vergleichendes Studium der Bankbilanzen und Bankberichte so große Verschiedenheiten erkennen läßt, daß es sehr begreiflich erscheint, wenn die Aktionäre, so weit sie nicht Fachleute sind, die Jahresberichte nur gar zu oft wieder aus der Hand legen, ohne über den Wert ihres Eigentums irgendwelche Belehrung gewonnen zu haben. Im Allgemeinen ist an der Berichterstattung der Banken zu tadeln, daß sie zu viele Lücken aufweist und nicht eingehend genug ist. Das Aktiengesetz schreibt vor, daß der Vorstand „für das verflossene Geschäftsjahr eine Bilanz, eine Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie einen den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwickelnden Bericht" den Aktionären vorzulegen hat. Nun muß allerdings zugegeben werden, daß die Berichterstattung der deutschen Banken über die Lage und die Engagements der Institute weit gründlicher Auskunft gibt, als dies seitens der englischen und französischen Banken geschieht. Ein klares Bild läßt sich aber auch aus den deutschen Bankberichten nur in den seltensten Fällen gewinnen. Sonst würde es kaum möglich sein, daß die Aktionäre einer Bank, die für das letzte Jahr ihre Situation noch in rosigsten Farben geschildert und eine normale Dividende verteilt hat, aber schon im nächsten Bericht, wie dies in der Periode des Konjunktur-Rückgangs wiederholt

geschehen ist, die Notwendigkeit einer Sanierung ankündigen muß, durch solche Ankündigung ganz unvorbereitet überrascht werden. Es ist entschieden unrecht, daß die Banken, in denen sich viele hunderte von Millionen Kapital anhäufen und von denen ein Teil auch als Depositenbanken weitgehendes Vertrauen in Anspruch nehmen, bei ihrer Berichterstattung fast durchweg bemüht sind, möglichst wenig über ihre inneren Verhältnisse an die Öffentlichkeit kommen zu lassen. Das wird in der Regel damit entschuldigt, daß das Geschäfts-Interesse eine breitere Veröffentlichung verbiete. Aber dieser Hinweis ist nur in den seltensten Fällen als stichhaltig anzusehen.

Wir wollen hier nur einzelne der Forderungen formulieren, die zur Vervollständigung der Bankbilanzen unbedingt erfüllt werden sollten. Zunächst ist unter allen Umständen eine genaue Spezifikation der Effekten-Bestände und Konsortial-Engagements erforderlich, nebst den Kursen, zu denen dieselben in der Bilanz figurieren. Selbstverständlich würde es zu weit führen, wenn die Banken alle kleinen und kleinsten Effekten-Posten gesondert aufführen wollten; allein die größeren Posten, vielleicht alle diejenigen, deren Buchwert über Mk. 100 000 hinausgeht, sollten unbedingt einzeln aufgeführt werden, die kleineren zusammengefaßt. In solcher Veröffentlichung kann auch ein Verstoß gegen das Geschäfts-Interesse schwerlich gesehen werden, denn in Österreich, der Schweiz und Belgien geben eine Anzahl von Instituten, und gerade die größeren, regelmäßig solche Veröffentlichungen, und man hat nie davon gehört, daß dadurch das Geschäfts-Interesse dieser Banken geschädigt worden wäre. Dem Publikum wäre aber wertvoller Anhalt geboten durch einen Vergleich der Bilanzkurse bei den verschiedenen Banken, indem sich daran erkennen ließe, welche Bank mehr und welche weniger vorsichtiger bilanziert. Ebenso würde dadurch zur Kenntnis der Aktionäre gebracht werden, wie weit die Banken noch an ihren eigenen Gründungen interessiert sind, und hieran knüpft sich alsdann sofort die zweite Forderung: genauere Auskunft-Erteilung über die Unterlagen der Lombard-Forderungen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Banken in sehr vielen Fällen die Aktien der von ihnen selbst finanzierten Unternehmungen lombardieren, und gar oft ist es schon vorgekommen, daß der Käufer bei eintretender starker Entwertung des Unterpfands versagte und den Banken das Pfand wieder zufiel. Eine Spezifikation der sonstigen Ausstände ist nicht wohl möglich, da es sich hierbei meist um persönliches Vertrauen handelt. Wohl aber sollte man fordern, daß künftig, ähnlich wie es die Hypotheken-Institute mit ihren Hypotheken tun, auch die Banken über die Stückelung ihrer Debitoren in ihren Berichten Auskunft geben und selbstverständlich, wie

dies auch jetzt schon seitens der meisten Institute geschieht, über die Höhe und die Art der Deckung. Auch wäre die Frage zu erwägen, ob größere Kredite, vielleicht ebenfalls in Beträgen über Mk. 100000, welche an die ohnehin unter der Kontrolle der Öffentlichkeit stehenden Aktiengesellschaften gewährt werden, nicht einzeln unter Nennung des Schuldners aufgeführt werden sollten, denn erst dadurch würde sich ein vollständiges Bild davon ergeben, wie weit die Banken mit den ihnen nahestehenden Industrie-Gesellschaften liiert sind. Selbstverständlich wäre die gleiche Spezifikation wie sie für die Effekten und Konsortial-Engagements verlangt wird, auch für die Immobilien- und Hypotheken-Bestände erforderlich. Auch hier erscheint eine genaue Aufzählung, wenn die Aktionäre ein richtiges Bild gewinnen sollen, durchaus am Platze. Von einem ersten Berliner Institut, das seinen Immobilien-Besitz schon seit Jahren in der Bilanz „nach Abzug der Hypotheken" mit rund Mk. 400 000 aufführt, heißt es, daß sich hinter diesem Posten ein Besitz von einer ganzen Anzahl von Millionen verbirgt, der für die Bank überdies eine ansehnliche stille Reserve enthalte. Nur um diese nicht zu deklarieren, habe die Bank den erwähnten Verbuchungsmodus gewählt. Aber was würde es den Banken schaden, wenn sie ihre stillen Reserven der Öffentlichkeit preisgeben würden? Die Reserven würden dadurch nicht geringer werden, und das Ansehen der Banken könnte nur wachsen, wenn alle Welt erfährt, wie niedrig ein Teil ihrer Bestände zu Buch steht. Zum großen Teil sind diese stillen Reserven, soweit sie sich nicht aus nicht abgerechnetem Konsortialgewinn oder aus niedrig bilanzierten Effekten ergeben, dadurch entstanden, daß zahlreiche Banken die Aktien von kleineren Instituten aufgekauft und mit dem Agio ihrer eigenen Aktien bezahlt haben, wodurch der Buchwert naturgemäß entsprechend niedrig geworden ist. Zur Verbesserung der Bankberichterstattung würde ferner beitragen, wenn die Banken sich entschließen wollten, die Ergebnisse ihrer Filialen und Kommanditen einzeln aufzuführen. Auch das geschieht seitens der meisten österreichischen Institute, und es liegt absolut kein Grund dafür vor, weshalb die deutschen Banken nicht ebenfalls diese Auskunft geben sollten, durch die der Einblick in ihre Verhältnisse und ihre Entwickelung wesentlich erleichtert werden würde.

Das sind nur einzelne Punkte, die ich heute herausgegriffen habe, um zu zeigen, nach welcher Richtung die Berichterstattung unserer Banken der Vervollständigung bedarf. Zum Schluß noch ein Wort der Anerkennung. Schon seit mehreren Jahren hat sich die Gepflogenheit eingebürgert, daß die größeren Institute ihre Geschäftsberichte durch die gelesensten Tageszeitungen im Wortlaut veröffentlichen. Das ist nur zu

loben, indem erst dadurch einer breiteren Öffentlichkeit, auch über die Aktionär-Kreise hinaus, wenigstens im vollen Rahmen der Verwaltungsberichte, Kenntnis von der Wirksamkeit der Institute gegeben wird. Es wäre zu wünschen, daß auch die Mittelbanken und andere große Aktiengesellschaften diesem Beispiel folgen: je klarer und weitgehender der Öffentlichkeit Einblick gewährt wird, umsomehr wächst das Vertrauen.

Justus v. Liebig.

(Zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages.)

Von Dr. Arthur Pfungst.

Am 12. Mai dieses Jahres waren hundert Jahre vergangen seitdem Justus von Liebig zu Darmstadt geboren wurde. Deutschland hat allen Grund sich dieses Tages mit Stolz zu erinnern, denn wenigen seiner Söhne war es vergönnt der deutschen Wissenschaft so hohen Glanz zu verleihen, wie er es getan, und gleichzeitig dem wirtschaftlichen Gedeihen unseres Vaterlandes einen derartigen Impuls zu geben, daß heute noch Tausende und Abertausende in dem Schatten des Waldes leben, den Liebig gepflanzt hat. Um eine Biographie zu verfassen, welche des einzigartigen Mannes würdig wäre, müßten sich drei Meister ihres Faches vereinigen, von denen der eine den Forscher, der zweite den Förderer von Industrie, Ackerbau und Gewerbe, der dritte den Lehrer zu schildern hätte. Und dem letzten dieser drei würde die dankbarste Aufgabe zufallen, denn gerade als Lehrer hat Liebig ohne Zweifel am meisten dazu beigetragen der chemischen Forschung in Deutschland den Geist einzuflößen, der sie fortab von Sieg zu Sieg führen sollte. Ernst von Meyer sagt in seiner Geschichte der Chemie: „Als Lehrer steht Liebig fast unvergleichlich da. Berzelius, der große Meister, zog solche Schüler an sich, welche mit Vorkenntnissen ausgerüstet waren, und wirkte nur im kleinsten Kreise. Liebig dagegen verstand es, eine wirkliche chemische Schule zu gründen, da er sich liebevoll der Unterweisung des Einzelnen, vom Beginn seiner Studien an, widmete. Durch ihn wurde der erste systematische chemische Unterricht begründet; ein Laboratorium, welches ausschließlich diesem Zwecke diente, bestand bis dahin noch nicht. Die Notwendigkeit chemische Institute nicht blos zu Nutz und Frommen der Chemie selbst, sondern auch der Gebiete, denen die Chemie unentbehrlich ist, einzurichten, hat Liebig

zuerst erkannt. Sein Laboratorium in Gießen wurde eine Muster-Anstalt, nach welcher im Laufe der Jahre zunächst langsam, dann in schneller Folge neue Stätten für den chemischen Unterricht geschaffen wurden. Durch den Zauber seiner Persönlichkeit wußte Liebig seine Schüler anzuregen und zu begeistern, insbesondere wenn es galt wissenschaftliche Fragen zu lösen." —

Aber Liebig konnte als Forscher und Lehrer nur so Erstaunliches wirken, weil er auch gleichzeitig ein großer Mensch, ein lauterer Wahrheitsfreund war. Am klarsten ersehen wir aus seinen Briefen, welcher Geist diesen Mann beseelte. In dem von Justus Carrière im Jahre 1893 herausgegebenen Briefwechsel, den Liebig mit Berzelius führte, sind sehr viele Stellen hochinteressant in Bezug auf diesen Punkt. So schreibt Berzelius am 11. Februar 1831 an Liebig: „Es ist mir immer ein wahre Freude ihre Abhandlungen zu lesen wegen der reinen Wahrheitsliebe, die bei Ihnen herrscht und die so besonders kontrastiert mit Dumas (französischer Chemiker 1800—1884), der Alles tut um zu glänzen und dem es recht wenig zu sein scheint um die Wahrheit kennen zu lernen". Die Wahrheit ging Liebig über Alles; um ihr zu dienen zog er sich die schwersten Nachteile zu, wie z. B. aus folgendem Passus aus seinem Schreiben an Berzelius vom 30. Mai 1832 hervorgeht: „Ich hoffe, daß Sie unsere Annalen regelmäßig erhalten werden, ich kann mir sehr gut denken, daß Sie meine Kritiken darin nicht gut oder nützlich finden werden; bei näherer Betrachtung werden Sie aber gewiß bemerken, daß wenn Leidenschaftlichkeit darin enthalten ist, diese niemals gegen den Irrtum, dem wir Alle unterliegen, gerichtet ist, sondern stets nur gegen die offenbare Lüge, gegen die Flachheit oder gegen die Arroganz. So habe ich neuerdings . . . . . meine unumwundene Meinung über das Wesen der französischen Chemiker und über die Ursache des Verfalls der Chemie in Frankreich ausgesprochen. Ich weiß zwar, daß ich dadurch alle Hoffnung aufgeben muß und verloren habe, jemals Correspondent de l'Institut zu werden allein ich habe es getan, weil die Beherzigung dieser Ausfälle von denen, die es trifft, unendlich wichtiger für die Wissenschaft werden muß, als mir jemals ein Titel werden kann". — Und am 14. September 1833 schreibt Liebig an Berzelius: „Ich habe die Erfahrung gemacht, daß mein offen ausgesprochener Haß gegen die Lüge und den Betrug in der Wissenschaft . . . . . mir als persönliche Leidenschaft, als Arroganz und Eitelkeit ausgelegt worden ist. Ich habe mich nie gefragt: wird es dir nutzen, wird es dir schaden, ich habe wohl gefühlt, daß ich mich selbst zum Opfer würde bringen müssen . . . . ." Und am 24. März 1834:

„Was mich betrifft, so kenne ich nur einen Weg, ich habe nur eine Überzeugung, für die ich mich selbst zum Opfer bringen kann". — Unterm 23. Februar 1836 beschwert er sich bitter, daß er für die aufrichtige Art und Weise, wie er seine Meinung, glühend für die Wahrheit, voll Enthusiasmus für die Wissenschaft ausgesprochen, nur persönliche Nachteile, insbesondere von Seiten der Regierung gehabt, und sagt: „Hätte ich es nicht getan, so wäre mir die Vocation nach Göttingen und von Seite meiner Regierung eine jährliche Verbesserung von einer großen Summe gewiß. Der Gedanke an diese Erfahrung macht mich wahrhaft unglücklich und drückt mich nieder; Alles ekelt mich an und meine liebsten Arbeiten machen mir keine Freude mehr; diese verdammte Meinung über meinen Charakter wird sich fortsetzen, und mir jedes Vorankommen in dem Lande wo ich lebe verschließen, denn in Deutschland kann man nur durch Vocationen sich verbessern, da die Leute in den Ministerien chemische Arbeiten weder lesen noch verstehen, so ist dieses der einzige Maßstab des Verdienstes".

Diese Leidenschaft für die Wahrheit ist es ja überhaupt, welche in erster Linie die großen Forscher macht. Sie wollen wissen, wie es mit den Dingen in Wirklichkeit steht und das treibt sie zu ihrem unermüdlichen Schaffen. Schon Liebigs großer Vorgänger Scheele hatte — nach Nordenskjölds Mitteilung — ausgesprochen: „Es ist ja nur die Wahrheit, welche wir wissen wollen, und welche Freude bereitet es nicht, sie erforscht zu haben!" Die Wissenschaft der Chemie ist aus einer ungeheuer großen Fülle von Einzel-Erfahrungen geboren. Sie konnte sich erst entwickeln, als man alle Spekulation zuerst einmal beiseite gelassen hatte, um einzig und allein durch Experiment und Beobachtung der Natur ihre Geheimnisse zu entreißen. Schon im ersten seiner „Chemischen Briefe" hat das Liebig klar und deutlich ausgesprochen und dargelegt, welchen Schaden die Einbildungskraft anrichtet, wenn man ihr auf diesem Gebiete die Führung überläßt. Er selbst ist ohne jede Voreingenommenheit an die Probleme herangetreten und hat durch Experimental-Untersuchungen mit unermüdlicher Beobachtung in nimmer ermattender Arbeit die schwierigsten Probleme auf dem Gebiete der anorganischen, wie der organischen Chemie aufzuhellen versucht. Wie schädlich jede Voreingenommenheit wirkt, hat er an klassischen Beispielen selbst gezeigt, indem er anführte, daß Plinius der Meinung war, daß der Bergkrystall durch ungeheuere Kälte so sehr zu Eis gefroren sei, daß er nicht mehr auftauen könne, und daß die Alten glaubten Gährungs- und Fäulnisprozesse erzeugten Tiere und Pflanzen, während man jetzt weiß, daß im Gegenteil diese Prozesse von Tieren und Pflanzen erzeugt werden. Speziell bei Scheele und Liebig können

wir studieren, was ein von Wahrheitsdrang erfüllter Forscher leisten kann, wenn er sich in unwandelbarer Treue zum Dolmetscher der Dinge macht, die er beobachtet. Diese Forscher hatten allerdings noch ein unermeßliches Gebiet zu bearbeiten. Bald ist es ein Mineral, das ihre Aufmerksamkeit fesselt, bald ein rein theoretisches Problem, bald ein neuer Laboratoriumsapparat. Aber auf die größte, wie die kleinste Arbeit verwenden sie ihre höchste Energie, ihre wunderbare Beobachtungsgabe, und Kleinigkeiten gibt es nicht für sie. Nur ein Beispiel dafür: Liebig las in der „Gazette des Tribunaux", daß ein notorischer Säufer durch Selbstverbrennung geendet habe. Sofort wandte er sich an nicht weniger als drei geeignete Persönlichkeiten, den Physiker Regnault, den Direktor der Münze und Chemiker Pelouze und den Polizeipräfekten Carlier in Paris, wodurch er feststellen konnte, daß der Selbstverbrennungsfall eine Lüge war. Wie wichtig es war, diesen Zeitungsbericht aufzuklären, kann man aus der Tatsache ermessen, daß Emile Zola wahrscheinlich unter seinem Eindruck im Romane „Le Docteur Pascal" Antoine Macquart durch Selbstverbrennung enden läßt, was ich bereits vor Jahren an anderer Stelle nachzuweisen versucht habe.

Wenn man die Frage aufwerfen will, was der Chemiker unserer Zeit wohl in erster Linie von Liebig lernen soll, da wäre wohl gerade seine unermüdliche Beobachtung von scheinbar unwichtigen Dingen heranzuziehen. Nachdem das Gebiet der Chemie durch tausende und abertausende hingebender Forscher durchgeackert ist, stehen vielleicht wichtige Entdeckungen nur noch dann zu erhoffen, wenn man es nicht verschmäht, jeder kleinsten Spur nachzugehen, wo Erscheinungen zu Tage treten, die nicht genau mit bekannten Feststellungen übereinstimmen. Victor Meyer entdeckte das Thiophen im Steinkohlenbenzol und Rayleigh das Argon im Stickstoff, weil sie sich nicht bei Erscheinungen beruhigten, bei denen sich alle ihre Vorgänger beruhigt hatten, und Thomas L. Willson, der Entdecker der technisch verwertbaren Methode der Herstellung des Calciumcarbids, wäre um ein Haar der Früchte seiner Entdeckung verlustig gegangen, weil er den metallähnlichen Körper, den er bei seiner Reaktion erhalten hatte, weggeworfen hatte, wenn nicht der Körper infolge eines glücklichen Zufalls ins Wasser gefallen wäre und so seine wahre Natur verraten hätte. Leider ist unsere Schule und vor allem unsere Lebensweise (besonders in den großen Städten) der Ausbildung unserer Beobachtungsgabe sehr nachteilig. Lernstoff wird genug in die Köpfe gepfropft, aber die Fähigkeit zum Beobachten, die für den Forscher so unentbehrlich ist, findet schlechte Übung und Ausbildung. Die großen Apotheker Scheele und Liebig hatten diesen

Vorteil vor vielen unserer Chemiker voraus. Ein Gedenktag, wie der, den wir am 12. Mai feierten, hätte seine besonders segensreiche Wirkung, wenn er Anlaß böte über diese Fragen etwas nachzudenken. Große Männer kann man nur dadurch würdig feiern, daß man von ihrem Vermächtnis einen Gebrauch macht, der in ihrem Sinne ist, und von Liebig hat ja kein Geringerer, als sein Schüler A. W. Hofmann gesagt: „Wenn man die Summe dessen ins Auge faßt, was Liebig für das Wohlergehen des Menschen auf dem Gebiete der Industrie oder des Ackerbaues oder der Pflege der Gesundheit geleistet hat, so darf man kühn behaupten, daß kein anderer Gelehrter in seinem Dahinschreiten durch die Jahrhunderte der Menschheit ein größeres Vermächtnis hinterlassen hat."

Kleine Mitteilungen.

Theologie und freie Forschung.

Im preußischen Herrenhause, der parlamentarischen Vertretung der Privilegierten, insbesondere des „alten befestigten Grundbesitzes", hat kurz vor Ostern eine sehr bemerkenswerte Debatte stattgefunden. Diese Tatsache ist an sich auch schon bemerkenswert, denn die idyllische Ruhe dieser Körperschaft pflegt nur höchst selten durch aufregende Debatten unterbrochen zu werden.

Es handelte sich um einen Vorstoß der starren protestantischen Orthodoxie gegen die Lehrfreiheit und die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung in den theologischen Fakultäten. Ein solcher Vorstoß ist seit einigen Jahren in jeder Legislaturperiode einmal unternommen worden und jedesmal unter Führung des Freiherrn von Durant, der auch diesmal die einleitende Rede hielt. Aber — und das ist das eigentlich Charakteristische der diesjährigen Debatte, das zu denken gibt — während der Freiherr sonst im wesentlichen nur zu monologisieren pflegte und höchstens mit einigen nichtssagenden höflichen Redewendungen vom Ministertisch bedient wurde, fand er diesmal das aufmerksamste Ohr, es gab eine Debatte größeren Stils und nicht nur der Kultusminister Studt hielt eine größere Rede, sondern auch der Oberhofprediger Dryander, der „Historiograph des preußischen Staates" Professor Schmoller, der Hallenser Kronjurist Professor Löning u. s. w.

Zwei Punkte verdienen aus dieser Debatte hervorgehoben zu werden.

Um der Zerstörung des Glaubens durch die ungläubigen Theologieprofessoren und ihre Schüler vorzubeugen, verlangte Herr von Durant zunächst, daß unterschieden werde zwischen Forschung und Lehre. Der Wahrheit nachgehen dürfe der Professor, aber sie verkünden — nein, das dürfe er nicht, vor allem dann nicht, wenn sie mit den Wahrheiten des evangelischen Glaubens in Widerspruch träte. Eine wahrhaft elende Ausflucht, von der man kaum begreift, wie sie ein

denkender Mensch aussprechen kann. Als ob eine Wahrheit anders ihre Existenz gewinnen könnte als dadurch, daß sie mitgeteilt, überliefert, ausgesprochen und entwickelt wird. Und doch wurde jene Forderung vom Kultusminister und Oberhofprediger so gut wie gar nicht und selbst von dem Vertreter der Universitäten nur mit unzureichender Entschiedenheit zurückgewiesen. Sie forderten nur gleichsam Duldung für die freie wissenschaftliche Forschung und Lehre statt vom Standpunkte des unabhängigen Denkens aus zu erwidern: Wie kann es ein höheres Regulativ im menschlichen Dasein geben als die Wahrheit? Mögen diejenigen, welche sie nicht zu ertragen vermögen, sich abwenden, sich die Ohren verstopfen, oder wie Odysseus an den Mastbaum so an das Dogmengerüst ihres Glaubens sich freiwillig anketten lassen, aber nicht fordern, daß um ihretwillen, die da schwach an Geist und an Willen sind, die hehre Wahrheit angekettet wird, die, nach dem treffenden Worte des Apostels Paulus auch auf religiösem Gebiete allein dem Menschen ziemt und ihn frei machen kann. Aber man bemerkt ja deutlich, was immer wieder diese heute wieder stärker als je umgehenden Forderungen, die Wahrheit zu knebeln oder doch ihr Schranken aufzulegen, veranlaßt: es sind nicht religiöse Motive, sondern die Sorge um die engsten kirchlichen Interessen. Es gibt sicherlich ernste religiöse Naturen, für die jeder neue Fortschritt der Erkenntnis, der den Glauben betrifft, ein Gegenstand schwerer Sorge und Bedrückung bildet, weil ihnen der Glaube wie ein Nessusgewand ist, von dem sie nichts abreißen können, ohne unter größten Schmerzen ein Stück ihres eigenen Selbst mitzureißen. Aber diese sind es niemals, die Beschränkung der Wahrheit fordern. Das geschieht eben nur von den Vertretern des „alten befestigten Grundbesitzes“ auf dem Gebiete des Glaubens und der Kirche. Sie wollen in ihrem Behagen nicht gestört sein und vor allem den Einfluß auf die Gläubigen innerhalb ihres Geheges nicht preisgeben. Darum haben sie zwar nichts dagegen, wenn in anderen Glaubensgehegen, in konkurrierenden Religions- und Kirchenanstalten die Wahrheit wie eine Windsbraut recht derb dazwischen fährt — da gestehen sie unbeschränkte Wahrheitsforschung zu und fordern sie sogar — nur beileibe nicht in ihrem eigenen privilegierten Besitz. Dies Verfahren, (das man auch gegenwärtig im Babel-Bibel-Streit wieder überall beobachten kann) hat schon Lessing im Anti-Goetze treffend charakterisiert:

„O ihr Toren! die ihr den Sturmwind gern aus der Natur verbannen möchtet, weil er dort ein Schiff in die Sandbank vergräbt und hier ein anderes am felsigten Ufer zerschmettert! — O, ihr Heuchler! denn wir kennen euch. Nicht um diese unglücklichen Schiffe ist euch zu tun, ihr hättet sie denn versichert; euch ist lediglich um euer eigenes kleines Gärtchen zu tun, um eure eigene kleine Bequemlichkeit, kleine Ergötzung. Der böse Sturmwind! Da hat er euch ein Lusthäuschen abgedeckt, da die alten Bäume zu sehr geschüttelt, da eure ganze kostbare Orangerie in sieben irdenen Töpfen umgeworfen. Was geht es euch an, wieviel gutes der Sturmwind sonst in der Natur befördert? Könnte er es nicht auch befördern, ohne eurem Gärtchen zu schaden? Warum bläset er nicht bei eurem Zaune vorbei oder nimmt die Backen wenigstens weniger voll, sobald er an euren Grenzsteinen anlangt?“

* * *

Noch ein zweiter Punkt verdient aus jener Herrenhaus-Debatte hervorgehoben zu werden: es betrifft die praktischen Vorschläge, die gemacht wurden, um den Widerstreit von Glauben und Wissen in den theologischen Fakultäten zu beseitigen.

Hier darf man vom Standpunkte des unabhängigen Denkens aus sich wenigstens teilweise mit den Forderungen des Vorkämpfers der starren Orthodoxie einverstanden erklären. Er schlug nämlich vor — wogegen natürlich Kultusminister und Oberhofprediger kräftig sich wehrten — für die Ausbildung der Geistlichen Predigerseminare zu gründen und überdies die theologische Fakultät entsprechend den beiden verschiedenen Aufgaben, die ihr oblägen, zu teilen, in eine rein religionswissenschaftliche Fakultät, wo unbegrenzte Lehrfreiheit herrschen könne, und in eine praktisch-theologische, wo nur innerhalb der Grenzen der kirchlichen Dogmen und unter Aufsicht der Kirchen selbst gelehrt werden dürfe.

In der Tat ist damit wenigstens der prinzipielle Standpunkt gewonnen, von dem aus allein der Konflikt gelöst werden kann. Die theologische Fakultät von heute soll zwei verschiedene Aufgaben erfüllen, die an sich völlig unvereinbar sind: sie soll Diener der Kirche und sie soll Diener der Wissenschaft heranbilden, die Professoren sollen jener, ebensogut wie dieser, dienstbar sein. Das ist unmöglich. Auf der einen Seite muß hingewiesen werden auf die Satzungen und Anschauungen und Überlieferungen der Kirche als feststehende Wahrheit, auf der anderen Seite soll die Wahreit erst gesucht werden. Daß ernste, ehrliche Naturen, wenn sie nicht die Kraft und den Mut haben, sich ganz frei zu machen und auf eigenen Füßen zu stehen, auf diese Weise unaufhörlich in die schlimmsten inneren Konflikte getrieben werden, liegt auf der Hand. Und noch schlimmer ist die unehrliche Kompromißtheologie, die auf diesem Boden erwächst, jene schale Kanzelphilosophie und theologische Halbwisserei, wovon, wie Jean Paul einmal witzig bemerkte, ¼ moralisch, ¼ unmoralisch, ¼ verständig, ¼ schief ist und das Ganze gestohlen" und die, wie er hinzufügt, nur dadurch zu stande kommt, daß „vom alten Schimmelwäldchen der Philosophie die Theologen die abgefallenen Lesefrüchte sich auflauben und damit ansäen."

Es ist also ganz konsequent, vom Standpunkt der Kirche aus eben dieselbe Forderung zu erheben, die auch der freie Denker erheben muß: daß die Aufgabe der wissenschaftlichen Erforschung der Religion und Religionen, der Glaubenslehren und ihrer Urkunden durchaus getrennt werde von der anderen, Lehrer eines bestimmten Glaubens heranzubilden. Und es hätte daran erinnert werden können, daß schon Fichte, der erste Rektor der Berliner Universität, dieselbe Forderung erhoben hat. In seiner Denkschrift über die Errichtung dieser Universität proklamiert er als einen obersten Grundsatz: „Eine Schule des wissenschaftlichen Verstandesgebrauchs setzt voraus, daß verstanden und bis in seinen letzten Grund durchdrungen werden könne, was sie sich aufgibt; sonach wäre ein solches, das den Verstandesgebrauch sich verbittet, und sich als ein unbegreifliches Geheimnis gleich von vornherein aufstellt, durch das Wesen derselben von ihr ausgeschlossen" — woraus sich denn die Konsequenzen für die Theologie, die Fichte daraus zieht, schon von selbst ergeben.

In diesem Sinne bedarf aber auch der Vorschlag des Freiherrn von Durant einer Korrektur und Umänderung: die praktisch-theologische Fakultät, welche er im Auge hat, darf nicht neben der religionswissenschaftlichen bestehen, sondern muß von der Universität ausgeschlossen bleiben. Was hat die universitas literarum, wo wissenschaftliche Erkenntnis erstrebt und mitgeteilt werden soll, mit der praktischen Unterweisung und Befestigung in gewissen Glaubensnormen zu tun? Und diese Frage ist da umsomehr berechtigt, wo, wie bei uns, die Universitäten Staatsanstalten sind. Welches Recht hat der Staat, mit den Mitteln, welche ihm von allen Steuerzahlern ohne Unterschied des Glaubens und

des Bekenntnisses, zur Verfügung gestellt werden, einseitig gewissen Religionsgemeinschaften ihre Prediger auszubilden, andern aber nicht, ebenso natürlich nicht den Freireligiösen und sonstigen freidenkenden Gemeinschaften? Letzten Endes fordert also hier wie überall die Lösung des Konflikts die volle Trennung von Kirche und Staat. Daß dies die einzig richtige und die einzig gerechte Lösung ist, wurde in der Herrenhausdebatte auch von einer Seite wenigstens unumwunden ausgesprochen: durch den liberalen Oberbürgermeister Struckmann von Hildesheim. Nur meinte er, man solle bedenken, ob diese Lösung, die in Wahrheit vielleicht die einzig gerechte sei, auch den Interessen der evangelischen Kirche entspräche und ob man nicht deshalb es bei dem gegenwärtigen Zustand belassen müsse. Aber, wenn vorhin gefragt wurde, ob es denn als Norm menschlichen Lebens etwas höheres geben könne als die **Wahrheit**, so kann man nun die Frage aufwerfen: Kann es für den Staat irgend etwas, irgend ein Sonderinteresse geben, das höher stände als das Interesse an dem Erreichen größtmöglicher **Gerechtigkeit**?

K.

*

Das Corpsstudententum in der preußischen Verwaltung.

Bei Gelegenheit der Verhandlungen des preußischen Landtags betreffs der Vorbildung der Beamten zum höheren Verwaltungsdienst wurden von Seiten der Abgeordneten und speziell durch den Nationalliberalen Friedberg bittere Klagen über die unerhörte Bevorzugung des Adels und des Corpsstudententums bei Besetzung der höheren Verwaltungsstellen vorgebracht. Für Manchen, der noch nicht wußte, „wie man Präsident wird“, wurde die Mitteilung, daß 40 % der preußischen Regierungspräsidenten ehemalige Corpsstudenten sind, zu einer Offenbarung. Weltklugen Leuten brauchte der Minister von Hammerstein, der sich auffallend ungeschickt verteidigte, wirklich nicht zu sagen, daß die Bevorzugung des Adels und der feudalen Corps zum ganzen Regierungssystem in Preußen gehört. Tüchtige, strebsame, talentvolle junge Leute, welche so unglücklich sind weder auf der Universität einige Semester in einem feudalen Corps verbummelt zu haben, noch einer adligen Familie anzugehören, sind wenigstens jetzt auch offiziell gewarnt vor einer Karriere, in der man nicht vorankommen kann, wenn man nicht zur Clique gehört. Wie namenlos albern muß den Angehörigen der privilegierten Beamtenkaste der Ausspruch des ersten Napoleon vorkommen, der bekanntlich den Wahlspruch hatte: „**Die Bahn frei dem Talente**“ — und mit diesem Wahlspruch auch das alte Preußen, ohne irgendwelche Rücksicht auf den Feudalismus zu nehmen, über den Haufen rannte!

Der Minister hätte viel treffender antworten können, als er getan hat. Er hätte der Volksvertretung auseinandersetzen müssen, daß durch das Corpsstudententum so viele unersetzliche Zeit für die jungen Leute verloren geht, daß sie es in freier Konkurrenz in der Regel nicht mehr mit den Mitbewerbern aufzunehmen vermögen, welche die 2, 3 auch 4 Semester statt für die Nichtigkeiten des Corpslebens für ernstes Studium verwendet haben. Bei der ungeheueren Ausdehnung der Wissensgebiete sind diese verlorenen Semester für die Corpsstudenten im Allgemeinen nicht mehr einzuholen. In den freien Berufen würden sie nicht mehr mitkommen und darum muß die Verwaltung für sie sorgen. Freilich, was die preußische Verwaltung leisten würde, wenn sie die tüchtigsten Kräfte

auswählte und förderte ohne Rücksicht auf Konnexionen und adeligen Namen — das steht auf einem anderen Blatte! Das mangelnde Verständnis für das, was uns an Reformen not tut, die Sterilität in Bezug auf schöpferische Gedanken, die Rückständigkeit auf den wichtigsten Lebensgebieten, welche der preußischen Verwaltung eigentümlich sind, wurzeln ja gerade in dieser Gepflogenheit, das Corpsstudententum bei der Auswahl der Beamten in erster Linie zu bevorzugen. Man denke sich nur Beamte von solchem Studiengang modernen Problemen gegenüber, wie dem des Alkoholismus, der Prostitutionsfrage, der Wohnungsnot, der geistlichen Schulaufsicht, der Gewerkschaftsbewegung, der Bekämpfung des Ultramontanismus, also Problemen, die man nur mit Hülfe von eminentem sachlichem Wissen auf schwierigen Gebieten erfassen kann, und man wird leicht ermessen, welches Unheil das Corpsstudententum in Preußen anrichtet!

Ein gutes hat aber die Bevorzugung dieser Elemente durch die Regierung trotzdem: es ist nämlich immer noch besser, daß dieselben in der Verwaltung unterkommen, als wenn sie mit Hülfe ihrer wertvollen Konnexionen in die freien Berufe einzudringen vermöchten. Man bedenke was es hieße, wenn die mangelhaft vorgebildeten jungen Leute, die ihre besten Studienjahre mit Kommersen, Kneipen, Mensuren und der Pflege von allerhand überkommenem Krimskrams vertrödelt haben, durch Empfehlungen als Chefs der Krankenhäuser, Rhedereien, als Fabrikdirektoren, Bankleiter, Dozenten u.s.w. an maßgebende Stellen gelangten? Als Verwaltungsbeamte, die beständig unter der Aufsicht ihrer Vorgesetzten stehen, die von den Parlamenten und der Presse unausgesetzt kontrolliert werden, vermögen sie sicherlich nicht so vielen Schaden anzurichten, wie in freien Berufen. Man erinnere sich nur daran, was beispielsweise unser Corpsstudententum in unseren Kolonien geschadet hat, wo ihm verhältnismäßig viel freier Spielraum gelassen werden mußte!

Wenn der Minister von Hammerstein von den feudalen Verwaltungsbeamten rühmt, daß sie nie sagen, und wenn man sie in die entlegensten Gegenden versetzt: „Das tue ich nicht, da gehe ich lieber ab" — so beweist das doch nur, daß sie von ihren eigenen Leistungen kein Heil erwarten. Es schwant ihnen, daß sie am Ende gar, wie manches Beispiel zeigt, Oberkellner in New York werden müssen, und deshalb lassen sie sich alles gern gefallen — während der Mann, der seine Studienjahre auch richtig benutzt hat, und der sich darum selbst als seines Glückes Schmied fühlt, mit dem Bewußtsein überall anzukommen seinen Abschied nimmt, wenn er sich ungerecht behandelt sieht.

*

Korums Schildknappe.

Die Gegenwart hat ein kurzes Gedächtnis für Personalien. Deshalb ist es zweckdienlich, an einige Begebenheiten zu erinnern, die den Mann kennzeichnen, der durch seine „Trierische Landeszeitung" die Eltern auffordert, ihre Kinder der höheren Töchterschule fernzuhalten, auch wenn die Anstalt einen katholischen Religionslehrer erhält; der Eltern und Geistlichkeit zu einem geheimen Kampfe gegen den Staat auffordert, um diesen aus der Schule zu verbannen und damit jede wirklich wissenschaftliche Ausbildung der Jugend zu verhindern.

Man sollte es eigentlich noch nicht vergessen haben, daß vor drei Jahren in Trier ein Prozeß sich abspielte, der den Schildknappen Korums in den Augen jedes anständig denkenden Menschen unheilbar bloßstellte. Es handelte sich um

eine Beleidigungsklage des Kaplans Dasbach gegen seinen früheren Redakteur Haubrich. Dieser war nach seiner Auffassung von Dasbach ohne Grund entlassen und auch sonst in Ehre und Lebenshaltung geschädigt worden. Deshalb kennzeichnete Haubrich seinen klerikalen Gegner durch einen offenen Brief, der Dasbach zur Klage veranlaßte. Bei der ersten Verhandlung des Prozesses im April 1900 erlangte das Schöffengericht in Trier durch die Beweisaufnahme die Überzeugung, daß die von Haubrich behaupteten Tatsachen im wesentlichen der Wahrheit entsprachen, daß ihm also der Wahrheitsbeweis seiner Behauptungen, die die geschäftliche Betriebsamkeit des Kaplans Dasbach, durch die er ein Vermögen von 800 000 Mark erworben, in sehr eigenartiger Weise beleuchteten, im wesentlichen gelungen und nur in der Form die Absicht der Beleidigung zu finden war. Hierfür wurde Haubrich zu einer Geldbuße von 300 Mark verurteilt. Dasbach begnügte sich damit nicht. Er wollte seinen Feind, der sich nur notgedrungen zur Wehr gesetzt hatte, womöglich unschädlich machen. In zweiter Instanz wurde Haubrich zu einer viel schwereren Geldstrafe verurteilt und nur mit Rücksicht auf seine „zerrüttete Gesundheit“ wurde von einer Freiheitsstrafe abgesehen. Auf ultramontaner Seite beutete man dieses Urteil weidlich aus. Hier wurde ganz einfach der Schluß gezogen: Wenn der Gerichtshof festgestellt hat, daß der Wahrheitsbeweis in wesentlichen Punkten nicht erbracht sei, und wenn daraufhin Haubrich verurteilt worden ist, so steht Dasbach groß und rein da. Dieser Schluß war jedoch ganz falsch. Die Verurteilung mußte erfolgen, weil der Wahrheitsbeweis nicht in allen Punkten erbracht war. Haubrich hatte in seiner Erregung mehr behauptet, als zur Kompromittierung des Kaplans nötig gewesen wäre. Auch in der zweiten Instanz behielt Haubrich „in wesentlichen Punkten“ recht. Die Öffentlichkeit nahm übrigens zu dem Prozesse eine ganz andere Stellung ein, als der Gerichtshof. Jene interessierte weniger der eigentliche Gegenstand des Prozesses, als vielmehr die Feststellung, was die gerichtliche Verhandlung über eine politische Persönlichkeit wie Dasbach, der in seiner Person die Stellung eines leidenschaftlichen Parteimannes mit der Würde eines Priesters der katholischen Kirche vereinigt, zu Tage brachte. Daraus ging zunächst hervor, daß man selbst in katholischen Kreisen Triers der Persönlichkeit Dasbachs keine Sympathien entgegenbringt. Man wollte dort den Kaplan nicht wählen, um den Wahlkreis nicht zu schädigen, denn es sei die allgemeine Ansicht, sagte ein geistlicher Zeuge, Professor August Müller, daß Trier Dasbachs wegen von der Regierung nicht besonders gut behandelt würde. Aus den Prozeßverhandlungen ging ferner hervor, daß der Kaplan auf die keiner Prüfung unterworfene lügnerische Aussage einer Frauensperson hin einen würdigen Geistlichen wegen eines angeblichen schweren Vergehens dem Bischof denunzierte. Der Richter hielt diesen Schritt nur für eine „Unklugheit“. Das war eine persönliche Auffassung, zu der der Richter sich berechtigt fühlen durfte. Im gewöhnlichen Leben beurteilt man aber eine solche „Unklugheit“ anders und zieht praktische Folgerungen daraus, die jene richterliche Meinung als ungewöhnliche Milde erscheinen lassen. Auch sonst traten in dem Prozeß Erscheinungen zu Tage, die von den uns geläufigen Begriffen von Anstand, Umgangsformen und ähnlichen Dingen stark abweichen. Der genannte Professor Müller brachte folgende Äußerung des Oberlandesgerichtsrats und Zentrumsabgeordneten Roeren zur Sprache:

> „Ja, Dasbach kanns manchmal ganz toll machen. Da hatte ich eine Sache im Ministerium. Dasbach kam mir dazwischen und die Sache

war verdorben. Ich war darüber so ärgerlich, daß ich Dasbach sagte: Höre einmal, wenn Dich Dein geistliches Kleid nicht schützte, gäbe ich Dir Ohrfeigen rechts und links."

Der hochwürdige Herr hat diese Äußerung, die jeden Hausknecht reizen würde, ruhig eingesteckt. Dazu befähigte ihn wohl die „so stark ausgeprägte Frömmigkeit", die dem Kaplan von Freundesseite nachgerühmt wurde. Und der Vater der „Lex Heinze" wollte sich bei den Prozeßverhandlungen nicht mehr erinnern, unter welchen Umständen er jenen beleidigenden Ausspruch getan hatte. Jedenfalls habe er damit keine „innere Geringschätzung" verbinden wollen! Ein anderer Zeuge wurde gefragt, ob Dasbach ihn wegen des Ausdrucks „Reif fürs Zuchthaus" verklagt habe. Er sagte: Nein! und der Kaplan bemerkte dazu: Da hätte ich viel zu tun, wenn ich jeden verklagen wollte, der so etwas von mir behauptet.

Das Priesterkleid Dasbachs hat alles zugedeckt, und über diesen Prozeß, der wieder einmal bewies, wie der Ultramontanismus es fertig bringt, alles, was als richtig und anständig in unserem Volke gilt, auf den Kopf zu stellen und die Religion zu weltlichen und politischen Zwecken auszubeuten, ist Gras gewachsen. Er verhindert den Preßkaplan nicht, der preußischen Regierung, die alles getan hat, um den leidigen Trierer Schulstreit beizulegen, Schwierigkeiten zu schaffen und durch Beunruhigung der Gewissen seine staatsfeindlichen Zwecke zu erreichen. Das darf sich der Vertreter der Kaplanokratie erlauben, welcher nach der Auffassung jedes anständig denkenden deutschen Mannes schon längst von der öffentlichen Bildfläche hätte verschwinden müssen. Wann endlich wird sich gegen derartige Individuen, die unser geistiges und staatliches Leben mit ultramontanem Wüstensande zuschütten wollen, die Bewegung vorbereiten, die fest entschlossen ist, diese Gefahr von uns abzuwenden? Man täusche sich nicht. Man komme nicht mit dem Einwande, daß nur Leute vom Dasbachschen Schlage den Kulturkampf wollen. Hinter Dasbach steht der Bischof Korum, stehen die meisten Kleriker nicht blos der Trierer Diözese, steht die Mehrheit des Zentrums. Wenn nicht die Reichstagswähler endlich zu dem Entschluß sich aufraffen, die herrschende Partei zu entthronen, so wird die Regierung gezwungen sein, Deutschland auf dem geräuschlosen Verwaltungswege zu ultramontanisieren. Der protestantische Regierungspräsident zur Nedden muß Trier verlassen, der katholische Schulrat Bottermann kommt und schickt sein Kind nicht in die staatliche Schule. Das ist ein symbolischer Vorgang. Das beharrliche Streben des Ultramontanismus ist schon lange darauf gerichtet, die Beamtenwelt zu bottermännern, d. h. auf die theoretische Basis des ultramontanen religiöspolitischen Lehrsystems zu stellen, damit sie in der Praxis dem Ultramontanismus zum Durchbruch und zum Siege verhelfe. Der Staat soll in seinem eigenen Organismus ultramontanisiert werden. Das ist das Ziel der Bestrebungen der Korum und Dasbach. Ist es erreicht, so kann der Hohenzollernstaat abdanken und das deutsche Volk die mühsam errungene Denk- und Gewissensfreiheit im Ramsch an den klerikalen Trödler verkaufen!

* * *

Diese Zeilen waren bereits geschrieben, als die Tagespresse die sensationelle Mitteilung brachte, daß die vielbeachteten Artikel über den Trierer Schulstreit in der Frankfurter Zeitung von dem Privatsekretär Dasbachs, stud. jur. Eßlen, herrührten und auf eine Intrigue Dasbachs zurückzuführen seien. Inzwischen hat stud. jur. Eßlen zugegeben, daß zwar ein „Fünkchen Wahrheit"

daran sei, daß er für die Frankfurter Zeitung über Trierer Verhältnisse Artikel geschrieben habe, daß er aber keineswegs durch seine Beschäftigung bei Dasbach interne Vorgänge kennen gelernt und diese dann zu seinen Artikeln benutzt habe. Nach Kenntnisnahme dieser Erklärung wird man die Annahme ablehnen müssen, daß die Artikel der Frankfurter Zeitung „aus dem Dasbachschen Lager stammen", wiewohl Dasbach schon einmal mit einem Redaktionssekretär der Trierischen Landeszeitung ein ganz ähnliches Pech hatte, insofern der einzige sozialdemokratische Wahlaufruf, der bisher in Trier veröffentlicht wurde, von diesem stammte. Erwägt man aber, daß die Enthüllung über den Verfasser der Artikel in der Frankfurter Zeitung von der „Trierer Zeitung" gebracht wurde, einem zwar liberalen Blatt, das sich jedoch im Besitz eines Ultramontanen befindet, und ferner, daß Dasbach als Preßkaplan Korums doch bisweilen ganz eigenwillige Bocksprünge machte, so geht man in dem Urteil,, daß zur Zeit zwischen Dasbach und Korum nicht alles klappt, wohl nicht ganz fehl. Selbstverständlich aber wären diese Differenzen nicht sachlicher sondern nur taktischer Natur. Erheiternd wäre es allerdings, wenn sich das Nachspiel des Trierer Schulstreites zu einem Satyrspiel im klerikalen Lager selbst auswüchse und Dasbach schließlich doch noch zu seinen Ohrfeigen käme: Haut sie ihm nicht Roeren, so haut sie ihm vielleicht Korum ums Ohr 'rum.

*

Das Sühnekreuz.

Klerikale Beschränktheit und Fanatismus haben in Frankreich ein Heldenstück zu Wege gebracht, das auch in Deutschland bekannt zu werden verdient.

In Tréguier, dem bretonischen Geburtsort Ernst Renans, hatte sich schon vor einem Jahre ein Komitee gebildet, um dem berühmten Verfasser des „Leben Jesu" ein Denkmal zu setzen, und der im übrigen gut bretonische und gut katholische Gemeinderat des Ortes hatte auch bereits einen Platz dafür bestimmt. Dagegen aber legte sich zunächst der Ortspfarrer ins Mittel. Er richtete ein Schreiben an den Gemeinderat, in dem er erklärte, niemals würde wieder eine Prozession die Straße durchschreiten, in der das Standbild „des ärgsten Feindes der Kirche" sich erhebe, ja es würde niemals der Geistliche mit der heiligen Wegzehrung auch nur die Häuser betreten, auf welche der Schatten von diesem Denkmal fallen würde. Das Einzige, was man für diesen Sünder tun könne, sei ein stilles Gebet für ihn zu verrichten, um seine Qualen (in der Hölle nämlich) ein wenig zu lindern u. s. w.

Trotz alledem beharrte der Gemeinderat von Tréguier bei seinem, dem Denkmalsplane günstigen Beschlusse. Da wurde in der Hauptstadt der Bretagne selbst, in Brest, ein besonderes Komitee vor einiger Zeit gebildet, um gegen das Renan-Denkmal selbst, dessen Aufstellung man nicht verhindern konnte, eine der Originalität nicht entbehrende Demonstration in Szene zu setzen: dadurch nämlich, daß man an demselben Orte ein Sühnekreuz errichtete. In dem Aufruf zu Beiträgen, den dieses Komitee erließ, heißt es unter anderem: „Mögen die Logen und ihre Mitschuldigen die Hülle Renans ins Pantheon überführen: die Reste eines Renegaten sind in einer entweihten Kirche an der richtigen Stelle. Aber daß man bei uns in der Stadt des heiligen Yvo diesem Judas eine Statue errichten will, das heißt unseren weißen Hermelin besudeln und unsere religiösen Gefühle verletzen! Auf! Vereinigen wir uns! Wir wollen gegenüber diesem Standbild ein Sühnekreuz aufrichten, welches allen denen, die an ihm vorübergehen, die Liebe der Bretagne für ihren Gott verkündet."

Das Renan-Denkmal, dessen Entwurf, von Boucher ausgeführt, bereits allgemeine Anerkennung und Bewunderung fand, wird in Tréguier errichtet werden und vermutlich auch daneben das „Sühnekreuz“. Was würde wohl Renan selbst dazu sagen, er, der zwar dem Klerikalismus von Herzen feind war, aber zeitlebens der katholischen Kirche selbst eine große Anhänglichkeit bewahrt hat und überhaupt in allen religiösen Dingen immer die äußerste Milde und Toleranz zeigte? Vielleicht würde er mit dem skeptisch-ironischen Lächeln, das ihm eigen war, zu dem Sühnekreuz hinaufgrüßen, und still befriedigt, daß man noch im Tode den „Freigeist“ so fürchtet, den man schon im Leben so gehaßt hat, sich vielleicht mit dem Gedanken trösten, der in den Versen Ludwig Pfaus zum Ausdruck gekommen ist:

Freigeist nennst du mich, Freund? Du weißt nicht, wie vieles ich glaube,
Die Erbsünde sogar ist mir historisch gewiß;
Weitergezeugt von Geschlecht zu Geschlecht, das schlimmste der Übel,
Drückt sie darnieder den Sohn, wie sie den Vater erdrückt;
Hilft kein Gebet und hilft kein Gebüß, denn die Ursünde Dummheit
Ist fatal wie der Tod: wächst doch für beide kein Kraut.

K.

*

Noch einmal die Einheitsschule in Dänemark.

Es ist erreicht! Der Folkething hat Christensens Schulgesetzentwurf, den ich im ersten Aprilheft dieser Zeitschrift einer kurzen Besprechung unterzog, am 7. April angenommen. Und der energische „Schulmeister“ — alias Unterrichtsminister — wird sorgen, daß er nicht auf dem Papier stehen bleibt, sondern die Früchte trägt, die man von dem großen Bildungsbaum mit tiefbegründetem Recht, ich möchte sagen „natürlicherweise“ erwarten darf — von einem Baume, der, seine Wurzeln nun bald in die Massen eines gesunden, tätigen Volkes versenkend, die dort pulsierenden Säfte in den kraftvollen Stamm gediegener Allgemeinbildung emporführen und ihren Extrakt in stolzer Krone hoch in freier Himmelsluft umbilden wird zu den Blüten der Wissenschaft! Zu zahlreicheren jedenfalls, als man bisher zu sehen gewohnt war, zu edleren, als manch deutschem Katheder lieb sein mag: denn endlich quillen die Säfte in organischem Fluß von unten herauf, aus dem dunkeln Schoß des Staats, Masse genannt, wo alle Macht und alles Leben ist. Volks-, höhere und Hochschule — ein Stamm, ein Bau! Das nenn' ich Einheit, „wahrhaft ideale“! Dänemark ist im Begriff, den nächsten Generationen Preußen-Deutschlands, dem stolzen Volk der Dichter und Denker, sozusagen ad hominem, zu demonstrieren, wie Glück und Kraft der Nationen nicht so sehr von neuen Schlachtschiffen und Bataillonen als vielmehr von der psychischen Besitzergreifung und geistig-sittlichen Emporbildung aller im Lande mittels der zum Staatsprinzip erhobenen freien Menschenbildung abhängig ist — nicht von elektrischen, sondern von intellektuellen und ethischen Volt und Ampère. Unser eisernes und papierenes Zeitalter, das so mitleiderregend hin- und herpendelt von der schönen Phrase zur Brutalität, von der Brutalität zur Phrase, bedarf eines Musters der Selbstbestimmung, eines Beispiels innerer Erstarkung und sozialer Gesundheit durch Nationalerziehung.*) Es steht zu

*) Man fasse den Begriff recht weit, wie er denn auch gefaßt sein will: als die Genesis der Ordnung, Freiheit, Gesundheit auf allen Lebensgebieten.

hoffen, daß Dänemark dies Beispiel geben wird. Warten wir's ab, was der „utopische“ Stein-Fichtesche Erziehungsstaat, wie ihn jetzt nach 100 Jahren ein nüchterner Skandinave zu realisieren sich anschickt, leisten kann!

E. O. Raden.

*

Die Maifeier der Sozialdemokratie.

Zur Frage der Maifeier wird uns geschrieben:

Es ist nicht zu verkennen, daß die Beteiligung an der von der sozialdemokratischen Partei erstrebten Maifeier keine Zunahme aufweist. Vor einem Jahrzehnt etwa konnte man es für wahrscheinlich halten, daß sich der erste Mai allmählich zu einem Feiertage entwickeln werde; jetzt scheint die Verwirklichung dieser Hoffnung in weite Ferne gerückt zu sein. Es ist das um so auffallender, als die Idee an sich, daß die Arbeiterschaft einen Feiertag aus eigener Wahl allgemein feiern solle, durchaus gesund ist. Es muß ja als offenes Geheimnis bezeichnet werden, daß es eine Anzahl staatlich eingesetzter Feiertage gibt, die unserer Arbeiterschaft sehr unwillkommen, ja direkt zur Last sind — wie beispielsweise die Bußtage. Warum sollte da die Arbeiterschaft nicht auch einen Tag bestimmen, der ihr genehm ist? Mit den kirchlichen Feiertagen verbindet ohnehin unsere Arbeiterschaft vielfach kein inneres Band mehr.

Zwei Gründe scheinen uns bei dem Mißerfolge der geplanten allgemeinen Maifeier eine Rolle zu spielen: Zunächst ist die Frage der Maifeier von der sozialdemokratischen Partei gewissermaßen als Schibboleth für den Sieg der Arbeiterschaft den Unternehmern gegenüber (vor Allem in der Frage des Acht-stunden-Tages) proklamiert worden. Da ist es denn nur zu leicht begreiflich, daß viele Arbeitgeber in der Bewilligung des Maifeiertages ein Zurückweichen vor sozialdemokratischen Forderungen erblickt hätten. Und bei dem schlechten Geschäftsgang, der seit 1—2 Jahren in Deutschland herrscht, ist natürlich nicht daran zu denken, daß die Arbeiterschaft die Arbeitgeber durch Ausstände zur Nachgiebigkeit zwingen könnte, weil viele Fabriken augenblicklich ohnehin nicht recht wissen, wie sie ihre Arbeiter beschäftigen sollen.

Dann aber muß die Wahl des ersten Mai-Tages als eine unglückliche an sich bezeichnet werden, weil dieser Tag zwischen Ostern und Pfingsten, d. h. in die Serie der meisten freien Tage des ganzen Jahres fällt. Charfreitag, Ostermontag, Himmelfahrt, Pfingstmontag (in der Regel auch Pfingstdienstag) sind Feiertage; vielfach sind auch die Sonnabend-Nachmittage vor Ostern und vor Pfingsten frei. Von Pfingsten bis zum Weihnachtsfeste gibt es dann, von dem der Arbeiterschaft unsympathischen Bußtage abgesehen, keinen freien Tag mehr außer den Sonntagen. Hier zeigt es sich, wie man niemals ungestraft die historische Kontinuität außer Acht läßt. Unsere Vorfahren feierten den Johannistag, den 24. Juni. Es war das wahre Freudenfest des Jahres, die Zeit der Sommer-Sonnenwende, wenn die Sonne ihren höchsten Stand erreicht hat. Noch im 17. Jahrhundert wurden vielfach am Johannistage in Deutschland Freudenfeuer angezündet. Das Sonnwendfest eignete sich so recht dazu den „Gleichklang der Tage“ zwischen dem Frühlingsfeste und Weihnachten zu unterbrechen. Bekanntlich spielt es im skandinavischen Norden die erste Rolle unter den Festen. Der Midsommarsdag eint in Schweden alle Stände zu gemeinsamer Festesfreude. Wahrscheinlich würde das Vorgehen der Sozialdemokratie einen vollen Erfolg gehabt haben,

wenn sie den Arbeiter-Feiertag in Anknüpfung an die Gebräuche unserer Vorfahren auf den Johannistag gelegt hätte.

*

Wippchen als vatikanischer Berichterstatter der „Germania".

Seit etwa fünf Jahrhunderten besuchte am 29. April zum erstenmale wieder ein englischer König den Papst. Um dieses seltene Ereignis gebührend zu feiern, scheint die Germania den berühmten Kriegsberichterstatter der „Wespen", Herrn Wippchen, nach Rom entsandt zu haben, denn zu unserer Verblüffung lasen wir in ihr am 30. April folgendes Spezialtelegramm aus Rom: . . . der Papst und der König nahmen auf zwei gleichen Thronsesseln Platz und blieben eine Viertelstunde allein. Dann erfolgte die Vorstellung des Gefolges. Der Papst und der König waren freudig bewegt. Dann machte der König eine Visite bei Rampolla . . . Vergebens bemühten wir uns in anderen Blättern über diesen Besuch Eduards bei Rampolla etwas näheres zu erfahren, der doch gewiß nicht so unwichtig war, um ihn gänzlich mit Schweigen zu übergehen. Nun waren wir auf das Dementi der Germania gespannt, das auch in ihrer No. 98 vom 1. Mai wenigstens in schüchterner Form gegeben zu sein schien, indem sie den Bericht des W. T.-B., der natürlich auch nicht die geringste Andeutung von einem solchen Besuch machte, zum Abdruck brachte, und ihn mit den Worten kommentierte: „Diese Darstellung deckt sich im Wesentlichen (!) mit unserem bereits gestern mitgeteilten telegraphischen Berichte über die Audienz." Aber in ihrer No. 100 vom 3. Mai erteilt sie im Leitartikel plötzlich wieder unverfroren Wippchen das Wort und berichtet über den Besuch: . . . die Verabschiedung des Königs von seiner Heiligkeit war eine sehr herzliche. Ersterer begab sich alsdann unter gleichen Ehrenbezeugungen, wie bei seiner Ankunft, in die eine Treppe höher gelegene Wohnung des Staatssekretärs Kardinal Rampolla, welcher den Monarchen beim Eintritt in die Vorzimmer begrüßte und später wieder dahin zurückgeleitete . . ."

Wie nun, wenn die ultramontane Geschichtsschreibung in Deutschland nach einigen Dezennien auf Grund dieser „frommen Fälschung" der in katholischen Dingen besonders zuverlässigen Germania in einer Biographie Rampollas auch dieses Ruhmesblatt in seinen Lorbeerkranz flicht, während doch gerade die Unterlassung des Besuches geeignet ist, einen Schatten auf seine Glorìole zu werfen?

*

Büchertisch.

Boies, Henry M., The science of penology, the defence of society against crime. New York, Putnam. 1901. 8°. XVII und 459 S. $ 3.50.

Das beste Werk über Jugendkriminologie ist das W. D. Morrison'sche „Juvenile offenders", das ich vor einigen Jahren unter dem Titel „Jugendliche Missetäter" in freier deutscher Umarbeitung herausgegeben habe. Das beste Buch aber über moderne Kriminologie überhaupt ist meines Erachtens das vorliegende, welches in den Vereinigten Staaten wegen seines ebenso wissenschaftlichen wie humanen Geistes Aufsehen erregt und entschieden eine Übertragung ins Deutsche verdienen würde; doch müßte diesfalls der Untertitel „Der Schutz der Gesellschaft gegen das Verbrechen" zum Haupttitel gemacht werden, da der letztere etwas zu „speziell" ist. Seine Eignung für Fachwerke dieser Art hat Boies, der übrigens

auch praktischer Sachverständiger ist, schon durch ein früheres Buch bekundet: „Gefangene und Proletarier". Beide Schriften sind Ausflüsse seiner langjährigen eifrigen Tätigkeit als Mitglied der pennsylvanischen Staatsausschüsse für öffentliche Wohltätigkeit und für Irrenwesen.

Das vorliegende umfangreiche, aber gemeinverständliche Buch ist lichtvoll, fesselnd und überzeugend geschrieben. Ein hervorragender amerikanischer Kritiker nennt es sogar „überhaupt eine der wichtigsten Erscheinungen des Büchermarktes der letzten Jahre." Verfasser beherrscht den Stoff souverän und „legt sein ganzes Herz hinein." Daß er in erster Reihe die ohnehin fortschrittlichen Strafbehandlungsweisen der Union berücksichtigt, ist selbstverständlich und durchaus kein Fehler. Er weist nach, wie verfehlt die üblichen Methoden der Verbrechen-Unterdrückung sind und wie sehr es vor allem auf die Heilung der von der moralischen Krankheit Ergriffenen ankommt. Seine gegen die Todesstrafe gerichteten Darlegungen zeichnen sich durch Unwiderleglichkeit aus. Ebenso vortrefflich sind seine Auseinandersetzungen über die Trunksucht. Bezüglich der geschlechtlichen Verbrecher meint er, daß sie „außerstande gesetzt werden sollten, der Gesellschaft und der Nachwelt zum Fluch zu gereichen." Ganz besonders betont er die Notwendigkeit, die Behandlung von Verbrechern jeder Art zu individualisieren. Die Ergebnisse des üblichen Verfahrens mit Sträflingen seien weit entfernt, den Erwartungen zu entsprechen, die man an eine sich christlich nennende Kultur knüpfen dürfe. Ein Hauptschaden sei der Umstand, daß die Häftlinge meist ohne jede vernunftgemäße Leibes- und Geistesschulung bleiben, sodaß sie nicht gebessert, sondern noch verderbter werden.

An seine Darlegung der zahlreichen Mängel der gegenwärtigen Penologie knüpft Boies eine große Fülle kluger, wertvoller, beherzenswürdiger Reformvorschläge, die — mutatis mutandis — in allen Kulturstaaten, durchführbar wären. Sie gruppieren sich um vier Hauptforderungen: 1. Rettung des Missetäters. 2. Verringerung des Verbrechens. 3. Schutz der Gesellschaft vor dem Einfluß des Verbrechers, solange dessen sittliche Verfassung sie mit Unheil bedroht. 4. Wiedererlangung der staatlichen Unterhaltkosten der Gefängnisse durch systematische und produktive Beschäftigung der Insassen. Das Buch ist in drei „Abschnitte" geteilt: 1. Diagnose, 2. Therapie, 3. Hygiene. Es bildet eine reiche Fundgrube lehrreicher Anregungen für Gesetzgeber, Sozialpolitiker und Juristen und muß von beträchtlichen praktischen Folgen für die künftige Gestaltung der Strafrechtspflege sein. Das einzige, was ich an Boies Ausführungen auszustellen hätte, wäre, daß er meines Erachtens den ungeheueren Einfluß der ungerechten sozialen Verhältnisse auf die Entstehung von Verbrechen unterschätzt.

L. Katscher.

*

Briefkasten.

Langenberg, Rheinland Sie haben sich unnötig entrüstet: Wenn Sie meinen kleinen Aufsatz mit Aufmerksamkeit gelesen hätten, so hätten Sie nicht zu der Anschauung gelangen können, daß ich die „Naturheilkunde" in Bausch und Bogen verdamme. Mir kam es nur darauf an, die unter diesem und anderen Deckmänteln einherschreitenden unwissenden Laien und Kurpfuscher zu kennzeichnen, über die wissenschaftlich und ernst betriebene Tätigkeit dieser Richtung dagegen habe ich kein tadelndes Wort zu verlieren gehabt. Im übrigen waren selbst obige Streiflichter nur Arabesken, die Quintessenz meiner Ausführungen zielte — und das ist doch klar ausgedrückt — ganz wo anders hin.

Dr. Julian Marcuse.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 5. Erstes Juniheft 1903. III. Jahrg.

Ultramontanismus und Sozialdemokratie.

Von Arthur Böhtlingk (Karlsruhe).

Welche von diesen beiden „Parteien" für das Deutsche Reich, unser Gemeinwesen, die gefährlichere sei? — Um auf diese nachgerade nicht eben „neue" und doch so aktuelle Frage eine zureichende Antwort zu geben, wird es wohl am zweckmäßigsten sein zunächst darüber ins klare zu kommen, was ihnen selber als erstrebenswertes — Ideal vorschwebt, um dann zu sehen, auf welchem Wege, mit welchen Mitteln sie diesem nachgehen, wie weit sie mit dessen Verwirklichung gelangt sind, gelangen können.

Ultramontanismus, zu deutsch: „Von jenseits der Berge", ist nicht nur ein Fremdwort, sondern zudem eine Umschreibung. Gemeint ist damit: eine Politik, die ihre Losung aus Rom, genauer: aus dem Vatikan empfängt. Das vieldeutige Wort wird gemeinhin angewendet, um nicht geradezu päpstlich-römische Politik zu sagen. Man vermeidet das Wort „römisch", weil dabei viele kurzweg an die römisch-katholische Kirche als solche denken und man diese in ihren kirchlichen Empfindungen nicht verletzen will. Es bildet einen Gegensatz zu „Katholizismus". Man unterscheidet solcherweise innerhalb der Anhänger der römischen Kirche diejenigen, welche in dieser nur eine religiöse Gemeinschaft sehen, von denen, welche als Verfechter der päpstlichen Machtstellung dem Cäsaropapismus huldigen und ihm Vorspanndienste leisten. Ein gläubiger „Katholik", welcher nur, um seinem religiösen Bedürfnisse Genüge zu tun, zur Kirche hält, wird schon, weil er die Kirche von weltlichen Tendenzen möglichst frei wissen möchte, den „Ultramontanismus" im Sinne päpstlicher Allmacht auch in weltlichen Dingen ab-

lehnen und gegebenen Falles sogar auf das Entschiedenste bekämpfen, zumal wenn er ein — Deutscher ist.

In Rom selbst, im Vatikan, läßt man diese Unterscheidung selbstverständlich nicht gelten. Wie sollte man auch? Besteht doch das Wesen des Papsttums eben darin, daß es die höchste kirchliche und weltliche Autorität in einer Person vereinigt. Der Stellvertreter Christi auf Erden will zugleich der „Beherrscher des Erdkreises" sein. Den Anspruch hierauf knüpft er an den Besitz der einstigen Cäsarenstadt. Schon aus diesem Grunde wird der Papst den Anspruch auf Rom nie aufgeben, kann er die „ewige" Stadt nicht verlassen, ohne den Boden unter den Füßen zu verlieren, seinen weltbeherrschenden Nimbus einzubüßen. Rom und immer wieder Rom! Nur Rom! ist demgemäß auch die Losung aller derjenigen, welche bewußt und unbewußt in dem päpstlichen Weltreich aufgehen.

Dieses Weltreich erträgt als solches kein auf sich selbst gestelltes, unabhängiges Staatswesen, am allerwenigsten einen weltlichen Nationalstaat, der als solcher den Universalstaat, gar einen kirchlichen! im Prinzip verleugnet. Daß bei diesem Gegensatz die „Religion" nicht ausschlaggebend ist, läßt sich mit Händen greifen, wenn man an das „katholische" Italien denkt und dessen tödliche Befehdung durch das italienische Papsttum, ja durch italienische „Patrioten" wie Pius IX. und Leo XIII. Was hat vollends ein deutscher Nationalstaat, der zudem zu zwei Dritteln protestantisch ist und eine evangelische Dynastie an der Spitze hat, wie unser Reich, von diesem Papsttum zu gewärtigen? In der Vorstellung des Papst-Königs ist die Einigung Deutschlands auf dieser Grundlage, wie das Majunke, der Begründer der „Germania", gleich eingangs unverholen ausgesprochen hat: „ein bloßer Vorwand, um die katholische Kirche auszurotten". Was nur besagen will: daß der Gegensatz zwischen diesem unserm Deutschen Reiche und dem päpstlichen Priesterstaat, dem Romreiche in kirchlicher Form, ein unausgleichbarer ist. Der Papstkönig kann als solcher gar nicht anders als ebenso folgerecht, wie er die Erstehung unseres Reiches mit jedem erdenklichen Mittel zu hindern versucht hat, dessen Vernichtung anstreben.

Dieses kann auf zweierlei Weise geschehen: Durch Heraufbeschwörung von Kriegen oder von Innen heraus. Mit Kriegen hat es seit den Tagen des dreißigjährigen nicht mehr recht glücken wollen und auch schon damals ist es eine halbe Sache geworden. Aus dem siebenjährigen Kriege und den Feldzügen von 1866 und 70 aber sind die „katholischen" Mächte Österreich und Frankreich geschwächt, das „protestantische" Preußen-Brandenburg hingegen, auf dessen Vernichtung es abgesehen war, nur gestählt hervorgegangen, zur Verwirklichung eines deutschen National-

staates — unter Ausschluß von Österreich — gedrängt worden. Wohl ist seither das Kriegsspiel wieder frisch angesponnen worden, das französisch-russische Bündnis unter den Auspizien Leos XIII, des „Friedliebenden“, geschmiedet, das Deutschtum in Österreich mit Hülfe der Slaven, der Magyaren und Welschen gründlichst schachmatt gesetzt worden, allein der russische Bär ist zu klug, als daß er, der „griechisch“-katholische Ketzer! so leicht in die römische Falle gegangen wäre. Und auch das republikanische, aus der jesuitischen Hypnose erwachende Frankreich selbst droht zu — versagen. Um so besser steht es mit der Vernichtung und Eroberung des „ketzerischen“ Reiches von Innen heraus, durch die gläubigen, zur römischen Fahne schwörenden deutschen Scharen selber.

Wie das gemacht wird, hat Buß, der Freiburger Professor und 1846 der Vorsitzende des ersten Katholikentages in Mainz, zum nicht geringen Verdrusse der heute bei der Arbeit Befindlichen, schon vor mehr als einem halben Jahrhundert ausgeplaudert. Schon am 16. April 1875 hat Bismarck, als Erfolg des probaten Rezeptes, im preußischen Herrenhause festgestellt: wie der Papst im Preußischen eine offiziöse Presse besitze „besser bedient, wie die des Staates, wohlfeiler, ausgedehnter, zugänglicher“, welche es ihm ermögliche, „die Gesetze des des Staates für null und nichtig zu erklären“; wie er über „ein Heer von Geistlichen“ verfüge, mit deren Hilfe er das Land mit einem „Netz von Vereinen und Kongregationen“ übersponnen habe, deren Einfluß nicht zu ermessen sei; wie er „Steuern erhebe“, usw., wie mit einem Worte der übermächtige, „italienische Prälat“ in der Tiberstadt, dank diesem seinem Apparat auf die preußischen Verhältnisse persönlich und autokratisch einwirke, wie, seitdem Preußen ein Verfassungsstaat geworden der König selber nicht! Diese Machtstellung, die, selbst wenn sie einem Inländer zustünde, bedenklich wäre, nehme ein ausländischer Souverain ein, dessen Programm demjenigen des Staates „schnurstracks entgegenstehe“, das „darin gipfelt: mit den Evangelischen aufzuräumen“.

In dieser Richtung sind die Römlinge oder Ultramontanen seitdem ein ganzes Menschenalter hindurch eifriger denn je, immer weniger behindert, von den Staatslenkern selbst gefördert! an der Arbeit geblieben. Ihr „Zentrumsturm“ beherrscht die parlamentarische Lage so augenscheinlich, daß ein Kämmerer Seiner Heiligkeit, der als solcher zum Hofstaate seines römischen Souverains gehört, während der ganzen ablaufenden Legislaturperiode dem deutschen Reichstage vorgesessen hat! Des Reiches Grenzmarken im Osten und Westen (Polen und Elsaß-Lothringen) halten sie so sicher in der Hand, daß man ihnen nicht

genug Konzessionen zu machen weiß, nur damit sie uns dieselben nicht womöglich noch mehr entfremden, als sie es von jeher getan haben, und direkt rebellieren! —

Während in Anbetracht der konfessionellen Mischung unserer Bevölkerung Neutralität, oder vielmehr absolute Enthaltsamkeit in religiösen Dingen für unser Staatswesen geradezu die Lebensbedingungen ausmacht, spielen die Römlinge oder Ultramontanen nachgerade Alles und Jedes auf Konfessionalismus hinaus, ist ihr politisches Treiben tatsächlich nichts als der Religionskrieg in Permanenz. Wie unbedingt sie es darauf anlegen, das Zusammenleben mit Andersgläubigen unmöglich zu machen, erkennt man wahrlich daraus, daß, ginge es nach ihnen, wir nicht einmal im Tode, als Katholische und Evangelische in deutscher Erde nebeneinander gebettet werden dürften!

Deutschland soll entweder ein römischer Kirchenstaat werden oder überhaupt nicht sein! So und nicht anders lautet die Losung aus dem Vatikan, anders kann dieselbe gar nicht lauten. „Die römische Kurie“, summiert demgemäß Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“, „duldet keine Götter neben ihr“.

Auch die Sozialdemokraten wollen „Internationale“ sein. Auch sie wollen von einem „Nationalstaat“ als solchen im Prinzipe nichts wissen. Auch ihnen ist daher das Deutsche Reich in seiner derzeitigen Verfassung, zumal sie auch die Monarchie im Prinzip verwerfen, ein Dorn im Auge. Allein wo haben sie eine entsprechende Organisation? Ihre „Genossen“ in den andern Ländern und Weltteilen haben sie bisher nicht einmal zu einem gemeinsamen — Maifeste vereinigen können! Wo ist der auswärtige „Souverain“, gar der „Papst“, von dem sie die Direktive oder auch nur die Losung erhielten? Die nüchterne Wirklichkeit ist, daß sie die Interessen der Besitzlosen, des Proletariates wahrnehmen wollen, insbesondere diejenigen des Fabrikarbeiters. Sie wollen vor allem eine andere Verteilung des Reichtums, des Gewinnes. Diese sozial-wirtschaftlichen Gesichtspunkte sind für sie ausschlaggebend. Einen Staat im Staate zu bilden, liegt ihnen durchaus fern. Sie wollen den bestehenden nur — umbilden. Dabei ist ihr idealer „Zukunftsstaat“ nachgerade in ihrer eigenen Vorstellung kaum mehr als ein bereits halb abgetanes Traumgebild, das mit jedem Jahre in nebelhaftere Ferne entrückt.

In den bestehenden Republiken der Vereinigten Staaten, der Schweiz und auch schon in Frankreich nehmen sie direkt an dem bestehenden Regimente teil, ohne dessen Grundlage in Frage zu stellen. Selbst in monarchischen Ländern wie Dänemark, Norwegen und Schweden sind ein-

zelne von ihnen bereits am Ruder, auch in Italien und England ist es sehr wohl denkbar, daß sie ins Regiment kommen, ohne daß darum die Monarchie erst gestürzt zu werden brauchte.

In allen diesen Ländern sind sie, weit davon entfernt, ihre Nationalität zu verleugnen, sogar oft die leidenschaftlichsten Verteidiger dieser. Daß ihr Wohl und Wehe von dem Gedeihen des Staatswesens, dem sie angehören, bedingt ist, kommt ihnen bei jeder wirtschaftlichen Krisis deutlich genug zum Bewußtsein.

Unsere deutschen Sozialdemokraten sind allerdings für praktische Politik im Interesse ihrer Nation, unseres politischen Gemeinwesens schwer genug zu haben. Das aber liegt tief in unserer deutschen Wesenart und Geschichte begründet. Wir jagen nur zu leicht „Hirngespinsten" nach. Auch die leitenden Geister unserer Sozialdemokraten sind — theoretische Idealisten und als solche Dogmatiker. Die „harte Wirklichkeit" hat sie aber längst abzukühlen und ihre Träumerei einzuschränken begonnen. Je schroffer wir sie als Mitbürger zurückweisen, desto sicherer werden sie über ihre „Klassen interessen" und Anschauungen nicht hinauskommen. Haben sie erst einmal Gelegenheit, auf dem Rathause oder als Abgeordnete, in den Landtagen und im Reichstage mit zu raten und zu taten, so überzeugen sie sich bald, daß sie nur eine Klasse im Staate ausmachen, daß dieser ein Ganzes ist, welches jedem seiner Glieder oder Schichten im Interesse Aller entsprechende — Beschränkungen auferlegt. Sobald sie erst, und das ist bekanntlich Bismarcks Meinung gewesen, so viele Stimmen auch nur in der Volksvertretung haben, daß diese ernstlich in die Wagschale fallen, werden sie sich der Verantwortlichkeit, die auf ihnen lastet, und der Solidarität der Interessen mehr und mehr bewußt werden. Während der Ultramontane in demselben Maße als er das Heft in die Hand bekommt, sein unverrückbares Ideal, den römischen Priesterstaat, nur um so rücksichtsloser und folgerechter zu verwirklichen bestrebt sein wird, wird der Sozialdemokrat, in demselben Maße, als er im Regiment zur Geltung kommt, sich — „mausern" und den Bedürfnissen des Gemeinwesens anpassen. Wenn einer, so ist er, der Unbemittelte, an dieses geknüpft. Ein dem Staate entgegengesetztes oder nur über diesen hinausgehendes Interesse kann er garnicht haben. Was er erstrebt, ist nur, sich als ein lebendiges Glied desselben zur Geltung zu bringen.

Selbst wenn man diese grundsätzlichen Gesichtspunkte außer Acht läßt und man nur die gegebenen Macht verhältnisse ins Auge faßt, liegt auf der Hand, daß jene Sozialisten, die zurzeit noch aus dem höheren Beamten- und Offiziersstande ausgeschlossen sind, als Machtfaktoren mit der römischen Phalanx, die gleich damit beginnt sich der Machthaber,

der Träger der Krone selbst, zu bemächtigen, garnicht in Vergleich gezogen werden können.

Mit den Ultramontanen gemein haben die Sozialdemokraten nur die straffe Handhabung, Organisation und Fanatisierung der Wählermassen. Auch sie können, kraft des allgemeinen Stimmrechts, ihre Bataillone bei den Wahlen zur Urne bringen, wie sonst nur die „Beichtväter“. Von einer Seelen knechtschaft, wie sie der römische Priester im Interesse des Ultramontanismus als „Seelsorger“ großzieht und handhabt, kann indes beim Sozialisten nicht die Rede sein. Seine Macht reicht nur so weit, als die wirtschaftliche Lage und die gesellschaftliche Stellung ihm seine „Genossen“ verbindet. Steigen diese auf, so sind sie meist für ihn — verloren.

Im Gegenteil. So sehr der „Ultramontane“ darauf aus ist und sein muß, die Geister niederzuhalten und unter das römische Priesterjoch zu beugen, so ist, genau umgekehrt, der Sozialdemokrat darauf aus, Geistesfreiheit zu fördern. Als „Intellektueller“, der möglichst hohe und freie Schulung für alle gebieterisch verlangt, ist er der geschworene Gegenfüßler der römischen Dunkelmänner, der Bundesgenosse aller auf Geisteskultur und Gewissensfreiheit Gerichteten.

Die Gefahr der Sozialdemokratie liegt darin, daß sie über große Volksmassen gebietet, welche weder durch ihre wirtschaftliche und soziale Lage, noch durch ihre Schulung fähig sind die Lebensbedingungen eines Gemeinwesens wie das Deutsche Reich zu übersehen und daher nur zu leicht dahin kommen können, durch Ablehnung des Notwendigsten mit uns Allen sich selber kopfüber in den Abgrund zu stürzen.

Weit davon entfernt, diese Gefahr der Sozialdemokratie abzuwenden oder hintanzuhalten, haben die Ultramontanen vielmehr, als echte Jesuitenzöglinge, bisher die Stimmenzahl der von ihnen so laut Verpönten bei den Wahlen, unter der Hand, zumal bei Stichwahlen, noch — vermehrt. Je schreckhafter das „rote Gespenst“ den Regierenden erscheint, desto eher kann es ihnen, den Ultramontanen, glücken, sich — zur Bekämpfung der Sozialdemokratie — als Stütze „von Thron und Altar“ unentbehrlich erscheinen zu lassen. Die Voraussetzung dabei, daß der Träger der Krone in dem Träger der Tiara seinen „Vater“ und Gebieter anerkenne, ihm, wie das unsere römischen Kaiser deutscher Nation Jahrhunderte lang buchstäblich getan haben, den Steigbügel halte, vergessen die meisten nur zu leicht.

Nicht nur die gekrönten Häupter, welche nun einmal für einen Souverain wie den dreifachgekrönten im Vatikan, der das monarchische Prinzip schlechthin, als Absolutist, bis in die letzte Konsequenz hinein wie kein anderer in sich verkörpert, immer eine gewisse

Zuneigung empfinden werden, lassen sich durch solche ultramontane Listen gefangennehmen; das „Zentrum“ ist, *wenn nur dabei genug für „Rom“ abfällt*, für alles mögliche zu haben: für Soldaten und Schiffe, Steuern und Zölle allerart. Eben hierdurch hat es verstanden, sich — unentbehrlich zu machen. Das sollten die Liberalen endlich begreifen, zumal auch die Sozialdemokraten. Solange sie nicht das *Ganze* des Staatswesens im Auge haben, sie nicht auf die Erhaltung und möglichste Kräftigung des Reiches gerichtet sind, solange die Linksstehenden kein zureichendes nationales Programm haben, werden wir immer weiter noch Rechts getrieben werden, bis wir in — Rom landen. Die größte Gefahr der Sozialdemokratie besteht darin, daß sie diese ultramontane, römische Gefahr noch zu wenig zu würdigen weiß. Das gilt aber auch von den Demokraten und selbst von den Freisinnigen. Das gilt, womöglich in noch höherem Maße, von jenen, welche gestützt auf den Ultramontanismus die Sozialdemokratie unschädlich machen zu können wähnen. Wirksamer können sie dieselbe in ihrer gefährlichsten Form nicht großziehen. Daß wir auf dem Boden unseres bestehenden Wahlrechts die „schwarzen“ Bataillone nur mit Hülfe der „roten“ kleinkriegen können, sollte nachgerade jeder einsehen, der in der Politik bis drei zählen kann.

Glossen zu Kaiser Wilhelms Römerzug.

Von *Benedictus*.

Es wäre höchste Zeit, daß ein europäischer Kongreß zusammenberufen würde, der prophylaktische Maßregeln zum Schutze des Zeitungspublikums beriete; denn wer sich in den Tagen der Monarchenbesuche in Rom das zweifelhafte Vergnügen leistete, ein Dutzend verschiedensprachiger Zeitungen zugleich zu lesen, riskierte eine gelinde Gehirnlähmung. Eben! Wo ist der hochgepriesene Fortschritt der Menschheit! Wenn man als Geschichtskenner die besten Zeitungen der Renaissancezeit d. h. die Berichte, welche die Gesandten der italienischen Einzelstaaten von Rom an ihre Höfe schickten, mit den heutigen Zeitungen vergleicht, so könnte man es fast bedauern, daß die Erfindung des Telegraphen auch auf die Gazetten Anwendung fand. Heute gibt es zwei Arten von Zeitungen, bewußt und unbewußt arbeitende, und beide werden gleicherweise von den Mächten benutzt, die im Trüben fischen wollen. In unserem Falle arbeitete aber der bekannte französische Botschafter

Camille Barrère mit der ersten Kategorie, während dem Vatikan die zweite diente. Und das Leitmotiv dieser beiden Mächte war: „Sucht nur die Menschen zu verwirren."

Was Monsieur Barrère anbetrifft, so gleicht er einem der großen Politiker Altroms, die in eine Provinz gingen, um sich dort die Mittel zur Macht, zur Diktatur in Rom zu verschaffen. Auch sein Amt in Rom soll ihm nur als Sprungbrett zu einem hohen, wenn nicht zum höchsten Amte seines Landes dienen. Er stellt als Journalist a. D. und als diplomatischer Parvenu eine ganz merkwürdige Nuance seines Faches dar, die als Aufrüttlungsmoment gegenüber den antiquierten Zopfdiplomaten manches für sich hat, die aber, weil sie mit allen Mitteln der modernen Technik arbeitet, für die Gegner sehr gefährlich ist. Um sein Endziel zu erreichen, muß Herr Barrère den leitenden Kreisen seines Landes den Befähigungsnachweis durch eine große Tat leisten. Diese Tat ist jedoch die Loslösung Italiens vom Dreibund und seine unter der Maske der Freundschaft verborgene Unterwerfung unter Frankreich. Zu diesem Ziele führen zwei Wege, erstens Diskreditierung Italiens bei den Zentralmächten und Vertiefung der Kluft zwischen Vatikan und Italien. Im Frühjahr 1902 schien Barrères Politik mit geschwellten Segeln zu fahren, aber im letzten Augenblicke fand sie in Graf Bülow ihren Meister, als dieser Italien vor die Alternative stellte: aut keine Erneuerung des Dreibundes, aut unveränderte Erneuerung. Dieser Echec erbitterte Barrère und da er, um sich zu retten, nur noch einen Trumpf, nämlich die Romfahrt Loubets auszuspielen hat, so tat er mit Hülfe der Agence Havas und mehrerer ihm sehr nahestehender Zeitungen alles mögliche, um die letzten Ereignisse in Rom zu verdrehen.

Was den Vatikan anbetrifft, so fand er den besten Bundesgenossen in der unbewußt arbeitenden Presse. In allen Ländern existieren seit einem Jahrzehnt große Blätter, die durch Masse auf die Massen wirken wollen, nicht um diese zu belehren, sondern um Geld zu machen. Diese Blätter haben im verwöhnten Publikum einen Nachrichtenhunger erzeugt, der im möglichst umgekehrten Verhältnis steht zur kritischen Nachrichtenverdauung. Die Folge ist, daß sie, um die krankhafte Neugier ihrer Leser zu befriedigen, ihre „Telegraphier-Korrespondenten" zu immer größeren Massenleistungen anspornen. Wie leicht ist es unter diesen Umständen denen gemacht, die mit der Presse politisch kämpfen, die nachrichtengierigen Berichterstatter der „Massezeitungen" auszunutzen, um so mehr, da diesen auch materiell die Zeit fehlt, das ihnen angebotene Nachrichtensammelsurium kritisch zu sichten. Bedenkt man nun, daß trotz aller Gegnerschaft der Vatikan mit Frankreich darin einig ist, mit allen Mitteln Italien zu schwächen, wenn nicht gar zu zertrümmern, so hat man

auch einen Maßstab für alle die Verdrehungen, welche die sogenannten „Vatikankorrespondenten“ nach London, Paris, Berlin, Wien sandten.

Dies vorausgeschickt, stellen wir kurz das Tatsächliche über die Romreise Kaiser Wilhelms fest. Sie war im Grunde nichts als ein höfischer Akt. Höfische Besuche bedeuten aber in unserer schnellebigen Zeit, wo sich die politische Situation täglich kaleidoskopisch verschiebt, nicht mehr viel, womit freilich nicht gesagt werden soll, daß die Familienbeziehungen der Herrscher oft mehr Einfluß haben, als sich die Leserweisheit manchmal träumen läßt. Kaiser Wilhelm war König Viktor Emanuel einen Gegenbesuch schuldig, den hat er abgestattet. Voilà tout. Was die Agence Havas und die Barrèrepresse fabeln, ist eben Fabel. König Eduard hat nicht mit Frankreich komplottiert um durch die Vorwegnahme seines Besuches Kaiser Wilhelm auszustechen, und letzterer hat ebensowenig seinen königlichen Oheim durch Glanz und Pomp überbieten wollen; denn wer einigermaßen die Gepflogenheiten der Höfe kennt, mußte wissen, daß Programm und Ceremoniell für die beiden Besuche Kaiser Wilhelms sowohl im königlichen als im päpstlichen Schlosse schon mehrere Wochen vorher festgesetzt waren, ehe man noch wissen konnte, daß durch Zufall auch König Eduard nach Rom kommen würde. Damit fällt auch der so vielfach ausgebeutete Kontrast zwischen dem Privatbesuch des englischen Herrschers beim Papste und der „höchst offiziellen“ Galaauffahrt des deutschen. Tatsache ist und bleibt ferner, daß der temperamentvolle Kaiser Wilhelm einen großen persönlichen Erfolg in Rom errungen hat, obgleich, wie Eingeweihte versichern, dreibundfeindliche Leisetreter in hohen italienischen Kreisen, die gut benutzt wurden, es nicht an sich fehlen ließen, um diese moralische Eroberung nicht zu groß werden zu lassen. Damit spielen wir beileibe nicht auf die in der „Germania“ laut gewordene Klage eines Benediktiners an, der betrüblich jammert, der Besuch des deutschen Kaisers in Monte Cassino sei durch die Teilnahme des Königs von Italien in seiner Bedeutung herabgesetzt worden. Nein, in anderen, kleineren Dingen wurde der italienische Chauvinismus von dreibundfeindlichen Leuten gegen Kaiser Wilhelms Auftreten auszunutzen versucht, aber ohne Erfolg.

Man könnte Bände schreiben über die letzten Monarchenbesuche z. B. über die Befürchtung mancher Politiker, daß allzuviel gekrönte Besuche wieder den crispinischen Großmachtkitzel in Italien wecken könnten, oder über die Wirkung der bei Kaiser Wilhelms Besuch gewechselten Toaste in Wien, dessen Hof unerwähnt blieb, doch wir wollen, weil es uns mehr angeht, lieber das Verhalten der deutschen Katholiken während der Anwesenheit Wilhelms II. in Rom etwas näher untersuchen. In Parenthese sei nur bemerkt, daß das Übergehen Österreichs in den be-

kannten Trinksprüchen nicht den Zweck haben sollte, Kaiser Franz Joseph nach Rom zu locken; denn von diesem Besuche kann keine Rede mehr sein, die günstige Zeit dafür ist für immer verpaßt.

Rechter Hand, linker Hand, Alles vertauscht! Augenzeugen versichern, es sei fast widerlich gewesen, wie sich die deutschen Pilger und Geistlichen in Rom an den deutschen Kaiser herandrängten und sich heiser schrieen. Guido Weiß, der große Menschenkenner, schrieb einst einen tiefdurchdachten Aufsatz über das physiologische Bedürfnis der Menschen, „auf" zu schauen. Ein ähnliches physiologisches Bedürfnis scheint in Bezug auf das Hurraschreien zu existieren, und die frommen deutschen Pilger in Rom schrieen daher wohl nur auch mit um so größerer Herzenslust, als die Rücksicht auf den Vatikan sie früher hinderte, ihre Zungen und Kehlen patriotisch zu üben. Man braucht nicht gerade verbissener Protestant oder unverbesserlicher Schwärmer zu sein, um es fast als eine nationale Schmach zu empfinden, daß gewisse deutsche Katholiken ihr patriotisches Herz erst entdecken, wenn es ihnen ein italienischer Papst erlaubt oder befiehlt.

Bis zum Januar 1898, um nur ein Beispiel anzuführen, ist es den deutschen Katholiken in Rom niemals eingefallen, offiziell des Kaisers Geburtstag zu feiern. Als damals im Hotel Minerva die deutschen Klerikalen ihr erstes Festbankett abhielten, an dem auch der damalige preußische Vatikangesandte Otto von Bülow teilnahm, empfand man das in protestantischen Kreisen fast als Beleidigung, und der Evangelische Bund schrieb sogar an den Reichskanzler: „Wir bitten Ew. Durchlaucht, geeignete Maßnahmen zu treffen, um für die Zukunft einer Haltung des königlichen Gesandten vorzubeugen, welche unsern evangelischen Volksgenossen nur zu schwerem Ärgernis gereicht." Die Beschwerde war ungerecht, denn Herr von Bülow hatte sich ganz korrekt benommen. Aber wie lohnte der damalige Vatikan das Verhalten der Deutschen? Am 8. Oktober 1898 empfing der Papst eine französische Pilgerschar und hielt eine Rede, die ein einziger Angriff auf Kaiser Wilhelms Palästinafahrt war. Die klerikalen Blätter Deutschlands protestierten, die italienischen Zeitungen registrierten diese Proteste mit Vergnügen, um so mehr als in ihnen gesagt wurde, Rampolla habe durch den Mund Leos gesprochen. Und was antwortete Rampolla im „Osservatore Romano" den deutschen Katholiken, indem er auf die Liberalen als Sack schlug? „In dem neuen Ausbruch niedriger Insulte und abscheulicher Insinuationen gegen Leo XIII. und seinen Staatssekretär Kardinal Rampolla kann man offenbar nur die Folge einer bekannten Parole der freimaurerischen Logen sehen. Die bestialische Wut, mit der der Staatssekretär angegriffen wird, beweist nur, daß seine Handlungen gerecht und nutzbringend

für die Religion sind; denn sonst würde aus dem hündischen Rachen des freimaurerischen Journalismus nicht so viel Geifer hervorspritzen." —

Wir wollen hier nicht weiter untersuchen, in welche Rolle die jüngst beliebte klerikale Fruktifizierung seines Papstbesuches Kaiser Wilhelm hineindrängen will. Die Klerikalen sagen ja fast unverblümt: „Wir huldigen dem Kaiser von Papstes Gnaden", gleichsam als ob sie das alte Junkersprichwort: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut", dahin variiert hätten:

> „Ist der Kaiser klerikal,
> Ist uns alles ganz egal,
> Jeder gute Katholik
> Geht mit ihm durch dünn und dick."

Sentimental könnte man auch werden, wenn man die italienische katholische Presse liest, in der Kaiser Wilhelm, dem „zweiten Karl dem Großen" als Dank für seinen ostentativen Galabesuch, mit dem er gezeigt habe, daß er eigentlich nur des Papstes wegen nach Rom gekommen sei, der Rat und die Mitarbeit des Papstes zugesichert wird. Man höre! Die Mitarbeit! Dieses Wort müßte jedem deutschen Patrioten die Schamröte ins Antlitz treiben, wenn nicht in unsern Tagen jedes feinere Empfinden verloren gegangen wäre. Derselbe italienische Papst, der seine eigenen Landsleute unter Androhung der höchsten Strafen hindert, ihr nationales Gefühl zu betätigen und im Staatsleben politisch mitzuarbeiten, derselbe kommandiert die deutschen Katholiken in das nationale Lager Deutschlands. Eh bien, Kuhhandel ist ja auch im Vatikan Trumpf, wo man längst vergessen zu haben scheint, was selbst äußerer Anstand ist, wenn es sich um materielle Vorteile handelt, wie die Teilnehmer der letzten Pilgerzüge und auch Bischof Keppler bezeugen können, der nach Darstellung deutscher katholischer Blätter nur deshalb eine Privataudienz beim Papste erhielt, weil er eine größere Petersspende gebracht, als seine Kollegen.

Diese Betonung der „Mitarbeit" des Papstes und der Umstand, daß der Vatikan dieses Mal den deutschen Pilgerfahrern die Ehre gibt, das Jubiläum des Papstes zu beschließen, wie es gelegentlich des Bischofsjubiläums Leos die Franzosen waren, sollte den Katholiken Deutschlands zu denken geben. Merken denn unsere katholischen Brüder nicht, daß die Schaukelpolitik Rampollas diesmal die Macht Deutschlands nur als Wauwau benutzt, um das unartige Kind Frankreich zu schrecken, das doch immer sein enfant gâté bleibt, und wenn es sich auch noch so terriblement aufführt?

Wir haben keinen Bismarck mehr! Jeder national gesinnte Deutsche kann es heutzutage nur bedauern, daß Bismarck nach Canossa gehen

mußte, weil die Liberalen von damals noch nicht politisch reif genug waren, um seine Pläne zu verstehen, und dieses Bedauern wird zur Erbitterung, wenn man weiß, daß Bismarck gerade dann einlenkte, als den Katholiken die Gelder ausgingen und sie zur Kapitulation geneigt waren. Aber dafür ist ja das preußische Kultusministerium immer berühmt gewesen, daß es von den Vorgängen im katholischen Lager stets die enormste Unkenntnis hatte. Der Verfasser ist durchaus kein „Kulturkämpfer“ im gewöhnlichen Sinne des Wortes, kein Feind der Katholiken, aber ein Gegner des Ultramontanismus als politischer Macht. Die Tatsache, daß Bismarck bei den Liberalen kein politisches Verständnis fand, hat unsere politische Entwickelung und unsere internationale Macht um Jahrzehnte gehemmt, ebenso wie uns die Glaubensspaltung um Jahrhunderte zurückgeworfen hat. Ohne als Lobsinger des Militarismus zu gelten darf man jetzt schon konstatieren, daß der Gedanke, für Deutschland seien eine starke Armee und eine starke Flotte als internationale Versicherungsprämie eine Notwendigkeit, auch in liberalen und sogar demokratischen Kreisen immer mehr Eingang findet. Warum denn schließen sich nicht alle liberalen Elemente zusammen, warum beginnen unsere Sozialisten nicht nach dem Vorgange der französischen und italienischen national zu wirken und sich das Wort zu eigen zu machen: „Nicht mit zu hassen, mit zu lieben bin ich da.“? Dann könnte sich, wie jüngst auch ein großes demokratisches Blatt meinte, eine große liberale Partei bilden, die mit der Regierung arbeitete und diese wäre emanzipiert sowohl vom Agrariertum als auch von dem beschämenden klerikalen Kuhhandel. Dann wäre auch zu erwarten, daß die Katholiken Deutschlands sich allmählich zu dem Standpunkte hinaufentwickeln, auf dem die Katholiken vieler anderer Länder schon stehen, und wären in erster Linie deutsch und dann erst katholisch. Freilich bis dahin scheint noch ein langer Weg zu sein, und das erfreuliche Ziel kann auch erst dann gänzlich erreicht werden, wenn Staat, Kirche, Schule als drei unabhängige Faktoren einander parallel existieren und vorher auch die protestantische Orthodoxie, die durch ihre unverständige Hetze gegen die katholische Religion als solche unsere Hauptwunde, die Glaubensspaltung immer und immer wieder von Neuem aufreißt, in die gebührenden Schranken zurückgewiesen worden ist.

Betrachtet man von diesem unseren Endziel aus Kaiser Wilhelms Papstbesuch, so kann man sich einer leichten Wehmut nicht erwehren, wenn man Vergleiche darüber anstellt, wie der Vatikan zu andren Ländern steht. In keinem andren Lande der Welt haben die Katholiken eine größere Freiheit, als in England, aber als Katholiken haben sie keinen politischen Einfluß, und Englands Regierung, die es auch stets

abgewiesen hat, eine diplomatische Vertretung beim Vatikan zu haben, hält es sogar für nötig, jede klerikale Fruktifizierung der Vatikanfahrt König Eduards im Vornherein durch eine Wasserstrahl-Note unmöglich zu machen, die den Besuch nur als einen privaten Höflichkeitsakt darstellt. Und bei uns? Wie schlachteten die Klerikalen Kaiser Wilhelms Papstvisite aus! Zum Glück schickt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" einen Dämpfer. Und wenn auch einst Windthorst diese Zeitung als die unlauterste Quelle der Wahrheit verspottete, heuer hat sie recht gehabt, wenn sie darauf hinweist, daß die Papstvisite Kaiser Wilhelms Italien einen großen Dienst erwies; denn sie gab diesem die Gelegenheit der Welt wieder zu beweisen, daß das Papsttum nie so frei gewesen ist, als jetzt, da Rom, wie auch Kaiser Wilhelm betonte, Hauptstadt Italiens ist. Der Dämpfer hat auch gewirkt; denn die „Germania" tritt schon eine Retirade an, die an jene des Schloßhauptmanns in Webers „Preziosa" erinnert. Sie gibt alles zu und bemerkt nur kleinlaut „der Papst könne den Vatikan nicht verlassen." Nein, liebe Germania, Butter bei die Fische, der Papst will den Vatikan nicht verlassen, da er der italienischen Regierung nicht die Freude machen mag, die sie schon seit Jahrzehnten herbeisehnt, ihm mit allen Ehren auf seinen Ausfahrten zu huldigen. Auch der Hinweis der lieben „Germania" auf den Mob in Rom ist nicht stichhaltig. Die italienische Regierung ist stark genug, den Mob zurückzuhalten, und appellierte nicht gerade der Vatikan an diese italienische Stärke, als die Italiener 1870 in Rom eingezogen waren? Damals wollte der kommandierende General Cadorna auf dem linken Tiberufer halt machen, da auf Befehl seiner Regierung das rechte dem Papste verbleiben sollte. Und war es da nicht Pius IX., der die Italiener zur Besetzung des Borgo aufforderte, um sich durch die Feinde vor seinen eigenen Untertanen schützen zu lassen?

Wie erzielt man Ausstellungen mit Überschüssen?

Eine Studie von * * *.

Der glänzende Erfolg der Düsseldorfer Industrie-, Gewerbe- und deutsch-nationalen Kunstausstellung des Jahres 1902 war, ganz abgesehen von der hohen Leistungsfähigkeit des Ausstellungsgebietes und seiner industriellen Werke, zum guten Teil der sorgfältigen Organisation und den von langer Hand getroffenen Vorbereitungen zu verdanken. Volle vier Jahre vor Eröffnung der Ausstellung hatten die an ihrer Spitze stehenden

Männer schon die entscheidenden Beschlüsse gefaßt und sich zu deren Ausführung zusammengefunden. Die drei großen wirtschaftlich-technischen Vereinigungen Rheinland-Westfalens: Die „Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller", der „Verein deutscher Eisenhüttenleute" und der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" bildeten das eigentliche Rückgrat des Unternehmens. Man darf kühn behaupten: In dem Augenblick, in welchem diese drei Körperschaften für den Ausstellungsgedanken gewonnen waren, war auch der ideelle Erfolg gesichert. Der finanzielle dagegen hing von anderen Faktoren ab, nicht zuletzt von der Gunst oder Ungunst des Wetters. Wenn er sich trotz eines nassen und kalten Sommers über Erwarten glänzend gestaltet hat, so liegt der Schluß nahe, daß auch die anderen Maßnahmen der Ausstellungsleitung vorzüglich gewesen sein müssen.

Die Frage ist einer gründlichen Untersuchung wert; denn ohne Zweifel wird der in Düsseldorf geübte Modus für eine Reihe von Jahren anderen Unternehmungen ähnlicher Art als Muster dienen. Aber Muster soll man genau, sine ira et studio, prüfen; sonst kann es vorkommen, daß man plötzlich auf geheime Fehler stößt, welche die Freude am Erfolg erheblich einschränken!

Sehen wir uns zunächst die O r g a n i s a t i o n an! Von streng monarchisch gesinnten Männern seltsam genug auf durchaus demokratischen Prinzipien aufgebaut, wurde sie auch in dieser Weise durchgeführt. Als Grundsatz galt die möglichste Selbständigkeit der einzelnen Ausschüsse und Gruppen, dafür aber auch die volle Verantwortung für das von ihnen Beschlossene.

Es wurden die folgenden Ausschüsse gebildet, die fast alle eine umfassende und rastlose Tätigkeit entfalteten: Der Bau-Ausschuß, der Finanz-Ausschuß, der Ausschuß für Gartenanlagen, der Maschinen-Ausschuß, der Lotterie-Ausschuß, der Preß-Ausschuß, die Rechts-Kommission, der Ausschuß für Restaurationen, der Ausschuß für Sportspiele, der Ausschuß für Festlichkeiten, der Ausschuß für Verkehrswesen, die Wein-Kommission und der Kongreß-Ausschuß.

Wie schon die Namen andeuten, hatte sich der Bau-Ausschuß mit allen das Bauwesen der Ausstellung betreffenden Fragen, der Finanz-Ausschuß mit allen Geldangelegenheiten zu befassen; das gleiche gilt von den übrigen Ausschüssen.

An ständigen Bureaus waren eingerichtet: Das Bureau des Ausstellungs-Direktors, des Generalsekretärs, der zugleich Vorsteher des literarischen Bureaus war, das Baubureau, das Maschinen-, das elektrotechnische Bureau, die Kassenverwaltung und Buchführung, das Expe-

ditionsbureau für eingehende und auslaufende Briefe, Pakete usw. und außerdem das Bureau der Herren vom Vorstand. Später kamen hinzu: Das Bureau für Bearbeitung juristischer und Verwaltungsfragen, das Bureau für Erledigung aller in das Versicherungswesen schlagenden Angelegenheiten, eine Anzahl dem literarischen Bureau angegliederter Bureaus für Reklame, Propaganda usw., das Bureau für die Karten-Ausgabe usw.

Ungefähr gleichzeitig mit der Bildung der Ausschüsse erfolgte die Bildung der Gruppenvorstände, dreiundzwanzig an der Zahl. Die Gruppe I umfaßte Bergbau und Salinenwesen, II Hüttenwesen, III Metall-Industrie, IV Maschinenwesen, V Elektrotechnik, VI Transportmittel, VII chemische Industrie, VIII Nahrungs- und Genußmittel, IX Stein, Thon, Porzellan, Cement- und Glaswaren, X Holz- und Möbel-Industrie, Haus- und Zimmereinrichtungen, XI Galanterie- und Kurzwaren-Industrie, XII Textil-Industrie, XIII Bekleidungs-Industrie, XIV Leder, Kutschwagen und Sattlerei, XV Papier-Industrie, XVI Polygraphisches Gewerbe, XVII Wissenschaftliche Instrumente, XVIII Musik-Instrumente, XIX Bau- und Ingenieurwesen, XX Schul- und Unterrichtswesen, XXI Gesundheitspflege und Wohlfahrtseinrichtungen, XXII Kunstgewerbe, XXIII Gartenbau.

Alle diese Gruppen hatten die Anmeldungen der einzelnen Aussteller zu prüfen, beziehungsweise anzunehmen oder abzulehnen, den Raumbedarf zu bestimmen, die Verteilung der Plätze anzuordnen, über gemeinsame Dekorationen, Schränke usw. zu verhandeln, für die Herbeischaffung der Ausstellungsgüter vor Eröffnung der Ausstellung zu sorgen, die Aufstellung zu überwachen, die Wahlen der Preisrichter zu vollziehen und Anderes mehr.

An der Spitze der Gesamt-Organisation stand der Arbeits-Ausschuß, der sich aus sieben Großindustriellen (oder Leitern großindustrieller Werke), drei Beamten, die in nahen Beziehungen zur Großindustrie standen, einem Professor der bildenden Künste, einem Zivil-Ingenieur und einem städtischen Verwaltungsbeamten zusammensetzte. Dem Arbeits-Ausschuß kam es zu, das letzte Wort in allen Fragen wirtschaftlichen Charakters zu sprechen, die Verträge über Bauten, Verpachtungen, Anstellung von Beamten u. s. w. zu genehmigen, in zweifelhaften Fällen über die Zulassung einzelner Aussteller zu entscheiden und die Pflichten der Repräsentation zu übernehmen. Auch der aus cirka sechzig Personen bestehende Vorstand und das aus etwa zweihundert Köpfen gebildete Haupt-Komitee wurden von Zeit zu Zeit einberufen und über das Fortschreiten des Unternehmens informiert; beide

erwiesen sich jedoch als ziemlich überflüssige Institutionen, auf deren Tätigkeit man allenfalls hätte verzichten können.

Den sämtlichen Gruppen stand der Gruppen-Ausschuß vor, der aus den ersten Vorsitzenden der einzelnen Gruppen gebildet war und überall einzugreifen hatte, wo Fragen zur Beratung standen, die mehrere Gruppen gleichzeitig angingen. Insbesondere führte der Gruppenausschuß sehr gründliche Verhandlungen mit dem Dekorations-Ausschuß, (einer Unterinstanz des Kunst-Ausschusses) dem die Aufgabe zugefallen war, darüber zu wachen, daß die allgemeine Dekoration einen gleichmäßigen Charakter zeige.

Zum Erfolg der Ausstellung trugen ferner, wenn auch in sehr ungleicher Weise, die schon einige Jahre vorher in den größeren Städten und Industrie-Centren gebildeten vierzig Lokal-Komitees bei. Den letzteren war es zur Aufgabe gemacht, in direkten Verkehr mit den Industriellen ihres Bezirkes zu treten und sie für die Beteiligung an der Ausstellung zu gewinnen, die speziellen Wünsche der Aussteller entgegenzunehmen, ganz besonders aber auch dahin zu wirken, daß die angemeldeten Ausstellungs-Objekte rechtzeitig zur Ablieferung gelangten. Einzelne dieser Komitees entwickelten einen der Sache förderlichen Eifer, andere erlahmten bald, konnten oder wollten sich den Anordnungen der Ausstellungsleitung nicht fügen und ließen die Dinge laufen, wie sie eben laufen mochten.

Das wäre der äußere Rahmen der Organisation. Sie erscheint auf den ersten Blick mustergültig; und dennoch: Welche Umständlichkeit, welche Unmasse überflüssiger Zusammenkünfte, Reden und Schreibereien, welche Zeitvergeudung herrschte in den Kommissionen, den Ausschüssen und Gruppen! Wie manche Frage ging z. B. vom Preß-Ausschuß durch den Finanz-Ausschuß und die Rechts-Kommission, oft auch noch durch einen ad hoc gebildeten künstlerischen Ausschuß, um nach Verlauf von Wochen und Monaten ungefähr auf dem alten Fleck zu stehen. Die Geschichte des Ausstellungs-Plakates ist dafür der schlagendste Beweis; und was war schließlich das Resultat dieser endlosen Verhandlungen? — Ein Opus, das so viele Väter hatte, daß sich am Ende keiner mehr zur Vaterschaft bekennen mochte!

Was ist zwischen dem Bau-, dem Verkehrs-, dem Wirtschafts-Ausschuß und dem für Gartenanlagen, der Finanz- und der Rechts-Kommission verhandelt worden, bis alle Ansichten sich geklärt, alle Köpfe sich geeinigt oder gefügt hatten! Und wie oft hätte die klare Einsicht der betreffenden Bureauchefs mit einem Zehntel des zwecklos vergeudeten Zeit- und Wortaufwandes die Dinge erledigen und in die rechten Wege leiten können!

So konnte es nicht ausbleiben, daß das demokratische Prinzip häufig durchlöchert wurde und die führenden Persönlichkeiten schwebende Angelegenheiten aus eigener Machtvollkommenheit endgültig erledigten. Daraus geht aber mit zwingender Notwendigkeit hervor, daß die Organisation viel zu kompliziert, viel zu personenreich war. Ausschüsse mit neun und mehr Mitgliedern sind, wie die Erfahrung gelehrt hat, ein sehr erheblicher Übelstand; zu viele Köpfe und Meinungen hemmen mehr, als sie fördern. Im Allgemeinen dürften fünf Köpfe in jedem Ausschuß genügen; nur wo es sich, wie bei dem Ausschuß für Gartenanlagen und einigen anderen, um ständige Beaufsichtigung des im Entstehen Begriffenen handelt, erscheint eine größere Zahl berechtigt.

In Bezug auf das finanzielle Resultat der Ausstellung muß jedoch bemerkt werden, daß die Tagungen der Ausschüsse und Gruppen mit wesentlichen Kosten nicht verknüpft waren. Die paar hundert Mark, die für Cigarren, Beleuchtung und Heizung mehr verbraucht wurden, spielen dabei keine Rolle.

Als eines nicht zu unterschätzenden Faktors für den Erfolg sei an dieser Stelle der weitgehenden Propaganda gedacht, welche die Ausstellung frühzeitig ins Werk setzte. Das literarische Bureau begann schon über zwei Jahre vor Eröffnung der Ausstellung mit der Herausgabe und Versendung der „Ausstellungszeitung“, die monatlich einmal erschien und ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse des Ausstellungsgebietes, der Arbeiten auf dem Gelände, der Bauten usw. gab. Von einer Unterabteilung des literarischen Bureaus wurden die Beziehungen zur in- und ausländischen Presse durch ständiges Versenden kleinerer und größerer Mitteilungen gepflegt. Später traten zu diesen Propaganda-Mitteln noch das in vielen tausend Exemplaren verbreitete Plakat der Ausstellung, verschiedene Serien von Postkarten, Broschüren in deutscher und verschiedenen fremden Sprachen, Verschlußmarken und Ähnliches. Diese Tätigkeit wurde auch noch während der Ausstellung fortgesetzt und besonders durch die „Ausstellungs-Woche“ eine weitgehende Anregung in Bildern und Worten verbreitet.

Aber sowohl die Organisation wie die Propaganda brachten Nichts ein; sie waren Mittel zum Zweck und verursachten (besonders die letztere) beträchtliche Kosten. Die Propaganda hat unzweifelhaft viel dazu beigetragen, daß der Besuch der Ausstellung ein so starker war; allein sie hat auch eines sehr großen Zuschusses bedurft, um die erforderliche umfangreiche Tätigkeit zu entwickeln und das gesteckte Ziel zu erreichen.

Es gilt also, die Haupteinnahmequellen aufzudecken und zu untersuchen, wieweit sie motiviert waren und als nachahmenswert bezeichnet werden können.

Ein Blick in den Etat, wie er am 15. Juli 1902, also nach 2½ monatlicher Dauer der Ausstellung, aufgestellt wurde, ist in dieser Beziehung außerordentlich lehrreich. Wir finden dort unter Ordnungszahl 22 den Posten „Platzmiete der Aussteller" mit Mk. 1100000.— aufgeführt. Auf Seiten der Ausstellungsleitung galt es von vornherein als feststehend, daß von der Erhebung einer Platzmiete nicht Umgang genommen werden könne. Das war vorsichtig gedacht, im Hinblick auf die Interessen der Zeichner zum Garantiefonds berechtigt und deshalb nicht zu tadeln.

Wenn sich trotzdem die Platzmietenfrage in zahlreichen Fällen so zugespitzt hat, daß man füglich von einem „Kampf um die Platzmiete" reden könnte, so lag das an der rigorosen Handhabung dieser und aller ähnlichen Vorschriften. Denn auf Seiten der Ausstellungsleitung herrschte allmächtig und durch keinerlei Rücksichten eingeengt, der Geist des Bureaukratismus; und diesem Geiste vor Allem ist die enorme Verbitterung zuzuschreiben, die sich eines großen Teiles der Aussteller bemächtigt hatte. Als Beweis dafür können die mündlichen und schriftlichen Äußerungen der Betreffenden gelten; als fernerer Beweis die häufige Zurückziehung schon vollzogener Anmeldungen zur Ausstellung. Man hat wohl als Grund für diese Zurückziehungen den geschäftlichen Rückgang mit seinen Konsequenzen angeführt; doch trug er nicht allein die Schuld, sondern diente nicht selten als Vorwand, wo man den wahren Grund nicht bekennen wollte.

Der bureaukratischen Verwaltungspraxis ist ferner die Verbitterung zuzuschreiben, die den Bureauchefs ihre Stellungen erschwerte und sie entweder frühzeitig ausscheiden oder nur mit Widerwillen bis zu Ende ausharren ließ. Scheinbar blieb der Bureaukratismus allerdings Sieger. Er durfte den Erfolg, der sich trotz seines schrankenlosen Waltens einstellte, auf sein Conto schreiben; er sah seine überzeugtesten Vertreter mit den Zeichen fürstlicher Gunst dekoriert und schritt kalt lächelnd an den Opfern seiner Gewaltherrschaft vorüber.

Aber moralisch hat dieser Bureaukratismus eine Niederlage zu verzeichnen und nicht nur in den Kreisen der Aussteller, sondern weit über diese hinaus, an Ansehen und Wertschätzung schwere Einbuße erlitten. Da seine Repräsentanten die allmächtigen Herren selbst waren, so wurde nach deutscher, aber nicht guter Art, allerdings meist nur die Faust im Sack geballt. Was an absprechenden Urteilen bezüglich dieses Überwucherns bureaukratischer Gepflogenheiten laut geworden ist, das wissen mit Ausnahme derer, auf welche jene Urteile zielten, so ziemlich alle Düsseldorfer, das weiß jeder Rheinländer und Westfale, der die Ausstellung beschickt hat.

Doch zurück zur Frage der Platzmiete!

Schlägt man die Ausstellungs-Bestimmungen auf, so springt der plutokratische Charakter des Unternehmens sofort ins Auge. Es heißt dort:

An Platzmiete wird erhoben:

I. Von geschlossenen Räumen:

1—3	qm	Mk.	40.—	pro	qm	Bodenfläche
4—10	„	„	35.—	„	„	„
11—50	„	„	30.—	„	„	„
51—100	„	„	26.—	„	„	„
100—150	„	„	24.—	„	„	„
151—200	„	„	22.—	„	„	„
201—300	„	„	20.—	„	„	„
301—400	„	„	18.—	„	„	„
401—500	„	„	15.—	„	„	„
501—700	„	„	12.—	„	„	„
über 700	„	„	10.—	„	„	„

In überdachten Räumen ermäßigen sich die Preise bei demselben Platzbedarf von Mk. 24.— bis Mk. 6.—, im Freien von Mk. 16.— bis Mk. 4.—.

Was hier mit überzeugender Anschaulichkeit auch dem Harmlosesten auffällt, ist die ungeheuere Mehrbelastung des kleinen Gewerbetreibenden und Ausstellers. Hatte ein solcher beispielsweise einen Platz von 2 qm beansprucht, so kostete ihn dieser Platz im geschlossenen Raum 2 × Mk. 40.— = Mk. 80.—. Wollte er mit Rücksicht auf seine Ausstellungsgegenstände und deren Zurgeltungkommen einen Platz, der von vier Seiten frei war, so verdoppelte sich die Summe. Wollte er drei freie Seiten haben, so erhöhte sich die Summe um die Hälfte; benützte er die vierte Seite als Wandfläche, so mußte er wieder die Hälfte des Betrages für die Bodenmiete darauflegen.

Der alte Erfahrungssatz, daß der Gutsituierte durch Bezüge im Großen besser und billiger fährt, als der Wenigbemittelte, machte sich hier, bei einem Unternehmen, das sich bei jeder Gelegenheit seiner idealen und nationalen Ziele rühmte, mit besonderer Härte fühlbar. So konnte es nicht wundernehmen, daß das allgemeine Urteil dahin lautete: „Die Ausstellung sei im Grunde nur für die Großindustrie gemacht, um eine imposante Heerschau ihrer Leistungen ins Leben zu rufen. Die Kleinen dürften mitgehen, soweit ihre Kräfte reichten; blieben sie fern, so sei das weiter kein Unglück, vielmehr nur erwünscht!"

Selbstverständlich hatte die von der Ausstellungsleitung ausgegebene Parole eine andere Fassung. Da hieß es: „Unterstützung und hochherzige

Förderung auch der kleinen Industriellen und Gewerbetreibenden, — möglichst vollständiges und lückenloses Bild der gesamten Industrie Rheinland-Westfalens und der benachbarten Bezirke.“

Wem fällt dabei nicht das Wort des in Düsseldorf geborenen Poeten ein:

„Schöne Reden, Embrassieren, —
Ach, wenn sie nur Herzen hätten!“ — —

Als einige Monate vor Schluß der Ausstellung die Kunde sich verbreitete, es sei ein sehr hoher Überschuß erzielt, da wurde in Ausstellerkreisen unter Anderem auch die Frage aufgeworfen, ob es angesichts der außerordentlich großen sonstigen Opfer, welche ausnahmslos jeder Aussteller hatte bringen müssen, nicht angezeigt sei, die Platzmiete ganz oder teilweise zurückzuvergüten. **Wenn je ein Verlangen berechtigt war, war es dieses!** — In der Stunde, in welcher vorstehende Zeilen geschrieben sind, ist von einer derartigen Zurückzahlung nichts bekannt. Ich bezweifle auch, daß die Ausstellungsleitung sich jemals dazu verstehen würde; denn man könnte dann mit einem Überschuß nicht mehr renommieren! —

(Schluß folgt.)

Sind Eltern befugt den Glauben ihrer Kinder zu beeinflussen?

Von Otto Spielberg (Heidelberg.)

Staat und Kirche, die einander Beistand leisten, weil sie einander brauchen, üben einen moralischen Zwang auf die Eltern dadurch aus, daß sie die lukrativsten und ehrenvollsten Stellen, wie das Fortkommen auf vielen Gebieten überhaupt von der Zugehörigkeit zur herrschenden Landeskirche abhängig machen. Dem fügen sich die Eltern mit ganz wenigen Ausnahmen, ohne daß sie über den rechtlichen Charakter einer solchen Forderung nachdenken. Sie fügen sich aus alter Gewohnheit, weil es seither immer so war. Sie denken nicht daran, daß das Überhebung von seiten der Kirche ist, die nichts weiter als eine irdische Einrichtung ist wie jede andere Einrichtung — der Staat auch —, die auf die Firma Gott eingeschrieben worden, in Gottes Namen verwaltet und darauf hin als göttliche Einrichtung angesehen wird, In dem Ansehen, das ihr die Gläubigen verleihen, ruht ihr Einfluß, ihre Macht und daraus ist ihre Überhebung entsprungen, indem sie für nichts geringeres, als für

die Vermittlerin vor Gott, angesehen sein will, die auch den Staat nur als ihr Werkzeug, zu züchtigen die Ungläubigen, betrachtet.

Gott ist nur ein Symbol, unter welchem sich die Menschen in Bezug ihrer Wünsche, Hoffnungen und Begierden geeinigt haben. An diesem Symbol soll nicht gerüttelt werden, weil es das bisher Beste und Zuverlässigste ist, das die Kreatur, die Bestie, in Ordnung zusammen hält. Aber wenn die Kirche in ihrer Überhebung so weit geht, daß sie, ihren Ursprung als private Einrichtung vergessend, das Seelenheil von der Beobachtung der von ihr vorgeschriebenen Förmlichkeiten abhängig machen will, so muß ihr energisch widersprochen werden. Die Gebildeten sind ihr innerlich längst untreu geworden; deren Zugehörigkeit besteht nur dem Namen nach, sie beruht nicht auf Überzeugungstreue, sondern auf dem Zwange, weil eben Brot, Amt, Beförderung auch staatlicherseits davon abhängig gemacht werden.

Die katholische Kirche, als eine der ältesten Religionsgesellschaften beansprucht die größere Priorität für sich, sie ist aus dem Grunde unversöhnlicher, unduldsamer, während die anderen wiederum mit sich reden lassen, was auch nicht zu ihrem Ansehen spricht. Allen ist der Vorwurf zu machen, daß ihr geistiger Horizont ein sehr beschränkter ist, der sich durch fortschreitendes Denken nicht erweitern lassen will. Dem sind sie ein erbitterter Feind, weil Denken, von der Kirche unabhängiges Denken, ihren Bestand in Frage stellt und schließlich die Menschen darauf bringt, daß Tüchtigkeit und Ehrenhaftigkeit für sich allein genügend und für sich allein die vornehmsten sittlichen Werte sind, wogegen das konfessionelle Beiwerk, das die Menschen in katholisch, protestantisch u. s. w. scheidet, Nebensache ist, welches Beiwerk auch auf höchst unfriedfertige Absichten schließen läßt.

Das religiöse Bekenntnis hat mit des Menschen Stellung im Weltverkehr, vor dem die Nationalitäten- und Kirchenfragen ganz und gar zurücktreten, nichts zu tun. Die Arten, Gott zu dienen, sind zu einer ganz gewaltigen Menge und Mannigfaltigkeit herangewachsen und jede Art ist gewissermaßen gut zu nennen, die ihrer Absicht: die Veredlung des Menschen, nachkommt. Immer näher rückt das Fridericianische Ziel der Verwirklichung entgegen: Jeder soll nach seiner Façon selig werden und niemand darf nach seinem religiösen Bekenntnis in Zusammenhang mit Bewerbung um Amt und Stellung gefragt werden. Eltern haben sich entschieden auf den Standpunkt der Nichteinmischung zu stellen. Das Kind gehört mit seinem Leibe und Leben sich selbst an und es mag selbst entscheiden, sobald es durch Alter und Vernunft so weit ist, welcher oder ob keiner Konfession es sich beigesellen will. Es ist noch Zeit dazu beim Hochzeitsakt. Liebende, die sich, eh sie einander

Treue schwören, in ihren Ansichten und Gefühlen vorher aussprechen, mögen darin auch ihre religiösen zur Aussprache bringen. Dann gibt es keine Auseinandersetzungen hinterher, denen sich als Helfershelfer der sogenannte Seelsorger so gerne beigesellt. Es gibt im Kampfe um die wirtschaftliche Existenz so viele Unannehmlichkeiten und im Leben überhaupt so viele professionelle Schürer und Hetzer, daß ihre Zahl mit Glaubenshetzern nicht noch vermehrt zu werden braucht. Das Herz sucht den Frieden, denn es bedarf seiner, die Seele will den ruhigen Genuß, weil er zum Lebensglück unerläßlich ist. Ringen und Streben um Weib und Kind, um treue Freunde und Hausgenossen —: das ist ein Teil unserer sittlichen Aufgaben in der Welt, aber sich in kirchlicher- und pfäffischerseits genährter Rechthaberei in irgend eine Konfession zu verbeißen und Andersgläubige zu verfolgen und zu verdächtigen, dazu muß sich ein anständig denkender Mensch nicht mehr hergeben. Wir haben auch keinen Auftrag von Gott dazu, der uns zu lieben befiehlt alles, was mit uns das gleiche Antlitz trägt und guten verträglichen Sinnes ist.

Laßt uns unsere Aufgaben in der Welt als Menschen erfassen, die sich menschlich näher zu treten haben in geläuterter Gesinnungsart und unter einem erweiterten Horizont, der die umfassendste Bildung, Bildung auf allen Gebieten, in sich schließt und nicht vor der Wissenschaft sich abschließt. Kinder müssen in Bezug auf den Weltverkehr, auf den Umgang mit der ganzen Welt erzogen werden und demgegenüber bildet das konfessionelle Element eine unnötige Belästigung; eine Behinderung im Vorwärtsstreben ist es, weil es den Geist auf kirchlich festgelegte Dinge beschränkt, über die hinauszugehen eine Versündigung genannt wird. Auch liegt in der konfessionellen Beschränkung eine beständige Bedrohung des friedlichen Verhältnisses zwischen Mensch und Mensch und ganzen Völkern, die wirtschaftlich darauf angewiesen sind, sich untereinander zu verständigen. Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, das ist aller Aufrichtigen Sehnsucht und Ziel: und die von den konfessionellen Wortklaubereien leben, haben an diesem Ziel kein Wohlgefallen. Laßt uns endlich einmal in Ruhe damit, müssen die Eltern sagen, wir geben unsere Kinder den konfessionellen Begehrlichkeiten nicht mehr Preis, die mit wahrer Religion keinen Zusammenhang haben. Wir heben die Kinder, ohne zuvor die Taufe empfangen zu haben, über die kirchliche Institution hinweg und widmen sie dem reinen Menschentum, dem allein sie angehören sollen. Und daraufhin müssen die Kinder auch in den Schulen erzogen werden. Sie werden als Menschen geboren und sollen als Menschen mit einander leben. Geben die Eltern ihre Kinder dem kirchlichen Willen, der nicht christlich, sondern gehässig und gewalttätig gesinnt ist, nicht mehr her, dann ist die Kirche gezwungen,

Um- und Einkehr zu halten und sich den Zielen, den aufs rein menschliche gerichteten, anzuschließen. In dieser Art mag sie ihre Wiedergeburt und neue Größe feiern. Dann nimmt sie auch wieder einen hohen Rang ein als geweihte Stätte des religiösen Bedürfnisses, das nie aussterben, das immer lebendig bleiben wird, aber sich nicht an tote erstarrte Formen fesseln läßt, sondern alles, was vom Menschengeiste kommt, in sich aufgenommen, geprüft und geschätzt wissen will. Der Menschengeist sucht die Wahrheit, und der Wahrheit, woher sie auch kommen mag, darf sich keine Institution entgegenstellen, wenn sie nicht des Glaubens an sich verlustig gehen soll. Liebe, Güte, Treue, Rechtschaffenheit sind rein menschliche Tugenden, zu denen sich alle Konfessionen wie die Schale zum Kern verhalten. Der Kern ist der gleiche bei allen Religionen und zu diesem Kern müssen wir wieder zurückkehen und nicht an der Schale hängen bleiben, was auf eine sehr oberflächliche, für den Weltverkehr untaugliche Bildung schließen läßt. Das blinde vertrauensselige Gefolgschaftleisten in Politik und Religion muß ein Ende nehmen, denn es schwebt darüber ein Unstern, der nicht allein den einzelnen Individuen, sondern auch den Völkern verhängnisvoll wird. Etwas Menschenwürde, etwas Selbständigkeitsgefühl und eigenes Denken ist heutzutage, wo sich so viele Unberufene als Berufene in unsere Angelegenheiten mischen, unerläßlich. Die Eltern müssen sich ihrer Kulturmission bewußt werden, daß sie den Kindern einen Geist einflößen, der jedem Ansinnen, das sie dem Mitmenschen entfremden und ihn gehässig auf ihn machen will, weil er andern Glaubens ist, widerstrebt. Das Verhältnis des Einzelnen zu Staat und Kirche ist für viele noch kein genügend aufgeklärtes. Beide sind Wohlfahrtseinrichtungen, der eine für die materiellen, der andere für die ideellen Bedürfnisse ihrer Mitglieder. Die eine wie die andere hat sich nach den Bedürfnissen ihrer Mitglieder, aus deren Willen sie entstanden sind, zu richten. Die Zugehörigkeit zu Staat und Kirche ist keine andere, wie die zu jedem anderen Verein. Ein- und Austritt nach Belieben, je nach Zweck und Nutzen. Die Angestellten sind die Angestellten der Mitglieder und Staat und Kirche ist nur der Name, der Sammelname davon. Von diesem Gesichtspunkt aus gelangt man zu einer ganz anderen Auffassung von Staat und Kirche, die ihren Charakter als von Gott eingesetzte Obrigkeit durch ihre Bediensteten erhalten haben, die sich vor den Angriffen bei ihren Übergriffen dadurch sicherstellten. Was die Kirche lehrt ist die Ansicht derer, die ihr dienen. Über diese Ansicht ist von jeher gestritten worden, und wird immer gestritten werden, so lange es einen vorwärtsschreitenden Menschengeist, der sich nicht nach dem Willen der kirchlichen Dienerschaft richtet, gibt. Forschung und Wissenschaft sind der Kirche beständige Aufseher, die sie nicht aus den

Augen lassen und darum ist sie beiden grimmig feind. Die gebildete Welt, darf dem nicht mehr ruhig zusehen und da der Geist der Wissenschaft der versöhnlichere Teil ist und auch der vornehmere, der nichts behauptet, was er nicht beweisen kann, so muß der Geist, der die Kirche beherrscht, als der böse Geist angesehen werden, der um seine Herrschaft fürchtet. Dieser seiner Herrschaft muß sich alles, was den Frieden der Welt aufrichtig will, entgegensetzen und zunächst müßten ihr die Gotteshäuser entzogen werden, und zwar schon in Bezug auf die Taufe, die ohne jeglichen Wert ist, die eine sittliche Reinigung versinnbildlichen soll, von der aber bei einem Wesen, das erst entstanden ist und zu leben erst beginnen soll, keine Rede sein kann. Das weiß die Kirche selbst, aber ihr ists um die frühe Zugehörigkeit des Neugeborenen zu tun, der sich später, wie sie mit Recht fürchtet, nicht mehr so leicht dazu bequemen dürfte. Eltern haben dem kirchlichen Verlangen entgegenzustellen: unsere Kinder sollen Kinder bleiben: spielende Wesen, die von den Absichten der Erwachsenen, die sich als Diener des Herrn ihnen nahen, fernzuhalten sind, da sie die Tragweite der Absichten jener Diener vorher nicht bemessen können. Kinder brauchen von Konfessionen nichts zu wissen — das hat mit dem wahren Wesen einer Religion nichts zu tun. Sie ist Herzenssache, die in Anregung zu bringen, Aufgabe von Vater und Mutter während der Erziehung ist. Der wahre Gottesdienst ist der in der eigenen Brust, den Vater und Mutter zu leiten haben. Hingebung, Liebe und Güte, was der wahre Inhalt jeder Religion ist, unter denen auch kein Unterschied ist bis auf diejenigen, welche die Religionsdiener aus Interesse für sich, zum Zwecke ihrer Unentbehrlichkeit hineingeheimnißt haben. Die Kirche muß ihrem Namen und ihrer ursprünglichen Aufgabe wieder gerecht werden. Sie darf nicht mehr eine Kirche für eigensinnig auf einem konfessionellen Schein Bestehende sein, sie muß eine Kirche für alle sein: ein Bethaus für jedwedes Menschenkind, das das Bedürfnis zu einer Aussprache mit seinem Gott hat. Und dieser Gott muß würdige Interpreten finden, würdigere als der in beschränktem Seminarunterricht gedrillte Bauernjunge ist, dem das Herr Pfarrer-Spielen nur ein Gegenstand seines Ehrgeizes ist, wodurch er seinen beschränkten Gemeinde- und Schulgenossen imponieren will. In der Kirche muß sich der Geist des Universellen, des Ewigen und Erhabenen wiederspiegeln, wie ihre Türme symbolisch auch andeuten. Sie muß in ihren Lehren den Geist des Weltganzen festhalten und darin mit Forschung und Wissenschaft immer auf vertrautem Fuße bleiben. Ehrliche Interpreten werden keinen Gegensatz in Religion und Wissenschaft entdecken. Die erstere ist der Extrakt der tausendfältig geläuterten Wahrheit, die letztere das A und O allen Denkens und Forschens. Das wird sich

auch widerspruchslos herausstellen, sobald die Kirche zur Reorganisation gezwungen und von all ihren verdächtigen Elementen, den professionellen Unruhstiftern gesäubert werden wird. Und das unfehlbarste Mittel dazu haben die Eltern in der Hand, indem sie die Kinder dem Begehren der Kirche entziehen mit der Begründung, daß sie eine entartete, politiktreibende, händelsüchtige, aus Überhebung unversöhnlich gewordene Institution geworden, die bei der friedfertigen Gesinnung der großen Kulturwelt, die noch nie so tätig auf Verständigung hingearbeitet hat, wie in unserer Zeit, keine Veranlassung zu ihrem Verhalten hat. Also Eltern sind nicht befugt, den Glauben ihrer Kinder zu beeinflussen. Sie begehen ein großes Unrecht, wenn sie dem Willen der Kirche nachkommen. Sie haben die Wahl des Glaubens den Kindern, die als Menschen sich selbst angehören, zu überlassen, in Staat und Kirche irdische Einrichtungen zu sehen, die verpflichtet sind, sich stets zu verbessern, sich stets zu erneuern und zu vervollkommnen, nicht still zu stehen, nicht rückwärts zu schreiten, sondern vorwärts im gleichen Schritt mit den Ergebnissen des Wissens und Forschens und aufwärts zu jenen idealen Höhen, wo der Mensch sich als Mensch unter den Seinen wiederfindet, während sie in konfessioneller Zersplitterung einander verloren gehen.

Ralph Waldo Emerson.

(geb. am 25. Mai 1803.)

Von Dr. M. Kronenberg (Berlin).

Im Anfang der fünfziger Jahre schrieb Fr. Kapp aus Nord-Amerika, indem er seinem Freunde Ludwig Feuerbach über die dortigen Zustände berichtete: „In feste Kategorien läßt sich hier gar nichts pressen, bei jedem Schritt in dieser Welt voll wimmelnder Tatsachen sieht man sich in seinen kategorischen Urteilen verwirrt und verirrt. Mir kommt das jetzige Nordamerika in allem was nicht kaufmännisch immer vor, wie ein gesunder junger Bursche, der in der Waldeinsamkeit zum Jüngling geworden, plötzlich in die Welt tritt und sein Leben genießen möchte. Er will gerne alles sein und ist doch so recht nichts; er nimmt heute hundert neue Eindrücke in sich auf und verwischt sie morgen durch hundert andere. Heute verschwendet er und hält morgen ängstlich zusammen; er spricht, denkt, handelt nur in Extremen, übertreibt, renommiert, vergißt, daß hinter den Bergen auch noch Menschen wohnen, ist Kunst

enthusiast, Weltmann, Lebemensch, aber alles so, daß jede seiner Äußerungen noch den humoristischen Beigeschmack seiner jüngsten Vergangenheit an sich trägt."

In dem halben Jahrhundert, das seitdem verflossen ist, hat in der großen transatlantischen Republik die stärkste Entwickelung sich vollzogen und immer deutlicher treten für den aufmerksamen Beobachter die charakteristischen Züge einer eigenartigen und selbständigen nordamerikanischen Kultur zu Tage. Aber das jugendlich Unfertige, von dem Kapp spricht, zeigt sich, wiewohl in geringerem Maße, auch heute noch, vor allem in der Mischung der Extreme, in dem unvermittelten Aufeinanderstoßen der äußersten Gegensätze. So hat man auch bei uns längst das alte Vorurteil aufgeben müssen, als sei dieses nordamerikanische Volk ganz in materielle Interessen versunken, und hat einsehen gelernt, daß sich vielleicht in keinem Volke der Welt heute ein so starker praktischer Idealismus, der Gesinnung und der Tat, entwickelt findet. Und so ist es auch eine charakteristische Erscheinung für diese neue Kulturwelt, die so ganz und gar aufgebaut zu sein schien auf rein materialistischer Denkungsart, auf nüchternstem Realismus, ja auf fanatischem Kultus der Wirklichkeit, daß der auf rein geistigem Gebiete originalste und produktivste Geist, den sie bisher hervorgebracht hat, ein extremer Idealist war, wie nur je einer über die Erde geschritten, ein Dichterphilosoph, der wie traumgeboren in der Wirklichkeit sich bewegte, der wie Plato hoch hinaufstieg in das Empyreum der reinen Ideen, von wo aus die Welt der Erscheinungen, in der alle anderen Menschen leben und mit ihren millionenfachen Wünschen, Sorgen und Interessen sich drängen und stoßen, nur noch wie ein Schattenspiel erschien, bestimmt zur genießenden Betrachtung der wenigen freien Geister.

Dieser Dichterphilosoph ist R a l p h W a l d o E m e r s o n. Ihm konnte Thomas Carlyle einst schreiben: „Sie sind eine neue Ära, mein Freund, in Ihrem gewaltigen Lande." Und in der Tat hat er der geistigen Kultur Nordamerikas ein neues und eigentümliches Gepräge gegeben, in dem Sinne, in welchem er selbst einmal die unvergleichliche Bedeutung selbständiger Geister charakterisiert, daß die Nachwelt ihren Schritten nur wie ein verlängerter Klientenzug zu folgen scheine und die ganze Weltgeschichte sich mit Leichtigkeit in die Biographien einiger weniger kraftvoller und ernster Gestalten auflösen lasse. In diesem Sinne würdigt man denn auch allgemein in Nordamerika die Bedeutung des Philosophen in diesem Augenblick, wo ein Jahrhundert seit seiner Geburt verflossen ist.

Aber auch in Deutschland hat man allen Grund an dieser Säkularfeier teilzunehmen. Denn Emerson hat auch auf das deutsche Geistes-

leben starken Einfluß ausgeübt, und sicherlich wird dieser Einfluß in der Zukunft noch eine erhebliche Steigerung erfahren. Zuerst war es Hermann Grimm, der auf ihn hinwies und Teilnahme und Verständnis für den amerikanischen Denker auch in Deutschland zu erwecken suchte, und seitdem hat sich bereits eine ziemlich umfangreiche Emerson-Literatur auch auf deutschem Boden entwickelt. Sie wird der Hauptsache nach genährt aus denselben Quellen, denen auch Nietzsche in erster Linie seinen großen Einfluß in der Gegenwart verdankt: der individualistischen Gedankenrichtung, die sich der übermächtigen und oft übermäßigen sozialen Denkungsart unserer Zeit entgegensetzt, dem tiefgefühlten Bedürfnis, den nivillierenden und so oft auch verflachenden Einflüssen unseres sozial und demokratisch gerichteten öffentlichen Lebens, in welcher der einzelne wenig oder nichts, die Menge alles ist, zu entgehen, und einen neuen Aristokratismus des Geistes zu gewinnen, eine neue egocentrische Ethik, die in der reichsten und tiefsten Entwickelung der Individualität, in der Vollendung der Persönlichkeit Ziel und Gipfel aller Kulturentwickelung und letzten Wertmaßstab alles menschlichen Lebens erblickt.

Aber es gibt auch noch einen weiteren besonderen Grund dafür, daß gerade Deutschland an der Säkularfeier für Emerson eifrig teilnimmt: der amerikanische Dichterphilosoph gehört gewissermaßen auch uns selbst, auch der deutschen Kultur an. Denn er ist ein unmittelbarer Nachfolger des deutschen Idealismus und, könnte man sagen, innerhalb der neuzeitlichen Entwickelung der letzte große Vertreter und Lehrer der deutschen idealistischen Philosophie. Seine Jugendentwickelung fällt in jene Zeit der glänzenden Hochkultur des deutschen Geistes, deren Gipfel die Namen Kant und Goethe, Schiller und Fichte, Hegel und Humboldt, Niebuhr und Schleiermacher, Mozart und Beethoven usw. bilden. Sie hatte ihren Zenith bereits überschritten, als zuerst auch empfängliche Geister der anderen Kulturvölker anfingen, sich in diese große deutsche Geisteswelt zu versenken, voller Staunen und Bewunderung über ihren Reichtum und ihre Tiefe. Denn das eben unterschied diese klassische Periode des deutschen Geistes durchaus von jeder anderen, daß, wie Fichte es einmal ausdrückt, der ausländische Genius mehr bereit war, dem wieder aufgenommenen Gedanken der Renaissance ein zierliches Gewand zu weben. „Der deutsche aber wird neue Schachte eröffnen und Licht und Tag einführen in ihre Abgründe und Felsmassen von Gedanken schleudern, aus denen die zukünftigen Zeitalter sich Wohnungen erbauen.“ So von einem geradezu ehrwürdigen Staunen erfüllt über die Geisteswunder, die auf deutschem Boden sich zeigten, ist von der Seite Frankreichs her zuerst Frau von Staël (später Victor Cousin)

für ihr Land zum Propheten des deutschen Idealismus geworden — von der ein Zeitgenosse sagt, sie sei in Deutschland eingetreten wie in einen Tempel. In demselben Geiste wurde Thomas Carlyle zum Vermittler für England, indem er dort dem deutschen Idealismus die Bahn brach, und in demselben Geiste wurde es Emerson für Nordamerika. Die beiden letzteren sind ja auch in freundschaftlichen Beziehungen einander näher getreten, von denen ein lange Jahre hindurch fortgesetzter sehr interessanter Briefwechsel (leider existiert von diesem noch keine deutsche Übersetzung) Zeugnis ablegt. Wie auf Carlyle so haben auch auf Emerson vor allem Goethe und Kant den stärksten Einfluß ausgeübt, nur daß bei ersterem Goethe, bei letzterem Kant überwiegt. Als ein Schüler Kants und als ein Anhänger der Kantischen Transcendentalphilosophie, hat Emerson sich immer betrachtet und noch heute bezeichnet man in Nordamerika mit dem Ausdruck „Transcendentalisten" jene von Boston ausgehende und unter Emersons Führung stehende Vereinigung von Schriftstellern, welche die Einführung der idealistischen deutschen Geisteskultur sich zur Aufgabe gemacht hatte. —

Emerson hat ein überaus einfaches Leben geführt. Er war in Boston geboren, der Sohn eines Predigers, wie denn seine Vorfahren durch acht Generationen hindurch puritanische Geistliche gewesen sind. Auch unser Philosoph war eine kurze Zeitlang zunächst Prediger, zog sich aber bald von dem Amte zurück und verbrachte nun den ganzen übrigen Teil seines Lebens — er starb 1882 in seinem achtzigsten Lebensjahre — auf einem kleinem Gute zu Concord, nahe Boston. Er war zweimal verheiratet, zuerst nur 1½ Jahr lang mit der achtzehnjährigen Ellen Tucker, einer berühmten Schönheit, die auch geistig hochbegabt, aber von zartester Gesundheit war, später mit Lydia Jackson, einer braven, aber wenig bedeutenden Frau. Öffentlichen Ruhm erntete er erst in ziemlich spätem Alter, aber von da ab — etwa um die Mitte der fünfziger Jahre — nahm dieser Ruhm und der Einfluß seiner Philosophie beständig zu, auch außerhalb Nordamerikas, namentlich in England, sodaß man ihn 1872 z. B. zum Lord-Rektor der Universität Glasgow wählen wollte — er unterlag nur mit wenigen Stimmen gegen Disraeli (Lord Beaconsfield) — und als in demselben Jahre sein Haus abbrannte, die Mittel zum Wiederaufbau durch eine nationale Subscription beschafft wurden.

Daß Emerson schon nach kurzer Frist (er war kaum dreißig Jahre alt) seine theologische Laufbahn aufgab, hatte seinen Grund nicht nur in bald erwachter Abneigung gegen das Amt. Er hatte auch frühzeitig selbständige und von allem Überlieferten abweichende Ansichten, namentlich über das Abendmahl, entwickelt, worüber es zu Differenzen ge-

kommen war. Und einige Jahre nachher, 1838, hielt er auf Einladung der theologischen Fakultät zu Cambridge (Amerika) einen berühmt gewordenen Vortrag, in welchem er sich von allem und jeder historischen Religion lossagte — was ihm natürlich langdauernde heftige Angriffe von den Geistlichen aller Kirchen und Sekten eintrug.

Es entspricht der ganzen persönlichen Eigenart Emersons, daß er unmöglich auch nur einige Zeit einer Kirche angehören und hinter den Mauern irgendwelcher Dogmen sich heimisch machen konnte. Aber ebensowenig konnte er irgend welcher Partei oder Sekte angehören, irgend welcher sozialen Gruppe dienen, irgend eine Schulmeinung vertreten. Emerson ist ein ganz und gar originaler, auf sich selbst gestellter und nach eigenen Gesetzen tätiger Geist, dessen Welt der innere Mikrokosmos ist, aus dem er immer neue Reichtümer herauf holt. Es hat nur wenige Menschen gegeben, denen die Persönlichkeit, das unsagbare Geheimnis der Natur, das in einer Individualität, vor allem in deren höchsten Erscheinungsformen, dem Genie, sich darstellt, so sehr alles bedeutete und so sehr im Mittelpunkt ihres Denkens und Lebens stand. Und er verbindet dabei die stolze und selbstherrliche aber einförmige Autarkie des antiken Stoikers mit dem differenziertesten Persönlichkeitsbewußtsein des modernen Menschen. Die tiefsten Quellen der Persönlichkeit und ihre eigentümlichsten Gesetze hat er darum wie nicht leicht ein zweiter zu beleuchten gewußt, sei es nun im allgemeinen, wenn er gleichsam die Philosophie des menschlichen Mikrokosmos entwickelt — wie in den vortrefflichen Essays „Persönlichkeit (Charakter)“ und „Selbständigkeit“ — oder wenn er bestimmte geniale Persönlichkeiten, die er gleichzeitig als allgemeine Typen und Repräsentanten der Menschheit faßt (Shakespeare, Goethe, Plato, Napoleon, Montaigne) schildert und analisiert. Dieser Individualismus ist der beherrschende Charakterzug seiner ganzen Denkart. Die Persönlichkeit hat in ihrer Naturanlage einen geheimnisvoll dunklen Untergrund, dessen Schleier nie ganz fortgezogen werden können: und so von dieser Seite her hat auch Emerson in gewissem Grade eine Neigung zur Mystik, doch in durchaus gesunder und machtvoller Weise, ohne Gefahr der Verirrung. Die höchsten ethischen Werte, die der Persönlichkeit, sieht er auf allen Seiten von unserer Gegenwartskultur bedroht: und so, von diesem Gesichtspunkte aus, erhebt sich auch Emerson zum Ton des Propheten, um seine Zeitgenossen anzufeuern und zu ermahnen, diese höchsten Werte zu bewahren und zu retten. Die Kultur soll einen Gang nehmen, daß jeder seinen eigenen, und ihm gehörenden Kreis durchlebt und seinen eigenen Gesetzen nachlebt, so daß er keiner Gemeinschaft, keinem einzelnen zugehöre, nur sich selbst. „Wer ein Mann sein will, muß ein Dissident sein,“ und stark ist für ihn nicht derjenige,

der mit anderen zusammen wirkt, sondern der allein steht. Vor allem fordert er von denen, die im Umkreise der großen Menge als wahre Persönlichkeiten wirken wollen, daß sie, nur dem eigenen Gesetze folgend, durch keinerlei Mißverstehen und Verkennen sich beirren lassen und einsam ihren Weg verfolgen. Denn groß sein, sagt er einmal, heißt immer: nicht verstanden werden, schließt immer die Notwendigkeit in sich ein, mindestens eine Zeitlang unter den Menschen für einen Narren, einen Sonderling und Egoisten zu gelten. „Fürchte dich, wenn deine Freunde dir sagen, was du gut gemacht hast, und es dir aufzählen können! Aber wenn sie dir mit einem gewissen unsicheren Blick aus dem Wege gehen, der halb Respekt und halb Mißfallen bedeutet, wenn sie ihr endgültiges Urteil auf Jahre hinausschieben müssen, dann magst du Hoffnung schöpfen! diejenigen, die für die Zukunft leben, müssen denen, die für die Gegenwart leben, immer selbstsüchtig erscheinen."

Ähnlich wie Nietzsche, aber doch wieder anders, weil von einem reinen aufwärts blickenden gesunden Optimismus erfüllt, zerbricht auch Emerson die alten Gesetzestafeln der Sittlichkeit und fordert eine neue Ethik, die ganz im Einklang ist mit der strengsten Gesetzgebung der Natur und darum durch und durch wahr sein kann und muß. Auch sie kann nur aus dem tiefsten Quellpunkt der Persönlichkeit entspringen. „Ich kümmere mich um eure Sitte nicht. Ich muß ich selbst sein. Ich kann mich nicht länger für dich oder für dich opfern. Ich will meine Neigungen und Abneigungen nicht verbergen. Jn bin so fest überzeugt, daß alles Tiefe heilig ist, daß ich kühn vor Sonne und Mond das tun will, was immer mich innerlich erfreut und wozu mein Herz mich antreibt . . . Halte dich an Ursache und Wirkung, welche die Kanzler Gottes sind. Im Willen wirke und erwerbe und du hast das Rad des Glücks gefesselt und brauchst seine Umdrehungen hinfort nicht mehr zu fürchten. Nichts kann dir Frieden bringen außer dir selbst." „Ich harre des neuen Lehrers, der diesen leuchtenden Gesetzen des Lebens so weit zu folgen imstande sein wird, daß er sieht, wie sie sich zum vollen Kreise schließen, der da die Welt als Spiegel der Seele erkennen, die Identität des Gravitationsgesetzes mit der Reinheit des Herzens wahrnehmen wird, der da zeigen wird, daß das Soll, die Pflicht eins ist mit der Wissenschaft, mit der Schönheit, mit der Freude!"

Emerson selbst ist bereits ein solcher neuer Lehrer geworden, dessen Bild er hier zeichnet. Seine Essays — er hat nur Essays geschrieben, von denen ein Teil aus Vorträgen hervorgegangen ist — bieten in dieser Rücksicht eine der besten und reinsten Quellen geistiger und sittlicher Bildung. Eine allgemeine und große Popularität werden sie freilich nur schwer erlangen können; dem steht die Tiefe des Gedanken-

ganges allzusehr im Wege und auch die Eigenart des Stils und der Darstellung, in der Satz an Satz aphoristisch aneinander gereiht sind, jeder für sich einen selbständigen und oft gewichtigen Gedanken enthaltend, ohne Übergänge und ohne ausführende Deduktionen und Beweise. Dennoch ist zu hoffen, daß wenigstens unter der großen Zahl der Gebildeten die Teilnahme für die reiche und poesievolle Gedankenwelt Emersons immer mehr sich ausbreiten wird — vielleicht erweist er der deutschen Kultur so allmählich den Dienst, uns zu den Quellen des deutschen Idealismus zurückführen zu helfen, aus denen sein Geist selbst das beste geschöpft hat.

Kleine Mitteilungen.

Der neue Kölner Erzbischof und die alte Kölner Kirchengeschichte.

Das Freie Wort hat in Nr. 2, S. 73—75 eine „kleine Mitteilung“ zum Hirtenbriefe des Kölner Erzbischofs gebracht, deren Inhalt in mehreren Punkten zu ergänzen ich mir gestatte. Dort wird die Behauptung des neuen Erzbischofs: „Die heilige Kölner Kirche hat sich seit den frühesten Zeiten stets als die treue Tochter der römischen Mutter erwiesen und hat auch in schlimmen Zeitläuften immerdar die Verbindung mit dem Apostelstuhle zu Rom bewahrt“ mit Recht als irrig bezeichnet und durch den Hinweis auf die beiden Kölner Erzbischöfe Hermann von Wied und Gebhard Truchseß von Waldburg, die im 16. Jahrhundert zum Protestantismus übertraten, und auf die gleichzeitigen konfessionellen Zustände im Kölner Erzstift auch als irrig nachgewiesen. Leider ist dabei unterlassen worden anzumerken, daß auch Gebhards nächster Nachfolger, Erzbischof Ernst von Bayern, keineswegs „der treue Sohn der römischen Mutter“ gewesen ist. Zwar hat er nicht wie Gebhard geheiratet, aber dafür hat er sich anderweitig beholfen, indem er das Westfälische Edelfräulein, die junge und schöne Gertrud von Plettenberg, als Maitresse hatte und ihr sogar dicht bei seiner westfälischen Sommerresidenz ein hübsches Schlößchen baute. Zwar war die römische Kurie ganz gut von diesem Leben und Treiben des Erzbischofs unterrichtet, wie aus den vor wenigen Jahren veröffentlichten, an die Kurie gerichteten Berichten des päpstlichen Nuntius hervorgeht, der den Erzbischof wiederholt gemahnt hat, diesem Umgange zu entsagen; aber die Kurie, die sonst sogar gegen Könige und Kaiser wegen derartiger Skandale — natürlich praevia admonitione, wie es das kanonische Recht vorschreibt — schnell „das geistliche Schwert“ zu zücken und über den öffentlichen Sünder Exkommunikation, Deposition und Interdikt zu verhängen pflegte, übte Ernst gegenüber die zäheste Lammesgeduld — „ratione habita temporum malitia“ mit Rücksicht auf die schlimme Zeit. Ernsts Abfall würde nämlich den Abfall eines großen Teiles des nordwestlichen Deutschland zur Folge gehabt haben. Überdies aber mußte man ihn schonen als einen Prinzen des Hauses Wittelsbach, das vereint mit

dem Hause Habsburg damals den einzigen Rettungsanker des römischen Katholizismus im deutschen Reiche bildete.

Somit ist das vom neuen Erzbischof wieder vorgebrachte alte Rühmen über „die heilige Kölner Kirche“ als „stets treue Tochter der römischen Mutter“ für die neuere Zeit als eine offenbare Unwahrheit bereits erwiesen. Aber ebenso unwahr erweist es sich auch für die Zeit des Mittelalters.

Eine der glänzendsten Perioden des deutschen Mittelalters bildet bekanntlich die Regierungszeit des großen Hohenstaufenkaisers, Friedrich Barbarossa. Zu seiner Zeit wurde am 7. September von der Mehrheit des Kardinalkollegiums ein neuer Papst gewählt, der sich Alexander III. nannte. Die Minderheit aber bestritt die Gültigkeit dieser Wahl und erkor aus ihrer Mitte einen Gegenpapst Victor IV. Der Kaiser stellte sich bald auf die Seite der Minderheit und berief für den Anfang des nächsten Jahres eine Reichssynode nach Pavia. Hier erschienen dann auch außer dem Gegenpapste und dessen Kardinälen aus dem Reiche 50 Bischöfe, an ihrer Spitze Erzbischof Rainald von Köln, die sich dort gegen Alexander III. und für Victor IV. erklärten. Erzbischof Hillin von Trier hatte sich wegen Nichterscheinens entschuldigt; er kam aber gleich im nächstfolgenden Jahre mit seinem Kölner Kollegen zur Synode von Neulodi, die sich gleichfalls für Victor IV. und gegen Alexander III. erklärte. Drei Jahre später, im Frühling 1164, nimmt Rainald hervorragenden Anteil an der Versammlung der Anhänger Victors IV., die hier nach dessen Tode Paschal III. zu dessen Nachfolger wählten; er reiste dann ins Königreich Burgund, um dessen Bischöfe für Paschal III. zu gewinnen. Im nächstfolgenden Frühlinge reiste er in die Normandie, um für denselben Zweck bei dem englischen Könige tätig zu sein. Von dort zieht er in Begleitung zweier englischer Gesandten zum Würzburger Reichstage, wo gerade auf sein Betreiben sehr scharfe Beschlüsse wider Alexander III. gefaßt wurden. Im Herbste des nächstfolgenden Jahres (1166) erkrankt Rainald. Während der Krankheit plagen ihn schwere Skrupel wegen seines Verhaltens gegenüber Alexander III. Als er aber rasch wieder genesen ist, sind auch diese Skrupel wieder geschwunden, und an der Spitze einer streitbaren Ritterschar eilt er dem Kaiser und dessen Heere voraus nach Italien zum Kampfe wider die Anhänger Alexanders III. und besiegt dort am Pfingstfeste 1167 vereint mit dem Mainzer Erzbischofe Christian in einer blutigen Schlacht das zehnfach größere Heer der Römer. Wenige Wochen später rückte auch der Kaiser mit dem Hauptheere heran. Die Leostadt und die Peterskirche wurden erstürmt. In dieser wurde am 30. Juli der Gegenpapst Paschal III. feierlich inthronisiert. Alexander III. flüchtete sich in Pilgerkleidung aus Rom südwärts nach Terracina. Und am 1. August stellte der Kaiser in Rom dem Rainald zum „Lohn für so viele ausgezeichnete Dienste“ eine Urkunde aus, in welcher er ihm und der Kölner Kirche den Reichshof zu Andernach mit Münze, Zoll und Gerichtsbarkeit sowie auch den Reichshof Eckenhagen mit dessen Silbergruben schenkte. Vierzehn Tage später starb dann Rainald an einem Pestanfall nach Empfang der Sterbesakramente.

Mit dem Gesagten ist nicht bloß Rainald als „Romanae matris fidelis semper filius“ sondern für seine Regierungszeit auch die „sancta Coloniensis ecclesia“ als „Romanae matris fidelis semper filia“ gekennzeichnet. Denn es liegt auch nicht der geringste Grund zu der Annahme vor, daß sich die kölnische Kirche von ihrem Hirten Rainald in dessen Stellungnahme wider Alexander III.

getrennt habe. Ja uns sind sogar zwei Urkunden des Gegenpapstes Victor IV. erhalten, aus denen sich ergibt, daß sowohl die Abtei Deutz als auch das Cassiusstift zu Bonn als tätige Anhänger desselben erscheinen. Auch hat Alexander nie den Versuch gemacht Rainald abzusetzen und einen anderen an dessen Stelle zu setzen.

Einem ganz gleichen Verhalten des zeitigen Kölner Erzbischofs begegnen wir auch im nächstvorhergehenden Jahrhundert während des Streites des Kaisers Heinrich IV. mit den römischen Päpsten. Um das Jahr 1085 sehen wir alle drei rheinischen Erzbischöfe auf Seiten des Kaisers und seines Gegenpapstes Clemens III. stehen, von welchem letzteren auch alle drei ihre Pallien empfangen haben. Von ihnen hatte sich der Trierer schon vor Wiperts Wahl durch sein Eifern gegen Gregor VII. hervorgetan, indem er gegen diesen ein urgrobes, von Beschimpfung strotzendes Sendschreiben veröffentlicht hatte.

Auch schon zwei Jahrhunderte zuvor war es mit der „sancta Coloniensis ecclesia Romanae matris fidelis semper filia“ jämmerlich schlecht bestellt. Als der Kölner Erzbischof Gunthar und der Trierer Theutgaud bei den Ehehändeln König Lothars eine recht schmähliche Rolle gespielt hatten, wurden sie von Papst Nicolaus I. im Jahre 863 auf einer Synode im Lateran beide abgesetzt. Aber vergebens mahnt der Papst im Jahre 865 die Könige Ludwig den Deutschen und Karl den Kahlen für eine Neuwahl in Köln zu sorgen. Noch im Jahre 867 forderte Ludwig der Deutsche vom Papste die Wiedereinsetzung beider. Der Kölner Stuhl wurde erst 870 wieder besetzt und der Trierer erst nach Theutgauds Tode.

Die im Vorstehenden angeführten Tatsachen erweisen zur Übergenüge, daß das Rühmen des neuen Erzbischofs über die „sancta Coloniensis ecclesia Romanae matris fidelis semper filia“ eine Behauptung enthält, die notorisch unwahr ist. Es sind das ja Tatsachen, die sich in jeder größeren deutschen Geschichte angeführt finden, Tatsachen, die jeder Abiturient, der an einem niederrheinischen Gymnasium seine Gymnasialstudien vollendet hat, und erst recht jeder Theologe, der an einer niederrheinischen Universität seine kirchengeschichtlichen Studien vollendet hat, wissen sollte. Trotzdem ist diese notorische Unwahrheit öffentlich vorgebracht worden und wird sie voraussichtlich auch künftig bei passenden Gelegenheiten wieder und wieder vorgebracht werden. In den Ohren der frommen Kölner klingt sie ja auch so süß und schmeichelhaft!

H. L.

*

Der gegenwärtige geistige Einfluß Deutschlands auf Frankreich.*)

Völker tauschen ebenso wie Menschen Gedanken aus. Jedes Volk hat sich die Ideen fremder Nationen angeeignet, dieselben seinem Charakter angepaßt und auf diese Weise zu Nutzen gemacht. Während des 19. Jahrhunderts scheint Frankreich unter dem deutschen Einfluß gestanden zu haben. In dem großen intellektuellen Wirrwarr, welcher der Revolution und dem Kaiserreich folgte, ist es schwer, die Ursachen des Aufblühens der Romantik zu entdecken. Neben den neuen, von Rousseau und Madame de Staël eingeschlagenen Richtungen kann man unbedingt den deutschen Einfluß wahrnehmen. Schiller hatte schon seine Werke geschrieben, Goethe den ersten Teil vom Faust, Novalis, Tieck und andere ihre romantischen, sentimentalen, für den Geist trügerischen, für das Herz

*) Jacques Morland: Enquête sur l'influence allemande. Mercure de France.

verwirrenden Phantasien herausgegeben. Nach so vielen langen und unnötigen Kriegen fing man wieder an zu träumen, und Deutschland ist das Land der Träumerei. Die Franzosen lernten von ihr das Unendliche, das Göttliche erfassen. Das gesegnete Zeitalter der lyrischen Poesie, der erhabenen Ergüsse, der leidenschaftlichen Eindrücke, des Schwulstes brach an . . . Man bewunderte Schiller, aber man kannte Goethe nicht. Im Jahre 1851 kam Heine nach Paris. Auf Grund seiner Aufsätze in der „Revue des deux Mondes" und der Übersetzungen seiner Werke durch Gérard de Nerval und Saint René Taillandier, läßt sich der deutsche Einfluß feststellen und verstehen. Die deutsche Philosophie, die deutsche Kritik, die deutsche Wissenschaft werden zu Gegenständen sorgfältiger Studien. Dieser Zustand dauert ungefähr bis 1860. Nach der Niederlage von 1870 schien es, als ob der deutsche Einfluß in Frankreich abnähme. Eine genaue Untersuchung, die darüber ein klares Bild lieferte, lag bisher jedoch nicht vor. In einer seiner letzten Reden feierte der deutsche Kaiser in schwungvollen Worten die Mission des Fortschritts und der Aufklärung, die nach seiner Meinung seinem Volke obliegt. Dies veranlaßte die Redaktion der Zeitschrift „Le Mercure de France" sich mit einem Rundschreiben an die hervorragendsten französischen Schriftsteller, Philosophen, Komponisten usw. zu wenden, in welchem sie folgende zwei Fragen stellte: 1. Was halten Sie vom geistigen Einfluß Deutschlands auf Frankreich im allgemeinen? 2. Existiert dieser Einfluß noch und durch welche Resultate wird er gerechtfertigt? Mehr als hundert Urteile wurden auf diese Weise gesammelt und veröffentlicht. Die Untersuchung umfaßt mehrere Gebiete: Philosophie und Literatur — Soziologie und Volkswirtschaft — Wissenschaft — Kriegswesen — Künste — Musik. Eine sorgfältige Prüfung all dieser Meinungen, die unparteiisch abgegeben wurden, ist äußerst interessant sowohl für die Franzosen als für die Deutschen.

Was die Literatur anlangt, so stimmen alle Befragten in demselben Urteil überein. Der deutsche Einfluß hat schon seit langem, etwa seit 1863, aufgehört. Eine mächtige Reaktion ist eingetreten und, wenn man noch heute von fremdem Einfluß in der französischen Literatur sprechen will, kann man höchstens einen sehr schwachen Einfluß seitens Ibsens und Tolstois feststellen. Nach dem Kriege von 1870 brach eine große Begeisterung für die deutsche Metaphysik, für die deutschen wissenschaftlichen Methoden, für die deutsche Musik aus. Die deutsche Literatur aber blieb zurück. Das deutsche Theater muß zu fremden Stücken greifen, der deutsche Roman steht unter dem Bann der französischen, skandinavischen und russischen Schule. Die deutsche Poetik bewegt sich entweder in den veralteten Ideen der Romantik oder in den dunklen Kreisen der Philosophie und der Metaphysik. Der moderne deutsche Schriftsteller, der am meisten Einfluß auf fremde Nationen ausgeübt hat, ist Nietzsche, aber eben weil er viel „undeutsches" an sich aufweist. Auf dem rein philosophischen Gebiete können die geduldigen deutschen Forscher noch den Vorrang behaupten. Deutschland war von jeher schon das Land der Philosophie, des Abstrakten, des Mystischen, wobei seine äußerst komplizierte Sprache ihm vortreffliche Dienste leistet. Die deutschen Philosophen sind die Bienen, die den Honig sammeln, die alles anordnen, vergleichen, kommentieren. Wenn man aber das heutige Deutschland gründlich studiert, so bemerkt man trotzdem zu seinem Erstaunen, daß die Philosophie immer mehr verschwindet. Die Hörsäle der Philosophen werden immer weniger besucht, alles wendet sich dem Praktischen zu, dem Heeresdienst (wie merkwürdig für ein träumerisch veranlagtes Volk!) und der Nationalökonomie, und

verachtet das Unbestimmte, das Unendliche. Haben Haeckel und auch Virchow das nicht schon bedauert?

Wenn Deutschland früher in der Soziologie ein Stern erster Größe war, scheint es auch hierin bereits etwas von seinem Glanze eingebüßt zu haben. Etwas aber wird Deutschland immer groß machen: die Vollkommenheit seiner Methode des Forschens, die ihm die besten Mittel an die Hand gibt neue Wege einzuschlagen. Leider ist damit auch ein großer Nachteil verbunden. Die deutschen Gelehrten verlieren sich allzuleicht in die Einzelfragen, so daß es sehr oft vorkommt, daß fremde Gelehrte deutsche Entdeckungen praktisch besser zu verwerten wissen als ihre deutschen Kollegen selbst.

Diese Überlegenheit der Forschungsmethode hängt mit der vortrefflichen Einrichtung der deutschen Universitäten zusammen. Die Wissenschaft ist unabhängiger und freier in Deutschland als in Frankreich. Die große Dezentralisation, die in unserm Nachbarlande herrscht, die bedeutende Abwechselung in den verschiedenen Kursen aller Lehrer desselben Faches trägt viel zum Gedeihen der Wissenschaft bei. Leider ist der Deutsche mit einem großen Fehler behaftet. Es fehlt bei allen seinen Arbeiten an Klarheit. Der Verfasser entwickelt seine Gedanken mit der größten Aufrichtigkeit und strengsten Logik, aber ohne sie um einen zentralen Gedanken zu gruppieren, damit so die Neben- vor den Hauptelementen zurücktreten. Eine Mischung des französischen Geistes mit seiner großen Klarheit und des deutschen mit seinen außerordentlichen Forschereigenschaften wäre das denkbar Vollkommenste auf dem Gebiete der Wissenschaft.

In der Kriegskunst haben die Deutschen es verstanden das Genie Napoleons zu methodisieren (wenn ein solcher Ausdruck erlaubt ist). Aus den Eingebungen des großen Feldherrn haben sie eine ganze Theorie gezogen, die einem jeden erlaubt, falls er ihre Regeln gewissenhaft befolgt, einen sicheren Sieg in jeder Schlacht davonzutragen. Frankreich hat viel davon entlehnt aber schon wieder verdaut und gründlich umgebildet.

Auf dem Gebiet der schönen Künste ist der deutsche Einfluß auf Frankreich vollständig bedeutungslos . . . In der Musik haben wir uns von dem schweren Joche Wagners befreit, und César Franck hat die Bayreuthisch-deutsche Richtung ersetzt. Komponisten wie Charpentier, Debussy, Vincent d'Indy besitzen eine stark ausgeprägte künstlerische Persönlichkeit, die keinem anderen Talent in etwas nachsteht.

Dies ungefähr sind die Resultate dieser Untersuchung. Vielleicht hat sich Deutschland demnach in den praktischen Wissenschaften noch eine gewisse Überlegenheit bewahrt — denn Deutschland ist leider sehr praktisch geworden; was aber die anderen Gebiete des menschlichen Könnens anbetrifft, ist sein Einfluß auf Frankreich vollständig erloschen. Es wäre interessant, wenn jedes Land solche Untersuchungen auf den Einfluß fremder Nationen hin anstellte. Sie würden eine wertvolle Kritik liefern, die um so zuverlässiger wäre, je weniger hier die Kritiker ein parteiischer Chauvinismus leitete.

Henry Pâris.

*

Die Taufe im Mutterleib.

Eine ungemein pikante Junggesellen-Lektüre bietet die Linzer theologisch-praktische Quartalschrift 1903, auf Seite 137, wo wieder einmal die kitzliche Frage über die Taufe im Mutterleib erörtert wird. Dr. Rieder („Med." oder „Theol. Dr."?) entscheidet sich im Anschluß an jesuitische

„Moral-Theologen" für die Taufe im Mutterleib. Als Autoritäten S. J. werden angeführt zuerst Gury, der wortwörtlich in seiner „Theologia moralis" pars II, n. 239 diese verzwickte Frage beantwortet mit: „Ja mit größerer Probabilität, wenn das Kind im Mutterleib mittelst eines Instrumentes vom Wasser benetzt werden kann, da in diesem Falle das Kind als „homo viator" gültig getauft werden kann."

Der Leibarzt der deutschen Zentrumsseelen, der Jesuit Lehmkuhl, spricht sich in seiner als maßgebend verehrten Moraltheologie II, 74 folgendermaßen aus: „Ja, wenn das ..... vollständig bloßgelegte Haupt des Kindes entweder mittelst eines Instrumentes oder sonstwie mit Wasser benetzt werden kann."

Wie gefährlich diese ultramontane „Moral" ist, wie sie frech das Menschenmaterial als reines Zuchtmaterial betrachtet, das beweist ein Fall, der erst unlängst in der belgischen Kammer zur Sprache kam. Eine Krankenschwester reichte einem Manne ein Küchenmesser, damit er, — in Beisein dreier Kollegen! — seiner im Spital sterbend darniederliegenden Frau den Leib aufschlitze, um so die Vollziehung des Taufaktes im Mutterleib möglich zu machen. Der klerikale Abgeordnete, der Arzt Delporte, hatte trotz der Aufregung, die sich aller Sitzungsmitglieder bemächtigte, die cynische Unverfrorenheit zu bemerken: „Ich tue dies regelmäßig; denn man muß eine Seele retten, wo man nur kann!" (Großer Tumult!!)"

An diesem Beispiel sieht man wieder, wie jene gefährliche Weltkirche ihre Macht den Einzelmenschen schon im Mutterleib fühlen läßt, wie sie ihren Herrschergelüsten skrupellos die Religion opfert.

L.-L.

*

Die Springprozession zu Echternach.

Im wildromantischen Sauertale liegt das kleine uralte luxemburgische Städtchen Echternach. Der Angelsachse Willibrordus, der Apostel der Friesen, gründete dort eine Benediktinerabtei als Stützpunkt seiner eifrigen Missionstätigkeit. Das Kloster blühte bis zum Jahre 1794, wo es von den Franzosen säkularisiert wurde. Der heilige Leib des Friesenapostels aber ruht noch in der alten Pfarrkirche, am Orte seiner Klostergründung. Und alljährlich am Pfingstdienstage strömen Tausende von fern und nah nach Echternach zur „Springprozession".

„Gesprungen" wurde in Echternach seit grauen Vorzeiten her bei der Pfingstprozession, und in den ersten Zeiten mag es eine Art freudigen Tanzes gewesen sein, wie es bei vielen religiösen Zeremonien der Völker Sitte ist, wie es z. B. heute noch bei den spanischen Prozessionen geschieht. Dann aber kam das vierzehnte Jahrhundert mit seinen Drangsalen. „Der schwarze Tod" mähte die Menschen zu Millionen nieder und veranlaßte die großen psychischen Epidemien des Mittelalters. Im Rheinland, in der Eifel und in den Ardennen, an der Saar und an der Mosel, im Elsaß und in Lothringen grassierten der Veitstanz und der Johannistanz. Tausende wurden von Zuckungen ergriffen, steckten sich gegenseitig durch Suggestivwirkung an und tanzten durch die Lande. Der durch all diese Schrecken erschütterte Sinn des Volkes wandte sich zur Buße. Die Gesunden machten ein Gelübde, mit den Kranken nach Echternach zu wallen und dort zu Ehren des Heiligen zu springen, damit er den zürnenden Gott zur Milde umstimme. Natürlich nahm man die reinen Hysteriker und die Epileptiker

auch mit. So wurde die Springprozession zu einer Bußprozession. Damals kamen jährlich an 800 Gemeinden am Pfingstdienstag hin, um sich vom alten Gelübde zu lösen durch Springen. Särge führten die Weithergewallten immer mit sich für die, welche auf der Heerstraße starben.

Heute wallen die Pilger hin, um von der Epilepsie geheilt oder davor geschützt zu werden oder auch um für epileptische oder hysterische Anverwandte zu springen. Es ist ein sonderbares mittelalterliches Bild das sich in den alten Mauern Echternachs am Pfingstdienstag entrollt.

Schon am frühesten Morgen haben die Extrazüge aus allen Himmelsgegenden Massen von Fremden herbeigeschafft. Die Pilger treffen betend ein, manche Prozessionen sind drei Tage unterwegs gewesen. Die Musikbanden aus den nächsten Dörfern marschieren in ihren schmucken, bunten Uniformen mit klingendem Spiele auf; Feuerwehrleute mit ihren blanken Helmen eilen durch die Menge. Husaren aus dem nahen Trier, französische Abbés mit ihren weißen Bäffchen, Fremde mit Rucksack und Tornister, elegante Damen und rotbackige Bauernmädchen drängen und schieben in den winkeligen Straßen. Alle Hotels sind überfüllt, alle Fenster der Straßenfronten an neugierige Zuschauer vermietet.

Derweil hat die Prozession ihren Anfang genommen. Auf preußischem Boden, jenseits der Sauer, dort wo die Willibrorduslinde gestanden hat, wird sie früh um sieben Uhr durch eine Predigt eingeleitet. Dann geht es über die Brücke zur Stadt, meistens circa 15 000 Teilnehmer.

Dort biegen sie eben um die Ecke. Kreuz und Fahne wanken voran, dazwischen ein baumlanger Kirchenschweizer in scharlachrotem wallendem Gewand, den Dreispitz auf dem Kopfe, in der Hand eine mächtige blitzende Hellebarde. Hinter ihnen kommen in Reihen zu zwei und zwei die Priester in endloser Folge, in weißen spitzenbesetzten Überwürfen die einen, die andern in goldstarrenden Gewändern, ernste Asketengesichter mit glaubenslohen Augen, frische blühende Seminaristenantlitze und kleine rundliche mit dem zufriedenen, behaglichen Lächeln des Landpfarrers. Am Schlusse der Klerikerschar schreitet mit Mitra und Stab der Bischof einher und erteilt der sich beugenden Menge den Segen nach allen Seiten mit weißbehandschuhter Hand. Und alle diese Priester beten im ehernen Einklang die Willibrorduslitanei.

„Heiliger Willibrordus, bitte für uns“ tönt es zu uns herauf.

Ein kurzer Intervall — da kommen die Springer. Musik tönt von weitem zu uns her, eine polkaartige Melodie. Wie ein Meer von wälzenden Menschenhäuptern sieht man es nahen, auf und ab, hin und her. Voran die Jugend Echternachs, in heller Freude, in Hemdsärmeln, die tollsten Sprünge und Kapriolen machend. Für einige Groschen springen sie gerne für den Fremden — natürlich Massenartikel! Hinter ihnen aber kommt der blutige Ernst der Glaubensglut, die Erwachsenen. In Reihen zu vier und fünf nahen sie, halten sich an zusammengebundenen Taschentüchern und vorgehaltenen Stöcken und Schirmen fest, daß die Reihen nicht locker werden. In kleinen Abständen sind Musikbanden eingestreut, Blechmusiken und Geigenquartette, Ziehharmonikas und Trommeln, Dorfschäfer mit alten Flöten und Klarinetten — alles spielt die stachelnde und aufreizende Willibrordusmelodie. Und in der zitternden Glut der Pfingstsonne wälzen sich die endlosen Massen heran, fünf Schritte vor und drei zurück, fünf Schritte vor und drei zurück. Blühende Jugend und welkes Alter, blondlockige Mädchen und braune, sehnige Bauernburschen, verhutzelte Altchen

und halbwüchsige Dirnen — ein wogendes Meer von dampfenden Menschenleibern, schweißbeperlte Gesichter und starrende, um Erbarmen flehende leere Menschenaugen. Dazwischen wird mancher Epileptische mit fortgerissen im Takt, und wenn er im Krampfanfalle hinstürzt, so sind gleich hilfsbereite Hände da, ihn zu pflegen. Und über all dem Wogen gellt unermüdlich die Willibrordusmelodie: Fünf Schritte vor und drei zurück!

Aus den Häusern werden den Springern Erfrischungen gereicht, der Ernst dieser Massen legt sich lähmend auf das Gemüt der Zuschauer. Das Mitleid wacht in den Herzen auf ob dieser totmüden, gläubigen, sehnsüchtigen Tausende. Von sieben Uhr morgens bis zum Mittag dauert die Prozession, ehe die letzten zur alten Basilika gelangt sind. Diese liegt auf einem Hügel. Die Treppen hinauf wird gesprungen mit Lebensgefahr, durch die Kirche hindurch um die in Parade aufgebahrten Reste des Heiligen, und erst auf dem alten Friedhofe neben der Kirche, nach dreimaligem Umtanzen des alten Kreuzes, sinken die müden Springer nieder.

Der Passionsweg ist vorbei, der nächste Morgen bringt wieder des Lebens sorgenschweres Einerlei.

Am Abend aber, wenn man auf die Straßen geht und aus den hellerleuchteten Wirtshäusern der Fiedel jauchzendes Tanzlied schallen und der Jugend stampfende Lust dröhnen hört, dann vibrieren immer noch in den erregten Nerven die stachelnden Töne der Willibrordusmelodie.

Und draußen brennen an Baum und Strauch die Pfingstrosen wie brennende Zungen des Geistes! . . . . W.

*

Über einen der Begräbnisplätze der Asche Buddhas.

Über einen der acht Begräbnisplätze der Asche Buddhas, der vor einigen Jahren aufgefunden und durchforscht wurde, gibt G. Oppert (Berlin) in der sehr empfehlenswerten Zeitschrift „Globus“ (Bd. LXXXIII, Nr. 14) folgenden höchst interessanten Bericht:

Wie bekannt, hatte die indische Regierung die größere Hälfte des südlich vom Himalaya gelegenen Tarai an Nepal wegen seiner während des indischen Aufstandes bewiesenen Loyalität abgetreten, den übrigen kleineren Teil dagegen mehreren verdienten Europäern zum Anbau übergeben. Die umfangreichste und älteste dieser Schenkungen, das auf englischem Gebiet südlich von der beide Staaten trennenden Grenzlinie gelegene Birdpurgut, gehört den Familien Gibbon und Peppé.

Auf seinem Grund und Boden grub nun im Jahre 1898 Herr William Claxton Peppé auf dem höchsten Hügel einen tiefen Schacht, und da er bald auf eine solide backsteinerne Grundlage stieß, vermutete er, daß er es mit einem alten, glockenförmigen buddhistischen Stupa zu tun hatte. Er setzte deshalb seine Ausgrabungen eifrig fort, indem er inmitten des Stupa im festen Mauerwerk ein 10 Quadratfuß fassendes, 18 Fuß tiefes Loch öffnete, bis er auf eine große Steinplatte stieß. Unter dieser befand sich eine 1200 Pfund schwere Kiste aus Sandstein, deren in vier Stücke gebrochener Deckel noch fest zusammenhing und, ohne den Inhalt der Kiste zu beschädigen, entfernt werden konnte. In der Kiste lagen unversehrt drei Urnen, eine steinerne Juwelenkassette, eine wunderschön gearbeitete, mit einem Deckel und einem fischförmigen Griff versehene Krystallschale und Bruchstücke von ähnlichen hölzernen Gefäßen. Die

vier Steingefäße waren aus Steatit oder Seifenstein und zeigten noch Spuren von der Drehbank. Die Urnen waren gefüllt mit Knochenüberresten, Staub und feiner Asche, und mit mehreren hundert exquisit aus Karneol, Muschel, Amethyst, Topas, Granat, Korallen und Krystall geschnitzten kleinen Juwelen, sowie silbernen und goldenen Sternen, Blumen und anderen Zieraten. Die Juwelen glänzten so hell und klar wie am Tage, an dem sie in die Kiste gelegt wurden, das Silber war duff und angelaufen, das Gold dagegen war noch funkelnd. Viele der kleineren Gegenstände besaßen Löcher zum Durchziehen, wozu sich silberne Drahtstücke vorfanden. Diese Schmucksachen müssen von den Halsbändern und Brustornamenten (p i l a n d h a n a), welche die vornehmen Frauen jener Zeit trugen, herrühren.

Es fragt sich nun, wann und für wen diese Reliquien niedergelegt wurden. Außer der Größe der Ziegelsteine konnte nichts über das Alter Aufschluß geben, Münzen waren nicht vorhanden, und die auf einigen Goldstücken befindlichen Embleme bieten, selbst wenn sie sich auf Münzen vorfinden, keine feste Handhabe. Auf einer der Steatiturnen fand man nun folgende, aus 37 höchst altertümlichen Buchstaben bestehende, in altem Pali verfaßte Inschrift: „Diese Stätte der Verwahrung der Überreste Buddhas, des Erhabenen, ist die der Sakyas, der Brüder des Vorzüglichen, zusammen mit ihren Schwestern und den Frauen ihrer Söhne.“

Über diesen Fund in dem Piprava Stupa hat Herr William Claxton Peppé im Journal of the Royal Asiatic Society of Great Britain and Ireland, 1898, p. 573,ff. einen ausführlichen Bericht erstattet. Herr Prof. Rhys Davids hat in derselben Zeitschrift (1901, S. 397 ff.) die Echtheit dieser Reliquien, die er selbst an Ort und Stelle in Indien besucht, anerkannt, wie denn dieser Bericht auf seinen Angaben beruht, und die Photographieen ihm von Herrn Peppé übergeben worden sind.

Die oben erwähnte Inschrift ist deshalb von großer Bedeutung, weil sie die älteste, im Buche der großen Erlangung des Nirvana (M a h a p a r i n i b - b a n a s u t t a) enthaltene Überlieferung bestätigt. Demgemäß war der Körper Buddhas nach seinem Tode verbrannt, und die Asche in acht Teile geteilt worden. Einen derselben erhielt der König von Magadha, die übrigen sieben wurden an die sieben freien Stämme, von denen die Sakyas einen ausmachten, verteilt, weil sie ihre Ansprüche auf ihre Verwandtschaft mit Buddha begründeten und alle zu Ehren des großen Toten eine Stupa zu errichten und eine Feier zu veranstalten übernahmen.

Da nun der Piprava Stupa, in dem Herr Peppé diese von den Sakyas deponierten Reliquien fand, nicht in der Umgebung des alten, unfern von Tilaura Kot gelegenen Kapilavastu, sondern viel weiter südlich, auf dem Birdpurgut, jenseits der nepalischen Grenze liegt, so scheint sich hierdurch die Angabe zu bestätigen, daß die auf die in ihrer Nachbarschaft bestehenden Freistaaten eifersüchtigen Könige von Kosála und Magadha dieselben zu vernichten bestrebten: und daß drei Jahre vor dem Tode Buddhas der König von Kosála, Vidudabha, in das Gebiet der Sakyas einfiel, Kapilavastu zerstörte und die dem Blutbade entronnenen Sakyas vertrieb. Hierauf gründeten diese südlich ihrer Heimat eine neue Stadt, deren Lage durch die neu entdeckten Grabhügel bestimmt ist.

Die Bedeutung dieser von Herrn Peppé gefundenen Inschrift liegt in der Tatsache, daß sie viel älter ist als die vom König Asoka herrührenden, welche man bisher für die ältesten in Indien gehalten hatte. Einen Beweis für ihr

hohes Alter zeigt die Piprava-Inschrift z. B. durch das Fehlen aller Längezeichen bei den Vokalen.

1895 hatte Dr. Führer auf nepalischem Gebiet unweit von Nigliva den Ort aufgefunden, wo Buddha geboren, und wo er im alten Kapilavastu seine Jugend verbracht hatte. Asoka besuchte im 21. Jahre seiner Regierung daselbst den Stupa des Konagamana Buddha, des mythischen Vorgängers Buddhas, und errichtete eine Säule mit einer Pali-Inschrift folgenden Inhalts: „Der Liebling der Götter, Piyadassi, kam im 21. Jahre und war hier andächtig. Und er errichtete eine Steinsäule, wo Buddha, der weise Sakya, geboren war. Und das Dorf Lummini ist, weil der Erhabene dort geboren wurde, von dem achten Teil seiner Ertragssteuer befreit."

Die Säule steht am Fuß eines kleinen Hügels, auf dem ein Schrein der Ortsgottheit von Lummini (Lumbini), Rummin Dei, steht. Im Jahre 1897 konnten zwei Zivilbeamte, die Herren Hoey und Lupton, denselben besuchen und fanden daselbst ein Basrelief, welches die sich zurücklehnende Figur der Mutter Buddhas, der Maha Maya, darstellt, kurz nachdem sie ihrem Sohn das Leben gegeben hatte. Da der Schlüssel zum Tempel verlegt war, konnte Herr Rhys Davids nicht hineinkommen, als er im Januar 1900 sich dort aufhielt. Aber Herr Makherji von der archäologischen Abteilung besichtigte später die kleine, unterhalb des Niveaus des Hofes befindliche Stube und sah dies spärlich erleuchtete Basrelief. Der ursprüngliche Boden des Zimmers liegt weit tiefer, und man sollte deshalb es weiter ausgraben. Der alte Badeplatz befindet sich nahe an der Säule, und an der anderen Seite des Schreins liegen vier kleine Grabkammern im Dickicht vergraben. Der ganze Platz, auf welchem jetzt ein Lama aus Tibet haust, sollte gründlich untersucht werden.

Die Nachgrabungen des Herrn Peppé haben zum erstenmal den Bezirk festgestellt, welchen die Sakyas im 6. Jahrhundert v. Chr. bewohnten. Er erstreckte sich nordwärts über die weite Ebene und schloß in sich auch wohl die niedrigen Abhänge und Ausläufer des Himalaya. Reisfelder bedecken jetzt die 20 englische Meilen breite Ebene, welche von der englischen Grenze sich nordwärts ausbreitet; auf welcher Fläche die Landbevölkerung nicht in einzelnen Hütten hier und da, sondern in vier oder fünf englischen Meilen voneinander entfernten Dörfern wohnt. Innerhalb 15 englischen Meilen rings um die Lumbinisäule sind noch unverkennbare Spuren von alten Gebäuden sichtbar, und es finden sich auch ebenso viele auf englischem Gebiet. Alle diese Monumente liegen unzerstört da, abgesehen von dem Schaden, welchen Erdbeben und der Zahn der Zeit angerichtet haben; denn bis ganz neuerdings war alles ein verwahrlostes Dickicht.

Auf jeden Fall eröffnet die Auffindung der Inschrift und der Backsteine einen neuen Einblick in die damalige Entwickelung Indiens. Er beschränkt sich nicht allein auf die mehr wissenschaftliche Frage über den Ursprung der indischen Alphabete, sondern er gewährt auch eine Vorstellung von der hohen Kulturstufe, welche die Sakyas eingenommen haben müssen, um solche vollendeten Stein- und Backsteinbauwerke zu errichten und so exquisit schöne und künstlerisch hervorragende Schnitzereien und Juwelierarbeiten herzustellen. Und außer dieser praktischen Begabung verdient die höchste Anerkennung der Tribut, welchen der Stamm der Sakyas, Männer wie Frauen, dem Andenken ihres Stammesgenossen zollten, der weder ein großer König, noch ein bedeutender Staatsmann, noch ein siegreicher Feldherr gewesen, sondern ein einfacher, umherwandernder Lehrer, der durch Beredsamkeit und reine Lebensweise seine Landsleute für sich gewann und von Abwegen und Bedrängnissen der irdischen Laufbahn hinweg sie einer höheren Sphäre zuführte.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 6. Zweites Juniheft 1903. III. Jahrg.

Wahltag—Zahltag.

Nur noch wenige Tage und wiederum ergeht der Ruf an das deutsche Volk an die Wahlurne zu treten und für eine neue Legislaturperiode von fünf Jahren eine neue Vertreterschaft seiner Interessen in den stolzen Bau zu entsenden, der noch immer nicht durch eine Inschrift verkünden darf, daß das deutsche Volk sich ihn errichtet hat.

Diese Tatsache allein beleuchtet so scharf die innerpolitische Lage Deutschlands, daß jeder Kommentar hierzu überflüssig ist.

Eine tiefe Müdigkeit liegt über dem deutschen Bürgertum, teils die Müdigkeit des Satten, teils des Entmutigten. Von keinem großen Ideal mehr getragen und geeint, von innerem kleinlichem Parteihader verwirrt und zerklüftet, hat der Liberalismus seine historische Führerrolle in allen grundsätzlichen Fragen der bürgerlichen Freiheit mehr und mehr eingebüßt, während hinter ihm als sein Erbe die Sozialdemokratie immer gewaltiger das Haupt erhebt. Ein leichtes Spiel für die reaktionären Parteien, um sich nun unter Hinweis auf das „rote Gespenst des Umsturzes“ als „Stützen für Thron und Altar“ und als „Hüter der heiligsten Güter der Nation“ zu empfehlen und alle freiheitlichen Errungenschaften aus der Zeit der Wiedergeburt unseres Vaterlandes in Frage zu stellen!

Aus zwei Brutstätten her wälzen sich die finstern Wolken der Reaktion über unser Land. Von dem agrarisch-junkerlichen Lager her droht uns wirtschaftliche Erdrosselung und Verkümmerung unserer verfassungsmäßigen Institutionen, während die schwarzen Bataillone des Zentrums in erster Linie unser geistiges Leben durch klerikale Knebelung

der Schule zu töten suchen und in diesen Bestrebungen in dem feudalen Lager der Reaktion das lebhafteste Verständnis finden.

Das ist die gegenwärtige Lage, und hier gilt für das Bürgertum, soll die Reaktion nicht alles überfluten, dringender als je der Ruf: Alle Mann an Bord!

Noch ist nichts verloren, wenn sich das deutsche Bürgertum wieder auf seine, durch die Verhältnisse mit zwingender Notwendigkeit ihm zugewiesene Aufgabe besinnt, zwischen den beiden Extremen der feudal-klerikalen Parteien und der Sozialdemokratie den festen Angelpunkt für eine im fortschrittlichen Geiste geleitete Politik zu bilden, nach dem die Regierung, überdrüssig des agrarischen und klerikalen Joches, selbst verlangt.

Nicht mit Unrecht hat man die Indifferenten als die größte Partei im Reiche bezeichnet, jene Millionen Wähler, die am Wahltage verschlafen und verdrossen zu Hause bleiben. Und diese Millionen rekrutieren sich zum größten Teile aus dem Bürgertum. Sie sind die schlimmsten Feinde unserer politischen Wohlfahrt, die an dem Elend unserer inneren Zustände die Hauptschuld tragen. An sie ergeht heute unser Ruf mahnender als je, ihr höchstes Bürgerrecht, das Wahlrecht, zugunsten einer freiheitlichen Entwickelung unseres Vaterlandes auszuüben.

Die Füße derer, die unsere Freiheiten zu Grabe tragen wollen, stehen vor der Tür. Sie kommen nicht von „unten" her, nicht aus der brodelnden Tiefe der Arbeitermassen, wo, wenn auch oft ungebändigt und maßlos, Überschwang an Kraft ist, — sie kommen von dort her, wo man für feudale und klerikale Herrschergelüste dem Volke Zwingburgen bauen will — nach dem Universalrezept: Herrenpeitsche und Priesterwedel.

Darum, nieder mit beiden Gegnern am 16. Juni, nieder aber vor allem mit dem gefährlichsten, weil verkapptesten Feind, dem undeutschen, römischen, die höchsten Güter unseres Volkes, die Geistes- und Gewissensfreiheit bedrohenden, den konfessionellen Hader schürenden, im Solde des ultramontanen Jesuitismus stehenden *Zentrum*!

Österreich und die ungarisch-kroatischen Wirren.

Von H. K....sch (Preßbaum).

Die „böhmische Frage", die von den Parteipolitikern der alten Schule gewöhnlich als der wesentlichste Bestandteil, ja als der Mittelpunkt des österreichischen Nationalitätenproblems hingestellt wurde, ist in der letzten Zeit stark in den Hintergrund durch die ungarisch-kroatischen Wirren gedrängt worden. Die Dimensionen, welche die letzteren und besonders die Unruhen in Kroatien angenommen haben, bringen es mit sich, daß man nicht mehr von spezifischen Angelegenheiten des „ungarischen Staates" sprechen kann, sondern von Reichsangelegenheiten, umsomehr als die Erbitterung über die magyaronische Wirtschaft des kroatischen Banus bereits in Demonstrationen auf Wiener Boden, in- und außerhalb des Reichsrates, sowie in Protestversammlungen in Laibach, Triest, Zara, Ragusa, Spalato, also auf cisleithanischem Gebiete, zum Ausdrucke kam. Falls aber die magyarischen Chauvins darin eine Einmischung Westösterreichs in die Angelegenheiten des „ungarischen Globus" erblicken, so erhalten selbe die tausendstimmige Antwort aus eben diesen Protestversammlungen, daß man Verwahrung dagegen einlege, daß eben dasselbe österreichische Militär, das in Ungarn und speziell im ungarischen Reichstage von den Kossuthisten beständig angegriffen wird, dazu dienen soll, die magyarische Gewaltherrschaft über Kroatien und die Nichtmagyaren Transleithaniens zu stützen. Abgesehen von einer verbohrten scheinliberalen Clique, die mit der herrschenden Partei in Budapest fraternisiert trotz der deutschen Verfolgungen in Ungarn und Siebenbürgen, steht auch die große Mehrheit der Deutsch-Österreicher mit ihren Sympathien auf Seite der unterdrückten Kroaten und der übrigen ebenso vergewaltigten Nichtmagyaren, die die überwiegende Mehrheit der Transleithanischen Bevölkerung bilden. Die derzeitigen Unruhen in Kroatien, die bereits wiederholt zum Blutvergießen sowie zur Verhängung des Standrechtes in einzelnen Ortschaften führten, sowie die im ungarischen Reichstage tobende Obstruktion der Kossuthisten, welche in letzter Linie ein selbständiges ungarisches Heer, die totale Losreißung von der Habsburgermonarchie und die vollständige Magyarisierung der Kroaten, Serben, Rumänen, Ruthenen, Slowaken und Deutschen erstreben, beweisen, daß durch die dualistische Dezemberverfassung vom Jahre 1867 keineswegs die ungarische Frage gelöst wurde. Jede weitere Nachgiebigkeit aber gegen die Magyaren, die von vielen Fraktionen immer im Munde geführte Personalunion, wäre nur das Signal zur revolutionären Erhebung aller Nichtmagyaren in Kroatien und Ungarn-Siebenbürgen. Die in Transleithanien in allen nichtmagyarischen Gebieten sich organisierende Opposition gegen die magyarische Vorherrschaft beweist, daß, was heute in

Kroatien vorgeht, sich auch in anderen Landesteilen wiederholen wird, wenn nicht — ein vollständiger Systemwechsel sowohl in Ungarn-Siebenbürgen, als in Kroatien stattfindet und an die Stelle der magyarischen Tyrannis die durch das ungarische Nationalitätengesetz gewährleistete Gleichberechtigung aller Volksstämme tritt.

Die Vorgänge, welche sich jetzt in Kroatien abspielen, zeigen deutlich, daß es nicht nur diesseits der Leitha eine Nationalitätenfrage gibt, sondern auch in den „Ländern der ungarischen Krone." Der Unterschied besteht nur darin, daß in Cisleithanien allen Nationalitäten durch ihre Vertreter die Möglichkeit geboten ist, ihre Wünsche und Beschwerden im Wiener Abgeordnetenhause vorzubringen, während in Transleithanien durch das reaktionärste Wahlgesetz der Welt die ungarisch-siebenbürgischen Deutschen, Rumänen Slowaken, Serben und Kroaten mundtod gemacht werden. Ebenso werden die Preß-, Versammlungs- und Vereinsgesetze gegen alle Nichtmagyaren in der brutalsten Weise gehandhabt und die gesetzmäßige Vertretung der überwiegenden Mehrheit der ungarischen Bevölkerung wird so unmöglich gemacht. Die Früchte dieser „ritterlichen" Politik zeigen sich nun in — Kroatien. Anstatt aber für diese Zustände in den Ländern der ungarischen Krone die Budapester Machthaber verantwortlich zu machen und Gesetz und Recht gegenüber den Nichtmagyaren und Kroatien walten zu lassen, wird „Wien" angeklagt und von den Kossuthisten gegen Westösterreich beständig gehetzt! ! !

Nicht Österreich ist an der Erbitterung der Nichtmagyaren gegen die magyarische Gewaltherrschaft schuld, nicht die „Wiener Hand" hat die Unruhen in Kroatien angezettelt, wie die Kossuthisten behaupten, sondern jener brutale magyarische Chauvinismus, dessen Hauptrepräsentanten die ungarischen Obstruktionisten der Unabhängigkeitspartei, die Herren Kossuth, Ugron und Konsorten im ungarischen Reichstage sind.

Ja noch mehr, alle cisleithanischen Wirren der letzten Jahre, die deutsche und tschechische Obstruktion — die sich stündlich wiederholen können, — waren die Folge der traurigen Politik, welche durch Erlassung respektive Aufhebung von Sprachenverordnungen die Zustimmung einzelner nationaler Fraktionen des Abgeordnetenhauses erkaufen wollte, um Westösterreich und die Gesamtmonarchie für weitere 10 Jahre unter das politische und wirtschaftliche Joch der magyarischen Machthaber zu beugen.

So ist der nimmersatte magyarische Chauvinismus, welcher sich nicht mit Erhaltung der magyarisch-nationalen Individualität begnügt, sondern alle übrigen Völker des Donaureiches entweder entnationalisieren oder politisch beherrschen und wirtschaftlich ausbeuten will, nicht nur der Grund der Wirren in Ungarn sowie Kroatien, sondern in letzter

Linie auch die Ursache des Chaos in Cisleithanien. Dies aber immer noch nicht begriffen zu haben, ist der verhängnisvolle Irrtum der meisten Deutschen und slawischen Politiker des österreichischen Abgeordnetenhauses, welche die böhmische Frage überschätzen, die ungarische und südslawische unterschätzen und den engen Zusammenhang aller Fragen des Donaureiches mit einander und mit denen der Balkanländer vollständig übersehen. Vom Standpunkte einer großzügigen österreichischen Reichspolitik und dem Gesichtspunkte der wohlverstandenen deutsch-österreichischen Interessen sowie dem der deutschen Gesamtnation ist aber das unendlich wichtiger, was sich derzeit in Ungarn und Kroatien ereignet, als der Fröschmäusekrieg in — Böhmen. Die Wirren in Ungarn und Kroatien lehren nämlich, 1. daß die deutschen Interessen in- und außerhalb des Donaureiches nicht durch den Dualismus und noch viel weniger durch eine Personalunion zwischen den beiden Reichshälften gefördert, sondern aufs empfindlichste geschädigt werden. 2. daß durch die dualistische Dezemberverfassung nicht nur nicht in Cisleithanien, sondern auch nicht einmal in Transleithanien — dort noch viel weniger — geordnete Zustände ermöglicht werden. 3. daß jede weitere Nachgiebigkeit der Monarchie gegenüber den magyarischen Forderungen die nichtmagyarischen Völker jenseits der Leitha zum gewaltsamen Verzweiflungskampfe veranlassen, überdies auch die stammverwandten Balkanvölker Österreich vollkommen entfremden und in die Arme des Zarismus treiben würde. Das mag den all- und ostdeutschen Fanatikern gleichgültig sein, nimmer aber den Vertretern der deutschen Demokratie, welche in- und außerhalb Österreichs die Autonomie des eigenen Volkstums wahren wollen, aber dieselbe auch allen übrigen Nationalitäten des Donaureiches und des Balkans gönnen und darum die Weiterdauer der magyarischen Despotie und ihre schädlichen Konsequenzen bekämpfen müssen. Herr Kossuth verstieg sich in seiner letzten Rede im ungarischen Reichstage so weit, daß er die wahnwitzige Behauptung aufstellte, daß „in Ungarn die magyarische Nation der einzige Herr sei und daß von ihr alle Macht ausgehe von der Befugnis des Königs bis zu der des Nachtwächters.“ Nun verdanken die Budapester Machthaber aber ihre Herrschaft nicht dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechte — welches die ungarländischen Sozialdemokraten sowie alle nichtmagyarischen Völker immer lauter fordern, — sondern den Bajonetten der geschmähten gemeinsamen Armee und der Krone. Der Dualismus und die darauf basierende magyarische Herrschaft fußt nun auf zwei Verpflichtungen, 1. daß die Magyaren dem Gesamtreiche geben, was des Reiches ist, und 2. daß sie den anderen ungarischen nichtmagyarischen Nationalitäten geben, was ihnen gebührt. Wenn aber das ungarische Parlament unter Kossuthistischer Führung der

Pakt zerreißt, dann werden die magyarischen Chauvinisten nur jenen der Krone sehr nahestehenden Persönlichkeiten die Wege ebnen, welche heute bereits durch eine demokratische Wahlreform des ungarischen Wahlgesetzes den Appell an die vergewaltigte nichtmagyarische Majorität in Ungarn-Siebenbürgen und Kroatien empfehlen. In Kroatien fordert man heute bereits dasselbe von Ungarn, was Ungarn respektive die Magyaren lärmend von Wien begehren. Die Kroaten und die übrigen transleithanischen Nationalitäten haben die besten Lehrmeister für die Art, wie Ansprüche geltend gemacht werden, an den Magyaren gehabt. Ihr Kampf gegen die Volkshymne, gegen Bilder und Embleme, gegen Titel und Aufschriften, die nur irgendwie auf die Gemeinsamkeit beider Reichshälften der Monarchie hinweisen, die Forderung nach einer eigenen ungarischen Armee und selbständigem Zollgebiet, wird in Agram beantwortet mit der Forderung wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Ungarn. Parallel mit der Kossuthistischen Parole: Los von Wien, erschallt aus den erbitterten kroatischen Volksmassen die Devise: Los von Budapest. Die Kroaten sind in ihrer überwiegenden Mehrheit Gegner des Dualismus, ja Abgeordneter Bianchini forderte im österreichischen Abgeordnetenhause eine föderalistische Revision der dualistischen Verfassung, die er als die Krankheit des Reiches bezeichnete. Die Kroaten sind mit ihrer Autonomie nicht zufrieden, sondern fordern finanzielle Selbständigkeit, eine eigene Steuerverwaltung von Ungarn, damit alle Einkünfte Kroatiens dem Lande zugute kommen und nicht wie bisher Ungarn. In erster Linie wendet sich die Erbitterung in Kroatien, Dalmatien und dem Küstenlande — deren Vereinigung miteinander und mit Bosnien-Herzogowina das kroatische Zukunftsideal ist — gegen den Banus Khuen Hedervari. Dieser Banus, dessen Beseitigung an der Spitze aller kroatischen Gravamina steht, gilt Kroatien als Repräsentant des verhaßten herrschenden Systems, der Magyarisierung, der politischen Reaktion und der wirtschaftlichen Ausbeutung.

Wenn ein anderer Banus in Agram eingesetzt wird, wenn die magyarischen Beamten und Fahnen in Kroatien — kroatischen Platz machen, wird Ruhe einkehren, sonst ist das Ende der kroatischen Unruhen nicht abzusehen.

Allerdings eine radikale Lösung der kroatischen Frage wird damit nicht herbeigeführt, ebensowenig als ein faules Kompromis mit den ungarischen Obstruktionisten der Kossuthpartei oder ein Ministerwechsel in Budapest eine Gesundung der Zustände in Ungarn herbeiführen wird. Diese ist ohne eine Revision der Reichsverfassung, ohne Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in Cis- und Transleithanien und Berücksichtigung der nationalen Autonomie aller Nationali-

täten des Donaureiches unmöglich. Alle weiteren Experimente auf Grundlage der Dezemberverfassung vom Jahre 1867 werden weder in Cis- noch in Transleithanien das parlamentarische Chaos bannen und nur die nationalen Wirren steigern. Diese sind die Folgen des Dualismus und werden erst verschwinden, wenn der — Dualismus beseitigt ist.

Das unbeabsichtigte Ziel der protestantischen positiven Theologie und der orthodoxen Kirche.

Von einem protestantischen Geistlichen.

Es ist nichts leichter als auf die negative Theologie als die „ungläubige" Theologie zu schelten, es ist nichts wohlfeiler als die freisinnigen Vertreter der Kirche als die Zerstörer und Verderber von Christentum und Kirche hinzustellen. Aber es fragt sich, ob das, was das Leichteste und Wohlfeilste ist, auch zugleich das Wahre und Richtige ist. In gewissem Sinne hat allerdings die positive Theologie und die orthodoxe Kirche recht, wenn sie als Resultat der sogenannten negativen Theologie die Gefährdung der Existenz von Christentum und Kirche ansieht. Es entsteht aber hier die ungemein wichtige prinzipielle Frage, ob das, was die positive Theologie und Kirche als Christentum ansieht, in der Tat „das" Christentum ist. Die Erörterung dieser prinzipiellen Frage in Fluß gebracht und sie zu einer auch für den gebildeten Nichttheologen brennenden Frage gemacht zu haben, dies Verdienst darf Prof. Harnack mit seinem „Wesen des Christentums" für sich in Anspruch nehmen.

Freilich, der gebildete Nichttheologe mußte ob des Harnackschen Werkes in ein sehr gerechtfertigtes Erstaunen geraten, und zwar einmal um deswillen, daß nach fast zweitausendjährigem Bestehen des Christentums es überhaupt erforderlich war, eine wissenschaftliche Erklärung dafür zu geben, was das Wesen des Christentums sei; und zum andern mußte man über die Beantwortung der Frage nach dem Wesen des Christentums, wie sie Harnack giebt, in ein noch größeres Erstaunen geraten: „Jesus gehört nicht in das Evangelium hinein", das ist in der Tat ein so befremdendes Resultat der wissenschaftlichen Forschung, daß selbst ein Philosoph wie Ed. Hartmann nicht umhin kann, das Harnacksche Werk als ein Symptom der Selbstzersetzung des Ritschlianismus bezw. des Christentums aufzufassen. Und die Aufnahme dieses Resultates?

Die Positiven rufen ein Anathema über das andere auf das Haupt

des „Ketzers“ herab, die theologisch Freisinnigen aber, und mit ihnen die gebildete nichttheologische Welt, sie zucken die Achseln und sagen gleichmütig: Was kommen m u ß t e , das ist gekommen. Es ist in der Tat so: Was ein Renan oder D. Fr. Strauß geleistet hat, das ist gegen die Minierarbeit eines Wellhausen — auf alttestamentlichem — und eines Harnack — auf neutestamentlichem Gebiete — das reine Kinderspiel. Die wissenschaftliche Arbeit dieser beiden Geistesheroen hat es mit Gewißheit dargetan, daß gerade die Fundamente der christlichen Kirche so morsch und faulig geworden sind, daß sie das in vielen Jahrhunderten mühsam errichtete Gebäude nicht mehr tragen können.

Mit andern Worten: Es scheint unserer Zeit vorbehalten zu sein, Zeuge der Selbstzersetzung des Christentums zu sein. Das Licht der freien Schriftforschung, das sich seit den Tagen der Reformation über die protestantische Kirche ausgegossen hat, es hat sich nun zum Blitzstrahl verdichtet, der aufhellt, um zu vernichten. Aber es m u ß t e so kommen, denn in dem mystischen Dunkel des altehrwürdigen dogmatischen Kirchendomes war es unerträglich schwül geworden, da gab's nicht mehr diejenige Luft, die der Mensch, ja die auch der Gläubige zum freien Atmen brauchte. Und darum wollen wir nicht — wenn wir auf eines Wellhausen oder Harnack Arbeit schauen — nur resigniert sagen: es m u ß t e so kommen; sondern wir wollen erleichtert aufatmen und sagen: G o t t s e i D a n k , daß es endlich so gekommen ist!

Die Schuld aber, daß es so gekommen ist, — wenn man überhaupt hier von „Schuld“ reden darf — die trägt nicht der „böse“ Wellhausen und Harnack, o nein, diese beiden Männer sind durch ihr Gewissen und ihre wissenschaftliche Ehre geradezu gezwungen gewesen, die Resultate ihres wissenschaftlichen Arbeitens der Mit- und Nachwelt kund zu machen; ob dabei das Gebäude der protestantischen Kirche in seinen Fugen erzittert und einen Riß bekommen hat, den keine positive Theologie der ganzen Welt je wird verkleistern können, was gehts diese Männer der ernsten Wissenschaft an? Mag die bestehende Kirche auch zu Grunde gehen, wenn die Wahrheit anders nicht lebendig werden kann.

Der Weg, den große Männer gegangen sind, ist noch immer, so lange die Welt besteht, über Leichen gegangen, denn der Schritt großer Männer ist hart und fest, sie können eben für ihre Reiseroute, deren Ziel die Majestät der Wahrheit ist, keine Filzpantoffeln gebrauchen, die aus Vorurteil, Aberglaube, Heuchelei und Menschenfurcht zusammengebastelt sind.

Also, noch einmal: Diese Männer tragen keine „Schuld“ daran, daß es so gekommen ist.

Wer aber die Schuld und zwar diesmal wirklich die **Schuld** daran

trägt, das ist allein und einzig die protestantische positive Theologie und Kirche.

Und wenn es nun wirklich dahin kommt, daß nicht blos die Kirche sondern auch das Christentum — wenigstens das von der protestantischen Kirche gelehrte Christentum — in einem Selbstzersetzungsprozesse endigt, so ist dies eben nichts anders als das Ziel, freilich das absolut unbeabsichtigte Ziel des Arbeitens der positiven Theologie und der Kirche.

Wenn man nämlich eine Religion, die mit dem intellectuellen und — was noch schwerer wiegt — auch dem sittlichen Empfinden eines großen Teils der Christenheit in Widerspruch gestanden hat und noch steht, glücklich bis ins 20. Säkulum hindurchgeschleppt hat, — ja dann darf man sich eigentlich nicht wundern, daß sich ernstliche Selbstzersetzungssymptome dieser Religion bemerkbar machen.

Daher ist Harnacks Frage nach dem Wesen des Christentums nicht nur nicht eine überflüssige, sondern vielmehr eine absolut notwendige.

Seine Beantwortung dieser Frage mag vielleicht nicht eine völlig erschöpfende sein, jedoch hat er zweifellos das Verdienst, mit dieser seiner Schrift die religiöse Frage dem Interesse der gebildeten Welt näher gerückt zu haben.

Und wenn die protestantische Kirche den Kampf mit Harnack aufnehmen will, so sollte sie sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß ihr zunächst die Aufgabe zufällt, ihre alten Sünden gut zu machen.

Diese ihre alten Sünden bestehen aber darin, daß sie vom Katholizismus das als das Christentum übernommen hat, was mit der von dem Stifter der christlichen Religion gebrachten Gottesoffenbarung nicht übereinstimmt.

Nach zwei Seiten hin ist das religiöse menschliche Individuum auch durch die Kirche der Reformation vergewaltigt worden, nach der intellectuellen und nach der sittlichen Seite hin.

Diese Behauptung bedarf der näherer Erläuterung!

Daß die christliche Religion ihre Wurzeln in der transcendenten Welt hat, das wird ihr sicher niemand unter den Gebildeten zum Vorwurfe machen. Denn eine Religion, deren Hauptkräfte nicht in der transcendenten Welt liegen, giebt es überhaupt nicht.

Wenn aber eine Religion direkt auf der Regierung des menschlichen Intellekts und der menschlichen Moral fundamentiert ist, dann ist es eben nur eine Frage der Zeit, wann sie dem unausbleiblichen Selbstzersetzungsprozeß anheimfällt.

In Bezug auf unser intellektuelles und leider auch sittliches Empfinden bleibt die kirchliche Lehre von der Dreieinigkeit Gottes das große X. Und alle Versuche zur Lösung der altehrwürdigen Gleichung: 3—1

haben bis jetzt versagt und werden versagen, und dies darum, weil das einzige Lehrbuch, das die Auflösung dieser transcendentalen Gleichung geben könnte, nämlich die Bibel, diese Gleichung darum nicht lösen lehrt, weil es sie gar nicht aufgestellt hat.

Denn all die „loci“ der Schrift, die die Trinität „lehren“, lehren in Wahrheit absolut nichts davon. Vielmehr ist das Neue Testament in Wahrheit genau ebenso monotheistisch wie das Alte Testament. Der — allerdings fundamentale — Unterschied ist nur der, daß es Jesus für sich in Anspruch nimmt, seinen Jüngern diejenige Gotteserkenntnis zu vermitteln, deren Frucht das Kindesverhältnis zu Gott ist. C'est tout!

Ob die Kirche an dem biblisch nicht zu begründenden trinitarischen Dogma festhalten will, oder nicht, das kann der theologischen Wissenschaft völlig gleichgültig sein.

Was die theologische Wissenschaft als Resultat ihrer exegetisch-kritischen Arbeiten feststellen kann, ist dies: Die Persönlichkeit Jesu steht infolge seiner einzigartigen Gotteserkenntnis in einem einzigartigen Liebesverhältnis zu Gott, das am zutreffendsten mit dem Verhältnis eines Sohnes zum Vater zu bezeichnen ist. Doch ist dabei auch nicht im entferntesten an das Sohnes-Verhältnis zu denken, das die legendären Geburts-Geschichten der Evangelisten Matthäus und Lukas „offenbaren“.

Vielmehr darf es gerade den Gebildeten nicht verschwiegen werden, daß diese Geburts-Geschichten derartig ungeschickt komponiert sind, daß gerade aus ihnen hervorgeht, daß auch diese Evangelien von der Voraussetzung einer natürlichen — d. h. also keiner supranaturalen — Erzeugung Jesu ausgehen.

Dazu kommt, daß auch das Markusevangelium sowie die ächten paulinischen Schriften von einer supranaturalen Erzeugung Jesu auch nicht das Mindeste wissen.

Besonders schwerwiegend ist dieser Umstand aber gerade in Bezug auf das paulinische Schrifttum, und dies aus folgendem Grunde: Paulus entwickelt in seinen Schriften eine Christologie, die auch auf die scheinbar geringsten Wesensmomente der Persönlichkeit Jesu eingeht. Daß er hierbei gerade das Hauptmoment der Wesenheit Jesu, nämlich seine m e t a p h y s i s c h e Gottessohnschaft, stillschweigend vorausgesetzt haben sollte, das ist eben ein logisches Nonsens.

So darf man es dem Gebildeten unserer Tage ruhig sagen, daß die Schrift wohl zur Erlangung der ewigen Errettung den Glauben an Jesum Christum als den Heils-Mittler voraussetzt, aber nicht den Glauben an die supranaturale Erzeugung Jesu.

Gar mancher wird hier denken: Auch mit dieser Feststellung ist nicht gar viel für das religiöse Empfinden des Gebildeten gewonnen.

Und doch ist damit viel, wenn nicht gar alles gewonnen. Denn durch das Aufgeben des Glaubens an die metaphysische Gottessohnschaft Jesu ist Jesus, der bisher dem logisch denkenden gewissermaßen als die Inkarnation der Unnatur fern stand, in unsere religiöse Interessensphäre gerückt worden.

Die Scheu vor dem sinnlich und sittlich unbegreiflichen Werden der Persönlichkeit Jesu ist hinweggenommen. —

Wie brauchen uns also bei Ansehung und Beurteilung der Person Jesu nicht mehr außerhalb des Rahmens der Vernunft zu stellen. Dann aber werden wir auch den richtigen Maßstab haben, mit dem wir die Wunderberichte der Evangelien zu messen haben. Und dieser Maßstab wird kein anderer als der sein: Als sicher bezeugt werden wir nur diejenigen Wunder Jesu anzusehen haben, auf welche ein sicheres und ursprüngliches Wort Jesu selber zurückweist, so z. B. Matth. 9, 1—5, wo das Wunder der Krankenheilung im Munde Jesu zum sichtbaren Beweise dessen wird, daß „des Menschen Sohn Macht habe auf Erden die Sünden zu vergeben."

Nach diesem Maßstabe wird eine gewissenhafte biblische Kritik die synoptischen Wunderberichte zu beurteilen haben. Denn es ist eben dadurch, daß in dem Matthäus- und Lukas-Evangelium die legendäre Geburtsgeschichte Jesu bereits Eingang gefunden hat, ohne Weiteres klar, daß schon die Verfasser der Evangelien sich in einem verhängnisvollen Irrtum über die Person Jesu befunden haben. Hiervon ist auch das Markus-Evangelium nicht frei zu sprechen, obwohl es die legendäre Geburts-Geschichte Jesu nicht hat. Dies geht mit Sicherheit daraus hervor — um nur ein Beispiel anzuführen —, daß der Evangelist (Mk. 5, 7) den „unsaubern Geist" Jesum als „Sohn Gottes des Allerhöchsten" anreden läßt.

Wer sich übrigens an der grenzenlosen Naivität, mit der die Evangelisten „Wunder" Jesu berichten, ergötzen will, der lese Mark. 5, 1—13.

Wenn nun aber bereits die Synoptiker sich über die Person Jesu in dem fundamentalsten Irrtum befanden, dann ist es eben nicht verwunderlich, daß sie alles, was dieser ihrer Anschauung über die Person Jesu entsprach, in ihren Evangelien Aufnahme finden ließen.

Wie legendär die synoptischen Berichte über die Person und das Wirken Jesu sind, das geht am schlagendsten aus den Auferstehungsberichten hervor. Dieser synoptische Jesus, der spukähnlich kommt und geht, und der doch dabei von Fleisch und Bein ist, ja der sogar Nahrung zu sich nimmt, — ich sage: Dieser Jesus ist nichts als ein Auferstehungsphantom, das den Gebildeten zum — Unglauben an die Auferstehung Jesu zwingt. Ich behaupte in der Tat nicht zu viel, wenn ich sage:

Wer an Jesus als den Heilsmittler, der durch seine eigene Auferstehung auch den Seinen die Auferstehungs-Garantie gegeben hat, glaubt, der glaubt dies — trotz der synoptischen Berichte.

Während aber in den synoptischen Evangelien der lebendige Jesus wenigstens lebt, ist in dem Johannesevangelium auch der lebendige Jesus schon tot; d. h. er ist ein saft- und kraftloses Schemen, dessen „in bleierner Monotonie" gehaltene Reden johanneische Theologie atmen, und dessen wunderbares Tun lediglich das Sprungbrett zur Entwickelung dieser johanneischen Theologie darstellt.

Ganz anders stellt sich der Apostel Paulus zur Auferstehungsfrage Jesu. Er konstatiert nichts als das Faktum, daß Jesus nach seiner Auferstehung von den in I. Cor. 15, 4—8 genannten Personen gesehen sei. Welcher Art dieses Sehen gewesen sei, das läßt der Apostel völlig unerörtert.

So müssen wir denn feststellen, daß die protestantische Kirche trotz ihres Prinzips der freien Schriftforschung nichts, absolut nichts daraus für die Ausgestaltung bezw. Modifizierung ihrer kirchlichen Dogmen gelernt hat: Der Jesus, der in ihr gepredigt wird, ist eine dogmatische Ungeheuerlichkeit; sein Werden steht mit unserm intellektuellen und — was noch schwerer wiegt — mit unserm moralischem Empfinden in Widerspruch, sein Tun ist überall da, wo es sich um die Aufhebung der bestehenden Naturgesetze handelt, ein unverständliches und absolut zweckloses; und dies darum, weil der Glaube an Jesum als den Heilsmittler nicht durch Wippchen und Schnippchen vermittelt werden kann, die er den Naturgesetzen, denen er selber unterworfen war, gelegentlich schlägt.

Sein Auferstehen, wie es die Kirche nach den synoptischen und johanneischen Berichten lehrt, ist ein brutaler Schlag in das Angesicht der gesunden Vernunft, ja widerspricht sogar direkt dem, was Jesus selber über die Wesenheit der höheren Geisterwelt lehrt.

Wenn also die Kirche sich in einem Selbstzersetzungsprozeß befindet, so befindet sie sich in diesem Prozesse hauptsächlich wegen ihrer Predigt von Jesu.

Die Kirche der Zukunft wird das Zentrum ihrer Kraft nicht mehr in der Behauptung von Tatsachen, deren legendärer Charakter als erwiesen gelten darf, sehen können, sondern sie wird die Frage nach dem Wesen des Christentums zu beantworten haben, und bei der Beantwortung dieser Frage wird sie ohne die sogenannte negative protestantische Theologie nicht auskommen, denn so imposant das dogmatische Gebäude, das aus der „ganzen" heiligen Schrift zusammen gezimmert ist, auch sein mag, — zusammenstürzen muß es doch, weil es auf dem Fundamente der Unwahrheit erbaut ist. Wohl vermag die positive pro-

testantische Wissenschaft die Risse, die sich in diesem Gebäude gezeigt haben, notdürftig zu „verkleistern", indem sie der negativen Theologie dieses oder jenes Rütteln an dem Dogmendom als zu radikale Arbeit nachweist, — aber an dem Endresultate selber vermag dies doch nicht das geringste zu ändern: die auf dem Grunde der Unwahrheit fundamentierte Wahrheit hat keine Existenzberechtigung. Mag sie denn zusammenbrechen, wir wollens nicht bedauern, denn wir wissen, daß auch auf religiösem Gebiete das Dichterwort wahr ist: „Und neues Leben blüht aus den Ruinen!"

Wie erzielt man Ausstellungen mit Überschüssen?

Eine Studie von * * *.

(Schluß.)

Ein anderer Posten des Etats Ordnungszahl 24, lautet: „Abgaben auf Getränke und Speisen" Mk. 450 000.—. Damit in gewissem Zusammenhang steht der vorhergehende Posten: „Platzmiete der Restaurants" Mk. 150 000.—. Diese Gesamtsumme von Mk. 600 000.— wer hat sie bezahlen müssen? Etwa die Wirte oder deren Lieferanten? — Nein, sondern das Publikum, von dem wiederum die Aussteller einen Teil bilden!

Im Allgemeinen kann man sagen, daß auf Speisen und Getränke ein Aufschlag von 40—75 % stattgefunden hat. Die bekannten Düsseldorfer Schnittchen, die sonst 20—30 Pfennige kosten, wurden innerhalb der Ausstellung mit 40—50 Pfennigen bezahlt; ähnlich verhielt es sich mit anderen Speisen und mit den Getränken. Einzelne Ausnahmen, die teils unter diesem Prozentsatz blieben, zuweilen auch darüber hinausgingen, können hier außer Betracht bleiben. Fragte man die Wirte, so erzählten sie mit melancholischem Augenaufschlag von der hohen Pacht, den Abgaben auf jedes Faß Bier, jede Flasche Wein, der lästigen Kontrolle usw. Schließlich drückte man den Beklagenswerten teilnahmsvoll die Hand, schalt mit ihnen auf die Ausstellungsleitung — und zahlte. Was hätte man auch anders tun können, wenn man nicht Hunger leiden oder doppeltes Eintrittsgeld entrichten wollte!

Aber gesetzt den Fall, es machte ein Spaßvogel den Vorschlag, die Ausstellungsleitung möge diese dem Publikum aufgebürdeten Abgaben wieder zurückzahlen, — wie stünde es dann mit dem Überschuß?

Ein anderer Punkt des Etats ist die „Lotterie", Ordnungszahl 26, die nach der Aufstellung vom 15. Juli mit einem Plus von

Mk. 200 000.— abschließt. Diese famose Lotterie mit ihren etwa 17 000 Compottlöffeln ist seit Monaten ein willkommener Gegenstand der Satire und karnevalistischer Scherze gewesen. Ich will das öde Thema hier nicht variieren, will auch die innere Unsittlichkeit jeder Lotterie, bei welcher der einzelne, vom Zufall Begünstigte auf Kosten der Gesamtheit Vorteile erringt, nicht weiter beleuchten. Wenn der Staat, der berufene Wächter der öffentlichen Ordnung und Moral, selbst zum Unternehmer wird (Beweis die Königlich Preußische Klassenlotterie), kann man einem Privat-Unternehmen schließlich keinen Vorwurf daraus machen, daß es mit staatlicher Genehmigung gleiche Wege wandelt.

Wohl aber darf und muß man letzterem vorwerfen, daß es auf 1 200 000 Lose à Mk. 1.— nur für Mk. 500 000.— Gewinne verteilte. Allerdings: 20 % Abgaben an den Staat, der Nutzen des Unternehmers, der Nutzen, den die Ausstellungsleitung selbst beanspruchte, — da blieb nichts übrig, als den Pelz des Publikums zu scheren. Wollige und geduldige Lämmlein gibt es überall; und es ist wahrlich kein Mittel unversucht gelassen, die Widerstrebenden zur Schafschur heranzuziehen. Prämien auf den Inhaber des so und so vielten Loses, Prämien auf Lose, die an näher bestimmten Tagen zum Verkauf gelangten, — das waren einige der Lockmittel, die zu guterletzt ihren Zweck auch erreichten.

Ob sie eines so groß angelegten Unternehmens würdig waren? — Über den Anstand sind die Begriffe verschieden! Nach meinem Gefühl und dem zahlreicher Freunde streiften die Kunstgriffe, die in Bezug auf den Absatz der Lose angewandt wurden, (selbst wenn diese Kunstgriffe vielleicht auf die Generalvertriebsstelle als intellektuellen Urheber zurückfallen sollten,) hart die Grenze, wo sich der Anstand in sein Gegenteil verkehrt.

Nach beendeter Ziehung und langem Harren erschienen die Listen der gezogenen Lose, Listen, aus denen nur der in solchen Dingen Bewanderte klug werden konnte. Aber die Tausende, die das nicht vermochten? —

Nun, die Tatsachen haben darauf geantwortet. Eine sehr ansehnliche Menge von Gewinnen ist noch unerhoben, darunter einer von Mk. 5000.—. Da die Frist zum Empfang der Gewinne abgelaufen ist, (20. Januar 1903) vermehrt sich der Überschuß der Ausstellung neben den Mk. 200 000.— welche die Lotterie eintrug, auch um die Summe, welche der Wert der unabgeholten Gewinne repräsentiert. Sie dürfte wiederum Mk. 30—40 000 betragen!

Ein anderer Posten, Ordnungszahl 28, lautet: „Kataloge und sonstige Drucksachen." Der Etat rechnet mit einem Überschuß von Mk. 120 000.—. Eine so bedeutende Summe war nur durch den

Inseraten-Anhang zu erzielen, der die enorme Höhe von 600 Seiten erreichte, — ein Resultat, das der unternehmenden Firma bezüglich ihrer Leistungsfähigkeit im Acquirieren das beste Zeugnis ausstellt. Weniger zu empfehlen war das System der Zusatzzeilen, die bezahlt werden mußten. Jedenfalls aber bedeuteten sowohl die Zusatzzeilen wie besonders der Inseraten-Anhang eine höchst unangenehme Belastung des Kataloges an Umfang und Gewicht, wenn auch die Einnahmen als berechtigt anerkannt werden müssen. Natürlich flossen auch diese Mk. 120 000.— zur größeren Hälfte aus der Tasche der Aussteller.

Endlich sei noch auf den Posten, Ordnungszahl 34, „Elektrische Beleuchtung und Kraftverbrauch" hingewiesen. Den Ausgaben dafür (Mk. 680 000.—) standen Einnahmen in Höhe von Mk. 270 000.— gegenüber. Das erscheint auf den ersten Blick wenig günstig; allein man muß bedenken, daß die monatelange Beleuchtung des ausgedehnten Geländes (über 500 000 qm) Sache der Ausstellungsleitung, nicht der Aussteller war. Bitter genug haben es die letzteren empfunden, daß sie die für den Betrieb ihrer Maschinen erforderliche elektrische Energie teuer bezahlen mußten! —

Als vor einigen Monaten die Emissäre der Weltausstellung 1904 in St. Louis sich vorübergehend in Düsseldorf aufhielten, erzählten sie jedem, der es hören wollte, daß man in Amerika nicht daran denke Platzmiete zu erheben und sich ebensowenig die elektrische Kraft bezahlen lassen werde. Das ist ein Standpunkt, einer großen Nation würdig. Es ist aber auch angesichts der gewaltigen Opfer, welche jeder einzelne Aussteller zu bringen hatte, der einzig richtige und würdige Standpunkt, den jedes Unternehmen dieser Art einnehmen sollte. Daß ihn die Leitung der Düsseldorfer Ausstellung nicht von vornherein eingenommen hat, läßt sich entschuldigen durch das Gebot kaufmännischer Vorsicht und die Rechenschaft, die man den Zeichnern zum Garantiefonds abzulegen hatte. Aber nachdem die letzteren vollbefriedigt worden sind und ihre Einlagen nebst Zinsen zurückerhalten haben, scheint das Verlangen gerechtfertigt, dem in diesem Artikel schon einmal Ausdruck gegeben worden ist: Schadloshaltung der Aussteller für die großen ihrerseits gebrachten Opfer durch Rückzahlung der erhobenen Platzmiete!

Man könnte diesen Ausführungen entgegen halten, daß die Ausstellungsleitung für den dauernden Kunstpalast allein den Betrag von total Mk. 700 000.— gespendet habe. — Ganz im Gegensatz zu der Handlungsweise eines vorsichtigen Kaufmanns diskontierte die Ausstellungsleitung tatsächlich den mutmaßlichen Gewinn, bevor sie ihn eingeheimst hatte, indem sie dem Baufonds für den Kunstpalast die Summe von

Mk. 600 000.— überwies und diesem Betrage die für die kunsthistorische Abteilung ausgeworfenen Mk. 100 000.— hinzufügte.

Woher diese hochherzige, kunstfreundliche Anwandlung? — Wenn man sich der tönenden Reden erinnert, die bei verschiedenen Anlässen von berufener und unberufener Seite gehalten worden sind, so muß man annehmen, daß Kunst und Industrie in Düsseldorf Arm in Arm ihr Jahrhundert in die Schranken fordern!

In Wirklichkeit sieht es doch etwas anders aus! — Was auf dem Gebiet der angedeuteten Verbindung geschehen und zum Nutzen der bildenden Kunst (so hoffen die Optimisten!) erreicht ist, haben die Düsseldorfer Künstler einzig und allein der sozialen Stellung und dem diplomatischen Geschick jenes Mannes zu verdanken, der die Großindustrie durch seinen Einfluß, seine Beziehungen und die Macht seiner Beredtsamkeit gezwungen hat, ihm zu folgen. Wenn die Millionäre Düsseldorfs und seiner Nachbarstädte auch naturgemäß Bilder aus Düsseldorfer Ateliers kaufen und einige, (aber leider sehr wenige,) hiesige Künstler dadurch unterstützen, so ist doch die gegenseitige Liebe sehr problematisch. Man muß eben hin und wieder ein neues Bild haben, muß auch einmal der städtischen Galerie eines zum Geschenk machen, — das erfordert der gute Ton.

Frägt man aber die Künstler, beglückwünscht man sie zu dem errungenen Erfolge, dem gerade nicht übermäßig geschmackvollen, aber doch zweckmäßigen neuen Kunstpalast, so zucken sie die Achseln und erklären mit vielsagendem Lächeln kurz und bündig: „Nicht Liebe zu uns und unserer Kunst war es, die dieses Haus geschaffen hat. Die Großindustrie bedurfte eines brillanten Aushängeschildes, das nach allen Seiten wirkte; und wie hätte sie ein moderneres und dienlicheres finden können, als die Parole: Unterstützung der Kunst Rheinland-Westfalens! — Das klang so selbstlos, so ideal und rührend, daß es in einer Zeit der nüchternen Spekulation doppelt wirken mußte. Und es hat gewirkt!" Beweis? — Man muß nicht alles beweisen wollen!

Demnach bliebe die Ausgabe einer Summe von Mk. 700 000.—, die anderenfalls dem Überschuß zugeflossen wäre, bestehen? —

Gewiß! — Nur wird es erlaubt sein, dem Ursprung dieser immerhin recht erheblichen Summe nachzuforschen. Zur finanziellen Sicherung des Ausstellungs-Unternehmens wurden von vornherein zwei Fonds gebildet, ein sogenannter Beitragsfonds, der successive die Höhe von Mk. 610 000.— erreichte, und ein Garantiefonds in Höhe von circa Mk. 3 000 000.—. Der Beitragsfonds setzt sich zusammen aus folgenden Summen:

Westfälisches Kohlensyndikat	Mk.	100 000.—
Rheinprovinz	„	100 000.—
Stadt Düsseldorf	„	100 000.—
Düsseldorfer Künstlerschaft	„	60 000.—
zusammen	Mk.	360 000.—

Dazu kamen ferner Zeichnungen in Höhe von Mk. **250 000**.—, darunter ein Beitrag der Provinz Westfalen mit Mk. 60 000.— und ein weiterer Beitrag der Stadt Düsseldorf mit Mk. 50 000.—, die bei günstigem Abschluß des Unternehmens zurückerstattet werden sollten.

Zieht man diese Mk. 610 000.— von den tatsächlich einbezahlten Mk. 700 000.— ab, so erscheint das Verdienst der Ausstellungsleitung als Spenderin wesentlich geringer! —

Aber auch sonst hat die Ausstellungsleitung in manchen Punkten sehr sparsam zu wirtschaften verstanden, z. B. bei Vergebung der Ausstellungsbauten. Der Fremde, der etwa von der festen Rheinbrücke aus zum ersten Male den Blick über die sogenannte „via triumphalis“ der rheinisch-westfälischen Großindustrie schweifen ließ, mochte sich wohl erstaunt fragen, wie es möglich war, daß ein Privatunternehmen sich eine solche Menge kostspieliger Bauten, deren Wert in die Millionen ging, leisten konnte.

Tatsächlich hat die Ausstellungsleitung die wenigsten dieser Gebäude aus eigenen Mitteln hergestellt. Das Hauptausstellungsgebäude und die Maschinenhalle sind hier an erster Stelle zu nennen, ersteres mit einem Gesamtaufwand von Mk. 1 210 000.—, letzteres von Mk. 645 000.—. Dazu kamen die landwirtschaftlichen Hallen mit Mk. 50 000.—, die Hauptrestaurants mit Mk. 200 000.— minus Mk. 100 000.—, die von den Vereinigten Großbrauereien Düsseldorfs und einer Sektfirma beigesteuert wurden, die Musikpavillons mit Mk. 12 000.—, diverse Neubauten mit Mk. 130 000.— und das Verwaltungsgebäude mit Mk. 20 000.—. Alle übrigen Bauten mußten von den Ausstellern selbst errichtet und wieder abgebrochen werden. Aber auch die beiden erstgenannten Gebäude waren nur leihweise hergestellt und wurden von den Unternehmern nach Schluß der Ausstellung zurückgenommen und abgetragen.

Für die Beantwortung der Frage am Kopfe dieser Studie ist dieser Umstand sehr wichtig; er belehrt uns darüber, wie man bei vorsichtigem Operieren haushälterisch auskommen kann und empfiehlt sich zur Nachahmung!

Weniger empfiehlt sich die Sparsamkeit, welche die Ausstellungs-

leitung bei der Innendekoration der erwähnten Gebäude walten ließ. Man beschränkte sich darauf, den Ausstellern die getünchten Räume zu überweisen und zwang die ersteren dazu, diese Räume durch Dekorieren der Fenster und Wände, Legen von Bodenteppichen, Aufspannen von Velarien usw. einigermaßen wohnlich auszustatten. So kam es, daß von den Gruppen ein Zuschlag zur Platzmiete erhoben werden mußte, der sich zwischen 10—50 %, (in einem Fall sogar über 60 %) bewegte. Selbstverständlich stieß diese unerwartete Forderung auf den erbitterten Widerstand vieler durch sie Betroffenen. Zu guterletzt bequemten sich allerdings die Aussteller doch, die ihnen zugemuteten Zahlungen zu leisten; aber die Verhandlungen darüber füllen ein weiteres unerquickliches Blatt in der Geschichte der Ausstellung und werfen ein seltsames Licht auf die erzielten Überschüsse.

Wie aber, wenn die Ausstellungsleitung die ungeheueren Summen hätte auftreiben müssen, die erforderlich waren, um das unmittelbar am Rhein in einer sumpfigen Niederung liegende Ausstellungsgelände hochwasserfrei zu legen und die Verbindung mit der Hafenbahn (unerläßlich für den Transport von Baumaterialien und Ausstellungsgütern) herzustellen?

Nicht weniger als 4 Millionen Mark sind hierfür seitens der Stadt Düsseldorf, d. h. ihrer steuerzahlenden Bürgerschaft, verausgabt worden. Und wenn die Stadt auch aus der Wertsteigerung des Geländes und der Vorschiebung des Rheinwerftes dauernden Nutzen ernten wird, — zunächst mußte sie zahlen!

Eine andere Bahnverbindung, die Anlage einer doppelgleisigen Personenbahn vom Hauptbahnhofe Düsseldorf bis zum Nordende des Ausstellungsgeländes und die Erbauung eines provisorischen Empfangsgebäudes dortselbst, wurde staatlicherseits mit einem Kostenaufwand von Mk. 1 618 000.— ausgeführt.

Mit so weitgehender Unterstützung läßt sich ein Privatunternehmen schon recht großartig inaugurieren. Nur stand zu diesen Summen das geschäftliche Gebahren der Leitung den Ausstellern gegenüber im umgekehrten Verhältnis. Im Allgemeinen schien der Grundsatz zu gelten, aus jedem nur halbwegs plausiblen Anlaß, aus jeder Erlaubnis, jeder Zusage oder Vergünstigung Kapital zu schlagen.

Den Höhepunkt bildete die Erhebung eines Eintrittsgeldes von Mk. 15.— pro Kopf an dem Tage, an welchem der Kaiser die Ausstellung besuchte. Ich weiß nicht, ob die mißbilligenden Worte hierüber, die man dem Kaiser in den Mund gelegt hat, tatsächlich gefallen sind; aber sie trafen den Nagel auf den Kopf.

So erinnerte die Geschäftspraxis der Ausstellungsleitung nicht selten

an die eines reich gewordenen Parvenus, der, um sein Renommee unbekümmert, zusammenscharrt, was sich erfassen läßt. Von der wohltuenden Intelligenz geistig hoher, vornehmer Charaktere war nie und nirgends ein Hauch zu spüren; an ihrer Statt herrschte lediglich zähe Energie in der Verfolgung des einmal gesteckten Zieles, eine Energie, wie sie derben und rücksichtslosen Naturen eigen zu sein pflegt. Wo der Geist eines hochsinnigen und weitblickenden Kaufmanns hätte walten sollen, herrschte lächerliche Pedanterie und ein assessorenhafter Dünkel, der von der Überzeugung durchdrungen war, Alles am besten zu verstehen, herrschte endlich ein häßliches Strebertum, das zu üppigster Entfaltung freie Bahn hatte.

Vielleicht waren das die besten Faktoren, um der Düsseldorfer Ausstellung zu dem Erfolge zu verhelfen, den sie nach dem Urteil der Welt erreicht hat. Dieses Urteil auf seinen wahren Wert zu prüfen, war der Zweck meiner Studie. Mögen die folgenden Ausstellungen daraus lernen, was sie *nachahmen* und was sie *vermeiden* sollen!

— —

Der vorstehende Artikel war längst geschrieben, als die Ausstellungsleitung das *Hauptkomitee* zu einer Sitzung einlud, deren Tagesordnung die beiden folgenden Punkte bildeten:

1. Beschlußfassung über die *Verwendung des Überschusses*.

2. Übertragung der Befugnis zur Revision und Feststellung der Schlußrechnung an den Arbeitsausschuß.

Der Versammlung wurden vom *Arbeitsausschuß* die nachstehenden Vorschläge unterbreitet:

Der mutmaßliche Überschuß wird geschätzt auf Mk. 1 100 000. Es wird beantragt, diesen Überschuß zu folgenden Überweisungen zu verwenden:

1. Der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz mit der Auflage, den Stadtgemeinden Elberfeld und Essen je Mk. 25 000 für Museumszwecke zur Verfügung zu stellen. — Mk. 100 000
2. Der Provinzial-Verwaltung in Westfalen Mk. 100 000 mit der Auflage diesen Betrag zuzüglich der der Provinz aus rechtlicher Verpflichtung zurückzuzahlenden Mk. 60 000, insgesamt also Mk. 160 000 zu Gunsten der für Münster und Dortmund geplanten Museen zu verwenden. — Mk. 100 000
3. Dem Verein deutscher Eisenhüttenleute zu Düsseldorf zum Zwecke der Förderung des Eisenhüttenwesens, in erster Linie seiner wissenschaftlichen Ausbildung und Weitergestaltung in Rheinland und Westfalen. — Mk. 100 000

4. Dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen mit dem Sitze in Düsseldorf zum Zwecke der Förderung der gewerblichen Interessen, speziell auch zukünftiger Industrie- und Gewerbe-Ausstellungen.	Mk. 75 000
5. Dem Verein für Veranstaltung von Kunstausstellungen in Düsseldorf behufs Ergänzung des Betriebsfonds	Mk. 95 000
6. Dem Goetheverein zu Düsseldorf	Mk. 50 000
7. Dem Düsseldorfer Verschönerungsverein	Mk. 15 000
8. Dem Verein zur Veranstaltung von Kunstausstellungen zu Düsseldorf behufs Überweisung an den Verein zur gegenseitigen Unterstützung und Hülfe der Künstler zu Düsseldorf	Mk. 60 000
9. Dem Zentral-Gewerbe-Verein Düsseldorf als Beihülfe für den von der Stadt Düsseldorf geplanten Ausbau.	Mk. 120 000
10. Der Stadt Düsseldorf als Fonds für zukünftige größere Industrie- und Gewerbe-Ausstellungen nach Analogie der Ausstellung von 1880 und 1902 mit der Auflage, die jährlichen Zinsen dem Zentral-Gewerbe-Verein zu Anschaffungen zu überweisen.	Mk. 100 000
11. Der hiernach verbleibende Gesamtrest von schätzungsweise soll dem Arbeitsausschuß behufs Verwendung für verschiedene Zwecke zur Verfügung gestellt werden.	Mk. 285 000

Ich will auf den Gang der Verhandlungen hierüber nicht weiter eingehen. Die Punkte 1—10 wurden von der Versammlung bewilligt und man kann sich damit einverstanden erklären, obgleich die Zuwendungen an die beiden Vereine (Punkt 3 und 4) schon recht bedenklich nach Egoismus schmecken.

Weit schlimmer steht es mit Punkt 11. Nach den Erläuterungen des Vorsitzenden und nach Auffassung der Versammlung lag es in der Absicht der Ausstellungsleitung, den größeren Teil dieser Summe zur Sanierung des hiesigen „Parkhotels“ zu verwenden.

Das Parkhotel ist aber eine private Gründung, an welcher die führenden Männer des Ausstellungs-Unternehmens zwar finanziell interessiert sind, die aber mit der Ausstellung absolut Nichts gemein hat und vom Hauptkomitee weder beschlossen noch sanktioniert worden ist. Und dieser verfehlten Spekulation, die für Düsseldorfer Verhältnisse nicht paßt, sollte etwa der vierte Teil des Überschusses zugewendet werden, während man für wohltätige Zwecke keinen Pfennig übrig hatte!

In der Versammlung selbst, wie in der Presse, wurde scharfer Tadel über diese ungeheuerliche Zumutung laut. Sie verdient an dieser Stelle festgenagelt zu werden als schlagender Beweis für die Behauptungen, die ich in meinem Artikel aufgestellt habe, und als fer-

nerer Beweis dafür, mit welcher Unverfrorenheit die Ausstellungsleitung in einer Frage, welche die Gemüter monatelang erregte, vorzugehen die Stirn hatte. Wenn irgendwo, so paßt hier das Wort des alten Römers: „Difficile est satiram non scribere!“

Im Perkeo.

. . . . Mitleid, glüh ab!
Laß dir die Kraft nicht von Gefühlen beugen!
Hinab! Laß deine Sehnsucht Taten zeugen!
Empor, Gehirn! Hinab, Herz! Auf! Hinab!

Rich. Dehmel, Bergpsalm.

Offiziell müßte die Überschrift dieses sogenannten Berichts „Im Museum“ lauten; denn hier sollten kraft Programms die wichtigen zwanglosen Zusammenkünfte steigen. Da er aber nur ein Stimmungsbild sein will, das in bewußt und vorsätzlich subjektiver Art mit Prädikaten à la Treischke nicht sparend der kürzlich (vom 14. bis 18. April) in Heidelberg abgehaltenen siebenten Tagung deutscher Historiker „gerecht“ zu werden sich vornimmt, und da ich außerdem schon den Nürnberger Historikertag vor 5 Jahren unter jener Spitzmarke (in der „Zukunft“ vom 14. Mai 1898) zu behandeln mir erlaubt habe, so ziehe ich es vor, einem der inoffiziellen Lokale, das wegen der drangvoll fürchterlichen Enge der Nebenräume des Städtischen Saalbaus neben dem „Roten Hahne“, der „Kümmelspalterei“ und andern fürtrefflichen Obdächern mit immer steigender Beliebtheit aufgesucht worden ist, die Ehre zu gönnen, hierdurch verewigt zu werden. Überdies gehören die Namen Perkeo und Heidelberg seit Scheffel so innig zusammen, daß mich selbst der Umstand, daß gerade der Lieblingsaufenthalt jenes vorbildlichen Gesellen gelegentlich der durch Hofrat Professor Dr. Adolf von Oechelhäuser geleiteten, hochinteressanten Führung durch die Schloßruinen aus Zeitmangel bedauerlicherweise geschnitten werden mußte, in meiner Wahl nicht wankend machen kann. Wir befinden uns also während der folgenden Betrachtungen in der Hauptsache nicht b e i m Perkeo vor dem großen Fasse, sondern an der Hauptstraße i m Perkeo, einer jener Wirtschaften (die gegenwärtige Geschichtswissenschaft steht nun einmal noch unter dem Zeichen ökonomischer Verhältnisse), die trotz ihrer modernen Aufmachung genügende Gemütlichkeit zu erzeugen im stande sind. Diese Hauptstraße verdient übrigens in die 5.—7. Auflage von Ernst Bern-

heims „Lehrbuch der historischen Methode“ aufgenommen zu werden. Bei aller Schmalheit birgt sie zwei eng aneinander geschmiegte Schienen-Paare. Denken wir uns nun den Fall, daß, unwillig über die andauernden vorwitzigen astronomischen Entdeckungen auf dem Königsstuhl, ein mächtiger Planetoïd seine vorgeschriebene Bahn eigenmächtig verlassend Heidelberg unter sich begrabe, und daß dies, ein neuzeitliches Pompeji, erst nach Jahrhunderten wieder aus dem Schutt erstehe, so werden künftige Archäologen ohne weiteres schließen: das eine Schienenpaar sei den hin-, das andere den herfahrenden elektrischen Straßenbahnwagen vorbehalten gewesen. Weit gefehlt: in weisester Gerechtigkeit hat man vielmehr, um den übrigen Verkehr auf der schmalen Straße nicht allzusehr zu schmälern und die anliegenden Geschäfte nicht zu schwer zu schädigen, bestimmt, daß während der belebten Stunden am Vormittage nur die eine, am Nachmittage nur die andere Linie (für Weichen ist natürlich gesorgt) befahren werde. Ja, so etwas muß man mit eigenen Augen gesehen haben: durch historische Kritik läßt sich das nicht erschließen!

Nach dieser fachwissenschaftlichen Abschweifung zurück zum Thema! Als ich am Osterdienstagabende kurz nach 9 Uhr, von Würzburg und Rotenburg ob der Tauber kommend, in die weitgeöffneten Pforten des Museums als offiziellen ersten Treffpunkts einbog, schallte mir bereits ein heftiges Stimmengewirr entgegen. Ich will diesmal keine weitläufigen statistischen Erhebungen und Vergleiche mit den früheren Historikertagen anstellen; aber so viel darf ich kühnlich behaupten, daß der Verband deutscher Historiker die Kraftprobe, deren Wesen ich gleich entwickeln werde, prächtig bestanden hat. Es will tatsächlich etwas sagen, daß eine so lockere, in ihrem Mitgliederbestande starken Verschiebungen ausgesetzte Vereinigung, wie sie unser Verband darstellt, sich so lebensfähig gezeigt hat, unter Verzicht auf werbende Veranstaltungen sich ohne nennenswerte Einbuße über drei lange Jahre hinweg zu fristen und danach auch noch erfreulichen Zuwachs und Zulauf zu haben. Weshalb aber diese lange Pause? Das hängt mit auswärtigen Dingen zusammen. In Halle (vgl. meinen Aufsatz „In der Tulpe“; Zukunft vom 28. April 1900) war beschlossen worden, den siebenten deutschen Historikertag Ostern (oder Herbst) 1902 in Heidelberg abzuhalten. Wie nun den verehrten Lesern erinnerlich sein wird (vgl. Zukunft vom 8. Oktober 1898), hatte sich im Herbst 1898, unter einer stark bonapartistisch gefärbten Leitung stehend, ein internationaler Historikerkongreß im Haag aufgetan, der dann auch gelegentlich der Weltausstellung 1900 in Paris einen gleichfalls unzulänglichen Sohn und Erben gefunden hatte. Einen bald danach in Aussicht stehenden Enkel aber wollten ernster gesinnte Fachgenossen besserer Obhut anvertrauen; und seitdem namentlich der Tod des Herrn René

de Maulde de la Clavière ein weiteres Hervortreten von allerlei Eifersüchteleien, Ränken und Machenschaften, die sonst dem römischen Kongresse gedroht hätten, in das Reich des Unwahrscheinlichen verwies, schien es, als ob der für Frühjahr 1902 geplante (dritte) Congresso internazionale di scienze storiche in Roma mehr verspräche als seine Ahnen gehalten hatten. Darum hielt es der die deutsche Tagung vorbereitende Ausschuß für angebracht und loyal, diese auf einen geeigneteren Zeitpunkt zu verschieben, also zu Gunsten der internationalen Veranstaltung — soweit 1902 in Betracht gekommen war — zurückzutreten. Doch auf die vielversprechende Knospe des Südens legte sich rasch ein tödlicher Reif: heftige Streitigkeiten, die sich in der italienischen Gelehrtenwelt abspielten (ich erinnere nur an die Fehden gegen Ettore Pais und gegen Christian Hülsen), machten die Abhaltung des internationalen Kongresses im Frühjahr 1902 einfach unmöglich, und es konnte sich, wollte man den Gedanken nicht ganz begraben, nur um eine Verschiebung um mehrere Monate handeln. Aus klimatischen Gründen entschied man sich zu Rom im Juni vergangenen Jahres für Anfang April 1903; dadurch war nun gerade das, was man deutscherseits hatte vermeiden wollen: das Zusammenfallen zweier größerer, nur durch wenige Tage von einander getrennter Veranstaltungen in einen und denselben Monat, durch die Herren Italiener herbeigeführt. Nun, wie ich oben angedeutet habe: die Heidelberger Tagung hat dadurch gar nicht gelitten. Über die in Rom steht mir kein Urteil zu. Daß es aber dort — abgesehen vom Buchdruckerstreike, der das rechtzeitige Ankündigen einzelner Vorführungen natürlich sehr gestört, wenn nicht ganz vereitelt hat — nicht ohne Verstimmungen abgegangen ist, lehrt der ausführliche Bericht im „Athenaeum“ vom 11. April, der den Kongreß ‚this great meeting of the learned, the quasi-learned, and the pseudo-learned at Rome‘ nennt. Und wenn man die Liste derer durchgeht, die aus deutschen Landen jener großen Dilettantenvorführung beigewohnt haben, so begegnen einem zwar ein paar glänzende Namen, wie Hülsen und Petersen, Breßlau, Kehr und Krumbacher, Gierke und Gothein, Harnack und Holtzmann, Bücheler und Wilamowitz; doch als ausreichende Vertreter der deutschen Geschichtswissenschaft werden diese wenigen, die zudem in ihrer Mehrheit verschiedenen Nachbardisziplinen angehören, kaum gelten dürfen. Man wird daraus die Lehre ziehen müssen, in Zukunft derartige unliebsame Kollisionen unbedingt zu vermeiden; und das wird das nächste Mal leicht möglich sein, da das äußerlich bestechende Schauspiel der Internationale 1905 (oder 1906?) in Berlin, die innerlich fördernde nationale Zusammenkunft aber September 1904 in Salzburg vor sich gehen soll.

Es ist daneben auch die Frage aufgeworfen worden, ob denn der vom Verbande deutscher Historiker in Szene gesetzte Kongreß überhaupt die Berechtigung habe, so zu tun, als ob er die Geschichtswissenschaft Deutschlands verkörpere. Darauf eine bündige Antwort zu geben, ist nicht leicht. Denn erstens ist die Bedeutung der namhaftesten deutschen Geschichtschreiber und Geschichtsforscher vorderhand noch nicht nach Graden abgeteilt; es ist also untunlich die einzelnen Tagungen gewissermaßen nach Punkten zu werten, wie man etwa die Leistungen von Preisturnern beurteilt. Zweitens ist die Zahl der Deutschen, die sich zur Geschichte als Hauptfach oder Hauptberuf bekennen, mir wenigstens gänzlich unbekannt. Dennoch sei der Versuch gewagt. Der große Kreis von Historikern innerhalb des Deutschen Reiches — nur diese seien der nötigen Vereinfachung wegen, herangezogen — setzt sich zusammen aus: a) Hochschullehrern, b) Mittelschullehrern, c) Fachgenossen (Archivaren und Bibliothekaren, Museumsbeamten und Privatgelehrten) und Fachverwandten (Nationalökonomen und Rechtshistorikern, Kriegs- und Kunst-, Prae- und Religionshistorikern, Philologen und Archäologen, Ethnologen und Geographen), d) Liebhabern der Geschichte. Schon aus dieser rohen Übersicht ergibt sich die Unmöglichkeit, genaue Ziffern zu geben. Vielleicht führen Schätzungen zum Ziele, wenn sie sich auf einer einigermaßen sichern Grundlage aufbauen. Diese erblicke ich in der immerhin zu ermittelnden Zahl der unter a vereinigten Historiker, die nichts dagegen haben werden, wenn ich sie als maßgebend für den geschichtswissenschaftlichen Betrieb in Deutschland hinstelle. An der Hand der „Minerva" taxiere ich die Dozenten der Geschichte an deutschen Hochschulen auf rund 175 (an 21 Universitäten rund 160, an 2 technischen Hochschulen und 8 Lyzeen rund 15; die zahlreichen Historiker der königlichen Bibliothek, des Geheimen Staatsarchivs und des königlichen Hausarchivs zu Berlin, des Germanischen Nationalmuseums zu Nürnberg usw. usw. sind also hier nicht mitgezählt!). Von diesen 175 war etwa ein Viertel in Heidelberg anwesend: immerhin ein annehmbares Verhältnis, wenn man berücksichtigt, welchen Zufällen und ganz unvorhergesehenen Hindernissen die beste Absicht, einem solchen Tage beizuwohnen, ausgesetzt zu sein pflegt. Doch selbst dann ist es ziemlich auffallend, daß Namen von bekannterem Klange, wie Ernst Bernheim und Harry Breßlau, Gustav Droysen und Hermann Grauert, Max Lehmann und Max Lenz, Theodor Lindner und Ottokar Lorenz, Theodor Mommsen, Benediktus Niese und Heinrich Nissen, Wilhelm Oncken und Robert Pöhlmann, Sigmund Riezler und Moritz Ritter, Dietrich Schäfer und Konrad Varrentrapp entweder gar nicht oder nur dann im Verzeichnisse der Teilnehmer auftauchen, wenn der Kongreß in den Mauern ihres Wohnsitzes abge-

halten wird. Deshalb braucht man zwar nicht gleich zu befürchten, daß der deutsche Historikertag sozusagen eine Auslese an den diis minorum gentium darstelle — das wäre tatsächlich eine ungeheuere Verleumdung, die, wie weiter unten die Beschreibung der Heidelberger Darbietungen lehren wird, schon durch die letzte Veranstaltung glänzend widerlegt würde. Aber zur Bescheidenheit und Einkehr fordert jene Beobachtung ebenso auf, wie sie anspornt, die noch nicht gewonnenen Gebiete zu erobern, die gleichgültigen oder absichtlich abseits bleibenden, zentrifugalen Kräfte womöglich doch noch anzuziehen. Dahin rechne ich z. B. von den Universitäten die zu Kiel (und Rostock); daß an deren Grollen oder Unlust nicht die weite Entfernung allein schuld sein kann, lehrt die fast vorbildliche Art und Weise, wodurch sich — wenn man die letzte Tagung ausnimmt — das noch entlegenere Königsberg ausgezeichnet hat. Durch persönliche Aufforderungen von Mitgliedern des vorbereitenden Ausschusses ließe sich in dieser Hinsicht meines Erachtens manches Versehen wieder gut machen, mancher Gewinn für die Gesamtheit erzielen.

Hatten wir also für die Abteilung a ungefähr 1 : 4 als das Verhältnis der Teilnehmer zu den Abwesenden feststellen können, so empfiehlt sich für die erste Hälfte der Abteilung c (Archivare, Bibliothekare und Museumsbeamte) aus einfachem Analogieschlusse die Annahme, daß von diesen Fachgenossen ebenfalls ein Viertel zu den Fahnen des Verbands schwören mag. Freilich ist den Bibliothekaren insofern ein Aber zuzugesellen, als diese Herren neuerdings eine eigene Vereinigung bilden. Zum ersten Male sind die deutschen Bibliothekare 1897 auf der Dresdener Philologenversammlung zusammengekommen und haben sich als Sektion an diese angegliedert. Als sich derselbe Vorgang 1899 in Bremen und 1901 in Straßburg wiederholt hatte, war damit das Recht erlangt, ständig als Sektion an den Zusammenkünften deutscher Philologen und Schulmänner teilzunehmen. Daneben aber hatte sich von Anfang an eine starke Strömung bemerkbar gemacht, die sezessionistische Gelüste hegte, indem sie für einen unabhängigen Zusammenschluß der deutschen Bibliothekare eintrat. Im Verfolge dieses Gedankens setzte sie zunächst 1900 eine Versammlung deutscher Bibiliothekare in Marburg durch; als deren Ergebnis ist 1901 in Gotha ein Verein deutscher Bibliothekare gegründet worden, der 1902 eine Zusammenkunft in Jena veranstaltete und ein Jahrbuch herausgegeben hat. Während sich aber diese Bibliothekare bisher in der Pfingstwoche versammelt haben, soll 1903 gelegentlich des Hallischen Philologentages erst die „Sektion" und Tags darauf der „Verein" zusammentreten. Wie man auch darüber denken möge: so viel ist klar, daß der Historikertag auf einen bemerkenswerten Zuzug aus den Reihen deutscher Bibliothekare fortan nicht mehr

zu hoffen haben wird — schade! Ähnlich liegen die Dinge bei den Herren Archivaren. Die übrigen Glieder der Rubrik c, die Privatgelehrten und Fachverwandten, sind dagegen überhaupt kaum meßbar; hier ist man lediglich auf unbestimmte Vermutungen angewiesen. Und nicht anders stets bei den reinen Dilettanten in Geschichte (d). Immerhin wird man nicht ganz daneben greifen, wenn man die Zahl derer, die sich aus solchen Schichten rekrutieren, auf etwa ein Sechstel der in Betracht kommenden einschätzt. Entschieden viel, viel ungünstiger hat sich im Laufe der letzten Jahre, seitdem geschichtspädagogische Fragen, die noch einen breiten Teil der ersten Verhandlungen beansprucht hatten, gar nicht mehr behandelt werden, die Teilnahme solcher Historiker gestaltet, die an deutschen Gymnasien und Realgymnasien unterrichten (b): einer nach dem andern von den Kämpen hat sich verflüchtigt und ist ausgeblieben; von den Geschichtslehrern an Mittelschulen kommt nur noch, wer gerade in der Nähe wohnt. Sie finden eben jetzt nicht mehr das, was früher reichlich, vielleicht zu reichlich geboten war: wir sind in den entgegengesetzten Fehler verfallen; und das halte ich für meinen Teil nicht für ersprießlich.

Aus einem besonderen Grunde. Mochten auch die Nichtpädagogen damals berechtigte Klagen darüber erheben, daß die Behandlung von Schulsachen so viel Zeit und Geist mit Beschlag belege — das eine Gute hatten diese Aussprachen doch, daß sie von dem einen Kongreß zum andern eine Art von geistiger Brücke bildeten, über die man ohne große Schwierigkeit hinwegspazieren konnte. Jetzt gibts das nicht mehr: die Historikertage sind einzeln für sich stehenden, unvermittelt nebeneinander aufgebauten Säulen vergleichbar, zwischen denen die Wirkungen der Erosion und Derosion alle und jede Verbindung — daß sich als Ersatz dafür etwa die „Publikationsinstitute“ mit ihren fast schon zu Tode gehetzten Grundkarten usw. eignen, werden wohl selbst ihre begeistertsten Anhänger nicht behaupten — weggewaschen haben. Das einzige Band, das den Hallischen Tag mit dem Heidelberger verband: die von Kalkhoff angeregte, dann in den Schoß einer C-moll-Kommission (3 B.: Bernays, von Bezold, Brandi) gebettete Angelegenheit der Korrespondenz Karls V. wird künftig kaum wieder auftauchen, da sie größtenteils in den Hafen der Kommission für neuere österreichische Geschichte bugsiert worden ist. Dieser Mangel an dem Mörtel, der den deutschen Historikertagen mal später zu dem Charakter eines einzigen großen Baues hätte verhelfen können, wird nicht bloß von mir persönlich lebhaft bedauert; und ich möchte schon heute der Anregung hiermit dringlichsten Ausdruck verleihen: der Ausschuß möge bald darauf bedacht sein, in Zukunft wieder interessante Fragen von einschneidender Bedeutung aufzuwerfen, deren Natur eine sofortige Erledigung ausschließt. Vielleicht ist z. B. die von Karl Lam-

precht im Anschluß an Wolframs Vortrag angeregte Frage der Herstellung einer Ikonographie der deutschen Könige und Kaiser geeignet, eine solche Rolle auf einige Zeit zu übernehmen, wenn ich auch persönlich der Ansicht bin, daß hierfür besser der wohl auch finanziell mächtigere Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine in Betracht komme.

Nach diesen grundsätzlichen Erörterungen (eine Kritik soll doch nicht bloß niederreißen, sondern auch bejahend, aufbauend sein) sei es mir gestattet, mich in Einzelvorgänge der Heidelberger Zusammenkunft zu verlieren. Sie stand von vornherein unter keinem günstigen Zeichen: der Mann, der nach den Hallischen Beschlüssen sie eigentlich hätte leiten sollen, Bernhard Erdmannsdörffer, der Verfasser der verdunpreisgekrönten „Deutschen Geschichte 1648—1740“ und eines vielgelobten „Mirabeau“, war am 1. März 1901 entschlafen. An seine Stelle war — gehorchend nicht dem eignen Triebe — Dietrich Schäfer getreten; doch auch ihn erfaßte das Geschick in der allerdings bei weitem freundlicheren Gestalt einer Wegberufung nach Berlin. Der abermaligen Verwaisung der den Kongreß vorbereitenden Geschäftsstelle bereitete, nachdem das anmutige Fragespiel der abzuzupfenden Marguerite dem mit dem Entschlusse schwer ringenden Erich Marcks den Weggang aus dem kollegialisch so sehr netten Leipzig nahe gelegt hatte, seine Übersiedelung nach Heidelberg das von vielen mit berechtigter Spannung erwartete Ende. Dazu die römischen Wirren und Irrungen (vgl. oben). Und als sich dann trotz schneidender Schneewirbelstürme schließlich doch recht zahlreiche Historici im Neckartal eingefunden hatten, da erkrankte nicht nur Professor Karl Pfaff, der den wissenschaftlichen Rundgang durchs Schloß anführen sollte, sondern es platzte auch das die für die Sitzungen bestimmte Universitätsaula mit köstlicher Wärme speisende Heizungsrohr. Und so saßen denn Männlein und einige respektive zu diesen gehörende Weiblein im Wintermantel innig aneinander geschmieget in dem durch reichen künstlerischen Schmuck sich vor andern derartigen Gelassen vortrefflich auszeichnenden Prachtsaal und mußten sich, zähneklappernd, von dem Alttestamentler Adalbert Merx aus Bleicherode, einem homo congressualis consuetudinarius (wie er sich selbst ironisierend bei dem materiell übrigens recht mäßigen „Festessen“ getauft hat), begrüßenderweise darüber belehren lassen, daß Ophthalmologie und Geschichtswissenschaft einander innig verwandt seien, und daß es trotzdem einmal in Heidelberg einen banausischen Philologen gegeben habe, der von Geschichtsbetrieb nichts habe wissen wollen — was hoffentlich nicht wieder vorkommen werde. Nach den weniger erschütternden weitern Begrüßungen durch das wohltuend wohlwollende großherzoglich badische Kultus- und Unterrichts-Ministerium und die ob des

erfreulichen Gästezuspruchs offensichtlich erbaute Stadtspitze wurden die zufällig auf der rechten Seite der Aula Sitzenden bitter gekränkt durch die auffällige Nichtachtung, die ihnen Eduard Meyer als erster Hauptredner unzweifelhaft mit Absicht zu teil werden ließ: nur die links Postierten genossen des hehren Vorzugs, angeredet und mit der in angemessenen Perioden ausgestreckten, aufmerksamst betrachteten und danach von der andern Hand liebevoll gestreichelten Rechten (Handschuhnummer : 8½; gefüttert : 9) beglückt zu werden. Dennoch hatten auch sie den Eindruck, als ob sich der in seinen Forschungen sonst so erfolgreiche Altgeschichtler aus Berlin dies Mal mit seiner, einem on dit zufolge unglückseligen Prüflingen gegenüber schon in Halle vertretnen Forderung, den Octavianus Augustus nicht als Heuchler anzusehen, wenn in bewußtem Gegensatze zu Julius Caesars genialer Weltreichspolitik durch ihn das Nationale gepflegt, der Senat gehegt worden und das Erreichbare das Ziel seines kühl-konservativen Strebens geblieben sei, einigermaßen verhauen habe. Wenigstens war das ungefähr die Quintessenz der Auseinandersetzung, an der sich Otto Seeck aus Greifswald, der bekannte „Ausrotter der Besten“ und Antipode Ed. Meyers, der Juliankenner Karl Johannes Neumann aus Straßburg (der andre „Karl Johannes“ — vgl. Zukunft VI, 33, 307 — war übrigens auch wieder da), mein lieber Freund Rudolf von Scala aus Innsbruck, der einen echt römischen Überzieher im Werte von 128 Lire in den räuberischen Händen eines Liebhabers von Geschmack hat lassen müssen, der vereidigte Verbandsschatzrechnungsprüfer und Hellenist Julius Kaerst aus Leipzig und Ernst Fabricius aus Freiburg im Breisgau beteiligten. Noch mehr Funken sprühten auf, als Georg von Below aus Tübingen seine Kritik über ein Sechstel von Werner Sombarts zweibändigem „Kapitalismus“ abgehalten hatte, die sehr anspruchsvoll als Vortrag über „die Entstehung des modernen Kapitalismus“ (er legte nur seine allerersten, noch im Mittelalter liegenden Wurzeln für Deutschland bloß) angekündigt war. Nachdem sich der angegriffene Sombart, hierin entschieden unglücklich, gegenüber von Below in einseitigster Weise und absprechender Form auf den Nurtheoretiker hinausgespielt hatte, renkte Karl Lamprecht, anders gerichteten Wünschen des Präsidiums (1. Petri 2, 18) unerschrocken entgegentretend, die etwas verstauchte Debatte geschickt wieder ein, so daß auch solche, die das Werk selber nicht gelesen hatten, aus seinen Erörterungen und denen von Below, Heinrich Sieveking, dessen verbindliches Wesen den Hamburger Patriziersohn verrät, und Friedrich Keutgen, der der Geduld der Zuhörer eine starke Widerstandskraft zumutete, das unverhältnismäßig mühsam Errungene und an dem Werte des Ganzen wenig rüttelnde Ergebnis mit nach Hause nehmen konnten: in einem gewissen

Teile seiner Einleitung hat Sombart methodologisch und sachlich geirrt.

Der unter der sachkundigen Leitung des Karlsruher Hofrats Professor Adolf von Oechelhäuser doch noch ermöglichte Rundgang durch das Schloß zeitigte zwei wichtige Beobachtungen. Erstens hatte man allgemein den Eindruck, daß der von dem (verstorbenen) Oberbaurat K. Schäfer befürwortete Wiederaufbau die Romantik der herrlichsten Ruine Deutschlands auf immer vernichten würde. Zweitens bewies eine an Stelle des allgemein erwarteten Dankes für die interessante Führung und kunstgeschichtliche Belehrung an das versammelte Volk mit vernehmlicher Inbrunst gerichtete Frage Eduard Meyers deutlichst, daß der in Gedanken stehen gebliebene professorale Regenschirm nicht bloß ein phantastisches Erzeugnis der „Fliegenden", sondern annoch in vollstem Leben ist; denn als sich auf jene unerwartete Frage ein anderer Meyer meldete, der seinen falschen Schirm zurückgeben wollte, stellte es sich unter allgemeinem Hallo heraus, daß Eduard den zuerst vertauschten — am ersten Kongreßtage bereits! — auch wieder hatte stehen lassen, um sich dafür einen dritten zuzugesellen! (Schluß folgt.)

Die Rückkehr aufs Land.

Von Dr. Gustav Mayer (Brüssel).

Die Entvölkerung des platten Landes ist seit den Zeiten der Physiokraten in immer zunehmendem Maße und mit stets wachsender Berechtigung eine ständige Klage der Nationalökonomen und Politiker geworden. Man kennt die Ursachen dieses Entwickelungsganges. Man weiß, daß das Aufkommen und die Ausbreitung der in den Städten sich festsetzenden Großindustrie den Anstoß gaben, daß die Verbesserung der Verkehrsmittel die Abwanderung erleichterte und beschleunigte, daß die schwere landwirtschaftliche Krisis im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts energisch in derselben Richtung wirkte. Man denke in diesem Zusammenhang auch an das Umsichgreifen eines demokratischen Freiheitsbedürfnisses, an das gesteigerte Verlangen des Individuums nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und schließlich, aber nicht zuviel, an die Abwechslungen und Vergnügungen, mit welchen die Großstadt die ländliche Jugend an sich lockt.

Dieser Kampf zwischen Land und Stadt, diese Besiegung des Landes durch die Stadt hat nach der Gefühlsseite hin in den Werken des großen belgischen Lyrikers Emile Verhaeren klassischen Ausdruck erhalten. „Les campagnes hallucinées“ und „Les villes tentaculaires“ werden nicht nur fortleben, weil sie die bedeutendsten französischen Dichtungen unserer Tage sind, sondern auch als die großzügigen Verdichtungen eines der bedeutsamsten sozialen Prozesse der neueren Geschichte.

„La plaine est morne et lasse et ne se défend plus,
La plaine est morne et morte et la ville la mange.“

So heißt es bei Verhaeren.

Aber ist es denn, weil es so oft wiederholt wurde, darum auch endgültig und wirklich wahr, daß das platte Land seine Rolle für die Kultur ausgespielt habe, daß in Zukunft sich immer weniger menschliche Wohnungen der gesunden Nachbarschaft der Felder erfreuen sollen, daß immer größere Mehrheiten des Menschengeschlechts dazu verurteilt sind, sich in Mietskasernen zusammenzupferchen und die dumpfe Luft der Städte zu atmen?

Hat Verhaeren endgültig recht, wenn er ausruft:

„Le sol et les germes sont condamnés
— Voeux et larmes sont superflus —
Bientôt
Les corbeaux noirs n'en voudront plus
Ni la taupe ni le mulot“??

Auf diese die Zeit bewegende Frage eine wissenschaftliche Antwort zu geben, unternimmt in seinem neuesten Buche der bekannte belgische Politiker und Nationalökonom Emile Vandervelde.[1]) Der erste Teil seines Werkes beschäftigt sich mit der Abwanderung vom platten Lande und allen ihren traurigen Folgen als da sind: Abgabe von Arbeitskräften ans Ausland, Zunahme der Prostitution, Verelendung des Wohnungswesens in den Städten, Leutenot auf dem Lande usw. In unserer heutigen Besprechung möge aber dieses oft erörterte Problem einmal beiseite stehen gegenüber der Frage an die Zukunft, ob nicht etwa auch Entwicklungstendenzen vorhanden seien und sich bereits regen, welche eine Wiederbelebung der Felder versprechen und eine Aussöhnung zwischen Stadt und Land, eine Ausgleichung ihres heute noch so verschiedenartigen Kulturniveaus erhoffen lassen?

Vandervelde beansprucht keineswegs, der erste zu sein, welcher dieses Problem anrührt und er hat sogar mit einer bei französisch schreibenden Autoren seltenen Sorgfalt in der Literatur der verschiedenen

[1]) L'exode rural et le retour aux champs. Paris 1903. Alcan.

Länder nach Vorläufern ausgeschaut. Doch bleibt es wohl sein Verdienst, zum erstenmal das vorhandene Material geordnet und mit Benutzung wertvoller eigener Erhebungen den Stoff im Zusammenhang dargestellt zu haben.

Im Jahre 1839 krönte die französische Akademie der sozialen Wissenschaften ein Werk von C. Pecqueur, dessen langer Titel lautete: „Des intérêts du commerce, de l'industrie et de l'agriculture, et de la civilisation en général, sous l'influence de l'application de la vapeur." Es war gerade die Zeit, als in Frankreich die großen Eisenbahnlinien angelegt wurden, welche die Verbindung von Paris mit der deutschen und belgischen Grenze und den Seehäfen herstellten. In diesem Buch heißt es unter anderem über das Verhältnis von Stadt und Land: „In sehr vieler Hinsicht findet sich heute der Kulturstoff nur in den Städten: in den Städten sind Höflichkeit, guter Geschmack, Bewegung und Leben zu Hause, nur dort findet man Luxus, Pracht, Licht, Wohlhabenheit, schöne Künste mit ihrem Glanz, breite Straßen, prächtige öffentliche Gebäude, elegante, bequeme, gesunde Wohnungen, gepflasterte Straßen! Auf dem Lande herrscht das Elend oder höchstens mäßiges Behagen, die Unwissenheit und die groben Freuden unverfeinerter Sinnlichkeit; die Hütten sind feucht, dunkel, häßlich, schmutzig, die Wege unbefahrbar. In den Städten leben Großindustrie und Großhandel in all ihren Erscheinungen. Auf dem Lande ist der Ackerbau allein zurückgeblieben wie ein Verbannter, die Intelligenz schlummert, alle geistigen Fähigkeiten sind erstarrt und ohne Regung." „A b e r ," fährt Pecqueur fort, „d i e n e u e n V e r k e h r s w e g e w e r d e n d a s n a t ü r l i c h e u n d s o f r u c h t b a r e B ü n d n i s d e r v e r s c h i e d e n e n Z w e i g e m e n s c h l i c h e r T ä t i g k e i t w i e d e r f e s t k n ü p f e n. D a s L a n d w i r d e i n e n e t w a s m e h r s t ä d t i s c h e n C h a r a k t e r a n n e h m e n u n d d i e S t ä d t e e i n e n e t w a s m e h r l ä n d l i c h e n. Die Eisenbahnen, die Kanäle und die Dampfschiffe, welche durch ihre außerordentliche Schnelligkeit die natürlichen Entfernungen aufheben, werden unfehlbar auch in anderer Hinsicht Stadt und Land einander näher bringen."

Nicht wegen des Inhalts seiner W ü n s c h e muß Pecqueur für seine Zeit als ein weißer Rabe gelten — das Zurückbleiben und die Vereinsamung des Landes beklagten in jenen Jahren gleich ihm Owen, Fourier und viele andere Ökonomisten. Was Pecqueur auszeichnet ist, schon damals vorausgesehen zu haben, d a ß d i e w i r t s c h a f t l i c h e E n t w i c k e l u n g a u f d i e E r f ü l l u n g s e i n e r W ü n s c h e h i n a r b e i t e n m ü s s e. Freilich vermochte auch er nur eine Seite dieser Gestaltung zu überblicken. Er ahnte nicht, daß bereits am Ende seines

Jahrhunderts gewaltige natürliche und soziale Kräfte am Werke sein würden, um einen großen Teil der Industrie wieder in die Nähe der Felder zu rücken, sie aus der Stadt wieder herauszuführen und mit ihr die Arbeitermassen, welche Jahrzehnte hindurch vom Land nach den Städten geflutet waren! Vandervelde glaubt, voraussehen zu dürfen, daß dieses heute erst beginnende Zurückströmen der Bevölkerungen auf das platte Land im Laufe des zwanzigsten Jahrhunders einen Umfang annehmen werde, vielleicht nicht minder bedeutend, als es der Zug zur Stadt im neunzehnten Jahrhundert gewesen war!

Man weiß, daß in den Weltstädten — London, New-York, Berlin, Paris, Wien — die Bevölkerung der inneren Viertel mit jedem Jahr an Zahl abnimmt. Die Londoner City hatte 1841 124 717 Einwohner und sechzig Jahre später, 1901, nur noch 26 908. Immer näher rückt die Zeit, wo es in den Innenstädten nur noch öffentliche Gebände, Comptoirs und Geschäfte geben, wo ihre Einwohnerschaft sich fast nur noch aus Aufsichtsbeamten und Portiers zusammensetzen wird.

Freilich steigt die Bevölkerungsziffer der großen Stadtagglomerate vorläufig noch immer trotz dieses Fortrückens der eigentlichen Wohnungen aus den Cities, aber es läßt sich bereits heute deutlich eine Verlangsamung dieser Zunahme erkennen. Die Einwohnerschaft Berlins hat sich von 1872 bis 1880 im Durchschnitt um jährlich 32 556, von 1881 bis 1890 um jährlich 45 700, von 1891 bis 1900 nur noch um 30 900 jährlich erhöht. Die gleiche Erscheinung in London: von 1881 bis 1891 stieg die Bevölkerung um 10,4 Prozent, von 1891 bis 1901 nur noch um 5,8 Prozent. Von 1891 bis 1896 vermehrte sich die Einwohnerschaft Londons um rund 200 000 Häupter, von 1896 bis 1901 nur noch um 124 000. Die Bevölkerungsbewegung der großen Städte, der unmittelbaren Vororte und der weiteren Bannmeile hängt natürlich in einem ganz bedeutenden Maße von dem Grade der Vervollkommnung ab, in welchem sich die Verkehrsmittel befinden, sowie von der Höhe der Tarife, welche Eisenbahnen und Trambahnen erheben. In Belgien, wo in sehr ausgedehntem Grade Arbeiterzüge zu billigen Preisen verkehren, wird es nur durch diese Einrichtung über 100 000 in den Städten ihre Beschäftigung findenden Arbeitern ermöglicht, auf dem Lande ihre Wohnung zu behalten. Ohne das Bestehen dieser Arbeiterzüge hätten auch sie mit Weib und Kind längst in die großen Städte mit ihrer höheren Lebenshaltung übersiedeln und dadurch zur Verschlechterung der dortigen Wohnungsverhältnisse beitragen müssen. Auch in einer mehr indirekten Weise trägt die Verbesserung der Verkehrswege, nachdem sie anfangs das Land entvölkerte, jetzt dazu bei, Arbeitskräfte draußen festzuhalten. Die Verproviantierung der großen Städte, selbst mit leicht verderblichen Waren,

kann jetzt aus immer größeren Entfernungen geschehen. Die Gemüse- und Früchteproduktion nimmt, besonders in dicht bewohnten Ländern, ständig an Umfang und Bedeutung zu. Auch der Milchtransport aus den Produktionszentren nach den Konsumptionszentren entwickelt sich immer großartiger und rationeller. In manchen Gegenden Frankreichs wird schon jetzt in einem Umkreis von 15 bis 20 Kilometern die Milch von den schweren Wagen der Unternehmer zweimal täglich abgeholt und in großen Behältern zu zwanzig Litern nach Paris expediert, wo bereits am Morgen die kleinen Händler die Ware, welche ihnen des Nachts geliefert wurde, an die Konsumenten verkaufen.

Daß der Aufschwung der Zuckerindustrie dazu beigetragen hat, die Entvölkerung des platten Landes zu mildern, ist schon oft hervorgehoben worden. Eine Erscheinung von weit umfangreicherer Bedeutung, welche wirklich ein Rückströmen der Arbeitermassen aus den Städten zur Folge haben muß, ist die heute erst in ihren Anfangsstadien befindliche Auswanderung zahlreicher bisher städtischer Großindustrien nach den Dörfern oder ins Gebirge. Das Streben nach Verbilligung der Produktionskosten und die zunehmende Verdrängung des Dampfes durch die Elektrizität wirken beide nach dieser Richtung. Statt der Nähe der Kohlenlager sucht die Großindustrie neuerdings die Nachbarschaft der Wasserkräfte auf, und die arme Bevölkerung der Gebirgsländer, welche sich oft kümmerlich hausindustriell durchschlug oder in die Industriegebiete abwanderte, sieht mit Staunen die großen Fabriken zu sich heraufsteigen. Durch die starke Zunahme der Fabrikanlagen in den französischen Alpenländern ließen sich im Jahre 1900 der jetzige Präsident der Republik Loubet, damals einfacher Abgeordneter, und seine Kollegen Baudin und Dupuy bestimmen, einen Antrag in der Kammer einzubringen, durch welchen dem Staat das ausschließliche Recht zuerkannt werden sollte, alle Wasserkräfte für Fabriken von mehr als hundert Pferdekräften zu konzessionieren.

Die größere Billigkeit der Bauplätze, des Baumaterials und ganz besonders der Arbeitskräfte tragen auch für sich allein und ohne Rücksicht auf die Wasserkräfte dazu bei, die Industrie wieder aufs Land hinauszutreiben. Je mehr die Arbeitslöhne steigen, je stärker ihr Anteil an den Unkosten wird, um so deutlicher scheint diese Bewegung sich auszusprechen. Die Textilindustrie, welche einstmals den stärksten Anstoß zur Verödung der Dörfer gegeben hatte, zeigt heute eine ausgesprochene Tendenz, aufs Land zurückzukehren. Aber sie steht damit keineswegs vereinzelt da. Vandervelde führt in seinem Werk aus allen Industrieländern zahlreiche Belege für das Vorhandensein einer solchen Entwicklung an. So wurden z. B. die große Chokoladefabrik der Brüder Cad-

bury aus Birmingham nach Bournville, die Seifenfabrik Sunlight aus Warrington bei Liverpool nach einem fünf englische Meilen entfernten ländlichen Terrain überführt, und Kodak errichtete seine große Fabrik für photographische Apparate von vorne herein auf dem platten Lande. In Rheinland-Westfalen ist die auf diesem Wege erfolgte Bildung einer ländlichen großindustriellen Arbeiterbevölkerung wohl bisher am weitesten fortgeschritten.

In vielen Industrieen steht der Einfluß der Entfernungen auf die Transportkosten einer Auswanderung der Fabriken aus den Städten vorläufig noch entgegen. Würde eines Tages der Einheitstarif für Briefe und Depeschen auch auf Waren ausgedehnt werden, wofür in manchen Ländern heute bereits Ansätze vorhanden sind, so würde die Stadtflucht der Industrieen dadurch noch ganz wesentlich verallgemeinert werden. Welches Interesse würden die Fabriken dann noch dabei finden, ihren Hauptabsatzfeldern besonders nahe zu liegen? Daß der Staat dort, wo er über die Eisenbahnen verfügt, es in seiner Macht hat, eine solche Entwickelung zu verlangsamen oder zu beschleunigen, liegt auf der Hand.

Es ist eine oft beobachtete Tatsache, daß Arbeiterelemente, die einmal der Landwirtschaft entfremdet wurden, selbst in Zeiten einer industriellen Krisis ungern und nur unter dem Drucke äußerster Not zur Feldarbeit zurückkehren. Wird es ihnen aber ermöglicht, als Industriearbeiter auf dem Dorfe zu wohnen und auch nur einen Fetzen Landes zu besitzen oder in Pacht zu haben, so widmen sie und noch mehr ihre Frauen d i e s e r ländlichen Arbeit jede freie Minute. Weiß man doch längst, daß die Landflucht in jenen Gegenden stets am stärksten war, wo dem Arbeiter keine Möglichkeit verblieb, eigenen Bodenbesitz zu erwerben, und daß selbst das Vorhandensein unaufgeteilter Almende auf die Abwanderung verlangsamend wirkt.

Wo keine billigen Arbeiterzüge bestehen, ist die unterste Volksklasse, die in den Städten wohnt, heute noch vom Landleben völlig losgerissen. Hie und da gibt es, um Ansätze zum Besseren nicht zu verschweigen, Ferienkolonien für Kinder und in vereinzelten industriellen Gegenden wie in Lancashire beginnt man, auch den Fabrikarbeitern den Anspruch auf einen kurzen jährlichen Urlaub zuzuerkennen. In den höheren Schichten der Stadtbevölkerung ist seit den Zeiten Rousseaus die Zahl der Personen, welche einen kleineren oder größeren Teil des Jahres in der freien Natur zubringen, in steter Zunahme begriffen. Das Bestreben, seine Abendstunden und die Sonn- und Festtage fern vom Lärm der Stadt und in gesunder, freier Luft zu verleben, führt mit den Fortschritten der Verkehrstechnik immer mehr Stadtbewohner dazu, ihre dauernde Wohnung auf dem Lande zu nehmen und nur zur Arbeit täglich

in die Stadt zurückzukehren. Eine weitsichtige und von sozialem Geiste erfüllte Regierung müßte durch die weitgehendste Erleichterung und Verbilligung der Verkehrsverbindungen zwischen Stadt und Land diese für die Verbesserung der Volkskraft überaus wünschenswerte Entwickelung mit aller Kraft zu fördern bestrebt sein.

Keinem Zweifel aber scheint es nach allem zu unterliegen, daß die Voraussage Pecqueurs sich ihrer Erfüllung nähert, daß die starre kulturelle Scheidung von Stadt und Land zu verschwinden bestimmt ist, und daß in einigen Jahrzehnten Tausende und Millionen von Kindern, deren Jugend heute in dumpfen Großstadträumen hinfließen würde, wieder in gesunder Landluft werden aufwachsen können.

„Es ist durchaus wahrscheinlich", schreibt Vandervelde am Schlusse seines Buches, „daß die Städte der Zukunft weit weniger Wohnungszentren als Sammelpunkte sein werden, wo die Denkmäler und Versammlungsräume sich befinden und wo man sich für Geschäfte, für Studien- und Vergnügungszwecke trifft." Aber freilich, „das flache Land der Zukunft wird nicht mehr dem Land der „guten alten Zeit" gleichen. Die es bewohnen haben nichts mehr gemein mit den Bauern Labruyères: sie sind durch die Städte hindurchgegangen und bleiben in dauerndem Kontakt mit ihnen. Sie sind aufs Land zurückgekehrt, aber sie bringen dorthin den Gewinn einer sozialen Umgestaltung mit, für den die Zentralisation in den Städten eine notwendige und heilsame Vorbedingung gewesen war."

Kleine Mitteilungen.

„Ultramontanismus."

Das neue Jahrhundert hat uns in seinen ersten Jahren — in Anbetracht der gesamten Lage in den letzten Dezennien des verflossenen Jahrhunderts darf man sagen zu unserer Überraschung — eine zunächst allerdings noch bescheidene Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Angriffe des Ultramontanismus gebracht, eine Tatsache, die auch ihrerseits erfreulicherweise dazu beiträgt, daß die ultramontane Frage augenblicklich wieder in den Vordergrund des öffentlichen Bewußtseins gerückt ist. Der Fall Korum, der Sturz des Ministeriums Crailsheim in Bayern und verwandte Erscheinungen, die sich zu den genannten Vorgängen teils als Ursache, teils als Wirkung verhalten, teils mit ihnen in gleicher Linie stehen, haben mit aller wünschenswerten Deutlichkeit die Notwendigkeit der Befassung mit der ultramontanen Frage erkennen lassen, und neuerdings die allgemeine Aufmerksamkeit auf die von seiten des Ultramontanismus drohenden Gefahren gelenkt.

Bei der Diskussion der ultramontanen Gefahr drängt sich nun eine Frage auf, die schon früher hätte gestellt werden sollen, die Frage nämlich, ob denn das Wort Ultramontan für die Sache, die damit bezeichnet werden soll, in letzter Hinsicht zutrifft. Dieses Wort ist dermaßen in unsere kulturhistorische und politische Sprache übergegangen und figuriert darin mit solcher Selbstverständlichkeit, daß es befremdlich erscheinen möchte, gerade diesen bewährten Ausdruck erst noch auf seine Berechtigung prüfen zu wollen. Um die historische Seite der Frage kurz zu berühren — so dürfte schwer festzustellen sein, wer den Ausdruck zuerst in diesem Sinne gebraucht hat. Allein welcher Autorität er auch seinen Ursprung verdanken und so alt er auch sein mag, als eine glückliche und prägnante Bildung kann er nicht angesehen werden, wie sich sofort ergibt, wenn wir das Wesen des Ultramontanismus ins Auge fassen.

Unter Ultramontanismus verstehen wir mit dem allgemeinen Sprachgebrauch zunächst ein System von bestimmten Ansprüchen der katholischen Kirche. Nun ist es schon an sich mindestens oberflächlich, eine kulturgeschichtliche Erscheinung, ein religiöses oder politisches System usw. nach einer räumlichen Beziehung, in die es zu den einzelnen Kultursphären treten kann und die zudem je nach dem Standpunkt des Beobachters stets variiert, benennen zu wollen; es ist dies oberflächlich, denn das Wesen eines politischen Systems usw. besteht ja nicht darin, daß die Ansprüche, die es erhebt, für den Betroffenen als kontinentale oder transatlantische, als cis- oder transmontane erscheinen. Greift man nun unter solchen geographischen Bezeichnungen eine heraus und prägt z. B. den Terminus ultramontan, so leidet dieser Ausdruck abgesehen von seiner Oberflächlichkeit sofort an dem weiteren Mangel, daß er nicht mehr allgemein brauchbar und außerdem vieldeutig ist. Alle diese Unzulänglichkeiten ergeben sich bei dem Ausdruck ultramontan im deutschen Sinne.

In Deutschland bezeichnet man mit Rücksicht darauf, daß für uns das Zentrum der katholischen Kirche jenseits der Alpen liegt, ein gewisses mit der Kirche verknüpftes System als Ultramontanismus und brandmarkt mit dem Ausdruck ultramontan gewisse Ansprüche, Erscheinungen usw. gerade daraufhin, daß sie von jenseits der Berge kommen. Allein ganz abgesehen davon, daß weder Deutschland noch irgend einer anderen Nation schon dadurch ein Unrecht geschieht, daß eine religiöse, politische oder sonstige Doktrin von außen an sie herantritt, ist gegen den Ausdruck ultramontan noch weiter geltend zu machen, daß er zu formal und unbestimmt und darum nichtssagend ist. Denn einmal ist damit zur Charakterisierung eines Systems noch nichts gesagt und gegen das System noch nichts bewiesen, wenn es als von jenseits der Berge kommend bezeichnet wird, und zweitens liegen für Deutschland auch noch eine Reihe anderer Dinge ultra montes und sind daher gleichfalls ultramontan. So könnte man mit ebensoviel Berechtigung z. B. das Königreich Italien, die Renaissance oder den Humanismus ultramontan nennen, und überdies braucht man bei den montes nicht immer an die Alpen zu denken, mit welcher Erweiterung dann der Begriff ultramontan noch vieldeutiger wird. Wie nichtssagend der Ausdruck ist, ergibt sich u. a. auch daraus, wenn man zu analogen Bildungen schreitet und z. B. der ultramontanen Moral die citramontane gegenüberstellt. Wer möchte sich auf das Programm des Cisalpinismus verpflichten oder sich zur citramontanen Ethik bekennen!

Ferner kommt gegen eine derartige Benennung in Betracht, daß sie sich für den Gebrauch der übrigen Nationen nicht eignet. Einheit aber ist bei einer so wichtigen, das Kulturleben aller Nationen gleichermaßen tief berührenden Angelegenheit wie die

Erkenntnis des Wesens und die Bekämpfung des Ultramontanismus vor allem erforderlich. Auch Spanien, Amerika, Italien selbst haben ihren Ultramontanismus, ohne daß es aber für diese Länder einen Sinn hätte, ihn so zu nennen. Soweit sie dennoch von Ultramontanismus reden, tun sie es nur in Anlehnung an den deutschen Sprachgebrauch. Frankreich könnte wohl, da es gleichfalls vom Zentrum der Kirche durch die Alpen getrennt ist, mit ebensoviel und ebensowenig Berechtigung wie Deutschland die Bezeichnung ultramontan gebrauchen, allein wenn man dies dort überhaupt tut, so geschieht es wohl nicht im Hinblick auf die trennende Schranke der Alpen, sondern ebenfalls im Anschluß an das deutsche Beispiel.

Infolge der vielen Mängel, die dem Wort ultramontan anhaften, wird ihm auf ultramontaner Seite selbst fast nur mit Spott und Verachtung begegnet. Man sieht zu deutlich, daß dies Wort nur ein Notbehelf ist für ein besseres, das nicht zu finden war, und weiß nur zu gut, daß die ganze Gegnerschaft gegen den Ultramontanismus bei vielen in nichts anderem als in der Freude an dem wuchtigen Wort besteht. So mancher Katholik, dem die Vorschriften seiner Kirche lästig werden, fängt an, über Ultramontanismus zu räsonnieren. Es ist nicht zu verwundern, daß solche Gedankenlosigkeit das Wort sehr in Mißkredit und Verruf gebracht hat.

Sehen wir uns nach einer Bezeichnung um, die den besprochenen Anforderungen der Klarheit, Bündigkeit und Unmißverständlichkeit, die der Ausdruck Ultramontanismus nicht erfüllt, durchaus gerecht wird, so bietet sich uns das Wort Klerikalismus. Dieses Wort bringt das Wesen der Sache, um die es sich handelt, in prägnanter Kürze auch wirklich zum Ausdruck, und dieses Wesen ist: Beherrschung der Menschheit durch die katholische Priesterschaft und Hierarchie auf allen Gebieten, auf dem politischen im engeren Sinne, auf dem ethischen, dem wissenschaftlichen, auf dem der Schule. Das ist der Klerikalismus. Die Zusammenfassung der charakterisierten kulturfeindlichen Bestrebungen unter diesem Ausdruck bedeutet einen universellen Gesichtspunkt, wie wir ihn brauchen. Das Wort Klerikalismus verlangt von dem, der es ausspricht, ein viel klareres Bewußtsein von den Aufgaben, die es mit sich bringt, und eine viel entschiedenere Stellungnahme zu ihnen, als das inhaltlose und sonderbare Schlagwort Ultramontanismus. In richtigerer Erkenntnis der Verhältnisse, der sie, wie die neueste Geschichte lehrt, die Tat folgen lassen, sprechen die romanischen Nationen von Klerikalismus. Möchten auch bei uns mit den klaren Begriffen die klaren Prinzipien Einzug halten und alle Kulturfaktoren dem Worte Gambettas gemäß wirken: „Le Cléricalisme voilà l'ennemi!"

*

Loubet senior und Loubet junior.

Mit nicht geringem Erstaunen wird die gebildete Welt gelesen haben, daß der elfjährige Sohn des Präsidenten Loubet dieser Tage (14. Mai) in der Kirche Saint-Philippe-du-Roule „zur ersten Kommunion ging", also offenbar eine kirchliche Erziehung mit all den Konsequenzen einer solchen genießt. Das private Verhalten des Präsidenten paßt in der Tat äußerst schlecht zu seiner öffentlichen Stellung und zu den Aufgaben, die ihm als gegenwärtigem Präsidenten der französischen Republik obliegen. Welchen Eindruck muß es auf alle diejenigen, die mit Recht die Vertretung freisinniger Anschauungen von der Regierung er-

warten, machen, wenn das Staatsoberhaupt in seiner eigenen Familie das Gegenteil befördert? Diese Bedenken werden nicht aus der Welt geschafft durch die Auffassung, daß derartige religiöse Feierlichkeiten harmlose Zeremonien seien, die man wie irgend ein anderes Kinderfest mitmachen könne. Einer ersten Kommunion geht jedenfalls ein Unterricht, ein näherer und ein entfernterer, eine erste Beichte usw. voraus, und mit der ersten Kommunion ist sodann der Einfluß der Kirche auf den jungen Menschen auch nicht abgeschlossen, sondern sie zieht weitere kirchliche Einflüsse nach sich und involviert mit einem Wort eine vollständige kirchliche Erziehung. Eine solche ist aber von der einschneidendsten Bedeutung für die gesamte Entwickelung und macht sich, wenn sie nicht durch eine außerordentlich hohe Bildung aufgehoben wird, in ihren schädlichen Wirkungen durch das ganze Leben bemerkbar. Die „Lanterne" bemerkt, daß Loubet einen Verstoß gegen die Republik begehe, indem er erlaube, daß sein Sohn „sich an einem solchen Mummenschanz beteilige", woran auf jeden Fall so viel wahr ist, daß der Kontrast, in dem die Handlungen des Familienoberhaupts zu denen des Staatsoberhaupts Loubet soldermaßen stehen, allgemein überrascht.

*

Fridtjof Nansen über die christliche Mission.

Von Fridtjof Nansen liegt uns ein prächtiges Buch*) vor, das sich mit dem interessanten, leider nun auch dem Untergange geweihten Völkchen der Eskimos in eingehendster Weise befaßt. Die Ursache seines drohenden Unterganges findet er darin, daß es „von dem Giftstachel unserer Zivilisation gestochen wurde." Anscheinend hätten die materiellen Errungenschaften unserer Kultur diesem noch auf der Stufe der Steinzeit stehenden Volke den Kampf ums Dasein erleichtern helfen sollen. Aber die Schußwaffen, die wir ihnen brachten, verleiteten die Eskimos um eines augenblicklichen Gewinnes halber unter den Renntieren entsetzliche Verwüstungen anzurichten, so daß der Renntierbestand fast völlig vernichtet ist. Auch der Seehundsjagd hat das Feuergewehr schweren Schaden zugefügt; und die Schrotflinte hat die Eidervögel dezimiert. Am schlimmsten aber hat den Eskimos die Einführung von Kaffee, Tabak, Brot, europäischem Zeug und Putz geschadet. Durch diese äußere Zivilisation verarmten sie und wurden von ihrer natürlichen Lebensweise abgezogen, so daß sich die Kränklichkeit unter ihnen in den letzten Jahren in beunruhigender Weise entwickelt hat und die Tuberkulose immer weiter um sich greift. Auch die Pocken schenkten wir ihnen und die Syphilis, die allerdings bisher noch wenige befallen hat. Das Resultat nach der physisch-materiellen Seite also ist Degeneration, Krankheit, Verarmung.

Noch schlimmer aber hat die Mission auf moralischem Gebiete gewirkt, wie immer der Versuch, einem Volke auf anderer Kulturstufe neue ethische Begriffe beizubringen, der sicherste und schnellste Weg zu seinem Verfall ist. Das gesellschaftliche Leben der Eskimos war eingerichtet nach ihren ursprünglichen sozialistischen Eigentumsbegriffen. Mit Verachtung ihrer Gesetze und Gebräuche versuchten wir ihnen unsere Eigentumsbegriffe, die für eine entwickeltere, aber weniger christliche Gesellschaft als die der Eskimos paßten, beizubringen, und stifteten nur Verwirrung und Verderben an. Das Geld, das wir ihnen brachten,

*) Fridtjof Nansen. Eskimoleben. Aus dem Norwegischen übersetzt von W. Langfeldt. 5—10. Tausend. Leipzig und Berlin 1903. Georg Heinrich Meyer. Preis: geh. M. 4.—, geb. M. 5.—. 304 S.

machte sie gierig und habsüchtig und zerstörte ihre frühere aufopfernde Nächstenliebe. Lesen und schreiben haben sie auf der Westküste Grönlands jetzt gelernt, aber auf Kosten ihrer Kajaktüchtigkeit, die allein ihre Existenz verbürgt. Als einzige Entschädigung für ihren Niedergang und Verfall brachten wir ihnen das Christentum, d. h. die Dogmen des Christentums. Die Moral der Eskimos hat durch das Christentum nicht gewonnen sondern schwer gelitten. .

„Ist nicht", so schließt Nansen seine Untersuchungen über dieses traurige Kapitel, „wenn wir die Missionen der Gegenwart betrachten, das Ergebnis überall beinahe dasselbe? . . . Werden uns denn nicht einmal die Augen aufgehen für das, was wir tun? Werden sich nicht einmal alle wahren Menschenfreunde von Pol zu Pol zu einem gemeinsamen erdrückenden Protest aufschwingen gegen dieses ganze Unwesen, diese selbstgerechte, skandalöse Behandlung anderer Kulturen und anderer Glaubensbekenntnisse? Es wird eine Zeit kommen, da unsere Nachkommen uns strenge verurteilen und dieses Unwesen, das uns mit den Grundsätzen der christlichen Lehre übereinzustimmen scheint, als tief unmoralisch bezeichnen. Dann wird auch die Moral soweit entwickelt sein, daß nur die tüchtigsten, geeignetsten Persönlichkeiten entsendet werden, und daß sie sich anfangs damit begnügen müssen, das Leben und die Kultur eines fremden Volkes gründlich zu studieren und zu untersuchen, ob es wirklich unserer Unterstützung bedarf. Ist das der Fall, so wird man sich fragen, auf welche Weise am besten unsere Hilfe eingreift. Ist das Resultat jener Untersuchung aber die Einsicht, daß man dort doch nichts Gutes ausrichten kann, dann wird man den Plan auch wieder fallen lassen. Doch freilich, ehe wir soweit sind, werden die meisten fremden Völker wohl vernichtet sein, wenn sie es nicht heute schon sind."

*

Noch einmal über die Entstehung des Rades und des Wagens.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Im zweiten April-Heft des „Freien Wort" finde ich Seite 77 eine L. L. gezeichnete Besprechung meines Aufsatzes im Internationalen Zentralblatt für Anthropologie.

Der Referent bezeichnet den Gegenstand als hochwichtig. Nun handelt es sich um die Entstehung des Rades; es wäre daher recht freundlich gewesen, wenn der Herr Referent dem „hochwichtigen Gegenstand" etwas mehr Aufmerksamkeit gewidmet oder gar die im Aufsatz angegebenen Quellen weiter verfolgt hätte.

Wenn es so wäre, wie Herr L. L. das so fest annimmt, daß die älteste Form des Rades, das Scheibenrad „fest auf die sich drehende Axe aufgekeilt," sich ganz ungezwungen und mit Notwendigkeit aus der Walze entwickelte, so hätte ich den Artikel ja nicht geschrieben!

In Wirklichkeit existiert aber dieses älteste Rad gar nicht, das Scheibenrad tritt erst viel später auf. Das älteste Rad, mag es nun Gebrauchsrad oder Ornament sein, ist ausnahmslos das Speichenrad und übereinstimmend mit mir entwickelt eben der französische Techniker Forestier, den ich besprach, den Gedanken, die Entstehung des Rades aus dem Scheibenrad, wie Herr L. L. sie so kräftig verteidigt, wäre ganz und gar unannehmbar, und zwar entwickelt Forestier das aus technischen Gründen.

Ebenso unannehmbar ist übrigens für mich der Standpunkt, von dem aus Herr L. L. die Erfindung des Rades und damit des Wagens mit der Begabung oder Erfindungsarmut des Urmenschen irgendwie zusammenbringt.

Unsere direkten Vorfahren in der Kultur, denen wir nach meiner Ansicht (Ed. Hahn. Die Haustiere und ihre Beziehungen zur menschlichen Wirtschaft. Leipzig, Dunker und Humblot 1896) wenigstens die Einteilung des Himmels und der Jahreszeiten und die Grundlage unserer ganzen Wirtschaft im Ackerbau oder Pflugbau verdanken, waren Angehörige eines hochstehenden Volkes, das wir richtig wohl als erstes Kulturvolk der Erde bezeichnen können, mit der Begabung des Urmenschen hatten sie aber sehr wenig zu tun. Ed. Hahn.

*

Büchertisch.

Jean Jaurès. Aus Theorie und Praxis. Sozialistische Studien. Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen. Herausgegeben von Dr. Albert Südekum. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte. 1902.

Der letzte Kongreß der französischen Sozialisten opportunistischer Richtung in Bordeaux mit seinen Debatten über die Zugehörigkeit des früheren Handelsministers Millerand zur Partei hat auch in weiteren Kreisen Interesse für die theoretischen und praktischen Auseinandersetzungen innerhalb des französischen Sozialismus erweckt. Diesem Interesse kommt das vorliegende Buch entgegen, in welchem der ohne Zweifel interessanteste Vertreter jener Gruppe das Wort führt. Es enthält eine Sammlung von Zeitungsartikeln, die stilistisch durch ihre lebhafte, pointierte Schreibweise erfreuen. Sie sind nicht alle gleich wertvoll. Am besten erschienen mir diejenigen, in denen er vom historischen und vom praktisch politischen Standpunkt aus gegen Marx sowie gegen den unklaren Revolutionarismus gewisser französischer Sozialisten polemisiert. Schlagend ist seine Kritik des kommunistischen Manifestes, die Zurückweisung der dort aufgestellten antiquierten Theorien: vom gewaltsamen Umsturz der bürgerlichen Wirtschaftsordnung, von der Verelendung der Arbeiterklasse. Wie zutreffend seine Kritik des Generalstreiks ist, haben in jüngster Zeit wieder die trüben Erfahrungen gezeigt, welche erst die belgischen und dann die holländischen Arbeiter bei dem Versuche der Anwendung dieses untauglichen Mittels gemacht haben. Leider ist Jaurès aber als Nationalökonom nicht ebenso bedeutend wie als Politiker. Die ökonomische Kritik des Marxismus ist bei uns von Bernstein und neuerdings von David weit energischer und gründlicher geführt worden wie von Jaurès. Irgendwelche systematische Kritik gibt dieser überhaupt nicht, dazu ist eine Sammlung von Zeitungsartikeln ja auch nicht besonders geeignet. Leider verfällt er aber auch, wo er seine eigenen positiven Ansichten vom sozialistischen Ideal entwickelt, in beweisunkräftige Allgemeinheiten. Moralisierendes Raisonnement tritt an die Stelle wirtschaftspolitischer Untersuchungen. Dadurch droht der Fortschritt verloren zu gehen, den gerade der Marxismus gegenüber den früheren sozialistischen Systemen darstellt. Das muß auch der Gegner des Sozialismus bedauern, da hierdurch die Möglichkeit fruchtbarer, sachlicher Diskussion eingeengt wird. Auch dieses Buch bringt zum Bewußtsein, daß auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften zwischen deutscher und französischer Arbeitsmethode ein nicht zu übersehender Unterschied besteht.

Eine willkommene Ergänzung dieses Buches bietet eine kleine Sammlung von Reden, die Millerand vor kurzem herausgegeben hat. (Le Socialisme Reformiste français. Bibliothèque Socialiste. No. 15. Paris. Preis 15 Cms.) Besonders bemerkenswert ist das Vorwort, das er seinen Reden voranschickt. Hier spricht ein Mann, der Klarheit und Offenheit liebt, der sich vor überliefertem Mißbrauch nicht zurückzieht. „Wenn wir die Anwendung von Gewalt für ebenso verwerflich wie unnütz ansehen, wenn uns gesetzliche Reformen nicht nur als unser unmittelbares Ziel erscheinen, sondern auch als der einzige praktische Weg, auf dem wir uns dem fernen Endziel nähern können, dann sollen wir auch den Mut haben, wozu ja schließlich nicht viel gehört, uns als das zu bezeichnen, was wir in Wirklichkeit sind, nämlich als Reformer." Das heißt also: Legen wir die Bezeichnung als „Revolutionäre" dahin, wohin sie gehört, wo auch unsere Revolutionsträume schon schlummern — zu den Akten, die von dem erzählen, was einmal gewesen. Ob das der Fall sein wird? Wir fürchten: nein! Denn so will es der „wissenschaftliche Sprachgebrauch" der marxistischen Orthodoxen. E. E.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags.
Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 7. Erstes Juliheft 1903. III Jahrg.

Der Nationalliberalismus als Gegner der Geistesfreiheit.

Von einem Nationalliberalen.

Vor längerer Zeit schrieb ein ultramontanes deutsches Blatt mit Bezug auf die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der nationalliberalen Partei, ungefähr — aus dem Gedächtnis zitiert — das folgende: man wisse eigentlich bloß, daß die Nationalliberalen nicht klerikal seien; wenn in Zukunft Nationalliberale aufträten, die klerikal wären, würden die Meinungsverschiedenheiten noch zahlreicher. Was dort im bitteren Spott als möglich hingestellt war, ist Tatsache geworden und zwar nicht erst seit gestern. Statt aller anderen Beweismittel diene der diesmalige Wahlaufruf der nationalliberalen Partei.

Es heißt darin:

> „Große Gefahren .... verlangen unsere schärfste Abwehr. Die Sozialdemokratie verhetzt die Arbeiter; sie läuft Sturm gegen die Grundlagen unserer Kultur, gegen Monarchie, Religion, Familie, Eigentum ..."

Also der nationalliberale Wahlaufruf tritt für „Religion" ein. Das Wort Religion bedeutet ja gewiß an und für sich nichts Rückschrittliches, denn der vorgeschrittenste Mensch, der am meisten freie, kann für die höchste Zusammenfassung seiner Überzeugungen und für die daraus folgende Lebensführung das Wort „Religion" gebrauchen; ja, es liegt nahe, dieses Wort anzuwenden, weil man jede andere Bezeichnung erst prägen müßte. Nun aber steht das Wort Religion im nationalliberalen Wahlaufrufe in einem ganz bestimmten Zusammenhange. Die nationalliberale Partei tritt in ihrem Aufrufe für die durch die So-

zialdemokratie angeblich bekämpften bestehenden Dinge: Monarchie, Familie, Eigentum, und in dieser Reihe auch für die „Religion“ ein. Damit legt sich die nationalliberale Partei für den heute bestehenden Zustand auf religiösem Gebiet ins Zeug.

Welches aber ist der auf religiösem Gebiete heute herrschende Zustand? Wir haben heute in Deutschland keine andere organisierte Religion von wesentlicher Verbreitung als entweder den Katholizismus oder den Protestantismus. Ich sage entweder oder; denn Niemand kann sowohl Katholik als Protestant sein, etwa wie Jemand preußischer und württembergischer Staatsbürger zugleich sein kann. Die „Religion“, die wir in Deutschland offiziell haben, sind die beiden christlichen Konfessionen und diese stehen sich feindlich gegenüber. Diesen religiösen Zustand hat die nationalliberale Partei durch ihre letzte Kundgebung — und vielleicht schon durch viele andere — geschützt, im Gegensatz zu andern Leuten, die das nicht tun.

Diese anderen Leute sind die Sozialdemokraten. Ein Wort Bebels besagt, die Sozialdemokratie erstrebe auf dem, was man heute das religiöse Gebiet nennt, den Atheismus. Es werden von sozialdemokratischer Seite manchmal auch andere Ansichten vorgegeben, aber der Ausspruch Bebels ist wohl offener und die durch ihn ausgedrückte Geistesrichtung wird natürlich auch von dem nationalliberalen Wahlaufruf ins Auge gefaßt, wenn er behauptet, die Sozialdemokratie laufe Sturm gegen die Religion.

Was ist nun Atheismus? Theismus bedeutet den Glauben an einen überweltlichen persönlichen Gott; das Wort Atheismus bedeutet die Ablehnung dieser Gottesvorstellung. Es bedeutet weiter die Ablehnung der Vorstellung eines höchsten Wesens, das unabhängig vom Universum als bestehend und dieses leitend angenommen wird. Wenn sich Bebel oder die Sozialdemokraten zu dieser atheistischen religiösen Anschauung bekennen, — so hat die nationalliberale Partei etwas dagegen einzuwenden? Das ist doch von einer Partei, die sich liberal nennt, ganz sonderbar! Die nationalliberale Partei betrachtet es als ihre Aufgabe, zu verhindern, daß es in Deutschland Menschen giebt, die einer atheistischen Weltanschauung, also etwa dem Monismus, anhängen? Ja, giebt es denn in Deutschland überhaupt gebildete Menschen — solche, die diesen Namen verdienen — die nicht Anhänger des Monismus sind?

Wenn Bebel im Reichstage erklärt hat: „Wir erstreben den Atheismus“, so war das ein offenes, mutiges Eintreten für eine bestimmte Anschauung und ein solches Eintreten hat an und für sich schon etwas Religiöses. Der Leser möge einmal rein empirisch die Verhaltungsweise von Anhängern der verschiedensten Religionen betrachten und

er wird beobachten, daß, wenn man irgendwo von einem religiösen Verhalten reden kann, es sich wohl immer um das offene mutige Eintreten für irgend eine Anschauung handelt, während das schwächliche Nichteintreten für die Sache, an die man eigentlich doch glaubt, oder das böswillige Widerstreben als irreligiös erscheint. Schon insofern hatte das offene Bekenntnis Bebels einen religiösen Anstrich. Nun aber bedeutet der Atheismus auch tatsächlich ein Verhalten, nicht auf wirtschaftlichem oder politischem, sondern religiösem Gebiet. Monismus, der ein Wegweiser des Lebens wird, ist Religion. Und es ist nach meiner Meinung eine weit höher stehende Religion als die heute in Deutschland herrschenden beiden Konfessionen: der dogmatische Katholizismus und der dogmatische Protestantismus.

Der atheistischen Religion gehören selbstverständlich auch viele Nationalliberale an. Wenn man das leugnen wollte, so würde man denn doch die Intelligenz des Bürgertums, die in dieser Partei vertreten ist, unterschätzen. Warum aber wird dann in dem Wahlaufrufe der nationalliberalen Partei die bestehende Religion — d. h. die beiden herrschenden Konfessionen — gegen den Atheismus der Sozialdemokratie verteidigt? Die Frage ist schwer zu beantworten.

So, wie das Wort von der Religion im nationalliberalen Wahlaufruf steht, ist es ein „Monument von unserer Zeiten Schande!" Der Liberalismus ist klerikal geworden! Er tritt ein für die bestehende Religion, d. h. den Zwiespalt der Konfessionen, und bekämpft die vorgeschrittene Weltanschauung, die innerhalb der Sozialdemokratie Anhänger hat!

Manchmal tut der Liberalismus so, als ob er sich um die Religion gar nicht kümmere, als ob er die jedem Einzelnen überlasse. Die liberale Partei, d. h. die Partei des Fortschritts, sollte jedoch auch auf religiösem Gebiete für den positiven Fortschritt eintreten. Aber sie tut nicht nur nicht dieses, sie bleibt auch nicht unparteiisch, sondern sie tritt positiv für die bestehenden Konfessionen, d. h. für den Klerikalismus, ein.

Es entsteht die Frage, ob frei gesinnte Männer, die von der „Lust des Denkens" nicht lassen und unser Volk aus dem fürchterlichen religiösen Elend, in dem es sich befindet, herausheben wollen, hinfort noch dieser Partei angehören können.

Für diejenigen, die noch nicht aus der nationalliberalen Partei ausscheiden wollen — und dazu zählt der Verfasser —, erwächst die ernsteste Pflicht, ihre Anschauungen innerhalb derselben zur Geltung zu bringen. Es darf nicht der Sozialdemokratie allein

überlassen bleiben, in Deutschland die Geistesfreiheit und den geistigen Fortschritt zu schützen. Gerade der nationalliberalen Partei sollte die Pflicht einleuchten, in ihren Parteigängern die freieste, vorgeschrittenste Weltanschauung zu fördern und zugleich eine erhaltende staatsfreundliche Gesinnung zu pflegen. Die Nationalliberalen sollten, jeder durch sein eigenes Leben, zeigen, daß man ein Freund der Geistesfreiheit sein kann, ohne falsche oder übereilte politische Folgerungen zu ziehen und ohne einer haltlosen Lebensführung zu verfallen. Für den wahrhaft religiösen Menschen freilich liegt die Sache noch anders; er betrachtet die Wahrheit nicht als etwas, wogegen man vorsichtig Kautelen anwenden muß; er brennt danach, sich mit seinem ganzen Wesen dem Universum hinzugeben, sich — wie Goethe sagt — „am All beglückt zu erhalten" und seinen Platz in diesem All auszufüllen; dazu muß er natürlich das Universum richtig erkennen; das ist ihm religiöse Pflicht. Die Anhänger der bestehenden „Religion", d. h. einer der herrschenden christlichen Konfessionen, erfüllen diese Pflicht nicht; sie wenden nicht die uns Menschen zugänglichen Mittel der Erkenntnis gewissenhaft und unerschrocken an, um dem großen Tatbestand der Dinge, der Realität der im Universum liegenden und uns beherrschenden Kräfte, nahe zu kommen.

Die Tragödie in Belgrad.

Man glaubt sich in die Tage des römischen Prätorianertums zurückversetzt, wenn man von dem entsetzlichen Ende liest, welches der letzte Obrenowitsch, König Alexander von Serbien, seine Draga, deren Brüder, sowie die einflußreichsten Anhänger des Hauses Obrenowitsch gefunden. Die ganze gebildete Kulturwelt, soweit ihr Denken und Fühlen nicht durch den beschränktesten Parteifanatismus korrumpiert und abgestumpft ist, erfüllt nur ein Gefühl, das Gefühl des tiefsten Abscheues.

Wenn ein fanatischer, anarchistischer Terrorist zur Bombe oder zum Dolche greift und ein Attentat auf ein gekröntes Haupt verübt, im törichten Glauben, damit die von ihm gehaßte Ordnung zu treffen, so ist eine solche Tat gewiß verurteilenswert; aber sie kann aus dem wahnwitzigen Fanatismus erklärt werden, der im Herrscher das Prinzip der Herrschaft zu treffen meint. Ganz anders aber muß es beurteilt werden, wenn nach einem fein ausgeklügelten Plane in finsterer

Nacht verschworene Offiziere durch Hinterpforten in den Konak, in das Schlafgemach des Königspaares dringen und die ganze Dynastie Obrenowitsch und ihre treuesten Anhänger niedermetzeln. Da kann man nicht von der Tat eines Eiferers sprechen und ebensowenig von der Erhebung des Volkes, das den blutigen Tyrannen stürzt: Es ist der planmäßig inszenierte Meuchelmord einer streberischen Soldateska, die das Haus Obrenowitsch aus dem Wege räumt, um an dessen Stelle die Dynastie Karageorgewitsch auf den serbischen Königsthron zu setzen.

So schauderhaft auch die Tragödie in Belgrad ist — für den genauen Beobachter der südslavischen Verhältnisse, für den objektiven Beurteiler der Lage am Balkan kommt die Bluttat von Belgrad nicht allzu überraschend. Es gährt und brodelt seit geraumer Zeit nicht etwa nur in der Türkei, sondern auch in allen übrigen Balkanstaaten, die der Tummelplatz zahlreicher Abenteuerer und vom Großmachtstaumel erfüllter Agitatoren sind. Anstatt für die kulturelle Hebung und für Steuerung der sozialen Not zu sorgen, giebt es in allen Balkanstaaten Politiker, die das eigene Volk von seiner staatlichen Misere ablenken wollen, durch phantastische Vorspiegelungen, ihr Volk sei berufen, bei der Liquidierung der Türkei den Löwenanteil davonzutragen.

Dies muß man erwägen, um zugleich die ganze Gefahr zu ermessen, welche die Schandtat der serbischen Soldateska auch am ganzen übrigen Balkan zeitigen kann. Die Tatsache allerdings, daß das Volk von Belgrad diesen Mord seiner Dynastie nicht nur ruhig hinnimmt, sondern der Tat der Rebellen angeblich zujubelt, beweist deutlich, wie unbeliebt das Haus Obrenowitsch in Serbien war und auf wie schwankenden Fundamenten sein Thron stets stand. Allgemein ist die Anschauung verbreitet, daß das Unglück des Hauses Obrenowitsch die Heirat Alexanders mit Draga Maschin war, die ihm nicht nur keinen Erben gebar, sondern überdies die Kühnheit hatte, ihren Bruder als Thronerben proklamieren zu wollen. Dazu kommt noch, daß die gesamte Regierungspolitik sowohl unter Alexander, wie unter seinem Vater Milan ganz darnach angetan war, die Massen des Volkes gegen das in Serbien herrschende Regierungssystem zu erbittern. Im Lande wütete seit geraumer Zeit ein großer Terrorismus, der sich besonders in verschiedenen politischen Prozessen gegen die radikalen Elemente, in der reaktionären Handhabung der Preß- Versammlungs- und Vereinsgesetze, in dem unqualifizierbaren Vorgehen bei den Wahlen äußerte. Ein Hauptmoment, welches den Untergang des

Hauses Obrenowitsch, den man wohl voraussehen konnte, wenn auch nicht unter den schauerlichen Umständen, herbeiführte, bildete die Sistierung der am 6. April 1901, am 50ten Gedenktage des Abzuges der türkischen Besatzung aus Belgrad, gegebenen Verfassung. Bei der Feier, die aus diesem Anlasse stattfand, hielt König Alexander eine Ansprache, in der er sagte: Ich hielt den Zeitpunkt für gekommen, in einer neuen Verfassung die Bürgschaft niederzulegen, welche meinem Lande und meinem Volke die freiheitliche Entwickelung sichern soll. Ein Land, das sich im 20. Jahrhundert ein zivilisiertes und europäisches nennen will, kann diese Bürgschaft nicht entbehren." Diese neue Verfassung vom 6. April 1901 gewährte Rechtsgleichheit, Religionsfreiheit, Preßfreiheit, verbot alle Ausnahms- und Standgerichte und garantierte Wahlfreiheit. Zum Unglück des Landes und dem Verderben des Königs dauerte diese Verfassung nicht lange. Alexander oktroyierte am 25. März 1903 eine andere, durch die er der in der Skuptschina herrschenden radikalen Partei ein Ende machte.

Die vor einigen Wochen vollzogenen Neuwahlen fielen nun allerdings zu Gunsten der damals herrschenden Regierungskreise aus, vernichteten aber nicht nur die radikale Partei sondern waren auch der letzte Anlaß zum Sturze des Hauses Obrenowitsch, indem die Radikalen die Hoffnung aufgaben, auf parlamentarischem, legitimem Wege dessen Sturz herbeizuführen.

Was nun die erwähnte Skuptschina und ihre Parteien betrifft, so erfreuen sie sich alle keiner allzu großen Popularität. Das Volk ist mehr oder weniger mit allen Fraktionen, die mehr Personen — als Prinzipienpolitik kultivieren, unzufrieden, und schenkt seine Sympathien einer neuen, erst in Organisation begriffenen Jugendpartei, die ihre Wurzeln in dem Landvolke hat, das alle Städter mit Mißtrauen betrachtet.

Ob die in jeder Richtung trostlosen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Serbiens unter dem Regime Karageorgewitsch sich bessern und nicht vielleicht gar verschlechtern werden, wird die Zukunft lehren. Die Proklamation der neuen Regierung an das serbische Volk ist geschickt gehalten, kündet die Wiederherstellung der Verfassung vom 6. April 1901 an, mit allen Gesetzen, die bis zum 25. März 1903 in Geltung waren, und fordert das Volk auf, sich um sie zu scharen und ihr dazu zu verhelfen, daß im Lande überall Ordnung und Rechtssicherheit erhalten bleibe. Solang dies der Fall ist, haben freilich die europäischen Mächte, insbesondere Österreich, wenn sie auch mit sehr gemischten Gefühlen der Katastrophe in Serbien

gegenüberstehen, *keinen* Anlaß zur Intervention. Anders liegt die Situation, falls der Thronwechsel in Serbin nicht ruhig verläuft, und *Verwickelungen eintreten, welche auf andere Balkangebiete* übergreifen.

Sollten diese Vorgänge etwa nur der Vorbote von *neuen* Wirren in Serbien sein und sollten jene unruhigen Elemente, die besonders in *Bulgarien* und *Montenegro* vorhanden sind, den Moment für gekommen halten, im *Trüben zu fischen*, dann könnte leicht der Fall eintreten, daß **Österreich gezwungen ist, zu intervenieren,** weil es *keineswegs zugeben kann, daß die chaotischen Zustände der Balkanländer sich auf sein südslavisches Gebiet ausdehnen.* Auf die angeblich österreichfreundliche Gesinnung und die Friedensliebe des Prätorianerkönigs Peter *Karageorgewitsch*, und seines Anverwandten, des Fürsten von *Montenegro*, ist ebenso wenig Verlaß, als auf das der übrigen Zaunkönige am Balkan.

Den Machthabern in *Konstantinopel, Sophia, Cetinje und Belgrad* muß endlich einmal von der europäischen Kulturwelt und insbesondere von Österreich und Deutschland mit **allem Nachdruck klar** gemacht werden, daß **Europa keineswegs gesonnen ist,** sich seinen *Frieden und seine Ruhe durch die Unruhestifter am Balkan stets stören zu lassen* und sich etwa von Belgrad, Cetinje, Sophia und Konstantinopel aus der Gefahr eines allgemeinen europäischen Brandes auszusetzen.

Wenn die Türkei und die Balkanstaaten, wie die Belgrader Katastrophe von neuem zeigt, *unfähig sind im eigenen Hause Ordnung zu schaffen*, wenn Raub, Mord und Plünderung in den Balkanländern stets auf der Tagesordnung stehen, dann haben die europäischen Großmächte die *Verpflichtung* mit Beiseitelassen aller kleinlichen Rivalitäten **an eine radikale Neuordnung** am Balkan zu schreiten, die mit der *Jahrhundert alten Barbarei und Verlotterung reinen Tisch macht, diese Länder der Kultur erschließt und ihnen sowie Europa einen dauernden Frieden sichert.*

Dies ist die bisher noch von keiner Seite gezogene wichtige Konsequenz der Belgrader Königstragödie, der nur allzuleicht andere folgen könnten, wenn man nicht an die endgiltige Lösung der orientalischen Frage schreitet.

Preßbaum den 14. Juni 1903. H. K . . . sch.

Das heutige Preußen und die byzantinische Gefahr.

Von einem Byzantinisten.

Der 450. Jahrestag des Falles eines der mächtigsten Reiche des Mittelalters, auf den wir am 30. Mai zurückblickten, kann auf den ersten Blick kaum die Teilnahme des nichtzünftigen Historikers oder gar des Laien erwecken. Es schloß eine Welt in sich, die unserer westeuropäischen so völlig entgegengesetzt, so fremd und unverständlich erscheint, daß man sich erstaunt fragen muß, was wir für einen Grund haben, die für uns tote Erinnerung an die Geschichte dieses Reiches in unserer modernen Zeit zu erneuern oder gar Lehren daraus zu ziehen. Das mag wohl für das heilige Rußland zutreffen, das sich als den Erben von Byzanz betrachten kann, den Kulturerben mit Rücksicht auf die Vergangenheit, den politischen Erben mit Rücksicht auf die Zukunft. Was aber hat unsere, des neuen, nationalen Deutschen Reiches Vergangenheit und Zukunft zu tun mit einem alten, halbasiatischen, internationalen Staatskoloß, der auf tönernen Füßen stand, und dessen schwere schleppende Last diese Füße schließlich nicht mehr zu tragen vermochten, sodaß sie darunter zusammenbrachen? — Gewiß verbinden uns keinerlei direkte historische Fäden mit jener Ostwelt, gewiß erwuchs unsere Kultur aus einem anderen und gesünderen Boden, aber es gibt trotzdem geheime Kräfte in der Weltgeschichte, die, auf zeitlich und örtlich verschiedenen Schauplätzen tätig, aus ähnlichen äußeren Umständen auch zu inneren Übereinstimmungen führen können, falls sie günstige Bedingungen für ihr Wirken vorfinden.

Sicher ist nun, daß solche äußere Umstände wenigstens zum Teil bei uns bestehen, wie sie auch für das Byzantinische Reich gegeben waren, und kaum weniger sicher ist es für den unbefangenen Beobachter, daß auch im heutigen Preußen, dem starken Grundstein des Deutschen Reiches, Kräfte am Werke sind, die, wenn sie weiter wachsen, leicht zu ähnlichen verhängnisvollen Ergebnissen führen können, wie in Byzanz.

Wenn sich auf diese gewitterartigen Erscheinungen am Himmel unseres nationalen Lebens heute der Blick richtet, so soll nicht etwa die Rede sein von dem, was man bei uns als „Byzantinismus" zu bezeichnen pflegt. Man wird also nicht die Mitteilung von interessanten Fällen höfischer Katzenbuckelei und Speichelleckerei zu erwarten haben. Dergleichen liegt nun auf der Oberfläche. Uns aber kommt es darauf an, auf die inneren Übereinstimmungen zwischen ganz offenkundigen Erscheinungen unseres staatlichen, kirchlichen und sozialen Lebens und den entsprechenden von Byzanz hinzudeuten und eine gemeinsame Erklärung dafür zu finden. Es soll also unter der Bezeichnung „byzantinisch" alles

dasjenige zusammengefaßt werden, was auf den genannten Gebieten zuerst in Byzanz zum vollen Ausdruck gelangt ist und was nun auch bei uns immer mehr diesen Charakter anzunehmen droht.

Das Gemeinsame in der äußeren Lage des byzantinischen und des preußischen Staates besteht zunächst darin, daß beide zum größten Teil Eroberungsstaaten sind; Ansiedelungen auf fremdem Boden, der erst kolonisiert werden mußte und dann zum Ausgangspunkt weiterer Machtentfaltung wurde. Dieses Kolonisationswerk erstreckte sich für beide auf die Slaven, und diese Unterwerfung einer niederen durch eine höhere Rasse führte zu den gleichen sozialen Verhältnissen, wie sie in dem sowohl für das byzantinische Reich wie für Preußen so charakteristischen Großgrundbesitzertum hauptsächlich zur Erscheinung kommen nebst allen den schweren Schäden, die damit verbunden sind. Ferner war bei den Eroberern die Ausbildung jenes Herrencharakters die Folge, der den Byzantinern ebenso eigen gewesen sein muß wie er ihren Besiegern und Nachfolgern, den Türken, eigen ist und wie er sich auch — mutatis mutandis — bei dem echten Preußen bis zum heutigen Tage nicht verleugnet, ja sich oft bis zu jener dem Süd- und Westdeutschen so unsympathischen und unverständlichen, weil undemokratischen „Schneidigkeit" steigert, als Beweis, daß seine Vorfahren im Verkehr mit unterworfenen Stämmen gestanden sind, nicht mit Volksgenossen. Aus diesem Herrenmenschentum von Byzantinern und Preußen erklärt sich auch ihre nüchterne Härte, ihre Abneigung gegen feinere ästhetische Kultur, aber auch ihre kriegerische und militärische Tüchtigkeit nach außen, ihr Verwaltungs- und Beamtentalent nach innen. Es waren Kolonisatoren des Schwertes, nicht des Geistes, glaubenseifrige Kämpfer, die an Gottes und ihrer Sache Sieg glaubten. So wurden Byzantiner und Preußen zu Bekehrern der Slaven, jene von Süden, diese von Westen her. Aber wie Byzanz ist auch Preußen mit den Eroberten und Unterjochten nie ganz fertig geworden: die ewigen Slaveneinfälle haben das oströmische Reich trotz seiner starken Verteidigung und straffen Verwaltung schließlich doch in den Grundvesten erschüttert, und man braucht kein unpatriotischer Pessimist zu sein, um zu erkennen, eine wie schwere Gefahr dem Deutschtum noch von dem Polen- und Czechentum droht, um so mehr, als es nicht nur nach e i n e r Seite hin auf seiner Hut sein muß.

Und das ist das zweite, wodurch Preußens Lage an die des byzantinischen Reiches erinnert: seine exponierte Mittelstellung zwischen feindlichen Nachbarvölkern in Ost und West, und als Folge davon seine Nötigung, stets in der Defensive zu stehen und ein kampfbereites Heer zu unterhalten. Es ist eine bei uns noch nicht genügend bekannte Tatsache, daß ohne das beständige Anstürmen der Slaven gegen die Byzantiner heute

wohl keine Türken in Europa wären; denn diese sind ja erst von den Bedrängten gegen die Slaven zu Hilfe gerufen worden, worauf sie dann die Geister, die sie riefen, nicht los wurden. Der beständige Kampf mit drei Fronten, nach Osten, Norden und Westen, ist also dem Byzantinerreiche verhängnisvoll geworden im Zusammenhang mit dem kostspieligen Aufgebot einer riesigen Militärmacht, die die Finanzkraft des Reiches untergrub und die Steuerschraube immer tiefer in den Volkskörper hineinbohrte. So wurde Byzanz durch den Zwang seiner inneren und äußeren Verhältnisse zu einem Beamten- und Militärstaat, wie das Mittelalter keinen zweiten kannte, und so ist es auch mit Preußen geschehen.

Die byzantinische Geschichte ist zu Ende, die preußisch-deutsche Gottlob noch nicht. Darum aber können und sollen wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen, die Gefahren der Zukunft zu bannen.

Wo lagen diese Gefahren für Byzanz und wo liegen sie für Preußen? — Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sie im letzten Grunde nicht so sehr zu suchen sind in der durch die äußere Lage geschaffenen Situation, als in den Folgen derselben für die Lage im Innern. Byzanz erlag nicht zuletzt seiner politischen und wirtschaftlichen Erschöpfung, — dies ist erst sekundär — sondern dem Mangel an Elastizität in seinem inneren staatlichen, sozialen und geistigen Leben sowie dem Mangel an harmonischer Verteilung der leitenden Kräfte.

Byzanz hat die Prinzipien der römischen Staatsverwaltung auf die Spitze getrieben: die denkbar straffste Zentralisierung aller Verwaltungszweige in einem Beamtenapparat, der von der Hauptstadt aus, vom Palaste des Kaisers, in Bewegung gesetzt wurde, war das Ziel, auf das man von Anfang an hinarbeitete. Der radikale Staatsgedanke war das A und das O aller Entwickelung; ihm mußten sich alle Lebensinteressen erbarmungslos unterordnen, in ihm mußten sie aufgehen: Gemeinde, Kirche und Schule, sie waren nur Mittel zum Zweck in der Hand der Staatsregierung und dienten als Werkzeuge zur Verwirklichung ihrer Pläne.

Ein freies Bürgertum mit einem wenn auch noch so geringen Maß von Selbstverwaltung gab es im oströmischen Reiche nicht; alle Ämter in den Provinzen wurden von der Hauptstadt aus besetzt, alle Gesetze von dort aus erlassen, alle Steuererträge flossen dorthin und wurden von eigens entsendeten kaiserlichen Steuererhebern eingetrieben. Alle Talente strömten nach der Hauptstadt zusammen, und als das Erstrebenswerteste galt eine Stelle im Staatsdienst. Die Juristen wurden der herrschende und erhabenste Stand; die meisten der bedeutenden Männer, die

auch im geistigen Leben eine Rolle spielten, waren Juristen oder Diplomaten, so fast alle Historiker, von denen wir wissen, von Prokop, dem Geheimrat und Sekretär Belisars, bis zu dem die Eroberung Konstantinopels überlebenden Georg Phrantzes. Und wer als Dichter Carriere machen wollte, mußte an den Hof nach der Hauptstadt; denn nur die Hofpoesie wurde gesucht und geehrt. So wurde alles frische Leben den Provinzen entzogen und in Byzanz konzentriert: dieses repräsentierte das Reich, das ja auch nach der Hauptstadt seinen Namen führte.

Diese Zentralisierung mußte die Quelle jenes Bureaukratismus werden, für den ja Byzanz vorbildlich geworden ist in Europa. Die festgegliederte Beamtenhierarchie führte dann zu der bekannten Ausbildung des Rang- und Titelwesens, von dem wir ja nicht weiter zu reden brauchen.

Diese rücksichtslose Durchführung einer autokratischen Staatsgewalt mußte den Charakter des Reiches als eines Militär- und Beamtenstaates immer deutlicher hervortreten lassen. Wie in einem solchen für individualistische Regungen kein Raum ist, wo jeder nur nach seinem Verhältnis zum Staat abgeschätzt wird, so konnte auch für keine Organisation neben der des Staates Raum vorhanden sein, am wenigsten für diejenige, deren Stellung ihm so leicht gefährlich werden kann, für die Kirche.

Die Entwickelung der byzantinischen Kirche ist die einer fortschreitenden Unterwerfung unter die Macht und den Willen des Staates; es ist der ausgeprägteste Typus einer Staatskirche. Die Synoden, ein Abbild des römischen Senates, tagen unter dem Vorsitz des Kaisers; seit dem Konzil von Chalkedon wurden sie aufgehoben und durch schriftliche Berichte der Bischöfe ersetzt, die der Kaiser einforderte. Von 475 an, wo der Usurpator Basiliskos das Konzil von Chalkedon verdammte, traten an die Stelle jener Berichte eigene kaiserliche Edikte, eine neue Methode, „die offizielle Theologie direkt durch den kaiserlichen Mund zu verkündigen. Mit Justinian erreichte der Cäsaropapismus seinen Höhepunkt; er beaufsichtigte nicht nur die Kirche, sondern machte auch ihre Theologie, wie er sich überhaupt gern als dilettierenden Theologen aufspielte." Durch sein Vorgehen und sein willkürliches Eingreifen in die Besetzung kirchlicher Stellen waren bei seinem Tode selbst die byzantinischen Gemüter so erregt, daß sein Nachfolger Justin ein ausdrückliches orthodoxes Glaubensbekenntnis zur Beruhigung des Klerus ablegen mußte. Die folgenden Jahrhunderte des Bilderstreites und der Unionsfrage waren nicht geeignet, die innerlich zerklüftete Kirche zu stärken, und die Oberherrschaft des Staates erschien gegenüber der verhaßten Vereinigung mit Rom als ein Sieg der nationalen Sache: als Kaiser Basilios den un-

botmäßigen, papistischen Patriarchen Nikolaos absetzte (867), erhielt er aus allen Schichten des Volkes, selbst von den kleinen Handwerkern und Händlern Huldigungsadressen, die ihn als den großen Patrioten feierten. Damit aber war die Oberaufsicht des Kaisers über die Kirche für immer in Byzanz gesichert, die letztere ein willenloses Werkzeug des Staates geworden.

Man glaube aber nicht, daß diese Entwickelung ohne schwere Kämpfe und mutige Verteidigung von seiten der in ihrer Freiheit bedrohten Geistlichkeit vor sich ging. Diese verfügte über nicht wenige mannhafte Vertreter, die den Kaisern scharfe und offene Opposition machten und lieber auf ihr Amt, als auf ihre Überzeugung verzichteten. Zwar unter Justinian wagte es nur ein lateinischer Bischof in einer Verteidigungsschrift dem Dilettantismus des Kaisers entgegenzutreten, wenn er ihm vorhält: „Besser ist, daß man sich in seinen eigenen Grenzen halte; wer sie überschreitet, kann viele zu Grunde richten und wenigen nützen . . . Nie haben wir aus der Webestube den Ambos ertönen hören oder dort das Feuer in den Schmiedeöfen anblasen sehen . . . Nur die verstehen ein Handwerk gründlich, die bei den zünftigen Meistern gelernt haben . . . Da die Geschäfte des Palastes nicht der Kirche zugewiesen werden, warum hat der Kaiser die Kirchensachen dem Palaste zugewiesen?“ — Mit wahrhaft wohltuendem Freimut aber tritt einer der ältesten Vertreter der griechischen Kirche, der in den Stürmen des Bilderstreites die Interessen der Kirche unerschütterlich wahrende Abt Theodor Studites, der Auffassung entgegen, daß für die Kaiser die Vorschriften des Evangeliums nicht gelten: „wenn der Kaiser nicht unter dem Gesetze steht, so gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder der Kaiser ist Gott, denn nur die Gottheit ist dem Gesetz nicht untertan, oder es herrscht Gesetzlosigkeit und Revolution.“ Und dem verhaßten Kaiser Leo dem Armenier schleudert er die Worte ins Gesicht: „O Kaiser, wir sollten Dir, der Du allem Guten abgewandt bist, in Zukunft nichts mehr sagen noch Dir antworten. Da Du uns aber jetzt zu Fragen und Antworten förmlich reizest, will ich Dir vor allem dies antworten: daß die Verwaltung der Kirche den Priestern und Lehrern zukommt, dem Kaiser aber die der politischen Angelegenheiten.“ Hier sehen wir also einen Byzantiner die moderne Forderung der völligen Trennung von Staat und Kirche in schroffster Form erheben. Trotzdem stand die Masse auf seiten des Staates, des angeblichen Hortes des nationalen Glaubens im Kampfe gegen den lateinischen Westen, und der Staat machte sich diese Stimmung wohl zu nutze: er umklammerte die Kirche immer fester mit seinen Fangarmen, bis ihr das eigene Leben ausging. Seit dem Jahre 920 ist die innere Entwickelung der griechischen Kirche abgeschlossen, die Priester sind Be-

amte des Staates geworden, sie genießen Steuerfreiheit und sonstige Vorrechte, wovon die Folge ein unerhörter Zudrang zum geistlichen Berufe ist, dergestalt, daß dieser alle andern verdrängt und im Jahre 1453 bei der Belagerung Konstantinopels durch die Türken es an waffenfähiger Mannschaft fehlt, da die meisten Männer im Priestergewande steckten.*)

Weniger gut als über die kirchlichen Zustände des byzantinischen Reiches sind wir über die Schule unterrichtet, doch ist es wohl nicht zu bezweifeln, daß diese, wie im Mittelalter überhaupt, so auch in Byzanz lediglich ein Annex der Kirche war, daß sie also dem Einfluß des Staates nur indirekt unterstand. Wäre sie, wie in dem modernen Europa, ein wichtiges Glied am sozialen Körper gewesen, so darf man wohl mit Sicherheit annehmen, daß sie nicht weniger festgebunden gewesen wäre, als die Kirche. Ein Staatsinstitut wäre sie sicher geworden, wie es die einzige Hochschule des Reiches in der Hauptstadt tatsächlich gewesen ist.

Diese Einschachtelung von Gemeinde und Kirche in das feste, eiserne Gefüge des Staates und die Zentralisierung der Kräfte an einem Punkte ist es nun, was jene bereits angedeutete ungleiche Lastverteilung im byzantinischen Staatsorganismus verschuldet und damit jene Stockung der Blutzirkulation zu stande gebracht hat, die zunächst zur Erstarrung der Glieder und dann des ganzen Körpers geführt hat. Das freie Spiel der Kräfte kann eben auch der lebendige Organismus des Staates auf die Dauer nicht entbehren, wenn er nicht zum leblosen Mechanismus erstarren soll. Diese Erstarrung aber, in die das Reich nach einer unvergleichlichen Kraftentfaltung von mehr als sechs Jahrhunderten allmählich verfällt und es zu einem schleichenden Siechtum verurteilt, kann nur als die letzte Folge jener unheilvollen und aufreibenden rein äußerlichen Zentralisierungspolitik betrachtet werden. Der alte griechische Individualismus hat in Byzanz sein letztes Leben ausgehaucht.

Das ist die traurige Lehre, die uns die byzantinische Geschichte gibt. Richten wir nun den Blick auf unsere eigenen Zustände, müssen wir da nicht zugeben, daß sie sich in einer Richtung entwickeln, die eine schwere Gefahr für eine wenn auch noch ferne Zukunft in sich schließt? — Vielleicht haben wir näherliegenden Gefahren zu begegnen, als daß das Auge frei in weitere Fernen schweifen kann, wo eine unscheinbare Wolke auftaucht, die nur wenige beachten. Vielleicht aber umhüllt uns auch schon die Wolke und wir wissen nicht, daß sie unsern Blick umflort.

*) Wir entnehmen diese Einzelheiten über das Schicksal der griechischen Kirche einem lesenswerten Aufsatz von H. Gelzer, Staat und Kirche in Byzanz (Histor. Ztsch. Bd. 86 (1901), S. 195—252).

Vielleicht sind jene Gefahren, mit denen wir täglich geängstigt werden, die soziale Gefahr, die katholische Gefahr, die Polengefahr, nur Teile jener größeren, die man noch nicht so klar übersieht und die uns doch schwerer bedroht, weil wir sie nicht gewahr werden oder nicht glauben, daß es eine Gefahr ist. Die Symptome sind jedenfalls vor unseren Augen, und der vergleichende Blick auf Byzanz und sein Schicksal soll sie uns offenbaren helfen.

Einige Analogien in den historischen Voraussetzungen des byzantinischen und des preußischen Staates mußten wir bereits feststellen. Lassen sie sich noch weiter verfolgen, finden wir vielleicht auch in der späteren historischen Entwickelung dieselben Tendenzen wieder, die wir in der Geschichte von Ostrom beobachteten? — Fast hat es den Anschein, daß wir, nach den Erfahrungen der letzten 5—6 Jahrzehnte zu schließen, in eine Periode eingetreten sind, wo uns vor dem Umsichgreifen, ja fast Übergreifen der staatlichen Gewalt in die stille Entwickelung des sozialen und religiösen Lebens immer mehr bange werden muß. Der alte germanische Individualismus, wie er noch bei Angelsachsen und Skandinaviern lebendig ist, scheint auf preußisch-deutschem Boden immer mehr einem äußeren Formalismus und Schematismus zu weichen, jenem vom Staate sanktionierten, aber verzerrten Abbilde eines maßvollen Sozialismus, wie der Stirnersche und Nietzschesche Egoismus nur ein Zerrbild des gesunden und berechtigten Individualismus eines Mill, Carlyle und Lagarde ist, zu dem wir es in Deutschland noch nicht gebracht haben, einfach aus dem Grunde, weil er sich nicht ruhig und ungestört entfalten kann, sondern immer nur als Reaktion gegen die Überspannung und die Tyrannei der Gesetze auftritt. „Wir Deutsche", so hörte ich einmal sagen, „lassen uns erst alles gefallen, und wenn es zu spät ist, schreien und toben wir." Darin liegt freilich etwas Ungesundes und Unharmonisches, ein Mangel an echtem Stolz und an Menschenwürde, ja an Charakter. Man findet — es ist traurig, es aussprechen zu müssen — ganz entsprechende Gegensätze bei den Byzantinern: sklavische Unterwürfigkeit auf der einen, rebellische Unbotmäßigkeit, die sich meistens in Worten erschöpft, auf der anderen Seite; höfische Schweifwedelei vor dem Thron oder wüste Schimpfreden gegen den Herrscher, selten ein freies und doch vornehmes Wort.

Wie ist es doch dazu gekommen in deutschen Landen? — Hat es innerliche oder äußerliche Gründe, ist es eine Anlage des Charakters oder eine Folge äußeren Druckes? — Maßlosigkeit ist zwar, wie Wilhelm Scherer einmal sagt, der Fluch unserer Entwickelung von jeher gewesen, doch gilt dies Wort wohl mehr von der geistigen, als von der politischen Entwickelung, wenigstens kommt hier das Maßlose erst in neuester Zeit

zur stärkeren Erscheinung, und auch nicht überall in gleichem Maße. Herzliche Treue zum Herrscherhause ist ja gerade ein Grundzug deutschen Wesens, die sich zumal im deutschen Süden noch heute in schlichter, gerader Art auch Höheren gegenüber äußert, ebenso frei von Demütigkeit wie von Vertraulichkeit, aber auch von förmlicher Steifheit. Es soll hier kein Stein auf das Preußentum als solches geworfen werden; wir kennen und lieben die kernigen und knorrigen Persönlichkeiten der alt-preußischen Geschichte, eben weil sie ganz Persönlichkeiten waren, wenn auch etwas gewalttätige Naturen. Aber wir lieben nicht die unpersönliche, korrekte, amtliche, bald verbindlich lächelnde, bald kaltherzige und schroffe Haltung der „maßgebenden" Kreise des neuen Preußentums, wie sie sich seit 1870 in so unpopulärer Weise entwickelt hat, und wie sie in der immer weiter werdenden Kluft zwischen Volk und Beamten, in den sich erschreckend häufenden Fällen von Beamtenbeleidigungen — einem früher ganz unbekannten Kapitel*) — zur traurigen Erscheinung kommt. Wir lieben nicht die aufdringliche Art, mit der das höfische Leben immer mehr in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit und des Tagesgespräches tritt, nicht die gesellschaftliche Tyrannei, die Militär- und Beamtentum immer mehr auf die ungezwungene, alte bürgerliche Geselligkeit ausüben, in der noch der Mensch als solcher geschätzt wurde, nicht nach seinem Behaftetsein mit Ämtern, Titeln und Orden, wir lieben nicht diese peinliche Beobachtung von Rang und Etikette, wie sie jetzt leider aus der höheren Beamtenwelt auch in die freie Gelehrtenrepublik einzudringen droht und einen harmlosen Verkehr zwischen Privatdozenten, außerordentlichen und ordentlichen Professoren immer mehr erschwert — wir lieben alle diese und andere unerfreulichen sozialen Erscheinungen nicht, weil sie nicht deutsch sind.

Sie müssen aber wohl historische Gründe haben, und zwar scheinen sie im letzten Grunde zugeschrieben werden zu müssen jenem Bedürfnis nach Äußerung des Machtgefühls, das im Wesen des preußischen Staates gelegen, nur nicht zu so drückendem, gewaltsamem Ausdruck gelangen konnte, so lange es nach außen hin Betätigung fand, nun aber, nachdem die expansive Kraft ihr Ziel erreicht hat, sich um so intensiver auf die „Eroberung" und Unterwerfung der inneren Gebiete des Staatswesens wirft. Der Zug nach Verstaatlichung ist zwar ein allgemeines Zeichen unserer Zeit, aber nirgends kam er so früh und so zielbewußt

*) „Seine (d. h. des Kaisers) Handlungen erklärte das Gesetz für Akte der Providenz und stellte sie folglich außer Bereich menschlicher Kritik. Daher das Gesetz, welches Tadel eines vom Fürsten bestellten Dieners, ja sogar den Zweifel an seiner Fähigkeit als Hochverrat und Beleidigung göttlicher Majestät bestrafte." Fallmerayer, Fragmente aus dem Orient S. 210.

zum Ausdruck wie in Preußen, und nirgends wird er so drückend empfunden wie hier. Die übrigen deutschen Staaten schlossen sich auch erst notgedrungen dessen Beispiel an.

Es ist nun auffallend, daß dieselben Institutionen wie in Byzanz auch in Preußen in ihrer Selbständigkeit gefährdet sind und immer mehr ein Spielball der politischen Macht zu werden drohen, nämlich die städtischen Gemeinwesen und die Kirche, außerdem als ein neuer Faktor die Schule. Und es ist ferner auffallend, daß auch in Preußen die allmähliche Beseitigung der Selbstverwaltung und des Selbstverwaltungsrechtes verhältnismäßig stillschweigend hingenommen wird und nur um die Kirche, neuerdings auch um die Schule, ein heftigerer Kampf entbrannt ist.

Die immer straffere Zentralisierung in der Verwaltung und in Verbindung damit die Ausdehnung der staatlichen bezw. ministeriellen Allmacht auf Kirche und Schule und die immer stärkere Aufsaugung ihres berechtigten Sonderlebens und ihrer Selbstbestimmung — das ist es, was wir als die „byzantinische Gefahr“ für Preußen bezeichnen möchten.

Wie in der Frage der Gemeindeverwaltung der Städte das alte individualistische Prinzip des self-government in Preußen immer mehr unter den beständigen Übergriffen der Staatsregierung leidet, lehrt nicht nur ein vergleichender Blick auf die Stellung der Städte in den übrigen deutschen Staaten, dann aber besonders in England und Skandinavien, sondern auch ein Rückblick auf die Entwickelung der Stadtverwaltung in Preußen selbst: trotz der neuen freiheitlichen Städteordnung des Freiherrn von Stein im Jahre 1808 ist die Selbstverwaltung in den altpreußischen Provinzen seit der Reaktionsperiode in den 1850 er Jahren wieder stark beschränkt worden, und kein anderer deutscher Bundesstaat hat so veraltete Städteordnungen wie Preußen, die jetzt seit genau 50 Jahren unverändert fortbestehen, während Hessen, Sachsen, Bayern und Baden sich zeitgemäßer, zu Beginn der 1870 er Jahre neuerlassener Gemeindeordnungen erfreuen.

Für die evangelische Kirche war nach der staatlichen Anerkennung der Reformation zunächst die Gefahr der Kraftzersplitterung gegeben, nachdem sie in eine große Anzahl kleiner Landeskirchen zerschlagen war. Mit der Begründung der Hegemonie Preußens wird die umgekehrte Gefahr einer zentralisierten, nach politischen Gesichtspunkten regierten, abhängigen Staatskirche immer größer, und immer größer auch die Zahl derer, die eine verhängnisvolle Entwickelung voraussehen und ihre warnende Stimme erheben, selbst auf die Gefahr hin, ihr kirchliches Amt einzubüßen. Seitdem Schleiermacher, der erste große Bekämpfer des Staatskirchentums, den Stein ins Rollen gebracht hat, ist es nicht mehr still geworden bis

hinab auf Stöcker und Naumann. Und es ist merkwürdig: je mehr die Maßregelungen und Absetzungen widerspenstiger Geistlicher sich mehren, um so mehr verliert die Kirche die Fühlung mit dem Leben des Volkes, während doch die Behörden gewiß — man möchte es wenigstens annehmen — in dem guten Glauben vorgehen, der Sache der Religion zu dienen. Und doch arbeiten sie damit nur dem — schlecht verstandenen — Interesse des Staates in die Hände. „Die Religion wird zum Staatskleid unseres Byzantinismus, hinter dem sich die innere Leerheit, ja Fäulnis, nur mit Mühe verbirgt.“ (Jodl, Über Wesen und Ziele der ethischen Bewegung in Deutschland, 1893). Aber wir sind es ja bald gewohnt, daß in der Entscheidung über kirchliche Fragen nicht mehr das Interesse der Religion, sondern das der politischen Gemeinschaft maßgebend ist, daß „unsere sogenannte preußische Landeskirche eine Staatskirche ist, die von Staatsbeamten nach staatlichen Gesichtspunkten regiert wird.“ Und über die Folgen, die das Verbot der Teilnahme der Geistlichen an sozial-politischen Dingen für Kirche und Volk haben kann, äußert sich der heftigste Bekämpfer des modernen preußischen Staatskirchentums, A. Stöcker, so: „Damit ist nicht bloß der evangelischen Geistlichkeit, sondern der gesamten evangelischen Kirche eine große Wirksamkeit am Volksleben entzogen, die der preußische Staat der katholischen Kirche überweist . . . . Bleiben diese Grundsätze in der Kirchenleitung bestehen, so ist in Preußen die Kirche der Reformation als Macht des öffentlichen Lebens abgesetzt und Rom als solche eingesetzt.“ Die Gleichgültigkeit, mit der diese und ähnliche Äußerungen in den Kreisen des Staatskirchenregiments aufgenommen werden, ist allerdings ein böses Symptom für die Weiterentwickelung unserer Kirche. Wird sie sich befreien von dem Joch des Staates oder wird sie das Schicksal der griechisch-orientalischen Kirche teilen? — Das ist eine Frage, von deren Lösung eine glückliche oder unglückliche Gestaltung unserer Zukunft abhängt. Einstweilen sieht es leider so aus, als ob wir dem Cäsaropapismus immer näher kommen. Auch die Annäherungsversuche, die z. B. von seiten der griechischen Geistlichkeit an die evangelische Kirche gemacht werden, sollten zu denken geben.

Der Nachteil der staatlichen Einwirkung auf die innere Organisation des Schulwesens ist nicht weniger offenkundig. Er erstreckt sich außer auf die unwürdige Abhängigkeit der Schule von willkürlichen staatlichen (ministeriellen) Verfügungen vor allem auf die Gefahr der Veräußerlichung und Zersplitterung der Bildung und der Heranbildung einer unselbständigen Passivität gegenüber dem Leben, der Erziehung zum Beamten.

Wie speziell unsere Volksschule ein Spielball in der Hand des drei-

köpfigen Ministeriums für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten ist, dafür bietet ein ergötzliches Beispiel die Haltung verschiedener Minister gegenüber der allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung. Wir lesen darüber: „1854 verbietet ein preußischer Kultusminister den Besuch der Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung; 1869 begrüßt ein preußischer Minister dieselbe Versammlung im Namen des Königs; 1873 depeschiert ein preußischer Ministerpräsident an dieselbe Versammlung und nennt die Teilnehmer „seine treuen Kampfgenossen"; 1881 verweigert ein preußischer Minister den Urlaub zu dieser Versammlung. 1888 wünscht ein preußischer Minister den Beratungen des Deutschen Lehrertages des Himmels reichsten Seegen." (Clausnitzer, Geschichte des preußischen Unterrichtsgesetzes.) Die Schäden des äußerlichen bureaukratischen Schulbetriebes und des militärischen Drills für den Geist der Schüler hat Fr. A. Lange, der Geschichtsschreiber des Materialismus, treffend gekennzeichnet, wenn er sagt: „In unserer Zeit der Schulräte und Zirkularverfügungen, der vorgeschriebenen Lehrmittel, genehmigten Lehrpläne, höheren Orts festgesetzten Klassenziele, Reglements, Prüfungsordnungen, Inspektionen, Gutachten, Berichte usw. ist es — der herzlose Mechanismus, welcher an so vielen Anstalten trotz aller äußeren Regelung in der „Haltung" der Schüler einen schlimmen Oppositionsgeist erzeugt. Die bureaukratische Ordnung bringt es leider mit sich, daß das Schicksal der Lehrer und die Gunst, welcher sich ganze Anstalten erfreuen, viel zu sehr von den ostensiblen Resultaten abhängt. Bringen doch ganze Provinzen dem Schulrat mehr Ehre ein, wenn alle Anstalten nach dem Schnürchen geregelt sind und alles handwerksmäßig klippt und klappt, als wenn so viel Freiheit gelassen wird, daß der Stümper offen stümpern und daneben der denkende, ernste Arbeiter in sicherer Ruhe ein Samenkorn für das Gedeihen kommender Generationen ausstreuen kann!" . . .

Leider wird diese Bevormundung durch den Staat dadurch befördert, daß man auch bei uns, wie in Byzanz, alles Heil vom Staat erwartet: „Uns Deutschen hängt nachgerade der krankhafte Zopf an, den Staat für uns sorgen zu lassen, anstatt den heißen und mühseligen Kampf ums Dasein selbst auszufechten. Und je mehr wir diesem Zuge nachgeben, desto untüchtiger werden wir in diesem Kampfe werden; und je mehr der Staat Versorgungsanstalt wird, desto mehr tritt Stillstand ein in allen Entwickelungen, desto eher sind wir am Anfang vom Ende." (Stadtschulrat Dr. Kerschensteiner in München.) Die schweren Gefahren, die der Schule nicht nur durch den in ihr herrschenden Beamten geist, sondern auch durch das Beamten regiment drohen, hat u. a. Th. Ziegler rückhaltlos aufgedeckt: „Der Geist der Bureaukratie lastet auf

der Schule schwer. Er hemmt vor allem die so notwendige Freiheit der Bewegung, ... , er arbeitet auf ein geistiges Uniformtragen hin, das unserer Bildung sehr abträglich ist; diese leidet ohnedies schon unter Schablone und Uniformität. Auch hindert der formalistische Jurist an der Spitze der meisten deutschen Schulverwaltungen den pädagogischen Fortschritt; weil er selbst steril ist — es hat noch nie ein juristischer Studiendirektor einen pädagogischen Gedanken gehabt, der Epoche gemacht hätte auf dem ihm unterstellten Gebiet! — sind ihm die pädagogischen „Neuerer“ verdächtig und unbequem. So gilt es denn, gegen dieses bureaukratische Schulregiment sich zur Wehr zu setzen und namentlich für die Schulen größerer und intelligenter Gemeinden weitgehende Freiheit zu fordern . . .“ Und einer unserer ersten und rührigsten Schulmänner, P. Cauer, kommt in seiner Schrift über „Staat und Erziehung“ zu dem Schlusse: „Der Gedanke, daß der Staat durch positives Eingreifen die Wirkung einer geistigen Macht wie die Schule ist, erhöhen und beleben könne, dieser Gedanke den der Geh. Staatsrat von Humboldt zuerst energisch durchzuführen unternommen hat, ist der Grund alles Übels: ihn müssen wir entfernen.“ Endlich noch eine charakteristische Äußerung Paulsens gelegentlich der Forderung eines Pädagogen, für die jungen Lehrer nach dem praktischen Seminarjahr ein Examen einzuführen: „Ich wünschte, man unterzöge alle Ministerialräte einer solchen Prüfung, ehe man sie mit der Ausarbeitung der Instruktion dazu beauftragte, und dann alle Volksvertreter, ehe sie darüber Beschluß faßten; vielleicht, daß dann die Examensfabrik zum Stillstand käme. Als ob wirklich die Menschen nichts mehr mit Ernst treiben könnten, ohne daß ein Examen dahinter steht! Oder ist es wirklich schon so weit gekommen? Dann wäre es Zeit, daß sich das deutsche Volk begraben ließe.“

Wir haben absichtlich eine Reihe von Äußerungen führender Männer über die Schäden unseres Staatsschulwesens zusammengestellt, um den Beweis zu liefern, daß die Opposition gegen das herrschende System in vollem Gange ist. Hier haben wir es in seiner ganzen Herrlichkeit: Ministerwillkür, bureaukratischer Apparat, staatliche Fürsorge, Prüfungswesen, Dinge, die man sich in Byzanz oder dem ihm geistesverwandten China wahrlich nicht besser wünschen könnte.

Viele werden sich sicher der Gefahr dieser Zustände nicht bewußt sein; sie werden sagen, das müsse die Regierung ja am besten wissen, was sie zu tun habe; sie sei verantwortlich für ihre Maßregeln. So mag man in Byzanz auch gesprochen haben, und dann kam doch die Katastrophe. Gerade das Schicksal dieses Reiches aber sollte auch dem Kurzsichtigsten die Augen darüber öffnen, daß in dieser Mechanisierung

und Zentralisierung der Kräfte nicht nur für den Einzelnen, sondern noch mehr für die Gesamtheit die schwerste Gefahr liegt. Der Mangel an freier Initiative ist es, der schon jetzt unseren Kolonisierungsbestrebungen im Wege steht. Der Mangel an einem leichten, elastischen schnell funktionierenden Staatsorganismus wird sich erst dann zeigen, wenn wir den Kampf gegen unsere östlichen Nachbarn noch ernster werden aufnehmen müssen, nicht den Kampf mit Kanonen und Soldaten, sondern den stillen, aber ersprießlicheren Kampf mit den Waffen der Kultur. Wenn dann Staat, Kirche und Schule, jede mit ihrer vollen und besten Kraft in Aktion treten muß, um das Vaterland zu erretten — Wie sollen sie es tun, wenn alle so fest aneinander gekoppelt sind, daß sie nur auf ein Kommando, einer schwerfälligen Phalanx gleich, sich in schleppende Bewegung setzen können? — Darum muß im eigensten Interesse des Volkes und des Staates die Devise lauten: Befreiung und Dezentralisation der gebundenen Kräfte zum Wohle des Ganzen!

Zur Lage des niederen Klerus in Österreich.

Von einem katholischen Pfarrer.

> Drei Überzeugungen gehen immer der Selbsthilfe eines bedrückten Standes vor: Die erste liegt in dem tiefen Gefühl von der Notwendigkeit des Anderswerdens, dies andere werde dann wie es wolle; es ist wenigstens schon im Wechsel des Elends eine Erleichterung desselben, wenigstens eine Hoffnung, die in der starren, immer gleichen unerträglichen Gegenwart nirgends vorhanden ist. Die zweite liegt in der Erkenntnis, daß den gefühlten Bedürfnissen nicht abgeholfen werden will, die dritte beruht in dem Bewußtsein der eigenen Übermacht.

Mit der Lösung der sozialen Frage im allgemeinen, wie mit der der Arbeiterfrage im speziellen, beschäftigen sich bei uns in Österreich nicht nur die Regierung und die hierzu berufenen Organe usw., sondern auch die katholische Kirche zeigt ein menschlich Rühren und hat sich mit einem geradezu auffallenden Eifer der enterbten Klasse angenommen, wenn sie es schließlich auch nicht weiter gebracht hat als bis zur Spendung des apostolischen Segens, der wohl den Ehrgeiz mancher Arbeiterführer befriedigen, nicht aber das traurige Los der Arbeiter ändern oder gar deren Hunger zu stillen vermag.

Seit dem Rundschreiben Papst Leo XIII. über die „Arbeiterfrage" hat sich unserer führenden Katholiken ein Selbstbewußtsein bemächtigt, das den Anschein erweckt, als sei schon mit dem erfolgten Rundschreiben

selbst die Arbeiterfrage auf das glänzendste gelöst und es bedürfe jeder Arbeiter bloß eines solchen Büchleins um in den Besitz des Talismans zu gelangen, der ihn nicht nur aller irdischer Sorgen enthebt, sondern ihm auch eine Anweisung auf das Jenseits verschafft. So ehrend das Bestreben der katholischen Kirche, (vorausgesetzt daß es auch ehrlich gemeint ist) sich der Enterbten anzunehmen, auch genannt werden muß, so merkwürdig muß dieses Liebäugeln mit den weltlichen Arbeitern auffallen. Hat doch die katholische Kirche „Arbeiter im Weinberge des Herrn" selbst zur Genüge, die ein elendes Dasein fristen und deren erbärmlich belohnte Dienste nicht nur der Kirche zu keiner Zierde gereichen, sondern den Anschein erwecken, als werde die Religion zum Deckmantel anderer egoistischer Triebe aufgesteckt und solcherart unter falscher Flagge gesegelt.

Der niedere Klerus in Österreich ist zum größten Teile schlechter bezahlt wie viele mittelmäßige Fabrikarbeiter, währenddem wieder ein Teil zu gut dotiert ist. Während manche von den 12 Erzbistümern 200 000 bis 300 000 Gulden Revenuen und manches Kloster Bezüge wie ein ansehnliches Herzogtum bezieht, gibt es Pfarrer und Kooperatoren (Hülfsgeistliche), die gleich Bettlern mit dem Leben ringen und „von dem Fette der Barmherzigkeit" zehren. Neben der knechtischen Demut der Armut, macht sich der Übermut des Reichtums breit. Für die katholische Kirche ist dies kein ehrendes Zeugnis ihrer brüderlichen Tätigkeit.

Die eigentlich bemerkenswerte Emanzipation des niederen Klerus in Österreich fällt in das Jahr 1848. Der Freiheitsdrang rüttelte auch den niederen Klerus auf und drängte ihn zum Handeln. Doch brachte er es nicht weiter als bis zur „Fußemanzipation". Es geschah für ihn nichts. Im Jahre 1851, stellten nach hartem Drängen die Bischöfe an die Regierung das Ansuchen um Erhöhung der Congrua, doch ohne Erfolg. Es ist aber nicht abzuleugnen, daß alle diese Petitionen nur ein Scheinmanöver waren um den niederen Klerus zu beschwichtigen. Wozu jedoch derartige, weder christliche noch charaktervolle also vollends zu verurteilende Handlungen? Prälaten selbst haben seinerzeit im Abgeordnetenhause ausdrücklich bestätigt, daß der Episcopat n i c h t h e l f e n wolle.

Erst im April 1885 fand eine, allerdings kaum nennenswerte Erhöhung der Congrua statt, welcher abermals eine solche im Jahre 1898 nachfolgte, welch letztere allerdings nur die Geistlichkeit von Galizien und Dalmatien berücksichtigte. Nach der Tabelle erhält ein Hülfspriester, (Hülfspriester sind diejenigen Geistlichen, welche den selbständigen Seelsorgern vom Diözesanbischofe in der Ausübung der Seelsorge beigegeben sind,) in Wien 500 Gulden, eine Summe die gewiß niedriger nicht genommen werden kann. Nun gibt es aber auch in Wien sogenannte Personalgeistliche, welche, da sie nicht systemisiert sind, bloß 350 Gulden be-

ziehen. Also nicht einmal einen Gulden pro Tag. Der Nebenverdienst der systemisierten Hülfspriester besteht im Erteilen von Religionsunterricht. Die Entlohnung hierfür ist sehr gering und der betreffende Geistliche muß überdies 7 bis 10 Stunden, je nach Anzahl der Schulen, im Monate gratis unterrichten. Auch bezüglich der Stolagebühr ist es nicht so glänzend bestellt. Es giebt in Wien viele Geistliche, die das ganze Jahr von einer solchen Gebühr nichts zu sehen bekommen. Die Lage des niederen Klerus auf dem Lande ist noch weit trauriger. Dem betreffenden Hülfspriester bleiben nach Abzug seiner Ausgaben, wie Kost, Quartier usw., die er seinem Pfarrer bezahlen muß, oft nur wenige Gulden übrig. Von diesem geringen Reste muß er noch einen Teil auf Bücher und Zeitschriften verwenden. Nicht jeder Geistliche ist von Haus aus mit Gütern gesegnet. Und soll der Kapitalismus, wie manche Sozialökonomen sagen, der Krebsschaden der Menschheit sein, so ist die Armut gewiß der Tod des geistigen und physischen Daseins.

Das spätere materielle Einkommen der Landhülfspriester hängt auch viel — von den persönlichen Vorzügen und Eigenschaften des betreffenden Priesters ab. Hat er ein angenehmes Äußere und etwas Gewinnendes an sich, so wird er bald in seiner Gemeinde beliebt und es fällt so manches ab, was die Lage erträglich macht. Was soll nun aber der Priester tun, den die Mutter Natur stiefmütterlich in seinem Äußeren behandelte? Sein Schicksal ist, wenn er völlig in der Gemeinde unbeliebt ist, ein fortwährender Stellenwechsel. Ein wahres Höllenleben führen die Priester in jenen, gottlob sehr wenigen Gegenden, wo das sogenannte Kollekturwesen noch eingeführt ist. Hierbei muß der Priester von Haus zu Haus gehen, um sich von den Einwohnern seinen Obulus einzukassieren. Das nennt man bei vernünftigen Menschen, aus einem niederen Klerus einen erniedrigten machen.

Im Evangelium lesen wir: „Tuet Gutes Allen, vorzüglich aber Eueren Glaubensgenossen“! In der heiligen Schrift steht, „daß es keinen Dürftigen unter den Gläubigen gab.“ Während der niedere Klerus bei seiner schwierigen Aufgabe, alle die ihm unterstehenden Schäflein getreulich zu behüten dazu bei einer elenden Besoldung, wahrhaft im Schweiße sein Angesichtes sein Brot verzehrt, kostet manchen Kirchenfürsten das Genießen gewiß auch Mühe. Nur weiß ersterer aus Not nicht *woher* zu nehmen, während letzterer aus Überfluß nicht weiß *wohin* zu geben. Es ist eben auch in der heiligen römischen katholischen Kirche vieles faul und da sie sich in ihrer Letargie allein nicht helfen kann, müssen ihr andere helfen.

Wir haben vorhin erwähnt, daß der niedere Klerus elend bezahlt ist und daß der höhere Klerus von dem Elende seiner ärmeren Mit-

brüder nichts wissen will. In solchen Augenblicken sind den Kirchenfürsten die evangelischen Lehren, daß z. B. „derjenige der zwei Röcke hat, demjenigen einen geben soll, der keinen hat", der reinste Kommunismus. Die Herren an der vollen Tafel sagen wohl, geben ist seliger denn nehmen. Nichtsdestoweniger überlassen sie das Geben anderen und nehmen lieber selbst. Wie das Verhältnis des niederen Klerus zum höheren heute besteht, ist nicht viel Hoffnung auf Besserung. Der niedere Klerus ist dem höheren vollständig ausgeliefert und dessen willenloses Werkzeug. Und da die Sorge um die materielle Existenz zur zwingenden Not wird, so muß der niedere Klerus gehorchen. Selbst der leiseste Widerstand würde eine Versetzung auf einen schlechteren Posten nach sich ziehen und um dem auszuweichen, fügt man sich in das Sklavenjoch der katholischen alleinseligmachenden Kirche. Was würde auch der Widerstand nützen? Soll der Geistliche aus dem Priesterstande austreten? Welcher Art Beschäftigung findet er im Leben weiter? Die Geistlichen sind durchweg keine praktischen Menschen und um dem sicheren Verhungern auszuweichen, bleiben sie der Kirche treu, fügen sich den Wünschen ihrer Oberen, wenn auch dieses Leben ein Verhungern mit Hindernissen ist. Es ist ja richtig, daß es auch bessere Posten gibt. Wer erreicht dieselben aber? Grenzenlose Protektionswirtschaft herrscht bei den sich Apostel Jesu nennenden Leuten vor, wovon die die höchsten Kirchenämter innehabenden Personen ein sehr beredtes Zeugnis abgeben. „Eine ehrliche Haut" kommt auf dem geraden Wege nicht fort. Lüge, Heuchelei nimmt überhand und sei es auch um eines papierenen Wisches vom Konsistorium willen, auf welchem dem betreffenden Geistlichen die Anerkennung seiner Tätigkeit ausgesprochen wird. Derartige Verhältnisse machen, wie ebenfalls schon bemerkt, aus dem niederen Klerus einen — erniedrigten.

Geradezu himmelschreiend ist die Altersversicherung bei der niederen Geistlichkeit. Aus dem hier angefügten Schema wird wohl jeder zur Genüge entnehmen, daß diese Art Versorgung jedem menschlichen Gefühle hohnsprechend ist.

(Schema der Altersversorgung dienstuntauglicher Priester.)

	Mit einer Dienstzeit in der Seelsorge oder einem anderen öffentlichen kirchlichen Dienste				
a. Für einen selbständigen Seelsorger (Pfarrer), wenn die für die letztinnegehabte Seelsorgerstation systemisierte Congrua betragen hat:	bis zu 10 Jahren	von mehr als 10 bis zu 20 Jahren	von mehr als 20 bis zu 30 Jahren	von mehr als 30 bis zu 40 Jahren	von mehr als 40 Jahren
fl. 600	400	450	500	550	600
„ 700	400	450	500	575	650
„ 800	400	475	550	625	700
„ 900	450	500	575	650	750
„ 1000 oder mehr Gulden . . .	500	550	625	700	800
b. Für einen Hülfspriester	225	250	275	300	350

Zwei wunde Punkte sind noch zu berühren: erstens die Patronatsfrage. Der Inbegriff der Rechte, welche das Patronat umfaßt, war je nach Ort und Zeit verschieden. Seit dem zwölften Jahrhundert kommen aber in den die Kirche betreffenden Schriften die Ausdrücke Patron und Patronat in dem Sinne vor, daß sie die Gründer von Kirchen oder deren Nachfolger und die ihnen gebührenden Rechte bezeichnen. Der betreffende Patron ist Schirmer des ihm unterstehenden Kirchensprengels. Es gibt Religions- und Privatpatronate. Nach ersteren hegt man kein Verlangen, weil sie zu ärmlich dotiert sind, nach letzteren macht sich ein Wettlauf und ein Wettkriechen breit, das jeden halbwegs anständigen Menschen anekelt. Zur Erlangung einer Stelle als Seelsorger auf einem Privatpatronate gehören weder Talent noch Kenntnisse. Protektion und den Charakter entehrende Eigenschaften sind hier zumeist erforderlich. Beseitigung der Privatpatronate und Herstellung eines allgemeinen landesfürstlichen Patronates ist das Verlangen der gesamten niederen Geistlichkeit.

Was den zweiten oben angedeuteten Punkt betrifft, so ist dies folgender: Es kommt nämlich vor, daß vermögenslose Pfarrer bei Versetzungen nicht in der Lage sind, gewisse Vermögenschaften ihres Vorgängers, deren Erwerbung notwendig ist, käuflich an sich zu bringen. Auch gesellschaftliche Rücksichten oder Bewirtungen der Vorgesetzten (propter esum et non propter jesum) erfordern größere Ausgaben. Und woher das hierzu notwendige Geld nehmen?

Doch wenn's Matthäi am letzten ist,
Trotz Raten, Tun und beten,
So rettet oft noch Weiberlist
Aus Ängsten und aus Nöten.

Die materielle Hülfe stellt sich bald in Gestalt einer Haushälterin ein, die mit Bereitwilligkeit dem Pfarrer das nötige Geld vorschießt, und damit hat er sich auch in Ketten begeben, die er zeitlebens nicht mehr abschütteln kann. Die Konsequenzen sind folgende: Der Pfarrer hat sich in die Gewalt seiner Darlehensgeberin begeben, sie ist der Kommandant im Hause. Und der Hülfspriester? Er und sein Pfarrer müssen tanzen, wie die Haushälterin pfeift. Die Wirtschafterin führt das Zepter und wie viele Hülfspriester wissen ein Lied darüber zu singen. Annoncen mit dem Inhalte: „X. Y. wünscht als Wirtschafterin in ein Pfarrhaus zu kommen, Gehalt Nebensache, jedoch gute Behandlung“ sprechen Bände. Solche Zustände sind ein Krebsgeschwür an der kirchlichen Organisation und es ist Pflicht der Oberen, durch Behebung der angedeuteten Zustände darauf zu dringen, daß derartigen unerquicklichen Dingen ein Ende gemacht wird.

Immer hat der niedere Klerus Anlauf zu einer Erhöhung seiner

Bezüge (Congrua) genommen, doch immer scheiterte dieses Vorhaben an der Halsstarrigkeit des oberen Klerus, der für sich nie genug bekommt und dem ärmeren Mitbruder nichts zukommen läßt. Leere Ausreden, wie Geldmangel einerseits und Drohung anderseits machen notwendigerweise den Hülfsbedürftigen schüchtern und der im Vorjahre, von Seite des Erzbischofs von Wien verbotene Klerustag, bei welchem die materiellen Standesinteressen hätten beraten werden sollen, gab den Leuten wohl zu verstehen, daß sie für lange Zeit nichts zu erwarten haben. Daß unter solchen Verhältnissen beim niederen Klerus die Liebe zur Sache nicht wächst, liegt wohl auf der Hand. Fragen wir nun: Könnte nicht einmal der jährliche Peterspfennig in die Taschen des niederen Klerus fließen? Könnten die im Überfluß lebenden höheren Kirchenfürsten nicht etwas für ihre Mitbrüder tun? Gewiß könnte dies alles geschehen. Aber der Wille fehlt.

Der heilige Thomas von Aquin sagte: „Niemand ist verpflichtet auf unangenehme Weise zu leben.“ Im Evangelium steht geschrieben: „Was ihr an Überfluß habet, das gebet den Armen“ und in der Encyclica Leo XIII. über die Arbeiterfrage findet sich der Ausspruch vor: „Ist der Besitz jedoch größer als er für den Unterhalt und ein standesgemäßes Auftreten nötig ist, dann tritt die Pflicht ein vom Überschusse Almosen zu geben.“ Weiter aber ist in derselben Encyclica zu lesen: „Siehe“, sagt der heilige Geist, „der Lohn der Arbeiter, den ihr unterschlagen, schreit zu Gott und ihre Stimmen dringen zum Herrn Sabaoth.“ Diese schönen Ermahnungen finden bei dem höheren Klerus taube Ohren und sie beweisen nur damit, daß sie nicht an dem hängen was ihnen angeblich so teuer ist. Die Religion, die Christus gelehrt hat, ist längst nicht mehr in der katholischen Kirche zu suchen, wenn dieselbe es auch hundertemale beteuert und zu beweisen sucht. Die ganze katholische Kirche ist nach den Bedürfnissen einzelner Personen konstruiert, nach Personen die nicht säen, aber dennoch ernten.

Sehr zutreffend schrieb ein Geistlicher vor Jahren: „Armer Jesus im Purpurmantel mit der Dornenkrone und dem Rohrzepter, wie wirst du gehöhnt und verspottet im Hause derer, die dich lieben sollen, d. h. nachahmen, dir nachfolgen sollen! Aber nicht genug an diesem Hohn und diesem Spott gegenüber deiner demütigsten Selbsterniedrigung im bittern Leiden, auch gegenüber deiner Selbsterhöhung zu den himmlischen Würden! Man legt dir, der du sitzest zur Rechten des Vaters und alle Gewalt hast im Himmel und auf Erden, ganz nach Gebühr die ehrwürdigsten Namen bei. Aber noch auf Erden, unter den Sterblichen weilend, bestimmt, ähnlich dir ein Vorbild der Selbstverleugnung, der Demut und

Bescheidenheit zu sein, suchen sie über alle Gebühr nach Titeln, die nur von Hochmut und Überschätzung, von grenzenlosem Ehrgeiz zeugen. Man durchblättere nur einmal einen klerikalen Schematismus, wie ängstlich abgestuft, wie sorgsam gewählt diese Titulaturen bei den verschiedenen Branchen des klerikalen Regimentes zu finden sind. Es gibt fast keine Epitheta ornantia, keine ehrenden, lobenden, preisenden, auszeichnenden Beiwörter mehr, die hier in allen und in den höchsten Graden nicht vorkämen. Sie haben gerne die ersten Plätze bei den Festmählern und die ersten Sitze in den Versammlungen, sie lassen sich so gerne öffentlich beehren, von dem Volke Meister nennen. „Ihr aber sollt Euch nicht Meister nennen lassen; denn Einer ist Euer Meister, ihr aber seid alle Brüder. Der Größte von Euch sei den anderen Diener; wer sich selbst erhöhet, der wird erniedrigt werden!“ So hat Christus der Herr zu den Aposteln gesprochen. Auch der folgende Ausspruch Christi zum Volke über die Pharisäer paßt auf diese Herren: „Richtet Euch nicht nach ihren Werken, denn was sie sagen, tun sie eben selber nicht. Sie binden schwere und unerträgliche Lasten auf die Schultern der Menschen, sie aber wollen selbe nicht mit den Fingern bewegen. Wehe Euch — ihr Heuchler, die ihr den Menschen das Himmelreich verschließet; ihr Heuchler die ihr übertünchten Gräbern gleichet, welche von außen vor den Leuten zwar schön, inwendig aber voll Moder und Unrat sind.“

Im Perkeo.

II. Teil.

Der zweite Verhandlungstag (16. April) brachte des Guten genug. Auf 9 Uhr war ein Vortrag von Georg Wolfram aus Metz über „Neuere Forschungen über die Reiterstatuette Karls des Großen“ (früher im Metzer Domschatze, jetzt im Musée Carnavalet zu Paris) angesetzt. Der Vortrag selbst und die in Verteidigung des darin hauptsächlich angegriffenen Kunsthistorikers Paul Clemen, der, gelegentlich der Orientreise der kaiserlichen Prinzen in Kleiasien leicht verunglückt, damals im Stambuler Lazarette lag, im wesentlichen von Karl Lamprecht sozusagen aus dem Handgelenk bestrittene Diskussion haben mich — andern ist es ähnlich ergangen — eine ganze Stufenfolge von innern Eindrücken erleben lassen. Zuerst zog einen die elegante Darstellung des Vortragenden, der es verstand die einzelnen Bedenken gegen die karolingische Herkunft der Statuette in geschickter Gruppierung und Beleuchtung zu zwingen-

den Gegenbeweisen zu erheben, allmählich, mehr und immer mehr dermaßen in ihren Bann, daß schließlich kein Zweifel mehr obwalten konnte: hier haben wir es mit einem Renaissancestück aus dem noch dazu urkundlich belegten Jahre 1507 zu tun. Aber als Lamprecht seinen abwesenden Schüler verteidigt hatte, da war die Stimmung umgeschlagen, und es gab nun außer dem nicht überzeugten Vorredner wohl niemand, der nicht wenigstens zugegeben hätte: die Angelegenheit ist noch nicht spruchreif, sondern bedarf noch weiterer, eindringlicherer Nachforschungen, ehe die von Wolfram bekämpfte Echtheit als ganz unmöglich hingestellt werden kann. Und selbst wenn eine Untersuchung der Bronzelegierung — wie sich dann in privatem Gespräche herausstellte, ist sie, was Lamprecht nicht erfahren hatte, schon erfolgt, aber negativ verlaufen — eine Abweichung von echtkarolingischen Arbeiten ergeben sollte, so braucht man noch nicht ganz zu verzweifeln. Jedenfalls lehrte dies Zwiegespräch deutlich die Berechtigung des alten Erfahrungssatzes: Eines Mannes Rede ist keine Rede, man soll sie hören alle beede.

Den ersten Gipfelpunkt erreichten die wissenschaftlichen Darbietungen in dem von klassischem Formsinne zeugenden Vortrage des Heidelberger (Rembrandt-) Kunsthistorikers Carl Neumann, der als a. o. Professor soeben einem Rufe nach Göttingen gefolgt ist. Seine Gegenüberstellung der byzantinischen und der Renaissancekultur war eine formell ganz hervorragende Leistung, der man das mühsame Feilen so wenig anmerkte und deren geschlossener Gedankengang einen so durchaus fesselte, daß man unmittelbar nachher sich selbst noch gar nicht darüber Rechenschaft geben konnte, wie wenig eigentlich am Inhalt originell war. Mit einer vornehmleidenden Miene und wohltemperierten Stimme dargeboten, war dieser Vortrag ein lebendiges Beispiel dafür, daß doch auch noch in unserer hastenden, einen wirklichen Rhetor kaum mehr kennenden Zeit die schöne Form eine große Macht auf die hörende Seele ausübt. Die Kritik verstummte zunächst vollständig, um staunender Bewunderung Platz zu machen, und wagte sich erst hervor, nachdem der persönliche Bann des Sprechers durch sein Verschwinden vom Podium gelöst war. Dann aber erkannte man, daß der oder die Grundgedanken alte Bekannte waren. Abgesehen davon, daß z. B. die Ansicht, der freiwillig angenommene oder aufgedrängte barbarische Bestandteil der italienischen Hochkultur habe nicht bloß störende oder feindliche Eigenschaften entwickelt, da eine Vergleichung mit Byzanz sofort lehre, welcher Wert für Erneuerung, Belebung und Beseelung diesem Gärungsstoff innegewohnt habe, schon in den 1860 veröffentlichten historisch-politischen Briefen Friedrichs von Raumer zu finden ist, war es mir interessant zu beobachten, daß auch der von der zünftlerischen Wissenschaft sonst gern abgelehnte Houston

S. Chamberlain an jenem Kunsthistoriker einen begeisterten Apostel seiner Lehre gefunden hat. Daß seit der Zeit, wo Chamberlain, der bei Wilhelm II. in Berlin zu Gaste gewesen war, den Kaiser inspiriert hat, als in Aachen vom germanischen Rassegedanken und seiner weltgeschichtlichen Bedeutung die Rede war (vgl. „Grundlagen des XIX. Jahrhunderts“, S. 663 ff; dazu „Jugend“ vom 28. Mai 1900), die Beeinflussungen an Zahl und — was mehr ist — an Tiefe zunehmen, ist recht erfreulich.

Der Vortrag, den uns dann der Nachmittag brachte, zeugte von dem Fleiß und von dem Verständnisse, womit sich der 1861 geborene Erich Marcks lediglich aus der Literatur heraus ein anscheinend zutreffendes Bild von der Persönlichkeit und dem Wirken Ludwig Häussers (gest. 1867) gemacht hatte. Die dem Unterstreichen beim Niederschreiben, dem Sperren beim Setzen gleichkommenden zahlreichen Wiederholungen verfehlten ihren Zweck nicht: tief ergriffen fügte Geheimrat von Weech*) dem Gehörten aus persönlicher Erfahrung einige treffende Züge der Ergänzung hinzu. Den offiziellen Rest des Nachmittags füllte ein trotz ungünstiger Witterung gelungener Ausflug in die Stiftsmühle aus, den der verehrte Fachgenosse aus Schwerte a. d. Ruhr wohl heute noch in besonders näßlichem Andenken haben wird. Am nächsten Morgen belehrte uns Johannes Haller aus Marburg (der übrigens aus Rom eine stark befremdende, die Möglichkeit raschester Legendenbildung — Einschaltung einer Audienz beim Papste — deutlichst illustrierende Nachricht von einer sehr merkwürdigen Ansicht über die durch einen erbetenen [!] Ukas in erwünschter Weise bestätigte Inopportunität der Veröffentlichung gewisser Fugger-Akten mitbrachte) über den Ursprung der gallikanischen Freiheiten, der für das Reformprogramm von 1398—1407 in England zu suchen sei. Während diese Darbietung trotz ihres Mangels an neuem Urkundenstoffe Schritt für Schritt einen immer neugieriger machte, weil sie ausgezeichnet disponiert war, fesselte Eberhard Gothein mehr durch die allerdings seltene Virtuosität, womit er, aus dem Schatze der Vorarbeiten zum 2. Bande seiner Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds schöpfend, über Vorderösterreich unter Maria Theresia und Joseph II. äußerst gewandt — ich möchte fast sagen: wasserfallähnlich — plauderte; bemerkenswert daraus erscheint mir die Ableitung der Einrichtung von Untertanen-Advokaten im Breisgau aus spanisch-amerikanischen Vorbildern.

Den zweiten Gipfelpunkt jedoch von allem, was dies Mal der Historikertag bot, bildete Friedrich Gottls Vortrag über die Grenzen der

*) Wo ein Wille (Oberbibliothekar Prof. Dr. J. Wille, Vorsitzender des Ortsausschusses) ist, da ist auch ein Weg! Ich bin nämlich Sachse.

Geschichte — weniger wegen seiner geschraubten und auf allzu hohen Stelzen einherstolzierenden, schwer verständlichen Form, als viemehr wegen der darin ausgesprochenen erkenntnistheoretischen Absage der Historik an die „Metahistorik". Da sich als Verteidiger der so getauften naturwissenschaftlichen Geschichtsanschauung Karl Lamprecht zum Worte meldete, entspann sich alsbald eine hoch dramatische Debatte, die lebhafteste des gesamten Kongresses; leider versetzte einen das versteckte Benehmen eines bekannten Antilamprechtianers, der zum öffentlichen Bekennen seiner abweichenden Ansichten keinen rechten Mut zu haben schien, beinahe in gewisse pöbelhafte Auftritte der Berliner Märzrevolution. Um den schneidenden Gegensatz der durch Gottl und durch Lamprecht vertretenen beiden Weltanschauungen recht verständlich zu machen, muß ich etwas weiter ausholen.

Wer sich vor hundert Jahren irgend einer Wissenschaft befleißigte, zollte, mochte er sich dessen bewußt werden oder nicht, unfehlbar einem der Dichtung verwandten Zuge der Zeit Tribut: dem Streben, die Einzelergebnisse der Wissenschaft durch das Band der Theorie mit einander in Einklang zu bringen, ihre Grundkräfte zu erforschen und sie mit einander geistreich zu verknüpfen. Das war die Zeit jener Naturphilosophie, die der Erfahrung die Spekulation überordnet. Um 1850 haben wir das direkte Spiegelbild davon: seitdem gilt die spekulative Arbeit der innern Verknüpfung wenig oder gar nichts, die nüchterne Tatsache alles; der Naturalismus ist da. Der vordem mit einer gewissen Inbrunst gepflegte dichterische Schwung des verbindenden Gedankens war fortan verpönt; Mystik und Romantik überließ man den Philosophen von Fach. Ich selbst habe noch unter diesem Zeichen einer Zeit, die der Philosophie kaum Magddienste zuwies, studiert und bekenne offen, mit vollem Bewußtsein noch heute darunter zu stehen: systematisieren ist nun einmal nicht meine Sache, philosophieren meine schwache Seite. Aber schon ist ein neues Zeitalter aufgekommen, das die Naturphilosophie aus dem Staub erhoben, ihre erneute Pflege auf sein frisch flatterndes und im Winde sich blähendes Banner (Ostwalds Annalen!) geschrieben hat. Hier können wir nun eine sehr eigentümliche Beobachtung machen. Während um 1800 die systematisierende Spekulation unleugbar einen mystischen Zug aufweist, der für sie durchaus bezeichnend ist, wird von der jüngsten Weltanschauung, wie sie z. B. Karl Lamprecht scharfsinnig vertritt, merkwürdigerweise gerade der als „Mystiker" hingestellt, der mit möglichster Nüchternheit nur den Tatsachen huldigt und jede schematisierende Metaphysik als nicht seines Berufes, weil mehr oder weniger transcendental ablehnt. Hier scheint auf den ersten Blick ein unlösbarer Widerspruch vorzuliegen. Dennoch gibt es eine Lösung. Der vom Posi-

tivismus herkommende Systematiker Lamprecht wirtschaftet mit den Mitteln und Werkzeugen, die ihm die exakten Wissenschaften darreichen; er überträgt die rein naturwissenschaftliche Methode namentlich auf dem schlüpfrigen Felde der Massenpsychologie auf die Geschichtswissenschaft. Bei ihm verquickt sich das emsige Suchen und Sammeln mit dem eine Ergründung der letzten Ursachen voraussetzenden Ordnen. Dem Zeughause der modernen Experimentalpsychologie und Psychophysik entlehnt er die Waffen, womit er die Selbstbescheidung derer, die die Grenzen der Erkenntnis von Vorgängen im Leben der Einzelnen wie der Völker nur bis zu einer gewissen, ihrer Überzeugung nach niemals überschreitbaren Schranke vortreiben zu können hoffen, vom Standpunkte des den Naturalismus bis zum letzten Tüpfelchen ausbeutenden, konsequenten Theoretikers aus als unklare Mystik bekämpft. Die dadurch gewissermaßen als unvoll- oder rückständig gebrandmarkte Disziplin aber, die nur im Forschen ihr Genüge hatte und einen rücksichtslosen Determinismus ablehnt, findet — fast selbstverständlich — nun ihrerseits freiwillige Verteidiger bei der idealistisch gerichteten Philosophie, die in bewußtem Gegensatze zum Positivismus und zur empirischen Psychologie eine etwa an Descartes, Spinoza, Leibniz anknüpfende, modernisierte Metaphysik für die Philosophie der Zukunft ausgibt und zwischen den naturwissenschaftlichen und den geisteswissenschaftlichen Methoden eine unverwischbar deutliche Trennungslinie zieht. Von einem solchen Standpunkt aus umschrieb Gottl die Grenzen der Geschichte, den (nicht mit Namen genannten) Hauptgegner zum Schlusse besonders scharf angreifend. Natürlich parierte Lamprecht den zugedachten Hieb a tempo. Und es war wirklich ein interessantes Schauspiel, zu sehen, wie, durch diese Zwiesprache angeregt, die Geister mächtig aufeinander platzten. Ich bin überzeugt, in diesen Minuten dachte wohl jeder von den Debattierenden mit Richard Dehmel:

„Ich habe eine Welt in meinen Sinnen,
Die ihr nicht ahnt mit euern Bildergeistern.
Drum lasset das Bedauern, laßt das Meistern —
Ich fühl's: ich werde einst die Schlacht gewinnen."

An dieser tatsächlich aufregenden Aussprache beteiligten sich: Eduard Meyer, der ja kürzlich durch eine kleine Broschüre kundgetan hat, daß ihm theoretische Erörterungen nicht fremd sind, Georg Kaufmann, Georg von Below, Wilhelm Windelbänder (er spricht mit Vorliebe im pluralis maiestaticus) und ein älterer Herr, dessen Namen ich nicht recht verstanden habe. Soll ich aus dieser lebhaften, durch unpassende Begleiterscheinungen, wie gesagt, beinah gestörten, aber durch den Vorsitzenden sehr nett verabschiedeten Auseinandersetzung das Schlußergebnis ziehen,

so muß ich, der ich hinsichtlich der Ansicht von der Übertragbarkeit der deutschen Kulturstufen auf alle andern Entwickelungen usw. Lamprecht durchaus nicht zu folgen vermag, doch sagen: Lamprecht, der einen exponierten Posten ganz allein verteidigte, hat nicht nur gut abgeschnitten, sondern er war der Menge seiner Gegner sogar unbedingt überlegen. Ja, ich muß offen bekennen, ich habe mich angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit nichts gescheiteres vorbringen konnte als ihre enge Grenzziehung durch Machtworte von wenig Logik zu rechtfertigen, einigermaßen geschämt. Wirft man mir vor: ehre den Tadler, der besser es macht, so antworte ich: eben deshalb habe ich geschwiegen, weil ich mich schwierigen philosophischen Haarspaltereien nicht gewachsen fühle; dies Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit aber, das zu weiterem Nachdenken zu Hause anspornt, scheint den meisten Tatsachenmenschen — einer Kategorie, der ich mich, wie ich eben angedeutet habe, ohne weiteres zuzählen lasse — leider unbekannt zu sein. Dafür ist ihnen jene Unduldsamkeit zu eigen, die sich gar nicht belehren lassen will, weil sie das nicht mehr nötig hat. Und das halte ich im Interesse der Sache, der wir doch alle zusammen dienen wollen und sollen, für sehr schädlich.

Niemand wird es der sogenannten politischen Richtung innerhalb unserer Geschichtswissenschaft übel nehmen, wenn sie sich gegen die Absetzung von der bis vor kurzem behaupteten Alleinherrschaft verzweifelt wehrt; und von den vorderhand noch an Zahl und Einfluß ohnmächtigen Gegnern wird ihr wohl keiner die Anwartschaft auf den Verdunpreis und andere hübsche Auszeichnungen auf noch recht lange Jahre hinaus ernstlich mißgönnen oder streitig machen. Um so mehr sollte gerade sie es peinlich vermeiden, Leute von der andern Richtung, die ihr aus irgendwelchen — wir wollen hoffen: lediglich aus wissenschaftlichen — Gründen unbequem zu werden drohen, durch haltlose Verdächtigungen oder grimmige Wutausbrüche „vernichten" zu wollen, die nach Ton und Inhalt auf die Unbeteiligten nur komisch wirken und die Achtung vor der Höhe objektiver Kritik nicht gerade steigern können. Ich persönlich wundere mich nicht mehr, wenn ich als Herausgeber eines „Bilderbuchs", als „Oberadept" und „Sektenführer" verketzert werde; vielmehr können solche Liebenswürdigkeiten, wie sie sich die „vornehme" Fachkritik erst kürzlich wieder geleistet hat, erst recht nur mein Selbstgefühl so stärken, daß ich den Schlußvers der oben angeführten Dehmelschen Strophe auf mich selber mit anwende. Nein; was mich betrübt, das ist etwas ganz anderes: eben die unleugbare Tatsache, daß es in unserer Disziplin Männer von großem Rufe giebt, die von irgendwelcher Erweiterung ihres — wie mir wenigstens scheinen will — recht eng begrenzten Horizonts schlechterdings nichts wissen wollen. Oder ist

es etwa keine dogmatisch eigensinnige Orthodoxie, wenn man die meisterhafte Darstellung eines Heinrich Schurtz, den wir am 2. Mai zu unserm aufrichtigen Schmerz auf immer verloren haben, als „ethnographische Gedankenspielereien, kulturtypische Antithesen und geographische Ablesungen“ (so!) abtun, wenn man so großartige weltgeschichtliche Vorgänge wie z. B. die Wanderungen der Indonesier und der Ozeanier als unhistorisch aus dem ängstlich behüteten Paradiese der Geschichtschreibung durch Machtspruch — nicht durch Gründe — auf immer und ewig ausschließen möchte? Eine solch hartnäckige Betätigung konservativen Verharrens bei dem einmal Hergebrachten ist nicht nur lieblos — das ist wahrhaftig noch zu ertragen —, sondern bedeutet direkt Rückschrittlichkeit; und das ist tief bedauerlich. Wie schön wäre es doch, wenn Fachgenossen, die von der Sache wirklich etwas verstehen sollten, erste Versuche zur Eroberung neuer Gebiete mit freundlichem Verstehenwollen begleiten, die unvermeidlichen Irrtümer nicht nur festnageln (πολεμος πατηρ παντων), sondern auch den allein fördernden Weg einschlagen wollten, indem der negativen Kritik bejahende Vorschläge zu Besserungen beigegeben würden! Statt dessen wird durch bequemes Kritisieren von oben herab und hochmütiges Ignorieren neuer Gedanken jeder Fortschritt in Grund und Boden gehauen. Und was, so frage ich, erreicht man eigentlich damit? Hat etwa die „Vernichtung“ des ersten Bandes von Lamprechts „Deutscher Geschichte“ auch nur annähernd so gewirkt, wie es damals die Historische Zeitschrift und ihr Generalstab (manus manum lavat, laut „Jugend“ vom 5. Mai) beabsichtigte? Nur die gegenseitige Verhetzung und Verbitterung ist gestiegen. Welch idealer Erfolg!

Doch weg von diesen unerfreulichen Erscheinungen! Der Humor darf nicht fliehen; drum seien zum Schlusse noch einige lieblichere Saiten aufgezogen. Zu diesen gehört ohne Zweifel der durch die lange Pause leicht erklärliche vortreffliche Stand der Verbandskasse. Nur entsteht angesichts dieser Fülle die bange Frage: was sollen wir gelehrten Hübner mit dem vielen Geld anfangen? Um Gotteswillen nur ja nicht (wie vorgeschlagen worden ist) Preise damit stiften! Sonst erleben wir am Ende noch solche Ungeheuerlichkeiten, wie erst jüngst wieder eine bei der letzten Verleihung der Jablonowskistiftung*) vorgekommen ist. Lieber eine gemeinsame Veranstaltung geselliger Art in Salzburg und Umgebung oder

*) Die historisch-nationalökonomische Sektion der fürstl. Jablonowskischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig hatte für das Jahr 1902 eine Darstellung der „Entwickelung der deutschen Kulturgeschichtsschreibung von Herder bis auf Freytag, Riehl und Burckhardt einschließlich“ gewünscht; verliehen wurde der Preis (1000 M.) vor kurzem einem Bewerber, der die Anfänge Herders geliefert hatte und nur die Bedingung auferlegt erhielt, er solle wenigstens noch Herders Leistungen auf dem Gebiete der Kulturgeschichtschreibung vollständig schildern!

künftig, wo es auch sei: dagegen werden nur Griesgrame etwas einzuwenden haben, deren Fernbleiben leicht verschmerzt werden würde. Wieder etwas mehr von Felix Stieves Art; das tut not!

Wenn ich die lange Reihe derer in Gedanken mustere, die in Heidelberg nicht offiziell, sondern nur im Perkeo usw. zu Worte gekommen sind, so möchte ich um deswillen mit einem meiner Leipziger Freunde beginnen, weil man daraus ersehen soll, welch hohe Meinung ich — entgegengesetzt den landläufigen Urteilen — von der Einzelforschung habe, wenn sie nur das Allgemeine nicht aus den Augen verliert; ich meine Benno Hilliger und seine ebenso gediegene wie für unsere Rechtsgeschichte wichtige Abhandlung über den Schilling der Volksrechte und das Wergeld („Historische Vierteljahrschrift" 1903, II), eine Arbeit, die verdientermaßen schon vor ihrem Abschlusse viel von sich reden machte. Zwei der Kongressisten werden vor allen andern ihre Ergebnisse sorgfältig nachzuprüfen haben: der ernste, gemessene, von Halle nach Tübingen berufene Philipp Heck und der sprudelnde, kindlich-heitere und allzeit fröhliche Heidelberger Jurist Richard Schröder („Schröderchen"), den ich mir nach seinem vielgebrauchten Lehrbuch allerdings bedeutend trockner, akademischer vorgestellt hatte. Gut leben läßt sichs auch mit dem Universitätsbuchhändler Otto Winter. Vom Neckar zum Rheine, 's ist nur ein Schritt. Meine früheren Beziehungen zur Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde werden es entschuldigen, wenn ich neben Jos. Hansen hier zunächst den jüngern Kräften aus Bonn, Köln und Düsseldorf: Kehrmann, Knipping, Kükelhaus und Oppermann, den Vorzug einer namentlichen Erwähnung zu teil werden lasse; Otto Knipping imponiert einem durch das müd-vornehme Niederschlagen seiner schönen Augen, Theodor Kükelhaus durch seine rheinische Fröhlichkeit. Und vom Niederrheine zurück, über den feinsinnigen Frankfurter Richard Schwemer, den bescheiden-liebenswürdigen Darmstädter K. Lindt, den weinverständigen Oberbauinspektor Lang aus Bruchsal, den gemütlich entgegenkommenden Karlsruher Archivrat Albert Krieger, den einem Napoleoniden gleichenden rankisch - würdevollen Charakterkopf Alfred Doves aus Freiburg i. Br. und den mir andauernd wohlgeneigten Straßburger Professurzwilling Friedrich Meinecke hinweg, hinauf zu dem zwar grimmig ausschauenden, aber lindherzigen Meyer von Knonau aus Zürich, seinem sanften Optionslandmann Georg Caro und dem freundlichen Luzerner Gymnasialrektor Josef Hürbin. Und aus der Schweiz wieder herüber nach Tirol und Steiermark, Württemberg und Bayern: zu Rud. von Scala und Hans von Zwiedineck, Paul von Stälin und Ernst Marx, K. Th. von Heigel und dem von den Reichstagsakten in den Hochschulbetrieb übernommenen Gustav Beckmann aus München, dem wir

wohl den überaus schwungvollen, von dem vorliegenden einigermaßen abweichenden Bericht in der Beilage zur Münchener Allgemeinen vom 23. April zu verdanken haben. Den schönen Beschluß dürfen bilden der zierliche Wiener Regierungsrat Eugen Guglia und der seine Heimat dialektisch stramm bezeugende, betriebsame kleine Benz aus Dresden. Manch andern alten und neuen Bekannten könnte ich noch kurz charakterisieren; doch sei es heute genug des grausamen Spiels: die zufällig nicht mit Aufgeführten mögen sich versichert halten, daß ich sie mindestens ebenso warm schätze und verehre wie die vorstehenden Herren.

Am 20. August 1662 hatte die aus Korsen gebildete Leibwache des Papstes Alexander VII. zu Rom, in ihrer Kaserne durch die Dienerschaft des Herzogs von Créqui, des französischen Gesandten bei der Kurie, belästigt, die Franzosen bis in den Palast des Gesandten verfolgt und dadurch Frankreich beleidigt. König Ludwig XIV. forderte hierfür eine ganz außerordentliche Genugtuung; und als ihm diese nicht schnell genug zugestanden wurde, drohte Seine Allerchristlichste Majestät das geistliche Gebiet mit 6000 Reitern und 12000 Fußsoldaten anzugreifen, besetzte Avignon und Venaissin, ließ 7000 Fußsoldaten und 3000 Reiter in Parma und Modena einrücken und kündigte einen Nachschub von weiteren 20000 Mann an, die dem Kirchenstaate zu Leibe gehen sollten. Von den Fürsten und Republiken, die der bedrängte Papst um Hilfe bat, half niemand; ja, man förderte sogar das Vordringen der Franzosen. Da beugte sich Alexander VII., schickte den Monsignore Rasponi nach Pisa, seinen Neffen Sigismondo Chigi nach Paris und leistete in aller Form Abbitte. Doch ehe noch der 26 jährige Sonnenkönig dem päpstlichen Legaten a latere jene Audienz vom 29. Juli 1664 erteilt hatte, die in der Kette der Beziehungen zwischen Frankreich und der Kurie ein so wichtiges Glied bildet, protestierte seine Heiligkeit am 18. Februar 1664 im Voraus aus eignem Antrieb, aus vollkommnem Wissen und voller Macht, keine der bewilligten Verhandlungen gebilligt, betrieben oder geboten zu haben, zu billigen, zu betreiben oder zu gebieten, und erklärte, daß die besagten Genugtuungen nicht Wirkungen seines freien Willens seien, also aufgehoben werden dürften, während die gegenwärtige Protestation wahre, volle und ganze Wirkung haben sollte, obwohl sie weder in die öffentlichen Akten noch in die Bücher der Apostolischen Kammer eingetragen, sondern im geheimen Archive der Engelsburg niedergelegt wurde. Auf dieses erhabene Beispiel darf ich mich getrost berufen; wir leben ja heutzutage von Zentrums Gnaden (und „es ist eine Lust zu leben“, sagt Hutten). Zwar ängstigt mich nicht der Schrecken des versammelten Kriegsvolks von lieben Fachgenossen; aber über einen

freien Willen verfüge auch ich nicht: nullum est liberum arbitrium. Eine durch prästabilierte Harmoniker unschwer zu ergründende Zwangsvorstellung hat mich einfach genötigt, dies Stimmungsbild zu entwerfen. Auch der Irrtum muß sich ausleben. Denn „was der Mensch aus seinem innern Drang heraus tut, das kann nicht unnatürlich sein. Wie könnte die Betätigung von Fähigkeiten, die uns die Natur gab, etwas unnatürliches an sich haben? Nicht ihr Gebrauch, ihr Mißbrauch ist uns schädlich." (Otto Kunz, „Mama", Drama in drei Akten; Wien und Leipzig, Carl Fromme, 1903; S. 111). Unangenehme Folgen davon zu tragen, bin ich demnach nicht verpflichtet, verspüre auch wenig Neigung dazu; darum protestiere ich im voraus und allergeheimstens gegen alle die Stücke dieses Berichts, aus denen mir solche vielleicht erwachsen könnten.

Gegeben in unserm Palaste von Monte Maria am zehnten Tage des Mais im Jahr eintausend neunhundert und drei.

Hans F. Helmolt, Dr., eigenhändig.

Kleine Mitteilungen.

Der Ausfall der Wahlen.

Wie zu erwarten stand gestattet der Ausfall der Wahl vom 16. Juni noch kein definitives Urteil über das Aussehen des neuen Reichstages, weil eine große Anzahl von Stichwahlen erst die endgültige Entscheidung bringen werden. Aber zwei Tatsachen lassen sich schon jetzt deutlich erkennen — erstens, daß die sozialdemokratische Partei einen unerwartet großen Erfolg verzeichnen kann, der sich vor Allem in der ungeheueren Zunahme der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen zeigt, und zweitens, daß der Bund der Landwirte die von allen echten Vaterlandsfreunden erhoffte schwere Niederlage erlitten hat, welche endlich die Bahn frei macht für neue Handelsverträge. Dieses letztere Resultat ist von unübersehbarer Bedeutung, weil die nächste Zeit in erster Linie von Fragen wirtschaftlicher Art beherrscht sein wird, von deren ersprießlicher Lösung für Deutschland mehr abhängt, als sich mancher Wähler am 16. Juni träumen ließ!

Nicht ganz leicht ist es vor der Erledigung der Stichwahlen ein Urteil darüber abzugeben, wie die Zentrumspartei aus dem Wahlkampfe hervorgehen wird. Sie steht in einer Reihe wichtiger Wahlkreise, wie Köln, Mainz, Essen u. s. w. in für sie bedrohlichen Stichwahlen und es ist sehr leicht möglich, daß sie mit einem beträchtlichen Verluste in den neuen Reichstag einziehen wird. Es darf erwartet werden, daß weder die freisinnigen Parteien, noch die Sozialdemokraten und am wenigsten die Nationalliberalen dem Zentrum Wahlhilfe in der Stichwahl leisten werden. Bei den Stichwahlen gilt es Abrechnung zu halten und keine Aussicht auf Gegendienste in anderen Wahlkreisen darf dazu verleiten lassen den Klerikalen ein Mandat zu verschaffen. So muß es beispielsweise als eine Ehrenpflicht der Liberalen bezeichnet werden, daß sie dem Sozialdemokraten Hofrichter bis auf den letzten Mann beistehen, damit das „hillige Köln" dem Zentrumskandidaten Justizrat Trimborn entrissen werde. Es

kann im kommenden Reichstag tatsächlich keinen Unterschied machen, ob ein halbes Dutzend Sozialdemokraten mehr oder weniger darin sitzen. Der Verlust eines Stammsitzes wie Köln wäre aber für das Zentrum durch nichts auszugleichen. Und solche Wahlkreise kommen noch mehrere in Betracht. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die liberalen Parteien in der ersten Bestürzung über die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen sich geneigt zeigen würden, die Klerikalen als das „kleinere Übel" zu betrachten. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß es nur glückliche Folgen für Deutschland haben kann, wenn die radikale Linke über eine große Anzahl von Mandaten verfügt. Eine Sozialdemokratie, die zur stärksten Partei im Reichstag geworden ist (was augenblicklich im Bereiche der Möglichkeit liegt), muß sich notgedrungen an der praktischen Gesetzgebungsarbeit beteiligen und wird, auch wenn es ihr widerstrebt, durch den Zwang der Verhältnisse zu dem Kern der großen deutschen, entschieden liberalen Partei werden, die wir voll Sehnsucht erstreben.

Die Wahlparole kann darum auch für den Tag der Stichwahl unbedingt nur lauten: Nieder mit den Kandidaten des Zentrums und des Bundes der Landwirte! Was in der Hauptwahl angebahnt worden ist, muß in der Stichwahl vollendet werden. Kleinliche Erwägungen haben oft die wertvollsten Resultate vereitelt. Große Erfolge werden nur durch Opfer errungen und keine der linksstehenden Parteien wird sich als wahrhaft staatsmännisch denkend erweisen, die kleinlich nach dem einen oder anderen Wahlkreise schielend, dem Zentrum oder dem Bunde der Landwirte rettend naht. Nicht Politik des Kuhhandels — nein, große Gesichtspunkte und wenn es sein muß Verzicht auf Augenblicks-Erfolge sind es allein, welche zu dauerhaften Siegen führen.

*

Bertha von Suttner (geb. 9. Juni 1843).

Vor kurzem hat eine Frau ihr sechzigstes Lebensjahr vollendet, die es wie wenige verdient, daß alle Anhänger einer freien unabhängigen Gesinnung, alle die da glauben, daß die Menschen den Idealen der Humanität, die der Geist aus sich erzeugt, auch aus eigener Kraft allmählich sich immer mehr nähern werden, ihrer an diesem Tage mit dem Gefühle lebhaften Dankes sich erinnern. Dies alles nicht blos deshalb, weil Bertha von Suttner eine Künstlerin, eine idealgesinnte Dichterin und Schriftstellerin ist, sondern vor allem, weil sie mutig eingetreten ist für ihre Ideale und unter den schwierigsten Verhältnissen dafür gekämpft hat.

Vor allem gilt dies von ihrem Kampfe für die Friedensbestrebungen. Heute, wo diese Friedenspropaganda gewissermaßen hoffähig geworden ist, seitdem vor ein paar Jahren der russische Kaiser ihr seine Gunst zugewandt hatte, wo selbst der verbissenste Militär und der kühlste Diplomat nicht mehr mit ironischem Lächeln und leichter Handbewegung über eine Frage hinweggehen kann, die von den offiziellen Vertretern aller Regierungen auf der Haager Konferenz ernsthaft und umständlich diskutiert worden ist, heute erinnert man sich in unserer schnelllebigen Zeit kaum noch, wie viel Mut noch vor einem Lustrum etwa dazu gehörte, die ganze Frage in der Öffentlichkeit überhaupt nur zu vertreten. Denn diese ganze Friedenspropaganda war damals in der breiten Öffentlichkeit noch stigmatisiert und mit dem schlimmsten Makel behaftet: dem der Lächerlichkeit. Es erging ihr, wie es so oft gerade Bewegungen humanistischen Charakters ergeht, daß ihr wesentlicher Gehalt karrikaturartig verzerrt, und so ein Popanz hergestellt wurde, den man der allezeit spottlustigen Menge zur Schau stellte. Bertha von Suttner hat demgegenüber im Jahre der Haager Konferenz ihre Auffassung von der Friedensfrage in einem Artikel so formuliert: „die meisten glauben, daß die Mitglieder von Friedensgesellschaften sich unter Weltfrieden nur

einen Zustand allgemeiner Übereinstimmung vorstellen, eine Welt ohne Kampf und Zwietracht, mit für alle Zeiten feststehenden unbestrittenen Grenzen, und bewohnt von sanften, von Liebe überfließenden Halbengeln. Es ist ja eine alte Gewohnheit bei den Feinden einer Bewegung, diese im falschen Lichte darzustellen, ihr Absurditäten, die sie niemals behauptet hat, anzudichten und dagegen dann mit billigem Spott und einleuchtenden Widerlegungen vorzugehen. So auch hier. Die Friedensfreunde wollen ihr Reich nicht auf Unmögliches aufbauen, nicht auf Zustände, die vielleicht erst in Tausenden von Jahren herrschen könnten, sondern auf die lebendige Gegenwart und auf die lebende Menschheit.

Nicht Aufhebung jeden Streites wird verlangt — denn das ist unmöglich — sondern daß der Streit, statt wie bisher durch die Gewalt, fortan durch Rechtsspruch ausgetragen werde. Zwischen den Individuen geordneter Staaten ist diese Kulturstufe schon erreicht; daß sie fortan auch von den Staaten selber — in ihren Beziehungen zu einander — erreicht werde, das ist der ganzen Friedensbewegung Sinn und Ziel."

In diesem Sinne ist Bertha von Suttner unbeirrt von allem Spott und allem Mißverstehen für die Friedensidee eingetreten, seitdem ihr in fast alle Kultursprachen übersetzter Roman „Die Waffen nieder" ihrer Propaganda allererst in wirksamster Weise die Bahn gebrochen hatte. Und sie hat viel erreicht. Daß Zar Nikolaus für die Friedensidee gewonnen wurde, ist nächst den Werken und dem Einfluß des Staatsrats von Bloch und Leo Tolstois vor allem auch Bertha von Suttner zu verdanken. Sie war es auch, die den berühmten Erfinder des Dynamit, Nobel, für die allgemeine Friedensidee gewissermaßen eroberte und die Veranlassung gab, daß er einen der fünf großen Preise in seinem bekannten Testament für die wirksamste Vertretung dieser Friedensidee bestimmte.

Nicht bloß auf dem Gebiete der Friedenspropaganda ist Bertha von Suttner mit außerordentlichem Mut vorangeschritten — sie hat auch auf anderen Gebieten der vielverzweigten modern-humanistischen Bewegung gekämpft und Ideen verbreitet, gestritten und gelitten. Überall tritt sie mit Begeisterung für die Grundgedanken ethischer Kultur, für den Fortschritt in der Richtung menschlicher Solidarität ein — und sie wird hoffentlich noch lange Jahre dafür eintreten, ungebeugt durch das herbe Schicksal, das sie im vorigen Jahre durch den Tod ihres Gatten, Baron Gundaccar von Suttner, der zugleich ihr dichterischer Genosse und Mitkämpfer war, erfahren hat.*)

*

Römische Intoleranz und Toleranz.

„Unter dem Krummstab ist gut wohnen", sagt ein altes Sprichwort. Ein ebenso wahres altes Wort spricht aber auch von dem Haß der Priester bis über das Grab hinaus. An beide Worte erinnert uns die Preßnotiz, daß der Erzbischof von Palermo der Asche Crispis den ihr vom italienischen Parlament bewilligten Ruheplatz im sizilischen Pantheon, in San Domenico in Palermo, unter Androhung der Exkommunikation dieser Kirche, verweigert und ihr nur das Atrium derselben als Beisetzungsstätte zugestanden habe. Dies ist die politische Intoleranz der römischen Kirche, speziell des palermitaner Erzbischofs,

*) In einem eben erschienenen interessanten Büchlein „Bertha Suttner, die ‚Schwärmerin' fürs Gute" (Dresden, Pierson) giebt Leopold Katscher ein fesselndes Bild vom Lebensgang und der bisherigen Wirksamkeit der vortrefflichen Frau.

der Haß bis übers Grab hinaus. Und nun das Gegenstück hierzu, ein Pröbchen seiner religiös-sittlichen Toleranz, die das Wort „Unter dem Krummstab ist gut wohnen“ aufs beste illustriert. In eben demselben Ort, an der Hauptstraße Palermos, der Via Macqueda, erhebt sich eine andere Kirche, ihrer Größe nach San Domenico gegenüber zwar nur ein armseliges Kirchlein, aber doch noch heute dem Gottesdienst geweiht und von Andächtigen besucht, die unter dem Kreuzeszeichen, dem Symbol der Kreuzigung des Fleisches, und unter demselben Dach eine Kultusstätte — nun, sagen wir höflich — der Venus vulgivaga verworfenster Art beherbergt. So wars in den Jahren 1896—1900, so soll es bereits eine Reihe von Jahren vorher gewesen sein und so wirds auch wohl fürderhin bleiben —: Die Asche eines großen Patrioten muß vor der Schwelle zum Tempel domizilieren, die nackte Fleischeslust aber feiert ihre Orgien über der heiligen Halle, bestrahlt von dem Kreuz — für solche Kleinigkeiten findet ein römischer Erzbischof, wenigstens in Palermo, keine Bannstrahlen.

*

Beichte und Geisteskrankheit.

Es ist zur Genüge bekannt, daß mancher junge Priester, in strenger Befolgung seiner Kasuistik über das sechste Gebot, nicht allein das Schamgefühl seiner weiblichen Beichtkinder gröblichst verletzt, sondern auch öfters bei nervösen, cerebrallabilen Frauen dadurch eine Geisteskrankheit auslösen kann. Ein solcher eklatanter Fall, der im letzten Jahre vorkam, sei hier mitgeteilt: In einer deutschen Bischofsstadt ging die Frau eines städtischen Beamten bei einem jungen Geistlichen zur Beichte. Die Frau war seit fünf Jahren verheiratet und hatte ein vierjähriges Kind. Als der junge Geistliche dies erfuhr, forschte er nach dem ehelichen Leben der Ehegatten und stellte die junge Frau in strenger Weise zur Rede, wie es komme, daß sie nur ein Kind habe. Auf sein Drängen hin gab die Frau gewisse Präventivmaßregeln zu, und nun ergoß sich der zelotische Eifer des jungen Priesters über ihr Haupt. Die Vorschriften und Maßregeln, die er ihr vorschrieb, kann sich jeder leicht denken. Die Folge dieser Beichte war, daß unter dem Einflusse seiner Drohungen bei der jungen Frau eine Geisteskrankheit zum Ausbruche kam, in welcher starke Erregungszustände mit tiefer Melancholie und Selbstmordideen abwechselten. An allem war diese Beichte schuld. Ohne dem Institut der Beichte an sich, die durch das Bedürfnis vieler Katholiken eine Daseinsberechtigung erlangt hat, nahe zu treten, möchten wir doch darauf hinweisen, daß speziell den jungen Klerikern, abgesehen von ethischem Gefühl, eine gewisse Dosis national- und sozialökonomischen Wissens beigebracht werde. Dann kämen solche Fälle weniger oft vor. Interessant wäre es zu konstatieren, ob der betreffende Geistliche zivilrechtlich vom Ehemanne belangt werden könnte?

*

Katholische Selbstvergiftung.

„Katholische Selbstvergiftung“, so benennt sich eine jüngst erschienene Schrift,*) die ein klerikales Kulturdenkmal des zwanzigsten Jahrhunderts ist. Der Verfasser sucht die Literatur abzugrenzen, die der gebildete deutsche Katholik lesen soll, da ihn die Anpreisung sittenverderbender Schriften in katholischen Zeitungen und Katalogen katholischer Buchhändler in Harnisch gebracht hat. Nach dem „einhelligen Urteil katholischer

*) Katholische Selbstvergiftung. Von Heinr. Falckenberg, Kaplan. Kevelaer 1903. Butzon & Bercker. Verleger des Apostolischen Stuhles.

Geisteslehrer, daß gegenüber den Gefahren für die Keuschheit die Flucht der beste Kampf ist", entrollt er das Hasenpanier auf der ganzen Linie. Die Modernen stammen samt und sonders aus der Kloake und gehören in die Kloake. Der brave Jörn Uhl ist ihm ein durch und durch mit Gift versetztes, verderblich wirkendes Buch. Ein sittliches Verbrechen ist es, Gesamtausgaben von Storm, Riehl, Hebbel, Gottfr. Keller, C. F. Meyer, Kleist, Grillparzer und erst gar von den sogenannten Klassikern, dieser „furchtbaren Quelle sittlicher Verderbnis" für das katholische Haus zu empfehlen. Selbst Quo vadis genügt seinen Anforderungen nicht. „Ich weiß, daß ganz reife, bejahrte Personen, hochgebildet, aus Gewissenhaftigkeit selbst die purgierte Ausgabe des Quo vadis nicht zu Ende gelesen haben. Das ist katholisch!" Aber auch gegenüber den Gefahren für den Glauben ist Flucht — Flucht vor der Wissenschaft — das beste Präservativ. Weg mit den Künstlermonographien, mit Meyers und Brockhaus Konversationslexikon, mit den gangbaren Geschichtswerken von Schlosser, Ranke, Jäger, Spamer, Betzold, mit der Kulturgeschichte von Henne am Rhyn, Scherr, Breisig, mit Meyers deutschem Volkstum, mit Paulsens Geschichte des gelehrten Unterrichts, Zieglers „die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts" u. a. m., alles das ist Strychnin für katholische Seelen, um so gefährlicher in der Wirkung, je näher die Schriften katholischen Anschauungen stehen und je vornehmer und objektiver die Verfasser sich äußern.

Man könnte über diese Kaplansleistung aus der rheinischen Pfaffengasse lächelnd zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht aus ihr der bildungsfeindliche Katholizismus unserer Tage — des Verfassers Schrift trägt natürlich das kirchliche Imprimatur — recht unverfroren seine Fratze herausstreckte. Immer eifriger ist dieser „einzig echte" römische Katholizismus mit deutschen Bischöfen an der Spitze am Werk, den Geist in seinen Schäflein mit Knüppeln totzuschlagen, um auf diese Weise mehr als den dritten Teil unseres Volkes von seinem lebenskräftigen Grundstock abzuschnüren und abfaulen zu lassen. Naturgesetz ist es ja nun wohl, daß sich jeder Volkskörper in eine misera contribuens plebs und eine aufstrebende Schicht gliedert, und deshalb könnte uns die immer offener zu Tage tretende intellektuelle und wirtschaftliche Rückständigkeit unserer katholischen Volksgenossen kühl lassen. Aber dieses fortschreitende Sinken einer ganzen Konfession ist doch keine natürliche Auslese der Minderbegabten sondern eine künstliche Herabzüchtung eines ganzen Volksteiles, in dem verhältnismäßig ebensoviele Intelligenzen und Fähigkeiten schlummern, wie in dem andern nichtkatholischen. Und darum ist es bedauerlich, daß sich aus den Kreisen der katholischen Laien noch so wenig Stimmen gegen diese von seiten des Klerus so erfolgreich betriebene Massenverblödung erheben.

*

Büchertisch.

A. H. Braasch. Der Wahrheitsgehalt des Darwinismus. Weimar (Böhlau) 1902. IV. u. 182 S.

Eine ruhig und sachlich gehaltene Schrift, welche sich die Aufgabe stellt, in gedrängter Kürze einen Überblick über den Inhalt und die gegenwärtige Lage des Darwinismus zu geben, den bleibenden Wahrheitsgehalt desselben aufzusuchen und in seiner Tragweite — besonders nach der religiösen Seite hin — zu würdigen.

Von dem Satze, daß Darwin selbst seine Lehre nur als eine sorgfältig geprüfte wissenschaftliche Hypothese hinstellte, ausgehend unternimmt es der Autor, diese Lehre zunächst in ihren wesentlichen Punkten zu charakterisieren und sodann ihre weiteren Schicksale, bezw. ihre Weiterbildung über Darwin hinaus

auf naturwissenschaftlichem und naturphilosophischem Gebiete darzulegen! Er gelangt hierbei zu dem Ergebnis, „daß bis zur Stunde die Idee der Entwickelung der Organismen und speziell der Blutsverwandtschaft im Tierreich herrschend geblieben ist.“ Im übrigen unterscheidet er gegenüber dem Standpunkte Darwins eine kritische Richtung, welche dessen Resultate zu ergänzen, zu verbessern oder auch bloß ihre schwachen Seiten ins Licht zu setzen sucht, und eine positive Richtung, welche besagte Resultate annimmt und auf ihnen weiterbaut.

Während Braasch die weitaus zahlreicheren Vertreter der ersten Richtung ungefähr in der Form eines objektiven Referats Revue passieren läßt, nehmen seine Ausführungen in Bezug auf die zweite eine mehr polemische Färbung an. Er nennt als deren Repräsentanten vor allem Ernst Häckel und neben ihm den gemäßigteren August Weismann. Namentlich Häckel gegenüber findet Braasch zuweilen scharfe Töne, was ja freilich unbefangene Leser der „Welträtsel“ nicht übermäßig befremden dürfte. Bei Weismann wird lobend hervorgehoben, daß er sich, obwohl der mechanischen Welterklärung zugetan, doch der Schranken menschlicher Erkenntnis bewußt sei und jenseits der Wissensgrenze ein Gebiet des Glaubens zugestehe, das ein Jeder, seiner individuellen Veranlagung entsprechend, ausgestalten möge. Braaschs Zusammenfassung ist folgende: „Der Darwinismus hat bisher keineswegs eine erschöpfende und insofern befriedigende Naturerkenntnis auch nur in dem umschränkten Reich des organischen Lebens gebracht, noch viel weniger eine Lösung der Welträtsel, soviel er auch zur Förderung der Naturwissenschaft im Einzelnen unbestreitbar geleistet hat. Die noch immer von zahlreichen darwinistischen Naturforschern hartnäckig festgehaltene Ansicht, es müsse sich schließlich Alles, auch alle Lebenserscheinungen, rein chemisch-physikalisch, also mechanisch, begründen und erklären lassen, diese Ansicht ist nicht wissenschaftliche Erkenntnis, sondern nur eine, wie ich glaube, von manchen Naturforschern als unhaltbar schon aufgegebene Hypothese.“

Andererseits verkennt jedoch Braasch nicht, daß der Darwinismus auf unsere religiösen Anschauungen tiefgehenden Einfluß auszuüben vermag, und dieser Umstand veranlaßt ihn, noch in einem abschließenden Kapitel an die Erörterung der Frage heranzutreten, „ob moderne Naturwissenschaft und christlicher Glaube miteinander harmonieren.“ Hierzu wäre etwa zu bemerken, daß Braasch allerdings eine durchaus freie und würdige Auffassung des Christentums bekundet und manche treffliche Gedanken äußert, andererseits aber in dem Bestreben, obige Frage bejahend zu beantworten, die Person und Lehre Christi — der heute herrschenden Strömung gemäß — denn doch allzusehr aus ihrem historischen Rahmen loslöst und modernisiert. Auch läßt hier die Darstellung an Klarheit und Gründlichkeit einiges zu wünschen übrig. Ob man den Satz, „daß der Entwickelungsgedanke selbst dem christlichen Glauben nicht etwa fremd oder gar entgegengesetzt, sondern eigen und eingeboren ist,“ als bewiesen hinnehmen darf, ist wohl noch einigermaßen zweifelhaft. In diesen letzten Partien scheint mir also die schwache Seite des Buches zu liegen; hingegen wäre es als eine den heutigen Stand des Darwinismus übersichtlich und unparteiisch darlegende Arbeit bestens zu empfehlen.

Prof. L. Wahrmund.

*

Berichtigung.

In dem Artikel „Der neue Kölner Erzbischof und die alte Kölner Kirchengeschichte“ ist zu lesen auf S. 191 Z. 4 v. u.: malitiae statt malitia; ferner auf S. 192 Z. 10: 7. September 1159 statt 7. September.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 8. Zweites Juliheft 1903. III. Jahrg.

Die Reichstagswahlen.

I.

Nachdem die Wahlschlacht geschlagen ist, empfindet es die deutsche Presse als ihre wichtigste Aufgabe die Resultate kritisch zu prüfen und deren Ursachen aufzuklären. Mit elementarer Gewalt scheint das deutsche Volk vom Ausfall der Wahlen gepackt zu sein, und auch da, wo man vor der Wahl mehr oder weniger Blasiertheit zeigte, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß große Wandlungen im deutschen Volk vorgegangen sind, die jeden echten Vaterlandsfreund vor neue Aufgaben, vor schwerwiegende Entscheidungen stellen. Wohl deutet jede Zeitung die Ergebnisse anders nach ihrer Partei-Richtung, aber alle sind doch darin einig, daß die Wahl von 1903 durch vier bedeutungsvolle Resultate ihr Gepräge erhält: durch das ungeheuere Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen, den Niedergang der Freisinnigen Parteien, die verhältnismäßig gute Verteidigung des „Zentrum-Turms" und die schwere Niederlage des Bundes der Landwirte. Es ist nicht nur von großem Interesse den tieferen Ursachen für diesen Wahlausfall nachzugehen, es ist auch unbedingt nötig sie zu kennen, wenn man sich in dem Chaos der Kommentare zurechtfinden will.

Der Erfolg der Sozialdemokratie hat nur für denjenigen etwas Verblüffendes, der nicht weiß wie grenzenlos verärgert sehr weite Kreise des deutschen Volkes über die Art und Weise sind, wie in Deutschland regiert wird. Man stellt es jetzt vielfach so dar, als ob der eine Wähler aus Unmut über hohe Steuern, der andere wegen schlechter Behandlung vor Gericht usw. zu dem sozialdemokratischen Stimmzettel gegriffen hätte. Das mag ja in einzelnen Fällen zutreffen. Wenn aber mehr als

drei Millionen Bürger sozialdemokratisch wählen, unter denen, was allgemein zugegeben wird, nur ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz dem kollektivistischen Programm wirklich anhängt, dann muß bereits eine Verzweiflung im Volke vorhanden sein, die explosiv nach Ausdruck verlangt. Und leider muß gesagt werden: diese Verzweiflung ist vorhanden. — Erzeugt ist sie vor Allem von den Regierungen. Es ist unglaublich, wie unpsychologisch in Deutschland regiert wird! Vergeht doch kaum eine Woche, ohne daß irgend ein „Fall“ die Gemüter bis zur Siedehitze in Wallung bringt. Heute liest das Publikum von sozialdemokratischen Redakteuren, die gefesselt wie Zuchthäusler transportiert worden sind, und wenige Zeilen weiter von begnadigten Duellanten, die ihre Gegner ins Jenseits befördert hatten; morgen bringen die Blätter Statistiken, welche zeigen, daß im Allgemeinen nur Angehörige gewisser feudaler Corps in die hohen Verwaltungsstellen aufrücken; bald heißt das Gesprächsthema „Der Fall Löhning“, bald „Der Fall Arenberg“, „Der Fall Jastrow“, „Der Fall Korum“, „Der Fall Pückler“, „Der Fall Hüssener“. An allen Biertischen wird über die Bevorzugung des Adels in Militärdienst und Verwaltung diskutiert, und über die Unmöglichkeit zu avancieren, wenn man nicht über die nötigen Konnexionen und Protektionen verfügt. Die Lehrer sind außer sich über die geistliche Schulaufsicht, die freien Köpfe über die Aufrechterhaltung des § 166, über das Verbot der Feuerbestattung in den größten Bundesstaaten und die Behandlung der Dissidentenkinder im Religionsunterricht. Die Frauen rennen Sturm gegen das vorsintflutliche Vereinsgesetz, Angehörige aller Parteien der Linken gegen den Majestätsbeleidigungsparagraphen, alle Nationalgesinnten schäumen auf bei der Verhökerung von höchsten deutschen Kulturgütern an das Zentrum, über die Preisgabe des Jesuitengesetzes, den Pomp beim Besuch des Papstes — und so könnte man in der Aufzählung aller Beschwerden des deutschen Volkes fortfahren und fortfahren und würde doch kein Ende finden. Es handelt sich eben nicht um Einzelheiten, sondern um das ganze System. Wie im Gewittersturm hat das deutsche Volk den Regierenden ein tosendes Halt! entgegengedonnert und man kann heute sagen — es war nicht vergebens, denn selbst die sächsischen Kartellbrüder sind aus ihrem Schlafe aufgescheucht und fragen ganz verwundert, was denn auf einmal los sei. Sie hatten offenbar geglaubt, daß der jetzige so „gemütliche“ Zustand noch einige Jahrzehnte weiter ginge und finden es im höchsten Grade rücksichtslos, daß die Sozialdemokraten von den 23 sächsischen Wahlkreisen 22 erobert haben und dies dazu noch — wenn der Ausdruck gestattet ist — zum größten Gaudium weitester Volkskreise, welche offenbar die Ansicht jenes schlechten Menschen teilen, der gesagt hat: „Die reinste Freude ist doch die Schadenfreude“. — Die Regierungen

haben noch einmal eine furchtbare Warnung bekommen; sollten sie diese überhören, dann erst wird die Lage im Innern eine so besorgniserregende werden, daß auch kaltblütige Politiker nicht mehr zu sagen wagen, wohin unser Staatswesen steuert. Alle Fragen, die mit „Weltpolitik" zusammenhängen, sind heute in den Hintergrund gedrängt, seitdem wir mit zahlenmäßiger Sicherheit wissen, daß im eigenen Hause nicht mehr alles richtig bestellt ist. Es wäre Torheit, das nicht offen auszusprechen. Das vielverlästerte allgemeine direkte und geheime Wahlrecht hat sich glänzend bewährt, indem es ungeschminkte Resultate gezeitigt hat, und der Reichskanzler hat echten staatsmännischen Blick bewiesen, indem er durch Sicherstellung der geheimen Wahl dem Volke die Möglichkeit gab „zu sagen was es leidet". Zu wünschen ist nur, daß er jetzt auch nicht vor den Reformen zurückschreckt, welche alle Vaterlandsfreunde unerbittlich fordern müssen.

Festen Grund unter den Füßen können wir in diesem Augenblick, wo Deutschland vor einem Wendepunkte seiner innern Politik steht, nur dann gewinnen, wenn wir uns unserer historischen Entwicklung erinnern, welche leider zu lange vergessen worden ist. Der Liberalismus des Jahres 1848 ist, wenn auch nur latent, stets eine ungeheuere Macht im deutschen Volke geblieben. Die Begründung des neuen Reiches und die siegreichen Kriege haben das Volksgemüt jahrzehntelang mit anderen Eindrücken beschäftigt, so daß es allmählich zu vergessen schien, daß die großen demokratischen Patrioten, denen wir in Wirklichkeit die Aufrichtung des Reiches verdanken, nicht nur die Einheit, sondern auch die Freiheit gefordert hatten. Es wäre ungerecht zu sagen, daß nur den Regierenden, vor allem Bismarck die Schuld dafür aufzubürden sei, daß das einst so stürmische Verlangen nach Freiheit über den kriegerischen Erfolgen und der Erfüllung des nationalen Traumes zum Schweigen gebracht werden konnte. Nein, es waren vielmehr auch die liberalen Parteien selbst, welche sich gern beschieden, weil die Freiheit, die sie meinten, im allgemeinen errungen zu sein schien. Diese Sorglosigkeit hat sich bitter gerächt, denn auf der einen Seite blieb das feudale Junkertum im Besitze der Regierungsgewalt und der Verwaltung, und auf der anderen Seite erhob sich drohend der Arbeiterstand und verlangte soziale Gerechtigkeit. Hätte der Liberalismus damals, als er sich im Glanze befand, darauf bestanden, die Verwaltung in die Hand zu bekommen und hätte er andererseits soziale Reformen für die wirtschaftlich Schwachen ertrotzt, dann wäre die Partei-Entwicklung in Deutschland in gesunde Bahnen gekommen, und ein Wahlausfall wie der von 1903 wäre unmöglich gewesen. Und hier ist auch der Punkt, wo

man einsetzen muß, um die Wahlniederlage unserer freisinnigen Parteien zu verstehen. Nicht die Demokratie ist unterlegen, nein: Die freisinnigen Parteien sind unterlegen, weil sie keine echten demokratischen Parteien mehr sind. Das muß klipp und klar ausgesprochen werden, wenn es anders werden soll. Die Lauheit, mit der die freisinnige Volkspartei sowohl, als die freisinnige Vereinigung die idealen Forderungen der echten demokratischen Weltanschauung der Regierung und anderen Parteien gegenüber vertreten haben, veranlaßte das Volk, sich immer mehr von ihnen abzuwenden. Eine nette Demokratie, die das Zentrum, die rückständigste von allen Parteien, in Schulfragen und dergleichen vorsichtig schont, weil man auf Wahlhilfe hoffte! Eine nette Demokratie, die im Wahlkreise Obertaunus-Höchst-Usingen, um nur einen krassen Fall zu nennen, dem Zentrumsmann gegen den Sozialdemokraten zum Mandate verhilft! Mit gerechtem Abscheu wendet sich der echt liberal denkende Teil des deutschen Volkes von solchen Parteien ab und wählt, weil es an der Aufrichtigkeit dieses „Freisinns“ verzweifelt, den Sozialdemokraten, der doch wenigstens in Kulturfragen das Erbe der Märtyrer vom Jahre 48 angetreten hat, jenes kostbarste Erbe, das die sogenannten freisinnigen Parteien mit Verachtung von sich gestoßen haben. Wir brauchen Charaktere, Männer mit eisernen Überzeugungen! Die freisinnigen Parteigrößen sollten einmal die Schriften von Sören Kierkegaard lesen, denn gar Vieles, was dieser große Seher von den sogenannten Christen sagt, bezieht sich auch auf die sogenannten „Freisinnigen“ unserer Parlamente. So sagt Kierkegaard einmal: „Welchen Sinn soll denn das haben, daß alle diese Tausende und Abertausende ohne weiteres sich Christen nennen! Sofern man überhaupt ein Urteil fällen kann, haben diese vielen vielen Menschen in ihrer weit überwiegenden Mehrheit ihr Leben in ganz anderen Kategorien, dessen kann man sich auch durch die einfachste Beobachtung vergewissern. Sie zeigt uns Menschen, die niemals zur Kirche gehen, nie an Gott denken, den Namen Gottes nie in den Mund nehmen, außer um zu fluchen. . . . . Und alle diese Menschen, selbst die, welche das Dasein Gottes leugnen, sie sind alle Christen, nennen sich Christen, sind staatlich als Christen anerkannt, werden von der Kirche als Christen begraben, als Christen in die Ewigkeit entlassen.“ Und er fügt dann spöttisch hinzu, daß eine Reform, wie sie ihm vorschwebe, zu der furchtbaren Konsequenz führen müsse, daß es zu einer „Wiedereinführung des Christentums in der Christenheit käme.“ — Wer diese Worte auf unsere Freisinnigen anwendet, weiß, was wir sagen wollen, wenn wir behaupten, daß sich das Volk von ihnen abgewandt habe, weil von Freisinn bei ihnen

gar nichts mehr zu spüren ist. Wo hätten sie auch ernstlich Front gemacht gegen das immer mehr hervortretende persönliche Regiment der Krone, gegen die verfassungswidrige Bevorzugung des Adels im Militärdienst und in der Verwaltung, gegen die Auslieferung der Schule an den Klerikalismus, gegen die Zurücksetzung der Juden und Dissidenten im Staatsleben, gegen die unerträglichen Soldatenmißhandlungen. Die Bekämpfung dieser Mißstände haben sie in unbegreiflicher Verblendung der Sozialdemokratie überlassen. Die Früchte ernten sie jetzt bei den Wahlen. Das Volk weiß, wo seine echten Verteidiger sitzen, und wirft die Pseudo-Liberalen zu den Toten.

Auf die Freisinnigen kann man das Goethesche Wort darum anwenden: „Wenn sie den Stein der Weisen hätten — der Weise mangelte dem Stein.“ Sie könnten die ausschlaggebende Partei im Reichstage sein und begnügen sich mit einer kläglichen Zusammenlese von Mandaten, die in den Stichwahlen mühsam erlangt sind. In der Presse wird viel von der „großen liberalen Partei“ gefabelt. Man denkt sich die Sache meist so, daß Richter und Barth sich wieder vereinigen und „in den Armen liegen sich beide“. Das soll dann die große liberale Partei sein? Wer das glaubt, gibt sich Illusionen hin, die jede kommende Wahl rasch zerstören muß. Die große liberale Partei kann, wie die Verhältnisse einmal liegen, überhaupt nicht von oben, von den Führern geschaffen werden. Aus dem liberalen Volke heraus müssen die echten Vertreter des Gedankens der bürgerlichen Demokratie zu Vereinigungen zusammentreten, die zunächst gar nicht nach den Parlamenten schielen, sondern sich mit Selbst-Einkehr beschäftigen sollen. Den Stamm können die Männer bilden, die heute schon in der Volksbildungs-, der ethischen Kulturbewegung, der Bodenreform, der Frauenbewegung usw. usw. als Pioniere wirken. Solchen Vereinigungen würden die freigesinnten Elemente in Scharen zuströmen, wenn sie wirklich entschlossen wären jedes Opfer zu bringen für die Befestigung aller verfassungsmäßigen Rechte, für unbedingte Säkularisierung der Schule, machtvolles Zurückdrängen der junkerlichen Elemente in der Verwaltung, Bekämpfung des bildungsfeindlichen Ultramontanismus und für soziale Gerechtigkeit vor allem gegenüber den arbeitenden Ständen. Solche Organisationen würden binnen Kurzem so sehr erstarken, daß die freisinnigen Parteien mit ihnen rechnen müßten, denn Hunderttausende, die vom kollektivistischen Programm überhaupt nichts halten und die nur in ihrer Verzweiflung sozialdemokratisch gewählt haben, weil die freisinnigen Parteien wichtige Punkte des demokratischen Programms preisgegeben haben, würden ihnen ihre Stimme geben. Es lechzt eben Alles nach einer Demokratisierung des Staatslebens und der elementaren

Wucht dieser Sehnsucht verdankt die Sozialdemokratie ihren beispiellosen Erfolg. Vom Zukunftsstaat, von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und anderen spezifischen Programm-Punkten der internationalen revolutionären Sozialdemokratie hat man fast nichts in den Wahlaufrufen gehört. Gesiegt hat die sozialdemokratische Partei, wie auch von anderer Seite bereits festgestellt worden ist, mit einem rein demokratischen Programm. Gibt das nicht genug zu denken?

Wenn man den Ursachen für das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen auf mehr als drei Millionen nachspürt, kann man an einer weiteren Tatsache nicht vorübergehen, die wir hier wenigstens streifen müssen. Der gegenwärtig regierende Kaiser tritt in ganz anderer Weise als seine Vorgänger mit seiner Person für das herrschende Regierungssystem mit allen seinen guten und schlechten Seiten ein. Das hat zur Folge, daß sich die Opposition weiter Volkskreise nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen den Kaiser selbst richtet. Diese Opposition führt dazu republikanische Tendenzen mehr und mehr zu beleben und weil keine Partei außer der sozialdemokratischen für die Regierungsform der Republik eintritt, fallen ihr ausschließlich die Stimmen derer zu, welche die Errichtung einer Republik in Deutschland für ein zu erstrebendes Ziel halten. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Ausfall der Wahlen dazu beitragen wird den Blick der verantwortlichen Instanzen auch für diese hochwichtige Seite zu schärfen, denn er rührt Fragen auf, die für das Wohl und Wehe Deutschlands doch noch etwas bedeutungsvoller sind, als der Streit darüber, ob der Getreidezoll fünfzig Pfennig höher oder niedriger sein soll und ob einige Panzerschiffe mehr oder weniger zu bewilligen sind!

In einem folgenden Artikel wollen wir die Frage zu beantworten suchen, was die Reichstagswahlen für die übrigen Parteien zu bedeuten haben und es wird dann auch darüber zu sprechen sein, ob das Zentrum ein Recht hat über den Wahlausfall zu triumphieren.

Die amerikanische Gefahr.

Von Mercator.

Vor Kurzem erschien eine Schrift von Frank A. Vanderlip: „Amerikas Eindringen in das europäische Wirtschaftsgebiet"*), welche überall beachtet werden sollte, wo

*) Berlin. Verlag von Julius Springer.

man sich für die „amerikanische Gefahr" interessiert. Der Verfasser war früher Unterstaatssekretär im Schatzamte der Vereinigten Staaten und ist gegenwärtig Vice-Präsident der National City Bank in New York. Durch seine amtlichen Beziehungen hatte er reichlich Gelegenheit mit maßgebenden Persönlichkeiten der Bank- und Handelswelt, sowie der Industrie in zahlreichen Ländern in Berührung zu kommen und seine Ausführungen sind für kein Land wichtiger, als für Deutschland. Der Kernpunkt von Vanderlips Publikation liegt in der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten in den letzten zwei oder drei Jahren nach Europa jährlich für 600 Millionen Dollars, also für annähernd 2½ Milliarden Mark mehr Waaren eingeführt haben, als Europa nach den Vereinigten Staaten exportiert hat, und daß dieser Import-Überschuß für die letzten sechs Jahre nicht weniger als 2 744 000 000 Dollars, also 11½ Milliarden Mark beträgt. Für Deutschland beträgt das Defizit des Güteraustausches mit Nordamerika etwa eine halbe Milliarde Mark pro Jahr. — Vanderlip erörtert die Frage eingehend, in welcher Weise Europa die Differenz von 11½ Milliarden in den letzten 6 Jahren bezahlt habe, da Nordamerika nur 560 Millionen Mark in Gold wirklich als Netto-Überschuß erhalten habe. Er bezeichnet die Antwort auf diese Frage als höchst schwierig, nimmt aber an, daß amerikanische Touristen 425 Millionen Mark jährlich in Europa ausgeben, daß für Seefrachten an ausländische Dampferlinien 320 Millionen zu bezahlen sind. Ferner macht er darauf aufmerksam, daß große Quantitäten amerikanischer Wertpapiere in ihr Ursprungsland zurückgekehrt sind und daß erfolgreiche Emigranten große Rimessen an ihr Heimatland gemacht haben. Aber all diese Kosten decken bei weitem nicht das Defizit, und der Verfasser gibt selbst zu, die wichtige Frage, wie das Defizit gedeckt worden sei, nicht endgültig beantworten zu können.

Unseres Erachtens vergißt er, daß eine Reihe von sehr reichen Familien wieder nach Europa zurückgekehrt sind, speziell nach Paris, London, Brüssel, wohl auch nach Deutschland, indem es nicht so angenehm ist in Nordamerika sein Geld zu verzehren, als in den europäischen Großstädten, weil in Amerika nur der erwerbende Bürger geachtet ist. Ferner, daß verkrachte Existenzen aus dem höchsten europäischen Adel nicht wenige reiche Erbinnen aus Amerika weggeführt haben, indem sie mit amerikanischen Dollars ihre Millionen-Schulden bezahlten und das Schild ihrer verarmten Familie neu vergoldeten. Wenn man beispielsweise erwägt, wie viel allein der französische Graf Castellane und sein Eintreten für nationalistische Wahlen die Millionärsfamilie Gould gekostet haben mag, wird man zugeben, daß Vanderlip mit Un-

recht an diesen Tatsachen vorübergeht. Auch durch Differenzen aus Börsengeschäften kann Amerika vielleicht größere Summen an Europa schuldig geworden sein.

Uns interessiert speziell die Frage, wie Deutschland im Wettkampf mit Nordamerika bestehen wird, und welche Widerstandskraft es voraussichtlich der „amerikanischen Gefahr“ gegenüber zu zeigen vermag. Vanderlip hat von Deutschland sehr viel Rühmenswertes zu berichten. Er weist nach was in den letzten 35 Jahren auf dem Gebiete des Verkehrswesens, des auswärtigen Handels, der Industrie geschaffen worden ist und stellt fest, daß solche Erfolge um so merkwürdiger gewesen sind, als uns alle Vorteile, über die Nordamerika verfügt, — wie der außerordentlich fruchtbare Boden, die Kohlenlager direkt an den Flußufern, die durch Tagbau zu gewinnenden Eisenerze, seine Flüsse und Meeresküsten — abgehen. Er vergißt nur, daß in diesen 35 Jahren aber auch der Faktor noch nicht die erste Rolle spielte, der sich jetzt anschickt die ausschlaggebende Rolle zu spielen im Wettkampfe der Nationen und das ist eben der wirtschaftliche! Das Lob von Deutschlands nationalökonomischen Fortschritten in der Vergangenheit hat für uns nur noch akademisches Interesse, da sich Alles darum dreht, wie sich der Wettstreit in der Zukunft gestalten wird. Leider können wir nicht verhehlen, daß uns die Aussichten für Deutschland trüb erscheinen.

Bei jedem Wettstreite kommen zwei Faktoren in Betracht: die Stärke der angreifenden Partei und die Widerstandsfähigkeit der angegriffenen. Nur wenn man beide Faktoren genau kennt, kann man zu einem Urteile über die Frage gelangen, wie wohl der Ausgang des Kampfes sein wird. Wir wissen nun, daß Nordamerika den Kampf mit ungeheuerem Vorteile beginnt; Deutschland könnte daher nur dann auf einen befriedigenden Ausgang hoffen, wenn es großartige Kräfte in der Defensive zu entwickeln vermöchte. Daran scheint es uns in erster Linie zu fehlen und nur darum, weil wir sehen wie schlecht unsere Verteidigung vorbereitet ist, dürfen wir überhaupt von einer „amerikanischen Gefahr“ sprechen. Gefahr ist immer da vorhanden, wo man einem Gegner nicht genügend gerüstet gegenübertritt.

Diese schwierige Lage Deutschlands hängt mit der Tatsache zusammen, daß es viele Jahrzehnte lang alle seine Kräfte anspannen mußte um auf militärischem Gebiete den ersten Rang zu erobern. Die Entwickelung der menschlichen Kultur hat einen Weg eingeschlagen, welcher bereits heute erkennen läßt, daß sich der Kampf in der kommenden Epoche nicht mehr um das militärische, sondern um das wirtschaftliche Übergewicht drehen wird. Bei den Kämpfen um den Weltmarkt ist mit

Kanonen und Magazingewehren wenig auszurichten; hier spielen Preislisten und Musterkarten die entscheidende Rolle. Da sich in Deutschland das Interesse der Regierenden und des Volkes zu stark um militärische Dinge drehen mußte, ist vieles versäumt worden, um uns für den Kampf um den Weltmarkt auszurüsten, und in Wirklichkeit ist das die „amerikanische Gefahr". Ist es schon für den einzelnen Menschen eine harte Nuß, wenn er in reiferen Jahren „umlernen" soll, so ist das bei großen Völkern fast ein Ding der Unmöglichkeit. Es wird lange dauern, bis man sich in Deutschland an den Gedanken gewöhnen wird, daß beispielsweise ein Techniker, der eine wesentliche Verbesserung des elektrischen Accumulators zu Wege bringt eine viel wichtigere Persönlichkeit ist, als ein kommandierender General, und doch ist es bereits höchste Zeit zum Umlernen, denn Hannibal steht schon vor den Toren!

Es ist das Unglück der einzelnen Individuen, wie der Völker, erst durch schwere Schicksalsschläge zu erkennen, daß sie auf falschem Wege sind. Es hängt dies damit zusammen, daß der Feind, gegen den wir gerüstet sind, in der Regel ausbleibt, daß aber der Feind, den wir gar nicht bemerkt hatten, uns plötzlich überfällt. Seit vielen Jahren ist vom Krieg mit zwei Fronten in Deutschland viel geredet worden. Jetzt scheint sich ein Krieg mit einer dritten Front vorzubereiten, mit der Niemand gerechnet hatte. Wenn es früher patriotische Pflicht war unausgesetzt von der Verteidigung der Westgrenze zu sprechen, so wird es jetzt patriotische Pflicht von der amerikanischen Invasion auf den europäischen Märkten zu sprechen und alle Verteidigungsmittel schleunigst in Stand zu setzen.

Das Schlimmste an der Sachlage ist ohne Zweifel der Umstand, daß weite Kreise des deutschen Volkes überhaupt noch gar nicht wissen um was es sich handelt, wenn von der amerikanischen Gefahr die Rede ist. Der Presse erwächst daher die dringende Pflicht vor Allem aufklärend zu wirken. Die Frage an sich liegt einfach. Es gilt das Problem zu lösen, wie wir in Deutschland die Überlegenheit Nordamerikas in der Erzeugung von Rohprodukten und Herstellung von Waaren wett machen können. Ohne weiteres muß zugegeben werden, daß wir in Bezug auf Rohprodukte hoffnungslos im Nachteil sind. Dagegen wäre es nicht unmöglich durch große Leistungen auf industriellem Gebiete und im Handel unsere Stellung im Wettkampfe, insbesondere auf neutralen Märkten zu behaupten. Wenn man den Grundsatz anerkennt, daß derjenige seine Waare absetzt, der das beste am billigsten liefern kann, so ist es klar, daß Deutschland vor allem von höchsten Leistungen auf industriellem Gebiete sein Heil erwarten muß. Was heute bereits in einer Reihe von Industrien, vor allem in der chemischen erreicht ist, muß auch in

anderen zu erreichen sein. Jede Entdeckung, jede Erfindung, jede organisatorische Verbesserung, die ein Deutscher ins Werk setzt, wird so zur patriotischen Tat, weil dadurch die Möglichkeit gesteigert wird Industrieprodukte in größerem Maße exportieren zu können. Wie früher unter Umständen irgend ein ausgezeichneter Soldat eine wichtige Schlacht durch die richtige Erkenntnis von dem, was der Augenblick erforderte, zu glücklichem Ausgang führte, ebenso kann jetzt in Industrie und Handel jede tüchtige Persönlichkeit ihrem Vaterlande unschätzbare Dienste leisten. Man bedenke, was es für Deutschland bedeuten würde, wenn es einem unserer Chemiker gelänge Werkzeugstahl so billig wie Gußeisen, oder Kautschuk in bester Qualität künstlich herzustellen usw! Aber andererseits erwäge man auch, was unter Umständen jeder einzelne Mensch für sein Land wert zu werden vermag. Leider hat sich Deutschland in der Vergangenheit um hunderttausende von wertvollen Menschen selbst gebracht, indem es gerade den begabtesten und charaktervollsten Bürgern durch reaktionäre Maßnahmen das Vaterland so sehr verleidete, daß sie nach den Vereinigten Staaten auswanderten. Die Nachkommen dieser Leute sind es in erster Linie, welche sich anschicken Deutschland von den Märkten der Welt zu verdrängen. Das ist eben der Fluch der politischen Vergewaltigung, daß die tatkräftigsten und leistungsfähigsten Bürger fortgetrieben werden und ihrer neuen Heimat alle ihre Kenntnisse als Morgengabe mitbringen! Wie viele Deutsche von hoher Begabung sind wegen religiöser und politischer Bedrückung ausgewandert! Was möchten wir heute darum geben, wenn wir sie wieder hätten! Aber die Lehre sollten wir wenigstens daraus ziehen, daß nur durch freiheitliche Ausgestaltung des Staatslebens ein Milieu geschaffen werden kann, in dem sich die Persönlichkeiten wohl fühlen, welche Deutschland allein auf wirtschaftlicher Höhe zu halten vermögen. Die Mächte, welche in der Vergangenheit im Staatsleben die wichtigsten Stellungen eingenommen haben, müssen jetzt ihren Platz andern einräumen. Das Zeitalter kommt heraufgezogen, in dem nur noch L e i s t u n g e n ein Anrecht auf bevorzugte Stellung geben. Je rascher man diese Wandlung der Dinge in Deutschland begreift, desto weniger schmerzlich wird die Krisis sein, der wir entgegengehen.

Immer aufs neue muß die Forderung erhoben werden, daß die Volksbildung verbessert werde, damit hervorragende Begabungen nicht verkümmern, daß der Volksverdummung endlich Einhalt getan werde, daß die Kinder anstatt die Geschichte des Königs Hiskia zu lernen ordentlich zeichnen lernen. Wenn es noch zehn Jahre so weiter in Deutschland geht, wie seither, dann kann es nicht ausbleiben, daß wir in Wissenschaft und Kunst, in Industrie und Handel endgültig von den

Vereinigten Staaten geschlagen werden und von der Großmachtstellung herabsinken, die wir einst mit Waffengewalt errungen haben.

Die „amerikanische Gefahr" ist keine Chimäre, sie wird mit jedem neuen Tage dräuender und unsere Regierungen haben allen Grund sorgenvoll in die Zukunft zu blicken und eiligst auf vielen Gebieten Reformen anzubahnen. Vor allem aber muß der Geist in Deutschland ein anderer werden, ehe man hoffen darf, daß wir den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete siegreich bestehen. So lange feudal denkende Junker die erste Rolle im Staate spielen, Leute, die im Grunde ihres Herzens jeden Kaufmann für einen unehrlichen Menschen halten und Jeden, der die Börse besucht, für einen Dieb, sind sie wirklich nicht dazu geeignet in diesen kritischen Zeiten das große Wort zu führen, wenn nicht Deutschland zu Grunde gerichtet werden soll.

Es mußte heiter stimmen, daß man in der „Kreuz-Zeitung" Ende Mai einige Aufsätze lesen konnte, in denen sich das feudale Blatt auch mit dem Buche von Vanderlip auseinandersetzte, indem es sorgenvoll die Frage aufwarf was aus Europa werden solle, wenn die europäische Waarenausfuhr mehr und mehr zurückgedrängt werde durch die Vereinigten Staaten? Bei der Lektüre dieser Aufsätze kam uns der Gedanke, daß gerade die „Kreuz-Zeitung" sehr viel dazu beitragen könnte um die amerikanische Gefahr abzuwenden, indem sie nämlich — ihr Erscheinen einstellte. Der feudale Kreis für den sie schreibt, würde dann sofort merken, daß eine neue Zeit heraufgezogen ist, und wenn man erwägt, daß es gerade die Weltanschauung der Kreuz-Zeitung ist, welche Deutschland so furchtbar schädigt in dem Kampfe auf Leben und Tod um den Weltmarkt, müßte es geradezu als Winkelried-Tat betrachtet werden, wenn das Junkerblatt unserer freundlichen Mahnung schleunigst Folge leistete. In seiner letzten Nummer könnte es ja noch seinem Leserkreise zurufen: „Verbrennet, was Ihr angebetet und betet an, was Ihr verbrannt habt — dann kann vielleicht die amerikanische Gefahr noch einmal abgewendet werden."

Zur Reform des niederen Unterrichtswesens insbesondere auf dem flachen Lande.

Von Gustav Schmidt (Jena).

Nicht nur die pädagogischen Fachzeitschriften, sondern unsere gesamte Tagespresse beschäftigt sich in letzter Zeit häufiger mit den unerquicklichen

Zuständen, wie sie sich infolge des von Jahr zu Jahr zunehmenden Lehrermangels in unserem Volksschulwesen auf dem Lande allmählich herausgebildet haben. Es ist allerdings auch die höchste Zeit, daß man beginnt dieser so überaus wichtigen Angelegenheit die ihr zukommende Beachtung zu schenken, um so mehr, als die sich ergebenden Mißstände nicht etwa nur auf einzelne Gegenden unseres Vaterlandes beschränkt sind, sondern sich in Süddeutschland in letzter Zeit ebenso fühlbar machen, wie in den östlichen Provinzen Preußens.

Die Verhältnisse, die zur derzeitigen Zuspitzung der ganzen Sachlage beigetragen haben, liegen übrigens ganz offen vor uns und, den erforderlichen guten Willen vorausgesetzt, dürfte es nicht einmal so sehr schwierig sein, wie es auf den ersten Blick vielleicht erscheinen mag, hier energische Abhilfe zu schaffen.

Die Lehrerschaft findet, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, ihre fortwährende Ergänzung aus dem Landvolke. Der Geistliche und der Lehrer sind in sehr vielen Fällen die einzigen Gebildeten im Dorfe und ihr Beruf bildet somit ganz von selbst für die Mehrzahl der aufstrebenden Landjugend das Ziel ihrer sehnlichsten Wünsche. Die Ausbildung der Lehrer in Präparandenschulen und Seminarien, die, weil nur für einen Stand bestimmt, naturgemäß nicht so dicht gesät sein können, führt aber fast immer dazu, daß der Junge zunächst einmal das Gymnasium oder die Realschule des nächsten Amtsstädtchens besucht. Hier ergeht es ihm wie einem Seefahrer, der in andere Breiten kommt. Er sieht plötzlich neue Gestirne am Himmel aufsteigen, neben welchen die von ihm bisher für Sterne I. Ordnung gehaltenen beträchtlich an Glanz einbüßen. Er sieht ganz besonders, daß gerade sein früheres Ideal, der Volksschullehrer, sich in diesem Städtchen in den meisten Fällen mit einer ziemlich untergeordneten gesellschaftlichen Stellung begnügen muß und in demselben Augenblick, in dem er sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen, hat auch die Aussicht, auf einem entlegenen Dörfchen die erste Stelle einzunehmen, ihren ehemaligen Reiz für ihn verloren, er wendet sich dem niederen Kommunal- und Staatsdienste oder Handel und Gewerbe zu.

Die vielfache Mißachtung des Lehrerstandes ist es daher auch, welche gegenwärtig in nahezu allen Lehrerversammlungen, trotz der kürzlich zugestandenen Berechtigung, die bunten Schnüre an den Achselklappen tragen zu dürfen, immer noch Anlaß zu bitteren Klagen gibt. „Einreihung in die Gehaltklasse der Beamten mit gleicher Vorbildung, wenn nötig unter Zufügung eines weiteren Seminarjahres, und Beaufsichtigung durch Fachleute", das sind die beiden wichtigsten Forderungen. Die letztere ist ja vollständig berechtigt und in einzelnen deutschen Staaten z. B. Baden auch bereits erfüllt. Etwas schwieriger liegt es mit der ersteren. Es

wird gewiß niemand behaupten wollen, daß die Volksschullehrer zu gut bezahlt seien, aber bei der Forderung nach Gleichstellung mit anderen Beamten, unter denen hauptsächlich die des niederen Post- und Eisenbahnfaches, sowie auch des Justiz- und Verwaltungsdienstes zu verstehen sind, scheint man doch zu übersehen, daß die Fachbildung des Volksschullehrers im großen und ganzen mit der allgemeinen Bildung, welche für diese Berufe in der Regel durch Beibringung des Befähigungsnachweises für den einjährigen Militärdienst darzutun ist, sich deckt. Mit Rücksicht auf den Umstand jedoch, daß von seiten der Lehrer selbst die Einführung eines weiteren Seminarjahres gewünscht wird, ließe sich gleichwohl eine für Staat und Lehrerschaft gleichbefriedigende Lösung finden.

Nahezu alle deutschen Staaten wenden in den letzten Jahren nicht unerhebliche Mittel für das niedere landwirtschaftliche Unterrichtswesen auf. Durch Errichtung von Ackerbauschulen und durch Anstellung zahlreicher Wanderlehrer, die im Sommer durch Vorträge und im Winter durch Abhaltung von Unterrichtskursen, den sogenannten Winterschulen, belehrend wirken sollen, will man es dem kleineren und mittleren Landwirte ermöglichen, sich dasjenige Maß von Kenntnissen zu verschaffen, das ihn instand setzt, unter den schwierigen Umständen, unter denen er in den heutigen, für die Landwirtschaft nicht gerade günstigen Zeiten zu wirtschaften gezwungen ist, seinen Betrieb in der gewinnbringendsten Weise einzurichten.

Leider ist man bis heute diesem so erstrebenswerten Ziele noch keinen Schritt nähergekommen und wird es mit solchen Einrichtungen auch in Zukunft nicht. Noch vor wenigen Monaten beklagte sich im „Wochenblatt des landwirtschaftlichen Vereins im Großherzogtum Baden“ ein Ökonomierat bitter darüber, daß die Bauern glaubten, sie erweisen dem Landwirtschaftslehrer eine Ehre, wenn sie ihre Söhne in die Winterschule schicken, und in den anderen süddeutschen Staaten liegen die Verhältnisse genau ebenso. Der Grund für diese Erscheinung liegt, wie bereits F. Lindner in seinem in Nr. 81 der „Wiener landw. Zeitung“ erschienenen Artikel hervorhebt, nicht immer in der mangelnden Einsicht des Bauern, oder mit anderen Worten ausgedrückt, an seinem Wollen. Aber auch das finanzielle Können, mit dem Lindner den schwachen Besuch der Ackerbauschulen zu erklären versucht, dürfte in vorliegendem Falle nicht die Veranlassung geben, dem Bauern eine solche ablehnende Haltung als das allein Richtige angezeigt erscheinen zu lassen. Der Bauer ist, sowie es sich um seinen Geldbeutel handelt, meist gar nicht so dumm, wie sich ihn viele Leute vorstellen und er hat deshalb schon längst herausgefunden, daß der Nutzen, den der Zögling aus solch einem Kursus, trotz freien Unterrichts, zieht, in gar keinem richtigen Verhältnis zu den aufgewendeten Kosten steht. War er früher

selbst einmal Zögling, so erinnert er sich, nicht ohne ein kleines Gruseln zu verspüren, noch lebhaft der vielen neuen und unbekannten Dinge, die in solcher Anzahl und Wucht in den paar Wintermonaten auf ihn einstürmten, daß er tatsächlich vor lauter Bäumen den Wald nicht sah. Was schließlich noch die ganzjährigen Ackerbauschulen betrifft, so werden ihre Zöglinge fast durchweg von dem Großgrundbesitz als Aufseher ꝛc. aufgesogen, so daß nur selten der eine oder andere in sein heimatliches Dorf zurückkehrt und die ihm zugedachte Rolle, seinen Mitbürgern die erworbenen Kenntnisse ad oculos zu demonstrieren, übernimmt.

Wie ganz anders würde es wohl auf dem Lande aussehen, wenn der Volksschullehrer auch zugleich Landwirtschaftslehrer wäre. Durch Einführung eines, dem gewerblichen in den Städten entsprechenden, landwirtschaftlichen Fortbildungsschulunterrichtes würde der Landjugend das für sie Wissenswerte geboten und durch Abhaltung von Wiederholungskursen in den Wintermonaten ihr stets wieder Gelegenheit gegeben, ihr Wissen zu befestigen und auszudehnen. Der Lehrer, welcher die Boden- und insbesondere auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde und ihrer Bewohner auf das genaueste kennt, ist im stande, unter Beiseitelassung alles für die gegebenen Verhältnisse nicht passenden, seinen Unterricht möglichst einfach und nutzbringend zu gestalten. Durch Anstellung von Anbau- und Düngungsversuchen wäre er im stande, seine Lehren praktisch vorzuführen und damit auf eine möglichst gewinnbringende Wirtschaftsweise hinzuwirken. Andererseits würde auch er durch diesen fortwährenden Verkehr mit der Dorfgemeinde auf landwirtschaftlichem Gebiete, auf dem der Bauer ihm nicht als Laie gegenübersteht, sich in dem entlegenen Dorfe nicht mehr so einsam und verlassen fühlen, wie bisher.

Wenn man nun in Betracht zieht, daß innerhalb der Volksschullehrer schon längst eine Scheidung in Land- und Stadtschullehrer, welch letztere meist noch eine Prüfung für erweiterte Volksschulen zu bestehen haben, fast überall durchgeführt ist, das Land aber mit mindestens demselben Rechte wie die Stadt verlangen darf, daß seinen Angehörigen der Unterricht in einer Form erteilt werde, die ihnen die Ausübung ihres zukünftigen Berufes erleichtert, diesem Wunsche aber nur in der angedeuteten Weise entsprochen werden kann, so dürfte es im eigensten Interesse der einzelnen Staaten liegen, der Forderung der Lehrer um Einschiebung eines weiteren Vorbereitungsjahres, das mit dem Fachstudium für Stadtschullehrer einer- und Landschullehrer andrerseits auszufüllen wäre, möglichst bald zu entsprechen. Durch Einschränkung des so viele Zeit verschlingenden Religionsunterrichtes in den Seminarien könnte der Behandlung der Naturwissenschaften ein breiterer Raum im Lehrplane zugewiesen und damit die notwendige Grundlage für das erfolgreiche land-

wirtschaftliche Fachstudium, welches auf einer Akademie bezw. einem Universitätsinstitut oder auch im Seminar selbst zu absolvieren wäre, geschaffen werden. Dieses landwirtschaftliche Fachstudium brauchte sich zeitlich durchaus nicht an das bisherige Studium anzuschließen. Im Gegenteil sollte mit Rücksicht darauf, daß in der Landwirtschaft Theorie und Praxis stets Hand in Hand gehen müssen, gerade darauf gesehen werden, daß zwischen der Entlassung aus dem Seminar und der Ablegung des landwirtschaftlichen Examens ein gewisser Zeitraum liegt, während dessen die jungen Leute in den Gemeinden, in denen sie als Unterlehrer wirken, auch mit den Erfordernissen des praktischen Lebens sich vollständig vertraut machen können. Die heutzutage noch vielfach herrschende Ansicht, solche Praxis habe nur dann einen Wert, wenn man dieselbe in einem größeren landwirtschaftlichen Betriebe, womöglich auf einem Rittergute sich erworben, ist eine durchaus falsche und nicht zum wenigsten ist auch ihr ein Teil der Schuld zuzuschreiben, weshalb die Früchte, die durch das niedere landwirtschaftliche Unterrichtswesen gezeitigt werden sollen, immer noch nicht reifen wollen. Der manchmal etwas übereifrige Landwirtschaftslehrer, der höchstens alle Vierteljahr einmal eine Gemeinde besuchen kann und dem man von den Zuständen in dieser Gemeinde eben nur soviel mitteilt, als man unter den gegebenen Verhältnissen für gut und angemessen erachtet, wird eben dadurch, daß er infolge Unkenntnis der wirtschaftlichen Lage vielfach Forderungen aufstellt, deren Erfüllung für viele im Augenblick entweder ganz unmöglich oder doch nur unter größter Einschränkung auf anderem Gebiete durchführbar wäre, auch wenn er seinen Vortrag noch so sachgemäß und wissenschaftlich ausgearbeitet hat, keinen tieferen Eindruck auf seine Zuhörer machen, ja er wird, falls er die nach seiner Ansicht vorbildlichen Großgüter als Beispiele heranzieht, den Bauern nur noch mehr in der Ansicht bestärken, daß das alles Dinge seien, die für seine Verhältnisse nicht passen. Um dem kleinen und mittleren Landwirte es zu ermöglichen, sich die Vorteile der neueren Technik in ausgedehntestem Maße zunutzen zu machen, muß in allererster Linie seine Aufmerksamkeit auf die ökonomische Seite seines Berufes gelenkt werden; er muß einsehen lernen, welche Wichtigkeit diesen Wirtschaftsfragen im Zeitalter des Kredits zukommt. Hat er erst einmal die Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses am eigenen Leibe erfahren, so wird er auch weiterhin alles, was auf die Besserung seiner Lage abzielt, nicht ohne Grund von sich weisen.

Aber auch bei Bildung einer Genossenschaft ist es nötig, daß man seine Leute genau kennt und was besonders auf dem Lande, wo es an schriftgewandten Leuten fast stets fehlt, noch weit wichtiger, daß man die einmal gegründete Genossenschaft nicht sich selbst überläßt. Und hier ist

es wiederum der Lehrer, welcher für ein gutes Gelingen und Fortbestehen eines solchen Unternehmens die beste Garantie bieten würde. Man lasse sich doch ja nicht immer mit dem alten Ammenmärchen abschrecken, auf diese Weise werde ein pädagogisches Halbwissertum herangezogen. Bitter not tun uns doch heutzutage keine lebendigen Konversationslexika, die auf möglichst viele Fragen zu antworten wissen, sondern Leute, die unter bestimmten, tatsächlich gegebenen Verhältnissen ihren Mann nach jeder Richtung hin stellen. Um jedoch dieser Anforderung gerecht werden zu können, darf der zugemessene Wirkungskreis einen gewissen Umfang nicht überschreiten. Wird ein solcher Kreis aber dann richtig gepflegt, so wird er sich sicherlich auch recht fruchtbar erweisen. Man bedenke doch die Vorteile, die einer Gemeinde nach einer Reihe von Jahren daraus erwachsen, wenn stets der Nachfolger unter Benutzung der Erfahrungen seines Vorgängers nur einige Steine dem begonnenen Baue zufügt. Sollte in größeren Dörfern durch stärkeres Hervortreten des Handwerkerstandes das Bedürfnis nach einem gewerblichen Fortbildungsschulunterrichte sich geltend machen, so ließe sich mit Rücksicht darauf, daß in solchen Gemeinden stets mehrere Lehrer vorhanden, einem dahingehenden Wunsche ebenfalls leicht abhelfen. Daß nicht zuletzt auch unsere landwirtschaftlichen Mittelschulen von einer solchen Änderung nur Vorteile haben würden, indem Qualität und Quantität des Schüler- und in bestimmten Fällen auch des Lehrermaterials sich heben dürfte, soll nur nebenbei bemerkt sein. Durch Übertragung des Religionsunterrichtes in den oberen Klassen an den Geistlichen — wie dies in den Mittelschulen ja auch allgemein durchgeführt ist — würde es dem Lehrer wohl ermöglicht, seiner erweiterten und damit nunmehr auch höher zu bewertenden Aufgabe gerecht zu werden, die, wenn richtig erfaßt und durchgeführt, für unsere deutsche Landwirtschaft sich gewiß in hohem Grade als segenbringend erweisen würde.

„Christus der Erlöser."

Von Verus.

Wir sind es längst gewöhnt, im Eingange der Geschichte die Legende zu finden. Wo aber hat dieser Umstand bedeutsamere Folgen nach sich gezogen, wo zu größerer Verwirrung geführt, als in der Geschichte des Christentums? — Mitten in historischer Zeit ist das Christentum auf historischem Boden emporgewachsen. Und doch, so rasch und so gründlich haben Liebe und Haß, Grübelei und Phan-

tasie, Einfalt und Gelehrsamkeit, politische Berechnung und religiöser Fanatismus seine echten Wurzeln zu verdecken, seine Jugendjahre in mystisches Halbdunkel zu hüllen vermocht, daß nach tausend mehr oder minder erfolglosen Versuchen, die geschichtliche Wahrheit voll und ganz aufzuhellen, gar mancher ernste Forscher auf dem Standpunkte eines dauernden Skeptizismus angelangt ist.

Eines aber erkennen klar alle geistig freien Zeitgenossen: daß unser heutiges kirchliches Christentum nicht dasjenige ist, welches der Held der Evangelien, Jesus von Nazareth, stiften wollte, daß es nicht dasjenige ist, dessen die Gegenwart und Zukunft bedarf. Viele hat diese Einsicht bekanntlich zu einer völligen Abwendung von all dem geführt, was ihnen einst in Kindestagen Kirche und Schule mit auf den Weg gegeben. Andere hingegen glauben auf die christliche Grundlage unserer Kultur nicht verzichten zu dürfen; sie möchten retten, was zu retten ist, was als gut und dauerhaft der Prüfung standzuhalten scheint. So erklären sich die immer zahlreicheren literarischen Versuche, aus dem traditionellen Christentum ein modernes zu machen, Propheten und Weltkind unter ein Dach zu bringen. Und sie sind ja auch in der geistigen Verfassung unseres Zeitalters, das als Übergangsstadium zu Kommendem immer deutlicher hervortritt, tief begründet.

Nicht leicht jedoch dürfte bei solchem Versuche ein Autor radikaler zu Werke gegangen sein, als Albert Ritter in seinem „Christus der Erlöser" betitelten Buche (Österreichische Verlagsanstalt 1903). Deshalb verlohnt sichs vielleicht, dies Buch herauszugreifen, um an der Hand eines markanten Einzelfalles die ganze Kategorie ein wenig zu beleuchten und die Erwägung der Frage anzuregen, wo etwa die vernünftigen Grenzen der angedeuteten Strömung zu suchen wären. — Hiermit sei zunächst dem genannten Autor das Wort erteilt.

Seinen Ausgangspunkt bildet eine zwar pessimistisch gefärbte, doch in den Hauptpunkten nicht unzutreffende Schilderung unserer heutigen sozialen Verhältnisse, aus welchen sich ihm der Schluß ergibt, daß die christlichen Konfessionen als vielhundertjährige Erzieherinnen der europäischen Menschheit auf die Erfolge ihrer Kunst nicht eben stolz zu sein brauchen. Nur zwei geistige Mächte gibt es überhaupt noch, „welche die Führung der auf allen Linien bankrotten und in Atome zerfallenden Gesellschaft übernehmen könnten": die römische Kirche und die Sozialdemokratie. Beide werden in scharfer Polemik abgelehnt; nicht minder gewisse moderne Versuche, „der sozialen Reform eine ideale Unterlage zu geben" — Gesellschaft für ethische Kultur, Nationalismus, naturwissenschaftlicher Monismus — für unzulänglich erklärt. „Immer weitere Kreise zieht die Überzeugung, daß tatsächlich alle diese Phrasen von

„idealen Gütern“ auf nichts hinausführen, daß nicht nur der einzelne in den furchtbarsten Stunden des Lebens, sondern die Menschheit als ganzes in den ringenden Nöten der Gegenwart eine Religion, einen Gott braucht — aber diesmal eine Religion und einen Gott, die dauerhaft und unerschütterlich sind.“ Buddhismus und Theosophie genügen hier absolut nicht. Die Wahrheit, nach welcher die Sehnsucht der Menschen verlangt, muß anders beschaffen sein. „Es muß ein großer ewiger Gedanke als Leitstern der Menschheit aufleuchten, der wieder einer Autorität göttliche Weihe und überwältigende Erhabenheit verleiht, der einen vernünftigen Sinn des ganzen Weltgeschehens verkündet, der dem einzelnen Menschen als Lohn seines Strebens einen Zustand der Seligkeit und der ganzen Menschheit als Ziel ihrer Kulturentwickelung die beglückende Erfüllung eines erkennbaren Zweckes mit unwiderstehlicher Überzeugungskraft zu verheißen vermag.“

Aber noch steht „die alte Kirche“ da mit ihren unfehlbaren Antworten auf die großen Fragen. Eine Prüfung dieser Antworten führt zu dem Ergebnis, daß die Grunddogmen der katholischen Kirche „vor der einfachsten Kritik nie und nimmer bestehen“ können, daß jede Hoffnung auf Befriedigung der religiösen Bedürfnisse der Kulturmenschheit seitens dieser Kirche völlig ausgeschlossen, sonach ihr Angebot, „die religiöse Führung“ zu übernehmen und den Bedarf an idealen Gütern zu decken, „auf das nachdrücklichste“ abzuweisen ist. „Die erste Bedingung einer besseren Zukunft lautet: Los von Rom.“ —

Das bisherige Ergebnis ist also trostlos. Wir brauchen „feste zuverlässige Wahrheit“ und haben sie nicht. „Es fehlt uns die absolute Religion, die Lösung des großen Welträtsels: was bedeutet die Welt, woher und wozu sind wir da und wie erfüllen wir unseren Zweck?“ Diese Lösung kann nur vom Vernunftstandpunkte aus gelingen. „Die natürliche Vernunft“ sagt uns: das Ganze muß einen Sinn haben. „Das einzige Mittel, dessen sich Gott zu seinen Offenbarungen bedient, ist die klare Vernunft“ und „die geoffenbarte Wahrheit besteht in den übereinstimmenden Ergebnissen des Denkens der mit der klarsten Vernunft begabten Menschen.“ Demnach unternimmt es Ritter, „die Ergebnisse des auf die religiösen Fragen gerichteten Denkens der Weisen aller Zeiten zu vergleichen und das bei allen oder den meisten von ihnen Übereinstimmende können wir dann als die geoffenbarte Wahrheit betrachten.“ Er stellt hierbei Jesus in die Mitte und läßt ihm die Denker der vorchristlichen Zeit als Propheten des alten Bundes voraufgehen, jene der späteren Jahrhunderte als Propheten des neuen Bundes nachfolgen.

Der Raum gestattet uns selbstverständlich nicht, den Autor auf

seinen Streifzügen durch die ältere und jüngere Geisteswelt zu begleiten. Auch ist ja dergleichen schon oft in den verschiedensten Variationen durchgeführt worden und weder das Material noch der Zweck im geringsten neu. Es handelt sich einfach um eine Anhäufung etwas flüchtig zusammengetragener Daten, um darzutun, daß eben alle anderen nur Propheten, Christus allein der Erlöser sei. Ehe noch Ritter auf letzteren eingeht, glaubt er schon voraussenden zu müssen, „daß uns in Jesus von Nazareth die Wahrheit in ihrem reinsten Wesen offenbar werden wird," und sich bezüglich seiner „von vornherein ein anderer Charakter der Darstellung" empfiehlt. So sind wir schon einigermaßen vorbereitet. Und trotzdem vermag das Folgende noch zu überraschen.

Denn teilweise auf die Evangelien, als „unzweifelhafte historische Quellen," teilweise auf Tolstoi („Kurze Darlegung des Evangeliums"), Harnack („Wesen des Christentums") und Chamberlain („Grundlagen des 19. Jahrhunderts") gestützt, folgt nun eine Charakteristik der Persönlichkeit und Lehre Jesu, welche jeden Boden unter sich verliert und an phantasievoller Schwärmerei alles überbietet, was ich je — aus der Feder eines Freigeistes — über diesen Gegenstand gelesen habe. Es ist beim besten Willen nicht möglich, die überschwenglichen Ausführungen Ritters auch nur halbwegs erschöpfend wiederzugeben.*) Mit einem Worte: Jesus hat die Welt erneut, er allein ist die ewige Wahrheit. „Auf den ersten Blick kann man erkennen, daß alle großen Gottesideen des Altertums in der Botschaft Jesu ihre vollendete Zusammenfassung und Krönung finden." Jesus hat die größten Welträtsel, die schwierigsten Probleme gelöst, den Pessimismus für immer überwunden, das gewöhnliche tierische Leben vollständig vernichtet, Vernunft und Gemüt mit einander versöhnt und selbst als wahrer Gottmensch ein vorbildliches Leben des Gehorsams gelebt. „Der alte Adam ist zu Boden gerungen, die Tierheit überwunden, die Wurzel des Bösen, der Egois-

*) Ein Beispiel für viele: (S. 81). „Eine weltewige Offenbarung enthält auch das Wort „Selig sind, die da Leid tragen." Das Problem des Bösen ist gelöst. Wir haben gesehen, wie die alten Denker, verzweifelt vor der unerklärlichen Thatsache standen" 2c. 2c. Da erhellt obiges Wort „wie ein Strahl vom Himmel" die Finsternis. „Das Übel ist gar kein absolutes Übel, es ist von Gott gewollt, damit die vom Leid Betroffenen höheren Trost finden in der Erfüllung des Zweckes ihres Daseins." — Aber in der Bergpredigt heißt es ja doch: „Selig sind die da Leid tragen, denn sie sollen getröstet werden"! Von der ausgleichenden Gerechtigkeit Gottes, vom Lohn im Jenseits für Leid und Mühsal im Diesseits, ist hier die Rede. Ja, besagter Lohn hat bekanntlich in den analogen Stellen der älteren Prophetie sogar noch einen recht weltlichen Anschein, vgl. etwa Jsaias 61, 1—3, wo den Trauernden Sions eine Krone statt der Asche, Freudenöl statt der Trauer, ein Feiergewand statt der Betrübnis verheißen wird. Wie verhält sich das zu der ganz willkürlichen Auslegung Ritters?

mus zerstört. Und welche Wirkung diese volle Erlösung in dem Denken und Leben des Erlösten äußert, dessen ist eben Jesus das herrlichste Zeugnis, das vollkommenste Vorbild.“ Erlösungsprogramm: „Man muß also zuerst die Botschaft vom Reiche Gottes vernehmen und glauben, dann auf Grund dieser gläubigen Überzeugung die Erlösung an sich vollziehen, das Göttliche in sich befreien und dann kann man teilhaben an der Herrlichkeit des Reiches, die Freuden genießen, die Gott denen bereitet hat, die ihn lieben. — Die treffendsten Worte können der Größe dieser Ideen niemals gerecht werden. Wem sie nicht mit einer Woge göttlichen Entzückens die Seele füllen, der wird sich vergebens bemühen, ihren Wert zu erfassen“ usw.

Natürlich weiß sich Jesus auch „als Sohn Gottes“, als „in Wahrheit Gott und Mensch zugleich“, er weiß, daß „seine Lehre die absolute Wahrheit sei, daß in ihr allein das Heil seines Volkes, ja aller Welt liegen könne,“ aber seltsam — von seiner Messianität weiß er nichts. Darauf müssen ihn erst seine inferioren Jünger bringen. Auf das Wort Petri: „Du bist der Messias“ erschrickt Jesus und verbietet strenge, es weiterzusagen. Dennoch war dies Wort „ausschlaggebend“ für ihn. — „Mußte der Jünger nicht in der Tat recht haben? Wer konnte denn seinem Volke alles Erharrte und Erträumte bringen, als er?“ Immer mehr versenkt sich Jesus in den Gedanken seiner Mission und seines damit zusammenhängenden Leidens. „Und in der steigenden Entwickelung dieser Gedanken kam es über ihn, daß dieses erste Dasein für ihn, den Messias, nur ein vorbildliches sein könne, daß er zuerst zeigen müsse, wie man um der Wahrheit willen alle Mühsale auf sich zu nehmen habe, ja den Tod nicht scheuen dürfe, damit alle Menschen die Kraft dieser Wahrheit ersehen könnten. Dann aber nach dieser Vorbereitung müsse das Reich Gottes erscheinen in Macht und Herrlichkeit. Der jetzt als schwacher Mensch galt, müsse dann sichtbarlich als Gottes Sohn wieder erscheinen, an dem niemand mehr zu zweifeln wage ..... Er werde wieder erscheinen können, auf einem Wolkenthron vom Himmel gesandt, um das unvergängliche Reich Gottes zu begründen.“

Wohlgemerkt, so dachte ein Mann, von dem es nach Ritter feststeht, daß er „alle wahren Ideen seiner Vorgänger in göttlicher Intuition zu einer einheitlichen Gesamtanschauung widerspruchslos vereinigte, daß er das mögliche Wissen und Bewußtsein des Menschen auf die höchste Höhe führte und den Rahmen festlegte, den das Forschen aller Zeiten nur ausfüllen, nie überschreiten kann, und daß er die großen Welträtsel in voller Klarheit löste.“ Auf solche Weise meint Ritter, Sinn und Bedeutung der Lehre Jesu „deutlich klargelegt“ und sein Messiastum „dem Verständnis nahe gebracht“

zu haben; „es ist auf andere Weise nie psychologisch*) begreiflich zu machen.“

Die Jünger freilich, das giebt Ritter mehrfach zu, haben die geschilderten Ideen ihres Meisters nicht verstanden und ebensowenig die Evangelisten und ebensowenig die folgenden Zeiten. „Es sind nun zwei Jahrtausende dahingegangen und die Lehre Jesu ist noch nicht lebendig geworden.“ — „Wo ist heute das Heil? Wer ist erlöst?“ Es ist eben eine „Wahnvorstellung von ganz unbegreiflicher Unsinnigkeit, daß Jesus von Nazareth als Mann der Vorsehung in der Fülle der Zeiten erschienen sei.“ Im Gegenteil jene Zeiten waren gar nicht fähig, „seine Botschaft zu verstehen“; erst die Gegenwart „ist reif dafür.“ Und Folgendes beiläufig ist ihr wesentlicher Inhalt:

Das Höchste und somit auch der Zweck des Lebens ist die Erkenntnis des wahren Gottes. Dieser Gott ist „lebendige, wollende, handelnde Wirklichkeit“, er ist die „umfassende, allvernünftige, allmächtige Einheit des Geistes der Naturkräfte und der Materie“, er ist „der Inbegriff und Vater alles Einzellebens.“ Erkenntnis Gottes heißt somit „Erkenntnis der Wesenseinheit mit dem Allgeist.“ Der Mensch, welcher diese Erkenntnis besitzt, ist eben dadurch „wahrhaft ein Kind Gottes, eines Wesens mit ihm.“ In diesem Sinne hat Jesus das Wort „Vater“ gefunden und damit die späteren Resultate der Wissenschaft antezipiert. Individuelle menschliche Einzelseelen giebt es nicht; ja der Glaube an die Unsterblichkeit der Seele — ein Produkt des Egoismus — ist sogar der „verderblichste und verwerflichste, den es geben kann.“ „Der Sieg der Lehre Jesu und die Möglichkeit einer Religion, welche die Menschheit r e t t e n könnte“, hängt geradezu von der Beseitigung dieses Irrwahnes ab. Selbstverständlich giebt es auch keine Vergeltung im Jenseits, keine Auferstehung, weder Himmel noch Hölle, noch allen sonstigen Widersinn, welchen die kirchliche Dogmatik vorspiegelt. Hingegen ist „der Darwinismus ein Hauptprinzip des Christentums“ und kann dasselbe ohne ihn gar nicht voll verstanden und bewiesen werden; sowie denn überhaupt zwischen Wissenschaft und Christentum nicht die geringste Disharmonie besteht. „Jesus hat alle Schlußfolgerungen, die man aus der Wissenschaft ziehen muß, schon gekannt.“ Er war „die verkörperte Vernunft“, welche verkündete, „daß die Vernunft das Heiligste, das Gott-

*) **Dies Wort erinnert unwillkürlich an die treffende Bemerkung Wrede's („das Messiasgeheimnis“, S. 3): „Die Wissenschaft vom Leben Jesu krankt an der psychologischen Vermutung und diese ist eine Art historischen Ratens. Deshalb blühen die Geschmacksurteile. Die Zahl der willkürlichen psychologischen Interpretationen von Fakten, Worten, Zusammenhängen der Evangelien in der Literatur ist Legion.“ Wenn so die Wissenschaft, wie erst das Laientum!**

gleiche im Menschen ist und selbst zur Wahrheit führt.“ Mit diesem Begriffe „Vernunft“ hat es nun allerdings sein eigenes Bewandtnis. Es giebt nämlich, wie wir hinterher erfahren, zwei Arten von Vernunft. Die eine ist die „menschliche Vernunftkraft“, die „empirische Vernunft“; mit ihr gelingt es dem Menschen nicht, „den Zusammenhang mit dem Urprinzip zu finden“; er resigniert schließlich und giebt sich mit irdischen Gütern zufrieden. Die andere ist „die durch den Weltraum flutende göttliche Allvernunft, die kosmische Intelligenz.“ „Wo es Menschen gab, deren physischer Denkapparat so günstig entwickelt war, daß die Weltkraft der Allvernunft in Erscheinung treten konnte, da brach sie zu Tage — und so haben wir die Reihen der Genies auf allen Gebieten erhalten, insbesondere die religiösen Genies“ usw. Die Genies sind „Bürger einer anderen Welt“, aus ihrem Milieu nicht zu verstehen. Ihnen ist der Blick in das Ganze der Wahrheit verliehen — „die Intuition.“ „Und Jesus war die reine, die vollkommene Intuition, ... vor seinem göttlichen Blicke lösten sich die verwickeltsten Fragen . . . . er war unbeschränkter Gebieter im Reiche des intelligiblen Geistes.“ Daher die Unmöglichkeit, ihn aus seinem Milieu zu erklären, daher der Gegensatz zu seiner traurig beschränkten Umgebung. „Auch da reichen Worte nicht zu; Jesus verstehen zu können, ist eine Gnade, wer aber diese Gnade nicht hat, wer Jesus nicht begreift und ergreift — wehe ihm, er ist verloren für die Bestimmung der Menschheit, er ist verdammt, ein Tier zu sein.“ —

Schade, wahrhaft schade! Da wurden wir auf Seite 43 gemahnt, als „vernunftbegabte Geschöpfe“ nicht an „vernunftlose Ursachen“, sondern an „vernünftige Zwecke“ zu glauben und der „natürlichen Vernunft“ auf dem Wege zum Licht zu folgen. Und nun erfahren wir nach so vielen Schweißtropfen auf SS. 241, 258, daß doch alles umsonst war, weil es eben auf „die Gnade“ ankommt. Aber was kann ich dafür, daß ich die „kosmische Intelligenz“ nicht habe? Ist es gerecht, mich zum Tier zu verdammen, weil mir die Gnade nicht genug „Weltkraft der Allvernunft“ gegeben hat, um den wahren Christus und seine wahre Botschaft zu verstehen? — Am allerschlimmsten ist jedoch, daß ich beide verstehen **muß**, ob ich nun kann oder nicht. Denn Ritter sagt ja — nachdem er Seite 269 ff. über „die Freiheit des Willens“ und „das Gewissen“ gehandelt hat — auf Seite 297 zweimal mit furchtbarem Nachdruck: „giebt es eine Wahrheit und einen Zweck der Menschheit, so **muß** jeder sie anerkennen“ — „fiat veritas, pereat mundus.“ Ein Grundsatz, gegen den sich um so weniger einwenden läßt, als er ja glaubwürdigem Vernehmen nach schon in den Amtslokalen der heiligen Inquisition angeschlagen gewesen sein soll. — — —

Vorstehende Inhaltsangabe ersetzt jede Kritik. Daß der geschilderte „Erlöser“ nicht Jesus von Nazareth, der Sohn Josefs und Marias, der evangelische Verkünder der Gottes- und Nächstenliebe, sondern der Christus fin de siècle, der Sohn Chamberlains und Harnacks, an dessen Wiege Nietzsche und Tolstoi Gevatter standen, der aus jeder Zeit und Endlichkeit herausgerissene Heros und Übermensch ist, daß hier ein schwärmerisch veranlagter Dilettant die gewonnene eigene Weltanschauung — die wir an sich nicht entfernt antasten wollen — auf das geradezu gewalttätig konstruierte Phantasiebild eines Jesus Christus projiziert und unter dessen Ägide „ewige Wahrheit“ getauft hat, all das einem verständigen Leserpublikum erst auseinander setzen zu wollen, wäre einfach Zeit- und Raumverschwendung. Man könnte demselben höchstens die Frage vorlegen, ob ihm das in der psychologischen Retorte destillierte Christusbild glaubwürdiger erscheine, als das dogmatische der zweiten göttlichen Person, ja welcher Unterschied denn überhaupt noch zwischen dem orthodoxen und dem freisinnigen „Gottmenschen“ bestehe?

In diesem Sinne also, d. h. wenn man Absicht und Ergebnis gegenüber stellt, ist Ritters Buch ohne Zweifel verfehlt. Mit Bedauern sei dies gesagt, denn viel Fleiß und Belesenheit, viel ehrliche Kraft und Begeisterung, zahlreiche gute und wertvolle, wenn auch nicht gerade neue Gedanken sind hier der Überschwenglichkeit des Autors zum Opfer gefallen, der leider vergaß, daß sich der Meister erst in der Beschränkung zeigt. Trotzdem möchte ich seine Arbeit keineswegs wertlos, ja in gewissem Sinne sogar sehr nützlich nennen. Eine gelungenere Parodie auf das Großteil der modernen „Leben Jesu“ - und „Wesen des Christentums“ - Literatur läßt sich nämlich überhaupt nicht denken. Dreifache Lehre, so meine ich, können wir daraus entnehmen.

Vor allem zeigt sie wieder einmal klar, wie auch die beste und vernünftigste Idee durch Übertreibung ad absurdum geführt werden kann, und erinnert uns damit an die Grenzen, welche dem heutigen Bestreben, die Weltanschauung der Gegenwart mit der Botschaft Christi (resp. der Evangelien) zu verschmelzen, durch die Natur der Sache gezogen sind, jene Grenzen, welche nun einmal beobachtet werden müssen, wenn anders ein menschlich schönes, erhebendes Vorbild nicht zur grotesken Karrikatur werden soll.

Sodann macht sie uns auf die Schattenseiten so mancher vielgelesenen und vielbewunderten Publikation aufmerksam, indem sie uns deren Kinder und Enkel vor Augen führt. Je mehr kleine Freiheiten — um der guten Sache willen — sich die Großen gestatten, desto mehr große gestatten sich die Kleinen. —

Endlich ist sie auch ein interessanter Beitrag zur Geschichte der Christologie. Denn wenn noch heute, in unserer nüchternen und skeptischen Gegenwart, im kühlen Abendlande, von wissenschaftlich aufgeklärten Männern solche Christusbilder gezeichnet werden können, wie mag es sich damit einst verhalten haben vor 18 Jahrhunderten, im phantasiereichen, enthusiastischen Orient, im Schoße wundergläubiger, messiassüchtiger Volksmassen, in den wildgährenden, von erschütternden Ereignissen heimgesuchten Zeiten des Unterganges der antiken Welt? Wer uns wohl sagen könnte, wie viele solcher „Projektionen auf Christus“ bereits die urchristlichen Überlieferungen enthalten! —

Kant und Friedrich Wilhelm II.

Von Dr. M. Kronenberg (Berlin).

In der Sieges-Allee in Berlin sind eine Reihe von Denkmälern aufgestellt, welche die Herrscher Brandenburgs und Preußens darstellen, wobei jedem von ihnen zwei hervorragendere Repräsentanten seiner Zeit gruppenweise beigegeben sind. In einer dieser Denkmalsgruppen sieht man auch die Büste Kants in Verbindung mit der Statue Friedrich Wilhelms II. Es ist schon damals, als vor zwei Jahren diese Denkmalsgruppe enthüllt wurde, mehrfach darauf hingewiesen worden, wie unberechtigt eine solche Zusammenstellung ist. Und mit gutem Grunde: Denn man mag über die Idee, welche diesen Denkmälern zugrunde liegt und über ihre künstlerische Ausführung denken wie man will, so ist eines jedenfalls sicher; wenn auch ein hervorragender „Untertan“ nicht immer, oder sogar nur selten, in einem inneren Verhältnis steht zu dem Fürsten, in dessen Regierungszeit seine Wirksamkeit fällt, wenn also auch die äußerliche Zusammenstellung nicht immer vermieden werden konnte, so mußte doch das historische Gefühl zum mindesten davon zurückhalten, das Gegenteil dieser inneren Zusammengehörigkeit sichtbar werden zu lassen. Und dies um so mehr, als es so nahe gelegen hätte, die Büste Kants der Statue Friedrichs des Großen beizugeben. Wie sehr gehören diese beiden Genies der Aufklärung zusammen, als Denker wie als Menschen!

Kant und Friedrich Wilhelm II. sind nicht nur zwei Menschen, die sich nicht berühren, sondern diametrale Gegensätze. Auf der einen Seite ein Genie des Denkens, auf der anderen ein Mann von großer intellektueller Schwäche; auf der einen Seite der Verkündiger des katego-

rischen Imperativs, der diesem kategorischen Imperativ auch gelebt hat, auf der andern ein Mann von ungewöhnlicher moralischer Schwäche und Hilflosigkeit. Dazu kommt nun aber, daß beide auch durch besondere Ereignisse in einen diametralen Gegensatz zu einander getreten sind. In die Regierungszeit Friedrich Wilhelms II. fällt der berühmte Zensur-Konflikt und das Schweige-Gebot, das dem Königsberger Philosophen durch eine Kabinets-Ordre eben dieses Königs auferlegt wurde.

Man hatte bis vor kurzem immer die Auffassung gehegt, daß in diesem Konflikt Friedrich Wilhelm II. das passive Element gewesen sei, daß er zu den rigorosen Maßnahmen gegen Kant durch die Hofkamarilla, und vor allem durch den Minister Wöllner veranlaßt worden sei. Aber gerade in den letzten Jahren, die seit der Enthüllung des Denkmals Friedrich Wilhelms II. verflossen sind, hat sich auf Grund neuer Untersuchungen herausgestellt, daß die Dinge gerade umgekehrt liegen; daß nicht Wöllner, sondern der König selbst das treibende Element, und Wöllner nur sein Werkzeug gewesen ist.

Der bekannte Zensur-Konflikt gehört als Teilerscheinung zu einer Gesamtheit von Maßregeln, welche dem damaligen Kampf gegen den Umsturz gelten. Dieser Kampf gegen den Umsturz, der sich bis auf den heutigen Tag in so vielfachen Variationen fortgesetzt hat, setzte unmittelbar nach dem ersten Auftreten der großen französischen Revolution ein. Damals waren es nicht wie heute die Sozialdemokraten und Anarchisten, denen man den Umsturz der bestehenden Gesellschaft und sittlichen Ordnung zur Last legte, damals hießen die Umsturzmänner Jakobiner. Aber damals ebenso wie heute verband man mit dem Ausdruck „Umsturz“ vor allen Dingen auch die Vorstellung der Beseitigung des bestehenden Glaubens und des Christentums. Um diesem Umsturz entgegen zu treten, wurden alsbald, nachdem der Hofprediger des Königs, Wöllner, zum leitenden Minister berufen war, die einschneidendsten Maßregeln in Szene gesetzt. Erst erging ein scharfes Zensuredikt, welches die Preßfreiheit, überhaupt die Freiheit des Wortes, soweit sie bestand, völlig beseitigte. Nicht nur, daß jede Schrift der strengsten Zensur unterworfen werden sollte, es wurden auch die härtesten Strafen angedroht für jede Äußerung, welche sich gegen die bestehenden Zustände in Staat und Kirche richtete. Allen Aufklärern war bereits vorher angedroht worden, daß sie als Empörer behandelt und bestraft werden sollten. Bald darauf folgte das berüchtigte Wöllnersche Religionsedikt, durch welches bestimmt wurde, daß kein Beamter eine Anstellung erhalten sollte, wenn er sich nicht vorher auf die symbolischen Bücher des evangelischen Glaubens verpflichtet und seine Gesinnungstüchtigkeit bei einer Prüfungsbehörde dargetan habe. Als solche Prüfungsbehörde wurde bald darauf unter

dem Namen „Preußisches Oberkonsistorium“ ein Kollegium von drei Männern eingesetzt, deren Namen eine geschichtlich denkwürdige, wenn auch traurige Bedeutung erlangt haben: Hermes, Woltersdorf und Hilmer. Sie hatten die Aufgabe, allen Versuchen entgegenzutreten, durch welche, wie es in dem Wöllnerschen Edikt heißt, „die Grundwahrheiten der Schrift zu untergraben versucht und auf unverschämte Weise unter dem Namen der Aufklärung zahllose und allgemeine Irrtümer verbreitet werden.“ Es solle zwar, heißt es heuchlerischer Weise, die innere Überzeugung nicht erzwungen werden, doch müsse jeder von nun an nach dem festen Kirchenglauben treu lehren, oder im Falle der Übertretung Entsetzung vom Amte oder noch härtere Strafen erwarten.

Die drei Zensoren Hermes, Woltersdorf und Hilmer waren dazu bestimmt, diese Prüfung der Gesinnung in letzter Instanz zu überwachen. Nicht nur die Geistlichen, sondern auch die Lehrer hatten vor ihnen zu erscheinen, um sich einem Gesinnungsexamen zu unterwerfen, und fortwährend wurden mit Hilfe der untergeordneten Behörden Verzeichnisse über die einzelnen Beamten angelegt, in denen Zensuren über ihre Rechtgläubigkeit verzeichnet waren. Natürlich verbreitete sich auf diese Weise der Geist der Heuchelei, der Gesinnungslosigkeit überall, dem Denunzianten- und Strebertum war Tür und Tor geöffnet. Es herrschte bald in den öffentlichen Zuständen jene geistige Misere, welche wenige Jahre später in einem Briefe treffend geschildert wird, den Hegel aus ähnlichem Anlaß an Schelling richtete: „Den Geist, den die Regierung einzuführen droht, habe ich in deiner Beschreibung erkannt; er ist in Heuchelei und Furchtsamkeit (einer Folge des Despotismus) gegründet und selbst wieder Vater der Heuchelei; der Geist, der in jeder öffentlichen Konstitution herrschend werden muß, die den chimärischen Einfall hat, Herz und Nieren prüfen zu wollen und Tugend und Frömmigkeit zum Maßstab der Schätzung des Verdienstes und der Austeilung der Ämter zu nehmen. Ich fühle innig das Bejammernswürdige eines solchen Zustandes, wo der Staat in die heilige Tiefe der Moralität hinabsteigen und diese richten will; bejammernswürdig ist er, auch wenn der Staat es gut meinte, noch unendlich trauriger, wenn Heuchler das Richteramt in die Hände bekommen, welches geschehen muß, wenn es auch anfangs gut gemeint gewesen wäre.“ —

Es konnte nicht ausbleiben, daß mit einem solchen Regierungssystem auch der Königsberger Denker, das damals gefeierte Haupt der Aufklärung, zusammenstoßen mußte. Dieser Zusammenstoß erfolgte anläßlich des Erscheinens der Kantschen Schrift „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“. Von dieser waren zuerst einzelne Stücke in der „Berliner Monatsschrift“ erschienen. Erst war nach einigem Zögern

von der Zensur das Imprimatur erteilt, nachher aber verweigert worden. Kant ergriff nun das Auskunftmittel, das gesetzlich durchaus zulässig war, sich an eine theologische Fakultät zu wenden, in diesem Falle war es die Königsberger, und von dieser begutachten zu lassen, daß seine Schrift nicht theologischen, sondern philosophischen Inhalts wäre. Indem er sich so die Druckerlaubnis der philosophischen Fakultät, der er von vornherein sicher sein konnte, errang, war er imstande, seine Schrift im Jahre 1793 erscheinen zu lassen.

Nichts ist näher liegend, als die bisher ziemlich allgemein angenommene Vermutung, daß die Berliner Glaubenswächter, vor allem Wöllner selbst, durch das Erscheinen dieses Buches, welches das größte Aufsehen erregte, und dem „Umsturz", der „jakobinischen Aufklärung", wie man sagte, eine neue, mächtige Waffe in die Hand gab, aufs äußerste gereizt worden seien, und daß sie deshalb den König veranlaßt hätten, mit drakonischen Maßregeln gegen Kant vorzugehen. Besonders stark gereizt konnten sie ja schon durch die eine Tatsache sein, daß Kant es verstanden hatte, die Berliner Zensur, welche seine religionsphilosophische Schriftstellerei hatte lahm legen wollen, in der wirksamsten Weise zu umgehen. Überdies war die Schrift an vielfachen Stellen gespickt mit scharfen Bemerkungen, satirischen und sarkastischen Wendungen, bei denen jedermann auf die Berliner Zensoren und ihren Kampf gegen den Unglauben hinwies. Und bald nach dem Erscheinen dieser Schrift publizierte Kant in der „Berliner Monatsschrift" auch noch einige kleinere Abhandlungen, in welchen die Anspielungen auf Wöllner und seine Genossen noch deutlicher und unverhüllter zu Tage traten. Das alles, namentlich die letzte dieser Abhandlungen, „Vom Ende aller Dinge", in welcher mit ziemlicher Deutlichkeit Wöllner und die drei Berliner Zensoren Hermes, Woltersdorf und Hilmer als die Urheber des widernatürlichen Weltendes porträtiert waren, hat nun nach der bisherigen Meinung Veranlassung gegeben, daß die Kabinetsordre Friedrich Wilhelms II. an Kant erging, welche folgenden Inhalt hat:

„Von Gottes Gnaden Friedrich Wilhelm, König von Preußen u. s. f. Unsern gnädigen Gruß zuvor. Würdiger und Hochgelahrter lieber Getreuer! Unsere höchste Person hat schon seit geraumer Zeit mit großem Mißfallen ersehen, wie Ihr Eure Philosophie zur Entstellung und Herabwürdigung mancher Haupt- und Grundlehren der heiligen Schrift und des Christentums mißbraucht, wie Ihr dieses namentlich in Eurem Buche: „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft", desgleichen in anderen kleinen Abhandlungen getan habt. Wir haben Uns zu Euch eines Besseren versehen; da Ihr selbst einsehen müßt, wie unverantwortlich Ihr dadurch gegen Eure Pflicht als Lehrer der Jugend

und gegen Unsere, Euch sehr wohl bekannten landesväterlichen Absichten handelt. Wir verlangen des Ernstesten Eure gewissenhafte Verantwortung und gewärtigen Uns von Euch, bei Vermeidung unserer höchsten Ungnade, daß Ihr Euch künftighin dergleichen nicht werdet zu Schulden kommen lassen, sondern vielmehr, Eurer Pflicht gemäß, Euer Ansehen und Eure Talente dazu anwenden, daß Unsere landesväterliche Intention je mehr und mehr erreicht werde; widrigenfalls Ihr Euch bei fortgesetzter Renitenz unfehlbar unangenehmer Verfügungen zu gewärtigen habt. Sind Euch in Gnaden gewogen. Berlin den 1. Oktober 1794. Auf Seiner Königlichen Majestät Allergnädigsten Spezialbefehl. Wöllner."

Zugleich wurden sämtliche philosophische und theologische Dozenten der Königsberger Universität einzeln verpflichtet, einen Revers zu unterschreiben, laut welchem sie keine Vorlesungen über Kants Religionslehre halten durften.

Diese Kabinetsordre nun ist nicht von Wöllner, wie man bis jetzt immer annahm, sondern vom König selbst unmittelbar inspiriert, und seinem Minister gegen dessen Widerstreben aufgezwungen worden. Auf Grund neuerer Forschungen hat sich nämlich gezeigt, daß gerade dieser Kabinetsordre Monate lang ein selbst in der Öffentlichkeit nicht ganz unbekannt gebliebener Konflikt zwischen dem König und seinem Minister voranging, bei welchem der letztere die Rolle des zur Milde und zur Versöhnung Ratenden, der erstere die Rolle des zelotischen Eiferers und Fanatikers spielte. Es ist in dem vor Kurzem von der preußischen Akademie der Wissenschaften edierten „Briefwechsel Kants" ein Brief von einem Schüler des Philosophen, Kiesewetter, aus dem Jahre 1791 veröffentlicht worden, der dieses Verhältnis von Wöllner zum König bereits deutlich illustriert. Da heißt es von Wöllner:

„Man ist jetzt beinahe überzeugt, daß er selbst von anderen als Instrument gebraucht wird, die ihn zwingen Dinge zu tun, die er sonst nicht tun würde." Und vom Könige:

„Dem König ist der Herr Jesu schon einigemal erschienen, und man sagt, er habe ihm in Potsdam eine eigene Kirche bauen lassen. Schwach ist er jetzt an Leib und Seele, er sitzt ganze Stunden und weint, die Dönhof ist in Ungnade gefallen und zu ihrer Schwägerin gereist, allein der König hat schon wieder an sie geschrieben, und sie wird wahrscheinlich bald zurückkommen. Die Rietz ist noch nicht ohne Einfluß. Bischofswerder, Wöllner und Rietz sind diejenigen, die den König tyrannisieren. Man erwartet neue Religionsedikte, und der Pöbel murrt, daß man ihn zwingen will, in die Kirche und zum Abendmahl zu gehen;

er fühlt hiermit zum ersten Mal, daß es Dinge gibt, die kein Fürst gebieten kann, und man hat sich zu hüten, daß der Funke nicht zündet. Die Soldaten sind ebenfalls sehr unzufrieden. Im vergangenen Jahre haben sie keine neue Kleidung erhalten, denn die Rietz erhielt das Geld um nach Pyrmont zu gehen. Ferner erhielten sie vom verstorbenen Könige gleich nach jeder Revue 3 gl. als ein don gratuit, jetzt haben sie nur 8 Pfennige erhalten."

Aus diesen Worten geht, was ja auch von anderer Seite bestätigt wird, deutlich hervor, daß der König damals umsponnen war von den verschiedenartigsten Einflüssen, vor allem von den Weibern, von der Hofkamarilla usw., daß bald dieser Einfluß, bald jener überwog, so aber, daß schließlich der König immer mehr sich auf die Seite des extremsten Zelotentums und Vernunfthasses stellte. Unter diesen Umständen konnte es nicht ausbleiben, daß zuletzt sogar der ehemalige Hofprediger Wöllner, dessen Aufklärungs-Feindschaft gewiß nichts zu wünschen übrig ließ, dem Könige nicht mehr genug tat. Und gerade das Jahr 1794, in welchem jene Kabinetsordre erschien, bezeichnet den Wendepunkt in der Stellung Wöllners zum König. Durch die Teilnahme an dem Kriege gegen Frankreich war des letzteren Aufmerksamkeit auf diese Dinge eine Zeit lang abgelenkt worden. Aber als er nun sich ihnen wieder mehr zuwandte, und am Anfange des Jahres 1794 Berichte erhielt, aus welchen die Erfolglosigkeit der bisherigen Maßregeln gegen den „Unglauben", auch des Religionsediktes und der Zensurkommission, hervorging, wurde er aufs äußerste aufgebracht. Er tadelte Wöllner, der ein milderes Verfahren befürwortete, in heftigsten Ausdrücken. Er nahm ihm das Bau-Departement ab, damit er sich ganz „der Sache Gottes" widmen könne und erließ eine Reihe von Verfügungen, die, wie es heißt, bestimmt waren, in seinem Staate „ein rechtschaffenes, tätiges Christentum als den Weg zur wahren Gottesfurcht aufrecht zu erhalten." Bald darauf richtete der König an Wöllner unterm 30. März 1794 einen eigenhändigen Brief, in dem er ausdrücklich drei Hauptneologen als schlimmste Vertreter des Umsturzes und des Unglaubens bezeichnete und ein Einschreiten gegen sie forderte. Diese drei waren der Frankfurter Professor Steinbarth, der Königsberger Theologe Hasse und Kant. Der König schreibt in diesem Briefe: „Zu Frankfurt ist Steinbarth, der auch hätte fort müssen. Zu Königsberg Hasse, der ein Hauptneologe ist, desgleichen mit Kantens schädlichen Schriften muß es auch nicht länger fortgehen." Das Schreiben schließt mit den Worten: „Diesem Unwesen muß absolut gesteuert werden, eher werden wir nicht gute Freunde."

Man muß sich damals allgemein Kant gegenüber des schlimmsten

versehen haben. Dies ergibt schon die Tatsache, daß sich allgemein damals, im Sommer 1794, das Gerücht verbreitete, und durchweg geglaubt wurde, der kommandierende General von Königsberg habe Kant zu sich beschieden, und ihn aufgefordert, seine Lehren zu widerrufen, und ihn sofort aus seinem Amt entlassen, als Kant sich dessen geweigert habe. Man sieht also, selbst das Verfahren mit fömlichem feierlichem Widerruf, wie es in der katholischen Kirche üblich ist, wurde damals für möglich gehalten. Man war auch darauf gefaßt, daß Kant aus Königsberg vertrieben würde, und die Universität Helmstedt bereitete sich damals vor, den berühmten Philosophen zu empfangen. In einem neuerdings publizierten rührenden Briefe hat in jener Zeit auch der bekannte Pädagoge Campe, dessen Reformbestrebungen ein paar Jahrzehnte vorher eifrig von Kant unterstützt worden waren, dem Philosophen geschrieben, er solle, wenn er aus Königsberg vertrieben würde, zu ihm, Campe, kommen, und bei ihm den Rest seiner Tage verbringen, als das verehrte Oberhaupt seiner eigenen Familie und solle seine Besitzungen und all sein Hab und Gut so betrachten, als wenn es sein Eigentum wäre.

Daß auch Kant selbst solche Möglichkeiten ernsthaft ins Auge gefaßt hatte, ergiebt ein Brief vom 18. Mai 1794 an den Herausgeber der „Berliner Monatsschrift", Biester, in welchem es heißt: „Überzeugt, jederzeit gewissenhaft und gesetzmäßig gehandelt zu haben, sehe ich dem Ende dieser sonderbaren Veranstaltungen ruhig entgegen. Das Leben ist kurz, vornehmlich das, was nach schon verlebten 70 Jahren noch übrig bleibt. Um das sorgenfrei zu Ende zu bringen, wird sich doch wohl ein Winkel der Erde ausfinden lassen."

Auf die Kabinetsordre, welche an Kant erging, hat dieser bekanntlich in einem längeren Schreiben geantwortet, in welchem er, über die Forderung des Königs noch weit hinausgehend, sich verpflichtete, sich jeder weiteren Vorträge und Schriften über die Religion zu enthalten. Man hat dieses Verhalten Kants oft genug getadelt; gewiß nicht ohne Grund. Sein Verhalten in diesem Falle ist von Schwäche nicht frei zu sprechen, und der oben erwähnte Biester hat recht, wenn er an Kant selbst schreibt: „Es muß wohl jeder bedauern, daß Sie das Versprechen freiwillig ablegen: über Religion (sowohl positive als natürliche) nichts mehr zu sagen. Sie bereiten dadurch den Feinden der Aufklärung einen großen Triumph, und der guten Sache einen empfindlichen Verlust. Ich denke, dies hätten Sie nicht nötig gehabt, Sie konnten auf eben die philosophische und anständige Weise, ohne welche Sie überhaupt nichts schreiben und welche Sie so vortrefflich rechtfertigen, noch immer fortfahren über die nämlichen Gegenstände zu reden; wobei Sie freilich vielleicht wieder über einzelne Fälle sich zu verteidigen würden gehabt haben. Oder Sie

konnten auch künftig bei Ihren Lebzeiten schweigen, ohne jedoch den Menschen die Freude zu machen, sie von der Furcht vor Ihren Reden zu entbinden."

Indessen so gerechtfertigt auch dieser Tadel ist, so wird man nicht außer acht lassen dürfen, daß sein Gewicht sehr stark vermindert wird durch die begleitenden Umstände und den ganzen Charakter der Persönlichkeit Kants. Als jene Kabinetsordre ihm zugestellt wurde, stand er im 71. Lebensjahre, also bereits im Greisenalter. Er hatte sein Lebenswerk hinter sich, das nicht den Charakter des Prophetentums hatte, sondern ein System von Vernunftwahrheiten war, darum auch nicht des Martyriums zur Bestätigung und Bewährung bedurfte. Überdies fühlte er bereits die drohenden Zeichen der Altersschwäche, und wäre schon deshalb außer Stande gewesen, einen Konflikt mit dem König und der Staatsgewalt mit gesammelter Energie durchzufechten. Vor allem aber war er seinem Charakter und seiner Geistesart nach zu einem solchen Kampf nicht disponiert: Denn Kant ist ein Genie der Kontemplation, nicht des aktuellen Eingreifens in die Menschenschicksale. Wenn man ihm also zum Vorwurf machen will, daß er hier, an diesem Punkte seines Lebens, in gewissem Sinne versagt hat, von Schwäche nicht frei blieb, so wie es ja auch bei Spinoza der Fall war, der, um dem Konflikte mit den Machthabern auszuweichen, seine Ethik bis ans Lebensende im Schreibtisch verborgen hielt, so kann man doch einen solchen Vorwurf nur in dem allgemeineren Sinne erheben, daß man beklagt, das Unmögliche nicht möglich, das Menschliche an keinem Punkte vollendet zu sehen. Denn eine solche höchste Vollendung des Menschlichen, die in sich fast unmöglich ist, wäre es, wenn ein Genie der Kontemplation zugleich eine im höchsten Sinne kraftvolle Kämpfernatur wäre.

Kleine Mitteilungen.

Kuriöses vom Konklave.

Es ist nicht mehr wegzuleugnen, jetzt, da Papst Leo im vierundneunzigsten Jahre steht, fangen auch meine Kollegen im italienischen Vatikan langsam an, einzusehen, daß auch er ein Mensch und folglich sterblich ist. Während früher nur die bösen Tagesschreiber und noch böseren Diplomaten um die Wette mit ungeduldigen Papabili mit der Möglichkeit des Hinscheidens Sr. Heiligkeit rechneten, geben jetzt selbst die Frommen in Rom zu, daß das Konsistorium vom 25. Juni vielleicht das letzte gewesen ist, dem der kranke alte Herr vorsaß. Trotz aller Ableugnungskunst der Vatikanoffiziösen ist eben an der Tatsache nicht

zu rütteln, daß die Maschine, in der Leos unbeugsame Energie steckt, ein Leck erhalten hat, und daß sich so eine störende Gebrechlichkeit des Greisenalters bemerkbar machte, die von Tag zu Tag zur Katastrophe führen kann. Unter diesen Umständen gewinnt das eventuell sehr nahe Konklave aktuelles Interesse, und es dürfte wohl angezeigt sein, sich etwas näher mit ihm zu beschäftigen. Für heute möchten wir aber nur e i n e Seite des Konklaves beleuchten, und zwar die von den Frommen als Dogma angenommene „Mitarbeit des heiligen Geistes“ bei der Wahl eines Papstes.

„Es ist ein beliebtes Verfahren gewisser Schriftsteller in Bezug auf die Geschichte der Konklaven gewisse Entrüstungen zur Schau zu stellen. So sagen sie gerne: „Wo bleibt denn die Mitwirkung des heiligen Geistes.“ Die Fälle von Eigensinn, die Meinungsverschiedenheiten, die Kniffe und Kleinlichkeiten, die man von Zeit zu Zeit in der Geschichte einzelner Konklaven antreffen kann, scheinen ihnen schreckliche Beweise gegen die göttliche Mitwirkung. Und sie glauben, mit diesen faden Scherzen Eindruck zu machen. Sicherlich designiert der heilige Geist nicht durch eine übernatürliche Offenbarung die Person des künftigen Papstes — und das hat auch noch niemand behauptet, aber die göttliche Vorsehung erreicht ihre Ziele doch, indem sie den Willen der Wähler stimmt und lenkt. Sie weiß selbst aus den Irrtümern, den Fehlern und dem übermäßigen Eifer ihrer Werkzeuge Vorteil zu ziehen. Die Menschen bleiben Menschen, und die Vorsehung macht keine Götter aus ihnen. Aber Gott handelt durch sie in der Ruhe seiner Allmacht und der Menschen Agitationen dienen nur seinen unabänderlichen Ratschlüssen. „Confusione hominum regitur et dei providentia“ (durch die Verwirrung der Menschen und durch Gottes Vorsehung wird sie gelenkt) hat man oft auch selbst von der Kirche gesagt. Und man muß zugeben, daß der heilige Geist, der über dem stürmischen Meer der menschlichen Leidenschaften schwebte, gewöhnlich seine Sache noch ganz gut gemacht hat. Die Konklaven — wie viele unglückliche Ausnahmen, deren Zahl und Tragweite übrigens übertrieben wird, auch vorgekommen sein mögen — haben der Christenheit eine Folge von Oberhäuptern gegeben, wie sie keine Dynastie, keine Wahlkörperschaft jemals einem Staate geben konnte. Die Reihe der Päpste macht in der Weltgeschichte Figur genug, um allen Vergleichen trotzen zu können.“ Diese Worte des französischen Katholiken Lucius Lector machten mir Lust, einmal in alten Büchern nach den „Meinungsverschiedenheiten, Kniffen und Kleinlichkeiten“ zu forschen, welche bei früheren Papstwahlen beliebt wurden und zwar zur Zeit, als ein freies Wort unter päpstlichem Regiment in Rom nur heimlich geäußert werden konnte und die von diesem Druck belasteten Gemüter daher ihrer Meinung durch allerlei „Kniffe“ Luft zu machen suchten. Und meistens scheint die Meinung im Rom des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit die gewesen zu sein, daß die Papstwahl doch nur Menschenwerk sein müsse; denn sonst hätten die Hofleute des Vatikans — und sie waren doch die Nächsten dazu — mehr Ehrerbietung vor den Kardinälen, als den „Werkzeugen des heiligen Geistes“ und den Päpsten als den „Erwählten des heiligen Geistes“ gehabt. Nun berichtet aber der Gewährsmann unserer Einleitung Lucius Lector selbst in seinem Buche „Le Conclave“ von allerlei unschönen Sachen, welche in den Konklaven zu geschehen pflegten. So sagt er, es sei an der Tagesordnung gewesen, daß die Leute des Vatikans ihre Ansichten über den toten Papst und seine möglichen Nachfolger oft in burlesken Litaneien und Parodieen der Bußpsalmen, namentlich des „Miserere“ oder des „De Profundis“ äußerten, wobei sie zur

Abwechslung dann und wann auch die Evangelien und die Briefe des heiligen Paulus vornahmen. Leider gibt Lector seinen frommen Lesern keine Proben. Da möchte ich mit einer nachhelfen. Als Clemens XIII., der bekannte Verteidiger der Jesuiten, 1769 gestorben war, lief in den Kreisen der Weltgeistlichen eine liturgische Parodie um, die also begann:

„Missa canenda pro Vivis atque Defunctis Societatis Jesu turpissimae.

Introitus:

Dispersionem aeternam dona eis Domine, ut confusio perpetua appareat eis.

Psalmus:

Intereant omnes iniqua agentes et tibi reddetur votum in orbe, exaudi orationem meam; a te omnis gloria pendet. Kyrie Eleison. Deleatur Societas!

Oremus:

Deus, qui jesuiticam hypocrisiam, te miserante, usque adhuc tolerasti exaudi praeces nostras, ut gens ista, quae nudum nomen Jesu habet, in inferis aeterne torqueatur. Per Dominum nostrum etc." [1])

Des ferneren berichtet Lector, daß die Vatikanleute mit klassischer Bildung in den Zeiten eines Konklave auch Visionen, Träume, Komödien verfaßten, um ihre Ansichten zu äußern. Beliebt seien auch die sogenannten „Prophezeiungen" gewesen. Dabei ist es interessant zu sehen, daß auch Lector die famose Prophezeiung des irischen Bischofs Malachias, der bekanntlich im dreizehnten Jahrhundert alle kommenden Päpste durch ein Motto vorhersagte, für ein scherzhaftes Machwerk einer Konklaveperiode erklärt. Er beruft sich dabei auf den Jesuiten Claude Menestrier, der 1689 in seiner: „Réfutation des prophéties faussement attribuées à S. Malachie sur les élections des Papes" nachgewiesen habe, daß diese Prophezeiungen 1590 im Konklave, das Gregor XIV. wählte, fabriziert worden seien. Das ist bitter für alle Frommen, die heute noch fest darauf schwören, daß Pius IX. wirklich die „crux de cruce" und Leo XIII. wirklich das „lumen de coelo" gewesen, und der künftige Papst in Wahrheit der „ignis ardens" sein werde, wie Malachias geweissagt hat.

Die Hochachtung des vatikanischen Milieus vor den Papstwählern äußerte sich auch, wie Lector sagt, in scherzhaften Dialogen zwischen dem heiligen Petrus und einem Vertreter der Kirche. Er gibt jedoch leider keine Probe. Von den vielen, die aber existieren, sei folgende erwähnt: Nach dem Tode des Mediceers Clemens VII. wird St. Petrus gefragt, ob man den Kardinal Farnese (den späteren Paul III.) zum Papste wählen sollte und der Apostelfürst antwortet:

„C . . . .! l'ha tanti figli e tanta gente,
Che al fin sarria peggio, che Clemente." [2])

[1]) L. Morandi. Einleitung zu: „I sonetti romaneschi di G. Belli S. 88. „Messe, die für die Toten und Lebenden der sehr elenden Societät Jesu gesungen werden soll. — Introitus: Ewige Zerstreuung über die Erde hin gib ihnen Gott, damit ihnen ewige Verwirrung werde. Psalm: Mögen alle, die Böses tun, zu Grunde gehen, und Dir wird Dank erstattet vom Erdkreis. Erhöre mein Gebet; denn von Dir kommt meine Herrlichkeit. Kyrie Eleison. Möge die Gesellschaft zerstört werden! Oremus: Gott, der Du zu Deinem größten Leidwesen die jesuitische Heuchelei bis jetzt ertragen hast, erhöre unsere Gebete, damit jene Schar, die den nackten Namen Jesu hat, in der Hölle ewiglich gequält werde. Durch Jesum Christum unseren Herrn!"

[2]) „Kunststück! Er hat so viel Kinder und so große Sippe, daß er am Ende noch schlimmer als Clemens sein würde."

Auch durch Bibelstellen wurden die „roten Kurfürsten" oft verhöhnt und dafür liefert selbst Lector einige Proben und zwar aus dem Jahre 1830, in dem das Konklave Gregors XVI. stattfand. Ein anonymer Satiriker läßt die Kardinäle zusammen das Brevier beten. Dabei rezitiert Kardinal Fesch, der den Prinzen Louis Bonaparte, der eine Verschwörung angezettelt hatte, nur mit Mühe aus Rom heraus retten konnte: „Sanguis eius super caput eius, Domine, et non super nos." (Sein Blut komme auf sein Haupt und nicht auf uns.) Der blinde Kardinal Brancadoro sagt: „illuminare hos, qui in tenebris sedent" (Erleuchte die, welche in Finsternis sitzen), der intriguante Kardinal mit dem bezeichnenden Namen Falsacappa: „cor eius dolo et fallacia" (sein Herz voll Trug und Falschheit), der naive Dandini: „Domine jumenta non exaltabis et onus asino" (du wirst die Zugtiere nicht erhöhen, noch dem Esel die Last vermehren), und Kardinal Benvenuti betet: „Iudicabit orbem terrarum, et puella dominabitur eum" (er wird den Erdkreis richten und das Mädchen wird über ihn herrschen). Das Konklave von 1830 war überhaupt recht reich an Satiren, wahrscheinlich, wie Lector meint, weil das Unwesen der Carbonari blühte. So verglich ein böser Anonymus die Kardinäle mit Malern, die eine Kunstausstellung beschickt haben, und zählt sie und ihre Werke auf: Der geschwätzige Kardinal Galeffi wird als Schöpfer einer „Windmühle" à la Poussin aufgeführt, der mutwillige Palotta kommt mit dem Bilde: „Der Besessene aus dem Evangelium", der Österreicher Gaisruck mit „Die Raucher im Wirtshause", Kardinal Barberini mit dem „Esel Bileams", der als abenteuerlich bekannte Agent Österreichs, Kardinal Albani, mit „David und Bethsabe". Nicht genug damit trieb ein anderer Anonymus im selben Jahre die Unehrerbietigkeit so weit, daß er das Heilige Kardinalskollegium mit einem zoologischen Garten verglich. Noch ein andrer war respektierlicher; denn er verglich es nur mit einer Bibliothek, in der z. B. folgende Werke vorkamen: Kardinal Nembrini „Abhandlung über das Leere", und Kardinal Pacca „Das Buch von der Anmaßung".

Ihren Gipfelpunkt erreichten die Konklavesatiren in den sogenannten „Pasquinaden". In der Renaissancezeit war es Mode unter den Pädagogen geworden, ihre Schüler Aufsätze in der Form von Zwiegesprächen zwischen den bekannten verstümmelten Statuen Marforio und Pasquino machen zu lassen. Diesen Brauch nahmen die „curiales", das heißt die Vatikangesellschaft, welche die Vorzimmer der Kardinäle zu füllen pflegt, an, und vom Hofe stieg er zum Volk herunter, das seine satirischen Ausfälle auf die geistlichen Herrscher an die oben genannten Torsos, namentlich an den Pasquino anzuheften pflegte. Sie waren oft genug recht beißend, namentlich wenn sie die Form von Grabschriften auf den verstorbenen Papst annahmen. Auf Alexander VI. sang Pasquino:

„Vendit Alexander claves, altaria, Christum:
Emerat ille prius, vendere jure potest.[3])

(Alexander verkauft Schlüsseln, Altäre, selbst Christus. Nun und mit Recht er dies tut, da er sie vorher gekauft.) Als Pius V. starb, prangte am Pasquino folgende Aufschrift:

„Papa Pius moritur Quintus, Res mira tot inter
Pontifices tantum quinque fuisse Pios.

(Es stirbt der fünfte Pius (Fromme), und wunderbar ist nur, daß unter so vielen Päpsten nur fünf fromme gewesen.) Urban VIII., der verhaßte Barberini,

[3]) Pasquillorum. S. 81.

konnte sich über Mangel an satirischen Motti nicht beklagen. Unter anderem sagte Pasquino: „Er hat die Erde mit schönen Mädchen, die Stadt Rom mit Steuern gefüllt.“ (Orbem bellis, Urbem gabellis implevit) und weiter mit Anspielung auf sein Wappentier:

„Pauca hinc Urbani sint verba incisa sepolcro;
Quam bene pavit Apes, tam male pavit Oves.“

(Über Urban seien auf sein Grab nur wenige Worte gemeißelt. So gut er seine Bienen, so schlecht weidete er seine Schafe) Innocenz X., † 1655, hatte sich durch das skandalöse Treiben seiner Schwägerin Olympia Maidalchini, die das Regiment im Vatikan führte, solchen Haß zugezogen, daß man sich nicht wundern kann, wenn dieser sich nach seinem Tode in Pasquinaden entlud, wie die folgende:

„Finita è la foia
Di questa poltrona
Di Piazza Navona.
Chiamateli il boia.
Finita è la foia.

E morto il Pastore,
La vacca ci resta:
Facciangli la festa,
Cavateli il core.
E morto il pastore.“ [4])

Außerdem erhielt dieser Papst, von dem es hieß, er habe Olympia mehr geliebt, wie den Olymp, folgende Grabschrift: „Innocentio Decimo — Fisci Patrono optimo — ac — Annonae mercatori maximo — Qui Nepotismum destruxit — Ut Cognatismum institueret — Solus sibi, solus suis — Ut Thesauris Ecclesiasticis Immune ditarit — Neminem dignum in Successore indicavit — Praeter uxorem fratris sui — Quod perficere cum non possit — Rugiens obiit — Anno Pont. 37. Olympiadis.“ [5])

Man darf bei solchen heftigen Ausfällen natürlich nicht vergessen, daß das römische Volk von dazumalen in seinen Päpsten nicht blos die Väter der Christenheit, sondern auch seine Könige sah, und daß das Ansehen der Pontifices als geistlicher Stellvertreter Gottes durch ihre Fehler und Verschuldungen als weltliche Herscher natürlich leiden mußte. Doch hören wir weiter: Als Alexander VII., (Chigi) gestorben war, fragte sich Pasquino, was wohl der Papst in seiner Todesstunde gesprochen habe, und gibt sich folgenden Antwort:

[4]) „Vorbei ist die Brunst — von jener Faulen — Vom Piazza Navona. Ruft ihr den Henker. Vorbei ist die Brunst.“ — „Es starb der Hirte, uns blieb nur die Kuh — Führt sie zur Schlachtbank — Reißt aus ihr das Herz. Es starb uns der Hirt.“

[5]) Innocenz, dem Zehnten, gewidmet, dem bravsten Beschützer des Fiscus, dem größten Getreidehändler, der den Nepotismus zerstörte, damit er den Schwagerschaftsklüngel einsetzen könnte, allein für sich und die Seinigen. Damit er ferner ungestraft über die Schätze der Kirche gebieten könne, designierte er niemanden seiner Nachfolge für würdiger, als die Gattin seines Bruders. Und als er dies nicht verwirklichen konnte, starb er brüllend vor Zorn, im siebenunddreißigsten Jahre des Pontifikats seiner Olympia.“

„Maxima de se ipso,
Plurima de Parentibus,
Prava de Principibus,
Turpia de Cardinalibus,
Pauca de Ecclesia,
De Deo nihil.“ [6])

Im Jahre 1721, im Konklave Innocenz III., geißelte Pasquino auch den Übelstand, daß manche Kardinäle politische Agenten waren, und so fragte er Marforio in Bezug auf den Kardinal Scotti, der als Agent Österreichs galt: „Was wird Jesus tun, wenn Scotti Papst wird?“, worauf Pasquino antwortet: „Nun, dann wird er halt Deutsch lernen müssen.“ Sehr gut wird 1774 nach dem Tode von Clemens XIV., der bekanntlich den Jesuitenorden aufhob, von Pasquino das Urteil der Freunde und Gegner dieses Papstes in knappen Worten zusammengefaßt. Die Jesuitenfreunde sagen:

„Venit ut vulpis (mendax),
Regnavit ut lupus (false),
Mortuus est ut canis (impie).“

Der Anderen Wort lautet:

„Venit ut angelus (a Deo),
Regnavit ut Salomon (sapienter),
Mortuus est ut Sixtus (ex veneno).“ [7])

Recht bissig ist auch die Grabschrift auf Leo XII.:

„V'ha chi al chirurgo appone
La morte di Leone,
Roma però sostiene,
Ch'egli ha operato bene.“ [8])

Ihm folgte Pius VIII., der so leidend und gebrechlich war, daß er nur zwanzig Monate regierte. Auf diesen frühen Tod münzte Pasquino die liebenswürdigen Verse:

„Breve, ma ben regnò l'ultimo Pio,
Odiò l'arbitrio, amò la pace altrui,
Non ebbe d'esser despoto disio,
Non arricchì ladroni intorno a lui,
Non fè' bottega del poder di Dio,
„O Padri santi, successori sui,
Se non potete imitarlo in tutto il resto,
Superatelo almeno in morir presto.“ [9])

---

[6]) Die meisten Worte hatte er für sich, sehr viele für die Verwandten, häßliche für die Fürsten, gemeine für die Kardinäle, wenige für die Kirche, für Gott keines.“

[7]) „Er kam wie ein Fuchs (lügnerisch), er regierte wie ein Wolf (falsch), er starb wie ein Hund (gottlos).“ — „Er kam wie ein Engel (von Gott), er regierte wie Salomon (weise), er starb wie Sixtus (an Gift).“

[8]) Es gibt Leute, die dem Chirurgen die Schuld für Leos Tod zuschieben, Rom aber glaubt, daß dieser ihn gut operiert hat. —

[9]) Kurz aber gut regierte der letzte Pius. — Er haßte die Willkür, störte nicht des Nächsten Frieden. — Auch hatte, Despot zu werden, er kein Gelüst. —

Ich schließe mit der Grabschrift auf Gregor XVI. Dieser hatte vor seiner Erhebung zum Kardinal ein Buch geschrieben: „Der Triumph der Religion“. Der Zufall wollte, daß bei seiner Begräbnisfeier die Statue der Religion vom Katafalk herab zu Boden stürzte. Das nahm Pasquino zum Anlaß folgender Verse:

„Frate, esaltasti Religione in carte,
Papa, morte le desti e non trionfo,
Sul tumul tuo volle riportarla l'arte,
Sdegnò di starvi e diede abbasso un tonfo.“ [10])

Nach den mitgeteilten Proben begreift man, daß den Päpsten das Unwesen der Pasquinaden sehr unangenehm sein mußte. Zahlreich sind daher auch die Edikte, die gegen alle anonymen Satiren und Spottverse erlassen wurden. Hier sei zum Beispiel eines angeführt, das unter Benedikt XIV. 1754 durch den Staatssekretär Silvio Valenti abgefaßt wurde. Es lautet: „Niemand soll sich in Zukunft erlauben, Schriften in Prosa oder in Versen zu verfassen, die üble Nachreden, Verleumdungen, Ehrabschneidungen gegen Fürsten, kirchliche Würdenträger oder andere Personen unter dem Deckmantel von harmlosen Witzeleien, Libellen, und Pasquinaden enthalten. Zuwiderhandelnde trifft die Todesstrafe, Güterkonfiskation, dauernder Ehrverlust oder wenigstens Galeerenstrafe, selbst wenn die Dinge, die in diesen Pasquinaden gesagt werden, wahr sind.“ — Diese naive Brutalität läßt tief blicken. Sie wirkt als Blitz, der die dunkeln Zustände der weltlichen Herrschaft des Papstes plötzlich erhellt. Und merkwürdig, gerade das Gift, das das Papsttum am meisten fürchtete, die Freiheit der schriftlichen Meinungsäußerung, erlöste es auch vom Übel der Pasquinaden; denn, seitdem 1870 mit den Italienern auch der moderne Fortschritt in Rom einzog, hörten die anonymen Satiren auf. Die Preßfreiheit hatte sie getötet.

Rom, 1. VII. 03. R . . . a.

*

Die Belgrader Ereignisse und das Ausland.

Man schreibt uns:

Die Vorgänge in Belgrad können auch zu einer anderen Beurteilung führen, als der im ersten Juli-Hefte dieser Zeitschrift vertretenen Auffassung. Vor allem trifft es kaum zu, von der Tat einer „streberischen Soldateska“ zu sprechen, von dem Walten eines Prätorianertums. Denn unter den slavischen Völkern existiert der Gegensatz zwischen Heer und Volk einfach nicht, und die Armee aller slavischen Völker — von den Russen bis zu den Serben und Bulgaren — fühlt nicht blos national, sondern auch demokratisch. Das beweist die Teilnahme russischer Offiziere an der revolutionären Bewegung in Ruß-

---

Auch machte er keine Diebe reich. — Und wandelte zum Kram nicht Gottes Kirche. — O heilige Väter, die ihr ihm folgt, könnt ihr im Übrigen ihm nicht nacheifern — So übertrefft ihn wenigstens im schnellen Sterben.“

[10]) „Als Mönch hast Du in Schriften die Religion erhöht,
Als Papst gabst Tod Du ihr und nicht Triumph,
Auf Deinen Katafalk wollte Kunst sie zurückbringen,
Doch sie weigerte sich entrüstet dort zu bleiben — und fiel zu Boden. Plumps.“

land, wie die Teilnahme der bulgarischen Offiziere und Soldaten an den Kämpfen in Macedonien. So ist es auch in Serbien: Die allgemeine Stimmung des serbischen Volkes fand ein Echo im serbischen Heere. Man vergesse doch nicht, daß die belgrader Affaire nicht das Werk einiger Offiziere war, sondern daß das ganze sechste Regiment — also die Mannschaft, die zum Volke gehört — aktiv sich an dem Umsturze beteiligte, und daß diese Mannschaft sich einem Befehle, der von den niederen Offizieren und nicht von den Generälen ausging, unzweifelhaft widersetzt hätte, wenn diese Tat nicht den Wünschen der Mannschaft — die einen Teil des Volkes repräsentieren — entsprochen hätte. Es war in Wahrheit ein Volksgericht, durch die Armee ausgeführt. Zutreffend ist, daß man nicht von einer „Revolution" sprechen kann; das haben die Pariser Blätter „L'Action" und „Lanterne" sofort konstatiert, aber ebensowenig kann man nur von einem Militärputsch sprechen. Wem die Stimmung im Lande selbst nicht ausschlaggebend ist, wer da meint, daß die Opposition gegen das Vorgehen der Offiziere nur aus Furcht schweigt, der halte sich vor Augen, daß kein im Auslande lebender Serbe ein Wort der Mißbilligung findet. Schreiber dieser Zeilen war in den entscheidenden Tagen in der Schweiz und ein Mitglied der serbischen Kolonie hat ihm gegenüber den folgenden Ausspruch getan: „Nur das Heer konnte zur Tat schreiten. Alexander hat das Volk wehrlos und rechtlos gemacht, hat die Unzufriedenheit des Volkes mit militärischer Gewalt niederhalten wollen — aber das Militär hat sich auf die Seite des Volkes gestellt, und sich gegen Alexander gewendet."

Diese Kennzeichnung der Dinge ist unzweifelhaft richtig. Die ganze Regierungspraxis Alexanders bezeugte, daß er gegen das Volk regieren wollte — gestützt auf die Macht der Bajonette. Er war es, der das Volk entrechtete und die Soldateska großziehen, unter ihrem Schutze ein frevelhaftes Gewaltregime ausüben wollte. Dazu wollte sich das Heer nicht mißbrauchen lassen, und der Prätorianergeist, den Alexander groß gezogen hatte, kehrte sich gegen ihn selbst. Gewiß ist es beklagenswert, daß Blut geflossen ist, gewiß hätte das Menschenleben respektiert werden sollen — aber was sind alle Grundsätze und Theorien gegen die brutale Macht der Tatsachen! Und zu diesen Tatsachen, die zur brutalen Lösung drängten, gehört vor allem auch das Verhalten der europäischen Mächte, vor allem Rußlands und Österreich-Ungarns.

Gerade deren Ringen um die „Einflußsphäre", ihr Bestreben in Serbien festen Fuß zu fassen, ihr Sichverbergen hinter dem König und den politischen Parteien des Landes, hat zur Korrumpierung der politischen Moral unendlich viel beigetragen. Jede dieser Mächte hat alle Mittel — auch illoyale — angewendet, um der ihr ergebenen politischen Partei zur Herrschaft im Lande zu verhelfen, und bei einem „radikalen" oder „liberalen" Systeme handelte es sich eigentlich nur um ein Regime im russophilen oder austrophilen Interesse. Schwerer, als alle anderen Ursachen, hat diese Ursache, diese Einflußnahme des Auslandes die staatliche und kulturelle Entwickelung Serbiens beeinflußt. Deshalb ist die in dem Aufsatze des ersten Juliheftes ausgesprochene Anschauung von der Nützlichkeit einer Intervention der europäischen Mächte ganz unzutreffend. Da Rußland niemals uneigennützig in Aktion tritt, da Österreich gerade im Balkan jedem Vordringen Rußlands entgegentreten muß und die übrigen europäischen Mächte sich teils auf die Seite Rußlands, teils auf jene Österreich-Ungarns stellen würden, so müßte diese „Intervention" als

ein Beutezug der beteiligten Mächte enden. Dann kämen die weiteren Folgen: Die Bedrohung Bulgariens durch das in Serbien — oder einem Teile desselben — herrschende Rußland, das Mißtrauen oder geradezu die Feindschaft Italiens gegen das näher an Albanien heranrückende Österreich-Ungarn usw. usw.

Nein, irgend eine Intervention des Auslandes —auch bezüglich der Bestrafung der an dem Putsche beteiligten Offiziere — muß nur zu neuen inner-serbischen Kämpfen und Erschütterungen führen. Was Serbien und dem ganzen Balkan allein die Ruhe bringen kann, ist die absolute Enthaltung jeder Einflußnahme des Auslandes, vor allem das Aufhören der Ränke Rußlands und Österreich-Ungarns. Dann — und nur dann — wird sich Serbien in jeder Hinsicht ruhig entwickeln und zu einem europäischen Staatswesen umwandeln können. Bei dem Weiterwähren des Treibens der russischen und österreich-ungarischen Diplomatie gilt auch weiterhin für Serbien das variierte Sprüchlein: Wenn zwei sich streiten, leidet der Dritte.

Austriacus.

*

Sprachenstatistik Österreichs und österreichisch-ungarische Kulturverhältnisse.

Zum Verständnis der inneren Politik Österreichs ist eine Zusammenstellung der Umgangssprachen, wie sie die „Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik" (Wien bei Hartleben) 1903, Seite 321 bringt, sehr wichtig.

Nach der Volkszählung von 1900 sprachen in Cisleithanien:

deutsch	9 170 939	Einwohner
böhmisch-mährisch	5 955 397	„
polnisch	4 259 152	„
ruthenisch	3 375 576	„
slovenisch	1 192 780	„
serbisch-kroatisch	711 380	„
italienisch-ladinisch	727 102	„
rumänisch	230 963	„
magyarisch	9 526	„

Man sieht aus dieser Liste, in welch erschreckender Minorität das Deutschtum zum Slaventum steht. Die 9 Millionen Deutsche würden auf eine noch geringere Zahl zusammenschmelzen, wenn man auf die elterliche Abstammung zurückgehen würde, und ein geradezu deprimierendes Resultat würde eine Statistik der wirklich reinrassigen Deutschen ergeben. Denn unter den 9 Millionen Deutschen figurieren zum mindesten 4 Millionen mit slavischen Namen und evident slavischer Körperbildung.

Man begreift jetzt, warum sich die Habsburger gegenüber den konstitutionellen (eigentlich jedoch oligarchischen) Magyaren immer mehr auf die Slaven und Jesuiten stützen. Man begreift auch jetzt, warum Leo XIII. unlängst den Erzherzog Franz Ferdinand (Thronfolger) seinen „Liebling" nannte!!

Die Kulturverhältnisse der österreichisch-ungarischen Staatsbürger sind, in Prozenten ausgedrückt, die folgenden. Es gibt

in	des Lesens und Schreibens Kundige	Unkundige
Böhmen	94,2	5,8
Mähren	93,1	6,9

in	des Lesens und Schreibens Kundige	Unkundige
Schlesien	91,3	8,7
Galizien	31,8	68,2
Ungarn	50,6	49,4
Bukowina	20,8	79,2
Dalmatien	17,2	82,8
Niederösterreich	93,8	6,2
Oberösterreich	93,7	6,3
Tirol	92,9	7,1
Salzkammergut	91,8	8,2
Steiermark	80,0	20,0
Kärnten	70,4	29,6
Krain	66,5	33,5
Küstenland	53,0	47,0

Demnach findet man europäische Kulturverhältnisse in Österreich nur in den deutschen und deutsch-czechischen Landesteilen. Ungarn, Galizien, die Bukowina und Dalmatien führen uns bereits tief in den Orient.

*

Unmögliches und die Reliquien Buddhas.*)

Mit reißender Schnelligkeit fließt der Ganges dahin; wenn er weiße Lotosblumen erblühen lassen könnte, wenn ein gelber Vogel weiß würde und ein schwarzer Vogel rot, wenn der Djamboubaum Datteln brächte, wenn der Khadira aus seinen Zweigen Mangoblätter sprießen ließe, so wären das außergewöhnliche Dinge; aber immerhin wären solche Verwandlungen noch möglich. Was aber Reliquien des Ehrenwerten des Jahrhunderts betrifft, so könnte man solche niemals erhalten. — Wenn man aus Schildkrötenhaaren ein Gewand von wunderbarer Schönheit anfertigte und sich im Winter damit bekleidete, dann könnte man nach den Reliquien Buddhas suchen. — Wenn Fliegen und Mücken mit ihren Füßchen einen Pavillon oder Palast von ausgezeichneter Festigkeit erbauen könnten, dann könnte man nach Reliquien Buddhas suchen. — Wenn ein Blutegel weiße Zähne, scharf wie eine stählerne Klinge, bekäme, dann könnte man nach Reliquien Buddhas suchen . . . Wenn Raben und Eulen einträchtiglich zusammenlebten, dann könnte man nach Reliquien Buddhas suchen . . . Wenn ein kleiner Vogel in seinem Schnabel den Berg Gandhamâdana halten und überallhin zu tragen vermöchte, dann könnte man nach Reliquien Buddhas suchen.

*

Erklärung.

Der Neue Frankfurter Verlag hat gegen mich Klage erhoben, weil ich von den 15 000 Prospekten, welche ich als Beilage für die Mäßigkeits-Blätter übernommen hatte, nur einen Teil beigelegt, die Beifügung des Restes aber verweigert. Nachdem ich mich überzeugt habe, daß ich gesetzlich verpflichtet bin, dem Verlangen des Neuen Frankfurter Verlags zu entsprechen, habe ich mich mit dem letzteren dahin verglichen, daß ich unter Übernahme der Prozeßkosten Mk. 50.— zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke zahle und die vorstehende Erklärung in den Mäßigkeits-Blättern veröffentliche. **Maximilian Bern.**

*) Aus „Die Avadânas", Indische Erzählungen und Fabeln. Vgl. Büchertisch.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 9. Erstes Augustheft 1903. III. Jahrg.

Die Reichstagswahlen.

II.

Im zweiten Julihefte dieser Zeitschrift hatten wir den Versuch unternommen die Frage zu erörtern, welchen Ursachen der außerordentliche Erfolg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen zuzuschreiben ist. Wir waren zu dem Resultat gelangt, daß materielle Interessen den drei Millionen Wählern den sozialdemokratischen Stimmzettel keineswegs in die Hand gedrückt hatten, daß es sich keineswegs um ein Massenvotum für das kollektivistische Programm gehandelt hatte, sondern um einen Massenprotest gegen unsere reaktionäre Regierung und unsere Verwaltung, auf die das Hamletsche Wort vom „Übermut der Ämter" häufig nur allzu passende Anwendung findet. Neben dem Wahlsiege der Sozialdemokratie verdient die Frage eingehend behandelt zu werden, was die Reichstagswahlen von 1903 für diejenige Partei bedeuten, welche seit vielen Jahren im deutschen Reichstage „das Zünglein an der Wage" bildet — für das Zentrum.

Rein oberflächlich betrachtet wird man geneigt sein festzustellen, daß das Zentrum gut abgeschnitten, indem es im großen und ganzen seine Mandate behauptet und so seine ausschlaggebende Stellung im Reichstage gerettet habe. Wenn man näher zusieht, wird man aber zu einer durchaus anderen Auffassung gelangen. Festen Grund bekommen wir bei Betrachtung dieses Gegenstandes unter die Füße, wenn wir die Frage so stellen: Auf welchen Ursachen beruht die ausschlaggebende Stellung, welche die Zentrumspartei im Reichstage einnimmt? Die Antwort kann nur lauten: Auf der rein zufälligen Gunst der Konstellation. Denn von 9 495 952 insgesamt abgegebenen

giltigen Stimmen fielen 1 853 767 auf Kandidaten des Zentrums, das ist etwas mehr als 20 %. Diese Stimmenzahl ergäbe, wenn die Anzahl der Abgeordneten, mathematisch ausgedrückt, eine Funktion der abgegebenen Stimmen wäre, 78 Zentrumsabgeordnete. Statt dessen gingen in Wirklichkeit 100 aus der Wahl hervor. Es hängt dies mit der Ungleichheit der Wahlbezirke zusammen, indem beispielsweise in Bayern auf 128 700 Einwohner ein Abgeordneter und dagegen in Hamburg erst auf 258 100 Einwohner ein Abgeordner gewählt wird, so daß also ein bayrischer Kaplan so viel Stimmen hat — wie zwei hamburgische Senatoren! Aber dieser Umstand allein kann das Glück des Zentrums noch nicht begründen; es muß dazu kommen, daß sich — allgemein gesprochen — nahezu in gleicher Stärke eine Linke und eine Rechte im Reichstage gegenüberstehen, indem auf der einen Seite Sozialdemokratie (81), Freisinnige Volkspartei (21), Freisinnige Vereinigung (9) und Süddeutsche Volkspartei (6) über 117 Stimmen verfügen, auf der anderen Konservative (53), Nationalliberale (50) und Reichspartei (19) über 122 Stimmen. Zu dieser für das Zentrum so günstigen Gruppierung der Parteien, hat es selbst so gut wie nichts beigetragen. Es nützt sie aus, wie ein Natur-Ereignis, wie einen Manna-Regen, denn als das Wahlgesetz für den Reichstag beschlossen wurde, gab es noch keine Zentrumspartei. Bei einem gerechten Wahlmodus, also bei einem Modus, der zur Folge hätte, daß die Anzahl der Mandate in direkter Beziehung zur Anzahl der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen stände, wäre die Machtstellung des Zentrums sofort zertrümmert, was man allein schon aus der Tatsache ableiten kann, daß die entschiedene Linke, also Sozialdemokratie nebst den beiden Freisinnigen Parteien und der Süddeutschen Volkspartei, von 9 495 952 giltigen Stimmen 3 883 528 auf sich vereinigte; das entspräche 162 Mandaten (statt 117). Es ist einleuchtend, daß bei einer Linken von solcher Stärke das Zentrum seine ausschlaggebende Rolle im Reichstag ausgespielt hätte, indem sich durch die kleinen Parteien und auch durch Unterstützung vom linken Flügel der Nationalliberalen her bald eine Majorität der Linken bilden würde. Man muß immer und immer wieder darauf hinweisen, daß das ganze Elend, welches in den Parteiverhältnissen im deutschen Reichstage so sehr „zu Jahren kommen konnte“ von nichts anderem herrührt, als von der ungerechten Einteilung der Wahlkreise. Das unnatürliche Wahlgesetz brachte konsequenterweise die unnatürliche Wirkung hervor, daß im deutschen Reichstage die von einem ausländischen Souveräne absolut regierte und kommandierte Zentrumspartei das Zünglein an der Wage bildet! Weil sich die Regierung nicht dazu verstehen kann, eine Wahlkreiseinteilung in

die Wege zu leiten, wie sie der primitivsten, der selbstverständlichsten Gerechtigkeit entspricht, muß sie dem Zentrum durch Opfer von höchsten Kulturgütern des deutschen Volkes die Zustimmung zu allen wichtigen Gesetzen abkaufen. Statt gleich den von der Gerechtigkeit für die Wohlfahrt des Reiches geforderten Preis zu bezahlen, glaubt sie durch geschäftliche Transaktionen mit dem Zentrum „billiger anzukommen" und bedenkt nicht, daß sie furchtbar überteuert wird. Sie erinnert an Tarquinius Superbus, der in sagenhafter Zeit drei Sibyllinische Bücher zum gleichen Preise schließlich kaufen mußte, zu dem ihm anfangs neun angeboten worden waren. Wenn die Schule ganz an das Zentrum ausgeliefert sein wird, muß sich die Regierung einst doch zu der Wahlreform bequemen, von der sie sich mit zu hohen Opfern einstweilen loszukaufen versucht!

Weil das Zentrum nur zu gut weiß, daß es seine ausschlaggebende Stellung einzig und allein einem zufälligen Fehler im Wahlgesetze verdankt, muß es suchen Gründe aufzutreiben, welche diese Stellung hinterher rechtfertigen können. Als am zugkräftigsten hat sich die Behauptung erwiesen, daß das Zentrum die Vertretung der deutschen Katholiken sei. Daß diese Behauptung direkt unwahr ist, ergibt sich aus der so naheliegenden Erwägung, daß die Kandidaten der Zentrumspartei nur 14,85 % von den Stimmen der Wahlberechtigten, nämlich 1 853 707 von 12 490 660 Wahlberechtigten erhielten, während das Deutsche Reich ca. 36 % Katholiken zählt! Daraus ergibt sich, daß etwa 40 % der Katholiken Deutschlands im Zentrum ihre Vertretung sehen, denn bei der diesmaligen Wahl, wo überall Zentrumskandidaten aufgestellt wurden, wenn in dem betreffenden Wahlkreise auch nur ein katholischer Stammtisch existierte, (wie unter anderem der Wahlausfall im vierten schleswig-holsteinschen Wahlkreis beweist, wo der Kandidat des Zentrums 53 Stimmen erhielt, im dritten, wo er 46 Stimmen, in Osterburg-Stendal, wo er 45, Jerichow, wo er 48, Westprignitz, wo er 48, Bandow-Greifenhagen, wo er gar nur 38 (!) Stimmen erhielt), wo der letzte Mann, auf den der katholische Geistliche noch einen, wenn auch noch so geringen, Einfluß hat, an die Urne geschleppt wurde, ist kein gesunder Zentrumswähler zu Hause geblieben. Und trotzdem nur so wenige Stimmen! Wer jetzt noch glaubt, daß das „katholische Volk" hinter dem Zentrum stehe, dem ist nicht zu helfen. Seine Wähler sind die zurückgebliebenen Schichten des klerikalen Volksteiles, die ungenügend gebildeten Bewohner des flachen Landes, an denen durch die schlechte Volksschule schwer gesündigt worden ist. Alles haben die Klerikalen in Deutschland allmählich an ihre aufgeklärten Mitbürger ver-

loren; weder in Kunst, noch in Wissenschaft, noch in Literatur werden sie noch mitgerechnet; ihr wirtschaftlicher Rückgang ist wohl ohne gleichen, wie die Enquete in Baden gezeigt hat; in der Verwaltung, in Heer und Marine sind sie zurückgedrängt, aber im Reichstage spielen sie durch ihre Vertretung, das Zentrum, die ausschlaggebende Rolle. Wie ist das möglich? Es ist möglich, weil es doch noch viele sind, welche den klerikalen Führern folgen. Die Gunst des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts, das jedem Einzelnen die gleichen Rechte verleiht, ohne nach Bildung, Weltanschauung, politischer Reife zu fragen, führt diese kulturell zurückgebliebenen Scharen siegreich an die Wahlurne. Während der klerikale Volksteil in erster Linie durch mangelhafte Schulbildung und Pflege des Aberglaubens immer mehr zu einer Art Heilsarmee wird, muß sich die Regierung das Wohlwollen seiner Vertreter durch Konzessionen an eine längst überholte Weltanschauung erkaufen!

Wer so den gegenwärtigen Stand der Dinge betrachtet, müßte wohl an der Zukunft unseres Volkes verzweifeln. Aber durch das Dunkel dieser Nacht erkennen wir schon die ersten Strahlen einer Dämmerung, welche sicherlich nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Wenn es schon tröstlich war zu konstatieren, daß nicht viel mehr als ein Dritteil der katholischen Wähler den Stimmzettel für den Zentrumskandidaten in die Urne gelegt hat, so darf sich jeder freie Denker den herrlichsten Hoffnungen hingeben, wenn er bei näherer Prüfung der Wahlresultate die überraschende Entdeckung macht, daß das Zentrum gerade in einer Reihe seiner Hochburgen in kaum zu erwartender Weise erschüttert ist. Das Wohlwollen, das die Regierungen dem Zentrum entgegenbringen, stammt großenteils aus der Erwägung, daß der Klerikalismus den einzigen zuverlässigen Damm gegen die sozialdemokratische Hochflut bildet. Diese Anschauung ist durch den Ausfall der Wahlen ein für allemal gründlich widerlegt. Speziell das Ruhrgebiet hat so günstig für die Sozialdemokratie gewählt, daß die sozialdemokratischen Führer offenbar selbst total von diesem Resultate überrascht worden sind. Schreibt doch Hue in der „Neuen Zeit“: „Und gerade in jenen Kreisen ist die sozialdemokratische Flut am gewaltigsten angeschwollen, wo die Katholiken in der Mehrzahl sind — Essen und Duisburg. Hier ist unsere Stimmenzahl seit 1890 um das Sieben- bis Achtfache gestiegen. Wo bleibt da die Umsturzsicherheit des katholischen Staatsbürgers? Einfach verblüffend wirkte aber folgende Tatsache: Im Kreise Bochum ist der südliche Teil (Witten, Hattingen) stärker evangelisch, der Norden (Gel-

senkirchen, Herne) überwiegend katholisch. Beeinflußt von früheren Erfahrungen setzten wir unsere größten Hoffnungen auf den evangelischen Süden — und wurden enttäuscht! Wohl wählte der Hattingen-Wittener Bezirk gut, aber bedeutend besser schnitten wir ab in den alten ultramontanen Hochburgen Wattenscheid, Gelsenkirchen, Herne, Eikel-Wanne. Gerade hier liegen Wahlbezirke, wo unsere Stimmenziffern um 100 bis 300 Prozent stiegen. Und in der Stichwahl haben uns gerade die überwiegend katholischen Ortschaften den Sieg verschafft, der durch das Versagen des evangelischen Südens sehr in Frage gestellt war. Nach solchen Erfahrungen wird man wohl bald den Protestantismus als Bollwerk gegen den Sozialismus preisen hören.“ Zur Ergänzung dieser Worte des genannten maßvollen Vertreters der Sozialdemokratie sei auch noch eine Mitteilung des „Leipziger Tageblatts“ vom 28. Juni erwähnt, welche lautet:

Daß die Sozialdemokratie mit ihrem diesmaligen ersten ernst gemeinten Ansturm auf das Ruhrrevier total zurückgeschlagen wäre, läßt sich leider nicht behaupten. Wir geben die Zahlenzusammenstellung aus den 4 am meisten in Betracht kommenden Wahlkreisen:

	Bochum		Dortmund		Essen		Duisburg	
	1898	1903	1898	1903	1898	1903	1898	1903
Sozialdemokraten .	22379	39125	19864	34127	3817	22800	7804	26253
Nationalliberale .	31623	32805	17731	22225	27498	20700	19904	25400
Zentrum	30029	30646	17347	19248	30103	38280	21071	21780
Freisinnige . . .	—	—	1133	1184	—	—	863	292
Polen	—	7017	—	2205	—	—	—	2705

Insgesamt wurden Stimmen abgegeben (in runden Zahlen):

	Sozialdemokratie	Natl.	Zentrum	Freis.	Polen	Christl.-Soz.
1898	53 000	96 000	98 000	2000	—	—
1903	120 000	101 000	104 000	1400	12 000	1400

Auch in dem Kreise Hamm-Soest gewann die Sozialdemokratie fast 5000 Stimmen, das ist gegen das Resultat von 1898 eine Steigerung von 250 Proz. Solche Zahlen sind doch sicherlich geeignet, die Politiker, und im besonderen die Zentrumspolitiker, nachdenklich und bedenklich zu stimmen. Die sozialdemokratische Gefahr besteht — auch für das Zentrum.

Alles das weiß die „Kölnische Volkszeitung“ natürlich auch nur zu gut. Aber anstatt ihren Lesern die ungeschminkte Wahrheit über den Pyrrhussieg des Zentrums zu berichten, sorgt sie lieber für deren Aufklärung und Belehrung durch spaltenlange Betrachtungen über „die wilden Kaninchen auf den friesischen Inseln“ (vergl. Nr. 600 vom 19. Juli).

Der Wahlausfall im Ruhrgebiet zeigt klar und deutlich wohin die Reise geht. Die Sozialdemokratie kann hinfort nur dann noch die Zahl ihrer Mandate wesentlich vermehren, wenn sie den Kampf gegen das Zentrum auf der ganzen Linie aufnimmt. Und sie wird ihn energischer aufnehmen, wie es die Nationalliberalen und die Freisinnigen seither

getan haben. Niemand kann daran zweifeln, wem schließlich der Sieg zufallen muß. Auf der einen Seite die Vertreter einer absterbenden Weltanschauung, die nur noch bei den rückständigsten Völkern sich zu halten vermag, auf der anderen Seite eine auf die Entwickelung der Menschheit vertrauende Schar begeisterter Anhänger der modernen Kultur, welche freies Denken auf ihre Fahne geschrieben haben. Gewiß hat die Sozialdemokratie noch vieles zu verlernen und abzuschleifen, was die besten Vertreter jener Kultur, welche die Sozialdemokratie im innersten Herzen ersehnt, zurzeit noch von ihr abstoßen muß. Aber durch die Schale erkennt man doch immer klarer den wertvollen, zukunftverheißenden Kern und gerade der Kampf gegen die rückständigsten Schichten, gegen die Anhänger des Klerikalismus, wird die sozialdemokratische Partei zu lichteren Höhen führen, weil es einen idealeren Kampf gilt, als den um den Futterplatz auf Erden. Jedenfalls darf der Klerikalismus nach dem diesmaligen Wahlausfall bei dem Gedanken an zukünftige Wahlen erzittern. Es ist als riefe ihm die Sozialdemokratie die Worte zu: „Bei Philippi sehen wir uns wieder!“

Nach den Wahlen in Baden.

Von Arthur Böhtlingk (Karlsruhe).

Das Ergebnis der Reichstagswahlen im Badischen ist gewesen, daß von den 14 Mandaten 7 dem Zentrum, 4 den Nationalliberalen und 3 den Sozialdemokraten zugefallen sind. Die einzige Verschiebung gegenüber dem Ergebnis vor fünf Jahren besteht darin, daß die Nationalliberalen einen Sitz erobert haben, der bisher dem Bund der Landwirte gehörte und den dieses Mal das Zentrum in der Stichwahl holen zu können mit Zuversicht erwartet hatte. Indes ist die Zahl der Mandate bekanntlich durchaus kein sicherer Maßstab für die Parteiverhältnisse oder gar die wirkliche Volksmeinung. Einen ungleich festeren Anhaltspunkt bietet die Zahl der abgegebenen Stimmen, zumal wenn, wie dieses Mal, fast alle Parteien in allen Wahlbezirken eigene Kandidaten aufstellten.

Die größte Stimmenzahl hat nun allerdings mit 135 000 das Zentrum aufgebracht. Es ist darauf nicht wenig stolz und weiß zumal mit dem Zuwachs von 37 000 nicht genug zu prahlen. Sieht man indes näher zu, faßt man das Ganze ins Auge, wägt man die Zahlen, anstatt sie nur zu zählen, so verlieren diese sehr an Gewicht. Rühmt

sich doch das Zentrum die Vertretung der „Katholiken“ kurzweg zu sein! Nun denn — im Badischen sind bekanntlich zwei Drittel der Bevölkerung „katholisch“. Die 135 000 Zentrumsstimmen aber machen noch nicht ein Drittel der Stimmen aller Wahlberechtigten aus. Bei der geradezu alles Dagewesene in Schatten stellenden Bearbeitung und Fanatisierung der gläubigen Masse, der Intensivität der Agitation, welche das Zentrum mit seinem Priesterheer ins Werk gesetzt hat, ist anzunehmen, daß es so ziemlich seinen „letzten“ Mann zur Urne geschafft hat. Und so steht als ein Hauptergebnis der diesmaligen Reichstagswahl fest: daß die **Hälfte** der „Katholischen“ im Großherzogtum Baden **nicht** zum Zentrum gehört! — Zweidrittel der wahlberechtigten badischen Staatsbürger sind Gegner des Zentrums und seiner Forderungen auf kirchen-politischem Gebiete. Es gibt Wahlkreise, wie Villingen, welche rein römisch-katholische sind, die trotzdem einen Liberalen gewählt haben; ganz römisch-katholische Ortschaften, in welchen, wie der „Badische Beobachter“ selbst klagt, das Zentrum auch nicht eine Stimme erhalten hat!

Besonders interessant ist der Kampf im Seekreise (Konstanz) gewesen. Hier hatten die Liberalen dem langjährigen Zentrumsmann Hug in dem Freiherrn von Bodmann einen kirchengetreuen Katholiken entgegengestellt, welcher nur Politik und Religion auseinandergehalten und die staatliche Souveränität Rom gegenüber gewahrt wissen will. Der Sieg eines solchen „Katholiken“ über den Zentrumsmann mußte um jeden Preis, mit jedem nur erdenklichen Mittel verhindert werden. So wie in diesem Kreise, hat sich die Priesterschaft noch nie ins Zeug gelegt. Aufgefangene Instruktionen des Rechtsanwalts Baur, des Wahl-Faktotums, beurkundeten, daß die Geistlichen von maßgebendster Stelle aus daran erinnert wurden, daß sie sich sämtlich rückhaltlos als Wahlagenten und Laufburschen zu betrachten hätten. Da der Freiherr von Bodmann einen Vetter hat, der erst kürzlich, gelegentlich des Jubiläums Großherzogs Friedrich, in den Grafenstand erhoben worden ist, welcher, obgleich Vizepräsident der ersten Kammer oder des Herrenhauses, ein so dezidierter Ultramontaner ist, daß er auf dem berüchtigten Mannheimer Katholikentage neben Erzbischof Nörber die Hauptfigur abgab, mußte dieser selbst zur Stelle. In öffentlicher Wahlversammlung hat er es geradewegs als einen Familien-„Flecken“ bezeichnet, daß ein Bodmann als Politiker im liberalen Lager stehe! Dabei ist dieser „liberale“ von Bodmann zur Zeit Regierungskommissär und zumal in agrarischen Dingen so weit rechts stehend, daß die Linksliberalen sich für ihn nicht haben erwärmen können. Das Auseinandergehen der Liberalen hat denn auch zur Folge gehabt, daß von Bodmann nicht einmal in die Stichwahl

kam und das Zentrum mit seinem Hug daher gleich in der Hauptwahl ans Ziel gelangte. Trotzdem ist den Ultramontanen der Schrecken so in die Glieder gefahren, daß, wie von allen Kanzeln verkündet wird, künftig nicht einmal die Gottesdienstordnung in der „liberalen" Konstanzer Zeitung veröffentlicht werden soll. Der glücklich gewählte Herr Geh. Finanzrat Hug aber hat seinen Dank in einer Art „Hirtenbrief" nach erzbischöflichem Muster zum Ausdruck gebracht, indem er es jedem „Katholiken" zur Pflicht macht, nur „gut" katholische Blätter und somit Zentrumsorgane in seinem Hause zu dulden! — Was allerdings zunächst nur den Erfolg gehabt zu haben scheint, daß die so verfehmte „Konstanzer Zeitung" beim Quartalwechsel einen Zuwachs von 150 Abonnenten erhalten hat.

So siegestoll die Zentrumspresse sich nach der Hauptwahl geberdete, so „klein" ist sie nach den Stichwahlen geworden. Hatte sie doch zu den im ersten Wahlgange bereits erlangten 6 Mandaten mindestens noch deren 3 als „gesichert" ausposaunt, von denen dem Zentrum jedoch nur das Freiburger zugefallen ist und selbst dieses mit knappster Not. Hätten die Sozialdemokraten, welche Wahlenthaltung proklamiert hatten, ihre Stimmenzahl voll in die Wagschale der Liberalen geworfen oder diese im ganzen Wahlkreis so gearbeitet, wie in vielen Teilen desselben, wäre selbst der Erzbischofsitz flöten gegangen; in der Stadt Freiburg haben die Liberalen die Mehrheit gehabt. Wahlenthaltung aber hatten die Sozialdemokraten augenscheinlich nur deswegen verkündet, damit das Zentrum ein Gleiches täte in den drei Wahlbezirken (Mannheim, Pforzheim und Karlsruhe-Bruchsal), wo die Sozialdemokratie selber mit Nationalliberalen in der Stichwahl gestanden sind.

Die in jeder Hinsicht bedeutsamste und interessanteste Wahl ist die in Karlsruhe-Bruchsal gewesen. Daß die Sozialdemokratie mit überwältigender Mehrheit in die Stichwahl kommen würde, stand von vornherein fest. Die Frage war, ob es einem liberalen Kandidaten glücken werde, ihn letzten Endes aus dem Felde zu schlagen. Der geschäftsführende Vorstand der Nationalliberalen, die Herren Goldschmit und Binz, hielten dies nur für möglich — mit Hilfe des Zentrums und wenn der Kandidat kein geringerer sei, als der Mannheimer Rechtsanwalt Ernst Bassermann, der Führer der Nationalliberalen im Reichstage, der ihnen bei ihrer eigenen Wahl in die Zweite Kammer des badischen Landtages in den Sattel geholfen hatte. Sie hielten um so mehr auf seine Kandidatur, als er in Mannheim bereits vor fünf Jahren verspielt hatte; die Jenenser, die er im letzten Reichstage vertreten hatte, von ihm ebenfalls nichts mehr wissen wollten und auch die Neustädter in der Pfalz, wenn ich recht unterrichtet bin, ihm den Stuhl

vor die Tür gesetzt hatten. Kam er nicht in Karlsruhe an, so war er, der Partei-Führer! — mandatlos. Gelang es ihm hingegen — die badische Residenz den „Roten“ wieder zu entreißen, so war er der „kommende Mann“, auch in der Regierung, sei es in Baden selbst oder in Berlin. Noch mehr. Bassermann ist überzeugt, daß zurzeit nur mit dem Zentrum regiert werden kann; da er für Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes gestimmt und mit dem Zentrum gemeinsam den großen Zollgesetz-Schlag geführt hatte, so waren sie beiderseits in ein sehr „annehmbares“ Verhältnis zu einander gekommen. Da Bassermann zudem nur mit Hilfe des Zentrums über den Sozialdemokraten in Karlsruhe-Bruchsal obsiegen zu können vermeinte, war der Pakt mit dem Zentrum gegeben. Indes dieses stellte trotzdem dieses Mal, zunächst für die Hauptwahl, einen eigenen Kandidaten auf. Da außerdem auch die Demokraten, die Freisinnigen, die Konservativen sämtlich eigene Kandidaten ausspielten, Bassermann selbst, infolge seines Verhältnisses zum Zentrum, von den Jungliberalen, denen er in unerhörter Weise aufgenötigt worden war, verpönt wurde, rückte die Gefahr nahe, daß gar nicht er, sondern der Zentrumsmann in die Stichwahl kommen werde. Gar als plötzlich in der Nacht vor dem Wahlgang ein Aufruf auftauchte, welcher meinen Namen, als dem des entschiedensten Vorkämpfers gegen den Ultramontanismus in Vorschlag brachte, und Wahlzettel auf meinen Namen wie ein Papierregen niederfielen, mußten selbst die Herren Goldschmit und Binz das Spiel verloren geben. Vor die Wahl zwischen Herrn Bassermann und dem Zentrumsmann (einem Landgerichtsrat Schmidt) gestellt, zögerte ich keinen Augenblick das „geringere Übel“ hinzunehmen. Durch Wahlaufruf bat ich diejenigen, welche gesonnen seien, ihre Stimme mir zu geben, sie für dieses Mal auf Herrn Bassermann zu übertragen. So gelangte dieser mit etwa 200 Stimmen mehr in die — Stichwahl. Wäre der Zentrumskandidat hineingekommen, so wäre, wie sich herausgestellt hat, dieser auch glatt nach Berlin durchgegangen. Jetzt, in der Stichwahl stand die Entscheidung zwischen Bassermann und Geck beim Zentrum. Trat dieses mit seinen 7 500 Stimmen auf die Seite Bassermanns, so war er gewählt. Statt dessen verkündete das Zentrum, welches in vier oberländischen Bezirken von der Haltung der Sozialdemokratie abhing, Wahlenthaltung. Es hat, wie vorauszusehen, diese Parole nur etwa zu einem Drittel richtig durchgeführt; indem von den zwei übrigen Dritteln das eine, der Adel und die Beamtenschaft, für Bassermann, die Arbeiter hingegen für Geck gestimmt zu haben scheinen. Demnach genau, wie ich es hier im „Freien Wort“ vorausgesetzt hatte. Herr Bassermann hätte sich augenscheinlich die Liebesmühe sparen können. So kommt es,

wenn man als Nationalliberaler auf das Zentrum rechnet! Das Zentrum mit dem Zentrum schlagen will! —

Wohl mag Herr Bassermann mit seiner Connivenz dem Zentrum gegenüber 1000 Stimmen desselben mehr erhalten haben, als wenn er gegen dasselbe Front gemacht hätte. Allein er hat durch diese Taktik mindestens 1000 „liberale“ Stimmen in das Lager der Sozialdemokraten getrieben und noch einmal 1000 gar nicht an die Urne gebracht, die für eine entschieden antiultramontane Politik zu haben gewesen wären. Von den ca. 600 ungültigen Stimmzetteln scheinen an die 500 solche gewesen zu sein, auf denen der Name Bassermann durchstrichen war! Ihm aber hätten schließlich nur 630 gefehlt, um über Geck zu siegen.

Obsiegte Herr Bassermann, so konnte es nur mit Hilfe des Zentrums geschehen sein. Das hätte zur Folge gehabt, daß dieses den entsprechenden Lohn von der Regierung verlangt und zuversichtlich auch erlangt hätte. Schon gelegentlich der letzten Landtagswahlen war das Bestreben, die Residenz nicht länger durch die Sozialdemokratie vertreten zu sehen, für die Haltung des derzeitigen Ministeriums dem Zentrum gegenüber nur zu sichtlich bestimmend gewesen. Jetzt wären die bereits in Aussicht gestellten Männerklöster in kürzester Frist endgültig bewilligt worden. Und damit alles weitere. Zugleich war die „jungliberale“ Bewegung glücklich — erstickt. Die Altliberalen mit ihrem Meister Bassermann an der Spitze, welche die Sozialdemokratie mit Hilfe des Zentrums als „bürgerliche“ Partei bekämpfen wollen, wären abermals obenauf gewesen. Alles zur Befreiung vom römischen Priesterjoche seit Jahresfrist Geschehene wäre wieder ungeschehen gemacht worden.

Der Mißerfolg Bassermanns hat umgekehrt zur Folge, daß es wieder einmal sonnenklar am Tage liegt, wie das Zentrum, weit davon entfernt, das „rote Gespenst“ zu bannen, vielmehr nach wie vor darauf bedacht bleibt, dasselbe groß zu ziehen, um es als Schreckmittel für sich auszuschlachten. Es behauptet zwar, daß es dieses Mal für den „Ordnungsmann“ und vollends für Bassermann gestimmt haben würde, wenn es nicht durch den „Klostersturm“ und die „Jesuitenhetze“ so gereizt worden wäre. Weshalb hat es dann aber vor fünf Jahren genau die nämliche Taktik eingehalten? Hat es nicht seit Jahr und Tag allenthalben, wo es die „Nationalliberalen“ klein zu kriegen galt, mit den „Roten“ gemeinsame Sache gemacht? In Baden, wie in Bayern, wie in Württemberg, wie allenthalben? Hat der schwarze Wahlfeldmarschall, Geistlicher Rat Wacker, nicht eben im Badischen mit dieser Taktik seine großen Triumphe gefeiert? Dies schien an maßgebender Stelle so in Vergessenheit geraten zu sein, daß es dem Wahlkomite des Zentrums

nicht hoch genug angerechnet werden kann, es frisch in Erinnerung gebracht zu haben. Dem Durchfall Bassermanns ist überdies der Sturz Goldschmits, als erster Vorstand der Karlsruher Nationalliberalen, auf dem Fuße gefolgt. Die Jungliberalen, welche ihn zum Rücktritt gezwungen haben, verkünden, daß sie entschlossen sind, mit dem Zentrum fortan keinerlei Kompromiß einzugehen, es vielmehr auf der ganzen Linie zu bekämpfen und zwar gegebenen Falles mit Hilfe der Sozialdemokraten. Gegen die „schwarze" Gefahr gehalten, komme die „rote" nicht in Betracht.

Was diese Erklärung besagt, erkennt man erst, wenn man bedenkt, wie Bassermann und seine Getreuen mit der Angst vor dem „roten Gespenst" operiert haben, als stünde der Bebelsche „Kladderadatsch", der Untergang der bestehenden Weltordnung dicht bevor! In der Alternative: mit dem Zentrum die Sozialdemokratie oder mit dieser das Zentrum, den Ultramontanismus, zu bekämpfen kommt tatsächlich zurzeit die ganze politische Lage am prägnantesten zum Ausdruck. Wer ersteres will, kann unmöglich mit denen am selben Strange ziehen, welche letzteres wollen. Und umgekehrt. Vollends beide Gefahren gleichermaßen zu bekämpfen, wie es die Bassermänner immer wieder versuchen möchten, was heißt das anderes, als sich von beiden zugleich auf das Haupt schlagen lassen? Wie das die Nationalliberalen bislang so trefflich verstanden haben!

Daß ein „Liberaler", der auf nationale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, auf sein Deutschtum hält, mit den römischen Dunkelmännern nichts gemein haben kann, liegt doch auf der flachen Hand? Ebenso einleuchtend ist, daß die Römlinge mit ihrer Priesterherrschaft über die Sozialdemokratie, oder Arbeiterbewegung, nichts vermögen, als höchstens durch Hintanhaltung von Schulbildung und Aufklärung diese in ihrer gefährlichsten Form, als Pöbelherrschaft, zu züchten. Wohl schreien sie nachgerade in alle Windrichtungen, wie der „Liberalismus" der Vater der Sozialdemokratie sei und diese nur in protestantischen Gebieten blühe, wie dies das lutherische Sachsen, von dessen 23 Reichstagsmandaten 22 in der Hand von Sozialdemokraten seien, klassisch bezeuge. Schade nur, daß dieses „höllische" Sachsen ein streng römisch-katholisches Königshaus an der Spitze hat und, obgleich der vorgeschrittenste Industriestaat im Reiche, von konservativ-agrarischen Gesichtspunkten aus regiert wird! Ist etwa das „gut" katholische Bayern „frei" von Sozialdemokratie? Sind nicht nachgerade im stockkatholischen Westfalen und in den Rheinlanden fast sämtliche Wahlsitze des Zentrums direkt durch die „roten" Bataillone gefährdet? Und dies trotz all der „Windthorst"- und anderer katholischen Vereine ohne Ende, trotz der Ordens-

leute und Klöster, wie sie seit einem halben Menschenalter im Preußischen wieder haben einströmen und sich festsetzen dürfen!

Hätten die Nationalliberalen bei den jüngsten Reichstagswahlen, anstatt vor dem „roten Gespenst“ bebend den „Schwarzen“ in die Arme zu fallen, mit den Sozialdemokraten paktiert, wäre es schon diesmal um den „Zentrumsturm“ geschehen gewesen. Was hätte es beispielsweise für einen Eindruck gemacht, wenn sie den Sozialdemokraten Cöln gegeben und dafür Freiburg erhalten hätten! Wenn nicht nur das „goldene“ fast „rein“-katholische Mainz, sondern auch die beiden Erzbischofssitze am Rheine von Anti-Römlingen vertreten wären! Um Wiesbaden aus den Händen des Zentrums zu erhalten, haben die Nationalliberalen diesen Höchst ausgeliefert. So am ganzen Rhein entlang! So hat das Zentrum, wenn auch nicht seine 106, so doch immer noch 100 Sitze erlangt und damit, als „stärkste“ Partei im Reichstage, das Präsidium! Die Nationalliberalen haben es nur auf die Hälfte, auf 50 Sitze gebracht! Obgleich die Sozialdemokraten 81 Mann zählen, so sind die übrigen „liberalen“ Fragmente so zusammengeschmolzen, daß es eine Linksmehrheit nur dann gibt, wenn es das — Zentrum will! Wie ganz anders wäre das Bild des Reichstages, wenn statt dessen die Sozialdemokraten, sagen wir 95 und die Nationalliberalen auch nur 70 Kopf hoch wären, alsdann gebe es eine Linksmehrheit, nicht nach Belieben des Zentrums oder der Sozialdemokraten, sondern nach Belieben der Nationalliberalen! So sind diese mit ihren 50 Mandaten nur noch ein „Anhängsel“ der übermächtigen rechts oder links. Suchen sie, wie zuletzt ihr Führer Bassermann — Anschluß nach rechts, so sind sie buchstäblich — nichts, könnten sie ebensogut gar nicht da sein. Aus diesem Gesichtspunkte heraus hat selbst die „Nationalzeitung“ die Karlsruher Niederlage Bassermanns und dessen Ausscheiden aus dem Reichstage als keinen — Verlust für die Partei bezeichnet. Da er nur von „Zentrums Gnaden“ wiedergekehrt wäre, wäre es wohl besser, daß er gar nicht wiederkehrt!

Nicht nur im Badischen, in Karlsruhe, hat der Jungliberalismus angesichts dieses Nieder- und Irrgangs des Nationalliberalismus das Haupt zu erheben und das Joch der „Alten“ abzuschütteln begonnen. Auch am Niederrhein scheint der Klärungs- und Gesundungsprozeß, infolge der Parole mit dem Zentrum gegen die Sozialdemokraten zu stimmen, in Fluß kommen zu sollen. In Bayern stehen die wirklich „Liberalen“ schon länger mit den „Roten“ gegen die „Schwarzen“ zusammen. Da nunmehr auch in Sachsen die „Jungen“ nicht länger dem konservativ-agrarischen und zugleich kirchlich-orthodoxen Regimente Vorspanndienste leisten wollen, so dürfte ein Umschwung des politischen Le-

bens in freiheitlichem Sinn bald an allen Ecken und Enden zum Durchbruch kommen. Am meisten Aussicht auf durchgreifenden Erfolg dürfte indes die Bewegung im Badischen haben.

Im letzten Landtage war in der Zweiten Kammer die nationalliberale Partei, welche einst über zwei Drittel der 63 Mandate verfügt hatte, mit 24 Sitzen nur noch eben die stärkste, das Zentrum hatte 23 inne. Hätten in der Residenz die Sozialdemokraten mit den Demokraten im Bunde bei der letzten Wahl wieder obgesiegt, so stand das Präsidium beim — Zentrum! Dieses war so sehr „Regierungs"-Partei geworden, daß Wacker das Ministerium Brauer-Schenkel, welches an Stelle desjenigen von Rokk-Eisenlohr getreten war, als das Ministerium der „Gradheit und Gerechtigkeit" begrüßte und sich das Zentrum so willig erwies wie die — Nationalliberalen. Opposition erwuchs der Regierung nur noch aus der kleinen Gruppe der Freisinnigen, Demokraten und Sozialdemokraten, die in der Mitte des Hauses saßen. Selbst bei der Bewilligung außerordentlicher Zuschüsse für das Priesterseminar zu St. Peter bei Freiburg, dessen engherziger römischer Fanatismus eben erst von einem ehemaligen Alumnen aufgedeckt worden war, stimmten die Nationalliberalen, unter der Führung des Oberbürgermeisters Wilckens von Heidelberg, mit dem Zentrum gegen „die freie Mitte". Nur bei der Frage nach der Zulassung von Männerklöstern änderte sich das Bild. Als die Regierung zu verstehen gab, daß sie der betreffenden Forderung des Zentrums keinen längeren Widerstand zu leisten gedenke, verlas Herr Wilckens einen Protest. Es war indes ein offenes Geheimnis, daß nur zu viele unter den Nationalliberalen auch in dieser Frage zu — kapitulieren bereit waren. Da obendrein Freisinnige, Demokraten und Sozialdemokraten in Gemäßheit ihres althergebrachten Parteischemas wiederum ihr Amen! sprachen, so wähnten die Römlinge ihr Schäfchen endlich im Trockenen. Der für den August nach Mannheim angesagte „Deutsche Katholikentag" sollte vor aller Welt bekunden, daß der „liberale" Musterstaat unwiderruflich dazu bestimmt sei, ein „gut" katholischer oder ultramontaner Musterstaat zu werden.

An eben jenem 10. Juli, an welchem der „Jubiläums"-Landtag mit dieser Perspektive geschlossen wurde, brach der sogenannte „Klostersturm" los. Die den römischen Dunkelmännern zur Vollendung ihres Werkes unerläßliche Totenstille war gebrochen. Hierzu kam Bülows Kotau vor den Jesuiten, kam der Fall Korum, kam die kaiserliche Romfohrt. Und so fielen die Reichstagswahlen in das Zeichen des erneuten. — Kulturkampfes.

Die Römlinge haben hieraus auf ihre Weise Nutzen zu ziehen versucht. Vor allem ward ein geradezu beispielloser Hexensabbath von

Lüge, Verleumdung und blödem Geschimpf gegen meine Wenigkeit inszeniert; keine Wahlversammlung, in der nicht die systematische Hetze gegen mich den „Wauwau“ abgegeben hätte, um die gläubige Heerde zu fanatisieren, die durch ihre Pfuirufe und ihr Wutgeheul die „zündende“ Wirkung bezeugte. Hierzu kam der Fall „Schwarz“, dessen Freisprechung durch die Geschworenen in Mannheim bekanntlich sogar einen feierlichen „Sühnegottesdienst“ im Gefolge gehabt hat. „Böhtlingk und Schwarz, Schwarz und Böhtlingk!“ blieb von Anfang bis zu Ende der Refrain aller Zentrums-Wahlreden. Die Betreffenden konnten dabei um so ungestörter verfahren, als wir Beide nicht nur außerhalb der Parteien standen, sondern von ihnen sämtlich, die Nationalliberalen an der Spitze, — so gründlich als möglich abgeschüttelt, verfehmt worden waren; wir weder zu Wahlreden Gelegenheit, noch irgend ein Zeitungsorgan zu unserer Verfügung hatten! Die Angst vor der Schärfe unserer Waffen hat es den Lahmherzigen eingegeben, sie so weit als möglich von sich werfen und dem Gegner in die Hand zu drücken, damit er sie gegen sie selber schwinge!

Obgleich alle Parteien sich darob klar sind, daß sie, so lange der „Zentrumsturm“ seine dominierende Stellung behauptet, zur Verwirklichung ihrer Ziele keinen Schritt weiter machen können, so hat doch keine einzige gewagt, klipp und klar die Losung auszugeben: Nieder mit dem Zentrum! Sie alle, auch die Sozialdemokraten, haben damit gerechnet, daß sie bei der Stichwahl dessen Unterstützung würden brauchen können und in Folge dessen demselben nicht zu wehe tun wollen! So ist es gekommen, daß das Zentrum alle Rücksichten bei Seite setzen und alle Minen hat springen lassen dürfen, ohne daß demselben entsprechend erwidert worden wäre. An dieser Halbheit der Liberalen hat der ganze Reichstagswahl-Feldzug nur zu sichtlich gekrankt.

Am tragischsten wirkte dabei, daß diejenigen, welche darauf aus sind, unser Deutsches Reich wieder zu einem „heiligen römischen“ zu machen, dem päpstlichen Stuhle zu Füßen zu legen, das Reichsoberhaupt selber, den Kaiser, für sich in Anspruch nehmen konnten. Die Aachener Rede, die so feierliche Auffahrt zum Vatikan, gar der Besuch bei den Benediktinern auf Monte Cassino! waren die besten Trümpfe in ihrer Hand, die sie dreist gegen diejenigen ausspielten, welche für die Unabhängigkeit von Kaiser und Reich gegen die römische Knechtung in die Schranke traten! Haben nicht diese Römlinge es fertig gebracht, daß Tausende von deutschen Rompilgern eben in jenen Tagen an der Tiber zur Stelle waren, um in der „ewigen“ Papststadt ihren Kaiser jubelnd zu begrüßen, als wäre Rom bereits des Deutschen Reiches Haupt-

stadt! Ihr Weg führte auf der Hin- und Rückfahrt den Rhein entlang, durch das ganze Badener Land hindurch, am Karlsruher Bahnhof sind sie feierlichst begrüßt und reichlichst bewirtet worden. Ein wirksameres „Wahlmanöver" ist nie erdacht worden. Bedenkt man wie andererseits auch die Sozialdemokraten auf ihre Weise mit „kaiserlichen Reden" operiert haben, um ihre Massen in Wallung und auf die Beine zu bringen, so ist wahrlich nicht zu verwundern, wenn die „Mittelparteien" immer mehr in die Enge geraten. Geht das so weiter, wird der Tag nicht mehr fern sein, da wir die „Weißheit" aus unserer Schwarz-Weiß-Roten Fahne streichen können.

Trotz alledem sind die Aussichten für einen frischen Aufschwung des Liberalismus im Badischen, wie gesagt, keine schlechten. Derselbe hat, wie das auch im Wahlkampfe zu Tage getreten ist, seit einem Jahre entschieden an Boden gewonnen. Die 35 000 Stimmen Zunahme, welche das Zentrum aufzuweisen hat, sind wenn man bedenkt, wie dieses in den letzten fünf Jahren seine Bataillone unbehindert, unter staatlichem Schutze, hat organisieren und fanatisieren dürfen, nicht verwunderlich. Und auch die 22 000 Stimmen Zuwachs der Sozialdemokratie können nicht sonderlich überraschen. Das bringt schon die Zunahme der Bevölkerung, die in den unteren Schichten immer eine weit stärkere sein wird, als in den oberen, besser gestellten und geschulten mit sich. Es sind schon bei der Hauptwahl an 115 000 „liberale" Stimmen abgegeben worden, welche mit den 72 000 sozialdemokratischen reichlich genügen, um das Zentrum gegebenen Falles schachmatt zu setzen. Es bedarf hierzu nur eines gemeinsamen Aufmarsches wie bei den Stichwahlen zum Reichstage oder, noch durchgreifender, bei den Gemeindewahlen, wie kürzlich in Offenburg, Pfullendorf, Villingen usw. Daß die Sozialdemokraten aus alleiniger Kraft, auf sich allein gestellt mit ihren 72 000 Stimmen und wenn diese auf 100 000 anwachsen sollten, nichts vermögen, sobald die „Liberalen" sich mit dem Zentrum gegen sie zusammenschließen, liegt auf der flachen Hand. Ebensowenig vermögen die „Liberalen" mit ihren 115 000 Stimmen, auch wenn diese auf 150 000 anschwellen sollten, gegen die vereinigten Zentrumsleute und Sozialdemokraten. Wie sie durch das gemeinsame Vorgehen dieser dezimiert und an die Wand gedrückt werden können, davon wissen die Nationalliberalen ein Lied zu singen. Und so gilt es den Punkt finden auf den sich alle „Liberalen", von den Nationalen bis zu den Sozialdemokraten, diese inbegriffen, gegen die römische Priesterherrschaft zusammen finden können, zusammen finden müssen. Dieser Vereinigungspunkt ist zunächst gegeben in der — Schulfrage. Indeß nur wenn — ganze Arbeit gemacht werden soll.

Daß die römischen Dunkelmänner, sobald sie erst auch noch ihre Männerklöster haben, zum Sturm auf die Simultanschule übergehen werden, daraus machen sie in ihrer Siegeszuversicht kaum noch ein Hehl. Sollen sie nicht obsiegen, so muß unsere Volksschule zumal auf eine ganz anders breite Grundlage gestellt werden. Weshalb sollen unsere Schulen nicht so entwickelt werden können, wie in der benachbarten Schweiz? Wohl sind wir, wenn wir diesen Maßstab anlegen, so weit im Rückstande, daß, um nur auf den rechten Weg zu kommen, ungezählte Millionen erforderlich sein werden. Zur Zeit aber reicht das vorgesehene Geld nicht, um nur dem täglich schreiender werdenden Lehrermangel abzuhelfen. Es ist die Schulfrage daher zugleich eine tiefeinschneidende Finanzfrage. Noch hat der badische Staat indes keine andere Staatsschuld, als die Eisenbahnschuld, welche durch die Eisenbahnen mehr als gedeckt ist; der Staat ist daher sehr wohl in der Lage, mit den Geldern für die Entwickelung des Schulwesens nicht zu kargen. Ist irgend eine Kapitalanlage eine produktive, so ist es eine solche. Die künftigen Generationen, welche den Vorteil davon haben, werden die Kosten schon aufzubringen wissen! Nur wenn es glückt, die Schulbildung auf die Höhe der Zeit zu bringen und von der Kirche zu befreien, kann die ultramontane Gefahr noch abgewendet werden. Sonst ist es um den badischen Kulturstaat unwiderruflich geschehen.

Im Übrigen bleibt die Offensive immer die einzig wirksame Defensive. Gar wenn es die ewig fortschreitende Machtentfaltung der „streitbaren", richtiger „erobernden" römischen Priesterkirche gilt! Weshalb sollen die seit 1894 zugestandenen Missionen nicht wieder sistiert und inhibiert werden? Haben sie noch nicht genug Unheil angerichtet? Das gleiche gilt von der Erziehung der Priester in geschlossenen Seminaren ohne staatliche Kontrolle, wie solche auch erst seit 1884 zugelassen sind. Haben wir noch nicht genug Hetzkapläne bei der Arbeit?

Was endlich die Männerklöster anbelangt, so haben Jene nur zu sehr recht, welche von Denen, welche diese auch fürderhin fernhalten möchten, erwarten, daß sie dieselben durch ein entsprechendes Gesetz untersagen. Weshalb haben wir übrigens den § 128 in unserem Reichsstrafgesetzbuch, welcher „die Teilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welchem gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird," unter empfindlicher Gefängnisstrafe verbietet, wenn der Paragraph auf die geistlichen Orden der römisch-katholischen Hierarchie und all ihre Trabanten keine Anwendung finden soll? Wie lange wollen wir mit gekreuzten

Armen zuschauen, wie durch „katholische“ Orden und Vereine allerart der Religionskrieg organisiert und damit die ganze Existenz des Staatswesens in Frage gestellt wird?

Ob die „Liberalen“ sich noch rechtzeitig zu einem solchen Vorstoß aufschwingen werden? Von den Nationalliberalen, und diese sind zur Zeit noch ausschlaggebend, steht dies, nach der allerletzten Wendung der Dinge, leider nicht zu erwarten. Wohl haben die „Jungen“ seit dem „Klostersturm“ sich zu organisieren begonnen und sich von Zeit zu Zeit den „Alten“ recht unbequem gemacht, allein sie haben bisher den Kopf nur erhoben, um ihn gleich darauf „ducken“ zu lassen. Selbst der Sturz Goldschmits droht sich, als ein — Schlag ins Wasser zu erweisen. Zwar haben die „Jungen“, im Hinblick auf die im Herbst bevorstehenden Landtagswahlen, wieder einmal zu verstehen gegeben, daß sie das Zentrum als den Hauptfeind ansehen und dieses mit Hilfe der Sozialdemokraten bekämpfen wollen, allein ihr Wortführer, Landgerichtsrat Scherer, hat — in Bezug auf das Programm — nur zu erklären gewußt, daß es das „nationalliberale“ sei! Zum Schluß sind dann die „Alten“ als „engerer Ausschuß“ zusammengetreten, um zwar auch ihrerseits jedes weitere Paktieren mit dem Zentrum von der Hand zu weisen, und den „Liberalismus“ möglichst stark zu betonen, allein ohne etwas anderes zu verkünden, als daß es nach wie vor einen „vernünftigen, gesunden und maßvollen“ Fortschritt gelte und an ein Paktieren mit den Sozialdemokraten nicht zu denken sei! Also — kein greifbarer Vorschlag und Krieg mit doppelter Front! Alles genau — wie zur Zeit da Goldschmit das Regiment führte! Es gewinnt nur zu sehr den Anstrich, als wäre der junge Wein in die alten Schläuche gekommen, ohne daß er diese zu sprengen vermöchte! Vermag sich jedoch der „Liberalismus“ nicht im Badischen zu verjüngen und frisch zur Geltung zu bringen, so ist es um denselben allenthalben im Reiche geschehen.

Leo XIII., der „Friedenspapst“.

Von J. Lanz-Liebenfels.

„Die Hoffnung der Gottlosen wird zu nichte,
Die Reihenfolge der Päpste unterleidet keine Unterbrechung.
Tot ist er — rufen sie aus — von dem Throne gestürzt, ja im Kerker
Starb er aus Jammer dahin, sehet da, Leo ist tot!
Täuschender Wahn! Hier steht ein anderer Leo, die Herrschaft
Wahrt er, der willigen Welt kündend das heilige Recht!“

So schreibt Leo XIII. selbst in einem von ihm verfaßten lateinischen Gedicht an seinen Bruder Joseph.*) „Der alte Pecci stirbt, das Papsttum ist ewig“ soll der sterbende Papst gesagt haben! Pecci und Leo XIII. sie sind nicht eins! Pecci der Mensch und Pecci der Papst sie dürfen nicht miteinander vermengt werden; dem Menschen Pecci unsere Verehrung, unsere Bewunderung, unser Mitleid. Dem Papste Leo XIII. müssen wir jegliches als Deutsche voll und ganz versagen!

Nur ein paar Worte über den Menschen Pecci, nur weniges, aber solches, was die Tagespresse nicht weiß oder nicht sagen will, weniges, das alles an diesem merkwürdigen Pontifikat erklärt.

Man erwarte hier von uns keine erbaulichen Kammerdiener-Legenden, auch kein statistisches Verzeichnis der allerhöchsten und fürstlichen Händedrücke, keine tiefsinnigen Exegesen der Encykliken, die in den Augen der Wissenden nicht mehr als lateinische Schönschreib-Übungen sind. Wer an diesen Äußerlichkeiten die Bedeutung des Leonischen Pontifikats sucht, ist entweder ein Heuchler oder ein Ignorant der modernen Kirchenpolitik.

Leo XIII. war nicht nur ein Jesuitenschüler, er war geradezu Jesuitenfamiliar. Einer seiner Ahnen, Bernardin Pecci, war Jesuit, indischer Missionar und gilt als Märtyrer der Gesellschaft Jesu.

Schon als zehnjähriger Knabe kam Joachim — seine Mutter nannte ihn, nach seinem zweiten Vornamen Vinzenz abgekürzt, „Nino“ — ins Jesuitenkonvikt nach Viterbo und von dort in das gleichfalls von diesem Orden geleitete Collegio Romano, welches 1827 nicht weniger als 1400 Studenten, darunter die beiden Brüder Joachim und Josef Pecci, zählte.

*) Aus E. Behringer, Inschriften und Gedichte des Papstes Leo XIII.

Ja noch mehr, Josef Pecci wurde Jesuit. Ganz merkwürdig, daß dieser hochwichtige Umstand so wenig Würdigung fand. Auch ein Papst ist ein Mensch und welcher Mensch schüttelt Familienbande so leicht ab? Sind es ja doch gerade die familiären Beziehungen, die den Jesuitenorden zu einem so weltgebietenden Einfluß gelangen ließen.

1837 wird Pecci zum Priester geweiht. Wo feiert er sein erstes Meßopfer, wo tritt er zum erstenmal, mit den priesterlichen Gewändern angetan, zum Altar? In der Kapelle des Jesuitenheiligen Stanislaus Kostka! Wer mit geistlichen Gebräuchen und Verkehrsformen vertraut ist, wird dieses anscheinend nebensächliche Faktum richtig zu würdigen wissen. Es ist dies der Ausdruck des Dankes an den Orden und zugleich das Gelöbnis, sich dessen Zwecke zur Lebensaufgabe zu machen. Was da fromme Mären erzählt werden von apostolischer Demut, von Weigerung der Annahme der Papstwahl usw., so trifft dies bei Pecci ebenso wie bei allen anderen nicht zu. Das sind ja schließlich auch verzeihliche menschliche Schwächen.

Ein jeder strebsame italienische Monsignore sieht den Fischerring an seinem Finger blitzen. Als einst der kleine Joachim beim Rebhühnerfang in einen Graben purzelte, rief er unwillig aus: „Wenn ich Papst sein werde, werde ich hier eine Brücke bauen lassen"!

Er ist schnell avanziert, der verwendbare, geistig hochbefähigte Jesuitenschüler. Kaum geweiht, wird er Delegat von Benevent und päpstlicher Hausprälat. Ein Jesuitenschüler ist kein Wackelgreis, wen die Jesuiten erziehen, — das wollen unsere Protestanten und Liberalen noch immer nicht glauben — den ziehen sie zu einem geraden, strammen, biegsamen, aber doch nicht gebrechlichen Stamm! Pecci war biegsam, daß er aber auch schneidig, und zwar ganz preußenmäßig schneidig war, das werden die wenigsten wissen.

In Benevent trat er gegen die Briganten mit rücksichtsloser Strenge auf. Einen schmuggelnden Baron verurteilte er zu 3 Monaten Gefängnis. Der Baron drohte dem mutigen Delegaten, er werde in Rom seine Absetzung erwirken, und richtete sein Schloß zur Belagerung ein. Pecci — es klingt ganz mittelalterlich romantisch — ließ durch seine Truppen das Schloß belagern, erstürmen und schleifen.

Nachdem er 1843—1846 Nuntius in Brüssel mit dem Titel eines Erzbischofs von Damiette gewesen, wurde er auf den Erzbischofstuhl von Perugia berufen, wo seine Karriere etwas stockte, ja er mußte auf die Bestätigung seiner bereits 1846 erfolgten Kardinalswürde bis 1853 warten. Es war dies die Zeit da der junge Pius IX. noch mit dem Liberalismus kokettierte, die Zeit des letzten Ringens des feudalen Papsttums gegen die alles umschlingende und erdrückende Macht des

Jesuitismus. Als es mit Pius IX. zu Ende ging, wußten die Jesuiten kurz vor Toresschluß Pecci auf den für das kommende alles entscheidende Konklave wichtigsten Platz vorzuschieben, 1877 wurde er Cardinal-Camerlengo, um so den ganzen Wahlakt als Agent der Jesuiten zu beherrschen.

Das Geschick des Jesuitismus stand auf der Messerschneide, die italienischen Kardinäle waren meistens noch aus der alten Schule, mehr Grandseigneurs als Kleriker, und beileibe nicht bedingungslose Anhänger des Jesuitismus. Ein kleiner Zwischenfall bei Beginn des Konklave ist höchst charakteristisch. Monsignore Ricci, der Majordomus Pius IX., war zu bequem, um zur richtigen Zeit ins Konklave zu kommen. Pecci fragte sofort nach ihm und sagte barsch, als man vorgab, Ricci sei leidend: Er stehe auf und komme! Es war ein scharfer, erbitterter Wahlkampf, dreimal wurde gewählt. Von 61 Kardinälen gaben beim ersten Wahlgang nur 23 die Stimmen für Pecci. Beim zweiten stiegen die Stimmen mühsam auf 38, erst der dritte ergab 44 Stimmen. Leo XIII. wurden die päpstlichen Gewänder angelegt, da ereignete sich ein zweiter Zwischenfall. Das abgelegte Kardinalkäppchen, das sonst der Papst dem Sekretär des Konklaves zum Zeichen der Kardinals-Ernennung aufsetzte, steckte Leo XIII. ruhig in die Tasche. Der Mann — nämlich der Sekretär — hatte noch nicht kapituliert!!

Mit dem Pontifikat Leos XIII. verschwindet der sympathische Mensch Pecci in der Versenkung. Wie ein armes, gefangenes Mäuschen sitzt er in der jesuitischen Mausefalle, das Schnappeisen der „päpstlichen Unfehlbarkeit" hatte sich präzis ausgelöst!

Wir nehmen Abschied von dem Menschen Pecci: ein edler, guter, schneidiger Cavalier, etwas vormärzlich, geistig aufgeweckt, empfänglich für Kunst und Wissenschaft, mit guter diplomatischer Schulung und vor allem mit einem zähen, überraschend zähen Leben! Noch einen letzten Gefallen hat der Mensch Pecci seinen frommen Lehrern und Gönnern getan, er hat lang, lange gezaudert, bis er den Weg ins Schattenreich antrat; die Seele konnte, durfte sich nicht eher von dem zerbrochenen, von Schmerz gekrümmten Greisenkörper trennen, bis Rampolla und die Jesuiten ihre Heerschar mobilisiert und gemustert hatten! Dem Menschen Pecci unsere Verehrung, Friede seinem Andenken, Mitleid, und hier wirklich berechtigtes Mitleid mit dem lebendig Begrabenen im Vatikan. Der alte Pecci, er starb als Leo XIII. die Tiara aufgesetzt wurde. — Die „Leonen" leben, sie sterben nicht, daher wäre es falsche, für einen Deutschen sogar hochverräterische Sentimentalität, nicht freimütig Kritik zu üben. Das „de mortuis nil nisi bene" hat nur bei wirklich Verstorbenen Berechtigung. Was war das Pontifikat

Leos XIII. für die Staaten, besonders Deutschland, was war es für die Kirche? Alle Völker der Welt — mit Ausnahme der Deutschen — können sich über das Pontifikat Leos XIII. nicht beklagen. Was sie verlangten, was sie oft frech und unbescheiden von dem apostolischen Stuhl forderten, es ward ihnen anstandslos gewährt. Die französischen Staatsmänner Grévy, Gambetta, Ferry hatten der Kirche doch ordentlich zugesetzt, in moribus et disciplinis sah es in dem „allerchristlichsten" Frankreich seit jeher traurig aus. Skandäle im Klerus, mit Damenschirmen traktierte Bischöfe, denen aus sittenpolizeilichen Gründen die Inspektion der Frauenklöster verweigert werden muß usw., sind eine besondere gallische Kirchenspezialität.

Und trotzdem nennt Leo XIII. die Franzosen in der Encyklika vom 8. Februar 1884 „nobilissima gallorum gens" (Hochedles Franzosenvolk"), trotz Waldeck-Rousseau und Combes gedenkt er dieses Landes in den letzten Zügen, und schickt ihm einen letzten Gruß und Segen! Es ereignete sich das unerhörte, daß der Papst in einem Rundschreiben vom 16. Februar 1892 die republikanische Staatsform anerkannte, nachdem schon am 5. Januar die besonders radikalen Zeloten durch ein Schreiben Rampollas an den Pariser Erzbischof zum Gehorsam gegen die Staatsgewalt in ziemlich strengem Tone aufgefordert worden waren. Rußland verdankt Leo XIII. ein beruhigtes Polen! Geschickt wußte der päpstliche Stuhl immer die nihilistischen Attentate — Momente, wo die „Imponderabilien" auf das Gemüt sonst sehr diplomatischer Fürsten etwas merklicher drücken — für seine Zwecke auszubeuten. Es ist eben der auf die Explosionsstoffe übertragene allgemeine Jesuitengrundsatz: Die kirchlichen Zwecke heiligen auch Dynamitbomben! Alexander II. z. B. zeigte sich auf das päpstliche Glückwunschschreiben nach dem ersten Attentat versöhnlicher und trat mit Rom in Beziehungen, die Alexander III. weiter pflegte und die Nikolaus II. durch den Empfang der päpstlichen Gesandtschaft gelegentlich seiner Krönung 1896 und durch die Errichtung einer russischen Gesandtschaft beim Vatikan noch intimer gestaltete. Wer das Mittelglied des Zweibundes sucht, der suche es nur in Rom! Das champagnertrinkende Pariser Weltkind links, das schismatische Petersburger Weltkind rechts, der römische Prophete in der Mitten! Auch England bekam seine Geschenke. Man hat die Iren aufgestachelt und hat sie kalmiert, je nachdem es zum Nutzen der Kirche war. Heute gestehen selbst erzkatholische Blätter ein, daß die Kirche und die Jesuiten nirgends freier sind als in England. England weiß auch ganz gut, was es von den katholischen Missionen — natürlich made in Germany, alles wackere Deutsche — für verwendbare Agenten und Erweiterer seines Absatzgebietes für schlechtes Baumwollzeug und verrostete Flinten hat!

Eduard VII. kam daher 1903 sich pflichtschuldigst zu bedanken. Das Papsttum hat überraschende Triumphe gefeiert, oder sagen wir besser: der Jesuitismus und seine feine Diplomatie! Vor dieser überlegenen Macht beugt sich heute fast alles auf der Welt. Er hat Recht, der Papst Leo, die willige Welt! 1894 riefen ihn Equador und Peru, 1895 Haïti und St. Domingo, dann Argentinien und Chile als Schiedsrichter in Grenzstreitigkeiten an. Man nannte ihn deswegen den „Friedenspapst“, als ob Papst und Friede nicht zusammengehörten!

Nun kommen wir zu Italien. Dieses Land hätte sich wahrlich nicht über das Pontifikat Leos, und überhaupt nicht über das Papsttum zu beklagen. Wenn es heute der Jesuitenkirche auf dem ganzen Erdkreis gut, ja ausgezeichnet geht, wenn ihr Leo XIII. einen Glanz gegeben wie sie ihn nie gehabt, so steht es mit ihr in Italien, dem Land der kirchlichen Sinekuren, wo so viele Monsignori herumlaufen, wie hierzulande rasierende Friseurgehilfen, so schlecht wie in keinem anderen Land.

Wir Deutschen wälzen uns vor dem heiligen Vater im Staube und bekommen nur Fußtritte, während die Italiener mit denselben Mäulern „Nieder mit dem Papst“ schreien, mit denen sie sich an den fetten geistlichen Pfründen dick essen! Ohne viel Federlesens und ohne Skrupel hat die italienische Regierung im Jahre 1880 die Güter der Propaganda, die nota bene Eigentum der Gesamtkirche sind, — im Werte von zehn Millionen Lire eingezogen. Noch eigentümlicher ist der Kampf der Italiener gegen das Papsttum, indem sie 1881 die Überführung der Leiche Pius IX. störten und 1891 eine ausländische Pilgerschar in tätlicher Weise insultierten. Das ist eine nutzlose, rohe, und die gute Sache nur schädigende Kampfart. Aber trotzdem bleibt Italien in der Romkirche oben, muß der Papst ein Italiener sein und bleibt Rom das Haupt der Christenheit. Die historische Dekoration muß bleiben!

Es ist begreiflich, daß dadurch der Nimbus des päpstlichen Märtyrertums nur noch an Glanz zugenommen hat. Leo XIII. vergaß alle diese Insulte oder wollte sie vergessen, da er 1896 mit Menelik von Abessynien betreffs der italienischen Gefangenen verhandelte. Die Gefangenen hat er zwar nicht bekommen, aber das Ansehen des Papsttums gefördert.

Damit sind wir mit der Bedeutung des Pontifates für die äußere Politik fertig. Die Jesuiten haben gut gearbeitet, und Leo XIII., die fügsame hieratische Marionette, ist ruhig auf dem Thron gesessen. In den ersten Jahren ist das Schifflein Petri noch etwas herumgeschwankt, Pecci wollte auch ein bischen steuern, ’s ging aber nicht recht. Erst mit

Rampolla gings mit schnurgeradem Kurs und in immer schnellerem Tempo dem Ziele, der jesuitischen Weltmacht, zu.

Nun und Deutschland, Österreich, so wird der Leser fragen, hat sich da nichts bedeutsames in der äußeren Politik zugetragen? O, ja gewiß, Deutschland bekam die Karolinen anno 1885, der gekirrte deutsche Bullenbeißer Bismarck am 31. Dezember 1885 den — Christusorden, und das deutsche Vaterland das starke, fromme Zentrum! Was will der bescheidene Deutsche mehr?

Die katholischen Gesellen- und Arbeitervereine, die katholischen Studentenverbindungen, unzählige andere im geheimen existierende religiöse Vereine haben ihr Netz über ganz Deutschland gesponnen, Österreich erhielt die christlich-soziale Partei und sehr viele neue Klöster nach dem Jesuitenschnitt, die Schweiz 1895 in Dr. Josef Zemp einen katholisch gesinnten Bundespräsidenten, nachdem sie 1889 bereits durch die „internationale"" Universität Freiburg beglückt worden war. Mit einer Dämmerung für Deutschland begann das Pontifikat und es endete mit stockfinsterer ultramontaner Finsternis. Leo, der Friedenspapst! Richtig, die deutschen Schwerter sind nicht aus der Scheide geflogen, die fürchtet und kennt man nur zu sehr! Friede, ja es gibt auch einen Frieden, der einen überfällt wie der schleichende Dieb in der Nacht, und das ist der F r i e d e d e r K n e c h t s c h a f t, und den hat der „Friedenspapst" Deutschland gegeben. Wieder war es ein Attentat, — das Nobilings — das dem Papst den Anlaß bot, mit Deutschland anzuknüpfen; 1883 stellte sich Kronprinz Friedrich Wilhelm im Vatikan vor, und wurde die Gesandschaft systemisiert. Dreimal, 1888, 1893 und 1903 besuchte Wilhelm II. den Papst in Rom.

Deutschland, das geduldige Bählämmchen, das Land der frommen Hyperboräer, ist bei der äußeren Politik Leos XIII. schmählich unberücksichtigt geblieben, dagegen wurde es umsomehr bei der i n n e r e n P o l i t i k berücksichtigt, denn n u r Deutschland, nur die deutschen Katholiken waren in Glaube und Sitte „verlottert", nur in Deutschland wurde „reformiert", d. h. Volk und Klerus sowohl im privaten und öffentlichen Leben dem Jesuitismus voll und ganz unterworfen. Von der Reform des übrigen Klerus, z. B. des südamerikanischen, des italienischen hat kein Mensch ernstlich gesprochen. Für die anderen Völker hatte Leo nur Nachgiebigkeit und Milde, für Deutschland, dessen Söhne — die deutschen Jesuiten — ihm das feste Fundament seines Thrones gemauert, die ihn wie eine Leibgarde umschirmten, die sich seinetwegen aufopferungsvoll verschneiden ließen, die für ihn in China, in Afrika, in Amerika den Märtyrertod starben, und für das deutsche Volk, das ohne jeglichen Geschäftsvorteil seinen Katholizismus liebt, das ihm den größten

Klingelbeutel jährlich füllt, für dieses Volk hatte Leo XIII. nur den Bußgürtel und die Geißel. Es sei hiermit frei herausgesagt: Die äußeren Triumphe des Pontifikates Leos XIII. sind durch die Jesuiten nur auf Kosten der drakonischen inneren deutschen Kirchenreform errungen worden. Folgerichtig liegt auch dort der Schwerpunkt und die Hauptbedeutung der Regierung Leos. Das erste was Leo XIII. tat, war, daß er den Klerus ganz dem Jesuitismus auslieferte.

Sofort nach seiner Wahl, schon am 15. Mai 1878, setzte er eine besondere Kommission von fünf Kardinälen ein, eine Art Geheim-Detektiv-Institut, das über das Vorleben aller Bischofskandidaten genaue Informationen — die gewöhnlich die Vorstände der verschiedenen Jesuitenhäuser lieferten — einholen mußte. Um diesen Spitzeldienst bequemer zu handhaben, verwendete man besondere Sorgfalt auf die verschiedenen Priestererziehungsinstitute in Rom; hier im Schatten des Stuhles Petri wurde unter der Leitung der Jesuiten jene nach Zehntausenden zählende Schar von zelotischen Eunuchen herangezüchtet, die dann als Apostel des unverwässerten Jesuitismus nach allen Weltgegenden verschickt wurden.

Und Deutschland, das fromme Deutschland sandte jährlich dem römischen Minotaur Hekatomben an Menschenopfern, blühendes Jünglingsfleisch, das als verschnittenes, fanatisiertes Eunuchenfleisch wieder zurückkam, oder durch Mission der Jesuitenkirche Neuland mit deutscher Unerschrockenheit erwerben mußte. Nur zu gut weiß es der rassenkundige Jesuitismus, daß die Germanen das Gehirn und der starke Arm der Menschheit sind! Deswegen wurden die deutschen Ordenshäuser reformiert*) und ihnen Abgaben auf Abgaben aufgebürdet. Deswegen durfte auch das deutsche Laienvolk ja nicht einig werden. Die Deutschösterreicher wurden den Slaven, Polacken und großschnautzigen Magyaren ausgeliefert. Die wunderlichen dickschädeligen slavischen Heiligen Cyrill und Method muß der deutsche Priester in seinem Brevier als feierliches Officium**) feiern. Der immer mehr um sich greifende Hussitismus des czechischen Klerus veranlaßte Rom zu keinerlei „Reform". Rom tat auch nichts, um dem exzessiven nationalen Chauvinismus des czechischen Klerus, der überall gegen die Deutschen hetzt, zu steuern! Ein

*) Im übrigen muß ich auf den Artikel „Der große Kampf des Jesuitismus gegen den Katholizismus", Freies Wort, No. 2 und auf meine Broschüre: „Katholizismus wider Jesuitismus" verweisen.

**) Breviergebet. Das Wort läßt sich schwer übersetzen. Die Heiligen werden nämlich je nach ihrer Bedeutung durch feierlichere und minder feierliche Gebetsordnung geehrt.

Wort des Papstes hätte genügt. Rom sieht ruhig zu wie das Habsburgerreich zerfällt, schürt den Nationalismus der nichtdeutschen Kronländer und unterdrückt jede deutsch-freundliche Regung im deutsch-österreichischen Klerus.

Der deutsch-österreichische, renitente, nicht zu bezwingende Klerus wird so immer mehr und mehr von slavischen Elementen durchsetzt. Ein weiteres Geschenk Leos XIII. für die Deutschen sind die katholischen Universitäten, die deutschen Ableger der römisch-jesuitischen Castraten-Zuchtstationen. Die Theologie wurde — ein Zugeständnis an den zweitmächtigsten Orden, die Dominikaner, die jedoch lieber dafür wieder Pantalons, normales Haupthaar und ihr Rindfleisch hätten! — vollständig in den spanischen Stiefel der Philosophie des Thomas von Aquin gepreßt, und 1899 die gesamte Menschheit dem hl. Herzen Jesu, dessen Kult eifrig gefördert wurde, geweiht. Mit großem Geschick wurden überall, wo die Kirche festen Fuß faßte, Bistümer gegründet und Schismatiker, — die Rom mehr als Ketzer und Heiden fürchtet — durch Zugeständnisse zur Einheit zurückzuführen gesucht. Im übrigen gab es in der Welt weder in „Glaube, Sitte oder Disziplin“ etwas zu ändern. Begreiflich, der Papst ist ja „unfehlbar“, welche hervorragende Eigenschaft ihm bleibt, so lange er sich hütet, etwas zu behaupten. Leo XIII. hat die vatikanische Bibliothek freigegeben! Ganz richtig, nachdem sie die fleißigen Deutschen halbwegs geordnet hatten. Überall Deutsche und wieder Deutsche! Frankreich lieferte ein paar Kübel Lourdes-Wasser, Italien die Mitra des hl. Januarius, Deutschland hat dem Pontifikat Leos XIII. Ströme von Herzblut geopfert, um die jahrtausend alten Makel von dem Stuhle Petri wegzuwaschen.

Und was hat der Mensch Pecci während dieser Zeit gemacht! Er hat in schöner hieratischer Ruhe bis zum letzten Atemzuge stillgesessen im päpstlichen Thronsessel. Ihn, den armen Gefangenen der Jesuiten, zu bemitleiden, das ist das richtige Mitleid. Die Hauptkunst der jesuitischen Diplomatie besteht darin, jede Gelegenheit, jedes Mittel zum großen Endzweck auszubeuten. Die Gefangenschaft des repräsentierenden Papst-Menschen hat diese findige Gesellschaft sofort als das beste Mittel zur vollständigen Beherrschung des Papsttums erkannt. Durch Verzicht auf das italienische Garantiegesetz wird der Papst 1. materiell, 2. geistig von den Jesuiten abhängig, 3. wird dadurch die Wahl eines Nichtitalieners verhindert, 4. wird dadurch auch der Papst sexuell verschnitten, d. h. der alten Maitressenwirtschaft am päpstlichen Hof wird ein wirksamer Riegel vorgeschoben, und das ist das letzte Geheimnis der leonischen Triumphe. Die ganze Welt geriet in Entzücken, weil einmal ein Statthalter Christi zu keinen Weiber-Skandalen Anlaß bot. End-

lich ist die hieratische Formel gefunden worden, dem Papsttum die Weltherrschaft zu sichern, und eine hieratische — vielleicht einmal eine dogmatische — Formel wird die Gefangenschaft des Papstes als Menschen bleiben, denn sie umgibt ihn mit dem Schimmer des Heiligen und Märtyrers. Völkerpsychologen sind die Jesuiten, sie wissen daß das Volk, *jedes* Volk, Heilige, Heroen, Märtyrer will, und als solchen können wir auch den Menschen Pecci ansehen.

Nur ein paar Hoffnungssterne leuchten uns Germanen in dem Dunkel, mit dem das Pontifikat Leos schloß. Der Amerikanismus, der die Kirche des hl. Geistes predigt. Die äußere Leitung der Kirche durch den Papst sei unnütz, und der Geist allein soll Papst sein. Realer und psychologischer denkt der süddeutsche Reformkatholizismus. Soll ich meine persönliche Meinung aussprechen, so bin ich nicht für Vernichtung des Papsttumes, das ist real unmöglich. *Ich bin für die Eroberung des Papsttumes und für einen germanischen Papst*, der den Kreuzzug der Zivilisation predigt, der den Germanen in ihrer großen Aufgabe der Veredelung der gesamten Menschheit vorausgeht.

Die Germanen haben es um das Papsttum verdient! Sie sollen auch einmal zugreifen, wo die anderen Völker, die gar kein Verdienst aufweisen können, an reichbesetzter Tafel sitzen. Wenn sie es nicht tun, so werden sie zum Schlusse bei dieser Völkermahlzeit abgeschlachtet und aufgefressen werden.

Das „Friedens-Pontifikat“ Leos XIII. war nichts anderes als die 25 jährige Mobilisierung der großen Jesuiten-Armee und aller Germanenfeinde, vor allem der Deutschfeinde.

Leo XIII. war der Mobilisierungspapst.

Das „Lumen de coelo“ verlöscht am Firmament, das „ignis ardens“ steigt herab auf die Erde, auf Deutschland! „Wie ein Turm auf der einsamen Feldflur, wie eine verlassene Späherwarte im Weingarten“ steht heute Deutschland da im Gewimmel der Völker, die es von allen Seiten umdrohen. Eine gedrillte Zeloten-Armee, die keine Familie zu ernähren hat, die frei von materieller Sorge ist, die nur *einen* Zweck und *einen* Gedanken hat, deren Anführer unsere eigenen fanatisierten verschnittenen Landesbrüder sind, rückt gegen Deutschland an.

Armes, mit Füßen getretenes Land, Land der aufrichtig, uneigennützig-frommen Hyperboräer, *williges* Land, *ewig der Fraß der „nie sterbenden Leonen“*!

Die Reform des Strafrechts auf dem Evangelisch-Sozialen Kongreß.

Von Dr. J. Gmelin.

Der jüngste Evangelisch-Soziale Kongreß, der vom 2.—4. Juni in Darmstadt abgehalten worden ist, gehört zu den Tagungen, die für den rückwärtsschauenden Geschichtsschreiber der Zukunft sich vor vielen anderen Versammlungen als eins der Ereignisse dieses Jahres darstellen dürften. Nicht etwa durch die Menge der Teilnehmer. In dieser Hinsicht kann ja ein solch neutraler Arbeits-Kongreß von Haus aus sich weder mit den periodischen Revuen unserer großen Parteien noch vollends mit den eigentlichen Fest- d. h. Vergnügungsversammlungen, von Sängern, Turnern, Schützen oder wie der Sport gerade heißen mag, je messen. Aber auch bei dem Vergleich mit seinen eigenen 13 Vorgängern verleugnet sich nicht, daß der Evangelisch-Soziale Kongreß nicht mehr die einzige Vertretung des sozial gerichteten Protestantismus ist, sondern im Verlauf der Zeit nicht nur die kirchliche Rechte im Kirchlich-Sozialen Kongreß oder kurz „Stöcker-Kongreß" von sich abgezweigt, sondern auch in dem „Verein für soziale Reform" eine weder kirchlich noch auch nur unmittelbar religiös interessierte, darum aber von Hause aus um so breiter angelegte Vereinigung praktischer Sozialreformer aus allen Lagern — doch auch als eine Frucht seiner eigenen Bestrebungen — neben sich bekommen hat. Um so mehr darf er auch zahlenmäßig mit dem diesjährigen Erfolge zufrieden sein, vollends wenn man die diesmalige Ungunst des herkömmlichen Termins, der Pfingstwoche, in Betracht zieht, in nächster Nähe der Reichstagswahlen, deren Vorbereitung einen großen Teil seiner Politiker im engeren Sinn, zumal der für den Kongreß ein so bedeutsames — qualitativ mehr noch wie quantitativ — Kontingent bildenden Nationalsozialen mit Naumann an der Spitze ferngehalten hatte. Ein um so erfreulicheres Zeugnis für ihn, daß er auch ohne diese politischen Männer es zu einer so erfolgreichen Tagung, die mit jeder früheren sich getrost messen kann, zu bringen vermochte. Dieser Erfolg hängt an der Arbeit, die in Darmstadt geleistet worden ist; aber geleistet werden konnte eben auf Grund seines Programmes, das man als das wesentlichste Verdienst dem neuen Kongreß-Präsidenten Adolf Harnack wird zu gut schreiben dürfen. Nicht leicht ist einer Kongreßtagung ein bedeutsameres Arbeitsprogramm vorgelegt worden: Von allen den 3 Seiten, aus denen eine evangelisch-soziale Reform sich zusammensetzt, der religiös-sittlichen, wirtschaftlich-finanziellen und rechtlich-politischen, war eine jede mit Themen bedacht, wie sie weitreichender kaum gedacht werden können: die erste mit Professor Herrmann-Marburg

über „Die sittlichen Gedanken Jesu in ihrem Verhältnis zu der sittlich-sozialen Lebensbewegung der Gegenwart"; die zweite mit Adolf Wagner-Berlin über „Das sittliche und ethische Moment in Finanzen und Steuern"; die dritte mit Geh. Justizrat Professor D. Dr. Wilh. Kahl-Berlin über „Die Reform des deutschen Strafrechts im Lichte evangelischer Sozialpolitik". Nur daß die No. 2 mit Adolf Wagner einer evangelisch-sozialen Versammlung am wenigsten mehr neu und in sich selbst dazu weniger aktuell war, der Nachdruck so auf dem ersten und dritten Programmpunkt lag. War ersteres Referat namentlich für die zahlreichen Theologen gemünzt, die doch immer den Hauptbestandteil des Kongresses bilden, aber schon durch den gewaltigen sittlichen Ernst d. h. Wahrheitsmut, mit dem Herrmann dieses erste Problem für die heutige Christenheit behandelte, dazu aber vollends durch das allseitig anerkannte Ergebnis, daß Jesus selbst weit mehr, als man gewöhnlich denkt, von eschatologischen Erwartungen ausgegangen ist, ein Ereignis für die christliche Welt überhaupt, dessen Wirkungen erst in der Zukunft zu Tage treten dürften: so bildete doch den für die große Allgemeinheit zunächst fruchtbarsten Gegenstand der dritte Punkt, Die Reform des Strafrechts. Denn schließlich wird die Religion eben für den modernen Menschen in immer weitergehendem Maße eine „Privatsache" bleiben, nur in ganz anderem Sinne noch, als dies Stück des sozialdemokratischen Programms gemeiniglich verstanden wird. Dagegen das Recht: wo gibt es etwas, was für einen jeden Menschen eine unmittelbarere und tiefer in sein Leben einschneidende Bedeutung hätte? Ob einer will oder nicht: dem Rechte kann sich niemand entziehen, da das gesamte äußere — und in wie weitem Maße damit auch das innere — Ergehen, unsere gesamte Lebensgestaltung von der Frage abhängt, wie einer sich zu dem Rechte d. h. dem tatsächlich geltenden Strafrecht seines Volkes stellt. Daher es auch von Rechtswegen für ein Volk in seiner Gesamtheit keine wichtigere Sorge geben kann, als eben die, sein Recht in möglichste Übereinstimmung mit seinem innersten Empfinden, seiner Wahrheit, zu bringen d. h. eben „recht" zu gestalten. Oder braucht man erst zu sagen, wie viel es da für uns zu tun gibt? Zumal für ein Organ, das, wie sein Name besagt, sich das stolze Ziel gesetzt hat, dem „freien" d. h. von allen äußeren Faktoren unabhängigen eigensten Empfinden unseres Volkes zum Ausdruck zu verhelfen, wüßte ich keine Aufgabe, sittlich verdienstlicher und zugleich dringender, als die möglichst gründliche Beteiligung an der Lösung dieser Frage: Reform des Strafrechts. Vollends da eben diese Reform, wie von dem Referenten in der Einleitung seines Vortrages zu hören war, die wichtigste

Aufgabe ist, die der Erledigung durch die gesetzlichen Faktoren unseres Volkes in der nächsten Zukunft harrt, d. h. wenn nicht noch in diesem, so doch um so sicherer im nächsten Jahrzehnt, also recht eigentlich auf der politischen Tagesordnung für die ganze nächste Zukunft steht. Daher ergeht an einen jeden, der bei einer solchen Reform interessiert ist — und welcher rechte Volksfreund ist es nicht? — die Aufforderung, sich jetzt mit seinen Gedanken und Wünschen zu melden, so lange die Sache im Fluß ist, um nicht hinterdrein die Reue des Wörtleins „zu spät“ erfahren zu müssen.

Denn, wie eben bei dieser Einleitung auseinandergesetzt wurde, schon der Umstand, daß unser deutsches Reichsstrafrecht in der Hauptsache eben das auf dem Weg über den Norddeutschen Bund übernommene preußische Strafrecht von 1857 ist, das selbst in wesentlichen Teilen auf das französische Strafrecht des Code pénal von 1810, also ein undeutsch-romanisches Recht zurückgeht und so dem Standpunkt des beginnenden 19. Jahrhunderts entsprach, aber bereits zur Zeit seiner Einführung vor einem halben Jahrhundert keine Musterleistung mehr, weil in vielem überholt war, wird jedem Kundigen sagen, wie unzulänglich für unsere heutige Zeit des beginnenden 20. Jahrhunderts ein solches Recht sein muß: angesichts der ungeheueren Raschlebigkeit unserer Zeit, der fabelhaften Veränderungen welche im Laufe dieses Jahrhunderts, zumal in dessen zweiter Hälfte seit dem Aufkommen der Eisenbahnen, in unserem gesamten wirtschaftlich-sozialen wie politisch-nationalen Leben vor sich gegangen sind und ihren Niederschlag am stärksten in der Verbrecherwelt finden mußten, also daß der Redner als stärkstes Motiv der Reform die „Überflügelung dieses Rechts durch das Verbrechertum“ namhaft machen konnte. Was konnte es da Dankenswerteres geben, als von einem solchen Meister seines Fachs, der wie nicht leicht ein anderer offiziell berufen ist, an den Vorarbeiten für diese wichtige Reform hervorragenden Anteil zu nehmen, eine Übersicht über das ganze weitschichtige Gebiet dieser Reform, mit Hervorhebung der hauptsächlichsten Punkte, wo und wie die ändernde und bessernde Hand anzulegen ist, vorgetragen zu bekommen, und dazu eine solch unbefangen-gründliche und vielseitige Kritik dieser Reformgedanken, wie sie die nachfolgende ungewöhnlich belebte Diskussion — das beste Zeugnis für die unendliche Anregung durch diesen Vortrag — enthielt, auf der Stelle miterleben zu dürfen? Und so glauben wir tatsächlich dem Leserkreis des „Freien Wort“ mit nichts einen größeren Dienst zu leisten, als mit möglichst deutlicher — ob auch natürlich nur skizzenhafter — Wiedergabe dieser Kahlschen Reform samt der Aufnahme und Antwort, welche dieser von seiten des Kongresses zu teil wurde einschließlich unserer eigenen Ideen,

die wir in Darmstadt freilich nur sehr abrupt zum besten geben konnten. Also zunächst Kahl selbst über die „Reform des Strafrechts“.

Da war vielleicht der bezeichnendste, ob auch wohl von niemand anders erwartete Hauptsatz, mit welchem nach der skizzierten Einleitung über Bedeutung wie Notwendigkeit einer solchen Reform der Redner seinen eigenen Standpunkt einleitete, daß bei all jener weitgehenden Änderung unserer heutigen Lage verglichen mit der vor einem halben oder ganzen Jahrhundert es sich „doch nicht um Preisgabe der bisherigen Grundlagen unseres Rechts handeln kann, sondern nur um dessen Anpassung an die neue Zeit“. Bleiben müssen insbesondere die zwei Grundsäulen unseres historischen klassischen Rechts: 1. Die Annahme einer sittlich-rechtlichen Schuld auf Seiten des Verbrechers und 2. die der vergeltenden Gerechtigkeit auf Seiten des strafenden Staats. Eben auch eine evangelische Sozialreform könne auf diese beiden Grundsätze nicht verzichten. Evangelisch hier so viel als überhaupt christlich genommen. Das im engeren Sinn Evangelische, der Standpunkt des Protestantismus komme wesentlich eben an zwei Punkten heraus: 1. bei den Religionsvergehen und 2. bei der Motivierung unserer Rechtsideen, indem wir Evangelische auf jede unmittelbare Zurückführung unseres Rechts auf die göttliche geoffenbarte Grundlage, wie sie die katholische Kirche bei ihrem „kanonischen“ Rechtsbegriff geltend macht, verzichten. Für uns ist die Bibel kein unmittelbares Gesetz. So rechtfertigen wir auch die Todesstrafe nicht etwa aus der Bibel. Eine evangelisch-soziale Reform bedeutet so für uns nur, daß sie dem Geist des Christentums entspricht: d. h. daß in ihr der Geist der Liebe walte bei allem Ernst der Zurechtweisung. Was wir anstreben ist Gestaltung des Strafrechts durch Erfüllung mit christlichem Geiste in Bestrafung des Verbrechens wie des Verbrechers. Unabänderlich fest steht der Rechtsgrund: warum wird gestraft? Antwort: der Grund liegt im Verbrechen selbst, weil der Verbrecher eine Schuld auf sich geladen hat, die eine Sühne fordert. Freilich Voraussetzung ist der Glaube an eine sittliche Willensfreiheit: nicht eine absolute, die das Kausalitätsgesetz ausschließt, aber doch immer als ein Gebiet freier Selbstentscheidung und Freiheit der Wahl zwischen Gut und Böse. Dies die oberste sittliche Erfahrungstatsache gegenüber allen fehlsamen logischen Abstraktionen, wie sie vielfach von der modernen Strafrechtslehre ins Feld geführt werden, die im allgemeinen auf durchaus deterministischem Standpunkt steht, und so bei der Strafe nicht Vergeltung, sondern in der Hauptsache mehr nur den Schutz der Gesellschaft im Auge hat. Übrigens so weitgehend dieser Unterschied in den Schulen der theoretischen Begründung nach sich geltend mache, für das praktische Leben mache gottlob derselbe nicht so viel aus, da alle Gesetzgebung

auf Kompromissen beruhe, unter Verzicht auf das abstrakt Unerreichbare. So herrsche schon heute in den wichtigsten Punkten über die nötige Reform Übereinstimmung von beiderlei Seiten. Prinzipien gehören nicht in das Gesetz, sondern nur eben der positiv rechtliche Stoff.

Übergehend zu diesem Materiellen des Strafrechts werden nun, unter Verzicht auf Vollständigkeit, eine Reihe besonders wichtiger Tatbestände aus beiden Teilen, dem allgemeinen und dem besonderen, zur Sprache gebracht unter Vermeidung der juristisch-technischen Fachbegriffe. Unter den Staatsverbrechen stehe im Vordergrunde der Verhandlungen die Majestätsbeleidigung. Von mancher Seite sei die Forderung erhoben, auf diesen Titel ganz zu verzichten. Dagegen sei aber vom evangelisch-sozialen Standpunkt aus aufs schärfste zu widersprechen auf Grund von Matth. 22, 21 („Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist"), dazu Paulus Röm. 13, 1 ff u. a. (Reicht das wirklich zur Begründung aus?) Eben der Christ müsse der treueste Patriot (—Monarchist?) sein. Aber freilich sei die Frage, ob unser Strafrecht diesen Schutz der monarchischen Autorität wirklich gewähre? Das wahre monarchische Interesse wird jedenfalls durch nichts mehr verletzt, als durch unnötige Majestätsbeleidigungsprozesse. Anzustreben sei so 1. Beschränkung des Legalitätsprinzips d. h. der Verpflichtung des Staatsanwalts auf Fälle, wo ein wirkliches öffentliches Interesse verletzt werde, und dazu vorherige Prüfung der Notwendigkeit durch eine Zentralinstanz, und 2. Beschränkung auf diejenigen Fälle, wo der Beweis gesichert ist, um namentlich dem abscheulichen Denunziantentum vorzubeugen. (Großer Beifall). Auch hinsichtlich der Eidesvergehen, die ja tröstlicherweise keine Zunahme, sondern umgekehrt eine Abnahme um 30 % zwischen 1882 bis 1902 aufweisen, gelte es, auf weitere Reduzierung durch Einschränkung der Eide als solcher hinzuarbeiten, um namentlich die sogenannten fahrlässigen Meineide möglichst aus der Welt zu schaffen und sodann dem unnötigen Mißbrauche des göttlichen Namens, der das religiöse Gemüt verletzt, zu steuern. Letzteres geschehe am einfachsten durch die Aufnahme eines Gesetzesparagraphen: „Wer wissentlich vor Gericht die Wahrheit verschweigt, wird mit so und so viel (der bisherigen Strafe für den Meineid?) bestraft." Ein Vorschlag, der, wie uns dünkt, die allseitige Unterstützung von allen Religiösgesinnten verdient. Sodann der § 166, der Religionsparagraph, über dessen Bevorzugung der katholischen Kirche ja kein Streit ist, sei wieder nicht sowohl, wie viele wollen, einfach zu streichen, sondern so zu amendieren, daß nicht der Inhalt einer religiösen Äußerung, sondern immer nur deren Tendenz oder Absicht gefaßt werde. (Ja, wenn das so leicht ginge!) Denn das Objekt, das zu schützen sei, könne niemals Gott sein, sondern nur die

menschliche Gesellschaft, die ihre religiöse Grundstimmung nicht verletzen lassen dürfe. Dazu gebe es zwei Wege: entweder man lasse den mittleren Teil („wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebiets bestehende Religionsgemeinschaft oder ihre Gebräuche oder Einrichtungen beschimpft") fallen, oder man schütze die Religionsgemeinschaften allgemein, indem man auf Spezialisierung verzichte und dem Richter es anheimstelle, nach der Eigenart der einzelnen Religionsgemeinschaften die Strafbarkeit festzusetzen. (Ob wir damit nicht aus der Scylla in die Charybdis gerieten? Man denke an den katholischen Juristenverein!) Dem Zweikampf sodann, als dessen grundsätzlichen Gegner sich Kahl bekennt, müsse sein relatives Recht entzogen werden durch Erhöhung des Rechtsgüterschutzes, z. B. bei Beleidigungen. Diese müssen aufhören, als Bagatellesachen zu gelten. Gegen den Duellanten, der durch eigenes schändliches Verhalten den Zweikampf veranlaßt habe, müßten die gewöhnlichen Strafen für Körperverletzung und Tötung angewandt werden. (!?) Insbesondere aber müsse den offenkundigen Verleumder fremder Ehre eigener Ehrverlust treffen. Eine besondere Stellung nehmen sodann die eigentlichen Sittlichkeitsvergehen (Homosexualität und dgl.) ein, über die sich Redner, angesichts der gemischten Öffentlichkeit, nicht weiter verbreiten will, nur daß er für Aufrechterhaltung des § 175 plädiert, andererseits sich aber mehr Erfolg von weiterer Heranziehung der komplementären Kräfte christlicher Erziehung verspricht. Im allgemeinen müsse das Ziel überhaupt sein: nicht Vermehrung, sondern Verminderung der Strafgesetze zu erstreben. An zwei Punkten aber sei ein Mehr als Ergänzung dringlich. Es fehlen 1. Strafbestimmungen gegen den Anarchismus und 2. gegen Arbeitseinstellungen mit gemeingefährlichem Charakter. Dabei dürfe die Koalitionsfreiheit nicht angetastet werden. Aber gepackt müsse werden die vertragsbrüchige plötzliche Einstellung der Arbeit im Verkehr und dgl., die unter Umständen dem ganzen Staatswesen zum schwersten Nachteil gereichen kann. (Vgl. den holländischen Eisenbahnerstreik!).

Wichtiger sei doch immer noch die Reform gewisser allgemeiner Gebiete, so des Strafensystems. Hier sei der leichteste Grad, Haft, überhaupt entbehrlich durch Ausscheidung des Polizeistrafrechts, nach welchem z. B. er, Redner, selbst als vorbestraft gelte, wegen Unterlassung einer polizeilichen Auflage über das Raupen der Bäume. (Nicht übel!) Zu reformieren gilt es besonders die Geldstrafe, die im allgemeinen eine vortreffliche Art der Bestrafung sei, nur daß die Aufstellung einer Maximalgrenze, jetzt 6000 Mark, die unsere heutigen Millionäre nicht berühre, wegfallen müsse und zu ersetzen sei durch prozentuale Festsetzung nach dem Vermögen, die bis zu der Grenze einer empfind-

lichen Einschränkung der Lebenshaltung gehen dürfe. (Ein vortrefflicher Gedanke!) An Stelle der Freiheitsstrafen, die man nicht entbehren kann, sei so viel als möglich die Arbeitsleistung zu setzen. Gegen Jugendliche genüge unter Umständen ein Verweis, jedenfalls sei das Gefängnis so lange als möglich fernzuhalten. Prügelstrafe absolut verwerflich, Deportation leider unmöglich infolge Mangels an geeigneten Kolonien. Anstatt kurzzeitiger Freiheitsstrafen wäre außer Auferlegung von Arbeitsleistung auch staatlich kontrollierter Hausarrest, Verbot der Ortsbewegung, namentlich aber auch Wirtshausverbot (sehr gut!) angemessen. Möglichste Ausdehnung verdiene sodann die bedingte Verurteilung bezw. Begnadigung. Der Vollzug der Freiheitsstrafe sei ernst, aber human; zu verbessern sei die Durchführung der Einzelhaft, auch Abstufung der Vollzugsweise. So seien die Unterschiede zwischen Gefängnis und Zuchthaus mehr auszubilden, namentlich sei aber auch für Ausbildung eines richtigen Gefängnispersonals besser zu sorgen. (Ein Hauptpunkt!) Ein zweite Hauptsache bilde sodann die individuelle Differenzierung des Verbrechers. Hier sei für Jugendliche die Einführung der Zwangserziehung, aber ohne die derzeitige Umständlichkeit des Verfahrens, das Beste. Weiter zu fordern Erhöhung des strafverantwortlichen Alters auf das 14. Lebensjahr, bei Verurteilten zwischen 14—18 Jahren durch Unterstellung unter die Aufsicht von Spezialpflegern. Unter den zahlreichen Rückfälligen sei sodann immer noch schlimmer als der Professions- der Gewohnheitsverbrecher, dessen Charakteristikum die verächtliche Gesinnung gegenüber dem Rechte. Aus beiden Kategorien rekrutiert sich das gewerbsmäßige Verbrechertum, demgegenüber eine Verschärfung der Strafen notwendig sei, nur aber auszudehnen auf jede Art von Verbrechen. Wichtiger aber noch als die Bestrafung sei die Sicherung der Gesellschaft vor dem Verbrecher: zu erreichen durch Einstellung in ein Arbeitshaus, auch durch vermehrte Fürsorge für die Entlassenen! Besondere Fürsorge sei den Heimatlosen auf der Straße zuzuwenden, deren jährlich mehr als zwei Millionen die deutsche Landstraße bevölkern. Hier gilt es, die Fangarme der rettenden Liebe, wie der strafenden Zucht auszustrecken. Aber ein Haupterfordernis die sichere Unterscheidung der Arbeitswilligen von den Arbeitsscheuen! Dazu bedarf es Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Vermehrung der Arbeiterkolonien und zwar überall mit Arbeitsnachweis. Die so übrig bleibenden Arbeitsscheuen seien dann ohne Rücksicht vom Staat zu fassen. Freilich bedarf es zu alledem größerer Mittel: aufzubringen durch größere Kommunalverbände mit Staatsunterstützung. Bei dem allem sei doch eins nicht zu vergessen: daß die Strafe wohl ein wertvolles, aber nicht das wertvollste Mittel ist im Kampf gegen

das Verbrechen. Wertvoller bliebe, die Quellen dazu im Menschen und in den Verhältnissen zu verstopfen. Diese Quellen seien aber für das Strafrecht selbst unerreichbar. Daher eine Reform dieses Rechts nicht zu unterschätzen, aber auch nicht zu überschätzen. Höher steht das Bestreben, die Quelle des Verbrechens abzugraben durch höchste sittliche Kraftaufwendung zur Rettung der Schiffbrüchigen, zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen wie zur Stärkung der sittlichen Ideale.

Wie man sieht: ein ungewöhnlich inhaltreicher Vortrag, der den außerordentlichen Beifall, der ihm folgte, auch wirklich verdiente, wie schon formell, so mehr noch sachlich, indem schon in diesen Kahlschen Ideen unfraglich eine weitreichende Verbesserung unseres heutigen Rechts enthalten ist, zu deren Realisierung wir uns und ihm aufrichtig Glück wünschen dürften. Namentlich der zweite Teil, der das Wie? der Strafe behandelt, begegnet den schwersten Tatsachen, der unverhältnismäßigen Vermehrung des rückfälligen Verbrechertums, wie der Art, wie heute das Gefängnis und selbst das Zuchthaus von manchen nur mehr als Versorgungsanstalt behandelt wird, in einer den Wert des sittlichen Empfindens so glücklich treffenden Weise, daß hinsichtlich dieser Partie im allgemeinen weitgehendes Einverständnis konstatiert werden konnte. Nur Professor G r e g o r y - Leipzig bekannte sich auch jetzt noch als radikaler Gegner der Todesstrafe, deren Beibehaltung ihm unvereinbar erschien mit der scharfen Verwerfung der Prügelstrafe, die doch im Vergleich mit jener das leichtere sei. Worauf ihm von Kahl erwidert wurde, daß eben der Nutzen der Prügelstrafe durch die Erfahrung widerlegt sei, die vielmehr nur deren verrohende Wirkung zeige; während es bei der Todesstrafe umgekehrt sei. Viel mehr Differenz zeigte sich in Bezug auf die erste und nach unserer Meinung wichtigere Partie, in dem Urteil über das, w a s strafbar sei? Hier trat zu Tage, daß die Versammlung mit der Beibehaltung des historisch überkommenen Rechtsstandpunkts in diesem Maß, wie es der Redner vertreten hatte, nicht zusammenstimmte, sondern zum Teil sehr viel weitergehende Wünsche und Beschwerden in ihrem Busen beherbergte. So — um von mehr Nebensächlichem abzusehen (wie z. B. den Ausführungen des Pfarrers Dr. L e h m a n n -Hornberg über das Streikpostenstehen im Zusammenhang mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter) und nur das wichtigste von den ein ganzes Dutzend zählenden Diskussionsreden, für welche alsbald der Sieben-Minuten-Zwang proklamiert wurde, hier aufzuführen — setzte der Herausgeber der „Christlichen Welt“ D. R a d e - Marburg schon hinter die Unvereinbarkeit der modernen Strafrechtsschule mit dem christlichen Standpunkt sein starkes Fragezeichen. Unterstützt hierin von Pfarrer S ch l o s s e r - Gießen, der in 20 Jahren Gefängnisseelsorge $^9/_{10}$ aller Verbrecher aus

den unteren Klassen, dazu aber eine außerordentliche Anzahl anormaler gehabt hat. Also warum diese „armen Verbrecher“ nicht lieber unterbringen als strafen? In dieselbe Richtung, nur nicht gerade im Gegensatz zum Referenten, zielte des Präsidenten Harnack (wie vorher schon ähnlich Professor Lehmann-Marburg) Bemerkung, daß tatsächlich für viele der Strafvollzug ganz anders wirke als das Urteil gemeint sei. Dieses wolle oft nur eine relativ kurze Freiheitsentziehung. Tatsächlich komme dabei aber oft genug Vernichtung der ganzen Existenzgrundlage heraus. Er sehe nicht ein, wie der Staat um diese tatsächlichen Folgen seines Strafens so unbekümmert bleiben könne? Zu jedem Falle müßte er die Fürsorge für die entlassenen Gefangenen in ganz anderem Maße als seine eigene Pflicht erkennen. Auch Frau Professor Krukenberg-Bonn betonte die Mitschuld der ganzen Gesellschaft und empfahl die Mittätigkeit der Frau namentlich in der Richtung auf Vorbeugung des Verbrechens, so zumal im Blick auf die Rolle, die der Alkohol in so unendlich vielen Fällen spiele. Doch das alles traf, soweit es nicht Ergänzungen zum 2. Teil, hinsichtlich des Strafvollzugs lieferte, doch immer nur mehr die prinzipielle Begründung, nämlich die klassisch-historische Schule, zu der sich der Referent bekannt hatte. Auf das Materielle, an einem seiner empfindlichsten Punkte, ging dann aber wieder D. Rade ein, indem er den Religionsparagraph § 166 vornahm: und zwar ausdrücklich nicht von einseitig-konfessionellem Standpunkt, dem der Benachteiligung unserer evangelischen Kirche, aus, den er mit Recht als nicht hoch genug empfand, sondern von dem des allgemein religiösen Empfindens überhaupt. Und er sprach da so sehr der Versammlung aus dem Herzen, daß ein Antrag, sich für möglichst alsbaldige Abschaffung des § 166, ohne Rücksicht auf die allgemeine Reform, zu erklären, zweifellos mit überwältigender Mehrheit zum Beschluß des Kongresses erhoben worden wäre, wenn er sich nicht auf Bitte des Referenten, der von einem solchen Beschluß, womit doch immer das konfessionelle Moment verbunden gewesen wäre, Gefährdung der ganzen Reform befürchtete, zur Zurückziehung seines Antrages, obwohl ungern, hätte bewegen lassen. Wie uns scheint: schaden hätte ein solcher Beschluß doch auf keinen Fall können, denn das konfessionelle Moment wird hernach bei den Verhandlungen der Reform doch seine genügende Rolle spielen und muß es, damit wir nicht wieder eine mehr römische als deutsche Reform bekommen. Auf den Zwillingsbruder des Religionsparagraphen, den Majestätsbeleidigungsparagraphen, führte sodann Privatdozent Dr. Petsch-Würzburg mit der Forderung, von dem Begriff der „Beleidigung“ auszuschließen die Fälle, wo die Majestät selbst in bestimmter Weise einzelne Individuen oder Bevölkerungsschichten provozierend angreife und nur darauf eine natür-

liche Antwort bekomme. Zur Ehre der Versammlung spendete sie auch dieser Forderung reichen Beifall. Weiter aber wies derselbe zur Charakterisierung unseres Strafrechts bezüglich des Meineids auf die von Professor Stern angestellten Versuche hin, durch welche die Unmöglichkeit einer sicher objektiven Wiedergabe eines einmal vorgekommenen Falles durch Kinder oder ungebildete Leute experimentell erwiesen sei. Nun aber fand er den Eid überhaupt völlig unnötig, einschließlich des Beamteneids. (Sehr richtig.) Gegen den erhöhten Schutz für die Ehre gegenüber Beleidigung verfocht Professor Gregory kurz und scharf den Satz, daß die Ehre mir immer nur von mir selbst genommen werden kann, Zweikampf daher überall unnötig und als Totschlag oder Versuch dazu zu bestrafen. Auf eine von allen bisherigen Rednern, auch dem Referenten selbst völlig übersehene Wunde legte den Finger Pfarrer Dr. Förster-Frankfurt a. M., indem er unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Vorbildung unserer heutigen Juristen unter die Lupe nahm, die schon infolge ihrer Kostspieligkeit allmählich ein Privilegium der Reichen geworden, weiter aber mit der erst neulich vom preußischen Minister des Innern offiziell verfochtenen Privilegierung des Korpsstudententums, ihrem bekannten Reserve-Offizierstum unter entsprechender Zurücksetzung des ernsthaften Studiums mit der behaupteten Unabhängigkeit unseres Richtertums in eigentümlicher Weise kontrastiere und dem sozialdemokratischen Vorwurf von unserer heutigen Klassenjustiz doch mehr als genug Nahrung und Berechtigung gebe. Den neben Dr. Försters Bemerkungen sonst vielleicht schärfsten Einwand erlaubte sich endlich der Verfasser dieses Berichts, indem ich, bei aller weitgehenden Zustimmung zu der Reform, die von Kahl empfohlen war, doch diese weder evangelisch noch deutsch genug fand, indem unser heutiges Recht es ebenso an der Gerechtigkeit als an der Liebe und Wahrheit gebrechen lasse. An der Gerechtigkeit im altgermanischen Sinn, der eben die Freiheit-Gleichheit des freien Mannes vor dem Rechte in sich schließe, und so ein Recht nicht bloß gegen unten, sondern auch gegen oben kenne, für die weitere Erklärung mich auf das von Dr. Petsch-Würzburg Bemerkte, mit dem ich völlig übereinstimme, berufend. Nun wäre weiter auch noch auf den allgemeinen Charakter unseres Strafgesetzes hinzuweisen gewesen, das überall nur ein Recht des Beamten „in rechtmäßiger Ausübung seines Dienstes“ (man denke an die Verhaftung ehrbarer Damen als Dirnen durch Polizei-Organe in jüngster Zeit!) kennt, demgegenüber der gewöhnliche Mensch wehrlos preisgegeben ist, und darin deutlich genug seine mehr preußisch-slavische, als germanische Grundlage verrät. An der Liebe fehlt es unserem herkömmlichen Rechte, indem es in jüdisch-pharisäischer Weise überall nur eine rechtmäßige Sorge für

Anverwandte neben den eigenen Geschäfts- oder Vorteils-Interessen kennt, von einer Samariterpflicht aber gegenüber einem Dritten nichts wissen will, sondern hinter diese seinen Staatsanwalt stellt: vgl. so den § 193 von der Wahrung „berechtigter Interessen“, wie diese von unseren Juristen gemeiniglich verstanden wird (so daß nicht einmal die Amtspflicht des Seelsorgers in Warnung oder Zurechtweisung eines Gemeinde-Angehörigen dazu gehört), woneben namentlich noch auf § 54 zu verweisen gewesen wäre mit seinem Begriff des „Notstands“ (vgl. dazu den Aufsatz von Justizrat Dr. Sello in der „Zukunft“ 1901 No. 13). Endlich die Wahrheit fehlt unserem Rechte — Übereinstimmung mit dem innersten Empfinden, dem Geiste unseres Volkes, indem es ja sogar den gesunden Gebrauch unserer deutschen Sprache zu Gunsten der römischen vergewaltigt: so mit dem Verbot des Substantivums „Mörder, Lügner, Ehebrecher“ usw., das der Deutsche braucht, wo er auf die entsprechende Tat stößt, um anzudeuten, auf welche Linie sich jemand mit seiner Tat herabbegibt; während der Römer überall nur das Zeitwort in solchem Falle braucht, das unsere römisch geschulten Juristen allein gelten lassen, also wo der Deutsche sagt „Du bist ein Lügner“ nur ein „Mentitus es“ du hast gelogen. Die Folge dieser juristischen Forderung, daß überall nur der genaue Tatbestand angeführt werden darf, unter Ausschluß jeder Verallgemeinerung, ist, daß der sittliche Stachel der Zucht verloren geht, indem niemand mehr bei dem Namen, der ihm gebührt, genannt und so innerlich gepackt werden darf, auch der größte Lump nicht, vollends wenn er ein hochgeborener Lump ist usw. Aber bezeichnenderweise wurde das, während die Zuhörerschaft mit ihrem Beifall nicht kargte, von dem scharfen Juristen Kahl überhaupt nicht verstanden, sondern unter Korrektur einiger dem Laien nicht zu verübelnden Ungenauigkeiten nähere Ausführung verlangt, die doch durch den Sieben-Minuten-Zwang, der überall nur aphoristische Aussprache zuläßt, ausgeschlossen war. Vielleicht ist es uns gestattet, ein andermal diese Gedanken hier ausführlicher — und zwar auf Grund der eigenen Rechtserfahrung, die überall die beste Lehrmeisterin ist — zu begründen, so daß auch der juristische Professor damit zufrieden ist. Vorläufig trösten wir uns mit der Ungnade, die neben uns Dr. Förster-Frankfurt zuteil geworden ist, indem ihm gegenüber namentlich wegen der Bemerkung von dem mangelhaften Fleiß der Rechts-Studierenden von Kahl aufs schärfste protestiert wurde. Wenn es nur mit solchem Protest geschehen wäre! Aber vielleicht hat doch auch Professor Kahl aus dem lebhaften Beifall, der allen diesen Oppositionsrednern gezollt wurde, einen Eindruck davon bekommen, wie viel schärfer das Urteil über unser heutiges Recht in den Kreisen der Laien, auch der wissenschaftlich gebildeten, ist, als der fachmännische Jurist, vollends

wenn er erst Geheimer Rat geworden ist, irgendwo ahnt. Darin liegt dann aber zugleich der beste Beweis, wie nötig es ist, daß, wie Professor Kindermann-Heidelberg noch zum Schluß seiner die 7 Minuten weit überschreitenden Übersicht über die bisherige Rechtsentwickelung betonte, nicht blos die juristischen Fachkreise, sondern auch die sonstigen Männer des öffentlichen Lebens, die zur Führung unseres Volkes berufen sind, so namentlich Geistliche, Lehrer und dgl. mit allem Ernste für dasjenige eintreten, was heutigen Tags unserem Volke vor allem not tut: eine Wiedergeburt seines öffentlichen Rechts aus seinem eigensten deutschen Geiste heraus.

Kleine Mitteilungen.

Wissenschaft und Fetischismus am Sterbelager Leos XIII.

Mit einem begreiflichen Gefühl menschlichen Erbarmens lenkten sich in den letzten Wochen die Blicke der Kulturwelt nach dem leidensvollen Sterbelager jenes vierundneunzigjährigen Greises im Vatikan, der als Oberhaupt der „alleinseligmachenden Kirche“ auf dem Stuhle Petri eine Machtfülle über die Gewissen seiner Gläubigen besaß, wie kein Autokrat über die Leiber seiner Untertanen. Fromme Einfalt, Sensationslüsternheit und schlaue Berechnung waren in gleicher Weise in fieberhafter Tätigkeit, um uns um dieses langhin gezogene Leiden und Sterben einen legendären Schimmer überirdischer Erhabenheit und Heiligkeit zu spinnen. Bis in die Todesdelirien hinein sollte der heilige Vater eine wunderbare geistige Klarheit und Willensstärke besessen haben, er sollte geplaudert, gescherzt, seinen Tod in lateinischen Distichen besungen, Verordnungen für den Fall seines Ablebens im Lehnstuhl diktiert und unermüdlich den Segen gespendet haben, und zwar alles dies, ohne daß die fortschreitende körperliche Auflösung einen allzu irdischen Schatten auf seinen, den himmlischen Höhen zugewendeten Geist hätte werfen können. Das Sterben eines Heiligen und Philosophen in einer Person wurde uns in bengalischer Beleuchtung, in tausenden von Telegrammen variiert, vor Augen geführt — vielleicht nur, um uns auf eine nicht allzuferne Heiligsprechung des „Lumen in coelo“ genügend vorzubereiten.

So geschäftig aber auch die vatikanischen Legendenfabrikanten am Werke gewesen sind, einige Vorgänge bei diesem langen Todeskampfe haben sie doch nicht verhüllen können, die schärfer als alles andere Beiwerk den wahren Geist des vatikanischen Katholizismus beleuchten, der immer rücksichtsloser die stumpfen Massen aller katholischen Völker in seinen Bann zu schlagen sucht. Vergegenwärtigen wir uns doch nur das Bild: Abgezehrt von Alter und Krankheit ruht auf ihrem Lager, bereits von der Hand des Todes gekennzeichnet, die verfallene Gestalt des vierundneunzigjährigen Pontifex; drei Ärzte, ausgerüstet mit allen Kenntnissen und Hilfsmitteln ihrer Wissenschaft, bemühen sich um den Sterbenden, das langsam verglimmende Licht vor dem Verlöschen mit Aufbietung all ihrer Kräfte, so lange es nur möglich ist, zu behüten. Und wirklich! Das Unglaubliche wird vollbracht. Staunend vernimmt die aufhorchende Welt von Tag zu Tag die Kunde: „Er lebt! Noch immer lebt er!“ Welch' ein Triumph für die Kunst der Ärzte, für die Wissenschaft, für den Menschengeist!

Da plötzlich öffnen sich die Türen zum Sterbezimmer. Feierlich wird ein schim-

mernder Gegenstand, ähnlich einer Krone — eine Mitra — an das Lager des Kranken getragen, der sie verzückten Auges küßt. In demselben Augenblick sind Vernunft und Wissenschaft abgetan und müssen dienend beiseite stehen. Die „Religion" tritt an ihrer Stelle ans Krankenlager, der „Wunderglaube" übernimmt das Werk des Arztes, die „Reliquie", das katholische Mittelalter triumphiert über Jahrhunderte, Jahrtausende geistiger Entwickelung. Ach, wenn es wenigstens nur eine Reliquie gewesen wäre, die als „Einrichtung der katholischen Kirche" durch den § 166 so herrlich vor Angriffen geschützt ist, auch wenn sie sich als ebenso echt erwiese, wie die Tiara des Saïtaphernes, beide ein Produkt der Spekulation auf die Leichtgläubigkeit und Liebhaberei der jeweiligen Zeiten. Aber die Mitra des heiligen Januarius, des Schutzheiligen von Neapel, dessen berüchtigtes Blutwunder zur Stärkung der Kirchenmacht Hunderttausende verdummt und das selbst von der jesuitischen „Germania" in Berlin in einer Anwandlung von Scham vor ihrem eigenen Namen neuerdings nur schüchtern als ein „sogenanntes" erwähnt wurde, — diese Mitra des heiligen Januarius kann nicht einmal den zweifelhaften Titel einer Reliquie für sich in Anspruch nehmen, da sie nur ein F e t i s c h ist; ja, noch weniger als ein Fetisch, nur der K o p f p u t z e i n e s F e t i s c h e s, der Kopfschmuck einer silbernen Büste des Heiligen, die nach dem von der Geistlichkeit im Volke gezüchteten Aberglauben Wunderkräfte besitzt und diese natürlich auch der sie krönenden Mitra mitgeteilt hat . . .

Und wiederum öffnen sich die Türen zum Sterbezimmer und die französische Konkurrenz der heiligen Mitra tritt in Gestalt eines Dutzend Fläschchen Lourdeswasser auf den Plan, während zu gleicher Zeit die Glocken läuten und tausende von Bittgebeten zur Muttergottes vom Berge Karmel erschallen, der Spenderin des Karmeliter-Skapuliers, dessen Nachbildung der Papst von der ersten Jugendzeit an trägt, da es Gewähr gibt für Befreiung von der Hölle und Verschonung vom Fegefeuer. Wahrlich, aus den finstersten Tiefen menschlichen Aberglaubens steigen im hellen Lichte des zwanzigsten Jahrhunderts verzerrte Spukgebilde auf und tanzen mit den wahnwitzig-grotesken Teufelsfratzen aus der Taxiliade um das Sterbelager des Oberhauptes der katholischen Kirche einen tollen Hexenreigen, während der Genius der Menschheit vor diesem Schauspiel trauernd sein Haupt verhüllt.

Manche unserer Leser werden sich noch des Sterbens eines andern geistlichen Oberhauptes erinnern, das wir im ersten Jahrgang dieser Zeitschrift (Nr. 12) nach dem authentischen Bericht einer strenggläubigen Amerikanerin schilderten. Auch dieses geistliche Oberhaupt zählte weit über 90 Jahre und war aus vornehmem Geschlecht, aus dem Königshause Siams. Hören wir, wie groß und schlicht ein Buddhist, ein „Heide", vor etwa einem Menschenalter zur ewigen Ruhe einging:

„Auf einer rohen, ungefähr sechsundeinhalb Fuß langen und höchstens drei Fuß breiten Pritsche, mit einem harten Holzblock als Kopfkissen, lag ein sterbender Mönch. Ein einfaches Gewand von verblichener gelber Farbe bedeckte seinen Körper; seine Hände waren auf der Brust gefaltet, sein Haupt war kahl, und die wenigen grauen Haare, die noch übrig sein mochten, um die eingesunkenen Schläfen zu umsäumen, waren sorgfältig geschoren, — auch die Augenbrauen waren abrasiert, die Füße bloß und unbedeckt, und die Augen aufwärts gerichtet, nicht mit der leeren Starrheit des Todes, sondern mit dem Ausdruck ernster Betrachtung oder Forschung. Nichts von Unruhe lag im Blick, kein Anzeichen von Schmerz und Kummer. Ich war zugleich erschrocken und verwirrt. Lag er im Sterben oder verstellte er sich nur?

In der Haltung seines Körpers, in dem Ausdrucke seines Gesichts nahm ich erhabene Ehrfurcht, Ruhe und Weltentrücktheit wahr. Er schien mit einem anwesenden Geist zu verkehren. Mein Eintritt und Nahen machte keinen Eindruck auf ihn. Zu

seiner Rechten stand eine matt brennende Kerze in goldenem Leuchter, zur Linken eine zierliche goldene Vase, die mit weißen, frischgepflückten Lilien angefüllt war. Der König hatte sie ihm dargebracht. Eine der Lilien lag auf seiner Brust und hob sich ergreifend ab von dem schmutzigen verblichenen Gelb seiner Gewandung. Genau über dem Herzen lag ein kleines Knäuel ungesponnener Baumwolle, das an die anwesenden siebenundsiebzig Mönche verteilt wurde, die dicht gedrängt in der Zelle dasaßen, so daß man sich kaum in ihr rühren konnte. Vor jedem Mönch befanden sich eine brennende Kerze und eine weiße Lilie, die Symbole des Glaubens und der Reinheit. Von Zeit zu Zeit erhob einer der Mönche in der feierlichen Versammlung seine Stimme und sang die buddhistische Zufluchtsformel, worauf der ganze Chor einfiel.

Als der Laut der Gesänge an sein Ohr schlug, erhellte ein flüchtiges Lächeln das bleiche, fahle Antlitz des sterbenden Greises mit sichtbarem mildem Glanze, wie wenn die Güte und Demut seines Wesens bei ihrem Heimgang ihren lieblichen Schimmer dort zurücklassen wollten. Das verzehrende Entzücken seines Blickes, das tief in das Unsichtbare einzudringen schien, war fast zu heilig für profane Augen. Reichtum, Stand, Ehren, Familie, alles hatte er vor mehr als einem halben Jahrhundert aus Liebe zu den Armen und in seinem Verlangen nach Wahrheit aufgegeben. Hier war nichts von dem Schwankenden, Unbestimmten oder Unzusammenhängenden eines mit Sinnverwirrung und Phantasieren verbundenen Todes. Er ging ein zu seiner klaren, ewigen Ruhe. Mit einem Lächeln seligsten Friedens sagte er: „Euerer Majestät empfehle ich die Armen, und diesen irdischen Rest, der hier von mir übrig bleibt, gebe ich zum Verbrennen.“ Und in der Tat, diese seine letzte Gabe war sein ein und alles.

Ich kann mir keinen Anblick vorstellen, der ein tieferes Mitleid und einen unvergänglicheren Eindruck von Ehrfurcht einflößen könnte als das ruhige Sterben jenes guten alten „Heiden“. Allmählich ward sein Atem schwer, und plötzlich sagte er, indem er sich mit großer Anstrengung zum König wandte: „Nun will ich gehen!“ Alsbald stimmten die Mönche laut den Gesang an: „P'hra Arahang sâng-Khâng sârâ nang gâtsch' tschâ mi!“ („Du Heiliger, ich nehme meine Zuflucht zu dir.“ Die buddhistische Zufluchtsformel.) . . . Wenige Minuten später, und das geistliche Oberhaupt Siams hatte ruhig seinen Geist aufgegeben. Die Augen waren offen und starr, die Hände noch gefaltet; seliger Frieden lag auf seinen Zügen. Herz und Augen füllten sich mir mit Tränen, und doch fühlte ich mich getröstet. Durch welche Hoffnung? Das weiß ich nicht, denn ich wagte es nicht, mich danach zu fragen . . .“

Wessen von beiden letzte Stunden stehen hier in reinerer Größe vor uns? Wir glauben, der „Heide“ hat keine Ursache vor dem Christen über Superstition und zähes Haften am Leben in der Sterbestunde zu erröten. Allerdings wollen wir nicht ungerecht sein. Die Superstition ist einer der mächtigsten Faktoren im römischen Katholizismus, speziell in seiner italienischen Ausprägung, und Leo war Italiener, Priester und obendrein Jesuitenzögling. Das erklärt seinen religiösen Atavismus, der ihn bis zum Glauben an den Teufel Bitru und zur Segenspendung an Miß Vaughan führte, ihn aber versteinte, als während des traurigen Dreyfushandels an sein Herz appelliert wurde und als ihn die englischen Katholiken um ein erlösendes Wort gegen den Blutaberglauben anflehten.

Le pape est mort, vive le pape! Der Papst ist heute nur noch die Marionette des Systems; das Ziel bleibt das gleiche, ob auch unter einer neuen Etikette und Nummer die Methode eine andere wird. Wohin führt noch die Papstkirche ihre blindgläubig Getreuen? Wird das zwanzigste Jahrhundert die Umbildung des römischen Katholizismus in den blödesten Paganismus auch in Deutschland erleben, nachdem der glimmende Docht des Reformkatholizismus mit rauhem Griff verlöscht ist und keine Stimme in der Wüste mehr ruft?

*

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 10. Zweites Augustheft 1903. III. Jahrg.

Ut omnes unum!

Ein Mahnwort gegen den Zusammenschluß der deutschen Landeskirchen.

Von Fr. Steudel (Bremen).

„Auf daß sie alle Eins seien." So lautet die Devise der römischen Kirchenpolitik von den Tagen an, da der letzte Bearbeiter des ersten Evangeliums im Neuen Testament in einer berüchtigten Interpolation (Matth. 16, 18 und 19) seinem Christus die Worte vom Felsen und der Kirche, die auf ihm erbaut werden soll, in den Mund gelegt hat. Und das ist schon etwas lange her: so an die siebzehnhundert Jahre! Bedenken wir, mit welchem Erfolg der römische Stuhl in dieser langen Zeit seinen Grundsatz im eigensten Interesse durchzuführen vermocht hat, so kann uns das — als politische Kraftleistung eingeschätzt — schon einigermaßen imponieren. So manch eines großen Feldherrn, Königs und Staatsmannes Hirn hat diese phänomenale Idee leidenschaftlich beherrscht, der Volkschaften möglichst viele im weitesten Umkreis unter ein Szepter zu bringen, — es blieb doch immer nur ein großer Gedanke, von genialen Willensmenschen für kurze Zeit der Erfüllung nahe gebracht, — geglückt ist die Verwirklichung der Idee nur der Macht, die des Menschen tiefstwurzelnden Instinkt, das Erlösungsbedürfnis systematisch zu politischen Herrschaftszwecken auszunützen verstand — der römischen Kirche.

Der Vorzug, zuerst auf das Geheimnis gekommen zu sein, wie große Massen diszipliniert und dadurch kampfes- und widerstandsfähig gemacht werden können, gebührt nicht etwa dem preußischen Militarismus,

sondern denen, die durch die Glorifizierung der Tugend unbedingten Gehorsams der Kirche den Weg zur Macht gezeigt haben.

Die Durchbrechung dieser Gehorsamsmoral im Volksbewußtsein durch die Idee „der Freiheit eines Christenmenschen“ mußte naturgemäß in das Bollwerk, das den Pforten der Hölle „zu trotzen sich erkühnt“, die erste gewaltige Bresche legen. Aber das Prinzip der Gewissensfreiheit, das Luther in seinen besten Jahren verkündet und vertreten hatte, ward bald, nicht ohne seine eigene Schuld, wieder in Fesseln geschlagen. Und die Erben des durch die Gunst der politischen Verhältnisse ermöglichten Werkes der Reformation vermochten schließlich der römischen Großmacht nur ein so zersplittertes Werk wie das der konfessionellen Landeskirchen entgegenzustellen. Das ist — unter dem politischen Gesichtspunkt gemessen — bedauerlich. Denn unter dem konfessionellen Parteihader und den aus ihm sich ergebenden separatistischen Bewegungen war nur der einen Kirche Gelegenheit geboten, sich von dem schweren Schlag, der sie betroffen, zu erholen.

Aber anzuerkennen bleibt doch, daß in dieser Zerrissenheit auf protestantischer Seite sich unbewußt ein ganz moderner Instinkt durchsetzte: fiat veritas — pereat unitas: Über der Einheit der Kirche steht der Gewinn der Wahrheit! Uns Spätgeborenen erscheint an diesem Streit um Wahrheit nur die Befangenheit der Methode borniert, mittelst deren man die Wahrheit allein gewinnen zu können glaubte: Sie gruben alle nach Gold, aber sie alle glaubten, dieses Gold sei nur aus einem Bergwerk, aus der heiligen Schrift, zu gewinnen. Nun fanden sie es in diesem Bau in ganz verschiedener Verbindung. Und der eine erklärte diese Synthese, der andere jene für das allein wahre, echte Gold. Wir lächeln über solchen Streit, aber der Eifer um die Frage, was denn wirklich Gold sei, hat für uns doch etwas Rührendes.

Fiat veritas — pereat unitas! Es ist und bleibt auch heute das einzig wahre und brauchbare Prinzip des Protestantismus. Aber die Stimmung hat sich seit jener Zeit, da die ecclesiolae ihre Katechismen, Agenden und Verpflichtungsformulare aufstellten, wesentlich geändert. Das Suchen nach der veritas führte, statt zu immer größerer Einheit, zur Entdeckung ganz neuer Wahrheiten, die erst recht eine babylonische Sprachverwirrung innerhalb der protestantischen Kirchen anzurichten geeignet war. Inzwischen aber war Roms Macht, Einfluß, Ansehen, Disziplin — wir wollen nicht untersuchen, unter wie viel günstigen Accidentien — gewachsen — gewachsen — gewachsen. Mit einemmal fühlt man das Bedrohliche und man fragt sich, was tun.

Es war aber auch etwas neues dazu gekommen: Die Fürstengewalt, ohne deren machtvolle Protektion im 16. Jahrhundert auch nicht

eine protestantische Kirche zustande gekommen wäre, fühlt sich unter dem Ansturm moderner Ideen und wirtschaftlicher Umgestaltungen in ihrer Existenz bedroht. Wer anders kann berufen sein, der alles auflösenden und zersetzenden Flut des modernen Zeitgeistes zu begegnen als die Kirche allein, deren Fundament ja gerade die Wahrheitszeugnisse vergangener, ja vergangenster Jahrhunderte bilden? Also — alle Mann an Bord! Auf diesen Ruf machte sich den protestantischen Machthabern eine unangenehme, ärgerliche Wahrnehmung bemerkbar: Der Ruf wollte nicht mehr recht ziehen. Viele streikten. Es gab sogar „soziale Pfarrer". Das ist doch Unsinn! Wahrlich die fürstlichen Patrone hatten etwas besseres um ihre Landeskirchen verdient!

Nun hat die römische Kirche, der es nie um Wahrheit, immer aber um Macht zu tun war, stets die Not der Zeiten mit scharfem Blick für ihr Interesse wahrzunehmen gewußt. So erwies sie sich jetzt als die gewandte Dompteuse der sozialistischen Bestie. — Und es entstand die Frage: Warum bringt denn sie es fertig, daß die Kanaille pariert, daß in den Arbeiterdistrikten, wo ihre Konfession dominiert, der rote Teufel nicht aufkommen kann, während ihr Protestanten wehr- und machtlos bleibt gegen den bösen Geist der Zeit! Woran liegt das nur? Ach die Lösung liegt ja so nahe: Die protestantische Kirche ist in sich zerrissen, uneinig, und was noch schlimmer — sie ist selbst angekränkelt vom Gifte des Zeitgeistes.

Und so kam es, daß ein König und Kaiser aus altem urprotestantischem Hause anfing, mit der römischen Kurie zu liebängeln und in ihrem schlauen Oberhaupt, dessen Lebenszweck es war, gegen den Protestantismus zu wüten, einen „persönlichen Freund" zu schätzen. Und so kam es, daß er das Ideal, das die römische Kirche stets — freilich zum Schaden der politischen Mächte — als Zauberstab ihrer Allgewalt handhabte, nun als Ideal auch der protestantischen Kirchlichkeit — von einer Kirche kann man ja hier nicht reden — proklamierte: Die Uniformität! Ut omnes unum! Nichts scheint einfacher, als dieses Ziel auch protestantischerseits durchzuführen: Die Konsistorien haben die Geistlichkeit, die von ihrer Gnade lebt, ganz in ihrer Gewalt und die Konsistorien wieder waren von jeher die willigen Vollstrecker landesherrlichen Willens. Das Wort von der Allianz der deutsch-evangelischen Landeskirchen hat denn auch wie ein Blitz eingeschlagen. In dem Eifer, dem Allerhöchsten Willen zu entsprechen, will kein Konsistorialrat und kein landeskirchlicher Deputierter hinter dem andern zurückstehen. Und es ist auch schon dahin gekommen, daß selbst „liberale" Protestanten, vulgo Protestantenvereinler, in trauriger Verkennung des von Hause aus individualistischen protestantischen Prinzips sich so weit vergessen

konnten, für die Idee des vom Kaiser gewünschten Zusammenschlusses der Landeskirchen aufs wärmste einzutreten. Ob ihre Flamme jetzt — nach dem jüngsten Resultat der Aktion — noch glüht, ist freilich die Frage.

Ehre den paar engerherzig konfessionellen Landeskirchen, die gegen diese Idee eines allgemeinen Zusammenschlusses ehrlich aufmuckten! Sie sind freilich in der Öffentlichkeit als Sonderlinge verlacht. Aber, wer geschichtlich denkt, muß ihnen doch recht geben: sie allein erinnerten sich der Wahrheit, daß es nur protestantischem Geiste entspricht zu fordern: fiat veritas — pereat unitas! Sonst hätte ein Luther nie das Tafeltuch zwischen sich und Zwingli entzwei schneiden können.

Und — im Ernste gesprochen — in gewissem Sinne halten wirs auch mit demselben Grundsatz. Die römische Kirche hat von je bis heute nichts anders gewollt als Macht — Macht über die Menschheit. Gegen dieses Ziel gehalten ist ihr Wahrheit nichts, Einheit aber alles, weil nur Einheit stark macht. Der Protestantismus aber bedeutet ursprünglich den entschiedensten Gegensatz gegen dies Prinzip. Ihm ging die Wahrheit über alles und mit der Wahrheit suchte er der Befreiung der Persönlichkeit aus priesterlicher Bevormundung zu dienen. Nur suchte er die Wahrheit auf falschem Wege. Wir haben seither bessere Methoden gefunden. Und wir glauben fordern zu dürfen, daß gerade die kirchlichen Vereinigungen protestantischer Herkunft sich den Aufschluß neuer Wahrheitsquellen zu nutze machen. Denn sie wollen und sie sollen ja vor allem der Wahrheit dienen, „die uns frei macht". Wie können sie auch ohne das neben der römischen Kirche, die ihnen doch in der Konsequenz des Autoritäts- und Traditionsprinzips weit überlegen ist, noch eine Existenzberechtigung für sich in Anspruch nehmen?

Aber freilich, alles deutet darauf hin, daß sie sich dieses ihres Berufes längst nicht mehr bewußt sind. Im Gegenteil, die evangelischen Landeskirchen, die vom organisatorischen Gesichtspunkte aus gewertet doch immer nur als schwächliche Ableger neben der römisch-kirchlichen Großmacht dastanden, scheinen, was systematische Unterdrückung jeder fortschrittlichen Bewegung in ihrem Innern anlangt, mit der römischen Praxis förmlich wetteifern zu wollen. Und nun ist ihnen glücklich nach 400 Jahren noch ein neues Licht aufgegangen, daß sie auch in anderer Hinsicht mit Rom in die Konkurrenz einzutreten haben: Nur durch die geschlossene Einheit, die an der römischen Kirche so sehr imponiert, hoffen sie zu ihrem Ziele zu kommen. Das Ziel aber ist nichts anderes als eben die politische und intellektuelle Bevormundung des Volkes, dem „die Religion erhalten werden" soll.

Der neue Zusammenschluß der deutsch-evangelischen Landeskirchen

läßt nur deutlicher und vor aller Welt erkennen, was Einsichtige längst gemerkt haben, daß die evangelische Kirche heute nichts anderes mehr bedeutet als einen Abklatsch der römischen Großkirche — und zwar einen recht kläglichen Abklatsch.

Daß der neue Zusammenschluß auf nichts anderes als darauf hinausläuft, die Konkurrenzfähigkeit mit Rom auf seiten des evangelischen Kirchentums zu heben, das dürfte sich nur zu bald zeigen. Und alle die kirchlich interessierten Evangelischen, die verblendet gegen die Schäden am eigenen Leibe und das Wesen des Protestantismus gänzlich verkennend die Hauptaufgabe der evangelischen Kirche der Gegenwart darin erblicken, der römischen den Rang abzulaufen, werden die Organisation eines engeren landeskirchlichen Verbandes darum nur freudig begrüßen. Sie bedenken nicht, daß alle Einheit nur auf Kosten der Freiheit erkauft wird, ohne welche der Protestantismus nicht lebensfähig bleibt. Sie sehen das Ziel in der Machterweiterung, während es darin bestehen sollte, daß die Kirche ihre Zeit zu verstehen und ihr im Sinne des kulturellen Fortschritts zu dienen suchte. Der inszenierte Zusammenschluß bedeutet also nach seiner Herkunft nur einen neuen Trik im Verzweiflungskampfe der reaktionären Mächte.

Noch haben einzelne Landeskirchen wie Baden, Elsaß und — wenn man es eine Landeskirche nennen will — Bremen sich Freiheiten bewahrt, die der Entwickelung des Protestantismus im Geiste der Zeit mehr oder weniger Spielraum gewähren. Aber wie lange wird es dauern, bis sie von der Allianz vor ein „entweder — oder" gestellt werden? Die neue Organisation fühlt sich ja laut Statut berechtigt, über Mißstände in einzelnen Landeskirchen zu wachen. Dagegen bleibt die Versicherung, daß der Bekenntnisstand der einzelnen Kirchen nicht berührt werden soll, nur eine Phrase. Schon hat man in der konservativen kirchlichen Presse die neue Organisation zum Einschreiten gegen Zustände, wie sie zum Glück beispielsweise noch in Bremen herrschen, angerufen. Und warum sollte sie auch nicht erklären können: Wir bekümmern uns zwar nicht um Euren Bekenntnisstand, aber wir schließen Euch aus, wenn Ihr Euch den von uns aufgestellten allgemeinen Ordnungen nicht fügt?

So wird die große Einheit gewonnen. Und das erste große Resultat wird sein — oder ist es schon jetzt: Getrennt von Rom marschieren, aber vereint schlagen, wo immer es gilt fortschrittliche Regungen zu unterdrücken! Das zweite aber wird sein, wenn es auch noch einige Zeit bis dahin ansteht: ut omnes — ut duo unum! Ein Hirte und eine Kirche!

Wer Augen hat zu sehen, der sehe! Cavete consules!

Wahlrechtsreformen in Sachsen und im Reich.

Von Dr. Rud. Breitscheid (Berlin).

Die Frage nach dem besten Wahlrecht bleibt in allen Staaten mit einer parlamentarischen Vertretung eigentlich immerwährend aktuell, da keins der bestehenden und überhaupt denkbaren Systeme allen Anforderungen zu genügen vermag. Irgend eine Bevölkerungsgruppe, irgend ein Stand, eine Klasse oder Partei wird sich stets, und zwar meist nicht mit Unrecht benachteiligt fühlen, die Rechnung geht nie ganz glatt auf, und die Latitude zwischen dem Ideal der politischen Vertretung eines Volkes und dem, was ein Wahlsystem zu bieten vermag, wird, auch die günstigsten Verhältnisse und den besten Willen auf allen Seiten vorausgesetzt, stets vorhanden sein.

Das Deutsche Reich marschiert, nicht was die Intensität, wohl aber was die Häufigkeit der Erörterungen über die zweckmäßigste und gerechteste Art der Volksvertretung angeht, an der Spitze. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Einmal haben wir neben dem Reichsparlament die nicht unbeträchtliche Reihe einzelstaatlicher Landtage, deren Erfahrungen und Versuche auf diesem Gebiete die Diskussion nie ganz einschlafen lassen, und sodann gibt die demokratische Form des Reichstagswahlrechtes seinen Gegnern wie seinen Befürwortern Anlaß genug zu Auseinandersetzungen, die von Jahr zu Jahr ihren akademischen Charakter mehr abstreifen. Unmittelbar praktisch sind in Deutschland zur Zeit, wenn wir, wie selbstverständlich, von den rein formellen Abänderungen des preußischen Wahlreglements absehen, die Wahlreformen in den beiden nächstgrößten Bundesstaaten, Bayern und Sachsen. Dabei lenkt das meiste Interesse das sächsische Königreich auf sich, weil hier seit Jahren die Wahlrechtsfrage die vorzüglichste Waffe in dem Kampf der Klasseninteressen ist, und weil von der Lösung, die man jetzt vorbereitet, eine starke Rückwirkung auf die allgemeine politische Lage des Landes erwartet wird. Und auch noch darüber hinaus ist die sächsische Aktion von Belang. Sie hat ähnlich wie die von den Reaktionären gepriesene „Reform" von 1896 ihre Bedeutung für das ganze Reich insofern, als eingestandenermaßen oder nicht die offenen und geheimen Gegner des Reichstagswahlrechtes nach Sachsen hinüberspähen, wartend, ob nicht dort ein auch im Reiche verwendbarer praktischer Ersatz für die demokratische Methode der allgemeinen, gleichen und geheimen Wahl gefunden wird. Man strebt gewissermaßen von zwei entgegengesetzten Seiten einem Ziele zu, die einen, die eingesehen haben, daß sie in Sachsen 1896 den Bogen überspannt haben, und die andern, die im Reiche ängstlich nach rechts hinüberdrängen. Man hofft, die

„goldene Mitte“ zu finden, auf die sich möglicherweise dann auch die Lauen, denen zwar das gegenwärtige Reichswahlrecht nicht gefällt, die sich aber nicht offen als Anhänger des Zensusstimmrechts bekennen möchten, hinüberziehen ließen.

Aus diesen Gründen wird man allgemein mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen müssen, was in Sachsen geschieht, nicht nur die offiziellen Schritte, die die Regierung tut, sondern auch die Vorschläge, die von privaten Seiten gemacht werden: alles ist schätzbares Material und zum mindesten als Symptome verdienen auch Einfälle Beachtung, deren praktische Wertlosigkeit sonnenklar ist, und wie sie, um nur ein Beispiel zu nennen, in einer Flugschrift enthalten sind, die das „verfeinerte“ belgische System empfehlen soll. Danach müssen zunächst alle Wähler über 50 Jahre, und die, die ihrer Militärpflicht normal genügt haben, eine Zusatzstimme erhalten, zwei und mehr Zusatzstimmen fallen denen zu, die es zu Chargierten gebracht oder den Offiziersrang bekleidet haben. Weitere Bevorzugung wird dem städtischen und ländlichen Grundbesitz und zwar je nach seinem Umfang zu Teil. Selbstverständlich bleibt auch das Einkommen nicht unberücksichtigt, und endlich soll die Stimmkraft der Wähler auch nach Maßgabe des Bildungsganges eine Abstufung erfahren. Man sieht, das System ist außerordentlich kompliziert, so kompliziert, daß man sich eines spöttischen Lächelns nicht erwehren kann. Unter anderen Umständen würde man den ganzen Vorschlag auch wohl achselzuckend bei Seite schieben, aber es handelt sich um Sachsen, und es wäre ganz und gar nicht ausgeschlossen, daß man dort in der Verlegenheit um eine mittlere Linie und unter dem Einfluß von Kreisen, die schließlich doch nichts mehr wollen, als den Schein einer Reform, in eine ernsthafte Diskussion dieses nach der Studierlampe riechenden Planes einträte. Beachtenswert ist aber vor allem der Umstand, daß die Anregungen sich an die belgische Praxis anlehnen, denn das System der Pluralstimmen wird höchstwahrscheinlich in Sachsen wie im Reiche in der nächsten Zeit noch häufig zur Debatte gestellt werden, weil es nun einmal das einzige ist, das sich wenigstens theoretisch verteidigen läßt, ohne daß auf Schritt und Tritt seinen Advokaten, wenn sie einigermaßen geschickt vorgehen, die Absicht, die unteren Klassen zu entrechten, nachgewiesen werden kann.

Inwiefern die Idee der Flugschrift allerdings das belgische Wahlrecht „verfeinert“, ist nicht recht ersichtlich, es müßte denn sein, daß man die besondere Rücksicht auf die militärischen Chargen als eine solche Verfeinerung gelten lassen wollte. Auch Belgien gewährt nach Alter, Besitz und Bildung eine oder zwei Zusatzstimmen, aber, obwohl hier die arbeitenden Klassen weit günstiger gestellt werden als in der sächsi-

schen Proposition, und vor allem nicht der Besitz, sondern nur die Bildung und Erfahrung einen Anspruch auf die Höchstziffer von drei Stimmen gewährt, sind handgreiflicher Ungerechtigkeiten noch eine Menge vorhanden, und man weiß, wie erbittert dort, wo nebenbei bemerkt die wirtschaftlichen Verhältnisse Ähnlichkeit mit denen in Sachsen haben, für die Einführung des gleichen Wahlrechtes gekämpft wird.

Ein belgischer Verteidiger des Pluralstimmrechtes hat gelegentlich einmal das Staatswesen mit einer Aktiengesellschaft verglichen. Die Bürger sind die Aktionäre, die in verschiedenem Grade an der Gesellschaft interessiert sind, und demzufolge eine verschiedene Anzahl von Aktien, d. h. also von Stimmen besitzen. Die Parallele besticht im ersten Augenblick, aber der Staatsrechtslehrer, der sie aufgestellt hat, läßt außer acht, daß ein Staatswesen nicht eine Gesellschaft ist, der der Einzelne nach Belieben beitreten kann, und wer sich gezwungen an einem Aktienunternehmen beteiligt, der hat einen berechtigten Anspruch darauf, daß seine Stimme ebenso hoch bewertet wird wie die aller andern, wenigstens daß er nicht nach Maßgabe von Umständen, die außerhalb seiner selbst, will sagen, außerhalb seines Willens und seiner Fähigkeiten liegen, hinter die vom Glück mehr begünstigten rangiert wird. In e i n e r Form wäre das Pluralsystem allerdings das beste von allen und käme dem Ideal eines Wahlrechtes so nahe als möglich: wenn die Stimmen abgestuft würden ausschließlich nach dem Verständnis für die staatlichen Angelegenheiten. Allerdings steht zu befürchten, daß einer derartigen Reform gerade die Kreise am lebhaftesten widersprechen würden, die heute am lautesten nach einer Änderung des Wahlrechtes schreien, aus dem einfachen Grunde, weil bei den Massen, die ihnen die Stimmen geben, im Durchschnitt die Einsicht in die allgemeinen Fragen der Politik weit geringer ist, als bei den gewerblichen Arbeitern in den Städten, und sie also von der Differenzierung den Schaden haben würden. Aber ganz von diesem Widerstande abgesehen, wer wollte sich überhaupt unterfangen, eine Klassifizierung der Wähler unter dem Gesichtspunkte der politischen Urteilsfähigkeit vorzunehmen, und selbst wenn es möglich wäre, sie objektiv durchzuführen, wo wäre wohl der Staatsbürger zu finden, der sich dabei bescheiden und anerkennen würde, daß die stimmrechtlich besser gestellten ein besseres Verständnis für die öffentlichen Dinge besäßen als er? An diesen Schwierigkeiten wird der Versuch der Einführung eines gerechten Pluralstimmrechtes, d. h. eines solchen, hinter dem nicht die bewußte Absicht steht, das Recht der unteren Klassen zu verkümmern, stets scheitern. Das wird man im Auge behalten müssen, wenn Sachsen jetzt wirklich den Weg betreten sollte, auf den man es von verschiedenen Seiten weist. Das Pluralstimmrecht ist im besten Fall das Programm weltfremder Idea-

listen, im schlimmsten, mit dem man weit häufiger rechnen muß, Heuchelei. Die anderen Möglichkeiten, die außer dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht den sächsischen Reformabsichten offen stehen, bedürfen keiner Erörterung. Sie können nicht in dem Maße wie jenes die Bevölkerung irre führen und ihr den Wunsch nach ausgleichender Gerechtigkeit vorgaukeln, wo doch nur das Klasseninteresse die Triebfeder bildet. Selbstverständlich wird der Versuch, ideale Motive in den Vordergrund zu schieben, auf jeden Fall gemacht werden, aber es gilt ein für alle mal: Wer für ein Wahlrecht eintritt, das nicht auf rein demokratischer Basis ruht, mit anderen Worten, wer im Reich das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht abschaffen oder in einem Bundesstaat ein System einführen will, das nicht dem Reichswahlrecht analog ist, der läßt sich, wenn er überhaupt ein ernst zu nehmender Politiker ist, niemals von einem anderen Beweggrunde leiten, als dem, ein Klassenrecht zu schaffen, das den wirtschaftlich Schwachen benachteiligt.

Daß auch das Wahlrecht im Reiche nicht dem Ideal entspricht, daß auch ihm mancherlei Mängel schwerwiegender Natur anhaften, wird niemand bestreiten wollen, immerhin enthält es von allen denkbaren Systemen die kleinsten Ungerechtigkeiten. Und auch die vorhandenen Fehler ließen sich zum Teil korrigieren, ohne daß an das Prinzip die Axt gelegt werden müßte. Die Mittel beständen in einer gerechten Einteilung der Wahlkreise und in der Vertretung der Minoritäten. Wem es ernsthaft um eine Reform des Wahlrechts zu tun ist, der muß hier einsetzen; eine eingehende Beschäftigung mit den letzten Wahlziffern wird ihn auf den rechten Weg weisen. Aus dem Wahlrecht aber eine Waffe für den Kampf gegen den „Umsturz" schmieden wollen, ist schlimmer als ein Verbrechen, es ist, wie Sachsens Beispiel zeigt, ein Fehler.

Die Stellung des apostolischen Stuhles zu den modernen Ideen.

Von Dr. jur. Frantz (Rechtsanwalt in Mannheim).

I.

Eine jede Zeit hat ihre Zeit- und Streitfragen. Die heutigen brennenden Fragen sind der Sozialismus und der Ultramontanismus. Unter dem Ultramontanismus verstehe ich diejenige Richtung der römischen Kirche, die bemüht ist, die vom Papst Gregor VII.

inaugurierte Herrschaft der römischen Kurie, der Papstgewalt, über alle Fürsten und Staaten, über alle Gewissen, über die ganze Welt, wiederherzustellen. Die Ultramontanen sind also die Pioniere des Papsttums in dessen Herrschaftsbestrebungen. Ihre Tätigkeit ist keine erleuchtete; nein sie ist eine sehr trübe. Innerhalb der letzten drei Jahrzehnte hat die römische Kirche, an deren Spitze seit dem Vatikanum vom Jahre 1870 das Papsttum als absolutes steht, an äußerer Macht sehr gewonnen. Nicht zum geringsten Teil hat die Sozialistenfurcht dazu beigetragen: glauben doch die Regierungen, durch die Kirche die sogenannte soziale Gefahr beschwören zu können. Kein unglückseligerer Gedanke als das! Nein, fortschrittliche und freiheitliche Ideen — und daß der Sozialdemokratie solche Ideen innewohnen, wird gewiß niemand bestreiten wollen, trotzdem ihr noch schwere Mängel anhaften — ich sage: fortschrittliche und freiheitliche Ideen können nicht kurzer Hand abgetan, können insbesondere nicht durch den Weihwasserwedel unterdrückt werden, können vielmehr nur in richtige Bahnen geleitet werden.

Freilich, die römische Kirche ist von jeher eine geschworene Feindin eines jeden Fortschritts gewesen; sie ist heute erst recht eine hartnäckige Feindin der modernen Ideen. — Wie kann eine Institution, die absolut keine, auch nicht die geringste, Abweichung von ihrer Ansicht duldet, die Ideen der Sozialdemokratie reformieren können oder wollen? Wie kann eine so verknöcherte, innerlich so geist- und seelenlose, ja vernunftlose Institution, es unternehmen wollen, eine so frische und lebenskräftige, in vielen Punkten durchaus berechtigte Bewegung, wie die Sozialdemokratie ist, unter zu bekommen! Nein, nicht die Sozialdemokratie ist dem modernen Staate gefährlich; der Ultramontanismus ist der wirkliche Feind des modernen Staates. Er, als krankhafter Auswuchs der römischen Kirche, will alles geistige Leben ersticken, will die ganze Welt zu einem geistigen Kirchhof machen. Der Ultramontanismus ist der Todfeind nicht nur des deutschen, weil protestantischen Reiches, sondern auch der deutschen Geistesbildung. Der Ultramontanismus hat die Verantwortung dafür, daß — eben infolge seiner steten Hetzereien — gerade in Deutschland die konfessionellen Gegensätze so scharfe, so gespannte sind: er ist stets an der Minirarbeit.

Gerade diese Stellung der römischen Kirche, beziehungsweise des Repräsentanten derselben, des Papsttums, zu den modernen Ideen ist heute sehr aktuell. Es liegen eine Reihe präziser Äußerungen hierüber vor. Auf das Wesentliche soll hier aufmerksam gemacht werden.

I. Die römische Kirche erhebt den Anspruch, die allgemeine, die wahre, die einzige und die alleinseligmachende Kirche zu sein, außerhalb welcher kein Heil ist. Es ist dieses „das Se-

ligkeits-Dogma, welches die Folterbank bereitet und die Scheiterhaufen errichtet hat.“ (v. Hase). Von dem Augenblick an, in dem sich die römische Kirche erstarkt fühlte, ist sie zur Zwangskirche geworden. Nachdem jener Satz Jahrhunderte lang gelehrt und praktisch durchgeführt worden war, ist er dogmatisch, wenn auch in negativer Form, festgesetzt worden durch das tridentinische Konzil: 1. Außerhalb des katholischen Glaubens kann Niemand selig werden. 2. Ohne den katholischen Glauben ist es unmöglich, Gott zu gefallen. 3. Wenn Jemand entgegen diesen Beschlüssen lehrt oder denkt, so sei er verdammt.

Also sind alle Ketzer und Heiden verflucht. Das ist das Prinzip der Intoleranz, das die römische Kirche zur Inquisition, zur Scheiterhaufenpolitik, geführt hat. An diesem fürchterlichen Prinzip hält die römische Kirche heute noch fest.

In seinem Rundschreiben vom 3. Mai 1824 sagt Papst Leo XII., „die Toleranz könne von einem Menschen, der seine Vernunft gebraucht, nicht gebilligt werden.“ — Papst Gregor XVI. bezeichnete die Ansicht, „daß die Freiheit des Gewissens und der Kulte ein jedem Menschen eigentümliches Recht sei,“ als Wahnsinn (deliramentum). — In der Allokution vom 5. September 1851 sagt Pius IX.: „Ihr werdet sehen, daß festgesetzt wurde, die katholische Religion müsse mit allen ihren Rechten, welche sie nach ihrer göttlichen Stiftung und nach Anordnung der heiligen Canones genießt, so einzig in jedem Reich wie früher gelten und herrschen, daß jeder andere Kultus gänzlich beseitigt und verboten ist.“

Am 8. Dezember 1864 hat Pius IX. mit der Bulle quanta cura den sogenannten: Syllabus errorum, d. h. ein Verzeichnis von angeblich 80 Irrtümern der modernen Welt veröffentlicht. Darunter befinden sich folgende hierher gehörigen Sätze: 15: „Es steht dem Menschen nicht frei, jene Religion anzunehmen und zu bekennen, welche er, durch das Licht der Vernunft geführt, für die wahre hält, sondern er muß die geoffenbarte Wahrheit in der katholischen Religion annehmen.“ — 16: „Die Menschen können nicht bei der Übung jedweder Religion den Weg des ewigen Heiles finden und die ewige Seligkeit erlangen, denn es ist aus Glauben festzuhalten, außerhalb der apostolischen römischen Kirche könne Niemand selig werden.“ — 18: „Der Protestantismus ist nicht blos eine verschiedene Form desselben christlichen Glaubens, in der es nicht gegeben ist, Gott ebenso wohlgefällig zu sein, wie in der katholischen Kirche, sondern eine Abweichung von der vollen geoffenbarten Wahrheit.“ — 77: „In unserer Zeit ist es auch noch nützlich, daß die katholische Religion als die einzige Staatsreligion unter Ausschluß aller andern Kulte gehalten werde.“ — 79: „Es ist wahr, daß

die staatliche Freiheit der Kulte und die allen erteilte Erlaubnis, allerlei Meinungen und Ansichten laut und öffentlich bekannt zu machen, zur leichten Verderbnis der Sitten und Gemüter der Völker und zur Verbreitung der Pest des Indifferentismus führen." — 80: „Der Papst kann und darf sich mit dem Fortschritt, dem Liberalismus und der modernen Zivilisation nicht versöhnen und vergleichen." —

Papst Leo XIII. hat die Intoleranz aller seiner Vorgänger bei weitem überboten. Es gibt beinahe kein Rundschreiben, keine offizielle Äußerung, in der dieser Herr den Andersgläubigen, den Ketzern, nicht kräftige Hiebe versetzt, ja, sie nicht in roher Weise beschimpft.

Nach dem Rundschreiben „humanum genus" vom 20. April 1884 ist das ganze Menschengeschlecht in zwei geschiedene und einander entgegengesetzte Lager geteilt: das eine ist das Reich Gottes auf Erden, die wahre Kirche Christi; das andere ist das Reich des Satans, dem alle angehören, die nicht zur wahren Kirche Christi zählen, also alle Ketzer, insbesondere auch die Freimaurer.

Die Reformation ist nach der Darstellung des Papstes Leo XIII. eine Empörung, und zwar eine höchst verwegene. Dieser Häresie ist entsprungen der Kommunismus, der Sozialismus, der Anarchismus, „diese entsetzlichen Vorzeichen und nahezu Todesboten der bürgerlichen Gesellschaft." Der Protestantismus ist ein schlimmes Gift, eine ansteckende Krankheit. Die Protestanten sind Empörer gegen Staat und Kirche; sie haben durch ihren Zwist und ihren Aufruhr das Vaterland zerrüttet; sie sind Feinde des Glaubens, Feinde des geistlichen Namens. Die katholischen Kinder dürfen nicht in gemischte Schulen gelassen werden, da sie sonst einer verderblichen Versuchung ausgesetzt sind. Es ist überhaupt zu bedauern, daß der Verkehr und der Umgang der Katholiken mit den Protestanten nicht ganz aufzuheben ist. Alle, die in was immer für einem Punkt der Lehre nicht mit der römischen übereinstimmen, sind Hochverräter.

Die in Rom unter der Redaktion des Hausprälaten des Papstes erscheinenden analecta ecclesiastica vom Jahre 1895 sagen unter Anderem bei Besprechung eines spanischen Ketzerprozesses vom Jahre 1484: „Fern sei es von uns, daß wir, unklar gemacht durch die Dunkelheit des Liberalismus, der sich in das Gewand der Klugheit kleidet, schwächliche Gründe aufsuchen, um die heilige Inquisition zu verteidigen. Fort mit den Redensarten von der damaligen Zeit, von der Härte der Sitte, von übertriebenem Eifer, als ob unsere heilige Mutter, die Kirche, entschuldigt werden müßte, wegen den Taten der heiligen Inquisition! — O ihr gesegneten Flammen der Scheiterhaufen! Durch euch wurden, nach Vertilgung weniger und ganz und gar verderbter Menschen, tausende

und tausende von Seelen aus dem Schlunde des Irrtums und der ewigen Verdammnis gerettet; durch euch ist auch die bürgerliche Gesellschaft durch Jahrhunderte hindurch glücklich und unversehrt erhalten worden! O erlauchtes und ehrwürdiges Andenken Thomas Torquemadas, der durch klugen Eifer und unerschütterliche Standhaftigkeit die Getauften durch heilsamen Schrecken, unter Mitwirkung beider Gewalten vom Abfalle ruhmreich zurückhielt und so seinem Vaterlande größeren und edleren Wohlstand verschaffte, als durch die Angliederung des indischen Reiches."

Der genannte edle Torquemada war 1481—1498 Großinquisitor in Spanien und hat in diesem ruhmreichen Amt gegen 8000 Ketzer vom Leben zum Tod befördert!

Für eine ebenso charakteristische weitere Äußerung ist ebenso der Papst Leo XIII. verantwortlich zu machen.

Im Jahre 1901 hat P. Marianus de Luca, S. J., Professor an der Gregorianischen Universität in Rom ein Lehrbuch des öffentlichen Kirchenrechts (Institutiones juris ecclesiastici publici) mit päpstlicher Approbation, ja Belobigung, herausgegeben. Der Verfasser lehrt hierin unter Anderem als heutiges Recht folgendes: Das weitaus notwendigste Gut für die Kirche ist die Einheit des Glaubens. Diese Einheit kann nur erhalten werden, wenn der Ketzer dem Tode überantwortet wird. Aber die Kirche selbst vergießt kein Blut, sie dürstet ja nicht nach Blut: sie verurteilt den Ketzer und übergibt ihn dann dem weltlichen Arme. Nach der Bulle unam sanctam ist ja die weltliche Gewalt der geistlichen Gewalt unterworfen; jene hat auf Anordnung dieser das Schwert zu ziehen; es ist zwischen beiden Gewalten ein Rechtsverhältnis wie das zwischen Herrn und Knecht. Die weltliche Gewalt hat also nach Übergabe der Verurteilten sofort, ohne Untersuchung des geistlichen Urteils, bei Vermeiden der Exkommunikation, das Todesurteil zu vollziehen.

Das also ist die heutige Lehre des päpstlichen Stuhles. Fehlt da — frage ich — dem Papsttum nicht lediglich noch die Macht, und — die Scheiterhaufen lodern so hell auf, wie im idealen Mittelalter?

Ist es nach diesem Vorgange des Oberhauptes der römischen Kirche verwunderlich, wenn Nachbeter entstanden sind, die sich für berufen erachten, ebenfalls die Intoleranz zu predigen, Steine auf Andersgläubige zu werfen, und hierbei, womöglich, einen noch roheren Ton anzuschlagen?

So nenne ich den Giovanni Perrone, der 1876 als Leiter der Gregorianischen Universität in Rom starb. Nach seiner Schrift „Über den Protestantismus und die Kirche" bedeutet Protestantismus den Widerspruch aller neuen religiösen Konfessionen gegen die von Jesus

Christus gegründete katholische Kirche, oder was dasselbe ist, die Empörung des menschlichen Stolzes wider Jesus Christus, den Gründer der nämlichen Kirche. — Die Protestanten jeder Zeit und jeglicher Gesinnung sollten erröten, wenn sie ihrer ersten Apostel gedenken. Denn diese waren zum größten Teile gierig nach Weibern, Beute und Ämtern und gingen elendiglich zu Grunde. Luther starb unbußfertig in Eisleben nach einem lustigen Schmause eines plötzlichen Todes. Jeder Katholik muß vor dem Protestantismus und seinen Verbreitern auf der Hut sein, ja einen wahren Abscheu davor empfinden; ja er muß schon bei dem bloßen Sprechen davon voll Furcht zurückschrecken, als ob man von einem Mordversuch gegen sein Leben spräche. Der Protestantismus und seine Verbreiter sind in religiöser Hinsicht das, was in natürlicher Hinsicht die Pest ist. Der Katholik muß den Protestantismus von ganzem Herzen hassen.

Universitätsprofessor Ferdinand J. Moulart in Löwen ist der Verfasser einer großen Schrift „L'Eglise et L'Etat, ou les deux puissances“ ꝛc., die im Jahre 1895 in vierter Auflage erschienen ist. Bezüglich der Toleranz führt der Verfasser aus: „Die römische Kirche ist die einzige, die wahre. Jede Religion, welche diese Behauptung aufstellt, ist notwendig intolerant. Die katholische Kirche muß sich zur Intoleranz bekennen, denn sie hat das Bewußtsein, die wahre Kirche zu sein. Die katholische Kirche ist für die Gesamtheit der Menschen obligatorisch. Sie verwirft also alle anderen Religionen. Folglich ist die Gewissensfreiheit eine abscheuliche Gottlosigkeit, eine Absurdität. Die Kirche muß die Häresie strenge bestrafen, denn diese ist ein abscheuliches, ein soziales Verbrechen, welche die Autorität der Kirche direkt zerstört. Die römische Kirche wird niemals Toleranz üben. In der Unterdrückung der Häresie übt die Kirche auf die vollkommenste Weise das göttliche Gebot der Liebe aus, denn sie schützt dadurch die Gläubigen vor Ansteckung.“

Zur Inquisitions- und Scheiterhaufen-Theorie bemerkt dieser erleuchtete Verfasser: „Die Kirche hat heute nichts von ihren Lehren und Taten in der Vergangenheit zu desavouieren.“

An diese Ausführungen kann nur angeschlossen werden der Satz 23 des Syllabus vom Jahre 1864: „Die römischen Päpste und die allgemeinen Konzilien haben die Grenzen ihrer Gewalt nicht überschritten, die Rechte der Fürsten nicht usurpiert und in Festsetzung der Glaubens- und Sittenlehre nicht geirrt.“

Damit ist also prinzipiell die Inquisition bestätigt. In der römischen, der Papstkirche, gilt somit heute der Grundsatz der Intoleranz, des Hasses und der Verfolgung der Andersgläubigen genau wie im

Mittelalter, müssen doch heute noch die Bischöfe in ihrem dem Papst zu leistenden Diensteid versprechen:

> „Die Ketzer, die Schismatiker, und unserm Herrn, dem Papste, oder dessen Nachfolger, Widerstrebenden (rebelles) nach Können zu verfolgen und zu bekämpfen.“

Das ist das gepriesene Prinzip des Fortschritts!

Die letzte Konsequenz dieses Hasses des Papsttums und der Ultramontanen gegen den Protestantismus hat allerdings De Maistre gezogen, der in seinem verrückten Buche Du pape die Notwendigkeit betont, das verhängnisvolle Wort Protestantismus aus dem europäischen Wörterbuche zu streichen (d'effacer du dictionnaire européen ce mot fatal, Protestantisme).

So leicht wird das doch wohl nicht gehen. Bei 1600 Millionen Bewohner der Erde gibt es 218 Millionen Katholiken, und — welch großes Mißverhältnis, welche inferiore Zahl — 123 Millionen Protestanten!

Das Vorgehen aber des Papstes gegen die Protestanten insbesondere in Deutschland ist geradezu unqualifizierbar! Wir haben in Deutschland den paritätischen Staat. Wir haben den Grundsatz der Religions- und Gewissensfreiheit. Im Reichsgesetz vom 3. Juli 1869, betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, ist bestimmt: „Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben.“ — Schon die deutsche Bundes-Akte vom 8. Juni 1815 hatte in Artikel XVI bestimmt: „Die Verschiedenheit der christlichen Religions-Partheyen kann in den Ländern und Gebiethen des deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen.“ Schon der Westphälische Friede hatte den Grundsatz der Parität zwischen den christlichen Religionsparteien eingeführt (Art. V § 1). Allerdings hatte Papst Innocenz X. in der Bulle Zelo domus dei Protest gegen diese Bestimmungen eingelegt und dieselben für null und nichtig erklärt.

Von der Bevölkerungszahl in Deutschland sind $^2/_3$ protestantisch und $^1/_3$ katholisch; das Kaiserhaus ist protestantisch.

Angesichts dieser Tatsache kann diese systematische Hetze des Papstes gegen den Protestantismus nur den einen Zweck haben, Unfrieden zu säen, Feindschaft hervorzurufen und zu unterhalten. Aber unverantwortlich ist diese Hetze seitens des Hauptes einer Religionsgenossenschaft gegenüber einer andern gesetzlich gleichberechtigten Religionsgenossenschaft und deren Mitglieder; eine Anmaßung ist das, sondergleichen, nicht minder auch eine Unwürdigkeit.

Und dieser verfluchte Protestantismus — was wäre Deutschland, was wäre die Welt ohne ihn? Er hat uns die Religionsfreiheit, die Gewissensfreiheit, die Freiheit der Wissenschaft gebracht — die herrlichsten Güter, die wir heute besitzen, ja überhaupt unsere heutige Kultur! Ohne die Reformation, ohne den Protestantismus, wären wir heute noch in der tiefen Nacht des grauen Mittelalters, das nur von Zeit zu Zeit durch die grellen Flammenscheine der entsetzlichen Scheiterhaufen blitzartig erhellt worden ist.

Neurasthenia judicis specifica.
Ein Krebsübel unserer Rechtspflege.

Von Rechtsanwalt Dr. Eugen Josef (Freiburg i. B.).

Jeder, der oft Gelegenheit hat, sei es als Anwalt oder als Partei, als Angeklagter oder als Zeuge oder auch als bloßer Zuschauer, Gerichtsverhandlungen beizuwohnen, macht mit wahrem Bangen die Wahrnehmung, daß es Richter — und zwar in großer Anzahl — gibt, die ohne rechtfertigenden Grund, ja oft ohne jede erkennbare Ursache in einen aufgeregten Zustand verfallen, und in diesem Zustand die Parteien und deren Vertreter, die Angeklagten, Zeugen oder sonstige Beteiligte grob anschreien, und zwar nicht etwa ein oder das andere Mal, sondern gewohnheitsmäßig, fast an jedem Terminstag. Der bloße Umstand, daß die Partei die Zustellung der Klage nicht nachzuweisen vermag, einen Antrag nicht zu stellen versteht, eine Frage des Richters mißversteht, eine Behauptung aufstellt, die — mag sie auch noch so richtig sein — dem Richter unrichtig zu sein scheint, einen vom Richter gemachten Vergleichsvorschlag ablehnt; daß der Zeuge oder der Angeklagte — vielleicht vor lauter Befangenheit — sich nicht auszudrücken versteht; daß der Anwalt eine Rechtsansicht aufstellt, die — mag sie dem Anwalt noch so richtig erscheinen — dem Richter unrichtig erscheint, versetzt den Richter häufig in einen zornwütigen Zustand und veranlaßt ihn, die Beteiligten grob anzuschreien, überhaupt zu einer Behandlung der Beteiligten, die sich von der auf Kasernenhöfen und Exerzierplätzen üblichen nur dadurch unterscheidet, daß die kräftigen Schimpfworte, die beschimpfenden Kraftausdrücke fehlen. Der bloße Umstand, daß der Angeklagte leugnet, der Beklagte bestreitet, während der Richter aus dem Inhalte der Akten, von dem er Kenntnis genommen, seine Schuld — vielleicht durch die gewagtesten Schlüsse — entnehmen

zu können glaubt, bewirkt oft, daß der Richter gleich bei Eintritt in die Verhandlung, also noch bevor er aus dieser selbst einen Anlaß hierzu entnehmen kann, in jener zornwütigen Stimmung auf den seiner Meinung nach Schuldigen grob losfährt, ihn anschreit wie einen Schulbuben. Selbstverständlich kommen bei allen Gerichtsverhandlungen und bei jedem Gericht Dinge vor, die auch den geduldigsten, höflichsten und ruhigsten Richter in Wallung bringen, in eine gerechte Entrüstung versetzen; und es ist selbstverständlich sein Recht, dieser seiner gerechten Entrüstung einen kräftigen Ausdruck zu geben; von derartigen Fällen ist hier — um dies hervorzuheben — nicht die Rede. Es wird vielmehr hier der offenkundige Übelstand zur Sprache gebracht, daß überaus zahlreiche Richter ohne rechtfertigenden Grund und gewohnheitsmäßig die bei der Verhandlung Beteiligten anschreien und in einer ihr Ehrgefühl verletzenden Weise behandeln. Genau wie der Unteroffizier auf dem Kasernenhof und dem Exerzierplatz die Ausbildung der Untergebenen sich ohne die kräftigsten Flüche und Schimpfworte gar nicht vorstellen kann, glauben überaus zahlreiche Richter, daß eine Handhabung der Rechtspflege, die Anwendung der Zivilprozeßordnung, der Strafprozeß- und der Konkursordnung, des Reichsgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit und der Grundbuchordnung, mit einer höflichen Behandlung der Beteiligten unverträglich sei.

Man stellt die Themis bekanntlich mit verbundenen Augen dar; das bedeutet: daß sie ihres Amtes walte ohne Ansehn der Person. Und das geschieht wahrlich, soweit die oben beschriebene neurasthenia judicis specifica in Betracht kommt: die Neigung zahlreicher Richter zu einer grob ausfahrenden Behandlung der Beteiligten, ihre Gewöhnung, sie anzuschreien, kennt keinen Unterschied der Person. Ob es sich um einen Gewohnheitsverbrecher handelt oder um den völlig Unbescholtenen, der zum ersten Male die geheiligten Hallen der Themis zu betreten unverschuldet in die unglückliche Lage kommt, ob es sich um den temere litigans (so bezeichnen die alten Römer den prozeßsüchtigen Querulanten) handelt oder um die arme Witwe, die ihre letzte Habe gegen unberechtigte Ansprüche zu verteidigen versucht, ob es der Rechtsanwalt ist (der doch die gleiche Vorbildung besitzt wie der Richter und nach der Rechtsprechung des Ehrengerichtshofs sogar einen „Faktor der Rechtspflege" darstellt) und der hochgebildete Schriftleiter einer Zeitung, aus der auch der Richter seine geistige Nahrung bezieht, oder ob der völlig ungebildete Proletarier dem Richter gegenübersteht: die neurasthenia judicis specifica äußert sich entsprechend dem oben gedachten Bilde der Themis überall in gleicher Weise, nämlich ohne Ansehn der Person. Und auch die Rechtseinheit, die wir endlich er-

langt haben, erstreckt sich auf die neurasthenia judicis specifica; denn dieses Krebsübel unserer Rechtspflege findet man in den ostelbischen Gerichtssälen ebenso vertreten, wie in denen Hannovers und des Rheinlandes, und in Schleswig-Holstein genau ebenso wie im badischen Breisgau. Auch Alter und Erfahrung, durch die die Amtsausübung des Richters doch sonst sehr beeinflußt wird, kommen für dies Übel nicht in Betracht: dem ergrauten Richter, der „aufgebraucht“ ist, könnte man eine gewisse neurasthenia judicis specifica vielleicht eher zugute halten; aber auch der jugendliche Referendarius, der schon mit Rücksicht auf seine Stellung als angehender oder wirklicher Reserveleutnant überall Gewicht auf ein vornehmes, höfliches Wesen legt, findet es ganz natürlich, daß er seines Amtes nicht mit vornehmer Ruhe, sondern mit ausfahrender Unhöflichkeit waltet, ohne Unterschied, ob ihm ein Gewohnheitsverbrecher und ein prozeßsüchtiger Querulant gegenüberstehen oder die arme Witwe und der gute Mensch, der sich in seinem dunklen Drang einmal des Strafgesetzbuchs nicht bewußt war. Es gilt eben auch hier der Grundsatz: „Wie die Alten sungen, so zwitscherten die Jungen.“

Das Musterbild eines neurasthenischen Richters der gedachten Art war der vor einigen Jahren verstorbene Landgerichtsdirektor Brausewetter, der mehr als ein Jahrzehnt den Vorsitz einer Strafkammer beim Landgericht I zu Berlin führte und in dieser Eigenschaft in vielen politischen und sonst die Öffentlichkeit interessierenden Strafprozessen mitwirkte. Wenn die neurasthenia judicis specifica, wie oben ausgeführt, sich in einer geringschätzenden Behandlung der Rechtsuchenden zeigt, so war Brausewetter auf diesem Gebiet eine Art Spezialist, indem er jene Geringschätzung betätigte in beißendem Spott und verletzendem Hohn, den er auf Angeklagte, Verteidiger und Entlastungszeugen ausgoß. Die Verteidigung ist bekanntlich eine gesetzlich geordnete Einrichtung unseres Strafprozesses, die Zuziehung eines Verteidigers für den Angeklagten in einer erheblichen Zahl von Fällen sogar gesetzlich geboten; Brausewetter huldigte dagegen der Auffassung älterer „peinlicher Kriminalgerichtsordnungen“, wonach ein Angeklagter, der sich einen Verteidiger nimmt, als dringend verdächtig zu gelten hat und, wenn er sich einen auswärtigen Verteidiger nimmt, sogar als überführt zu erachten ist. Erschien dem Direktor Brausewetter ein vom Verteidiger gestellter Antrag rechtlich oder tatsächlich ungerechtfertigt, so richtete er wohl an den Verteidiger die Frage, ob dieser, wenn er am Richtertisch säße, einen solchen Antrag für begründet finden würde; oft wies er in solchem Falle auch vor aller Öffentlichkeit darauf hin, daß die Verteidiger für Geld verpflichtet seien, Anträge zu stellen, von deren Unbegründetheit sie selbst überzeugt seien. Die schwachen Punkte in den Ent-

lastungsausführungen des Angeklagten fand Brausewetter mit wahrer Meisterschaft heraus und er hielt sie dem Angeklagten mit zermalmender Schadenfreude vor. Die „Kriminalordnungen" früherer Jahrhunderte verboten dem Richter ausdrücklich die sogenannten „Suggestivfragen", d. h. Fragen, die von einer dem Angeklagten ungünstigen Auffassung ausgehen, deren Beantwortung also nach der Absicht des Richters nur in einem dem Angeklagten ungünstigen Sinne erfolgen kann, durch die dem Angeklagten oder dem Zeugen gewissermaßen eine Falle gestellt wird. Die neuen Strafprozeßordnungen sehen von Vorschriften dieser Art ab, weil sie zu dem Gerechtigkeitssinn des Richters das Vertrauen haben, daß er derartige Fragen überhaupt nicht stellen wird. Brausewetter war in spöttischen Fragen dieser Art Meister, so daß ihm anläßlich des sogenannten „Gummischlauchprozesses" aus dem Frühjahr 1894 die wahrlich zahme Nationalzeitung in einem anscheinend von dem inzwischen verstorbenen Reichsgerichtsrat Bähr verfaßten Aufsatz den Vorwurf machte, die Art seiner Fragstellung verführe die Zeugen geradezu zum Meineid. Wehe aber dem Angeklagten oder dem Verteidiger, der sich jene verletzende Behandlung, insbesondere die spöttischen Bemerkungen verbat: Brausewetter verfiel dann in jene zornwütige Stimmung, die, wie oben erwähnt, auf Kasernenhöfen und Exerzierplätzen heimisch ist. Selbstverständlich wurde, zumal angeklagte Schriftleiter der Tageszeitungen unter den geschilderten Pflichtwidrigkeiten ganz besonders zu leiden hatten, die Amtsführung dieses Richters in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert; die Anwälte gingen vielfach mit Beschwerden gegen ihn vor; die Tageszeitungen machten den Justizminister wiederholt auf die Pflichtwidrigkeiten des Direktors Brausewetter aufmerksam; alles vergeblich, aus den unten zu besprechenden Gründen. Schließlich wagten sich auch die Witzblätter mit Bemerkungen vor über den Landgerichtsdirektor „Brausepulver". Plötzlich verfiel Brausewetter in Geisteskrankheit, in der er nach wenigen Wochen starb. Wenn auch nach dem heutigen Stand der psychiatrischen Wissenschaft die Schlußfolgerung, daß auf diese Geisteskrankheit die geschilderte pflichtwidrige Amtsführung des Direktor Brausewetter zurückzuführen sei, daß er also bereits seit vielen Jahren geisteskrank gewesen sei, kaum aufrecht zu halten ist, so lag doch immerhin die Vermutung nahe, daß der Keim der Geisteskrankheit ihn zu jenen Pflichtwidrigkeiten veranlaßt habe, so daß man im Reichstag den merkwürdigen Antrag stellte, betreffs aller Strafprozesse, in denen Brausewetter mitgewirkt hatte, das Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten. Der Justizminister, dem in der Volksvertretung nunmehr der schwere Vorwurf gemacht wurde, daß er Jahre hindurch die Pflichtwidrigkeiten eines geisteskranken Richters, auf die er durch

zahlreiche Beschwerden und durch die Tageszeitungen hingewiesen war, ungerügt gelassen habe, verschanzte sich hinter der Entschuldigung: es sei nicht nachweisbar, daß Brausewetter bereits vor dem Hervortreten der Geisteskrankheit tatsächlich geisteskrank gewesen sei; auf einen vom Justizminister erforderten Bericht hätten sämtliche Beisitzer der Strafkammer und die Staatsanwälte erklärt, daß sie an Brausewetter niemals Spuren von Geisteskrankheit bemerkt hätten. Als ob eine andere Erklärung der Beisitzer und Staatsanwälte überhaupt denkbar und zu erwarten gewesen wäre! Mehrfach wurde bei diesen Erörterungen über den Fall Brausewetter auch die neurasthenia judicis specifica im allgemeinen gestreift. Daß diese letztere ein Übel ist, kann nicht bezweifelt werden und es entsteht daher die Frage, was zur Beseitigung dieses Übels geschehen muß.

Unsere Richter und namentlich unsere Strafrichter haben unendlich viel mit den Nachtseiten der menschlichen Gesellschaft zu tun, nur zu oft auch mit den abstoßendsten Eigenschaften ihrer Mitbürger, die die gerechte Entrüstung auch des ruhigsten und wohlwollendsten Richters herausfordern; und dieser Entrüstung in der kräftigsten Weise Ausdruck zu geben, ist wie schon erwähnt das gute Recht oder gar oft die Pflicht des Richters; desgleichen werden sicher von den Parteien und den Angeklagten wie von den Anwälten und Verteidigern zuweilen Ansinnen und Anträge an das Gericht gestellt, die auch der vornehmste Richter nicht mit Gleichmut behandeln kann, die vielmehr Hohn und Spott herausfordern. Und wenn der Richter in der verwerflichen Beurteilung solcher Fälle einmal irrt, wenn er also seiner Entrüstung Ausdruck gibt in einem Fall, wo der, gegen den sie sich richtet, von ihr zu Unrecht betroffen wird, so liegt das in der Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen, so daß, mag auch der Betroffene die gegen ihn verübte Entrüstungskundgebung des Richters als eine noch so ungerechte empfinden, ein Einschreiten gegen den Richter kaum jemals gerechtfertigt ist. Aber jene Fälle, wo das Verhalten der Beteiligten die Entrüstung oder den Spott des Richters herausfordern, sind doch verhältnismäßig, also im Vergleich mit der Gesamtzahl der der Beurteilung des Richters unterliegenden Fälle selten, demnach die Ausnahme. Diese letztere Erwägung muß den Verdacht erwecken, daß, wenn ein Richter überaus häufig, mehr oder minder in jedem Termin oder an jedem Terminstag aus seiner Ruhe kommt, wenn er gewohnheitsmäßig die Beteiligten grob anschreit, ausfahrend behandelt, mit Hohn und Spott überschüttet, daß ein solcher Richter nicht mehr von seinem Recht Gebrauch macht, einer berechtigten Entrüstung Ausdruck zu geben, sondern daß er sich vielmehr seiner neurasthenischen Aufgeregtheit, seinen Launen überläßt, also

ungerecht verfährt. Es ist oben darauf hingewiesen, daß zahlreiche Richter die Gewohnheit haben, die Beteiligten aus den nichtigsten Anlässen und überhaupt ohne erkennbaren Anlaß grob anzuschreien, so wenn die Beteiligten eine unrichtige, mißverständliche Behauptung aufstellen, einen Vergleichsvorschlag ablehnen, eine Frage des Richters nicht verstehen, eine dem Richter unrichtig erscheinende Rechtsansicht aufstellen, mögen die Beteiligten hierbei auch im besten Glauben, nach bestem Wissen handeln, frei von jedem ihnen zuzurechnenden Verschulden sein; es ist oben an dem Beispiel des Landgerichtsdirektors Brausewetter gezeigt, bis zu welchem Grade die Gewohnheit mancher Richter, die Beteiligten geringschätzend zu behandeln, gedeihen kann. Ein solches Verhalten des Richters ist also ein Ausfluß neurasthenischer Launen, demnach rechts- und pflichtwidrig; dies bedarf keiner weiteren Darlegung. Ein solches Verhalten des Richters hat aber für die Rechtspflege die schwersten Schäden zur Folge. Macht der Richter sich einer ungerechten Behandlung der Beteiligten schuldig, so verlieren diese das Vertrauen zu dem Gerechtigkeitssinn des Richters und hiermit das Vertrauen zur Rechtspflege. Und dies mit Recht: eine gerechte Entscheidung ist von dem nicht zu erwarten, der die Rechtsuchenden ungerecht behandelt; der Richter, der seiner Aufgeregtheit, seinen neurasthenischen Launen freien Lauf läßt, verliert leicht die Fähigkeit, die Verhältnisse gerecht zu beurteilen, er wird zu leichtfertigen Vorurteilen, zu ungerechten Beschuldigungen und unbegründeten Verdächtigungen verführt. Der Rechtsuchenden aber bemächtigt sich die das Ansehen des Richters und das Vertrauen zur Rechtspflege schwer beeinträchtigende Überzeugung, daß der Richter die tatsächliche Abhängigkeit, in der die Rechtsuchenden zum Richter während des Termins stehen, ausbeutet, um sie ungerecht zu behandeln, daß der Richter also ein Verhalten betätigt, das man auf Kasernenhöfen und Exerzierplätzen auf seiten roher und ungebildeter Vorgesetzter allenfalls begreiflich, eines Richters aber geradezu unwürdig empfindet. So hat die neurasthenia judicis specifica eine höchst bedauerliche Folge: sie erschüttert das Vertrauen zur Rechtspflege und vermehrt die große Zahl der — mit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung Unzufriedenen.

Derartigen Schäden entgegenzuarbeiten ist sicher eine der ersten Pflichten der Behörden, denen die Dienstaufsicht über die Richter zusteht. Man müßte daher meinen, daß diese jede sich ihnen bietende Gelegenheit wahrnehmen, um zur Hebung jenes Übels auf die Richter einzuwirken. Aber wie liegen die Verhältnisse tatsächlich?

Beschwerden der Beteiligten über ungebührliche Behandlung, die

ihnen vom Richter zu teil geworden, sind nicht übermäßig häufig; die Gründe hierfür zu erörtern, würde zu weit führen. Erwähnt sei hier aber, daß unseren Rechtsanwälten durchweg der Korpsgeist fehlt: Ausbrüche der neurasthenia judicis specifica mag der Anwalt, der unter ihr heute gerade zu leiden hatte, verfolgen; die anderen kümmern sich nicht darum, auch wenn sie gestern unter diesem Übel gelitten haben und genau wissen, daß sie morgen von ihm betroffen werden können. Immerhin aber kommen doch Beschwerden der gedachten Art bei den Aufsichtsbehörden ein; sie sind zweifellos viel häufiger als die Beschwerden über Mißhandlungen, deren sich Polizeibeamte im Dienst schuldig gemacht haben sollen. In den weitaus meisten Fällen betreffen die Beschwerden einen bestimmten Fall: der Beschwerdeführer behauptet, daß er zu Unrecht vom Richter angeschrieen, grob oder sonst verletzend behandelt sei. Die Aufsichtsbehörde schickt das Schriftstück dem betroffenen Richter zur Äußerung zu. Dieser — sonst Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle — müßte doch mehr als ein Mensch sein, wenn er hier nicht nach dem von ihm bei Missetätern so häufig beobachteten Satz verführe: si fecisti, nega; es ist dem beschuldigten Richter doch nicht zuzumuten, daß er seinem Vorgesetzten berichtet: er leide an hochgradiger Aufgeregtheit, habe auch keine große Hochachtung vor den Rechtsuchenden im allgemeinen und sei hierdurch veranlaßt, den Beschwerdeführer grob anzuschreien. Ein Bericht dieses Inhalts ist doch dem Richter nicht zuzumuten; er erwidert also dem Vorgesetzten das, was er — eben infolge seines neurasthenischen Zustandes — für durchaus wahr und zutreffend hält: daß er irgend eine Handlung oder Unterlassung des Beschwerdeführers in dem oder jenem für den Beschwerdeführer ungünstigen Sinn aufgefaßt, daß er durch eine Bemerkung des Beschwerdeführers sich verletzt gefühlt, diese als ungehörig erachtet habe und sich für durchaus berechtigt halte, seiner Entrüstung in der geschehenen Weise Ausdruck zu geben. Und was soll nun die Aufsichtsbehörde? soll sie den Gerichtsschreiber und den Gerichtsboten oder sonstige manchmal recht fragwürdige Zuhörer und Zuschauer darüber vernehmen, ob ein Wort oder eine Geberde des Beschwerdeführers so oder anders aufzufassen war? ob eine vom Beschwerdeführer im Termin aufgestellte Behauptung so unglaubwürdig klang, daß der Richter sie für eine bewußte Unwahrheit, als zur Verschleppung der Sache vorgebracht halten und hierüber in Entrüstung geraten durfte? ob ein Antrag so schief und unrichtig gestellt war, daß der Richter ihn mit Recht in verletzendem Ton zurückweisen durfte? ob eine Tatsache, die der Richter als Grund seiner Entrüstung angibt, vom Beschwerdeführer verschuldet und zu vertreten ist oder von seinem Vertreter oder gar nur von dessen Bogenschreiber? ob die Form und Art

der vom Richter betätigten Entrüstung nach Lage des Falles gerechtfertigt war? Erwägt man weiter, daß gerade die ruhigsten Menschen, wenn sie ungerecht behandelt, also z. B. ohne rechtfertigenden Anlaß vom Richter grob angeschrieen werden, oft sofort die Ruhe verlieren und selbstverständlich aufgeregt werden und daß hierdurch eine unparteiische Feststellung des Sachverhalts sehr erschwert wird, so erklärt es sich, daß die Aufsichtsbehörde Beschwerden über die neurasthenia judicis specifica mit Unlust behandelt, sie tunlichst über das Knie zu brechen versucht. Die Auslassung des beschuldigten Richters wird dem Beschwerdeführer nicht einmal zur Kenntnis gebracht, ihm also gar nicht die Möglichkeit gegeben, unbegründeten Annahmen des Richters entgegenzutreten; vielmehr wird dem Beschwerdeführer einfach der Bescheid zu teil: es liege kein Grund zu disziplinarischem Einschreiten vor, weil die angestellten Ermittelungen ergeben haben, daß der Richter eine bestimmte Tatsache so oder anders aufgefaßt, daß dem Richter jedoch jede Absicht, den Beschwerdeführer zu beleidigen, gefehlt habe. Und wenn die Anzeige selbst dahin geht: daß der Richter sich derartiger Ausschreitungen gewohnheitsmäßig schuldig mache, so ergeht der Bescheid: die angestellten Ermittelungen hätten nur ergeben, daß der Richter infolge ihm anhaftender allgemeiner Reizbarkeit, die gerade im vorliegendem Fall aus diesem oder jenem Anlaß ganz besonders hervorgetreten und aus diesem oder jenem Grunde entschuldbar sei, aufgeregt geworden sei, aber nach den von ihm abgegebenen glaubwürdigen Erklärungen ihm jede Absicht, den Beschwerdeführer zu kränken, gefehlt habe, und daß daher ein Anlaß zu disziplinarischem Einschreiten nicht gegeben sei. Das äußerste ist schon ein Bescheid dahin: daß die Aufsichtsbehörde das vom Richter dem Beschwerdeführer gegenüber betätigte Verhalten mißbillige und diese Mißbilligung dem Richter im Dienstaufsichtswege kund getan habe. Das ist aber auch das äußerste; jeder Kenner der Verhältnisse hat derartige Bescheide schon gelesen; in dieser sinnigen Weise sollen auch die Beschwerdebescheide über die oben geschilderte Amtsführung des seligen Brausewetter ergangen sein und daraus erklärt sich teilweise auch, daß solche Beschwerden nicht gerade sehr häufig sind; die Beteiligten wissen eben, daß aus ihnen doch nichts herauskommt. Die Präsidenten, Ministerialräte und Minister, die derartige Beschwerdebescheide verfassen, gehen eben von der Anschauung aus, daß wer nicht grob angeschrieen oder sonst unhöflich behandelt werden will, dem Gericht hübsch fern bleiben möge, und daß wer diesem Rat zuwiderhandelt, sich darauf gefaßt machen müsse, vom Richter unhöflich behandelt, grob angefahren zu werden. Ein solcher Rat klingt wohlfeil von seiten der Leute, die wirtschaftlich niemals eines Prozesses benötigt werden, und wenn jeder in dieser so angeneh-

men Lage wäre, könnten die Steuerzahler die großen Summen, die für die Rechtspflege aufzubringen sind, ersparen. Die Erwägung, daß jeder anständige Mensch, der vom Richter ohne rechtfertigenden Grund ausfahrend behandelt oder gar angeschrieen wird, eine solche Behandlung genau ebenso ehrkränkend empfindet, wie sie ein Präsident, Ministerialrat oder Minister empfinden würde, kommt den Verfassern derartiger Beschwerdebescheide nicht zum Bewußtsein.

Die neurasthenia judicis specifica ist eines Richters unwürdig: sie ist, wie oben dargelegt, zurückzuführen darauf, daß der Richter die tatsächliche Abhängigkeit, in der die Rechtsuchenden zu ihm während des Termins stehen, dazu ausbeutet, um seine nervösen Launen, seine Reizbarkeit an den Rechtsuchenden auszulassen, sie also ungerecht zu behandeln; sie verführt den aufgeregten Richter leicht zu schiefen Urteilen und Vorurteilen und raubt den Rechtsuchenden das Vertrauen zur Rechtspflege. Daher sollte die Aufsichtsbehörde diesem Übel die denkbar größte Aufmerksamkeit zuwenden. Wie oben dargelegt, ist es für die Aufsichtsbehörde zumeist außerordentlich schwer, aus der Beschwerde des Einzelnen über unhöfliche, grob ausfahrende, verletzende Behandlung einen Anlaß zum disziplinarischen Einschreiten gegen den Richter zu gewinnen; aber die Aufsichtsbehörde sollte in Fällen dieser Art den Richter darüber niemals in Zweifel lassen, daß, wenn jene Annahmen des Beschwerdeführers richtig sind, ein solches Verhalten des Richters die ernsteste Mißbilligung seitens der Aufsichtsbehörde finden müßte. Die Aufsichtsbehörde sollte in allen irgendwie geeigneten Fällen, namentlich aber, wenn die Beschwerde dem Richter eine gewohnheitsmäßige ungerechte Behandlung vorwirft, die Ermittelungen nicht auf bloße Erforderung der Äußerung des beschuldigten Richters beschränken, sondern weiter ausdehnen, um den Grund oder Ungrund der Beschwerde zu ermitteln. Richtig betrachtet genießt bei der gegenwärtigen Handhabung der Richter nicht den genügenden Schutz von seiten der Aufsichtsbehörde: dem Richter ist durch Beschwerden der bezeichneten Art der schwere Vorwurf grober Verletzung seiner Dienstpflichten gemacht; und wenn der Richter sich dieser schuldig gemacht zu haben bestreitet, dann müßte die Aufsichtsbehörde die Ermittelungen in der Richtung fortsetzen, daß je nach Lage des Falles die Bestrafung des Beschwerdeführers wegen wissentlich falscher Anschuldigung beantragt werden kann. Ist zu solchem Vorgehen kein Anlaß und der Sachverhalt nicht klar, so müßte die Aufsichtsbehörde allermindestens dem Richter im Dienstaufsichtswege die allgemeine Vermahnung zu pflichtmäßiger Amtsführung, also zu Beherrschung seiner neurasthenischen Launen einschärfen. Wo aber die Ermittelungen ergeben, daß der Richter sich diesen Launen in besonders tadelnswerter Weise hingegeben habe

oder sich ihnen gar gewohnheitsmäßig überläßt, da sollte derartiger schlimmer Neigung im Interesse der Rechtspflege mit voller Strenge des Disziplinargesetzes entgegengetreten werden. So würde das geschilderte Krebsübel unserer Rechtspflege sehr bald verschwinden; denn die Richter sind auch nur — Menschen und für alle Menschen gilt der Grundsatz, daß die Furcht vor Strafe das beste Mittel zur Verhütung von Verbrechen ist. Auch der Fall Brausewetter sollte den Aufsichtsbehörden eine ernste Mahnung sein: denn die neurasthenia judicis specifica, also eine gewohnheitsmäßig ungerechte Behandlung der Rechtsuchenden durch die Beamten, denen die Rechtspflege obliegt, eine Ausbeutung der tatsächlichen Abhängigkeit, in der die Beteiligten während des Termins dem Richter gegenüber sich befinden, zu ungerechter Behandlung der Rechtsuchenden, ist etwas so auffallend pflichtwidriges, sie beruht auf einer so schlimmen Verkennung des Richteramts und zeigt von einem solchen Mangel an Gerechtigkeitsgefühl, daß man sie bei einem geistig normalen Manne nicht für möglich halten sollte. Justitia est fundamentum regnorum!

Ein neues Exerzier-Reglement.*)

Von Fritz von Wolfstein.

„Rast ich,
So rost ich".

Mit König Albert von Sachsen ist der letzte deutsche General zur großen Armee abgegangen, der in leitender Stelle, als Armeeführer, den großen Krieg mitgekämpft hat.

Schon gibt es seit mehr denn Jahresfrist eine ganze Reihe von Regimentskommandeuren, die ihre militärische Laufbahn erst nach dem Friedensschluß 1871 begonnen haben. In 15 Jahren wird voraussichtlich von den Mitkämpfern im großen Krieg keiner mehr im aktiven Dienst der Armee sich befinden. Das deutsche Offizierkorps wird dann seiner weitaus größeren Mehrzahl nach nur noch aus „Friedenssoldaten" bestehen.

Den verschwindend geringen Prozentsatz des gesamten Offizierkorps, der berechtigt sein wird, eine Ordensauszeichnung mit Schwertern (Kriegsdekoration) zu tragen, werden diejenigen Offiziere bilden, welche

*) Die nachstehenden Zeilen beschäftigen sich nur mit dem Exerzier-Reglement für die Infanterie als der Hauptwaffe.

entweder in unserem kolonialen Besitz eine Expedition gegen farbige Eingeborne oder aber in den Jahren 1900/01 in China die Streifen gegen die Boxer mitgemacht haben, da die Wahrscheinlichkeit eines großen europäischen Krieges auf absehbare Zeit gering ist.

Angesichts dieser in 1½ Dezennien mit Sicherheit zu erwartenden Verhältnisse erscheint es als Pflicht eines vaterlandsliebenden Mannes, der Einblick in die Verhältnisse der Armee aus eigenster Erfahrung hat, für seine Person mit gutem Willen dazu beizutragen, daß nicht, wie dies bei lang andauernder Friedensperiode nach siegreichem Feldzug in der Regel der Fall zu sein pflegt, kostbare Zeit auf Entbehrliches verwendet, und der echt soldatische Geist mehr und mehr auf Äußerlichkeiten abgelenkt werde, während doch unser Heer auf dem Wege zur Vervollkommnung unbeirrt und rüstig weiterschreiten sollte.

Wenn erst wieder einmal die blauen Bohnen pfeifen, dann werden weder das Kaiserabzeichen für gute Schießleistung bei der Mannschaft noch infolge langer Friedensdienstzeit oder bei Jubiläen, Paraden und anderen festlichen Gelegenheiten angefallene Orden bei den Offizieren, weder die Namenszüge auf den Achselklappen vieler Regimenter, noch der Ringkragen bei den Fahnenträgern, weder eine Erinnerungsmedaille auf der Brust eines jeden Angehörigen der Armee, noch ein Säkularfahnenband, weder die Feldbinde bei sämtlichen Offizieren, noch eine neue Stickerei am Uniformkragen der Generale auch nur das Geringste zum Erfolg beitragen.

Eine sorgfältige Vorbereitung des Krieges durch die Heeresverwaltung vorausgesetzt, wird einzig und allein die Kriegstüchtigkeit der Führer, vom ältesten General bis zum jüngsten Gruppenführer herab, und die Kriegsfertigkeit und der Geist der Mannschaft ausschlaggebend sein für den Erfolg.

Es wird sich auch zeigen, daß „der Generalstab wertvoller ist als der Marschallstab.“

Das ist gewißlich wahr. —

Das Exerzier-Reglement von 1888 hat uns seinerzeit eine ganz bedeutende Vereinfachung gegenüber der früheren Vorschrift gebracht. Viel Ballast, den man lange Jahre mitgeschleppt hatte, wurde damals als entbehrlich über Bord geworfen.

Unseres Erachtens erscheint für eine noch weitergehende Vereinfachung des Reglements der Zeitpunkt gekommen.

Solange unsere Vorschrift neben den beiden ersten Teilen „Schule“ und „Gefecht“ als vollständig gleichberechtigt und gleichwichtig den 3. Teil „Parade“ aufweist, sind die Worte, die wir gelegentlich einer Besichtig-

ung aus dem Munde eines anerkannt hervorragend tüchtigen kommandierenden Generals hörten, nicht anzufechten: „Ich muß das Parademäßige ebensosehr verlangen als das Kriegsgemäße."

Bei der betreffenden Truppe war nämlich auf die kriegsgemäße Ausbildung augenscheinlich mehr Zeit und Fleiß verwendet worden als auf die Parade.

Die Anerkennung hierfür wurde dem gewissenhaften Kommandeur, der seinen Beruf von der ernsten Seite erfaßt hatte und auch seinen Untergebenen die gleiche ernste Auffassung vom Beruf des Soldaten, wie man sie leider heutzutage nicht überall trifft, anzuerziehen unablässig bestrebt war, vor seinem versammelten Offizierkorps in den vorerwähnten Worten ausgesprochen, wobei nur die scharfe Betonung des Wörtchens m u ß einigermaßen versöhnend klang.

Nun entzieht man aber — beim rechten Licht betrachtet — den kräftigsten Teil unserer männlichen Bevölkerung doch nur deshalb 2 und 3 Jahre seinem eigentlichen Lebensberuf, um aus den Leuten während dieser ihrer Dienstzeit treffsichere, selbständig handelnde Schützen, tüchtige Kanoniere, verwegene und gefürchtete Reiter zu machen, auf die das Vaterland entsprechend den in langer Friedenszeit aufgewandten ungeheueren Geldmitteln zum Unterhalt und zur Ausbildung eines stehenden Heeres von über ½ Million Soldaten in der Stunde der Gefahr sich unbedingt verlassen kann, aber wahrhaftig nicht dazu, um mit Allerlei für eine wirklich kriegsgemäße Ausbildung völlig Entbehrlichem einen ganz wesentlichen Teil der seit Verkürzung der aktiven Dienstpflicht noch kostbarer gewordenen Zeit nutzlos zu vergeuden!

Soll hierin Besserung geschaffen werden, so kann dies nur durch Abänderung der Allerhöchsten Vorschrift, des Exerzier-Reglements, erfolgen.

Unserer Ansicht nach sind in dem jetzigen Exerzier-Reglement von 1888 an 3 Stellen Streichungen u n b e d i n g t geboten: Bei den Griffen, bei den Richtungen und beim Parademarsch.

An Griffen brauchen wir „Das Gewehr über!", um vor Antreten des Marsches das Gewehr zum Tragen auf die Schulter zu bringen, und „Gewehr ab!" beim Halten, sowie die Chargierung d. h. die Ladegriffe (Laden von Gewehr ab und Gewehr über, laden im Knieen und Liegen; laden während der Bewegung sowohl in der geschlossenen Abteilung von Gewehr über aus, als in der Schützenlinie von Gewehr ab) und — in der geschlossenen Abteilung — das Einnehmen der Schuß-(Fertig-) Stellung auf Kommando.

Dazu kommen noch die Griffe: „Seitengewehr pflanzt auf!", „Zum Sturm Gewehr rechts!" und „Fällt das Gewehr!"

Letztere 3 beanspruchen zur Erlernung sehr wenig Zeit. Bei den erstgenannten aber bliebe gewiß noch reichlich Gelegenheit, die Mannschaft durch sorgfältigste Einübung zu „drillen".

Was wir ganz entschieden nicht brauchen, ist der Präsentiergriff, der mit der kriegsgemäßen Ausbildung gar nichts zu tun hat.

Leider wird aber gerade auf ihn ein ganz erheblicher Teil unwiederbringlicher Zeit verschwendet, da das Präsentieren, vollkommen richtig nach der Vorschrift ausgeführt, der weitaus schwerste Griff ist.

Kein vernünftiger Mensch, der Soldat war, bedauert es heutzutage, daß die Parademärsche mit „Gewehr über" ausgeführt werden statt wie früher mit „angefaßtem Gewehr", und daß dieser Griff überhaupt ganz weggefallen ist. Man hatte sich sehr bald daran gewöhnt. Heute fragt niemand mehr nach jenem Griff.

Sollte ein Gleiches nicht auch mit dem so viele Zeit in Anspruch nehmenden und dabei doch gänzlich überflüssigen Präsentiergriff der Fall sein?

Ganz gewiß!

Das wollten wir doch sehen, wenn nur ein Viertel der durch Fortfallen des Präsentiergriffes ersparten Zeit noch auf Verbesserung der Haltung der Leute verwendet würde, und dann die Mannschaft nach tadelloser Ausführung des Griffes „Gewehr über" ihrem obersten Kriegsherrn in straffster Haltung bei freier, nicht wie beim Präsentieren durch die Haltung der Arme eingeengter Brust und zurückgenommenen Schultern dreist in die Augen schauen würde, ob man den Präsentiergriff nicht auch bald verschmerzen würde!

Das bei der senkrechten Stellung des präsentierten Gewehrs so unangenehm sich bemerkbar machende Schwanken der Gewehre würde bei „Gewehr über" entschieden bedeutend verringert sein. Stellt man sich noch die unvorteilhafte Haltung der Leute bei präsentiertem Gewehr vor, die zurückgenommenen linken und zu weit vorgebrachten rechten Schultern, die viel beanstandete ungleichmäßige Lage der linken Hände, sowie den — vom ästhetischen Standpunkt betrachtet — nicht gerade schön zu nennenden Anblick der sonnverbrannten, großen, durch schwere Berufsarbeit auseinandergegangenen Hände unserer Mannschaften überhaupt und erinnert man sich daran, daß dieser schwierige Griff mit der kriegsgemäßen Ausbildung auch nicht das geringste zu tun hat, sondern einzig und allein ein aus alten Zeiten überkommenes Paradestück ist, so wird man uns beistimmen, wenn wir mit aller Entschiedenheit sagen: Fort mit dem Präsentiergriff!

Viel Ärger und Verdruß würde damit aus der Welt geschafft. Man

frage nur einen verständigen Offizier, der seinen Beruf ernst auffaßt! Der wird dies bestätigen.

Ein richtiger Kommisknopf freilich wird sagen, der schöne Präsentiergriff dürfe unter keinen Umständen wegfallen, sonst freue ihn der ganze Dienst nicht mehr, wie jener Bataillonskommandeur aus der alten Schule, dem der Wegfall seines geliebten Bataillonskarrees so nahe ging, daß er seinen Abschied nahm.

Aber um solche Leute ist es nicht schade! —

Wir sind uns wohl bewußt, daß die Aussichten für Verwirklichung unseres Verlangens zur Zeit vielleicht noch gering sind.

Vorigen Sommer erschien eine Neuausgabe der „Garnisonsdienstvorschrift". Als uns dieselbe zu Gesicht kam, war unser erstes, daß wir nachschauten, ob denn das Präsentieren der Wachen bei der Ablösung — beim Aufziehen der neuen Wache — endlich abgeschafft sei.

Nein. Es ist geblieben.

Wenn Offiziere als Wachhabende aufziehen, was jedoch nur in Residenzstädten und großen Festungen noch der Fall ist, kann man sich das gegenseitige Sich-Anpräsentieren allenfalls zur Not noch gefallen lassen; aber bei Unteroffizieren, zumal bei jungen Unteroffizieren, denen man mitunter die Angst um das richtige Kommando noch anmerkt, und gar erst bei Gefreiten als Führern von Wachen wirkt das durch nichts motivierte gegenseitige Präsentieren sonderbar, höchst sonderbar auf den denkenden Zuschauer.

An ein Abschaffen des Präsentiergriffs scheint man also, nachdem er in der gegen früher in vielen Punkten vereinfachten neuen Garnisonsdienstvorschrift immer noch enthalten, bisher noch nicht gedacht zu haben.

Im Gegenteil: Gelegentlich der vorjährigen Frühjahrsparade vor dem Kaiser wurde bei der Leibkompagnie eines Garderegiments sogar ein weiterer Paradegriff aus der fridericianischen Zeit wieder ausgegraben!

Das müßte eigentlich darauf schließen lassen, daß dort die ganze Ausbildung wirklich v o l l e n d e t und noch Zeit für Derartiges übrig sei.

Neuerdings, am 5. Dezember 1902, erschien eine Kaiserliche Kabinetsordre, durch welche den gesamten Fußtruppen des Gardekorps im Andenken an die ruhmreiche Infanterie König Friedrichs des Großen das Vorrecht verliehen wird, als Honneur und bei Paraden vor dem Kaiser mit „angezogenem Gewehr" zu defilieren. (Folgen die Zusätze zu den Reglements der Fußtruppen des Gardekorps).

Einer unserer Bekannten, der auch Soldat gewesen, bemerkte, als diese Nachricht durch die Zeitungen lief, in trockenem Ton: „Die histo-

rischen Blechmützen werden ohnehin schon seit langem wieder getragen. Im nächsten Jahr, wenn der Zar nach Berlin kommt, werden zunächst versuchsweise bei der Leibkompagnie die Zopfperrücken wieder angelegt, und bis zum Jahre 1910 wird der echte, steifgewichste Naturzopf wieder in der Armee eingeführt."

Ein Griff mit beiden Händen nach unserm bedenklich sich lichtenden Haupthaar gab uns die beruhigende Gewißheit: Wir sind bis dorthin dienstunbrauchbar. —

Doch Scherz beiseite: Je mehr man in Preußen auf derartige Abwege gerät, um so mehr hätte unseres Erachtens die bayerische Heeresverwaltung, die ja im Frieden völlig selbständig und unabhängig ist, Veranlassung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu arbeiten, daß der ganze militärische Dienstbetrieb von allem entbehrlichen Firlefanz befreit, und die gesamte, gegen früher ohnehin schon um ein Drittel gekürzte Dienstzeit zur Schulung der waffenfähigen männlichen Jugend für die Forderungen des Kriegs ausschließlich verwendet werde.

Wenn Bayern das ihm zustehende Recht mit aller Energie in dieser Richtung geltend machte, so wäre das, falls Preußen auf den schon mehrfach betretenen Abwegen verharrt, ein bayerisches „Reservatrecht", das man sich nicht brauchte antasten zu lassen, und auf das Bayern mit Grund stolz sein könnte.

Man streiche also, wie oben gesagt, bei den Griffen das Präsentieren!

Selbst der blutjunge, neubeförderte Leutnant würde es schließlich ertragen lernen, daß der Posten zur Ehrenbezeigung statt zu präsentieren wie bisher, nur mehr mit Gewehr über stillsteht, wenn der älteste General und der oberste Kriegsherr selber mit dieser Art der Beehrung zufrieden wäre.

Wir sind ganz entschieden für Beibehaltung des „Drills" als Erziehungs- und Disziplinierungsmittel; aber wir sind nicht Anhänger eines ins maßlose übertriebenen Drills, der das Exerzieren als Selbstzweck, um des schönen Exerzierens willen betreibt, wie dies heutzutage leider nicht selten geschieht, statt es nach der Allerhöchsten Vorschrift einzig und allein als Mittel zur Schulung der Truppe für den Krieg aufzufassen und zu betätigen.

Der Wert des Drills als Erziehungsmittel beruht doch wohl darin, daß der Mann gewöhnt wird, mit vollster, schärfster Aufmerksamkeit beim Dienst zu sein, das gegebene Kommando sofort zu erfassen und bis in die kleinste Einzelheit peinlich genau so, wie man's ihn nach der Vorschrift gelehrt, und, wo dies notwendig, bei äußerster Anspannung der Kräfte auszuführen.

Wenn man sich überall zum Grundsatze machte, bei allen Übungen in erster Linie wirklich vollkommen richtige Ausführung zu verlangen und unter steter Beibehaltung exaktester Ausführung erst allmählich die Geschwindigkeit zu steigern, dann bliebe auch nach Wegfall des Präsentiergriffes noch reichliche Arbeit übrig und Gelegenheit zum Drillen genug.

Zum Schlusse unserer Betrachtung über die Griffe sei noch als hierher gehörend die Bemerkung gestattet, daß von der reglementären Erlaubnis, beim Marsch das Gewehr am Riemen umgehängt zu tragen, ein weit ausgiebigerer Gebrauch gemacht werden könnte, als dies tatsächlich geschieht. Eine marschierende Abteilung mit umgehängten Gewehren ist eigentlich eine Seltenheit. Und doch ist der Gewehrriemen nur zum Umhängen des Gewehres da und nicht etwa als Zierrat!

Unsere Mannschaften haben nach der Schießvorschrift alle Übungen mit langem Gewehrriemen zu schießen; auf den Militärschießschulen sieht man überhaupt kein Gewehr anders, als mit langen Gewehrriemen. Auf den Exerzier- und Truppenübungsplätzen aber, wo die Gefechtsausbildung geübt wird, desgleichen in den Manövern haben wir, von den Jägerbataillonen abgesehen, noch selten eine Truppe anders als mit kurzem Riemen gesehen.

Zu den Richtungen übergehend finden wir in unserem jetzigen Reglement solche nach vorgenommenen „Points“ (nicht Punkten oder Richtpunkten!) und nach „Rotten“ nach dem rechten und linken Flügel in geraden und schrägen Fronten.

Wir haben öfter Gelegenheit gehabt, zu beobachten, daß gerade solche Kompagniechefs, die täglich verhältnismäßig viel Zeit auf derartige Richtungen verwandten, am Tage der Kompagniebesichtigung, der Fertigkeit ihrer Mannschaften im Ausrichten und der eigenen Gewandtheit im Verfeinern der Richtung mißtrauend, bei der ersten Aufstellung — vor Ankunft der besichtigenden Vorgesetzten — allerlei in der Vorschrift nicht vorgesehene Mittel wie Schnüre, Leinen und Holzpflöckchen anwandten, um die gewünschte „haarscharfe“ Richtung zu stande zu bringen.

Und es behaupte niemand, daß derartiges heutzutage nicht mehr vorkomme! Bis der besichtigende Vorgesetzte herankommt, sind freilich alle jene Hilfsmittelchen verschwunden.

Gewiß muß eine Abteilung geübt und gewandt sein im raschen Aufnehmen der Richtung in jeder beliebigen Front. Es wird jedoch entschieden zu viel Zeit verwandt auf Richtungen in langen, in sich geschlossenen Linien, wie sie Kompagniefronten d. h. Kompagnien in zweigliedriger Linie darstellen.

Nach der Kompagnieschule, also vom Bataillonsverband an aufwärts, tritt die Kompagnie immer in Kompagniekolonne, die drei Züge mit je sieben Schritt Abstand hintereinander, auf. Die Linienformation wird dann nur noch aufgenommen beim Aufmarsch gegen Kavallerie, um alle Gewehre in Verwendung bringen zu können, und im Artilleriefeuer, um die Tiefe der Formation zu veringern. Auf „haarscharfe" Richtung kommt es in beiden Fällen gewiß nicht an.

Man verlange daher überall, bei jedem Antreten einer Abteilung zum Dienst, nach dem Stillstehen beim Kommando „Rührt Euch!", kurz bei allen Gelegenheiten mit eiserner Konsequenz tadellose Ordnung (Richtung, Fühlung und Deckung) und strafe jeden Säumigen von vornherein unnachsichtlich! Dann wird man die Richtungen der Kompagnie in Linie ruhig streichen können und hierdurch wieder ein gut Teil Zeit sparen, die nutzbringender auf andere Zweige der Ausbildung verwendet werden kann.

Und nun kommen wir noch auf den Parademarsch zu sprechen.

Auf ihn wird — wie allgemein bekannt — sündhaft viel Zeit verschwendet. Ganz wird man ihn unserer Ansicht nach, solange es stehende Heere gibt, nie entbehren wollen. Aber die Zeit zu seiner Einübung sollte doch einigermaßen im Einklang stehen mit dem immerhin doch nur geringen Wert, der dem Parademarsch allenfalls noch beigemessen werden kann!*)

Wohl ist uns jenes, wie behauptet wird aus hohem Munde stammende Wort bekannt, daß der Parademarsch ein Prüfstein sei für die Ausbildung einer Truppe.

Das mag — vielleicht — einmal richtig gewesen sein. Allein die Zeiten haben sich denn doch gründlich geändert, und die Anforderungen, die an die Truppe gestellt werden, erst recht.

Auf gefechtsmäßige Ausbildung, die in dem selbständig handelnden

*) Es sei hier darauf hingewiesen, daß eine ganze Anzahl deutscher illustrierter Zeitungen vor dem Abtransport unseres Expeditionskorps nach China im Sommer 1900 als letztes Bild von vaterländischer Erde den Parademarsch der Truppen vor dem Kaiser brachte, derselben Truppen, an die das kaiserliche Wort ergangen war, daß „Pardon nicht gegeben werde"; daß selbst ernste, entschieden vaterländisch gesinnte Blätter eine in China hergestellte, photographische Aufnahme reproduzierte, auf welcher eine deutsche Abteilung in Tropenhelm unter präsentiertem Gewehr zu sehen war, mit der Unterschrift: „Gewehrübungen unserer Ostasiaten".

Solche Erscheinungen sind bezeichnend dafür, wie die Presse, die Repräsentantin der öffentlichen Meinung, leider die zurzeit herrschende Vorliebe zum Paradedrill nicht nur nicht bekämpft, sondern sogar direkt unterstützt.

Schützen das Ideal eines Infanteristen sieht, auf Schießfertigkeit und Vertrautsein mit den Leistungen des Gewehres, auf Ausnützung des Geländes, auf Entfernungsschätzen, rasches und genaues Einstellen der Visiere, Gewandtheit im Vorposten-, Marschsicherungs- und Patrouillendienst verbunden mit präziser Meldungserstattung ist heute der Hauptwert zu legen.

Auf diese Dienstzweige sollte man bestrebt sein soviel Zeit und Fleiß als nur irgend angängig zu verwenden.

Hierfür könnte eine ganz wesentliche Ersparnis an Zeit gemacht werden, wenn man sich dazu entschlösse, den Parademarsch in Kompagniefront in der neuen Vorschrift wegzulassen.

Es ist ja immer, wie man sich auszudrücken pflegt, Glückssache, wenn eine solch lange Linie wirklich gerichtet vorbeikommt, ohne daß ein Einzelner durch plötzliches Stocken, um die Richtung zu verbessern, oder durch Vorprellen das Ganze verdirbt und hierdurch seinen Kompagniechef zum mindesten in gelinde Aufregung versetzt.

Verbleiben würde dann immer noch der Parademarsch in Zügen, Kompagnie- und Regimentskolonnen. Die letztgenannte Art wurde früher in der Weise ausgeführt, daß die drei Bataillone des Regiments, in aufgeschlossenen Tiefkolonnen formiert, nebeneinander defilierten. Heutzutage marschieren in der Regimentskolonne — entgegen den Bestimmungen des Exerzierreglements — zumeist die 12 Kompagnien, in Linie formiert, hintereinander, was ja genau dasselbe Bild abgibt.

Wenn man zu jener früheren Art der Zusammenstellung der Regimentskolonne zurückkehrte, brauchte man nicht anders mehr zu üben als den Parademarsch in Zügen, nachdem in der Kompagniekolonne die Züge, in der Tiefkolonne des Bataillons die Kompagniekolonnen hintereinander sich folgen.

Es sei hier noch die Bemerkung gestattet, daß vielfach beim Parademarsch einzig und allein auf scharf gerichtete Linien gesehen wird, während wir den allenfallsigen Wert des Parademarsches nur in straffster Haltung des einzelnen Mannes bei richtiger und flotter Beinbewegung erblicken können.

Ob der Parademarsch im Laufschritt sowie das Karree im neuen Exerzierreglement noch einige Berechtigung haben, erscheint mehr als fraglich.

Alles in allem ließe sich das neue Exerzierreglement gegenüber dem jetzigen in den 3 angegebenen Punkten ganz wesentlich und vorteilhaft vereinfachen.

Auf eine Stelle im jetzigen Reglement, die wohl der Klärung bedarf, möchten wir nicht unterlassen, noch hinzuweisen:

Beim Marsch „ohne Tritt“ ist der Mann „von der genauen Ausführung des Schrittes entbunden“; zur Wiederaufnahme des gleichmäßigen Schrittes erfolgt das Kommando „Tritt gefaßt!“

Die bayerischen Truppenteile behalten nach unserer Beobachtung wohl ausnahmslos auf das Kommando „ohne Tritt“ den Gleichtritt bei, während wir bei andern, nord- und auch nichtpreußischen süddeutschen Regimentern, insbesondere aber gelegentlich eines Besuches der reichsländischen Schlachtfelder beim XVI. Armeekorps in Lothringen, bemerkten, daß die Leute ohne Gleichtritt, jeder in dem ihm bequemsten Schritt, weitermarschieren.

Man mag nun einwenden, das Marschtempo von 114 Schritten in der Minute müsse nach der jetzigen Vorschrift beibehalten werden; infolgedessen könne der Gleichtritt überhaupt nicht verloren gehen.

Dieser an sich richtigen Aufstellung gestatten wir uns die Tatsache entgegenzuhalten, daß der Gleichtritt sofort verloren geht in dem Augenblick, in welchem die Truppe, die Straße verlassend, über Sturzäcker, durch Kartoffelfelder usw. zu marschieren genötigt ist, und daß dann auch kein Vorgesetzter ein Wort darüber verliert, selbst wenn er sonst beim Exerzieren und beim Marsch in der Abteilung über jeden einzelnen, der einmal vorübergehend den Gleichtritt verliert, sich noch so sehr aufzuregen pflegt.

Zweifellos tut sich aber bei schwierigen Bodenverhältnissen diejenige Truppe leichter, welche schon gewohnt ist, auch außer Gleichtritt die Ordnung beizubehalten.

In dem neuen Reglement wäre wohl ein Zusatz zu dem oben teilweise im Wortlaut angeführten Abschnitt über den Marsch „ohne Tritt“ angezeigt dahinlautend, daß auf dieses Kommando auch außer Gleichtritt marschiert werden darf. Will man aber beim Marsch „ohne Tritt“ den Gleichtritt beibehalten haben, so erscheint für den Marsch ohne Gleichtritt ein neues Kommando, etwa „außer Tritt“, als zweckmäßig.

Wir sind am Schlusse unserer Betrachtung und haben uns der Hauptsache nach darauf beschränkt, aufmerksam zu machen, wo Entbehrliches weggelassen und hierdurch Zeit gewonnen werden könnte, um das Notwendigste, die gefechtsmäßige Ausbildung, desto eingehender und nachhaltiger zu betreiben.

Wie letzteres zu geschehen habe, darüber werden die auf den Militär-Schießschulen, in den Manövern, auf Exerzier- und Truppenübungsplätzen, beim gefechtsmäßigen Abteilungsschießen der Truppen, vor allem aber auch auf neueren Kriegsschauplätzen unter dem Eindruck der „Leerheit“ des modernen Schlachtfeldes gesammelten Erfahrungen den nötigen Anhalt geben.

In absehbarer Zeit wird ja eine den heutigen Anforderungen entsprechende Uniform, an der alles Bunte und Glänzende wegbleibt, in der deutschen Armee allgemein eingeführt werden. Nur das rein Praktische wird dabei maßgebend sein; zu gunsten einer wirklich in Farbe und Schnitt zweckmäßigen Uniform, wird Preußen auf seine dunkle, Bayern auf seine hellblaue Uniform Verzicht leisten.

Der Soldat ist eben zu Ernsterem berufen als zu prunkenden Paraden vor in- und ausländischen Fürstlichkeiten.

Die künftige Bekleidung und Ausrüstung wird im allgemeinen derjenigen unserer aus Ostasien zurückgekehrten Chinakrieger gleichen: Waffenrock mit Umlegkragen, vom Schnitt der Litewka, und Hose aus „feldgrauem" Tuch; Helm mit schilfgrünem Überzug; grauer Mantel; naturfarbenes Lederzeug. Wegen Ersatzes des Tornisters und der den Anschlag behindernden Patrontaschen durch zweckmäßigere Ausrüstungsstücke sind die Versuche längst im Gang. Kochgeschirre und Feldflaschen aus Aluminium sind schon seit Jahren als Kriegsgarnitur auf den Kammern und zum Teil im Gebrauch.

Luftballon, Fahrrad, Entfernungsmesser, Automobil, Lichtfernsprecher und Funkentelegraphie sind in der Armee praktisch erprobt und dauernd eingeführt.

Ist man also hier überall bestrebt, den Anforderungen der Jetztzeit voll Rechnung zu tragen, dann entferne man auch alles Entbehrliche aus unserem Exerzier-Reglement zu gunsten einer wirklich gefechtsmäßigen Ausbildung gleich dem Gärtner, der sorgsam das wuchernde Unkraut ausjätet, um seinen Pflanzen ein desto kräftigeres Wachstum zu sichern.

Kleine Mitteilungen.

Der Stellvertreter Gottes auf Erden.

In den letzten Wochen haben wir in klerikalen und auch in anderen Blättern so viele Lobsprüche über Leo XIII. gehört, daß uns jetzt, nachdem der erste Eindruck von der Trauerkunde vorübergegangen ist, die Frage einer Beantwortung wert erscheint, in welchem Maße es dem Papste gelungen war, das zu sein, was er zu sein behauptete: der Stellvertreter Gottes auf Erden. Der Papst erhebt den Anspruch, an Gottes Stelle auf Erden zu stehen und darum über alle Völker und alle Reiche die Gewalt zu besitzen; gewiß ein Anspruch, der ungeheuere Pflichten in sich birgt, denn was ist schwerer für den Staubgeborenen, als göttlich zu handeln?

Wir sind gewohnt mit dem Begriffe „Gott" die Vorstellung von einem Wesen zu verknüpfen, das die höchste Gerechtigkeit, Wahrheit, Weisheit und Güte in sich ver-

körpert. Wenn daher ein Mensch der Stellvertreter dieses Wesens sein will, dann muß er sein Recht beweisen nicht aus alten Pergamenten, nicht aus Bullen von früheren Päpsten und Konzilienbeschlüssen — nein, durch die lebendige Tat. Als „Stellvertreter Gottes" im erweiterten Sinne erschiene auch dem freien Denker der Mensch, welcher Beweise dafür ablegte, daß er an Gerechtigkeit, Wahrheitsmut, Weisheit und Güte alle Sterblichen überträfe. Und wirklich bringen auch freie Denker solchen Menschen außerordentliche Verehrung entgegen. Man braucht nur an Namen wie Sokrates, Giordano Bruno, Wilberforce, Voltaire als Anwalt des Calas zu erinnern. Das „Göttliche" im Handeln besteht darin, daß man so nicht handelt, wie es menschliche Klugheit für richtig hält, daß man vielmehr bereit ist, alles zu opfern — Hab und Gut, alles was einem teuer ist, Gesundheit und auch das Leben um der Wahrheit, der Gerechtigkeit, um dem Guten in der Welt zum Siege zu verhelfen. Darum handelte auch der Jesus der Evangelien in diesem Sinne göttlich, als er dem Hohepriester auf dessen Frage: „Ich beschwöre Dich bei dem lebendigen Gotte, daß Du uns sagst, ob Du seiest Christus, der Sohn Gottes" antwortete: „Du sagst es" (Matth. 26; 63—64), denn er wußte, daß er sein Leben verlieren würde, und widerrief doch nicht das, was er für Wahrheit hielt.

In jedem Menschenleben kommen Augenblicke, in denen wir zeigen können, ob etwas Göttliches in uns lebt, Augenblicke, wo wir für Wahrheit und Gerechtigkeit eintreten müssen unter großen Opfern. Nun muß gesagt werden, daß nicht jeder Mensch so beschaffen ist, daß er aus derartigen Prüfungen als Märtyrer hervorgeht, ja man darf ohne weiteres zugeben, daß die meisten Menschen durchaus nicht den Beruf in sich fühlen, für ihre Überzeugung zu leiden, für das Gute in der Welt schmerzliche Opfer zu bringen. Man darf es auch wohl von keinem Menschen verlangen — außer von einem Einzigen, dem Einzigen, der sich selbst den „Stellvertreter Gottes auf Erden" nennt.

Von ihm darf erwartet werden, daß er in jeder Stunde seines Lebens bereit ist, alles zu opfern, um dem Guten in der Welt zum Siege zu verhelfen.

Um die Frage zu lösen, ob Leo XIII. in diesem Sinne der Stellvertreter Gottes gewesen ist, wollen wir an eine Episode seines Lebens erinnern, welche vor wenigen Jahren großes Aufsehen erregte: seine Weigerung, der unglücklichen Frau des auf der Teufelsinsel gefangen gehaltenen Hauptmanns Dreyfus zu ihrem Rechte zu verhelfen. Als sich eine Welt von Schurkerei und Niedertracht gegen das unschuldige Opfer der französischen Generalstabs-Maffia gewappnet hatte, sah Frau Dreyfus die einzige Möglichkeit zur Rettung ihres Gatten in der Intervention des Papstes, weil die Verfolger ausschließlich der klerikalen Partei in Frankreich angehörten. In der Broschüre „Rom und die Lüge" von Professor Michaud (Bern, Verlag von Stämpfli u. Cie.), schildert der Verfasser, wie sich Hervé de Kérohant, selbst Katholik, bei Leo XIII. dafür verwandte, daß er interveniere. Es ist interessant, die Stelle hier abzudrucken, an welcher Michaud sagt: „In seiner Erklärung beschwor Herr v. Kérohant den Papst Leo XIII. kraft seiner Autorität das Wort auszusprechen, das die Katholiken erwarteten. „Ihm kommt es zu, ihm, dem Stellvertreter Christi", sagte er, „dieses Wort auszusprechen." Wahrlich, wenn Leo XIII. in der Tat der Stellvertreter des Gekreuzigten wäre, würde er in seiner Seele als Priester, wenn nicht in seiner Seele als Pecci, irgend welches Mitleid für das Opfer der Jesuiten empfunden haben; aber dieser souveräne Pontifex hat nichts gezeigt, als eine souveräne Gleichgültigkeit. Schon hatte ihn das arme Weib des Gefangenen auf der Teufelsinsel, die Jüdin, angefleht, das Wort auszusprechen — vergebens! Die Tränen und die Bitten der Märtyrerin wurden nicht erhört. Dieser Pontifex war ein Fuchs, der glaubte, daß die Schlauheit die erste theologische und moralische Kardinaltugend sei, und der nur Schlauheit übte, **wie wenn Christus am Kreuze Schlauheiten ausgeheckt hätte!** Dieser

Papst, der Lobsprüche hatte für Diana Vaughan, hatte nur Schweigen für Dreyfus!" Und weiter sagt Michaud: „Noch im März 1899, als es schon in ganz Europa Licht geworden war, hat Leo XIII. in der Audienz, die er Herrn Boyen d'Agen gewährte, nicht das geringste Gefühl des Mitleids ausgesprochen."

Was folgt daraus? Bei der einzigartigen Gelegenheit, die das Schicksal Leo XIII. darbot, sich wirklich als das zu zeigen, was er zu sein behauptete, hat er völlig versagt, hat er bewiesen, daß er der Stellvertreter Gottes auf Erden nicht war.

Ein anderer Mann, der Industrielle Scheurer-Kestner, hat die Tat gewagt, welche die Welt von dem römischen Pontifex erwartet hatte. Er hat Gesundheit, soziale Stellung, die meisten Freunde, die er sich in einem langen arbeitsreichen Leben erworben hatte, geopfert, ohne sich zu besinnen, weil er für die Gerechtigkeit einzutreten entschlossen war, weil er dem Guten in der Welt dienen wollte. Scheurer-Kestner war im Dreyfusfalle tatsächlich der Stellvertreter Gottes auf Erden.

Und wenn Leo XIII. jetzt vor seinem höchsten Richter erschienen sein wird, wie Millionen von Gläubigen annehmen, dann mag ihm dieser gesagt haben: „Du warst die entscheidende Autorität für Millionen von Gewissen, aber der große Moment hat Dich selbst klein erwiesen. Darum gelten auch für Dich die Worte, die einst mein Prophet Daniel zum König von Babylon sagte: Man hat Dich auf einer Wage gewogen und zu leicht befunden. Nicht Du, sondern dieser schlichte Mann, Scheurer-Kestner, der keine dreifache Krone trug, er ist mein wahrer Stellvertreter auf Erden gewesen.

*

Richard Roesicke †.

Der deutsche Liberalismus trägt an seiner Einflußlosigkeit gewiß in hohem Maße selbst die Schuld; aber es ist auch nicht zu verkennen, daß er vom Schicksal ganz besonders verfolgt worden ist. Mehr als einmal in seiner Geschichte hat ihm ein vorzeitiger Tod in schicksalsschwerer Stunde seine tüchtigsten Vertreter geraubt. So sank Karl Twesten, der besten einer, vorzeitig dahin, in jenen Tagen, da das deutsche Reich wurde und der Liberalismus sich vor neue, große Aufgaben gestellt sah; so starb Eduard Lasker in der Zeit der Neubildung der freisinnigen Partei; so jüngst im Jahre 1901 zwei Männer, auf die der Liberalismus große Hoffnungen setzen durfte: Georg v. Siemens und Karl Saenger. Und so wird ihm jetzt, wo er vor Sein oder Nichtsein gestellt ist, einer der letzten geraubt, deren Namen ein Trost in trüber Stunde war: Richard Roesicke.

Roesicke war, wenn wir seine Haltung mit einem kurzen Worte bezeichnen wollen, der Praktiker des Sozialliberalismus. Er war gewiß nicht der einzige, der soziale und liberale Ideen zugleich vertrat. Aber es gab und gibt sicherlich nur wenige, denen beide so sehr Herzenssache waren. Und daß er, der Großindustrielle, für sie kämpfte, das verlieh ihm eine ganz einzigartige Bedeutung. Das Wort „Sozialliberalismus" war wie für ihn geprägt; denn ihm war ein Liberalismus, der nicht zugleich sozial war, überhaupt keiner; und ebensowenig war ihm eine Sozialpolitik verständlich, die nicht liberal, d. h. für die der Arbeiter — um mit Herrn v. Kroecher zu sprechen — nicht Subjekt, sondern nur Objekt der Gesetzgebung war. Die Ursache für diese Auffassung aber war sein starkes, unbeirrbares Gerechtigkeitsgefühl.

Den guten Willen freilich haben so manche, die Fähigkeit, ihn in die Tat umzusetzen, hingegen nur sehr wenige. Daß Roesicke ein Mann der Tat war, hat er auf mehr als einem Schaffensfeld erwiesen. Das von ihm geleitete Unternehmen, die Schultheiß-Brauerei, hat er nicht nur technisch an die erste Stelle gebracht, sondern er hat es auch zu einem sozialpolitischen Musterbetriebe gestaltet. Er hat dem Brauerei-

gewerbe einen paritätisch geleiteten Arbeitsnachweis geschaffen. Organisierend, ratend, anfeuernd wirkte er in der Landesversicherungsanstalt Berlin, in den Berufsgenossenschaften, in der Potsdamer Handelskammer, in der Gesellschaft für soziale Reform.

Überall, vor allem aber im deutschen Reichstage, wirkte er durch die Kraft seines Wortes. Er war kein eleganter, durch besondere dialektische Gewandtheit und scharf pointierte Wendungen hinreißender Redner. Seine Rede war schlicht und schmucklos, aber reich an sachlichen Argumenten und wohldurchdachtem Material und sie war insbesondere getragen von einer imponierenden sittlichen Kraft. Wenn man Roesicke hörte, so wußte man stets, daß das ein Mann war, der mit dem ganzen Herzen für seine Sache kämpfte. Bei ihm, empfand man, war es keine Phrase, wenn er in seiner Rede gegen die Zuchthausvorlage ausrief: „Ich würde mich schämen, dem deutschen Reichstage angehört zu haben, wenn jemals dieses oder ein ähnliches Gesetz angenommen werden würde.“ Jene mannhafte, unerschrockene Rede brachte seinen Namen in Aller Mund zugleich mit dem Bassermanns, der damals so entschieden im gleichen Sinne kämpfte. Aber während dieser in den Dezembertagen des letzten Jahres sich durch seine Beteiligung am Kardorff'schen Rechtsbruch um allen Kredit brachte und mit einem Schlage die Hoffnungen, die man auf ihn gesetzt hatte, zerstörte, ist Roesicke von seinem Wege nie auch nur um einen Schritt abgewichen. Verschieden war daher auch das Schicksal beider Männer bei der letzten Reichstagswahl: Bassermann unterlag der Sozialdemokratie, Roesicke triumphierte über sie und veranlaßte sie zu dem Geständnis, daß seine Politik — die lebendige Widerlegung des Klassenkampfdogmas — die einzige sei, mit der man der Sozialdemokratie wirksam entgegentreten könnte. So scharf Roesicke auch stets die Grenzen zog, die ihn von der Sozialdemokratie trennten, er hat nie verkannt, daß sie auch für ihr Teil das Wohl der Arbeiter wollte. Sie hat ihm daher auch den Zoll ihrer Achtung nicht versagen können und der „Vorwärts“ hat sich durch die anerkennenden Worte, die er ihm nachrief, selbst geehrt.

Für den Liberalismus aber ist sein Verlust ein tief schmerzlicher, der nicht so bald verwunden sein wird. Er hatte den Gedanken der Einigkeit aller derer, die wirklich liberal sind, mit ganzem Herzen erfaßt und durch seine Persönlichkeit den Weg gewiesen, auf dem allein er zu verwirklichen ist. Ihm galt seine Arbeit noch in den letzten Tagen seines Lebens. Bis zum letzten Atemzuge bestätigte er, daß er ein moderner, von kleinlichen Vorurteilen freier, wahrhaft sozialer und liberaler Mann war, dem die Person Nichts, die Sache Alles war.

Nun ist auch sein beredter Mund verstummt, sein leuchtendes Auge geschlossen, sein vom Idealismus erfülltes Herz hat aufgehört zu schlagen. Der deutsche Liberalismus begräbt einen seiner besten Bannerträger. Möge er sein Andenken stets in Ehren halten und stets in seinem Sinne wirken!

*

Eine löbliche Unterwerfung.

Jüngst machte unter obenstehender Spitzmarke durch die ultramontane Presse ein Schriftstück die Runde, durch dessen Unterzeichnung der spanische Priester Pey-Ordeix, der durch sein in deutscher Sprache in unserem Verlage erschienenes Drama „Paternidad“ auch in weiteren Kreisen Deutschlands nicht unbekannt geblieben war, in der erniedrigendsten Form seine „Irrtümer“ widerrief und besonders seine Angriffe gegen den Jesuitenorden und seinen Stifter zurücknahm. Als Charakter hat sich hierdurch Pey-Ordeix vor aller Welt gerichtet, und die ultramontane Presse mag getrost über die Rückkehr dieses reuigen Sünders in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche jubeln. Eines aber hat sie bei der Mitteilung dieser löblichen Unterwerfung verschwiegen. Nicht ein gesunder, seines Willens uneingeschränkt mächtiger Mann hat hier aus Gründen besserer Erkenntnis in

freiem Entschluß von neuem die Götzen aufgerichtet, die er verbrannt hatte, sondern ein kranker, von den Nöten des Lebens zermürbter Kämpfer hat müde sein Banner eingezogen und seine Hoffnungen begraben. Wenn es in dem ihm zur Unterschrift vorgelegten Schriftstück zum Schlusse heißt:

„Endlich flehe ich die heilige katholische Kirche an, mir alle meine Übergriffe, Irrtümer und Vergehen zu verzeihen zu geruhen, die ich bei mir entdeckt habe und die eher als Resultate der Bosheit denn als Früchte der Schwachheit, Unwissenheit und unverständlicher Widersetzlichkeit zu betrachten sind" —

und wenn man dagegen die Worte hält, die er im Sommer 1901 in dieser Zeitschrift schrieb:

„Spanien ist das unglücklichste Land der Erde, weil in ihm der Jesuitismus herrscht. Ein Volk ohne Glauben, ohne Vertrauen, ohne Männlichkeit, ohne Kraft, ohne Gesetz, ohne Wissenschaft, ja ohne Ehrgefühl. Das höchste, was es tun kann, ist, zu wünschen, daß die andern Völker zusehen, ob es einen Schmerz gibt wie diesen Schmerz, und zu hoffen, daß der Geier des Jesuitismus endlich aufhöre, die Knochen eines stinkenden Kadavers zu entfleischen" —

wenn man diese Worte der obenstehenden Erklärung entgegenhält, dann weiß man, wo sich die echte Überzeugung äußert und welche allzu menschlichen Gründe hinter dieser, der Kirche nicht gerade zu besonderem Ruhme gereichenden Unterwerfung stehen.

Auf diese Gründe aber möchten wir besonders die Aufmerksamkeit unserer Leser hinlenken. Durch seine Erziehung und Ausbildung und seine Weihen hat sich der katholische Priester völlig zum Sklaven seiner Kirche, d. h. seines Brotgebers, gemacht. Drücken ihn die Lasten, die auf sein Gewissen gehäuft werden, zu stark und zerreißt er die Fesseln, so steht er hilflos da, ungeschickt zu einem weltlichen Beruf und meist dem physischen Untergang im Elend oder dem moralischen Harikiri durch die „löbliche Unterwerfung" ausgesetzt, wenn er keine Freunde findet, die ihm so lange Beistand leisten, bis es ihm gelungen ist, sich einen bürgerlichen Beruf zu schaffen. In unseren Zeiten werden von reichen Menschenfreunden so viele große Stiftungen zu humanitären Zwecken gemacht, — haben wir doch selbst Stiftungen für Tierschutzvereine und Antivivisektionsbestrebungen, — eine der wohltätigsten würde eine solche für katholische Priester sein, die Befreiung von einem für sie ein endloses Gewissensmartyrium bedeutenden Berufe ersehnen, ohne jemals einen Ausweg, ihm zu entrinnen, zu finden.

*

Ultramontane Ängste.

Bei Erwähnung der Einführung der deutschen Volkssprache in der katholischen Liturgie werden unsere rheinischen Rom-Janitscharen stets nervös. Der Trierer „Pastor bonus" schreibt 1903, S. 297: „Wo immer bisher die Forderung nach Einführung der deutschen Volkssprache auftauchte, hing dieselbe mit einer Los von Rom-Bewegung zusammen." Glaub's den Herren! Wenn einmal die katholischen Deutschen, die „sympathischen Musterknaben" der römischen Kirche nicht ganz Ordre parieren, dann ist man in Rom gleich aus dem Häuschen. Knirpsige Völker wie die Czechen und Ungarn, die der Kirche nie einen erheblichen Dienst geleistet haben, schlagen Rom gegenüber einen kecken und herausfordernden Ton an, und da ist es nicht einmal das Laienvolk, sondern es sind gerade die Priester, die gegen Rom Front machen. (Siehe Rectus-Affäre! Zu einer solchen Affäre haben die guten Deutschen noch sehr weit!) — Ein zweiter kitzlicher Punkt für unsere Ultramontanen ist der Cölibatszwang *) Ich hebe aus dem angezogenen Artikel des „Pastor bonus" folgenden Passus heraus, der unaufgeklärten Katholiken nicht oft genug vorgehalten werden kann. In dieser ultramontanen Fachzeitschrift heißt

*) Nicht der Cölibat an und für sich ist sittlich verwerflich, sondern der Cölibatszwang!

es wortwörtlich: Es ist sicher richtig, daß die Kirche, welche den Cölibat eingeführt, ihn auch abschaffen kann. Gott bewahre seine hl. Kirche vor der Aufhebung des Cölibats." Das will nämlich heißen: „Gott bewahre die heutige Jesuiten- und Geschäftskirche vor einer anständigen und keuschen Priesterehe." Die Ehe ist aber — nach streng katholischer Anschauung — ein hl. Sakrament, so wenigstens predigen die Herren dem Volk.

Kurios sind die Gründe, die für Beibehaltung des Cölibats vorgebracht werden. „Weite katholische Kreise" — d. h. alte, liebebedürftige und reiche Betschwestern, die „Erbtanten" der hl. Kirche — „werden sich vom Bußsakrament abwenden, wenn es ein verheirateter Priester verwaltet."

Unleugbar, sehr feine Geschäftspsychologie!

Zu possierlich ist das zweite Argument: Die Kirche sei jungfräulich, deswegen müsse auch der Priester jungfräulich sein! — Das ist bereits vertrockneter stinkiger Leim, auf dem auch der dümmste Gimpel nicht mehr kleben bleibt!

*

Zur Armenstatistik Frankreichs.

Ein wichtiges, leider noch vielfach vernachlässigtes Gebiet der sozialen Statistik ist die Armenstatistik. Für Frankreich bringt die „Statistische Monatsschrift", herausgegeben von der K. K. Statist. Zentralkommission, Wien, 1903, S. 128 folgende Ziffern: Die bureaux de bienfaisance, denen die Armenpflege obliegt, verpflegten 1902

1 332 551 Franzosen
53 111 Ausländer

Summe 1 385 662.

Dem Institut stand eine Summe von 43 130 918 Fr. zur Verfügung, wovon 40 938 988 Fr. verausgabt wurden.

*

Büchertisch.

„Religion—Weltliebe." Von einem Christen. (47 S. Preis 1 Mark). **„Gottes Welt. Erlösung. Gottes Wort. Gott ist alleinig."** Von Dr. Mulert, Verfasser der Schrift „Religion—Weltliebe". (28 S. Preis 0,50 Mark). Dresden. E. Piersons Verlag. 1903.

Die beiden Broschüren sind schon um ihres Verfassers willen interessant, der in seiner Stellung als königl. bayerischer Reallehrer vom Unterrichtsminister gemaßregelt worden war, weil er sich seinen Schülern gegenüber in bezug auf die Existenz der „Engelein im Himmelssaal" negativ ausgesprochen hatte, ohne aggressiv zu sein. Dr. Mulert hat daraufhin sein Amt niedergelegt. Ich meine, die Schule hat durch diese kurzsichtige Ketzerrichterei nichts gewonnen, sondern sich selbst einen nicht geringen Schaden zugefügt, wenn anders sie im Interesse der Religion handeln wollte. Denn sie hat durch ihre Handlungsweise einen tiefreligiösen Lehrer verloren. Ist doch Dr. Mulert ein glühender Verfechter der Religion, die er in Einklang mit der Wissenschaft der Jetztzeit gebracht haben will. Und zwar ist ihm „das Christentum die vor allen andern reine Religion". Im Mittelpunkte derselben steht ihm Christus, „der Weinstock, an dem wir alle Reben sind", „außer dem es kein Heil gibt". Freilich nicht der „kirchliche" — es würde wohl besser heißen: „dogmatische" — Christus (deshalb „fort mit der Lehre von der Gottheit Christi" und dem „Sagenteppich", auf dem er wandelt), sondern der historische Jesus von Nazareth, der zwar, „ein Kind seiner Zeit", dem damaligen Weltbilde „naiv gegenüberstand", durch „den uns aber die Wahrheit verkündigt" worden ist, durch den auch jetzt wieder „die Neuschöpfung der Menschheit, die Erlösung" geschehen soll. — Besonders gelungen scheinen mir die der ersten Schrift angehängten „Morgenandachten". Die beiden Büchlein, die in ihrer aphoristischen Schreibweise eine genußreiche Lektüre abgeben, atmen tiefe Begeisterung für wahre Religion, und kann ich sie jedem religiös angelegten Menschen warm empfehlen.

Oehlingen (U.-Elf.). Emil Felden.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 11. Erstes Septemberheft 1903. III. Jahrg.

Soldaten-Mißhandlungen.

Die Prozesse gegen den Unteroffizier Dunkel in Mörchingen und den Sergeanten Warnecke in Braunschweig wegen fortgesetzter furchtbarer Mißhandlungen der ihnen untergebenen Soldaten haben weiteste Kreise des deutschen Volkes mit namenlosem Entsetzen und mit unsäglichem Mitleid erfüllt. „So darf, so kann es nicht weitergehen“ rast es in der ganzen Presse — und es geschieht offenbar gar nichts, um auf diesem dunklen Gebiete ein für allemal Wandel zu schaffen. Denn wenn nach einer Gerichtsverhandlung, bei welcher festgestellt worden ist, daß ein Unteroffizier im Laufe von 7 Monaten in 576 Fällen seine Untergebenen mißhandelt hat, keine radikale Änderung zu erzielen ist, dann vermag auch die Phantasie eines Dante kein Vorkommnis mehr auszudenken, das Anlaß zu durchgreifenden Reformen bieten könnte!

Die Lethargie unseres deutschen Bürgertums hat auf keinem Gebiete schrecklichere Folgen gezeitigt, als auf dem der Soldaten-Mißhandlungen. Im großen und ganzen kann behauptet werden, daß den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, vor allem Bebel, der unvergängliche Ruhm zuerkannt werden muß, daß sie zum ersten Mal energisch die Sonde an diese Eiterbeule gelegt haben. Sicher hat dieses Eintreten für eine menschenwürdige Behandlung der unter Waffen stehenden Söhne unseres Volkes ungemein viel dazu beigetragen, der Sozialdemokratie Sympathien auch in solchen Kreisen zu erwerben, welche von dem kollektivistischen Programm nichts wissen wollen. Unbestritten ist, daß die Armee als die fruchtbarste Rekrutierungsstelle für die Sozialdemokratie anzusehen ist. Die unwürdige Behandlung, welche die Soldaten entweder selbst erdulden müssen, oder unter der sie ihre Kameraden leiden

sehen, häuft so tiefen Groll in der Mannschaft auf, daß sie für die sozialdemokratischen Lehren rasch empfänglich wird.

Die Zeit scheint endlich gekommen, in der auch das gebildete Bürgertum unbedingte Abstellung dieser grauenhaften Mißhandlungen fordern muß, wenn es nicht auf dem Gebiete echter Humanität seine Konkurs-Erklärung definitiv abgeben will. Wenige Mißstände könnten so leicht beseitigt werden, wie diese, wenn man nur erst anfinge Ernst zu machen. Nachdem es sich klar und deutlich gezeigt hat, daß das Beschwerderecht seine Aufgabe in keiner Weise erfüllt, muß gesagt werden, daß nur ein einziges Mittel noch radikal wirken wird, nämlich die Bestimmung, daß jeder Soldat, welcher von einem Vorgesetzten mißhandelt worden ist, sofort aus dem Heere ausscheiden muß. Der Grund für eine solche Bestimmung liegt darin, daß der Soldat im Allgemeinen nicht wagt von seinem Beschwerderecht Gebrauch zu machen, weil er nur allzu gut weiß, daß man ihn „schon wieder kriegen wird". Da es nämlich überhaupt ein Ding der Unmöglichkeit ist alle militärischen Vorschriften im täglichen Dienste zu erfüllen, findet der Vorgesetzte, der sich an einem Beschwerdeführer rächen will, so viele Möglichkeiten das arme Opfer nachexerzieren zu lassen, ihm Urlaub zu verweigern, ja es in Arrest und auf Festung zu bringen, daß die meisten Rekruten davor zurückschrecken sich zu beschweren. Hat es doch das Opfer des Unteroffiziers Dunkel, der Musketier Kruse vorgezogen Selbstmord zu verüben um seinem Schinder zu entgehen! Wenn es gar so einfach wäre, durch Beschwerde zu seinem Rechte zu kommen, würde sich der junge Mensch, der doch auch an seinem Leben hing und sicher seinen Angehörigen in Liebe ergeben war, nicht durch Selbstmord vor seinem Peiniger ins Jenseits gerettet haben. Auch Versetzung in ein anderes Regiment wird häufig den Beschwerdeführer nicht vor der Rache der Vorgesetzten schützen, denn bei dem Corpsgeist unter den Vorgesetzten würde ein solcher Ankömmling schon als „Gezeichneter" empfangen werden und leicht hätte er seine frühere Hölle mit einem neuen Fegefeuer vertauscht. Dem Beschwerdeführer kann nur eines helfen: Ausscheiden aus dem Militär-Verband, sobald gerichtlich nachgewiesen ist, daß er das Opfer von Mißhandlungen von seiten seiner Vorgesetzten geworden war. Das wäre ein Programm für die bürgerliche Demokratie und wenn es ihr wirklich damit ernst wäre, würde es auch bei der Militär-Verwaltung durchzusetzen sein.

Aber, darf man wohl fragen, ist es der bürgerlichen Linken auch wirklich blutiger, heiliger Ernst mit der Sache? Leider kann diese Frage nur sehr bedingt bejaht werden. Weil das Bürgertum seine Söhne als

Einjährig-Freiwillige dienen läßt, welche keine Mißhandlungen zu gewärtigen haben, ist sein Interesse an dem Gegenstand ein mehr akademisches. Es ist denn doch für die meisten Leute ein Unterschied, ob ihr eigenes Kind mißhandelt werden kann, oder nur das Kind ihres Kutschers, ihrer Wäscherin, ihres Taglöhners. Wenn die echt demokratische Forderung der gleichmäßigen Dienstzeit von einem Jahre in der Armee durchgeführt würde, kämen Mißhandlungen wahrscheinlich gar nicht mehr vor, weil der betreffende Unteroffizier aus Versehen auch einmal den Sohn eines Bankiers, oder gar, — die Feder sträubt sich, es niederzuschreiben, — eines Geheimrats, erwischen könnte. Die Ungerechtigkeit der Institution des einjährig-freiwilligen Dienstjahres hat jedenfalls ihr vollgerütteltes Maß der Mitschuld an den Soldaten-Mißhandlungen im Heer. Die Regierungsweisheit hat es auf vielen derartigen Gebieten fertig gebracht Ventile für die Unzufriedenheit zu schaffen, indem für die Besitzer des entsprechenden Geldsackes oder einer höheren sozialen Stellung die Möglichkeit vorhanden ist, sich alle Unannehmlichkeiten vom Leibe zu halten. Das Kind des Arbeiters muß in der Volksschule seine besten Jahre mit Religionsunterricht vertrödeln, das Kind des Wohlhabenden rettet sich vor dem zu reichlichen Religionsunterricht, indem es — ein Gymnasium besucht. Der proletarische Anhänger der Feuerbestattung kann sich in Preußen ruhig begraben lassen. Sein mit dem erforderlichen Mammon gesegneter Mitbürger — kann sich nach Wunsch in Gotha, Hamburg, Mainz usw. einäschern lassen. Diese Möglichkeit für die oberen Schichten Ungerechtigkeiten mit Hilfe ihres Geldbeutels zu korrigieren, bringt es mit sich, daß das Gefühl für die uns umdräuende Niederträchtigkeit häufig sehr schwer zu wecken ist. Die entwürdigenden Zustände, unter denen wir so schwer seufzen, hängen mit dieser „Immunität" der oberen Klassen nicht selten eng zusammen.

Wenn man die Frage aufwirft, in welcher Weise man den Soldaten-Mißhandlungen schon heute entgegentreten könnte, auch ohne vorerst ein solches Gesetz durchzubringen, wie wir es oben gefordert haben, dann muß die Bildung von Eltern-Verbänden empfohlen werden, welche den im Heere dienenden Söhnen einen Rückhalt gewähren könnten. Diese Eltern-Verbände müßten alle zu ihrer Kenntnis gelangenden Fälle von Soldaten-Mißhandlungen sofort den höheren Instanzen melden, wodurch das Odium von den einzelnen sich beschwerenden Soldaten genommen würde. Die Eltern können auch unablässig den betreffenden Faktoren vor Augen führen, daß sie ihr Kind nicht unter namenlosen Mühen und Sorgen herangezogen haben, damit es jeder Soldatenschinder, jeder verbrecherische Schuft, unter dessen Kommando es sein un-

glücklicher Stern geführt hat, in Verzweiflung und frühen Tod treiben kann. Man versuche es nur einmal Eltern-Verbände zu begründen. Die öffentliche Meinung wird die Militär-Verwaltungen schon dazu bringen ihnen Gehör zu schenken.

Wie wenig Solidaritätsgefühl herrscht doch noch im deutschen Volke! Wie müßte die ganze Bevölkerung in einem einzigen Schmerzensschrei erschauern, wenn solche entsetzensvolle Ereignisse vorkommen, wie der Selbstmord eines Jünglings wegen unerträglicher Mißhandlung und Beschimpfung von seiten eines Vorgesetzten! Wenn doch alle nur ausdenken möchten, was der Ärmste gelitten haben muß, bis er in den Tod flüchtete! An dem Orte, wo solch ein erschütterndes Ereignis vorkommt, sollten alle Feste abgestellt, die Läden und Werkstätten geschlossen werden, Trauerfahnen müßten von allen Häusern wehen und jeder, der die Stadt betritt, müßte den Eindruck haben, daß sich ein furchtbares Unglück ereignet hat. Glaubt man, das werde keinen Eindruck auf die Militär-Behörden machen? Einige derartige Demonstrationen — und eine Wandlung wird Platz greifen, wie sie niemand vorausgesehen hätte. Aber unser Bürgertum hat ja für solche Dinge keine Zeit und — leider auch — k e i n G e w i s s e n. Die Selbstmorde im Heere liest man mit den anderen Lokalnachrichten beim Morgenkaffee und schimpft darüber, daß schon so junge Leute Hand an sich legen, was doch eigentlich verboten sein sollte; ja, was sogar verboten ist, wie jeder Pfarrer gern bestätigen wird; und dann geht man seinen Geschäften nach ohne auch nur einen Augenblick darüber nachzudenken, w a s m a n s e l b s t t u n k ö n n t e, um solche Tragödien zu verhindern. Wozu sich auch mit solchen traurigen Dingen die Laune verderben? — Laßt die Toten ihre Toten begraben!

Deutschtum und deutsches Kreditwesen in Posen.

Von M a x H e ß (Posen).

Unsere sogenannte Ostmarkenpolitik zielt bekanntlich darauf hin, das Deutschtum in den östlichen Provinzen zu stärken und das Land in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung auf die Höhe der übrigen Provinzen der preußischen Monarchie emporzuheben. Wenn auf den ersten Punkt, also die Stärkung des Deutschtums, jetzt das Hauptgewicht gelegt wird, so mag dies darin seinen Grund haben, daß gerade hierin im letzten Jahrhundert das meiste versehen worden ist; so haben z. B. die aus Franken eingewanderten, bereits einige Jahrhunderte in der

Provinz Posen ansässigen, unter der Bezeichnung „Bamberger" bekannten Bauern erst Mitte des letzten Jahrhunderts ihre deutsche Sprache aufgegeben und nur die besondere Tracht der Frauen, der weite glockenähnliche Rock und der bei kirchlichen Festen getragene hohe bunte Kopfputz, unterscheidet sie noch äußerlich von den Stockpolen. Viele deutsche Namen bei Polen weisen auf deutschen Ursprung hin, viele solcher Namen haben polnische Schreibweise oder Endungen erhalten — Szulc, Szuman, Wolszlegier, Lachmanski — bei den meisten der seit über einem halben Jahrtausend zugezogenen Deutschen ist die Abstammung überhaupt nicht mehr erkenntlich.

Die Polonisierung der eingewanderten Deutschen war von jeher sehr stark — der Deutsche nimmt fremde Sitte und Sprache leicht an —; das zielbewußte Vorwärtsdrängen des Polentums, trotz der großen Vorteile, die das Deutschtum dem Lande und seinen Bewohnern von altersher brachte, erfolgte aber nicht sofort seit dem Übergang des Landes in preußischen Besitz, sondern in augenfälligster Weise erst seitdem der grundbesitzende polnische Adel und die polnische Kirche den Kampf gegen das Deutschtum aufnahmen. Seine Schärfe hat dieser Kampf erhalten durch die schwankende deutsche Politik in der Behandlung der Polen, in welcher größte Duldung mit Unduldsamkeit, Lässigkeit und Schwäche mit überstürzten Kraftäußerungen wechselten und dazu führten, daß auch der polnische Bürger und der dem Bürgertum jetzt vollständig gleichstehende zahlreiche Kleinadel, daß selbst der stupide polnische Bauer unter Führung und Anleitung seines weltlichen oder geistlichen Herrn nunmehr für die polnische Sache kämpfen. — Und was ist diese polnische Sache eigentlich? — Im großen Ganzen viel Geschrei und wenig Wolle; die meisten Polen wissen nur, daß sie bei den Deutschen nicht kaufen sollen, und sie kaufen deshalb bei ihren polnischen Brüdern. Das Verständnis für die polnische Sache geht dem Volke ab, es würde sich auch schwerlich für die Wiederherstellung alter polnischer Zustände begeistern können; willen- und verständnislos folgt es seinen Führern, und wie es glaubt, daß der heilige Vater ein Pole, die Himmelskönigin eine Polin ist, so ist es wohl auch überzeugt, daß nur ein Stockpole in den Himmel kommen kann. So ist ein großer Teil der Kämpfer für die polnische Sache beschaffen, und gegen diesen gibt es, soweit er sonst Frieden hält, nur ein Mittel, das mit der Zeit sicher hilft: die fortschreitende Aufklärung, die Kultur, in erster Linie die Schule. Tragen wir nur in ganz Deutschland dafür Sorge, daß die Schule sich in den Dienst der Aufklärung stelle!

Es ist bereits angedeutet, daß die Polonisierung der deutschen Einwanderer von jeher stark war und sich ohne Zwang vollzog infolge der

leichten Anpassung der Deutschen an fremde Verhältnisse. Viele Deutsche sind Polen geworden und verleugnen ihre Abstammung oder kennen sie nicht mehr. Aber noch viel weiter hat diese Anpassungsleichtigkeit dem Deutschtum geschadet und hierauf soll hier noch ganz besonders hingewiesen werden, denn die Tatsache ist noch wenig beachtet worden und gibt doch einen Hinweis darauf, was zu geschehen habe, um den deutschen Einfluß auf die Besserung der Zustände im Osten zu heben.

Der katholische Glaube der Eingewanderten inmitten einer nationalpolnischen Kirche erleichterte dem polnischen Klerus sein Wirken, diese Leute zu polonisieren. Aber auch die deutsch gebliebenen Katholiken und die alteingesessenen evangelischen Deutschen haben schon zu viel polnische Luft eingeatmet und damit polnisches Wesen in sich aufgenommen. Der Deutsche des Ostens, dessen Vorfahren aus dem übrigen Deutschland ins Land gekommen sind, unterscheidet sich in mancherlei Weise, besonders auch geschäftlicher Beziehung, von dem des Westens. Er hat sich an polnisches Wesen, polnische Lebensauffassung und Wirtschaft gewöhnt, den gewerblichen und gesamten wirtschaftlichen Aufschwung des Westens hat er nicht mitgemacht, und so ist er ebenso wie der Pole in seinem Denken und Trachten, mit wenigen Ausnahmen, hinter dem westlichen Deutschen zurückgeblieben. Umgekehrt trifft man intelligente Polen, die längere Zeit in Mittel- oder Westdeutschland gelebt haben und von dort deutsche Kultur mitbrachten, diese bewahren und z. B. geschäftlich auch mehr bekunden als die alteingesessenen Deutschen. Bei den Juden erscheinen die Verhältnisse hinwiederum so, als hätten sie ihre Rasseeigentümlichkeiten gerade im Osten am besten bewahrt; sie haben sich im Westen den dortigen Verhältnissen angepaßt, und der wirtschaftliche und geistige Aufschwung des Westens hat den rührigen jüdischen Geschäftsmann geschaffen, welcher dem industriellen Aufschwung volles Verständnis und jeder industriellen Tätigkeit Neigung und Begabung entgegen bringt.

Der erwähnte Unterschied zwischen Osten und Westen mag wohl von den meisten Deutschen des Ostens geleugnet werden; nur der Deutsche aus Mittel- und Westdeutschland, welcher das Volks- und Geschäftsleben im Osten näher zu betrachten und zu studieren Gelegenheit hatte, wird eben die Unterscheidungen machen können. Wenn die Bemerkung aber richtig ist, so folgt daraus, daß zur Förderung des Deutschtums sowohl wie zur Besserung aller Verhältnisse im Lande stets frisches Blut aus Mittel- und Westdeutschland zugeführt werden muß, für die Beamtenschaft wie für Handel, Gewerbe und Industrie, nicht zum wenigsten aber auch für die Landwirtschaft des Ostens. Überall bedarf es einer Regeneration und der fortwährenden Erneuerung des Bluts. Nicht der alteingesessene Deutsche, der seiner ursprünglichen

deutschen Heimat vollständig fremd geworden ist und deren wirtschaftlichen Aufschwung nicht mitgemacht, diesen nur durch Hörensagen kennengelernt hat, vermag die Verhältnisse des Ostens zu bessern, darf Berater sein, sondern Deutsche aus dem Westen müssen hierzu verwendet werden; die rückständige Landwirtschaft des Ostens kann nicht der „polnisch sprechende“ Inspektor, wie er durch die Zeitungsannoncen gesucht wird, heben, sondern der Landwirt aus Mitteldeutschland, sofern dieser nicht unklug die vorhandenen Unterschiede in den Boden- und Absatzverhältnissen übersieht. Derjenige Grundbesitzer, welcher seinen polnischen Arbeitern aber polnische Inspektoren gibt oder ihnen das Recht einräumt, daß mit ihnen polnisch gesprochen wird, schädigt die Germanisierung des Landes.

Aber nicht durch Kampf gegen die polnische Bevölkerung soll die Germanisierung des Landes bewirkt werden — wie in früheren Artikeln dieser Zeitschrift bereits erörtert —, nicht durch alle diejenigen Mittel und Bestrebungen, welche nur eine Verhetzung der beiden Nationalitäten gegeneinander züchteten und namentlich den erwerbenden Klassen der Bevölkerung schadeten; nicht die Ansiedlungspolitik, wie sie betrieben wurde und im großen Ganzen wohl auch fortgesetzt wird, nicht die kleinlichen Mittel und alle die Mittelchen, welche hervorgesucht worden sind und rigoros gehandhabt werden, um den Zwiespalt zwischen Deutschen und Polen nur noch zu vergrößern, können das Deutschtum im Lande stärken und vermehren; — darauf haben die Polen in den Reichstagswahlen geantwortet, darauf antworten sie durch das stetige Vordringen des polnischen Einflusses in den Städten und das Zurückdrängen des deutschen Gewerbes. Die Schule wird durch den Gebrauch der deutschen Sprache — mag auch der Religionsunterricht vorläufig den Polen weiter polnisch erteilt werden — und durch allmähliche Aufklärung das Deutschtum fördern; notwendig ist ferner die fortgesetzte Erneuerung und die Zuführung frischen deutschen Bluts, unbedingt erforderlich ist jedoch in erster Linie dem Vorwärtsdringen der Polen gegenüber — worauf aber staatlicherseits bisher zu wenig Gewicht gelegt wurde — die wirtschaftliche Besserung des ganzen Landes, so daß sich der Deutsche, und nicht allein der Beamte, sondern vornehmlich der deutsche Handel- und Gewerbetreibende, der deutsche Bauer und Arbeiter, also namentlich jene Bevölkerungsklassen, welche weniger leicht als der Beamte im Lande zurückgehalten werden können, darin wohl befinden, gedeihen und vorwärtskommen. Der Westen und Mitteldeutschland hat Bevölkerungsüberschuß für den Osten genug; um diesen Überschuß dem Osten zu gewinnen und zu erhalten, bedarf es aber der Verbesserung der Lebens- und Erwerbsverhältnisse. Hinsichtlich der Le-

bensverhältnisse würde der Lebensunterhalt zu verbilligen sein — leider wird er unausgesetzt verteuert; in bezug auf die Erwerbsverhältnisse ist nur für den Beamten gesorgt worden, die produktiven deutschen Stände, von einem Teil der Kaufmannschaft abgesehen, befinden sich in einer Notlage. Hier wird zu bessern sein durch Schaffung von Industrie im Anschluß an die Ausbeutung der vorhandenen Kohlenablagerungen*) und der Torfmoore; durch die Vermehrung der Verkehrswege und namentlich auch die Verbesserung der Wasserstraßen; durch die Ansiedelung deutscher Kleinbauern aus dem Westen mit dem erforderlichen Betriebskapital; durch die Hebung des immer mehr zurückgehenden deutschen Gewerbes durch Heranziehung von Gewerbetreibenden und Arbeitern aus den anderen Provinzen; durch Verbesserung des deutschen, dem polnischen gegenüber sehr rückständigen Bank- und Kreditwesens.

Hunderte von Millionen sind für den Osten, in erster Linie die Provinzen Posen und Westpreußen, bewilligt und verausgabt worden, ohne daß für das Deutschtum damit etwas erreicht worden ist, im Gegenteil ist es der Pole, der gestärkt aus dem Kampfe für das Deutschtum hervorging. Nicht die Millionen der Ansiedlungskommission — unrichtig angewendet — nicht die kleinen, nur ganz beschränkten Kreisen zugute kommenden oder in ihrer Bedeutung für die gute Sache weitaus überschätzten Mittel und Veranstaltungen, wie Bau eines Vereinshauses und eines Schlosses in Posen, Bibliothek, Museum, Theater und Verein für Kunst und Wissenschaften heben das Land und stärken das Deutschtum, — dazu bedarf es eben anderer Maßnahmen und weiteren Blickes. Mit geringeren Mitteln als sie der Ansiedlungskommission zuflossen, kann durch die wirtschaftliche Hebung weit mehr erreicht werden als erreicht worden ist; die zur Anwendung gekommenen kleineren Mittel zeigen, daß der weite Blick im allgemeinen fehlte und bisher zusehr auf Nebensächliches das Augenmerk gerichtet wurde. Der Beschränktheit des Gedankens entspricht meistens der Erfolg, und der Mangel an Erfolg richtet jede Unternehmung, mag deren Absicht noch so gut gewesen sein.

Über die wirtschaftliche Hebung des Ostens und die Schaffung größerer Industrie im Osten ist in dieser Zeitschrift wiederholt gesprochen worden; anerkannt ist das Bestreben der Regierung zur Verbesserung der Verkehrswege; hoffentlich steht auch die Verbesserung der Wasserstraßen nun bald bevor. Die Zuziehung von Kleinbauern ist Sache der Ansiedlungskommission, leider aber bei ihr nicht Hauptsache, und was die Kommission bisher geleistet, ist deshalb auch recht minderwertig.

*) Siehe unsere Artikel im I. Jahrgang Nr. 23 und II. Jahrgang Nr. 22.

Das Deutschtum auf dem Lande hat sie der natürlichen Vermehrung der Polen gegenüber nicht in gleichem Maße gestärkt, und das den Polen aus dem großen Beutel der Ansiedlungskommission zugeflossene Geld hat wesentlich dazu beigetragen, den polnischen Einfluß in den Städten zu heben, die polnischen Banken und Genossenschaften zu kräftigen, diesen zu helfen, durch Vermehrung des polnischen Gewerbes das deutsche zurückzudrängen, und selbst auf dem Gebiete der Ansiedlung der Kommission kapitalkräftige Konkurrenz in den polnischen Land- und Parzellierungsbanken zu schaffen. Die Ansiedlungskommission ist das goldene Kalb, um das Deutsche ebensogut wie Polen tanzen; auch von den Deutschen wird sie als melkende Kuh betrachtet, und so mußte viel deutscher Besitz von ihr übernommen werden, um nicht in polnische Hände zu fallen. Durch die Ansiedlung von Kleinbauern aus Mitteldeutschland kann das Deutschtum auf dem Lande gehoben werden, doch insbesondere tut diese Zuziehung von Kleinbauern und deutscher Beamten und Arbeiter unserer immer noch recht rückständigen Landwirtschaft not. Sie braucht nicht allein Besserung der Absatzverhältnisse, wie sie durch größere Aufnahmefähigkeit der Städte und vermehrte Industrie zu schaffen ist, sie braucht auch Besserung der Betriebsverhältnisse. Der Großbetrieb mit seiner unrationellen Bewirtschaftung verschuldet wohl zum großen Teil die ungünstige Lage des Großgrundbesitzes und die Notschreie der ostelbischen Agrarier, nur der intensive Kleinbetrieb und die Vermehrung der deutschen Kleinbauern vermag die Betriebsverhältnisse zu bessern. Und dennoch ist es möglich gewesen, daß der Kommission wieder hunderte von Millionen bewilligt worden sind, die zum größten Teil dem Großbetrieb, zur Schaffung von Domänen, geopfert werden sollen. Diese bleiben auf polnische Arbeiter angewiesen und mit den geopferten Geldern wird weder der Landwirtschaft noch dem Deutschtum etwas geholfen. — Welchen Nachteil der Großbetrieb in der Landwirtschaft des Ostens dem Steuerfiskus direkt — und damit den steuerzahlenden übrigen Berufskreisen indirekt — bringt, beweist die kürzlich durch die Presse gegangene Tatsache, daß der anläßlich des Kaiserbesuchs im vorigen Jahre in den Adelstand „erhobene“ Besitzer zweier Majorate (die doch wohl nur auf Grund eines nachzuweisenden sichern Einkommens errichtet werden sollen!) und eines Ritterguts nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagt werden kann, weil er angibt, Einkommen aus seinem Besitz nicht zu haben.

Die Landwirtschaft des Ostens braucht den Kleinbetrieb und vermehrten Absatz. Letzteren wird sie in vermehrter Industrie und Besserung der Erwerbsverhältnisse in den Städten finden. Eine Klasse der Konsumenten ist ja nun allerdings besser gestellt: die Beamtenschaft, durch

die sogenannten Polenzulagen — auch ein Kampfmittel von recht zweifelhaftem Wert, das mancherlei Unzufriedenheit erregt. Die polnischen Beamten werden „im Interesse des Dienstes“ versetzt werden müssen, oder sind zum Teil schon versetzt worden. Ob für den Teil der deutschen Beamten, welcher die Zulagen erhält, der Zweck erfüllt wird, ob sie dem Osten nun mit größerer Liebe zugetan bleiben werden, ob der Vorteil ein dauernder ist, ist mehr als fraglich. Der Vorteil dürfte unter Umständen bald verschwinden, und die nicht mit Zulage bedachten Beamten dürften direkten Nachteil haben, sobald Handel- und Gewerbetreibende diesen angeblichen Vorteil für sich durch Erhöhung der Preise auszunutzen suchen. Daß sie es tun werden, ist durchaus nicht unmöglich, haben doch die Molkereien in Posen trotz gewichener Preise für Kraftfuttermittel und angesichts einer ausgezeichneten Ernte sowie vollauf genügender Vorräte an Futter die Milchpreise bereits erhöht.

Für das deutsche Gewerbe tut außer der Zuführung frischen Bluts aus dem übrigen Deutschland vermehrtes Kapital und größerer Kredit dringend not, aber auch noch ferner, daß es mehr durch die Behörden bei Vergebung der Lieferungen unterstützt wird. Von einer Besserung des Kreditwesens wollen freilich diejenigen Gewerbetreibenden und kleineren Fabrikanten nichts wissen, die bereits über genügende Mittel verfügen und fremden Zuzug fürchten. Dem deutschen Gewerbe kann durch Verbesserung und Vermehrung seines Genossenschaftswesens etwas geholfen werden, am besten aber dadurch, daß auch den Gewerbetreibenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, um sie der durch die polnischen Genossenschaften und zahlreiche private polnische Geldgeber unterstützten und geförderten polnischen Konkurrenz gegenüber lebensfähig zu erhalten. Wie sehr dies nötig ist, beweist der Zustand jener immer mehr polnisch werdenden Städte, aus welchen das deutsche Gewerbe fast ganz verdrängt worden ist, beweist unter anderem die Hauptstadt Posen, in deren Vorstädten der Deutsche angewiesen ist, bei polnischen Bäckern und Fleischern zu kaufen, bei polnischen Schuhmachern arbeiten zu lassen usw.

Wir kommen damit auf den letzten der zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse behufs Erhaltung des Deutschtums im Osten geäußerten Wünsche: die gründliche Verbesserung des deutschen Bank- und Kreditwesens.

Von einem deutschen Bankwesen in Posen kann eigentlich gar nicht gesprochen werden. Es fehlt für den Osten eine große deutsche Bank, oder wenigstens die Niederlassung einer solchen Bank des Westens bei uns im Osten; eine Bank unter geschäftserfahrener Leitung mit dem erforderlichen Kapital, um Handel und Gewerbe zu unterstützen, tunlichst das Genossen-

schaftswesen zu fördern und vor allem, um sich der Förderung der bergbaulichen und industriellen Interessen widmen zu können. Kleineren Banken, wie sie bis jetzt vorhanden, fehlen die Mittel zu letzterem Zwecke sowohl wie auch das nötige Verständnis; das Fiasko aller industriellen Bestrebungen des letzten Jahrzehnts hat dies leider erwiesen. Am besten entwickelt sich eine Industrie im Osten aus kleinen Anfängen, wie sie jetzt im Kohlenbergbau gemacht werden.

Daß eine kleine Bank im Osten großen Zwecken nicht dienen kann, ist angedeutet worden. Auch hier sollte aber trotzdem mit den bekannten kleinen Mitteln vor einer kurzen Reihe von Jahren etwas geschaffen werden; einer bestehenden Bank wurden unter Beteiligung des Staats ganze fünf Millionen Mark überwiesen, um Handel und Gewerbe zu fördern. Daß damit ein Erfolg zu erreichen war, ließ sich gewiß nicht erwarten, noch weniger freilich, daß eine solche mit Staatsmitteln ausgerüstete Bank auch polnische Unternehmungen unterstützt, wie vor kurzem eine Zeitung aus Graudenz berichtete. Eine polnische Buchdruckerei welche hauptsächlich polnische Bücher (Gesangbücher, in welchen die Himmelskönigin als Königin von Polen verherrlicht werden soll!) druckt und vertreibt, unter polnischer Leitung, gegründet von einer sogenannten deutschen Bank unter Oberaufsicht der Königlich Preußischen Seehandlung! — Ob sich die betreffende Zeitung oder deren Berichterstatter einen Witz hat leisten wollen, wissen wir nicht; gewiß wäre es kein guter, doch der Nachricht ist u. W. bisher nicht widersprochen worden.

Eine im Osten zu errichtende große deutsche Bank müßte vor allem deutschen Zwecken dienen. Deutsches Geld für polnische Zwecke, wenn auch unbeabsichtigt, lieferte leider, wie schon erwähnt, die Ansiedlungskommission und darauf dürfte der Reichtum der polnischen Banken und Genossenschaften mit zurückzuführen sein. Der Posener Raiffeisen-Verband beklagt, daß ihm im Verhältnis zu den polnischen Genossenschaften zu wenig Spareinlagen zuflössen. Das Geld der polnischen Kassen ist ein wesentlicher Hebel zur Förderung des polnischen Gewerbes. Eine große Zahl der Bauunternehmer und Handel- und Gewerbetreibenden der Städte ist polnischer Nationalität und mehr und mehr nehmen diese polnischen Berufe zu. Das deutsche Gewerbe ist gewiß ein besseres, aber es fehlt ihm das Geld. Zur *Förderung des Realkredits* sollte eine deutsche *Hypothekenbank* errichtet werden, eine *deutsche Kreditbank* mit größerem Kapital *zur Förderung von Handel und Industrie*, eine *Gewerbekasse* mit den nötigen Mitteln *zur Unterstützung der Gewerbetreibenden* und zur *Verbesserung des gewerblichen Genossenschaftswesens*.

Von größerer Bedeutung im Kreditwesen des Ostens ist nur das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen geworden. Für die Interessen der Landwirtschaft ist hierin, auch durch Staatshilfe und Entgegenkommen der Behörden, viel geschehen, leider muß bei allem Lobe, das der organisatorischen Tätigkeit der betreffenden Leiter zu erteilen ist, aber konstatiert werden, daß gerade dieses Kreditwesen recht ungesunde Normen angenommen hat. Von der Presse verschiedentlich beleuchtet, scheint doch ein Wandel zum Bessern in diesen Normen nicht eintreten zu sollen. Der Staat hat die sogenannte „Preußenkasse“ errichtet und mit stattlichen Mitteln versehen, um den Genossenschaften billiges Geld gewähren zu können, wobei die Höhe des Kredits von der Höhe der Haftsummen der einzelnen Genossenschaften abhängt. Darauf, resp. auf möglichste Ausnutzung des Kredits durch Bildung hoher Haftsummen ist nun das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zugeschnitten. Ein System, das hohe Haftsummen künstlich dadurch erzeugt, daß Genossenschaften sich gegenseitig verbürgen, daß Genossenschaften sich an andern mit größeren Haftsummen beteiligen, als sie Vermögen besitzen, ist aber gewiß ein recht ungesundes, unter Umständen sehr bedenkliches; es fehlt ihm die gesunde Basis. Die Haftsumme einer Genossenschaft ist dazu da, den Gläubigern größere Sicherheit zu geben, nicht aber dazu, die Haftsummen anderer Genossenschaften zu erhöhen, um diese kreditwürdiger erscheinen zu lassen, d. h. „pump“fähiger zu machen. Die oben erwähnten Umstände, welche die Sache bedenklich erscheinen lassen, liegen aber bei der Landwirtschaft des Ostens vor, denn ihr fehlt das Geld ebenso wie dem deutschen Gewerbe des Ostens, und was bei diesem ein Fehler ist, ist es bei jener nicht minder. Bedenklich ist bei ihr auch noch der Umstand, daß die Bodenpreise durch den Kampf der deutschen Ansiedlungskommission mit den polnischen Landbanken in die Höhe getrieben werden und deshalb leicht Preise zustandekommen, welche eine Rentabilität ausgeschlossen erscheinen lassen. Die künstliche Erhöhung der Bodenpreise führt aber auch dazu, daß Boden zum Anbau benutzt wird, der sich allenfalls in guten Jahren dazu eignet, sonst aber nur Verlust bringt. Mit der Preissteigerung hängt die Forderung höherer Erträge und höherer Pacht zusammen und da die Erträge nicht von der Steigerung der Bodenpreise abhängen, sind die Notschreie die Folge — nicht die Folge einer wirklichen Notlage der Landwirtschaft, sondern verkehrter Wirtschaftspolitik.

Ein Fehler der deutschen Kommission soll auch das Gebahren sein, daß sie an Ansiedler verkauft ohne sich zu vergewissern, daß diesen das nötige Betriebskapital übrig bleibt. Jeder Ansiedler möchte soviel als möglich Land erwerben, fehlt ihm dann das Geld zur Wirtschaft, so

kommt er zur Kommission oder zum Landrat, welche ihn an die Darlehenskassen verweisen. Die Kassen vermögen den Anforderungen trotz Inanspruchnahme aller Kredite, die sie aus ihren Haftsummen schöpfen, aber nicht zu genügen, und die Spareinlagen, welche sie erhalten, sind, da die Sicherheit doch immer nur eine beschränkte ist, trotz hoher Zinsversprechungen, nur unbedeutend. Prosperieren nun die Ansiedler nicht, weil sie mit Schulden anfangen müssen, so werden sie natürlich suchen, ihre Güter so vorteilhaft als möglich wieder los zu werden. Die Kommission wird in die Zwangslage versetzt zurückzukaufen oder die Grundstücke gehen in Besitz polnischer Banken über, die in die Verpflichtungen der Ansiedler vielleicht gern eintreten werden.

Auch dem landwirtschaftlichen Kreditwesen tut eine Verbesserung not; neben der Solidierung aber vor allem, daß die Landwirtschaft selbst gehoben werde durch rationellen Kleinbetrieb, durch Ansiedlung von Bauern mit dem nötigen Betriebskapital und durch Besserung der Absatzverhältnisse. Letztere freilich hängen, worauf immer wieder hinzuweisen ist, wesentlich von der Aufnahmefähigkeit der Städte und vermehrter Industrie im Lande ab; — *eine richtige Wirtschaftspolitik im Osten* führt vielleicht auch diese noch herbei. Die Rückständigkeit des Landes ist der größte Feind des Deutschtums; im Fortschritt liegt das Gedeihen des Deutschen und *mit der wirtschaftlichen Hebung des Ostens, mit dem erhöhten Wohlstande* und *mit dem Wohlbefinden der Bewohner wird das Deutschtum siegen* — der wirtschaftliche Rückgang bedeutet seinen Niedergang, der Sieg der Polen des Landes Untergang.

Die Widersprüche in Pius X.

Von *Guglielmo Ferrero* (Turin).

Auf die Überraschung, welche die Wahl des Patriarchen von Venedig, Giuseppe Sarto, zum Oberhaupt der römischen Kirche bereitete, folgte unmittelbar eine fieberhafte Tätigkeit der italienischen Presse, die Ideen und die Gesinnung des neuen Papstes zu erforschen. Wird er die intransigente Politik Leos XIII. fortsetzen und dem neuen Italien ein unversöhnlicher Feind bleiben? Oder wird er eine versöhnliche Haltung einnehmen und sich mit den Tatsachen abfinden? Um seine künftige Haltung zu erraten, durchstöberte man eifrigst seine Vergangenheit

und sezierte sein bescheidenes Leben als Pfarrer, seine lange bischöfliche Amtsführung und sein neunjähriges Patriarchat.

Die Widersprüche aber, welche diese Nachforschungen zutage förderten, brachten alsbald noch mehr Ungewißheit. Im Anfang verhielt sich allerdings alles ganz vortrefflich, da man einen liberalen, patriotisch gesinnten, österreichfeindlichen Pfarrer vor sich hatte, der mit der Revolution sympathisierte. 1858 (man beachte die Daten!) wurde Giuseppe Sarto im Alter von 23 Jahren zum Priester ordiniert und als Pfarrer nach Tombolo geschickt. Über diese fernen Tage machte nun ein Bruder Sartos gegenüber einem Redakteur des „Corriere della Sera" eine bemerkenswerte Enthüllung. Als ersterer nämlich im Jahre 1865, während er im österreichischen Heere diente, seinen Bruder besuchte, versuchte dieser ihn zur Desertion zu überreden, um dem neuen Regime in Italien zu dienen. Später, im Jahre 1866, hätte dann sein Bruder, als er gerade in Wien war, zur Zeit des Plebiszits an ihn geschrieben, heimzukehren und für die Vereinigung Venetiens mit Italien zu stimmen.

Auch noch in Salzano, wohin Giuseppe 1867 als Pfarrer versetzt wurde, bewies er seine liberale Gesinnung darin, daß er mit einer der reichsten und angesehensten jüdischen Familien jener Gegend, den Romanin-Jacur, in engen freundschaftlichen Verkehr trat. Also Pius X. — so schlossen hieraus viele etwas übereilt — hat liberale Neigungen; er liebt Italien, und die sich daraus ergebenden Folgen werden nicht auf sich warten lassen.

Aber zum Schaden des Liberalismus, wenn auch zu seinem eigenen Glück, blieb Don Giuseppe nicht immer Pfarrer. 1884 wurde er zum Bischof von Mantua erwählt, und der Bischof von Mantua verdarb alsbald denen das Vergnügen, die allzu voreilig sein liberales Verhalten als Pfarrer bewundert hatten.

Einige seiner Hirtenschreiben, die man wieder ans Licht zog, strotzen von jenem unbeugsamen Geist der Intransigenz und der schroffsten Feindseligkeit gegen Italien, sowohl gegen seine politischen und sozialen Einrichtungen, seine Sitten als auch gegen die moderne Wissenschaft und alle Bestrebungen des 19. Jahrhunderts, der fast allen hohen italienischen Prälaten der letzten 30 Jahre gemeinsam ist. Und dem entsprach ebenfalls seine Haltung. Wiederholt gab er zu verstehen, daß weder eine Versöhnung noch eine Annäherung mit der „Usurpatorenregierung" und dem „gottlosen und freimaurerischen Jahrhundert" möglich sei. Abgeschlossen lebte er in seinem Episkopat, die Blicke von dem Strome neuen Lebens, der die Halbinsel durchflutete und der auch die starren Mauern seiner stolzen Residenz umspülte, abgekehrt.

Konnte auch wohl der Pfarrer von Tombolo und Salzano als

die Puppe erscheinen, aus der einst der liberale Papst flügge werden mochte, der Bischof von Mantua verhieß nur noch einen unbeugsamen Fortsetzer der Politik Leos XIII. und Pius IX. Und nun fragte man sich zum ersten Male, weshalb der neue Papst den Namen Pius angenommen. War nicht allein schon die Annahme dieses Namens ein sehr beredtes Zeichen? Lag darin nicht eine Huldigung gegenüber dem Papst, dessen langes Pontifikat einen fortwährenden Kampf mit der Revolution bedeutete? Dazu stimmte aber wieder nicht seine Haltung als Kardinalpatriarch von Venedig seit 1893. Als solcher war er wieder eine neue Person geworden. Aus dem liberalen Priester von Tombolo und Salzano und aus dem intransigenten Bischof von Mantua war nunmehr ein sehr geschickter Erzbischof geworden, der sich mit den konservativsten Elementen des neuen Italien in ein gutes Einvernehmen zu setzen wußte, ohne jedoch dem ungläubigen freimaurerischen Jahrhundert allzugroße Zugeständnisse zu machen. Er vermittelte den Bund zwischen den Klerikalen und Konservativen, besiegte an der Spitze dieser Streitkräfte die radikalen Demokraten und beherrschte durch die Gemeindevertretung die schöne, wenn auch verfallene Lagunenstadt; er stellte sich sogar dem König Umberto vor, als dieser Venedig besuchte, und hielt noch jüngst gelegentlich der zur Wiederaufrichtung des Campanile inszenierten Feier eine Rede vor dem Grafen von Turin und dem Minister Nasi, einem Überfreimaurer. Allerdings war seine Rede durchaus auf den klerikalen Ton abgestimmt. Inmitten all dieser Kompromisse fiel kein Wort von Versöhnung, kein Freundschaftsgefühl für Italien kam zum Durchbruch, wennschon er den herben Tadel und die lauten Jeremiaden vermied, in denen sich der Bischof von Mantua von Zeit zu Zeit so sehr gefallen hatte.

Alle diese Widersprüche brachten es mit sich, daß man so klug wie zuvor die Feder sinken ließ und sich zum Abwarten bequemte.

Abwarten! Das ist das rechte Wort. Der Geschichtskundige weiß, daß sich die Menschen mit den Zeiten und Verhältnissen ändern; er weiß, daß die Gedanken und Gefühle einzelner Menschen sowohl wie ganzer Klassen und Generationen stetig fließenden und sich stetig erneuenden Strömungen gleichen, und daher kann er sich inmitten solcher Widersprüche leichter zurecht finden. Das Rätsel ist nicht unauflöslich, da die oben aufgewiesenen Widersprüche nur den großen Schwankungen, die sich während der letzten 40 Jahre innerhalb des katholischen Klerus Italiens vollzogen hatten, entsprechen.

Kein Wunder, wenn der Pfarrer von Salzano und Tombolo zwischen 1860 und 1870 patriotisch und italophil war. Damals sympathisierte fast der gesamte niedere Klerus einer ge-

wissen Bildungs- und Intelligenzschicht mit der italienischen Revolution, die für ihn mancherlei Vorteile bot. Der junge italienische Staat hatte die religiösen Orden aufgehoben, wodurch er sich dem Klerus besonders empfahl, der seit alten Zeiten den Mönchen feind war, da diese in der Kirche eine Kirche bildeten und häufig, und zwar ganz besonders für die Landpfarrer, eine ruinöse materielle und moralische Konkurrenz bildeten. Sobald die Klöster geschlossen waren, sobald die Kapuziner-, Dominikaner-, Olivetanerkirche nicht mehr mit der Pfarrkirche rivalisierte, war der Pfarrer der einzige Hirt seiner kleinen Herde und führte ein geachteteres und bequemeres Dasein. Überdies waren die Pfarrer unter dem neuen Regime gegen die Anklagen und Plackereien von seiten ihrer Oberen geschützter, welch letztere, überwacht von einer freieren Presse, und von einer unabhängigen, jakobinischen Regierung scharf beobachtet, nicht mehr mit der früheren Strenge gegen ihre Untergebenen vorzugehen wagten.

Allerdings eroberte die italienische Regierung den Kirchenstaat. Aber wofern sie nur Rom respektiert hätte, wären viele, auch im Klerus, geneigt gewesen, ihr dafür Dank zu wissen. Einerseits hielt man einen so großen Besitz für die Autorität des Papstes für unnütz, andererseits gab das heillose Mißregiment des Kirchenstaates, die ewige Vermengung der geistlichen Interessen mit den weltlichen, das fortwährende kleinliche Intriguieren des heiligen Stuhles mit den anderen Duodezstaaten Italiens so viel Anlaß zu Skandalen, Einbuße an Ansehen und endlosen Verlegenheiten für die gesamte Kirche, daß man für das Wohl derselben gern den Zusammenbruch der weltlichen Herrschaft des Papsttums, mit Ausnahme von Rom, in Kauf genommen hätte.

Die Eroberung Roms aber brachte hierin einen Wandel. Auch die liberalsten Priester waren — und von ihrem Standpunkt aus nicht mit Unrecht — der Ansicht, daß die heilige Stadt des Katholizismus der unverletzliche Sitz des Papsttums bleiben müsse, um seine Unabhängigkeit zu sichern und sein Ansehen zu wahren. Tradition und Geschichte üben eine große Wirkung auf die Menschen aus und die Größe der Tradition und Geschichte Roms läßt sich überhaupt nicht mit einem Wort ermessen. Daher überwog seit 1870 im ganzen italienischen Klerus, und ganz besonders im hohen, ein erbitterter Haß gegen die Eroberer Roms und ein Geist der schroffsten Intransigenz gegen die ganze moderne Gesellschaft, so daß der Pfarrer von Salzano nie Bischof von Mantua geworden wäre, wenn er nicht seinen Liberalismus des verflossenen Jahrzehnts ad acta gelegt hätte.

Diese unversöhnliche Haltung dauerte etwa zwanzig Jahre, bis 1890, und machte alle, im übrigen chimärischen Versöhnungsversuche, die

unter anderen von Crispi 1887 und 1888 unternommen wurden, zu schanden. Seit 1890 änderten sich jedoch langsam die Verhältnisse, bis wir in die gegenwärtige Phase eingetreten sind. Die Kirche begriff nach und nach, daß, wenn sie sich obstinat von dem Leben der neuen Nation ausschlösse, diese schließlich ganz ohne sie auskommen würde, sie also allein den Schaden davon tragen müßte. Infolgedessen nahm sie, ohne sich in der römischen und allen andern damit zusammenhängenden politischen Fragen etwas zu vergeben, wieder mehr Anteil an den großen politischen Angelegenheiten. Die Bischöfe, Kanoniker und Pfarrer befaßten sich wieder eifriger mit den Kommunal- und Provinzialwahlen, sie suchten durch Patronate und Gesellschaftsgründungen den Arbeitern und Auswanderern zu helfen, um sie nicht den Sozialdemokraten ganz in die Hände geraten zu lassen, sie gründeten studentische Vereinigungen und verfolgten propagandistische Zwecke, indem sie sich dem neuen Geschmack des Publikums anpaßten. Die gesteigerten Bedürfnisse der Zeit wenigstens in beschränktem Maße anerkennend, gründeten sie Schulen und Banken und vermehrten die Zahl ihrer Journale, indem sie sich bemühten sie behufs besserer Verbreitung zu modernisieren. So hat z. B. in Bologna der „Avvenire d'Italia" durch zum Teil sehr obszöne phantastische Enthüllungen und Berichte über die Ermordung des Grafen Bonmartini und die Familie Murri, selbst die amerikanische Reklame übertrumpfend, seine Auflage vervierfacht.

Der Patriarch von Venedig hat diese neue Periode eines feinberechneten sich Anpassens an die moderne Welt ebenso klug repräsentiert, wie der Bischof von Mantua ein ebenso markanter Vertreter der früheren auf die Eroberung Roms folgenden Periode schroffer Intransigenz gewesen war und der einstige Pfarrer von Salzano in der ersten Periode des jungen Italiens den Liberalismus des niederen Klerus abgespiegelt hatte. Die Übereinstimmung ist so in die Augen springend, daß man nicht von Zufall reden kann.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich hieraus für den neuen Papst ziehen? Wer ihn nach seinen verschiedenen Wandlungen beurteilt, muß ihn für einen jener Charaktere halten, die sich geschickt den Verhältnissen anzupassen vermögen, die der Welt nicht Gewalt antun wollen sondern sich ins Unvermeidliche zu schicken wissen, in Umkehrung des lateinischen Wortes nach der Devise: „Flectar non frangar" verfahrend. Die Welt ist reich an solchen Charakteren, insbesondere aber die herrschenden Hierarchien, unter denen unbeugsame Naturen selten ertragen werden.

Man kann daher getrost annehmen, daß, wie sich auch Pius X. mit den Verhältnissen abfinden mag, er zunächst mit dem stärksten Strom

schwimmen wird. Alle aus seiner Vergangenheit gezogenen Horoskope sind wertlos und überdies wäre es nutzlos sich auf Grund des Liberalismus des einstigen Pfarrers eitlen Hoffnungen hinzugeben, wie auch durch die Intransigenz des Bischofs sich ins Bockshorn jagen zu lassen. Für solche geschmeidige Naturen wie Pius X. gilt die Vergangenheit wenig, alles dagegen die gegebenen Verhältnisse. Deshalb glaube ich, daß er, soweit es ihm möglich sein wird, auf dem heiligen Stuhle dieselbe geschickte, reservierte, verhüllt feindselige Haltung einnehmen wird wie vorher im schönen venezianischen Patriarchenpalaste neben der herrlichen Basilika von S. Marco.

Das muß jedoch bemerkt werden: Ein allzu geschmeidiger und anpassungsfähiger Charakter, in so hoher Stellung und so mannigfachen und starken Beeinflussungen ausgesetzt, kann leicht durch häufige Schwankungen Grund zu vielen Überraschungen geben. Jene Widersprüche, die wir in seinem Leben in großen Abschnitten sich ablösen sehen, könnten sich auch während seines Pontifikates, aber nun in kurzen Intervallen wiederholen, wo die vielen Gegensätze, Zwistigkeiten und Schwankungen innerhalb der katholischen Welt naturgemäß von allen Seiten auf ihn einwirken werden.

Die Stellung des apostolischen Stuhles zu den modernen Ideen.

Von Dr. jur. Frantz (Rechtsanwalt in Mannheim).

II.

II. Das Papsttum wendet sich weiter gegen den Rationalismus, als diejenige Richtung, die die Vernunft (ratio) als die oberste religiöse Erkenntnisquelle betrachtet und derselben die Entscheidung über die Frage zuschreibt, welche Bestandteile der kirchlichen Glaubenslehre als wesentlicher Kern anzusehen seien. Der Gegensatz hierzu ist der Supranaturalismus, sowie der positive kritiklose Glaube.

Die päpstlichen Aussprüche über diese Frage sind Legion. Nur einzelne sollen hier angeführt werden.

In seiner Antritts-Encyclica vom 9. November 1846 äußerte sich Papst Pius IX. über das Verhältnis zwischen Vernunft und Glauben dahin: „Obwohl der Glaube über der Vernunft ist (etsi fides sit supra rationem), so kann doch keine wahre Abweichung

und kein Widerspruch jemals zwischen beiden gefunden werden, da beide aus einer und derselben Quelle, der unveränderlichen und ewigen Wahrheit, dem höchsten, gütigen Gott, entspringen, und sich in der Art gegenseitige Hilfe leisten, daß die rechte Vernunft die Wahrheit des Glaubens darlegt, verteidigt und beschützt, der Glaube aber die Vernunft von allen Irrtümern befreit und sie durch die Erkenntnis göttlicher Dinge wunderbar erleuchtet, kräftigt und vervollkommnet. — Daher kann die menschliche Vernunft, indem sie erkennt, Gott sei der Urheber dieses Glaubens, nicht weiter fortschreiten, sondern muß mit gänzlicher Abweichung und Entfernung jeder Schwierigkeit und jeden Zweifels diesem Glauben allen Gehorsam leisten, da sie die Gewißheit hat, von Gott sei überliefert, was dieser Glaube den Menschen zu glauben und zu tun vorschreibt. — Und daraus geht klar hervor, in welchem Irrtum auch jene schweben, welche, die Vernunft mißbrauchend, und Gottes Wort wie ein Menschenwort betrachtend, dasselbe nach eigenem Gutdünken zu erklären und auszulegen wagen, da doch Gott selbst eine lebendige Autorität eingesetzt hat, damit sie den wahren und rechtmäßigen Sinn seiner himmlischen Offenbarung lehre und beschütze und alle Streitigkeiten in Sachen des Glaubens und der Sitten durch ihr unfehlbares Urteil entscheide, damit die Gläubigen nicht von jedem Winde der Lehre umhergetrieben werden in der Bosheit der Menschen auf dem Tummelplatze des Irrtums, denn diese lebendige und unfehlbare Autorität ist nur in jener Kirche lebenskräftig, welche — von Christus dem Herrn auf Petrus, der ganzen Kirche Haupt, Fürsten und Hirten erbaut — immer ihre rechtmäßigen Päpste hat, die ohne Unterbrechung von Petrus selbst ihren Ursprung herleitend, auf seinem Stuhle sitzen und auch die Erben und Verteidiger seiner Lehre, seiner Wunder, seiner Ehre und seiner Macht sind. Und weil, wo Petrus, dort die Kirche ist und Petrus durch den römischen Papst spricht und immer in seinen Nachfolgern lebt und das Richteramt ausübt und denen, die sie suchen, die Einheit des Glaubens bietet, darum ist Gottes Wort in eben dem Sinne anzunehmen, welchen dieser römische Stuhl des Hl. Petrus festgehalten hat und festhält, der, als Mutter und Lehrmeisterin, allen Kirchen den von Christus dem Herrn überlieferten Glauben immer ganz und unverletzt bewahrt und den Gläubigen gelehrt hat, Allen den Weg des Ziels und der unverfälschten Wahrheit zeigend." — Am Schlusse dieser Stelle ermahnt Pius IX. die Bischöfe, ihre Gläubigen zu ermahnen, daß sie fest bei diesen Prinzipien verharren und sich nicht von jenen betrügen und in Irrtum führen lassen, „die unter dem Vorwande des menschlichen Fortschritts den Glauben niederreißen, ihn gottloser Weise der menschlichen Vernunft unterwerfen und Gottes Wort zu verdrehen trachten."

In dem Rundschreiben vom 17. März 1856 sagt Pius IX.: „Was ist es nun, was die Kirche nicht duldet, nicht zuläßt, und was sie nach der ihr übertragenen Pflicht, die Hinterlage zu bewahren, durchaus tadelt und verdammt? Sie hat die Sitte jener strengstens getadelt und immer verdammt, und verdammt sie fortwährend, welche, die Vernunft mißbrauchend, sie der Autorität des redenden Gottes selbst gottloser und törichter Weise entgegenzustellen und vorzuziehen sich nicht schämen, noch fürchten, und indem sie sich trotzig überheben, von ihrem eigenen Hochmut und ihrer Aufgeblasenheit verblendet, das Licht der Wahrheit verlieren, den Glauben, von welchem geschrieben steht: wer nicht glaubt, der wird verdammt werden, hochmütigerweise verachten und sich selbst übermäßig vertrauend leugnen, daß man Gott glauben müsse, was er von sich selbst sagt, und daß man das, was er unserer Erkenntnis von sich wissen läßt, annehmen müsse. Diese sind es, welche sie zur gesunden Vernunft mit den Worten zurückzurufen strebt: ‚Was ist mehr gegen die Vernunft, als wenn man mit der Vernunft über die Vernunft hinauszugehen versucht? Und was ist mehr gegen den Glauben, als wenn man nicht glauben will, was man mit der Vernunft nicht erfassen kann?‘ und sie hört nicht auf, diesen einzuschärfen, der Glaube stütze sich nicht auf die Vernunft, sondern auf die Autorität.“

In dem Syllabus errorum vom Jahre 1864 ist vom Papst Pius IX. als Glaubenswahrheit festgesetzt: Satz 3: „Die menschliche Vernunft ist nicht ohne alle Rücksicht auf Gott der Schiedsrichter über Wahr und Falsch, Gut und Böse; sie ist sich nicht selbst Gesetz, und sie reicht mit ihren natürlichen Kräften nicht hin, für das Beste der Menschen und Völker zu sorgen.“ — Satz 4: „Nicht alle Wahrheiten der Religion fließen aus der natürlichen Kraft der menschlichen Vernunft, daher ist die Vernunft nicht die hauptsächlichste Norm, durch welche die Menschheit die Erkenntnis aller Wahrheiten jeder Art verlangen kann und soll.“ — Satz 5: „Denn die göttliche Offenbarung ist nicht unvollkommen, und daher nicht einem fortwährenden und unbegrenzten Fortschritt unterworfen, welcher dem Fortschreiten der menschlichen Vernunft entspreche.“ — Satz 11: „Die Kirche darf nicht nur gegen die Philosophie vorgehen, sondern sie darf auch die Irrtümer der Philosophie selbst nicht dulden und es ihr nicht überlassen, daß sie sich selbst verbessere.“ — Satz 14: „Die Philosophie darf nicht ohne Rücksicht auf die übernatürliche Offenbarung betrieben werden.“ —

Das Vatikanum vom Jahre 1870 hat in dem Kapitel de fide et ratione (von dem Glauben und der Vernunft) ebenfalls den Satz ausgesprochen, daß der Glaube über der Vernunft stehe, weshalb auch

zwischen Glauben und Vernunft ein wirklicher Widerspruch nicht stattfinden könne; deshalb werde auch jeder Satz, welcher der Wahrheit des erleuchteten Glaubens widerspreche, für falsch erklärt; deshalb endlich werde es allen Christgläubigen untersagt, derartige Meinungen, welche der geistlichen Lehre widersprechen, und als solche erkannt werden, besonders wenn sie von der Kirche verworfen sind, als berechtigte wissenschaftliche Lehrsätze zu verteidigen. Verflucht ist daher, wer sagt, die menschliche Vernunft sei so unabhängig, daß Gott ihr den Glauben nicht gebieten könne.“ —

Ganz auf demselben Boden steht der verstorbene Papst, Leo XIII. In dem Rundschreiben Aeterni patris vom 4. August 1879 über die Restauration der Wissenschaft auf Grund der philosophischen Prinzipien des hl. Thomas von Aquino, beruft sich Leo XIII. auf die Bestimmung der vatikanischen Konzils: der Glaube befreit die Vernunft von Irrtümern und bewahrt sie vor ihnen und bereichert sie mit mannigfaltigen Kenntnissen. Der Einsichtige wird daher den Glauben nicht tadeln, als sei er ein Feind der Vernunft und der natürlichen Wahrheiten, sondern muß vielmehr Gott deswegen den gebührenden Dank sagen und sich hoch erfreuen, daß bei den vielen Ursachen zur Unwissenheit und mitten unter den Wogen der Irrtümer ihm der hochheilige Glaube leuchtet, der wie ein freundliches Gestirn ohne jede Furcht vor Verirrungen auf den Hafen der Wahrheit hinweist. — Nachdem die fünfte Kirchenversammlung vom Lateran erklärt hatte, daß jede dem erleuchteten Glauben widersprechende Aufstellung durchaus falsch sei, weil das Wahre dem Wahren keineswegs widerspreche, gebietet sie den Lehrern der Philosophie, sich mit Eifer mit der Lösung von täuschenden Einwendungen zu beschäftigen, da, wie Augustinus bezeugt, jeder Grund, welcher gegen die Autorität der heiligen Schriften vorgebracht wird, wenn er auch noch so spitzfindig sein sollte, durch Wahrscheinlichkeit täuscht; denn wahr kann er nicht sein.“

Mit diesen Sätzen ist der Standpunkt des päpstlichen Stuhles genau präzisiert und damit sozusagen das ganze Programm gegeben: Die Forschung hat vor dem Glaubensdogma Halt zu machen; das Glaubensdogma ist ohne jede Kritik als wahr anzunehmen, denn es rührt von göttlicher Offenbarung her. Diese Glaubenssätze werden vom unfehlbaren Papste erläutert und erklärt: er ist die lebendige Offenbarung; nur der Glaube darf herrschen, nicht die Vernunft, nicht das Wissen: credo quia absurdum; die Philosophie ist die Dienerin der Theologie: sie hat ihre Lehren mit der geoffenbarten Wahrheit in Einklang zu bringen!!

Gewiß mit Recht sagt der Goethesche Mephistopheles:

Verachte nur Vernunft und Wissenschaft,
Des Menschen allergrößte Kraft.
Laß nur in Blend- und Zauberwerken
Dich von dem Lügengeist bestärken,
So hab ich dich schon unbedingt!

Das Papsttum hat die Konsequenzen aus diesen Lehren gezogen; es darf von keinem Katholiken ein Buch über Theologie oder Philosophie ohne Approbation der vorgesetzten geistlichen Behörde gedruckt werden und jedes Buch, das ohne solche Genehmigung gedruckt wird und den obigen Grundsätzen nicht entspricht, wird verboten. So sind die Werke des Philosophen Günther († 1863 zu Wien) und des Münchener Professors Frohschammer († 1893) verboten worden durch die Breven vom 15. Juni 1853 und 11. Dezember 1860. Der erstere hat sich unterworfen, der letztere nicht, weshalb er a divinis suspendiert und den Theologen der Besuch seiner Vorlesungen verboten worden ist. Ehre diesem Manne! Die beiden Werke „Die Freiheit der Wissenschaft“ und „Einleitung in die Philosophie“ sind die verbotenen Werke Frohschammers. In den Gründen dieser Verbote ist unter Anderem gesagt: „Es ist durchaus zu verwerfen, und zu verdammen, daß in diesen Büchern der menschlichen Vernunft und Philosophie, welche in den Angelegenheiten der Religion nicht herrschen, sondern durchaus dienen müssen, unbesonnenerweise das Recht des Lehramts zuerkannt wird und daß darum alles in Verwirrung gebracht wird, was bezüglich der Unterscheidung zwischen Wissen und Glauben, sowie bezüglich der ständigen Unwandelbarkeit des Glaubens fest bleiben muß, welcher immer ein und derselbe ist, während die Philosophie und die menschlichen Disziplinen sich weder immer gleich bleiben, noch auch von der mannigfachen Verschiedenheit der Irrtümer frei sind. — Wir können niemals dulden, daß alles blindlings durcheinander gemengt werde, und daß die Vernunft auch jene Dinge, welche den Glauben angehen, in Besitz nehmen und verwirren, da höchst gewiß und Allen wohl bekannt die Grenzen sind, über welche die Vernunft niemals nach ihrem eigenen Rechte hinausgeschritten ist, noch hinausschreiten kann. Und solche Dogmen betreffen hauptsächlich und ganz offenbar alle jene Fragen, welche sich auf die übernatürliche Erhöhung der Menschen und auf seinen übernatürlichen Umgang mit Gott beziehen und als zu diesem Zweck geoffenbart erkannt werden; und wahrlich, da diese Dogmen über die Natur sind, eben darum können sie auch durch die natürliche Vernunft und die natürlichen Prinzipien nicht erreicht werden. — Nie wird es nicht blos den Philosophen, son-

dern auch der Philosophie erlaubt sein, entweder etwas dem, was die göttliche Offenbarung und die Kirche lehrt, Widersprechendes zu sagen, oder etwas davon in Zweifel zu ziehen, weil sie dasselbe nicht versteht, oder das Urteil nicht anzunehmen, welches die Autorität der Kirche über einen Schluß der Philosophie, der seither frei war, zu fällen sich entschlossen hat. — Jedem Philosophen, welcher ein Sohn der Kirche sein will, und auch der Philosophie liegt die Pflicht ob, niemals etwas gegen das zu sagen, was die Kirche lehrt und das zurückzunehmen, was die Kirche als irrige Lehrmeinung bezeichnet hat."

III. Selbstredend verwirft der Papst auch jede Lehr- und Lernfreiheit, jede Denkfreiheit, Redefreiheit und Preßfreiheit.

In dem Rundschreiben vom 9. November 1846 sagt der Papst: „Durch den Zusammenfluß der von allen Seiten heraukriechenden Irrtümer und diese zügellose Denk-, Rede- und Schreibfreiheit sind die Sitten tief gesunken, ist die heilige Religion Christi in Verachtung geraten, wird die Majestät der göttlichen Kultur geschmäht, die Gewalt dieses apostolischen Stuhles angegriffen, die Autorität der Kirche bekämpft und in schmähliche Fesseln geschlagen, die Rechte der Bischöfe werden mit Füßen getreten. — Jene schreckliche Seuche (teterrima contagio) so vieler von allen Seiten herfliegender, das Sündigen lehrender Bücher und Schriften säen überall pestbringende Lehren aus (pestiferas doctrinas), verderben Herz und Geist und fügen der Religion den größten Schaden zu." — Im Rundschreiben vom 8. Dezember 1849 sagt Pius IX. über die Preßfreiheit: „Unter den verschiedenen Arten der Nachstellungen, mit welchen die ruchlosen Feinde der Kirche und der menschlichen Gesellschaft die Völker zu verführen streben, ist jene gewiß eine der vorzüglichsten, welche sie nach ihren frevlerischen Ratschlüssen schon lange in dem schlechten Gebrauche der neuen Buchdruckerkunst gefunden haben." — In der Allokution vom 27. September 1852 verdammt der Papst die durch die Verfassungen gewährte Freiheit, daß jeder seine Gedanken und alle, auch die ungeheuerlichsten, Meinungen drucken lassen könne." — In seinem Rundschreiben Jus ortale Dei vom 1. November 1885 verwirft auch Leo XIII. jede Denk- und Preßfreiheit ganz energisch. — Laßt — sagt Pius IX. in der Allokution vom 9. Juni 1862 zu den Bischöfen — so viel an Euch ist, nicht ab, von Euren Gläubigen die Ansteckung so schrecklicher Pest abzuhalten, d. i., ihren Augen und Händen die verderblichen Bücher und Zeitungen zu entziehen usw."

Freilich: nach Pius IX. Ausspruch bleibt sich der Heilige

Stuhl immer gleich (s. sedes sibi semper constabit) — Nach dessen Allokution vom 9. Dezember 1854 „müssen wir auf das Entschiedenste festhalten, daß es nach der katholischen Glaubenslehre Einen Gott, Einen Glauben, Eine Taufe gibt: im Forschen weiter zu gehen ist nicht erlaubt (ulterius inquirendo progredi nefas est).“ — Dagegen aber sind alle Katholiken jedes Standes und Berufes der Autorität und dem Lehramt der Kirche Gehorsam zu leisten schuldig und alle Katholiken sind bei ihren gelehrten Erörterungen (in doctis commentationibus) den dogmatischen Entscheidungen der unfehlbaren katholischen Kirche im Gewissen zum Gehorsam verpflichtet (debere obedire). Breve vom 21. Dezember 1863. Endlich aber darf ja der Papst sich mit dem Fortschritt und der modernen Zivilisation nicht versöhnen.

Mit diesen Grundsätzen hat die Papstkirche den modernen Ideen, der Zivilisation, rundweg den Krieg erklärt.

Nein, der Katholizismus ist nicht das Prinzip des Fortschritts, wie Professor Schell in Würzburg uns glauben machen will. Nein, es gibt keinen liberalen Katholizismus und es kann keinen geben. Denn er ist verdammt durch den Syllabus und das Vatikanum. Das gibt ja auch der in neuester Zeit häufig genannte Professor Ehrhard (von Wien, jetzt in Freiburg, demnächst in Straßburg) zu, der bekannt geworden ist durch das Buch „Der Katholizismus und das 20. Jahrhundert, im Lichte der kirchlichen Entwicklung der Neuzeit“ und durch sein zweites Werk „Liberaler Katholizismus?“, das eine Entgegnung ist auf die Angriffe seiner Kritiker des ersten Werks. P. Rösler hatte Ehrhard vorgeworfen, „sein Buch sei die bedeutendste Parteischrift, die der liberale Katholizismus seit seiner Niederlage durch das Vatikanum in deutscher Sprache hervorgebracht habe.“ Ehrhard verwahrte sich gegen diesen Vorwurf, „da er hierdurch an seiner Ehre als katholischer Priester und Professor der Theologie angegriffen sei“. Schell unterwirft sich und Ehrhard verwahrt sich dagegen, ein liberaler Katholik zu sein!

Ist da eine wissenschaftliche Tätigkeit möglich? Gibt es überhaupt eine katholische Wissenschaft? Nein! Die kann es nicht geben! Und in der Tat geben denn auch Schell und Ehrhard die Inferiorität der katholischen Wissenschaft, deren Rückständigkeit auf allen Gebieten, zu. Der Grund dieser Rückständigkeit ist der Mangel an Freiheit: die Vernunft ist gebunden durch das Dogma, die Wissenschaft gehindert durch die Autorität. Überall geht der getreue Katholik mit gebundener Marschroute,

sein ganzes Denken und Handeln ist nach einer Schablone geregelt. Muß da nicht jede Selbständigkeit des Denkens zu Grunde gehen? Muß da nicht eine geistige Sklaverei entstehen?

Die Autorität in der katholischen Kirche ist ja seit dem Vatikanum unbedingt, absolut. Eine freie Wissenschaft kann daneben unmöglich bestehen. Die Wissenschaft aber, als das Streben nach Erkenntnis der Wahrheit, muß frei sein, wenn sie ihr Ziel, die Wahrheit, erreichen soll. Sie muß das Recht haben, nur nach eigenen Gesetzen, ohne alle anderen Rücksichten, tätig sein zu können und darf nicht beeinflußt sein durch dogmatische Schranken, oder gar Befehle und Gewalt. (Vgl. das Vorgehen der römischen Kurie gegen Galilei, Giordano Bruno, De dominis!).

Die katholische Philosophie steht heute noch auf dem scholastischen Standpunkt des 13. Jahrhunderts: ihre Kenntnis datiert aus der Vorzeit, sie ist Traditionsgut. Thomas Aquino ist heute noch der Philosoph für die katholische Philosophie. Dessen Studium ist erst wieder von Papst Leo XIII. im Rundschreiben Aeterni patris, vom 4. August 1879, als notwendig vorgeschrieben worden, zur Restaurierung der katholischen Wissenschaft! Nur nennen will ich hier noch die Congregatio indicis librorum prohibitorum.

Zu diesen erwähnten Grundursachen der Rückständigkeit auf allen wissenschaftlichen Gebieten, der krankhaften Bekämpfung der Vernunft und der exzessiven Intoleranz, kommt dann noch der blödsinnige Aberglaube in der römischen Papstkirche, auf den ich hier nicht näher eingehen kann.

Diese Rückständigkeit, diesen Gegensatz der römischen Kirche zu den modernen Ideen nennt Ehrhard in seinem oben erwähnten Werke Konflikt zwischen Welt und Kirche. Ehrhard wirft die Frage auf, wie der Katholizismus seine Stelle als ausschlaggebender Faktor in der abendländischen Kulturentwicklung wieder zurückerobern könne? Die Antwort, die er auf diese Frage gibt, ist sehr charakteristisch: Der Gegensatz zwischen Welt und Kirche ist entstanden durch den Abfall vom Katholizismus. Der Protestantismus, als übertriebener Subjektivismus, ist die Schuld an diesem Zwiespalt. Die meisten Vertreter der modernen Kultur huldigen dem Protestantismus, der — wie auch Schell sich ausdrückt — antikatholisch ist. Er ist es, der die Versöhnung der modernen Welt mit dem Katholizismus in hohem Grade erschwert. Diese Versöhnung kann aber nur dadurch eintreten, daß allgemein zur alten, zur römischen Kirche, zurückgekehrt wird. „Die Träger der modernen Kultur — so sagt Ehrhard wörtlich — müssen energisch zur Selbstprüfung aufgefordert werden und zur Ausscheidung alles dessen, was ihren Ge-

gensatz zum Katholizismus grundsätzlich bedingt.“ Die Rückkehr in das Vaterhaus muß erfolgen, die moderne Welt muß für die katholische Kirche wieder gewonnen werden. Denn „die Emanzipation von den Idealen der katholischen Kirche ist auf keinem Lebensgebiete zur Quelle inneren Segens und wahren Fortschritts für die moderne Welt geworden.“

So Ehrhard! Also mutig zurück zum Mittelalter, zurück zur Geistesknechtung, zurück zu den entzückenden Scheiterhaufen, und zum praktischen Vollzuge des Syllabus und des Vatikanums!!

Man hat so herrlich in Gemälden die ecclesia militans, die ecclesia triumphans dargestellt. Wäre ich ein Raffael, ich würde die ecclesia vera, die wahre Kirche, darstellen, etwa folgendermaßen:

Auf kahlem Boden, bei trübem finstern Himmel, steht im Vordergrunde, auf prachtvoll geschirrtem Zelter, der Papst, reich gekleidet, mit der hohen Tiara auf dem Haupte, in der einen Hand die beiden Schwerter, das geistliche und das weltliche. Geführt wird dieses päpstliche Pferd von zwei häßlichen großen Frauengestalten, der hierarchischen Herrschsucht und der Intoleranz. Dem Papste folgen die ebenso reich gekleideten Kardinäle in violettfarbenen Kleidern, welche mit weißem Hermelin verbrämt sind. Von den Hufen dieser Pferde werden fünf prachtvolle Frauengestalten zertreten: die Liebe, die Humanität, die Duldung, die Vernunft und die Wissenschaft.

Links im Hintergrunde befinden sich brennende Scheiterhaufen. Bei denselben gewahren wir die Gestalten der Großinquisitoren Torquemada und Arbues.

Rechts im Hintergrunde erblicken wir in nebelhafter Ferne tausende und abertausende Schatten der von der Kirche aus Intoleranz und Herrschsucht Ermordeten. Darunter bemerken wir: die heidnische Philosophin Hypatia, Arnold von Brescia, Johannes Huß, Hieronymus von Prag, Girolamo Savonarola, Giordano Bruno, Konradin von Schwaben, den Großmeister der Templer Molay, Galileo Galilei.

In der Mitte des Hintergrundes schweben über der Peters- und andern Kirchen die Schatten der fürchterlichen Weiber Marozia, Theodora die Ältere und Theodora die Jüngere, Lucrezia Borgia, Katharina von Medici.

Das ist die historische römische Papstkirche, das ist das Prinzip des Fortschritts.

Die Folgen des Waltens dieser, jeder Religion bar gewordenen, römischen Papstkirche zeigen die rein katholischen Länder: soweit sie nicht schon vollständig zu Grunde gegangen sind, wie Spanien und Portugal, sind sie im steten Rückgang begriffen. Frankreich wird sich aus

dem Sumpfe des Klerikalismus herausarbeiten; es hat wenigstens in letzter Zeit ganz bedeutende Energie entwickelt. Während noch vor nicht ganz zwei Jahrhunderten die katholischen Staaten die Oberherrschaft hatten, ist diese jetzt auf die protestantischen Länder übergegangen.

Die deutsche Regierung mag auf der Hut sein; die historischen Tatsachen mögen sie belehren, mögen sie warnen! Sie mag sich hüten vor dem ferneren Paktieren mit dem Zentrum. Es stehen hohe, es stehen die höchsten Güter auf dem Spiele.

Welche Ziele aber die päpstliche Herrschsucht, der Jesuitismus, der Ultramontanismus, verfolgen, das hat der Jesuit Maffeo Liberatore in seinem Buche über Kirche und Staat vom Jahre 1871 offen ausgesprochen. Das Wesentliche dieses Buches hat Dr. Theodor Weber in seiner Schrift „Staat und Kirche nach der Zeichnung und Absicht des Ultramontanismus“, wiedergegeben.

Ich kann nur mit den ernsten Worten schließen: Videant consules ne quid detrimenti capiat respublica. Diejenigen, die die Vorsehung zu Leitern unseres Vaterlandes bestellt hat, mögen auf der Hut sein.

Das Ämterbesetzungsrecht und die Juden.

Von Benedictus Levita.

Die niemals ganz verstummten Klagen darüber, daß die Regierungen bei der Ämterbesetzung nicht verfassungsmäßig verfahren, sind in neuester Zeit verstärkt hervorgetreten und haben in mehreren Landtagen zu hochpolitischen, teilweise leidenschaftlichen Erörterungen geführt, in welchen der richtige Standpunkt vielfach, und zwar von beiden Seiten, verschoben worden ist. Es soll im Nachfolgenden versucht werden, ihn durch rein juristische, von aller Politik absehende Erörterung zurechtzurücken.

Der Sachverhalt ist folgender:

Im preußischen Abgeordnetenhause brachte 1901 der Abgeordnete Peltasohn zur Sprache, daß bei der Ernennung zum Notar in Berlin und an andern Orten jüdische Bewerber zurückgesetzt werden, und wünschte die Grundsätze zu erfahren, die das Justizministerium hierbei befolge. Der Justizminister erwiderte, daß es in Berlin unter 851 Anwälten 526 jüdische, unter 176 Notaren 65 jüdische gebe, während die jüdische Bevölkerung Berlins nur 5,14 Prozent der Gesamtbevölkerung betrage, daß deshalb, um nicht die christliche Bevölkerung mit der Zeit mehr und mehr auf jüdische Notare anzuweisen, jedesmal im Einzelfalle,

ohne Rücksicht auf prozentuale Zahlen, geprüft werde, ob ein jüdischer Bewerber nach Lage der Sache berücksichtigt werden könne oder nicht. Hierdurch sei es allerdings dahingekommen, daß durchschnittlich die jüdischen Rechtsanwälte in Berlin bis 8 Jahre länger auf das Notariat warten müßten, als die christlichen. Ähnliche Verhältnisse lägen auch an einigen anderen Orten vor, und auch bei den Richterstellen mache die Unterbringung der jüdischen Bewerber die größten Schwierigkeiten. Die Gesetzlichkeit seines Verfahrens leitete der Justizminister aus dem Satze her, daß die erworbene Befähigung keinen Anspruch auf ein Amt gebe.

Gegen diese Erklärung wurde von der Linken Widerspruch erhoben mit der Behauptung, nach der Verfassung dürfe bei der Ämterbesetzung überhaupt nicht nach der Religion gefragt werden. Von der Rechten und dem Zentrum wurde dagegen geltend gemacht, daß die Befähigung an sich noch kein Recht auf ein bestimmtes Amt gebe, daß bei der Auswahl der Beamten auf die religiösen Gefühle der Bevölkerung und, wenigstens einigermaßen, auf die Verhältniszahl Rücksicht genommen werden müsse. Die Erörterung schloß mit einem Beschluß, welcher das Verfahren des Justizministers guthieß.

Darauf fand eine ähnliche Erörterung in der hessischen Kammer statt, die zu dem von der Regierung gebilligten Beschlusse führte, die Erwartung auszusprechen, daß bei Anstellung von Beamten der prinzipielle Standpunkt der religiösen Gleichberechtigung gewahrt werde.

Endlich ist am 29. November 1901 in der bayrischen Kammer ein Antrag Heim angenommen worden, die Regierung zu ersuchen, Juden „möglichst“ nur im Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung in der Justizverwaltung aufzunehmen. Der Justizminister hat erklärt, im Hinblick auf das Gesetz vom 3. Juli 1869 sich zur Einhaltung eines bestimmten Prozentverhältnisses nicht verpflichten und dem Antrag also keine Folge geben zu können, innerhalb des Rahmens des Gesetzes jedoch der einmal vorhandenen Stimmung der Bevölkerung, wie er auch bisher schon getan, möglichst Rechnung tragen zu wollen.

Für Preußen ist die entscheidende Stelle der Satz des Artikels 4 der Verfassung:

> Die öffentlichen Ämter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

Der Satz gehört zu den sogenannten Grundrechten, auf die manche heutzutage mit überlegenem Lächeln als auf praktisch wertlose Herzensergießungen des Gesetzgebers herabsehen. Auf einen Teil der Grundrechte trifft dieses Urteil auch zu. Bereits zum Gespött geworden ist Artikel 27 der Verfassung, daß „jeder Preuße das Recht hat, seine Meinung frei

zu äußern". Nicht viel wertvoller ist der berühmte Artikel 20: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei". Diese Art Grundrechte, die keine Norm enthalten, nichts befehlen und nichts verbieten, sind allerdings für die Rechtsanwendung bedeutungslos. Indes gehört Artikel 4 nicht zu diesen. Er enthält eine bestimmte Norm. Es ist wohl zu merken, daß er die erworbene gesetzliche Befähigung zum Amte von der Zugänglichkeit der Ämter unterscheidet. Er setzt also bereits als möglich voraus, daß einem Befähigten die Ämter dennoch unzugänglich gemacht werden. Eben dieses verbietet er: Die Ämter sollen allen dazu Befähigten gleich zugänglich sein. Er befiehlt, die Ämter allen offen zu halten, verbietet, einzelne Bevölkerungsklassen davon auszuschließen. Es ist allerdings in den politischen Erörterungen der unglaubliche Versuch gemacht worden, dem Artikel 4 diesen Sinn zu bestreiten. Artikel 4, wurde gesagt, habe nur die Bedeutung, die früheren gesetzlichen Anstellungsverbote aufzuheben, die Regierung zu ermächtigen, ihre Beamten aus jeder beliebigen Klasse der Bevölkerung zu wählen. Die Vorschrift wäre alsdann gar kein Grundrecht, sie gälte nur zugunsten der Regierung, gäbe ihr nur ein Recht und keine Pflicht. Es ist hart, auch eine solche Deutung widerlegen zu müssen; es genüge, auf den Wortlaut, den Grund und die Stellung der Vorschrift mitten unter unzweifelhaften Grundrechten (unmittelbar hinter: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt.") zu verweisen, welche ganz deutlich ergeben, daß es sich nicht um ein Recht der Regierung, sondern um ein Versprechen an die Bevölkerung handelt.

Dem unzweifelhaften Recht der Bevölkerung auf Offenhaltung der Ämter für alle steht nun aber gegenüber das ebenso unzweifelhafte Recht der Regierung, die Ämter nach ihrem Ermessen zu besetzen. Wie vertragen sich diese beiden Ansprüche miteinander? Hebt nicht der eine den andern auf? Ist nicht etwa doch unser Grundrecht praktisch wertlos?

Hier ist ein Unterschied zu machen, der, wie nahe er auch liegt, bei den politischen Erörterungen doch durchweg übersehen worden ist. Artikel 4 handelt von der Zugänglichkeit der Ämter im allgemeinen, gibt aber keine Anweisung für den Einzelfall. Im Einzelfalle hat die Verwaltung freie Hand und ist über ihre Gründe keine Rechenschaft zu geben schuldig. Familie, Erziehung, persönliche Eigenschaften jeder Art dürfen für sie bestimmend sein. Zu ihnen kann auch die Religion gehören. Die allgemeine Zugänglichkeit der Ämter wird nicht dadurch beeinträchtigt, daß für ein bestimmtes Amt ein Katholik für geeigneter erachtet wird als ein Protestant, ein Adeliger für geeigneter als ein Bürgerlicher, sondern erst dadurch, daß solche Bevor-

zugung zur Regel wird. Artikel 4 ist nicht maßgebend für die Entscheidung im Einzelfall, wohl aber für die Gesamtrichtung der Ämterbesetzungspraxis. Die Verwaltung, weil sie der Verfassung gemäß zu regieren hat, darf das Ämterbesetzungsrecht nicht so ausüben, daß die Ämter gewissen Bevölkerungsklassen ausschließlich, unter Ausschluß anderer, zugewendet werden. Fiele es der Militärverwaltung ein, die Offizierstellen ausschließlich mit Adeligen zu besetzen, so wäre das verfassungswidrig. Sie könnte nicht geltend machen, daß die Zugehörigkeit zum Adel persönliche Eigenschaften hervorbringe, die sie für das Offiziersamt erforderlich erachte. Denn die Verfassung verbietet derartige Verwaltungsgrundsätze.

Die Verfassung verheißt aber der Bevölkerung nicht nur allgemeine, sondern auch gleiche Zugänglichkeit der Ämter. Dieses „gleich" scheint verschiedene Deutungen zuzulassen. Bedeutet es etwa, daß jede Bevölkerungsgruppe Anspruch auf eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung im Beamtentume hat? Das kann schon deshalb nicht sein, weil die Bevölkerung sich verschieden gruppiert, je nachdem man das Einteilungsmerkmal (Beruf, Religion usw.) wählt, weil die Gruppen sich nicht scharf abgrenzen lassen und weil nicht jede Gruppe die entsprechende Anzahl von Bewerbern stellt. Es ist denn auch noch nie der Versuch einer solchen Gruppierung und Verteilung gemacht worden. Wäre aber derartiges auch zulässig, ganz sicher unzulässig wäre es, eine Gruppe herauszugreifen und für diese allein einen nicht überschreitbaren Anteil an den Beamtenstellen festzusetzen. Denn alsdann wäre diese Gruppe den andern gegenüber im Nachteil, insofern ihr nur eine beschränkte, den andern eine unbeschränkte Anzahl Ämter zugänglich wäre: der Satz von der gleichen Zugänglichkeit der Ämter wäre verletzt.

Ist also eine allgemeine Klasseneinteilung unmöglich, ein Ausnahmegesetz gegen eine Klasse verfassungswidrig, so ergibt sich, daß das „gleich" im Artikel 4 nur die einfache und natürliche Deutung zuläßt: jedem Bewerber sollen die Ämter unter den gleichen Voraussetzungen wie jedem andern zugänglich sein; es darf nicht einem der Zutritt schwerer gemacht werden, als dem andern. Auch hier ist im Einzelfalle der Verwaltung alle Freiheit zu lassen; wird es aber Grundsatz, einer bestimmten Bevölkerungsgruppe den Zugang zu den Ämtern zu erschweren, so ist eine solche Verwaltungspraxis verfassungswidrig.

Treten wir an der Hand dieser Grundsätze an die Prüfung des vorliegenden Sachverhaltes heran. Den Mittelpunkt der Verhandlungen in Preußen bildete die Frage, nach welchen Grundsätzen das Notariat in Berlin verliehen werde. Es handelte sich also um ein bestimmtes Amt oder eine Anzahl bestimmter Ämter, folglich um eine Entscheidung

im Einzelfalle, bei welcher wir der Verwaltung volle Freiheit zugestehen. Wenn der Justizminister wegen besonderer örtlicher Verhältnisse für gut fand, bei Besetzung von Berliner Notarstellen auf die Religion der Bewerber Rücksicht zu nehmen, so handelte er nicht verfassungswidrig. Es soll ähnliches allerdings auch in anderen Städten vorgekommen sein; und besonders kraß war der Fall in Kattowitz, wo dem seit Jahren dort wohnhaften älteren jüdischen Bewerber ein auswärtiger jüngerer christlicher vorgezogen wurde, und selbst die für Berlin geltend gemachten örtlichen Gründe wegfielen, denn es gab dort nur christliche Notare. Aber so sehr wir das Verfahren sachlich mißbilligen mögen: formell läßt sich dagegen, so lange es sich auf wenige einzelne Orte beschränkt, nichts einwenden. Allerdings ist die Zahl der in Betracht kommenden Stellen in Berlin sehr groß; allerdings streift das Verfahren nahe an Verfassungswidrigkeit. Allein im Zweifel wird für die Entscheidung das ausschlaggebend sein müssen, ob die Ämterbesetzung überhaupt noch nach sachlichen Gesichtspunkten geschieht. Das wird aber hier, bei den in der Tat ausnahmsweisen Verhältnissen Berlins, nicht direkt verneint werden können.

Ähnlich ist es mit der bei derselben Gelegenheit erhobenen Klage, daß polnischen Rechtsanwälten aus politischen Gründen das Notariat verweigert werde. Ist die dies offen zugebende Antwort des Justizministers dahin zu verstehen, daß in den polnischen Provinzen das Notariat an Polen nicht verliehen werde, so läßt sich die Verfassungsmäßigkeit dieser Verwaltungspraxis nicht bezweifeln, solange Polen die Möglichkeit nicht verschränkt wird, in andern Teilen des Staates das Notariat zu erlangen.

Anders steht es mit der Besetzung der Richterstellen. Diese Frage ist nur gestreift worden; der Justizminister hat erklärt, daß die Anstellung der jüdischen Assessoren ihm ebenfalls viele Schwierigkeiten mache, an vielen Orten untunlich sei. Genaueres hat er nicht angegeben. Es ist indessen offenkundige Tatsache, daß jüdische Assessoren nur nach ungeheuer langer Wartezeit, ja, wie es in letzter Zeit scheint, überhaupt nicht mehr als Richter angestellt werden. Die Wartezeit selbst aber wird ihnen dadurch weiter erschwert, daß sie bei Zuteilung besoldeter Aufträge regelmäßig hintangesetzt werden. In Berlin, wo noch eine Anzahl jüdischer Assessoren besoldete Stellungen inne hatte, hat man ihnen neuerdings diese sämtlich abgenommen und an ihre Stelle viel jüngere christliche Assessoren berufen. Es kam vor, daß solche, die als Referendare zu ihrer Ausbildung jenen Assessoren überwiesen gewesen gewesen waren, deren besoldete Stellungen bekamen, während ihre ehemaligen Lehrmeister neben ihnen unbesoldet weiterarbeiten. Hier ist

kein Zweifel daran möglich, daß die Verwaltung Juden nicht bloß bestimmte Ämter aus lokalen Gründen verweigert, sondern ihnen den Zugang zum höheren Justizdienst überhaupt und grundsätzlich erschwert, mithin sich mit der durch Artikel 4 gewährleisteten gleichen Zugänglichkeit der Ämter in Widerspruch setzt.

Übrigens ist das Verhalten der Justizverwaltung immer noch etwas weniger inkorrekt als das anderer Verwaltungen, insbesondere der Militärverwaltung. Schon die Übung, die Offiziersstellen gewisser Regimenter dem Adel vorzubehalten, ist angreifbar; es werden hier zwar nur bestimmte Ämter den Bürgerlichen verweigert, aber doch in bedenklich hoher Zahl. Aber auch sonst bietet das Verfahren bei der Annahme von Offizieren schwere Angriffspunkte. Die Militärverwaltung entnimmt ihre Offiziere nur aus sogenannten „guten" Familien. Sofern dies nicht mehr bedeuten soll, als daß in der Familie des Bewerbers nichts ehrenrühriges vorgekommen sein darf, ließen sich verfassungsrechtliche Bedenken gegen diese Anforderungen nicht erheben. Sofern aber damit ganze Bevölkerungsklassen von den Offizierstellen ausgeschlossen werden, ist das Verfahren verfassungswidrig. Freilich ist es eine Schwierigkeit, die benachteiligten Klassen abzugrenzen, überhaupt die Bildung einer gleichartigen Übung nachzuweisen, da die Annahme der Bewerber bei den Regimentern erfolgt. Aber auch diese Schwierigkeit fällt weg gegenüber den Juden. Notorisch ist seit mindestens zwanzig Jahren in Preußen — abgesehen vom Sanitätsdienst — auch nicht ein einziger Jude zum Offizier ernannt worden, weder in der Linie, noch — unter den vielen tausend jüdischer Einjährig-Freiwilliger — in der Reserve, für welche ja sonst nicht einmal die „gute Familie" gefordert wird. Den Juden gegenüber ist die Militärverwaltung völlig vorurteilslos, sie legt gar keinen Wert auf Familie, sie weist den Sohn des Hausierers ebenso zurück wie den des Geheimrats. Der Einwand, daß das Offiziersamt durch Wahl des Offizierkorps verliehen wird, greift nicht durch, da das Offizierkorps nur ein Vorschlagsrecht hat und überdies Juden ganz regelmäßig, auch wenn sie alle übrigen Bedingungen erfüllt haben, nicht zur Wahl gestellt werden. Die Offizierstellen sind also den Juden völlig unzugänglich, der Widerspruch mit der Verfassung ist offenkundig.

Ob die Bau-, die Medizinal- und Unterrichtsverwaltung, die sonst Juden anstellten, es jetzt noch tun, ist nicht sicher bekannt; es wird aber behauptet, daß selbst in der Gelehrtenrepublik der Universitäten, welcher derartige Unterscheidungen stets am fernsten gelegen haben, nicht mehr jüdische Professoren ernannt werden. Daß die übrigen Verwaltungen jüdische Assessoren nicht übernehmen, hat der Justizminister selbst erklärt. Sie verlassen hiermit die Überlieferungen Bismarcks, der bekanntlich

tüchtige Juden in hohe, sogar sehr hohe Staatsämter, bis zum Reichsrichter, gebracht hat.

Es ist nun richtig, daß das Judentum Bewerber für den Staatsdienst, so lange sie Aussichten hatten, in weit größerer Zahl gestellt hat, als seiner Bevölkerungsziffer entspricht. Es ist aber bereits oben ausgeführt, daß es verfassungswidrig wäre, eine Bevölkerungsklasse auf eine bestimmte Anzahl von Ämtern zu beschränken, zumal wenn nicht gleichzeitig die übrigen Klassen ähnliches erleiden. Denn das Judentum ist keineswegs allein in dieser Lage. Bekanntlich ist der Adel im Militär- und Verwaltungsdienst viel unverhältnismäßiger vertreten, als das Judentum in der Justiz. Bekanntlich stellen die Protestanten ganz unverhältnismäßig mehr Bewerber für den Staatsdienst, als die Katholiken. Bekanntlich ergänzt sich überhaupt das höhere Beamtentum vorwiegend aus den gelehrten und den wohlhabenden Ständen. Ist es deshalb schon jemand eingefallen, eine Zurücksetzung der adeligen Bewerber hinter den bürgerlichen, der protestantischen hinter den katholischen zu verlangen? Nein, das Bürgertum hat immer nur verlangt, daß der Adel, die Katholiken immer nur, daß die Protestanten nicht bevorzugt werden.

Es war daher ganz verfehlt, was einer der tüchtigsten Redner des Zentrums, Abgeordneter Dr. Porsch, den Juden entgegenhielt: daß sie doch nicht mehr verlangen könnten, als die Katholiken für sich verlangen. Wir Katholiken, sagte er, haben immer nur eine angemessene Vertretung, eine einigermaßen verhältnismäßige Berücksichtigung verlangt. „Wir haben etwas Wasser in unseren Wein getan bei Vorbringung von Paritätsbeschwerden. Wir sind nicht gegen die Ministerbank gestürmt und haben gesagt: wir verlangen das glatte Anerkenntnis, daß alle ausreichend qualifizierten Katholiken in gehöriger Weise angestellt und befördert werden.“ In der Tat, das verlangen die Katholiken nicht; sie verlangen viel mehr. Sie verlangen eine verhältnismäßige Anzahl von Stellen, während sie nicht die verhältnismäßige Anzahl von Bewerbern stellen. Will wirklich der Abgeordnete Porsch im Ernst behaupten, daß er es ganz in der Ordnung fände, wenn unter gleichen Umständen gegen die katholischen Bewerber ähnliche Maßregeln, wie jetzt gegen die jüdischen, angeordnet würden? Soll wirklich auch im Rechtsstaate der schmachvolle Satz gelten, daß über Unrecht immer nur der schreit, der es erleidet?

Für die Richtigkeit des hier gefundenen Ergebnisses gibt es einen guten Prüfstein: man denke sich die bestehende Verwaltungspraxis zum Gesetz erhoben und frage sich dann, ob ein solches Gesetz mit der Verfassung im Einklang stände. Also: ein Gesetz, das Juden von den Offizierstellen, von den Verwaltungsämtern ausschlösse, widerspräche es der

Verfassung? Ja oder Nein? Gewiß Ja. Was aber nicht Gesetz werden darf, darf die Verwaltung auch nicht auf dem Umwege der tatsächlichen Übung einführen.

Und darin liegt die ungeheuere grundsätzliche Bedeutung der Frage, hinter der vorläufig die Frage der Zweckmäßigkeit und selbst Gerechtigkeit des Verfahrens zurücktritt: daß die Autorität des Gesetzes in Gefahr ist. Wie man auch zur politischen Frage stehe: für die Juden ist der Kampf augenblicklich ein Kampf ums Recht. Gibt es wirklich zwingende Gründe, ihnen den Zugang zum Staatsdienst zu verschränken, so kann dies nur geschehen im Wege der Verfassungsänderung. Wer den Mut hatte, die bisherige Verwaltungspraxis zu billigen, muß auch den Mut haben für ein entsprechendes Gesetz zu stimmen.

Kleine Mitteilungen.

Gibt es weltliche und geheime Jesuiten?

Die sehr ernst zu nehmende Frage, ob es weltliche und geheime Jesuiten gibt, wird in letzterer Zeit in mehreren deutschen liberalen Blättern erörtert, während die „Kölnische Volkszeitung" die Existenz „weltlicher Jesuiten" in entschiedenster Form ableugnet und mit gut gemachter Entrüstung sagt: „Wenn sie (die liberalen Blätter) z. B. erzählen, viele weltliche Jesuiten seien in Kalksburg und Mariaschein ausgebildet, so ist das ein Ammenmärchen, welches sie der Beweislast für die schwindelhafte Behauptung nicht enthebt".

„Wenn die Voss. Ztg. wirklich einen Gewährsmann für ihre Hundstaggeschichte hat, so ist es ein Schwindler erster Güte gewesen, und auf einen solchen Schalksgesellen braucht man doch keine Rücksicht zu nehmen!"

Zu unserem größten Bedauern müssen wir konstatieren, daß in diesem Falle die frumbe Kölnische Volkszeitung schlecht informiert ist, oder schlecht informiert sein will, wenn sie sich „auch noch so aufs hohe Roß setzt"! Und das von „Kalksburg" hätte der Gewährsmann der Kölnischen Volkszeitung nicht schreiben sollen, da er sich in diesem Falle genau so unsterblich blamiert wie ihr anderer große Gewährsmann in Sachen des heiligen Präputiums gegenüber dem „Freien Wort".

Schreiber dieses hat die Ehre, nur ein paar Minuten von jenem berühmten Jesuiten-Mekka zu wohnen, und ich habe die „weltlichen Jesuiten" mit eigenem Auge gesehen. Die liberalen Zeitungen haben daher materiell recht, wenn sie sich auch formell nicht ganz im Kirchenjargon ausgedrückt haben.

Unter den „weltlichen Jesuiten" z. B. in Kalksburg sind die Marianisten zu verstehen. Allerdings „geheim" sind dieselben nicht, und in Oesterreich kennt sie jedes Kind. Deswegen ist dieser Verein nicht minder gefährlich.

Er ist, um mich populär auszudrücken, ein Laienorden, wie sie ja auch bei anderen Orden vorkommen. Das Mitglied eines solchen Ordens übernimmt eine gewisse

Gebetsverpflichtung in diesem Falle, die Persolvierung des „Marianums", d. i. eines sehr verkürzten und handlichen Breviers zu Ehren der seligsten Jungfrau Maria, ferner Ablegung der Beichte innerhalb bestimmter Zeiten und bei einem bestimmten Beichtvater (natürlich Jesuiten!) und verspricht die Teilnahme an jährlichen „Exerzitien", die man ganz gut mit „Kontrollversammlungen" vergleichen kann. Von einer „Profeß" im kanonischen Sinn ist keine Rede, das Mitglied des Laienordens kann sich daher ohne weiteres verheiraten.

Die „Armut" wird auch nicht verlangt, im Gegenteil, je reicher ein solcher Laie ist, desto besser. Aber der „Gehorsam" gegen den Orden, oder was wir modern „Organisation" nennen, das wird eifrig gepflegt, und dazu sind eben Beichte und Exerzitien das beste Mittel.

In Kalksburg nun, um bei dem von der Kölnischen Volkszeitung angeregten Thema zu bleiben, werden bereits die Zöglinge — gewöhnlich der höheren Jahrgänge — in die „Sodalität" (auf deutsch etwa „Bruderschaft") aufgenommen, und wer sich für die Sache interessiert, der kann die Jünglinge alljährlich zu Fronleichnam mit den blauen, goldgestickten Bändern um den Hals an der feierlichen Prozession teilnehmen sehen. Das sind also die „weltlichen Jesuiten" und so kann man sie ganz gut nennen.

Man hüte sich jedoch, diese „Sodalitäten" als bloße Betbruderschaften zu betrachten; die geistlichen Vorteile, die man den Mitgliedern in Aussicht stellt, treten bei unserer doch schon aufgeklärten Zeit stark in den Hintergrund, und die Patres sind in ihren Versprechungen nicht mehr so splendid, daß sie einem jeden Mitglied die ewige Seligkeit im voraus eskomptieren. Heute wird das alles fein jesuitisch verklausuliert.

„Wenn du beichtest, wenn du nicht sündigst, dann kommst du durch die Bruderschaft in den Himmel", so heißt es jetzt! Das kann man aber auch ohne Bruderschaft! Aber um das Jenseitige ist es weder den frommen Vätern noch den Sodalen zu tun! Vielmehr erlangen diese Vereinsmitglieder bei ihrer Karrière — denken wir nur immer an die Kalksburger Zöglinge — Unterstützung, andererseits sind diese Mitglieder, wenn sie dann in Stellungen sind, wieder erkenntlich.

Wir wollen uns hier nicht mit einer ziemlich überflüssigen Aufzählung von historisch bekannten Personen, die diesen Laienorden angehörten, beschäftigen, viel wichtiger ist, was werden wird. In Kalksburg wird heute fast der gesamte aristokratische österreichisch-ungarische Nachwuchs und das reiche Bürgertum erzogen, die Jungen werden dort schon für die Zwecke des Ordens präpariert und Gott weiß was dann wird, wenn all die Hunderte in öffentliche Aemter kommen, Minister und Herrenhausmitglieder, Generäle und Hofchargen werden, denn gerade die zu derartigen Stellen prädestinierten Familien lassen ihre Söhne dort erziehen und von Jahr zu Jahr wächst die Zahl der Aufgenommenen.

Was nun die „geheimen, weltlichen Jesuiten" anbelangt, so ist dies auch ein allbekanntes Faktum. Entweder sind es derartige „Marianisten", die aus Klugheitsrücksichten ihre Verbindung mit dem Orden verbergen. Dies geschieht im Einverständnis mit den Patres und selbstverständlich zu beiderseitigem Vorteil. Oder es sind Patres des Ordens selbst, die gleichfalls aus Opportunität sich äußerlich ganz als Laien geben.

In dieser Hinsicht hat der Jesuitenorden die weitgehendsten Privilegien. In Ländern, wo sie nicht zugelassen sind, können sie — gewöhnlich zu zweien zur gegenseitigen Überwachung, um Exzesse in sexualibus zu verhindern — in Privatwohnungen logieren, sie gehen in gewöhnlicher Zivilkleidung ohne Collare, lassen sich Bärte wachsen wie sie wollen, ja sie werden sogar, falls ihre Tätigkeit sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, teilweise oder ganz vom Breviergebet dispensiert; eine Dispens von den Gelüb-

den des Gehorsams und der Keuschheit dagegen findet unter keinen Umständen statt! — Und das alles weiß unsere westdeutsche Patent-Katholikin, die „Kölnische Volkszeitung" nicht! Dabei ist sie ganz unjesuitisch grob gegen die besser informierten liberalen Blätter und verleugnet ihre Devise „fortiter in re, suaviter in modo!" Das jesuitische „suaviter" versteht sie noch nicht recht! Wir empfehlen dem frommen Blatt, einen seiner Redakteure zum Kurgebrauch und zum Studium des echten Jesuitismus nach Kalksburg zu schicken, dann werden ihr solche fatalen redaktionellen Versehen nicht mehr passieren! Oder sollte diese Zeitung vielleicht selbst eine weltliche und geheime Jesuitin sein??!

*

Der Freimaurerpapst Leo XIII.

Leo XIII. mischte sich, wie bekannt, so wenig wie möglich in die Kirchenpolitik der französischen Republik ein, vielmehr ging er so weit, daß er sogar den Katholiken Frankreichs anriet, die gegenwärtige Regierungsform anzuerkennen, allerdings nur, um Frankreich von innen heraus zu klerikalisieren. Ebenso bekannt ist, daß die Berufsroyalisten und Frömmler in der Provinz sich entschieden weigerten seinen Ratschlägen zu folgen, und daß alte Betschwestern sogar für die Bekehrung des Papstes Gebete einlegten. Diese Stimmung versuchten seinerzeit, wie es uns Hugues Le Roux im „Gil Blas" erzählt, zwei erfinderische Köpfe aufs erfolgreichste für ihren Geldbeutel auszunutzen, indem sie sich die Adressen von Abonnenten ultramontaner Zeitschriften verschafften und sich von Rom aus vertrauliche Schreiben senden ließen, in denen der Nachweis erbracht wurde, daß gar nicht der wirkliche einstige Camerlengo Pecci auf dem heiligen Stuhle säße, sondern auf Grund des Verrats einiger Kardinäle ein ihm sprechend ähnlicher Freimaurer. Mit diesen Schreiben und sonstigen Empfehlungen ausgerüstet, besuchten die Schwindler von Stadt zu Stadt Geistliche und Klostervorsteherinnen. Beim ersten Besuch enthüllten sie noch nicht ihr ganzes Geheimnis, indem sie sich stellten als ob sie Verrat befürchteten. Nachdem sie aber die Neugierde geweckt und aufs äußerste gespannt hatten, zogen sie bei verschlossenen Türen und Fenstern ihre Schreiben hervor und überzeugten durch Verlesung derselben ihre Zuhörer und Zuhörerinnen. Nun kam aber die wichtige Frage: „Wo steckt denn der wirkliche Papst?" — „Seit sieben Jahren", so lautete die Antwort, „schmachtet Leo eingekerkert in einem dunklen Verließ." Das übrige kann man sich denken. Man brauchte natürlich Geld, viel Geld für die Befreiung des ehrwürdigen Greises, die durch Bestechung der Wärter, wie es die Schriftstücke ebenfalls bewiesen, zu erlangen war. Um ihre frommen Opfer ganz willig zu machen, legten die Schwindler ihnen das „goldene Buch" vor, in dem sich bereits „die höchsten Namen Frankreichs" mit bedeutenden Summen eingeschrieben hatten. Das „goldene Buch" war sehr dick und jeder Besuch vergrößerte die gezeichneten Beträge. Als endlich die beiden Schwindler entlarvt wurden, hatten sie bereits 475,000 Frcs. für die Befreiung des echten Papstes gesammelt. Ihre darauf erfolgende Verurteilung wurde von vielen ihrer Opfer als ein Werk der bösen Freimaurer angesehen, und noch heute glauben viele, daß am 21. Juli nur der Freimaurerpapst Leo XIII gestorben ist, während der echte Leo noch immer im Kerker schmachtet. Henry Pâris.

*

Belgische Schulverhältnisse unter klerikaler Herrschaft.

Aus einer jüngst von der belgischen Regierung veröffentlichten Statistik ergibt sich, daß in Belgien im Jahre 1900 bei einer Bevölkerung von rund 6,750,000 Einwohnern noch ein Drittel der Bevölkerung, nämlich 1,015,966 Männer und 1,222,086 Frauen, nicht gleichzeitig lesen und schreiben konnten. Die Hauptstadt Brüssel zählte 23,6 % männliche und 24,9 % weibliche Analphabeten. Aus der Statistik läßt sich

feststellen, daß sich in den ländlichen und zugleich klerikalsten Provinzen, nämlich in Flandern und Limburg, die höchste Zahl der Analphabeten vorfindet, während die industrielle Bevölkerung ein höheres Kulturniveau aufweist. Seit dem Jahre 1884, seit welchem Belgien unter klerikaler Herrschaft steht, ist die allgemeine Volksbildung stationär geblieben.

*

Büchertisch.

Der Mensch als Tierrasse. Es wird bitter ernst mit der Affenabstammungstheorie. Bisher lullte man sich noch in den Trost, daß doch noch gar zu viel Nebel über den Abgründen der Urzeit lagern. Aber diese Naturforscher lassen uns keine Ruhe: kaum haben wir uns bei dem Gedanken beschwichtigt, daß aller Affenabstammung zum Trotz dennoch wenigstens der Unterschied zwischen höheren und niederen, fort- und rückschrittlichen Menschen bestehe, da kommen schon eisig kalte Gesellen und zertrümmern uns auch diesen komfortablen Ruhesessel. Es gibt, sagen sie, Entwickelung, aber nicht Höherentwickelung, auch Goethe war nur ein Tier, und wer sich etwas besseres dünkt, der leidet eben an Verstandesschwäche.

Es ist als ob sich einem eine eiskalte Hand ums Herz legte, wenn man Dr. W. Rheinhards jüngst erschienenes Buch „Der Mensch als Tierrasse und seine Triebe" gelesen hat. Schonungslose, unbarmherzige Logik hat dem Manne die Feder geführt. Er nennt sein Buch „Beiträge zu Darwin und Nietzsche", aber während bei Nietzsche noch ein heißes Sehnen nach hohen Zielen und glühendes Verlangen, Glück zu verbreiten, vorhanden ist, mutet uns Rheinhards Buch an wie ein kalter Novembersturm, der alle unsere Hoffnungen und Ideale zu Grabe trägt. „Setz' deinen Fuß auf ellenhohe Socken, du bleibst am Ende, was du bist" — ein verlogenes Tier, der Natur soviel wert wie ein Molch, oder eine Monere.

Aber tadeln wir nicht den Autor, dessen Wahrheiten uns verdrießlich in die Ohren klingen, denn schätzenswert ist sein Buch durch sein nüchternes und konkretes Denken. Es macht beispielsweise allen Ernstes einen Versuch, den ungefähren Weg zu beschreiben, auf dem sich der Affe zum Menschen entwickelte. Natürlich nicht einer der heute noch lebenden Affen, sondern eine Art Mischrasse aus einem Neuseeländer und Gorilla. Dieser Pithekanthropos Alalos muß bereits vor Beginn der Eiszeit gelebt haben, als das Klima von Europa und Asien noch ein tropisches war. Er wäre als ein menschenähnliches Tier vorzustellen, das wohl meist im Unterholz oder auf Bäumen des tropischen Urwaldes versteckt lebte, sich von Pflanzen nährte und auch, wie noch die heutigen Affen, nach kleinen Tieren jagte und sie auffraß. Die Sommer aber wurden kühler und kühler und die Winter grimmiger und kälter. Die Eiszeit kam und die Nahrungssorgen stellten sich ein. Zum Schutz gegen die Witterung zogen die Menschenaffenfamilien in Höhlen. Während aber die Weibchen mit der Aufzucht der Nachkommenschaft beschäftigt waren, mußten die Männchen ihr Jagdgebiet immer mehr vergrößern. Es entstanden durch die notwendig gewordene längere und häufigere Abwesenheit der Männchen prinzipielle Unterschiede vom Geschlechtsleben der Tiere und innig damit verknüpft war die Entwickelung des genialen Triebs, der als gehemmter Fortpflanzungstrieb besonders zur geistigen Entladung durch Denken und Erfinden drängte. Wir sehen sie im Geiste, die affengestaltigen Sinner und Erfinder der Urzeit, wie sie, beim Kampfe um die Weibchen zu kurz gekommen, abseits

von der Herde gehen und als vorsintflutliche Schopenhauers, halb Neuseeländer, halb Gorilla, besonders tiefsinnige Spekulationen über die schon damals nicht zu verkennende Schlechtigkeit der Welt anstellten, dabei aber auch schon grobe Versuche auf mechanischem Gebiete machten, indem sie mit Knütteln und Steinen hantierten und deren mörderische Wirkung erprobten. Die Genies unter den damaligen Affenmenschen schlossen wohl auch in ihrer Einsamkeit Freundschaft mit jenem kleinen wolfsähnlichen Tier, das ihrer Jagd folgte und sich die Überreste der Beute aneignete, zugleich aber durch seine Wachsamkeit gegen plötzlichen Überfall schützte. Und wenn ein solcher Eiszeitschopenhauer ein erlegtes Tier in seine Höhle geschleift, es bis auf die Haut und Knochen gefressen und sich dann zufällig auf den Pelz gelegt hatte, so mußte er die wohltuende Wärme empfinden und fortab bei grimmigem Frost besonders auf Erlegung von Pelztieren erpicht sein.

In dieser Weise erklärt Rheinhard auf streng Darwinistischer Grundlage den geistigen Werdegang des Menschen, Moral, Ästhetik, Recht und Staat, alles leitet er rein entwicklungstheoretisch, ohne einen Gottschöpfer, ohne eine Zwecksetzung oder eingeborene sittliche Ideen ab. Er kommt zu dem Schlusse, daß die Gerechtigkeit der Natur die ist, daß der Stärkere mehr Recht hat als der Schwächere. Bei der ganzen Gesetzgebung handelt es sich gar nicht um Gerechtigkeit, sondern um Befestigung der errungenen Macht und Gewalt. Die Kultur gibt keinen Fortschritt über den Wilden, ja nicht einmal über das Tier hinaus, sie reicht gerade hin, den Kulturmenschen mit seinen gesteigerten Bedürfnissen oder in seiner gestiegenen Notlage über Wasser zu halten.

Für die richtige Schlußfolgerung von sich auf andere ist Rheinhards Buch sehr belehrend, und schon deswegen zu empfehlen. Denn was es heißt, richtig von sich auf andere schließen, das wissen noch recht wenige. Der Religiöse bemitleidet, so schreibt Rheinhard, den Atheisten, da er dessen Lebensanschauung für grau, hoffnungs- und freudlos ansieht und denselben der sichern Hölle verfallen wähnt, während er für die Erdenleiden einen Trost und für das Jenseits die Seligkeit zu erhoffen hat. Der Atheist hinwiederum findet gerade soviel Trost und Fröhlichkeit in dem Anblick des unermeßlichen, ewig, gesetzmäßig und zwecklos sich weiter und weiter entwickelnden All, in dem Bewußtsein des absolut notwendigen ewigen Sichausgleichens aller Dinge und Empfindungen, allen Glücks und Unglücks, und in der tiefen Bescheidenheit, welche ihn die atheistische Weltanschauung lehrt. Denn wer einmal weiß, daß ein Wurm vor der Natur so viel und so wenig ist, als er selbst, und als jeder König und jedes Genie, wird mit Bewußtsein nicht leicht jemand mehr verachten und sicher niemand mehr beneiden, und was den Tod betrifft, so ist der Gedanke des Aufhörens nach dem Tode eigentlich ebenso schön, wie der einer nicht recht vorstellbaren Seligkeit nach dem Tod. Also auch hier gleicht sich die Sache wieder aus.

Es ist ein Vorzug des Buches, daß es an vielen Beispielen beweist, wie die Schattenseiten des Daseins mit Lichtseiten verbunden sind. Nun muß ja wohl eine Schattenseite immer mit einer Lichtseite verbunden sein, es fragt sich aber, ob das, was in rein physikalischem Sinne gilt, auch im praktischen Leben zu Recht besteht. Gleicht sich im Leben alles Weh, alles erlittene Unrecht wieder aus? Bleibt nicht vielmehr sehr viel Unausgeglichenes übrig, ein großes Defizit für ein Gerechtigkeitsempfinden? Wir glauben, doch! Beweisen läßt sich jedenfalls der Rheinhard'sche Satz nicht, daß sich alles wieder ausgleicht. Wohl aber liegt es in unsrer Tatkraft, immer wieder auf befriedigenden Ausgleich hinzu-

arbeiten. Von hier aus kommen wir auch zu gesundem Wollen und lebensvoller Regung, während bei Anerkennung des sich so oder so doch stets vollziehenden Ausgleichs leicht eine sehr resignierte Stimmung Platz greift.

Dr. Georg Biedenkapp.

* * *

Fragmente eines verschollenen Glaubens. Von G. R. S. Mead. In's Deutsche übersetzt von A. v. Ulrich. Berlin 1903. L. A. Schwetschke und Sohn.

Die Gnosis. Grundlagen der Weltanschauung einer edleren Kultur von E. H. Schmitt. Leipzig 1903. Eugen Diederichs.

Die Gnosis ist eine so hochbedeutende kulturelle Erscheinung, daß die Geringfügigkeit der Bearbeitung, die bisher diesem Gebiete des Geisteslebens zu teil geworden ist, als eine empfindliche Lücke in der Forschung zu bezeichnen ist, um so empfindlicher, als Entstehung und Gestaltung der Lehren des Christentums ohne die Gnosis nicht zu erklären sind. Was ist aber „Gnosis"? Auf Deutsch heißt das Wort nichts als Erkenntnis, unser „kund", „Kundschaft" gehört der zu Grunde liegenden Wortwurzel an. Aber „Gnosis" bezeichnet eine ganz bestimmte Bewegung auf dem Gebiete des philosophischen und religiösen Denkens und die Aufgabe müßte sein den Begriff historisch so scharf als möglich abzugrenzen. Wohin soll aber die wissenschaftliche Forschung geraten, wenn man mit Schmitt als Gnosis einfach „die Anschauung der Tatsachen des eigenen Innern" und „durch diese und in diesen die Einsicht in den Zusammenhang der Stufenleiter aller Erscheinungen" bezeichnet? Eine Fülle geistvoller Beobachtungen sind in seinem Buche enthalten, aber wenn man Leo Tolstoi und die Gebrüder Hart und Bruno Wille noch zu den Gnostikern zählen will, so kommt man in's Uferlose. — Das Buch von Mead stellt sich mehr als eine Urkundensammlung dar, faßt aber ebenfalls den Begriff des Gnostizimus zu weit, oder geht vielmehr über unbestimmte Andeutungen nicht hinaus. Immerhin hat sein Buch Wert für die Kenntnis des geschichtlichen Verlaufs der Gnosis, denn es geht auf die Quellen ein und teilt Urkunden mit. Aber Mead stellt sich noch eine höhere Aufgabe, er will durch Erforschung der Gnosis den Lehren Christi ihren wahren allumfassenden Geist wiedergeben — wir sind der Ansicht, daß es die nächste Aufgabe ist, die Gnosis selbst in ihrem wahren Charakter als geschichtliche Thatsache und in ihrem Zusammenhang mit der Gestaltung des seinem Ablauf zueilenden antiken Denkens und des neuentstehenden und entstandenen Christentums darzustellen. Aber von einer Hineintragung der Phantastik der Gnosis in das Leben der Gegenwart, die auch das Buch von Mead erstrebt, bleiben wir hoffentlich verschont.

Wir müssen eine Gnosis im engsten Sinne des Wortes unterscheiden — dieses ist die von der „katholischen Kirche mit aller Macht bekämpfte Gnosis eines Basilides u. s. f. — und eine Gnosis im weiteren Sinne des Wortes, in welcher das Christentum selbst zum Teil wurzelt, und im weitesten Sinne des Wortes mag sie dann nichts als innere Erfahrung sein, so wie sie von Schmitt aufgefaßt wird. Im engsten Sinne des Wortes ist sie die Annahme, daß die Welt nicht von dem höchsten Seienden abzuleiten sei, sondern von einem oder mehreren Mittelwesen. Schon bei Plato finden sich Spuren der Anschauung, daß die Ursache des Bösen in der nicht von Gott stammenden Materie liege, jedenfalls erklärt er mit aller Bestimmtheit, daß Gott als das absolut Gute nicht Urheber des Bösen und Mangelhaften sei. Vor allem aber sieht Plotin (Ennead. 2, Band 9) in seiner Bekämpfung des Gnostizimus das Wesentliche dieser Geistesrichtung darin, daß sie die Weltentstehung von einem Fall der Seele, von einer Verschlechterung ableite und daß sie in das, was nur geistig vorhanden ist, mehrere Naturen bringe. Er bemerkt, daß die Gnosis den Geist etwas verschiedenes sein lasse als Geist in Ruhe und als Geist in Bewegung. Der scharfe Denker fragt spöttisch: „Was

soll denn die Ruhe des Intellekts, seine Bewegung sein, vorwärts (physisch gefaßt)". Die spezifisch so benannte Gnosis ist tatsächlich die Verkörperlichung erdachter geistiger Beziehungen, Vorgänge bei der Weltentstehung, eine Umdichtung, denn aus dieser Verkörperung entstehen wahrhafte Dramen wie die von der Gefangennahme der göttlichen Weisheit, der Achamoth-Helena durch die bösen Mächte, die gefallenen Engel, die sie schießlich als Helena in ein Bordell bringen. Und Christus erscheint als der Retter dieser Helena. Nicht das gute Prinzip hat die Welt geschaffen, sondern der Judengott als ein Zwischenwesen. Dieser wird als böse aufgefaßt, denn er ist gerecht aber nicht gut, er kennt nur das Auge um Auge, Zahn um Zahn. Die Kirche führte einen schweren Kampf mit dem Gnostizimus, aber auch die Lehre von der Jungfrau Maria ist eine gnostische im weiteren Sinne des Wortes, denn auch diese Lehre setzt rein geistiges Geschehen in physisches um. Denn es wurzelt auch die Lehre von der unbefleckten Empfängnis in der mystischen Anschauung, daß nur aus Reinem Reines hervorgehen kann. Der als Irrlehre verworfene Gnostizimus hat sich tatsächlich mit Vorliebe mit Maria beschäftigt und in Schriften von ihr gehandelt, wie es scheint auch in mystisch-obszönem Sinne. Die katholische Kirche hat das große Verdienst, daß sie der wilden Phantastik der sich ausdrücklich als Gnosis ausgebenden Lehren eine Ende bereitete — was sie vom Marienkult behielt, ist noch Vernunft gegen den Blödsinn und die Unsittlichkeit der Gnostiker. Ich glaube nicht, daß die Berichte der Kirchenväter über das Treiben der Gnostiker, wie man es in Öhlers Ausgabe nachlesen kann, Lügen sind.

Wir erblicken also in der Gnosis die Scheidung Gottes als des reinen Prinzips von den weltschöpfenden Mächten, die Loslösung der Attribute Gottes zu eigenen Wesenheiten und die Ausgestaltung dieses Vorgangs zu dramatischen Erzählungen von Kämpfen der göttlichen und der den göttlichen entgegengesetzten Eigenschaften und Kräfte. Aber die Grundlage dieser Gnosis bildet die Lehre im allgemeinen, daß von Gott Kräfte ausgegangen seien und ausgehen, und diese Lehre ist früher als die Gnosis. Die Gnosis ist nur die eigenartige Färbung der Mystik, wie sie sich bei Philo offenbart. Daß eine Kraft Gottes als ein Sohn Gottes aufgefaßt wird, liegt schon in der eigentümlichen Ausdeutung der Eigenschaften Gottes bei diesem Philosophen. Christus galt zweifellos — daran ändert auch die Behauptung Harnacks nicht, daß die gnostischen Elemente erst relativ spät in den christlichen Glauben eingedrungen seien — bereits den ältesten Christen nicht als Mensch, sondern als Sohn Gottes und die Versuche älterer und neuerer und neuester Zeit dem Menschen Christus die Schöpfung des Christentums zuzuschreiben, der erst später für Gottes Sohn erklärt worden, sind eine Entstellung des geistigen Geschehens zur Zeit der Entstehung des Christentums. Die Vorstellung von „Söhnen Gottes", „Sohn Gottes" ist schon Philo geläufig in Wendungen, die dem mystischen Sinn des Logosbegriffs entsprechen. Man verschone uns aber vor allen Dingen mit Neugnostizimus, indem man die Gnosis zu einer wertvollen höheren Wahrheit des innern Sehens macht und den Unsinn ausmerzt und unterdrückt, den sie enthielt Von diesem Unsinn nur ein Beispiel aus der Simonianischen Gnosis. Da ist Dositheus, der sich für die oberste Kraft Gottes ausgiebt. Der straft den aus Egypten zurückgekehrten rebellischen Magier Simon mit der Rute und sieht zu seinem Schrecken, das die Rute durch Simon hindurchgeht, ohne ihn zu verletzen. Also ist Simon das unkörperliche Prinzip, das „Stehende", die „oberste Kraft". Nun adoriert ihn Dositheus und giebt ihm die Helena! So zu lesen in den Klementinen. Also lasse man der Gnosis die historische Bedeutung, aber für die Gegenwart verschone man uns mit ihr.

Prof. Dr. Mannheimer.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags.
Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 12. Zweites Septemberheft 1903. III. Jahrg.

Das Ende des Nationalsozialismus und seine Lehren.

Das Schicksal der nationalsozialen Partei oder, wie die Gegner sagen, das „Ende der Nationalsozialen“ und ihre Fusion mit der Freisinnigen Vereinigung hat in den letzten Wochen die deutsche Presse ziemlich lebhaft beschäftigt. Aber die parteipolitischen Kommentare, die daran geknüpft wurden, hatten fast alle ein und dasselbe Thema: sie behandelten die bevorstehende Auflösung der organisierten nationalsozialen Partei fast nur unter dem Gesichtspunkte: welche Bedeutung hat diese in erster Linie für die eigene Partei und sodann für die gesamte innerpolitische Lage, welche Veränderungen werden hier dadurch geschaffen?

Nun ist es wohl zweifellos, wie auch durchgehends in den Preßbetrachtungen zum Ausdruck kam, daß rein politisch, oder genauer gesagt, realpolitisch angesehen, das Ende der nationalsozialen Partei und auch die Fusion mit der Freisinnigen Vereinigung recht wenig bedeutet. Denn die rund 30 000 Stimmen, welche die Nationalsozialen bei den letzten Wahlen aufbrachten, fallen ebensowenig ins Gewicht, als die Wahl des einen nationalsozialen Abgeordneten, der zudem nur in der Stichwahl mit Mühe durchkam, und der schon vor der Wahl und bevor irgend ein Fusionsgedanke irgendwo gefaßt wurde, entschlossen war, der Freisinnigen Vereinigung als Hospitant beizutreten.

Um so interessanter und wichtiger aber als unter rein politischen Gesichtspunkten ist dies alles nach der symptomatischen Seite, vermöge der allgemeineren Lehren, welche sich daraus für unsere Kulturentwicklung ergeben. Nach dieser Seite hin durfte das Ende des Na-

tionalsozialismus schon deshalb besondere Aufmerksamkeit erregen, weil die Kreise, welche sich an der nationalsozialen Bewegung beteiligten, nach der persönlichen Seite hin stärkere Teilnahme beanspruchen konnten und auch wirklich erweckten, als der Zahl der Anhänger und dem Gewicht der ganzen politischen Aktion der Nationalsozialen entsprach. In der nationalsozialen Partei vereinigten sich eine ganze Anzahl tüchtiger Kräfte und hoffnungsreicher Intelligenzen, und viele unter ihnen, namentlich unter den Führern, besaßen und erwarben überdies auch wohlverdientes Ansehen als Männer, die nach ihren persönlichen Qualitäten, nach ihrer sittlichen Integrität, der Rechtschaffenheit ihrer Beweggründe, der Ehrlichkeit ihres Idealismus uneingeschränktes Vertrauen verdienten.

Gerade darum aber bietet auch dieses Ende des Nationalsozialismus so viel des Lehrreichen. Handelte es sich um eine Gesellschaft mehr oder weniger kühl berechnender Realpolitiker oder skrupelloser Streber, so würde man sich an die einzelnen Akteure halten müssen, aber das Ganze würde kein eigentlich deutliches Fazit bieten. Nun aber, da wieder einmal eine Ideenfolge mit ehrlichem Streben zu entwickeln und auszuleben versucht wurde — ein Schauspiel, das in dem „realpolitischen" Deutschland der Bismarckschen Epoche leider selten genug geworden ist — kann man auch ein allgemeines, ideelles Fazit mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gewinnen.

Um dieses Fazit gleich vorwegzunehmen, so besteht es in der Lehre, daß soziale Gedankenrichtung, praktische Sozialpolitik unvereinbar sind mit irgend welchen reaktionären Anschauungen, mit irgend welchen rückständigen und unfreien Weltanschauungen, daß sie nur mit echt freiheitlicher Gesamtüberzeugung sich vereinigen lassen, darum nur auf dem Boden des Liberalismus und der Demokratie — diese Worte natürlich in ihrer allgemeinsten kulturellen Bedeutung genommen — möglich sind. Das ergibt sich in sehr lehrreicher Weise, wenn man die kurze noch nicht ein Jahrzehnt umfassende Geschichte des Nationalsozialismus verfolgt.

Hervorgegangen ist die nationalsoziale Bewegung bekanntlich aus der christlich-sozialen, deren Begründer und Führer der Hofprediger Stöcker war. Was diese christlich-soziale Bewegung war und bezweckte, läßt sich leicht mit einem Worte bezeichnen: es sollten die breiten Arbeitermassen, die sich der Kirche entfremdet hatten und auch noch weiter abzufallen drohten, in den Schoß der Kirche zurückgeholt und in die pfarramtlichen Gehege wieder hineingetrieben werden. Als Mittel hierfür sollte eben der Sozialismus dienen, d. h. die frommen Kirchenhüter um

Stöcker wollten eben die Konkurrenz mit deren eigenen Waffen zu besiegen versuchen. Ein für die Kirche überaus gefährlicher Konkurrent war freilich der Sozialismus. Er predigte das irdische Evangelium gegenüber dem himmlischen, er verhieß den Armen, daß sie das Himmelreich schon hier auf Erden erlangen sollten, sie selbst oder doch wenigstens ihre Kinder und Kindeskinder, während die Kirche sie nur auf das Jenseits verweisen konnte.

Aber die Kirche — jede Kirche — hat es immer verstanden, herrschender Zeitideen, die man nicht mehr zu besiegen hoffen durfte, sich zu bemächtigen und sie, natürlich unter entsprechender Umformung, dem Kirchenwesen und der Dogmatik aufzupfropfen. Denn das wesentlichste ist ihr immer, nicht daß die Kultur, nicht daß die Menschenwelt und daß die Wahrheit, sondern — daß die Kirche besteht. Wie also, wenn man sich auch der sozialistischen Ideen bemächtigte und so den Feind mit eigenen Waffen aus dem Felde schlug, ihm gleichsam die eigenen Kanonen umdrehte und auf ihn selbst richtete? Wenn man den breiten Massen das irdische u n d das jenseitige Himmelreich in Aussicht stellte, — wer sollte dann noch widerstehen können? Dann war alle Konkurrenz unmöglich gemacht.

Und so ging denn Herr Stöcker mit seinen Getreuen unter das „Volk“ und lehrte den christlichen Sozialismus. Er genierte sich auch gar nicht, mit einem Schneidermeister, einem Metalldreher usw. zusammen sein Jahrhundert in die Schranken zu fordern, mit ihnen in die rauchigsten Bierlokale zu gehen — eine unerhörte Kühnheit für einen Hofprediger. Dem christlichen Sozialismus fehlte es in der Tat im Anfang nicht an einer gewissen Anziehungskraft. Zwar übte er diese nicht bei den Arbeitern, den Großstadt-Arbeitern, auf die es eigentlich abgesehen war. Die waren der Kirche schon zu sehr entfremdet und glaubten auch Herrn Stöcker nicht, wenn er verkündete, die Kirche solle wieder eine Kirche der Armen werden, bisher habe man den „Bruder Arbeiter“ allerdings kaum angesehen, aber in Zukunft solle das ganz anders werden. Und noch weniger Eindruck machte es auf sie, wenn er als Eiferer auftrat, mit der ewigen Verdammnis drohte, wenn sie nicht ihr Seelenheil bedächten, nicht von den „gottlosen“ Sozialdemokraten sich abwendeten und zur Kirche zurückkehrten, in der sie es so gut haben sollten.

Dagegen verfehlte das Auftreten des Herrn Stöcker eines gewissen Eindrucks nicht innerhalb einiger weniger orthodoxer Kreise und vor allem innerhalb der jüngeren Pastorenwelt, die mit den sozialen Ideen, welche damals gerade die ganze öffentliche Aufmerksamkeit erobert hatten, trotz aller Abschließung durch kirchliche Dogmen, in innere Berührung gekommen war. Diesen jüngeren Elementen unter den evangelischen Theo-

logen mußte der Gedanke sich aufdrängen: Liegt nicht die sozialistische Richtung Stöckers im ganzen Wesen des Christentums begründet? Und entspricht dem wohl der gegenwärtige Zustand des kirchlichen Lebens? Wie man auch die Evangelien interpretieren mag, so viel war doch sicher, daß Jesus und Paulus vor allem den Armen das Himmelreich bringen wollten, daß sie nicht an eine christliche Gemeinschaft gedacht hatten, in der die „Diener Gottes“ bei fetten Pfründen sich wohl sein ließen, und, wie Fr. Alb. Lange sagt, zwar bei vornehmen Kindtaufen gern in Champagner anstießen, aber den Zahlungsunfähigen es gern überließen, selbst zuzusehen, wie sie ins Himmelreich kämen und an ihrer Seligkeit keine Einbuße erlitten.

Diejenigen unter den jüngeren Geistlichen, welche diesen Widerspruch lebhaft und immer lebhafter empfanden, je mehr ihnen die sozialistischen Ideen nahe traten, horchten natürlich begierig auf, als Stöcker seinen christlichen Sozialismus verkündete, und sie wurden seine eifrigsten Adepten und seine begeistertsten Anhänger, die, wie es z. B. auch bei Naumann noch lange nach seinem Austritt aus den Stöckerschen Reihen der Fall war, zu dem Berliner Hofprediger als ihrem Vorbild und Lehrer bewundernd aufschauten.

Freilich konnte bei den ehrlichen, bei den unbefangenen Idealisten diese bloße Anhängerschaft gegenüber der christlich-sozialen Bewegung nicht lange dauern, und um so weniger, je stärker die sozialistischen Ideen auf sie wirkten und je mehr darum *dieser* Einschlag ihres Vorstellungsgewebes bald alle anderen, selbst die spezifisch christlich-theologischen, überwog. Denn allzu deutlich trat doch die bloße Parteitendenz — im kirchlichen wie im politischen Sinne — die bloße Absicht, den Sozialismus nur als Vorspann zu benutzen zu Tage, und dieser ganze kirchlich-politische Macchiavellismus und Jesuitismus, — von den persönlichen Qualitäten Stöckers ganz abgesehen — der sich in dieser christlich-sozialen Bewegung äußerte, mußte schließlich die ehrlichen Bekenner entweder zum kirchlichen Christentum zurück oder zum Sozialismus weiter vorwärts treiben.

Den letzten Weg schlugen die Begründer der national-sozialen Bewegung ein. Sie wollten ernst machen mit dem Sozialismus, ihn nicht als bloßes Mittel für andere Zwecke, vor allem politische und kirchliche, benutzt wissen. Zuerst patroullierten und experimentierten sie auf eigene Faust, ehe sie sich zu einer kleinen Vereinigung zusammenschlossen. Natürlich nahmen sie das Gepäck des christlichen Sozialismus Stöckerscher Observanz mit, einschließlich des Antisemitismus, sei es Racen-Antisemitismus oder religiöse Intoleranz oder auch wohl die Vereinigung beider, wie sie Stöcker kultivierte. Aber man darf sagen, daß sie gerade *die-*

ses christlich-sozialen Gepäckstückes sich auch am ersten entledigten, daß ihnen bei der konsequenten Verfolgung sozialistischer Gedankenreihen zuerst gerade der Antisemitismus als eine Absurdität sich erwies, die damit gänzlich unvereinbar ist. Indem sie sich umsahen in den sozialen Verhältnissen, merkten sie bald, daß es nicht mehr jüdische als christliche „kapitalistische Ausbeuter" gab, und indem sie auch theoretisch sich fortbildeten und beim Marxismus in die Schule gingen, durchtränkten sie sich mit der Überzeugung, daß die Religion mit dem Kapitalbesitz nichts zu tun hat, daß Religion und andere „Ideologien", wie Marx lehrt, nur Folgeerscheinungen der sozialen und ökonomischen Struktur der Gesellschaft seien, aus denen alles andere erst hervorgeht.

Aber was ihnen lange Zeit blieb, war der Gedanke an den notwendigen Zusammenhang von Christentum und Sozialismus und die Absicht, diesen auf der ursprünglichen christlichen Lehre aufzubauen. Das blieb selbst dann noch lange Zeit bestehen, als schon die führenden Geistlichen — auch Naumann — den Zusammenhang mit der Kirche gelöst und ihr Priesteramt aufgegeben hatten, als sogar schon eine Anzahl Juden und Freidenker sich zu ihnen gesellten — daher ja dann auch die Nationalsozialen bis auf die jüngste Zeit ein Hauptkontingent zu den Teilnehmern an den evangelisch-sozialen Kongressen stellten.

Aber schrittweise wurde dann doch der Zusammenhang mit dem spezifisch Christlichen immer mehr gelockert und verflüchtigte sich der christliche Grundgedanke immer mehr. Es konnte bei Menschen von einiger Konsequenz und Ehrlichkeit der Gedankenentwicklung nicht anders sein. Je eifriger sie Sozialisten wurden, desto mehr mußte das spezifisch Christliche zu Boden sinken. Denn was haben beide mit einander zu tun? Der deutsche Kaiser hat in seinem bekannten Briefe über Stöcker gesagt: Christlich-Sozial ist Unsinn. In der Tat ist das Unsinn. Man kann Christentum und Sozialismus wohl zu einer Legierung, aber nicht zu einer inneren Einheit verbinden. Zwar kann der Sozialismus und muß, wenn er in seinem Wesen erkannt wird, auf eine ethische Basis gegründet werden, und gewisse Elemente dieser ethischen Grundlegung, z. B. die allgemeine Liebe zu den Menschen, die Betonung brüderlicher Gesinnung gegenüber dem Nächsten, finden sich auch im Christentum, aber sie finden sich hier keineswegs am besten und am reinsten ausgeprägt, sie finden sich ebenso auch in anderen religiösen oder philosophischen Lehren, dem Stoizismus, dem Buddhismus, dem Judentum, der Lehre des Konfutse usw. Es wäre also ebenso richtig von stoisch-sozial, buddhistisch-sozial, pantheistisch-sozial usw. zu reden, ja diese Legierungen würden immer noch weit mehr Berechtigung haben als die des Christentums mit dem Sozialismus, weil das erstere ja ausdrücklich

den Menschen auf das Jenseits verweist, zu dem das Diesseits mit seinen Leiden nur die Vorstufe bilde, von dem alle Gedanken abgewandt werden sollten, nicht ihm zugewandt. Ganz abgesehen davon, welchen Sinn kann es haben, alle diese sozialen Probleme der neuen Zeit, die Fragen der Arbeiterorganisation, der Lohnbewegung, des Klassenkampfes usw. auf eine Anschauungsweise aufzupfropfen, die vor zweitausend Jahren entstanden ist, in einer Zeit, da man von alledem noch nichts wußte? Für die Beurteilung so vieler verwickelter sozialer Probleme eine Richtschnur, sei es auch nur allgemeinster Art, im Korintherbriefe oder in den Evangelien des Matthäus und des Lucas, gewinnen wollen, heißt so viel als zur Lösung kosmisch-astronomischer Probleme das alte ptolemäische System zur Grundlage nehmen. Und es war ganz verwunderlich mit anzusehen, wie die seltsamsten dialektischen Kunstgriffe angewandt wurden — und ja auch jetzt noch vielfach werden — um zwischen den beiden so heterogenen Kulturfaktoren einen inneren Zusammenhang herzustellen und in die Evangelien ein vollständiges modern-sozialistisches System hinein zu interpretieren.

Daß dies unmöglich ist, hat die Entwickelung des Nationalsozialismus mit aller Klarheit gezeigt. Sie hat deutlich gemacht, daß der Einzelne, der sozialistisch gerichtet ist, zwar eine persönliche Inspiration aus seinem religiösen Bekenntnis schöpfen mag und sich schlecht und recht damit abfinden kann — daher denn vom ganzen Christentum in der nationalsozialen Bewegung nichts übrig blieb, als daß einige unter ihnen, namentlich auch Naumann, nebenbei, aber ohne inneren Zusammenhang mit der Bewegung selbst, sich mit religiösen Fragen beschäftigen — daß aber der Sozialismus selbst auf keiner christlichen Grundlage, überhaupt auf keiner konfessionellen Grundlage, aufgebaut werden kann, daß seine allgemeinste Basis eine rein ethische ist. Und diese Ethik kann nur im Sinne reifster moderner Gedankenbildung verstanden werden: denn die sozialistische Gedankenrichtung ist ebenso wie der Liberalismus entstanden aus den großen Aufklärungsideen des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, welche das Bewußtsein der rein menschlichen Solidarität erarbeitet haben, d. h. das Bewußtsein, daß die Menschen, gerade unabhängig von jeder besonderen Wertung nach Abstammung und Race, Konfession und Religion, Nationalität und äußerem Besitz, eine Einheit bilden und gegenseitig für einander einstehen müssen, eben nicht als Christen und dergleichen sondern — als Menschen.

Aus eben diesem Grunde mußte auch der nationalistische Gedanke, den die Nationalsozialen in stark chauvinistischer Färbung und recht reaktionärer Fassung von ihrer christlich-sozialen Vergangenheit mit herübergenommen, ja dem sie sogar den zweiten Teil ihres Namens entlehnt

hatten, durch die Konsequenz ehrlicher Gedankenentwickelung allmählich immer mehr zu Boden sinken. Man kann unmöglich in der inneren Politik Sozialismus und Solidarität predigen und nach außen das Gegenteil, indem man als Grundsatz proklamiert, das deutsche Volk müsse zunächst alles an seine Rüstung wenden, um im geeigneten Falle über die Konkurrenten und die schwächeren Völker herzufallen und sich selbst die besten Futterplätze zu sichern. Man wende nicht ein, daß es sich hier nur um eine Anpassung an die unausweichlichen Forderungen der „Realpolitik" handele. Nein, dieser Nationalismus entstammt eben auch als ein wesentliches Ingrediens dem ursprünglichen, in seinen tiefsten Tiefen reaktionären, ebenso anti-sozialistischen wie anti-ethischen Anschauungs-Konglomerat der Christlich-Sozialen, für welche eben die ursprüngliche Achtung vor der Würde eines *jeden* Menschen und die Verpflichtung ihm gegenüber nicht existiert. Es ist eben ein wesentlicher Unterschied, ob man sagt: zwar herrscht im Völkerleben noch vielfach nur das Recht des Stärkeren, wir aber wollen es mit aller Kraft zu beseitigen suchen und auf die internationale Rechtsverbindung, auf die Solidarität auch im Völkerleben hinarbeiten; oder ob man, wie die National-Sozialen es taten, sagt: zwar reden einige gutmütige Schwärmer und andere, denen es an nationaler Gesinnung fehlt, von internationaler Solidarität, wir aber können darüber zur Tagesordnung übergehen und halten uns ausschließlich an das Recht des Stärkeren.

Nein, es zeigt sich eben auch hier, — und die Einsicht hierin hat ja denn auch bei den Nationalsozialen beständig weitere Fortschritte gemacht, — daß irgend welche soziale Gedankenrichtung mit reaktionärer Grundanschauung sich nicht verträgt, daß eben national-sozial ebenso wie christlich-sozial Unsinn ist. Es gibt nur einen Sozialismus auf allgemein menschlicher und freiheitlicher Grundlage: also nur die Verbindung: ethisch-sozial, liberal-sozial, demokratisch-sozial oder welche Variationen in gleicher Richtung man noch bilden mag.

Die Selbstbesteuerung der deutschen Industrie.

Von *Industrialis*.

Jeder, der die Abschlüsse der deutschen Aktiengesellschaften mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt, muß seit etwa zwei Jahren die besorgniserregende Beobachtung machen, daß eine fast unübersehbare Reihe von industriellen Unternehmungen ohne Gewinn oder mit höherem oder geringerem *Verluste* arbeiten. Diese Erscheinung ist so allgemein,

daß sie überhaupt gar nicht mehr auffällt. Mechanisch liest man darüber hinweg, daß die eine Fabrik hunderttausend Mark und die andere zweihunderttausend verloren hat, daß eine dritte ihren Verlust aus der Reserve deckt und eine vierte wieder einen Teil der Aktien vernichten will, usw. „Schlechte Zeiten für die Industrie" heißt das Trostwort für alle diese Nöte und das Publikum, das für seine Industriewerte keine Dividenden bekommt und sein Kapital durch den Kurs-Fall seiner Aktien bedenklich reduziert sieht, nimmt alle diese Prüfungen verhältnismäßig gelassen auf in der festen Zuversicht, daß „bessere Zeiten" kommen werden, die dann wieder für alles entschädigen.

Die schwerwiegende Frage, woher es wohl kommen mag, daß gleichsam wie auf ein gemeinsames Losungswort plötzlich so viele industrielle Unternehmungen jammervolle Abschlüsse veröffentlichen, wird ebensowenig in der Presse gründlich diskutiert, wie die fast noch wichtigere Frage: woher das Publikum die Gewißheit nimmt, daß bald wieder bessere Zeiten für die Industrie kommen müssen. Offenbar war für viele Fabriken die hereinbrechende Krisis weniger die Ursache zu Verlusten, als vielmehr die passende Gelegenheit beim „allgemeinen Reinmachen" Verluste früherer Jahre, die man während der Blütezeit verheimlicht hatte, einzugestehen. Klarheit über die Frage ob die Industrie schon zur Zeit des sogenannten Aufschwungs zum Teil ohne Nutzen gearbeitet hat, wäre aus dem Grunde wichtig, weil man vor allem wissen muß, ob man vor einem chronischen oder einem akuten Leiden steht, ehe man etwas über die Heilung des Übels zu sagen vermag. Für das Vorhandensein eines chronischen Leidens in einer Reihe von Fabrikationszweigen spricht vor allem der Umstand, daß vielfach gerade solche Unternehmen plötzlich mit Fehlbeträgen abgeschlossen haben, welche in den Vorjahren verhältnismäßig hohe Dividenden verteilt hatten. Jeder Sachverständige weiß, daß solche Sprünge im Erträgnis in der Regel da nicht vorkommen, wo die Abschreibungen stets reichlich vorgenommen und vor allem, wo die vorrätigen Rohstoffe und Waren möglichst niedrig in die Bilanzen eingestellt werden. Jeder Sachverständige weiß aber auch, daß zur Zeit der industriellen Hochflut nicht selten in der Weise gesündigt worden ist, daß man im Interesse des Kursstandes der Aktien möglichst hohe Dividenden herausrechnete, indem die Abschreibungen zu niedrig bemessen und die Vorräte unverzeihlich hoch aufgenommen wurden. Der Rückschlag zeigte sich dann in den folgenden Jahren in Gestalt einer Unterbilanz.

Bei der Verschiedenheit der Fabrikationszweige und vor allem der individuellen Besonderheiten eines jeden industriellen Etablissements ist es ein Ding der Unmöglichkeit diese Verhältnisse in allgemeinen Aus-

einanderſetzungen klar zu ſtellen. Andererſeits erſcheint es nicht allzu ſchwierig die Frage zu beantworten ob Tendenzen zu erkennen ſind, welche für die Zukunft einen weiteren Rückgang der deutſchen Induſtrie, oder eine neue Blüteperiode vorausſehen laſſen. Nachſtehend ſoll auf eine Reihe von ſehr bedenklichen Mißſtänden hingewieſen werden, welche die Geſundung der Verhältniſſe jedenfalls ſehr erſchweren, ja welche eine Geſundung in manchen Zweigen überhaupt unmöglich machen werden.

Alle Mißſtände, welche den Niedergang zum großen Teile verſchulden, entſpringen mehr oder minder dem Mangel an Solidaritätsgefühl zwiſchen den deutſchen Induſtriellen, was ſich vor allem dadurch zu erkennen gibt, daß jeder einzelne nicht davor zurückſchreckt jedem anderen die unerträglichſten Laſten aufzubürden, wenn er ſelbſt nur etwas Nutzen daraus zu ziehen hofft. Ein Beiſpiel mag das erläutern. Der Brauch hat ſich mehr und mehr Eingang verſchafft, daß die Fabriken für die Materialien, welche ſie einkaufen müſſen, keine feſten Lieferanten mehr haben, wie dies in früheren Zeiten der Fall war. Von den größten Werken, die zehntauſend und mehr Arbeiter beſchäftigen, bis zum kleinſten Induſtriellen, der mit einer oder zwei Hilfskräften arbeitet, ſieht man das Heil in der Submiſſion, d. h. für jeden Artikel, der überhaupt gebraucht wird, ſoll in jedem einzelnen Falle der billigſte Lieferant ermittelt werden. Der Weg hierzu iſt einfach: möglichſt alle bekannteren Fabriken, welche den Gegenſtand herſtellen, werden um Offerte gebeten. Es iſt klar, daß es die Pflicht jedes Geſchäftsmannes iſt für Rohprodukte und Fabrikate, welche in Quantitäten gebraucht werden, die billigſte und beſte Bezugsquelle zu finden. Dieſes an ſich geſunde Prinzip wird aber in geradezu komiſcher Weiſe überſpannt, indem man ſich allgemein das Ziel ſetzt für jedes noch ſo kleine Quantum, für jeden noch ſo unwichtigen Gegenſtand ebenfalls durch Submiſſion den billigſten Lieferanten in jedem neuen Falle zu ermitteln! Namentlich unſere großen Werke, Eiſenhütten, Elektrizitätsgeſellſchaften, Werften uſw. glaubten mit dem Beiſpiele vorangehen zu müſſen, indem ſie den generellen Befehl an die nachgeordneten Organe erließen, überhaupt nichts mehr anzuſchaffen ohne vorherige Submiſſion. Wenn man erwägt, welche tauſenderlei Gegenſtände in ſolchen Betrieben gebraucht werden, kann man ſich leicht die Folgen dieſer Anordnung ausmalen! Wenn irgendwo ein kleiner Riemen notwendig iſt, wird beiſpielsweiſe an ſechs Riemenfabrikanten geſchrieben, wenn einige Gummiſchläuche zu erneuern ſind, an ſechs oder zehn Gummifabrikanten uſw. Jeder Angefragte macht eine ausführliche Offerte und ſetzt den Preis möglichſt bei jeder neuen Anfrage neu herab — denn wenn er das letzte Mal die Riemen liefern durfte, weiß er ganz gut, daß ſeine

Konkurrenten dieses Mal billiger sein werden, um ihn zu verdrängen; wenn er aber durchgefallen war, packt ihn der Ehrgeiz erst recht, jetzt einmal zu zeigen, was er der Konkurrenz gegenüber vermag.

Wer so weit gelesen hat, wird sicherlich geneigt sein dem Riemen- und Gummischlauch-Konsumenten ganz recht zu geben — denn warum soll er mehr für seinen Riemen bezahlen als absolut nötig? Diese Frage ist gewiß berechtigt; doch ist es nicht schwierig zu beweisen, daß dieses System der allgemeinen Submission ein Fluch ist. Zunächst braucht sowohl der Konsument, als auch der Submittent Angestellte, welche die Fragebogen versenden und welche die Offerten schreiben. Die Gehälter für diese Angestellten verringern offenbar den Nutzen, welchen der Anfragende und der Submittent erzielt. Das ist aber nicht alles. Portoauslagen kommen dazu, Kosten für Briefpapier und Drucksachen. Viel schlimmer ist noch die Sachlage, wenn es sich um zu liefernde Gegenstände handelt, bei denen Zeichnungen notwendig sind. Da werden Zeichner besoldet, welche beständig die Zeichnungen für solche private Submissionen liefern müssen, deren Mehrzahl naturgemäß nicht zu Geschäften führt. Wie schwer insbesondere die Elektrizitäts-Branche unter diesem Übelstande leidet kann man aus dem Berichte sehen, welchen die Rheinische Schuckert-Gesellschaft für elektrische Industrie A. G. in Mannheim bei ihrer Ende August abgehaltenen Generalversammlung vorgelegt hat. Darin wird ausdrücklich gesagt, daß die Praxis wonach oft für die gleiche Anlage von vielen Firmen umfangreiche, mit vieler Arbeit verbundene Projekte unentgeltlich ausgearbeitet werden müssen, eine volkswirtschaftliche Verschwendung bedeutet, die schließlich weder dem Lieferanten noch dem Konsumenten zugute komme. Die Ausgaben für Gehälter der Angestellten, welche die Anfragen und die Offerten schreiben, für Zeichner, Drucksachen, Warenproben, Porti usw. sind direkt als eine Selbstbesteuerung der Industrie zu betrachten, indem der Nutzen, welcher der Industrie aus den in Rede stehenden Geschäften zufließt, doch unbedingt durch diese Ausgaben sehr geschmälert wird! Gewiß spart jeweilig der Anfragende etwas bei seinen Einkäufen, aber das nächste Mal ist der Anfragende — der Angefragte, wenn er nämlich seine Produkte wieder absetzen will, und während jeder Industrielle seinem Lieferanten etwas zu entreißen meint, schädigt er sich selbst vor allen Dingen mit, weil sich das System des Einkaufs, welches er vertritt, sofort gegen ihn wendet, wenn er verkaufen will. Er muß dann auch die Angestellten besolden, welche seine Offerten schreiben, er muß das Briefpapier kaufen, auf das die Offerten geschrieben werden, und die Briefmarken, um die Briefe

zu frankieren. Aber ein Schlimmeres bleibt noch zu erwähnen: Durch diese Submissionen ad infinitum werden die Preise immer niedriger. Jede Preisherabsetzung mindert den Reingewinn des Lieferanten und schließlich wird der Punkt erreicht, wo überhaupt am Produkt nichts mehr verdient wird. Jetzt wird die Ware verschlechtert, damit der Augenblick, in dem man „überhaupt nicht mehr mit kann", noch hinausgeschoben wird. Wenn also der Anfragende das nächste Mal seine Gummischläuche bekommt, sind sie — schlechter wie früher, wenn er es auch erst mit der Zeit merkt. In diesem Entwickelungsgange der Dinge hat es also der Konsument der Schläuche mit seinem vortrefflichen Submissionssystem glücklich fertig gebracht, daß der Gummischlauchfabrikant nichts mehr verdient und daß gleichzeitig die Qualität der Schläuche viel schlechter geworden ist.

Wenn der Konsument ein unverständiger Mann ist, wird er sich seines Erfolges vielleicht trotzdem freuen. Seine Freude währt nicht lange, denn plötzlich merkt er, daß sein Geschäft sehr schlecht geht. Er ist nämlich beispielsweise Besitzer einer Kesselschmiede und bekommt gar keine Aufträge mehr. Das rührt natürlich daher, daß die Gummischlauchfabrikanten, welche ihm sonst Kessel bestellten, nicht mehr das Geld verdienen um Kessel anzuschaffen. Hätte er mit seinem so fein ausgeklügelten Submissionsverfahren nicht die Gummischlauchbranche ruiniert, dann würde er jetzt Abnehmer für seine Kessel haben.

Aus diesem kleinen Beispiele können wir leicht ersehen, warum die Geschäfte in Deutschland in der Industrie gar nicht gut gehen können. Durch das allgemein gewordene Submissionsverfahren in der Privatindustrie wurden die Preise so sehr herabgedrückt, daß niemand mehr etwas Nennenswertes verdient, indem jeder gezwungen ist die äußersten Preise zu bewilligen und außerdem noch falsche Spesen zu machen wie wir oben gesehen haben. Und da schließlich doch jeder von den Aufträgen des anderen existieren muß, ist leicht zu erkennen, daß jeder unverhältnismäßig mehr Schaden von dem Submissionsverfahren hat, als er je Nutzen an Ersparnissen erzielen kann. Gewiß ist Sorgfalt beim Einkauf nötig — aber zwischen Sorgfalt und dem an Monomanie grenzenden Einkaufsverfahren, wie es in Deutschland eben grassiert, klafft doch ein großer Unterschied! Wenn sich unsere Industriellen nicht bald auf ihre Solidarität untereinander besinnen, wenn sie nicht bald erkennen, daß es keinem Vorteil bringt, wenn die Preise so herabgedrückt und die Waren schlechter werden — dann gehen wir in Deutschland schweren Zeiten entgegen.

Ein praktischer Weg zur Reform bestünde schon darin, daß die großen Häuser sich darüber einigten, daß z. B. bei Objekten im Betrage

von unter 50 Mark vorherige Anfragen unzulässig sind. Man würde bald erkennen, daß schon eine scheinbar so geringfügige Maßregel die segensreichsten Folgen hätte. Während Staat und Gemeinden das bestehende Submissionsverfahren zu reformieren suchen, ist die deutsche Industrie mit Eifer bestrebt es mit allen seinen Fehlern zu importieren. Und doch hat man bereits eine Anzahl Versuche zu verzeichnen, welche zeigen, daß Reformen sehr leicht einzuführen sind. So hat z. B. die Stadt Ludwigshafen das sogenannte Barbersche Mittelpreis-Submissionsverfahren mit Erfolg angenommen, welches darin besteht, daß nicht mehr der Billigste den Zuschlag erhält, sondern der, dessen Forderung dem Mittel aus sämtlichen abgegebenen Offerten am nächsten kommt. Noch mehr Erfolg verspricht man sich von der Einführung der Bestimmung, daß der Billigste unter keinen Umständen den Zuschlag erhalten darf, sondern jeweilig der Zweit-Billigste, der Dritt-Billigste usw. Aber in der Industrie kümmert man sich um solche neuen Gesichtspunkte nicht; hier ist der Billigste der Mann, dem alle Aufträge zufließen!

Hand in Hand mit diesem Übelstande geht ein anderer, welcher die Verderblichkeit des Systems der „Selbstbesteuerung“ der Industrie noch klarer erkennen läßt. Wir meinen die Selbstbesteuerung durch die Inseratenblätter, welche eine direkte Folge des Unwesens der privaten Submission sind. Weil nämlich beim Einkauf in allererster Linie auf billige Preise gesehen wird, ist es für jedes Werk von besonderem Vorteil recht viele Lieferanten zur Submission heranzuziehen. Die Lieferanten preisen sich durch Annoncen in den Fachblättern an, welche unentgeltlich an alle Fabriken geschickt werden. Wenn es für jede Branche ein Inseratenblatt gäbe, würde man sich das noch gefallen lassen — es gibt aber leider mehrere, ja Dutzende für manche Branchen, und da man nie wissen kann, welches dieser Blätter von den wichtigsten Abnehmern gelesen wird, annoncieren die Firmen, welche keine feste Kundschaft haben, die aber natürlich auch zur Teilnahme an den privaten Submissionen aufgefordert sein wollen, möglichst in allen dieser Inseratenblätter, möglichst häufig und möglichst auffallend. Die Folge ist, daß die schon länger bestehenden Firmen ebenfalls annoncieren müssen, um nicht allmählich vergessen zu werden. Diese Inseratenblätter nun, welche wie die Pilze aus dem Boden wachsen, bilden die schlimmste Selbstbesteuerung für die Industrie. Wenn ein Statistiker berechnete wie viele Millionen jährlich der deutschen Industrie auf diesem Wege entzogen werden, würde er sich das höchste Verdienst um unser Wirtschaftsleben erwerben. Der Laie kann es gar nicht fassen, wie es möglich ist, daß eine solche Anzahl von

Blättern existieren kann, welche nichts enthalten, wie Inserate, und im günstigsten Falle noch einige technische Mitteilungen, wertlose Rezepte, Patentlisten und dergl. Nur im Zusammenhange mit dem privaten Submissionswesen ist die Existenz dieser Presse zu verstehen.

Während es einesteils als gesunder Zustand betrachtet werden muß, wenn der Anfänger in einer Branche die Möglichkeit hat durch Fleiß und gute Leistungen emporzukommen, liegen die Verhältnisse in Deutschland zur Zeit so, daß jeder Anfänger weiter nichts zu tun braucht, als zu inserieren und mit der Ware zu schleudern, um Kunden zu finden. Daß das kein gesunder Zustand ist, liegt doch auf der Hand. Es ist wieder nur der Mangel an Solidaritätsgefühl unter den deutschen Fabrikanten, der solche Mißstände hervorruft und vor allem die Überproduktion züchtet, welche dann zum Unheil unseres Wirtschaftslebens ausschlägt.

Eine wahre Manie, billig und immer billiger zu kaufen, hat unser Geschäftsleben erfaßt. Dieser Manie ist nur dann Rechnung zu tragen, wenn die Menge der erzeugten Produkte ungeheuer gesteigert wird, weil die Generalspesen proportionell mit dem höheren Quantum der fabrizierten Ware fallen. Dies erzeugt wieder einen Geschäftshunger, wie ihn frühere Epochen nicht gekannt haben. Absatz, Absatz um jeden Preis heißt die Losung. Um die Riesenmengen von Waren abzusetzen, welche der Fabrikant herstellen muß, um bei den billigen Verkaufspreisen überhaupt noch existieren zu können, müssen Agenten engagiert werden. Und hiermit kommen wir auf die schlimmste Seite der „Selbstbesteuerung der Industrie“, auf das Agentenwesen. Die Fabriken sehen sich nämlich mehr und mehr genötigt an allen Orten, wo überhaupt Abnehmer für ihre jeweiligen Produkte vorhanden sind, besondere Agenten anzustellen, welche die Aufgabe haben Aufträge hereinzubringen. Für jedes abgeschlossene Geschäft muß an diese Agenten naturgemäß Provision bezahlt werden, sehr häufig werden auch feste Gehälter ausgeworfen. Man rechnet dabei meist weniger auf die Branchenkenntnis des Agenten, als auf seine persönliche „Bekanntschaft“ mit den maßgebenden Käufern, deren Beauftragten und Angestellten. Persönliche Beziehungen — auch ein Zeichen von Niedergang — spielen fast in alle geschäftlichen Dinge hinein. Traurig, tieftraurig ist es, daß die Industriellen gezwungen werden eine Armee von Agenten mit zu unterhalten, nur weil sie jeden Solidaritätsgefühles bar sind. Wenn der Schraubenschlüsselfabrikant zu A. eine Drehbank braucht, könnte er sich doch wahrlich direkt mit der betreffenden Werkzeugmaschinenfabrik in B. verständigen, und wenn die Werkzeugmaschinenfabrik in B. Schraubenschlüssel braucht, könnte sie sich mit dem Schraubenschlüsselfabri-

kanten in A. ins Einvernehmen setzen. Das scheint aber doch zu einfach und zu wenig kostspielig zu sein. Die beiden Industriellen schicken sich auf Anfrage ihre Agenten zu, welche die Geschäfte ins Reine bringen. Aber ein großer Prozentsatz von dem, was jeder der beiden verdient hätte, fließt in die Taschen der betreffenden Agenten.

Gewiß gibt es Verhältnisse, wo ein Agent absolut nicht zu entbehren ist; da hat er seine wirtschaftliche Berechtigung und das, was er verdient gehört ihm als Äquivalent für seine wirtschaftliche Tätigkeit. Aber dieses Massenaufgebot von Agenten in einem wirtschaftlich so hoch entwickelten Lande wie Deutschland, ist eine Verirrung, welche sich schwer rächt.

Wer vorurteilslos seinen Blick über die Lage des deutschen Wirtschaftslebens schweifen läßt, erkennt so krasse Mißstände, daß starker Optimismus dazu gehört an eine Besserung der Zustände in einer nahen Zukunft zu glauben. Die Habsucht der Einzelnen hat die Preise dermaßen heruntergedrückt, daß überhaupt gar nicht zu ersehen ist, was eine allgemeine Besserung helfen kann — selbst wenn sie eintritt. Denn die Preise werden so lange unrentabel bleiben, als sich Elemente finden, welche mit der Ware schleudern, und Konsumenten, die um jeden Preis „billig" kaufen wollen. Wenn das private Submissionswesen in der Weise anhält wie bisher, wenn das Solidaritätsgefühl unter den deutschen Industriellen nicht geweckt werden kann, dann wird unser wirtschaftliches Leben ebenso schnell dem Verfalle wieder rettungslos entgegengehen, wie es emporgestiegen ist, und nicht zum wenigsten wird dann unsere Industrie an ihrer „Selbstbesteuerung" zu Grunde gegangen sein, die tausendmal verhängnisvoller gewirkt hat, als die Versicherungs- und Schutzgesetze der Arbeiter, welche uns angeblich auf dem Weltmarkte konkurrenzunfähig machen sollten! —

Magyarische Realpolitik.

Von Rich. Charmatz (Wien).

Der ehemalige ungarische Ministerpräsident Baron Banffy hat sich durch seine Unwissenheit manche Blöße gegeben, doch das hindert ihn nicht, die politische Muße staatsrechtlichen Spekulationen zu widmen. Ungarn müsse ein Nationalstaat werden und das Rechtsstaatsphantom aufgeben, lautet seine Devise, die alle bejubeln, denen der nationale Fanatismus die Köpfe benebelt hat. Kein größerer und verhängnisvollerer

Irrtum als dieses Axiom ist denkbar; darum wäre es sehr bedauerlich, wenn sich Banffys falsche Lehre in den Massen festsetzen würde. Besonders die Deutschen im Karpathenreiche und in Österreich haben ein wesentliches Interesse daran, den Fehlschluß aufzudecken, der in der mißverstandenen Nationalstaatsidee liegt. Gehen die Ereignisse in Ungarn ihren normalen Weg, dann wird sich irgendwo in der Entwickelungslinie der Punkt finden müssen, wo sich die Magyaren und Germanen einander näher kommen werden; im entgegengesetzten Falle droht auch in den Ländern der Stefanskrone der Sturz des Bestehenden und der Triumph des Slavismus, der, in beiden Reichsteilen der Monarchie zur Herrschaft gelangt, erst zur vollen Entfaltung käme.

Die gegenwärtige Allgewalt der Magyaren in Ungarn beruht auf zwei Voraussetzungen: auf der Volksfeindlichkeit der Regierungspartei und auf der Abstinenzpolitik der nichtmagyarischen Nationen. Beide Vorbedingungen sind in der jüngsten Zeit ins Wanken gekommen. Die liberale Partei liegt in den letzten Zügen; sie stirbt, weil sie den Abgrund zwischen dem Deakschen Idealismus und den realen Bedürfnissen unserer Epoche nicht zu überbrücken vermochte. In den Tagen des Wiederauflebens des ungarischen Konstitutionalismus war die Koalition der magyarischen Magnaten — der Macht von einstmals — mit den Spitzen des Großbürgertums — der Macht von damals — regierungsfähig, weil in ihr die politische Reife vertreten war. Wirklich demokratisch waren nicht einmal die Magyaren in der Kossuthperiode und der Sprung von der Adelsrepublik zur Volkssuprematie wäre auch zu groß gewesen. Die Aristokratie und die Hochburgeoisie hatten den Absolutismus überwunden, in den sich merkwürdigerweise die breiten Massen ziemlich bald hineinfanden, und sie glaubten ein Anrecht auf die unumschränkte Nutznießung aus ihren Errungenschaften zu haben. Das Volk wurde ängstlich vom politischen Leben ferne gehalten. Dafür konnte die Gesetzgebung sonst weitherzig und liberal beschaffen sein. Ungarn bekam ein ideales Nationalitätengesetz, mit dem es Deak sicherlich ehrlich meinte. Die anderen unterstützten es, weil sie wußten, daß die besten Rechtsprinzipien wirkungslos bleiben, sofern sie nicht den Geist der Verwaltung erfüllen. Die administrative Gewalt aber war den Machthabern sicher, war ein Herz und eine Seele mit ihnen. So kam es, daß Tisza seine berühmten Sprachenzwangsverordnungen erlassen konnte, ohne an den Säulen des Nationalitätengesetzes zu rühren, und unter Szell, dem Takt und moderne Auffassung nicht abgesprochen werden können, feierten die Sprachenhetzer wahre Orgien. Doch das kühn entworfene Gebäude der Geld- und Wappenherrschaft erwies sich im Laufe der Jahre als Kartenhaus. Die Magyaren sind ein Volk von geborenen Politikern mit hellem Ver-

ständnis für die Geschehnisse im öffentlichen Leben. Das absolutistische Regime stützte sie gegen den nationalgesinnten Adel, der stramme Zentralismus entrückte sie der Willkür der Komitatsaristokratie. Die konstitutionelle Ära räumte mit diesem Schutze auf und die Massen dachten an Selbsthilfe. Da fanden sie einen Freund: die Kossuthpartei, die ihnen den Eintritt in das Parlament erkämpfen wollte.

Diese ist also im Gegensatz zur alten liberalen Regierungspartei aus demokratischen Anfängen hervorgegangen, sie wuchs, indem sie den breiten Schichten politischen Anteil versprach. Freilich erstreckte sich ihr Interesse nur auf das magyarische Volk, dessen nationale Leidenschaften sie wieder erweckte. Die Kossuth- oder Unabhängigkeitsfraktion ist die Partei der Zukunft und es wird nicht mehr lange dauern, bis sie an die Stelle des greisenhaften magyarischen Liberalismus tritt. Heute kann sie sich noch an rotweißgrünen Bändern begeistern, durch nationale Wühlereien Zeitvertreib suchen und an Deutschenhetzen Gefallen finden. Dies alles ändert sich, wenn aus der Minorität die Majorität, aus einem Kritiker der Träger der Verantwortung geworden ist. Herrschaft macht Sorgen, legt besondere Pflichten auf und verlangt schöpferische Taten. Die Kossuthpartei wird sich also mausern müssen; die Entwickelung vom Jünglinge zum Manne bleibt keinem aufstrebenden und aufwärts kommenden Politiker erspart. Sie kann aber auch nicht umhin, wenigstens Anzahlungen auf die gemachten Versprechungen zu leisten und dazu gehört die Wahlreform, die das große nationale Problem im Karpathenreiche aufrollen muß.

Die liberale Partei regierte durch den Ausschluß der Massen, die Kossuthianer sind auf die Unterstützung des Volkes angewiesen. Wie können nun die 8 742 000 Angehörigen der magyarischen Nationalität ihre Eigenart in einem von 19 Millionen Seelen bevölkerten Lande zur Geltung bringen? Denn darüber, daß in Ungarn das Magyarentum auf die Vorherrschaft — was nicht mit Unterdrückung anderer gleichbedeutend ist — Anspruch erheben kann und muß, werden sich besonders die Deutschösterreicher klar sein, die selbst mit harter Mühe ihre historische Stellung im Staate verteidigen. Gegen die Slovaken, Kroaten, Serben und Rumänen gehalten, sind ja die Magyaren immerhin noch ein Kulturfaktor. Wenn die genannten Nationalitäten auch weiterhin Abstinenzpolitik treiben würden, beziehungsweise entrechtet bleiben könnten, wäre die Sache einfach. Baron Banffy übersieht eben, daß sein Nationalstaatsideal *heute bereits* in Geltung ist, aber in dem Augenblick zusammenstürzen muß, in dem eine volkstümliche Strömung den aristokratisch-plutokratischen Sumpf durchbricht. Die Kossuthpartei, oder wer immer von unten nach oben gelangt, wird somit bemüht sein müssen

einen Modus zu finden, der die Vorherrschaft der Magyaren mit den freiheitlichen Prinzipien in Einklang setzt. In Siebenbürgen kommt eine intensivere politische Aufrichtung des Deutschtums zur Geltung, die Rumänen haben vor kurzem durch die Wahl eines Abgeordneten ihres Stammes mit der Abstinenz gebrochen, die Kroaten werden sich fürderhin auch nicht mit der indirekten Wahl durch den Landtag zufrieden geben und die Slovaken beginnen gleichfalls national und politisch zu erwachen.

Ebenso töricht wie die stillen Hoffnungen einzelner, es werde gelingen, die ungarische Volksvertretung dauernd den nichtmagyarischen Völkerstämmen verschlossen zu halten, sind die verstärkten Magyarisierungsversuche, deren Aussichtslosigkeit die Ziffern der Statistik kennzeichnen. Als Herrenvolk vermögen die Söhne Arpads ihren Besitz nicht zu wahren, sie werden also ihre eigene numerische Schwäche durch ein Kompromiß stärken müssen. Das Magyarentum und der Slavismus schließen einander gegenseitig aus: das sind Antipoden. Der Vater der Tschechen, Palacky, schrieb im ersten Band der Geschichte Böhmens:

> „Die Invasion der Magyaren und ihre Festsetzung in Ungarn ist eines der folgenschwersten Ereignisse in der Geschichte Europas, sie ist das größte Unglück, das das Slavenvolk im Laufe der Jahrtausende getroffen hat."

Der große Ungar Eötvös wiederum sagte bei dem Empfange der Nachricht von dem Siege bei Sedan: „Gottlob, jetzt ist gewiß, daß meine Urenkel niemals slavisch werden." Die Magyaren dürften also nicht umhin können, die Unterstützung der 2 135 000 Deutschen, die in den Ländern der Stefanskrone wohnen, anzurufen, um mit diesen gemeinsam auf Grund der Gleichberechtigung und im Rahmen des Rechtsstaates das Prinzip der magyarischen Vorherrschaft durchzuführen. Gut nationale Könige, Stefan der Heilige und Geyza II., riefen die Germanen ins Land, damit sie zur Hebung der Kultur beitrügen, und gaben ihnen weitreichende Privilegien. Wie viel die Magyaren dem deutschen Einflusse im Gewerbeleben, in der Kunst und Literatur verdanken, zeigt schon ein flüchtiger Blick. Die größte dramatische Schöpfung der karpathenländischen Literatur, „Die Tragödie des Menschen" von Emerich Madach, wäre beispielsweise ohne Kenntnis der Goetheschen Faustdichtung niemals zustande gekommen und wie innig verwandt ist die moderne ungarische Literatur mit der deutschen, die wieder an die schriftstellerischen Leistungen der nordgermanischen Völker anknüpft. Man darf auch nicht vergessen, daß sich schon zur Zeit der protestantischen Glaubenskämpfe die deutschen und die ungarischen Volksmassen gemeinsam gegen den klerikalen Adel zusammenschlossen, der 1623 und 1625 alle Lutheraner ohne Unterschied der Na-

tionalität mit der Verbrennung wegen „Ketzerei an der heiligen Jungfrau Maria“ bedrohte. Von dem Vordringen des Slavismus könnte man heute lediglich ein Erstarken des Klerikalismus erwarten, denn die geistig halbentwickelten agrarischen Schichten der Slaven Ungarns stehen vollständig im Banne der Pfaffen und sinken zu deren blinden Werkzeugen herab. Schon darin liegt eine große kulturelle Gefahr für die Magyaren, die nur abgewehrt werden kann, wenn sich die magyarisch-deutsche Koalition der trüben slavisch-ultramontanen Hochflut entgegenstellt.

Die einfachsten Lehren der Politik finden oft allgemeines Unverständnis. Bismarck meinte:

> „Wenn bei den Ungarn stets die besonnene politische Erwägung den Ausschlag gäbe, so würde diese tapfere und unabhängige Nation sich darüber klar bleiben, daß sie sich als Insel im weiten Meer slavischer Bevölkerungen nur durch Anlehnung an das deutsche Element in Österreich und Deutschland sicher stellen kann.“

Gegen dieses Gebot der Vernunft wird aber lustig darauf los gesündigt und die Konfiskation eines deutschen Blattes, die Bestrafung eines deutschen Redakteurs als Heldentat gefeiert. Die Haltung der Ungarn von heute ist nichtswürdig, schamlos und gewalttätig. Doch die Verhältnisse werden eine Änderung erfahren *müssen*. Die Opposition kann jetzt obstruieren, rebellieren und um die liebe Eitelkeit das eigene Seelenheil hingeben; ist sie aber einmal als demokratische Partei an das Steuer gekommen, dann wird sie statt zu schreien zu schaffen, statt sich Feinde zu machen, Freunde zu suchen genötigt sein.

Gelangt der Slavismus im Karpathenlande zur Herrschaft, so haben die Sachsen Siebenbürgens wahrlich nichts Gutes zu erwarten und die Deutschen Österreichs stehen der geschlossenen slavischen Phalanx gegenüber. Die Herrschaft der Magyaren in Ungarn ist geradezu eine Lebensfrage für das Deutschtum der Habsburgerlande und es ist sehr bedauerlich, daß dafür kein Verständnis vorhanden ist.

Zwei Feinde haben die Magyaren zu fürchten. Der eine kommt von außen her: sein Ideal ist ein *slavisch-klerikales Ungarn vereint mit einem slavisch-klerikalen Österreich, wo scheinbar das Volk, in Wirklichkeit die Pfaffen das Ruder führen würden*. Der andere Feind sind die Magyaren selbst, die bei ihrem Hochmut und ihrer Eitelkeit — Laster, die schon Szechenyi bemerkte — beharren, welche die Deutschen als Feinde ansehen und an die Sieghaftigkeit der Gewalt glauben. Für die Enkel Arpads ist aber die Frage der inneren Organisation von so großer Wichtigkeit, daß daneben Armeekonzessionen, Rekrutenverweigerungen, ja selbst die wirtschaftliche Selbständigkeit nur in zweiter Linie

Bedeutung haben. Darum sei dem Baron Bauffy und seiner Cortege beizeiten gesagt: **Nicht ein Nationalstaat, sondern ein Rechtsstaat auf der Basis der magyarisch-deutschen Majoritätsherrschaft** errichtet, muß das Ziel sein, denn davon hängt die Kultur, die Zukunft Ungarns überhaupt ab.

Volksschullehrer und Volkslehrer.

Von L. Veeh (Neunkirchen-Württemberg).

Im zweiten Juliheft dieser Zeitschrift wurden von Herrn Schmidt (Jena) „zur Reform des niederen Unterrichtswesens insbesondere auf dem flachen Lande" Ansichten entwickelt, die sehr interessant sind, weil sie die Mißstände des Volksschulwesens rückhaltlos aufdecken, die aber in den Vorschlägen zur Beseitigung dieser Übelstände den Widerspruch des Landlehrers herausfordern.

Mit Recht wird in der betreffenden Arbeit darauf hingewiesen, daß der Lehrermangel gegenwärtig ein weitverbreiteter Mißstand sei und es wäre höchste Zeit, demselben entgegenzuarbeiten. Aber mit Unrecht wird die Ursache dieser Erscheinung darin gesucht, daß die zum Schuldienst bestimmten, vom Lande stammenden Schüler in Realschulen und Gymnasien die Lust Volksschullehrer zu werden verlieren, weil ihnen in dem betreffenden Städtchen die „untergeordnete gesellschaftliche Stellung" derselben zum Bewußtsein komme, so daß sie sich lieber dem „niederen Kommunal- oder Staatsdienst oder Handel und Gewerbe zuwenden". Die „vielfache Mißachtung des Lehrerstandes" zugestanden, so ist dies doch nur ein nebensächlicher Grund für den gegenwärtigen Lehrermangel; denn in der Landbevölkerung glaubt man heute mehr als je daran, daß der Lehrer ein sorgenfreies Dasein führe, weil sein Gehalt weitergehe ohne vom Wetter abhängig zu sein. Tatsächlich ist die Zahl derer, welche zum Aspirantenexamen sich melden, kaum zurückgegangen, wenn man die Aspirantinnen dazu zählt. Es könnte also genügend für Nachschub gesorgt werden und wird auch gesorgt. Aber viele angehende Lehrer „satteln um", wenn sie eine Zeitlang im Schuldienst gestanden sind, weil sie merken, wie das Maß ihrer aufzuwendenden Kraft in der Dorfschule in keinem Verhältnis zu dem ausgesetzten Gehalt steht. Deswegen die Fahnenflucht auf der ganzen Linie, und es ist ein Wunder, daß sich die Reihen nicht noch mehr lichten. Niemand wird es den „jungen Leuten" übelnehmen wollen, wenn man bedenkt, daß sie, nach-

dem sie ihre schönsten Jünglingsjahre in einem jede freie Regung des Geistes unterdrückenden Internat zugebracht haben, nun draußen auf dem Dorfe mit einem erbärmlichen Gehalte von 1.70—2 Mark pro Tag ein Wirtshausleben beginnen müssen, das nicht nur finanziell sondern auch moralisch korrumpierend wirkt. Will der „Provisor" sich halbwegs anständig durchschlagen und auf seine Weiterbildung bedacht sein, dann muß er entweder sein Vermögen angreifen oder aber, was häufiger der Fall sein dürfte, Schulden machen im Hinblick auf eine „reiche" Heirat. Daß eine solche nicht mit einer Tochter gebildeter Stände zustande kommen kann, ist selbstredend, sind ja schon die bessersituierten Bauerntöchter zu stolz, einen Lehrer „zu nehmen". Die Lehrerstöchter, welche am besten sich eignen würden, werden merkwürdigerweise häufig verschmäht, wahrscheinlich, weil sie, was ihnen an äußeren Mitteln fehlt, nicht durch Anmut ersetzen können. So gerät der Lehrer häufig in solche Kreise, die am allerwenigsten für ihn passen. Seine Lebensgefährtin kann sich nicht in die kargen Verhältnisse des Dorfschullehrers schicken, noch weniger in denselben sich bewegen. Der Lehrer hat infolgedessen kein Asyl, wo er sich nach den unerquicklichen Szenen in der Dorfschule erquicken kann, und gerät dann leicht in Vieltuerei oder in die Wirtshauslauferei. Kommt dann ein junger, idealistischer Lehrer aus dem Seminar in seine Obhut, dann kann er ihn nicht in die heilsame Schule eines geordneten Familienlebens einführen. Der junge Mann fühlt sich abgestoßen, geht seine eigenen Wege und hat nur den einen Wunsch, dem Schulstand womöglich den Rücken zu kehren. Nimmt man dann noch den „Segen der geistlichen Schulaufsicht" mit den damit verbundenen Demütigungen und Verkennungen hinzu, so ist es kein Wunder, wenn er einem Stande mit solch untröstlichen Perspektiven Valet sagt. Das sind die Hauptursachen des gegenwärtigen Lehrermangels. Diesem Mißstand ist nur durch Beseitigung des Grundübels abzuhelfen, nämlich durch Erhöhung der Lehrerbildung und Steigerung des Gehalts. Wir wollen nur den ersten Punkt etwas näher ins Auge fassen, weil der zweite von dem ersten abhängig ist.

Die Qualität der Lehrerbildung ist oder soll abhängig sein von der Aufgabe, die seiner im Berufe wartet. Das ist das Grundproblem. Je nachdem man dasselbe löst, wird man auch die Lehrerbildung organisieren wollen. Herr Schmidt geht von der Erfahrungstatsache aus, daß die Zöglinge der Ackerbauschulen usw. an dem Unterricht nicht mit genügendem Erfolge teilnehmen können, weil „viele neue und unbekannte Dinge in solcher Anzahl und Wucht in den paar Wintermonaten auf sie einstürmen." Diesem Übelstande, glaubt er, sei dadurch abzuhelfen, daß der Land-Volksschullehrer auch zugleich Landwirtschaftslehrer würde.

Damit er dies werden könne, fordert er als Vorbereitung für das landwirtschaftliche Fachstudium einen breiteren Raum für die Naturwissenschaften und ein weiteres Bildungsjahr im Seminar, oder auf einer Akademie bezw. einem Universitätsinstitut, das sich am besten nicht direkt an das übrige Seminarstudium anzuschließen braucht, sondern erst dann einsetzen soll, wenn die „jungen Leute“ sich mit den „Erfordernissen des praktischen Lebens“ vertraut gemacht haben. Ein solcher Land-Volksschullehrerstand würde, so meint er, für die deutsche Landwirtschaft von größtem Segen sein; er würde die Landwirte die „Vorteile der neueren Technik“ ausnützen und die „Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses“ erkennen lehren und sich in deren Dienst stellen. Diese Dienstleistungen würde das Volk höher einschätzen und höher bewerten, wodurch dann auch die Gehaltsfrage ihre Lösung fände. Dieser Gedankengang hat gewiß etwas Bestrickendes an sich, namentlich weil er die Bestrebungen der Lehrerschaft geschickt zu verwerten weiß, so namentlich die Verminderung des religiösen Unterrichts in den Seminarien und die Rückverweisung des Schulreligionsunterrichts an die Kirche, verlängerte Seminarbildung, Universitätsstudium, Umwandlung des Volksschullehrers in den Volkslehrer. Allein es fragt sich, ob diese Vorschläge im Sinne des Herrn Schmidt sich nicht als Pseudoreformvorschläge erweisen. Denn daß die Landvolksschule neben den Elementen der allgemeinen Bildung auch die elementare Grundlage der technischen Berufsbildung mehr berücksichtigen sollte als bisher geschehen ist, das zeigt in ausgezeichneter Weise Mercator in seinem Artikel „Die amerikanische Gefahr“ („Das freie Wort“. Zweites Juliheft 1903) und haben auch wir Lehrer immer und immer wieder betont gegen die Bestrebungen der Kirche, welche die „sittlich-religiöse Erziehung“ als Grundpfeiler aufrecht zu erhalten sucht, um den sich aller andere Schulunterricht gruppieren soll, wodurch dann auch auf dem Gebiet des Wissens viel unnötiger Ballast in die Schule hereingeschmuggelt, während die technische Elementarbildung vernachlässigt wird. Wieviel unnötiger Ballast wäre z. B. auf dem Gebiete des Geographie-, Geschichts- und Naturkunde-Unterrichts aus der Schule hinauszuwerfen, gar nicht zu reden von dem uns kulturhistorisch und religiös gleich fern liegenden alten Testament! Aber es wäre ebenso verkehrt, wollte man nun die so gewonnene Zeit darauf verwenden, die allgemeine Bildung des Volksschülers mit der landwirtschaftlichen Fachbildung zu verquicken. Die Zöglinge solcher Schulen würden noch weniger fähig sein, später einem vertieften landwirtschaftlichen Unterricht zu folgen, weil die kurze Schulzeit nicht dazu verwendet worden ist, die Kinder des Volkes denken zu lehren. Etwas denken lernen soll auch der Volksschüler; denken lernt er aber namentlich durch schriftliche und

mündliche Übung im sprachlichen Ausdruck*), eine Einsicht, von welcher die heutige Volksschule leider noch sehr wenig durchdrungen ist, wie die Lehrpläne zeigen, welche auf mechanischen Drill zugeschnitten sind. Das andere Erfordernis, welches ebenso wichtig ist, wäre die Vermittlung einer gründlichen Kenntnis der Heimat nach ihrer natürlichen, geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Seite. Wäre diesen zwei Bedingungen, Denkfähigkeit und Kenntnis der Heimat, Genüge geleistet, dann wären die von der Volksschule abgehenden Schüler ausreichend ausgerüstet, einen erweiterten und vertieften Fachunterricht mit Erfolg zu absolvieren. Neben dieser allgemeinen Bildung (die auch die Entwickelung des religiösen, sittlichen und ästhetischen Empfindens angemessen berücksichtigen müßte) würde dann durch die oben angedeutete Stoff- und Zielbeschränkung auch noch Zeit übrig bleiben für die Vermittlung einer elementaren technischen Bildung, die sich namentlich auf Bildung der Sinneswerkzeuge (Gesang), auf die Schulung der Hand (Zeichnen, Handfertigkeitsunterricht), überhaupt auf Bildung des ganzen Körpers erstreckt (Turnen).

Man sieht, die Schule hat eine große Aufgabe, auch ohne die Antizipation der landwirtschaftlichen Berufsbildung und ohne die spezifische Aufgabe der Kirche zu betreiben, wie es z. B. in der Erweckung religiöser Andacht in den Schulen geschieht.**) Um einen solchen allgemeinen Unterricht auch den Kindern des Volkes zu übermitteln, dazu bedarf es vor allem des Studiums der Pädagogik. Um ein solches Studium zu bewältigen, bedarf die Lehrerbildung nicht bloß nach der naturwissenschaftlichen Seite einer Erweiterung und Vertiefung (wie Herr Schmidt zu meinen scheint a. a. O. 294), sondern namentlich auch nach der sprachlichen, was einer Neuorganisation gleichkäme. Wird dann aus der Seminarbildung derselbe unnötige Ballast wie in der Volksschule entfernt, dann bleibt Zeit übrig, dem zukünftigen Lehrer auch noch die nötige Grundlage für die technische Seite seines Berufs zu vermitteln, wie dies bei den höheren Schulen auch der Fall ist. Dann wird der ins Leben tretende Lehrer mit allen Mitteln ausgerüstet sein, seinen schweren Beruf anzutreten, mehr als seither, wo ihm infolge des mangelhaften Seminarunterrichts neben seiner Schularbeit auch noch die Sorge für seine Weiterbildung obliegt, die er nur unter ungeheueren Schwierigkeiten betreiben kann, weil ihm gerade das Wichtigste, der Schlüssel, nämlich die Sprachbildung, fehlt. Nach dem Vorschlage des Herrn Schmidt würde aber dieser Mißstand fortdauern, ja er würde noch verschärft werden, weil nach ihm der junge Lehrer auf dem Lande sich auch noch

---

*) Vergl. Ed. v. Hartmann: „Die sozialen Kernfragen." S. 297—311.

**) Vergl. „Der Tag" No. 331. „Über die geistliche Schulaufsicht" von Ed. v. Hartmann, und No. 315.

in die ihm vielfach fremdliegenden Verhältnisse der Land- und Volkswirtschaft einarbeiten müßte, um nachher auf der Akademie oder dem Universitätsinstitut sein Studium mit Erfolg zu betreiben, wodurch dann eine Seite seines Berufs notleiden müßte; denn „niemand kann zwei Herren dienen". Eine „Reform des Unterrichtswesens auf dem flachen Lande" ist nur dann möglich, wenn die Arbeit des Lehrers höher eingeschätzt wird, wenn der Staat den Lehrern akademische Bildung oder wenigstens die Berechtigung dazu vermittelt und wenn die Kirche die Schule frei gibt. Wenn diese Voraussetzungen, um welche die Schule heute kämpft, erfüllt sind, dann wird der Volksschullehrer zum Volkslehrer schlechthin werden. Solange man aber das Grundübel nicht beseitigen will, solange ist keine Hoffnung vorhanden, daß die „unerquicklichen Zustände" unseres Volksschulwesens sich mildern. Wenn aber jetzt schon viele Lehrer ihre Kraft als Volkslehrer in den Dienst der Landwirtschaft stellen (z. B. als Rechner der Genossenschaften), obwohl sie gewöhnlich um eine Bagatelle arbeiten müssen, wie ja überhaupt diejenigen Dienstleistungen, welche besser bezahlt sind, gewöhnlich in die Hände von Nichtlehrern kommen, so ist dies ein neuer Beweis für den unversieglichen Idealismus des Lehrerstandes, welcher ihn beherrscht trotz der Verständnislosigkeit der Vertreter der Landwirtschaft für seine Arbeit und seine Bestrebungen, die, wenn sie in Erfüllung gingen, doch nur das wohlverstandene Interesse der Landwirtschaft fördern würden.

Kulturaufgaben.

Zur Frage der deutschen Goethebünde.

Von J. Wiegand (Bremen).

Es ist unnütz, die Umwandlung Deutschlands in einen Industriestaat zu beklagen. Sie ist ebensosehr eine unabänderliche Tatsache, wie sie eine wirtschaftliche Notwendigkeit darstellte. Nur so bot sich die Möglichkeit, der rapide wachsenden Bevölkerung, die jährlich einen Zuwachs von 800 000 Seelen nimmt, überhaupt eine Lebensführung zu ermöglichen.

Entfaltet so unleugbar diese Industrie-Entwickelung Deutschlands ungeheuere Segenswirkungen, so besitzt sie doch auch ihre Schattenseiten. Sie hat uns in einen schärferen Kampf um die Existenz gerissen, der oft, infolge der Überproduktion und der Überfüllung der Berufe, be-

klemmende Formen annimmt. Das ganze Tempo unseres Lebens ist überhaupt durch diese Entwickelung rapider, aufregender geworden. Ob Kaufmann oder Fabrikant, ob Gelehrter, Arbeiter oder Ladenbesitzer, jeder schafft heute mit dem vollen Aufgebot der Kraft. Die überwältigende Fülle der immer neuen Erfindungen, Entdeckungen und Forschungen, die Produktivität der schaffenden Geister, der eminente Zusammenschluß aller Völker des Erdballs durch den Telegraphen, durch die Zeitungen und die Dampfmaschine und der erbitterte Konkurrenzkampf aller Handels- und Industrievölker der Erde, das alles verlangt auch vom einzelnen, als abhängigem Teil des gesamten Wirtschaftsgetriebes seiner Nation, ein ewiges Wachsein, ein ewiges Im-Auge-haben seiner Interessen.

Zweifellos war die Position des einzelnen selten schwerer, als heute. Er ist den Anforderungen der Arbeit, der Konkurrenz oft kaum gewachsen. Er ist gezwungen, will er sich behaupten, fortwährend mit vollster Intensivität zu leben, ohne die großen notwendigen Ruhepausen zu haben, die z. B. das Leben auf dem Lande hat, ohne sich ferner durch die Ausbildung eines harmonischen inneren Menschen ein Gegengewicht gegen die zermürbende Übermacht der Arbeit zu schaffen. Das einzelne Leben, die Persönlichkeit, scheint an Kulturwert immer mehr zu sinken. Das einzelne Leben zerspaltet sich, es stellt sich zu sehr auf den Augenblick, auf den hastigen Augenblickserwerb, wie auf den Augenblicksgenuß, auf den Augenblick in der Familie, wie auf den Augenblick in der Liebe oder in geistigen Dingen . . .

Dazu macht das moderne Leben den Menschen natürlich immer sensibler. Sein Nervensystem, sein Gehirn, seine Seele leiden. Er wird nervös. Ihm kommen die Zustände der Erschlaffung, der Gereiztheit, der Übermüdung, in denen er zur Zerstreuung nach narkotischen Mitteln greift, um sich wieder aufzuraffen: zu den groben Genüssen, den möglichst starken Reizen . . .

Wer kann es leugnen: Im Grunde ist unsere Zeit sehr arm und nüchtern. Sie ist die Epoche der nervösen Bedrücktheit und Unzufriedenheit des Einzelnen. Sie genießt materialistisch grob, sie denkt materialistisch nüchtern, sie klebt ungeheuer an nur materiellen Interessen. Ihr fehlen die Ideale, die einst die deutsche Nation zum Volke der Dichter und Denker machten.

Doch ist das gerade wieder ein seltsames Merkmal unserer Zeit: Daß heute selbst im Geringsten, trotz all seinem Aufgehn in materiellen Interessen, ein brennender Drang, eine heiße Sehnsucht nach Ruhe, nach einer schönen Glücksdauer, nach einer harmonischen Einheitlichkeit und Größe des Lebens, nach einem sehnsüchtigen Hinstreben zu etwas, was

über dem nüchternen, gemeinen Leben schwebt, nach dem wahren Kulturmenschentume, vorhanden ist.

Aber hat nun eigentlich die weit überwiegende Masse des Volks die Fähigkeit, das Können, sich diese seine beste Menschensehnsucht: zu einer tieferen, künstlerisch und ästhetisch, wissenschaftlich oder philosophisch verklärten Lebensausgestaltung zu gelangen? — Kaum.

Ein wie ergreifendes Streben besteht z. B. in weiten Kreisen der Arbeiterschaft, der Handels-, der Ladenangestellten, der unteren Beamtenschaft, überhaupt bei einem großen Teil der sozial bedrückteren Bevölkerung nach dem höheren Leben, nach Wissen und Kunst, innerer Klärung und Entwickelung! Es sind so ungeheuer viele, derer sich geistig niemand annimmt. Wie viele wissen oft nicht, selbst unter den „Gebildeteren" nicht, ob Bücher über die Dinge, die in ihnen ringen, existieren. Wie viele stehen mit einem großen Weh und Hunger im Herzen vor den Toren, die ins Land der feineren Kultur führen, und krampfen die Hände, weil sie nicht wissen, wie hineingelangen. Wie viel Intelligenz versiegt im Dunkel, die so leicht zu guter Blüte hätte kommen können.

Gerade heute erscheint uns deshalb das soziale Gebot: mehr für die intellektuelle und psychische Aufzucht der Massen zu tun, als ein ganz dringendes. Und zwar aus doppelten Gründen.

Zuerst ist es ganz zweifellos, daß Deutschland, welches sich so rapide zum Handels- und Industriestaat und damit zum Ausfuhrstaat auswuchs, in einen immer schärferen Kampf mit England und Nordamerika gelangen wird, in dem nicht allein das stärkste Kapital, sondern daneben das Volk der entwickeltsten Intelligenz und überlegensten Kultur der Sieger bleiben wird. Nicht allein der Intelligenz und Kultur der Fabrikanten, Kaufleute und Exporteure, sondern gerade der der Warenerzeuger, der ganzen arbeitenden Bevölkerung, vom Künstler bis zum geringsten Kopisten herab.

Nun aber versuchen doch gerade Amerika und England mit allem Hochdruck die Kultur und Intelligenz der verschiedenen Bevölkerungsschichten zu fördern, in der ganz richtigen Erkenntnis, daß nur der denkende und kulturell hochstehende Mensch musterhafter, origineller und neuer Erzeugnisse fähig ist.

Ist es für uns da ratsam, hinter jenen Ländern zurückzubleiben?

Der zweite Grund, der es uns als eine Notwendigkeit erscheinen läßt, bis in die tiefsten Volksschichten einen tieferen Kultureinschlag zu bringen, ist ein noch schlagenderer.

Gerade der Streit der Gegenwart um rein ökonomische und materielle Interessen, den wir gewiß nicht unterschätzen, unterdrückt heute nur zu sehr das Streben nach den idealen Gütern und zeitigt eine un-

geheuere Nüchternheit in der Auffassung des Lebens, deren Folge, eine illusionslose, müde, berechnende Jugend, heute schon gerade genug zu spüren ist.

Ist denn aber die Menschheit schließlich nur ein großer Magen? Hat sie nicht auch Gehirn, Seele und Gemüt?

Liegt nicht schließlich noch immer in der individuellen Selbstentfaltung, in der Anfüllung des Lebens mit künstlerischen, wissenschaftlichen oder philosophischen Dingen ein Glück, das neben dem Ringen nach materieller Wohlfahrt ebenfalls notwendig ist, soll uns wieder mehr Friede im Dasein werden?

Übrigens liegt auch gerade in dem Vordringen des Sozialismus für alle, welche wähnen, Kulturträger zu sein, das dringende Gebot: mit allen Kräften an der intellektuellen, wie psychischen Aufzucht der Massen mitzuarbeiten, damit ihr Emanzipationsprozeß in möglichst ruhigen Bahnen verlaufe.

Nun wäre es zweifellos Unrecht, zu behaupten, daß nicht die mannigfaltigsten, aus selbstlosem sozialem Geiste geborenen Institute tätig seien, an einer kulturellen und künstlerischen Hebung der breiten Mittel- und Unterschichten zu arbeiten. Aber einerseits sind solche Bestrebungen oft von geringer Machtweite und Wirkung, andererseits aber tragen sie den Charakter eines gewissen Almosens, das man gnädig dem Volke reicht.

Heute aber will niemand mehr ein Almosen, man will kein Herabsteigen zum Volk. Jeder ehrliche Mensch der Arbeit fühlt sich als volles Mitglied des nationalen Wirtschaftslebens und will natürlich an einer Sache, der er sich hingibt, auch mitarbeiten, weil er am besten weiß, wo ihn eigentlich der Schuh am schmerzhaftesten drückt.

Eine Vereinigung zu dem Zweck: eine tüchtige Mitarbeit an der künstlerischen und kulturellen Hebung unseres Volkes zu leisten, dürfte deshalb nie eine Gründung von „oben“ sein, sie müßte aus dem Zusammengehen aller Volksschichten entstehen, mit dem frohen Bewußtsein, daß es eben gilt — trotz allen wirtschaftlichen Gegensätzen — selbstlos das eine und beste zu pflegen, was uns als Volksgenossen stets zusammenhalten sollte: unsere Kultur, unsere Kunst, unsere Wissenschaft.

Wir wüßten schon eine solche Vereinigung aller Volksschichten. Sie umfaßt sogar jetzt schon ein Dutzend großer Städte des Reiches. Manche werden freilich lächeln, wenn wir diese Vereinigung nennen, und spöttisch die Achseln zucken. Wir meinen nämlich die deutschen Goethebünde.

Zweifellos haben sie bisher nicht gehalten, was sie versprachen. Aber das haben diejenigen, welche ihnen angehören oder ihre Leitung

vertraten, wohl selbst am schmerzlichsten empfunden, und sie haben sich deshalb endlich aufgerafft.

Gerade jetzt, nach dem Ergebnis der neuen Wahlen, wo sich die Reaktion nur noch drohender erheben wird, werden die Goethebünde wohl zuerst bald erweisen können, ob sie willens sind, allem, was künstlerische oder wissenschaftliche Vergewaltigung heißt, energisch entgegenzutreten, einerseits, indem sie die verfehmte Kunst oder Wissenschaft unter ihre Fittiche nehmen und zur öffentlichen Aufführung oder Diskussion bringen werden, oder indem sie gegen alle Gewalttätigkeit in den Dingen freier Kunst und Wissenschaft öffentlich Protest erheben, wenn möglich, auch im Parlament.

Was aber die andere Aufgabe betrifft, eine tiefere künstlerische und wissenschaftliche Kultur in die Massen zu tragen, so besitzen die Goethebünde dafür reichlich Gelegenheit, die sie auch immer mehr ausnutzen werden.

Um ein praktisches Beispiel zu geben, das keineswegs ein Muster sein, sondern nur zeigen soll, daß man ehrlich bestrebt ist, seine Aufgabe zu erfüllen:

Der jetzige Vorort der Bünde, Bremen, besitzt eine Organisation von ca. 15 000 Menschen, die also ungefähr den achten Teil der Bevölkerung umfaßt. Ihr gehören alle Berufsschichten an, u. a. auch die gewerblichen Gewerkschaften. Selbstverständlich betreibt der Verein keine Politik, doch stellt er sich offen auf den Boden entschiedenen Fortschritts. Er hält es für seine Aufgabe, allen gährenden Zeitideen und Kulturgedanken seine volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, indem er sie vor die Öffentlichkeit bringt, in Versammlungen, die oft mehr als 2000 Personen umfassen. So hält der bremische Goethebund z. B. im nächsten Winter eine Reihe von Volkshochschulkursen ab, mit Themen aus der Literatur, der Malerei, der Religion, der Naturwissenschaft, der Gesellschaftskritik. Er veranstaltet vier große öffentliche Abende: über Maeterlinck, Dehmel, Klinger und Wagner. Er bringt eine Reihe von Musik- und Liederabenden, klassischer und moderner Meister. Er veranstaltet zehn Doppelaufführungen in den beiden städtischen Theatern, bei denen jedes Werk einen einleitenden Vortrag erhält. Selbstverständlich trägt die Wahl der Stücke einem pädagogischen und sozialen Geiste Rechnung. So gelangen z. B. von den Älteren Shakespeare, Lessing, Goethe, Hebbel, Freitag und Tolstoi zur Geltung, während von den Jüngeren Anzengruber, Hauptmann, Langmann und Heyermans das Wort erhalten.

Außerdem wendet der Vorort allen Bestrebungen, welche eine Popularisierung und Verbilligung von wirklichen Kunstdingen, Büchern, Wandschmuck, kunstgewerblichen Arbeiten usw. bezwecken, seine Aufmerk-

samkeit zu. Gerade um dem Arbeiter und kleinen Beamten zu zeigen, wie sich auch innerhalb der Grenzen ihres Verdienstes ein gemütlicheres, künstlerisches Heim schaffen lasse, gelangte z. B. eine Broschüre „die Einrichtung und Ausschmückung des Einfamilienhauses“ zur Verteilung.

Ferner arbeitet der Vorort mit aller Kraft an einer Erweiterung der Lesehalle, damit sie möglichst in allen Stadtteilen und Vororten Filialen erhalte.

Selbstverständlich soll mit dem Angeführten nicht gesagt sein, daß man in Bremen und den anderen Goethebundstädten der Meinung sei, man habe bereits mustergültiges geschaffen. Aber es liegen doch wenigstens die Wege klar, die zu den erhofften Zielen führen können.

Der Leser wird sich bereits gefragt haben, worauf unsere Ausführungen eigentlich hinaus sollen, warum wir die vorstehenden Zeilen schrieben. Ganz offen, um die breite Öffentlichkeit einmal wieder auf die deutschen Goethebünde hinzulenken, die uns — nachdem sie jetzt endlich willens sind, entschlossen und geschlossen in ihren Bestrebungen vorzugehen — durchaus als ein vertrauensvoller Faktor erscheinen, der äußerst notwendigen kulturellen und künstlerischen Hebung der breiten Volksschichten zu dienen.

Bis jetzt gehören aber dem Bunde nur die Städte Bremen, Hamburg, Berlin, Kiel, Königsberg, Breslau, Dresden, Darmstadt, Mainz, Stuttgart und München an. Orte wie Frankfurt, Hannover, Braunschweig, Mannheim, Karlsruhe, Stettin, Danzig usw. stehen dagegen dem Bunde noch völlig fern. Sollte es da nicht eigentlich auch diesen Orten eine ehrenvolle Aufgabe sein, an einem geistigen Volksbunde, der sich über das ganze Reich erstreckt, ebenfalls mitzuarbeiten, der einerseits ein festes Bollwerk gegen alle Reaktion darstellt, andererseits aber die edle Aufgabe, eine Vertiefung des deutschen Volksgeistes zu schaffen, vertritt?

Denn das muß doch schließlich unbedingt einem jeden einleuchten: je größer die Zahl der Bünde, um so stärker auch ihr geistiger Einfluß und ihre Stimme in der Öffentlichkeit. Nur getragen von der Mitarbeit aller selbstlos und frei Gesinnten des Reiches vermögen die Goethebünde das zu werden, was sie sich als Aufgabe setzten: tatkräftig für das deutsche Volk an den geistigen Gährungen und sozialen Problemen der Gegenwart mitzuarbeiten.

„Was ist Wahrheit?“

Von Willy Butler (Rom).

Wenn auch die Attitude des Pontius Pilatus gegenüber dem lärmenden Schwarm der Theologen eminent philosophisch war, so ist doch seine seit zwei Jahrtausenden berühmte Frage „Was ist Wahrheit“, an sich betrachtet, recht unphilosophisch.

Was Wahrheit ist, das ist den Menschen gar wohl bewußt: es ist die Übereinstimmung der Begriffe mit der Wirklichkeit. Somit gibt es „Übereinstimmungen“, will sagen Einsichten und Kenntnisse. Die Einsichten und Kenntnisse einer Zeit oder eines Individuums zusammengedacht, in eine einheitliche Perspektive gestellt, ergibt die Weltanschauung dieser Zeit oder dieses Individuums. Einsichten, Kenntnisse und Weltanschauung: damit ist der Begriff Wahrheit schon ausgeschöpft. So wie das Wort Wahrheit meist gebraucht wird, im Singular, ist es ein bloßes Begriffsgespenst, eine falsche Verdinglichung des Adjektivs wahr; von einer Wahrheit im Singular, von der Wahrheit, könnte nur gesprochen werden, wenn die endgültige Weltanschauung der Menschheit uns vorläge, und selbst dann nur, wenn sich diese Weltanschauung in einen Satz zusammenfassen ließe. Sonst wäre auch sie nur ein Zusammendenken von Einsichten und Kenntnissen.

Allein es hat sich an diesen bloßen Formalbegriff Wahrheit so viel herankristallisiert, daß schon vor Jahrtausenden ein philosophisch gebildeter Römer mutlos die Arme sinken ließ, als er den Zentnerbegriff heben sollte.

Einsichten und Kenntnisse sind an sich neutral, indifferent; hingegen hinter einer Weltanschauung steht immer ein Mensch mit seinem Wollen. Und damit beginnt erst der die Weltgeschichte erfüllende Kampf um die „Wahrheit“, welcher aber aufzufassen ist, als ein Kampf der Individuen, Parteien, Kirchen, um Machterweiterung und Beugung der andern, und nicht als ein Wetteifern um die Erweiterung der Einsicht. Wir lassen diesen Geisterkampf, der aber ein Kampf der Menschen, und nur selten der Geister ist, auf sich beruhen. Die Frage kann nicht sein, welche Weltanschauung die wahre sei, — eine sinnleere Frage, solange die Menschheit nicht ihrer Einsichten letzten Schluß gezogen hat — sondern, inwiefern Weltanschauungen überhaupt wahr sein können. Alle die Philosophen, Apostel und sonstigen Streiter im Kampf um die „Wahrheit“ hatten nur ein sehr bedingtes, meist ein äußerst eingeschränktes Wahrheitsinteresse; viel mehr als um die nüchterne wissenschaftliche Frage, „ob ihre Begriffe sich decken mit der Wirklichkeit“ war es auch den Begabtesten unter ihnen darum zu tun, zu einem „Glauben“ zu kommen. Das heißt, sie suchten einen solchen Gesamt-Aspekt des Lebens, eine solche

Lebensauffassung zu gewinnen, daß darin ihre Individualität, oder die dominierenden Kräfte ihrer Individualität, zum Aufblühen und Gedeihen kämen. Dies gilt von der Weltanschauung des einfachsten Menschen; es gilt aber selbst von dem Streben eines Spinoza: auch er hat in letzter Instanz dieses gewollt: über seiner wunderbaren Menschenpflanze eine Treibhausglocke zu bauen, daß sie zum Blühen und Gedeihen käme. Wer nur bis dahin eine „Weltanschauung" geschaffen hat, war bewußt oder unbewußt Anhänger des Goetheschen Satzes: „Was fruchtbar ist, allein ist wahr", welcher Satz aber ein Leitstern für das wissenschaftliche Wahrheitforschen weder ist, noch sein will. Über diesen Kampf der Weltanschauungen hinweg, aber durch ihn mannigfach gefördert, gibt es ein Streben der Menschheit nach der Erkenntnis des Seienden, nach der wissenschaftlichen Wahrheit.

Und da erledigt sich denn die Frage nach der Wahrheit der Weltanschauungen mit dem einfachen Hinweis, daß sie immer nur bedingt wahr sein können, weil wir nicht das ganze Gebiet des Seins für unsere Einsicht bis jetzt erobert haben, sondern nur einen gar kleinen Ausschnitt. Wenn dieses Segment größer geworden, wenn der Durchmesser des geistigen Horizonts gewachsen ist, so müssen alle Einzeleinsichten wieder in eine etwas andere Perspektive gestellt, modifiziert, viele auch gänzlich umgestaltet werden. Wer aber aus dieser Relativität aller menschlichen Einsichten mit dem Koheleth schließen wollte, daß das Streben nach Wahrheit überhaupt ein „Streben nach Wind" sei, würde sehr daneben treffen. Vielmehr ist das Quantum Einsicht eines Individuums oder eines Kulturkreises in einem gegebenen Moment immer viel größer, als zunächst verwendet, assimiliert werden kann! Um Koheleth zu widerlegen, ist auch schon der bekannte sehr richtige Ausspruch Lessings hinreichend, daß das Suchen nach Wahrheit wertvoller sei als eine „Wahrheit". In der Tat kommt es vor allem darauf an, daß der geistige Turnplatz immer offen bleibe, daß die geistige Kraft des Menschen leben und sich entfalten könne. Hier liegt die große Überlegenheit des europäischen Kulturkreises im Vergleich zu Kulturkreisen, wo eine „Wahrheit" den geistigen Horizont abschließt und den Turnplatz versperrt, wie gerade im Judentum des Predigers und im Mohammedanismus. Es ist dieser Prozeß des Strebens nach Wahrheit aber ein wirkliches Wachstum und nicht, wie besonders rückständige Theologen es gern darstellen, ein bloßes Ändern, ein bloßes Wasser von einem Gefäß ins andere gießen, so daß nur ein Irrtum den andern verdrängte oder doch eine subjektive Auffassung die andere. Daß Theologen gern so denken, liegt nur daran, daß „socios habere" im Unglück ein großer Trost ist.

Nämlich auf dem Gebiet der spekulativen Theologie und der Meta-

physik ist allerdings jedes Denken ein bloßes Ändern. Denn hier fehlt gänzlich die Möglichkeit der Prüfung und damit auch des Fortschritts. Daher denn eine immense Verwendung von Geist und ächtem Scharfsinn in Jahrtausenden noch nicht das kleinste metaphysische Sätzchen hat feststellen können, obschon doch der ganze Umfang des Metaphysischen, ein solches hypothetisch angenommen, schon der ältesten Menschheit so vollständig gegeben war, wie der Gegenwart. Aber nicht einmal die Existenz einer solchen Welt konnte bis jetzt im mindesten festgestellt werden, und seit zwei Jahrhunderten ist denn auch immer dringender die Frage gestellt worden, ob nicht schon die Annahme einer solchen Welt sinnlos, vielleicht gar widersinnig sei. In der Tat ist der Begriff „metaphysisch" unter dem Anschein des Positiven eine reine Negation. Die erschöpfende Definition von metaphysisch scheint zu sein: das Reich, wo alles anders ist als in unserer Welt. Es ist einfach diese Negation „alles anders" selber, mit einem positiven Mäntelchen behängt, worauf dann die Superstition allerlei magische Zeichen aufgestickt hat. Eine Begriffs-Kaaba sozusagen, in welche die Theologen gar noch Gott selber einsperren wollten.

Kant, der den Begriff einer metaphysischen Welt noch stehen ließ, wenn auch nur als absolutes X, hat wenigstens einen nicht mehr zu überbietenden Agnostizismus gegenüber aller Metaphysik gelehrt. War es doch die Absicht seiner Vernunftkritik, durch eine Untersuchung über die Tragweite der menschlichen Geisteskräfte dieses ganze Gebiet unnützen Grübelns und Wähnens ein für allemal auszuschließen aus dem Nachdenken der vernünftigen Menschheit. Und das Ergebnis seiner Untersuchung ist, kurz gesagt, daß das Metaphysische in der Weise qualitativ von unserer Welt getrennt sei, daß es uns nicht „gegeben" werden könnte, selbst wenn es sich offenbaren wollte. Es könnte selbst dann — so heißt es in dem berühmten Buche — von uns nicht nur nicht verstanden, sondern „nicht apperzipiert werden". Es könnte uns nicht vor die Seele treten, weil alles, was vor unser Bewußtsein treten kann, nach dieser Erkenntnistheorie durch die Einrichtung unserer Sinnesorgane und des Intellekts zu einem „Natürlichen" gemacht wird. In ein populäres Bild übersetzt ist das Endergebnis der Vernunftkritik, die den Theologen so viel Freude gemacht hat: wir können von „jener Welt" in der Weise nichts wissen, wie man ein Dreieck nicht mit einem Dreiklang decken kann. Daher denn — anbei bemerkt — die unter Landpfarrern noch geläufige Auffassung ganz unzutreffend ist, Kant habe zwar bewiesen, daß wir nichts wissen können, aber auch in diesem Sinne, daß hier nichts wegbewiesen werden könne: folglich sei hier die Domäne des Glaubens. Selbst diese dürftige, wahrhaft armselige Position kann den Theologen keineswegs eingeräumt werden. Denn zum Glauben ist zwar kein Wissen nötig, und

selbst nicht die Möglichkeit, Wahrscheinlichkeiten abzuwägen, da es auch einen blinden Glauben giebt. Aber Eines ist schlechthin notwendig zur Glaubens**möglichkeit**: daß man **glauben** könne, daß die Glaubensvorstellung (z. B. der Gottesbegriff) mit der metaphysischen Wirklichkeit kongruent oder wenigstens „ähnlich" sei. Wenn es sich aber immer nur darum handeln **kann** — und für den hl. Augustin, wie für die Magd vom Lande — mit dem Dreieck des von der Theologie gelehrten Glaubensbildes den Dreiklang der göttlichen Wesenheit zu decken, so fehlt radical nicht nur die Wissensmöglichkeit, sondern die Glaubens**möglichkeit**. Wir wissen alsdann nur eines gewiß: daß alle unsere Prädikate, z. B. von Gott (Weisheit, Wille 2c.) a priori falsch sind. Die sokratische Weisheit, die so oft Torheit wird im Munde der Toren, daß nämlich derjenige der Weiseste sei, der begriffen habe, daß man nichts wisse, gilt ganz und ohne Einschränkung nur von den metaphysischen Behauptungen, indem es eben hier die allein mögliche Einsicht ist, zu begreifen, daß man nicht wissen könne.

Daraus ergibt sich, daß die metaphysischen und theologischen Behauptungen von dem Anspruch auf Wahrheit auszuschließen sind, während die „Weltanschauungen" einen bedingten Anspruch allerdings erheben können.

Allein metaphysische Behauptungen und Sätze aus menschlichen „Weltanschauungen" in einander verflochten ergibt die **religiöse Wahrheit**. Und mit besonderm Nachdruck stellt der gläubige Mensch die Prätension auf, die Wahrheit, die ganze und volle Wahrheit zu haben. Und was er so lebendig empfindet, sollte das wirklich — — die Unwahrheit sein? Sollte es gar noch Betrug sein?

Schließen wir zuvörderst die letztere Auffassung aus. Alle großen Dinge in der Geschichte, auch die großen Religionen, sind herausgewachsen aus Glauben und Enthusiasmus. Ausgebreitet aber haben sie sich durch Glauben, Enthusiasmus und feinste Berechnung, wobei es dann an reichlichem Betrug nicht gefehlt hat. Das römische Reich ist so zu stande gekommen, das Christentum nicht minder. Hier das einzelne sondern zu wollen, wäre ein vergebliches Unterfangen: es genügt, sich vor Augen zu halten, daß beim Ausbau solcher großen Erscheinungen der Geschichte alle Tendenzen der menschlichen Seele, die besten und die schlimmsten, stets an der Arbeit waren — — und sind. Die bekannte Auffassung der Aufklärung ist unhistorisch. Von dem berüchtigten Büchlein des Mittelalters „De tribus impostoribus", das der große Hohenstaufenkaiser verfaßt haben sollte, bis zu Voltaire und den Schriftstellern des achtzehnten Jahrhunderts hat der Aufklärung die Einsicht in das geschichtliche Geschehen gefehlt. Daher denn, in Bezug speziell auf das Christentum,

schon der Ausgangspunkt verfehlt war, die Ansicht nämlich, daß das historische Christentum von einem Zimmermannssohn aus Nazareth geschaffen worden sei. Heute wissen es die Theologen am besten, daß der Nazarener mehr durch seinen Tod als durch sein Leben und seine Lehre der Stifter des historischen Christentums geworden ist, von dessen „Glaubensbekenntnis“ er keinen einzigen Satz geglaubt haben kann. Denn das noch für alle Sekten verbindliche christliche Credo ist eine Theologie um den Tod des Nazareners herum und setzt diesen Tod voraus. — Allein auch die erstere Beantwortung, daß die religiöse Wahrheit Unwahrheit sei, muß in dieser Fassung abgewiesen werden. Vielmehr ist hier die Alternative: Wahrheit — Unwahrheit unrichtig gestellt.

Man hat von der Oberflächlichkeit der Aufklärung in der Beurteilung der Religionen gesprochen, und nicht ohne Grund. Nur daß, wer mit seinen Vorstellungen noch im achtzehnten Jahrhundert stehen geblieben ist, bei der Aufklärung, z. B. in den vom herrlichsten Menschenverstand strotzenden Schriften Voltaires, noch das erste Hauptkapitel einer philosophischen Betrachtung der Religionen zu lernen hätte. Allein die Anschauungen der Aufklärung können allerdings nicht mehr genügen, weil sie von dem ganzen Komplex von Problemen, der durch das Wort Religion gesetzt ist, nur die damals zunächstliegende Frage ins Auge faßte: ob die christlichen Dogmen objektive Wahrheit seien, ob hier „die Vorstellung sich decke mit einer Wirklichkeit“. In der Beantwortung dieser Frage ist dann die Aufklärung gründlich gewesen, und in dem Grade siegreich, daß sie heute in der theologischen Forschung selber zum Sieg gelangt ist. Die christliche Dogmatik will heutzutage auf den Universitäten kein Gelehrter mehr als zu Recht bestehend vortragen, und wer es tut, wird von Kollegen und Studenten nicht mehr für „voll“ genommen; er muß schon, um auch nur „möglich“ zu sein, eine bedeutendere Individualität einzusetzen haben, auf daß man dem originellen Menschen die Unzulänglichkeit des Denkers und Forschers nachsehen könne. Es muß da wirklich schlimm stehen, wenn sogar im Lande der „philosophischen Tagesbefehle“ ein sonst ziemlich verschüchterter Kultusminister den Ausspruch wagt, „daß die alten Dogmen tot seien“. Wer wirklich teil hat an der grandiosen Erweiterung des geistigen Horizonts, den seit den Tagen der Aufklärung die große moderne Naturwissenschaft, die Philosophie seit Kant und nicht zuletzt die große moderne Historie gebracht hat, für den ist das Problem der Aufklärung kein Gegenstand des Nachdenkens mehr. Hier heißt es heute nur noch: Lasset die Theologen diese Toten begraben.

Allein man muß über den Standpunkt der Aufklärung hinausgehen zu einer philosophischeren Betrachtungsweise der Religion. Nicht mehr die objektive Wahrheit der Dogmen und die Realexistenz der Symbole

ist heute das Problem. Sondern das Problem ist: wenn man Dogmen und Symbole auffaßt als Hilfskonstruktionen, um in eine bestimmte „Art zu leben" hineinzukommen, und als psychologische Kräfte, um durch Glauben bestimmte Zustände und Richtungen des innern Menschen zu erzielen, welches ist dann der Wert dieser Arten zu leben und dieser Zustände? Zum Exempel: die dogmatische Vorstellung „Allah" ist für den Mohammedaner eine Hilfskonstruktion, um in das System des prinzipiellen Gehorsams gegen ein Gesetz (den sogenannten „Willen Gottes") hineinzukommen; welchen Wert hat nun ein solches System für das Gedeihen des menschlichen Lebens! Oder die Symbole: wenn die italienische Katholikin, deren religiöser Gesichtskreis durch das Symbol der Madonna beinahe ausgefüllt wird, ein begabtes Wesen ist, so kann das Leben mit diesem als realexistent genommenen Symbol zu einer idealen Seelenfreundschaft führen zum Vorbild der vollendeten Führerin, Richterin des weiblichen Geschlechts, zur idealen Jungfrau und Mutter. Ist sie eine unbegabte, dürftige Natur, so wird beinahe den ganzen Inhalt des Verhältnisses der Bettel um das Lotto bilden. Daß der Pietist lebt, täglich und stündlich, als sei er umgeben von einem allwissenden liebenden Vater, macht, wenigstens in weitem Umfang, den Zustand des Pietisten aus, was ihn unterscheidet etwa vom Calvinisten, dessen Zustand bedingt ist durch eine andere dogmatische Fassung des Gottesbegriffes („vergeltender Richter"). U. s. w. u. s. w. Und hier steht man unmittelbar vor dem eigentlichen Inhalt des so viel angefochtenen Begriffes „religiöse Wahrheit". Religionen sind gleichsam Spaliere, an denen die menschliche Pflanze in einer bestimmten Weise gezogen, oft auch grauenhaft verzogen und verbildet wird. Daß es aber etwas auf sich hat, wenn eine Menschenpflanze an einem solchen, oder an einem andern Spalier gezogen wird, ist nicht zu bestreiten. Der Ausdruck Wahrheit ist unglücklich gewählt, allein das Bezeichnete ist nicht ein Nichts, eine bloße „Unwahrheit", wenn sich auch hier die Begriffe nicht mit einer Wirklichkeit decken. Steift sich der Gläubige auf das Wort Wahrheit, so wird er gegen den Aufklärer immer den kürzern ziehen, aber nicht überzeugt sein, sondern bloß verdrossen und unruhig, weil ihm zugemutet wird, wegen eines bloß logischen Raisonnements einen Gehalt seines Innern aufzugeben. Indessen ist der Ausdruck Wahrheit schwer zu ersetzen, weil nun einmal alle Religionen ihre Hilfskonstruktionen und Symbole als objektive Wahrheit behaupten müssen. Der Gehalt ist aber nicht Wahrheit, sondern Fruchtbarkeit und Schönheit, dort, wo eine bedeutendere Begabung auf ein für sie geeignetes System trifft und dann mit ganzer Kraft einsetzt. Denn auch hier, wie in allen menschlichen Dingen, kommt zuletzt alles auf die Individualität und Begabung an; es ist immer so bedeutend oder so geistlos, so gehaltvoll oder

so leer, als einer es zu machen versteht. Folglich ist es meistens dürftig genug. Von diesen Gesichtspunkten aus beginnt jetzt eine ganz neue Debatte über die Religionen. Sie dürfte reich werden an überraschenden Resultaten. . . . . . .

Die Pilatusfrage aber ist bloß eine sinnleere Frage. Das Wort Wahrheit ist längst in Beschlag genommen für einen einfachen und durchsichtigen Begriff, dessen Definition keine Schwierigkeiten bietet, und ist hier unentbehrlich. Wer etwas anderes meint, soll auch ein anderes Wort brauchen, und den religiösen Eiferern, die so gern pochen auf ihre „Wahrheit", auf die „Glaubenswahrheit", kann man das Schopenhauersche Wort entgegenhalten, daß man die Begriffe so wenig wie die Münzen beschneiden dürfe. Man kann ihnen auch zu bedenken geben, daß sie damit, ohne zwingende Notwendigkeit, eine Gegnerschaft herausfordern, der gegenüber sie immer unterliegen müssen. Denn „die alten Dogmen sind tot" und kein Gott und kein Mensch kann sie wieder zum Leben erwecken.

Kleine Mitteilungen.

50. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

Unser Berichterstatter, den wir um einen Aufsatz über die 50. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands ersucht hatten, schreibt uns:

Wenn ich Ihrem Wunsche nachkäme, müßte ich Ihre Leser ermüden, indem ich nur wieder dasselbe berichten könnte, was über die Katholiken-Versammlungen zu Osnabrück und Mannheim gesagt worden ist. Es sind eben immer die gleichen Phrasen, welche neu aufgetischt werden, und was Sie im vergangenen Jahre sagten: „Weil es die mächtige Zentrums-Partei ist, glaubt man alljährlich spaltenlange Berichte von den Verhandlungen bringen zu müssen, ohne zu erwägen, daß es sich lediglich um die wechselnden Bilder eines Kaleidoskops handelt, in welchem sich die gleichen Gedanken, die gleichen starrgewordenen Anschauungen lediglich in veränderter Gruppierung spiegeln. Wie von den Perlen, Flittern, Federn in einem Kaleidoskop dem naiven Beschauer scheinbar neue Bilder vorgegaukelt werden, so wähnt der harmlose Zeitungsleser jedes Jahr etwas Neues zu erfahren, wenn er die Berichte von den Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands liest" — das trifft genau auf die Kölner Tagung wieder zu!

Warum bringen aber große gegnerische Tageszeitungen immer wieder ausführliche Berichte, ja Berichte, welche von eigens entsandten Spezial-Berichterstattern (!) verfaßt sind? Ich denke mir, daß der Grund mit folgender Erwägung zusammenhängt: das ganze Jahr über müssen sie ihren Lesern von der Inferiorität des klerikalen Volksteils erzählen, von seinem erschreckenden Zurückbleiben auf jedem wirtschaftlichen, künstlerischen, litterarischen, wissenschaftlichen Gebiete. Da liegt nun die Gefahr nahe, daß die Leser schließlich auf den Gedanken kommen, es handle sich lediglich um Partei-Manöver; es sei weiter nichts, als eine verwerfliche Gehässigkeit die Inferiorität des klerikalen

Volksteils auf diese Weise breitzutreten. Da ist es denn sicherlich ein nicht ungeschickter Schachzug, wenn gegnerische Blätter ausführlich über die Katholiken-Versammlungen berichten. Es herrscht in den von Koryphäen der Ultramontanen gehaltenen Reden eine solche Ideen-Armut, eine so bemitleidenswerte Rückständigkeit und geradezu rührende Unkenntnis von den Aufgaben, welche die ernste deutsche Wissenschaft beschäftigen, daß auch der wohlwollende Zeitungsleser, dem die ewigen Klagen über die „Inferiorität der Katholiken" nicht berechtigt erschienen waren, doch seufzend zugeben muß: der Angeklagte ist geständig! Keine mißgünstige Kritik könnte die Inferiorität so plastisch, so zum Greifen schildern, wie es die Redner mit ihren Vorträgen getan haben. Ich muß gestehen, daß solche Rückständigkeit auch den enragierten „Antiklerikalen" entwaffnen muß. Da kann ich nur noch mit Bismarck sagen: die Situation hat für mich kein Schwert!

Ein Beispiel für viele: v. Hertling-München sagte in seinem Vortrage über die wissenschaftlichen Bestrebungen der deutschen Katholiken u. a. „Die siegreiche Kraft des katholischen Gelehrten liegt einmal in der ausgesprochenen Einheit seiner Weltanschauung. Für ihn gibt es keine quälenden Zweifel, keinen Gegensatz zwischen Glauben und Wissen. Erst eine falsche Philosophie hat beide auseinander gerissen. Mit vollkommener Kraft kann sich der Gelehrte seinem Berufe widmen. Für ihn sind alle quälenden Rätsel gelöst auf dem Boden der katholischen Weltanschauung ...... Lassen wir den, der nach dem Worte des Dichters das „nach der Wahrheit streben" dem Besitze der Wahrheit vorzieht, seine Wege gehen, denn wir besitzen den Maßstab, an dem sich alle anderen erst als echt und zuverlässig auszuweisen haben." (Lebhafter Beifall.)

Wer nun weiß, daß jede wissenschaftliche Arbeit überhaupt erst mit dem Zweifel beginnt, kann sich selbst sagen, was bei einer „Wissenschaft" herauskommt, die bereits fertig ist mit ihren Resultaten ehe sie angefangen hat! Eine solche Wissenschaft erklärt allerdings als Wahrheit, daß sich die Sonne um die Erde bewege und bestreitet, daß ein Bazillus der Erreger der Cholera sein könne, weil ja sonst an Bord der Arche Noah, wo sich bekanntlich sämtliche Tiere befunden haben — die Cholera hätte ausbrechen müssen.

Wer erwägt, daß alle Wissenschaft ja überhaupt heute darin besteht, die Vorurteile und unhaltbaren Anschauungen aus der Kindheit des Menschengeschlechtes zu berichtigen, der weiß jetzt, was wir von der Mitarbeit der klerikalen Forscher zu erwarten haben — ist doch jedes neue Resultat der ernsten Forschung eine Ohrfeige gegen das, was jeder Klerikale für Wahrheit halten soll. Ob in Erdschichten Funde gemacht werden, die beweisen, daß es vor hunderttausend Jahren schon Menschen auf der Erde gegeben hat, die nicht von Adam und Eva abstammen, ob Ausgrabungen in Vorderasien biblische Berichte glatt widerlegen, ob das Bekanntwerden von religiösen Schriften der Völker des Ostens zeigen, daß Menschen, die niemals eine Offenbarung empfingen, auf einer höheren moralischen Stufe gestanden haben, als ihre christlichen Zeitgenossen, ob die Erforschung der Phänomene, die mit Suggestion und Hypnotismus zusammenhängen, die Wunderheilungen der Bibel als ganz natürliche Vorkommnisse erscheinen läßt, — jedes dieser Resultate muß ja für den klerikalen Forscher, wenn er es anerkennt, ein Ärgernis sein und wenn er es verwirft, eine Thorheit — um mit dem Apostel Paulus zu reden. Und da wiegt sich v. Hertling noch in dem Wahne, als ob ein klerikaler Forscher überhaupt möglich wäre! Denn ähnlich wie in Mannheim der Freiburger Universitätsprofessor Braig sagte in Köln v. Hertling: „Ein einziger erfolgreicher Gelehrter, der durch erfolgreiche Leistungen seinen Namen in die Geschichte der Wissenschaft einzeichnet und dabei ein treuer Sohn der Kirche bleibt,

wiegt ganze Bände von Apologetik auf". Also selbst ein v. Hertling, der in seinen Kreisen als hellste Leuchte gilt, vermag nicht einzusehen, daß er eine Kombination für möglich hält, die einfach unmöglich ist. Ein erfolgreicher klerikaler Forscher ist eben eine contradictio in adjecto, wenn man von einzelnen historischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen absieht. Wenn v. Hertling seinen erfolgreichen klerikalen Forscher gefunden hat, darf er ihn für Geld ausstellen lassen! Als Pendant zu seinem Ausspruch könnte man etwa sagen: Der Beitritt eines kommandierenden Generals zur Friedensgesellschaft, der Eintritt des Großrabbiners von Frankreich zu einer antisemitischen Vereinigung wird den betreffenden Bestrebungen mehr nützen, als hundert agitatorische Vorträge. — Denn es ist ja gerade das charakteristische Zeichen für die klerikale Weltanschauung, daß sie bestehende Dinge für unmöglich und unmögliche für bestehend hält. Der Teufel Bitru, der vor Leon Taxil in Gestalt eines Krokodils Klavier spielt, war den Klerikalen eine Realität, die Lehre Darwins ist ihnen eine Unmöglichkeit.

Auf einem Gebiete glaubten wir auf dem Kölner Katholikentage einen Fortschritt konstatieren zu können — auf dem der Reliquien-Verehrung. Es scheint doch, als ob das Interesse, welches die „kulturkämpferische" Presse seit einiger Zeit an der Reliquien-Verehrung nimmt, den führenden Geistern etwas unheimlich geworden ist. Nicht ganz unwillkommen wird es ihnen daher gewesen sein, daß der Kardinal-Erzbischof Ferrari Teile von den Reliquien der „Heiligen drei Könige" mit nach Mailand genommen hat. Der ungeheuere Pomp, welcher bei dieser Übergabe entfaltet wurde, läßt gottlose Weltkinder vermuten, daß man in dem großartigen Vorgange — ein durch Kanonendonner verdecktes Rückzugsgefecht zu sehen habe! Ein deutsches Reich, in dem ein Blatt à la Simplicissimus erscheint, ist solcher Reliquien auch entschieden nicht würdig.

Wie auf jedem Katholikentage wurde auch in Köln wieder volle Parität verlangt. Es ist dies um so auffallender, als die deutschen Katholiken innerhalb ihrer eigenen Kirche gar nicht so anspruchsvoll sind. Man sah dies bei der letzten Papstwahl, wo es den deutschen Kardinälen Fischer und Kopp nicht im Entferntesten einfiel, zu erwarten, daß sie als Deutsche zum Pontifex gewählt werden könnten, obwohl die Katholiken deutscher Zunge in Europa und Amerika wahrscheinlich den Katholiken italienischer Zunge an Zahl überlegen sind. Wenn aber jemand gesagt hätte: War Petrus nicht Fischer — warum soll Fischer nicht Petrus werden? — Dann hätten die klerikalen Drahtzieher erschrocken abgewinkt. Man duckt eben im Innern der Kirche, verlangt aber vom nichtkatholischen Staate „Parität".

Die Kölner Katholikenversammlung war ohne Zweifel nach außen hin überaus wirkungsvoll arrangiert und der Zustrom der Massen war imposant. Aber die Dekorationen allein und die Ausstattung machen es nicht. Die Intelligenz unter dem Nachwuchs der katholischen Arbeiterschaft wandert mehr und mehr aus zur Sozialdemokratie und übrig bleiben die Angehörigen der niederen Volkskreise, bei denen der angezüchtete Hang zur Mystik und Bedürfnisse des Gemütes das intellektuelle Moment mehr zurücktreten lassen. Dieser Prozeß wird den zukünftigen Katholikentagen sein Gepräge geben. Die suggestive Wirkung auf die Massen wird in Zukunft noch mehr die Hauptaufgabe der Katholikentage sein und sie müssen auf diese Weise immer weniger zu eigentlichen Kongressen, dafür aber immer ähnlicher den Veranstaltungen einer anderen religiösen Gemeinschaft unserer Zeit werden — der Heilsarmee.

*

Splitter vom Kölner Katholikentage.

Den Satz: „Im Hause des Gehenkten soll man nicht vom Strick sprechen" hat der Vizepräsident des Katholikentages Freiherr von Stotzingen offenbar nicht gekannt. Die „Kölnische Volkszeitung" berichtet nämlich, daß er beim Festmahl sagte: „Haben doch in den schwersten Zeiten unsere Oberhirten die Worte der Schrift erfüllt: „Der gute Hirt verläßt seine Herde nicht". Freiherr von Stotzingen bedachte nicht — daß der Kardinal-Erzbischof Ferrari von Mailand anwesend war, dem es zum schweren Vorwurf gemacht worden ist, daß er beim Ausbruch der Unruhen in Mailand sein Heil in der Flucht suchte.

*

Eine amüsante Illustration zu den Lobreden auf das Christentum von Seiten der meisten Redner der Katholikenversammlung bilden die Berichte über den VI. Zionisten-Kongreß in Basel, welche meistens auf derselben Seite der Zeitung zu lesen waren, wie die Referate aus Köln. Nach bald zweitausendjähriger Wirksamkeit des Christentums sind glücklich die Ideale der allgemeinen Menschenliebe so schön in der Menschenwelt verwirklicht, daß die Juden große Kongresse abhalten müssen, um die Frage zu lösen, in welche Wildnis sie sich vor der christlichen Menschenliebe flüchten können. Zugegeben muß allerdings werden, daß aus dem „katholischsten Lande", aus Spanien, keine Klagen von bedrückten Juden kommen. Leider hängt das damit zusammen, daß man alle Juden schon vor einigen Jahrhunderten in Spanien totgeschlagen oder vertrieben hat — im Namen des Gekreuzigten.

*

„Der Papst ist der unfehlbare Lehrer aller Nationen, das geistliche Oberhaupt für alle Regierungen und alle Staaten." Also sprach der Münchener Rechtsanwalt und Kasinovorstand Rumpf —; dieser unfehlbare Lehrer ist jetzt der Kardinal Sarto aus Venedig, und zwar deshalb, weil der Kaiser von Österreich seine Erlaubnis verweigerte, als der Kardinal Rampolla der unfehlbare Lehrer werden sollte. Hätte der König von Spanien den Kardinal Sarto nicht als unfehlbaren Lehrer gewünscht, dann wäre jetzt ein dritter Kardinal der unfehlbare Lehrer aller Nationen. Das ist zwar in Köln nicht gesagt worden, es ist aber so.

*

Die Frage ist aufzuwerfen, ob die Reliquien der heiligen drei Könige so ohne weiteres ins Ausland verschenkt werden durften, ohne daß der Regierung ein Einspruchsrecht gegen diesen ungeheueren Verlust am Nationalvermögen zustand. In Italien hat man sich bekanntlich durch die sog. Lex Pacca gegen die Ausfuhr wertvoller Schätze von künstlerischer oder archäologischer Bedeutung geschützt. Es ist die höchste Zeit, daß in Deutschland ein ähnliches Gesetz gemacht wird, wenn uns nicht unersetzliche Kostbarkeiten für immer verloren gehen sollen. Warum sollte nicht der Fall eintreten können, daß beispielsweise ein zukünftiger Bischof von Trier den heiligen ungenähten Rock ebenso fortgibt, wie jetzt der Erzbischof von Köln die Gebeine der Heiligen drei Könige? Videant Consules!

Die Frömmigkeit des Zaren.

Neulich wußten die Blätter von einer Wallfahrt zu melden, an welcher der Zar mit seinem Hof teilnahm, einer Wallfahrt in die Wüste Sarov bei Nischny Novgorod, zu den Gebeinen des heiligen Seraphin, denen dort ein großer Kult gewidmet wird. Eine Art russischen Lourdes, nur mit dem Unterschied, daß anstatt des Wassers hier Knochen das Wunder bewirken; aber im übrigen das gleiche Bild: Hunderttausende von Wallfahrern, ungezählte Kranke, die sich mühsam dort hinschleppen lassen, viel armes Volk, das in der Not seines Herzens der wundertätigen Reliquie zuströmt und halb verschmachtet und verhungert auf Trost und Hilfe wartet. Es wird nicht ohne tiefen Eindruck auf die Massen geblieben sein, als der Zar und die Großfürsten auf ihren Schultern den Schrein mit den Gebeinen des Heiligen in feierlicher Prozession getragen haben, und es ist schwer zu entscheiden, was das Maßgebendere ist bei der auffälligen, zunehmenden Beteiligung des Zaren an den kirchlichen Gebräuchen seines Volkes, die für dasselbe eine so große Bedeutung haben: die politische Berechnung oder ein eigenes persönliches Bedürfnis, sein eigener Wille oder der der Persönlichkeiten, die auf ihn Macht haben. Vielleicht beides zusammen. Schon das Osterfest hat der Zar nach der Weise der altrussischen Herrscher im Mittelpunkt des Kirchentums seines Reiches, im heiligen Moskau, zugebracht. Er hat dort mit großem Eifer die Kirchen und Klöster besucht und im Gebet, in Andacht ganze Nächte bei den kirchlichen Zeremonien verweilt. Auch soll an seinem Hof in letzter Zeit der Einfluß religiöser Schwärmer, wie des „Propheten" Iwan, ein ganz bedeutender sein, oft stärker als der seiner Minister. Der unselbständige, weiche, starken Einflüssen unterliegende Charakter des Zaren läßt durchaus eine persönliche innere Anteilnahme bei diesen Dingen vermuten, die zugleich in das Konzept des Alt-Russentums paßt. Es wäre psychologisch sehr einleuchtend, daß der Zar in den Übungen einer mystischen, superstitiösen Religiosität seine Zuflucht sucht, je mehr die ungeheuere Last, die auf seinen Schultern liegt, die recht unbefriedigend sich gestaltenden inneren Zustände seines Reiches, auf seine weiche, sensible Natur drückt, die offenbar gern helfen möchte und der ideale Regungen nicht fremd sind, die aber zu schwach ist, um von den übermächtigen Einflüssen seiner Umgebung, der eigentlichen Machthaber, sich freizumachen. Der mächtigste Herrscher der Welt, der Selbstherrscher des größten Reiches dieser Erde, ist in Wirklichkeit eben ein unfreier, gefangener Mann!

Aber während des Osterfestes, während der Zar und sein Hof im heil. Moskau in den Kirchen beteten und vor den alten Heiligenbildern auf den Knieen lagen, sind die Greuel in Kischinew verübt worden, Greuel von einer Bestialität, die zum Himmel schreit. Während der Zar wallfahrtet und sich in den Übungen russischer Frömmigkeit ergeht, wird ein ganzer Volksstamm seines Reiches, das arme Finnland, fortgesetzt vergewaltigt, entgegen den vom Zaren selbst feierlich beschworenen Verträgen. Solche Gegensätze sind echt russisch; aber sie beleuchten zugleich auch aufs schärfste den sittlichen Wert der Religiosität, die jetzt dort so eifrig betrieben wird, auch wenn sie persönlich wahrhaftig sein sollte.

Auch die Zarin nimmt an diesen Dingen eifrig teil. Sie ist an der Seite des Zaren über Ostern in den Kirchen von Moskau auf den Knieen gelegen; sie hat mit ihm die Wallfahrt in die Wüste Sarov unternommen; sie küßt die Heiligenbilder, sie verehrt die Reliquien; sie bewegt sich allem Anschein nach in der Atmosphäre dieses Kirchentums, macht seine Übungen mit, als ob es nie anders gewesen wäre. Und doch ist die Zarin kurz vor ihrer Verheiratung erst zur griechisch-katholischen Kirche übergetreten! Bis dahin war sie evangelisch, ist im evangelischen Glauben erzogen worden; die Traditionen des fürstlichen Hauses, aus dem sie stammt, dessen Ahn Landgraf Philipp von Hessen, der Großmütige, ist, sind ruhmvoll protestantische. Und ihre Mutter war die leider früh

verstorbene Großherzogin Alice von Hessen, die Tochter der Königin Viktoria von England, die Schwester der Kaiserin Friedrich, eine Frau von höchster freier Geistesbildung, eine Freundin von David Friedrich Strauß! Ist es möglich, daß eine Tochter dieser Frau, dieses Hauses, die bis zu ihrem 23. Jahr dem evangelischen Glauben angehört hatte, demselben so fremd geworden ist, daß sie mit innerlicher Anteilnahme und Wahrhaftigkeit dem massiven Mirakelwesen, der niederen Stufe christlicher Religiosität zugetan sein kann, welche das erstarrte, veräußerlichte russische Kirchentum darstellt? In dem traurigen Kapitel, das deutsche evangelische Fürstentöchter als Konvertitinnen geliefert haben, nimmt diese ehemalige hessische evangelische Prinzessin und jetzige Kaiserin von Rußland einen der hervorragendsten Plätze ein.

Die Richtung, welche Nikolaus II. einschlägt, hat eine interessante Parallele an demjenigen Zaren, der vor 100 Jahren den russischen Kaiserthron inne hatte, Alexander I. Auch dessen Wesen war ein merkwürdiges Gemisch von liberalen Ideen und mystisch-religiösen Neigungen, deren Einfluß er um so mehr verfiel, je schlimmer die Zustände seines Reiches wurden. Parallel ging damit jene stark reaktionäre Entwickelung, die dann in seinem Nachfolger Nikolaus I. ihren ausgesprochenen Typus fand. In Nikolaus II. scheint sich die Epoche Alexanders, mit dem er so viel Ähnlichkeit besitzt, wiederholen zu wollen. Während aber der Zar Propheten an seinen Hof zieht, Wallfahrten unternimmt und die Heiligenbilder verehrt, verfolgt die Politik seines Reiches auf dem großen Schachbrett der Welt ihre Ziele mit jener Zähigkeit und Skrupellosigkeit, die bei ihr altvererbt ist, ob die Zaren freiere oder unfreiere Leute sind. F. Holdermann.

*

Etwas vom czechischen Klerus.

Während für den deutschen katholischen Klerus eine nationale Gesinnung von der jesuitischen Kirche als Todsünde stigmatisiert wird und de facto weder im reichsdeutschen noch im österreichischen Abgeordnetenhaus ein geistlicher Volksvertreter mit nationaler Gesinnung zu finden ist, schürt Rom eifrigst den exzessivsten Chauvinismus im slavischen Klerus, wozu nachfolgende Notiz aus der „Neuen Freien Presse" vom 26. August 1903 eine Illustration liefert: „Der kürzlich gegründete Landesverband der czechischen Geistlichkeit Böhmens hielt am 25. August in Prag seine erste Versammlung ab, zu welcher etwa 200 Mitglieder aus den verschiedenen Diözesen Böhmens erschienen waren. Das jungczechische Exekutivkomitee hatte als Delegierten den Landtagsabgeordneten Pfarrer Dlahovec entsendet, welcher der Versicherung Ausdruck gab, daß die Jungczechen die Forderungen der Geistlichkeit nach ideeller und materieller Besserstellung tatkräftig unterstützen und den Mißbrauch der Kirche zu weltlichen Zwecken immer bekämpfen werden. (Lebhafter Beifall.) Die Versammlung nahm eine Resolution an, in welcher erklärt wird, daß sich die czechische Geistlichkeit solidarisch fühle mit dem czechischen Volke, mit dessen staatsrechtlichen, nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen, namentlich in den gemischten Sprachgebieten, und daß sie die Schule national und modern haben wolle. Die Resolution verlangt weiters die materielle Besserstellung des niederen Klerus und fordert die Bischöfe, Regierung und Politiker zur Realisierung dieser Forderung auf." Der czechische Klerus darf also national, chauvinistisch, ja sogar liberal (man beachte „Mißbrauch der Kirche zu weltlichen Zwecken", „moderne" Schule!) sein! Wo hat man ähnliches vom deutschen Klerus gehört? Quod licet Wenceslav, non licet Michael! L.-L.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 13. Erstes Oktoberheft 1903. III. Jahrg.

Offiziersersziehung und Volkscharakter.

Von * * *

I.

Aus Preußen, dem Lande der allgemeinen Militärpflicht, ist zuerst das stolze Wort vom „Volk in Waffen“ in die Welt gegangen. Von da aus hat es sich zugleich mit der Ausbreitung der Institution selbst über ganz Deutschland verbreitet und als brauchbares Schlagwort das Seine zur Hebung und Stärkung des Nationalgefühls beigetragen, auch wohl dazu gedient, die immer schärfere Heranziehung zur Wehrpflicht einigermaßen schmackhaft zu machen. Der Gedanke, daß im Not- und Kriegsfalle das ganze Volk sich wie ein Mann erhebt, ist zweifellos ein idealschöner und wohl geeignet, das Herz des Vaterlandsfreundes höher schlagen zu lassen.

Bei Licht besehen haben wir freilich ein wirkliches Volksheer nur teilweise. Die Mannschaften samt und sonders und ebenso die Reserve- und Landwehroffiziere treten aus dem Volk ins Heer ein, — nach verfassungsmäßig geleisteter Dienstzeit wieder ins Volk zurück. Aber schon die Unteroffiziere sind zum größten Teil, da sie einen bestimmten Zweck mit ihrer Kapitulation verbinden, als Berufssoldaten anzusehen. Ihr Ausscheiden aus der Armee vollzieht sich nicht auf Grund verfassungsmäßiger Bestimmungen. Und in noch weit höherem Grade ist der eigentliche Offiziersstand Soldatenstand von Beruf. Nicht nur daß ihm die für den Begriff des „Volksheeres“ charakteristische Eigenschaft, im bürgerlichen Leben von Beruf eigentlich etwas anderes zu sein als Soldat, abgeht, — unser preußischer Offiziersstand will auch mit dem „Volke“ sehr wenig zu schaffen haben; er

will, wie man täglich zu beobachten Gelegenheit haben kann, mit ihm in möglichst geringe Berührung kommen und bildet eine Kaste für sich wie kein anderer Stand in unserem Staatswesen. Daß er (in Preußen wenigstens) der erste Stand ist, ist ihm ja lange unbestritten geblieben, wenn es auch nicht immer so unumwunden von allerhöchster Stelle ausgesprochen worden ist, wie z. B. im vorigen Herbst bei Enthüllung des (wievielten doch?) Denkmals des idealen Kurfürsten auf dem Schlachtfelde von Fehrbellin. Nebenbei gesagt, scheint man in Preußen keiner ernstlichen Verstimmung mehr fähig zu sein; für alle andern Stände, und namentlich für die wirklich produktiven, wäre sonst wohl Grund genug dazu!

Nun sollte man wohl glauben, daß ein so exklusiver, so ganz und bewußtermaßen sich außerhalb des Volkes stellender Stand wie der der Berufsoffiziere keinen nennenswerten Einfluß auf das allgemeine Volksleben, auf den Charakter und die Anschauungen der Nation ausüben könnte. Und doch ist das gerade Gegenteil der Fall: der Offizierstand ist eines unserer wesentlichen Bildungselemente, — insofern er auf Charakter- und Sittenbildung des Volkes in einer Weise einwirkt wie vielleicht kein anderer Stand. Sein Rang und seine Exklusivität machen ihn als Vorbild nur um so anziehender.

Ob sich dieser Einfluß im guten Sinne fühlbar macht? Seit 50 Jahren ist der Charakter unseres Volkes in zweifellosem Rückgang begriffen; es ist, insbesondere in höheren Kreisen, schon ein tüchtiger Ansatz der Rückbildung vorhanden zu den Eigenschaften des Byzantinismus und der Gesinnungslosigkeit, wie sie sich bei den Untertanen der kleinen Despoten des 18. Jahrhunderts entwickelt hatten. Indem man nach den Gründen dieser Erscheinung sucht, kommt man unwillkürlich auf die Einwirkung, welche die Offizierserziehung zunächst auf den Stand selbst, und von diesem wieder auf maßgebende Kreise des Volkes ausübt, und es drängt sich der Gedanke auf, ob nicht für einzelne der Hauptschäden, an denen unser Volksleben jetzt krankt, jene Erziehungsmethode mit in erster Linie verantwortlich zu machen sei. Wenn wir der Frage etwas näher zu Leibe gehen, so bemerken wir im voraus, daß wir selbstverständlich nirgends einzelne Vertreter des Standes im Auge haben, sondern den Stand als solchen und seine, von den Angehörigen weder gemachte noch gewollte Erziehung, der sich auch die Besten und Tüchtigsten (und deren gibt es viele!) beugen müssen als einer unabänderlichen Sache. Wir reden also nicht von Personen, sondern von einer Institution.

Die Frage, wie das preußische Offiziercorps zustande kommt, sich bildet und zusammensetzt, braucht uns nicht aufzuhalten. Nur das sei hervorgehoben, daß es wohl keine weltfremderen Ingenien gibt als die,

welche den Kadettenhäusern entstammen. Die Anschauungen, die diese jungen Leute von dem sie umgebenden Menschentreiben hegen, sind oft kindlich-rührend, und was den pädagogischen sowohl wie wissenschaftlichen Wert der Internat-Erziehung betrifft, so dürften die Ansichten i. a. jetzt wohl dahin geklärt sein, daß diese der Erziehung in der Familie unter allen Umständen nachsteht, insbesondere den Sinn für Häuslichkeit und Familienleben verkümmern läßt. Immerhin haben die Zöglinge der Kadettenanstalten vor den Aspiranten aus den sogenannten „Pressen" den Vorzug, daß sie eine abgeschlossene, nach Prinzipien geleitete Ausbildung mitbringen und also der Wissenschaft keine unüberwindliche Abneigung entgegenbringen, wie die für den Zweck des Examens speziell damit vollgekröpften.

Dies nebenbei! Uns genügt es festzustellen, daß der Offizier mit seinem Rock auch sein überlegenes Standesbewußtsein, den eigentlichen Kastengeist, anzieht und alle Vorurteile seines Standes wie ein Dogma in sich aufnimmt, was zur Folge hat, daß er bald seiner (bürgerlichen) Familie innerlich fremd gegenübersteht. Die Predigten der Vorgesetzten von den außerordentlichen Pflichten, welche dem Offizier der ihn auszeichnende, über die andern Erdenbürger weit hinaushebende Rock auferlegt, muß ja dahin führen, daß der Träger sich nach einiger Zeit als ein Wesen höherer Gattung vorkommt. In dieser Hinsicht wäre der Vergleich mit dem katholischen Klerus nicht unzutreffend, der nur insofern nicht paßt, als der Geistliche dieser Kirche stets engste Fühlung mit der Außenwelt hält und halten muß; beim Offizier hingegen, da er gegebenen Falles sich als zuverlässige Waffe gegen das eigene Volk gebrauchen zu lassen verpflichtet ist,*) Fühlung mit dem Volke durchaus nicht gewünscht wird. Wir müssen vielmehr den Kastengeist hier als *eine organische Einrichtung des Standes*, seine Pflege als ein *wesentliches Moment der Standeserziehung* betrachten.

Nun aber kommen wir zu demjenigen charakteristischen Merkmal, das dem Fühlen und Denken des Offiziers seine wesentliche Richtung verleiht und den Grundton abgibt für die Ausbildung des militärischen Charakters, mit einem Wort zu dem springenden Punkt, in welchem die Anschauungen des Militärs von Beruf und diejenigen des Nichtmilitärs diametral auseinandergehen.

---

*) Als die Kaserne des 1. Garderegiments in Berlin eingeweiht wurde, trat bekanntlich der Gedanke wieder einmal zutage, daß der Fall eintreten könne, wo die Interessen der Nation und die der regierenden Familie auseinandergehen könnten. Es würde gut sein, des öftern und recht eindringlich darauf hinzuweisen, daß die Pflichten des Soldaten aus dem Volke von ihm keineswegs einseitig aufzufassen sind!

Der Bürger regelt sein Tun und Lassen nach dem bestehenden Recht und Gesetz und ist, sofern er diese nicht verletzt, in seinen Handlungen uneingeschränkt. Weiß und beobachtet er, was Rechtens ist, so kann er im übrigen tun und lassen, was er will. Der Offizier dagegen erkennt als oberste Norm für sein dienstliches Verhalten nur den subjektiven Willen des obersten Kriegsherrn, der sich ihm im Dienstreglement und in den Befehlen seiner Vorgesetzten verkörpert. Was in dieser Hinsicht morgen Rechtens sein wird, kann der Soldat heute noch nicht wissen. Mit einem Wort: der Offizier ist im Einzelwillen befangen, der Bürger in Recht und Gesetz. Letzterer darf über dies, ja er s o l l gegen das, was ihm im Staatswesen verkehrt erscheint, Opposition machen und kann eine politische Ansicht haben, welche er will, ohne mit seinem Gewissen in Konflikt zu geraten. Den Offizier muß eine andere als die durchaus königstreue Gesinnung sich selbst und andern suspekt erscheinen lassen.*) In seinem außerdienstlichen Verhalten endlich ist der Offizier fortwährender Beobachtung und Beaufsichtigung ausgesetzt. Er weiß, daß der kleinste Verstoß gegen das, was als Anstandspflicht und guter Ton gilt, ihm sofortige Rüge einbringt bezw. einbringen kann; daß inkorrektes Verhalten gegen die Vorgesetzten, ihre Damen und guten Freunde sein ganzes Avancement in Frage stellt. Da er also nicht immer in der Lage ist, die Tragweite seiner Worte zu übersehen, so legt er sich in seinen Reden und Äußerungen die größte Reserve auf und wird sich hüten, einem hohen Vorgesetzten gegenüber auf einer eigenen Meinung zu beharren. Etwaigen Widerspruch kleidet er allemal in die denkbar höflichste Form, — außerhalb des Dienstes natürlich. Denn im Dienste hat man ja mit der Hand am Helm selbst die größten Ungerechtigkeiten schweigend hinzunehmen.

Um nicht mißverstanden zu werden sei bemerkt, daß selbstverständlich da, wo der Offizier in seinem Kreise, d. h. unter gleichstehenden Kameraden, sich gehen lassen kann, er auch kein Blatt vor den Mund nimmt, sondern seinem Herzen unter Umständen recht kräftig Luft macht. Ja, wenn der Alkohol der Stärkere wird, kann man Dinge erleben, die in gleichstehenden bürgerlichen Kreisen so leicht nicht vorkommen dürften (vgl. Mörchingen, Insterburg u. a. m.). Das alles aber beschränkt sich auf den intimsten Verkehr und ist mit dem frei gesprochenen Wort eines unabhängigen Mannes nicht zu verwechseln, verdirbt auch den Charakter.

Aus solcher Erziehung nun, die wir hier im Einzelnen nicht weiter

*) Als Verfasser dieses Soldat war, lautete in der Instruktionsstunde für das Offiziersexamen eine Frage des instruierenden Premierleutnants (im Anschluß an die Erörterung der Gründe für die Ausschließung der aktiven Militärs vom Wahlrecht): „Darf der Offizier eine politische Ansicht haben?" — Antwort: Jawohl! — Frage: „Welche wird die aber sein?" — Antwort: Die konservative und königstreue!

ausmalen wollen, zumal jeder Leser wohl aus eigener Beobachtung das Bild zu vertiefen in der Lage sein wird, entwickeln sich Charaktere mit ganz besondern Eigenschaften.

Zunächst bildet sich aus dem Standesbewußtsein ein immenser Hochmut heraus, den der Volkswitz so treffend in der Frage nach dem ersten Leutnant gegeißelt hat.*) Wie dieser Hochmut noch durch mancherlei geflissentlich dem Stande erwiesene unnötige Auszeichnungen, wie z. B. die Gepflogenheit der Staatsoberhäupter und ihrer Brüder und Söhne, sich ihren Untertanen nie anders als im Offiziersgewand zu zeigen, ein ganz besonderer Nährboden bereitet wird, mag hier nur nebenbei bemerkt werden.

Als eine Folge der unbedingten Unterordnung des eigenen Willens entwickelt sich die Anlage zum Autoritätsglauben; denn gezweifelt darf ja nicht werden, da ganz logischer und richtiger Weise erkannt wird, daß es um den militärischen Erfolg geschehen ist, sobald die höheren Befehle erst von den Untergebenen kritisiert werden. Vom Autoritätsglauben zum Kultus der Person ist nur ein Schritt; der Personenkultus, insbesondere der der allerhöchsten Person geht bald in den Byzantinismus über. Wer von den Lesern erinnert sich nicht, in der servilen Tagespresse ganz alltägliche, wenn auch joviale Äußerungen des allerhöchsten Kriegsherrn gelesen zu haben, die er in dem oder jenem Offizierskasino getan hatte. Im Geiste sieht man die Angesprochenen glückdurchstrahlt dasitzen; die gnädige Bemerkung wird von Mund zu Mund getragen, bis schließlich die Worte, die bei jedem andern unbeachtet zu Boden gefallen wären, wie eine unerhörte Offenbarung, daß auch der erste Erdenbürger einmal harmlos vergnügt ist, in der Byzantiner-Presse abgelagert werden. Man ist eben zu froh, wenn der Einzige, von dessen Willen man schließlich abhängt, sich gibt wie andere auch und ihnen menschlich näher tritt!

Und wie ungewohnt, wenn in einem Kreise von Leuten, die sich stets unter Kontrolle haben, einer einmal sich gehen läßt! Die Gefahr, welche die freie Meinungsäußerung mit sich bringt, macht den Menschen naturgemäß vorsichtig-reserviert. Sein ganzes Benehmen wird dem Nichtnäherstehenden gegenüber steif und zugeknöpft. Daher jene tadellose Glätte des Verhaltens beim Träger der Uniform, die das unbehagliche Gefühl nicht los werden läßt,. daß der Betreffende nie eigentlich aus sich heraus geht; daß er sichs nie verzeihen würde, bei der Autorität angerannt zu haben.

Bekanntlich ist keine militärische Leistung, und sei sie noch so wohl

*) Das war bekanntlich Josef. Denn er hatte einen bunten Rock an und dünkte sich mehr als seine Brüder.

durchdacht und überlegt, von vornherein sicher, einer gerechten und objektiven Beurteilung zu begegnen. Folgende buchstäblich wahre Geschichte ist zu charakteristisch in dieser Beziehung, als daß ich es mir versagen könnte, sie hier mitzuteilen. In A., einer kleinen fürstlichen Residenz, liegt ein detachiertes Bataillon. Eines Tages ist Inspizierung durch den Brigadegeneral. Bei der Feldbienstübung erhält ein älterer Hauptmann den Befehl, eine Brücke zu nehmen. Obs ihm gelingt, ist dem Verfasser nicht mehr erinnerlich. Jedenfalls ergibt sichs bei der Kritik, daß die Sache „total verkehrt angefaßt ist und in durchaus anderer Weise hätte ausgeführt werden müssen". Wie? wurde nicht gesagt. Nachmittags beim Liebesmahl im Kasino erlaubt sich der Hauptmann, der sehr gut angeschrieben war, auf die Kritik zurückzukommen. „Verzeihen der Herr General", sagt er, „daß ich mir eine Frage gestatte. Seitdem ich hier bin, habe ich nun schon an die zwanzigmal die Aufgabe gehabt, jene Brücke zu nehmen. Ich habe ihr von vorn, von hinten, von rechts, von links, aus allen Himmelsrichtungen, von unten und oben, mit Sturm und mit List beizukommen getrachtet, aber jedesmal hab' ichs falsch gemacht. Ich würde mich sehr freuen, zu erfahren, w i e denn nun eigentlich die Brücke genommen werden muß?!"

Die Frage erregte natürlich allgemein und auch bei dem Herrn General große Heiterkeit. Da der Hauptmann an dem kleinen Hofe als gewandter Festordner eine gesicherte Position hatte, konnte er sich so etwas erlauben.

In Anbetracht nun, daß mancher im Gegensatz zum Brückenstürmer gut abschneidet, wenn er das Glück und den Schein für sich hat, entwickelt sich bei vielen und namentlich schwachen und unselbständigen Geistern der Glaube, daß der Schein die Hauptsache sei, und daß es vor allen Dingen nötig sei zu scheinen! Man muß, um weiter zu kommen, d e n G l a u b e n e r w e c k e n, daß man ein Hauptkerl sei; ob was dahinter steckt, ist gleichgültig. So ist man, um einer Winterarbeit sich zu entledigen, gern zufrieden, wenn man die Hauptsachen aus ein paar glücklich aufgefundenen „Schmökern" zusammentragen kann, so daß das Dings nur nach ein bischen was aussieht. Sich den Stoff zu eigen zu machen, ihn geistig zu durchdringen oder gar eigene Gedanken zu entwickeln, kommt nur wenigen in den Sinn. Daher denn auch die Auffassung, die in Offizierskreisen allgemein verbreitet ist, daß der Offizier in allen Sätteln gerecht sei, — eine Auffassung, die bei den heutigen Staatsgepflogenheiten als irrig nicht zu erkennen ist.

Wo man sich gewöhnt hat, nichts als von vornherein und unbedingt richtig zu betrachten, sondern erst dann, wenn ihm die Approbation der hohen Vorgesetzten zuteil geworden ist, da mag der höher Gestellte

leicht zum Glauben an seine Unfehlbarkeit nach untenhin verleitet werden. Nach obenhin fehlt ihm der Maßstab. Daher auch jene so divergierenden und z. T. dem Rechtsbewußtsein des Volkes geradezu ins Gesicht schlagenden Urteile in den bekannten militärischen Prozessen der letzten Jahre, und zuletzt noch im famosen Hüssener-Prozeß. Man tastet eben hin und her, und es fehlt die feste Norm, die vielleicht gewonnen würde, wenn man zuvor die allerhöchste Willensmeinung einholen dürfte.

Hüssener selbst ist das Resultat seiner Erziehung. Er hat sich mit Recht hinter der Instruktion verschanzt, und alle die ihm in so taktvoller Weise zu dem zweiten Urteil Glück wünschten, wollten damit nur ihre Zufriedenheit mit den bestehenden Einrichtungen kund geben. Nichts kann den Gegensatz zwischen der Anschauung des Offiziers und der des Bürgers, nichts die exzentrischen Kreise, in denen beide Gesellschaftsklassen leben, stärker zum Ausdruck bringen, als solche Glückwünsche.

Wie Protektion und gesellschaftliche Talente weiter helfen, ist bekannt; aber das ist nicht auf die Offizierslaufbahn beschränkt. Uns will es im Gegenteil fast scheinen, als sei die „Streberei“ in anderen Berufsarten mehr und häufiger anzutreffen als beim Militär.

Dagegen ist es eine der traurigsten Erscheinungen unserer Tage vornehmlich im Heeresdienst,*) daß der Offizier von Adel faktisch vor dem bürgerlichen Offizier — und nicht etwa nur ceteris paribus — den Vorzug erhält. In die ganz hohen Stellen kommt ja überhaupt kein bürgerlicher hinein, wie ein Blick in die Rangliste überzeugend beweist. Scherzweise teilt man in Offizierskreisen die Aussichten für den (notabene) bürgerlichen Offizier ein in das kleine — mittlere — und große Avancement. Ersteres schließt mit dem einfachen Hauptmann ab; beim zweiten bringt mans bis zum Bezirksoffizier, — im dritten und größten Avancement endigt man als Bezirkskommandeur .... Wer es, ohne gerade ein Ingenium zu sein, weiter bringen will, der muß eben schon von Adel sein. Dieser geht bei unserer gegenwärtigen Konstellation weitaus dem Gelde voran, das erst in zweiter Linie kommt. Seit 15 Jahren etwa, d. h. seit den Tagen Kaiser Friedrichs werden die deutschen Archive geradezu von Familienvätern, deren Söhne beim Militär stehen, überlaufen, um für sich den Adel auszugraben oder das Patriziat. Erst seit wenigen Jahren ist hier Ebbe eingetreten. Die Heirat mit einer Dame aus der Aristokratie wird dermalen vielfach einer Geldheirat vorgezogen, besonders von den Ehrgeizigen. Kurz: wir sind heutigen Tages in dieser Beziehung weiter zurück als im Mittelalter, wo man das Aufsteigen in höhere Stände wenigstens persönlichem Verdienst vorbehielt.

Was Wunder, wenn der Adelskaste heute wieder der Kamm schwillt;

*) Und, setzen wir bezüglich Preußens hinzu: in der Verwaltung!

wenn ihre Glieder und Angehörigen seit einem Dezennium etwa sich ganz anders fühlen und nicht nur in Schriften auf eine Reorganisation ihres Standes, auf eine Art Führerschaft in Heer- und Staatsverwaltung hinarbeiten, sondern in einzelnen Ländern, z. B. im Königreich Sachsen, neuerdings durch Staatsgesetze in Form von Konstitutionen es erreicht haben, das für verlebt erachtete Institut auf neue Grundlagen zu stellen, es geradezu im Gegensatz zum Bürgertum zu organisieren. Und dieses Bürgertum! Nicht genug, daß wir seit einigen Jahren zusätzlich zum Gothaer gräflichen und freiherrlichen auch noch mit einem einfachen Adelstaschenbuch unsere Literatur bereichert sehen, — nun hinken noch die bürgerlichen Familien nach und geben Taschenbücher nach dem Muster der Gothaer heraus, um im günstigsten Falle mit einer Ahnenreihe bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts paradieren zu können. Mag man die Pflege der Familiengeschichte aus ethischen Gründen immerhin betreiben, so soll sie doch innerhalb der Familie bleiben, zumal die Öffentlichkeit an dieser Art der Geschichtsforschung kein Interesse hat.

Endlich ist es eine auffällige, aber gewiß von einem jeden, der im Geschäftsleben steht, beobachtete Tatsache, daß dem Zivil gegenüber der Offizier meist recht prätentiös auftritt, so zwar, daß Ausnahmen geradezu wohltuend und angenehm wirken. Daß das Publikum durch seine bei jeder Gelegenheit zur Schau getragene Zuvorkommenheit, ja Unterwürfigkeit gegen den bevorzugten Stand selbst viel dazu beiträgt, diesem besagte Eigenschaften anzuerziehen, soll keineswegs in Abrede gestellt werden. Daneben aber erklärt sich das — sagen wir — ungenierte Auftreten des Trägers der Uniform zum guten Teil auch aus dem Zwang, den er sich in seinem Kreise auferlegen muß; die übergroße Rücksichtnahme nach der einen drängt gebieterisch zu einer Reaktion nach der anderen Seite, und unser heutiges Publikum kommt ihr mehr als entgegen. Man wills also nicht besser!

Von der „gnäd'gen Frau“, besonders von der Überelbierin, die bei den Dienstboten die slavische Unterwürfigkeit gewohnt ist, sei aus Höflichkeit geschwiegen . . . .

Die Grundfragen des französischen Kulturkampfes.

Von Dr. M. Kronenberg (Berlin).

I.

Die politische Frage.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Frankreich seit einiger Zeit am Beginn einer neuen Kulturkampf-Epoche sich befindet, und daß dieser neue Kulturkampf der ernsteste und folgenreichste zu werden verspricht, den Frankreich seit hundert Jahren, vielleicht überhaupt jemals, durchzumachen hatte. Manchem Beobachter außerhalb der französischen Grenzen möchte es wohl anders erscheinen. Er liest von heftigen Parlamentsdebatten, von lärmenden Straßenszenen, klerikalen und antiklerikalen Demonstrationsversammlungen, in denen die Rufe vive la liberté, vive la loi, vivent les soeurs, vive la république und ähnliche aufgeregt durcheinander tönen. Er ist bereit, in all dem nichts anderes zu sehen, als einen Ausfluß des heißblütigen gallischen Temperaments, eine Szene mehr im wechselvollen Lärm der Tagespolitik und ihres Echos, der Straßenpolitik, allenfalls eine Evolutionsphase mehr in der Entwickelung des französischen Parteiwesens. Allein es ist nur eine Folge der oberflächlichen Berichterstattung und der so selten in die Tiefen dringenden politischen und sozial-kulturellen Diskussion, daß solche Anschauungen unter den Gebildeten Platz greifen und die öffentliche Meinung fast ganz beherrschen können. Man verwechselt da nur einzelne besonders breit nach außen hervortretende Symptome mit dem Wesen der Sache, einzelne Koulissenschiebungen und Änderungen des Szenariums mit dem Drama selbst, zu dem sie doch nur das äußere Beiwerk bilden.

Der neue Kulturkampf ist in Wahrheit das, was sein Name sagt: ein Kampf um die *wesentlichen Grundlagen und Lebensbedingungen des Kulturfortschritts*; er ist innerhalb dieses Kampfes ein neues und wichtiges, vielleicht ein in besonderem Maße für die Zukunft *entscheidendes* Stadium. Und da auch in anderen vorgeschrittenen Staaten Europas, namentlich in Deutschland, die Entwickelung immer deutlicher zu einem neuen Kulturkampf hindrängt, wie sehr man auch durch halbe Maßregeln, schwächliche Nachgiebigkeit und diplomatische Winkelzüge dem offenen Kampfe auszuweichen sucht, so haben die Vorgänge in Frankreich auch für uns die größte prinzipielle Bedeutung. Bedeutungsvoll sind sie schon unter rein theoretischem Gesichtspunkte, und dies um so mehr, als solche Entwickelungen in Frankreich von jeher in verhältnismäßig kurzer Zeit, in rascher, oft dramatisch zugespitzten Abfolge, sich zu vollziehen pflegten und darum ihre prinzipiellen Gesichtspunkte hier gleichsam konzentriert beieinander

liegen; bedeutungsvoll aber auch vom praktischen Gesichtspunkte, da die Entscheidungen in Frankreich ihre Rückwirkung auf die anderen Staaten, namentlich Deutschland, nicht verfehlen können und auch schon jetzt ausgeübt haben.

Den Anstoß zu diesem neuen Kulturkampf gab die Dreyfus-Affäre, die noch in so manchen anderen Beziehungen für Frankreich folgenreich geworden ist.

Man kann den eigentlichen Kern, man möchte sagen das Substantielle, der Gesamterscheinungen, die man unter dem Namen Dreyfus-Affäre begreift, nicht deutlicher bezeichnen, als wenn man sagt, es sei eine schwere sozial-ethische Krisis gewesen, die in ihr zum Durchbruch gekommen ist.

Die Dreyfus-Affäre hat für Frankreich die ganz außerordentliche Bedeutung erlangt, welche wohltätige Krisen überall zu gewinnen pflegen, wenn sie die Aufmerksamkeit und das gereiftere Nachdenken gerade derer wecken, die zunächst von solcher Krisis am stärksten betroffen, erschüttert, aus dem Gleichgewicht gebracht worden sind. Eine schwere Krankheit des gesamten französischen Kulturlebens war enthüllt worden. Welcher Art war sie, welches ihr Ursprung und welcher Mittel bedurfte es zur Heilung?

Es gab im Anfang und gibt auch jetzt noch viele, welche die Dreyfus-Affäre für eine isolierte Erscheinung halten und glauben, daß mit ihrer formellen Erledigung und rechtlichen Abwickelung alles nötige getan sei. Aber neben diesen, welche, wie so oft unkundige und oberflächliche Diagnostiker, die Symptome der Krankheit mit dieser selbst verwechselten, gab es doch auch von vornherein Tieferblickende, welche allmählich immer weiter von außen nach innen, zum eigentlichen Kern des Übels vorzudringen mit Erfolg versucht haben. Je mehr das aber geschah, desto mehr wurde das zunächst rein politische Problem ein allgemeines Kulturproblem, ein Inbegriff von Fragen des allgemeinen geistigen, insbesondere sozial-ethischen Fortschritts.

* * *

Das, worauf man zunächst stieß, wenn man von der oberflächlichen Betrachtung der Symptome sich abwandte und etwas tiefer in die allgemeine sozial-politische Situation Frankreichs einzudringen suchte, war allerdings eine rein politische Machtfrage. Die Dreyfus-Affäre hatte deutlich gemacht, daß es neben dem offiziellen, republikanischen Frankreich, und innerhalb desselben, ein zweites inoffizielles, klerikales Frankreich gab, welches im Begriffe war, jenes erstere von innen her aufzulösen. Langsam und bedächtig, aber mit eiserner Beharrlichkeit

hatte eine mächtige klerikale Organisation sich vorwärts gearbeitet und das gesamte französische Kulturleben wie mit tausend Armen zu umstricken verstanden. Ihre Kerntruppen bildeten die zahlreichen Kleriker und Mönche der ecclesia militans, ihre Helfer und Werkzeuge aber fand man in allen Sphären des öffentlichen Lebens, in der Presse so gut wie im Gerichtssaal, in der Armee wie in den Bureaus der Verwaltung, in Schulen und Vereinen usw. Was diese klerikale Organisation so besonders gefährlich gemacht hatte, war, daß ihre Führer und Werkzeuge es so vortrefflich verstanden hatten, sich allen Lebensformen des modernen republikanischen Frankreich anzupassen, daß sie seine Sprache redeten und allein seine Zwecke zu fördern schienen, während sie doch in Wahrheit nur darauf hinarbeiteten, die „atheistische" Republik zu vernichten. Im ganzen Verlauf der Dreyfus-Debatten trat diese Doppelzüngigkeit in einer für die Unbefangenen immer wieder überraschenden Weise zu Tage; und so stark erwies sich gleichzeitig die Macht dieser klerikalen Organisation, daß sie im stande war, einen millionenfachen Schrei nach Gerechtigkeit mit eiserner Stirn zu ignorieren, weil diese Herstellung der Gerechtigkeit den eigenen weit ausschauenden Plänen zuwider lief.

Es hätte unmöglich so weit kommen können ohne eine außergewöhnliche Schwäche und Vertrauensseligkeit der ehrlich fortschrittlichen Republikaner. Der eigentliche Begründer und Organisator der dritten Republik, Gambetta, hatte ihr bei Beginn gleichsam das Leitmotiv mit auf den Weg gegeben, als er ausrief: l'ennemi c'est le cléricalisme! Er hatte damit in lapidarer Kürze durchaus zutreffend sagen wollen, daß, ebenso wie der Cäsarismus jedwelcher Art, der napoleonische oder bourbonische (man könnte hinzufügen: auch der irgend eines Pronunciamento-Generals à la Boulanger) seiner ganzen Natur nach notwendig seine Hauptstütze da suchen und finden wird, wo das Prinzip der bedingungslosen Autorität und geistigen Unfreiheit seinen machtvollsten Ausdruck gefunden hat, d. h. also im Klerikalismus — der natürlich mit der katholischen Religion, ja selbst mit der katholischen Kirche noch keineswegs identisch ist —, ebenso müsse die Republik naturnotwendig ihre Stütze suchen und finden bei entgegengesetzten geistigen Mächten und daher immerfort zum Klerikalismus mindestens in einer Art von feindlicher Spannung leben. Dieser Grundgedanke war allmählich in Vergessenheit geraten, und es hatte nicht wenig zur Vertrauensseligkeit beigetragen, daß gerade Spuller, der Lieblingsschüler Gambettas, wie man ihn nannte, das Wort vom „neuen Geist" geprägt und in Umlauf gebracht hatte, welches besagen sollte, daß der frühere Geist der Kampfesstellung gegenüber dem Klerikalismus einem

„neuen Geiste“ der Versöhnung Platz machen müsse, während die feindliche Stellung — das lag im Hintergrunde dieser neuen Formel — nunmehr dem Sozialismus gegenüber zu nehmen sei. Nun, nachdem im Gefolge der Dreyfus-Affäre die klerikale Gefahr von neuem erkannt wurde, war es ein anderer Schüler Gambettas, Waldeck-Rousseau, der von der Spullerschen Formel hinweg zu dem Leitmotiv des Meisters, l'ennemi c'est le cléricalisme, zurückkehrte und folgerichtig nicht davor zurückschreckte, sich mit dem Sozialismus zu verbinden, um den antiklerikalen Krieg mit der größtmöglichen Stärke beginnen zu können.

Die ersten Schritte, welche in diesem antiklerikalen Feldzuge zu unternehmen waren: Unterdrückung cäsaristischer Umtriebe und klerikaler Verschwörungen, Säuberung des Heeres und der Verwaltung von den schlimmsten pseudorepublikanischen Elementen, Wiederherstellung der Disziplin und Achtung vor der staatlichen Autorität — das alles erforderte große Umsicht und Geschicklichkeit, vor allem Wachsamkeit und Energie von seiten der Regierung. Waldeck-Rousseau vor allem ließ diese Eigenschaften, die man schon lange an ihm kennen und schätzen gelernt hatte, nicht vermissen; aber er würde seinen Ruf, auch ein weitblickender und ideenreicher Staatsmann zu sein, schlecht bewährt haben, wenn er sich an diesen Repressivmaßregeln und dieser negativen Politik hätte genügen lassen. Man mußte bis zum Kerne des Übels vorzubringen, die feindliche Macht in ihrem eigentlichen Zentrum anzugreifen suchen. Wo aber war hier der Hebel anzusetzen? Man muß der katholischen Kirche entgegentreten, ihre Macht zu brechen suchen, man muß die Verbindung des Staates mit ihr lösen, das Konkordat kündigen, die Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle aufheben usw. — so rief es im Lager der radikalen Heißsporne. Das wäre eine übelberatene Politik gewesen. Die Methoden des alten Kulturkampfes konnten nicht mehr die des neuen sein, und jeder, der nicht blind war gegen die Lehren der Geschichte, mußte das Einseitige und Unzureichende der alten Voltaireschen Kampfesformel, des écrasez l'infâme, begreifen, mußte einsehen, daß für einen modernen Rechtsstaat nichts wichtiger sei, als selbst den groben Schein zu vermeiden, daß er nicht achtungsvoll Halt zu machen wisse vor dem inneren Herd des Gewissens. Die Aufhebung des Konkordats in diesem Augenblick vollends wäre zunächst eine höchst unkluge, geradezu selbstmörderische Maßregel gewesen, indem sie den Staat seines wichtigsten äußeren Verteidigungswerkes in einem Augenblick beraubt hätte, wo er eben beginnen wollte, innerlich seine Position zu sichern. Diese Aufhebung des Konkordats mußte später einmal der letzte, konnte aber deshalb unmöglich der erste Schritt sein. Das erkannte denn

auch Waldeck-Rousseau mit seinen nächsten Anhängern, und er richtete seine Angriffspolitik mit gesammelter Energie ausschließlich auf den Punkt, der zunächst allein in Frage kam: auf die Kongregationen, die geistlichen Orden. Ihren Ausdruck fand dieser Kampf in dem Vereinsgesetz, welches bestimmt ist, die Kongregationen der allgemeinen Gesetzgebung zu unterwerfen.

Daß hier, im Kampf gegen die Kongregationen, der Hebel zunächst angesetzt werden mußte, war durch die ganze politische Lage des Staates nach der rechtlichen Abwickelung der Dreyfus-Affäre gefordert. Denn die Kongregationen waren die Herde der anti-republikanischen Verschwörungen gewesen, die Zentren der Propaganda der Gegenrevolution, und sie, nicht die organisierte Kirche, bildeten zunächst die drohendste Gefahr. Denn die organisierte Kirche war wenigstens rechtlich dem Staate eingegliedert, nicht aber die Kongregationen — diese bildeten einen Staat im Staate, mit den stärksten Sonderrechten und Privilegien ausgestattet.

In welchem Maße dies der Fall ist, erkennt man erst, wenn man die Situation der Orden vor dem Erlaß des Vereinsgesetzes mit den Bestimmungen des Konkordats vergleicht, durch welches ja die Beziehungen der Kirche zum Staat von der napoleonischen Zeit bis zum heutigen Tage fest geregelt sind. Durch dieses Konkordat ist dem Staat gegenüber allen rein kirchlichen Institutionen, ihren geistlichen Organen und Beamten, ein ausgedehntes Aufsichtsrecht gewährleistet, und ein ganzes System von scharfen, zum Teil drakonischen, Strafbestimmungen — Temporaliensperre, Gehaltsentziehung, Absetzung, Gefängnis usw. — ermöglicht es jeder französischen Regierung, die dazu den Willen hat, den gesamten offiziellen Klerus in hohem Grade sich unterwürfig zu halten, mindestens zu kontrollieren und zu disziplinieren. Ganz anders aber steht es mit den geistlichen Orden. Sie sind den Bestimmungen des Konkordats fast ganz entrückt, das sich in seinem ursprünglichen Texte überhaupt nur ganz beiläufig mit ihnen beschäftigt. Aus welchen historischen Gründen das zu erklären ist, mag hier ununtersucht bleiben. Sicher ist einer dieser Gründe der, daß um die Wende des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, also auf dem Höhepunkt des Zeitalters der Aufklärung, die, was im allgemeinen wenig beachtet wird, damals auch die katholische Kirche in so hohem Grade erfaßt hatte, daß der Abbé geradezu als Typus des freidenkenden, aufgeklärten, toleranten Gebildeten gelten konnte, — daß damals die geistlichen Orden einen außerordentlichen Tiefstand ihres Lebens zeigten, schon rein numerisch wenig mehr ins Gewicht fielen und so Napoleon leicht zu der wenn auch voreiligen Meinung verführt werden konnte, die Orden seien nur neben-

sächlich, beinahe als quantité négligeable, zu behandeln, wo die Fixierung der rechtlichen Grenzen zwischen Kirche und Staat in Frage komme.

Und gleich hier, an diesem Punkte, zeigte sich, wie wichtig es war, daß Waldeck-Rousseau sich von den radikalen Heißspornen und kulturkämpferischen Doktrinären nicht fortreißen ließ. Es wäre die allertörichtste Politik gewesen, wenn er gleich zu Beginn des Kulturkampfes, in dem Augenblick, wo er den Kampf gegen die Kongregationen begann, die Frage des Konkordats aufgerollt hätte. Nicht nur daß dadurch die Schwierigkeiten ins Ungemessene vermehrt worden wären, so hätte man damit sofort Kongregationen und Kirche zu einer kompakten feindlichen Einheit zusammengeschweißt, die sie an sich keineswegs bildeten. Im Gegenteil: ein nicht geringer Teil der offiziellen Kirche und des weltlichen Klerus stand und steht selbst jetzt noch den Orden, namentlich den großen Kampforden, direkt abgeneigt oder sogar feindlich gegenüber. Und es gab nicht leicht eine günstigere Situation für die französische Regierung, als sich mit gesammelter Energie dem Kampfe für die gesetzliche Ordnung des Kongregationswesens zuzuwenden, hier und da direkt oder doch durch Passivität unterstützt von dem weltlichen Klerus, denjenigen aber, welche Miene machten — und das war allerdings der größere Teil des Klerus — die Widersetzlichkeit einzelner Orden zu unterstützen, im Hintergrunde die drohenden Folgen zu zeigen, anhebend von den Disziplinarstrafen des Konkordats bis — zur vollen Beseitigung des Konkordats selbst im weiteren Verlaufe der Kulturkampfbewegung. Denn die Aufhebung des Konkordats bedeutet für die Kongregationen so gut wie nichts, für die Kirche und den weltlichen Klerus so gut wie alles, nämlich finanzielle Misère, vielleicht finanziellen Untergang, da ja die offizielle Kirche in Frankreich fast ganz vom Staate unterhalten wird.

Dank dieser für die französische Regierung so günstigen Situation hat denn auch die römische Kurie keinerlei offenen Widerstand gewagt, ja sogar zeitweise widerwillig den kampfbegierigen Teil des französischen Klerus zur Ruhe verwiesen. In vielen deutschen Blättern hieß es über diesen Punkt, das geschehe infolge der doktrinär franzosenfreundlichen Politik Rampollas, wegen der „unentwegt“ zärtlichen Liebe des Vatikans für die „älteste Tochter der Kirche“, der man langmütige Geduld zeige in der sicheren Erwartung, daß sie über kurz oder lang von dem Wege der Widersetzlichkeit umkehren werde. Das alles ist nichts als müßiges Gerede, niemand ist freier von sentimentalen Anwandlungen als die kühl berechnenden Politiker des Vatikans. Nein, man ist hier einfach durch harte Notwendigkeit gezwungen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, um eben nicht alles aufs Spiel zu setzen, d. h. die Aufhebung des Konkordats herbeizuführen.

Von seiten der vatikanischen Politik hat also Frankreich in diesem Kulturkampf nichts zu fürchten. Im Gegenteil: die politisch-diplomatische Situation gegenüber dem päpstlichen Stuhle war für Frankreich nie günstiger als im gegenwärtigen Augenblick, und sie wird dies immer für jeden Staat sein, der aller Kirchenmacht gegenüber seine Autonomie mit Festigkeit und Konsequenz behauptet und zur Geltung zu bringen weiß.

Die Gefahren, welche der begonnene französische Kulturkampf im Gefolge haben könnte, liegen also ausschließlich auf innerpolitischem Gebiete. Aber auch hier ist es nicht der französische Klerus, und nicht die klerikale Partei mit ihren legitimistischen und nationalistischen Bundesgenossen, welche das Werk ernstlich bedrohen können — denn das französische Volk i st in seiner überwiegenden Majorität antiklerikal und fortschrittlich gesinnt, wie sich wiederholt deutlich gezeigt hat — sondern nur die Möglichkeit, daß der Zwiespalt in die Reihen der fortschrittlichen Republikaner getragen würde, die bis jetzt in ihrer festgeschlossenen Einheit, als parlamentarischer „Block", die Stütze des Ministeriums Combes wie früher des Ministeriums Waldeck-Rousseau bildeten.

Diese Gefahr besteht allerdings, und sie besteht vor allem wegen der Natur der Kämpfe im französischen Parlament, wo so oft persönliche Intriguen, zufällige Konstellationen des Augenblicks politisch entscheidend werden, nicht zuletzt auch wegen des hierbei besonders zutage tretenden Nationalcharakters der Franzosen, die noch heute wie zu Cäsars Zeiten „novarum rerum semper cupidissimi sunt". Doch wäre es andererseits unrecht diese Gefahr zu überschätzen.

Denn zunächst ist der parlamentarische „Block" keine bloße Augenblicks-Kombination, sondern eine politische Allianz von erheblicher natürlicher Festigkeit und Solidität. Das hat nicht nur die bisherige Erfahrung gezeigt sondern ergibt sich auch aus der Sachlage. Denn der „Block" umfaßt alle wirklich fortschrittlichen Republikaner, Liberale und Sozialisten aller Schattierungen, unter Ausscheidung aller derjenigen Elemente auf der rechten wie auf der linken Seite, welche nur dem Namen nach Liberale oder Sozialisten, in Wahrheit aber Reaktionäre und natürliche Bundesgenossen des Klerikalismus sind. Auf der linken, der sozialistischen Seite, stehen die Guesdisten außerhalb des Blockes, die zwar bei den letzten Wahlen innerhalb des parlamentarischen Sozialismus zu einer kleinen Minorität zusammengeschrumpft sind, aber noch in der vorhergehenden Legislaturperiode der Gruppe von Jaurès (der damals allerdings dem Parlament nicht angehörte) und Viviani an Stärke beinahe gleich waren. Auf der rechten Seite stehen außerhalb des Blocks, ungeachtet aller Anstrengungen hinein zu kommen um ihn zu sprengen, die eigentlichen Opportunisten, die Gruppe Méline. Die

Guesdisten entsprechen ungefähr dem deutschen doktrinären Marxismus (wie ihn z. B. Kautzky vertritt), die Gruppe Méline den nationalliberalen oder auch freikonservativen Großindustriellen und Agrariern. Beide vertreten den reinen wirtschaftlichen Klassen- oder Gruppen-Egoismus, innerhalb dessen kein Raum ist für „ideologische“ Faktoren, kein Verständnis für tiefergehende geistige Kämpfe und deren singulare Bedeutung für das Kulturleben. Das alles kommt für beide bloß unter dem Gesichtspunkte der Macht in Frage. Daher ist für die Guesdisten der ganze Kulturkampf nichts als ein fatales, lästiges Intermezzo in dem Selbstzersetzungsprozeß der kapitalistischen Bourgeoisie, ein Intermezzo, an dem sich zu beteiligen einfach lächerlich wäre, es sei denn in dem Sinne, den Wirrwarr, der zur Auflösung führen muß, nach Kräften steigern zu helfen. Die Méliniſten andererseits sind, wiewohl selbst größtenteils „aufgeklärt“ und kirchenfremd, die natürlichen Bundesgenossen des Klerikalismus, der es so vortrefflich versteht, die begehrlichen Massen auf das Jenseits zu vertrösten, ganz abgesehen davon, daß die meisten dieser Pseudoliberalen darauf halten, daß als stimmungsvolle Dekoration für ihre „standesgemäße“ Lebensführung Priester und Sakristan nicht fehlen.

Ist der „Block“ so schon von nicht geringer innerlicher Einheit, so wird diese von außen her noch mächtig gefördert durch die Notwendigkeiten der gegebenen politischen Situation. Denn seit den Tagen der Dreyfus-Affäre weiß eben jeder ehrlich fortschrittliche Republikaner, daß die Republik erst jetzt im Kampf gegen den Klerikalismus zur Wirklichkeit werden kann und soll, daß sie unweigerlich zum Untergang bestimmt ist, wenn sie sich hier nicht siegreich durchsetzt, und daß das Werk von 1789, die Verkündigung der Menschenrechte, nun erst seine schwierigste Anwendung und Entwickelung finden muß in der sozial-ethischen Konsolidierung des vom Klerikalismus durchsetzten und dadurch bis fast an den Abgrund gezogenen Staatswesens. Diese Notwendigkeiten können gar nicht anders als eine stark erzieherische Wirkung und eine zwingende Kraft auszuüben, die sich denn auch bisher noch immer, zuweilen sogar in sehr gefährlichen Situationen, als stärker erwies denn die zentrifugalen Kräfte, von denen oben die Rede war.

Und so sind denn zum mindesten starke Gründe für die Hoffnung vorhanden, daß die Einigkeit des „Blocks“ für den Kulturkampf bestehen bleibt und das interessante Schauspiel der Schöpfung eines freiheitlichen, rein w e l t l i c h e n Staates sich ohne allzu große Hemmnisse fortschreitend und folgerichtig weiter abspielt. Die einzelnen Akte dieses Schauspiels lassen sich schon jetzt deutlich überblicken: es sind vier Gruppen von schwierigen und verwickelten Problemen, welche hier fortschreitend zu lösen sind, wiewohl sie alle unter sich natürlich zusammenhängen:

Die Ordensfrage, die Unterrichtsfrage, die staatsrechtliche Frage (Konkordat), endlich die allgemeine Kulturfrage, d. h. die Frage gewisser neuer sozial-ethischer Fundierungen des solcherart gänzlich antiklerikalisierten Gemeinschaftslebens.

Zur „byzantinischen" Gefahr in Kirche und Schule.

Von einem Byzantinisten.

In unserer Julibetrachtung wurde versucht, an der Hand der Lehren, die uns die Geschichte des byzantinischen Reiches gab, die Gefahr einer zu engen Verkoppelung von Kirche und Schule mit dem Staat nachzuweisen. Es wurden dann auch einige Stimmen angeführt von Männern aus unserer Zeit und aus unserem Volke, die sich scharf äußerten gegen jede Verquickung der Interessensphären beider in ihrem Wesen rein geistiger Organisationen mit denen einer rein politischen Einrichtung, wie es der Staat ist.

Nach beiden Richtungen hin, der Kirche wie der Schule, liegt es mir nun daran, die Aufmerksamkeit der Leser noch auf zwei Männer zu lenken, die als die energischsten und temperamentvollsten Bekämpfer der Staatskirche und der Staatsschule bezeichnet werden müssen, und deren Andenken um so dringender einer Belebung bedarf, als sie selbst zwar nicht mehr zu den Lebenden gehören, aber dennoch den Lebenden noch unendlich vieles durch ihre Gedanken zu denken geben.

Der eine von beiden steht uns Deutschen leider sehr fern, so fern, daß selbst ein Mann wie der verstorbene Kirchenhistoriker und -politiker F. X. Kraus, der in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vor einem gewählten Publikum lange Jahre hindurch die verschiedensten kirchenpolitischen Fragen behandelte, in seinen ebenda unter dem Pseudonym ΞΕΝΟΣ veröffentlichten „Centenarbetrachtungen" keine Kenntnis von der Persönlichkeit des Mannes voraussetzen zu dürfen glaubte, den er seinen Lesern näher bringen wollte.*) Das ist der Däne Sören Kierkegaard (1813—1855). Kraus hat ein Charakterbild dieses selbst unter den knorrig-eigenwilligen Nordländern vereinzelten, unerschrockenen und rücksichtslosen Denkers gegeben auf Grund zweier deutscher Schriften über ihn.*) Eigene Schrif-

*) Vgl. Beilage zur (Münchner) Allgem. Zeitung 1901, Nr. 75, 2. Dort kann man sich auch über Kierkegaards äußere Lebensverhältnisse orientieren.

**) A. Bärthold: „Kierkegaards Persönlichkeit in ihrer Verwirklichung der Ideale" und „Was Christentum ist". (Beide erschienen in Gütersloh 1886.)

sich die Protektion der hohen Herrschaften erschmeicheln.“ Es ist Kierkegaard, der in dem Christentum eine Religion weniger Auserwählter sieht („Eine Menge Christen ist schon ein Widerspruch“), die nur unter den schwersten inneren Kämpfen sein hohes Ziel erreichen, ein unerträglicher Gedanke, wie Christentum „gemacht“ und der Masse angepaßt wird. „Nichts ist jetzt leichter als die ewige Seligkeit zu erlangen. Der liebe Gott hat sich sonderbar getäuscht und nicht vorgesehen, wie schlau die Menschen sein würden, sich gemächlich einzurichten. Du wirst getauft, und deine Eltern zahlen; du wirst christlich begraben, und die Erben zahlen, und du bist als Christ mit allen den andern in den Himmel eingegangen. Diese zahlende, der Seligkeit gewisse Christenheit ist aber eine Gottesbespottung, geistloser als irgend ein Heidentum.“ Das ganze Bestreben des Staates, Welt und Christentum zu versöhnen, ist eitel; die Welt wird dadurch nicht christlich, sondern das Christentum weltlich. „Dann läßt der Staat den Geistlichen einen Eid auf das Evangelium schwören, also auf ein Reich, das nicht von dieser Welt ist, ja welches in Widerspruch mit den weltlichen Verhältnissen steht. Ist dies nicht ein schreiender Widerspruch? . . . . Das Staatspatent ist ein Paß, den der Spitzbube am besten zu gebrauchen weiß.“ Das Christentum ist Kierkegaard etwas durchaus Ideelles, das ebensowenig „organisiert“ werden kann, wie die Poesie. „Willst du sicher sein, daß du mit schlechter Poesie bedient wirst, so mache eine Anzahl Poetenbedingungen für echte Dichter. Mache ein Lebensbrot, eine Karriere daraus. Die am wenigsten von der Dichtung wissen, werden bald Pröbste und Bischöfe im Fache der Poesie werden!“ Mit kleinen Mitteln ist der Widergeburt des Christentums nicht aufzuhelfen; es bedarf einer Radikalkur, die Kierkegaard mit den folgenden, zornentflammten, denkwürdigen Worten predigt: „Jagt die königlich autorisierten Quacksalber weg, macht die betrügerischen Seligkeitsbudiken zu, die einzigen, die der Staat am Sabbath offenstehen läßt. Laßt uns Gott wieder in Einfalt und Einfachheit anbeten. Die engagierten Apostel können doch nicht helfen. Errettet das Christentum von dem selbstklugen, salbadernden Staatseinfluß. Wir bedürfen der frischen Luft und der unmittelbaren Leitung Gottes. Wir leiden an einer geistigen Überladung. Die vielen Schüsseln, zugerichtet von schwarzen Köchen, können uns nicht helfen.“ Was Kierkegaard am meisten an der offiziellen Kirche abstößt, ist ihr formelhafter, konventioneller Charakter. Darum „wird sich der liebe Gott um sie nicht mehr kümmern als das Mädchen Liebe empfinden kann, dem der Freier ein kopiertes Liebesformular zustellt. . . . Es ist alles tonloses, seelenloses Formular, ohne Persönlichkeit und Geist.“ Der wahre Christ ist etwas Außerordentliches wie das Genie und muß mit demselben Eifer an sich

arbeiten wie dieses, um zur Freiheit zu gelangen. „Die offizielle Kirche hat dieses Außerordentliche, dies, was seltener ist als das Genie, gänzlich trivialisiert. Kaum gehört mehr dazu, die höchste Bestimmung zu erreichen, als geboren zu werden. Eine kleine bezahlte Überschüttung mit Wasser reicht hin. Kann das Kind so weit gebracht werden, daß es die Polizei und das Zuchthaus nur eben so links liegen läßt, so ist der Himmel sicher von Priesters Gnaden." Nichts ist darum Kierkegaard mehr verhaßt als die Verquickung der Religion mit dem bürgerlichen Leben. So geißelt er geradezu schonungslos die geschäftliche Art, wie sich die Taufe und die Konfirmation im Staatskirchentum vollziehen. Von der Taufe entwirft er ein Bild, wie es drastischer und — in den meisten Fällen — treffender nicht dargestellt werden kann; das spießbürgerliche Gewohnheitschristentum und seine Heuchelei lassen sich nicht besser kennzeichnen, als wenn es heißt: „Betrachten wir einen Mann unserer Zeit, der aufrichtig ist. Er gesteht vor allem: um Religion kümmere ich mich nicht; ich habe gar keine. Zeugt er ein Kind, so kommt der Prediger herbei. Als Vater ist er mit einem Male evangelisch-lutherisch. Er trommelt seine Freunde zusammen. Religion haben sie nicht; aber Taufzeugen sind sie und versprechen für die christliche Erziehung des Kleinen Sorge zu tragen, der nun auch unter zierlichen Gebärden des Geistlichen Christ geworden ist." Der Widersinn, der für ihn darin liegt, daß man mit dem Sakrament der Taufe neugeborene Kinder versieht, die dann als Erwachsene ganz anders denken, wird ins gebührende Licht gesetzt: „Kommt der Mensch zu Verstandesjahren, so sagt er: „ich bin zu alt; ich tauge nicht mehr dazu, das Christentum mir anzueignen." Aber er zeugt Kinder. Hier fängt das Einverständnis der Prediger mit den Hebammen an. Die Kinder müssen Christen werden, einerlei, ob sie, wenn sie zu Jahren kommen, gerade ebenso sagen: „jetzt bin ich zu alt"; tut nichts, wenn nur die Zwickmühle in der Wochenstube in Gang erhalten wird."

Nicht weniger scharf spricht sich Kierkegaard über die Konfirmation aus: „Eine schöne Erfindung! Als Kind ist der Junge noch zu jung, um Christentum zu lernen; wenn er aber in die Lümmeljahre übergeht und recht eigentlich ein dummer Junge ist, dann steht nichts im Wege. Diese geistliche Solennität trägt viel ein. Wollte man mit der Aufnahme warten, bis der wirkliche Verstand kommt, was wäre dann wohl einzunehmen? Aber was für eine Bewandtnis hat es mit den feierlichen Gelübden in dem Alter? Ist das erlaubt? Weshalb wacht die Polizei über dumme Jungens-Streiche? Der Besuch bei Kuchenbäckern ist ihnen verboten; aber feierliche Gelübde abzulegen, dazu sind sie reif genug."

Enthalten Kierkegaards Ansprüche auch wenig positiv Brauchbares, da die Befolgung seiner individualistischen Lehren, wie auch F. X. Kraus andeutet, zur Selbstauflösung des Christentums führen würde — er selbst mußte zugeben, daß es eigentlich nur e i n e n Christen gegeben habe — Christus —, so ist es „die wunderbare Unmittelbarkeit und Naivität seines Gottesverhältnisses,“ seine völlige Verneinung alles historischen, also menschlichen Beiwerkes in der Religion, was wir an Kierkegaard verehren müssen. Eine Symbolisierung der Religion in der Institution der Kirche ist nie ganz zu entbehren; aber es gibt einen Punkt in der Entwickelung, wo die Kirche die Religion zu ersticken droht, wo das harmonische Verhältnis zwischen Form und Inhalt, zwischen Tradition und Individuum gestört wird. Auf diesem Punkte sind die griechische und römische Kirche längst angekommen, und auch die protestantische droht sich ihm bedenklich zu nähern. Da haben Gestalten wie die eines Kierkegaard eine erlösende Bedeutung, und man kann ihr bei uns nur die eines Naumann gegenüberstellen, nicht die des Führers der nationalsozialen Partei, sondern die des Predigers der „Gotteshilfe“. Die kräftige Reaktion gegen das Konventionelle in der Religion ist diesem mit dem Dänen gemein. Naumann hat einmal von einer Germanisierung des Christentums gesprochen; Kierkegaard ist ihm darin vorangegangen: sein Wirken ist nur zu verstehen als die Opposition des germanischen Individualismus gegen die Erstarrung des zwar auch germanischen, aber rein staatskirchlich organisierten Protestantismus. Es ist neuerdings viel die Rede von einem Zusammenschluß der deutschen protestantischen Landeskirchen. Wenn dabei weiter nichts herauskommt als eine straffere bureaukratische Zentralisierung, dann ist es besser, daß dieser Schritt unterbleibt; denn dann wird er nur eine weitere Etappe bilden auf dem Wege der völligen Verstaatlichung der Kirche, wie sie schon auf dem Gebiete der Schule so unheilvoll gewirkt hat. Der Beschluß des Verbandes des deutschevangelischen Pfarrervereine auf seiner letzten in Koburg am 19. August abgehaltenen Hauptversammlung, das Präsidium nicht auf den Preußischen Oberkirchenrat übertragen zu sehen, ist daher von jedem, der noch ein Herz hat für die Freiheit des evangelischen Glaubens, mit aufrichtiger Freude zu begrüßen als ein Symptom der wiedererwachenden volkstümlichen Regungen im deutschen Protestantismus. Die Vereinigung der Landeskirchen darf nicht als eine Verwaltungsangelegenheit angesehen werden, sondern als eine Volkssache, ja als eine Sache der evangelischen Völker. Darum sehen wir auch in dem geplanten Werke nur den ersten Schritt zu einer dereinst unabweislichen, über die Staats-, Reichs- und Volksgrenzen hinausgehenden festen Vereinigung aller evangelischen Länder, Deutschlands, Englands und Skan-

dinaviens. Wie der Katholizismus weiter nichts ist als die Verwirklichung des Christentums im Romanentum, so kann und darf der Protestantismus, wenn anders er gedeihen will, weiter nichts — nichts mehr, aber auch nichts weniger — sein als die Verwirklichung des Christentums im Germanentum. Dazu kann uns Kierkegaard den Weg weisen. Wie sehr man übrigens seinen Worten zu lauschen beginnt in Dänemark, beweist eine jetzt im Erscheinen begriffene Lieferungsausgabe seiner gesammelten Werke*).

Auf dem Gebiete der Schule war uns Deutschen ein solcher, Kierkegaard kongenialer „Rufer zum Streit" beschert; man hat ihm sogar noch vor einigen Wochen bei der Wiederkehr seines 10-jährigen Todestages das übliche, eherne oder steinerne Denkmal gesetzt. Dieser Mann war Fr. W. Dörpfeld (1824—1893), der Vater des Leiters des Archäologischen Instituts in Athen. Seine rein pädagogischen Verdienste sind bei jener Gelegenheit von der Fachpresse gebührend gefeiert worden, weniger seine schulpolitischen, obwohl er gerade durch sie unsterblich geworden sein sollte. Das Hauptwerk seines Lebens steht noch heute unerfüllt und unvollendet da; es trägt den Titel: „Die freie Schulgemeinde und ihre Anstalten auf dem Boden der freien Kirche im freien Staate" und erschien vor vierzig Jahren. Da das Buch schwerlich in weitere Kreise gedrungen ist und es dieses doch verdient, erscheint es zweckmäßig, wie bei Kierkegaard, einige der Fundamentalsätze des Verfassers hier herauszuheben, zugleich zur Kennzeichnung des Gedankeninhalts dieser noch unveralteten, ja klassischen Schrift.

Dörpfeld sieht die Gewähr einer gedeihlichen Entwickelung der deutschen Schule, zunächst der Volksschule, in ihrem richtigen Verhältnis zu Kirche und Staat. Möglichste Freiheit von Kirche und Schule im Gefüge des Staates ist seine Losung. Die Schule steht ihm natürlich im Mittelpunkte. Das ganze Buch ist gewidmet dem Kampf gegen das schon damals in Deutschland eingewurzelte Dogma, daß die Schule eine Veranstaltung des Staates sei, nicht der Gemeinde. Dörpfeld will nichts wissen von einer „Mischehe" des Staates mit der Kirche einerseits und der Schule andererseits. Er erblickt in der unbedingten Anerkennung der Oberaufsicht des Staates über die Schule eine „Verdunkelung des Gewissens". Unermüdlich eifert Dörpfeld gegen das Dogma der Dreieinigkeit von Staat, Kirche und Schule und deutet immer wieder darauf hin, daß bei dieser künstlichen Aneinanderkoppelung der drei Organismen keins sich wohl befinden könne: „Allerdings sind Staat und

*) Eine Auswahl aus Kierkegaards Werken in einer billigen deutschen Übersetzung wäre dringend zu wünschen. Die neue dänische Ausgabe gäbe eine treffliche Grundlage.

Schulwesen und Kirche drei sehr verschiedene Dinge, und wenn jemand eine ganz gute Staatsverfassung ohne weiteres auf die Kirche oder die Schulgemeinde-Verbände übertragen wollte, so möchte es diesen letzteren dabei kaum besser ergehen, als es einem kranken Menschen ergehen würde, der seine Zuflucht zu einem Tierarzt nähme. Doch das ist gewiß, Staats- und Kirchen- und Schulwesen werden bei unserm jetzigen Kulturzustande auf die Dauer nicht nur nicht gedeihen, sondern geradezu verkümmern müssen, wenn ihre Verwaltung gleichsam nur als eine Privatangelegenheit ihrer Beamten angesehen wird. Selbstverwaltung ist darum bei allen Dreien am Platze, aber die Art und Weise derselben muß eine verschiedene sein." Die Folgen des Staatsschulwesens sind für die Schule selbst nicht weniger verhängnisvoll als für den Staat. Für jene sind sie doppelter Art: erstens wird dadurch das Schulwesen in das Getriebe der politischen Parteien hineingezogen, sei es daß die Lehrer als „Beamte" angesehen*) und zum Anschluß an eine Partei gezwungen werden (in Preußen die konservative!) oder daß die Schule als solche an das Schicksal der politischen Parteien gebunden wird, indem „vom staatlichen oder gar vom Parteistandpunkte aus ohne Kenntnis und Würdigung ihrer inneren Natur in sie hineingegriffen wird." Zweitens leidet die Schule durch diese Abhängigkeit, indem „mit dem Wechsel im Staatsregiment auch stets eine Veränderung des Schulregiments eintritt." Man vergleiche das in der vorigen Betrachtung über die verschiedene Stellung der preußischen Minister zum Deutschen Lehrertag Gesagte! Aber auch der Staat selbst befindet sich in dieser Herrscherstellung durchaus nicht in einer beneidenswerten Lage. Dadurch, daß man vom Staat und seinem Wirken für die Schule so viel Rühmens macht, „sind die Lehrer, und nicht sie allein, vielfach dazu verleitet worden, vom Staate auch solche Dienste zu begehren, die er — zumal wenn er ein Großstaat ist — doch nicht leisten kann, und, weil sie nun immer und immer vergebens hoffen mußten, den guten Willen der Staatsoberen anzuklagen und mit den Unzufriedenen aller Art Chorus zu machen." Schließlich leidet bei diesem Zustande der Zentralisierung das ganze Staatswesen; Dörpfeld vergleicht es mit einem Menschen, der an Blutandrang nach dem Kopfe leidet: „der Kopf ist heiß, Hände und Füße sind kalt, — ein böser gefährlicher

*) Man vergleiche dazu folgende drastische Stelle: „Sie (die landläufige Schulpädagogik) meint ein Großes im Auge zu haben, wenn sie den Staat anfleht, er möge doch um Gottes willen die Schuldiener zu pädagogischen Unteroffizieren machen und ihnen erlauben, Uniform, Schnurrbart und Säbel zu tragen, wie es im Großherzogtum Hessen den höheren Schulmeistern vorgeschrieben ist, nur daß dort der Bart noch fehlt."

Zustand," oder mit jenem chemischen Vorgang, der eintritt, wenn man zwei an sich so gesunde und edle Getränke wie Wein und Milch durcheinander mischt. „Wie sich die Milch nicht durch einen Zusatz von Wein verbessern läßt, so auch Pädagogik und Theologie nicht durch ein geringeres oder größeres Maß hineingemengter Politik, und umgekehrt." So einleuchtend das auch ist, so ist die irrige Auffassung, daß der Staat der große Mischkessel sei, in dem der beste Trank gebraut werde, leider sehr verbreitet, und Dörpfeld selbst fühlte, daß er in seiner Zeit schon zu der Minorität gehörte. Seitdem ist der Glaube an den allein seligmachenden Staat nur gestiegen, und es ist daher gut, sich zu vergegenwärtigen, wie der wackere Vorkämpfer für die Freiheit der Schule sich deren Verhältnis zum Staate denkt: der Staat ist auch ihm der natürliche Schutzpatron aller kirchlichen, sozialen, häuslichen und geselligen Tätigkeiten; er sorgt für ihre Organisierung, verleiht ihnen Vorrechte usw. „Aber trotz dieser Vorsorge und Pflege von seiten des Staates sind diese Kreise, in denen der größte Teil des menschlichen Strebens sich bewegt, nicht des Staates, nicht Teile des Staates, sie gehören nicht zum Staate, wie Militär, Diplomatie, Justiz usw. Im Gegenteil, sie bilden — mit Erlaubnis zu sagen — „Staaten" im Staate, nur sind sie nicht souverän. Der Staat hat sie nicht geschaffen, er findet sie vor, wenn auch vielleicht nur embryonisch oder verkümmert oder ungeordnet. . . . . Indem der Staat sie als Körperschaft anerkennt, verzichtet er darauf, über ihre Angelegenheiten zu verfügen, sie als Teile seines Körpers zu behandeln." Dörpfeld will also eine „Teilung der Gewalten", die in der Republik ebenso nötig ist wie in der Monarchie. „Es muß unterschieden werden zwischen den Angelegenheiten, welche in der Natur des Staates wurzeln . . . . und jenen andern, die er nicht gezeugt hat, die er vorfindet, die deshalb in den Händen der Staatsregierung höchstens eine Zeitlang, aber niemals auf die Dauer gedeihen." Mit andern Worten: es soll „jedem das Seine" gewahrt werden. „Ein Schulregiment, das Anspruch darauf macht, das richtige zu sein, muß auch die Bürgschaft bieten, daß unter ihm die Schulen ihrer Natur nach behandelt werden." Die Zentralisierung ist ebenso etwas Fremdes und Ungermanisches wie die Selbstverwaltung etwas Natürliches. Wenn Dörpfeld fragt, warum man in allen Nöten Hilfe und Rat vom Staat erwartet, so darf ihm jeder gute Deutsche nur freudig, wenn auch beschämt, zustimmen, wenn er selbst antwortet: „Gewiß vor allem um der Sünden willen, die oben und unten wider Gottes Wort und Gebot begangen worden sind, aber auch um der Sünden willen wider die von Gott gepflanzte Natur des deutschen Volkes. Eine dieser Sünden ist auch die, daß man nicht erkennen will oder kann, daß Bureau-

kratie, Hierarchie und Scholarchie Drillingskinder einer undeutschen Mutter, der „Mutter Rom“ und ihres Rechts sind. Dem deutschen Recht und Herkommen sind sie Fremdlinge.“ Dabei ist Dörpfeld durchaus kein radikaler Anhänger einer Emanzipierung der Schule von ihrer Umgebung. Er sucht vielmehr ein richtige Mittelstellung zwischen dem Individual- und dem Sozialprinzip zu finden; mit einem treffenden Bilde sagt er daher: „Wünsche dir nimmer ein Schulwesen mit so hoher Spitze, daß sie zum Blitzanzieher für politische, kirchliche usw. Ungewitter wird; aber hüte dich auch vor einer Schule, die ihre Sache auf nichts gestellt, die nicht von einer Gemeinde getragen und geschützt ist.“

Damit kommen wir zu der positiven Seite von Dörpfelds Ausführungen. Als die Grundlage einer wahren Schulregierung konnte sich weder der Staat noch die Kirche noch beide in ihrer Gemeinschaft erweisen, sondern allein die Familie. Die Durchführung des Familienprinzips ist das Ideal einer naturgemäßen Schule, und zwar durch Zusammenschluß der Familien zu korporativen Schulgemeinden. Das ist sein sehnlichster Wunsch für die Zukunft: „vielleicht finden sich unterdeß auch etliche Männer mehr, als jetzt zu zählen sind, welche dem Gedanken recht geben, daß die von Riehl und Andern empfohlene Auseinandersetzung des Staatlichen und Sozial-Bürgerlichen, desgleichen des Staatlichen und Kirchlichen auch auf das Bildungswesen angewendet werden muß; daß es ebensogut freie Schulgenossenschaften geben kann und soll, als es freie bürgerliche Gemeinden und freie Kirchen gibt; und daß, wenn einmal solche gesonderte Schulgenossenschaften vorhanden sind, alle Beteiligten — Schule, Familie, Kirche, Staat usw. — sich wohl dabei befinden werden.“ Sein Grundprinzip dabei ist, daß die Erziehung in erster Linie eine Sache der Eltern ist und daß deren Forderungen wichtiger sind als die des Staates. Um die Anwendung des Familienprinzips auf die innere und äußere Seite des Schulwesens dreht sich daher die ganze Erörterung. Als Hauptthese wird der Satz aufgestellt: „Der Charakterzug der Familienhaftigkeit muß in der Einrichtung und im Leben der einzelnen Schulanstalten deutlich ausgeprägt und durch die Verfassung und Leitung des gesamten Schulwesens anerkannt und geschützt werden.“ Nur eine solche, auf der Familie als heiligster Hüterin beruhende Jugendbildung kann zu einer wahren Nationalerziehung werden, an der es uns Deutschen leider noch völlig fehlt. „Dazu gehört, daß nicht nur wahre Nationalgüter vorhanden sind, sondern auch, daß das gesamte Volk die Jugenderziehung als eine gemeinsame Aufgabe erfasse, als eine Aufgabe, die jedem auch solche Pflichten zuweist, die so wenig durch einen Lohndiener versehen werden kön-

nen, als man einen andern für sich essen und trinken lassen kann. Das will aber dem deutschen Volke noch wenig begreiflich werden. Man stützt sich auf das geordnete Schulwesen und denkt, wozu denn die kostspielige Schuldienerschaft da sei, wenn jeder auch noch selbst mit angreifen solle." An einer anderen Stelle heißt es geradezu, daß „die meisten Gebildeten unserer Zeit das Bewußtsein, daß die Erziehung der Jugend eine Gewissenssache, und zwar eine Gewissenssache der Eltern ist, verloren haben." Die Summe seiner Darlegungen faßt Dörpfeld in die Worte zusammen: „Für eine Nationalerziehung darf vom Staate, von den Mächten des politischen Lebens weder die Hauptsache, noch überhaupt etwas positiv Schaffendes erwartet werden. Die eigentlich erziehende Wirksamkeit fällt vielmehr den innerstaatlichen Kräften, Instituten und Gemeinschaften zu, und das beste Teil dieser Wirksamkeit läßt sich nicht einmal organisieren. . . . . . Durch die bisherige Schulverfassung, die staatskirchliche Scholarchie, hat es aber dazu nicht kommen können; nicht einmal das Schulwesen ist zu einer Volkssache geworden."*)

Ob sich Dörpfelds Ideale in Deutschland, voran in Preußen, je erfüllen werden? Ob uns je ein Kultusminister erstehen wird, der, wie Dörpfeld sagt, auf seinem Gebiete das tun wird, was Stein und Scharnhorst auf dem ihrigen getan haben? — Fast möchte man daran verzweifeln, wenn man bedenkt, daß es in den seit Dörpfelds Warnungsruf vergangenen vierzig Jahren eher schlimmer als besser geworden ist, daß der Staat die Lehrer und Pfarrer immer mehr zu Beamten herabdrückt, Schulen und Kirchen immer fester in das eiserne Gefüge einzwängt, das man als „Staatsmaschine" bezeichnet, auf die man so stolz ist und auf deren Ungetüm tausende von Maschinisten, Heizern und Bremsern ihren eintönigen Dienst versehen, echten Maschinendienst, bei dem jeder nur einen bestimmten Teil zu bedienen hat — denn Schule und Kirche sind ja eben nur ein Teil in dem Getriebe jener Riesenmaschine des Staates. Über dem Staat aber drohen wir das Volk zu vergessen, für das der Staat doch nur das Mittel ist zu dem Zweck, die Kraft des Volkes zur höchsten Entfaltung zu bringen. Wehe dem Volke, das von seinem eigenen Staat innerlich zugrunde gerichtet wird! Darum ist es im eigensten Interesse des Staates, daß Kirche und Schule nicht bedingungslos an jenen ausgeliefert werden; denn des Volkes Wohl ist zugleich des Staates Wohl, nicht aber umgekehrt. Preußens Pfarrer-

*) Wer sich darüber orientieren will, wie Dörpfeld die Sache dreißig Jahre später ansah, der lese seine letzte Schrift „Das Fundamentstück einer gerechten, gesunden, freien und friedlichen Schulverfassung" (1893).

und Lehrerstand muß endlich selbständig die Frage zu entscheiden wagen, ob Religion und öffentlicher Unterricht Staatssache bleiben oder Gemeinde- und Nationalsache werden sollen, ob wir eine freie, einige, evangelische Volkskirche oder eine Unzahl unfreier Staatskirchen, ob wir eine deutsche Nationalschule oder eine Menge abhängiger Staatsschulen haben wollen, ob wir — um die Frage vor die letzte Alternative zu stellen — ein Opfer unserer kontinentalen Kultur lage zwischen Frankreich und Rußland werden wollen, oder ob die Rassen gemeinschaft mit England und besonders mit Skandinavien sich schließlich als stärker erweisen soll. Jeder wahrhaft Nationalgesinnte muß das letztere erstreben helfen, und darum müssen wir so echt germanische Männer wie Kierkegaard und Dörpfeld in Ehren halten, sie zu Ehren bringen.

Das ethische Defizit in der menschlichen Gesellschaft.

Von Dr. Arthur Pfungst.

Ein Schwede aus Norrland wollte nach der Türkei reisen und führte seine Habseligkeiten in einem Koffer mit sich. Als er nach Hamburg kam und seinen Koffer, wie er es zu Hause gewohnt war, auf einer der Bänke des Wartesaales niederlegen wollte während der Stunden in denen er die Stadt zu besichtigen gedachte, machte ihn ein wohlwollender Beamter darauf aufmerksam, daß er sein Gepäck wohl nicht wieder finden werde nach seiner Rückkehr, wenn es ohne Aufsicht im Wartesaal liegen bliebe. Er müsse es gegen Empfangschein zum Aufbewahren geben. Der Schwede befolgte den guten Rat, konnte aber nicht umhin sich über die Heiligkeit des Eigentums in Deutschland seine Gedanken zu machen. Am folgenden Tage setzte er seine Reise nach Süden fort und gelangte nach Verona, wo er, durch seine Erfahrungen in Hamburg gewitzigt, seinen Koffer zum Aufbewahren geben wollte, um dann die Sehenswürdigkeiten in der Heimat von Romeo und Julia mit Ruhe zu genießen. Wie staunte er aber als ihm der diensttuende Beamte seinen Koffer auf eine große Wage legte, ihn aufforderte das Gewicht zu prüfen und hinzufügte: Wenn Sie den Koffer wieder abholen, werde ich Ihnen denselben wieder vorwiegen, damit Sie sich selbst davon überzeugen können, daß nichts herausgenommen worden ist. Der Schwede machte große Augen bei diesen Worten und die Stadt Hamburg stieg sehr in seiner Achtung, weil man dort sicher sein kann sein Gepäck uneröffnet zurückzuerhalten, ohne Kontrolle durch die Wage.

Auf der Weiterreise entschloß sich unser Schwede einen Abstecher nach Sizilien zu machen und wollte dort seinen Koffer aufgeben. Der Beamte wies ihn jedoch mit seinem Verlangen ab, weil die Eisenbahn nur für solche Gepäckstücke haften könne, die mit starkem Bindfaden fest verschnürt seien, um jedem Diebstahl im Gepäckwagen während der Fahrt vorzubeugen.

Als er sich schließlich in der Türkei nicht dazu verstehen konnte seinen Koffer, an den sich nun schon so viele Erinnerungen knüpften, durch Bewaffnete begleiten und schützen zu lassen, wurde er ihm bald gestohlen und er hat ihn auch niemals wiedergesehen.

Das war gewiß nicht angenehm, aber der Schwede tröstete sich als kluger Mann in der Erwägung, daß er bei dieser Gelegenheit doch auch mehrere wichtige Dinge gelernt hatte, an die er vorher nicht gedacht. Nämlich erstens die merkwürdige Tatsache, daß immer mehr gestohlen wird, je näher man dem Berge Sinai kommt, von wo doch das Gebot ergangen ist: Du sollst nicht stehlen. — Zweitens, daß die einzelnen Völker in Bezug auf den Stand ihrer Moralität überaus verschieden sind, und drittens, *daß man das Defizit auf moralischem Gebiete so lange durch geeignete Einrichtungen organisatorischer und technischer Art auszugleichen versuchen muß, als es nicht gelungen ist die Menschen besser zu machen.*

Die Ethik als solche beschäftigt sich nicht direkt mit diesen Einrichtungen, denn für sie gibt es nur *ein* Kriterium, das ist *die innere Gesinnung* des einzelnen Individuums. Für sie ist der Beamte an der italienischen Station, wenn er wirklich mit Hilfe einer Wage dazu gezwungen werden muß das Hab und Gut des Fremdlings zu respektieren, ein böser Mensch. Die menschliche Gesellschaft kann sich aber bei dieser Konstatierung nicht beruhigen. Sie muß zu der Überzeugung gelangen, daß neben der pädagogischen Aufgabe, den Beamten zu einem ethisch handelnden Menschen zu erziehen, *für die Zwischenzeit, bis die Erziehung vollendet ist*, ein Weg gefunden werden muß, um die aus seiner bösen Gesinnung resultierenden Nachteile für die Allgemeinheit abzuwenden. Da auf außerordentlich vielen Gebieten des Lebens solche „Wagen" aufgestellt werden müssen, um das große moralische Defizit auszugleichen, das in der menschlichen Gesellschaft leider vorhanden ist, erscheint es von Interesse einmal einen Blick auf die unübersehbare Reihe von Vorkehrungen zu werfen, welche nötig sind, um den Strom des Bösen, der unaufhörlich fließt, einzudämmen und womöglich unschädlich zu machen.

Einen unablässigen Kampf gegen das Böse führen vor allem die

großen Institutionen des Staates mit Hilfe von höchst kostspieligen und mühevollen Organisationen. Man denke beispielsweise an das Postwesen. Wie kompliziert wird der Geschäftsgang lediglich dadurch, daß man auf die unbedingte Integrität aller von der Post Gebrauch machenden Menschen nicht bauen kann! Unter anderem wäre die ganze Institution der „Einschreibe-Briefe" unter absolut zuverlässigen Menschen überflüssig. Wenn die Gefahr nicht vorläge, daß der Beamte, welchem der Brief übergeben wird, ableugnete ihn empfangen zu haben, wenn die Gefahr nicht vorläge, daß Jemand fälschlich behauptete er habe eine Wertsendung eingeliefert, ohne daß dies der Fall ist, wenn die Gefahr nicht vorläge, daß der Adressat den Empfang ableugnete — müßten nicht wegen eines Einschreibebriefes zwei Quittungen ausgestellt, eine Eintragung in das offizielle Empfangsbuch gemacht, und der innere Dienst mühevoll organisiert werden. Wir sind leider das in Rechnungziehen der menschlichen Schlechtigkeit schon so sehr gewöhnt, daß eine Konstatierung, wie wir sie eben gemacht haben, ohne Zweifel von vielen als kompleter Unsinn betrachtet werden wird. Aber das Ideal aller Ethiker war und ist eine menschliche Gesellschaft, von der jedes einzelne Mitglied so rechtschaffen ist, daß ein „Einschreibebrief" überflüssig wird.

Sehen wir uns das Eisenbahnwesen an. In einer ethisch vollkommenen Gesellschaft gäbe es keinen Fahrkarten-Verkauf, keine Bahnsteig-Sperre, keine Schaffner im heutigen Sinne. Die Passagiere würden etwa vor dem Besteigen des Zuges das Fahrgeld in einen dafür bestimmten Behälter legen und alles wäre erledigt. Heute sehen wir wie tausenderlei verschieden-gefärbte und -bedruckte Karten auf jeder einzelnen Station feilgehalten werden, wie die gekauften Karten zuerst am Bahnsteig und dann wiederholt während der Fahrt kontrolliert und schließlich beim Verlassen des Zuges wieder eingefordert und neuerdings geprüft werden. Eine Armee von Druckern, Billetteuren, Bahnsteig-Kontrolleuren, Schaffnern wird aufgeboten, nur weil die Passagiere nicht rechtschaffen genug sind um lediglich aus innerer Gesinnung heraus den Betrag zu erlegen, der zu bezahlen ist. Jeder einzelne könnte auf jeder Fahrt billiger befördert werden, wenn die Eisenbahn-Verwaltung diese Armee sparen könnte, welche besoldet werden muß. In kleineren Verhältnissen, beispielsweise auf Straßenbahnen, hat man schon den Versuch gemacht, die Schaffner zu sparen und sich auf die Redlichkeit des Publikums zu verlassen; wir erinnern uns eines solchen Falles aus früheren Jahren in Halle. Solch ein Anblick wirkt überaus erhebend, weil er einen günstigen Schluß auf die moralische Beschaffenheit der Einwohner gestattet. Dagegen wirkt eine Kontrolle, wie sie auf den

preußischen Staatsbahnen geübt wird, deprimierend und man sagt sich unwillkürlich, was muß in der Erziehung eines Volkes versäumt worden sein, wo Treu und Glauben so gar nicht als Faktor in die Rechnung gesetzt werden können! Heine erzählt, daß zu einer bestimmten Zeit die Hamburger Kaufleute ihren Steuerbetrag ohne jede Kontrolle in einen Beutel gelegt hätten und der Staat habe sich nie dabei zu beklagen gehabt.

Ähnlich ist es auf dem Gebiete des Zollwesens. Wie anders würde sich das Leben und Treiben an den Grenzstationen abspielen, wenn es jeder für seine Pflicht hielte ohne Kontrolle und ohne Zwang die Summe zu entrichten, welche nach den Gesetzen für die Einfuhr der betreffenden Gegenstände zu bezahlen ist. Statt dessen sehen wir wie die Zollbeamten die Koffer durchwühlen um Zollpflichtiges an den Tag zu fördern. Wichtige Eisenbahnzüge bleiben lange an den Grenzstationen liegen um den Beamten Zeit für die Untersuchung zu lassen. Seltsam — das Gefühl der Reisenden ist dieser Kontrolle gegenüber so sehr abgestumpft, daß nur selten einer das Beleidigende empfindet, das in solch inquisitorischer Behandlung liegt, die doch nur daraus zu erklären ist, daß der Zollbeamte Jeden für einen Schmuggler halten zu dürfen glaubt, so lange er nicht das Gegenteil bewiesen hat!

Man müßte ganze Bände füllen, um die Einrichtungen nur zu erwähnen, welche auch auf nichtstaatlichen Gebieten geschaffen sind um das ethische Defizit in der Menschenwelt auszugleichen. In Handel und Gewerbe, im Geld-Verkehr, im Check- und Wechselwesen — überall stoßen wir auf Organisationen, auf technische Vorkehrungen, um den praktischen Konsequenzen der verwerflichen Gesinnung der Menschen zu entgehen. Alle Künste, alle Wissenschaften, alle Industrieen, alle Handwerke müssen ihre Hilfe leihen. In Deutschland gibt es etwa 300 Schloßfabriken, in England 750, welche die Schlösser herstellen, die nötig sind um unser Hab und Gut zu schützen; 550 Geldschrankfabriken zählt Deutschland und man muß sich nur klar machen wie viele fleißige Arbeiter jahraus jahrein damit beschäftigt sind, um diese Schränke zu verfertigen, außerhalb von deren Stahlwänden wir unsere Wertsachen keinen Moment sicher fühlen.

Man sehe einen Scheck an. Erste Künstler müssen ihr höchstes Können daran setzen um die Ausführung so vollendet zu machen, daß sie kaum in ihrer Schönheit nachzuahmen ist. Komplizierteste Nummerierung, Verwendung chemischer Tinten, das Anbringen der Zahlen mittelst Perforierung, kurze Fristen für die Umlaufsfähigkeit — alles Erdenkliche muß aufgeboten werden, um die Fälschung der Schecks zu verhüten!

Waren werden mit gesetzlich geschützten Etiketten, mit eingetragenen Marken versehen, um ihre Identität zweifelsfrei festzustellen; Weinflaschen werden durch Pfropfen geschlossen, welche Korkbrand tragen, sie werden versiegelt um jeder Unterschiebung vorzubeugen; Nahrungsmittel müssen durch staatlich überwachte Untersuchungsämter beständig kontrolliert werden, sonst würde kein Kind mehr bei der gelieferten Milch aufkommen, Butter, Honig, Wurst, Bier, Wein würden zu undefinierbaren Begriffen werden und die Menschen würden an schlechter Ernährung zugrunde gehen. Mit Gesetzesvorschriften ist unser Leben gleichsam gepflastert und die menschliche Tücke ist so vielseitig, so erfinderisch, so genial, daß die Gesetzgebung froh sein kann, wenn sie nur einigermaßen damit Schritt zu halten vermag! Wie viele tausende von Erfindern mußten um die Früchte ihrer schlaflosen Nächte betrogen werden, ehe das Patentgesetz kam, wie viele Bücher sind nachgedruckt worden, ehe die Gesetzgebung einschritt, wie viele Mißbräuche mußten einreißen, bis das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb Grenzen setzte! Die Schlechtigkeit der Menschen ist stets den gesetzlichen Maßnahmen um eine Nasenlänge voraus; daran, daß man Elektrizität auch stehlen könne, hatte kein Gesetzgeber gedacht!

Andererseits werden neue Errungenschaften der Wissenschaft und der Technik sofort im Kampf mit dem Bösen in der Menschenwelt nutzbar gemacht. Elektrische Signale sichern die Kassengewölbe der Banken gegen Einbrecher, die französischen Zollbehörden durchleuchten die Postkistchen mit Röntgenstrahlen, Wechselfälschungen werden durch die Photographie entlarvt, Kontrollkassen sichern Ladenbesitzer und Publikum.

An tausenden von kleinen Zügen im Alltagsleben kann man sofort erkennen wie der moralische Zustand eines Volkes, einer Provinz, einer Stadt beschaffen ist, auch ohne die Statistik der Verbrechen und der Strafanstalten zu Hilfe zu nehmen. Wenn man sieht, wie in Belgien und Italien Arbeiter und Arbeiterinnen beim Austritt aus den Fabriken eine Leibes-Visitation über sich ergehen lassen müssen um den Fabrik-Diebstahl zu verhindern, dann weiß man nicht, wer mehr zu bedauern ist, die Arbeitgeber, die sich ihren Mitmenschen gegenüber zu solchen Prozeduren erniedrigen, oder die Arbeiter, welche so wenig Interesse für die Stätte ihrer Tätigkeit besitzen, daß nicht einmal das Eigentum ihrer Arbeitgeber für sie heilig ist. Wenn man an Geschäften von Wechslern vorbeigeht, die von starken eisernen Gittern geschützt sind, wenn öffentliche Gebäude von Militär-Posten bewacht werden, wenn man in einer Stadt sieht, daß keine Frau aus den besseren Ständen ohne Begleitung über die Straße zu gehen wagt, da kann man unge-

fähr ermessen, was noch an der moralischen Vervollkommnung der Menschheit zu arbeiten bleibt!

Weil Millionen von Bürgern an diesen Erscheinungen achtlos vorüberzugehen pflegen, ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß der moralische Zustand in den sogenannten zivilisierten Ländern schon ein erfreulich hoher sei. Es ist darum wichtig den Blick für das moralische Elend zu schärfen, das uns auf Schritt und Tritt im Alltagsleben umgibt, das man aber übersieht, weil man sich daran gewöhnt hat, und die Nachtseiten des Lebens in der Regel nur beim eigentlichen Verbrechertum zu finden glaubt. Für die Jugendbildung würde es von höchster Bedeutung sein, wenn in einem allgemein einzuführenden Moralunterrichte die Empfindung für das moralische Defizit, in dem wir alle leben, geweckt würde. Dieses Elend hätte „nicht so zu Jahren kommen können", wenn nicht statt eines von allen konfessionellen Voraussetzungen freien Moralunterrichtes, der sich über unser alltägliches Dasein mit seinen Trambahnen und Wechseln, mit seinen Zollämtern und Retourbillets, Wein-Etiketten und gefälschten Nahrungsmitteln verbreiten müßte, ein konfessioneller Religionsunterricht erteilt werden würde, welcher der Jugend gar nichts von dem mitgibt, was sie für das konkrete Alltagsleben verwenden kann. Die Probleme, welche uns heute in Gewissensskrupel stürzen, haben in Palästina und Kanaan großenteils nicht existiert und konnten darum auch dort weder diskutiert noch gelöst werden. Die technischen Einrichtungen zur Bekämpfung des Bösen, die wir oben besprochen haben, sind ebensoviele Anklagen gegen den konfessionellen Moralunterricht, wie er bei uns gehandhabt wird. Ob es nicht doch endlich Zeit geworden ist über diese Probleme etwas tiefer nachzudenken?

Parabel vom kranken Kinde.

Von Multatuli. (Aus dem Holländischen übersetzt von Wilhelm Spohr).

Ein Kind ist krank. Der Vater hat Gründe, nicht in Person den armen Patienten zu besuchen. Er sendet einen Vertrauten. Dieser bleibt ein Augenblickchen bei dem Kranken und sagt das eine und andere, das teils gut, teils schlecht von den Umstehenden aufgeschrieben, oder — da sie nicht schreiben konnten — an diesen oder jenen wiedererzählt wird, der auch gerade nicht hervorragt durch notarielle Glaubwürdigkeit.

Nun wird das Kind behandelt auf allerlei Arten. Der eine hat „Quecksilber" verstanden für „Sauerteig". „Laxieren . . . nein: für Ver-

stopfung sorgen!“ ruft man durcheinander. „Reiben“ versichert der eine. „Schwitzen“ hat er gesagt, doziert ein anderer. „Ich weiß es, schreit ein siebenter: Breiumschläge auf die Brust ... habt ihr nicht gehört, wie der Gesandte des Vaters sprach von Sehnen? Nun, das will sagen: ‚Breiumschlag‘.“ „Wahrhaftig nicht, behauptet der dreizehnte, er sagte etwas von Liebe.“

— Liebe? Nun ja . . . und was entnimmst Du daraus?

— Na, ganz einfach. Das ist . . . ja . . . Liebe ist . . . brennen.

— Jawohl!

Und sie brannten, räucherten, brieten das Kind. Und sie legten es in Grütze. Und sie ließen das Kind schwitzen und purgieren. Und sie gaben ihm Eis auf den Kopf, und Quecksilber in den Magen. Und sie rieben das Kind, und wickelten es, und kniffen es . . .

Und all diese Herren hatten Doktor- oder Professorrang. Der kleine Patient wurde begraben unter offizieller Wissenschaft.

Und siehe, da kamen vierzehn andere „Weise“, in dieser Eigenschaft als gleich offiziell anerkannt, ebenso würdig, ebenso betalart, und erzählten dem armen Kind:

— Sei fröhlich und freue dich! Sie haben dich ziemlich arg geplagt . . . das ist wahr, und recht besehen, hast du wohl Grund zur Klage, doch sei zufrieden. Tröste dich mit dem Gedanken, daß du während dieser Krankheit Brot, Rang und Vergnügen all den Herren verschafft hast, die dich nicht geheilt haben.

Und wir . . . wir haben die „Botschaft deines Vaters“ genau untersucht, und befanden, daß sie niemals gut begriffen war. Wir versichern dir auf unser Wort — Doktors-, Pfarrers-, Professors- etcetera-Wort — daß w i r diese Botschaft gut begreifen werden . . .

— Ach, jammerte der Kranke, das sagten all die andern auch! Seit achtzehn Jahrhunderten höre ich dieselben Versicherungen. Würdet ihr so gut sein, mir das schwere Band abzunehmen, das sie mir um den Hals legten, und das Gewicht, das mir so lastet auf dem Herzen! Ach, ich verlange nach etwas Luft, etwas Licht, etwas Freiheit . . . s t e h t d a s a l l e s n i c h t i n d e r B o t s c h a f t m e i n e s V a t e r s ? Vielleicht werde ich besser, wenn ihr mich mir selber überlasset!

— Aber, bester Junge, wo bleiben w i r dann?

Das ist wahr! Es ist impertinent von 'nem Kranken noch Besserung zu verlangen und zu vergessen, daß sein äonenaltes Gebrechen der wohltuende Ernährer ist der Familie des Doktors.

Darum: neue Krankheiten, ihr Herren! Immer was neues! „Du nouveau, du nouveau toujours, n'en fût-il plus au monde!“

Italien und Pius X.

Von Cesare Lombroso (Turin).

Heute, wo die Stürme, die jüngst den Vatikan durchtobten, wieder schweigen, scheint mir der Zeitpunkt gekommen, die letzten Ereignisse, denen man so große Wichtigkeit beilegte, während es sich in Ansehung der starren Natur der Papstinstitution, die auch Größere wie Pius X. zu bloßen Werkzeugen machte, im Grunde mehr um merkwürdige als bedeutsame, mehr um dekorative als um historische Vorgänge handelte, einer leidenschaftslosen Betrachtung zu unterziehen.

Zunächst ersehen wir aus der Wichtigkeit, welche mehr oder weniger demokratische Blätter der Papstwahl beilegten, daß es noch viel mehr Schwachköpfe in der Welt gibt, als man glaubt. Vielleicht ist es auch ein Zeichen dafür, daß der Glauben oder besser Aberglauben an den jesuitischen Vatikan noch tiefe Wurzeln im Volke hat.

Sieht man dann jedoch in fast atavistischer Weise dieselben mittelalterlichen Zeremonien und Formeln sich wiederholen, wie, um nur ein Beispiel zu nennen, das heidnische Räuchern mit Weihrauch beim Tode des alten und bei der Wahl und Thronbesteigung des neuen Papstes, so genügt dies zum Beweise, wie alt und überlebt die vatikanische Institution ist, wie abseits sie von dem Branden des modernen Lebens liegt. So fern, daß es selbst bei einiger Mühe nicht ganz leicht fällt, für ihre noch heute spürbare Lebenskraft eine Erklärung zu geben. So vorteilhaft auch für das Papsttum die Aufhebung der weltlichen Macht gewesen sein mag, indem ihm hierdurch faulig gewordene Wurzeln abgeschnitten und neue Triebe eingesetzt wurden, am bedeutsamsten für es bleibt doch sein demokratisches Wahlprinzip, die alte republikanische Wahlform.

Dem äußeren Anschein nach gleicht das Papsttum einer orientalischen despotischen Monarchie, während es seinem Wesen nach eine Oligarchie ist, die wie die venezianische eine monarchische Spitze mit der Befugnis der Repräsentation und Exekutive hat. Der republikanische Wahlmodus jedoch, den die Kirche seit ihrem Ursprung betätigt, hat sich sowohl bei der Ernennung der Ordensgeneräle als auch des Oberhauptes der Kirche so vortrefflich bewährt, daß im allgemeinen stets die den Verhältnissen am besten entsprechenden Persönlichkeiten gewählt wurden. So bestieg zuvor ein alter, geiziger, weltfremder Greis den päpstlichen Stuhl, ein Humanist und Kunstfreund von spezifisch italischem Gepräge, der nur Sinn und Geschmack für die äußere Form hatte, während er nichts vom inneren Wesen der Dinge verstand; so jetzt ein ungehobelter, dürftig gebildeter aber energischer Bauer, der das einzige Verdienst besitzt, das hohe Amt nicht angestrebt zu haben, und, anstatt sich seiner Herkunft aus den untersten Schichten der Gesellschaft zu schämen, vielmehr stolz darauf ist.

Gerade diese Wahl zeigt, daß die Oligarchie, wie einst in den Anfängen der venezianischen Republik,*) durch die Wahlmonarchie einen demokratischen Zug erhält und sich aus den untersten unverdorbensten und lebenskräftigsten Schichten frische Säfte zuführt, während in der Erbmonarchie auf einen genialen Vater oder Großvater gewöhnlich ein beschränkter oder entarteter Sohn oder Enkel folgt, dem gegenüber die Untertanen stets zu dem gleichen Gehorsam und derselben Ehrfurcht verpflichtet bleiben, bis die Ereignisse selber — wie heute in Serbien — die Absurdität des Systems erweisen. Bei einem Oberhaupt jedoch, das unter so vielen Vorsichtsmaßregeln gewählt wurde, um so scharf als möglich

*) Lombroso: Come fu grande Venezia. 1899. Roma. Nuova Antologia.

den Willen der Majorität zum Ausdruck zu bringen, ist dies so gut wie ausgeschlossen. Tatsächlich wird sich Pius X. im praktisch-politischen Leben viel geschickter und lebhafter als Leo XIII. betätigen, was er auch bereits als Patriarch von Venedig bewies, indem er dort bei den Munizipalwahlen Konservative und Reaktionäre in Bausch und Bogen gegen die Liberalen vereinigte und zum Siege führte. Freilich wird er uns nicht wie Leo wohllautende Hirtenlieder bescheren noch auch Horaz zu seinem Vorbild erwählen und wird wahrscheinlich nie ein anderes Buch als eine lateinische Liturgie in die Hand nehmen, dagegen wird er die Versöhnungstendenzen zu verstärken, und vor allem die Reaktionären, Klerikalen und Konservativen der Rechten unter der Führung des Vatikans zu vereinen suchen, der als natürliche Festung und Angelpunkt der politischen Reaktion stets ein geheimnisvoller Anziehungspunkt war, der Leuchtturm, auf den sich beständig die Augen unserer Konservativen richteten, auch als er ihr Feind zu sein schien. Und deswegen werden wir binnen kurzem die Aufhebung des Non expedit erleben und werden im Parlament eine vatikanische Rechte besitzen.

Das darf uns jedoch nicht bange machen.

Unsere Rechte hat, trotz ihrer anscheinend feindlichen Haltung dem Vatikan gegenüber, im Grunde seit langen Jahren mit ihm sympathisiert, ja, was weit wichtiger ist, insgeheim mit ihm konspiriert, so daß der Vatikan uns allen Schaden, den er uns zufügen konnte, bereits zugefügt hat.

Die gemäßigte klerikale Allianz hat nicht nur in den Munizipien und in der Verwaltung der Stiftungen, der Spitäler und Schulen eine starke Vertretung sondern steht mit einem Fuße bereits im Parlament. In den letzten zehn Jahren haben sich alle Klerikalen, die es vermochten, an den Wahlen beteiligt und Vertreter ins Parlament entsandt, die sich zwar häufig als Demokraten gaben, aber im Grunde ihres Herzens Papisten waren und geschlossen gegen die Ehescheidung und die sozialen Gesetze stimmten, sogar unter dem Vorwande, sie seien nicht liberal genug.

Allen Schaden also, den uns die papistischen Allianzen zufügen konnten, haben wir bereits erlitten, und dieser war doch nur sehr mäßig, da die klerikalen Vorkämpfer sich überall, wo sie die Probe zu bestehen hatten, so schwach, so unzulänglich und unkundig der modernen Verhältnisse und Anforderungen erwiesen, daß sie keine Spur von ihrer Wirksamkeit hinterließen und selbst da, wo sie in der Majorität waren (vgl. Rom, Neapel, Turin!), zu Fall kommen mußten.

Hierfür ist gerade auch der neue Papst ein Beweis. Er, der doch Latein gut spricht, versteht nur wenig französisch und deutsch, wie auch die jüngeren und gebildeteren Kardinäle, die für den Posten des Staatssekretärs in Aussicht genommen waren. Nationalökonomie, Geographie, Statistik und moderne Geschichte sind ihm völlig unbekannt. Alles dies wirft ein helleres Licht auf seine künftige Haltung und Wirksamkeit als eine eingehende Biographie.

Pius X. wird energischer, schlauer und geschäftiger als sein Vorgänger sein, aber wie jener wird er vom Hauch des modernen Lebens, dessen Vermittler jene Sprachen sind, unberührt bleiben. Wie könnte er also mit Kräften kämpfen, die er nicht kennt und die er nicht zu lenken vermag? Und wie vermöchte er, auch wenn er selbst den Kampf wagte, zu siegen, wo er gegen Röntgenstrahlen, Dynamomaschinen, Telegraphen, Telephone und die immer machtvoller sich entfaltende Staatsgewalt nur die alten syrischen Zeremonien und katholischen Formeln zu setzen weiß?

*

Kleine Mitteilungen.

Kant und Lavater.

Von der Berliner Akademie der Wissenschaften wird eine neue umfassende Gesamtausgabe der Werke Kants veranstaltet, an der bereits seit einigen Jahren mit großem Eifer gearbeitet wurde. Während aber die Herausgabe der eigentlichen „Werke“ nur langsam vorrückt, liegt der gesamte Briefwechsel Kants bereits in drei umfangreichen Bänden vor, die freilich weit mehr Briefe an Kant, als von Kant enthalten — der Königsberger Denker ist so wenig ein fleißiger Briefschreiber gewesen, daß die Zahl seiner Werke nicht viel geringer ist als die Anzahl seiner Briefe.

Unter den Kant-Briefen aber, die uns erhalten sind, befinden sich viele von besonderem Eigenwerte und allgemeiner Bedeutung. Und dem verdienstvollen Herausgeber dieser neuen Briefausgabe, Rudolf Reicke in Königsberg, ist es durch ausdauernde und unermüdliche Nachforschungen gelungen, den Schatz der bisher bekannt gewordenen Kant-Briefe um eine ganze Anzahl neuer und interessanter zu bereichern.

Zu diesen letzteren gehören auch ein paar bisher nicht bekannte Briefe, die Kant mit Lavater gewechselt hat und zwar gerade in jener Periode der siebziger Jahre, wo in der Stille die Gedankensaat der „Kritik der reinen Vernunft“ heranreifte. Lavater eröffnet den kurzen Briefwechsel mit einem Brief vom 8. Februar 1774, in dem er Kant seinen „Lieblingsschriftsteller“ nennt und ihn auch darüber interpelliert, warum er seit Jahren nichts mehr publiziert habe — er ahnte natürlich nicht, daß Kant noch viel länger, noch weitere sieben Jahre schweigen würde und daß sich inzwischen eben in dem Kopfe dieses seines „Lieblingsschriftstellers“ die größte Gedankenrevolution vollziehen sollte, welche die Kulturentwickelung überhaupt kennt. Lavater schrieb ihm u. a: „Sagen Sie mir doch auch nur mit ein paar Zeilen: Sind Sie denn der Welt gestorben? warum schreiben so viele, die nicht schreiben können — und die nicht, die's so vortrefflich können? warum schweigen Sie — bei dieser, dieser neuen Zeit — geben keinen Ton von sich? Schlafen? Kant — nein ich will Sie nicht loben — aber sagen Sie mir doch, warum Sie schweigen? oder vielmehr: Sagen Sie mir, daß Sie reden wollen.“

Die Antwort Kants auf diesen Brief ist uns nicht erhalten. Interessanter aber ist jedenfalls der bald darauf (am 8. April 1774) geschriebene nächste Brief Lavaters an Kant und des letzteren Antwortschreiben vom 28. April 1775 — es ist der einzige Brief Kants an Lavater, den wir haben und der zweite und letzte, den er offenbar überhaupt an ihn geschrieben hat.

In diesem Schreiben vom 8. April bittet nämlich Lavater, Kant möge ihm unumwunden die Meinung über seine (Lavaters) Abhandlung „Vom Glauben und Gebet“ sagen, die eben damals im ersten Bande seiner vermischten Schriften erschienen war. Lavater hat hier Glauben und Gebet im christlichen Sinne neu zu rechtfertigen und namentlich durch allerlei Gefühlsbeweise ihre Notwendigkeit und ihre hohe Bedeutung zu deduzieren gesucht — in einer Art, die viel Ähnlichkeit hat mit der Auffassung moderner Theologie, im Glauben und Gebet sich in die einzigartige Persönlichkeit Jesu zu versenken. Dabei hatte er denn u. a. auch hingewiesen auf die Seelenangst und die Furcht, die den Menschen vor dem Tode befalle und die ihn zum Glauben und Gebet besonders disponiere.

Kants Antwort ließ an Deutlichkeit und Unumwundenheit nichts zu wün-

schen übrig, und wenn man weiß, mit welcher ausgesuchten Höflichkeit Kant selbst fernstehenden Korrespondenten zu begegnen pflegte, so merkt man schon aus dem Ton dieses ganzen Briefes an Lavater, daß er eine vollkommene Absage von ungewöhnlicher Schärfe darstellt. Gleich am Anfang wird diese in bemerkenswerter lapidarer Form und in schlagkräftiger Weise erteilt: „Sie verlangen mein Urteil über Ihre Abhandlung vom Glauben und dem Gebete. Wissen Sie auch, an wen Sie sich deshalb wenden? An einen, der kein Mittel kennt, was in dem letzten Augenblicke des Lebens Stich hält als die reinste Aufrichtigkeit in Ansehung der verborgensten Gesinnungen des Herzens, und der es mit Hiob vor ein **Verbrechen** hält, Gott zu schmeicheln und innere Bekenntnisse zu tun, welche vielleicht die Furcht erzwungen hat und womit das Gemüt nicht in freiem Glauben zusammenstimmt."

Und nun zeigt Kant weiter in seinem Briefe in eingehender Darlegung, wie Glauben und Gebet jedweder Art, überhaupt alles Meinen und Fürwahrhalten von dem was einstmals war oder geschehen soll und alle äußerlichen Observanzen entweder völlig gleichgültig oder direkt schädlich sind in Bezug auf das, was allein Religion bezwecken kann und soll: nämlich Befestigung der sittlichen Gesinnung. Diese brieflichen Darlegungen stimmen in den Hauptzügen bereits ganz mit den Grundgedanken überein, welche Kant fast zwei Jahrzehnte später in seiner Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft entwickelte. Wie stark sie ihn damals aus Anlaß der Interpellation Lavaters beschäftigten, ersieht man daraus, daß uns auch ein fragmentarischer Entwurf eines Briefes an Lavater (ebenfalls datiert vom 28. April 1775) erhalten ist, in dem diese Gedanken noch weiter fortgesponnen werden. Es heißt da u. a.: „Das wesentlichste und vortrefflichste von der Lehre Christi ist eben dieses: daß er die Summe aller Religion darin setzte, rechtschaffen zu sein aus allen Kräften im Glauben, d. i. einem unbedingten Zutrauen, daß Gott alsdann das übrige Gute, was nicht in unserer Gewalt ist, ergänzen werde. Diese Glaubenslehre verbietet alle Anmaßung, die Art wie Gott dieses tue, wissen zu wollen, imgleichen die Vermessenheit, dasjenige aus eigenem Dünkel zu bestimmen, was, in Ansehung der Mittel, seiner Weisheit am gemäßesten sei, alle Gunstbewerbungen nach eingeführten gottesdienstlichen Vorschriften und läßt von dem unendlichen Religionswahn, wozu die Menschen zu allen Zeiten geneigt sein, nichts übrig, als das allgemeine Zutrauen, daß uns dieses Gute, auf welche Art es auch sei, zu Teil werden solle, wenn wir, so viel an uns ist, uns durch unser Verhalten dessen nur nicht unwürdig machen."

Und in scharfer Weise lehnt Kant auch Lavaters Bestreben ab, die überschwengliche Verehrung einer Person (Christi) zum Mittelpunkt der Religion zu machen. Es fällt sehr in die Augen, sagt er, „daß die Apostel diese Hilfslehre des Evangeliums (nämlich Glaubensmeinungen, Gebete, äußerliche Observanzen) vor die Grundlehre desselben genommen haben, und, was vielleicht wirklich von seiten Gottes der Grund unserer Seligkeit sein mag, vor den Grund unseres zur Seligkeit nötigen Glaubens gehalten haben und, anstatt des heiligen Lehrers praktische Religionslehre als das wesentliche anzupreisen, die Verehrung dieses Lehrers selbst und eine Art von Bewerbung um Gunst durch Einschmeichelung und Lobes-

erhebung desselben, wowider jener doch so nachdrücklich und oft geredet hatte, angepriesen haben."

Liest man diese Worte Kants, so erinnert man sich unwillkürlich der ähnlichen, welche ein anderer Lieblingsschriftsteller Lavaters aus gleichem Anlaß geäußert hat. Denn zur selben Zeit, wo er Deutschlands größten Denker, Kant, über seine Meinung vom Glauben und Gebet befragte, hatte er auch an Deutschlands größten Dichter, an Goethe, die gleiche Frage gerichtet. Und wie jener, so läßt ihm auch dieser brieflich die schärfsten Abfertigungen zu Teil werden. Goethe hofft, er würde niemals dahin kommen, zu glauben, „daß eine Jungfrau gebiert" u. dgl. Und in Bezug auf Lavaters Bemühen, die überschwengliche Verehrung eines einzelnen Menschen zum Wesen der Religion zu machen, schreibt er dem ehemaligen Freunde nach psychologischer Würdigung dieses Bestrebens ebenso scharf wie Kant den Absagebrief: „Es erhebt die Seele und gibt zu den schönsten Betrachtungen Anlaß, wenn man Dich das herrliche krystallhelle Gefäß (Christus) (denn das war er und als ein solches verdient er jede Verehrung) mit der höchsten Inbrunst fassen, mit deinem eigenen hochroten Trank schäumend füllen und den über den Rand hinübersteigenden Gischt mit Wollust wieder schlürfen sieht. Ich gönne Dir gerne dieses Glück, denn Du müßtest ohne dasselbe elend werden. Bei dem Wunsch und der Begierde, in einem Individuo alles zu genießen, und bei der Unmöglichkeit, daß Dir ein Individuum genugtuen kann, ist es herrlich, daß aus alten Zeiten uns ein Bild übrig blieb, in das Du Dein Alles übertragen und, in ihm Dich bespiegelnd, Dich selbst anbeten kannst. Nur das kann ich nicht anders als ungerecht und einen Raub nennen, der sich für Deine gute Sache nicht ziemt, daß Du alle köstlichen Federn der tausendfachen Geflügel unter dem Himmel, ihnen, als wären sie usurpiert, ausraufst, um Deinen Paradiesvogel ausschließlich damit zu schmücken; dieses ist was uns notwendig verdrießen und unleidlich scheinen muß, die wir uns einer jeden durch Menschen und dem Menschen offenbarten Weisheit zu Schülern hingeben und als Söhne Gottes ihn in uns selbst und allen seinen Kindern anbeten. Ich weiß wohl, daß Du Dich dadrinne nicht verändern kannst und daß Du vor Dir Recht behältst, doch find ich es auch nötig, da Du Deinen Glauben und Lehre wiederholend predigst, Dir auch den unsrigen als einen ehernen bestehenden Fels der Menschheit wiederholt zu zeigen, den Du und eine ganze Christenheit mit den Wogen Eures Meeres vielleicht einmal übersprudeln, aber weder überströmen noch in seinen Tiefen erschüttern könnt." K.

*

Krankheit und Sterblichkeit unter dem Einfluß moderner Kultur.

Eine der wichtigsten Errungenschaften des neunzehnten Jahrhunderts ist die Verminderung der Sterblichkeit. Nachdem bereits 1892 Julius Wolf in seinem „System der Sozialpolitik" darauf hingewiesen, wird in zwei Schriften unserer Tage, in dem bekannten Werk von Westergaard „Die Lehre von der Mortalität und Morbidität" sowie in einer Arbeit von Kruse diese Tatsache zum Gegenstand eingehender Untersuchung und exakten Nachweises gemacht. Kruse legt seiner Betrachtung die Abnahme der Mortalität an den einzelnen Krank-

heitsgruppen des gegenwärtig geltenden nosologischen Systems zugrunde; er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die nächste Ursache für den Abfall der Sterblichkeit, der fast für alle Altersklassen gilt und gleichzeitig Stadt und Land umfaßt, in dem Zurückgehen der wichtigsten Infektionskrankheiten läge. Westergaard bedient sich als Beweismateriales der Lebenserwartung, welche die einzelnen Jahresklassen hatten; er vergleicht die Anzahl der durchlebten Jahre bestimmter Gesellschaftsklassen aller Altersperioden in früheren Jahrhunderten und in der Gegenwart. Die Übereinstimmung der Ergebnisse beider Arbeiten gestattet nun zunächst die Entscheidung in einer alten Streitfrage der Sterblichkeitsstatistik, von deren Beantwortung die Beurteilung des Wertes aktiver hygienischer Maßnahmen direkt abhängig ist. Die Führer auf diesem Gebiete nämlich aus der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts — Malthus, Heberden, Laplace, Villerme und andere — hätten sich einer Beweisführung wie der von Krause äußerst skeptisch gegenübergestellt, denn der naturphilosophischen Tendenz ihrer Zeit entsprechend erwarteten sie a priori für die Abnahme einzelner Krankheiten eine kompensierende Zunahme anderer. So sagt Malthus: „Die notwendige Sterblichkeit muß in der einen oder anderen Gestalt kommen und die Ausrottung einer Krankheit wird nur das Signal für die Geburt einer anderen, vielleicht noch tötlicheren sein.“ Diese Voraussetzung von Malthus ist durch den Nachweis der Sterblichkeitsabnahme aller Altersklassen im neunzehnten Jahrhundert, wie ihn Westergaard in seinen Zahlen erbracht hat, endgültig widerlegt, sie gilt nur für einen besonderen Fall, für die Gruppe derjenigen körperlichen Erkrankungen, mit deren Auftreten an sich noch nicht eine Lebensgefahr für die durchschnittliche Gesundheit der Bevölkerung verbunden ist. Wo diese Krankheiten tötlich enden, löschen sie nur solche Leben aus, deren Widerstandskraft durch ererbte, angeborene oder erworbene Schwächezustände eine schon vorher verminderte gewesen war. Man darf solche Krankheiten nach dem Vorgange von Plötz als selektorische bezeichnen, wenn man in diesem Fall die Auslese durch Austilgung nur der Schwächsten ins Auge faßt. Die betroffenen Lebensalter sind besonders das Kindes- und Greisenalter; bevorzugt werden von der Auslese die sozial schlechter gestellten Bevölkerungsklassen, bei denen der kritische Punkt, an dem die Widerstandskraft versagt, höher eingestellt ist.

Aber gerade diese selektorischen Krankheitsformen sind im 19. Jahrhundert die gleichen in ihrer Ausdehnung geblieben wie in früheren Zeitabschnitten. Die Abnahme der Sterblichkeit muß daher ganz anderen Vorgängen zugeschoben werden, die sich in Bezug auf ihre Rückwirkung auf die Gesamtsterblichkeit nach Gottstein, dessen geistvollen Ausführungen in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ wir hier folgen, in drei Gruppen teilen lassen. Erstens ist es gelungen, die Zahl der Erkrankungen an einer Anzahl von schwer das Leben bedrohenden Krankheiten erheblich zu vermindern und damit die Sterblichkeit auf dem Umwege über diese Krankheiten herabzusetzen. Zu diesen Krankheiten gehören z. B. Pocken, Hundswut, Trichinose, Cholera, Typhus, Wochenbettfieber, die durch Verderbnis oder Vergiftung der Nahrungsmittel bedingten Erkrankungen wie Mutterkornerkrankungen, Skorbut, die Metallvergiftungen (Quecksilber, Phosphor, Blei) und andere gewerbliche Krankheiten, die tötlichen Verunglückungen. Aus dieser Aufzählung ganz heterogener Krankheitsformen ersieht man, daß sich in das Verdienst der Abnahme der Erkrankungen der Fortschritt ärztlichen Wissens, der Hygiene und der staatlichen Gesundheitspflege teilen. Zweitens ist es durch die Fortschritte namentlich der Chirurgie gelungen, eine große Anzahl

sonst tötlicher Erkrankungen und Verletzungen weniger lebensgefährlich zu machen, indem teils die Wundbehandlung selbst ihre Gefahren verlor, teils eine Reihe bisher tötlicher Leiden durch das Messer einer lebensrettenden Behandlung zugänglich wurde. Die dritte Gruppe der die Lebenserwartung erhöhenden Ursachen aber ist die bei weitem größte, sie lehnt sich nicht an die Fortschritte der Medizin und Hygiene an, sondern an die der Kultur überhaupt, ihre Wirkung kommt der Mehrzahl aller Erkrankungen zugute sowohl was deren Ausdehnung als deren Lebensgefahr betrifft. Zu diesen Fortschritten der Kultur im allgemeinsten Sinne gehören die Verbesserung der Städtereinigung, die Reform der Trinkwasserversorgung, die Verbesserungen im Krankenhausneubau, in der öffentlichen Armen- und Krankenpflege, ferner auch die Hebung der privaten Kranken- und Kinderpflege, die Verminderung der Gefahr bei Unfällen, die durch die Umwälzung des Verkehrswesens erzielte Verbesserung in der Menge und der Zusammensetzung der Nahrungsmittel, der erhöhte Schutz gegen die Unbilden des Klimas, endlich die zahlreichen öffentlichen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen. Der Hauptgrund also für die im 19. Jahrhundert so auffällig hervortretende Abnahme der Sterblichkeit ist der Fortschritt der Kultur. Die Sterblichkeit nahm ab dadurch, daß viele Krankheiten seltener wurden, vor allem aber dadurch, daß deren Ablauf meist mit geringerer Lebensgefahr verbunden war; dieser letztere Umstand aber war nicht in dem Charakter der Krankheit selbst begründet, sondern in dem Wegfall hinzugetretener Störungen.

Mannheim. Dr. Julian Marcuse.

*

Zur Bestechung von Angestellten in Handel und Industrie.

Man schreibt uns: „Das freie Wort“ hat einen dankenswerten Kampf eröffnet gegen die immer mehr in Handel und Industrie um sich greifende Sitte, Angestellte durch Geschenke, Provisionen usw. zu Geschäften zu bestimmen. Da die Gesetzgebung solchen Mißbräuchen keine Schranken setzt, geniert man sich bereits nicht mehr durch Inserate Angestellte zu suchen, welche solchen Freundlichkeiten gegenüber nicht ablehnend sind. In dem in Frankfurt a. M. erscheinenden „Allgemeinen Industrie-Anzeiger“ und im „Maschinenmarkt“ (Pößneck) findet sich beispielsweise das nachstehende Inserat:

> **Angestellte** industrieller Betriebe können durch Einführung bedeutender Firma in Schmierölen, Fetten, Dichtungen, Packungen, sowie aller sonstigen technischen Artikel, ansehnlichen **Nebenverdienst** erzielen.

Es wird endlich Zeit, daß die Gesetzgebung diesem Gebiet ihre Aufmerksamkeit zuwendet, wenn nicht die Moralität des geschäftlichen Lebens, das doch nur auf Treu und Glauben begründet werden kann, einen Schaden erleiden soll, der nie wieder gut zu machen ist.

Wir haben schon in früheren Aufsätzen energisch auf diesen Krebsschaden hingewiesen und machen den Einsender auf den in No. 12, II. Jahrg. 1902 erschienenen Artikel „Eine offene Wunde am wirtschaftlichen Körper Deutschlands“ aufmerksam, in dem auch die Gründe ausführlich dargelegt wurden, aus denen eine Reform ohne Hilfe der Gesetzgebung auf diesem Gebiete vollkommen aussichtslos erscheinen muß.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort
Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 14. Zweites Oktoberheft 1903. III. Jahrg.

Das Dresdener Arrangement.

„Unser das Reich, unser die Welt", rief der „Vorwärts" nach den Hauptwahlen zum Deutschen Reichstag aus. Das war freilich eine arge Übertreibung, denn bis der Sozialismus das Deutsche Reich oder gar die Welt erobert, wird, wenn es überhaupt dazu kommt, noch gar manche Nummer des „Vorwärts" erscheinen. Aber der Jubelruf, in den er ausbrach, war begreiflich. Die sozialdemokratische Partei hatte ja in der Tat einen glänzenden Sieg errungen. Die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen war um rund eine Million gewachsen, die Zahl ihrer Mandate erhöhte sich schließlich um ein Viertelhundert. Also war es begreiflich, daß Frohlocken durch die Reihen des Sozialismus ging, und der Parteitag, der diesen Wahlen folgte, sollte ein „Parteitag des Sieges", ein Freudenfest werden. Nun, der Parteitag ist in Dresden abgehalten worden, einige Wochen sind seither vergangen, aber nach ihm und heute noch herrscht in der Partei ein Katzenjammer, der seines gleichen nicht hat. Wie kam das?

Die Tageszeitungen haben fortlaufend die Einzelheiten berichtet. Dennoch wird es nicht überflüssig sein, die wesentlichen Punkte der ganzen Sache noch einmal zusammenfassend zu überschauen, denn sie ist sehr lehrreich. Dabei können wir mit dem anfangen, was die Grundlage des heutigen Sozialismus, wenigstens des theoretischen, bildet — mit der materialistischen Geschichtsauffassung. Bebel selbst hat sie auf dem Parteitage zur Erklärung des trostlosen Zustandes herangezogen, in dem die Delegiertenschaft dort sich befand, da er etwa ausführte: Wir zanken uns, weil es Revisionisten gibt, es gäbe aber keine, wenn sich nicht ein Teil der Genossen — Akademiker, Gewerkschaftsführer, Arbeitersekretäre

usw. — in „gehobener Lebenslage“ befände und daher zu einer milderen Auffassung der sozialen Entwickelung gelangt wäre. Diese Erklärung ist aber grundfalsch, und wenn je ein Vorgang gezeigt hat, daß unter Umständen nicht die Dinge, sondern Personen „Geschichte machen“, dann war es der Dresdener Parteitag. Denn die beschämenden Szenen, die es dort gab, und ihr ganz und gar unwürdiges Nachspiel in der sozialdemokratischen Presse, mit Assistenz der „Zukunft“ Hardens — alldies verdankt die Sozialdemokratie in erster Linie Bebel und einigen wenigen anderen Genossen: Mehring, Kautsky, ein bischen auch kleineren Göttern wie Stadthagen, Zubeil u. a. Haben aber Personen solchen Einfluß ausgeübt, dann muß man, um den Hergang zu verstehen, sie kennen.

August Bebel ist ein ehrlicher Mann. Das bezieht sich nicht nur darauf, daß er keine silbernen Löffel stiehlt. Er ist es auch in der Politik, aber freilich ist seine politische Ehrlichkeit sehr oft eine rein subjektive. Das liegt an seinem Temperament. Er ist überhaupt ganz Temperament, ein Jüngling von 63 Jahren, und seine gut erhaltene Konstitution, seine klangreiche Stimme gestatten ihm, diesem Temperament einen Ausdruck zu geben, der unkritische Zuhörer leicht hinreißt. Aber ein Mann solcher Art tut objektiv viel Unrecht, muß es tun, er kann gar nicht anders. Es kommt ihm ein Gedanke, der wichtig erscheint. Alsbald ist er vollständig von ihm erfüllt und geht nun wie ein Bulle auf alles los, was diesem Gedanken in den Weg kommt. Nicht anders war es diesmal.

Die Dresdener Vorgänge und ihr Nachspiel haben natürlich einen sachlichen Hintergrund. Wäre das nicht der Fall und das ganze rein persönliches Gezänk, dann hätte ja diese Partei sich unsterblich lächerlich gemacht. Aber wenn einerseits das Vorhandensein sachlicher Differenzen offenbar ist, so kann man doch andererseits nicht verkennen, daß die Skandale der letzten Wochen dem Regietalent einiger weniger Genossen entspringen. Die sachlichen Differenzen, um die es sich hier handelt, drehen sich, wie bekannt, um den sogenannten Revisionismus. Diesen zu definieren ist keineswegs leicht, denn die Sozialdemokraten, die als „Revisionisten“ betrachtet werden können, haben kein besonderes Programm und stimmen nicht einmal in allen wichtigeren Punkten vollständig untereinander überein. Es ist auch zwischen theoretischem und praktischem Revisionismus zu unterscheiden. Letzterer ist der weitaus ältere. Zu einer Zeit, wo noch kein Sozialdemokrat daran dachte, das marxistische Lehrgebäude anzutasten, hat man praktisch doch schon hier und da eine Taktik eingeschlagen, die mit der reinen Theorie nicht mehr ganz im Einklang stand, und nach der Aufhebung des So-

zialistengesetzes hat Herr von Vollmar, der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, ganz offen einem praktischen Revisionismus das Wort geredet. Er drang damit nicht durch. Aber nach wenigen Jahren bekam er einen Bundesgenossen, da ein theoretischer Revisionismus sich zu entwickeln begann, der in dem Auftreten Bernsteins seinen Höhepunkt erreichte. Bernstein genoß großes Ansehen in der Sozialdemokratie. Er gehörte noch zur alten Garde von Karl Marx, verkehrte intim mit Engels, da er in London als Flüchtling lebte, und wurde mehr denn alle anderen als Hüter des geistigen Erbes der Väter des modernen Sozialismus angesehen. Unter diesen Umständen mußte es in- und außerhalb der Sozialdemokratie das größte Aufsehen machen, als er mit Aufsätzen in der „Neuen Zeit" und schließlich mit einer Broschüre hervortrat, in denen er vom Marxismus so viel preisgibt, daß radikal- und sozialgesinnte Bürgerliche kaum noch Unterschiede zwischen ihrer Auffassung und seiner bemerken konnten. So hat denn die „Bernsteinerei" jahrelang die Öffentlichkeit beschäftigt. Inzwischen kam Bernstein, da sein politischer Steckbrief nicht mehr erneuert wurde, aus London in die Heimat zurück. Seither — es läßt sich nicht leugnen — nahm auch sein Ansehen ein wenig ab. Daß der Prophet im Vaterlande weniger gilt, ist ja eine alte Sache, aber hier hat es auch bestimmte Gründe. Bernstein ist kein guter Redner, auch nicht gerade eine lichtumflossene Gestalt, und schon dies spielt eine Rolle in der Politik. Es kommt aber hinzu, daß er einige taktische Fehlgriffe beging, über die niemand ärgerlicher war als seine Freunde, die es ihm auch gehörig sagten. Während so Bernstein ein wenig zurücktrat, kamen wieder die praktischen Revisionisten in den Vordergrund, die Vollmar und Heine. Und wenn wir nun sagen sollen, was heute den Revisionismus am besten charakterisiert, so müssen wir ein Wort dieses sozialdemokratischen Heine anführen, der durchaus kein Lyriker, sondern ein sehr kühler Kopf ist. Vor einem Jahre, am Schlusse einer großen Versammlung in München, sagte er: Der Sozialismus entwickelte sich einst von der Utopie zur Wissenschaft, heute geht es von der Wissenschaft zur P r a x i s. Damit ist allerdings der Kern getroffen, der Kern dessen, was die Revisionisten wollen. Der Sozialismus war einst Utopismus, damals, als er sich mit Plänemachen beschäftigte, wie die Gesellschaftsordnung durch Dekretieren von Grund aus geändert werden könne. Dann kam Marx. Mit ihm wurde der Sozialismus Wissenschaft, da er lehrte, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht nur wünschenswert sei, sondern mit Naturnotwendigkeit aus den heutigen Zuständen hervorgehen werde. Aber diese Wissenschaft ist doch nicht so ganz zweifelsohne, sie kann bestritten werden und wird auch bestritten, und jeden-

falls ist es eine gefährliche Sache, die Entwickelung eben ganz der Entwickelung zu überlassen und selber nichts zu tun, als zu warten, bis die neue Zeit kommt. Es war gut, daß der Sozialismus von Marx eine Theorie erhielt, denn sie wurde durch das Ideal, das sie zeigte, die treibende Kraft, die die Massen zusammenballte. Aber nachdem sie nun schon organisiert sind, erscheint es richtiger, die in ihnen liegende latente Macht aktuell zu machen, statt weiter die reine Theorie zu hüten, die übrigens längst da und dort durchbrochen worden ist. So entstand in den revisionistischen Kreisen mehr und mehr eine gewisse Mißachtung der Theorie. Eigentlich nicht der Theorie überhaupt, aber des Anspruches, die praktische Politik an die Vorschriften einer Theorie zu binden. Man sah eben mehr und mehr ein — einige haben es immer eingesehen — daß es ein Widerspruch in sich selbst ist, sozusagen wissenschaftliche Politik treiben zu wollen. Soziologische Wissenschaft ist die Erkenntnis der großen Linien, ohne Rücksicht auf das zahllose Detail, das nebenher, drunter und drüber läuft; die Politik hat es aber gerade mit diesem Detail zu tun. Ihm sich anzupassen, es auszunützen, ist ihre Aufgabe, und da kann sie sich nicht ununterbrochen von der großen Linie auf die Finger klopfen lassen. Es ist eben nicht ihre Natur, stets auf der Linie zu bleiben. Und so liegt es auch nicht in der Natur praktisch veranlagter Politiker, auf die Dauer von einer Soziologie sich zur Unfruchtbarkeit verdammen zu lassen. Es geht ein starkes Sehnen nach praktischer Machterweiterung, auch innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, durch weite Kreise der Sozialdemokratie. Die Gewerkschafter haben sich längst von der marxistischen Bevormundung so weit befreit, als sie es für nötig hielten. Die politischen Praktiker schließen sich an. Nahezu jeder neue Abgeordnete ist einer von ihnen. Die Zeit, da der „Revisionismus“ maßgebend sein wird, wird einmal erfüllt sein.

So weit ist es heute noch nicht, aber doch schon so weit, daß Bebel befürchten mußte, in der Reichstagsfraktion häufiger als je in der Minderheit zu bleiben. Die letzten Wahlen hatten den revisionistischen Flügel der Fraktion erheblich verstärkt, nun war natürlich „die Partei in Gefahr“. Dabei ist es merkwürdig, daß Bebel seiner Natur nach gar nicht antirevisionistisch ist. Gewiß, er glaubt fest an das „Endziel“. Aber das tun die meisten ausgesprochenen Revisionisten auch. Das Eine schließt ja das Andere nicht aus: Man kann ein nüchterner Realpolitiker sein und trotzdem an den Sonntagsideen des sozialistischen Staates sich erfreuen und erwärmen. In der Tat ist Bebel Erwägungen der praktischen Politik keineswegs unzugänglich, und in der Frage des Agrarprogramms und der Beteiligung an den preußischen Landtags-

wahlen war er „Revisionist“ so gut wie nur einer. Wenn er trotzdem von Zeit zu Zeit Lärm schlägt, die Partei sei in Gefahr, ihr marxistisches Fundament zu verlieren, so scheint er da, ohne es selbst zu merken, mehr Sprachrohr als Sprecher zu sein. Der aber ist Karl Kautsky. Den Parteigelehrten hat man ihn schon lange genannt, Vollmar hat ihm aber in Dresden eine noch bessere Bezeichnung gegeben: Partei gewordener deutscher Professor. Das ist er wirklich. Die Theorie geht ihm über alles, insofern ist er deutscher Professor; aber nicht die Theorie überhaupt, sondern einzig und allein die marxistische Theorie, die nach seiner Meinung alle Rätsel des Himmels und der Erde gelöst hat — insofern ist er Partei gewordener Professor. Marx, der reine Marx ist ihm Ökonomik, Geschichte, Philosophie, Religion, Anfang und Ende, alles. Und bei aller Einseitigkeit ist er grundgelehrt, was um so mehr anzuerkennen ist, als er nie Akademiker war, und in mancher Hinsicht ein scharfer Kopf und grundehrlich. Er macht aus seinem Herzen keine Mördergrube, er ist stolz darauf, in den Theorien von Marx noch nie den kleinsten Fehler gefunden zu haben. Man kann sich denken, daß ein solcher Mann Revisionisten für eine Art von Verbrechern hält. Da hat Marx der leidenden Menschheit die Allheilslehre gebracht, und diese Leute, die Revisionisten genannt werden, erfrechen sich, nicht nur Sätze dieser Lehre anzugreifen, sondern überhaupt die Theorie mehr und mehr gering zu schätzen! Das tut ihm weh, bitter weh, und dünkt ihm wirklich eine große Gefahr zu sein. Die Sozialdemokratie hat als erste soziale Gruppe aller Zeiten die Forderung Platos, daß der Staat von Philosophen regiert werde, wenigstens insofern erfüllt, als — zwar noch nicht der Staat — aber doch diese Partei bisher von Marx und seinen Gelehrten dirigiert wurde. Nun droht sie diesen Händen zu entschlüpfen. Muß sie da nicht — nach der Meinung dieser Gelehrten — auf Abwege geraten, versumpfen? Die Gefahr ist groß, war nie so groß, wie gerade jetzt nach dem großen Siege. Also mußte etwas geschehen, es mußte ein Schlag gegen den Revisionismus geführt werden. So dachte Kautsky und Bebel wurde das Werkzeug. Wir können das natürlich nicht mit der Sicherheit einer Behauptung sagen, die sich vor Gericht beweisen ließe, denn weder Kautsky noch Bebel hat uns zu seinem Vertrauten gemacht. Aber die ganze Sachlage läßt keine andere Deutung zu. Bebel hat noch nie einen eigenen bedeutenden Gedanken gehabt. Er hat einen starken Willen, aber im Denken ist er immer abhängig gewesen, früher von Liebknecht, zeitweise von Auer, dann von Kautsky und Mehring. Allerdings besitzt er die Fähigkeit, die Gedanken der anderen sich so anzueignen, daß er sie alsbald für seine eigenen hält, und dann verficht er sie mit

der ganzen Leidenschaft, der er fähig ist. Also weiß er sicherlich gar nicht, daß Kautsky der spiritus rector der Dresdener Affäre war, aber daß Kautsky es gewesen ist, unterliegt keinem Zweifel.

Nachdem Bebel einmal in der richtigen Stimmung war, fehlte es auch nicht an einem Anlaß, den Kriegsruf erschallen zu lassen. Den Anlaß bot Bernstein mit seinem Artikel über die Vizepräsidentenfrage und die Rede, die Vollmar in München über den gleichen Gegenstand hielt. Eine Frage, die sich in aller Ruhe hätte erledigen lassen, wenn die Berliner Parteiführer die Ruhe gewollt hätten. Aber sie wollten sie eben nicht, es sollte Lärm, es sollte Skandal gemacht werden, um die Masse der Parteitagsdelegierten zu bewegen, daß sie den Revisionisten tüchtig auf den Mund schlüge. So hoffte man, durch Unruhe Ruhe vor dem Revisionismus zu bekommen. Nun, Unruhe hatte man schließlich mehr, als den Unruhestiftern selber lieb sein mochte, aber die Ruhe, die sie wollen, werden sie nicht finden, denn der Revisionismus hat sich siegreich behauptet.

Eine Spezialfrage, die aber auch den Gegensatz zwischen Orthodoxen und Revisionisten zum Hintergrund hat, verschärfte den Spektakel: die Frage der Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen Blättern. Daß es wiederum Kautsky war, der diese Sache aufgerührt hat, gestand er selbst zu, als er erklärte, Mehring zu dem Artikel veranlaßt zu haben, von dem denn diese ganze aus den Tageszeitungen schon bekannte Affäre sich ableitete. Mehring hat dann auf eigene Faust weiter geschürt, und das komplizierte die Sache abermals, denn zu dem Kampf gegen den Revisionismus kam nun ein Gegenkampf wider Mehring, der Angriffspunkte genug bietet. Mehring ist ein merkwürdiger Mensch. Es ist wohl noch niemand aus ihm klug geworden. Sein großes Talent liegt klar vor aller Augen, aber sein Charakter wird auch in der Sozialdemokratie sehr verschieden beurteilt. Die einen halten ihn einfach für einen Gesinnungslumpen, denn er ist vielfacher Renegat, hat die Sozialdemokratie abwechselnd beschimpft und verherrlicht. Die Andern, so auch Bebel und Kautsky, legen sich ihn als „psychologisches Rätsel“ zurecht, als einen Mann, der von seinem jähen Temperament zwischen Extremen hin und hergebeutelt wurde. In dieser Auffassung liegt sicher etwas wahres, aber es ist noch viel sicherer, daß man einen Mann, der eine Geschichte der Sozialdemokratie schrieb, die viel harte und böse Worte für Liebknecht, Bebel und Genossen hat, nicht von Partei wegen mit der Abfassung einer sozialdemokratischen Geschichte der Sozialdemokratie beauftragt, ohne gesundem Empfinden Hohn zu sprechen; daß man ihm nicht die Herausgabe verschiedener Schriften von Marx anvertraut, den er damals blutig verspottet hat; daß man ihn

nicht den Partei-Sittenrichter spielen läßt, welches Amt er natürlich mit der unerbittlichen Unentwegtheit ausübte, die allen Renegaten eigen ist. Unglaubliche Geschmacklosigkeiten. Freilich trägt weniger Mehring, als die Partei dafür die Verantwortung, aber als es in Dresden zum Kampf ging, mußte er natürlich in erster Linie herhalten.

Auch die Frage der Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen Blättern hätte sich in aller Ruhe, sogar unter der Hand erledigen lassen. Aber das durfte nicht sein, man wollte ja den Spektakel. So wirkte manches zusammen, ihn recht groß zu machen, aber sicher ist, in Dresden wäre nicht mehr passiert, als alljährlich an kleinen Reibereien sich ereignet, wenn nicht einige Personen „in gehobener Lebenslage“ künstlich eine grande affaire *provoziert* hätten: Kautsky, Mehring, Bebel. Unter Assistenz der schmetternden Beredsamkeit derer von Stadthagen und Zubeil, die einem noch vierzehn Tage in den Ohren gellt, nachdem man sie genoß. Das Nachspiel aber arrangiert Herr *Harden*. Auch das hätte man sich ersparen können, wenn man den „Genossen“, die an der „Zukunft“ Hardens mitarbeiteten, im vorübergehen zu verstehen gegeben hätte, daß es klüger und besser sei, diese Mitarbeit zu unterlassen. Aber nein, Herr Harden *mußte* auf dem Parteitag eine Rolle spielen, damit man gewisse revisionistische Genossen recht schlecht erscheinen lassen konnte, und Herr Harden revanchiert sich nun mit der Veröffentlichung von Privatbriefen. Das ist nun mal so seine Gewohnheit. Vielleicht hat man sogar darauf spekuliert? . . . Es konnten ja doch nur Revisionisten kompromittiert werden, denn Orthodoxe verkehrten nicht mit Harden.

Und so hat sich nachträglich noch eine nette Menge von Schmutz aufgehäuft, die gröbsten Beschimpfungen fliegen hin und her, und wenn man *allen* glauben wollte, wären *alle* Lügner, die da gegen einander agieren. Pfui Teufel! Zweimal hat man es auf dem Dresdener Parteitag gehört, wo es nicht nötig war — heute darf man es sagen. Nur eines darf man dabei nicht vergessen: diese Partei hat so viel überschüssige Kraft, daß sie auch diesen Schlammfluß überschreiten wird. Einige werden sich von dem Schmutze reinigen, mit dem sie eben beworfen wurden, und wenn auch ein paar andere darin untergehen sollten — die Entwickelung der Partei geht unaufhaltsam weiter, zur *Praxis*, und das Dresdener Arrangement war *für die Katz*!

Offizierserziehung und Volkscharakter.

Von * * *

II.

Fassen wir alles zusammen, so bemerken wir als hervorstechende und charakteristische Eigentümlichkeiten unseres preußischen Offizierstandes (nicht jedes einzelnen Angehörigen desselben): Fügsamkeit nach oben, prätentiöses Auftreten nach außen hin, — strenge Selbstbeobachtung und Reserve im gewöhnlichen Verkehr. Dabei Überschätzung des eigenen Wertes, der Bedeutung des Standes und infolgedessen dünkelhafter Kastengeist. Endlich Vorliebe für den Schein und Kultus der Person, in letzter Linie Kultus der über alle Kritik erhabenen Person des allerhöchsten Kriegsherrn, und dabei Streben nach Auszeichnung, Standeserhöhung und Gnadenbeweisen. Wo sich diese Eigenschaften mehr oder weniger harmonisch vereinigen, bilden sie den Kulturboden für jenes in neuerer Zeit wieder so üppig ins Kraut geschossene Gewächs des Byzantinismus. Und für das Überwuchern dieser wenig schönen Pflanze dürfte der Einfluß, den die Offizierserziehung auf unser Volk ausübt, stark verantwortlich sein. Nicht, wir wiederholen es nochmals, daß die Offiziere selbst im allgemeinen und einzelnen mit dieser Eigenschaft hervorragend behaftet wären! Was man bei ihrem Stand und ihrer Erziehung als selbstverständlich gelten läßt und, da es nun einmal nach Lage der Dinge nicht anders ist oder sein kann, hinnimmt, das wird, wenn die bürgerlichen Volkskreise geflissentlich sich nach diesem bilden und formen, als Byzantinismus in die Erscheinung treten, als Servilität und Mangel an Volkswillen, wie solches alles jetzt genugsam beobachtet werden kann.

Schon allein die heutige Sprechweise ist ein Beleg für das eben Gesagte. Was westlich der Elbe wenigstens vor 30 oder 40 Jahren in dieser Hinsicht noch ganz fremd war, das ist jetzt im bürgerlichen Leben auch hier gang und gebe. Die submisse Ausdrucksweise „Wünschen der Herr Oberst" — „Befehlen der Herr General" — die (meist überflüssige) Frage „Trinken der Herr Unteroffizier noch ein Glas?" und dergleichen mehr ist längst aus dem militärischen Kreis ins große Publikum übergegangen, so zwar daß das Pronomen „Sie" der Anrede mindestens aus der Sprache der Untergebenen ihren Vorgesetzten gegenüber mehr und mehr zu verschwinden sich anschickt. Es fällt — und der Verfasser dieses ist selbst ein Beleg dafür, trotzdem ihm die schweifwedelnde Anrede gründlich zuwider ist, — es fällt bereits auf, wenn ein Unter- oder Subalternbeamter dem höhern bezw. dem Chef der Verwaltung gegenüber jene Form nicht zur Anwendung bringt. Auch ist unser Sprach-

gefühl bereits derartig abgestumpft, daß wir es als selbstverständlich hinnehmen, wenn in Eingaben oder Berichten das schöne „Euer Hochwohlgeboren" in einem Satze so oft wiederkehrt, als sonst die gewöhnliche Anrede stehen würde.

Nicht minder ist die militärische Vorschrift, dem im Rang oder Dienstalter Höhern beim Gehen stets die rechte Seite zu lassen, jetzt auch in bürgerlichen Kreisen festes Gesetz, wo vor einem Menschenalter niemand an derlei übertriebene Höflichkeitsbezeugungen dachte. Will man dieses Gebahren in der Karrikatur sehen, so muß man sich unsere Studenten betrachten, insbesondere die heute so sympathische Erscheinung des Korpsstudenten. Bei ihm würde es einen Rüffel absetzen, wenn ein Jüngling im zweiten Semester es sich beikommen lassen wollte, nicht auf der linken Seite eines Jünglings zu traben, der das ausgezeichnete Verdienst hat, im dritten Semester zu sein. Überhaupt ist der Korpsstudent ein allzeit dankbarer Abnehmer der Eigentümlichkeiten unseres Offizierstandes, dessen Ehrenkodex er auch als vorbildlich und für sein Verhalten verbindlich anerkennt. Auf mittleren und kleineren Hochschulen suchen die Korps stets enge Fühlung mit den Offizieren zu halten und freuen sich, mit den steifen Vorbildern auf den Kneipen die konventionellen Höflichkeiten austauschen zu können, wenn diese ihnen die Ehre des Besuches schenken. So ist, wie wir bestimmt versichern können, die Rücksicht auf das Urteil des Offizierkorps der Garnison auf den mittleren Universitäten vielfach maßgebend für das Verhalten jener Art studentischer Verbindungen, — nicht zum Vorteil des freien Geistes, der sie von Rechts wegen beseelen sollte. Das norddeutsche Wesen, das seit 1866 die west- und süddeutschen Universitäten überflutet, hat die Blüte froher und ungebundener Originalität geknickt, die hier ehedem heimisch war. Wie steife preußische Geheimräte sitzen auf den Korpskneipen von heute die Jünglinge einander gegenüber; ein herzlicher und natürlicher Ton dringt nicht mehr aus ihrer Brust hervor, aber sorgfältig beobachtet einer den andern, ob nicht ein „direktionsloses" Wörtchen ihm entschlüpft, über das man andern Tags beim C. C. Klage erheben könne. Mit der Mütze in der Hand nimmt der Fuchs die Worte des „ersten Chargierten" entgegen. Die Lieder, die herkömmlicher Weise drei an der Zahl an sogenannten speziellen Abenden gesungen werden, entströmen nicht der Lust am Gesang, die der Norddeutsche ja auch wenig kennt und schätzt; und wenn einmal ein viertes Lied in Vorschlag gebracht wird, kann man sicher Stimmen hören, die da protestieren, daß man „doch kein Gesangverein" sei! Leider scheinen die übrigen studentischen Korporationen, insbesondere die Burschenschaften, die noch vor einem Menschenalter eine bewußt gegensätzliche Stellung zu den Korps einnahmen, mehr und mehr in deren

Fahrwasser einzulenken. Vielleicht daß von denen, die jetzt die Pflege des Sports und der Leibesübungen zum Prinzip erhoben haben, einmal die Reorganisation unseres Studentenlebens ausgehen kann. Sind doch die Korps, die tatsächlich noch den Ton angeben, jetzt vielfach von solchen jungen Männern bevorzugt, die bereits sehr genau es sich ausgerechnet haben, was sie durch ihre Zugehörigkeit zu besagten Verbindungen später zu erreichen hoffen dürfen. Es wäre ja auch zu wunderbar, wenn gewisse mit dem Schläger in der Faust gehaltene Reden unbeachtet unter den Tisch fielen. Respekt vor der Korpsmütze, denkt mancher besonnene Jüngling, die mit Helm und Krone einen Platz einnehmen darf!

Wie viel aus dem akademischen in das spätere Leben hineingetragen wird, läßt sich nicht wägen und messen. Gering sind die Einflüsse nicht, die sich aus den hier erworbenen Anschauungen heraus im gesellschaftlichen Leben unserer Tage geltend machen. Umgekehrt freilich wird auch gar manches aus den Vorurteilen der Gesellschaft in das Studententum übertragen, das besser noch wegbliebe, das ist die ungesunde Berücksichtigung der Standesunterschiede in einer Weise, wie sie vor 30 Jahren ganz unerhört war. Soll es doch jetzt vorkommen, daß die Aufnahme eines jungen Mannes in gewisse studentische Korporationen (wobei wir noch gar nicht an die feudalen Heidelberger und Bonner Korps denken) um deswillen beanstandet wird, weil sein Vater etwa Subalternbeamter oder Gastwirt ist! Dies sind altpreußische Anschauungen, und man kann es genau verfolgen, wie der Kastengeist seit nunmehr 36 Jahren auch im Westen Deutschlands unentwegt sich immer weitere Kreise erobert und die Gesellschaft zersetzt. Je weiter wir nach dem Osten kommen, desto mehr finden wir die Bevölkerung bereits geschieden. Die Scheidung geht von dem Gegensatz der höheren und Subalternbeamten aus, macht aber hier nicht Halt, sondern löst nach und nach eine ganze Stadtbevölkerung in soviel Gesellschaftskreise auf, als Stände vorhanden sind. Vorbildlich für den preußischen Bureaukratismus ist die militärische Hierarchie des Staates, und man ist ja stolz auf den straffen soldatischen Zuschnitt in der ganzen Verwaltung. Für den Geist, der hier infolgedessen herrscht, ein Beispiel. In den neuen preußischen Provinzen war vor dem Jahre 1866 der Gymnasialdirektor der primus inter pares in seinem Kolleg. Unter Preußen ist das anders geworden, er ist jetzt der Vorgesetzte. Ehedem wurde darauf gesehen, daß der Direktor wo nicht das gelehrteste, so doch ein durch wissenschaftliche Leistungen bestbewährtes Mitglied des Kollegs sei. Jetzt ist die Hauptsache, daß er straffe Zucht hält. Auf Führung der Listen, der Klassenbücher usw. wurde früher geringes Gewicht gelegt, jetzt gilt sie fast als die Hauptsache. Diese Überzeugung dem alten Direktor in R. beizubringen,

war allerdings nicht mehr möglich gewesen. Aber sein Nachfolger brachte den Schematismus glänzend in die Reihe, und der Provinzialschulrat konnte, als er das Gymnasium wieder revidierte, in seinen Bericht hineinschreiben, er habe angesichts der musterhaften Einrichtung der Klassenbücher eine große, „sozusagen eine echt-preußische Freude“ empfunden!

Das ist der Schein, auf den alles hinausläuft, — militärischer Drill und soldatischer Kastengeist. Bald wird es auch im Westen Städte genug geben, in denen es undenkbar ist, daß z. B. eine Kaufmannsfamilie in Beamtenkreisen verkehrt und umgekehrt. Man hat hier beobachtet, daß in allen kleinen Städten, in die eine Garnison gelegt wurde, die bessere Gesellschaft sofort auseinanderlief wie saure Milch beim Gewitter: auf der einen Seite die Offiziere und der Landrat, der Oberförster und einige reiche Gutsbesitzer aus der Umgegend (von wegen der Jagd geduldet) — auf der andern die übrigen Honoratioren. Sonst steht der Landrat meist allein und auf einsamer Höhe und verkehrt mit niemanden im Ort, — außerhalb desselben nur mit seinesgleichen und jenen waidgerechten Herren.

Ob da der „hohe Herr“, wie der Landrat tatsächlich in Zeitungsberichten schon hier und da genannt wird, wirklich erfährt, wo das Volk der Schuh drückt, ist unwahrscheinlich. Aber die Staatsraison und die krasse Disziplin gebieten es, daß er dem Schiffskapitän gleicht, der zur Wahrung seines Ansehens niemanden menschlich nahe tritt. Und er hat ja das Vorbild an den Offizieren!

Wir stehen nicht an, diese Scheidung der Stände als ein Hemmnis der Kultur zu bezeichnen, geradezu als ein bildungsfeindliches Element in unserm Staatsleben und als wohl geeignet, auf dessen Zersetzung hinzuarbeiten. Für die Mißerfolge bei der Prussifizierung des polnischen Ostens sind die kleinlichen Kastenunterschiede der Deutschen selbst in jenen Gegenden stark verantwortlich zu machen.

Fürst Bismarck hat im Jahre 1866 einmal, als aus Frankfurt a. M. Klagen über das Auftreten der preußischen Beamten laut wurden, die Äußerung getan, daß dieselben eine eigentümliche Gabe besäßen, sich überall unbeliebt zu machen. Das macht, sie hängen überall den Beamten heraus. In einer der schönsten Städte im Westen der Monarchie fühlt sich ein dem Verfasser bekannter Regierungsrat unglücklich und sehnt sich nach dem Osten zurück, „weil hier der Beamte mehr gelte!“ In keinem europäischen Staatswesen dürfte aber auch die Betitelung und die Behängung mit allerlei Ehrenzeichen so ausgebildet sein wie in Preußen. Die Titel- und Ordenssucht ist hier den Beamten derart anerzogen worden, daß u. E. geradezu eine Gefahr vorliegt, nämlich die,

daß viele den eigentlichen Grund, warum sie Staatsdiener sind, ganz aus den Augen verlieren und das Amt nur als Mittel zur Befriedigung kleinlichen Ehrgeizes betrachten. Die wahren Interessen des Volkes werden dann nicht mehr vertreten, sondern nur, was nach oben hin wohlgefällig ist.

Das Versagen der Verwaltungsorgane in Preußen in schwierigen Lagen, z. B. bei den großen Überschwemmungen in der Provinz Schlesien, beweist, daß die Selbständigkeit des Denkens und Handelns vielfach abhanden gekommen ist. Das ist die Kehrseite der straffen Beamtendisziplin, daß sie das Handeln unter eigener Verantwortlichkeit dem Beamten abgewöhnt.

Was nun die Rang-, Titel- und Ordensverleihung betrifft, so ist es bemerkenswert, wie in Bezug hierauf die Allgemeine Staatsverwaltung in Preußen vor den anderen Ständen bevorzugt wird, — offenbar um deswillen, weil sie am ersten und häufigsten mit dem Militär in gesellschaftliche Berührung kommt, wo schon ein Hauptmann, der nicht 6 Orden hat, eine auffallende Erscheinung ist.

Der Regierungsreferendar und seine weiteren Phasen, der Assessor, der Landrat usw. sind, so sollte man meinen, nur ins bürgerliche übersetzte Offiziere. Man ist ja in den meisten Fällen zugleich Reserveoffizier.

Nun drängt es bekanntlich einen jeden, der das Glück hat, einem bevorzugten Stande anzugehören, — in den acht Übungswochen und an den bekannten 2 glücklichen Tagen mit, sonst ohne die Uniform, — daß man diese Zugehörigkeit nicht nur äußerlich zum Ausdruck bringt. Es genügt also nicht, daß der Landwirt sich von den Knechten und Tagelöhnern daheim „Herr Leutnant“ oder „Herr Rittmeister“ titulieren läßt, daß der Referendar oder Gymnasiallehrer auf die Visitenkarte oder Verlobungsanzeige seinen militärischen Grad (manchmal sogar vor der bürgerlichen Stellung) dem Mitmenschen zum Bewußtsein bringt. Man muß auch innerlich sich als Offizier fühlen und das Standesbewußtsein öfters zum Ausgangspunkt eines militärischen Gespräches machen, damit die Umgebung inne wird, daß sie es mit einem Mann zu tun hat, der das Schwert so gut führt wie ein Aktiver, und der bei soundsovielen militärischen Übungen Proben einer taktischen Befähigung an den Tag gelegt hat, die den Neid und die Bewunderung der aktiven Kameraden erregten. Je mehr sich der Reserveoffizier als solcher fühlt, desto mehr ist er in den Anschauungen des Offizierstandes befangen, und wird Anstand nehmen, solche Meinungen laut werden zu lassen, die nach oben hin Anstoß erregen können. Es wird z. B. versichert und ist wohl glaublich, daß die eifrigsten Verteidiger des Zweikampfes in den Reihen der Offi-

ziere des beurlaubten Standes zu suchen sind, — denn das zeugt von Schneid, ohne sehr gefährlich zu sein. Auch hier gibt der Korpsstudent (der ehemalige) den Ton an.

In welchem Grade militärische Unterwürfigkeit durch die zahlreichen aus dem Unteroffizierstande hervorgehenden Militäranwärter in unser Beamtenleben hineingetragen wird, mag jeder Leser selbst ermessen. Seit langer Zeit stehen sich, wie vielleicht in weiteren Kreisen nicht bekannt ist, die Subalternbeamten in zwei Lagern gegenüber: die Zivilanwärter auf der einen — die Militäranwärter auf der anderen Seite. Es besteht ein latenter, nur in den Fachzeitschriften je zuweilen zum Vorschein und Austrag kommender Antagonismus zwischen beiden Beamtenkategorien, der darin begründet ist, daß erstere, und wohl nicht mit Unrecht, ihre bessere berufliche Vorbildung geltend machen. Letztere, die Militäranwärter, schließen sich naturgemäß um so enger ihren Vorgesetzten an und suchen auf andere Weise zu ersetzen, was ihnen an Kenntnissen abgeht. Und jene wissen sehr wohl die glatte Subordination, die Pünktlichkeit und Fügsamkeit der aus der Armee hervorgegangenen Beamten zu schätzen, die bei der Anrede stramm stehen, wenns verlangt wird, und sich ohne Widerspruch tüchtig anhauchen lassen.

Als der Hauptkanal, durch welchen der Byzantinismus ins Volk geleitet wird, sind aber unbestreitbar die K r i e g e r v e r e i n e anzusehen. Sie sind so recht der Boden und der Tummelplatz für eine ganz spezielle Art modernen Strebertums. Seitdem es bekannt ist, daß die Pflege dieser Art des Vereinswesens an maßgebender Stelle sehr gern gesehen wird, finden sich strebsame Leute, jüngere und ältere, genug, die sich besagter Vereinstätigkeit widmen. An Anerkennung wird es in den seltensten Fällen ihnen fehlen. Bei den Zusammenkünften wird die „Pflege echter Kameradschaftlichkeit“ als Parole ausgegeben, d. h. man begrüßt sich militärisch, und die Herren Offiziere unterhalten sich herablassend mit den „Kameraden“. Zum Ehrenvorsitzenden im Verein wählt man sich auf Vorschlag des darüber instruierten Gensdarmen oder sonst eines Vertrauensmannes einen General z. D. oder a. D., der dann geruht, die Stelle anzunehmen, und das Ereignis von Wichtigkeit wird in der servilen Lokalpresse nach allen Seiten verkündigt, — nicht natürlich, daß dem hohen Herrn selbst sehr daran gelegen ist, ab und zu seinem Herzen in einer an Gesinnung und Schlagwörtern reichen Rede Luft zu machen. Denn dem Verein ist das „brausende, mit Begeisterung aufgenommene Hoch“, der frenetische Jubel der Kameraden, wenn es heißt: der allerhöchste Kriegsherr Hurra! eine Hauptsache, und die Lokalblätter sind vom 28. Januar ab mindestens 14 Tage lang voll von Meldungen, daß auch auf dem entferntesten Heckennest der Kriegerverein es nicht unterlassen

hat usw. So werden die bekannten Hurrarufer gezüchtet, die bei jedem öffentlichen Anlaß die Volksstimmung wiederzugeben scheinen.

Begeisterung auf der einen schließt Kritik auf der anderen Seite aus. Der Begleiter des Byzantinismus ist überall die schwere Ahndung der beleidigten Majestät, jener Prozeß, den Rom und Byzanz bereits mustergiltig entwickelt haben. Wie man in unserem Heerwesen die „*Pflicht zur Denunziation*" lehrt, zeigt ein unlängst erschienenes Werk militärisch-pädagogischen Inhalts, welches, da es einen *Major und Adjutanten bei der General-Inspektion des Militärerziehungs- und Bildungswesens* zum Verfasser hat, wohl als mindestens *halb*amtliche Publikation anzusehen ist.*)

Der Major schreibt:

„Jeder Soldat muß reichs- und königsfeindlichen Bestrebungen überall auf das entschiedenste entgegentreten. Hört er Schmähreden auf den Kaiser, den Landesherrn oder das Heer, so hat er sich das in seiner Gegenwart zu verbitten, *den Redner aber seinem Kompagniechef zur Anzeige zu bringen, damit solchem Manne der Mund gestopft werden kann.*"

Der Mustersoldat, der natürlich jede bei seinen Kameraden wahrgenommene Dienstverletzung rügt und, wenn der gewarnte nicht in sich geht, sofort ihn meldet, beschränkt seine denunziatorische Tätigkeit aber nicht auf die Mitsoldaten, — vor ihm ist niemand sicher. Das Buch schildert, wie er ausgeht, um für die Küche einzukaufen, einem Landsmann begegnet und mit diesem in eine Wirtschaft einkehrt. Hier erzählt der Landsmann, daß ihm von fremden Leuten, die aus der Stadt in das Heimatsdorf gekommen sind und dort große Reden halten,*) Angst vor dem Dienen gemacht worden ist. Da aber ergreift der Mustersoldat das Wort; er schildert begeistert die Fürsorge der Hohenzollern und warnt den Mann vor Umsturzbestrebungen. Als am Nebentisch dann über den Kaiser und die Offiziere geschimpft wird, verbittet sich das der Soldat energisch, zwingt den Majestätsbeleidiger zu Ruhe, *holt einen Schutzmann und meldet den Vorfall.*

Gewiß, — die Beleidigung, d. h. die wissentliche Ehrenkränkung, sei sie nun dem Ersten oder dem Letzten im Staate zugefügt, ist eine niedrige und schlechte Handlung. Aber der gemeinste Kerl ist doch der Denunziant, und den sollte man nicht noch erziehen!

*) Wir geben die Charakteristik nach einem in der Zeitschrift „*Der Türmer*" Jahrg. V, Heft 8 Seite 243 ff. mitgeteilten Auszug. Bei der Richtung der genannten Zeitschrift kann man sich wohl auf die Mitteilung verlassen.

**) Der Verf. vermeidet offenbar die Sozialdemokraten mit Namen zu nennen, wie das Volk den „Gottseibeiuns".

Ruimus in servitium! Wo sind die alten steifnackigen Volksvertreter hin, die vor 60 Jahren sich die Rechte im Staat erstritten, — Rechte, die wir heute kaum noch zu würdigen wissen? Im Jahre 1897 erschien eine Broschüre mit dem Titel: „Kaiser, höre die Wahrheit!“ Wilhelm II. wurde darin beschworen, sich nicht mit Männern aus den Kreisen des Adels und der Offiziere zu umgeben, d. h. mit Männern, die mindestens kein Interesse daran haben, ihn über die wahre Stimmung des Volkes aufzuklären. Warum sollte Wilhelm II. dem Rate folgen? Die Sache funktioniert ja prächtig so wie sie eingeleitet ist. Und ist es ihm etwa übel zu nehmen, wenn er Orden und Titel ausgiebig verleiht, da ja die Nachfrage darnach fortwährend im Steigen begriffen ist? Wird dann und wann einmal im Reichstag ernstlich genörgelt, so ist (wie in der Rabener'schen Satire vom Dorfschullehrer) der „große Junge“ da, den man sich hält und der mit einer wenn auch nichtssagenden, so doch ganz amüsierlichen Rede um den Kern der Sache herumgeht, — und alles ist beruhigt! Chinesische Zustände . . . , endlicher Quietismus.

Als man das Volksheer schuf, hatte man andere und sehr ernste und wichtige Zwecke nach außen hin dabei im Auge. Daß es auch nach innen so gute Dienste leisten und jegliche Opposition mit der Zeit in dem aus ovationsbedürftigen Herzen und Kehlen aufsteigenden Weihrauch begraben würde, durfte man von vornherein nicht annehmen. Hier treffen zwei Linien unter einem gemeinschaftlichen Neigungswinkel aufeinander, und es vollzieht sich ein unaufhaltsamer Prozeß, der in dem Bedürfnis der Menge nach dem Kultus der Person seinen Boden, in der militärischen Dressur die treibende und richtunggebende Kraft gefunden hat.

Das klerikale Schulideal.

Von August Erdmann (Köln).

Auf der Kölner Katholikenversammlung — der fünfzigsten — ist in einer der Jubelfeierstimmung entsprechenden Weise das hohe Lied des Katholizismus gesungen worden. In unendlichen Variationen hat es die Welt zu hören bekommen, daß die schon halb verlorene Menschheit vollends zugrunde gehen, daß Sitte und Ordnung bis auf den letzten Rest verschwinden und Barbarei und Umsturz Platz machen muß, wenn nicht der Kirche die ihr gebührende Freiheit gegeben und ihr damit ermöglicht wird, ihre Mission: die Rettung und Erlösung der

Menschheit, zu erfüllen. Man weiß, daß die Freiheit der Kirche in klerikalem Sinne nicht damit erfüllt ist, wenn die Kirche die jeder andern Organisation zustehenden Rechte erhält. Die Kirche hat höhere und weitere Rechte zu beanspruchen. Vor allen Dingen gehört zu den unveräußerlichen Rechten der Kirche die Mitverwaltung des Schulwesens; die Erziehung der Jugend soll nicht ohne die Kirche, soll eigentlich durch die Kirche geschehen.

Um die grundlegenden Absichten des Klerikalismus bezüglich der Schule richtig zu würdigen, ist es nötig, auf die Zeit zurückzugehen, wo seine Wortführer, ungehindert und unbelehrt durch die Macht der späteren Tatsachen, sich frei und offen aussprechen zu können glaubten. Wenn sie nachher, und namentlich in unseren Tagen, ihre Forderungen geändert und gemäßigt haben, so nicht aus gutem Willen, sondern aus dem Zwang der Verhältnisse heraus, denen gegenüber sie klug genug waren, preiszugeben, was nicht zu halten war. Aber um den Geist des Klerikalismus zu erkennen, ist es gut, ihn in jenem Zustande zu beobachten, wo er noch hoffen durfte, sein Regiment der Gesellschaft aufzuzwingen; das ist gut, auch wenn die Gefahr, daß er zur Herrschaft gelangt, nicht mehr besteht, da die Grundanschauungen des Klerikalismus sich auch nicht verleugnen, wo er modernisiert und gemäßigt auftritt.

Der Katholische Verein Deutschlands, wie sich die Gesamtheit der bei der ersten Katholikenversammlung in Mainz (1848) vertretenen Vereine nannte, hatte nach § 7 seiner Satzungen u. a. auch den Zweck, „die Freiheit des Unterrichts und der Erziehung zu erringen und zu sichern."

Wenn die Klerikalen von „Freiheit" reden, dann hat man allen Grund, dahinter eine schlimme Absicht zu vermuten. Der Unterricht ist nach klerikaler Anschauung Sache der Kirche — Freiheit des Unterrichts im klerikalen Sinne heißt also weiter nichts als: Unterordnung der Schule unter die Kirche. Und in welcher Art diese Unterordnung sich zu gestalten hätte, darüber belehren uns die Reden der klerikalen Führer in den Parlamenten der damaligen Zeit.

Im November 1849 erklärte der Abgeordnete Peter Reichensperger in der preußischen zweiten Kammer, das Übel der Zeit liege „in der schiefen Stellung der Schule zum Staat und zur Kirche, in ihrer systematisch vorbereiteten Emanzipation von der Kirche", und er fuhr fort:

„Hieraus ist eben jener Dünkel der Halbbildung erwachsen, der künstlich genährt, einen großen Teil unseres Lehrerstandes ergriffen hat; hieraus endlich der Geist der Auflehnung gegen die christlichen Institutionen, hieraus die Forderung,

daß die Schule als eine dritte selbständige Macht hingestellt werden möchte zwischen Staat und Kirche . . . Hinter solchen Bildungsanstalten aber, die auf dieser Grundlage beruhen, sehe ich meinerseits badische Zustände, d. h. die Entchristlichung und Entsittlichung des Volkes bis in sein innerstes Mark, allgemeinen Volksatheismus und seine letzte Frucht: die Revolution!"

Reichensperger fordert, „daß jede Stunde . . . den Geist und das Herz der Jugend erfassen und bilden und zu religiösem Bewußtsein erheben muß. Um dies zu erreichen muß das christliche Element den gesamten Volksunterricht stetig durchdringen. Namentlich unser deutsches Volk hat gottlob im großen ganzen noch keine Idee von einer Schule, die nicht von der christlichen Anschauung getragen, in der Gottes Wort nicht die Hauptsache ist. Unser christliches Volk sieht sein Bedürfnis nach christlichem Unterricht nicht befriedigt, wo man Lesen und Schreiben und Gebote, aber nicht beten lernt; die christliche Schule ist ihm die Erziehungsanstalt zu christlichem Leben."

Um die konfessionellen Schulen und kirchlichen Privatschulen, die selbstverständlich nicht auf das Schulgeld verzichten mochten, nicht zu schädigen, erklärte sich Reichensperger gegen die Unentgeltlichkeit des Unterrichts der öffentlichen Schulen. Auch hier wieder im Namen der „Freiheit". Wie Reichensperger meinte, handelt es sich „um die Einführung eines Monopols gegenüber dem freien Unterrichtssysteme, weil von einer freien Konkurrenz da nicht mehr die Rede sein kann, wo die eine Anstalt durch allgemeine Staatssteuern unterhalten wird und unentgeltlich unterrichtet, während man der andern die Zumutung macht, sie möge nur frei konkurrieren, sie möge auf eigenen Füßen stehen."

Das „rote Gespenst" war auch damals schon ein beliebtes Mittel zur Verteidigung rückschrittlicher Bestrebungen. Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts war nach Reichensperger eine „Konzession an den Sozialismus". Er sagte:

„Ich behaupte, daß man den unteren Klassen und den Armen von einem Rechte auf Bildung ebensowenig, als von einem Rechte auf Lebensunterhaltung sprechen darf, sondern daß das, was man diesen Klassen zuwendet, nur als eine Wohltat gegeben und empfangen werden, daß sich hierauf ein Austausch der christlichen Liebe gründen muß, der gebenden nämlich und der empfangenden. Wer aber hier von Rechten und Zwangspflicht spricht, der hat sicherlich die Folgen solcher Prinzipien nicht erwogen. Sobald Sie

ein Recht des Einzelnen anerkennen, geistige Bildung von der Gesamtheit zu fordern, so müssen Sie auch anerkennen, daß der Einzelne ebenso berechtigt ist, den Lebensunterhalt von der Gesamtheit zu fordern. Denn das Leben selbst steht höher als die Bildung . . . Haben Sie endlich einmal das Prinzip aufgestellt, daß Bildung und Lebensunterhalt ein Recht des Einzelnen der Gesamtheit gegenüber sei, dann haben Sie stillschweigend das Recht auf Genuß, ja, auf gleichen Genuß eingeräumt, da ja auch die Bildung für alle eine gleiche sein soll. Das aber ist der konsequente Sozialismus, so wie er in Baden auf der Devise des Herrn von Struve gestanden hat: Freiheit, Bildung, Wohlstand. Ich meinerseits glaube, daß dies der Untergang der Menschheit und jedes Staatsverbandes ist. Ich fordere daher, daß man dem Anfang des Übels entgegentrete, bevor es zu spät ist, ich fordere namentlich, daß die Staatsgewalt auch nicht mit einem Scheine von Anerkennung diesem Sozialismus, dem Feinde der Menschheit begegne. Ich fordere, daß die Staatsgewalt im Kampfe der guten und schlechten Prinzipien, der guten und schlechten Eigenschaften niemals vor den letzteren das Knie beuge, daß sie unbedingt und überall nur dem wahren Recht und der wahren Freiheit huldige."

Und im April 1854 erklärte sich Reichensperger abermals gegen die Unentgeltlichkeit des Unterrichtes, eine Forderung, die er auch jetzt ein „kommunistisches Prinzip" nannte. Die dadurch den Gemeinden aufgelegte Last sei zu groß, daß man nicht auf alle Weise sinnen werde, um dem Unrechte zu begegnen: „Ja es ist bereits zum klaren Bewußtsein gekommen, daß man den Folgen jenes falschen Prinzips einfach dadurch begegnet, daß man sagt, es werden nun alle öffentlichen Volksschulen Armenschulen sein. Man wird sich also künftig hüten, besondere Armenschulen zu errichten; es werden künftighin die Kinder der Armen auf denselben Bänken mit den Kindern der Wohlhabenden sitzen. Die Unannehmlichkeiten, die daraus erwachsen, werden nicht allein die Kinder, sondern auch die Familien treffen. Es sind dies Unannehmlichkeiten, die sich jeder vergegenwärtigen kann."

Aus einer totalen Verkennung des Klerikalismus und seiner Wortführer heraus hat man es fertig gebracht, die beiden Reichensperger demokratischer Neigungen für fähig zu halten, wohl deshalb, weil sie viel mit dem Wort „Freiheit" hantierten und gelegentlich gegen die preußische Bureaukratie, die sich im Rheinlande allerdings besonders mißliebig gemacht hatte, ein treffendes Wort fanden. Im Grunde waren die Reichensperger die reaktionärste Gesellschaft, die sich denken läßt; ihre Hal-

tung in der Schulfrage allein sollte genügen, sie als vollendete Rückschrittler zu kennzeichnen.

Wenn nun der Staat die Freiheit des Unterrichts anerkennen wollte, dann wird man als Mindestmaß der staatlichen Fürsorgepflicht auf dem Gebiete der Erziehung ihm unter allen Umständen das Recht zusprechen müssen, von den Lehrpersonen den Nachweis der Lehrbefähigung zu verlangen. Der § 152 des dem Erfurter Reichstage der Unionsstaaten vorliegenden Entwurfs der Reichsverfassung sagte: „Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu leiten und an solchen Unterricht zu erteilen, steht jedem Deutschen frei, wenn er seine Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat.“ Das behagte den Klerikalen nicht; ihnen kam es nicht nur darauf an, daß die Kirche das Recht des Unterrichts erhielt, sie wollten diesen Unterricht auch in ihrem Sinne gestalten und verwarfen vor allen Dingen bei Lehrern wie Schülern den Nachweis eines bestimmten Maßes von Leistungen. Wozu forderte man Freiheit des Unterrichts, wenn damit nicht die Freiheit der Verdummung garantiert war. Peter Reichensperger begründete seine ablehnende Haltung gegenüber dem oben zitierten Paragraphen wie folgt:

„Was soll der Nachweis der Befähigung seitens der Lehrer in den Privatschulen dem Staate für eine gewichtige Garantie geben? Kann wirklich dadurch der Staat beruhigt werden, daß der Privatunterricht von einem Manne geleitet wird, der vor Jahr und Tag einmal eine Prüfung abgelegt hat? Ist nicht, wenn man auf derartige äußere Garantien zurückgehen will, der moralische Charakter des Lehrers ungleich wichtiger als seine technische und wissenschaftliche Befähigung? . . Mit einem solchen Artikel werden Sie nun niemals das demokratisch-sozialistische Gift aus den Volksschulen bannen können; an Befähigungszeugnissen wird es jenen Volksverderbern, die sich Volkslehrer nennen, nie fehlen . . .“

Die kirchlichen Körperschaften, die Schulen unterhielten, könnten und würden sich einer Prüfung von Staats wegen nicht unterziehen — erklärte Reichensperger, der Staat werde also „auf die hohen Dienste derartiger religiöser Körperschaften oder aber auf das Befähigungszeugnis des § 152 verzichten müssen.“ Und nun folgt eine Lobrede auf die christliche Grundlage des Volksunterrichts: „Die Religion muß dem Unterricht die letzte Weihe geben und nur die Religion gewährt jene Gewalt über die jugendlichen Gemüter, welche die in ihnen ausgestreuten Saatkörner befruchtet und zum blühenden Baume aufgehen läßt. Die Religion muß also in der Volksschule immerdar zum Grunde gelegt werden usw.“

Indessen war es den Klerikalen nicht nur um den Elementarunterricht zu tun; ihre Anmaßung ging weiter: die höheren Schulen bis zu den Universitäten hinauf sollten der Kirche untergeordnet werden. In der preußischen zweiten Kammer erklärte am 27. April 1854 ein Redner, daß er in Elementarschulen dem konfessionellen Momente eine Bedeutung zugestehen wolle, daß er dies aber unmöglich für Universitäten wahr halten könne. Das rief den Abgeordneten August Reichensperger auf den Plan; er erklärte, sich entschieden gegen den Vorredner wenden zu müssen. Nicht hoch genug könne die Frage angeschlagen werden, ob die Wissenschaft, wie sie an den Universitäten gelehrt werde, auf christlich-konfessionellem Boden wurzle oder ob sie sich selbstgefällig darüber hinwegsetzen wolle oder solle. Auch die höchste Wissenschaft sei der Fäulnis überliefert, wenn sie nicht von christlichem Geiste getragen werde, und dieser christliche Geist sei und bleibe ewiglich ein spezifischer, ein konfessioneller . . .

Reichensperger begründete das folgendermaßen: „Ich erinnere nur daran, daß ein großer Historiker gesagt hat, daß das Papsttum die halbe Weltgeschichte bilde. Dann wird er mir aber gewiß zugeben, daß es keineswegs gleichgiltig ist, ob ein Voltaire, ein Rotteck oder ein Hurter die Weltgeschichte doziert . . . Aber auch in der Philosophie ist es so . . . Es ist doch wohl unzweifelhaft ein großer Unterschied, von welchem religiösen Standpunkte aus man sie betrachtet . . . Ich gehe aber auch noch weiter und behaupte, daß es für die ganze Behandlung des klassischen Altertums von wesentlicher Bedeutung ist, ob man dasselbe von einem religiösen oder von einem irreligiösen Standpunkte aus betrachtet . . . Hinsichtlich der Geschichtsprofessoren ist es wohl keine Frage, daß es von unmittelbarem Einflusse ist, welcher Konfession die einzelnen Professoren angehören. Was die Philosophie anlangt, so will ich auch kein Wort darüber verlieren, weil das Interesse ein handgreifliches ist. Man könnte dasselbe vielleicht eher hinsichtlich der Medizin in Frage stellen. Allein ich müßte mich doch sehr wundern, wenn es Ihnen nicht ebenso wie mir aufgefallen wäre, daß die jungen Mediziner, Botaniker, die Naturforscher überall vorherrschend einem nicht christlichen, pantheistischen Standpunkte huldigen. Glauben Sie denn nun etwa wirklich, daß das Studium der Naturwissenschaften als solches dies mit sich bringt? Ich kann und werde es nie glauben, daß das Studium der Natur von dem Christentum abziehen müsse, ich bin überzeugt, daß alle Wahrheit das Christentum bestärkt und von ihr bestärkt wird . . . Woher kommt nun die von mir konstatierte Erscheinung? Nehmen Sie es uns wenigstens

nicht übel, daß wir nach jenen Erfahrungen Wert darauf legen, daß auch verhältnismäßig katholische Professoren in diesen Fächern angestellt werden . . ."

Wir denken, das sollte genügen zur Kennzeichnung der klerikalen Bildungsbestrebungen. Indessen um zu erkennen, wie sich die Klerikalen die Ausgestaltung des Schulwesens im einzelnen dachten, müssen wir einen Blick werfen auf die Verhandlungen des Katholikentages, der im Jahre 1852 in Münster stattfand. Dort lag ein Antrag aus Danzig-Marienwerder vor, der lautete:

„Die Versammlung möge beschließen, daß überall wo Schulbrüder und Schulschwestern noch nicht eingeführt sind, die katholischen Vereine ihre Tätigkeit darauf richten, sie einzuführen und ihnen die Leitung und Erziehung der katholischen Jugend zu übertragen."

Professor Michaelis aus Paderborn wandte sich gegen den Antrag und bat darüber zur Tagesordnung überzugehen. Er meinte: „Dieses beständige Antragen auf Einführung von Schulbrüdern enthält im allgemeinen ein gewisses Mißtrauensvotum gegen unsern ganzen Lehrerstand und trägt sehr dazu bei, den Lehrer von dem Geistlichen zu entfremden. Dieses Mißtrauen zu nähren ist keine Sache des katholischen Vereins. Wir müssen Geistlichkeit und Lehrerstand aufs innigste aneinander knüpfen."

Die folgenden Redner pflichteten teils dem Antragsteller, teils dem Professor Michaelis zu. Professor Dr. Heinrich aus Mainz hob zur Empfehlung der Schulbrüder hervor, wie ihr Stand als Religiosen an und für sich sie so hoch stelle; denn so gewiß die Virginität erhabener sei als die Ehe, sei der geistliche Stand höher als der Laienstand, so auch die Schulbrüder besser als die Lehrer, die weltlichen Stand haben. Ferner zeigt der Redner, wie Ordensleute zu dem heiligen Werke der Erziehung, das so viel Selbstverleugnung, so tiefen christlichen Sinn fordere, besonders befähigt seien. Das Institut sei zwar auf fremdem Boden einheimisch, könne aber deutsch werden.

Domkapitular Krabbe aus Paderborn verlieh der klerikalen Anschauung den bündigsten Ausdruck, indem er sagte: „Nicht der Schullehrer, sondern der Pfarrer ist der eigentliche vom Heilande selbst durch seine Kirche bestellte Lehrer und Erzieher der Jugend und der ganzen Gemeinde. **Der Lehrer ist nur der Gehilfe des Pfarrers, nicht der selbständige Erzieher.**"

Dieser Satz ist auch im amtlichen Protokoll des Münsterer Katho-

likentages im Druck ausgezeichnet und ihm damit die offizielle Weihe verliehen worden. Ausgehend von dem obigen Satze kam Krabbe dazu, die Einführung der Schulbrüder bedenklich zu finden, „weil sie nicht als Gehilfen des Pfarrers sich ihm vollkommen unterordnen", sondern weil sie „nach ihren Regeln ihre Lehre und Erziehungstätigkeit, wie es ihre Pflicht und ihr Recht ist, einrichten, daß sie auch rücksichtlich ihres amtlichen Wirkens ihren Oberen untergeben sind, also nicht ganz und gar als Gehilfen des Pfarrers nach einem und demselben Systeme und Plane jederzeit unterrichten und bilden können und dürfen".

Wenn hierin, so meinte Krabbe eine Modifikation eintrete, so falle das Hauptbedenken, das man gegen das Institut der Schulbrüder haben könne. Professor Dr. Heinrich macht ihn darauf aufmerksam, daß in den verschiedenen Kongregationen ein Hauptartikel sei, der einschärfe, daß sie dem Pfarrer unbedingt Gehorsam zu leisten haben. Domkapitular Krabbe gibt das zu, aber, so meint er, „die Art und Weise des Unterrichtens, die Form der Lehrgegenstände, selbst das Wieviel ist alles in den „Regeln" vorgeschrieben und darauf steht dem Seelsorger, der doch für die Bildung der Jugend verantwortlich ist, keine weitere Einwirkung zu."

Schließlich wurde folgender Antrag ohne Widerspruch angenommen:

„Da die Zukunft der Gesellschaft von der religiösen Bildung und Erziehung der Jugend in den Volksschulen, diese aber von der Persönlichkeit der Lehrer abhängt, so spricht die Generalversammlung den dringenden Wunsch aus, die katholischen Vereine wollen eifrigst dazu mitwirken, daß die Elementarschulen entweder Schulbrüdern und Schulschwestern oder solchen weltlichen Lehrern und Lehrerinnen übergeben werden, die unter Leitung der königlichen Oberhirten eine echt religiöse Bildung und Erziehung genossen haben."

Das also waren die Anschauungen und Bestrebungen der Klerikalen auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens. Die aus den amtlichen Geschichtsdokumenten der damaligen Zeit gezogenen Nachweise bedürfen keiner Erläuterungen; sie reden in ihrer bündigen Kürze eine Sprache, die Jedermann verständlich ist. Unterdeß ist ja nun ein halbes Jahrhundert vergangen und manches hat sich geändert, auch bei den Klerikalen. Sie werden eingesehen haben, daß an der Tatsache der allgemeinen Volksschule, an der Schulpflicht und Unentgeltlichkeit des Unterrichts nichts mehr zu ändern ist; die Freiheit des Unterrichts in dem

Sinne, wie sie es damals verstanden, fordern sie nicht mehr. Ihr Streben geht dahin, die bestehenden Schulen unter den Einfluß der Kirche zu bringen, wofür es mancherlei Mittel und Wege gibt, die sich zusammenfassen in der Forderung eines „christlichen Schulgesetzes“. Und wie aus den Reden auf dem Kölner Katholikentage hervorgeht, schöpfen die Klerikalen aus den gegenwärtigen Zeitverhältnissen große Hoffnungen für die Verwirklichung ihrer Pläne. Die Anspielungen auf die Gefahren des „Umsturzes“, auf die Erfolge der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen und demgegenüber die unablässigen Anpreisungen der Kirche als Retterin aus aller Not — geschahen in der Absicht, die Regierungen für die Bestrebungen der Klerikalen empfänglich zu machen. Und unter diesen Bestrebungen steht die Unterordnung der Schule unter die Kirche in erster Linie.

Wie Reichensperger nach den Tagen der 1848er Revolution das „rote Gespenst“ vorführte zur Stütze seiner reaktionären Angriffe auf die Volksbildung, so hörten wir es dreißig Jahre später, bei der Beratung des Sozialistengesetzes. Damals, nach dem Attentat Hödels, war es der Zentrumsabgeordnete Dr. Jörg, der im Reichstage sagte: „Das allererste, was nottut, ist die Regenerierung der Schule. Mich für meine Person erschreckt die Sozialdemokratie der Gegenwart viel weniger als die Sozialdemokratie der Zukunft, die heranwächst aus unserer Jugend. Man hat in verfehlter politischer Berechnung die Schule überall mehr und mehr dem religiösen Einfluß entzogen; man hat damit, ohne es zu wollen, ihre Türen der Sozialdemokratie geöffnet. Ja, meine Herren, diese moderne Pädagogik, ich möchte fast sagen, diese moderne Schulwut ist das Seminarium der Sozialdemokratie. Denn — ich will mich ganz verständlich ausdrücken — ob diese moderne Pädagogik will oder nicht, sie wirkt tatsächlich dahin, daß sie einen jeden hinaushebt über seinen Stand und so die Unzufriedenheit aussät in allen Kreisen des Volkes. So will ich es verstanden haben, wenn ich Ihnen sage, ein mühseliger und beladener Mensch, ein sogenannter Arbeiter, der nicht mehr betet, der es nicht gelernt oder vergessen hat, ist unter Umständen die leichte Beute der Sozialdemokratie, sobald sie kommt, ihn zu holen.“

Solche Töne werden wir in der nächsten Zeit häufiger zu hören bekommen, und bei der mit Unkenntnis der Dinge gepaarten Furcht, die die Regierung und ein Teil der bürgerlichen Parteien vor der Sozialdemokratie haben, ist zu befürchten, daß die klerikalen Argumente nicht ohne Eindruck bleiben — zum Schaden der Allgemeinheit, zum Nachteil

unserer Kultur, unserer Bildung und Gesittung. Mögen diejenigen bürgerlichen Kreise, die Wert darauf legen, nicht der Sache der Scharfmacher und Rückschrittler zu dienen, desto wachsamer auf der Hut sein.

Deutsche Staatsanleihen.

Von Mentor.

Am 17. April dieses Jahres wurden 290 Millionen Mark 3 prozentige Reichsanleihe zu 92 % zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Die Subskription hatte einen beispiellosen Erfolg; die Anmeldungen auf die neue Anleihe beliefen sich auf nicht weniger als 13 750 Millionen Mark. Aber unmittelbar nach der Emission schlug der Kurs der Reichsanleihe weichende Richtung ein, und erst in der allerletzten Zeit ist wieder leichte Erholung eingetreten. Am 1. Oktober stellte sich der Kurs auf 89.90 %, so daß an den im April aufgelegten 290 Millionen in einem Zeitraum von noch nicht sechs Monaten nicht weniger als 6 Millionen verloren worden sind. Die starke Entwertung unserer heimischen Anleihen scheint jetzt auch in den Kreisen der Regierung Bedenken hervorzurufen. Es verlautet, daß eine Art Enquète veranstaltet werden soll, um durch sachverständige Urteile zu ermitteln, ob für unsere deutschen Staatsanleihen einerseits die Emissions-Praxis verbesserungsfähig ist und andererseits, ob etwas zur Hebung des Kurses getan werden kann.

Auffällig erscheint jedenfalls, daß die Kurse der deutschen Anleihen, trotz ihrer unbestritten erstklassigen Qualität und ihrer vorzüglichen Unterlagen, nicht nur hinter den Kursen der englischen und französischen Renten, sondern auch der Anleihen Hollands, Belgiens und der Schweiz mehr oder weniger stark zurückstehen. Das liegt zum Teil an historischen Gründen. Im Ausland hat von jeher die Anlage in den heimischen Renten eine weit größere Rolle gespielt als in Deutschland, wo die landschaftlichen und Hypotheken-Pfandbriefe sowie die Städte-Obligationen mit ihrer etwas höheren Verzinsung eine starke Konkurrenz bilden. Überdies aber kommt in Betracht, daß das deutsche Publikum, um die Durchschnitts-Rente seiner Anlage aufzubessern, gern und viel zu ausländischen Werten greift, und ebenso den industriellen Obligationen großes Interesse zuwendet. Nirgends aber wohl ist auch der Sinn für die Spekulation so ausgebildet wie in unserm deutschen Kapitalisten-Publikum. Die Kapitalisten sind in Deutschland zu zählen, die ihre Anlagen ledig-

lich in mündelsichern Werten machen und sich damit begnügen, zu jedem Termin ihre Coupons einzukassieren, ohne auf die Kursbewegung ihrer Werte irgendwelches Gewicht zu legen. In Deutschland haben sich die Kapitalisten daran gewöhnt, mit ihren Anlagen auch die Chancen der wirtschaftlichen Konjunktur auszunützen. Früher allerdings geschah dies derart, daß die eigentliche Kapital-Anlage davon nicht berührt wurde. Letztere vollzog sich damals weit mehr als jetzt in erstklassigen Anleihen, während das spekulative Bedürfnis durch Zeitkäufe in Industrie-Werten befriedigt wurde. Da kam das Börsengesetz mit seinem Verbot des Ultimo-Handels in industriellen Aktien. Die unmittelbare Folge war, daß das Publikum sich den Kassa-Werten des Industrieaktien-Marktes zuwandte und einen Teil des vorher in deutschen Anleihen investierten Kapitals jetzt in diesen Werten anlegte. Dadurch wurden dem deutschen Anlagemarkt ganz enorme Kapitalien entzogen, ohne daß die Spekulation nachgelassen hatte. Denn nicht nur wurde dadurch bewirkt, daß sich die Durchschnitts-Anlage des einzelnen Kapitalisten qualitativ verschlechterte, sondern es wurde auch der Spekulation kein Einhalt getan; nur wurde sie ins Ausland gedrängt, und die enormen Engagements, die das deutsche Publikum in Goldshares und amerikanischen Aktien an den ausländischen Börsen unterhält, geben Zeugnis davon, wie wenig das Verbot des Terminhandels in Industriepapieren nach dieser Richtung genützt hat. Will man deshalb den Markt für deutsche Staatsanleihen wieder kräftigen, so ist vor allem notwendig, daß bei der in Aussicht genommenen Revision des Börsengesetzes das Verbot des Terminhandels in Industriepapieren zurückgenommen wird. Nicht weniger hat aber zur Eindämmung des Interesses für unsere Anleihen die Umsatzsteuer beigetragen, der alle Transaktionen in deutschen Anleihen ebenso unterliegen wie in allen anderen Werten. Dadurch wurde vor allen Dingen unmöglich gemacht, daß die deutschen Anleihen, wie dies früher häufig der Fall war, zur vorübergehenden Anlage gekauft werden. Überdies wurde dadurch die Tätigkeit der kleinen und kleinsten Spekulation unterbunden, die heute kauft, um morgen mit bescheidenem Nutzen wieder zu realisieren. Solche Umsätze können die Steuer nicht vertragen und müssen deshalb unterbleiben. Ihre Bedeutung ist aber nicht zu unterschätzen, denn es wurden dadurch sehr große Summen dem Markt entzogen und namentlich wurde verhindert, daß jedes Angebot sofort einen Kursdruck veranlaßt. In Frankreich hat man den Renten-Umsätzen eine Vorzugsstellung eingeräumt und sie von der Umsatzsteuer befreit. Wenn es in Deutschland der Regierung Ernst ist mit ihrer Absicht, für die Hebung des Kurses unserer heimischen Anleihen etwas zu tun, so wird sie zunächst eine Änderung des Stempelsteuer-Gesetzes her-

beiführen müssen, dahingehend daß alle Umsätze zu deutschen Anleihen steuerfrei bleiben.

Aber auch wenn die Regierung diesen beiden Forderungen nachkommen wollte, so würde dadurch, wenngleich der Anleihe-Markt zweifellos wesentlich gewinnen würde, auf demselben doch nur der Zustand wieder hergestellt sein, wie er vor Börsengesetz und Stempelgesetz in Deutschland bestanden hat. Es bleibt aber noch die Frage zu erörtern, wie es möglich ist, unseren Anleihen die gleiche Stellung zu geben, wie sie die erstklassigen ausländischen Staatsanleihen einnehmen. Dabei stoßen wir zunächst auf die Tatsache, daß im Ausland sich die Anlagen der öffentlichen und privaten Kassen und Fonds weit mehr als bei uns in den heimischen Anleihen vollziehen. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist der hohe Kurs der Staatsanleihen nicht zum wenigsten dem Umstand zu danken, daß die Emissionsbanken gehalten sind, für ihre Noten-Emission die Deckung zum großen Teil in United States Bonds anzulegen. In Frankreich sind die staatlichen Sparkassen die größten Rentenkäufer. Ebenso sind in England und Belgien große Fonds obligatorisch in den heimischen Anleihen anzulegen. In Deutschland dagegen ist lediglich die Altersversorgungs- und Invaliditätskasse gehalten, für einen Teil ihrer Mittel eine mündelsichere Effekten-Anlage zu wählen. Die S p a r k a s s e n sind in Deutschland nicht staatlich, sondern entweder kommunal oder privat. Für die Anlage der eingelegten Gelder bestehen zwar gewisse Vorschriften, aber diese weisen keineswegs auf die Erwerbung von deutschen Staatsanleihen durch die Kassen hin, so daß letztere meist vorziehen, ihre Mittel in den etwas höher verzinslichen Hypotheken anzulegen. Das könnte auch künftig für einen Teil der Sparkassen-Gelder beibehalten werden, allein es wäre durchaus nicht unbillig, wenn die Staatsaufsicht verlangen wollte, daß ein Teil, vielleicht 50 %, in deutschen Staatsanleihen angelegt werden müßte. Den Kassen würde das insofern zu Gute kommen, als die Staatsanleihen viel leichter zu realisieren sind als Hypotheken, so daß es ihnen bei solcher Anlage auch leichter werden würde, im Notfalle bares Geld zu beschaffen. Aus den gleichen Gründen würde es auch nützlich sein, wenn die Staatsaufsicht darauf hinwirken wollte, daß die V e r s i c h e r u n g s - G e s e l l s c h a f t e n einen größeren Teil ihrer Bestände in Effekten anlegen, als dies bisher in Deutschland üblich ist. Von den 2746 Millionen Mark Aktiven, welche die deutschen Versicherungs-Gesellschaften Ende 1901 ausgewiesen hatten, waren nur 81½ Millionen Mark gleich 2.97 % in Effekten angelegt, aber 2201 Million gleich 80.14 % in Hypotheken. In anderen Staaten sind die Effekten-Anlagen ungleich größer; in der Schweiz machten sie gleichzeitig 23.3 %, in England 43.0 %, in

Frankreich 57.3 % und in Amerika einen noch größeren Prozentteil der Gesamt-Aktiva der Gesellschaften aus. Es mag sein, daß sich durch eine obligatorische Effekten-Anlage eines größeren Teils der Aktiva das Zinserträgnis der Gesellschaften etwas ermäßigt, dafür würden sie aber den großen Vorteil eintauschen, daß sie im Falle eines Krieges oder einer schweren Epidemie sich weit leichter als jetzt die für die Auszahlung der fälligen Polizen nötigen Mittel beschaffen könnten.

In nicht weniger durchgreifendem Maße könnte den Kursen der deutschen Anleihen aufgeholfen werden, wenn man die Banken und sonstigen Aktiengesellschaften durch Gesetz verpflichten wollte, ihre gesetzlichen Reserven in deutschen Staatspapieren anzulegen. Bisher sind es bekanntlich nur ganz wenige Gesellschaften, die ihre Reserven gesondert verwalten; sämtliche Banken und der weitaus größte Teil der Industrie-Gesellschaften lassen sie im Geschäft mitarbeiten. Das widerspricht eigentlich dem Charakter einer Reserve, die immer flüssig sein sollte, um aushelfen zu können, wenn ein Fehlbetrag entsteht. Wie aber jetzt die Reserven festgelegt werden, sind sie in Wirklichkeit häufig nur auf dem Papier vorhanden, und bei den zahlreichen Reorganisationen der letzten Sanierungs-Periode ist es sehr häufig vorgekommen, daß die flüssigen Mittel bei weitem nicht an die buchmäßigen Reserven heranreichten. Jedenfalls wäre es in vielen Fällen den betreffenden Gesellschaften eine große Erleichterung gewesen, wenn sie zur Deckung ihrer Fehlbeträge die Reserven nicht nur buchmäßig sondern in leicht realisierbaren Effekten zur Verfügung gehabt hätten. Allerdings wird man einwenden, daß der Sturz der Leipziger Bank oder der Treber-Gesellschaft auch nicht aufgehalten worden wäre, wenn die Reserven in deutschen Staatspapieren angelegt worden wären. Das ist allerdings zutreffend, aber solche Mißwirtschaft, wie sie zum Untergang dieser Unternehmungen führte, gehört doch glücklicherweise zu den seltensten Ausnahmen. Um welche Beträge es sich handelt, wenn den Aktiengesellschaften die gesonderte Verwaltung ihrer gesetzlichen Reserven und deren Anlage in deutschen Staatsanleihen zur Pflicht gemacht würde, läßt sich daran ermessen, daß die 40 größten deutschen Kreditbanken zusammen über rund 360 Millionen Mark Reserven verfügen, die 32 Hypothekenbanken über 149 Millionen Mark. Man wird wohl kaum zu niedrig schätzen, wenn man annimmt, daß die 5400 Aktiengesellschaften, die in Deutschland bestehen, an gesetzlichen Reserven 1200 bis 1500 Millionen Mark angesammelt haben. Wenn hierfür die Anlage in deutschen Staatspapieren verlangt werden würde, so würde das deren Kursen ohne Zweifel nachhaltig zugute kommen.

Die Lehre Kants von Pflicht und Glück.

Von Georg Simmel (Berlin).

Die Lebensauffassung der Philosophen, die von der der großen Massen so vielfach abweicht, pflegt mit ihr doch einen Ausgangs- und einen Zielpunkt gemein zu haben — beides in dem Problem beschlossen, das Schiller als die Wahl „zwischen Sinnenglück und Seelenfrieden" formuliert. Alles, was das Leben an Aufforderungen zum Handeln, als Möglichkeiten der äußerlichsten wie der innerlichsten Entscheidungen an uns heranbringt, steht — so ist die allgemeine Meinung — vor der Alternative, entweder dem eigenen Glück des Handelnden oder der Erfüllung seiner sittlichen Pflicht zu dienen. An diesen beiden haben wir das ganze Material des handelnden Daseins, die Grundmotive, auf die schließlich alle anderen zurückführbar sind. Eben darum kommt es zu einer Befriedigung und inneren Versöhntheit des Lebens nur da, wo beiden Antrieben gleichmäßig genügt ist — nicht nur, weil die Unbefriedigtheit eines jeden für sich ausreichen würde, unser Gefühl von uns selbst unabsehbar herabzusetzen, sondern weil, darüber hinaus, die Disharmonie dieser letzten Instanzen unseres Daseins, die Verfehlung des einen, wenn man dem anderen genügen will, einen unversöhnlichen Riß durch das ganze Bild des Lebens ergeben muß. Alle Moralphilosophen, von Sokrates an, haben deshalb ihr ganzes Bemühen an den Nachweis gesetzt, daß zwischen der sittlichen Forderung und der des persönlichen Glückes ein eigentlicher Widerstreit überhaupt nicht bestehen könne. Wenn Sokrates lehrt: Niemand sei freiwillig böse, es sei nur ein theoretischer Irrtum, unsittlich zu sein, der Wissende sei auch immer sittlich — so kann diese wunderliche These sich nur auf die unbefangene Voraussetzung gründen, daß Tugend und Glückseligkeit zusammenfallen; denn wenn dies, und nur wenn dies der Fall ist, wenn in jeder Situation eine und dieselbe Handlung die Forderung der Pflicht und die des Eigeninteresses befriedigt — dann freilich kann nur Verblendung, nur mangelnde Kenntnis dieser Handlung uns an ihr vorbeiführen; das Sittliche nicht zu tun, ist freilich bloße Torheit, wenn es doch zugleich dem subjektiven, dem Glücksinteresse des Handelnden genügt.

Trotz des tausendfachen Auseinanderfallens von Tugend und Glück, das natürlich auch das griechische Leben zeigte, lag dennoch dem Griechen jener naive Glaube an ihre Einheit näher als uns. Die Tugend war ihm im wesentlichen die politische, die Wirksamkeit für das Wohl und die Macht seines Staates. Und diese griechischen Staaten waren klein genug, um den Anteil an Sicherheit, Ruhm, Reichtum, unmittelbar erkennen zu lassen, den die Förderung des Ganzen dem Einzelnen zurückgewährte. Je kleiner und einfacher gebaut ein Gemeinwesen ist, je soli-

darischer es deshalb mit seinen einzelnen Bestandteilen ist, desto eher wird alles, was der Gesamtheit zugute kommt, auch den Interessen des Individuums dienen. Das aber heißt nichts anderes, als daß das pflichtmäßige Handeln auch das glückfördernde ist. Die Erweiterung des gesellschaftlichen Kreises nun stellt den Einzelnen in eine immer größere und deshalb von dem Zentrum immer weiter abliegende Peripherie, sie zerspaltet die Interessengemeinschaft, die zwischen dem, was die Gesellschaft an Pflicht fordert, und dem, was sie an Glück gewährt, eine unmittelbare Einheit ermöglichte. Und das Problem dieser Disharmonie wird schwerer und beängstigender durch die Wendung in das Subjektivere, Persönlichere, Innerlichere, die die seelische Entwickelung seit dem Altertum genommen hat. Was unser Glück ist und was unsere Pflicht ist, wird immer weniger von äußeren Instanzen abhängig, immer weniger von allgemeinen Normen bestimmt. Um so unzulänglicher erscheint aber gerade deshalb die Kraft des Individuums, von sich aus die Harmonie beider zu erringen; der Glücksertrag, den die Verwebung unseres so individuellen Seins mit unseren Schicksalen und den äußeren Mächten ergibt, verhält sich um so zufälliger, ja gegensätzlicher zu dem Maß der Sittlichkeit, das wir aufbringen können.

Um so verpflichteter aber fühlt sich das philosophische Denken, es dabei nicht bewenden zu lassen; es wiederholt vielmehr in seiner Sphäre den mehr oder weniger gedankenlosen Optimismus, mit dem der durchschnittliche Mensch doch an einer Harmonie jener Grundbedürfnisse des Daseins festhält — sei es, daß für ihn „ehrlich am längsten währt“, sei es in dem Glauben, daß sich jede Schuld irgendwie rächt, sei es, daß ein jenseitiger Richter für die Ausgleichung von Verdienst und Glück sorge. Nicht viel kritischer pflegt auch die Moralphilosophie zu behaupten, daß die Tugend der sicherste Weg zum Glück sei, oder daß beides die Seiten einer und derselben inneren Wirklichkeit seien; oder daß, wie Spinoza sich ausdrückt, die Glückseligkeit nicht der Lohn der Tugend, sondern die Tugend selbst sei. Selbst pessimistische Lehren, die alles positive Glück für unerreichbar ausgeben, pflegen doch zu erklären, daß mit dem Gehorsam gegen ihre sittlichen Ideale wenigstens die Last des Lebens am erträglichsten, die Summe des Leidens die kleinste wäre. Ja, man kann sagen, daß der Nachweis der innerlich notwendigen Zusammengehörigkeit von Sittlichkeit und Glück das eine große Ziel aller Moralphilosophie ausgemacht habe. Aber mehr vielleicht als sonst irgendwo — etwa mit Ausnahme der Beweise theologischer Dogmen — fühlt man diesen Bemühungen an, daß hier keine von Vorurteil freie Untersuchung geführt wird, sondern ein siegessicheres Herzensbedürfnis das Ergebnis von vornherein festgelegt hat.

Der ganzen Reihe dieser Versöhnungsversuche nun steht Kant mit ganz einsamer Gegensätzlichkeit gegenüber: er verneint jegliche notwendige, erweisbare, innerliche Verbindung zwischen Sittlichkeit und persönlichem Glück. Wir gelangen nicht zur Tugend, indem wir das Glück suchen — und damit richtet er jenen weitverbreiteten Glauben, daß die Tugend nichts anderes sei, als das richtig verstandene Eigeninteresse, als ob das dauernde, tiefe, das allein nicht zu teuer erkaufte Glück nur um den Preis des sittlichen Verhaltens zu gewinnen sei. Und ebensowenig liegt das Glück notwendig auf dem Wege zur Tugend — und damit widerspricht er all den wohlwollenden einschläfernden Theorien, die jeder guten Tat ihren Lohn, wenn nicht äußeren, so doch inneren, jeder bösen ihre Strafe, wenn nicht materiale, so doch religiöse, sichern wollen. Das Glück vielmehr, so meint er, hängt von äußeren Chancen und ihrer geschickten Benutzung ab, und, wie wir in seinem Sinne hinzufügen können, von den inneren Chancen des Temperamentes und des Lebensgefühles. Glück und Leid sind zufällige Verhältnisse zwischen den Bedürfnissen des Subjekts und der Unberechenbarkeit seiner sozialen, physischen, seelischen Schicksale; sie gerade von dem sittlichen Verhalten des Menschen abhängig zu machen, ist weder logisch noch durch die Erfahrung gerechtfertigt. Es sind Elemente unseres Wesens, die miteinander so wenig prinzipiell verbunden sind, wie unsere Haarfarbe mit unserer musikalischen Begabung.

Um die ganze Größe dieser so einfach erscheinenden Behauptung zu fühlen, muß man sich das leidenschaftliche Interesse vor Augen halten, das sich für den Moralphilosophen, und für Kant vielleicht mehr als für alle anderen, an die Einheit und Versöhnung dieser Ideale knüpft. Sie sind ihm die Pole alles wirklich gelebten Lebens, die eigentlichen und letzten Themata, die das ethische Denken bewegen. An ihrer Einung hängt deshalb die Harmonie, die Abrundung, der innere Zusammenhang der Seele und ihrer Welt. Auf Kosten des teuersten Ideales also geschah es, daß er den Faden zwischen jenen beiden zerschnitt, an dem die ganze Moralphilosophie gesponnen hatte; erst wenn man die Höhe dieses Preises schätzen kann, wird man den ungeheueren Mut, die Überzeugungstiefe, die rücksichtslose — auch gegen sich selbst rücksichtslose — Wahrheitsliebe begreifen, die in seinen kühlen, sachlichen, abstrakten Sätzen von der Zusammenhangslosigkeit von Glück und Tugend pulsiert. Er, der selbst erklärte, Sittlichkeit sei nichts, als die Würdigkeit, glücklich zu sein, erkennt an, daß innerhalb der bestehenden Weltordnung diese Würdigkeit eine bloß platonische bleibe, daß sie den Wechsel nicht honoriere, den unsere innersten Bedürfnisse, die Harmonie von Tugend und Glück, die Gerechtigkeit von Lohn und Strafe fordernd, auf sie

ziehen. Die tiefe Glückssehnsucht, im Mittelalter mystisch-religiös verpuppt, hatten die höchsten Kunstleistungen der Renaissance erfüllt: aber doch nur wie in einem Gleichnis und durch die Umbildung in das Ästhetische. Den modernen Menschen treibt sie als ein begrifflich bewußtes Verlangen, von dem man nicht weiß, ob es durch seine Versagtheiten oder durch seine gelegentlichen Erfüllungen zu umfassenderen und leidenschaftlicheren Forderungen aufgeregt wird. Niemand wußte dies besser als Kant; ja, mit einer nicht gerechtfertigten, beinahe grausamen Einseitigkeit, hat er alle Werte und Bedeutsamkeiten unseres subjektiven Willenslebens, die nicht direkt sittlicher Art sind, unbedingt in den einzigen Begriff des Glücksinteresses eingeordnet. Und mit der gleichen Energie und der gleichen Einseitigkeit reduziert er alles, was man als die objektiven Werte des Lebens bezeichnen kann, auf den einzigen Begriff Sittlichkeit. Indem er nun beide als einander wesensfremd erkennt, hat er durch die Welt der Ideale einen Riß gelegt, der mitten durch das menschliche Herz hindurchgeht. Damit ist das Leben von Grund auf in eine neue Position gebracht; die zwei Strömungen, die seinen ganzen inneren Lauf ausmachen: was es will und was es soll — gehen von verschiedenen Ausgangspunkten zu verschiedenen Zielen und keine unterirdische Quelle entläßt sie mit der Hoffnung, wiederum gemeinsam zu münden. So müssen wir uns mit einer unbarmherzigen Zweiheit abfinden, zugleich auf zwei Wegen gehen, von denen wir sonst geheim gehofft hatten, jeder von ihnen führe auf das Ziel, das der andere bezeichnet. Damit ist eine neue Reinheit des Denkens erreicht, in der sich eine unvergleichlich gewissenhafte Klarheit des Fühlens spiegelt. Freilich ist nun der Sittlichkeit die Stütze entzogen, die sie an der Hoffnung eines früher oder später eintretenden Lohnes besaß; dem Streben nach Glück die Rechtfertigung, die es aus seiner Verbindung mit der Moral zog. Es steht jetzt auf sich allein und muß von seinen eigenen Gnaden bestehen. Das Leben verlangt auf dieser Basis der Selbstherrlichkeit seiner wesentlichen Prinzipien ein ganz anderes Maß von Kraft und Mut, als da eines noch am anderen, wie in einem circulus vitiosus, einen trügerischen Halt fand. Die Verselbständigung der einzelnen Triebe, in der sich die Entwickelungshöhe der menschlichen Organisation überhaupt kundgibt, hat hiermit die tiefsten Wurzeln unsrer Existenz ergriffen, das Freiheitsbedürfnis des modernen Menschen ist gleichsam in die Elemente seines Wesens hinabgestiegen und hat jedem die Unabhängigkeit von dem anderen gesichert.

Aber es ist wirklich die gegenseitige Unabhängigkeit dieser Strömungen des tiefsten Lebens, die hier gelehrt wird. Es ist nicht etwa ein Gegensatz zwischen ihnen, der jenen unklaren oder gewalt-

samen Optimismus in eine pessimistische Ordnung verkehrte, als ob es nun das notwendige Los des Edlen sei, auf Glück zu verzichten, als ob Glück nie anders als um den Preis der Unsittlichkeit zu erreichen sei, als ob die grundsätzliche Ordnung der irdischen Dinge auf den Triumph des Bösen ausgehe. Es gibt religiöse und zynische, melancholische und satanistische Weltbilder, die ein derartiges konträres Verhältnis zwischen den Werten des Glücks und denen der Sittlichkeit vertreten. Nichts aber liegt Kant ferner, als ein Pessimismus, der die Selbständigkeit jener Wesenstendenzen, soeben dem Optimismus unter Preisgabe der tiefsten Herzenswünsche abgerungen, von neuem in eine gegenseitige Verursachung, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen, überführte. Wenn die Tugend keine Anweisung auf einen Glückserfolg gibt, so muß doch auch das Laster abwarten, ob die Verkettung der äußeren und die Entwickelung der inneren Schicksale ihm einen solchen gewähren. Die Souveränität des sittlichen Gebietes und die des Empfindungsgebietes wäre nicht weniger erschüttert, wenn die Sittlichkeit notwendig in Leiden und Entsagung auslaufen müßte, als wenn der gefährliche Reiz eines sicheren Glückserfolges ihr einen ihr selbst nicht entstrahlenden Schimmer liehe.

Der letzte Grund aber, der Kant zu dieser Scheidung trieb, war die Überzeugung, daß die Tatsache der sittlichen Pflicht uns in eine übersinnliche Ordnung hebt, oder vielmehr: daß sie eine mehr als sinnliche Energie als den Kern unseres Wesens erweist. Die unbezweifelte Fähigkeit des Menschen, entgegen allem Egoismus und allen persönlichen Neigungen, entgegen aller Selbsterhaltung und allen Instinkten dem Pflichtgebot zu gehorchen, läßt uns mit einem Teile unseres Wesens über das, was man „Natur" zu nennen pflegt, hinausreichen. Und eben diesen Teil, so gering er im Verhältnis zu unserer gesamten Existenz sei, so sehr er oft in einer bloßen unverwirklichten Forderung und Möglichkeit bestehen mag, empfinden wir doch als den wesentlichsten Wert unserer Existenz, ohne den alles andere Tun und Besitzen nichtig und für unser innerstes Selbstgefühl bedeutungslos ist. Ja die Sittlichkeit ist der Wert, der allein dem f r e i e n Menschen eigentümlich ist: denn es ist der einzige, den wir uns selbst geben können. Während alle anderen Güter und Bedeutsamkeiten des Lebens von der Gunst der Natur und der äußeren oder inneren Schicksale abhängen, liegt die Erfüllung der Pflicht ausschließlich in unserer Hand; hier und nur hier ist zugleich mit der Bindung an alles äußere Dasein auch alle Abschiebung der Verantwortlichkeit aufgehoben. Es gehört zu den Triumphen der menschlichen Wesensart, daß der höchste Wertpunkt in uns zugleich das Eigenste, Persönlichste, Zentralste unserer Existenz

ist: wir sind nur da ganz wir selbst, wo wir zugleich am wertvollsten sind, und umgekehrt: unser Dasein gewinnt sein Wertmaximum nur unter der Bedingung, daß sein ganzes Handeln der Ausdruck seiner eigensten Innerlichkeit sei und völlig frei von allem, was nicht wir selbst sind. Es ist die unsterbliche Tat Kants, diesen keineswegs selbstverständlichen Zusammenhang zwischen dem Werte unseres Daseins und seiner für sich selbst verantwortlichen Freiheit aufgedeckt zu haben. Hier aber liegt das eigentliche Motiv, das die gegenseitige Unabhängigkeit von Sittlichkeit und Glück erfordert. Wäre unser sittliches Tun nur ein Umweg zum Glück, so zeigte sich damit der Punkt unserer Freiheit doch wieder in die Abhängigkeit von den Mächten des Daseins außer uns verflochten, ohne deren Gunst kein Glück vollkommen sein kann. Die Souveränität des Ich gegenüber allen Außenwerken des Lebens — der kostbarste Besitz des modernen Bewußtseins, das Minimum und zugleich Maximum seiner „Freiheit“ — wäre vernichtet, wenn die Sittlichkeit nur ein Mittel zum Glück wäre; denn sie ist der Ort und Träger unserer Freiheit, ihr Sinn liegt in der Selbstverantwortlichkeit, weil sie allein aus der Quelle unseres Ich genährt wird; sie in eine Glückseligkeit münden zu lassen, die immer eine Passivität und Abhängigkeit des Gefühles bedeutet, hieße den einzigen Freiheitswert, den der Zwang der Dinge uns nicht rauben kann, in die Botmäßigkeit einer von unserem Willen unabhängigen Empfindung geben, die über uns kommt, wie Regen und Sonnenschein. Wie es das Bedürfnis nach der Selbständigkeit unserer wesentlichen Triebe war, das Kant die alten, trügerischen Verbindungen von Pflicht und Glück zerschneiden ließ, so enthüllt sich nun die Unbarmherzigkeit dieser Trennung als die Bedingung jener Freiheit des ganzen Menschen, die mit dem unbedingten und innerlichen Werte seiner Existenz zusammenfällt.

Kleine Mitteilungen.

Der „Fall Ladenburg“.

Der Vortrag, den Geheimrat Ladenburg aus Breslau auf dem Kasseler Naturforschertage über den Einfluß der Naturwissenschaften auf die Weltanschauung gehalten hat, erregte großes Aufsehen in weiten Kreisen des gebildeten Publikums und grenzenlose Wut bei den „Frommen“ im Lande. Wenn man die vorliegenden Berichte der Tagesblätter liest, muß man allerdings darüber staunen, daß der Vortrag solches Aufsehen erregen konnte — ist doch das wesentliche seines Inhalts weiter nichts als eine Darstellung der Weltanschauung, welche jeder freigesinnte gebildete Deutsche heute mehr oder minder sein eigen nennt. Das Aufsehen ist lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß

ein preußischer Geheimer Regierungsrat den Wahrheitsmut besessen hat von dem vornehmsten Katheder, über das die naturwissenschaftliche Forschung in Deutschland verfügt, vor 2000 Männern der Wissenschaft das laut zu bekennen, was die anderen nur im kleinen Kreise auszusprechen wagen. Denn daß sie dasselbe denken, bewies der „jauchzende rauschende Beifall“ von dem die Blätter übereinstimmend berichten. Dieser jauchzende Beifall ist den klerikalen Blättern geschorener und gescheitelter Observanz schwer in die Glieder gefahren. Wie von der Tarantel gestochen haben sie sich auf Ladenburgs Rede gestürzt um Mängel herauszufinden — als ob es darauf ankäme! Der Schwerpunkt der Sache liegt im Bekennermute des berühmten Forschers und nicht in den Einzelheiten seiner Rede. „Germania“, „Kölnische Volkszeitung“ und „Reichsbote“ sind eifrig am Werke um die wissenschaftliche Befähigung des armen Geheimrats herabzusetzen. Die „Germania“ schreibt (No. 219 vom 24. Sept.): „Wer und was ist denn überhaupt Prof. Dr. Ladenburg? Von seinen wissenschaftlichen Großtaten ist nichts bekannt, nicht eine einzige Entdeckung auf naturwissenschaftlichem Gebiete ist mit seinem Namen verknüpft . . .“ So? verehrte Germania? Haben Sie nie etwas davon gehört, daß dieser Cretin von einem Ladenburg als erster ein natürliches Pflanzen-Alkaloid, nämlich das Coniin, aus der Schierlingspflanze synthetisch dargestellt, also aus den Elementen aufgebaut hat? Das interessiert freilich die klerikalen Zeloten nicht, man braucht nämlich gar nicht synthetisch dargestellten Schierlingsaft um Freidenker aus der Welt zu schaffen. Schon 2300 Jahre vor Ladenburg hat man Sokrates auch ohne Ladenburgs synthetisches Coniin mit natürlichem zum Schweigen gebracht.

Sehr lustig eifert die „Kölnische Volkszeitung“ gegen den Sünder. Sie zitiert sogar den seligen Zöllner aus der 4. Dimension, wobei sie ohne Absicht einen guten Witz macht. „Der bekannte Astrophysiker Zöllner, der, man mag nun über seine späteren spiritistischen Verirrungen denken, wie man will, auf jeden Fall ein höchst geistreicher (soll wohl heißen Geisterreicher) Mann war, hat einmal darüber geklagt, daß die organische Chemie sich in eine unübersehbare Detailforschung verloren habe und nicht mehr imstande sei einen leitenden Gedanken hervorzubringen. Seit der Zöllnerschen Kritik sind mehr als 30 Jahre verflossen . . . . . . aber zur Kenntnis eines Naturgesetzes von allgemeiner Bedeutung hat uns die organische Chemie nicht verholfen. Heutzutage wissen wir nicht einmal, ob den Begriffen Atom und Molekül überhaupt eine Existenzberechtigung zukommt: selbst der Begriff des chemischen Elementes, der ein Jahrhundert lang als unantastbar galt, ist dank physikalischer Forschung erschüttert.“ Die „Kölnische Volkszeitung“ ist so sehr an die Unerschütterlichkeit ihrer Dogmen gewöhnt, daß sie ganz vergißt, daß wissenschaftlich forschen heißt: vorhandene Begriffe stets neu zu prüfen und womöglich zu „erschüttern“. Lavoisiers Ruhmestitel ist es beispielsweise, die Phlogiston-Theorie erschüttert zu haben. Freilich das, was die „Kölnische Volkszeitung“ für „Wahrheit“ hält, ist nicht zu erschüttern, wie die Mitteilung der Bibel, daß die Frau des Lot zu Chlornatrium (NaCl) wurde, weil sie sich auf der Flucht von Sodom umgedreht hatte. — Da die „Kölnische Volkszeitung“ übrigens behauptete, daß uns die organische Chemie nicht zur Kenntnis eines Naturgesetzes von allgemeiner Bedeutung verholfen hat, sei nur auf die bekannte Tatsache hingewiesen, daß im Gegenteil gerade aus der Entdeckung der

organischen Chemie von der Struktur-Identität zweier verschiedener Körper, wie zwischen Gährungsmilchsäure und Paramilchsäure und zwischen Fumar- und Maleïnsäure Naturgesetze gefolgert werden, welche unsere Anschauungen von der Anordnung der Atome usw. voraussichtlich total reformieren werden. — Alles das muß freilich ignoriert werden, wenn es gilt eine unbequeme Tatsache aus der Welt zu schaffen, einen Forscher zu diskreditieren, der gesagt hat: „Aber auch jetzt schon können wir sagen, daß der Wunderglaube in nichts zerfällt, daß niemals ein Wunder geschehen ist, noch je ein solches geschehen kann."

*

Wider theologische Überhebung.

Äußerst zahlreich sind in unseren Tagen besonders theologische Zeitschriften, Artikel, Vorträge und Broschüren, sämtlich Erzeugnisse theologischer Kleinarbeit. Die „Christliche Welt", herausgegeben von Rade-Marburg, läßt Hefte erscheinen; darauf ahmten Verleger und Herausgeber des positiv gerichteten „Alten Glaubens" das Beispiel nach, und so haben wir Hefte nicht nur zur Christlichen Welt, sondern auch zum Alten Glauben. Dazu kommen weiter „gemeinverständliche Vorträge und Schriften aus dem Gebiet der Theologie und Religionsgeschichte" und wieder mehr aus positivem Lager stammende „Beiträge zur Förderung christlicher Theologie". Doch Theologen lesen und schreiben nicht nur viel, sie kommen auch gerne zusammen, um hörend und redend Gedankenaustausch zu pflegen. Sehr rührig sind besonders die „Freunde der Christlichen Welt" mit Zusammenkünften und Vorträgen. Bei einer Frau Wirtin da kehren sie ein, aber nicht etwa gut Bier und Wein ist die Hauptsache, sondern etwas für Ohr und Herz der Theologen. Davon etliches!

Echt theologisch lautete die Frage, welche diese bekannten, in allen deutsch-evangelischen Landeskirchen vertretenen, red- und schreibseligen „Freunde der Christl. Welt" auf einer Versammlung in Dresden vor einigen Monaten beschäftigte. Die Fassung der Frage war: „Entspricht das Gesetz von der Erhaltung der Kraft der christlichen Weltanschauung oder erfordert diese ein anderes Weltgesetz?" Man möchte da vor allem fragen: was heißt denn christliche Weltanschauung? Denn, so wie die Dinge liegen, ist das durchaus nicht klar und leicht zu beantworten. Wenn die beiden Worte „christliche Weltanschauung" einen bestimmten faß- und greifbaren Sinn bekommen sollen, so hat man ja wohl zurückzugehen auf Christus oder auszugehen von ihm. Tut man das und läßt man seine Worte in ihrem ursprünglichen Sinn gelten und stehen, dann ist nichts sicherer als das, daß kein einziger Theologe (von Laien, besonders von einfachen Laien, wird hier abgesehen) die Weltanschauung Christi nach ihrer theoretischen und praktischen Seite teilt, er sei positiv oder liberal, orthodox oder kritisch. Daß es sich so verhält, das kann nachgerade nicht mehr bestritten werden. Der Gott Jesu Christi, welcher dem Sohn „mehr denn 12 Legionen Engel" zuschicken würde (Matth. 26, 53), ist nicht der Gott Harnacks, für den es als Durchbrechung des Naturzusammenhangs keine Wunder gibt, wie er selber in seiner zweiten Vorlesung über „das Wesen des Christentums" offen bekennt. Derselbe Harnack hat auch dem Buch von E. Franz, „Religion, Illusionen, Intellektualismus" eine sehr anerkennende Kritik gewidmet, und dieses Buches unbekannter Verfasser hat besonders klar ausgeführt, daß Wunder und Wunderglaube zwar ein wesentliches Moment des Christentums Christi und der Apostel bilden, aber für „eine Religion innerhalb der wirklichen Welt" nicht in Betracht kommen können. Aber auch „positive" Theologen unserer Tage können nicht mehr, wenn sie Jesu und der Apostel Worte ernsthaft nehmen, sich zu der Weltan-

schauung des Urchristentums bekennen; auch sie, die vor anderen wollen gläubig sein, glauben nicht so, wie Jesus und die Apostel geglaubt haben.

Niemand weiter handelt so, wie Christus zu tun befohlen hat. Wer ist, der im Ernst den Worten nachlebt: richtet nicht, sorget nicht, sammelt euch nicht Schätze auf Erden! Wer nimmt sich das Scherflein der Witwe zum Vorbild für sein Geben? Die einfache Antwort lautet: niemand. Nicht Prof. Harnack, obgleich er in seiner Äußerung über den bekannten Brief des deutschen Kaisers an Admiral Hollmann von dem Entschluß spricht, dem Worte Jesu zu folgen; nicht Prof. Herrmann, obgleich er in seinem Vortrag auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß in Darmstadt vom unbegrenzten Wirken der Liebe geredet hat. Es ist ehrlich von Naumann, wenn er in seinen „Briefen über Religion" schreibt: „Die Worte Jesu sind ursprünglich wörtlich zu verstehen gewesen, aber sie können leider von uns nicht wörtlich erfüllt werden" (unter diese „uns" rechnet sich auch der Einsender). So wenig aber als Harnack und Herrmann, so wenig befolgt sonst jemand die Worte Jesu — trotz allen Redens und Schreibens von Nachfolge Christi u. dgl.

Doch noch ein anderes Bedenken erhebt sich gegen die Fragestellung: „Entspricht das Gesetz von der Erhaltung der Kraft der christlichen Weltanschauung oder erfordert diese ein anderes Weltgesetz?" Denn nicht bedürfen Welt- und Naturgesetze der Korrektur durch irgendwelche Weltanschauung, sondern gerade umgekehrt, diese muß sich nach jenen richten, darf ihnen und den ihnen zugrundeliegenden Tatsachen nicht widersprechen. Diese Tatsachen mögen bequem oder unbequem sein, sie müssen respektiert werden, denn weder die Natur noch die Geschichte sind unter das Dogma zu beugen, sondern ihnen gemäß ist die Weltanschauung zu gestalten, eventuell zu ändern. Die Fragestellung für die „Freunde der Christl. Welt" hätte also lauten sollen: Ist das Gesetz der Erhaltung der Kraft feststehend und wie ist seinetwegen die christliche Weltanschauung zu modifizieren?

Modifikationen hat ja letztere im Laufe der Zeit schon manche erfahren, meist freilich unter Widerspruch seitens der Vertreter der christlichen Weltanschauung (vgl Galilei). Deshalb sollten heutzutage besonders auch evangelische Theologen vorsichtig sein schon darin, wie sie Fragen stellen, und nicht minder darin, wie sie dieselben auf ihren Versammlungen behandeln. Dies um so mehr, als die christliche Weltanschauung heutiger Christenheit ohnedem die Weltanschauung Christi und seiner Apostel nicht ist, weder in der Theorie, noch in der Praxis.

„Enthusiasmus, wie ihn Jesus hatte, ist das uns einfach unentbehrliche Element": so schreibt Rade in „Christl. Welt" No. 25, aber — und das ist die Hauptfrage — wie soll sich dieser so unentbehrliche Enthusiasmus nicht bloß in Wort und Schrift, sondern in der Tat regen und zeigen?

Theologus.

*

Der Klerus in der Bretagne.

In der Rede, die der französische Ministerpräsident Combes gelegentlich der Einweihung des Renandenkmals hielt, sagte er: „Anstatt sich an die Vernunft, die Beweise verlangt, zu halten, ziehen unsere Gegner es vor, sich an die Einbildungskraft zu wenden, die sich mit einem Ungefähr begnügt. Und sogar mit diesem System bleibt der Erfolg unsicher, wenn die Leidenschaft nicht mitwirkt! Glücklicherweise sind leidenschaftliche Leute — wenn auch überall zahlreich — doch nicht in der Majorität. In der Bretagne z. B. übt die Leidenschaft eine geringe Wirkung auf den Charakter der Einwohner aus, die eher kaltblütig und zurückhaltend sind."

Solches waren ungefähr die Worte Combes', die vortrefflich den Zustand in der Bretagne kennzeichnen. Leider ist Combes jedoch noch etwas zu opti-

mistisch, wenn er meint, daß die leidenschaftlichen Leute die Minorität bilden. Wer je in der Bretagne längere Zeit gelebt, hat die Überzeugung gewonnen, daß das Land noch langer Jahre der Aufklärung bedarf, um sich nach und nach der Oberherrschaft des Klerus zu entziehen. Allerdings hat die Zivilisation große Fortschritte gemacht, meistens indessen nur in den Städten. Auf dem Lande ist der Pfarrer der alleinige Herr, dessen Ratschläge und Befehle blindlings und mit Freude und Hingebung ausgeführt werden. Die rühmenswerteste Eigenschaft des Bretonen ist seine Anhänglichkeit. Er hängt ebensosehr an seinem Lande wie an seinen Sitten. Handelt es sich aber um die Religion, so wird diese Eigenschaft zu einem Fehler. Der Bretone war und ist heute noch ein Heide. Die katholischen Priester haben es verstanden, ihre Religion derart zu gestalten und der heidnischen Religion anzupassen, daß sie die natürlichen Nachfolger der Druiden geworden sind. Die Benennung allein ist eine andere. In der Bretagne herrschen noch alle jene Heiligen, welche die Eigenschaften und manchmal sogar den Namen der früheren heidnischen Götter geerbt haben. Und nicht nur Heilige, sondern sogar Steine werden zur Heilung von Menschen und Vieh angerufen.

Dieser Aberglaube wird von den Pfarrern sorgfältig kultiviert, da ihr größter Vorteil im Stumpfsinn des Volkes liegt. Überhaupt besteht der Klerus selbst aus ganz unwissenden Leuten. Die höchste Ehre für eine bretonische Familie ist es einen Sohn als Pfarrer zu haben. Bürger, Ackerbauer, Hotelbesitzer, Fischer geben ihre Kinder her, um sich durch den Stand des Sohnes geachtet und angesehen zu machen. Die Seminaristen genießen aber sozusagen keinen Unterricht. Kaum findet man deren einen auf zehn, der französisch versteht und spricht. Die Prüfungen im Seminar sind daher eine bloße Formalität und man hört des öfteren Schüler einfach erklären: „Ich brauche das nicht zu studieren, ich gehe doch ins Seminar.“ Landpfarrer, die französisch schreiben können, gehören zu den Seltenheiten. Dieser tiefstehende Klerus liegt ganz in der Hand der höheren Priester und bildet in seiner Borniertheit das beste Werkzeug, um die Massen im nötigen Zustand der Sklaverei zu erhalten.

In keinem Land der Erde wird der Bauer so ausgeplündert wie in der Bretagne. Der Pfarrer ist weiter nichts als ein schmarotzender Bettler, der soviel wie möglich auf Kosten des Volkes lebt. Alle Mittel sind ihm gut, um zu seinem Zweck zu gelangen.

Die eigentümlichste Sitte ist wohl die Auktion der Naturalien — Eier, Butter, Geflügel, sogar Ochsen, — welche die Bauern dem Heiligen der Gemeinde an dem Kirchweihtag darbringen. Natürlich wandert der Erlös für dieselben in die Tasche des Pfarrers. Bei jeder Kirchweih gibt es einen Pilgerzug. Das Bild des Heiligen der betreffenden Gemeinde wird — und das ist die Hauptsache — neben einer Almosenbüchse aufgestellt, und auf dem Altar häufen sich die Butter- und Eierspenden . . . . Dann kommen die Bauern und schleppen diese Spenden auf den Auktionsplatz vor der Kirche. In manchen Dörfern bringt der Verkauf nahe an 4000 frs. ein. In anderen Dörfern bringen die Bauern dem Heiligen Wachs und Kuhhaare dar, deren Verkauf ebenfalls ganz nette Sümmchen einträgt. So spenden z. B. in Sainte Anne la Palud in der Bucht von Douarnenez die Bauern für mehr als 15 000 frs. Kuhschwänze, Pferdehaare und Wachs. Ein Viertel der Summe ist für den Pfarrer bestimmt.

Außerdem schicken noch die Pfarrer fromme Leute zu ihren Gunsten auf

den Bettel. Für das Seminar von Quimper werden z. B. auf solche Weise Jahr für Jahr an 2400 kg Butter, Eier und Milch zusammengeschnorrt. Alles wird von dem Pfarrer zu Geld gemacht, so daß es in der Bretagne kleine Ortschaften gibt, deren Pfarrer sich hierdurch mehr als 6000 frs. jährlich verdienen.

Die oben beschriebenen Auktionen sind zwar gesetzlich verboten, da sie ohne die Oberaufsicht eines Staatsbeamten stattfinden. Die Regierung ist jedoch gegen diesen Mißbrauch vollständig machtlos, denn der Adel ist — abgesehen von wenigen Ausnahmen — dem Klerus ganz ergeben, wie es die letzten Ereignisse wieder mal trefflich erwiesen haben.

Dem Klerus wird es seitens der Bischöfe und der altroyalistischen Familien zur Pflicht gemacht, eine ewige Agitation gegen die jetzige Regierung aufrecht zu erhalten, da die Armut und der Stumpfsinn der Landbevölkerung die Grundbedingungen für die Machtstellung der sogenannten führenden Klassen sind. Deshalb wird auch der Alkoholismus von ihnen in erschreckendem Maße begünstigt, und zwar gehen die Landpfarrer, in diesen traurigen Verhältnissen aufgewachsen, hierin ihren getreuen Schäflein mit dem besten Beispiel voran.

Ist es da erstaunlich, daß die blödsinnigsten Hetzreden eines fanatischen Klerus bei einer so tief herabgedrückten Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fallen?

Die französische Kultur und die französische Sprache dringen nur mit großer Mühe in die Bevölkerung ein. In den Städten sind die Einwohner zwar schon leidlich aufgeklärt, auf dem Lande aber herrscht noch mittelalterliche Rückständigkeit. Als Kulturferment erweisen sich hier die jungen Matrosen, die nach ihrem Dienst in der Marine einen erweiterten Gesichtskreis mit nach Hause nehmen. Den endgültigen Sieg der Kultur über die katholische Dummheit wird man aber gerade den Exzessen der Klerikalen verdanken. Allmählich kommt das Volk doch zu der Erkenntnis, daß es nur ein Ausbeutungsobjekt der Pfaffen ist. Die außerordentliche Teilnahme der Bevölkerung an den Einweihungsfeierlichkeiten für das Renandenkmal beweist, daß auch über der Bretagne, allen Flüchen und Anathemen zum Trotz, die Sonne der Vernunft aufgehen wird.

Henry Pâris.

*

Zur Los-von-Rom-Bewegung.

Nach dem Berichte des Wiener Oberkirchenrates sind im ersten Halbjahre 1903 im ganzen 2334 Personen, darunter 2019 Katholiken, zum Protestantismus, aus diesem dagegen nur 425 Personen zum Katholizismus übergetreten. Es ist demnach dem Protestantismus gelungen den Katholiken 1594 Anhänger zu entziehen. Es ist jedoch beachtenswert, daß nicht nur die Laienkreise, sondern auch der Klerus von dieser Bewegung ergriffen werden. Die „Ostdeutsche Rundschau“ (Wien) bringt am 1. September d. J. folgende Notiz:

„Wie die kirchlichen Behörden verlautbaren, wurde der Stiftspriester von Altenburg (Benedictinerabtei bei Horn in Nied.-Öst.) und Kooperator in Dreieichen Pater Kolumban Graßler, der trotz wiederholter Aufforderung seinen Austritt aus der katholischen Kirche nicht rückgängig gemacht hat, auf Grund der Konstitution Apostolicae Sedis mit dem kirchlichen Bannfluch belegt und aus der Gemeinschaft der katholischen Kirche ausgeschlossen. Das Straferkenntnis wird den Gläubigen von der Kanzel herab verkündet werden.

Also der Pater Kolumban Graßler soll aus der römischen Kirche „ausgeschlossen" werden, der er nach seiner freien Entschließung ohnedies nicht mehr angehört. Und der „Kirchenbann" wird als „Strafe" über ihn verhängt, weil er es ablehnt um äußerer Vorteile willen zu heucheln, und seinen „Austritt" nicht rückgängig gemacht hat, sondern seiner Überzeugung treu geblieben ist. Zur Zeit der Priesterallmacht, als noch die Verbrennungen und sonstigen kleinen Mittelchen modern waren, die Widerspenstigen vorzeitig in den Genuß der ewigen Seligkeit zu setzen, mag ein solcher Bannfluch etwas fürchterliches gewesen sein. Aber heutzutage ist die strafweise Ausstoßung von Personen, die sich vorher freiwillig selber ausgeschlossen haben und daher in der Aufhebung der Gemeinschaft nur eine Erlösung finden können, eine recht schwache Verlegenheitskomödie. Der österreichische Staat macht sich noch immer insoferne zum Büttel der Priesterkaste, als ausgetretene Rompriester unter dem Ehehindernis der kirchlichen Weihen stehen. Durch den Bannfluch und die Ausstoßung aus der römischen Kirche muß — wenigstens nach den Satzungen der menschlichen Vernunft — jede Weihe ihre Kraft verlieren. Durch die Weihe wird nämlich dem Geweihten eine Gnadenkraft verliehen, die der Bann wieder von ihm nimmt. Bannfluch und Fortbestand der Weihen würden in einem unlösbaren Widerspruch stehen. Wenn nun Herr Graßler einen bürgerlichen Beruf ergreift und eine Familie gründen will, wird seine Ehe in Österreich trotzdem nicht anerkannt werden. Auch ist es merkwürdig, daß der Bann nicht gegen die Priester angewendet wird, die der römischen Kirche durch schwere Verfehlungen Schande bringen und Ärgernis verursachen, sondern gegen solche, die — ausnahmslos hochehrenwerte Menschen! — „trotz wiederholter Aufforderung" den Austritt aus der katholischen Kirche nicht rückgängig machen."

Der ganze Fall ist ein würdiges Seitenstück zur „löblichen Unterwerfung" des armen Pey-Ordeix („Das Freie Wort" No. 10). Doch dem tapferen P. Kolumban erwarten in Österreich, dem Staat der immer bereitwillig die Ausübung der jesuitischen Rachepläne übernimmt, noch weitere Widerwärtigkeiten. Nach österreichischem Gesetz bleibt er „dispositionsunfähig", das heißt er darf weder ererben noch vererben. Ferner wird er, falls er dem Militärstand eingereiht war (als Priester), nunmehr, gleichgültig wie alt er ist, zum Waffendienst eingezogen, selbstverständlich als Gemeiner, im besten Fall bei Nachweis eines Vermögens oder einer Rente von mindestens 1200 fl. als Einjähriger.

Er wird also vom Staat, gegen den er sich nichts zu schulden kommen ließ, vom Priester, der Offiziersrang hat, zum Gemeinen degradiert. Man sieht, wie die Jesuitenkirche ihre Priester als Sträflinge behandelt und ihnen das Entwischen nach Möglichkeit erschwert. L.—L.

*

Wie kommt eine Religion zustande?

Bei der Einweihung des von den Klerikalen so heftig angefeindeten Renandenkmals in Trégnier in der Bretagne hielt u. a. auch Anatole France eine Rede, aus welcher der „Instituteur Républicain" (herausgegeben von unserm geschätzten Mitarbeiter A. Moulet) folgenden interessanten Passus zum Abdruck bringt:

„Meine Herren, vor kurzem hatte ich das seltene Vergnügen mit einem hochintelligenten orientalischen Fürsten zu plaudern, der in einer Gegend aufgewachsen war, in welcher der religiöse Geist seine Triebkraft noch so ungeschwächt äußert, daß er Propheten, Apostel und Märtyrer erzeugt.

Mit kaum geheuchelter Überraschung und asiatischem Stolz fragte er mich, wie es käme, daß das Abendland keine Propheten mehr hätte, während doch im Orient unaufhörlich Tausende von Propheten erstünden. „Heute," meinte er, „findet man, wie ehemals, im ganzen Gebiet des Islams auf Bazaren, in der Barbierstube, an den von herrenlosen Hunden umheulten Straßenecken Propheten. Und die Europäer entdecken keinen einzigen, gerade wo sie ihrer so sehr bedürften! Betrachten Sie z. B. die Franzosen. Wie vorteilhaft wäre es für sie, wenn der Ministerpräsident Combes ein Prophet wäre!"

Wir plauderten dann mit einander über tote und lebende Götter. Ich lauschte mit größter Spannung den Worten dieses Orientalen, der da wußte, wie Religionen entstehen, der Religionen entstehen sah und vielleicht selber eine gestiftet hat. Zweifellos enthüllte er mir nicht alle seine Gedanken, jedoch ließ er durchblicken, daß drei Dinge zu einer Religion erforderlich sind. Zuerst eine allgemeine Idee von größter Einfachheit, eine soziale Idee. Zum zweiten eine ehrwürdige, seit altersher in Gebrauch stehende Liturgie, in welche diese Idee einzuführen ist. Denn ein neu entstehender Kult entleiht seine geheiligten Requisiten stets dem herrschenden, und neue Religionen sind zunächst kaum etwas anderes als Häresien. Zum dritten — und dies Geständnis erhielt ich ohne allzugroße Schwierigkeit — ist zum Erfolg auch etwas Taschenspielerei nötig, durch die sich der Religionsstifter bei den Massen als im Besitz übernatürlicher Kräfte stehend zu legitimieren hat. — Nach meiner Unterhaltung mit dem geistvollen und religiösen Fürsten konnte ich mich des Gedankens nicht erwehren, daß die neue Schule doch bisweilen in allzugroßem Entgegenkommen das Wunder im Halblicht der Nervenpathologie verschwinden läßt, und daß man von Zeit zu Zeit wieder die Betrugshypothese aufstellen sollte, wenn man nicht besser in diesem Punkte beide Anschauungen — also Voltaire und Renan — mit einander verschmilzt.

*

Zur Bestechung von Angestellten in Handel und Industrie.

Zu dem Krebsschaden der Bestechung von Angestellten in Handel und Industrie durch Geschenke, Provisionen usw. gingen uns infolge unserer Notiz in No. 13 eine Reihe weiterer Belege zu, von denen wir hier nur eine sehr bezeichnende Annonce aus der „Kölnischen Zeitung" vom 25. August 1903 veröffentlichen wollen, welche beweist, daß solche Bestechungsversuche bereits auf Verwaltungsorgane von Aktiengesellschaften übergreifen. Die betreffende Annonce lautet:

> **Hoher Verdienst bietet sich Aufsichtsratsmitgliedern, Bank- und Fabrikdirektoren, Geschäfts- und Privatleuten,** welche ihre guten Beziehungen zu industriellen Werken und Kapitalistenkreisen durch Empfehlung von Beteiligung an hervorragenden Patenten oder deren Ausbeutung **in unauffälliger Weise** ausnutzen wollen.
>
> Vermittlungsbureaus ausgeschlossen. Inserierende Firma sichert **strengste Diskretion** zu und erbittet Angebote u. L A 723 an die Exped. d. Bl.

Wir können angesichts dieser geradezu zynischen Untergrabung aller wirtschaftlichen Moral nur von neuem an die gesetzgebenden Faktoren appellieren, da, wie wiederholt betont, ohne Hilfe der Gesetzgebung keine Remedur bewirkt werden kann.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 15. Erstes Novemberheft 1903. III. Jahrg.

Die ethische Bewegung in Deutschland.

Der 7. Gesellschaftstag der „*Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur*", welcher vom 9.—12. Oktober in München abgehalten wurde, lenkte wieder die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf diese Vereinigung, in der seit 11 Jahren nunmehr die ethische Bewegung in Deutschland ihren Kristallisationspunkt findet. Unverkennbar fand die Münchener Tagung höheres Interesse beim Publikum und in der Presse, als die Veranstaltungen der Gesellschaft in früheren Jahren gefunden hatten. Das hängt augenscheinlich mit den Zeitströmungen zusammen. Zwar hatte die Zedlitzsche Schulgesetzvorlage 1892 den äußeren Anlaß zur Begründung der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur geboten, aber in den ersten Jahren ihres Bestehens beherrschte das soziale Problem in allen seinen Verzweigungen das öffentliche Interesse in solchem Maße, daß auch die neue Gesellschaft ihre vornehmste Aufgabe darin erblicken mußte den Massen *soziale Gerechtigkeit* zu bringen. Je mehr von dem erreicht wurde, was die ethisch Empfindenden damals ersehnten, je kraftvoller der vierte Stand selbst seine Wünsche zur Geltung zu bringen vermochte, je stärker seine Vertretung im Reichstage und in der Presse wurde, um so mehr fand die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur" Zeit, sich auch mit Aufgaben zu befassen, welche nicht mit der sozialen Frage im engsten Sinne zusammen hingen — vor allem mit ihrer wichtigsten Aufgabe: *der sittlichen Erziehung und Unterweisung der Jugend auf Grund einer in ihren Fundamenten von allen konfessionellen Voraussetzungen unabhängigen Ethik*. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Problem der sittlichen Jugend-Erziehung das

Hauptproblem unserer Zeit ist. Jede Vereinigung, welche Reformen auf irgend einem Gebiete anstrebt, sollte sich vor allem klar darüber werden, daß sie nachhaltige Erfolge nur dann erzielen kann, wenn die sittliche Erziehung der Jugend auf bessere Grundlagen gestellt wird. Es ist bedauerlich, daß viele tüchtige, von heiligem Wollen erfüllte Reformer das noch nicht erkannt haben. Wer in der Friedensbewegung tätig ist, im Kampfe gegen Wohnungselend, Alkoholismus, Prostitution, Pauperismus usw. usw. sollte sich vor allem sagen, daß eine nachhaltige Besserung der Zustände nur dann möglich ist, wenn es gelingt eine Generation heranzuziehen, welche sittlich höher steht, als die Generationen, deren Werk unsere heutige menschliche Gesellschaftsordnung ist.

Bei ihren Bestrebungen, einen ethischen Jugendunterricht auf menschlich-natürlicher Grundlage einzuführen, stößt die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur“ naturgemäß auf den hartnäckigen Widerstand der Religionsgemeinschaften, welche seither versucht haben die Menschheit durch konfessionell-religiöse Erziehung auf eine höhere moralische Stufe zu heben und offenbar noch immer der Überzeugung leben, daß es ihnen noch gelingen wird diese Aufgabe zu lösen. Nachdem die Kirchen aber nach 19 Jahrhunderten nur das schlechte Resultat aufzuweisen vermögen, welches uns in Gestalt des heutigen moralischen Zustandes der menschlichen Gesellschaft vorliegt, kann es wahrlich nicht als unbillig betrachtet werden, daß die Anhänger des ethischen Kulturideals ihrerseits entschlossen sind endlich die Reformen durchzusetzen, von denen sie sich einen echten Kulturfortschritt versprechen dürfen. Daher war es auch durchaus angebracht, daß man die Stellung der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ zu den Religionsgemeinschaften als wichtigsten Verhandlungsgegenstand an erster Stelle auf dem Gesellschaftstage in München behandelte und mehrere Tage zur Diskussion aller damit in Zusammenhang stehender Fragen verwandte. Wenn man erwägt wie zähe die Kirchen an der Behauptung festhalten, daß unsere Kultur dem Untergang entgegengehen müsse, wenn sie aufhöre eine „christliche“ zu sein, und wenn man des weiteren erwägt wie der Staat mit allen seinen Machtmitteln hinter den Ansprüchen der Kirche steht, wie er sich selbst noch ohne Scheu als „christlichen Staat“ zu bezeichnen pflegt, obwohl wissenschaftlich längst feststeht, daß der Staat als solcher seinem wahren Wesen nach weder mit Christentum noch mit einer anderen Religion etwas zu tun hat, da er auf rein menschlich-natürlicher Grundlage ruht, — müßte man überhaupt daran verzweifeln, daß die durchaus berechtigten Forderungen der ethischen Gesellschaften jemals erfüllt werden könnten, wenn nicht ein günstiger Umstand den Reformfreunden zu Hilfe käme.

Es läßt sich nämlich nicht mehr ableugnen, daß die Aufklärung und damit der innere Abfall von den historischen Religionen so rasche Fortschritte macht, daß auch der Staat hinfort nicht mehr länger diese Erscheinung ignorieren kann. Wohl müssen die meisten Kinder eine Volksschule besuchen, welche auf christlicher Grundlage steht, wohl ist der Geistliche der Aufseher und Vorgesetzte des Lehrers, wohl wird der Unterricht in allen Fächern nach kirchlichen Gesichtspunkten zugeschnitten — aber der Erfolg aller dieser Maßnahmen ist zweifelhaft geworden. Vielfach paralysiert schon der Einfluß des Hauses die Bemühungen der Lehrer, dem Kinde den Glauben an die religiösen Überlieferungen der Vergangenheit einzuimpfen. Aber selbst wo solche negativen Einflüsse während der Schulzeit ferngehalten werden, kann es nicht ausbleiben, daß Knaben und Mädchen durch den Eintritt in das Erwerbsleben in Kreise kommen, welche sich mit Erfolg bemühen die in Schule und Kirche empfangenen religiösen Eindrücke rasch vergessen zu machen. Und in der Werkstatt, in der Fabrik, in der Kaserne, auf der Landstraße usw. sind genug Mächte am Werke, um dem Jüngling die „Religion“ aus der Brust zu reißen. Wenn man nun bedenkt, daß *alle sittlichen Lehren* in Schule und Kirche *an religiöse Voraussetzungen geknüpft* übermittelt werden, so daß sich im Kindergemüte die Überzeugung festsetzen *muß*, daß es eine von konfessionell-religiösen Voraussetzungen freie Sittlichkeit überhaupt nicht gibt — kann es uns da noch wundernehmen, wenn in so herangebildeten Menschen der sittliche Halt verloren geht sobald sie den religiösen Glauben verlieren? Kann es uns da noch wundernehmen, daß so ein „Aufgeklärter“, um ein ganz grobes Beispiel zu wählen, sich sagt: „Wenn Moses die 10 Gebote am Sinai nicht verkündet hat, ja wenn Moses gar nicht gelebt hat — warum soll ich da so dumm sein und noch das Gebot halten „Du sollst nicht stehlen“? oder wenn Jesus nicht in Galilea gepredigt hat, ja wenn er vielleicht gar nicht gelebt hat — warum soll ich da so dumm sein und nach den Worten der Bergpredigt handeln „Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen?“

Vor dieses Problem sieht sich der Staat heute gestellt, und wenn er sich seiner Pflicht bewußt ist, wird nicht mehr viel Zeit vergehen, bis er der Einführung eines von allen religiösen Voraussetzungen freien Moralunterrichts in den öffentlichen Schulen näher treten wird. Wenn die jetzige junge Generation herangewachsen sein wird, ergeben sich die Konsequenzen der rasch fortschreitenden Aufklärung der Massen mit so eindrucksvoller Augenscheinlichkeit, daß das Ideal der ethischen Gesellschaften ohne Zweifel viel rascher verwirklicht werden wird, als ihre Wortführer heute selbst

zu hoffen wagen. Man erwäge nur die Tatsache, daß bei den letzten Reichstagswahlen über drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen abgegeben worden sind. Wenn auch noch nicht diese sämtlichen Wähler für sich und ihre Frauen allen religiösen Anschauungen entwachsen sein sollten, so kann man doch behaupten, daß ihre Kinder, also 10—12 Millionen Bürger, in 15 bis 20 Jahren innerlich total mit jeder positiven Religion zerfallen sein werden, auch wenn sie noch äußerlich aus Rücksichten der verschiedensten Art, vornehmlich aber aus ökonomischen, im Verbande der Kirchen verbleiben. Wo die Schule religiöse Überzeugungen gegen das Elternhaus durchzusetzen versucht, wird sie den Kürzeren ziehen und die Unmöglichkeit gegen Millionen von „heidnisch gesinnten" Familien zu kämpfen wird mehr für die Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichtes wirken, als alle Agitationsvorträge und Kongresse.

Vom ersten Tage ihres Bestehens an hat die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur" diese Sachlage klar und deutlich erkannt und für die Einführung des von allen konfessionellen Voraussetzungen freien Moralunterrichtes gewirkt. Vor 10 Jahren (in der Nummer vom 1. April 1893) hat schon Professor Friedrich Jodl in der Zeitschrift „Ethische Kultur" geschrieben: „Im Religiösen liegt doch nicht das Gemeinsame, sondern das Trennende. Nicht weil wir Katholiken, Protestanten, Juden sind, leben wir friedlich nebeneinander unter einerlei Gesetzen und in dem nämlichen Staate — soweit wir nur das sind, würden wir uns, wie vor 300 Jahren, wechselseitig totschlagen oder außer Landes treiben; — sondern weil wir endlich, endlich in der bittersten Schule gelernt haben, uns als Menschen, auf Grund gemeinsamer praktischer Überzeugungen zusammenzufinden und zu erkennen, daß diese Überzeugungen vom religiösen Glauben unabhängig sind und als solche Wert haben. Und nichts anderes will die Gesellschaft für ethische Kultur als dies Ereignis einer dreihundertjährigen Entwickelung retten und mit dem Gedanken der allgemeinen Schulbildung aufs engste verknüpfen: den Begriff der Humanität, der für Alle gleichen Menschenpflicht. Den Zusammenhang mit unserer religiösen Vorgeschichte zu pflegen, dazu haben wir auf ethischem Standpunkte wenig Veranlassung. Gerade Deutschland hat durch die religiöse Spaltung vielleicht schwerer gelitten, als irgend ein anderes Land. Was uns Deutschen Not tut, das ist vielmehr ein Lethetrank, der uns unsere theologischen Neigungen vergessen macht, als eine Schule, welche diesen giftigen Eifergeist immer aufs Neue belebt und stärkt."

In der letzten Zeit sind wieder mancherlei Kontroversen über die Stellung entstanden, welche die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur"

den Religionsgesellschaften gegenüber einnimmt. Auf dem Gesellschaftstage zu München ist daher der Standpunkt der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ nochmals in Thesen festgestellt worden, welche hinfort für die ethische Bewegung in Deutschland bestimmend sein werden. Bei der Bedeutung, welche ihnen zukommt, geben wir sie nachstehend im Wortlaut wieder:

1. Die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur“ steht als Gesellschaft in Bezug auf alle Welterklärungsfragen auf dem Boden der strengsten Neutralität.

2. Gegenüber der Stellungnahme der Religionsgemeinschaften, die der menschlich-natürlichen Ethik die Existenzberechtigung abspricht, ist Verteidigung unserer Grundüberzeugung selbstverständlich unser Recht und unsere Pflicht.

3. Unsere Pflicht ist es aber auch, gegenüber direkt ethisch verwerflichen Lehren und Institutionen, wie überall, so auch bei den Religionsgemeinschaften sogar angreifend und polemisch vorzugehen.

4. Die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur“ erachtet als eine ihrer vornehmsten Forderungen die Verweltlichung des gesamten Staatslebens und vor allem der öffentlichen Schule.

5. In der öffentlichen Schule hat der Staat das Recht und die Pflicht, das erreichbar wirksamste Maß sittlicher Erziehung und ethischer Unterweisung einheitlich zur Durchführung zu bringen. Dies kann nur durch eine ethische Unterweisung auf menschlich-natürlicher Grundlage geschehen.

6. Gegenüber den Interessen der Familien und Religionsgemeinschaften an diesem Teile der Erziehung hat die weltliche Schule strengste Neutralität zu üben, d. h. jeden Anstoß diesen Interessen gegenüber zu vermeiden, aber auch in keiner Weise ihnen Vorschub zu leisten.

Da die Zeitströmung für alle auf Verweltlichung des Staates und der Schule gerichteten Bestrebungen außerordentlich günstig ist, wird die ethische Bewegung voraussichtlich rasch große Fortschritte machen. Man darf hoffen, daß alle Freunde des *echten* Kulturfortschritts, *der sich nur auf der Schulung des Willens aufbauen kann*, die Propaganda der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ noch nachdrücklicher als seither fördern werden.

Die Grundfragen des französischen Kulturkampfes.

Von Dr. M. Kronenberg (Berlin).

II.

Die Ordens-Frage.

Die Orden gehen in ihrem Ursprung zurück auf die Idee der Weltflucht. Es hat zu allen Zeiten Menschen gegeben, welche das Bedürfnis fühlten, von dem Zusammenhang mit den anderen Menschen sich so weit als irgend möglich loszulösen und ein Leben zu führen, das allein der Beschauung und der Betrachtung gewidmet wäre. Solche Weltfluchtgedanken finden ihren Ausdruck schon in den ältesten Zeiten in den mannigfaltigsten Formen; in höherer, vergeistigter Art z. B. bei den Pythagoräern, den Stoikern, innerhalb der esoterischen Mönchs-Gemeinschaften des Buddhismus, in niedrigster Form bei den Derwischen, den älteren christlichen Pabulatoren usw.

Die ersten Ordens-Gemeinschaften, welche auf dem Boden des Christentums entstanden, suchten zunächst ebenfalls die Weltfluchts-Idee möglichst rein zum Ausdruck zu bringen. Aber sie konnten es nur verhältnismäßig kurze Zeit; dann wurde immer wieder diese Weltfluchts-Idee geradezu karrikaturartig verzerrt und in ihr Gegenteil verkehrt. Das hat seinen Grund einmal in dem Charakter der Gemeinschaftsbildung. Es ist in sich ein völliger Widerspruch, zugleich mit einer sozialen Vereinigung eng verbunden zu sein und zugleich dem sozialen Zusammenhang mit den übrigen Menschen entfliehen zu wollen. Die reine Ausgestaltung der Weltflucht würde erfordern, daß der einzelne Mensch allein ist und, wenn überhaupt, nur in dem allerlosesten und entferntesten Zusammenhang mit anderen Menschen sich befindet. Die engere und engste Gemeinschaft mit anderen, mit Menschen und Gefährten, ist also durch den Weltfluchtgedanken von vornherein ausgeschlossen, nur der Anachoret ist der wahre Weltflüchtling, wie er ja auch in den ersten Jahrhunderten der christlichen Entwickelung allein den Weltfluchtsgedanken vertritt. Indem aber dann auf dem Boden des Christentums die Weltfluchts-Idee von vornherein in der Form der Gemeinschaftsbildung auftrat, mußte sie immer wieder entarten.

Ein schwerwiegender Grund aber war überdies, daß diese Weltfluchts-Genossenschaften sich erst bildeten, als es bereits eine mächtige organisierte Kirche gab, und daß sie ihre Inspirationen von eben dieser Kirche erhielten. Denn man kann die katholische Kirche bezeichnen als ein Kompromiß zwischen dem ursprünglichen weltfremden und weltflüchtigen Christentum und dem Weltleben und der Wirklichkeit. In der ganzen Geschichte der katholischen Kirche verfolgt man den Kampf dieser

beiden Prinzipien, wobei bald das eine, bald das andere das Übergewicht erhält. Es hat zwar vereinzelt nicht an Versuchen gefehlt, die Weltfluchts-Genossenschaften von dem Zusammenhang mit der Kirche vollständig loszulösen. Aber alle diese Versuche schlugen fehl, sie wurden immer wieder von der übermächtigen Kirche gewaltsam unterdrückt, die sehr wohl wußte, daß alle weltliche Macht und alle unmittelbare Ketzerei der Andersgläubigen oder der Freidenkenden ihr nicht so gefährlich werden konnten, als der ursprüngliche weltflüchtige Geist des Christentums, an dem sie selbst nur dem Scheine nach festhielt. So besteht denn die ganze Geschichte der geistlichen Orden in immer wieder erneuten Versuchen, die reine Weltfluchtsidee zu retten, immer wieder von neuem den ursprünglichen Geist des Christentums wenigstens in engerer Gemeinschaftsbildung festzuhalten, der Welt und allem was zu ihr gehört, dem sozialen und staatlichen Leben usw., zu entfliehen, — aber immer wieder vergebens. So oft auch innerhalb der Ordensgemeinschaften immer wieder einzelne auftraten, um durch schärfere Vorschriften und strengste Fassung der Ordensregeln, durch härtere Askese, den Weltfluchtsgedanken rein festzuhalten — es war doch stets nur für kurze Zeit möglich. Nach einiger Zeit trat dann wiederum Entartung ein, und um so schlimmer, je mehr die Ordensgemeinschaft durch ihre Vorschriften und ihren Geist sich von den sozialen und sittlichen Lebensbedingungen der menschlichen Gemeinschaft entfernt hatte. So kommt es, daß es zwar innerhalb des christlichen Ordenslebens niemals an vereinzelten Beispielen von bedeutender Charakterstärke, auch sittlicher Größe und Aufopferungsfähigkeit, gefehlt hat, daneben aber in ganz überwiegendem Maße *die Orden wahre Brutstätten der schlimmsten menschlichen Entartung gewesen sind*. Die Geschichte der Mönchsorden ist eine Geschichte der dunkelsten Seiten des Menschenlebens, mit welcher kaum eine andere der menschlichen Entwickelung an Elend, Entartung und tiefster sittlicher Verworfenheit verglichen werden kann.

Bis in die Anfänge der neuesten Zeit ist dieses ganze sittliche Elend der christlichen Orden noch nicht in dem Maße hervorgetreten, daß sich ein prinzipieller Kampf gegen sie daraus entwickelt hätte. Zwar kam es oft genug vor, daß die Ordensgemeinschaften in ihrer Entartung so sehr die Repressivgewalt gegen sich herausforderten, daß nicht nur Fürsten und Könige, sondern auch Geistliche und Päpste mit den äußersten Maßregeln dagegen einschreiten mußten. Aber es blieb immer bei vereinzelten Maßregeln, niemals kam es zu einem generellen und prinzipiellen Kampf.

Das hatte vornehmlich zwei Gründe: einmal war das soziale Leben damals außerordentlich locker, und den vielen kleinen sozialen Gebilden

des weltlichen Lebens, den Ritterburgen, Grafschaften, kleinen Fürstentümern usw. entsprachen die vielen kleinen Gebilde der kirchlichen Organisation, also die zahlreichen Klöster, Abteien usw., und es konnte sehr wohl an manchem derartigen Punkte ein wahrer Herd sittlicher Pestilenz entstehen, ohne daß in sonderlich weitem Umkreise die anderen davon berührt wurden. Dazu kam dann, daß eben im Mittelalter doch noch das Christentum eine außerordentlich starke geistige Macht war, und noch nicht herabgesunken zu jenem äußerlichen Bekenntnis, das zuletzt allein noch vom Christentum bei so vielen Millionen übrig geblieben ist. So konnte es zwar auch schon im Mittelalter zahlreiche Ordensverbindungen geben, die wohl kaum vorbildlich waren, die mit der ursprünglichen Weltfluchts-Idee nichts mehr gemein hatten, die aber doch am Christentum selbst innerlich einen starken Halt besaßen, während in den letzten Zeiten, namentlich in der Gegenwart, wo die Aufklärung durch alle Fugen und Ritzen dringt, zahllose Mitglieder dieser Orden ihr Christentum nur als ein ganz äußerliches Bekenntnis haben, im übrigen aber sittlich durchaus hohl und haltlos sind und so in ihrem ganzen Leben und Treiben, wie in ihren Persönlichkeiten wahre Zerrbilder der Weltflucht-Idee darstellen, der sie sich angeblich hingeben.

Diese außerordentlichen Gefahren, mit welchen die Orden die bürgerliche und staatliche Gesellschaft bedrohen, sind immer deutlicher zum Bewußtsein gekommen, je mehr das freie Denken sich unabhängig machte von den religiösen, kirchlichen Voraussetzungen. So wurde denn schon im 17. und namentlich im 18. Jahrhundert an verschiedenen Stellen gegen die Kongregationen vorgegangen, zahlreiche Niederlassungen nicht bloß in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern wurden unterdrückt, ganze Ordensgemeinschaften, selbst der allmächtige Jesuitenorden, wurden damals aufgehoben. Aber erst im 19. Jahrhundert, ja man kann sagen, erst in unseren Tagen, ging man allmählich daran, diese Ordensgefahr in ihren Prinzipien, ihren Grundlagen zu untersuchen und nicht mehr diesen und jenen Orden, wie bedeutend er auch sein mochte, anzugreifen, sondern die gesamte Institution der katholischen Orden überhaupt. Nichts hat mächtiger dazu beigetragen, diese Prinzipienfrage in ihrer ganzen Tragweite aufzurollen, als die Dreyfus-Affäre in Frankreich, welche mit so unabweislicher Deutlichkeit zeigte, daß der ganze Staat, das ganze soziale Leben mit allen seinen bürgerlichen und sittlichen Bedingungen sich an einem Abgrund befand, von dem es nur gerettet werden konnte durch einen energischen Kampf gegen die bedrohlichen Mächte der Orden und des Kirchenlebens.

Es sind vor allen Dingen dreierlei Gefahren, mit welchen die Ordensgesellschaften das menschliche Leben bedrohen, nämlich rein wirt-

schaftliche, sozial- und bürgerlich-rechtliche und sodann ethische Gefahren.

Die rein wirtschaftlichen Gefahren sind schon in früheren Zeiten und immer am augenfälligsten hervorgetreten. Indem die Weltfluchtgemeinschaften zu festen Genossenschaften wurden, die sich, wie oben näher dargelegt wurde, allmählich immer mehr in das Weltleben verstrickten, so erwarben sie auch Besitzungen, zunächst natürlich sehr geringe, die sich aber allmählich immer mehr vergrößerten, bis zu dem Grade, daß eine große Anzahl von Ordensgesellschaften schließlich ausgedehnteste mobile und immobile Besitztümer erwarben und vielfach unermeßliche Reichtümer aufhäuften. Man schätzt das Gesamtvermögen der französischen Kongregationen ganz oberflächlich auf 6—8 Milliarden — also eine ungeheure Summe, und man ermißt den ganz außerordentlichen Reichtum aller dieser Ordensgemeinschaften, der in so schneidendem Widerspruch steht zu der ursprünglichen Weltfluchtsidee, wenn man, namentlich in Frankreich, Spanien, Italien usw., die vielen Ordenskirchen, die prunkvollen Klöster und Abteien sieht, in denen alles mit Marmor und Gold, mit den kostbarsten Gesteinen und den edelsten Materialien ausgestattet ist, sodaß diese Bauwerke, von ihrem Kunstwert ganz abgesehen, an materiellem Wert allein ungeheuere Summen repräsentieren.

Daß die Anhäufung solch gewaltigen Reichtums, diese Konzentration materieller Güter an wenigen Punkten, eine schwere wirtschaftliche Gefahr darstellt, bedarf keines Beweises. Sie bedeutet gleichsam eine wirtschaftliche Stauung, welche ebenso sehr ein Krankheitssymptom für den wirtschaftlichen Körper ist als die Blutstauungen für den Leib des Menschen. Denn indem die Reichtümer im Übermaß an wenigen Punkten zusammenströmen, werden naturgemäß an vielen anderen Punkten die wirtschaftlichen Existenzbedingungen vernichtet. Daher entspricht denn auch dem ungeheueren Reichtum der Ordensgemeinschaften, namentlich in den romanischen Ländern, die noch jetzt am stärksten mit Klöstern gesegnet sind, das tiefe Elend der Massen, das in dem großen Heere der Bettler, welche den Reisenden umdrängen, seinen sprechendsten Ausdruck findet. Und diese wirtschaftliche Gefahr wuchs und wächst natürlich mit jedem Tage, wo das moderne wirtschaftliche Getriebe sich ausbreitet und differenziert, wo die Menschen sozial immer enger mit einander verbunden werden, und die einzelnen Glieder der sozialen Organisation dem entsprechend immer stärker unter Krankheitserscheinungen des Ganzen mitzuleiden haben.

Nun gibt es zwar Anhäufungen großer Reichtümer auch im bürgerlichen Leben, aber sie finden hier stets zum mindesten einen ent-

sprechenden Ausgleich und eine entsprechende Korrektur: durch die Erbfolge. Große Vermögen, welche der einzelne besitzt, werden schon in den nächsten Generationen, da ja in der Regel mehrere Erbberechtigte vorhanden sind, zerteilt und zerkleinert. Und da überdies das Wohlleben die Menschen degenerieren läßt, so ist es ziemlich durchgehendes wirtschaftliches Gesetz, daß große Vermögen nur äußerst selten über die dritte oder vierte Generation hinaus erhalten bleiben. Anders ist es bei den Orden. Hier findet keine Erbteilung statt, die Reichtümer bleiben an einem Punkte konzentriert und müssen sich so naturgemäß immer weiter steigern; und so entwickeln sich in potenzierter Form durch diese Reichtümer der sogenannten „Toten Hand" die allerschlimmsten wirtschaftlichen und sozialen Übel progressiv immer weiter, ohne daß sie je durch sich selbst eine Korrektur erführen. Der Reichtum steigert sich hier durch sich selbst auch dann, wenn nicht neue Schenkungen und Vermächtnisse von seiten derer hinzutreten, die sich damit einen bevorzugten Sitz im Himmel zu sichern glauben; und Wohlleben und Schwelgerei wie alle damit im Zusammenhang stehenden sittlichen Entartungen, Arbeitsscheu, Wollust und Hurerei usw. steigern sich ebenfalls, sie breiten sich pestilenzartig von diesen Punkten aus, und um so stärker, da ja diese geistlichen Brutstätten des Lasters doch immer noch für so viele einfältige Fromme mit der Gloriole der Frömmigkeit, der Gottergebenheit und der Sittenstrenge umgeben sind.

Ebenso schlimm aber, vielleicht noch schlimmer als die rein wirtschaftlichen Gefahren der Orden sind die sozialen und ethischen. Sie beruhen hauptsächlich auf den drei bekannten Gelübden der Armut, der Keuschheit und des Gehorsams, welche von jeher die Grundlage des christlichen Ordenslebens bildeten, wenn sie auch bald strenger und bald weniger streng gefaßt wurden.

Das Unsittliche beginnt bereits mit der Tatsache, daß der Angehörige eines Ordens überhaupt ein Gelübde abzulegen hat, das ihn auf Lebenszeit bindet. Auf Lebenszeit! Denn nur unter dem Drucke weltlicher Behörden und vorgeschrittener unabhängiger Ethik haben sich da und dort die Kongregationen dazu verstanden, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, wenn die lebenslängliche Dauer des Gelübdes durchbrochen wurde. Dem Prinzip nach aber halten sie unbedingt daran fest, und mit außerordentlichem Raffinement werden alle Hilfsmittel und jeder geistige und soziale Druck aufgeboten, um jeden Versuch, solche Gelübde zu durchbrechen, fast unmöglich zu machen. Man weiß ja auch ganz gut, in welcher Situation sich derjenige befindet, der etwa wagen sollte, aus dem Ordensleben auszutreten und wieder zum weltlichen Leben zurückzukehren. Hinter ihm liegt ein ruhiges und behagliches

Leben, vor ihm eine völlig dunkle Existenz, die noch verdüstert wird durch die Aussicht auf den Bann, auf das Ausgestoßenwerden aus der kirchlichen Gemeinschaft. Es muß schon eine starke Natur sein, welche in dieser Zwangslage Kraft genug besitzt, das Gelübde zu durchbrechen und zum weltlichen Leben zurückzukehren.

Jedes derartige Gelübde aber, welches den Menschen auf Lebenszeit in einer bestimmten Lebensrichtung festhält, ist etwas tief Unsittliches und ein Verrat an der Menschheit. Denn der ist kein Mensch mehr, der seine Lebensschritte nicht mehr auf Grund vernunftgemäßer Einsicht lenken kann, sondern der die Sklavenketten einer Willensregung mit sich schleppt, die ein einzigesmal, vielleicht im unbedachten Momente, unter ungünstigen Umständen, vielleicht in einer abnormen psychischen Depression, in ihm aufgestiegen war. Darum sagt Lichtenberg treffend: Es ist sittlich besser ein Gelübde zu brechen, als es zu halten.

Indessen muß man immer noch unterscheiden zwischen den beiden Gelübden der Armut und der Keuschheit auf der einen und des Gehorsams auf der anderen Seite. Jene beiden ersteren Gelübde wirken zwar antisozial, da es zum Wesen der sozialen Gemeinschaft gehört, irgend welches, wenn auch noch so geringes Eigentum zu besitzen und eine Familie zu gründen; aber es gehört natürlich zur Freiheit des Individuums, daß dem Einzelnen nicht verwehrt werden darf, sich dieser sozialen Norm zu entziehen, namentlich dann, wenn er glaubt, dadurch höhere sittliche Aufgaben fördern zu können. Hier wirkt also nur die Tatsache von vornherein unsittlich, daß es sich um eine Bindung auf Lebenszeit handelt, und auf der anderen Seite, daß nicht der Einzelne, sondern ganze Gemeinschaften in dieser Weise sich in antisozialer Richtung von der bürgerlichen Gesellschaft absondern.

Ganz anders aber ist es nun mit dem dritten Gelübde, dem des Gehorsams. Dieses ist nicht nur formell, — als Gelübde — sondern auch seinem Inhalte nach etwas durch und durch unsittliches. Denn es besagt, daß der Wille eines Menschen lebenslänglich an den Willen anderer, fremder Menschen unlöslich gekettet sei. Mit anderen Worten, wer das Gelübde des Gehorsams abgelegt hat, hat damit aufgehört, im ethischen Sinne ein Mensch zu sein, er ist keine Persönlichkeit mehr, weder im juridischen Sinne, als Rechtssubjekt, noch im ethischen Sinne. Denn beides gründet sich auf die Freiheit des Willens. Ein unmündiges Kind, ein Idiot oder Wahnsinniger ist kein Rechtssubjekt und keine sittliche Persönlichkeit, wird weder nach der einen noch nach der anderen Seite zur Verantwortung gezogen, sondern verantwortlich sind diejenigen Personen, an deren Willen der Wille des Kindes, des

Idioten usw. gekettet ist. Genau ebenso verhält es sich mit den Menschen, welche durch das Gelübde des Gehorsams sich selbst ihres höchsten menschlichen Rechts begeben haben.

Man werfe nicht ein, daß es jedem Menschen freistehen solle, über sich selbst zu verfügen. Das Wesen aller sittlicher Gemeinschaft beruht eben darauf, daß dieses Verfügungsrecht nur innerhalb gewisser Grenzen freisteht, nur bis zu dem Punkte, wo die sittliche Persönlichkeit selbst in Frage gestellt wird. Es kann niemandem erlaubt sein, sich selbst als Sklave zu verkaufen und es wird auch in keinem Rechtsstaate jemandem erlaubt. Auch die Selbstverstümmlung, natürlich ebenso der Selbstmord, sind gesetzlich unter Strafe gestellt. Verboten sind auch solche Verträge, durch welche die Freiheit der Persönlichkeit beeinträchtigt werden. Man denke sich, daß jemand vertragsmäßig sich bis zu seinem Lebensende auch nur zu einem bestimmten Dienstverhältnis gegenüber einem Anderen verpflichtet und sich jedes Kündigungsrechtes freiwillig begiebt: ein solcher Vertrag wäre rechtlich ungültig, weil sittlich verwerflich. Um so weniger kann es innerhalb einer sittlichen Gemeinschaft zulässig sein, daß jemand sich freiwillig in die schlimmste Knechtschaft, die überhaupt denkbar ist, nämlich in die geistige Sklaverei, begibt. Gewiß hat diese für Menschen ebensoviel verlockendes, wie die soziale Knechtschaft, wie die Sklaverei jeder Art. Hat man ja doch überall, wo die Sklaverei aufgehoben wurde, auch die Erfahrung gemacht, daß manche Freigelassenen lieber zu ihr zurückkehren wollten, und es war notwendig, gegen diese Versuche Vorbeugungsmaßregeln zu treffen. So gibt es sicherlich noch heute viele, die, wenn das Gelübde des Gehorsams überall beseitigt würde, alle Anstrengungen machen würden, zu dem Ruere in servitium von neuem zu gelangen. Aber wenn einmal dieses Übergangsstadium überwunden sein wird und etwa nach einem Jahrhundert diese Gemeinschaften, welche sich auf das Gelübde des Gehorsams gründeten, nur noch in der Geschichte fortexistieren werden, dann wird es unseren Nachkommen ebenso unbegreiflich erscheinen, daß Menschen haben existieren können, in der tiefsten geistigen Knechtschaft, die im sittlichen Sinne keine Persönlichkeiten sind, wie es uns heute in der modernen zivilisierten Gesellschaft fast unbegreiflich erscheint, daß früher Hörige, Leibeigene, Sklaven existieren konnten, also Menschen, die rechtlich nur Sachen, keine Persönlichkeiten waren.

Und nun werden alle diese außerordentlichen Gefahren, mit denen das Ordensleben die sozial-bürgerliche und sittliche Ordnung der Gesellschaft bedroht, noch außerordentlich gesteigert und geradezu kumuliert dadurch, daß ein nicht geringer Teil der Orden in den Dienst der größten

M a ch t ausbreitung gestellt wird. Es gibt einzelne Kongregationen, namentlich manche charitative Orden, bei denen alle jene Gefahren sittlicher Entartung etwas gemildert werden, wiewohl sie auch bei ihnen bestehen. Aber nun denke man an die zahlreichen K a m p f o r d e n , in denen gerade die Gelübde, und insbesondere das des Gehorsams, eine so entscheidende Rolle spielen. Alle diese Ordensgemeinschaften, welche insgesamt die Pfeiler der Kirche, die ecclesia militans, bilden, haben ja ihre Tätigkeit nicht auf Ausbreitung wahrer Religion, Förderung der Sittlichkeit gerichtet, sondern auf Erhöhung der Macht der Kirche um ihrer selbst willen, und, was damit von selbst gegeben ist, auf Ausbreitung des religiösen Aberglaubens und Wahns als Mittel zum Zweck, als w i r k s a m st e s Mittel zur Erhöhung der Kirchenmacht. Es gibt nicht leicht für den Freund fortschreitender Gesittung ein schlimmeres und abstoßenderes Schauspiel, als zu sehen, wie Tausende von Menschen, denen, auch wenn sie nicht in höherem Grade sittlich entartet sind, doch auf jeden Fall durch das Gehorsamsgelübde das Rückgrat der Persönlichkeit gebrochen ist, die, marklos, vom fremden Willen fortgeschleift, in Scharen sich daran machen, das Licht der Aufklärung zu verdunkeln, die Quelle der Erkenntnis nach Möglichkeit zu verstopfen, und den Wahnglauben unter den Menschen auszubreiten.

Man könnte noch die Frage aufwerfen, ob denn nicht mit Vernichtung der Orden auch dasjenige vernichtet würde, was gewissermaßen ihren berechtigten Kern darstellt: nämlich die Möglichkeit sich von der Welt zurückzuziehen und der stillen Kontemplation zu leben. Aber hierzu bedarf es keiner Orden und vor allen Dingen keiner Gelübde. Ein Mensch, welcher zu solcher Weltflucht bereit und geneigt ist, kann das an jedem Tage und zu jeder Stunde tun. In jedem Augenblick bietet sich ihm die Möglichkeit, dieses Fliehen vor der Welt zu vollziehen, nämlich i n n e r l i ch — äußerlich ist es niemals möglich, da überall „Welt" ist, wo er auch gehen und stehen mag.

Und wenn man darauf hinweist, daß es immer wieder zahllose geknickte und gebrochene Existenzen geben wird, welche das Bedürfnis haben werden, gerade innerhalb einer Genossenschaft diese Weltflucht zu vollziehen, um durch Brechung der Persönlichkeit und des Eigenwillens das Leben überhaupt noch erträglich zu finden, so bedeutet dies nichts anderes, als der sittlichen Verirrung gegenüber niederschlagende Opiate an Stelle dauernder Kräftigung und Stärkung zu empfehlen. Es gab früher freilich auch in der Medizin kaum eine andere Heilmethode, als daß man z. B. die Lungenkranken in die Zimmer einschloß und in ihrer dumpfen Atmosphäre allmählich ersticken ließ. Heute führt man sie ins Freie, auf die Bergeshöhn, wo sie Wind und Wetter zu trotzen haben

und allmählich wieder erstarken können. So wird man es auch einst für unmöglich halten, daß man sittlich gebrochene Menschen sorgfältig abschloß vor der Berührung mit der harten Wirklichkeit und durch geistige Opiate sie immer kraftloser machte, in dem dumpfen Brodem ihrer gebrochenen und verdorbenen Gefühle sie allmählich ersticken ließ, statt sie hinauszuführen in das Feld der freien Menschlichkeit und sie allmählich hinaufzugeleiten zu den Höhen freier sittlicher Erkenntnis. — —

Nun erhebt sich die Frage: In welcher Weise ist diesen Gefahren, mit denen die Orden die bürgerliche Gemeinschaft bedrohen, zu begegnen? Es gibt natürlich da zwei Wege. Auf der einen Seite kann der Staat mit seinen Machtmitteln und den ihm eigentümlichen Organen dagegen einschreiten, auf der anderen Seite gibt es einen langdauernden geistigen Kampf, um von innen her die Vorstellungskreise aufzulösen, aus denen der Geist der verschiedenen Ordensgemeinschaften entsteht.

Der Kampf, den der Staat gegen die Ordensgemeinschaften führt und zu führen hat, findet einen sehr einfachen und natürlichen Boden. Es zeugt für den Weitblick und die staatsmännische Begabung Waldeck-Rousseaus, daß er beim Beginn des französischen Kulturkampfes diesen Boden sogleich betreten hat. Orden und Kongregationen sind, bürgerlich-sozial betrachtet, nichts als Vereine. Das Recht der Vereinsbildung im weitesten Sinne gehört zu den unerläßlichen Rechten eines freien Staatsbürgers und zu den Menschenrechten, wie sie gerade von der Revolution festgelegt worden sind. Dennoch unterliegt dieses Recht gewissen Einschränkungen und Restriktionen. Einmal einem rein formellen, daß nämlich der Staat über alle Vereinsbildungen ein Konzessions- und Aufsichtsrecht übt. Das folgt ganz selbstverständlich aus dem Wesen des Staates. Denn dieser kann nicht dulden, daß er selbst, als die höchste Gemeinschafts-Organisation, in seinem Wesen negiert wird durch Gemeinschaftsorganisationen anderer Art, die sich in seinem Machtbereiche bilden. Er muß also notgedrungen darauf halten, daß keine Genossenschaft im Staate sich bilden kann im Widerspruch mit den Gesetzen des Staates und dem gesamten Staatsleben.

Auf der andern Seite aber ist der Staat auch die höchste Organisation, in welcher der sittliche Gesamtwille einer Gemeinschaft zum Ausdruck kommt. Darum hat er auch die unweigerliche Aufgabe, Sorge zu tragen, daß die einfachen sittlichen Grundlagen allen gemeinschaftlichen Lebens innerhalb der Genossenschaften, welche sich bilden, nicht verletzt werden.

Von diesem Gesichtspunkte aus sind die Grundlagen des Kampfes gegen die Kongregationen sehr leicht zu bestimmen. Der Staat hat einfach ihnen gegenüber sein Konzessionsrecht und auf der andern Seite

sein Repressivrecht auszuüben. Sein Konzessionsrecht: d. h. jede Kongregation bedarf, so gut wie jeder andere Verein, der Autorisation durch die Behörden, nachdem er den Nachweis erbracht, daß diese Vereinsbildung mit den gesetzlichen Grundlagen des Staates und der allgemeinen Sittlichkeit nicht in Widerspruch steht. Das Repressivrecht: d. h. der Staat hat von der Befugnis Gebrauch zu machen, Ordensgemeinschaften, auch wenn sie autorisiert sind, aufzulösen und, wie bei anderen Vereinigungen, ihr Vermögen zugunsten der Allgemeinheit zu beschlagnahmen, sobald sie gegen die Gesetze des Staates und gegen die sittliche Ordnung sich vergehen.

Auf der Grundlage der Vereinsgesetzgebung, wie sie Waldeck-Rousseau, wenn auch zunächst in sehr milder Anwendung, inauguriert hat, ist es vollkommen möglich, allen Anforderungen der Gerechtigkeit auf der einen, der Staatsnotwendigkeiten und sittlichen Forderungen auf der anderen Seite, zu entsprechen. Der Staat braucht keinen Anstand zu nehmen, solche Orden und Ordensniederlassungen zu konzessionieren, welche in Wahrheit nur freie Genossenschaften sind, um sich beschaulichen Betrachtungen oder religiösen Übungen, oder charitativen Werken hinzugeben. Und er wird dabei so weitherzig als möglich verfahren dürfen. Umsomehr und um so schärfer aber wird er überall da die Konzession versagen oder repressiv einschreiten müssen, wo die wesentlichsten Grundlagen des Staates und vor allen Dingen die der sittlichen Ordnung verletzt werden. So wird der Staat, wozu er bisher noch niemals den Mut gefunden hat, gegen alle diejenigen Ordensgemeinschaften, und das ist freilich die große Mehrzahl, einzuschreiten nicht nur berechtigt sondern verpflichtet sein, welche ihre Mitglieder zu dem Gelöbnis des Gehorsams zwingen. Es würde innerhalb einer zivilisierten Gemeinschaft jeder Verein aufgehoben werden, dessen Mitglieder sich verpflichten würden, Sklaven zu sein, auf ihr Selbstbestimmungsrecht zu verzichten oder innerhalb einer gewissen Frist Selbstmord zu begehen. Das alles steht vollkommen auf gleicher Linie mit der Verpflichtung, durch das Gelöbnis des ewigen Gehorsams die sittliche Selbststrangulation an sich zu vollziehen.

Der Staat mit seinen allgemeinen Gesetzen und seinen äußerlichen Machtmitteln kann natürlich in der Ordensfrage nicht alles tun. Der Geist der Aufklärung muß ihm zu Hilfe kommen, um die negative Aktion des Staates nach der positiven Seite hin zu ergänzen. Hier aber wie nach anderen Beziehungen hängt die Ordensfrage aufs engste zusammen mit der Frage des Unterrichts und der öffentlichen Erziehung — darüber in einem nächsten Artikel.

Kommunale Wohnungsämter.

Von Dr. W. Hanauer (Frankfurt a. M.).

In einer der letzten Sitzungen des preußischen Abgeordnetenhauses, kurz vor Schluß des Landtages, nahm der Finanzminister von Rheinbaben noch Veranlassung, sich über die Wohnungsfrage zu äußern. Er machte selber die hochbedeutsame Mitteilung, daß der Entwurf eines preußischen Wohnungsgesetzes fertig gestellt sei und den einzelnen Regierungen zur Begutachtung unterbreitet werde.*) Tatsächlich ist es endlich Zeit, daß auch in Preußen in dieser Frage etwas geschieht. Denn bis jetzt hat es sich von den kleineren deutschen Staaten hierin den Rang ablaufen lassen. Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen, Hamburg, Lübeck sind längst mit Landeswohnungsgesetzen vorangegangen und nur in Preußen hat man sich mit den bekannten Ministerialerlassen von 1900 begnügen lassen.

In diesen war die Arbeiterfürsorge in erster Linie den Städten zugewiesen und ihnen die Unterstützung von gemeinnützigen Baugenossenschaften, die Übernahme von Garantien und der Erwerb von Bauterrain, die Regelung der Verkehrsverhältnisse usw. nahe gelegt worden. In der Tat gehört es unzweifelhaft zu den Aufgaben der Kommunalverwaltungen diejenigen Wohlfahrtseinrichtungen herzustellen, zu welchen der einzelne Einwohner außer stande ist: Schulen, Krankenhäuser, Wasserleitungen, Bäder, Verkehrsanstalten u. a. Die Wohnungen haben nun mit diesen Instituten das gemeinsam, daß sie ebenfalls Wohlfahrtseinrichtungen sind oder wenigstens sein sollen, und daß sie in den meisten Fällen der einzelne sich nicht selbst herstellen kann. Der Unterschied ist nur der, daß man sich immer mehr daran gewöhnt hat, die Errichtung von Verkehrsanstalten, Bädern usw. als zu den Aufgaben der Gemeinden gehörig zu betrachten, die Errichtung von Wohnungen dagegen der Privatindustrie und deren Initiative zu überlassen. Letzteres ist auch gar nicht anders möglich und erst im Zukunftstaat, nach der Vergesellschaftung des Individual-Eigentums, wäre die Kommunalisierung des Häuserbaus im großen Stile durchzuführen. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Städte sich nicht auch jetzt schon darum zu kümmern hätten, ob ihre Bürger Wohnungen finden und wie dieselben beschaffen sind. Vielfach ist für die Städte die Wohnungsfrage mit der Regulierung der B a u o r d n u n g erschöpft. Die Bauordnungen, die in erster Linie die Produktion von Gebäuden vom Standpunkte der S i c h e r h e i t und des V e r k e h r s behandeln, berücksichtigen ja erfreulicher Weise in steigendem Maße auch die hygienische Seite des Wohnungsbaus. Aber damit darf sich eine so-

*) Anmerkung der Redaktion: Der Entwurf ist inzwischen publiziert worden.

zialpolitisch denkende Stadtverwaltung nicht zufrieden geben, denn die Bauordnung tritt doch nur in Funktion, wenn jemand ein Haus bauen will, sie beeinflußt selbst aktiv nicht im geringsten die Produktion von Wohnungen, auch wenn die Not noch so groß ist, noch weniger kümmert sie sich darum, ob die Wohnungen dauernd in einem menschenwürdigen, den Ansprüchen der Gesundheitspflege entsprechenden Zustande bleiben, selbst, wenn sie bei der Errichtung diesen Anforderungen völlig entsprochen haben. Es bleibt also nichts anderes übrig, als daß die Kommunalverwaltungen über die Bauordnung hinaus sich um die Wohnungen ihrer Bürger kümmern. Das liegt schon in ihrem ureigensten Interesse.

Denn, wie sieht es denn aus, wenn unsere Stadtbehörden nur dem Prinzip des laisser faire, laisser aller huldigen wollten? In die Großstädte strömt fortwährend eine Masse neuer Bevölkerungselemente, meist den Arbeiterschichten angehörig, um von den günstigeren Arbeitsbedingungen, welche die Stadt bietet, zu profitieren. Auf Grund des Freizügigkeitsgesetzes sind sie hierzu berechtigt, sie brauchen sich vor ihrem Domizilwechsel nicht im geringsten darum zu kümmern, ob sie auch in ihrem neuen Aufenthaltsorte eine passende Unterkunft finden. Ist die private Wohnungsproduktion diesem Andrang gewachsen, dann regeln sich diese inneren Wanderungen ohne weiteren Störungen, andernfalls führen erstere unstreitig zu einer Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse der betreffenden Stadt. Denn die neuen Ankömmlinge begnügen sich, um nur ein Unterkommen zu haben, mit den primitivsten Wohnungen, mit Herbergen, die oft gar nicht mehr menschliche Wohnungen genannt zu werden verdienen. Das Wohnen wird immer gedrängter, in einer kleinen Wohnung, die bisher einer Familie nur notdürftig als Unterkunftsstätte gedient hat, hausen jetzt zwei, das Aftermietewesen, die Durchsetzung der Familie mit Schlafgängern, mit fremden Wohnungselementen nimmt zu. Die Folgen dieser Wohnungsmisère sind so oft und so eindringlich geschildert worden, daß man fürchten muß zu langweilen, wenn man dieselben immer und immer wieder betont. Es soll hier nur hervorgehoben werden, wie die Städteverwaltungen selbst in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn sie nicht rechtzeitig dem Entstehen derartiger Kalamitäten vorbeugen oder die entstandenen Schäden energisch bekämpfen.

Einmal kann es einer Stadtverwaltung nicht gleichgültig sein, ob ein erheblicher Teil der Bevölkerung körperlich degeneriert und in moralischen Verfall gerät — und diese Folgen zeitigt bekanntlich das Wohnungselend. Man weiß, daß schlechte Wohnungen und ungesunde Quartiere in erheblichem Maße zur Entstehung von Seuchen und zur Verbreitung von ansteckenden Krankheiten beitragen, diese machen aber be-

kanntlich nicht Halt an den Wohnungen der bessersituierten Bevölkerungsklassen, und alle Desinfektionsvorschriften, alles Sorgen für gutes Wasser und Beseitigung von Abfallstoffen sind nur halbe Maßregeln, solange man in der Bekämpfung der Infektionskrankheiten nicht auch die Wohnungen als ätiologischen Faktor mitberücksichtigt. Was den Zusammenhang des Wohnungselendes mit der moralischen Depravation und der Prostitution anlangt, so ist dieser auf dem Kongreß zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Frankfurt a. M. so eindringlich von den Referenten dargelegt worden, daß man nur wünschen kann, daß unsere Kommunalbehörden gerade dieser Seite der Wohnungsfrage eine viel regere Aufmerksamkeit zuwenden, als es bisher geschehen ist.

Aber nicht nur aus ideellen, sondern auch aus rein materiellen Gründen sind die Städte verpflichtet, in die Wohnungsfrage einzugreifen. Denn das Wohnungselend bedingt eine Zunahme von Armut und Krankheit; wenden die Kommunen zur Bekämpfung desselben daher nicht Mittel auf, so müssen sie dafür umsomehr für Armenunterstützung und für Errichtung von Krankenhäusern ausgeben und das dürfte ihnen teurer zu stehen kommen.

Will die Stadtverwaltung die Aufgaben, die ihr in der Lösung der Wohnungsfrage erwachsen, in ihrem und ihrer Bürger Interesse in sachgemäßer Weise erfüllen, so ist ihr der Weg hierzu genau vorgezeichnet.

In erster Linie ist es ihre Pflicht, sich über die Lage des Wohnungsmarktes genau zu unterrichten und stets über denselben informiert zu sein. Eine kommunale Wohnungspolitik großen Stiles wird am besten durch eine vollständige Wohnungsenquête eingeleitet, mit welcher uns die schweizerischen Städte vorbildlich vorangegangen sind. Eine solche Wohnungsenquête muß die Wohnungsverhältnisse nach allen Seiten, nach der gesundheitlichen wie nach der wirtschaftlichen, vollständig klar legen, auf Jahrzehnte hinaus wird sie dann die Basis für die Inangriffnahme von Reformen abgeben. Die Pflege der Wohnungsstatistik muß dann weiter festzustellen suchen, wie hoch der jährliche Zuzug sich beläuft und wie viele Wohnungen neu hergestellt werden, ob also der Bedarf durch das Angebot gedeckt wird, endlich sind periodische Zählungen der leerstehenden Wohnungen zur Aufstellung von Wohnungsbilanzen notwendig.

Gerade durch die Arbeiten über der Wohnungsstatistik, namentlich im Anschlusse an die Zählungen der leerstehenden Wohnungen sind manche Städte veranlaßt worden, Wohnungsnachweise einzurichten. Das sind sehr verdienstvolle Unternehmungen, die leicht, namentlich in Angliederung an die Arbeitsnachweise ins Leben gerufen werden können.

Sie erleichtern dem Wohnungssuchenden das Finden einer für ihn passenden Wohnung und ersparen ihm Zeit und Geld.

Mit der Errichtung eines Wohnungsnachweises betritt die Stadtverwaltung bereits das Gebiet der Wohnungsfürsorge, sie darf jedoch, wenn ihre statistischen Erhebungen ergeben, daß ein wirklicher Wohnungsmangel in quantitativer oder qualitativer Weise vorliegt, dabei nicht stehen bleiben, sondern sie muß positive Maßnahmen zur Abhilfe desselben ergreifen. Sie kann alsdann das Defizit, welches durch die mangelnde Tätigkeit der Privatindustrie in der Wohnungsproduktion entsteht, direkt durch Eigenbau decken, oder, was vorzuziehen ist und auch viel häufiger geschieht, indirekt die Errichtung kleiner Wohnungen fördern, indem sie den gemeinnützigen Baugesellschaften oder auch den Privatbaumeistern, wenn diese auf gewisse Bedingungen eingehen, Erleichterungen und Unterstützungen gewährt. Außerdem kann die Stadt durch eine rationelle Boden-, Steuer- und Verkehrspolitik den Bau von kleinen Wohnungen fördern, durch die erstere, indem sie möglichst viel Land in ihre Hände bringt, dadurch auf die Preise der Grundstücke einwirkt und das Land wieder zum Bau von Kleinwohnungen abgibt. Eine vernünftige Steuerpolitik wird namentlich darauf hinarbeiten, daß das unbebaute Gelände entsprechend besteuert wird, um damit den Bauspekulanten den Anreiz zu nehmen, das Bauland willkürlich seiner natürlicher Funktion zu entziehen. Eine sozialpolitische Gesichtspunkte berücksichtigende Verkehrspolitik endlich muß darauf bedacht sein, durch Einbeziehung der Vororte in den Trambahnverkehr und durch möglichst billige Arbeiterabonnements den Angehörigen der unteren Einkommenklassen die Ansiedlung in den Vororten möglichst zu erleichtern und damit auch die Stadt selbst zu entlasten.

Sind in dieser Weise positive Maßnahmen getroffen, dann tritt auch die Wohnungsinspektion in ihr Recht. Wir betrachten diese mit Absicht erst an dieser Stelle, weil, wie auch in der letzten Versammlung des Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens in Frankfurt a. M. mit Recht betont wurde, die Wohnungskontrolle ihren Zweck verfehlt, wenn nicht vorher oder wenigstens gleichzeitig für die Erstellung einer genügenden Anzahl von Wohnungen gesorgt wird. Andernfalls ist die Inspektion wirkungslos oder gar schädlich, wenn entweder die Wohnungsmieter zum Räumen der Wohnung gezwungen werden und damit die Obdachlosigkeit vermehrt wird, oder andrerseits, wie die Praxis bereits gelehrt hat, die Vorschriften nur auf dem Papier stehen und in Wirklichkeit nicht gehandhabt werden. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß man mit der Einrichtung einer Wohnungsschau warten solle, etwa bis ein Überfluß an kleinen Wohnungen vorhanden ist; das ist

durchaus nicht nötig, denn schon viel früher wird die Inspektion wirksam sein, einmal, indem die wirklich gesundheitschädlichen und menschenunwürdigen Wohnungen geräumt werden, andrerseits läßt sich eine unzulässige Wohnung oft durch relativ geringe Änderungen oder Umbauten in eine brauchbare verwandeln. In beiden Fällen ist es sehr nützlich wenn den Hausbesitzern das Gewissen geschärft und sie an ihre Pflichten erinnert werden. Mit der Errichtung einer Wohnungsinspektion muß immer auch der Erlaß einer Wohnungsordnung verbunden sein, in welchen die Minimalforderungen für eine gesunde Wohnung festgelegt und den Hausbesitzern, Mietern und den Organen der Wohnungsinspektion die Direktive gegeben wird.

Um alle diese kommunalen Aufgaben in der Wohnungsfürsorge durchzuführen, bedarf es der Errichtung einer eigenen Behörde: eines kommunalen Wohnungsamtes. Ein Stadtrat von juristischer oder auch medizinischer Vorbildung steht an der Spitze, dem das nötige Kanzlei- und technische Personal beigegeben ist. Mitglieder dieser Behörde sind ferner eine Anzahl im Ehrenamt wirkende Bürger: Stadtverordnete, Sozialpolitiker, Ärzte, Techniker. Diesem Amt liegt es ob, die Entwickelung der Wohnungsverhältnisse der Stadt ständig zu verfolgen und Vorschläge zur Beseitigung etwaiger Mängel und Mißstände zu machen, es steht in ständiger Fühlung mit anderen verwandten Behörden, mit dem Baupolizeiamt, dem statistischen Amt, den gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften usw. Dem Amte untersteht ferner der Wohnungsnachweis und die Ausführung der Wohnungsinspektion. Letztere kann entweder durch berufsmäßige Wohnungskontrolleure oder Wohnungsaufseher erfolgen oder durch bürgerliche Wohnungspfleger, wie es z. B. in Stuttgart und Hamburg der Fall ist. Letzterenfalls wird eine Organisation geschaffen, die mit der nach Elberfelder Muster eingerichteten Armenverwaltung viel Ähnlichkeit aufweist..

Die einzige Stadt in Deutschland, welche bisher sich ein Wohnungsamt geschaffen hat, ist Stuttgart. Da dieses alle oben erwähnten Forderungen erfüllt und daher beispielgebend wirkt, so dürfte es am Platze sein, die Stuttgarter Einrichtung etwas näher zu skizzieren. Letztgenanntes Amt ist am 20. Juni 1902 ins Leben getreten. Es soll, wie die „Soziale Praxis“ berichtet, alle Erscheinungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens sammeln und dadurch für die öffentliche Wohnungsfürsorge nutzbar machen, es hat einen Wohnungsnachweis eingerichtet, und übt die durch die Verfügung des württembergischen Ministeriums des Innern über die Wohnungsaufsicht den Gemeinden obliegende Inspektion für das Gebiet der Stadt Stuttgart aus.

Was die Organisation des Wohnungsnachweises anlangt, so ist,

um diesen ermöglichen zu können, den Hausbesitzern die Pflicht der Wohnungsan- und Abmeldung auferlegt. Das Wohnungsamt stellt auf Grund seiner Ermittlungen von Tag zu Tag die zur Vermietung angebotenen Wohnungen fest und veröffentlicht die Angebote mit Angaben über Lage, Zahl der Räumlichkeiten und Preis der Wohnung. Hierzu werden Formulare benützt, die jederzeit eine Übersicht über den Stand des Wohnungsmarktes gewähren. Die Wohnungen werden im amtlichen Wohnungsanzeiger unentgeltlich so lange veröffentlicht, bis die Wohnung vermietet ist. Der Wohnungsanzeiger wird unentgeltlich abgegeben und Zeitungen beigelegt. Der Hausbesitzer hat dafür die Verpflichtung, den Mieter, mit welchem er einen Vertrag abschließen will, nicht nur nach der Zahl der Familienangehörigen sondern auch nach der der Dienstboten und Gehilfen, sowie auch danach zu fragen, ob und eventuell an wie viele Personen der Mieter die Wohnung in Aftermiete zu geben beabsichtigt. Für den Wohnungssuchenden bietet die Einrichtung des Wohnungsnachweises eine bedeutende Erleichterung, hat er doch die Möglichkeit, auf dem Wohnungsamt die genaue Beschreibung und Pläne der Wohnungen, so wie die Hauswirte sie geliefert haben, anzusehen, so daß viel Zeit, die sonst mit nutzlosem Wohnungssuchen vergeudet wird, gewonnen wird.

Was die Wohnungsinspektion anlangt, so ist die Überwachung eine fortlaufende und bezweckt, erhebliche Mißstände auf gesundheitlichem und sittlichem Gebiete fernzuhalten. Dieselbe wird im Ehrenamt von Wohnungspflegern ausgeübt und lehnt sich daher enge an das Elberfelder System in der Armenpflege an. Jedem Pfleger ist ein eng begrenzter Häuserkomplex als Aufsichtsbezirk überwiesen, innerhalb dessen er ausschließlich die Aufsicht ausübt. Er hat gewisse in besonderer Geschäftsanweisung näher bestimmte Tatsachen zu ermitteln, welche für die Beurteilung der Wohnungsverhältnisse von Bedeutung sind. Es gelingt ihm oft leicht, Mißstände im Bau und Benützung der Wohnung, wie Feuchtigkeit oder Unreinlichkeit zu beseitigen; soll bei Überfüllung der Wohnungen vorgegangen werden, so muß dem betreffenden Mieter eine andere geräumigere und nicht zu teuere Wohnung nachgewiesen werden. Der ganze Stadtbezirk ist mit Einschluß der Vororte in 210 Bezirke eingeteilt.

Wie viele Aufgaben die deutschen Städte in der Wohnungsfürsorge noch zu erfüllen haben, ergibt sich aus einer Umfrage, welche der auf dem Gebiete des Wohnungswesens hochverdiente deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege bei den deutschen Städten veranstaltet hat. Er schickte an 290 Kommunen Fragebogen, um zu ermitteln, wie es bei ihnen einerseits um die positive Sorge für Errichtung neuer Wohnungen,

andererseits um die Fürsorge für die bestehenden Wohnungen, um Wohnungskontrolle, gesetzliche Bestimmungen betreff. Schließung gesundheitsschädlicher Wohnungen, Enteignung und Niedergang von Gebäuden bestellt sei. Es ergibt sich aus dieser Statistik, daß nur in 48 preußischen Städten eine ständige Wohnungsbeaufsichtigung eingerichtet ist, daß nur in 66 Verordnungen erlassen sind, welche sich auf das gesunde Wohnen beziehen. Die Errichtung von Wohnungsämtern nach Stuttgarter Muster dürfte zweifellos geeignet sein, manche Lücke in der kommunalen Wohnungsfürsorge in wünschenswerter Weise auszufüllen.

Individualistischer Machtstaat und volkstümlicher Arbeitsstaat.

Von Dr. Gustav Mayer (Brüssel).

Der siegende Grundgedanke der Jahrhunderte seit der Renaissance ist die Verdiesseitigung des Denkens und Empfindens. Von Lorenzo di Medicis „Chi vuol esser lieto sia" zu Goethes „Aus dieser Erde quillen meine Freuden" und von ihm zu Heinrich Heines „Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder" führt ein und dieselbe gerade Straße. Der Glaube an die persönliche Fortdauer im Jenseits, wo dem Elenden und Enterbten für die Entbehrungen auf Erden Entschädigung zuteil werde, verliert immer mehr seine Wirksamkeit auf die Massen, und keiner Kirchenbehörde wird es gelingen, diese Entwicklung aufzuhalten. Solches mag man beklagen, von ganzem Herzen beklagen, aber man wird es als unabwendbar feststellen dürfen. Die unmittelbare Folge des Hinschwindens der Jenseitshoffnungen bei den Massen mußte ein ungleich ungestümeres Verlangen nach irdischem Glück sein. Die erste große Persönlichkeit, welche mit der ganzen Wucht eines genialen Temperaments, dem blendenden Stil eines gewaltigen Schriftstellers diese neue Lehre vom Diesseits bei uns in Deutschland zu zündendem Ausdruck gebracht hat, war Heinrich Heine. Wenn man seine Werke im Zusammenhange liest, so entdeckt man, daß eine bewußte und konsequente Diesseitigkeit, aus der er schon die weitgehendsten Folgerungen für die soziale Entwicklung ableitet, als starke Strömung durch seine Gedankenwelt geht. Heine war der Dichter und Herold der sozialen Demokratie, auf welche unsere Jahrzehnte zusteuern. Gelegentliche Widersprüche in seinen Schriften können hierüber nicht täuschen, und

wenn die Vorkämpfer der Reaktion ihn noch jetzt, ein halbes Jahrhundert nach seinem Tode, mit bitterem Haß verfolgen, so geschieht es vornehmlich aus diesem Grunde.

Man hat das reißende Anschwellen der sozialistischen Flut im alten Europa in den letzten Jahrzehnten gar zu ausschließlich aus den wirtschaftlichen Vorgängen erklärt und zu wenig berücksichtigt, daß es doch denkende, lebendige Menschen sind, welche die kapitalistische Entwicklung ergreift, und daß deshalb die politischen, religiösen und weiterhin psychologischen Zustände, in welchen die kapitalistische Entwicklung eine Bevölkerung antrifft, auch Berücksichtigung verdienen. Wo z. B. der Glaube an die Entschädigung im Jenseits tiefer in den Massen wurzelt, trifft die neue Lehre sicherlich auf größere Widerstände als in religiös aufgeklärteren Schichten. Es ist deshalb ein Verdienst, wenn auch freilich ein durch eine neue Einseitigkeit erkauftes, daß Anton Menger in seiner kürzlich erschienenen „Neuen Staatslehre" das größte Problem unserer Tage einmal unter Ausschaltung der nationalökonomischen Gesichtspunkte zum Gegenstand einer systematischen Darstellung macht. Die isolierte ökonomische Betrachtungsweise ist für die sozialen Probleme ebensowenig ausreichend wie es eine ausschließliche Erkenntnistheorie in der Philosophie wäre. Die Erforschung des Ganges der wirtschaftlichen Entwicklung ist von grundlegender Wichtigkeit. Aber zu allen Zeiten haben das Individuum, die Klasse, die Partei ihre ökonomischen Ansprüche und Forderungen ethisch zu begründen gestrebt. Was sie verlangten, sie verlangten es stets „von Rechts wegen". Die herrschenden Klassen beriefen sich in solchen Fällen auf die herrschenden Anschauungen, auf das herrschende Recht. Die Gruppen, die Sekten, die Parteien, welche erst im Emporkommen waren, hatten es schwerer; das Recht, das mit ihnen geboren war, stand noch in keinen Gesetzbüchern, es war erst langsam daran, sich die Köpfe und die Gewissen zu erobern.

Allen Forderungen der heute zu Macht und Einfluß sich emporringenden unteren Volksklassen liegen ethische Postulate zu Grunde, die sich freilich zum großen Teile noch im Puppenzustand befinden und sich nur schwer und langsam den Zugang zu den Gesetzbüchern erobern können. Mögen kurzsichtige Marxisten — es gibt immerhin auch weitsichtige — Lassalles gewaltigen Versuch, die sozialistische Gedankenwelt juristisch zu kristallisieren, unterschätzen oder gar verketzern, sein „System der erworbenen Rechte" bleibt wissenschaftlich betrachtet eine ebenso bedeutende und ebenso notwendige Leistung wie das „Kapital". Es ist diese von Lassalle begonnene Arbeit, welche Anton Menger, ohne sich dessen ausdrücklich bewußt zu werden, in seinen Werken aufnimmt.

Außer Gierckes Althusius gibt es kaum ein dogmengeschichtliches

Buch, von dem wir eine so nachhaltige Förderung erhalten haben, wie von Mengers älterer Schrift „Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag". Was er anstrebt, spricht er am deutlichsten in der Vorrede zu diesem früheren Werke aus. Dort heißt es: „Erst wenn die sozialistischen Ideen aus den endlosen volkswirtschaftlichen und philanthropischen Erörterungen, welche den Hauptinhalt der sozialistischen Litteratur bilden, losgeschält und in nüchterne Rechtsbegriffe verwandelt sind, werden die praktischen Staatsmänner zu erkennen im stande sein, wie weit die geltende Rechtsordnung im Interesse der leidenden Volksklassen umzubilden ist. In dieser juristischen Bearbeitung des Sozialismus erblicke ich die wichtigste Aufgabe der Rechtsphilosophie unserer Zeit; ihre richtige Lösung wird wesentlich dazu beitragen, daß sich die unerläßlichen Abänderungen unserer Rechtsordnung im Wege einer friedlichen Reform vollziehen." Diesen Versuch, die Rechtsgrundlagen eines Staatswesens aufzustellen, in welchem die Welt der sozialistischen Forderungen zu Kraft und Leben sich hindurch gekämpft hätte, unternimmt der kühne und originelle Gelehrte in seiner „Neuen Staatslehre", welche die Resultate eines jahrzehntelangen Forschens und Ringens den Zeitgenossen zugänglich macht.

Die Auffassung, daß bisher alles Recht der Macht seinen Ursprung verdankt, die Hoffnung, daß in Zukunft an die Stelle des „naturwüchsigen" Rechts ein „reflektiertes" Recht treten werde, bilden die durchklingende Grundnote des Buches. Daß dieser Hauptgedanke in seiner zweiten Hälfte einen gewissen Mangel an historischem Empfinden verrät, wird dem aufmerksamen Leser nicht entgangen sein.

Alle bisherigen Rechtsordnungen sind also nach Menger in letzter Reihe *aus Machtverhältnissen*[1]) entstanden und haben deshalb immer den Zweck verfolgt, den Nutzen der wenigen Mächtigen auf Kosten der breiten Volksmassen zu fördern. Die Geschichte wimmle von Beispielen für diese Tatsache. Wohl hätten die unteren Klassen zahllose Versuche gemacht, die Zustände in Staat und Gesellschaft zu ihren Gunsten umzubilden, aber ein Recht, welches den Nutzen der großen Volksmassen und nicht den der wenigen Mächtigen anstrebe, habe es bisher niemals gegeben. Die gegenwärtig bestehenden Staaten seien Klassenstaaten im schlimmsten Sinne des Wortes. Menger nennt sie *individualistische Machtstaaten*.

[1]) Die Machtverhältnisse brauchen aber durchaus nicht immer wirtschaftlich bedingt zu sein. Marxens Geschichtskonstruktion gilt ihm als eine Vergewaltigung der Tatsachen. „Mit dem gleichen Rechte könnte man den Verlauf der Menschengeschichte und die astronomischen und geologischen Veränderungen demselben Erklärungsprinzip unterwerfen."

Ihr Wesen bestehe darin, daß die individuellen Interessen der Mächtigen fast ausschließlich, dagegen jene der Schwachen nur in sehr geringem Masse den Gegenstand der staatlichen Tätigkeit bilden. Der erste Zweck der heutigen Staaten sei die Machtstellung des Herrschers, ihre Behauptung und ihre Erweiterung. Der größere Teil der öffentlichen Ausgaben erfolge für die Heeresmacht, für die Verzinsung der Kriegsschulden und für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Auch die gesamte Erziehung des Volkes sei eine wesentlich patriotische, d. h. sie wolle in allen Staatsbürgern die feste Überzeugung hervorrufen, daß sie für die Wahrung jener Machtstellung mit Gut und Blut einzustehen hätten. Freilich, werde diese einmal erschüttert und besiegt, trete eine neue Machtkonstellation ein, so verliere der alte Patriotismus seine Berechtigung. Der preußische und deutsche Patriotismus habe den kurhessischen und nassauischen schnell ersetzt; schon nach wenigen Jahren sei von jenen nicht mehr die Rede gewesen.

Der Patriotismus, soweit er überhaupt vorhanden sei, trage bei den verschiedenen Bevölkerungsklassen einen gar verschiedenen Charakter. Bei Adel, Geistlichkeit, Heer und Beamtentum zeige er sich in Hingebung für die Herrschenden, während bei Bürger und Bauernstand dieser persönliche Zusammenhang fehle und man sich dafür stärker der Kulturgemeinschaft mit seinen Volksgenossen bewußt sei. Beide Formen des Patriotismus gingen „im großen und ganzen" den ärmeren Volksklassen ab. Ihr dürftiges Dasein vollziehe sich in einem fortwährenden, aufreibenden Kampf mit den kleinlichsten ökonomischen Sorgen, die eine Hingebung für ferner liegende politische Zwecke nur in geringem Maße aufkommen ließen. Die Änderung der Machtverhältnisse der einzelnen Staaten, dieser Hauptgegenstand der staatlichen Politik, habe wenig Bezug auf sie. Eine Antipathie gegen den Nationalismus und die ihm zugrunde liegende Gefühlswelt gehöre zur alten Tradition des Sozialismus. In dem Gegensatz zwischen dem patriotischen Militärstaat und der internationalen Richtung, welche den ärmeren Volksklassen durch ihre Interessen vorgeschrieben werde, erblickt Menger das wichtigste Moment, welches die Kulturwelt des zwanzigsten Jahrhunderts unaufhaltsam Katastrophen entgegentreibe. Die fortschreitende Steigerung der militärischen Anforderungen und der damit Hand in Hand gehende Polizeidruck hätten die unteren Volksklassen in ganz Europa noch weit stärker revolutioniert als die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Hätte doch in Staaten, wo der Militär- und Polizeidruck fehle, wie in England, selbst eine hundertjährige außerordentliche kapi-

talistische Entwicklung keine Bedeutung beanspruchende sozialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei hervorzubringen vermocht. Siege der Imperialismus Chamberlains so würde freilich auch dort bald eine solche erstehen. Erst im 19. Jahrhundert sei man so unverständig geworden, die Sicherung des Staates gegen äußere und innere Feinde denen anzuvertrauen, die mehr von dem Umsturz als von der Aufrechterhaltung der Staatsordnung zu erwarten hätten. Da derjenige, welcher das Schwert führe, seine politischen und sozialen Interessen zuletzt immer durchgesetzt habe, so sei der schließliche Sieg eines auf den Bedürfnissen der Massen sich aufbauenden Staates sicher, wenngleich die überlieferten militärischen Ordnungen die alten Herrschaftsverhältnisse noch lange Zeit erfolgreich verteidigen würden.

Neben der Aufrechterhaltung der Macht des Herrschers verfolge der individualistische Machtstaat, so fährt Menger fort, noch die weitere Aufgabe, die Besitzenden in ihrem Besitze zu schützen. Diesem Zwecke diene ein beträchtlicher Teil der Zivil- und Strafrechtspflege und der sogenannten inneren Verwaltung. Rechne man zu dieser staatlichen Tätigkeit noch die Finanzverwaltung, welche für sie die äußeren Mittel zu beschaffen habe, so könne man sagen, daß der heutige Staat in weit überwiegendem Maße auf die Förderung der individuellen Interessen der Herrschenden und Besitzenden gerichtet sei. Nur als eine natürliche Folge dieses Zustandes wäre es zu betrachten, daß der Staat das wirtschaftliche Leben zumeist der freien Betätigung der Einzelnen innerhalb der Schranken der Privatrechtsordnung überlasse. Die wirtschaftlichen Interessen der Herrschenden und Besitzenden würden nämlich auf diese Weise weit stärker als durch jedes staatliche Eingreifen begünstigt, und um die individuellen Interessen der Massen habe sich der Staat bis in die neueste Zeit nur wenig gekümmert. Ebenso wie der Herrscher durch Diplomatie, Armee und Flotte, würden die Machtbefugnisse der besitzenden Klassen durch Verwaltung und Justiz beschirmt. So erkläre es sich, daß einzelne Vertreter des bürgerlichen Liberalismus den Rechtsschutz als den eigentlichen Zweck des Staates angesehen hätten. Man kenne Lassalles Spott über den „Nachtwächterstaat“!

Das heutige Recht zerfällt in öffentliches und in Privatrecht. Jenes umfaßt nach der herrschenden Auffassung die Rechtsinstitute, welche dem allgemeinen Wohl dienen, während durch dieses die individuellen Lebenszwecke des einzelnen ihre Ordnung erhalten sollen. Diese Inhaltsbestimmung hält Menger nun für grundverkehrt. Was wir heute das öffentliche Wohl nennen, sei in Wirklichkeit fast ohne Ausnahme das persönliche und politische Interesse einzelner mächtiger Personen oder

Lebenskreise. Umgekehrt seien die Zwecke, welchen das Privatrecht diene, von so allgemeiner Natur und sie bezögen sich so sehr auf alle Individuen, daß man richtiger täte sie als das allgemeine und öffentliche Wohl anzusehen. Denn das öffentliche Wohl sei doch wohl mit dem Wohle aller gleichbedeutend. Noch die französische Revolution habe die politischen und staatsrechtlichen Streitfragen ungeheuerlich überschätzt und noch ernsthaft von deren glücklicher Lösung das Heil der Menschheit erwartet. Erst der Sozialismus habe die Lehre gepredigt, daß die Lebenszwecke jedes einzelnen, nämlich die menschenwürdige Erhaltung des Individuums und die Fortpflanzung der Gattung das wahre öffentliche Wohl bedeuten, und daß es deshalb die Hauptaufgabe der Zukunft sein müsse, das heutige Privatrecht in öffentliches Recht zu verwandeln. Nichts beweise so sicher die glänzende praktische Begabung des römischen Volkes, als die Tatsache, daß die Plebs niemals wegen politischer Streitigkeiten die Staatsgemeinschaft mit den Patriziern aufheben wollte, daß sie aber wegen mißbräuchlicher Ausbeutung des Darlehensvertrages durch die Plutokratie zu wiederholten Malen auf den heiligen Berg zog. Was bedeute auch für die breiten Massen die Willkürherrschaft eines Tiberius oder Caligula im Vergleich mit der Tyrannei eines brutalen Lohnherrn oder mit der Ausbeutung eines habsüchtigen Kleinhändlers? Nur an den privatrechtlichen Verhältnissen haben sie ein reelles Interesse, und es sei sehr verständlich, daß das Streben nach ihrer Umgestaltung die Massen in Bewegung setze, während die rein politische Demokratie immer bedeutungsloser werde.

Die von Hegel und den ihm folgenden Staatssozialisten gepredigte Lehre, welche den Staat als Selbstzweck schuf und ihn damit zu einem besonderen Wesen mit eigenen Zielen und Bestrebungen machte, findet in Menger, wie es nach dem Vorhergehenden nicht mehr verwunderlich ist, einen energischen Bekämpfer. Nur durch die Erschaffung dieses Fabelwesens sei es möglich geworden, die Zwecke der hervorragendsten Interessengruppen einer erfundenen Staatspersönlichkeit zuzuschreiben und sie so in gewissem Sinne zu den Zwecken aller zu machen. Vier große Interessentengruppen seien im heutigen Staate vorhanden; und aus ihnen bestehe er. Da seien zuerst der Fürst oder die Leiter der Republik; Macht und Glanz des Staates, der sich in ihnen verkörpere, sei ihr Ziel. Der Adel, welcher zu schwach geworden sei, um noch aus eigener Kraft aufzustehen, habe sich den Machthabern angeschlossen. Er unterstütze sie und erhalte dafür nicht nur eine hervorragende soziale Stellung, sondern er lebe auch in weitem Umfange auf Kosten der Gemeinschaft, sei es, daß er die besten Stellen im Zivil- und Militärdienst erhalte, sei es, daß ihm durch Steuerbefreiungen, Zölle und Mo-

nopole ein arbeitsloses Einkommen gesichert werde. Wie der Adel nach Bevorzugung strebe, so der Mittelstand — Menger faßt hier den Begriff nicht ökonomisch, sondern sozial — nach materiellem und geistigem Besitz. Er stehe an der Spitze der wirtschaftlichen Produktion, sein Hauptzweck sei der Vermögenserwerb. Durch Besitz und Bildung erlange der Mittelstand eine ebenso privilegierte Stellung wie der Adel. In seinen höheren Schichten sei das Bestreben verbreitet, in die Kreise des Adels „emporzusteigen". Die letzte Interessentengruppe, die bei weitem zahlreichste von allen, sei die besitzlose Klasse, die im wesentlichen mit dem Arbeiterstand zusammenfalle. Ihre Interessen deckten sich mit den allgemeinsten Zwecken des Menschen und seien daher auf die persönliche Sicherheit, eine menschenwürdige Lebenshaltung und ein geordnetes Familienleben gerichtet. Ihr ganzes Streben gehe auf Sicherung der Existenzbedingungen. —

Menger wird nicht müde, den Staat der Gegenwart auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens als Klassenstaat zu entlarven. Er erweitert und insbesondere er vertieft in seinem neuen Werke, was er in dieser Hinsicht in seiner früheren Schrift: „Das bürgerliche Gesetzbuch und die besitzlosen Volksklassen" entwickelt hatte. Vielleicht liegt trotz seiner viel weitergehenden Ansprüche die bleibende Bedeutung von Mengers neuestem Werke in dieser mit größter Unbefangenheit und Kühnheit fortgesetzten kritischen Arbeit. Was das Buch darüber hinaus ausspricht, behält einen hohen anregenden Wert, aber schon der ganzen Natur des Stoffes nach konnte es keine festen Resultate liefern.

Dem individualistischen Machtstaat stellt der Verfasser nun den sozialistischen Staat als den Staat der Zukunft gegenüber oder, wie er selbst ihn nennt, den volkstümlichen Arbeitsstaat. Sein Wesen werde es ausmachen, daß die individuellen Interessen der großen Volksmassen das Hauptziel der staatlichen Tätigkeit bilden werden.[1]) Diese aber beständen nicht zuerst in der Teilnahme an der Leitung des Staats. Eine solche könne nur Mittel zum Zweck werden. Die wahren und ursprünglichen Lebensziele jedes einzelnen lägen vielmehr in der Erhaltung und Förderung seines persönlichen Daseins, der Fortpflanzung der Gattung, der Sicherheit von Leben und Gesundheit. Deshalb sei es auch die Hauptbedingung des öffentlichen Wohls, daß es niemanden an hinreichender Nahrung, Wohnung und Bekleidung fehle, daß für die Be-

[1]) Wie man sieht würde nach der bekannten rigorosen Terminologie Professor Dietzels Menger zu den Individualisten und nicht zu den Sozialisten gezählt werden müssen.

friedigung der geistigen Bedürfnisse aller gesorgt sei, daß die Möglichkeit für ein geordnetes Familienleben gegeben und die Unversehrtheit des körperlichen Daseins verbürgt werde. Der Grundfehler der heutigen Gesellschaftsordnung sei es eben, daß diese wichtigsten und allgemeinsten Lebenszwecke Privatangelegenheit blieben. Die herrschende Freiheit in dieser Richtung sei, um mit Rodbertus zu reden, für die großen Massen „nichts als eine fortwährende Abhängigkeit von fremdem individuellem Willen und der Moral der Grund- und Kapitalbesitzer, Dienst, Botmäßigkeit.“ Für die großen Massen des Volkes werde es zweifellos eine Vermehrung der ökonomischen Freiheit bedeuten, wenn die Erwerbsgelegenheiten, welche ihnen jetzt Zufall und Not aufdringen, von den Organen des volkstümlichen Arbeitsstaates planmäßig zugewiesen würden.

Bei Mengers Auffassung von den Aufgaben des Staats ist es nur natürlich, daß das Problem der V e r t e i l u n g d e r V e r b r a u c h s - g ü t e r im Vordergrund des Systems seiner positiven Vorschläge steht. Der Sozialismus ist in seinen Augen ein Verteilungsproblem. Die Gesichtspunkte, nach welchen eine Verteilung der Verbrauchsgüter im sozialistischen Saate vorgenommen werden könnte, hatte der Verfasser bereits in seinem älteren Werke mit prachtvoller Klarheit auseinander gesetzt. Er selbst vertritt ein mit allgemeiner Arbeitspflicht verbundenes Recht auf Existenz. Es würde uns zu weit führen, wollten wir Mengers Gedanken über die Umgestaltung der einzelnen Rechtsgebiete, wie sie das Prinzip des volkstümlichen Arbeitsstaates erheischen würde, hier ins einzelne verfolgen. Obgleich er nicht eigentlich ein historischer Kopf ist, so ist es doch interessant, einem so genauen Kenner der privatrechtlichen Entwicklung aus der Vergangenheit durch die Gegenwart in die Zukunft zu folgen. Viele seiner Vorschläge schweben zweifellos in der Luft und sind professorale Studierstubenerzeugnisse. Andere sind um so beachtenswerter. Wir empfehlen die Kapitel über das Obligationenrecht, das Strafrecht und den Prozeß. Der Versuch einer Darstellung „der positiven Seite des sozialistischen Gedankenkreises“ mußte schematisch und trotz aller Bemühungen willkürlich ausfallen. Es bleibt noch immer bewundernswert, wie weite Strecken auf dieser Suche nach neuem Lande uns der Verfasser über Brücken und in Booten des Weges führt, bis er uns dann schließlich doch zum Schwimmen einladen muß!

Wir betrachteten es nicht als die Aufgabe dieser Anzeige, kritisch zu den Gedanken Mengers Stellung zu nehmen. Sicherlich schießt er an manchen Punkten über das Ziel hinaus, z. B. dort, wo er der Arbeiterklasse jedes Interesse an den Schicksalen des heutigen Staates abstreitet. Hierauf wird ihm Naumann antworten müssen. Eine Polemik

dieser beiden Männer über einen so kapitalen Punkt würde zweifellos sehr klärend wirken. Was Menger aber über den Klassencharakter vieler Institutionen im heutigen Staate sagt, das wird bleiben und es wird bald zum eisernen Bestande der sozialistischen Kritik gehören.

In dem Kapitel über „Bildung und Wissenschaft“ äußert Menger, jede sehr starke politische Macht werde in den Wissensgebieten, die ihr Interesse vorzugsweise berühren, die Unabhängigkeit der Gelehrten auf die Dauer gefährden. So beeinflusse die absolutistische oder die halbabsolutistische Monarchie in entscheidender Weise die geschichtlichen Wissenszweige und die Rechts- und Staatswissenschaft. Noch heute seien auf diesen Gebieten zahlreiche deutsche Gelehrte über einen mehr oder weniger verhüllten Halbabsolutismus nicht hinausgekommen.

Wenn irgend jemand, so hatte Anton Menger das Recht, so kritisch über Kollegen zu urteilen. Sein Buch ist wirklich das kühne Werk eines echten und unerschrockenen Wahrheitsuchens und deshalb wollen wir zum Schluß nicht nur dem Gelehrten sondern auch dem Manne unsere aufrichtige Huldigung darbringen!

Aus einer kleinen Garnison.*)

Von Otto E. Lucius (Metz).

In unserer Zeit der Soldatenmißhandlungsprozesse und der allmählich in die breite Öffentlichkeit dringenden Ehe- und Ehrenhändel in Offizierskreisen verfolgt das gesamte deutsche Lesepublikum mit stets wachsendem Interesse alle Veröffentlichungen, die sich auf die Zustände im Heere beziehen. Das beweist der kolossale Erfolg der Bücher vom Schlage eines „Jena oder Sedan“. Ein neues Buch dieser Art ruft zurzeit hier in Metz, in der großen, stärksten Festung des Reichs, wo sich alles und jedes überhaupt nur um das Militär dreht, ein ganz außerordentliches Aufsehen hervor und wird bei Bekanntwerden wohl überall viel Staub aufwirbeln. Wie so oft sprechen auch bei diesem Buch die begleitenden Umstände ein gewichtiges Wort mit. „Aus einer kleinen Garnison“ betitelt der Verfasser sein Werk. „Ein militärisches Zeitbild“ nennt er es selber. Hinter dem Pseudonym Fritz von der Kyrburg verbirgt sich der Leutnant Bilse vom 1. lothringischen Trainbataillon No. 15 in Forbach. Die Veröffentlichung ist gegen den Willen

*) Aus einer kleinen Garnison. Ein militärisches Zeitbild von Fritz von der Kyrburg. Braunschweig. Richard Sattler. 1903.

des Autors scheinbar einen Monat zu früh erfolgt. Denn zum 1. November hatte er seinen Abschied eingereicht. Statt der ersehnten Freiheit genießen zu können, sitzt er nun bereits über eine Woche in Untersuchungshaft und wer weiß wie lange er darin noch sitzen wird, bis das gegen ihn eingeleitete Ermittelungsverfahren zu einem Ergebnis führt, das für den federgewandten Offizier vielleicht sehr unangenehm ausfallen kann.

„Aus einer kleinen Garnison“ ist lediglich, so erzählt man sich allen Ernstes im Reichsland, eine fast bis ins Einzelne gehende wahrheitsgetreue Wiedergabe der mitunter geradezu haarsträubenden Vorgänge in der kleinen Garnison Forbach, wie sie in eingeweihten Kreisen und darüber hinaus längstens bekannt sind und zu einer Verlegung der Besatzung oder gar gänzlichen Auflösung der Station führen sollen. Weitergehend kann das Buch als ein typisches Bild des Lebens und Treibens in den gefürchteten Grenzorten mit Lager- oder Festungscharakter gelten. Bei Gelegenheit der traurigen Mörchinger Rüger-Affäre ist darüber ja genug Falsches und noch unendlich viel mehr Richtiges gesagt und geschrieben worden. Es schadet auch gar nichts, wenn die Anklagebehörde durch Konfiskation des Buches die Reklametrommel rührt und so manchen auf das Werk aufmerksam macht, dem es sonst gewißlich entgangen wäre, und so manchem die Augen öffnet, der bisher nicht sah oder nicht sehen wollte. Das Dasein in den kleinen und kleinsten Garnisonen an der Ost- und Westgrenze des Deutschen Reiches zumal ist auch wirklich gar zu traurig. Nur ganz wenigen jungen Leuten gelingt es dem verödenden Einfluß, den das kleine Nest ohne Theater und Musik, ohne Menschen und Bücher auf Herz und Geist ausübt, auf die Dauer zu entgehen. Hier wird der Offizier und der Kavallerist vor allem zu dem, als den ihn die Witzblätter seit langem darstellen. Ein seichter Hohlkopf, dessen ganzer Gedankenkreis von Pferden und Weibern gebildet wird! Weiber, ja die Weiber! In den volkreicheren Städtchen ist ihm in diesem Artikel wenigstens noch einigermaßen Abwechslung geboten. Die wenigen, wenn auch noch so häßlichen Honoratiorentöchter, mit „denen man verkehren kann“, geben dem schnarrenden Schwerenöter Gelegenheit zum Schwadronieren und Flirten, manchmal auch mehr. Aber dessen bedarf er nicht einmal. Zu andern Zwecken steht ihm ja hier die „Kellnerin“ in allen ihren Arten und Abarten zur Verfügung. In den kleineren und kleinsten Orten ist der junge Mann, der kein Unmensch ist und zarteren Regungen nicht ganz verschlossen, geradezu darauf angewiesen sich an dem Weibe seines Nächsten zu vergreifen, mit den Frauen der verheirateten Kameraden anzubandeln. Das wird ihm durch das Entgegenkommen von der anderen Seite wesentlich

erleichtert. Für ein Mädchen aus wohlhabenderen Bürgerkreisen ist es noch immer der höchste Traum, einen deutschen Offizier zu heiraten. Aber selten nur bekommt sie in ihrem Manne das ersehnte Ideal. Statt des Romanhelden mit allen Eigenschaften eines körperlich und seelisch geadelten Ritters, wird ihr ein alter abgelebter Roué beschert, der ihr Geld braucht, um das verrostete Wappenschild neu zu vergolden, und der jetzt im Hafen der Ehe bestenfalls Ruhe und Frieden vor den Stürmen des Junggesellenlebens sucht, denen sein morscher Leib und sein geschwächter Wille nicht mehr erfolgreich trotzen könnte. Was wunder, daß sich solche Gattinnen, wenn sie dazu noch etwas leichtsinnig oder hysterisch sind, getäuscht und verekelt nach einem Hausfreunde baldigst umsehen und sich dem ersten besten und seinen Nachfolgern schamlos an den Hals werfen. Andere verschmähen es auch nicht, das Nützliche mit dem Angenehmen verbindend, die alten Herren in ihre Nähe zu ziehen, um ihre Macht über sie nachher dazu ausnützen zu können, die Beförderung ihrer Männer zu erzwingen und dadurch ihrer eigenen Rang- und Titelsucht Befriedigung zu schaffen.

Mit all diesen für „die kleine Garnison“ leider so häufig typischen Verhältnissen und noch mit vielem anderen macht uns der Verfasser bekannt. Er zeigt uns das Kasinoleben mit seinen Auswüchsen. „Im engen Kreis verengert sich der Sinn.“ Stets dieselben Leute im Verkehr miteinander. Das muß notwendigerweise auf die Sitten und den Ton und das Thema der Gespräche zurückwirken. Die Männer saufen. Die Weiber brechen die Ehe in Wort und Tat. Man unterhält sich über Essen und Trinken und, was noch schlimmer ist, man klatscht und tratscht über alles und jedes, daß es nur so eine Art hat. Mit der sicheren Hand eines Wissenden führt uns Bilse auch hinein in das Treiben, das dem verschuldeten Offizier Bargeld schaffen soll. Er zeigt uns die verbrecherischen, unsauberen Machinationen, durch die sich diese skrupellosen Pumpgenies aus dem Regen in die Traufe helfen, um zum Schluß doch sich in ihrem eigenen Gewebe unrettbar zu verstricken. Er verschweigt sich und denen, die es wissen und glauben wollen, auch nicht, daß diese Sorte von Vorgesetzten durch ihr abschreckendes Vorbild und die überaus rohe Behandlung ihrer Untergebenen die besten Sozialdemokratenzüchter sind und sein werden.

Als Vertreter des braven Soldaten und der wahren guten Mutter und Frau führt uns der Roman das Rittmeister Königsche Ehepaar auf. Der Rittmeister, ein Ehrenmann durch und durch, wird durch die heimtückischen Verleumdungen des verschuldeten Oberleutnants Borgert, eines klassischen Schuftes, den er sich vielfach zu tiefstem Dank verpflichtet hat, in eine gerichtliche und ehrenrätliche Untersuchung verwickelt. Das

Gericht spricht ihn frei. Der Ehrenrat hängt ihm eine Verwarnung an. Der Rittmeister nimmt mit seinem jungen Leutnant zusammen — Leutnant Bleibtreu ist wohl der Leutnant Bilse selbst — angeekelt von der widerlichen Welt des Luges und des Scheins, den Abschied. Der Rittmeister Kahle wird, als er eben das Ziel seiner Wünsche mit den Majorsepauletten erreicht, von dem Galan seiner Frau, einer Dirne, zum Krüppel geschossen und muß den Dienst quittieren, während sein Gegner herrlich und in Freuden weiter lebt und seine Karriere macht. Der Oberleutnant Borgert flüchtet mit der Frau des Oberleutnants Leimann — nach Metzer Vorbild übrigens — nach London. Seine und ihre Schulden und betrügerischen Manipulationen lassen keinen andern Ausweg. In London verkommen sie und enden — wie sie es verdient — durch den Revolver. Oberleutnant Leimann wird „Weinreisender".

Wie eine wüste Karrikatur mutet das Buch den Leser an, und doch wäre man ungerecht gegen den Verfasser, wollte man ihm gehässige Absichten unterlegen. Mag sein Roman, nach rein künstlerischen Gesichtspunkten beurteilt, sehr minderwertig sein, mag der Verfasser, um die Wirkung zu erhöhen, neben porträtähnlichen Zügen und allerlei Indiskretionen aus seiner Garnison noch hundert Züge von anderswoher zusammengetragen und sie zu einem Gesamtgemälde von abstoßendster Wirkung zusammengefaßt haben, der ehrliche Abscheu, den er in einer verrotteten Umgebung empfand und aus dem heraus er sein Buch sich vom Herzen schrieb um wieder innerlich zu gesunden, läßt sich nicht verkennen.

Selbst in militärischen Kreisen weiß man daher auch den Verfasser gerecht zu beurteilen. So äußert sich der bekannte Oberst Gädtke nach einer kurzen literarischen Kritik über den Roman mit folgenden Worten:

„Und doch ist das Buch nicht ohne ernsten Hintergrund und ohne innere Wahrheit; es berührt — nicht gerade mit schonender Hand — Schäden, die tatsächlich das Leben des Heeres und insbesondere die Gesundheit des Offizierkorps zu bedrohen anfangen, es enthüllt aber auch Stimmungen, die nicht weniger gefährlich sind und sich keineswegs mehr auf die Kreise der „verbitterten" Abgegangenen beschränken. In diesem Sinne ist es tatsächlich ein Zeitbild, das ich unseren Regierenden zu ernster Beachtung empfehlen möchte; es steht nicht ganz vereinzelt da und könnte wohl Veranlassung geben, die Höhe unsrer Vortrefflichkeit einmal mit unbefangenem Blicke nachzuprüfen." . . .

Kleine Mitteilungen.

Ferdinand Heigl †.

Am 9. September d. J. verstarb zu München der frühere kgl. Advokat und Rechtsanwalt Ferdinand Heigl, ein Mann, der es verdient, daß auch in diesen Blättern seiner gedacht werde; standen ihm doch stets die gleichen Ziele vor Augen, für die das „Freie Wort" bisher gekämpft hat und auch in Zukunft kämpfen wird. F. Heigl war, um kurz seinen Lebenslauf zu erwähnen, am 13. Dezember 1839 als Sohn eines Regensburger Arztes geboren, bezog schon in sehr jungen Jahren die Universität Würzburg und vollendete dort auch bald seine Studien als Jurist, trotzdem er die Freuden des Studentenlebens in vollen Zügen genoß. In Nürnberg, wo er zuerst praktisch tätig war, vermählte er sich mit einer Tochter des Professors Feuerbach, einer Nichte des Philosophen Ludw. Feuerbach. Nachdem er mehrere Jahre als erster Rechtsrat in seiner Vaterstadt gewirkt, auch lebhaften Anteil an dem dortigen politischen Leben genommen hatte, zog er die freie Praxis als Anwalt der Stellung als Beamter vor und ließ sich 1873 zum kgl. Advokaten und Rechtsanwalt in Aschaffenburg ernennen, wo er sich schnell eine angesehene Stellung errang. Dort starb ihm bald seine Gemahlin; er verließ, aus Gründen, die nur einem kleinen Kreis seiner Freunde bekannt sind, diese Stadt und verbrachte längere Zeit auf Reisen in Mittelamerika, wobei er den Grund zu seiner umfassenden Kenntnis der modernen Sprachen legte. Nach Deutschland zurückgekehrt ließ er sich in Bamberg nieder und vermählte sich nach einem Jahre mit einer Tochter seines Aschaffenburger Freundes Hof. Nach Jahren eifriger Arbeit und nennenswerten Erfolgen legte er seine Anwaltschaft nieder und zog nach der Schweiz nach Zürich, um dort von den anstrengenden Berufsgeschäften Erholung zu suchen. Seit ungefähr fünf Jahren lebte er in München, wo es ihm leider, besonders in den letzten Jahren, ein Herzleiden unmöglich machte, für seine Ideen in Wort und Schrift so tätig zu sein, wie es sein allzeit reger Geist gewünscht hätte. In den letzten Tagen des August erlitt er einen Schlaganfall, von dessen Folgen er sich nicht mehr erholte. Am Morgen des 9. September verschied Ferdinand Heigl, seine Leiche wurde unter dem Geleite zahlreicher Freunde unter Ehren nach Heidelberg überführt, seine Asche in Aschaffenburg, der Stadt, der er stets ein treues Gedenken bewahrt hatte, beigesetzt. —

Die zündende Beredsamkeit, die scharfe Urteilskraft, das unbeugsame Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit, die Heigl in seinem Berufe auszeichneten, gewannen ihm auch als Politiker die Achtung und die Wertschätzung seiner Gesinnungsgenossen, forderten seine Gegner heraus, ihn mit allen Mitteln zu bekämpfen. War es ihm auch nicht beschieden, bei den Wahlen als Vertreter der deutschen Volkspartei durchzudringen, so hat er doch seinen Parteigenossen wertvolle Dienste geleistet. Nicht nur wußte er als Redner seine Zuhörer für das, was er als richtig und erstrebenswert erkannt hatte, zu begeistern und zu gewinnen, auch als Verfasser zahlreicher Wahlprogramme und Flugschriften hat er mit Eifer und Erfolg für die Bestrebungen seiner Partei gearbeitet.

Weit bedeutungsvoller als Heigls politische Wirksamkeit ist seine Tätigkeit als Verfasser sozialer und freigeistiger Schriften, die beweisen ein wie scharfer Denker er war, wie meisterhaft er die Sprache beherrschte. Unerschrocken, ohne Furcht vor dem stets bereiten Arm des Staatsanwalts, hat er in seinen

Schriften gekämpft für Wahrheit, Recht und Menschlichkeit. Eine außerordentlich weite Verbreitung fanden seine am 13. Dezember 1888 zum erstenmal erschienenen „Spaziergänge eines Atheisten", in denen eine staunenswerte Fülle von gesammeltem Material, von Arbeit und Wissen niedergelegt ist. Weiter sei noch genannt seine Schrift „Gedanken über die soziale Frage", der Übersetzungen aus fremden Sprachen, die ähnliche Themata behandeln, folgten. In den letzten Jahren erschienen von ihm in Berlin einige Abhandlungen über Rechtsfragen, die allgemeines Interesse für sich in Anspruch nahmen, da sie durch einen bekannten Prozeß (Sternberg) zu eingehenden Erörterungen gekommen waren, ferner die sehr lesenswerte Schrift „Der heilige Alfons von Liguori". Die Broschüre „Das Coelibat" wurde seiner Zeit im „Freien Wort" (II. Jahrgang No. 1) ausführlich besprochen, auch die Folgen, die für den Verfasser daraus teils entstanden, teils noch zu entstehen drohten, dürften aus den Tageszeitungen allgemein bekannt sein. Ein Beweis von Heigls regem Arbeitsgeist, von seiner staunenswerten Vielseitigkeit ist das umfangreiche Werk „Die Religion und Kultur Chinas" (Berlin 1900). Neuerdings war er mit eingehenden Studien für ein neues Werk, das indische und japanische Verhältnisse beleuchten sollte, beschäftigt. Die Krankheit und der Tod haben leider die Vollendung dieser Arbeit, die nicht minder interessant zu werden versprach als die zuletzt genannte, unmöglich gemacht. Gedichte Heigls sind weniger bekannt, stehen auch nicht durchweg auf der gleichen Höhe wie seine übrigen Schriften.

Aber auch seine Gedichte zeigen uns Heigl als den edlen Kämpfer für Wahrheit und Recht und vor allem, sie zeigen ihn als Menschen auch dem, der nicht in persönlichem Verkehr mit ihm zu stehen Gelegenheit hatte. Vor mir liegt ein Brief von Freundeshand, wenige Wochen vor seinem Tode geschrieben, in dem es heißt: „Ich habe Heigl nie persönlich kennen gelernt und doch — ich habe ihn aufrichtig lieb gewonnen." Ja so streng und hart oft seine Worte in öffentlicher Versammlung, in seinen polemischen Schriften klangen, so liebenswürdig war er als Mensch, als Freund; wer einmal in nähere Beziehung zu ihm getreten war, der ließ die Freundschaft nicht erkalten, gern suchte er Heigl wieder auf und gern wurde er von ihm aufgenommen. In München konnte man in seinem gastfreien Hause täglich Freunde aus Nah und Fern treffen, freundlich und herzlich wurde jeder von ihm und seiner Gattin, mit der er 25 Jahre in überaus glücklicher Ehe lebte, aufgenommen. Wie gerne lauschte jeder seinen Worten, in wie froher Stimmung wurden da Erinnerungen aus früheren Tagen wieder aufgefrischt. „Allen, die ihm näher standen", so sagte Dr. Rüdt mit Recht an seinem Sarge, „erschien er als ein Mann stark an Geist, rein und edel von Herz und Gemüt, felsenfest in seinem Charakter und in seiner Überzeugung." Die Anteilnahme seiner Freunde und Verehrer, die reichen Ehren, die dem Toten gezollt wurden — sie waren wohl verdient; sie geben aber auch die Gewißheit, daß sich die Worte die an seiner Bahre gesprochen wurden, bewahrheiten werden:

> „Das Andenken an Ferdinand Heigl wird fortleben wie die Ideale der Menschheit, die er hegte und pflegte in seinem hohen Geist und edlem Gemüt. Er ist dem jetzigen und wird dem kommenden Geschlecht ein Beispiel sein, wie man der Menschheit im heiligen Kampfe für Recht, Wahrheit und Freiheit dienen soll, ungebeugt im Mute und unwandelbar in der Überzeugung."

München. F. S.....r.

*

Die Polen im Deutschen Reich.

In No. 14 des „Globus“ *) (Verlag von Fr. Vieweg & Sohn, Braunschweig) veröffentlicht Dr. J. Zemmrich eine sehr instruktive Studie über die Verbreitung der Polen im Deutschen Reich, unter Zugrundelegung der Volkszählung von 1900, die zum ersten Male für das ganze Reich die Muttersprache erhob, so daß für den Vergleich mit 1890 nur Preußen allein in Betracht gezogen werden konnte. Wir entnehmen seinen Feststellungen das folgende:

Von der gesamten Reichsbevölkerung entfallen 92 % auf die Deutschen, ½ % ist halb Deutsch, 7½ % Nichtdeutsch. Der größte Teil dieser Nichtdeutschen sind Polen, nämlich 3 086 489, von denen nur 23 000 außerhalb Preußens wohnen. Dazu kommen 142 049 Masuren und 100 213 Kassuben, die bis auf 3 Personen alle in Preußen ansässig sind. Deutsch und Polnisch bekannten 169 634 als Muttersprache, davon 5413 außerhalb Preußens. Die 10 898 Halbmasuren und 1652 Halbkassuben kommen bis auf 2 auf Preußen.

Als Muttersprache gaben in Preußen an:

	Polnisch	Deutsch u. Polnisch	Masurisch	Deutsch u. Masurisch	Kassubisch	Deutsch u. Kassubisch
1890	2 765 101	103 112	102 941	5 627	54 433	2 213
1900	3 063 490	162 221	142 047	10 896	100 212	1 652

Die Zweisprachigen finden sich am häufigsten außerhalb des polnischen Sprachgebiets. In ihnen zeigt sich das allmählige Aufgehen des polnischen Nachwuchses in deutscher Umgebung. Während z. B. im Regierungsbezirk Posen, wo das Polentum am geschlossensten ist, ein Zweisprachiger erst auf 109 reine Polen kommt, fällt das Verhältnis in dem zur Hälfte deutschen Reg. Bez. Bromberg auf 1 : 75. In Westpreußen, wo die Sprachgebiete bunt durcheinander gewürfelt sind, haben wir ein Verhältnis von 1 : 27, in Schlesien 1 : 14. Oberschlesien zählt allein 70 000 Halbpolen. Natürlich befinden sich unter diesen Halbpolen auch viele ursprünglich Deutsche, namentlich unter den Halbpolen in geschlossenen polnischen Sprachgebieten.

Am schnellsten saugen die Großstädte die polnische Zuwanderung auf. Von den preußischen Großstädten haben 8 über 1000 reine Polen unter ihren Bewohnern, nämlich Posen (überwiegend polnisch), Dortmund, Essen, Charlottenburg, Stettin, Danzig, Breslau, Berlin. Das Verhältnis zwischen Halbpolen und Polen ist hier: 1 : 64; 1 : 5; 1 : 3; 1 : 2½; 1 : 2½; annähernd 1 : 2; 1 : 1,7; 1 : 1½. In Königsberg sinkt die Zahl der reinen Polen unter 1000, die Zweisprachigen sind hier bereits überwiegend, ebenso in Bremen. Außerhalb Preußens haben nur 6 Bundesstaaten über 1000 Polen; zwischen 500 und 1000 Polen leben in 5 Bundesstaaten, darunter Bayern mit 776 Polen und 9 Zweisprachigen.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Masuren und Kassuben. Am leichtesten zugänglich der deutschen Sprache sind die Masuren, die durch ihr protestantisches Bekenntnis und die geographische Lage in Ostpreußen sowie ihre mit dem alten Deutschen Ordensland verknüpfte Geschichte von den katholischen

*) Anm. der Redaktion. Wir möchten an dieser Stelle unsern Lesern den „Globus, illustrierte Zeitschrift für Länder- und Völkerkunde“, Preis vierteljährlich 6 Mark (12 Hefte), aufs angelegentlichste empfehlen.

Nationalpolen getrennt sind. Seit 1886, wo zum erstenmal die Familiensprache in den Schulen erhoben wurde, hat sich die Zahl der nur Polnisch (einschließlich Masurisch und Kassubisch) sprechenden Kinder von 500 315 auf 596 839 oder um 19 % erhöht, die der Zweisprachigen von 70 868 auf 116 875 oder um 65 %.

Verteilt man nun die Zweisprachigen zur Hälfte auf Deutsche und Polen, letztere mit Einschluß der kassubisch- und masurisch-polnischen Mundart, so erhalten wir für das ganze Reich 3 419 843 Polen oder 6,06 % der Bevölkerung, darunter 3 394 128 in Preußen, 6657 in Sachsen, 3495 in den beiden Mecklenburg, 3578 in Braunschweig und 3029 in Anhalt.

Die Hauptmasse der Polen entfällt naturgemäß auf ihre Heimatsgebiete in den östlichen Provinzen; indessen hat in den letzten Jahrzehnten eine starke Auswanderung nach dem rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenrevier sowie nach den landwirtschaftlichen Bezirken Mitteldeutschlands stattgefunden. 1890 zählte Westfalen 27 377 Polen, 1900 bereits 105 653; in der Rheinprovinz stieg ihre Zahl von 6346 auf 29259. Bei den Reichstagswahlen von 1903 vereinigten die Polen in dem Industriegebiet bereits 12 000 Stimmen auf ihre Kandidaten, und im Amt Solingen des Landkreises Dortmund mit 9717 Einwohnern sind die Fremdsprachigen mit 5728 Seelen bereits in der Mehrzahl. Die wichtigste nationale Aufgabe der Zukunft wird also für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk die Aufsaugung und Eindeutschung der nationalpolnischen Einwanderung sein.

Ostpreußen ist die einzige Provinz, welche ihre polnisch-masurische Bevölkerung (298 964) vermindert hat, und zwar um 29 000 Seelen, hauptsächlich durch Abwanderung.

In Westpreußen nahmen die Polen (546 321) um 53 000 Seelen zu, die Deutschen nur um 77 000, trotzdem sie den Polen an Zahl fast um das doppelte überlegen sind. Nur in 4 Kreisen verschob sich das Verhältnis zugunsten der Deutschen, am stärksten sind die Polen im Graudenzer Kreis im Vordringen begriffen.

In Posen wuchs die polnische Bevölkerung um mehr als 109 000 Seelen auf 1 162 538. Die Deutschen nahmen nur um 27 000 Seelen zu. Ihre Zahl beträgt 723 765. Die Polen machten hier gerade in den überwiegend deutschen Kreisen im Westen und Norden Fortschritte; in ihrem Kerngebiet östlich der Warthe, in fast ganz polnischen Kreisen, gewinnt das Deutschtum an Boden.

In Schlesien haben nur in Oppeln und Umgebung die Polen Fortschritte gemacht; sonst ist trotz der großpolnischen Propaganda der polnische Anteil in Oberschlesien im Rückgang begriffen. In ganz Schlesien ist die polnische Bevölkerung um 147 000 Seelen auf 1 141 473 gewachsen.

In Pommern wuchsen die Polen von 11 285 auf 15 467 Seelen.

In Brandenburg stieg ihre Zahl seit 1890 von 29 730 auf 49 444. Auf den Stadtkreis Berlin fallen allein 21 851 Polen. Gegen 10 000 wohnen in nächster Nähe Berlins.

In Sachsen (Provinz) war die Vermehrung nur gering; die Anzahl der Polen stieg von 22 594 auf 26 871. In der Provinz Hannover verdoppelten sie sich; 1890 waren es 5942, 1900 11 588.

Betrachten wir nun zum Schluß die Ergebnisse der Ansiedelung deutscher Bauern in Westpreußen und Posen, so sind sie zurzeit noch gering. Die Abwanderung Deutscher ist stärker gewesen als der Ersatz. Bemerkenswert ist,

daß in dem Graudenzer Kreis mit der stärksten Zunahme die Ansiedelungskommission bis 1900 ihre Tätigkeit noch nicht begonnen hatte. In den Kreisen Straßburg, Thorn, Briesen, und Flatow scheint die deutsche Besiedelung das Anwachsen der Polen etwas gehemmt zu haben. Deutlicher treten die Erfolge der Besiedelung in der Provinz Posen in Erscheinung. An der Spitze der deutschen Fortschritte steht der Kreis Znin, in dem bis 1900 347 Ansiedlerstellen fertiggestellt wurden; anstatt 82,5 % im Jahre 1890 haben wir hier 1900 nur noch 77,6 % Polen. Dann folgen die Kreise Wreschen, Gnesen, Witkowo und Jarotschin; auch in den Kreisen Wongrowitz, Adelnau und Jarotschin hat die Ansiedelungskommission in den letzten Jahren kräftig eingesetzt. Die letzte Zählung erbringt somit den Erweis, daß eine planmäßige deutsche Besiedelung in geschlossenem Block tatsächlich den deutschen Besitzstand befestigt und erweitert. Aus dem Vorgehen der Ansiedelungskommission in den letzten Jahren läßt sich deutlich erkennen, daß sie zielbewußt bestrebt ist, das polnische Sprachgebiet durch einen deutschen Querriegel zu zersprengen. Allerdings mögen noch Jahrzehnte intensiver Arbeit vergehen, ehe diese Besiedelung bleibende Ergebnisse für das Deutschtum erzielt.

*

Das Scheitern der christlichen Mission in Indien.

Vor einigen Monaten hatten wir bei einer Anzeige des Buches „Eskimoleben“ von Nansen dessen Urteil über die verderbliche Wirkung der christlichen Mission unter den Eskimos wiedergegeben. Der „Reichsbote“ quittierte diese Wiedergabe mit einem Ausfall gegen Nansen und uns. Ihm zu antworten wäre jedoch fruchtlose Mühe, da der Verfasser jenes Artikels im „Reichsboten“ als Herrnhuter nicht nur der grönländischen Mission nahe steht sondern auch zu jenen Glaubensschwärmern gehört, denen die Arbeit der Mission „jene Gottseligkeit ermöglicht, welche die Verheißung hat dieses und jenes Lebens“.

Im folgenden wollen wir uns mit einem sehr beachtenswerten Urteil über die christliche Mission in Indien beschäftigen, die insofern allgemeinstes Interesse erweckt, als hier der christliche Gedankenkreis auf einen andern ebenso tiefen und obendrein durch ein ehrwürdigeres Alter ausgezeichneten stößt. In dem Aprilheft des „Hibbert-Journal“ veröffentlicht der Arzt Josiah Oldfield unter der Überschrift „Das Scheitern der christlichen Missionen in Indien“ (The failure of Christian missions in India) seine Beobachtungen, die um so wertvoller sind, als er selbst ein christgläubiger Mann ist, der seit Jahren „fast die Gewohnheiten eines Brahmanen“ angenommen hatte, so daß er in ausgedehnten Gebieten des Landes mit den Gebildeten der vornehmsten Kasten in ungezwungenem Verkehr stand. Er gibt demnach eine Erklärung des Fiaskos der christlichen Mission in Indien auf Grund seiner Aussprache mit den gebildetsten und geistvollsten Vertretern des Landes.

Einer der Hauptgründe für das Scheitern der christlichen Mission in Indien liegt darin, daß der Missionar das Christentum als allein wahre Religion und alle andere Gottesverehrung als heidnischen Götzendienst hinstellt. Der gebildete Hindu, der die Religionen und die Philosophie des Abendlandes viel eingehender studiert hat als der Durchschnittseuropäer, stellt sofort die Gegenfrage, welche christliche Religion denn die einzig wahre sei, da sich alle christlichen Konfessionen verketzern. Ferner verdrießt den Hindu die arrogante Verurteilung des Hinduismus durch den Missionar, der die indischen Schâstras

und Vedas weniger kennt als die Hindus die Bibel, zumal die sittlichen Lehren der indischen heiligen Schriften zum mindesten ebenso erhaben sind als die der Bibel. Und was z. B. die Legenden anlangt, die um das Leben Krischnas gewoben sind, was würde man in England zu einem indischen Missionar sagen, der sich auf irgend einen Marktplatz stellte und dort den christlichen Glauben durch Verspottung der biblischen Legenden zugunsten Krischnas beschimpfte?

Ferner sieht der Hindu aus hoher Kaste in dem Missionar nicht nur einen unwissenden sondern auch unehrlichen Mann. Um die Mittel für die Mission flüssig zu erhalten, trägt er in seinen Berichten mit schreienden Farben auf, die das indische Leben ebenso wahr darstellen wie Sittenschilderungen der verkommensten Viertel Londons das englische Leben.

Der geringe Einfluß der Missionare auf die höheren Klassen der Hindus erklärt sich dann ferner aus persönlichen Gründen:

Erstens sind die Missionare meist Anglo-Inder und dadurch sozial streng von den Indern geschieden. So lange sie mit den offiziellen Kreisen in enger Verbindung stehen, bleibt ihnen das Herz des Volkes aus Mißtrauen verschlossen.

Zweitens stehen die Gewohnheiten des christlichen Missionars meist tiefer als die des indischen Volkes, das er bekehren will. Der Inder badet vor dem Essen und legt saubere Gewänder an; der Inder berührt nichts Totes mit der Hand; der Missionar badet nicht, legt zum Essen nicht seine Straßenkleidung ab; ißt Fleisch und verdirbt die indische Jugend, indem er ohne Rücksicht auf die Qualen, die den Tieren zugefügt werden, lehrt, Fleisch könne skrupellos genossen werden, während doch der Apostel Paulus lehrte, er würde weder Fleisch essen noch Wein trinken, wenn er dadurch seinen Bruder verletzte. Für den Missionar aber sind das alles törichte „heidnische Skrupel." Infolgedessen empfindet der gebildete Hindu es geradezu als Degradation, Christ zu werden.

Drittens endlich steht nach dem Urteil gebildeter Hindus das geistliche Leben der Missionare viel tiefer als das der besten indischen Priester. Anstatt wie diese, sich geistlichen Studien und Übungen hinzugeben und die Freuden der Welt zu meiden, nehmen die Missionare an gesellschaftlichen Vergnügungen teil, spielen Tennis, Fußball usw. und lassen sich Speise und Trank aufs beste bekommen. Das Christentum, wie es nach alledem von Missionaren, Kaufleuten und Soldaten in Indien repräsentiert wird, erscheint dem Hindu eine tiefer stehende Religion als die eigene. Diese Überzeugung weicht auch bei den Hindus nicht, die lange Zeit in England in völlig christlicher Umgebung lebten.

Aus diesen Feststellungen zieht Oldfield folgende beherzigenswerte Lehren:

Wir müssen zuerst lernen, was im Hinduismus gut ist und Gott nicht durch unsern Mund verdammen, indem wir leugnen, daß er sich ebenso dem Morgenland — wenn auch in anderer Weise — geoffenbart hat als dem Abendland. Wir müssen erkennen, daß es besser ist, ein guter Hindu als ein schlechter Christ zu sein. Wir müssen Menschen von einer sittlich höherstehenden Lebensführung als die der geistlichen Führer Indiens aussenden, und letztere allein zu bekehren suchen. Es ist von höherem Wert, einen einzigen Brahmanen von Rang, der durch seine Bekehrung keinen Vorteil erlangt, für das Christentum zu gewinnen, als Konvertiten aus den untersten Klassen zu sammeln, indem man sie durch einen notdürftigen christlichen Unterricht zu Christen aicht.

Das Gesamturteil Oldfields geht also dahin, daß zwar nicht die Mission an sich, wohl aber der Missionar in Indien Fiasko erlitten habe. Wenn seine Anklagen zunächst auch nur den englischen Missionar treffen, so behalten sie doch auch für die anderen Missionen, und nicht nur für Indien, ihren Wert. Wo immer die Mission nur auf Proselytenmacherei hinausläuft, ist sie nicht nur nutzlos sondern geradezu schädlich. Eine ideale Mission würde sich überhaupt nicht mit Bekehrungsversuchen abgeben sondern die Kultur und Humanität in der Weise zu fördern suchen, daß sie dem geistig-sittlichen Leben jener Völker, die außerhalb des europäischen Kulturkreises stehen, neue, höhere Impulse zu geben versucht, um den Hindu zu einem besseren Hindu, den Buddhisten zu einem besseren Buddhisten, den Moslem zu einem besseren Moslem zu machen. Die verschiedenen Religionsformen würden dann dem Zusammenschluß der Völker zu einer einzigen großen Kulturgemeinschaft ebensowenig wie die verschiedenen Sprachen hindernd im Wege stehen.

✱

Büchertisch.

Ruthenische Revue. Halbmonatsschrift. Herausgeber: Reichsratsabgeordneter W. Jaworskyj, Reichsratsabgeordneter Dr. A. Kos, Roman Sembratowycz. I. Jahrgang. Heft 1—11. Ganzjährig K. 6.—, einzelne Nummern 30 Heller.

Die Ruthenische Revue, die seit dem 1. Mai dieses Jahres erscheint, hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Interessen der Ruthenen streng objektiv — weder im chauvinistischen noch im panslavistischen Sinne — zu wahren. Die Bedeutung des Unternehmens erhellt schon daraus, daß der ruthenische Volksstamm, der etwa 25 Millionen Seelen umfaßt, im westlichen Europa noch wenig beachtet wird, wiewohl auch er auf eine eigene Geschichte und reiche Literatur zurückschauen kann. Der größere Teil der Ruthenen, mehr als 20 Millionen, lebt unter russischem Szepter, 3½ Millionen in Galizien und der Bukowina. Aber gerade der Teil, der in den habsburgischen Ländern lebt, ist von hoher politischer Bedeutung, zumal wenn man die allpolnischen Bestrebungen der galizischen Schlachta erwägt, die ein Großpolen „von Meer zu Meer" erträumen und durch Polonisierung der 3 Millionen Ruthenen Galiziens die erste Etappe zu diesem Ziel zu erreichen suchen. Diese allpolnischen Bestrebungen sind von R. Sembratowycz, einem der Herausgeber der ruthenischen Revue, in seiner im Neuen Frankfurter Verlag erschienenen Schrift „Polonia irredenta" aufs schärfste gekennzeichnet und werden auch in der Revue mit aktenmäßigem Material belegt. Möge der Erfolg dem jungen Unternehmen, das den Leser tief in das politische und geistige Leben eines der sympathischsten und beanlagtesten slavischen Volksstämme einführt, nicht ausbleiben. Wünschenswert wäre es, daß die ruthenische Revue in kurzer Zeit auch in französischer Sprache erscheinen könnte, um auch in Frankreich und den andern romanischen Ländern das Urteil über die „unglückliche, so edle polnische Nation" etwas zu klären, deren gewalttätiges Vorgehen gegen die Ruthenen Tag für Tag Fälle à la Wreschen erzeugt, ohne daß sie überhaupt zur öffentlichen Kenntnis kämen, und das im schroffsten Widerspruch mit den österreichischen Staatsgrundgesetzen steht, die allen Volksstämmen des Staates „ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege ihrer Nationalität und Sprache" zuerkennen.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 16. Zweites Novemberheft 1903. III. Jahrg.

Die preußischen Landtagswahlen.

Die deutschen Staatsbürger haben in diesem Jahre reichlich Gelegenheit, von ihren Rechten als Wähler Gebrauch zu machen und damit an der Zusammensetzung der Volksvertretung mitzuwirken: nicht nur der Reichstag war neu zusammenzusetzen, auch für die meisten Landtage fanden und finden noch Erneuerungswahlen statt, die ebenfalls für die politische Entwickelung von einschneidender Bedeutung sind. Auf Sachsen, wo sich die Reaktion trotz einiger Schlappen durch die Hilfe des Dreiklassenwahlunrechts im ganzen noch behaupten konnte, und auf Baden, wo die Landtagswahlen der Demokratie einen kleinen Erfolg verschafft haben, kommt nun der führende Bundesstaat, Preußen, dessen Wahlen zum Abgeordnetenhause außerordentlich folgenschwer werden können, nicht nur für Preußen selbst, sondern bei dessen überwiegender Stellung auch rückwirkend für das ganze Reich — folgenschwer insofern, als jede Verstärkung der Reaktion die unausgesetzte Arbeit der Scharfmacher fördert, umgekehrt aber ein Erfolg des Liberalismus diesem wieder Einfluß und Geltung verschaffen kann, die ihm leider so lange Zeit zum Schaden des Landes gefehlt haben. Es ist doch ein ganz unnatürlicher Zustand, daß in dem leitenden Staate Strömungen die herrschenden sind, welche immer mehr dazu führen müssen, ihn wirtschaftlich zurückzudrängen, seine Bevölkerung politisch unfrei zu machen und vor allem sein Kulturniveau gewaltig herabzudrücken. Sollte es da nicht endlich gelingen, die einsichtsvollen liberal fühlenden Kräfte zusammenzufassen, um dem Fortschritt endlich einmal zum Siege zu verhelfen?

Freilich leicht ist die Aufgabe nicht, da das Rückschrittlertum, dem auf der einen Seite die Regierungsmaschinerie und auf der anderen, bei den

Klerikalen, die Geistlichkeit zur Verfügung steht, in dem Dreiklassenwahlsystem seine Hauptstütze sieht. Es ist nicht jedermanns Sache, seine wahre Meinung offen zu bekennen; die einen sind zu abhängig, die anderen schielen gern nach oben. Aber es gibt immer noch genug Leute, die wohl im stande wären, bei richtigem Zusammenwirken der politischen Lage in Preußen ein anderes Gepräge zu geben, wenn sie sich nur ihrer Pflichten besser bewußt würden und sich über kleinlichen Egoismus und Engherzigkeit zu einem starken Allgemeingefühl aufrafften. Etwas von der Konfliktlust der sechziger Jahre täte zur Aufrüttelung der Geister not, und wenn diese Aufrüttelung nicht bald erfolgt, kann es kommen, daß auch die letzte Gelegenheit verpaßt wird, den gegnerischen Ansturm abzuwehren und dem liberalen Geist die Zukunft zu retten. Man hat so viel vom Niedergang des Liberalismus gesprochen und nicht mit Unrecht; sein schlimmster Feind aber ist die eigene Zaghaftigkeit, eine Resignation, die ohne alle Berechtigung ist; denn noch heute ist es sicher, daß der Liberalismus nicht nur erfolgreich sich zu verteidigen, sondern auch erobernd vorzugehen vermag, falls die für ihn wirkenden Elemente nur einig vorzugehen vermögen und, statt durch kleinliches Parteigezänke ihre Kräfte zu zersplittern, für die zu lösenden größeren Aufgaben weite Volkskreise begeistern. Die zum erstenmal erfolgende selbständige Beteiligung der Sozialdemokratie an diesen Wahlen wäre bei einer Wahlverständigung der gesamten Linken geeignet, ihr so viele neue Sitze zu verschaffen, daß sogar die konservativ-klerikale Mehrheit gebrochen werden könnte. Leider ist es durch beiderseitige Schuld von einer solchen Verständigung sehr fern, und wenn die Sozialdemokraten nach ihrer Androhung schließlich ihre Wahlmänner aus dem Schlußgefecht herausziehen sollten, kann sogar der Fall eintreten, daß sie, statt der Linken, der Reaktion zu Erfolgen verhelfen. Was das aber zu bedeuten hat, das mögen einige wenige Vergleichsziffern lehren. Konservative und Freikonservative verfügen mit einigen ihnen zuzurechnenden Wilden im Abgeordnetenhause über 206 Stimmen, das heißt nur 11 Stimmen unter der absoluten Mehrheit. Ein Gewinn von wenigen Mandaten würde also diesen Vertretern der schrankenlosen politischen Reaktion die Herrschaft bringen. Haben sie diese, dann ist eine Ausnahmegesetzgebung, wie sie vor 6 Jahren inbezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht versucht wurde, ganz sicher, dann ist es auch bald mit der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung vorbei, die ja schon einmal durch den berüchtigten Assessorenparagraphen durchbrochen werden sollte, und was noch von freiem Bürgertum in der Selbstverwaltung und sonstwo sich festsetzen konnte, das würde bald genug unterdrückt werden. Von Erfüllung irgendwelcher

liberaler Forderungen aber wäre natürlich erst recht keine Rede, am wenigsten auf dem Gebiet der Verbesserung des Wahlrechts und der Wahlkreiseinteilung. Eine andere reaktionäre Mehrheit war schon vorhanden, eine solche der geistigen Reaktion, bestehend aus Konservativen, Zentrum und Polen, 257 Mann stark. Sie ist fast noch gefährlicher, denn ihr Ziel ist die Ertötung des geistigen Lebens, sie will die Schule auf Bahnen bringen, welche sie in Erfüllung ihrer Aufgaben ganz gewaltig einengen müßten und sie zu einer Dienerin der Kirche herabdrücken würden. Ihr gegenüber genügt es nicht, daß die liberalen Parteien sich behaupten; das Ziel muß vielmehr sein, auch dieser reaktionären Konstellation die Mehrheit zu entreißen und so den Kampf aussichtsvoller zu gestalten, der vielleicht der nächsten Landtagssession das Gepräge aufdrücken wird, den Kampf um die Schule. Die andere bedeutende Frage, die eigentlich auch für die Wahlen eine Rolle hätte spielen sollen, die Kanalfrage, wird ja anscheinend durch ein Kompromiß erledigt werden, in welchem die Regierung trotz aller vorausgegangenen großen Worte sich den Agrariern löblich unterwerfen wird.

Mit dem erneuten Kampf um die Volksschule, der bei dem Zedlitzschen Volksschulgesetz schon das Volk so gewaltig erregte, muß um so gewisser gerechnet werden, je mehr Konservative und Zentrum die Wähler darüber hinwegzutäuschen suchen. Das angekündigte Schuldotationsgesetz wird — das ist ganz sicher — von diesen Gegnern eines frei sich entwickelnden Schulwesens dazu benutzt werden, um die reine Konfessionsschule und durch diese die volle Herrschaft der Kirche über die Schule durchzusetzen, und es besteht leider kein Zweifel, daß auch die Regierung sich nur zu leicht bereit finden wird, mit einigen Vorbehalten vielleicht, aber doch so, daß die paritätischen Anstalten allmählich ganz auf den Aussterbeetat gesetzt werden und dann die Kirche über die Schule ganz nach ihren Zwecken verfügen kann. Wie sehr diese Gefahr gewachsen ist, das beweist am besten die Schwenkung der Freikonservativen, die seinerzeit noch gegen den Zedlitzschen Entwurf mit der Linken gekämpft haben, aber jetzt schon erklären, der konfessionelle Charakter der Volksschule solle aktuelles Recht werden, die Schulverwaltung solle nicht mehr in der Lage sein, in konfessionell gemischten Gegenden auch Simultanschulen zu errichten. Also überall stärkere Betonung des konfessionellen Moments, das heißt der Abhängigkeit der Schule von der Kirche, die damit in die Lage versetzt würde, den Unterricht ganz nach ihrem Sinne zu beeinflussen.

Gelangt diese Richtung zum vollständigen Siege, dann sind die allerschlimmsten Folgen unausbleiblich und die Schullasten müssen wachsen, die Schule selbst wird erheblich schlechter, und der freie Geist im

Schulunterricht, die Vorbedingung für ein gedeihliches Wirken, würde durch die geistliche Schultyrannei vollständig unterdrückt. Denn der geistliche Einfluß beschränkt sich dann nicht auf den Religionsunterricht, sondern dehnt sich auf alle Unterrichtsfächer aus, die ganze Erziehung wird dann nach einseitig konfessionellen Rücksichten geleitet, und eine wirklich freie Wissenschaft wird natürlich überhaupt nicht zugelassen. Schon jetzt wird ja nach dieser Richtung das Möglichste geleistet durch die geistliche Schulinspektion. Die ganze örtliche Schulaufsicht liegt in Preußen bereits in den Händen der Geistlichen, und die Lehrer wissen ein Liedchen davon zu singen, wie darunter ihr selbständiges Wirken leidet. Aber selbst die Kreisschulaufsicht wird in Preußen überwiegend von Geistlichen ausgeübt. Neben 316 Kreisschulinspektoren von Fach befinden sich 920 im Nebenamt, darunter nicht weniger als 873 Geistliche. Und diese Zustände, unter denen bereits jetzt das Schulwesen empfindlich leidet, sollen noch verschlimmert werden? Von welchen Absichten die Vertreter der Konfessionsschulen geleitet werden, das haben sie ja im Abgeordnetenhause gezeigt, wo sie eine Vermehrung der Fach-Schulinspektoren ablehnten und ganz naiv meinten, höher als der schultechnische Nutzen stehe die christliche Erziehung. Den Glauben zu stärken, das soll die Aufgabe der Schule nach Ansicht dieser Leute sein, das heißt den Glauben im streng orthodoxen Sinne. Denn von Glaubensfreiheit wollen sie nichts wissen, die soll nach und nach sogar den protestantischen Theologie-Professoren genommen werden. Nach dieser Richtung sind die Verhandlungen der Generalsynode ja überaus lehrreich gewesen, bei denen das Kunststück fertig gebracht wurde, in demselben Atem von Freiheit der Forschung auch für Theologieprofessoren zu sprechen und dabei doch den festen Glauben an die Heilswahrheiten zur Vorbedingung für ihre Berufung zu machen, und die Gleichberechtigung der Richtungen für den Gegensatz der naturalistischen und christlichen Weltanschauung auszuschließen. Um die orthodox-kirchliche Anschauung überall zur Herrschaft zu bringen, braucht man die Schule, in der dann natürlich freie Wissenschaft und freie Forschung keinen Raum mehr haben können.

Das ist die wahre Bedeutung dieser Bestrebungen, und darin liegt ihre ungeheuere Gefahr für die Schule und für die ganze Kulturentwickelung. Was für rückständige Auffassung über die Aufgaben der Schule in den Kreisen herrschen, welche in Preußen die Richtung angeben, das haben die Kultusdebatten im Abgeordnetenhause immer deutlicher gezeigt. Da wurde u. a. gefordert, die Schule solle den Respekt vor den Autoritäten wecken, die Schulen auf dem Lande sollten vor den Verführungen der Stadt warnen, es wurde bemängelt, daß die Kinder zu viel lernten, wie Naturkunde und Mathematik, und sogar der frühere

Landwirtschaftsminister hat sich dem angeschlossen und es den Lehrern gleichzeitig als Hochmut angerechnet, daß sie nicht mit den Kühen und Schweinen unter einem Dache hausen wollten. So sieht man die Schule in den Kreisen der „Konfessionellen“ an; viel Glauben und wenig Wissen, das ist das Streben, denn von der wachsenden Aufklärung besorgen die Junker und die Klerikalen eine Erschütterung ihrer Macht, von jedem Kulturfortschritt eine Verminderung ihres Einflusses. Daher auch die geflissentliche Herabdrückung der Jugenderzieher, wie sie oft so drastisch zu Tage getreten ist — es sei nur an die Trakehner Schulverhältnisse erinnert — und daher der Wunsch, die Lehrer ganz den einseitig kirchlichen Einflüssen zu unterstellen.

Der hier drohenden Gefahr für die Schule gilt es, bei den jetzigen Neuwahlen vor allem entgegenzutreten. Dauernd kann das nur geschehen, wenn es endlich gelingt, die Kirche ganz von der Schule zu trennen und den Religionsunterricht von der Schule abzusondern. Solange das Ziel nicht zu erreichen ist, muß wenigstens die Erhaltung und Erweiterung des paritätischen Schulwesens erstrebt werden. Bei dem allgemeinen System der reinen Konfessionsschule werden die Schulen auseinandergerissen, an die Stelle mehrklassiger Anstalten treten einfache Schulen mit viel geringeren Lehrzielen, und gleichzeitig wird die Überfüllung der Schulklassen und der Mangel an Schulen und Lehrern noch größer werden, als das jetzt schon der Fall ist. In Preußen sind bereits über eine Million Schüler in überfüllten Schulklassen, deren die Statistik 11247 angibt, und dabei wird eine Klasse nur als überfüllt angesehen, wenn mehr als 70 Schüler in ihr sitzen. Fast 3000 Kinder besuchen wegen Raummangels überhaupt keine Volksschule, und alle Augenblicke hört man von „Schulpalästen“, die wegen Baufälligkeit geräumt werden müssen. Hand in Hand damit geht ein steigender Lehrermangel. Nach der Erhebung des Jahres 1901 waren 1863 Lehrerstellen unbesetzt, weil es an Anwärtern fehlte. Das muß natürlich um so schlimmer werden, je abhängiger man die Schule macht, und je mehr man durch die allgemeine Konfessionsschule und den ungehemmten Einfluß die Lehrer dem schwersten Gewissenszwang unterwirft. Der Trierer Schulstreit hat doch über diese Dinge reichlich Aufklärung verbreitet.

Neben all den anderen bedeutsamen politischen Momenten, dem Verlangen nach einem besseren Wahlrecht, dem Gegensatz gegen die Junkerherrschaft u. a. m., muß nach alledem die Schulfrage in erster Reihe die liberalen Gruppen zu gemeinsamem Kampfe zusammenführen. Hier gilt es wieder einmal hohe Ideale, große Kulturgüter zu erhalten und zu vermehren. Von ihnen hängt aber auch das wirtschaftliche Fortschreiten und die politische Machtstellung des Staates ab; denn jede Her-

abdrückung des Bildungsniveaus, jede Einengung der Wissenschaft muß auf die Tauglichkeit der Einzelnen wie der Gesamtheit in dem allgemeinen Wettkampf der Völker ungünstig einwirken. Bei dieser Sachlage wäre eine Befolgung der vom Minister des Innern kürzlich empfohlenen Mischmaschparole gegen die Sozialdemokratie geradezu verhängnisvoll; denn ob einer etwas mehr rechts oder links steht, ist nicht nur nicht nebensächlich, sondern es muß das Entscheidende bei diesem Wahlkampfe sein. Alles, was links steht muß zusammenhalten gegen die gemeinsamen Gegner rechts und im Zentrum. Niemand soll abseits stehen in diesem Kampfe, in welchem so vieles auf dem Spiele steht. Die Idee der Freiheit des Geistes und der Wissenschaft hat Werbekraft genug; es bedarf nur der Einigkeit ihrer Verfechter, um sie zum Siege zu führen.

Theodor Mommsen.

Von Hans F. Helmolt (Leipzig).

„Sich selber nichts, der Wissenschaft alles."

Das letzte Auge unserer fünfsternigen Tessera historica Niebuhr, Ranke, Mommsen, Sybel und Treitschke — quid illo quincunce speciosius? — ist nun auch erloschen; nachdem er seinen glänzendsten Wettbewerber auf dem Feld einer taktvollen Kritik des Alten, Alfred von Gutschmid, um mehr als das doppelte überlebt hat, ist Theodor Mommsen in dem patriarchalischen Alter von 85 Jahren und 11 Monaten vom Schauplatz abgerufen worden. Über diese geradezu klassische Wiederholung des griechischen Grammatikers mit den „ehernen Eingeweiden", über den Mann, den weder die Vernichtung eines ganzen Manuskript-Bandes seines Hauptwerks durch Feuer noch der Verlust des Bruders Tycho am 83. Geburtstage hatte niederbeugen können, hat also der Tod schließlich doch triumphiert.

Man hört wohl manchmal: ein voller Erfolg winke in unserer rasch dahin jagenden und rasch vergessenden Zeit meist nur dem, den Gott mit einer außergewöhnlichen Spanne Lebens begnade — nun, auch ohne seinen „Wallenstein" und seine „Weltgeschichte" würde Ranke zu den Meistern der Geschichtsschreibung genau so zählen, wie schon vor länger denn 40 Jahren Mommsens Ruhm unerschütterlich feststand. Eine göttliche Gnade scheint mir vielmehr darin zu liegen, daß es diesen beiden Männern beschieden war, selbst im höchsten Greisenalter noch Werke

dauernden Wertes zu schaffen. Weil er so viel geschrieben hatte, daß er seine eigenen Bücher nicht mehr kannte, haben jenen Didymos die Zeitgenossen „Bibliolathas“ genannt. Doch den leisen Vorwurf, der sich insofern darin kundgibt, als damit innerhalb der übergroßen Schriftenflut des Aristarcheers auch manches Vergessenswerte getroffen werden sollte, den hatte der unermüdlich fleißige Mann, der endlich ausruhen darf, nicht zu fürchten: als Fünfundsiebziger hat er die italischen Konsularfasten rekonstruiert, als Zweiundachtziger uns das „Römische Strafrecht“ geschenkt.

Mommsen war der klassischen Philologie Vor- und Inbild. Innerhalb der selbstgewählten Beschränkung auf den Horizont der römischen Antike war ihm nichts mehr fremd geblieben; noch einmal schien von ihm allein der gesamte Glanz auszugehen, den die Altertumswissenschaft einst in den Niederlanden zu den Zeiten der Gruytère und Voß, Heinsius und Groot, Gronov und Grävius, Hemsterhuis und Ruhnken ausgestrahlt hatte. Ja, übertroffen hat er sie, alle miteinander: im Sammeln lateinischer Inschriften den Gruterus, in der Rechtswissenschaft den Grotius, beide im Eindringen in die wechselnde Arbeitsweise des Diaconus Paulus, in den „Altertümern“ den Graevius, im Latein den Ruhnkenius. Und nicht nur das. Die größten, bleibendsten Leistungen Mommsens sind wahrscheinlich nicht seine Erfolge auf den Gebieten der Chronologie (1858), des Münzwesens (1860), der Inschriftenkunde (1863 ff.), des Staatsrechts der Römer (1871—88), sondern das, was er als Historiker geschrieben hat. Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß alles, was in seiner „Römischen Geschichte“ steht, ein für alle mal unverrückbar hingesetzt sei: in so mancher Einzelheit hat sich der Verfasser seit der Zeit, da er 1854 anhub die Geschichte Italiens zu erzählen, selber verbessern müssen. Aber selbst während der schwierigen Bloßlegung der Anfänge Roms ist er nie in den Fehler der Vorniebuhrschen Zeit, eine Skepsis, die an allem zweifelt, verfallen. Und weiterhin: man lese nur seine treffenden Charakteristiken (Gracchus, Pompeius: das Ideal eines zivilisierten Unteroffiziers; Caesar) oder vergleiche z. B. das lebensprühende Bild, das er von Sertorius entworfen hat, mit dem matten Konterfei aus B. Nieses Feder! Kurz, die Grundpfeiler seines Werkes, das eine Erneuerung, Erweiterung und Vertiefung echt wissenschaftlicher Kritik und Wiederherstellung bedeutet, blieben stehen; sie stehen heute noch und werden immer einen hervorragenden, in die Augen fallenden Platz in der Geschichtsschreibung aller Zeiten behaupten.

Dennoch hat Mommsen keine Schule gemacht, wenigstens nicht in dem Sinne, wie wir den Begriff bei Ranke, Waitz, Lamprecht anzuwenden gewöhnt sind; wenn ich durchaus einen Schüler von ihm nam-

haft machen soll, so könnte dies nur Christian Hülsen sein. Diese an sich merkwürdige Vereinsamung erscheint einem nicht mehr verwunderlich, wenn man sich Mommsen zu vergegenwärtigen sucht. Bei allem Eintreten für den hohen Wert einer Organisation der Arbeit (der Heimgegangene war ein Akademiker im schönsten Sinne des Wortes: mehr als zwei Jahrzehnte, 1873—95, hat er das Amt eines ständigen Sekretärs der Berliner Akademie der Wissenschaften verwaltet), bei allem Sicheinsetzen für die Zwecke des großen C(orpus) I(nscriptionum) L(atinarum), dessen Seele er füglich genannt werden konnte, bei aller Teilnahme an den Bestrebungen des schier endlosen Riesenunternehmens der Monumenta Germaniae historica, zu deren Unterabteilung „Auctores antiquisimi" er „Jordanis Romana et Getica" (1882), die „Chronica minora saeculorum IV. V. VI. VII," (1892 und 1894) und „Cassiodori Senatoris Variae" (1894) beigesteuert hat, trotz aller dieser Betätigungen von wissenschaftlichem Gemeinsinn ist Mommsen im letzten Grunde doch ein Arbeiter gewesen und geblieben, der am liebsten seinen Weg für sich allein ging. Auch in dieser Beziehung war er eine ausgesprochene deutsche Gelehrtennatur.

Mit solchen Eigenschaften mag es wohl zusammenhängen, wenn Mommsen — abgesehen von gelegentlichen Äußerungen in Vorworten und Einleitungen — niemals Zusammenhängendes über die Theorie seiner Wissenschaft veröffentlicht hat; er war eben in erster Linie ein Mann der Praxis, der für unfruchtbare Auseinandersetzungen keine Zeit übrig hatte. Und doch ist es eigentlich schade, daß wir nie haben hören dürfen, wie er, einer der ersten Wirtschaftshistoriker, die Deutschland gesehen hat, über den durch Karl Lamprechts Auftreten angefachten Streit der Theoretiker dachte. Auch sonst macht er leicht einen fast unpersönlichen Eindruck. So sanft und väterlich milde, wie er auf Louis Jacobys schöner Radierung von 1890 ausschaut, ist er nur wenigen Vertrauten gegenüber erschienen; dem Fernerstehenden fällt es, trotz zahlreicher anekdotenhafter Einzelzüge, die über ihn im Laufe seines langen Wirkens bekannt geworden sind, recht schwer, sich den nun Abgerufenen in seiner menschlichen Eigenheit, seinem Gefühlsleben greifbar deutlich vorzustellen. Sein Inneres hat er scheusam für sich behalten. Auch hierin war er Χαλκέντερος. Allenfalls kann man sagen, daß man außer stande ist, sich ihn — mit Friedrich Aug. Wolf oder Herm. von Helmholtz — als strenggläubigen Katholiken zu denken: Mommsen muß Protestant gewesen sein.

Nur in einem Punkte scheute er sich nicht vor der Öffentlichkeit: in politischen Dingen. Eine glückliche Hand hat er hierin, das ist ohne weiteres zuzugeben, seit seiner Verteidigung gegen Henri Bordiers

„Allemagne aux Tuileries“ (Voß'sche Zeitung vom 3. Januar 1872) selten bewiesen. Zwar stehe ich selbst dem politischen Getriebe der Gegenwart zu fern, als daß ich mir ein schlechthin absprechendes Urteil über Mommsens Partei-Stellung erlauben möchte. Und für seine letzte Kundgebung, die unser Verhältnis zu England betraf, finde ich sogar nur Worte der Anerkennung, weil mir da Mommsen nicht nur einen wunden Punkt unseres Völkerlebens richtig erkannt, sondern auch das rechte Heilmittel vorgeschlagen zu haben scheint. Aber im ganzen darf man mindestens behaupten: es hätte der Größe Mommsens keinerlei Eintrag getan, wenn er das Internationale, das ein Aufgehen in der Wissenschaft gern mit sich bringt, gelegentlich weniger scharf betont hätte. Oder am besten: wenn er ganz geschwiegen hätte. Denn die Zeiten des Frankfurter Parlaments, wo es sich die geistige Blüte der deutschen Nation zur Ehre rechnete, politisch mit zu raten und zu taten, sind nun einmal vorüber; und schnell wird die unbequeme Warnung des Gelehrten vom besserwissenden Philister als überflüssige Stubenweisheit verworfen. —

Mit Mommsen ist ein Philolog, ein „alter“ Historiker dahingegangen, der, dem Schablonentume des Spezialisten, der nur der engern Zunft die Beantwortung einschlägiger Fragen ängstlich vorbehalten möchte, in innerster Seele abhold, „von der banausischen Beschränkung der Arbeit auf die nächsten Handwerksgenossen“ nichts hat wissen wollen. Seine altrömische Quellenkritik vor allem ist deshalb vorbildlich, weil sie es nicht, wie das bei Geschichtsschreibern späterer Jahrhunderte der Fall zu sein pflegt, mit ganzen, mehr oder weniger einheitlich gerichteten Reihen fortgeschrittener Darsteller zu tun hat, sondern — was besonders seinen Takt voraussetzt — mit vereinzelten Vertretern einer noch in den Anfängen steckenden Kunst.

Diese Meisterschaft wurde von der gesamten Mitwelt neidlos bewundert. Und jetzt, wo die Kunde von seinem Tode nach Italien gelangt ist, das vor einem Menschenalter noch patriotisch grollen mochte, weil Mommsen von Turin aus für die Aufdeckung der Fälschungen von Arborea auf Sardinien gesorgt hatte, wird sich seine Adoptivheimat ob des großen Verlustes, den die Wissenschaft mit dem Aufhören dieser genialen Forschertätigkeit erleidet, mit Deutschland in aufrichtiger Trauer vereinigen.

Jesuitische Wissenschaft.

Von M. Römer.

Zu den vielen haltlosen Äußerungen, mit denen man auf Katholikenversammlungen überrascht wird, gehörte im vorigen Jahr auch der Ausspruch eines Rechtsanwalts Muth aus St. Johann, der mit dem Mute freiwilliger Beschränktheit sagte: „Warum verfolgt man die Jesuiten? Weil sie zu viel studiert haben!“ In der Schrift von Hermann Schell: „Der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts“ lesen wir ein anderes Wort über die Gelehrsamkeit der Jesuiten, und wir glauben, daß der Würzburger Theologieprofessor die wissenschaftliche Bedeutung der Herren der Gesellschaft Jesu besser kennt, als der Advokat aus St. Johann; Schells Wort lautete: „Man mache sich doch nicht lächerlich, indem man immer auf die Jesuiten als das Non plus ultra in allen Wissenschaften hinweise.“ Sogar der Dompfarrer C. Braun in Würzburg, der in Sympathieen für die Jesuiten von niemand übertroffen werden kann, mußte diesem Schellschen Urteil beipflichten, aber er meinte, daß gerade in jene Gebiete, in welche wenige katholische Geistliche sich hineinwagten, namentlich Naturwissenschaft, Mathematik, Kunstgeschichte, Sprachforschung, Sozialwissenschaften, Geschichte (Bollandisten) usw. die Leistungen der Jesuiten nicht blos zu den besten auf katholischer Seite, sondern zu den vorzüglichsten in der ganzen Gelehrtenrepublik gehörten.

Es wäre töricht und ungerecht, den Jesuiten das Zugeständnis zu verweigern, daß eine große Anzahl in ihren Spezialfächern hervorragendes geleistet hat. Deshalb ist es denn auch ihren heftigsten Gegnern, wie beispielsweise Professor Beyschlag, nicht eingefallen, ihnen die verdiente Anerkennung zu versagen. So haben sich in neuerer Zeit durch ihre naturwissenschaftlichen und mathematischen Forschungen die Jesuiten Colin, Hagen und Braun ausgezeichnet. Pater Secchi hat es als Astronom sogar zur Berühmtheit gebracht. Wir könnten noch viele Jesuiten nennen, die als Spezialisten Anerkennenswertes geleistet haben. Aber was beweist das für die Vortrefflichkeit des Jesuitenordens als Pflegestätte der Wissenschaft? Ist es etwas besonderes, daß unter den tausenden Jesuiten, von denen sehr viele 15 Jahre studieren und sich dann, aller störenden Sorgen für den Lebensunterhalt überhoben, ausschließlich mit der Wissenschaft beschäftigen, eine Anzahl etwas geleistet hat? Hätten die Colin, Hagen, Braun, Secchi usw. ihre Arbeiten nicht auch in anderen Berufen, beispielsweise als weltliche Professoren, fertigstellen können? Und worin bestehen denn die Leistungen selbst des weltberühmten Secchi? Er hat unsere positiven astronomischen Kenntnisse bereichert, aber ein Finder neuer Naturgesetze ist er nicht gewesen,

unser Erkenntnisvermögen hat er nicht erweitert. Überhaupt gibt es in der Gesellschaft, die das Non plus ultra in allen Wissenschaften darstellen soll, keinen Gelehrten, der auf irgend einem Gebiete bahnbrechend gewirkt hat wie etwa ein Galilei als Astronom, Darwin als Naturforscher und Gauß als Mathematiker. An diese Koryphäen reicht kein Jesuit auch nur entfernt heran, und auf den Gebieten der Kunstgeschichte und Sprachforschung halten sie ebenso wenig einen Vergleich mit unseren großen Forschern aus, so daß sehr viel fehlt, um ihre Leistungen mit „den vorzüglichsten in der ganzen Gelehrtenrepublik“ auf dieselbe Stufe stellen zu dürfen. Diese Tatsache ist auch gar nicht verwunderlich. Nur die höchste Bildung erzeugt universelle Gelehrsamkeit und jene Bildung ist nichts anderes als die Kultur, die zum Selbstbewußtsein, zur inneren Freiheit führt. Die jesuitische Bildung in ihrer Einseitigkeit, in ihrer Dressur zu festgesetzten Zwecken ist ein Widerspruch in sich. Man kann für ein Fach bis zur Virtuosität, ja bis zur Meisterschaft ausgebildet sein, ohne darum gebildet, im wahren Sinne gelehrt zu sein. Dieser Mangel an Universalität hat es verschuldet, daß aus dem Jesuitenorden niemals ein bedeutender Geschichtsschreiber hervorgegangen ist. Fleißige Urkundenabschreiber sind die Jesuiten gewesen, wie die Bollandisten, und sie haben die Technik der Diplomatik in ein brauchbares System gebracht. Das hätten weltliche Gelehrte ebenso oder vielleicht noch besser machen können, wenn der ehemals unumschränkt herrschende Klerikalismus überhaupt eine weltliche Wissenschaft hätte aufkommen lassen. Aber nicht einmal auf dem Gebiete der Diplomatik, deren Grundlagen sie geschaffen, hat die Leistungsfähigkeit der Jesuiten mit der modernen Wissenschaft gleichen Schritt gehalten; denn die Editionstechnik, die in den kürzlich herausgegebenen Monumenta historica Societatis Jesu angewandt wird, steht hinter der bei deutschen Quellenpublikationen gebräuchlichen weit zurück. Die Jesuiten schrieben Kompendien, wie Jakob Masen im 17. Jahrhundert, aber sie schrieben keine Geschichtswerke; sie konnten es auch deshalb nicht, weil nicht die Wahrheit der Endzweck ihrer wissenschaftlichen Bestrebungen war, sondern die Opportunität, d. h. das Bemühen, ihrem Orden unter allen Umständen zu nützen. Opportunität und Geschichtsschreibung vertragen sich aber wie Feuer und Wasser. Das eine löscht das andere aus. Die Opportunität bestimmt auch heute noch die jesuitische Geschichtsschreibung. Die Herren der Gesellschaft bemühen sich ja nach Kräften, es anderen nachzumachen, sie entlehnen von „der modernen Wissenschaft“, deren bedauernswerte „Haltlosigkeit“ Pater Tillmann Pesch schon im Jahre 1876 nachwies, Arbeitsmethoden und Einzelresultate, sie zitieren Ranke, Treitschke und gar Harnacks Dogmengeschichte, aber sie lenken doch überall und stets mit

außerordentlicher Geschicklichkeit auf die vorgeschriebene Bahn jesuitischer Opportunität zurück, die zu dem erwünschten löblichen Ziele führt. Einen geradezu naiven Ausdruck findet diese Manier, die aller geschichtlichen Auffassung Hohn spricht, in dem Buche des Jesuiten O. Pfülf über Bischof von Ketteler (3 Bände, Mainz 1899). Der Verfasser nennt es eine „geschichtliche Darstellung." Es verdient diese Bezeichnung weder seiner Form noch seinem Inhalt nach. Erstere macht das Lesen des Buches zu einer förmlichen Qual. Es ist lediglich eine mühsam und mit mangelhaftem Stil zusammengeklebte Stoffsammlung. Deshalb ist das Buch als Biographie eine durchaus unbefriedigende Arbeit. Inhaltlich ist es ein kritikloser Panegyrikus, und was Pfülf unter geschichtlicher Auffassung und Objektivität versteht, erhellt aus einem Satze der Vorrede: „Hätte der Verfasser auf Grund seines Materials sich in der Zwangslage gesehen, jenes Idealbild (Kettelers) in dem Geiste so vieler der treuesten und besten Katholiken verdunkeln zu müssen, so hätten keine bereits aufgebotenen Anstrengungen und Opfer ihn zurückgehalten, von dem begonnenen Werke abzustehen." Diesem Geständnis braucht man nichts hinzuzufügen. Vielleicht unbewußt hat Pfülf damit offenbart, daß ihm die erste Eigenschaft eines Geschichtsschreibers fehlt. Aber es dürfte wohl nutzlos sein, ihn an das Wort zu erinnern: „Historiarum vera lex est, veritatem offerre nudam sine discrimine partium." Auch Hermann von Mallinckrodt hat Pfülf eine „geschichtliche Darstellung" gewidmet. Sie hat den Zweck dem Leser die Auffassung zu suggerieren, daß der Kulturkampf ein Kampf zwischen Absolutismus und Freiheit, zwischen einem religionslosen Professorentum und der Religion gewesen ist. Religion aber ist gleichbedeutend mit dem jesuitisch-kirchlichen System. Wir zweifeln nicht an dem guten Glauben und den trefflichen Absichten, von denen Mallinckrodt in dem Kampfe geleitet wurde, aber deshalb braucht sogar ein jesuitischer Biograph nicht alles gut und schön und richtig zu finden, was sein Held getan und gesagt hat, und zu der Behauptung Mallinckrodts, daß Staat und Kirche bis zur Dogmatisierung der Lehre von der Unfehlbarkeit Jahrhunderte hindurch in Frieden gelebt hätten, hätte Pfülf ein dickes Fragezeichen machen müssen, wenn er sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, daß seine Geschichtskenntnis hinter der eines Tertianers zurücksteht.

Mit denselben Mitteln, mit denen Pfülf dem unwissenden katholischen Volke Bischöfe und Zentrumsgrößen als fleckenlose Idealbilder hinzustellen versucht, verrichtet Bernhard Duhr die Mohrenwäsche an den Mitgliedern seines Ordens, über die die Geschichte längst das Urteil gesprochen hat. In seiner Schrift „Die Stellung der Jesuiten in den deutschen Hexenprozessen" bemüht er sich sogar, die Schuld seiner Or-

densgenossen an der Verbreitung dieses blutdürstigen Wahnes herabzumindern. Weshalb auch nicht? Hat doch der klerikale „Geschichtsschreiber“ Johann Diefenbach kürzlich „nachgewiesen“, „daß die Kirche den Aberglauben jederzeit entschieden bekämpft habe,“ „daß niemals ein Papst den Hexenwahn sanktioniert habe.“ Nur Leute, die den Charakter der Fabrikanten des Hexenhammers haben, können an den nackten Tatsachen drehen und deuteln, daß von 1320—1350 in Südfrankreich die Verfolgung der Hexen durch die Inquisition unter der Leitung der Päpste Johann XXII. und Benedikt XII. den Charakter systematischer Verfolgung erhalten hat, daß in Deutschland der Widerstand gegen die Inquisition durch die Päpste niedergezwungen und die Hexenverfolgung durch die grauenhafte Bulle Summis desiderantes Papst Innocenz' VIII. vom Jahre 1484 dem noch widerstrebenden Volke und den Obrigkeiten aufgezwungen wurde. Wenn Duhr in seiner genannten Schrift durch die Veröffentlichung eines Briefes des Bürgermeisters Johann Junius von Bamberg, den dieser nach den fürchterlichsten Folterqualen vor seinem Tode an seine Tochter geschrieben hat, die Verirrungen des damaligen Gerichtsverfahrens in helles Licht stellt, so weiß jeder, daß für diese Verirrungen nicht die damaligen Richter verantwortlich zu machen sind, sondern die geistlichen Autoritäten, deren unbedingt gehorsame Handlanger die weltlichen Richter sein mußten, falls sie sich nicht selber der Todesgefahr aussetzen wollten. Jesuiten sind, wie bei der Erzeugung jedes religiösen Fanatismus und jeder abergläubischen Dummheit, auch bei der Beförderung des Hexenwahns und der Hexenverfolgung am eifrigsten tätig gewesen, und seine Ordensgenossen Canisius, Delrio, Tanner, Laymann, Drexel, Scherer, Sacchini, Valentia, Mayrhofer, Löper, Contzen, Stengel, Gaar, Reissenberg, Bellarmin, Suarez, Macherentius und viele andere kann Duhr von dieser Verschuldung durch alle Künste der Deutelung und Abschwächung nicht reinwaschen. Die Anschauungen und Handlungen der genannten Jesuiten sind in ihren Hexenschriften und Hexenpredigten niedergelegt. Aber diese Schriften und Predigten bekommt ja das katholische Volk nicht zu Gesicht, auch nicht die Theologia moralis des gegenwärtig „bedeutendsten Moraltheologen des Jesuitenordens“ August Lehmkuhl, der heute noch lehrt, daß der Mensch mit Hilfe der von ihm zu diesem Zweck angerufenen Dämonen handeln und schädigen könne, und daß der Versuch dazu gemacht werde! Welchen kläglichen Eindruck macht die Schrift Duhrs, wenn man sie mit dem Werke des Kölner Archivdirektors Josef Hansen, „Zauberwahn, Inquisition und Hexenprozeß im Mittelalter“ (München und Leipzig 1900) vergleicht. Hansen ist selbst Katholik und er befolgt auch wirklich das Wort, „die Wahrheit voll und ganz zu sagen“, mit

dem der Jesuit Duhr in der Vorrede zu seinem Elaborat urteilslose Leser ködert. Auf Grund seiner erschöpfenden Untersuchung kommt Hansen zu dem Ergebnis, daß „die Geißel der Hexenverfolgung“ von der Theologie der christlichen Kirche geflochten worden. „Niemals würde trotz alles alten Volkswahns und trotz aller in Wirklichkeit vorhandenen und mißdeuteten pathologischen Erscheinungen in den Strafprozessen der weltlichen Gewalten die absurde Vorstellung von der Teufelsbuhlschaft platzgegriffen haben, wenn nicht die den Geist der Zeit bevormundende Kirche sie wissenschaftlich erwiesen und mit ihrer Verwertung gegenüber den Opfern der Ketzerinquisition vorausgegangen wäre. Niemals würde auch die Vorstellung vom Hexensabbat und vom Hexenflug im weltlichen Strafrecht ihre verderbliche Rolle haben spielen können, wenn nicht der Ketzerprozeß der Kirche diese Ausgeburten religiösen Wahns durch mehrhundertjährige Praxis den verwirrten Köpfen der von ihr abhängigen Menschen glaubhaft gemacht hätte. In diesen Momenten vor allem liegt aber die Quelle der erbarmungslosen, aller Regungen der Humanität baren Massenverfolgung.“ Aus diesem Zeugnis eines unserer ausgezeichnetsten Kenner mittelalterlichen Geistes ersehen wir gleichfalls, daß nicht, wie die jesuitischen Theologen und Geschichtsschreiber gern glauben machen möchten, die Kirche unter dem Einfluß der Justizpflege des Mittelalters gestanden hat, sondern daß vielmehr die schändliche Barbarei dieser Justizpflege ein Erzeugnis der abergläubischen und fanatischen Vertreter der Kirche gewesen ist. Nach dem Werke Hansens können sich die Jesuiten die Mühe ersparen, die Kirche und sich selbst von der Schuld an der Hexenverfolgung auch nur einigermaßen reinzuwaschen. Man weiß jetzt Bescheid. Auch in katholischen Professorenkreisen, wo bisher Inquisition und Hexenverfolgung als Zeitübel behandelt wurden, gibt man es nach Erscheinen des Hansenschen Werkes auf, die Schuld der Kirche zu bestreiten. Der Freiburger Geschichts-Professor Finke hat sie kürzlich offen zugestanden. Das alles aber würde die Menschheit nicht vor einer abermaligen Hexenverfolgung bewahren, wenn es der jesuitischen Dämonenlehre, die alle katholischen Moraltheologien beherrscht, wieder gelingen sollte, den Verstand der Massen zu umnebeln und ihren Fanatismus zu erwecken. Und darin gerade liegt die Gefährlichkeit der jesuitischen „Wissenschaft“, daß sie im katholischen Volke einen mittelalterlichen Geisteszustand herzustellen versucht, der dem jesuitisch-kirchlichen System wieder praktische Geltung verschafft. Dann würden auch die gegen die Ketzer gerichteten Theorien des Jesuiten De Luca in Wirklichkeit umgesetzt werden, denn die Vernichtung der Häretiker ist nur die notwendige Folge aus der im spekulativen Sinne von der Kirche in Anspruch genommenen Befugnis, Ketzerei zu bestrafen. Ebenso folgerichtig

wäre die Hexenverfolgung, da der Hexenwahn nicht zum Aberglauben in dem herkömmlichen Sinne eines abgetanen, veralteten, falschen Glaubens gehört, sondern nach der anerkannten Lehre Lehmkuhls ein Bestandteil des kirchlichen Glaubens ist. Sollte es dem Jesuitismus gelingen, der Kirche wieder den weltlichen Arm dienstbar zu machen, dann würde die Menschheit Hexen- und Ketzerverfolgung so sicher über sich ergehen lassen müssen, wie zwei mal zwei vier ist. Alles Gerede von bürgerlicher Toleranz, wie es beispielsweise der Breslauer Professor Pohle in Wetzer und Welte's Kirchenlexikon beliebt, könnte die Menschheit vor dem ihr von seiten des Jesuitismus drohenden Unheil nicht bewahren. Die dogmatische Toleranz verwerfen und die bürgerliche Toleranz anerkennen, ist eine Inkonsequenz, die sich wohl ein vom preußischen Staate honorierter Theologieprofessor gestatten darf, die sich aber der Jesuitismus niemals hat zu schulden kommen lassen und auch in Zukunft nie zu schulden kommen lassen wird. Die Bemühungen ultramontaner Zeitungen, die Bedeutung der Institutiones iuris ecclesiastici publici des Professors für Kirchenrecht an der Gregorianischen Universität zu Rom, des Jesuiten de Luca, der in der angegebenen Richtung jesuitisch konsequent ist, zu läugnen, ist auch nichts anderes als Jesuitismus. Übrigens wären nach jesuitischer Auffassung Hexen- und Ketzerverfolgung eine Wohltat für die Menschheit, denn die Hexen sind bösartige Schädlinge und die Häretiker hält Pater Lehmkuhl jedes Verbrechens für fähig.

Wer Lehmkuhl als Meister des Probabilismus kennen lernen will, dem empfehlen wir seine Casus conscientiae ad usum confessariorum. Das heillose jesuitische System der inneren Unehrlichkeit, ja Verlogenheit wird jedem nachdenklichen Leser durch dieses Buch zum Bewußtsein kommen. Er wird sich nach dieser Lektüre auch nicht mehr darüber wundern, daß jenes System in ultramontanen Kreisen tatsächlich angewandt wird. Und dabei ist es ein Lieblingsthema der jesuitischen Wissenschaft, das besonders gern in der Zeitschrift „Stimmen aus Maria-Laach“ behandelt wird, nachzuweisen, daß erst durch die Reformation die Lüge in die Welt gekommen sei und „seit der Glaubensspaltung im Schoße unserer Nation eine furchtbare Rolle gespielt habe.“ Diese Behauptung nimmt sich sehr sonderbar aus im Munde der Vertreter einer Gesellschaft, von der Professor Joseph Hansen mit bezug auf ihre Geschichtsschreibung sagt: „Seit den Tagen der Fälschung der Constantinischen Schenkung und Pseudo-Isidors gehört es nun einmal zu den Eigentümlichkeiten derer, die sich als die wahren Verfechter katholischer Prinzipien gefühlt haben, bei der Berichterstattung über kirchliche Dinge und ihren Anteil an denselben andere Grundsätze zu befolgen als die übrige Welt.“

In letzter Zeit hat besonders der Jesuit Grisar von sich reden gemacht, der auf dem internationalen Kongreß katholischer Gelehrten zu München im Gegensatz zu dem unkritischen Mittelalter mit seiner Unwissenheit, mit Reliquien- und Wunderschwindel für die katholische Wissenschaft das Recht und die Notwendigkeit der Kritik verkündete. Bevor Grisar an seine „Geschichte Roms und der Päpste im Mittelalter" heranging, erklärte er, nach eigenem köstlichen Geständnis, dem Kardinalsekretär, er „würde in seinem Buche ohne Umstände die geschichtliche Wahrheit auseinandersetzen, sollte sie auch zuweilen zu Ungunsten der Hierarchie lauten; so sei man es in Deutschland in Gelehrtenkreisen mit Recht gewohnt." Die deutschen Gelehrtenkreise sind aber von Grisars Geschichte Roms wenig erbaut. Ein fleißiger Sammler ist auch er gewesen, er hat das riesige Material geschickt gruppiert, wenngleich in keiner fesselnden Darstellung, aber den einseitig jesuitisch-kirchlichen Standpunkt hat er nicht überwinden und deshalb auch kein objektives Geschichtswerk liefern können. Man lese nur seine Ausführungen über die Entwickelung des Primates. Selbst wenn man der römisch-katholischen Theorie, daß das bischöfliche Amt aus der Einsetzung durch die Apostel selbst herrühre, und der Ansicht beipflichtet, daß der Apostel Petrus der erste Aufseher (Episkop) der christlichen Gemeinde in Rom gewesen sei, so kann man doch nichts gegen die Tatsache einwenden, daß die Metropoliten von Alexandria und Antiochia ursprünglich dem von Rom gleichgestellt waren und daß das Papsttum lediglich das Ergebnis geschichtlicher Entwickelung ist, die sich unter der heftigsten Opposition von kirchlicher Seite, sogar einiger Kirchenväter vollzogen hat. Grisar darf ja die Dinge nicht sehen, wie sie sind, wo bliebe sonst die göttliche Stiftung des Papsttums. Mit Beziehung auf diese und ähnliche offen zu Tage tretenden Tendenzen hat Fr. X. Kraus Grisar einen Advocatus Curiae, einen an Händen und Füßen gebundenen, in der Bewegung seines Geistes behinderten Autor genannt. Dies Urteil ist von der wissenschaftlichen Kritik durch viele Einzelheiten als berechtigt nachgewiesen worden. Die pathetische Versicherung Grisars, daß er auf dieser Welt keinen anderen Feind hasse und gehaßt habe, als die Unwahrheit in geschichtlichen Dingen, hat also nichts auf sich, insofern nämlich nicht, als er zwar nicht die Unwahrheit, aber auch nicht die Wahrheit sagt, ein Unterschied, der in seiner ganzen Feinheit ein echtes Produkt jesuitischer Gehirntätigkeit ist.

Die literarischen Leistungen der Jesuiten haben nicht bloß den Zweck, unsere deutsche Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung zu korrigieren, bezw. zu vernichten, sondern auch unsere s i t t l i c h e n u n d s o z i a l e n A n s c h a u u n g e n a u f d a s j e s u i t i s c h e

Niveau herabzudrücken. Nach dieser Richtung ist ganz besonders der Pater Victor Cathrein durch seine Werke über Moralphilosophie und Naturrecht tätig. Als Moralphilosoph schreibt Cathrein ganz im Geiste Liguoris und seines Ordensgenossen Gury, dessen sittlich verkehrte Kasuistik wir durch ein Beispiel charakterisieren wollen. Es dürfte genügen: „Anna, die einen Ehebruch begangen hat, antwortet ihrem Manne, der dies vermutet und sie fragt, das erste Mal: sie habe die Ehe nicht gebrochen; das zweite Mal, nachdem sie von der Sünde schon losgesprochen ist, antwortet sie: eines solchen Vergehens bin ich nicht schuldig; endlich das dritte Mal, da ihr Mann in sie dringt, leugnet sie den Ehebruch ganz und gar und sagt: „ich habe ihn nicht begangen", indem sie dabei denkt „einen Ehebruch, den ich offenbaren müßte."

„Hat Anna in einem dieser Fälle Unrecht gehandelt?"

„In allen drei Fällen ist Anna von der Beschuldigung der Lüge freizusprechen. Denn das erste Mal konnte sie sagen, sie habe die Ehe nicht gebrochen, da ja die Ehe noch bestand. Das zweite Mal konnte sie sagen, sie sei des Ehebruchs nicht schuldig, da ja nach geschehener Beichte und erhaltener Lossprechung ihr Gewissen durch den begangenen Ehebruch nicht mehr beschwert wurde, indem sie moralisch gewiß war, daß ihr derselbe verziehen sei. Ja, sie konnte diese Antwort sogar mit einem Eide bekräftigen, nach dem hl. Ligorius, nach Lessius, Salmeron, Suarez, nach der allgemeinen Meinung. Auch das dritte Mal durfte sie wahrscheinlich (nach probabler Meinung) leugnen, daß sie einen Ehebruch begangen habe, bei sich denkend: einen solchen, den sie ihrem Manne hätte gestehen müssen. Gerade so wie ein Angeklagter einem Richter, der unrechtmäßiger Weise fragt, antworten darf: „ich habe das Verbrechen nicht begangen", indem er darunter versteht: „so daß ich es gestehen müßte." So hat sich in allen diesen Beziehungen der hl. Ligorius geäußert, mit sehr vielen anderen." (J. P. Gury, Casus conscientiae ed. VI. Paris 1881, vol. I. 183—84).

Alle anständig denkenden Katholiken werden darüber einig sein, daß Gury mit jenen Worten die Anleitung zur infamsten Lüge gegeben hat. Nach unserem Urteil ist Frau Anna grauenvoll unwahrhaftig. Aber die Anforderungen, die Gury und Cathrein an ihre Wahrhaftigkeit stellen, hat sie erfüllt. Daß derartige jesuitische Anschauungen unsere Moral ganz und gar vergiften müssen, liegt auf der Hand. Auf sozialwissenschaftlichem Gebiet richtet Cathrein mit seinen Lehren über Naturrecht, natürliche Moral und natürliche sittliche Ordnung ebenso viel Unheil an. Das sogenannte Naturrecht ist von maßgebender Seite mit Recht als eine pure Fiktion erklärt worden. Daß sich die Jesuiten noch immer

so krampfhaft an dasselbe anklammern, beweist nur, daß sie der Anthropologie ebenso hilflos gegenüberstehen wie der Geschichte. Das Recht ist nicht, sondern es ist geworden, ebenso wie Sprache und Moral, als Äußerungen einer Reihe sozialer und geistiger Anlagen und Bedürfnisse des Menschen. Wenn Cathrein die vergleichende Moralgeschichte kennte, würde er über das sogenannte „allgemein menschliche Phänomen" der Unterscheidung zwischen Gut und Böse richtiger denken. Er würde dann wissen, daß Recht und Moral sehr relative Begriffe sind, daß es Völker und Kulturstufen gibt, für welche sogar Totschlag (Blutrache), Blutschande, Diebstahl, Kindesmord nicht zu den sittlich verwerflichen, sondern sogar zu den sittlich gebotenen Handlungen gehören. Was Jhering von der Sittlichkeit sagt, gilt auch vom Recht: „Das Sittliche ist nicht das Werk der Natur, welche den natürlichen Menschen in die Welt gesetzt hat, so daß der Mensch es bereits fertig mit zur Welt brachte, sondern das Werk der Geschichte."

In den Lehren Cathreins, die er in seiner „Kritischen Untersuchung der Rechtsordnung: Recht, Naturrecht und positives Recht" niedergelegt hat, stecken viele gefährliche Keime. Zu welchen Folgerungen die Behandlung sozialer und wirtschaftlicher Probleme unter Berufung auf sittliche Normen führt, kann man aus dem unter dem Einfluß der jesuitischen Naturrechtslehre stehenden Buche von Dr. Franz Kempel, „Göttliches Sittengesetz und neuzeitliches Erwerbsleben" (Mainz 1902) ersehen. Die Anschauungen, die von Kempel vertreten werden, sind in katholischen Kreisen weit verbreitet. Sie verschulden die Schwerfälligkeit, Gebundenheit und Leistungsunfähigkeit, auf die teilweise die bedauerliche wirtschaftliche Rückständigkeit mancher katholischen Volkskreise zurückzuführen ist. Man darf sich auch nicht wundern, daß Kempel konfessionelle Wirtschaftsverbände empfiehlt; die neue Bewegung zugunsten konfessionell-katholischer Gewerkschaften steht ebenso wie das Kempelsche Buch unter dem Einflusse der Cathreinschen Lehren von natürlicher Moral und Naturrecht. So heißt es in dem Berliner Aufruf zur Gründung katholischer Gewerkschaften: „Alle wirtschaftlichen Fragen haben auch eine religiöse Seite. Die speziellen Aufgaben der wirtschaftlichen Arbeiterbewegungen bewegen sich ganz vorzugsweise auf naturrechtlichem Gebiete, alle Naturrechtsfragen aber stellen zugleich Fragen der Moral dar." Man sieht, welche Kreise jesuitische Lehren schon aus der Ferne ziehen können. Zweifellos würde bei ungehinderter Betätigung des Jesuitismus die konfessionelle Scheidung in Deutschland auch auf wirtschaftlichem Gebiete durchgeführt werden, wie sie durch ihn in geistigen Fragen vollzogen worden ist. Den ultramontanen Redaktionen ist wohl nicht der Widerspruch zum Bewußtsein gekommen, der darin liegt, je-

suitische Lehren über Naturrecht als maßgebend zu empfehlen, ihre praktische Betätigung aber zu bekämpfen. Indes wohl nur aus Opportunität! Übrigens macht es einen beinahe komischen Eindruck, einen Mann so eifrig Moral und Rechte verteidigen zu sehen, der einer Gesellschaft angehört, die die elementarsten Forderungen der Sittlichkeit in Theorie und Praxis häufig verletzt hat und die natürlichsten Rechte vereint. Wir denken in letzterer Beziehung nicht an Keuschheit und Armut, sondern an Kadavergehorsam, Verwandten- und Vaterlandsliebe. So kommt denn auch die Cathreinsche Ausbeutung der naturrechtlichen Fiktionen nicht irgendwelchen sittlichen Forderungen zugute, sondern den letzten Zwecken des Jesuitismus, die darauf hinauslaufen, die konfessionelle Scheidung in unserem Volke zu einer vollständigen zu machen und den katholischen Volksteil ganz und gar unter die Herrschaft des jesuitisch-kirchlichen Systems zu bringen. Sollte das gelingen, dann würden wir auch im neuen Reich Schritt für Schritt in einen Zustand versetzt werden, wie er während des 17. und 18. Jahrhunderts im heiligen römischen Reiche deutscher Nation war, wo auf allen Gebieten öffentlichen Lebens ein corpus catholicorum einem corpus evangelicorum gegenüberstand, unter deren ebenso erbitterten wie ganz nutzlosen Kämpfen unser Volk in zwei feindliche Lager zerrissen und die Kraft unseres nationalen Lebens gebrochen und vernichtet wurde.

Auf keinem Gebiete ist die jesuitische Korruption unserer Anschauungen systematischer und erfolgreicher betrieben worden als in der Literatur. Auf diesem Wege ist sie in Familien und Schule eingedrungen. Mancher Lehrer könnte davon erzählen. Mit heißem Bemühen und aufrichtiger Begeisterung hat er seinen Sekundanern und Primanern das gewaltige Lebenswerk der Lessing und Goethe geschildert und Aufsätze darüber schreiben lassen. Und siehe da! In einer großen Anzahl der letzteren findet er nicht seine Anschauungen wieder, sondern die jesuitischen über „Lessings religiösen Entwickelungsgang" und über den nach Pater Alexander Baumgartners Darstellung sittlich verächtlichen Menschen Goethe, vor dessen Werken sich der Gläubige scheuen müsse wie vor dem Satan. Nicht allein, daß dadurch der Jugend die Freude an den Werken des größten Dichters deutscher Zunge vergällt wird, auch die jesuitische Methode, den geistigen Gegner herabzusetzen und verächtlich zu machen, erfüllt mit ihrer ganzen Gehässigkeit die jugendlichen Herzen. Daß die entsittlichenden Wirkungen dieser Methode auch im öffentlichen Leben nicht ausbleiben, kann man in einem großen Teil der ultramontanen Presse und sogar auf Katholikenversammlungen feststellen.

Die Anonymität in der Presse.

Von Dr. Robert Drill (Frankfurt a. M.).

Im vorigen Jahre hat der Verband Deutscher Journalisten- und Schriftsteller-Vereine eine „Umfrage über die Namenszeichnung von Artikeln politischen und volkswirtschaftlichen Inhalts“ veranstaltet und dann auch auf seiner Delegiertenversammlung kurz damit sich beschäftigt. Diese Umfrage ist sehr dürftig ausgefallen. Ich weiß nicht, ob nur wenige befragt wurden, aber die in den Drucksachen des Verbandes veröffentlichten Gutachten sind verhältnismäßig gering an Zahl und bestehen meist nur aus ein, zwei Sätzen. Immerhin wird es nicht überflüssig sein, einige dieser Stimmen zu hören.

Die Chefredakteure der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, des „Berliner Tageblatts“, der „Nationalzeitung“, des „Hamburgischen Correspondenten“ und der „Deutschen Tageszeitung“ sind gegen die Namenszeichnung, teilweise unbedingt. „Unbedingt“ gegen die Zeichnung sind auch Verlag und Redaktion der „Kölnischen Zeitung“, „entschieden gegen persönliche Zeichnung“ ist Herr Sonnemann („Frankfurter Zeitung“). Auch einige Schriftsteller sind Gegner der Namenszeichnung in Zeitungen, so Professor Lujo Brentano und Professor Julius Rodenberg („Deutsche Rundschau“). Andererseits ist Carl Jentsch „grundsätzlich und der Moral wegen mit Abschaffung der Anonymität einverstanden“, Theodor Barth („Nation“) hält die Namenszeichnung für sehr wünschenswert, J. J. David in Wien schreibt, „das gegenwärtige System erzielt wohldressierte Nullen, das andere würde Persönlichkeiten schaffen“, Richard Nordhausen („Gegenwart“) ist unbedingter Anhänger der Namenszeichnung, Fr. Conrad in München empfindet die Anonymität „als Unritterlichkeit, ja als Unanständigkeit“, Ferd. Avenarius („Kunstwart“) hält die Namenszeichnung „entschieden für wünschenswert“, und Heinrich Rippler, Herausgeber der „Täglichen Rundschau“, schreibt frisch und frei: „Die Namenszeichnung ist nicht nur ein wünschenswertes, sondern das wesentlichste Mittel zur Hebung des Ansehens und der Tüchtigkeit des deutschen Journalistenstandes. In idealer wie materieller Hinsicht gibt es keine Reform, die durchgreifender wäre als die, wenn sich die deutschen Journalisten endlich verbäten, namenlose Kulis zu sein, sondern sich als Schriftsteller betrachteten, die ein Recht auf Namen mit öffentlicher Geltung haben . . .“

Obzwar also nur verhältnismäßig wenig Stimmen abgegeben wurden, findet man doch schon unter ihnen alle Nuancen von der unbedingten Ablehnung der Namenszeichnung bis zu ihrem begeisterten Lobe,

und auch in einem und demselben Betriebe sind die Meinungen oft geteilt. Wer ist es nun wohl, der da Recht hat? Das wird nur der sicher beantworten können, der die Sache, um die es sich hier handelt, methodisch betrachtet, von allen Seiten, nach für und wider und nach der natürlichen Einteilung: Welche Bedeutung hat die Frage, ob Artikel der Tagespresse von den Verfassern gezeichnet werden sollen oder nicht, für die Allgemeinheit, für die Verleger und für die Journalisten?

Über den ersten Punkt sind bereits vor einigen Jahren ein paar gute Worte gesagt worden. Arthur Dix, auch Journalist, hat 1899 eine Sammlung von Essays über den „Egoismus" herausgegeben*) und darin den Abschnitt über den Egoismus der sozialen Gruppe behandelt. Hier spricht er auch von den Journalisten, ausgehend vom „Standesegoismus". Ich kann nicht Allem beistimmen, was er über diese Eigenschaft sagt, aber darum handelt es sich hier nicht. Mit einigen kleinen Retouchen wird man doch folgende Sätze von ihm annehmen können:

> Eine schärfere Ausprägung der Standesehre wäre auch dem so ungemein wichtigen, verantwortungsreichen journalistischen Stande dringend zu wünschen. Ja, wenn es allgemein durchführbar wäre, jeden Zeitungsartikel mit dem vollen Namen zu zeichnen! Das wäre ein Schritt, durch den viel, sehr viel erreicht würde. Das Publikum würde den Schreiber kennen lernen und unter eine scharfe Kontrolle nehmen; die Berufsgenossen selbst würden einander zum Teil überhaupt erst bekannt, in dem Gefühl der Zusammengehörigkeit bestärkt werden. . . . Diejenigen, welche die Spalten der Zeitungen füllen, sind Erzieher und Führer des Volkes, sind die Ärzte des sozialen Körpers, die Anwälte des Völkerrechts, sind Lehrer und Seelsorger des Volkes. Ihre Standesehre darf darum nicht geringer veranschlagt werden, als die der genannten Berufe, und die berufenen Vertreter des Standes dürfen nicht müde werden, den Standesegoismus zu wecken, auf Mittel und Wege zu sinnen, den Stand zu säubern . . . Unfähigkeit und Unlauterkeit Hand in Hand führen die öffentliche Meinung nur zu oft irre und rauben der Presse die geachtete Stellung, deren sie unbedingt bedarf; denn hohe Güter sind in ihre Hand gegeben, der Geist des Volkes liegt in ihren Banden. Darum sind die großen Fragen des Journalismus . . zugleich Fragen, die das ganze Volk berühren.

Erzieher und Führer des Volkes! Natürlich cum grano salis, denn es gibt ja auch Blätter, die absichtlich schlecht und oberflächlich gemacht sind, weil für gewisse Kreise Zeitungen gar nicht dumm genug sein können, um zu reussieren. Auch dieses Publikum hat die Presse, die es verdient, aber die anderen, und sie sind wohl die Mehrheit, halten denn doch darauf, daß ihre Presse sie unterrichte und wirklich belehre. Und diese Presse würde durch die Namenszeichnung der Artikel

*) Leipzig, Verlag von Freund & Wittig.

gewinnen, zum Vorteil jener Mehrheit, also der Allgemeinheit, die ja nie mehr als die Mehrheit ist. Denn was bedeutet dem Publikum die Tagespresse?

Eine Zeitung besteht, wie Jedermann weiß, aus verschiedenen Teilen: abgesehen von den Inseraten hauptsächlich aus Telegrammen, Notizen und Artikeln. Telegramme und Notizen (redaktionelle oder kürzere Correspondenzen auswärtiger Mitarbeiter) sind wesentlich informativer Natur — sie bringen Tatsachen und in der Regel gar keine oder doch nur ganz kurze Kritik. Das Publikum hat natürlich ein Interesse daran, daß diese Informationen richtig seien. Von wem sie stammen, kann ihm gleichgültig sein und ist es auch, was aber nicht die Einbürgerung der Gepflogenheit gehindert hat, daß gerade diese gleichsam unpersönlichen Informationen, besonders wenn sie von auswärts kommen, bestimmte wiederkehrende Zeichen erhalten, die dem regelmäßigen Leser nach einer gewissen Zeit so viel wie Namenszeichnung sagen. Logik! Ganz anders verhält es sich mit den Artikeln. Sie bringen nicht so sehr Tatsachen, als vielmehr die Erörterung der bereits mitgeteilten Tatsachen, das Raisonnement. In den Artikeln tritt also eine Person, etwas Persönliches, eine Persönlichkeit hervor. Nota bene, wenn eine da ist, aber darum handelt es sich ja gerade. Es gibt freilich Leute, welche die Leitartikel der Zeitungen nicht lesen. Das ist auch ein Standpunkt, der sich rechtfertigen läßt, wenn der Leser genügend Kenntnisse und Schulung besitzt, um aus den Informationen ohne weiteres ein stichhaltiges Urteil sich bilden zu können. Jedoch wird auch er ohne die Lektüre der Artikel ein klares Bild von den politischen und volkswirtschaftlichen Strömungen nicht erhalten, wie denn auch die Zeitungsartikel von niemanden aufmerksamer verfolgt werden, als von den Staatsmännern. Aber derjenigen, die ihre Politik sich selber ganz alleine machen könnten, sind sehr wenige. Das große Publikum ist heute weniger denn je in der Lage, über alle Fragen der Politik und Volkswirtschaft, deren ja täglich mehr werden, aus eigenem sich ein Urteil zu bilden. Vielmehr ist das Urteilbilden über diese Tagesfragen zu einem Beruf geworden, zum Beruf der politisch-wirtschaftlichen Tagesschriftsteller, auch Journalisten genannt, durch deren Darlegungen das große Publikum überhaupt erst in die Lage kommt, die Tagesfragen unter höheren Gesichtspunkten als denen des Bierbankphilisters anzusehen. Man spottet ja manchmal darüber, daß die Zeitung dem Leser die Meinung „vorkaue", aber ich möchte wohl wissen, was dem Leser die Zeitung ersetzen könnte. Eine gewisse allgemeine theoretische Bildung, wie sie der politische Jour-

nalist hat und haben soll, ist eben absolut nötig, um die Tagesfragen dem Ganzen richtig einzugliedern, die vielgerühmten „Praktiker" aber, aus denen das große Publikum zum größten Teil besteht, sind oft von einer unglaublichen Engsichtigkeit. Jede Redaktion kann davon erzählen, und jeder Handelskammersekretär kann bestätigen, daß ein gebildeter Journalist nicht selten eher in der Lage ist, einen Industriellen oder Kaufmann über die allgemeinen Verhältnisse ihrer Produktionszweige aufzuklären, als umgekehrt. Kurz und gut, die Tätigkeit des politisch-wirtschaftlichen Journalisten ist längst unentbehrlich, seine Artikel sind nötig zur „Erziehung und Führung", nur — und damit kommen wir zur Kehrseite der Sache — nur daß das Publikum nicht nötig hat, sich von jedermann erziehen und führen zu lassen. Das Publikum ist doch auch sonst nicht so, daß es einfach jedem das Lehr- und Führeramt überlassen würde. Es wählt nicht irgend einen Konservativen oder Demokraten, sondern einen ganz bestimmten, der sich vorgestellt hat, es läßt sich nicht von jedem beliebigen Pfarrer etwas vorpredigen, sondern nur von solchen, die sein Vertrauen haben, und man gibt seine Kinder nicht dem erstbesten Lehrer zur Erziehung, sondern sieht sich die Leute doch an. Warum sollen also die Erwachsenen die Erziehung und Führung, welche die Zeitungen tatsächlich ausüben, irgend welchen ihnen unbekannten Leuten überlassen? Es ist offenbar, daß die Leser, das Publikum, kurz die Allgemeinheit ein sehr starkes Interesse hat zu wissen, wer es ist, der da in den Artikeln erzieht und führt. Das Publikum hat ein Interesse vor allem daran, daß einer, dessen Vorleben und sittliche Disqualifikation die Eignung zum journalistischen Führer ausschließen sollte, überhaupt nicht in diese Stelle gelange, denn Talent allein tuts doch nicht, es gehört wohl auch Ernst und Vertrauenswürdigkeit hinzu. Das Publikum hat ferner ein Interesse daran, die Artikelschreiber ständig zu kontrollieren, wie man auch die öffentliche Tätigkeit der einzelnen Abgeordneten kontrolliert und nicht nur des Parlaments als solchen, und es darf Garantieen dafür verlangen, daß die Artikelschreiber mit der größten Gewissenhaftigkeit vorgehen. Diese Garantie liegt aber nur in der Namensunterschrift. Man kann im allgemeinen ein sehr gewissenhafter Journalist sein und läßt sich doch einmal hinreißen etwas zu schreiben, das ungeschrieben bliebe, wenn man den Namen darunter setzen und damit vor allem der eigenen Person die Verantwortung auferlegen müßte. Wenn man alle Journalisten fragen würde: Hand aufs Herz, seid ihr niemals in solcher Lage gewesen? — ich glaube, die Antworten wären sehr übereinstimmend. Dazu kommt, daß das unpersönliche Zeitungs-„Wir" direkt unmoralisch ist, denn es ist unwahr und führt zu Unwahrheiten.

Der Herr „Wir“ existiert ja gar nicht. Es ist immer der Herr Müller oder der Herr Schulze, der den Artikel geschrieben hat, wenn er auch bisweilen vorher einige Punkte mit Kollegen durchspricht. Und ob der Herr Schulze, wie der „Wir“-Artikel behauptet, vor Jahr und Tag wirklich das vorausgesehen hat, was im Augenblick besprochen wird, könnte man nachprüfen, aber der Herr „Wir“ weiß alles, hat alles gewußt und ist überhaupt unfehlbar, denn er ist einfach nicht zu fassen. Nun meine ich, daß das Publikum es sicher vorziehen würde, statt mit Schemen mit Menschen von Fleisch und Blut zu tun zu haben, und überhaupt ist das Herausbilden eines persönlichen Verhältnisses auf allen Gebieten, wo geführt und gelehrt wird, so sehr im deutschen Gemüt begründet, daß die Zeit kommen wird, wo gerade das deutsche Publikum den Herrn „Wir“ nicht mehr goutieren wird. Darum ist auch der Hinweis auf die englische Presse, die Namenszeichnung nicht kennt, und auf die französische, die zum Teil davon wieder abgekommen ist, kein stichhaltiges Argument. Was den Engländern und Franzosen recht ist, braucht den Deutschen noch lange nicht billig zu sein. Und das Ausschlaggebende ist schließlich doch dies, daß das Publikum, die Allgemeinheit an der Namenszeichnung der Artikel ein erhebliches Interesse hat, weil dadurch das ganze Preßwesen, dieses Mittel der Führung und Erziehung, gehoben würde. Die Namenszeichnung liegt also, sofern man noch an Fortschritt glaubt, in der natürlichen Entwicklung, und darum w i r d sie kommen.

Den Verlegern würde das sicherlich keinen Schaden bringen. Wer die X-Zeitung bisher gehalten hat, wird sie gewiß weiter abonnieren, auch wenn fortan die Artikel gezeichnet werden. Ich möchte z. B. nicht bezweifeln, daß die „Breslauer Zeitung“, die vor einigen Monaten zur Namenszeichnung überging, dadurch nicht einen einzigen Abonnenten verloren hat. Ein Einwand wäre es zu sagen, die Verleger hätten ein Interesse daran, die Namen ihrer Redakteure gewissermaßen zu sekretieren, damit ihnen nicht die guten weggeschnappt würden. Aber auch das ist nicht stichhaltig, denn wer stark genug ist, macht sich doch auf diese oder jene Art bemerkbar, und viele Verleger wissen durch private Erkundigungen und Mitteilungen doch ganz gut, wer in den anderen Redaktionen die besseren Artikel schreibt. Es bliebe also nur noch die Befürchtung übrig, daß die Zeitung als solche durch die Namenszeichnung an Ansehen und Einfluß verlieren würde — eine Befürchtung, die ich wiederholt aussprechen hörte. Dagegen ein Beispiel. Vor einigen Jahren wurde in Berlin eine Tageszeitung, die nationalsoziale „Zeit“ gegründet, in der alle Artikel gezeichnet wurden. Die Zeitung ging später ein, aus Gründen, die mir bekannt sind, aber in keiner Weise

hierher gehören. Als nun die „Zeit“ ihr Erscheinen einstellte und Wochenblatt wurde, hat die Presse aller Parteien einmütig anerkannt, daß dies zu bedauern sei, denn das Blatt sei gut und angesehen gewesen. Es war im besten Sinne des Wortes ein Achtungserfolg, den die Namenszeichnung nicht verhindert, vielmehr zum guten Teil erst bewirkt hat. Freilich waren die Leute, die da schrieben, nicht von übler Qualität: Naumann, man mag über seine politischen Grundansichten denken wie man will, so doch sicher eine Persönlichkeit; von Gerlach, eine der feinsten politischen Federn, die wir in Deutschland haben; Weinhausen, ein sachkundiger Sozialpolitiker usw. Das ist ja der Kern der Sache: an die Stelle der politisch-wirtschaftlichen Artikler gehören nur Leute, die wirklich etwas zu sagen haben. Sind aber solche Leute da, dann kann der Verleger gar nichts klügeres tun, als sie mit vollem Namen hinauszustellen, denn diese Namen werden allmählich zu Anziehungspunkten, die die Güte der Artikel allein nicht ersetzt. Das ist Erfahrungstatsache.

Endlich die Journalisten. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkte derjenigen, die in der Namenszeichnung das wichtigste Mittel zur ideellen und materiellen Hebung des Journalistenstandes sehen. Die ideelle Seite sehe ich in der Hebung des Verantwortlichkeitsgefühls und in der Beseitigung eines Zustandes, der eben von vielen als ein unwürdiger empfunden wird — des Zustandes, „als namenloser Vermummter die Welt zu lehren“. Und für die materielle Seite nur ein Beispiel: Als die Berliner „Zeit“ einging, erhielt Herr von Gerlach so viel Anträge, daß er gar nicht im stande gewesen wäre, auch nur denen nachzukommen, die gelegentliche Mitarbeit wünschten. Trotz dieser offenbaren Vorteile begreife ich es, daß heute noch manche Kollegen der Namenszeichnung abhold sind. Das Beharrungsvermögen spielt eben eine große Rolle, nicht nur im physischen, sondern auch im psychischen Leben — sind die Artikel bisher nicht unterzeichnet worden, so soll's halt so bleiben. Dazu kommt, daß die geistigen Arbeiter im allgemeinen leider viel weniger Neigung haben ihre Berufsinteressen zu vertreten, als die Handarbeiter. Man kann da die merkwürdigsten Ansichten zu hören bekommen. So sagte mir einmal ein Journalist in wegwerfendem Tone, die Leute, die die Namenszeichnung wünschen, täten es doch nur, weil sie glauben, daß für sie dabei etwas herausspringe! Ei wirklich? Und wenn es wahr wäre, daß Journalisten aus gar keinem anderen Grunde als dem, daß es dem Journalistenstande helfen würde, die Namenszeichnung verlangen, welch eine Schande zu tun, was alle andern tun — für seine eigenen Interessen einzutreten! Wir wollen doch auch nicht vergessen, daß es nur gerecht wäre, wenn die Namenszeichnung

auch zu einer materiellen Hebung der Journalisten führen würde. Denn unsere Erwerbsgruppe hat den großen wirtschaftlichen Aufschwung, der seit den 70 er Jahren erfolgt ist, nur in bescheidenem Maße mitgemacht. Wohl gibt es Ausnahmen, aber man vergleiche im großen und ganzen die Gehälter, die Journalisten beziehen, mit denen, welche Leuten geboten werden, die etwa auf demselben und oft nicht einmal auf demselben Bildungsstande stehen wie die Journalisten — man vergleiche sie mit den Gehältern der höheren Angestellten des Bank- und Versicherungswesens, größerer industrieller und kaufmännischer Unternehmungen, der Generalsekretäre mancher wirtschaftlicher Verbände usw. Wenn man einmal eine solche vergleichende Statistik aufmachen könnte, würde man wohl nicht mehr die Namenszeichnung verwerfen, weil aus ihr, Gott behüte, auch für die Journalisten etwas herausspringen würde.

Bei alledem ist nicht zu übersehen, daß es sich keineswegs darum handelt, die Namenszeichnung der Artikel obligatorisch einzuführen. Auswärtige Mitarbeiter haben oft triftige Gründe nicht mit ihrem Namen hervorzutreten. Das würde natürlich nach wie vor respektiert werden, die Verantwortung in solchen Fällen trägt auch moralisch der juristisch verantwortliche Redakteur. Dagegen könnte diesem sein Amt durch die Namenszeichnung der andern Redakteure erleichtert werden. Wie oft gerät der „Verantwortliche" in Schwierigkeiten durch einen von einem Kollegen geschriebenen Artikel, den er vielleicht, wie es im Drang der Arbeit leicht geschehen kann, vorher gar nicht aufs juristische geprüft hat! Da würde eben künftig der Artikelschreiber seine eigene Haut zu Markte tragen, indem am Fuße des Artikels zu lesen stünde: Verantwortlich für den mit A gezeichneten Artikel A, für das übrige N; am nächsten Tage: für den mit B gezeichneten Artikel B, für das übrige N, usw. Die Namenszeichnung hätte auch noch andere redaktionelle Vorteile. Z. B. ein Redakteur wird krank, ein anderer muß ihn vertreten, der aber vielleicht über die Ressortfragen des ersteren andere Ansichten hegt, als dieser bisher im Blatte dargelegt hatte. Nun muß der Vertreter, wenn nicht etwa noch ein dritter da ist, der vertreten könnte, seinen eigenen Ansichten Gewalt antun, denn ohne Namenszeichnung ist eigentlich nicht er es, der den Artikel schreibt, sondern das Blatt, und ein Blatt kann natürlich nur eine Meinung haben. Mit Namenszeichnung könnte das ganz anders werden, indem der Vertreter einfach den Lesern mitteilt und erklärt: Kollege X ist krank, ich vertrete ihn, weiche aber von ihm ab, was man bald merken wird, es schadet Dir, geehrtes Publikum, aber gar nichts, die Sache auch einmal von einer andern Seite anzusehen, denn . . . usw. Das wäre auch ein guter Schutz gegen die große Gefahr der Schablonisierung, die doch wohl

schlimmer ist als ein gelegentliches Abweichen von einem Programm. Und so ließe sich vieles, vieles noch sagen, aber diesmal muß Schluß gemacht werden.

Vom rechten Republikaner. — Anästhesie.

Von Multatuli. Aus dem Holländischen übersetzt von W. Spohr (Friedrichshagen).

Vom rechten Republikaner.

Man hat mich wohl schon beschuldigt, ich sei kein aufrichtiger Republikaner. Dies ist unbegründet. Ich bin aufrichtig in allen meinen Meinungen. Und ich bin auch Republikaner, wenn man nur dies Wort nicht auffaßt in beschränkter Bedeutung. Ich halte Genuß für Tugend (s. „Liebesbriefe"). Die größten Genüsse finden wir im Hervorbringen von Genuß, im Genießen lassen. Auch wo wir nicht oder nur teilweise Erfolg haben, sind wir tugendsam durchs Trachten. Wer viel Genuß zu schaffen trachtet, wer das allgemeine Wohlsein fördern will, in der Meinung, daß er dadurch die Summe von Glück erhöht, ist tugendhaft und Republikaner, gleichgültig ob er sein Ziel erreichen will mit einem König oder mit siebzig. Nicht-republikanisch ist das Verjagen und das Behindern eines Königs, der Nutzen hervorbringt. Nicht-republikanisch ist das Stützen von siebzig kleinen Königen, die — etwas tuend oder etwas nicht tuend — übles tun.

Die politische Überzeugung des wahren Republikaners offenbart sich anders als durch ein abgedroschenes Disputieren über die beste Regierungsform. Dies ist ihm Nebensache. Er erstrebt die Erhöhung des allgemeinen Glücks, und seine Politik verbietet ihm, „der" Politik, dem Bastardgeschöpf, mehr Platz zu geben, als ihr zufolge diesem Programm unvermeidlich zukommt.

Wie unsere meisten -logien sich schließlich in einem Punkt begegnen, so besteht auch ein enger Zusammenhang zwischen Politik und Tugend im einfachen, d. i. allerhöchsten Sinn. So würde man der Menschenkunde den Namen „psychische Chemie" geben und Sittlichkeit umschreiben können als „ethische Ökonomie" oder „Logik der Pflichten".

Aus diesem allen ergibt sich, daß der wohlmeinende, in der Tat erleuchtete Mann Republikaner sein muß, und hieße er Bourbon.

*　*　*

Anästhesie.

Jeder weiß, wie das Starren auf einen Punkt die Augen blendet, wie das allzulange Fortsetzen eintöniger Arbeit stumpfsinnig macht, wie das unaufhörliche Vor- oder Nachsagen desselben Klanges uns in Schlaf wiegt, usw. Ist also das Murmeln von Gebeten etwas anderes als eine Schule der Unterwürfigkeit?

Es gelüstet mich, eine ganze Bande von Feinden zu Zeugen für diese Behauptung zu bekehren, und darum will ich versuchen, eine Seite lang Protestant zu sein. Damit die Anstrengung nicht zu beschwerlich sei, wird die Druckerei ersucht, nicht eng zu setzen.

Liebe Mitprotestanten, wir finden die Katholiken dumm, nicht wahr? Wie ist es möglich, fragen wir, daß man all die Ungereimtheiten, die in ihrer Kirche gelehrt werden, dem Verstande aufdrängen kann? Ein Besuch in einem katholischen Bethaus wird uns Antwort geben auf diese Frage, und wir wählen dazu diesmal am liebsten einen Augenblick betäubender Vorbereitung. Über die Wirkung der Kunst auf die Sinnlichkeit hoffe ich bei einer anderen Gelegenheit zu sprechen. Damit man nachher mit Musik, Gesang, Weihrauch, Bildsäulen und Malereien die Sinne gehörig einnehmen kann, muß erst das Urteil wehrlos gemacht werden.

Wir treten also in die Kirche ein, während kein Gottesdienst ist.

Sieh da drüben das alte Männchen, knieend auf einem Betschemel. Alles, was sich in ihm biegen kann, ist gebogen. Nacken, Rücken, Kniee, Ellbogen, Handgelenk, Finger, Daumen . . . ich bin überzeugt, daß er auch die Zehen krümmt, hab' aber keine Lust, es zu untersuchen.

Und sein Herz? Davon weiß ich nichts. Ich vermute, daß es wenig teilnimmt an dem allgemeinen Krümm-Manöver.

Auch die wenigen Haare, die dem armen Teufel übrig blieben, krümmen sich nicht. Sie hängen glatt über die Hände, darauf das gesunkene Haupt ruht.

Und die Lippen bewegen sich. Sie flüstern. Sie sprechen zu Gott.

Was sie sagen? Ein oberflächlicher Beurteiler würde auf die Idee kommen, daß es ein Geheimnis zwischen den Beiden bleiben müßte.

Aber wir wissen es besser. Wir lasen die Büchelchen, darin alles gedruckt steht, was der Mann erzählt. Er murmelt hundertmal hintereinander dasselbe. Sein Seelsorger hat ihm einige Ave aufgegeben, um der furchtbaren Wirkung entgegenzuarbeiten von dem verbrecherischen Stückchen Wurst — . . am vergangenen Freitag! Oder ein paar Dutzend Credo, um das wiederspenstige Gemüt zu strafen für eine unbescheidene Frage . . .

Falsche Vermutung! Der Mann ist zu alt, zu verkircht für so ein

Verbrechen. Nehmen wir an, daß sein Enkelkind unzufrieden war mit Genesis und Erlösung, und daß der alte Schwachkopf Buße tut für die Verwahrlosung der Zucht.

Vielleicht bestahl er auch die Kasse seines Herrn um einige Pfennige, und liquidiert nun — das unehrlich erworbene Gut zurückgebend, das muß ich anerkennen! — die Rechnung mit ein paar englischen Grüßen . . .

Ach, was kommts darauf an, was er verbrach! Wir sind nun einmal so gemacht, daß immer etwas an uns hapert, und es müßte schon ein ganz dummer Pfarrer sein, der nicht stets Gelegenheit fände, seine Patienten mit etwas Zerknirschung zu behexen. Sind nicht immer Seelen zu erlösen aus dem Fegefeuer? Bleiben nicht viele unbekehrt? Leidet nicht der heilige Vater an allerlei politischen Ungemächern? Logierte nicht unlängst noch — o Heiligtumsschändung! — auf dem Quirinal, als wenn's sich so gehörte . . . ? Wurden nicht dieser Tage aus der Kirche zu Wiesbaden alle Pretiosen gestohlen, so daß die heilige Jungfrau beinahe nackt steht . . . und noch ichweißnichtwievieltausend Gulden an Peterspfennigen dazu? Kurzum, gibt's nicht immer viel zu beten, viel zu büßen?

Und würde auch der Beter selbst auf einmal makellos fromm, unterdrückte man auch das Fegefeuer, Prinz Umberto und alle möglichen Diebstähle . . . würde nicht auch dann noch die Veranlassung zum Sichbücken, Sichbeugen, Beten, Büßen und Sichbetäuben bestehen bleiben durch die Furcht, daß Gott uns durch weitgehende Sündlosigkeit versuchen wollte auf Hoffärtigkeit? Er ist dazu im stande. Dies wissen wir nun einmal aus der Genesis.

Wir sind vollkommen einig darüber, daß zu allen Zeiten etwas zu murmeln übrig bleiben wird für das alte Männchen mit glattem Haar . . .

Sieh, er ist fertig. Und — o Wunder! — er kann laufen. Als wir ihn da so ineinandergekrunkelt sahen, machte er den Eindruck eines Lahmen. Er läuft wahrhaftig! Doch sein Verstand blieb liegen. Dies ist klar für jeden Protestanten.

Die Tür piept . . . eine Weibsperson tritt ein mit einem Korb Wäsche. Sie ist Waschfrau. Mit einer Fixigkeit gleich Soldaten, die Gewehre zusammenstellen, setzt sie ihren Korb in eine Ecke und fällt nieder auf dem ersten besten Knieplatz. In einer Minute ist sie fertig. Kaum hatte sie Zeit, unserm lieben Herrgott zu erzählen, daß . . . ja, was? Diese Waschfrau nimmt den Himmel mit Sturm. Sie scheint wenig tote Familie zu haben und weiß nichts von italienischen Kuckucken, die ihre Eier in ein geweihtes Nest legen. Auch aß sie keine Wurst zu verbotener Stunde. Vielleicht hatte sie keine!

Auch sie kann laufen, wahrhaftig! Fix nimmt sie ihren Korb auf und eilt damit weg. Sie geht ans Waschen, Steifen, Bügeln . . . die Seele ist klar! Ein elendes Halskrägelchen kostet sie mehr Mühe als die ganze Seligkeit.

Jene alte Frau dort ist beschäftigt, einen Sohn zu retten aus den Klauen des Satans. Der Junge ist liederlich und „tut" schon seit drei Ostern seinen Glauben nicht. Es ist der Mühe wert, Aufhebens davon zu machen, und Maria muß schon recht eigensinnig sein, wenn sie keine Änderung bringt in solchen Stand der Dinge. Seit vielen Monaten sitzt die geängstigte Mutter täglich Stunden auf diesem Fleck, und betet . . . betet . . . betet! Sollte man nicht Lust kriegen, solchen unnützen Bengel auf Wasser und Brot zu setzen?

Was hat dieser Mann in der Kirche zu tun, der Mann, der da einen Umgang macht, jedesmal einige Minuten vor einem Bilde stillstehend? Er hat einen Laden — in Branntwein, wie es scheint, doch das hindert die Gottseligkeit nicht — und die Geschäfte gehen schlecht. Seine Konkurrenten schnappen ihm die Kunden weg. Zur Besserung hat er ein Mittelchen bedacht, das sicher helfen wird. Zwölf Paternoster täglich vor jeder Leidensstation „unseres Herrn". Wir horchen:

— Und vergib uns † . . . nach elf schließen, Polizei . . . nicht in Versuchung † . . . Wasser in Genever . . . unser Vater † . . . wenn es nur filtriert ist . . . Wille geschehe † . . . ich borg nie wieder . . . Amen † . . . . das ist dreimal! Unser Vater † . . . . 's soll mich wundern, ob's hilft . . . von dem Übel † . . . der andre hat es auch getan . . . täglich Brot † . . . da starb sein Onkel . . . Erbschaft . . . unsern Schuldigern † . . . 'n andermal auf Latein . . . und erlöse uns . . .

Nun, ich habe nichts dagegen. Liebe Geistesverwandte, ehrliche, poetische Protestanten, nennt ihr nicht mit mir all das Völkchen idiotisch? Und stimmt ihr nicht mit mir darin überein, daß das Mittel, all diese Leute zu all diesem sinnlosen Geplapper zu bewegen, hauptsächlich in diesem Plappern selbst gefunden wird? Wer's bezweifelt, mache die Probe mit sich und wiederhole hundertmal dieselbe Phrase. Er wird begreifen, daß der nicht Gewarnte durch anhaltenden Drill dieser Art den Verstand verliert.

Es sind wieder Fehler in meiner Skizze. Dieser letzte Kerl war nicht ganz sinnlos. Er behielt das Geschäft im Auge. Der Mann ist beinah reif, Protestant zu werden, Neuprotestant vielleicht . . .

Nun darf der Setzer seine Lettern wieder so eng zusammendrängen, als er Lust hat.

Kleine Mitteilungen.

Zu den badischen Landtagswahlen.

Der badische Landtag wird immer nur jedes zweite Jahr einberufen und alle zwei Jahre zur Hälfte erneuert. Hierzu kommt ein indirektes Wahlverfahren, welches durch die Aufstellung tausender von Wahlmännern nachgerade so verwickelt und beschwerlich geworden ist, daß es auf allen Parteien wie ein unerträgliches Bleigewicht lastet. Schon aus diesen Gründen pflegt die Wahlbeteiligung eine äußerst flaue zu sein. Hierzu kommt, daß es auch bei den Landtagswahlen, trotz Diäten und verhältnismäßig kurzer Entfernungen, von Session zu Session schwerer fällt — Kandidaten für einen Abgeordnetensitz zu gewinnen. Und zwar befinden sich in dieser Beziehung alle Parteien in gleicher Verlegenheit. Was Wunder, wenn unter solchen Umständen die Qualität der Abgeordneten und damit das Ansehen des Landtages, das Interesse für denselben nur zu sichtlich immer weiter abnimmt?

Trotz alledem können die am 30. Oktober stattgefundenen Wahlen dieses Mal eine erhöhte Bedeutung für sich in Anspruch nehmen. Setzte doch am Tage der Verabschiedung des letzten Landtages (der 10. Juli 1902) die Anti-Kloster-bewegung ein! Damit kam plötzlich in die nationalliberale Partei neues Leben. Die „Jungen" erstanden und machten, durch die akzentuiertere Stellung, die sie der römischen Politik gegenüber einnahmen, sowie durch schärfere Betonung des „Liberalismus" überhaupt, den „Alten" vorübergehend die Hölle heiß genug. Diese wußten indeß so viele „Dämpfer" aufzusetzen und die unbequemen Dränger so weit „unter" zu kriegen, daß sie bei der Reichstagswahl nur halbe Arbeit machen konnten. Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen gelang es den „Jungen" zwar, das nationalliberale Programm entschieden fortschrittlicher zu gestalten, namentlich in bezug auf die Schulfrage. Professor Goldschmidt, der geschäftsführende Vorstand des Landesausschusses der nationalliberalen Partei, welcher die mißglückte Karlsruher Kandidatur Ernst Bassermann bei den Reichstagswahlen den „Jungen" aufoktroyiert und damit bekundet hatte, daß es bei der Taktik: mit dem Zentrum gegen die Sozialdemokratie! sein Bewenden haben solle, mußte zurücktreten. Die „Alten" behielten letzten Endes aber trotzdem das Heft in der Hand. Dem hat die „Halbheit", mit welcher auch der Wahlkampf für den Landtag geführt worden ist, nur zu sehr entsprochen. Von den weiter links stehenden „Liberalen" entschlossen sich zu einem Zusammengehen mit den Nationalliberalen — nur das Häuflein „Freisinniger". Die Demokraten haben nach wie vor den Sozialdemokraten den Vorzug gegeben und ihre Hoffnung zugleich auf die Unterstützung durch das Zentrum, gegen die Nationalliberalen, gestellt. Eine klare Scheidung der Parteien und eine rationell sachliche Verständigung zwischen den sich Näherstehenden ist bei den Landtagswahlen, wo allerhand lokale Momente in Betracht kommen und die Kombination fast in jedem Wahlbezirk eine andere wird, ohnehin fast unmöglich. Die hieraus erfolgende Zersplitterung ist wieder einmal vor allem dem Zentrum zugute gekommen.

Von den 63 Sitzen der zweiten Kammer haben die Nationalliberalen seinerzeit über Zweidrittel im Besitze gehabt; das ist, seitdem die Regierung dem Zentrum eine Konzession nach der andern zu machen begann und die Nationalliberalen, wenn auch widerwillig, als Regierungspartei Schritt für Schritt Folge leisteten, allgemach anders geworden. Das Zentrum erstarkte so

weit, daß es im Bunde mit den Sozialdemokraten, Demokraten und Freisinnigen die nationalliberale Mehrheit brach. Sich selbst direkt an die Stelle der Nationalliberalen zu setzen, ist ihm freilich bisher noch nicht geglückt: Allein schon in der vergangenen Session hatte es 23 Mandate, nur eines weniger als die Nationalliberalen. Es bedurfte der Verschiebung nur eines Mandates und es gewann das Präsidium der Kammer!

Dies ist ihm nicht geglückt. Die Nationalliberalen werden voraussichtlich (die endgültige Entscheidung fällt erst bei der Abgeordnetenwahl am 11. November), da der bisherige Anhänger des Bundes der Landwirte sich zu ihnen geschlagen hat, sogar ein Mandat gewinnen, anstatt über 24 über 25 verfügen, während das Zentrum auf seinen 23 stehengeblieben ist. Auch sonst haben sich die Parteiverhältnisse in der Kammer durch die heurigen Wahlen so gut wie nicht verändert. Nur daß die Demokraten von 5 auf 6 herauf, die Sozialdemokraten von 6 auf 5 hinunter gerückt sind und der eine Konservative, welcher nur mit Hilfe der Nationalliberalen durchgekommen ist, dieses mal ein klein wenig mehr links steht und für Klöster nicht zu haben ist.

Eine Schlappe haben die Nationalliberalen in Konstanz erlitten, wo es dem Zentrum geglückt ist, den Demokraten Venedey durchzubringen und so den vor vier Jahren mühsam errungenen Sitz den Nationalliberalen wieder abzunehmen. Auch der Ausfall der Wahl in Freiburg, wo ein „Jungliberaler“ kandidierte, ist für die Nationalliberalen eine Enttäuschung gewesen. Offenbar hat ein starker Prozentsatz der Sozialdemokraten, obgleich sie die Losung ausgegeben hatten: „Unter keinen Umständen für den Zentrumsmann!“ — sich der Wahl enthalten; sonst wäre der Sitz der römischen Kurie, des Erzbischofs selber, den Römlingen entrissen worden, und dies zugunsten der Nationalliberalen! Dafür haben diese wider Erwarten den Sozialdemokraten die Industriestadt Pforzheim entwunden.

Wenn das Zentrum damit sich „zufrieden“ stellt, daß es seine in Frage stehenden 10 Mandate sämtlich wieder in Sicherheit gebracht hat und dies sogar aus „alleiniger“ Kraft, indem es mit der Gegnerschaft sämtlicher anderen Parteien zu ringen habe, so bezeugt es damit selber, daß es vorläufig an der Grenze seines Könnens angelangt ist. In der Tat hat es weder in Konstanz noch in Schwetzingen noch in Baden-Land, wo es ausschlaggebend gewesen ist, gewagt, einen Zentrumsmann auch nur aufzustellen, vielmehr sich gleich eingangs damit begnügen müssen, einen Demokraten auf den Schild zu heben, nur damit kein Nationalliberaler, kein sogenannter „Kulturkämpfer“ gewählt werde. Am allerschmerzlichsten empfindet es, daß so überwiegend römisch-katholische Städte wie Baden und selbst Rastatt (trotz seines rein „katholischen“ Gymnasiums!) sogar nationalliberal gewählt haben. Dieselben seien, nach dem „Beobachter“ leider noch nicht „reif“. Und dies trotz des „Klostersturmes“, der dem Zentrum so zu statten gekommen sein soll! Obgleich fast Zweidrittel der Bevölkerung des badischen Landes zur römisch-katholischen Kirche zählen, verfügt das Zentrum, welches die „Katholiken“ kurzweg vertreten will und dreist als Wortführer aller Römischkatholischen auftritt, kaum über ein Drittel der Mandate. So mancher „Katholik“, auch von denen, die zur Kirche halten, sitzt in der Kammer sogar in der Mitte der Nationalliberalen!

Daß die anderen Parteien sämtlich Gegner und sogar unversöhnliche Gegner der Endziele des Zentrums sind, stimmt. Sozialdemokraten, Demokraten

und Freisinnige werfen den Nationalliberalen sogar vor, daß sie die römischen Dunkelmänner nicht zielbewußt und folgerecht genug bekämpfen, indem sie weder für Trennung von Staat und Kirche, noch auch von Schule und Kirche zu haben seien. Das Merkwürdige dabei ist, daß eben diese Sozialdemokraten, Demokraten und Freisinnige aus Haß gegen die Nationalliberalen bisher dem Zentrum von Etappe zu Etappe Helfersdienste geleistet haben. Das beginnt freilich anders zu werden. Die Freisinnigen haben diesmal den Nationalliberalen vor dem Zentrum den Vorzug gegeben und auch Sozialdemokraten beginnen zu erkennen, daß sie in den römischen Dunkelmännern ihre gefährlichsten Feinde besitzen, welche ihnen nur deswegen behilflich gewesen sind, die staatliche Autorität zu bedrohen, um diese mürbe zu machen und für sich in Anspruch zu nehmen, damit sie selber mit Hilfe des Zentrums die Sozialdemokraten um so erfolgreicher niederkämpfen können. Nur das Häuflein Demokraten, welches ohne Zentrumsunterstützung keinen einzigen Abgeordneten durchbringen würde, steht dem Zentrum nach wie vor zur Verfügung.

Wenn sich die Demokraten einreden, daß sie dank dieser ihrer Taktik auch diesmal wieder glücklich das „Zünglein an der Wage" geworden seien, indem ohne ihre 6 Stimmen weder die Nationalliberalen noch das Zentrum eine Mehrheit bilden könnten, so ist dies „Wohlgefühl" sehr zweifelhafter Natur. In Wirklichkeit hat der Fall bisher so gelegen, daß die Forderungen der Demokraten, sowie die der Sozialdemokraten, durch den Zusammenschluß des Zentrums und der Nationalliberalen gegen diese bis heute zu platonischen gestempelt worden sind. Die demokratischen Stimmen sind ausschließlich dann ins Gewicht gefallen, wenn sie, wie bei der Abstimmung über die Zulassung der Missionen oder der Männerklöster direkt die Geschäfte des Zentrums besorgten! Freilich, wenn die Nationalliberalen, etwa in der Schulfrage, durch resolute Entwickelung der Volksschule und Befreiung der Schule von der Kirche, insbesondere der römischen, ihrem neuerlichen Programm gemäß, Ernst machen, würde durch den Anschluß der Demokraten, Sozialdemokraten und Freisinnigen alsbald eine erdrückende Mehrheit gegen das Zentrum beisammen sein. Eben deswegen hat dieses schon bei den Wahlen verkündet, daß es seinerseits die Schulfrage nicht anschneiden werde. Sollten Demokraten, Sozialdemokraten und Freisinnige zudem sich zu dem Standpunkt aufraffen, daß die römischen Orden und Klöster wenigstens so lange fernzuhalten sind, bis eine kirchen- insbesondere romfreie Erziehung der Schuljugend von Staats wegen verkündet und durchgeführt ist, so wäre der so ersehnte Zusammenschluß aller „Liberalen" in der wichtigsten Kulturfrage gegeben; das Schicksal der römischen Dunkelmänner, des Zentrums im badischen Landtage besiegelt.

Ob sich die Nationalliberalen, die noch immer Männer wie Wildens, Goldschmidt und Binz zu Führern haben, sich hierzu aufraffen, die Demokraten und Sozialdemokraten in die dargereichte Hand einschlagen werden?

Das derzeitige Ministerium ist für eine solche „liberale" Wendung der Dinge offenbar nicht zu haben. Die Programmrede des Ministers Schenkel, vor Beginn der Wahlbewegung, betonte Nichts so sehr wie die Bekämpfung der Sozialdemokratie; die stillschweigende Voraussetzung dabei war: „mit Hilfe des Zentrums!" Unter solchen Umständen ist der augenfällige Rückgang der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen (unverkennbar eine Folge der Abschüttelung der sogenannten Revisionisten) in sofern von guter Vorbedeutung, als Zentrum und Regierung mit dem roten „Schrecken" nicht entfernt mehr den

Eindruck werden machen können, wie nach den „3 Millionen Stimmen“ bei der Reichstagswahl! Trotzdem steht zu befürchten, daß das Ministerium nach wie vor versuchen wird, zugleich mit dem Zentrum und den Nationalliberalen gegen die mehr links stehenden Liberalen zu regieren und daß die Nationalliberalen unter der Führung von Wilckens nach wie vor für eine solche halbschwarze Politik, welche im Endergebnis ausschließlich dem Zentrum zugute kommen muß, zu haben sein werden. Wohingegen, wenn die Regierung nur einen klaren festen Schritt gegen das Überwuchern der römischen Politik macht, etwa in der Schulfrage, sie alsbald nicht nur eine überzeugungskräftige Mehrheit im Landtage für sich haben würde, sondern zweifellos auch und erst recht im Lande selbst. „Ist die Regierung erst wieder liberal“, bekannte dieser Tage ein richtiger Anhänger der Wilckens, Binz und Goldschmidt, „so sind wir alle für die weitestgehenden Forderungen zu haben!“ — In der Hand der Nationalliberalen liegt es, die „liberale“ Regierung vor sich selber zu retten.

Arthur Boehtlingk.

*

Theorie und Praxis in der Moral.

Mehr und mehr stellen sich heute wieder zwei Moralideen, die Herrenmoral und die Moral des freien Menschen, feindlich entgegen. In den großen Kämpfen des liberalen und des feudalabsolutistischen Gedankens vor hundert Jahren standen sie schon einmal schroff gegenüber. Dann schlief das Bewußtsein hiervon im Bürgertum fast völlig ein. Es kämpfte Schulter an Schulter mit den Vertretern der Herrenmoral gegen eine neue Richtung, die Befreiung des Lohnarbeiters auf dem Wege allgemeiner Verstaatlichung der Produktionsmittel durch den Klassenkampf des Proletariats zu erringen suchte.

In dem Maße als die Übermacht der Kartelle, der Ringe, der Finanzkliquen dem Bürgertum deutlich zeigt, welch ein verhängnisvoller Despotismus aus unserer heutigen Erwerbsordnung erwächst, wendet sich dieses in seinen intelligenteren und weiterblickenden Schichten wieder von den Vertretern des geistlichen und weltlichen Despotismus, denen es von neuem auf die Beine geholfen hat, ab und beginnt den Vertretern der Lohnarbeit und deren Zielen verständnisvoller näherzutreten. — Und in dem Maße, als bei diesen selbst die Einsicht wächst, daß ein wilder Ansturm gegen das Bestehende nicht das rechte Mittel zur Befreiung ist, daß vielmehr nur vertiefte und verbreiterte Einsicht in steter Wechselwirkung mit politischen und freien organisatorischen Veränderungen stehen muß: in dem Maße flaut die revolutionäre Heftigkeit ab, die evolutionäre Besinnung tritt ein. Solange diese aber noch prinzipiell unklar und eklektisch ist, darf es nicht wundernehmen, wenn von seiten der altrevolutionären Richtung Gegenwirkungen erfolgen, wie sie auf dem vielberufenen Dresdener Parteitag zutage traten. Charakteristisch dabei ist nur, daß die hier gefaßte Resolution in der Form zwar von der phrygischen Mütze gekrönt ist, in der Sache aber so gummiartig, daß selbst der zahmste Revisionist sie unterschreiben kann; — bedauerlich aber, daß eine siegreiche Partei den Moment ihrer Sieges nicht besser zu nützen wußte, als dadurch, daß sie sowohl sich gegenseitig verbitterte und lähmte, als auch das Zusammengehen mit anderen freiheitlichen Richtungen erschwerte.

Während aber so Spaltung und Lähmung in und zwischen Arbeiterstand und Bürgerstand herrschen, spricht die Reaktion in Wort und Tat immer un-

verhüllter ihre Ziele aus. Man scheut sich nicht mehr, offen die Beseitigung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu fordern, man beginnt einen Gegensatz zwischen Bürgerpflicht und Herrenpflicht zu konstruieren, und fordert, wie Herr Kropatscheck tat, kühnlich, daß erstere der letzteren im Konfliktsfalle nachstehe, man erachtet die Disziplin, — dieses notwendige Mittel zu erfolgreichem Zusammenwirken auf allen Gebieten, — beim Militär nicht als ein Gesetz, dem der Obenstehende genau so unterworfen sein muß, wie der Untenstehende, sonder man straft die Vergehen des Untergebenen gegen den Vorgesetzten weit schwerer als die umgekehrten und zeigt damit, daß man nicht ein G e s e t z d e r D i s z i p l i n , sondern ein H e r r e n verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen im Auge hat. Ja man sucht bereits seit lange — Hamburger Nachrichten usw. — die Rechtsprechung im Sinne einer Herrenmoral nicht immer ohne Erfolg zu beeinflussen. Die Begründung, mittelst deren der Richter in dem Prozeß Gädke contra Kropatscheck den letzteren freisprach, läßt „tief blicken"; und wenn es sich bestätigen sollte, daß in einem anderen Falle ein junger Richter abberufen wird, weil er gegen Sozialdemokraten dasselbe Rechtsmaß anwandte, wie gegen andere Parteien, so würde das nur ein Glied in der Beweiskette mehr sein, daß sich die Herrenmoral heute in der Lage glaubt, sich dreister als je über die Grundsätze der Rechtsgleichheit hinwegzusetzen.

Das ist die heutige Situation; d. h. die historisch greifbare Seite an ihr. Aber diese Situation versteht man doch erst genau, wenn man ihre logisch-moralischen Grundlagen und Ziele bloßlegt. Es ist überaus billig von moralisch und unmoralisch zu reden, so lange solche Einsicht fehlt. Da hält eben jeder kritiklos das für moralisch, was seinem zufälligen moralischen Bewußtsein entspricht, und für unmoralisch, was dem entgegengesetzten Bewußtsein des andern entstammt. Die Einsicht in diese Verschiedenheit der Moral ist ja freilich vorhanden. „Jede Klasse, jede Zeit, jede Kulturstufe hat ihre eigene Moral!" So etwa lehrte die Sozialdemokratie alten Stils ausdrücklich, und manche, die nicht weiter lernen wollen oder können, lehren noch heute so. Der Satz ist allerdings recht weise denen gegenüber, die in naiver Enge ihre subjektive, von ihrem besonderen Standpunkt erfaßte Weltansicht für die einzig richtige erklären. Aber er ist auch nur ebenso richtig, wie der Satz, daß ein Gebäude, von verschiedenen Standorten beschaut, verschiedene Bilder gibt. Eine Anleitung, über die Beschränktheit der Standpunkte hinweg auf den einheitlichen Grundplan zu gelangen, der diese Standpunkte erklärte, ist damit nicht gegeben. Es bedeutet trotz allem ein einseitiges Verbeißen auf den eigenen Standpunkt, wenn z. B. ein bedeutender Theoretiker des Sozialismus die Gesellschaftswissenschaft (der er tatsächlich die Moral einverleibt), „auf der Praxis des Proletariats und seiner Rolle im Produktionsprozeß und Klassenkampf" aufbauen will. Dies bewußte Verbeißen auf den Klassenstandpunkt ist ebenso bedenklich, wie das Verbeißen auf ein kirchliches oder politisches Herrendogma.

Befreiend kann auch hier nur die E i n s i c h t wirken, daß alle diese verschiedenen Standpunkte bedingt sind durch ihre besonderen Beziehungen zu einem m o r a l i s c h e n G r u n d g e s e t z ; und daß dessen Erkenntnis allein ein Urteil über die Standpunkte selbst ermöglicht, welches einigermaßen objektiv und allgemeingültig genannt zu werden verdient. Erst wenn und soweit solche Gesetzmäßigkeit auch hier erkannt ist, kann auch hier — im vorigen Bilde gesprochen — herausgefunden werden, wie die Bilder der besonderen Standpunkte zustande kommen, wie weit sie wirklich richtige Bilder von bestimmter Perspektive

aus ergeben und also mit anderen vereinbar sind, und wie weit zwischenliegendes Baum- und Bau- und Erdwerk die perspektivische Anschauung selber trübt und fälscht. Und von hier aus kann dann wirklich die Praxis fruchtbar beeinflußt werden.

Diese gewaltige Aufgabe hier zu lösen, ist natürlich unmöglich. Eine Andeutung ihrer Lösungsmöglichkeit sei in einem späteren Aufsatz gegeben. Heute kommt es vor allem darauf an zu zeigen, wie sich die verschiedenen Standpunkte in unserer Zeit immer gegensätzlicher und unerreichbarer in der Praxis gegenübertreten, wie notwendig es also ist, in diesen Gegensätzen und Antinomien einen Leitfaden zu finden, der da Richtung zu geben auch wirklich imstande ist. Gerade der Konflikt zwischen Gädke und Kropatscheck, der überflüssiger und schädlicherweise persönlichen Streit vor Gericht auslöste, zeigt wie ein Blitzstrahl zwei fundamental verschiedene Rechtsanschauungen. Steht die Bürgerpflicht über oder unter der Herrenpflicht? Gefolgschaftsrecht, wie im Mittelalter, oder allgemeines Recht, wie es die Verfassung garantiert?

Praktisch ist ja die Frage im großen nicht brennend und wird es auch hoffentlich nicht werden. Sie würde es nur dann, wenn ein Fürst vergäße, daß seine Funktion als Fürst heute darin besteht, daß er Hüter des Verfassungsstaates ist. Aber im einzelnen und besonderen haben sich doch in manchen Kreisen, wie wir gesehen haben, so merkwürdige Auffassungen vom Rechte eingeschlichen, daß es notwendig ist, einmal unsere genannte Fundamentalfrage zu stellen.

F. Staudinger (Darmstadt).

*

Ethnographisches und Geographisches zum Fall Dippold.

Der Fall Dippold sollte als pathologische Erscheinung — soweit der Verurteilte selbst in Frage kommt — eigentlich aus der Diskussion über das ethische Erziehungsproblem ausgeschaltet werden. Da aber ultramontane und konservative Tagesblätter gerade bei seiner Besprechung wieder als sicherstes Heilmittel gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse die Religion empfahlen oder gar nach der Wiedereinbringung einer lex Heinze riefen, so darf vielleicht doch darauf hingewiesen werden, daß im Falle Dippold sicher nicht Mangel an religiöser Erziehung die Schuld trug. Das hätte vor allem der Bamberger Domherr Schädler wissen müssen, der im bayrischen Landtag bei der großen Etatdebatte gelegentlich der Erwähnung des Falles Dippold ebenfalls eine Wiederauffrischung der lex Heinze empfahl. Dippolds Heimatsort Drosendorf liegt nämlich in einer streng katholischen Gegend des Bistums Bamberg, in der nicht nur der Katholizismus in religiöser sondern auch das Zentrum in politischer Hinsicht unbedingt herrschen. Wollte man nun annehmen, daß auch in pathologischen Fällen der Erziehung ein gewisser Einfluß einzuräumen ist, dann hätten sich gerade bei Dippold diese beiden Faktoren außer stande gezeigt, ihn zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu machen.

Es war deshalb von dem doch wohl mit den Verhältnissen seiner Diözese vertrauten Abgeordneten für Bamberg etwas unvorsichtig den Fall Dippold besonders zu erörtern. Er hätte im Gegenteil allen Grund gehabt, einer Erörterung der heiklen Angelegenheit möglichst aus dem Wege zu gehen.

Dippold verbrachte den ersten Teil seiner Gymnasialzeit in der frommen Bischofstadt Bamberg, den zweiten Teil in Münnerstadt, wo an das Gymnasium ein von Klostergeistlichen geleitetes Internat angegliedert ist. Das alte Gymnasium in Bamberg und das Gymnasium in Münnerstadt sind eigentlich voll-

ständig katholische Studienanstalten. Die Schüler werden durch strenge Kontrolle zum regelmäßigen Besuch des Gottesdienstes und zum Beichten angehalten. An der christlichen Erziehung in Familie und Schule hat es im vorliegenden Falle also sicher nicht gefehlt. Wohl aber darf auf die eigentümliche Erscheinung hingewiesen werden, daß in der Gegend, in der Drosendorf liegt, die Roheitsdelikte an der Tagesordnung sind; die Untersuchungsakten und Statistiken der Landgerichte Bamberg und Bayreuth können darüber Aufschluß geben. Von der Rolle, die das Messer dabei spielt, wollen wir ganz absehen und nur einige Fälle von Grausamkeiten aufzählen, die für die ethische Rückständigkeit der Bevölkerung zwischen Regnitz- und Wiesenttal in dem Dreieck Bamberg—Hollfeld—Forchheim charakteristisch sind. Eine gute Stunde von Drosendorf entfernt liegt Hollfeld. Es erregte im vorigen Jahre großes Aufsehen als der dortige Oberamtsrichter eine Magd, die in seinem Hause niedergekommen war, auf einem Mistwagen fortschaffen ließ. Die Bamberger „Neuesten Nachrichten“, die diesen Fall an die Öffentlichkeit brachten, wurden wohl wegen formaler Beleidigung des Oberamtsrichters verurteilt, der Wahrheitsbeweis aber war ihnen vollständig gelungen und der obsiegende Oberamtsrichter war der moralisch Verurteilte. Wenn ein „gebildeter“ Beamter, der doch der weniger gebildeten eingeborenen Bevölkerung mit gutem Beispiel vorangehen sollte, sich schon derartiges zu schulden kommen läßt, dann braucht man sich über die weiter angeführten Fälle aus der letzten Zeit nicht mehr zu wundern.

Etwa 2½ Stunden südlich von Hollfeld und Drosendorf liegt Breitenlesau. Dort ließen die Gütlersehelente Linhardt ihren geistesschwachen einzigen Sohn derartig verwahrlosen, daß er lebendigen Leibes verfaulte und starb. Die Rabeneltern wurden im September dieses Jahres wegen fahrlässiger Tötung zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Abermals 3½ Stunden südlich von Breitenlesau gegen Forchheim zu liegt Niedermirsberg. Dort starb infolge von Verwahrlosung und Nahrungsmangel im vorigen Sommer eine alte kranke Frau im Armenhause, während die mit ihrer Pflege betrauten Personen eine Wallfahrt machten.

In Bamberg wurde im September dieses Jahres der Hausdiener Schnegraf zu 6 Monaten Gefängnis, seine Frau zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie selbst dem Vergnügen nachgingen und ihr Kind zu Hause ohne Pflege elend umkommen ließen. Ungefähr zur selben Zeit wurde die Inhaberin eines kleinen Ladengeschäftes in Bamberg vom Schwurgericht in Bayreuth abgeurteilt, weil sie ihre 16 jährige Nichte unter erschwerenden Umständen verkuppelte.

Das sind sicher für den kurzen Zeitraum eines Jahres genug Fälle, um die ethischen Anschauungen der Bewohner in der Nachbarschaft Drosendorfs nicht im besten Lichte erscheinen zu lassen. Auch ist das Hochplateau des Frankenjura, auf dem Hollfeld, Drosendorf, Breitenlesau und Niedermirsberg liegen, noch nicht durch eingedrungene Kultureinflüsse in seiner „ländlichen Sittenreinheit“ bedroht. Kein schiffbarer Fluß, keine Eisenbahn durchqueren diese vom Weltverkehr abgelegene Gegend und nur selten verirrt sich eines Wanderers Fuß dahin. So konnte die bäuerliche Bevölkerung hier fast vollständig von der „Sittenverderbnis moderner Kultur“ abgeschlossen weiterleben und der katholischen Geistlichkeit blieb ihr ganzer Einfluß gewahrt. Und trotzdem dieser sittliche Tiefstand, wie er sich in den angeführten Beispielen in grauenhafter Weise zeigt! Gibt das Herrn Dr. Schädler und der gesamten reaktionären Presse

nicht zu denken über den Wert der religiös-sittlichen Erziehung im Sinne der lex Heinze? Wie das bayrische Beamtentum die Gegend um Drosendorf einschätzt, geht wohl aus dem Umstand hervor, daß bei der jüngst erfolgten Neubesetzung der Oberamtsrichterstelle in Hollfeld der neue Amtsvorstand etwa ein Dutzend Vorleute übersprang, die alle keine Lust hatten, sich in die fromme Gegend versetzen zu lassen.

Als letzter Pinselstrich soll diesem düsteren Gemälde noch ein Beispiel angefügt werden, das zeigt, wie die Frömmigkeit der dortigen Gegend in übertriebener Feinfühligkeit zum Vandalismus ausartet. Gelegenheit dies zu beobachten, bietet die in der fränkischen Schweiz gelegene Wallfahrtskirche Gößweinstein. An der Außenseite des Chors befindet sich ein Renaissance-Grabdenkmal, das einige männliche Figuren in der Tracht der damaligen Zeit zeigt. Das erregte anscheinend Anstoß bei den Frommen der Gegenwart und man scheute sich nicht den Meisel anzusetzen und die frommen Beter von damals wenigstens nachträglich noch in effigie zu kastrieren. Also an Frömmigkeit fehlt es, wie auch dies Beispiel zeigt, nicht in der dortigen Gegend, auch nicht am Geist der lex Heinze — wohl aber an Aufklärung und Bildung.

A. B.

*

Jugenderinnerungen.

„Das freie Wort“ enthält im zweiten Oktoberheft 1903 einen Aufsatz: „Der Fall Ladenburg“ und darauf folgend einen solchen: „Wider theologische Überhebung“. — Beim Lesen dieser beiden Aufsätze überkam mich eine Jugenderinnerung, die zwar nicht geeignet sein dürfte, dieselben kritisch zu beleuchten, deren Erzählung aber manchen alten Frankfurter in die glückliche Zeit seiner Kinderjahre zurückversetzen wird und gleichzeitig ein Schlaglicht zu werfen geeignet erscheinen dürfte, welchen Händen vor 50—60 Jahren die damalige Schuljugend anvertraut war. — Vom Jahre 1847—1854 war ich Schüler der St. Katharinenschule. An derselben wirkte u. a. ein Zeichenlehrer mit Namen Gauff. — Dieser gute Mann war für uns Buben immer ein Rätsel. Und zwar besonders wegen seiner „Frömmigkeit“. Während nämlich keine Lehrstunde, selbst der „Religionsunterricht“ nicht, mit Gebet begann, so eröffnete „Vater Gauff“ seinen Zeichenunterricht stets mit Gebet! Das merkwürdigste dabei war, daß er immer ein und dasselbe Gebet sprach und es hat sich dies in meinem Gedächtnis so festgesetzt, daß ich jetzt, als Greis, solches noch auswendig kann. Es lautete folgendermaßen:

„Sei, was Du bist,
„Sei Mensch, sei Bürger und sei Christ!
„Sei Mensch; Dein hoher Nam' ist Geist.
„Und wenn Dein Herz den hohen Namen preist,
„So liebt man Dich. —
„Sei Bürger auch und wirke treu, so viel Du kannst,
„Mit Herzen, Kopf und Hand für's Vaterland,
„So ehrt man Dich. —
„Sei endlich Christ, tu' mehr, als Mensch und Bürger tun,
„Laß' Deinen Sinn im Höchsten ruh'n,
„So liebt Dich Gott; Amen.“ —

Es dürfte einleuchtend erscheinen, daß wir Kinder, nach unserer Auffassung, dies Poem gar nicht für ein „Gebet“ halten konnten und wir haben uns auch

stets gewundert, daß es dafür gelten sollte, denn in unserem Religionsunterricht lernten wir ganz andere „Gebete“. — Gar bald aber merkten wir, daß die Religion des Vater Gauff überhaupt eine merkwürdige Gestaltung hatte und zwar durch folgendes Ereignis. — Mittwoch und Samstag nachmittags hatten wir frei. Vater Gauff lud die besten Zeichner oft ein, diesen freien Nachmittag zum Freihandzeichnen nach der „Natur“ zu benutzen. Eines Mittwoch nachmittags begaben wir uns, über Sachsenhausen, die Ysenburger Chaussee hinauf, nach dem Walde zu, um die dort stehende sogenannte „Warte“ als Objekt zu nehmen. Jeder von uns bekam einen besonderen Standpunkt um von da aus die Aufnahme zu machen. Nach Beendigung wurde Kritik geübt, wir gingen in den Wald und lagerten uns dort um den Inhalt unserer „Botanisierbüchsen“, d. h. Schinken- und Wurst-Brote und eine Feldflasche „Hohenastheimer“ (Äpfelwein), zu verzehren. — Als wir munter im Kreise herumlagen, hatte der gute Kinderfreund seine helle Freude an uns frischen Jungen und er begann zu sprechen: „Schmeckt es euch, liebe Kinder?“ — Und im Chorus erwiderten wir: „Jawohl, Herr Gauff, nur schade, daß es bald alle ist.“ — Dann fuhr er fort: „Habt ihr auch schon darüber nachgedacht, woher eure Speise und Trank kommt und wem ihr solches zu verdanken habt?“ — Ein vorwitziger Bengel erwiderte: „Ei, meine Mutter hat mirs eingepackt!“ — Darauf sagte Vater Gauff: „Jawohl, das will ich glauben, aber wo hat es deine Mutter her? Sehet, meine lieben Kinder, dies wogende Kornfeld in unserer Nähe. Dies liefert das Brot, das ihr esset. — Sehet dort jene Futteräcker, die ernähren das Vieh, von deren Fleisch ihr esset. Sehet dort die Äpfelbäume mit ihrer herrlichen Frucht. Deren Saft ist es, was ihr trinket. Denkt euch nun in die Starre des Winters versetzt, die Natur scheint tot, denn alles ist mit Eis und Schnee überdeckt. Die Äcker schmückt kein Halm, die Bäume keine Frucht, alles scheint gestorben! Der Winter vergeht, laue Lüfte wehen und es beginnt ein Regen und Leben in der Natur, wie mit unsichtbaren Geisterhänden hervorgezaubert; die Halme sprossen, und tragen fünfzigfältige Frucht, die Bäume blühen und aus der Blüte entsteht die herrlichste Frucht, wie keine Menschenhand sie zu bilden vermag, trotz aller Kunst, aller Weisheit und Gelehrsamkeit! Und diese unerforschliche, ewige Kraft, die solches alles schafft, das ist die Natur; die göttliche Natur, vor der wir Sterbliche anbetend im Staube liegen, denn die Natur ist ewig und immer, ist unsterblich, was wir nicht sind. Diese unsterbliche Kraft erhält und nährt uns und wir müssen ihr dankbar sein, denn sie ist uneigennützig, wohltätig und treu! Seht ihr, meine Kinder, wenn ihr euch den Charakter der Natur zum Vorbild nehmet, wenn ihr uneigennützig, wohltätig und treu seid, so seid ihr echte, wahre Christen, so tretet ihr wahrhaft in die Fußtapfen des großen Nazareners, von dem die Weltgeschichte erzählt und der nach jener Beschreibung der größeste und edelste Mensch gewesen ist, der jemals auf Erden gewandelt. Nennen wir nun die Natur die „Gotteskraft“, so war Jesus von Nazareth ein gotteskräftiger Mensch, denn er strebte darnach, soweit er als Sterblicher dies vermochte, seinen Lebenswandel so einzurichten, um ihr ähnlich zu werden. — Gehet hin und tuet desgleichen!“ —

Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß die heutigen Theosophen oder theologischen Philosophen, die freien Männer der Wissenschaft und des freien Geistes dies Glaubensbekenntnis eines schlichten und gerechten Mannes, wie Vater Gauff es war, voll und ganz anerkennen. Als Jüngling verstand ich es nicht, aber als Mann, in gereiften Jahren, ist es mir als Richtschnur meines Lebens ge-

worden und mein Gottvertrauen hat mich auch niemals getäuscht, nicht in den schwersten Stunden meines langen Lebens, und so erging es auch wohl manchem Mitschüler von damals. — Die schönen Worte Gauffs habe ich schon in weihevoller Stunde zu manchem Vortrag benutzt, wo gearbeitet wurde mit Meisel, Hammer und Spitzhacke an dem „rauhen Stein" des Lebens für den Bau des Tempels der „Weisheit, Schönheit, Stärke", über dem in Allmacht thront: „Der große Baumeister aller Welten" in seiner unerforschlichen Kraft und Gewalt! —

C. Rübsamen.

*

Theodor Mommsen als Politiker.

Mit Theodor Mommsen ist einer der wenigen großen deutschen Gelehrten hingegangen, die auch in unseren Tagen noch in den Konflikten der inneren Politik oder bei internationalen Spannungen durch ihre Stimme auf die öffentliche Meinung warnend und beratend einzuwirken suchten. Daß er hierin nicht immer besonders glücklich gewesen ist, räumen wir gern ein, denn auch dem Größesten sind Irrtümer nicht erspart geblieben und niemandes Geist ist so olympisch klar, daß er über alle Regungen des Temperaments und der Leidenschaft hinweg immer das Richtige erkannt hätte. Sollen wir deshalb jedoch der Ansicht zuneigen, daß es besser gewesen wäre, Mommsen hätte nach dieser Seite hin überhaupt Schweigen als das bessere Teil erwählt? Weil Mommsen z. B. in seinem Aufruf an die Deutschen in Österreich den Czechen gegenüber in chauvinistische Härte verfiel, sollten wir da auch seine scharfen aber gerechten Worte gegen den den Charakter unseres Volkes vergiftenden Antisemitismus, oder sein mannhaftes Eintreten für die Freiheit der Wissenschaft gegenüber der den Wünschen des Zentrums allzubereitwillig entgegenkommenden Regierung, seinen Mahnruf zum Zusammenschluß aller liberalen Elemente mit Einschluß der Sozialdemokratie gegenüber der von seiten des Zentrums und der Junker und Agrarier drohenden Reaktion entbehren können? Nein, wir wollen ihm vielmehr auch dafür Dank wissen, daß er sich nicht, wie mehr und mehr die geistige Blüte der deutschen Nation, vor den „besserwissenden Philistern" von dem politischen Leben zurückzog, sondern seine weit über Deutschlands Grenzen hinaus beachtete Stimme erhob, wo er Gefahr zu sehen glaubte. Zu viele, die zum Mitraten und Mittaten wohl berufen wären, schweigen heute und machen sich dadurch mitschuldig, daß das politische Gewissen und der politische Weitblick des deutschen Volkes stumpf werden. In diesem Punkte also können wir dem Urteil unseres hochgeschätzten Herrn Mitarbeiters Dr. H. F Helmolt nicht uneingeschränkt beipflichten. — In einem Nachruf auf Theodor Mommsen in der „Ethischen Kultur", die uns in dieser Stunde gerade zugeht, beklagt Prof. Wilhelm Förster es zwar auch lebhaft, daß die sozialethische Wirkung der Mahnungen Mommsens dadurch beeinträchtigt worden, daß er, in seiner Vereinzelung, durch die Leidenschaftlichkeit seiner Dichter- und Rednernatur in mehreren sehr eindrucksvollen Fällen zu Urteilen und Redewendungen hingerissen wurde, welche vor ruhiger Weisheit und Gerechtigkeit nicht bestehen konnten. Trotz alledem aber gedenkt er pietätvoll Mommsens als eines der großen Gelehrten, der „die ganze Größe der Verpflichtung gerade der führenden Intellekte zu direkter Mitarbeit an der sozial-ethischen Kulturentwickelung .... anerkannte".

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 17. Erstes Dezemberheft 1903. III. Jahrg.

Die Monarchenbesuche im Jahre 1903.

Monarchenbesuche hat man sich gewöhnt als Festveranstaltungen anzusehen, bei denen gemeiniglich so viel herauskommt, wie bei den sogenannten wissenschaftlichen Kongressen. Nun ist es aber Tatsache, daß bei letzteren sich immer einzelne Gelehrte finden, die sich um das äußerlich zur Hauptsache gewordene festliche Beiwerk nicht kümmern und in flüchtiger Aussprache von Mund zu Mund sich mehr Aufklärung über gewisse Streitfragen schaffen, als ihnen durch monatelange Korrespondenz oder gar durch Bücherstudium zuteil geworden wäre. So geht es auch mit den Besuchen der Monarchen, namentlich wenn letztere von ihren leitenden Staatsmännern begleitet sind, und welchen Wert man in diplomatischen Kreisen den persönlichen Begegnungen der Souveräne untereinander und mit ihren beiderseitigen Kanzlern beilegt, das erfuhren die Eingeweihten am 11. Oktober 1889 in Berlin, als Alexander III. erschienen war und, dem bekannten römischen Senator vergleichbar, in den Falten seiner Toga Krieg oder Frieden brachte. Wie der verliebte Jüngling in den Müllerliedern wollte damals die offizielle Welt nur eines wissen, nämlich, ob und wie lange der Zar den Fürsten Bismarck empfangen würde. Als aber der Empfang tatsächlich stattfand und sogar fünfviertel Stunden dauerte, da heiterten sich die Mienen der Wissenden auf, und zwar ehe Fürst Bismarck noch ein Wort geredet hatte. Die fünf Viertel sprachen wie die Schillersche Glocke, deren Geläut F r i e d e war.

Da mit den Begegnungen von Wiesbaden und Wolfsgarten und der Londonfahrt König Viktors die Monarchenbesuche dieses Jahres abgeschlossen zu sein scheinen, dürfte es wohl angebracht sein, einen Rück-

blick auf sie zu tun; denn nichts erleichtert die Ausschau in die Zukunft mehr, als wenn man von Zeit zu Zeit das Nächste mit dem Vergangenen vergleicht, so sehr auch Skeptiker über die „Lehren“ der Geschichte zu spotten lieben. Dieser Gang nach rückwärts ist um so mehr geboten, als bei der Häufigkeit der sich ebenfalls fast mit 210 km in der Stunde folgenden politischen Ereignisse auch der Diplomat von Fach oft Gefahr liefe, die Übersicht zu verlieren, wenn er nicht von Zeit zu Zeit pausierte und sich durch eine Art von Bilanz ein Inventar des augenblicklichen Geschäftsstandes der internationalen Diplomatie verschaffte.

Die Reihe der diesjährigen Monarchenbesuche eröffnete König Eduard mit seiner Fahrt nach Lissabon und ins Mittelmeer, die zu den späteren Besuchen in Rom und Paris und den dadurch notwendig gewordenen Gegenbesuchen in London führte. Dieser Turnus von Visiten zeitigte in dem schnellfertigen Teile der internationalen Presse das Wort: „Ein neuer Dreibund taucht auf, der des liberalen Westeuropa!“ Freilich konnte man dies um so mehr aussprechen, als nicht nur die englischen Offiziösen — und pour cause — es als Stichwort ausgegeben, sondern auch König Eduard in Rom und König Viktor in Paris ähnliche Töne angeschlagen hatten. Der englische Souverän sagte am 27. April in Rom u. a. „Alle Beide lieben wir die Freiheit und die freiheitlichen Einrichtungen, und mit diesen großen Zielen vor uns sind wir zusammen auf den Wegen der Zivilisation und des Fortschritts einhergeschritten.“ Dasselbe Thema variierte König Eduard am 2. Mai im Elysee mit den Worten: „Unser hervorragendster Wunsch ist, daß wir zusammengehen auf dem Wege der Zivilisation und des Friedens.“ Ähnlich sprachen später Loubet in London und Viktor Emanuel III. in Paris und London. Nicht immer muß man sich bei öffentlichen Monarchenreden auch gleich etwas dabei denken, und so fehlt auch diesen Friedensbotschaften gegenüber manchen Skeptikern der Glaube, seitdem sie wissen, daß das berühmte Manifest des Zaren, das zur Einsetzung des cour de la paix im Haag führte, als Sand in die Augen der Outsider ebenso pour la galerie berechnet war, wie der Schiedsgerichtsvertrag, den England und Frankreich kurz vor der Ankunft König Viktors in Paris abschlossen.

Da sich diese Skeptiker also nicht durch Worte täuschen lassen, wollen wir ihren Spuren folgen und den Tatsachen nachgehen, um so mehr, als jetzt manches naive Gemüt ernstlich glaubt, die Bündnisse seien in Fluß, und zur Begründung darauf hinweist, daß sich jetzt gegen den liberalen Dreibund im Westen der reaktionäre Bund der Dreikaisermächte im Osten gewissermaßen als Neuauflage der heiligen Allianz gebildet habe. Doch obgleich sich die drei Kaiser im Herbste im bunten chassez-croisez ge-

troffen haben, und der Zar Rom und Paris fernblieb, ist der östliche Dreibund noch kein fait accompli.

Dessen werden wir uns bald klar, wenn wir die Besuche dieses Jahres einzeln betrachten. Der wahre Grund, weshalb König Eduard im Frühjahr seine Reise ins Mittelmeer antrat, ist in weiteren Kreisen noch wenig bekannt. Man riet anfangs auf ein Paroli, das der gleichzeitigen Fahrt Loubets nach Algier geboten werden sollte. Dann hieß es, es handle sich nur um eine Erholungsfahrt, und irreverente Politiker, die gerne ex post weissagen, insinuierten sogar, die Reise sei nur unternommen worden um den englischen Monarchen wenige Tage vor Kaiser Wilhelm in Rom ankommen zu lassen, und so dem kaiserlichen Neffen König Eduards nur der Abhub des festlichen Beifalls verbleibe. Diese Irreverenz zeugt aber von solcher Kleinlichkeit der Auffassung, daß man sie ruhig auf sich beruhen lassen kann. Die Wahrheit ist anders.

Die Kontinentalen beurteilen die Engländer meist falsch. Der Brite gleicht als Nationaltyp einem sehr tätigen Großkaufmann, der seine Geschäfte in der ganzen Welt zerstreut hat. Als reicher Mann kann er sich nicht mehr vorstellen, wie es einem armen Manne zu Mute ist, und in seiner Vielgeschäftigkeit vernachlässigt er auch oft ohne jeden bösen Willen seine Freunde. Zudem hatte der Burenkrieg Englands ganzes Interesse absorbiert. Dieser Krieg war aber eine gute Lehre, man machte Bilanz und entdeckte viele seiner eigenen Schwächen. Jetzt hieß es auf einmal, Zeit zu gewinnen, um erstens die vernachlässigten Freunde zu versöhnen, dann Reformen in Flotte und Heer — man denkt sogar an eine Abschaffung des Söldnertums — einzuführen und schließlich, das beweisen die Chamberlainschen Projekte, das Bestehende zu konsolidieren. So erklärt sich der englisch-japanische Bund vom 12. Februar 1902 und die englische Selbsterkenntnis in bezug auf die Lage im Mittelmeer, welch letztere durch zwei Ereignisse, die Reise des Königs Dom Carlos nach London und König Viktors Visite in Petersburg gefördert wurde. Letztere Reise öffnete in London die Augen. Man sah dort ein, daß man zu sehr darauf gebaut, daß Italien wissen müsse, es sei auf England angewiesen, und darüber vergessen hätte, daß Italien auch eventuell anderswo Anschluß finden könnte. Demgemäß regneten in den Reden Balfours und Lansdownes plötzlich Liebenswürdigkeiten auf Italien nieder, demgemäß kam auch im Herbst 1902 Oberst Harrington nach Rom, um Italiens Beihilfe im Kriege gegen den tollen Mullah zu sichern. In weit höherem Grade schärfte aber die Reise des portugiesischen Königs die Sehkraft der Engländer. Dom Carlos beschwerte sich, daß man das kleine Portugal, das doch eine englische Dependance bilde, ganz vergessen hätte und durch das Projekt der Teilung der portugie-

sischen Kolonieen in Südostafrika zwischen England und Deutschland die portugiesische Dynastie stürzen helfe, und wies dann darauf hin, daß die Republik in Portugal die Republik in Spanien nach sich ziehen würde und so die ganze iberische Halbinsel in den Bann Frankreichs zu bringen drohte.

Von dem Augenblicke an war die Reise König Eduards im Mittelmeer beschlossene Sache, zudem erklärte sich England bereit, die portugiesischen Kolonieen zu finanzieren. König Eduard ging nach Lissabon, stärkte dadurch das Prestige der portugiesischen Dynastie, ließ gleichzeitig, um Loubet auszuzeichnen, vier Kriegsschiffe nicht des Mittelmeer-, sondern des Kanalgeschwaders nach Algier fahren, reiste dann nach Malta, wo er das italienische Element zu versöhnen trachtete, und plante schließlich einen längeren Aufenthalt in Palermo, um auch Italien eine Artigkeit zu bezeugen.

Da griff König Viktor ein; er lud den englischen Monarchen nach Rom; denn er hätte diesen doch in Palermo begrüßen müssen, wollte aber den Eindruck vermeiden, als gehe er gezwungenermaßen nur deshalb dorthin, weil König Eduard sich weigere, nach Rom zu kommen. Dieser Eindruck hätte freilich Italien, das immer noch nicht den nicht erfolgten Gegenbesuch des Kaisers Franz Joseph verschmerzen kann, im Auslande notwendigerweise als minderwertig erscheinen lassen müssen. Nach einigen Verhandlungen erklärte sich König Eduard bereit, den Abstecher nach Rom zu tun, obgleich er dann auch, was seinen protestantischen Untertanen unangenehm war, mit Rücksicht auf das katholische Kanada und Irland den Papst besuchen mußte.

Zum zweiten Male hatte also König Viktor in kurzer Frist sein und Italiens Prestige erhöht; denn auch sein Besuch in Petersburg wurde als eine große politische Tat von seinem Volke betrachtet, so zwar, daß die chauvinistischen Heißsporne im Gefühl der gesteigerten Bedeutung ihres Landes das Recht zu haben glaubten, einige Wochen nach der Abreise des englischen Königs gegen den deutschen Kaiser hetzen zu dürfen, weil dieser mit auffallendem Prunk zum Vatikan gefahren war. Einsichtigen Italienern geht aber jetzt ein Licht auf; so hat ein bekannter Abgeordneter in einem pamphletartigen Artikel des neapolitanischen „Mattino“ offen ausgesprochen, daß die deutsche Regierung vielleicht mit der Absicht, ja als eine Art von Repressalie den Besuch beim Papste so feierlich gestaltet habe — vide den Besuch in Petersburg —, um der italienischen mit dem Zaunpfahl die Bedeutung des Dreibundes ins Gedächtnis zurückzurufen, der Italien seinen territorialen Besitzstand, also auch Rom als Hauptstadt garantiert.

Petersburg! Hic haeret aqua. In der Tat, wer die Geschichte Prinettis als Ministers des Auswärtigen verfolgt hat, mußte sich darüber wundern, daß die sonst so kühl rechnenden Italiener sich plötzlich in den Kopf gesetzt hatten, sie könnten durch die Drohung, die geographische Lage ihres Landes gestatte ihnen, auch anderswo jederzeit neue Freunde zu gewinnen, einen Druck auf ihre Verbündeten ausüben, um so innerhalb des Bündnisses mehr Bewegungs- und Aktionsfreiheit zu erhalten. Aus dieser falschen Auffassung entstand in Prinetti der Gedanke, des Königs Viktor auf dem Umwege über Montenegro hergestellte persönliche Freundschaft mit dem Zaren zu benutzen, um jenen den ersten Antrittsbesuch in Petersburg machen zu lassen. Als diese Absicht bekannt wurde, war man in diplomatischen Kreisen nicht wenig stutzig; denn man wußte — und ein Rudini nahestehendes Blatt, die „Italie“, hat es jetzt auch ausgeplaudert —, daß Italien schon nach der Thronbesteigung des Zaren Nicolai in Petersburg freundschaftlichst sondiert hatte, ob der Zar in die Liste der Höfe, die er mit seinem Antrittsbesuche zu beehren gedächte, nicht auch den römischen Hof aufnehmen wollte, — und daß man in Petersburg kühl abgewinkt hatte. König Viktor lud sich also selbst in Petersburg ein, zur größten Verwunderung russischer Kreise; ein Turiner Blatt, die „Stampa“, sagte sogar am 2. November in einem Interview seines Spezialkorrespondenten, „der Zar sei dieser Selbsteinladung zuerst nicht günstig gewesen“. Vom Petersburger Standpunkte aus ist diese Haltung verständlich; denn das große Rußland rechnet nur mit Machtfaktoren, und in seinen Augen ist Italien eben noch kein solcher. Wie diese Reise des italienischen Königs nach Petersburg aber in Szene gesetzt wurde, das gab in Berlin und Wien zu denken, andererseits aber machte es Viktor Emanuel III. bei den italienischen Chauvinisten beliebt; denn er berührte deutsches Gebiet ohne den deutschen, und österreichisches ohne den österreichischen Kaiser zu begrüßen, und namentlich die letztere Unterlassung wurde von ihnen als verdiente Lektion für den immer noch schuldigen Gegenbesuch des Kaisers Franz Joseph in Rom betrachtet.

Alle Welt war nun darauf gespannt, ob der Zar eine Gegenvisite in Rom abstatten würde. Viele Skeptiker zweifelten stets daran; denn eine Zarenreise geschieht nur aus großen politischen Absichten heraus, und, wie schon gesagt, ist in den Augen der Russen Italien immer noch kein Machtfaktor, mit dem zu rechnen man bemüht sein müsse. Allenfalls gab man zu, daß der Zar sich vielleicht einmal gelegentlich zu Schiffe nach Neapel oder Palermo begeben und dort mit König Viktor zusammentreffen könnte. Nun machte die Regierung Zanardellis auch Fehler, indem sie Rußland Vorwände für den Aufschub der Zarenreise

lieferte, so im Mai dieses Jahres durch den radikalen Entrüstungsrummel in Sachen der Ausweisung des Nihilisten Goetz und im Herbste durch die antizaristische Kampagne von Enrico Ferri & Cie., die beide nach russischer Auffassung hätten verhütet werden müssen. Daß aber auch diese Kampagne von der russischen Polizei nur als Vorwand genommen worden, das erkannten die in ihrer nationalen Eitelkeit gekränkten italienischen Chauvinisten sofort, als sie — das schlechte Gewissen verrät sich immer — die österreichische Regierung beschuldigten, den Besuch des Zaren vereitelt zu haben. Ganz ist dem nicht so, aber wahrscheinlich hat bei der Absage des Zaren die Rücksicht auf Österreich stark mitgespielt.

Das geht aus einer kurzen Erwägung hervor; denn womit rechnen die Russen, die ein hochgeschraubtes Bewußtsein von ihrer Macht und Größe haben? In erster Linie mit den Vereinigten Staaten, dann mit Deutschland und England und zuletzt wegen des Balkans mit Österreich. Alle anderen Mächte, Frankreich und Italien nicht ausgenommen, sind ihnen quantités négligeables. In diesem Herbste dominierte aber in Rußland die Rücksicht auf Österreich. Als man daher sah, daß die Reise Königs Viktor nach Petersburg und die zu früh eskomptierte Gegenvisite des Zaren in Rom die Aktionslust Prinettis erhöhte, und dieser so mit deutlich antiösterreichischer Spitze im Sommer 1902 nicht nur ein Geschwader nach Albanien, Tripolis und Konstantinopel geschickt, sondern im Herbste gleichzeitig in Palästina und im roten Meere allzukräftig das Wort und gegen die Piraten Arabiens heftig die Kanonen hatte spielen lassen, ferner auch sein Nachfolger im Mai 1903 ein Geschwader nach Saloniki beorderte, und dann im Spätsommer gelegentlich der auffallenden Manöver an Österreichs Grenze die Chauvinisten glaubten, sie könnten, der Rückendeckung durch Rußland sicher, sich ungestraft in Beleidigungen Österreichs ergehen — ich verweise nur auf die irredentistischen Kundgebungen beim Empfang des Königspaares in Udine und auf den später ebendort stattfindenden irredentistischen Parteitag, bei dem auch Deutschland sein Teil abkriegte — als man dies alles in Petersburg sah, da war die Absage des Zarenbesuches entschieden, um so mehr, als man dadurch Italien die allzu großen Illusionen auf russische Unterstützung seiner großen Balkanbestrebungen nahm. So stellt sich der Aufschub der Zarenreise als ein Gefälligkeitsbeweis für Österreich dar, das man im Balkan nötig hatte, und nebenbei erzeigte man Frankreich eine Artigkeit, die wenig kostete. Frankreich, das eine engere Verbindung zwischen Rußland und Italien nicht gerne sieht — denn ein starkes Italien will es nicht neben sich haben trotz aller freundschaftlichen Begeisterungsausbrüche gegenüber der lateinischen

Schwester,*) — hatte so wie so ein Begütigungsbonbon nötig — man denke nur an das russische „Hands off!“ von Mitylene und an die Kaltwasserstrahlen der russischen Offiziösen im Lenz dieses Jahres, als Frankreich Miene machte, im Balkan Rußlands Kreise zu stören.

Natürlich ließ sich Rußland in den letzten Monaten nicht nur aus Rücksicht auf Österreich und Italien in seiner äußeren Politik leiten, sondern für diese bestehen in Rußland ähnliche Zwangsgründe wie in England. Auch das Zarenreich muß Zeit gewinnen, einesteils um sich an all den Punkten, wo es mit England in Konflikt geraten könnte, in Kueit am persischen Golfe, in Persien selbst, in Indien, in Tibet, in China zu rüsten, ferner um sich vorzubereiten für einen etwaigen Krieg mit Japan und um sich in der Mandschurei ein wohnlich Quartier zu schaffen. Deshalb mußten alle europäischen Probleme schnell zum Schweigen gebracht werden, deshalb wurde Österreich so auffallend kajoliert, um gleichzeitig nach Frankreich hin auch zeigen zu können, daß dessen Annäherung an England unliebsam bemerkt worden und daß man mit seinem Gelüste, nach Prinettis Rezept einen Druck auf den Bundesgenossen auszuüben, durchaus unzufrieden sei. Aus dem gleichen Grunde fand auch der Besuch in Wiesbaden statt, der, abgesehen davon, daß er Deutschlands Zustimmung zum österreichisch-russischen Vorgehen in Mazedonien erreichte, auch in Paris seine Wirkung tat; denn als Graf Lamsdorff nach der französischen Hauptstadt kam und dort verlangte, Frankreich möchte bei dem befreundeten England darauf hinwirken, daß es Japans kriegerische Gelüste beschwichtigen helfe, zeigte man sich sehr entgegenkommend. Diplomatische Feinschmecker haben sich übrigens über dieses Verlangen Lamsdorffs sehr ergötzt, da es den Wert gewisser Bündnisse scharf beleuchtet. Wie England mit Japan, hat Rußland als Gegengewicht mit Frankreich ein ostasiatisches Bündnis geschlossen, und, um nicht durch dieses in einen ostasiatischen Krieg hineingezogen zu werden, fand es sich leicht bereit, auf England, das selbst keinen Krieg durch Rücksicht auf Japan will, einzudringen, damit es auf letzteres besänftigend einwirke. Warum Frankreich aber im fernen Osten so friedfertig ist, erhellt daraus, daß es sich in Marokko aktiv zu betätigen sucht, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß seine Annäherung an England durch ein Abkommen entstand, wodurch England dem Partner freie Hand in seiner Expansion über Marokko hinaus zum atlantischen Ozean

*) Nach dem Eingeständnis offenherziger Beobachter war auch der Empfang des italienischen Königspaares in Paris nur äußerlich warm. Die Italiener fühlten sich durch die massenhaft verbreiteten „Makkaroni“-Karikaturen verletzt und ein Redakteur des römischen „Messaggero“ schrieb sogar: „man wurde die Empfindung nicht los, daß die Franzosen uns als ein inferiores Volk betrachten“.

läßt, vorausgesetzt, daß die Hafenstädte des marokkanischen Nordens neutral erklärt werden, und so die Straße von Gibraltar ungefährdet bleibt.

Von all diesen diplomatischen Schachzügen scheint Deutschland nicht berührt zu werden. Es kann warten, wie einst der bekannte Bürgermeister von Berlin; denn auch Deutschland will Zeit gewinnen, und zwar bis seine Flotte auf der Höhe der Zukunftsaufgaben steht, und sucht dabei Fehler zu vermeiden, die seine an für sich schwierige internationale Stellung kompromittieren könnten. Sehen wir doch Deutschlands internationale Lage an: Trotz glänzender Avancen ist es uns nicht gelungen, das unversöhnliche Frankreich zu uns herüberzuziehen, die Freundschaft mit Rußland hat oft schon mit großen Opfern bezahlt werden müssen, das Verhältnis zu England ist zwar augenblicklich wieder leidlich, obschon die Haltung eines Teils der deutschen Presse während des Burenkrieges und nach dem chinesisch-deutschen Abkommen die Leute der Downing Street stark vor den Kopf gestoßen hat, und mit den Vereinigten Staaten haperte es bis vor dem Besuch der amerikanischen Schiffe in Kiel recht bedenklich, Deutschlands Vorgehen in Venezuela, wo England, wie man sagt, Deutschland schlau die Rolle des Hahnemann mit den großen Wasserstiefeln spielen zu lassen versuchte, hätte uns beinahe in ähnlichen Konflikt mit den Vereinigten Staaten gebracht, wie damals, als Admiral Diederichs gegen den Willen des amerikanischen Kollegen in den Hafen von Manila hineindampfte. Daher ist auch anderen europäischen Staaten die Lust vergangen, sich noch einmal den Bannstrahlen der Monroedoktrin auszusetzen und zwar derart, daß manche von ihnen ihren Untertanen, die geschäftliche Interessen in gewissen südamerikanischen Raubstaaten haben, den Rat zu geben pflegen, sofort alles zu liquidieren, da „man“ nicht in der Lage sei, ihre Beschwerden mit Nachdruck zu unterstützen. Und wie steht Deutschland mit Italien? Offiziell gut, aber im Lande? Beliebt sind wir keineswegs, weil trotz aller deutschen Gegenerklärungen und der Wahrheit entgegen die nach Paris schielenden Chauvinisten immer und immer wieder behaupten, daß Deutschland es sei, das Italien die Militärlasten aufzwinge, und weil andere durch Nationalstolz erregte Leute glauben, Deutschland wolle Italien bevormunden. Unbeliebt ist Deutschland auch in gewissen Kreisen Österreichs, das doch noch unseren festesten Rückhalt bildet, weil man allerlei krause Einfälle einiger alldeutscher Vereine zu ernst genommen hat.

Was folgt aus dieser eigenartigen internationalen Stellung Deutschlands? Nichts anderes als daß dieses sich im Innern mehr als Einheit zusammenfassen muß, um desto größerer und kräftigerer Gegenstöße auf äußere Angriffe fähig zu sein. Folglich müssen sich alle liberalen

Elemente unseres Vaterlandes vereinigen und, indem sie sich selbst zum international politischen Denken gewöhnen, ebensowohl zur außenpolitischen Erziehung der Massen als zur innerpolitischen der Regierung beitragen. Schon dämmert es ja, wie Kenner der Verhältnisse sagen, auch in den höchsten Kreisen, wo man einzusehen anfängt, daß es auch in den extremen Parteien Männer gibt, die als Idealisten von sich sagen: „Nicht mit zu hassen, mit zu lieben bin ich da“ und daher den Stoff zu brauchbaren Staatsmännern abgäben. Sache der Regierenden wäre es, die Brücke zu ihnen zu schlagen.

Doch wollen wir uns hier nicht in Verbesserungsplänen ergehen. Jedenfalls ist das eine sicher, daß uns die Entwickelung, welche die Vereinigten Staaten genommen haben, vor große Probleme stellt. Diese bedrohen uns nicht nur wirtschaftlich, sondern sie sind auch politisch eine Gefahr geworden, da in ihnen der Chauvinismus zum Imperialismus ausgeartet ist, der zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Man werfe doch nur einen Blick in die großen amerikanischen Zeitungen zu Zeiten, wo sich Onkel Sam von irgend woher beleidigt glaubt; in ihren spaltenlangen Telegrammen spukt nichts als Blutdurst, ihre Riesenillustrationen rasseln mit dem Schwert. Man erinnere sich nur an den Fall von Beirut. Auch kürzlich noch ließ der streitbare und reiche Bruder Jonathan es sich sehr angelegen sein, der Welt zu zeigen, daß er keine Götter neben sich dulde, als er in Panama die kleine Revolution inszenierte.

Das königl. preußische historische Institut in Rom und der Fall Schulte.

Von Dr. Wilhelm Mayer.

Es sind nun etwa zwei Jahre verflossen, seitdem Herr Spahn junior durch den Druck der Hofatmosphäre auf den Katheder einer ordentlichen „katholischen“ Geschichtsprofessur in Straßburg emporgeschleudert wurde. Als damals der jüngst gestorbene Altmeister der deutschen Geschichtsforschung, Theodor Mommsen, gegen die in Berlin neuerdings beliebte Schaffung ultramontaner Geschichtsprofessuren öffentlich Protest erhob und wie überhaupt für jede wahre Wissenschaft so insbesondere auch für die Geschichtsforschung als notwendige Forderung aufstellte, daß sie *voraussetzungslos* sein müsse, da gerieten die ultramontanen Zeitungsschreiber im deutschen Reiche plötzlich in die grimmigste Ver-

ſerkerwut. Sie drehten und deutelten an dem einen Wörtchen, was ſie nur konnten, und ſpotteten, höhnten, ſchimpften und tobten in zahlreichen langen und kurzen Artikeln ihrer Blätter über den greiſen und großen Gelehrten, der dieſe Forderung kühn und ſelbſtbewußt öffentlich aufgeſtellt hatte. Aber noch nicht zwei Jahre waren verfloſſen, da konnte Mommſen in Erinnerung an ſeine damalige Tat in grimmigem Behagen ſich die Hände reiben. Denn ſchon war es vor aller Welt aufgedeckt, wie weit mans in Berlin mit der Förderung und Pflege der nicht vorausſetzungsloſen Wiſſenſchaft im Verlaufe von nur zwei Jährchen gebracht hatte.

Ungefähr um dieſelbe Zeit, als Herr Spahn die „katholiſche" Geſchichtsprofeſſur in Straßburg erhielt, wurde der Direktor des preußiſchen hiſtoriſchen Inſtituts in Rom, Profeſſor Friedensburg, von Rom als Archivdirektor nach Stettin verſetzt. Der Mann hatte als Proteſtant und vorausſetzungsloſer Forſcher während ſeiner mehrjährigen Amtsverwaltung in Rom den Beweis geliefert, daß auch ein ſolcher ganz gut mit den päpſtlichen Beamten der Bibliothek und des Archivs im Vatikan auskommen kann. Aber zu ſeinem Nachfolger erkor man keinen Proteſtanten, ſondern in zärtlicher Rückſicht auf das Zentrum einen Vollblutultramontanen, den Breslauer Geſchichtsprofeſſor Alois Schulte. So erhielt dieſer eine ebenſo angeſehene wie einträgliche Doppelſtellung: Im Spätherbſt dem Ungemache des ſtrengen und langen nordöſtlichen Winters entfliehend, waltete er während des langen Winterſemeſters als Leiter des hiſtoriſchen Inſtituts in ſeiner prächtigen Amtswohnung im Palaſte Giuſtiniani zu Rom, und im Frühſommer der ſüdlichen Überhitze enteilend hielt er während des kurzen Sommerſemeſters ſeine Vorleſungen in Breslau.

Hier aber ſollte er nicht lange bleiben. Er hatte ja einen Protektor, der in Berlin mächtiger und einflußreicher iſt als ſelbſt manche transalbingiſche Exzellenz. Es iſt das Freiherr von Hertling, als berliniſch-römiſcher Internunzius längſt bekannt und auch als Profeſſorifax ſowohl in München wie in Berlin und Straßburg genugſam bewährt. Eines Tages begab ſich dieſer in ein gewiſſes Haus in Berlin und ſtellte dort einem gewiſſen Herrn vor, daß, was ſoeben in Straßburg als recht und billig befunden ſei, nun doch auch in Bonn als recht und billig gelten und eingeführt werden müſſe. Ebenſo wie es in Straßburg katholiſche Studenten gebe, für deren Rettung vor der Ketzerei eines vorausſetzungsloſen Geſchichtsſtudiums man durch Schaffung einer katholiſchen Profeſſur für katholiſche Geſchichte des Mittelalters und der Neuzeit geſorgt habe, ſeien auch in Bonn katholiſche Studenten und insbeſondere noch an 200 katholiſche Theologen, deren Geiſter nicht mit dem

gährenden Drachengifte der voraussetzungslosen Forschung, sondern mit der milchfrommen Denkart ultramontaner Geschichtsauffassung zu versorgen seien. Nun gab es zwar damals an der Bonner Universität einen noch heute lebenden und lehrenden katholischen Professor für mittlere und neuere Geschichte. Aber der Mann ist nicht ultramontan; er forscht, lehrt und schreibt voraussetzungslos und nicht nach den Regeln des Syllabus und den „im Gewissen verpflichtenden", vor wenigen Jahren neu redigierten Statuten der Inderkongregation. Somit mußte neben ihm eine neue Professur für katholische Geschichte geschaffen werden. Herr von Hertling wünschte es; und seine Wünsche verdienen in Berlin Berücksichtigung. Denn hinter ihm steht dort eine parlamentarische Kohorte von 100 Zentrumlern, die im Kampfe für „Wahrheit, Freiheit und Recht" der Regierung während des letzten Dezenniums — natürlich gegen Entgelt! — schon die wertvollsten Dienste geleistet hat und demnächst nicht minder zu leisten in Aussicht stellt. Hat sie denn nicht Septennat und Marineetat und dergleichen Miniatur-Ausgabeposten ganz militärfromm mit durchsetzen geholfen? Hat sie nicht „für Wahrheit, Freiheit und Recht" auch der schönen lex Arons zugestimmt? Hat sie nicht, nachdem ihr durch eine Straßburger Vertrauensperson vorher dafür die Kreierung der Straßburger katholischen Geschichtsprofessur in Aussicht gestellt war, im Reichstage auch für Bewilligung eines Millionenzuschusses zum Ausbau der Hohkönigsburg für den Kaiser gestimmt? Hat sie nicht noch jüngst für den herrlichen Zolltarif mit seinen projektierten Liebesgaben für die Gardeleutnants und Kavallerieoffiziere produzierende und darum so notleidende Landwirtschaft des Ostens gestimmt? Und wird sie nicht demnächst — natürlich stets mit kleinen Abstrichen, die als Feigenblätter dienen — auch für Erhöhung der Offizierspensionen, für Erhöhung der Militär- und Marineausgaben und für weiß Gott noch was alles stimmen? Da wäre es denn doch wirklich schnöder Undank gewesen dem Vorkämpfer einer solchen Partei die Bewilligung einer solchen Kleinigkeit wie Errichtung einer Professur abzuschlagen.

Für diese Bonner katholische Geschichtsprofessur hatte Herr von Hertling auch schon einen bestimmten Kandidaten in petto, nämlich eben Herrn Schulte, ja auch für dessen Ersatz in Breslau wußte er bereits den richtigen Mann, der denn auch in Berlin ganz akzeptabel befunden wurde, nachdem er eine abfällige scharfe Kritik über das Werk eines allzu ultramontanen, jesuitischen Geschichtsbaumeisters veröffentlicht hatte.

Die Bonner katholische Geschichtsprofessur und Herr Schulte als deren nächster Inhaber war also ein rasch vereinbarter Plan. Diesem aber stellte sich gleich anfangs ein anscheinend sehr widriges Hindernis entgegen. Für erledigte oder neugeschaffene Professuren haben nämlich in

Preußen nach altem Gewohnheitsrecht die betreffenden Fakultäten ein Vorschlagsrecht. Die betreffende Bonner Fakultät aber bestand aus Leuten, die sämtlich oder fast sämtlich Anhänger und Pfleger der „voraussetzungslosen“ Wissenschaft waren. So ließ sich denn als sicher vorhersehen, daß die Fakultätsmitglieder wenigstens in ihrer großen Mehrzahl gar keine Neigung haben würden, den ihnen von oben zu empfehlenden Herrn Schulte vorzuschlagen. Aber über die Zwirnsfäden des altpreußischen akademischen Vorschlagsrechtes ist man in Berlin unter dem neuen Zickzackkurs noch nie gestolpert. So auch denn diesmal nicht. Man zitierte dorthin den derzeitigen Fakultätsdekan, einen entschieden antiultramontanen Herrn und gab ihm dort über den Plan im allerhöflichsten Tone ein Privatissimum. Für ihn wurde dann die Reise nach Berlin mutatis mutandis genau dasselbe, was für Sankt Paulus die Reise nach Damaskus geworden ist. Von Bonn reiste er ab als Saulus, und nach Bonn kehrte er heim als Paulus. Und hier war der Bekehrungseifer des Neubekehrten so wirksam, daß man in Berlin schon bald dem Herrn Schulte die freudige und erfreuliche Mitteilung machen konnte, daß er für die neue Bonner katholische Geschichtsprofessur von der Bonner Fakultät einstimmig vorgeschlagen und somit von der Regierung ernannt sei.

Inzwischen aber hatte dieser schon gleich im ersten Arbeitsjahre seiner römischen Institutsdirektion sich beeilt den vollgiltigen Beweis zu liefern, daß er in seinen wissenschaftlichen Leistungen weder auf konfessionellem noch auf politischem Felde zu den Voraussetzungslosen à la Mommsen gehöre. Er selber oder ein ihm untergebenes Mitglied des preußischen historischen Instituts in Rom hatte im Vatikan die Rechnungen über die Erträge des Ablasses gefunden, der das Auftreten Luthers im Jahre 1517 zur Folge hatte. Die Ablaßertragsrechnungen wurden kopiert und, da sie immerhin einen interessanten Beitrag zur Reformationsgeschichte im allgemeinen und zur neueren deutschen Geschichte im besonderen darstellen, wurde deren Veröffentlichung projektiert. Beiläufig bemerkt enthalten dieselben auch nichts überraschendes und wichtiges Neues. Denn daß die Ablässe im späteren Mittelalter im wesentlichen nichts mehr und nichts weniger waren als ein päpstliches Finanzmittel, um die Bedürfnisse der päpstlichen Kammer zu befriedigen, ist eine längst bekannte historische Tatsache. Schon mehr als 100 Jahre vor Luthers Auftreten hatte beispielsweise Papst Bonifaz IX. die Ablaßerteilung und Verkündigung noch viel ausgiebiger als zu Luthers Zeit Leo X. ausgenützt, um die päpstliche Kasse zu füllen. Immerhin aber lag die Veröffentlichung im Interesse der Wissenschaft, war also für einen voraussetzungslosen Forscher eine selbstverständliche Sache.

Ganz anders aber lag die Sache bei Herrn Schulte. Er wollte nur veröffentlichen, wenn von geistlicher und weltlicher Seite keine Bedenken dagegen erhoben würden. Seine Auffassung von der Freiheit der Wissenschaft entsprach also etwa den Zuständen des 18. Jahrhunderts in manchen Staaten, welche den Druck erst dann gestatteten, wenn die Druckschrift die geistliche und staatliche Zensur glücklich bestanden hatte. Schulte wandte sich also zunächst an den päpstlichen Bibliothekar, den Jesuitenpater Ehrle, und fragte ihn, ob man seitens des Vatikans die Veröffentlichung beanstande. Ehrle verneinte das entschieden mit dem Hinweis, daß nach den ausdrücklichen Versicherungen Leos XIII. dem Heiligen Stuhle nichts ferner läge als dunkle Punkte der Kirchengeschichte irgendwie zu verhüllen und zu vertuschen. Schulte wandte sich dann andererseits an den preußischen Ministerpräsidenten von Bülow und fragte auch bei ihm an, ob man dort gegen die Veröffentlichung der Ablaßrechnungen, deren Inhalt er kürzest skizzierte, Bedenken habe. Bülow gab ihm die lakonische Antwort: Ignorieren! und Schulte nahm nun von der Veröffentlichung Abstand.

Die interessanten Ablaßrechnungen wurden also nun zu anderem „schätzbaren Material“ des historischen Instituts reponiert, und sie würden wohl im Berliner Staatsarchiv noch manches Jahr und vielleicht für immer ungehoben geruht haben, wenn Schulte nicht Mitwisser gehabt hätte in Fachgenossen, die von den Zwecken der historischen Wissenschaft und von der Freiheit der Forschung ganz andere Begriffe hatten als Professor Schulte und Staatsminister von Bülow. Bei ihnen regte sich der Unwille über die von Schulte beliebte Behandlung der Sache und der Entschluß das jämmerliche Begräbnis des historischen Materials zu hintertreiben. Auf dem letzten deutschen historischen Kongreß wurde die Sache in vertraulichen Kreisen recht lebhaft besprochen und gelangte so zur weiteren Kenntnis. Zuerst wurde dann die Sache an die Öffentlichkeit gebracht von der „Deutsch-evangelischen Korrespondenz“. Ihr folgte bald darauf die „Saale-Zeitung“ mit einem Artikel, der offenbar von der Feder eines genau informierten historischen Fachmannes stammte. Liberale Zeitungen besprachen dann die beiden Mitteilungen und benutzten sie zu Angriffen gegen den Minister von Bülow, dessen oben erwähnte Antwort sie als eine neue unstatthafte Rücksichtnahme auf das Zentrum und den Ultramontanismus auffaßten und darstellten. Gegen diese Darstellung aber wandte sich von ultramontaner Seite in der „Augsburger Postzeitung“ ein wiederum gut informierter und wohl zu Schulte in guten Beziehungen stehender Korrespondent, welcher behauptete, die betreffenden Ablaßrechnungen gäben über einen damaligen protestantischen Fürsten Mitteldeutschlands sehr unangenehme Aufschlüsse und enthielten

Enthüllungen, welche auch für die Gegenwart peinliches Aufsehen erregen würden. Der ultramontane Korrespondent suchte offenbar Herrn Schulte wegen seiner Anfrage an Pater Ehrle und Minister von Bülow und zugleich auch letzteren wegen seines Kommandos: Ignorieren! zu entschuldigen. Er erreichte hierdurch aber nur dieses, daß man in weiteren Kreisen erst recht neugierig auf den Inhalt der famosen Ablaßrechnungen wurde. Es nützte nun der „Kreuzzeitung" auch nichts mehr, daß sie die über die Sache gebrachten Enthüllungen in altgewohnter edler Dreistigkeit als „Tatarennachrichten" bezeichnete und darüber lamentierte, daß „die Zuträger solcher Geschichten der evangelischen Sache den allerübelsten Dienst leisten." In Berlin sah man bereits ein, daß ein längeres „Ignorieren" sehr mißliche Folgen haben könnte. Es konnte sich ja leicht irgend ein konfessionell und politisch voraussetzungsloser Forscher nach Rom begeben, wo er in der Bibliothek oder im Archiv des Vatikans die vielbesprochenen Ablaßrechnungen unschwer herausfinden würde. Die päpstliche Verwaltung hat ja nichts gegen deren Abschrift und Veröffentlichung. Und dann — welche Blamage! Also entschloß man sich in Berlin wohl oder übel die Veröffentlichung zu gestatten und ins Werk zu setzen. Um die Erregung des Publikums möglichst zu kalmieren und zugleich die Aufmerksamkeit von dem üblen Eindrucke der Schulte-von Bülowschen Korrespondenz abzulenken, benutzte man als offiziöses Sprachrohr die „Deutsche Literaturzeitung" und lanzierte in diese einen langatmigen Artikel, von welchem hier nur der erste Teil wiedergegeben zu werden verdient:

„Nach § 11 des Statuts des Preußischen historischen Instituts besitzt das Kuratorium das freie Verfügungsrecht über die Arbeiten der Mitglieder des Instituts. Es hat nach Vorlegung der Manuskripte und nachdem der wissenschaftliche Beirat zur Sache gehört worden ist, seine Entscheidung in dem Sinne, daß die jeweiligen Arbeiten entweder unter die Veröffentlichungen des Instituts aufgenommen oder daß sie den Verfassern zu beliebiger wissenschaftlicher Verwendung überlassen werden, zu treffen. Demgemäß war zunächst abzuwarten, bis das Manuskript der Schulteschen Arbeit fertiggestellt war. Nachdem jetzt das Manuskript dem Kuratorium vorliegt, wird die Angelegenheit den statutengemäßen Verlauf nehmen . . ."

Etwa 2 Monate später bringt dann neuerdings dieselbe „Deutsche Literaturzeitung" aus derselben offiziösen Quelle die Notiz:

„Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat der Fall Schulte nunmehr seine Erledigung in der Art gefunden, daß entsprechend den Anträgen des Wissenschaftlichen Beirates und dem Beschlusse des Kuratoriums die Veröffentlichung des von Schulte gefundenen Ablaßakten-

Materials in nächster Zeit erfolgt. Die Arbeit wird im Verlage von Duncker und Humblot erscheinen."

So hat es denn Jahr und Tag gedauert und erst der Mobilmachung in der Presse bedurft, ehe man sich an maßgebender Stelle zur Veröffentlichung der Ablaßrechnungen entschlossen hat. Als Behinderungsgrund hatte, wie schon oben bemerkt worden ist, ein ultramontanes Blatt behauptet, daß diese Ablaßrechnungen über einen *damaligen protestantischen Fürsten Mitteldeutschlands peinliches Aufsehen erregende Aufschlüsse* bringen würden. Ich glaube indes, daß dieses Blatt mit dieser Behauptung in die Irre geführt ist. Welcher mitteldeutsche protestantische Fürst sollte denn das gewesen sein? Den *norddeutschen* Kurfürsten von Sachsen, den Landesherrn und Beschützer Luthers, kann man doch nicht so nennen. Von den mitteldeutschen protestantischen Fürsten könnte man zunächst an den Landgrafen von Hessen und an den Kurfürsten von der Pfalz denken. Aber ich wüßte nicht, wie diese in der Sache der Ablaßgelder eine so schimpfliche Rolle gespielt haben könnten und warum man in Berlin neuestens so große Beklemmung darüber empfunden haben könnte, über diese belastendes Geschichtsmaterial veröffentlichen zu lassen. Ganz anders aber liegt die Sache an einer ganz anderen Stelle! Nachdem Papst Leo X. zur Beschaffung der Gelder für den Bau der Peterskirche einen großen Jubiläumsablaß ausgeschrieben hatte, *übernahm* der prachtliebende und stets geldbedürftige Mainzer Kurfürst und Erzbischof *Albrecht, ein Hohenzoller und Bruder des Kurfürsten und Markgrafen Joachim I. von Brandenburg, den Vertrieb des Ablasses für einen großen Teil Deutschlands — gegen Zusicherung der Hälfte des Geldbetrags.* Einer seiner Unterkommissäre war der Dominikanermönch *Tetzel*, der den Handel im Jahre 1515 begann, begleitet von einem Bevollmächtigten des Augsburger Bankhauses *Fugger*, das mit der Einkassierung und Ablieferung der Ablaßgelder an die päpstliche Kammer betraut war. Und einer der beiden Orte, an welchen Tetzel sein Geschäft in einer so anstößigen Weise betrieb, daß darüber Luthers Zorn rege wurde und sich dann in der welthistorisch gewordenen Weise Luft machte, war gerade *Jüterbog, ein Städtchen im Gebiete des Kurfürsten und Markgrafen Joachim I. von Brandenburg.* — Das ist wohl der Schlüssel zur Geschichte vom „Fall Schulte"!

Die Grundfragen des französischen Kulturkampfes.

Von Dr. M. Kronenberg (Berlin).

III.

Die Unterrichtsfrage.

Überall, wo es sich um eine Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche handelt, spielt die Frage des Unterrichts und der öffentlichen Erziehung die wichtigste wenn nicht gar die allein entscheidende Rolle. In den vorgeschrittenen modernen Staatswesen liegen dabei die Verhältnisse in der Regel so, daß das Recht des Staates oder vielmehr der weltlichen Gewalten auf einen wesentlichen Anteil an der gesamten öffentlichen Erziehung auch von seiten der Kirche nicht bestritten wird; nur das Maß dieses Anteils und vor allem die Frage der Suprematie bildet den eigentlichen Gegenstand des Streites. Anders in Frankreich. Hier herrscht der vollkommenste Dualismus, und das gesamte Erziehungswesen ist in zwei ziemlich gleiche Hälften geteilt: in der einen Hälfte besitzt der Staat alle Rechte, in der anderen gar keine, und ebenso umgekehrt auch die Kirche. Mit anderen Worten: die eine (wiewohl größere) Hälfte der französischen Unterrichts- und Erziehungsanstalten sind reine Staatsschulen, von denen jeder kirchliche, jeder geistliche Einfluß vollständig ausgeschlossen ist und um so mehr auch de facto ausgeschlossen bleiben kann, als in ihnen keinerlei Religionsunterricht erteilt werden darf; die andere (kleinere) Hälfte bilden ebenso reine kirchliche Erziehungsanstalten, insbesondere Kongregationsschulen, von denen ebenso jeder Einfluß staatlicher oder überhaupt weltlicher Behörden vollständig ausgeschlossen ist.

Dieser Dualismus ist wohl die seltsamste Anomalie, die gegenwärtig in der Schulverwaltung irgend eines Staates zu finden ist. Die Ursache dafür liegt in den unausgesetzten und bis heute noch ungeschwächt fortdauernden Kämpfen zwischen den Prinzipien der Revolution und der Restauration, Aufklärung und Romantik, welche das ganze neunzehnte Jahrhundert hindurch Frankreich erfüllt haben. Wenngleich die Prinzipien der Revolution das in der großen Umwälzung von 1789 gewonnene Terrain nicht nur behaupten, sondern, ungeachtet aller Rückschläge, auch langsam weiter ausdehnten, so waren doch diese Fortschritte nicht durchgreifend genug, um auch nur ihr dauerndes Übergewicht zu begründen, geschweige denn ihren vollständigen Sieg herbeizuführen: auch die Restauration oder, wie man später sagte, die Gegenrevolution, blieb mächtig und im wesentlichen unbesiegt. So blieb der Dualismus der öffentlichen Gewalten und der geistigen Prinzipien des öffentlichen Lebens in Frankreich bestehen — er fand rechtlich vor allem seinen Ausdruck im

Konkordat und in der lex Falloux: jenes bedeutet die Gleichordnung von Staat und Kirche als vertragschließender Mächte im öffentlichen Leben, als Inhaber öffentlicher Gewalt überhaupt; dieses, die lex Falloux, die Gleichordnung der kirchlich-religiösen und der staatlich-weltlichen Erziehung. Und es ist charakteristisch, daß beide Gesetze unter napoleonischer Herrschaft zu stande gekommen sind, das Konkordat unter Napoleon I., das Gesetz Falloux unter Napoleon III. Denn das Wesen des Bonapartismus, als politischen Prinzips, war eben die Stabilierung dieses Dualismus von Restauration und Revolution, Kirche und Staat, Legitimismus und Demokratie, Klerikalismus und Weltlichkeit, Romantik und Aufklärung usw. Indem der Bonapartismus sich auf beide Gegner zugleich zu stützen suchte, sollte jeder auch an ihm, am napoleonischen Kaisertum, allein seinen festen Halt haben.

Das Gesetz Falloux (so genannt nach seinem Haupturheber, dem klerikalen Senator Falloux), das am 15. März 1850 erlassen wurde, proklamierte von Rechts wegen das Prinzip der sogenannten Unterrichtsfreiheit. Dies bedeutet aber nicht, wie man auf Grund des verlockenden Wortes Unterrichtsfreiheit erwarten sollte, daß unbeschränkte allgemeine Freiheit auf dem Gebiete des Unterrichtswesens herrschen solle, sondern nur, daß die beiden Konkurrenten, Staat und Kirche, sich gegenseitig die Freiheit zugestehen, nach Belieben Unterrichtsanstalten zu gründen und darin zu lehren, was ihnen gut dünkt. Da, von wenigen Anstalten, Seminarien und dergleichen abgesehen, nicht die Kirche als solche, sondern deren Unterrichts- oder Lehrorden es sind, welche Schulen zu gründen pflegen, so sind also durch die lex Falloux den Ordensschulen gleiche Rechte mit den Staatsschulen und völlige Unabhängigkeit vom Staate gewährleistet.

Was diese sogenannte „Unterrichtsfreiheit" der lex Falloux in der Praxis bedeutet, ist leicht zu ersehen. Im Gegensatz zu den kontemplativen Orden gehören ja gerade die Lehrorden, — unter denen wiederum die Jesuiten in der vordersten Reihe stehen — durchaus der ecclesia militans an, ihnen ist der Gedanke der Weltflucht ganz oder doch zum größten Teil abhanden gekommen, vielleicht nur noch in gewissen Äußerlichkeiten des Ordenslebens sichtbar hervortretend: ihr einziger Zweck ist die Ausbreitung und Steigerung der Kirchenmacht. Diesen Orden die unbeschränkte Unterrichtsfreiheit geben, hieß also, die heranwachsende Jugend als unbegrenztes Rekrutenmaterial der ecclesia militans überweisen, aus dem diese ihre direkten und indirekten Helfer, Stützen und Werkzeuge formen konnte. Duruy hat also vollkommen recht, wenn er die lex Falloux als den größten Sieg bezeichnet, den die Kirche seit dem Konkordat errungen hat.

Die Folgen dieses Sieges der Kirche haben sich denn auch in den zwei Jahrzehnten der Herrschaft Napoleons III. und noch weiterhin in der dritten Republik deutlich genug gezeigt: der Einfluß der Kirche auf das gesamte französische Erziehungswesen ist stetig und progressiv gewachsen. Nun könnte man zwar sagen, daß ja neben den Kongregationsschulen auch den Staatsschulen und den freien Laienschulen durch die lex Falloux die Möglichkeit gegeben war, sich unbehindert zu entwickeln und den geistlichen Anstalten das Terrain streitig zu machen. Aber den ersteren gegenüber waren die letzteren, von anderen weiterhin zu erwähnenden Gründen noch abgesehen, von vornherein schon, dank der „Unterrichtsfreiheit" der lex Falloux, in einer wesentlich ungünstigeren Lage. Nicht nur daß die Ordensschulen den ganzen Druck der Kirche aufbieten konnten, daß die Leiter und Lehrer der geistlichen Unterrichtsanstalten vielfach zugleich die Beichtiger der Eltern und vor allem der Mütter waren, deren Kinder sie zugleich mit den Laienschulen umwarben, nicht nur daß die Orden, dank ihrem Einfluß und vor allem ihrer ungeheueren materiellen Macht, den Zöglingen die verlockendsten Aussichten zu bieten vermochten, so konnten sie aller Konkurrenz vor allem auch dadurch die Spitze bieten, daß ihren Zöglingen ein geringeres Maß von Plage mit dem leidigen Wissen in Aussicht stand. Denn größeren Wert legten sie eben auf den Glauben oder auch auf das bloße Surrogat desselben, die äußeren Observanzen, bei denen ein erhebliches Aufgebot von Verstandeskräften überflüssig ist. Und die Art der Vorbildung der Lehrer an diesen geistlichen Anstalten tat ein übriges, um vielfach, namentlich in den entlegeneren Provinzen, das geringe Maß von Anforderungen, welches der Zögling zu erwarten hatte, noch weiter herabzusetzen. Denn während für die Lehrkräfte an den Staatsschulen das Maß von positiven Kenntnissen, von pädagogischer Befähigung, für die Anstellung entscheidend war, so lag natürlich für die „lehrenden" Mönche und Nonnen das Schwergewicht in dem Maß von Glaubens- und Gehorsamsstärke, von Bewährung in den Ordensregeln und dergleichen; und während die Laienlehrer strenge Examina durchzumachen und eine umfassende Vorbildung nachzuweisen hatten, so genügte es für die kongreganistischen Lehrer vollkommen, eine Mönchskutte oder ein Nonnenkleid vorzuweisen, um damit den Nachweis ihrer Lehrbefähigung erbracht zu haben.

Dank jedenfalls aller solcher, eine natürliche Anziehung ausübenden „Vorzüge" der kongreganistischen Schulen, haben diese seit dem Erlaß der lex Falloux in der stärksten Weise sich ausgebreitet. Während beispielsweise 1865 in ganz Frankreich 278 Mittelschulen mit 35 000 Schülern in der Hand des Klerus waren, zählte man 1897 418 solcher

Schulen mit 62 188 Schülern. Dagegen gab es 1865 noch 657 freie Laienschulen mit 43 000 Schülern, im Jahre 1898 deren nur noch 202 mit 9725 Schülern. Die Staatsschulen endlich stiegen von 1865 bis 1897 von 328 auf 338, ihre Schülerzahl von rund 66 000 auf 86 000 — eine verschwindend geringe Zunahme, verglichen mit dem Anwachsen der Kongregationsschulen. Außer den bisher in Rechnung gezogenen klerikalen Schulen giebt es aber noch eine große Anzahl kleiner Seminare, die auf den geistlichen Beruf vorbereiten und jetzt rund 23 000 Schüler besitzen. Zieht man diese in betracht, dann ergibt sich die Tatsache, daß gegenwärtig nahezu die Hälfte des französischen Bürgertums (d. h. aller der Leute, die Gymnasial- oder Realschulbildung erwerben) eine klerikale Erziehung genießt, während es im Jahre 1865 kaum ein Viertel, 1884 etwas mehr als ein Drittel waren.

Ohne die Seminare stellten sich die Verhältnisse im Jahre 1897 ungefähr folgendermaßen:

Private klerikale Anstalten:	43 % Schulen,	40 % Schüler
Staatsanstalten:	34 % „	53 % „
Private Laienschulen:	23 % „	7 % „

Nun ist allerdings das Gesetz Falloux seit seinem Erlaß wiederholt an verschiedenen Punkten durchlöchert worden. Es wurden Bestimmungen getroffen, daß die Lehrer auch an den öffentlichen geistlichen Schulen wenigstens ein Lehrdiplom aufweisen müßten, ja daß diese Schulen selbst in gewisser Frist sich verweltlichen müßten, und dergleichen — aber alle diese Bestimmungen blieben unwirksam, dank dem entgegenstehenden Prinzip der lex Falloux, wenn sie nicht gar einfach auf dem Papier blieben, weil auch unter den Staatsmännern der dritten Republik kaum einer es wagte, das heiße Eisen der Unterrichtsreform und des Kampfes gegen die Kirche wirklich herzhaft anzufassen.

Wie wenig aber auch von solcher Flickarbeit und vereinzelten Maßnahmen zu erwarten ist, das hat sich deutlich bei dem letzten Vorstoß gezeigt, der erfolgte, um der Wirksamkeit des kongreganistischen Unterrichts wenigstens praktisch an einigen Stellen Abbruch zu tun: bei der Schließung von Ordensschulen in Konsequenz des Vereinsgesetzes von Waldeck-Rousseau. Diese Schließungen von Ordensschulen, welche nach außen so viel Lärm verursachten, entsprangen nicht, wie unkundige Beobachter vielfach meinten, einem gesonderten Vorgehen gegenüber den Ordensschulen, sie gingen nicht hervor aus irgend welchen pädagogischen oder auch nur schultechnischen Erwägungen, sondern bildeten lediglich eine Art von verwaltungsrechtlichem Appendix zum Vereinsgesetz, eine unmittelbare Konsequenz der die Kongregationen betreffenden neuen Gesetzesbestimmungen. Indem diese dahin lauteten, daß ohne staatlicher-

seits erteilte Konzession in Zukunft keine Ordensgemeinschaft oder deren Niederlassung mehr geduldet werden sollte, so mußte die Regierung naturgemäß gegen alle Ordensniederlassungen und deren Dependenzen vorgehen, welche entweder die Konzession innerhalb der gesetzlichen Frist überhaupt nicht eingeholt, oder, nachdem sie darum nachgesucht, sie nicht erhalten hatten. So wurden, lediglich in Konsequenz des Vereinsgesetzes, eine Anzahl von Klöstern und von zu diesen gehörenden Unternehmungen verschiedener Art, Fabriken, Manufakturen und — Schulen, von den Behörden geschlossen. Diese Maßnahmen hatten also mit den allgemeinen Gesichtspunkten der Unterrichtsfrage zunächst fast nichts, jedenfalls sehr wenig zu tun, und die Schließung einer Reihe von Kongregationsschulen, welche das Ministerium Combes durchführte, stand durchaus auf gleicher Linie mit der Schließung so mancher geistlichen Spirituosenfabrik, welche noch das Ministerium Waldeck-Rousseau vorzunehmen hatte.

Daß aber diese Schließung von einigen Dutzend Schulen, welche sich den Bestimmungen des Vereinsgesetzes nicht fügen wollten, auch praktisch eine Maßnahme von geringer Tragweite war und den Lärm ganz und gar nicht verdiente, den die Klerikalen aus politischen Gründen darüber erhoben, wurde nur zu bald offenkundig. Denn nicht nur daß die Zahl der geschlossenen Schulen gegenüber der Gesamtzahl der klerikalen Unterrichtsanstalten, welche bestehen blieben, wenig ins Gewicht fiel, so konnte die ganze Maßnahme selbst, dank wieder dem Gesetz Falloux, vielfach ganz unwirksam gemacht werden. Denn es brauchten die Lehrer der aufgehobenen Kongregationsschulen ja nur ihre Mönchskutten oder Nonnenkleider abzulegen und entweder in das Habit eines Weltgeistlichen zu schlüpfen oder einen Strohmann als Gründer und Leiter der Unterrichtsanstalt vorzuschieben, so war die Privatgeistliche- oder Laienschule fertig, der nun die Regierung nichts mehr anhaben konnte. Und in dieser Weise wurden allmählich die regierungsseitig durchgeführten Schließungen von Schulen vollkommen paralysiert und die Kongregationsanstalten in verändeter Form einfach wieder hergestellt.

Das alles hat dann endlich dahin geführt, daß in den Reihen der fortschrittlichen Republikaner des „Blocks“ der Ruf, der schon unter dem Ministerium Waldeck-Rousseau vielfach ertönte, zur allgemeinen Parole geworden ist: Abschaffung der lex Falloux! Und in der laufenden parlamentarischen Session steht der Gesetzentwurf betr. Beseitigung der lex Falloux im Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeiten und der Kampf um diesen Gesetzentwurf im Mittelpunkt der gesamten inneren Politik Frankreichs.

Es mag seltsam erscheinen, daß es erst so langer Zeit und so vieler schlimmer Erfahrungen bedurft hat, ehe man sich daran machte, der fortschreitenden Klerikalisierung Frankreichs in der zunächst einzig wirksamen Weise, nämlich auf dem Gebiete der Erziehung und des öffentlichen Unterrichts, Einhalt zu tun, was wiederum in allein Erfolg versprechender Weise nur möglich war eben durch Abschaffung der lex Falloux. Aber wer darüber sich wundert, vergißt, daß diese lex Falloux nominell eben die „Freiheit des Unterrichts" gesetzlich festlegt, und vergißt, wie leicht gerade die Franzosen an Worten sich berauschen und welchen besonderen Klang gerade das Wort „Freiheit" für sie besitzt. Dieses Imponderabile haben denn auch die Klerikalen bis auf die jüngste Zeit gut genug auszunützen verstanden. Immer wieder, und so auch neuerdings, hörte man diese verführerischen Argumente: Wie, ihr tretet für die Freiheit ein, und ihr wollt die Freiheit des Unterrichts beseitigen? Ist *sie* nicht gerade ein wichtiges Palladium aller und insbesondere der geistigen Freiheit? Und wird nicht die in Aussicht stehende geistige Tyrannei des Staates viel härter und drückender sein, als es die der Kirche nur jemals sein konnte?

Selbst sehr radikal gesinnte und ehrlich fortschrittliche Republikaner haben sich durch diese Argumente vielfach betören lassen, und wenn man ihnen die Alternative stellte: Wollt ihr für die in der lex Falloux festgelegte Unterrichtsfreiheit das Unterrichtsmonopol des Staates eintauschen, so zögerten sie keinen Augenblick, sich für die Unterrichtsfreiheit zu entscheiden. Sie waren dazu um so eher bereit, als einsichtige Freunde wirklicher Freiheit in Frankreich längst darauf bedacht sind, dem übermäßigen Zentralismus und Monopolismus, an dem das ganze öffentliche Leben des Landes seit den Zeiten Richelieus und Mazarins und in noch verstärktem Maße seit der großen Revolution und dem bonapartistischen Regime leidet, möglichst entgegenzuwirken, nicht aber ihm neue Kraft zuzuführen.

Ein Teil der fortschrittlichen Republikaner hält auch gegenwärtig noch an dieser Auffassung fest und will darum zwar die verderbliche lex Falloux abgeschafft, aber das Prinzip der Unterrichtsfreiheit aufrecht erhalten wissen. Ein anderer aber und stetig wachsender Teil der republikanischen Majorität läßt sich doch allmählich immer mehr von der Überzeugung durchdringen, daß man von den listigen Argumenten der klerikalen Gegner sich hat täuschen lassen, daß keinerlei Freiheit gefährdet und *die ganze Alternative*: liberté d'enseignement ou monopole, *Unterrichtsfreiheit oder Staatsmonopol, falsch gestellt ist.*

Denn auf der einen Seite bedeutet zunächst die Unterrichtsfreiheit

der lex Falloux nicht wirkliche Freiheit sondern Privilegierung, nämlich der Kirche und der Ordensgemeinschaften. Während einzelne Personen und ebenso alle anderen Arten von Genossenschaften, welche Unterrichtsanstalten errichten wollen, erst gewisse Nachweise beibringen müssen und der staatlichen Konzession bedürfen, so haben die Orden als solche dieses Recht in unbeschränkter Weise. Darin liegt die einseitige Privilegierung und Ungerechtigkeit, vor allem gegenüber allen anderen Genossenschaften und Gemeinschaftsbildungen, welche, wenn einmal das formale Prinzip der Unterrichtsfreiheit festgehalten werden soll, vielfach — man denke an zahlreiche gemeinnützige Gesellschaften, Vereine für Volksbildung usw. — dieses Recht der Unterrichtserteilung nicht nur in gleichem sondern in noch viel höherem Maße verdienten als selbst die relativ einwandfreiesten Lehrorden.

Auf der anderen Seite aber kann auch ein Unterrichtsmonopol des Staates gar nicht in Frage kommen. In der Art von Monopolen anderer Art, z. B. Tabaksmonopol, Zündhölzchenmonopol usw., wo also jede freie Privattätigkeit auf diesem Arbeitsgebiete ganz ausgeschlossen ist, kann es ein Monopol des Unterrichtens, selbst wenn es geplant würde, überhaupt nicht geben und gibt es auch in keinem Staate, selbst dort nicht, wo in kleineren Staatswesen (beispielsweise Griechenland) das öffentliche Unterrichtswesen nahezu ganz staatlichen Charakter hat. Es kann sich immer nur darum handeln, wie ausgedehnt der Zweig des Unterrichtsbetriebes ist, der unmittelbar von Staats wegen organisiert ist oder doch von ihm patronisiert wird und seiner direkten Fürsorge untersteht. Nicht darin liegt der Schwerpunkt des Unterrichtsproblems sondern in der Frage: welches Maß mittelbaren Einflusses kommt dem Staate in bezug auf alle Veranstaltungen des Unterrichts und der öffentlichen Erziehung zu?

Diese Frage aber löst sich in einfacher Weise. Man braucht dabei nur hinzublicken auf die vielen anderen Gebiete des öffentlichen Lebens, in denen ein solcher genereller mittelbarer Einfluß des Staates unbeanstandet und ganz selbstverständlich sich geltend macht. Der Staat monopolisiert z. B. das Apothekergewerbe keineswegs, aber er konzessioniert und beaufsichtigt es, d. h. er trägt Fürsorge, daß nur fachkundige Personen dieses Gewerbe ausüben und daß sie dies unter gewissen Cautelen tun, die der staatlichen Überwachung unterliegen — wäre dies nicht der Fall, bestände volle Freiheit des Apothekergewerbes, so möchten wohl ungezählte Tausende jahraus, jahrein nicht geheilt, sondern vergiftet werden. Und ebenso übt der Staat ein gewisses Aufsichtsrecht über das Baugewerbe, das ebenfalls mit wichtigen öffentlichen Interessen verknüpft ist. So hat auch der Staat auf dem Gebiete des gesamten

öffentlichen Unterrichtswesens nicht nur das Recht sondern die Pflicht, eine generelle und ständige Aufsicht auszuüben, die Lehrbefugnis an bestimmte allgemeine Bedingungen zu knüpfen, die Lehrerlaubnis abhängig zu machen von einem gewissen Maß positiver Kenntnis und pädagogischer Befähigung, auch von gewissen allgemeinen moralischen Qualitäten und dergleichen. Das bedeutet nicht Monopolisierung des Unterrichts, nicht das Aufoktroyieren eines einzelnen Schulsystems und die Sanktionierung einer alleinseligmachenden pädagogischen Theorie durch den Staat, sondern es bedeutet lediglich diejenige Eingrenzung des Spielraumes privater Tätigkeit, welche im Staatsleben an so vielen Punkten durch das Interesse der Gesamtheit gefordert wird.

In diesem Zusammenhange erhält auch die Frage des Moralunterrichts ein anderes Gesicht, welche gegenwärtig noch sehr im Hintergrunde der Diskussion sich befindet aber zweifellos sehr bald in den Vordergrund rücken wird, da sie mit der Lösung der ganzen Unterrichtsfrage eng verknüpft ist. Dieser Moralunterricht war und ist recht eigentlich das spezifisch Kennzeichnende, das generell Charakteristische der staatlichen Unterrichtsanstalten in Frankreich. Aber er ist bis heute, trotzdem er nahezu ein Menschenalter bereits besteht, nur zum Teil das geworden, was er hätte sein können und was er sein sollte: das starke Rückgrat der rein weltlichen Schule. Daß er dies noch nicht oder erst zum Teil geworden ist, dafür liegt der Hauptgrund wiederum in dem Dualismus des französischen Unterrichtssystems und in dem auch auf staatlicher Seite so vielfach ängstlich festgehaltenen Prinzip der „Unterrichtsfreiheit", wie es die lex Falloux stabiliert hat. Die Staatsschulen waren ja von vornherein nicht als die Schulen, als die innerhalb der öffentlichen Erziehung allein berechtigten, gedacht sondern nur als eine Hauptgattung von Schulen neben den anderen, den Kongregationsschulen. So kamen die Gesichtspunkte der Konkurrenz von vornherein in das staatliche Schulwesen, auch hinsichtlich des Moralunterrichts, hinein. Dieser sollte ein Ersatz sein für den Religionsunterricht, der natürlich für die Kongregationsschulen im Mittelpunkt stand — zugleich aber sollte er damit doch eben auch in Wettbewerb treten und die dem Religionsunterricht eigentümlichen Wirkungen zu erreichen trachten. So kam es, daß vielfach dieser sogenannte Moralunterricht eigentlich gar keiner war, sondern nur ein Religionsunterricht auf freidenkerischer oder freireligiöser Grundlage, und die moralischen Unterweisungen nahmen innerhalb dieses Religionsunterrichtes zwar einen breiteren Raum ein als im alten, waren aber im übrigen ganz in derselben Weise damit verknüpft. Hatten also die Kongregationsschulen ihren theistischen Gott, so die Staatsschulen ihren deistischen oder auch wohl pantheistischen, und die

„Konkurrenz“ brachte es von selbst so mit sich, daß die beziehungsreichen und mit Geringschätzung gemischten Anspielungen auf die Götter und Heiligen der Gegenseite selten ganz fehlten. Viel beigetragen zu dieser Art des Moralunterrichtsbetriebes hat der herrschende Einfluß, den das philosophische System Auguste Comtes namentlich in den sechziger und siebenziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts ausübte. Dieses System des Positivismus mit seiner vielfach unklaren Vermischung von Religion und Wissenschaft, mit seiner Nachahmung kirchlichen Wesens, paßte ja auch ganz hinein in den allgemeinen kulturellen Dualismus Frankreichs im neunzehnten Jahrhundert: es ist in ähnlicher Weise eine Art von konkurrierender weltlicher Kirche gegenüber der katholischen, wie es die weltliche Staatsschule gegenüber der geistlichen Kongregationsschule ist. Und bedenkt man nun, daß dieser positivistische Religionsunterricht mit Mitteln konkurrieren wollte, die nur die Überlegenheit des Gegners zum Ausdruck bringen konnten, indem er da, wo dieser eindrucksvolle, vor allem ästhetisch wirksame Symbole aufwies, nur blasse Abstraktionen an deren Stelle setzte, so sieht man leicht, wie weit dieser Moralunterricht hinter den gehegten Erwartungen zurückbleiben mußte, selbst wenn man davon absieht, daß die moralische Unterweisung überdies auch vielfach einen religiösen Zug erhielt durch den exaltierten und oft fanatischen Nationalismus, der in ihm beherrschend zur Geltung zu kommen pflegte.

Indessen hat gerade eben im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Kulturkampfsbewegung die Überzeugung von der Notwendigkeit, den bisherigen Moralunterricht nicht nur pädagogisch zu reformieren, sondern, was das wesentlichste ist, ihm prinzipiell, im Zusammenhang des Unterrichtssystems, ja des Staatslebens überhaupt, eine ganz andere Stellung zuzuweisen, bereits weiten Boden gewonnen. Immer mehr durchdringen sich die fortschrittlichen Republikaner mit der Auffassung, daß, so wie der Staat nicht eine Art von Schulen sondern alle zu regulieren und zu beaufsichtigen hat, so auch der Moralunterricht als ein staatsnotwendiges Erfordernis nicht in einzelnen sondern in allen öffentlichen Erziehungsanstalten eingeführt und überall deren eigentliches Rückgrat bilden muß, wohingegen es in keiner Weise die Aufgabe des Staates ist und sein kann, irgend einen Gott, und sei es selbst den allerabstraktesten, offiziell zu lehren und für irgend ein religiöses oder kirchliches System, sei es ein fortschrittliches oder ein rückständiges, Partei zu ergreifen. Denn der Staat ist oder sollte sein ein sittlicher, aber kein religiöser Organismus, er hat das höchste Interesse daran, Fürsorge zu treffen, daß das heranwachsende Geschlecht eingeführt werde in den Pflichtenkreis, der jeden Einzelnen im Leben erwartet, in die sozialen

und sozial-ethischen Zusammenhänge, in alle die verwickelten Beziehungen des menschlichen Daseins — aber er hat gar kein Interesse daran, Fürsorge zu treffen, daß der Einzelne sich auch in irgend einer Weise mit dem Jenseits in Beziehung setze, und zu entscheiden, in welcher von den unendlich vielen Weisen er sich dieses Reich des Transzendenten ausmalen und ausgestalten solle. Dem religiös-kirchlichen Leben gegenüber hat der Staat lediglich die eine rein negative Aufgabe, die Freiheit eines jeden Bekenntnisses zu schützen, jedem aber auch diejenigen gesetzmäßigen Schranken zu ziehen, welche das Interesse der Allgemeinheit erfordert.

Daß in diesem Sinne nicht nur die Frage des Moralunterrichts sondern die gesamte Unterrichtsfrage in Frankreich entschieden werden wird, kann nicht zweifelhaft sein. Diese letztere bildet ja in ihrer Gesamtheit, mit dem ganzen Komplex von Einzelfragen, die zu ihr gehören, nur ein Glied in dem großen Differenzierungsprozeß zwischen religiös-kirchlichem und weltlich-staatlichem Leben, in dem alle modernen Rechtsstaaten begriffen und mehr oder weniger weit vorgeschritten sind. Das Ziel dieses Prozesses ist die volle Verweltlichung des Staates derart, daß innerhalb desselben und unter seiner unbedingten Suprematie, alles religiös-kirchliche Leben lediglich der Sphäre des Privatrechts, nicht mehr des öffentlichen Rechts angehört. Eine wesentliche Etappe innerhalb dieses Verweltlichungsprozesses ist die Verweltlichung der Schule: d. h. Unterricht, Unterweisung, Einführung in die konkreten Zusammenhänge des wirklichen Lebens sind eine rein weltliche Angelegenheit, an der die Gemeinschaft aller Staatsbürger interessiert ist, aber sie hat nichts zu tun mit bestimmten Glaubensvorstellungen, an denen diese oder jene Kategorie von Bürgern interessiert ist; und ebenso sind die Funktionen des Lehrers völlig verschieden von, ja völlig entgegengesetzt denen eines Geistlichen, eines Glaubenspredigers, eines Mönchs und einer Nonne, so sehr entgegengesetzt, daß, wie eben immer mehr mit unwiderstehlicher Überzeugungskraft sich Bahn bricht, beide Funktionen in einer und derselben Person gar nicht vereinigt werden können, ohne daß die eine von beiden oder daß beide in ihrem Wesen verdorben werden. Treffend hat Buisson diesen notwendigen Differenzierungsprozeß und die sich daraus ergebende Konsequenz der absoluten Verweltlichung der Schule gekennzeichnet: „In dem Maße als die Gesellschaft wächst, bilden sich für besondere Funktionen besondere Organe aus, deren Selbständigkeit nötig wird, ohne daß von feindlichen Hintergedanken die Rede sein kann. Der Offizier z. B. kann nicht Richter sein, und durch die Unvereinbarkeit der Funktionen wird weder der eine noch der andere beleidigt. Die Zeit ist im Anzuge, wo eine weitere

Unvereinbarkeit in die Augen fällt: Die der religiösen Funktion mit der Lehrfunktion. Der Priester, und noch mehr der Mönch, ist der Mann des Glaubens, der Lehrer ist der Mann der Vernunft und der freien Prüfung. Lehrer zu sein, das enthält die Verpflichtung zu denken und andere das Denken zu lehren: es heißt den kritischen Sinn wecken und üben, an die Diskussion gewöhnen, den unbeschränkten Forschungsgeist beleben; es heißt erklären, daß man die Wahrheit, wie sie auch immer sei, annehmen werde, an dem Tage, wo die Wissenschaft sie an den Tag bringt, wenn sie auch überlieferte Theorien umstürzen sollte. Kann man behaupten, daß dieser Geisteszustand der eines Priesters, eines Mönches oder einer Nonne sei? Das Leben, das sie führen, die Gelübde, die sie ablegen, die Furcht, die sie haben und die sie ihrer Herde mitteilen, es möchte ihr Glaube verloren gehen oder erschüttert werden, alle ihre geistigen und moralischen Gewohnheiten, kann dies alles ihnen gestatten, Lehrer des Zweifelns und Anreger freier Gedanken zu sein? Welche Notwendigkeit und welches Interesse haben sie persönlich oder hat die Gesellschaft, daß sie sich eine doppelte Last auferlegen und zwei sich gegenseitig so widersprechende Funktionen mit einander verbinden? Man begreift, daß die Kirche allein ein Interesse daran hat, so lange sie hoffen konnte, den menschlichen Geist stets unter Vormundschaft zu halten."

Die Preußische Generalsynode und die Freiheit der theologischen Wissenschaft.

Von Pastor **Friedrich Steudel** (Bremen).

Das öffentliche Interesse an den Tagungen der preußischen Generalsynode konzentrierte sich diesmal auf ihre Stellungnahme in der Frage der Besetzung theologischer Lehrstühle. Längst schon arbeitet eine große und einflußreiche Partei dahin, die wissenschaftliche Arbeit der theologischen Lehrer der Zensur einer kirchlichen Aufsichtsbehörde zu unterstellen und wenn wirklich das Zukunftsideal der evangelischen Kirche darin gefunden werden müßte, daß sie an Einheit der Lehre und Organisation, an Mitteln der Glaubens- und Sittenzucht, an autoritativer Bevormundung der Massen der römischen Kirche nichts mehr nachgibt, dann wären ihre Agitatoren vollkommen in ihrem Rechte.

Im Sinne dieser Gesellschaft, deren groteske Rückständigkeit jüngst der Freiherr von Durant in einer Sitzung des preußischen Herrenhauses massiv wie ein Dominikaner dokumentiert hat, fehlt eben der evangelischen Landeskirche im Grunde nur das eine, daß sie selbst nicht katholisch werden darf. Der Neid auf die römische Großmacht trat denn auch in den Verhandlungen der Generalsynode bei jeder Gelegenheit hervor. Der im Kampfe für die unbeschränkte Autonomie der evangelischen Kirche ergraute Hofprediger a. D. Stöcker sprach das vielsagende Wort: „Sorgen wir, daß nicht zuletzt die katholische Kirche die Kirche der Tatsachen werde und die evangelische Kirche die Legende.“ Aus solcher Sorge heraus sollen nun der akademischen Lehrfreiheit in der theologischen Fakultät die Flügel gestutzt werden. Und darin, daß ohne eine solche Maßregel das angedeutete Ziel nicht zu erreichen ist, scheint mir Stöcker ganz richtig zu sehen, weiter und richtiger jedenfalls als der königliche Kommissar Freiherr von der Goltz, der, im Namen des Oberkirchenrats sprechend, zwar mit Rücksicht auf den „tertius gaudens“ um jeden Preis das Schauspiel innerer Uneinigkeit in der evangelischen Kirchenvertretung vermieden wissen wollte, im übrigen aber sich ganz auf den Standpunkt zu stellen wagte, zu dem sich A. Jülicher jüngst in der „Christlichen Welt“ (1903 No. 29) bekannte mit den Worten: „Die Freiheit ihrer theologischen Fakultäten ist ein Gradmesser des Selbstvertrauens der Kirchen.“ Das ist gewiß sehr ideal gedacht, nur bleibt die Frage, ob die Kirchen eben qua Kirchen mit jenem die Freiheit der Forschung gewährenden Selbstvertrauen in der Praxis nicht doch schlechte Erfahrungen werden machen müssen. Die Einheit der Lehre kann dann nicht mehr als höchstes Ziel aufrechterhalten bleiben. Und gerade sie wird von den offiziellen Vertretern der Kirche noch immer allen anderen Interessen vorangestellt. Es ist noch lange nicht an dem, daß der Oberkirchenrat die Ansicht eines Mannes wie Fr. Paulsen teilen würde, der in seinem Werke über „Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium“ den Standpunkt vertritt, „die protestantische Kirche müsse, was ihr an Garantie für die Wahrheit der Lehre abgeht, durch Innerlichkeit und subjektive Wahrhaftigkeit ihrer Diener ersetzen.“ Nur unter dieser Voraussetzung könnte es unbedenklich bleiben, die Theologiestudierenden zu Jüngern einer streng wissenschaftlich arbeitenden Forschung auszubilden. Aber der um die Einheit der Lehre besorgte Oberkirchenrat handelt nach entgegengesetzter Maxime: Er garantiert die Einheit durch Verpfichtungsformeln und Agendenzwang, bringt sö seine aus der freien Atmosphäre voraussetzungsloser Wissenschaftlichkeit herkommenden Diener in die schwersten Gewissenskonflikte und schafft so,

statt, soweit es in seinen Kräften steht, für die Möglichkeit absoluter Wahrhaftigkeit im kirchlichen Amt zu sorgen, im Gegenteil alle die Voraussetzungen, die eine solche zu gefährden geeignet sind.

Sehr schön führt A. Jülicher a. a. O. aus: „Die Entscheidung darüber, ob ich auf dem Boden des Christentums und des Protestantismus stehe oder nicht, kann keiner äußeren Instanz, weder einer synodalen Majorität noch einer kirchlichen oder staatlichen Behörde zugestanden werden, sonst ist es mit der Lehrfreiheit dahin", — aber wir meinen, was dem Professor in diesem Falle recht ist, das muß dem Pfarrer billig sein. Jülicher gibt das auch ohne weiteres selbst zu: „Heute vielleicht mehr als je hat der protestantische Pfarrer, wenn er an dem religiösen Leben seiner Kirche wirklich mitbauen will, es nötig, wissenschaftliche Selbständigkeit erworben zu haben; er findet sonst nur das Ohr derer, die die Sakramente wollen, und nicht den Menschen." Aber der Professor wird wissen, daß das hier geforderte gleiche Recht eben noch nicht besteht, und da gottlob noch immer protestantische Gewissen lebendig werden, so sind die bekannten, die Kirche immer neu vor dem tertius gaudens kompromittierenden „Fälle" die unausbleibliche Folge des geschilderten unhaltbaren Rechtszustandes, gleich peinlich für die Professoren, wie für den sie schützenden Oberkirchenrat.

Will man den gefährlichen Störenfried protestantischer Gewissenhaftigkeit unschädlich machen, so muß man eben, darin haben die um Stöcker ganz recht, die theologische Ausbildung der kirchlichen Adepten auch unter kirchliche Kontrolle stellen; den Professoren aber darf dann gemäß der von der Generalsynode angenommenen trefflichen Resolution nur noch eine solche „Freiheit der wissenschaftlichen Forschung zugestanden werden, die mit der Gebundenheit an die Tatsachen des Heils im Einklang steht." Unzweideutig gesprochen: mit der Freiheit der Wissenschaft muß dann aufgeräumt werden. So habens die theologischen Professoren der Generalsynode verstanden und sie bildeten darum auch den Kern der die Resolution ablehnenden Minorität. In der Kunst, hölzerne Schüreisen zu fabrizieren, und in einem Atemzug ja und nein zu sagen, scheint nun einmal den geistlichen Synoden der Rekord bestimmt zu sein. Ich erinnere an meinen Bericht über die brandenburgische Synode in diesen Blättern. Auch hier wieder ein elendes Kompromiß! Das soll nach Freiheit aussehen und sieht immerhin noch so sehr nach Freiheit aus, daß voreilige Blätter bereits eine „Niederlage der Orthodoxie" melden zu dürfen glaubten, während doch nur eine extreme Forderung der reaktionären Intransigenten durchgefallen ist, wonach die Bestätigung der Professoren von dem

placet der Generalsynodalvertretung abhängig gemacht werden sollte. Daß aber die Orthodoxie als solche geradezu glänzend abgeschnitten hat, beweist der Wortlaut der angenommenen Resolution:

> Im Hinblick auf die von mehreren Provinzialsynoden zum Ausdruck gebrachten Sorgen bekennt sich die Generalsynode einmütig zu Christo Jesu, dem eingeborenen Sohn Gottes, dem für uns Gekreuzigten und Auferstandenen, dem einigen Mittler unseres Heils. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß zu Professoren der Theologie **nur** Männer ernannt werden, welche in diesem Glauben und Bekenntnis des Sohnes Gottes stehen.

Und dem Verdacht, daß sie etwa nicht in diesem Glauben stünden, suchten doch die meisten der anwesenden Professoren dadurch vorzubeugen, daß sie im unmittelbaren Anschluß an die Abstimmung eine Erklärung ihrer Bekenntnistreue im Sinne der Resolution zu Protokoll gaben.

Was wird nun die **praktische Wirkung** dieser ganzen Haupt- und Staatsaktion sein? Wir zweifeln nicht daran, daß ein großer Teil der theologischen Dozenten nach wie vor den Weg einer voraussetzungslosen Forschung unbeirrt weiter gehen wird. Denn, wie einer der ihrigen, D. **Adolf Jülicher**, a. a. O. ausführt, bedeutet „Abhängigkeit eines Universitätslehrers in seinem Unterricht von irgend welcher äußeren Instanz, Zwang in betreff dessen, **was** er zu lehren hat, eine contradictio in adjecto.“ Und doch bleibt es unleugbar, daß, wie der von Jülicher a. a. O. kritisierte Paulsen hervorhebt, gerade beim Theologen die Voraussetzungslosigkeit der Forschung noch immer am ernstesten bedroht ist, weil seine Arbeit und sein Unterricht aus den oben angeführten Gründen unter dem Druck einer praktischen Rücksicht steht. Und dieser Druck hat durch die von der obersten kirchlichen Vertretung in Preußen erneut angestrengten Versuche, die Professoren an ihre kirchliche Gebundenheit zu erinnern, jedenfalls eine moralische oder, deutlicher gesagt, unmoralische Verstärkung erfahren. Wie schwer es doch hält, auch bei gutem Willen sich diesem Druck ganz zu entziehen, das hat mir die Vorrede **Hermann Gunkels** zu seiner eben erschienenen Studie „Zum religionsgeschichtlichen Verständnis des Neuen Testaments“ aufs neue bewiesen. Da heißt es: „Der Forscher, **der sich als Sohn seiner Kirche fühlt**, und der kein schöneres Ziel wüßte, als dies, mit seiner Wissenschaft der christlichen Gemeinde zu dienen, **kann die Überlegung nicht abwehren, ob seine Ergebnisse**, wenn sie sich von der geläufigen Anschauung entfernen, **der Gemeinde der Gegenwart förderlich oder nachteilig sein mögen.** Solche Erwägungen werden ihn sicherlich zu **besonderer Vorsicht** führen; aber sie dürfen

ihn nicht zum Schweigen verpflichten.“ Ob da nicht das Gefühl, zur Vorsicht verpflichtet zu sein, ungewollt oft die Bewegungsfreiheit des Denkens hemmt?

Darum kommen wir nicht über das entweder — oder hinweg: entweder man verzichtet auf das Ideal einer Kirche, die irgendwie ein konkurrenzfähiges Analogon zur römischen Institution darstellen soll, und dann gebe man nicht sowohl die Wissenschaft der Professoren als auch, was noch viel notwendiger wäre, die Lehrtätigkeit derer, die unmittelbar aufs Volk wirken, der Schüler der Professoren, der Prediger, frei — ganz frei; oder man nehme jene Konkurrenz im Ernste auf, dann aber weise man, was heute theologische Wissenschaft ist, in die philosophische Fakultät und bilde die Prediger in Seminarien aus, die nur von kirchlich und synodal konzessionierten Lehrern geleitet werden. Und man sehe dann, wohin man damit kommt. Vorerst aber krankt die ganze Kirche daran, daß sie weder zum einen noch zum andern den Mut findet. Ratlos und unsicher verharrt sie, von den Interessen der Universität einerseits, und dem Interesse derer, die sie als Stütze für Thron und Gesellschaftsordnung benützen wollen, andererseits hin und her gezerrt in ihrer schwankenden Haltung, und das getreue Abbild dieser ihrer inneren Haltlosigkeit ist der traurige Zwitter, den die Preußische Generalsynode in Form jener Resolution aus ihrem Schoße geboren hat.

Der Fundamentalgegensatz im heutigen Moralbewußtsein.

Von F. Staudinger (Darmstadt).

Bekannt ist, daß eine Gruppe der Sozialdemokraten alle außer der „Partei“ Stehenden als „eine reaktionäre Masse“ zu bezeichnen liebt. So falsch das ist, da gerade heute die Parteigrenzen durchaus nicht mit denjenigen Grenzen zusammenfallen, welche Reaktion und moderne Weltanschauung unterscheiden, so ist doch in einer Hinsicht etwas Wahres damit gesagt: Es stehen sich nämlich heute in der Tat zwei fundamentale und logisch unvereinbare Grundanschauungen in unserem Staats- und Gesellschaftsleben gegenüber. Nur daß ihre Träger sich darüber oft nicht

klar zu sein pflegen, und daß die widerspruchvollsten Bestandteile aus beiden Grundanschauungen friedlich in denselben Köpfen beieinander wohnen. So kann es kommen, daß jemand auf religiösem Gebiet für Gewissensfreiheit schwärmt, auf staatlichem Gebiete aber neben berechtigtem auch unberechtigten Zwang verteidigt. Oder daß jemand diejenige Gewissensfreiheit, die im Staatsganzen heute notwendig ist, auch für irgend einen Verein oder eine Partei fordert, die sich doch frei zusammentaten, gerade um Leute einer bestimmten Anschauung zu bestimmter Aktion zu verbinden, die solche also nicht brauchen können, die da Prügel zwischen die Speichen werfen. Oder daß jemand den Gehorsam, der bei jeder gemeinsamen Tätigkeit notwendig ist, d. i. die Disziplin, mit dem Herrengehorsam verwechselt, der die Willkür des einen über den Willen des anderen ausspricht. In den kleinsten, alltäglichsten Dingen kommen diese Widersprüche des Denkens und Wollens zum Vorschein und zeigen, daß die gegensätzlichsten Elemente verschiedener Weltanschauungen gewohnheitsmäßig und ohne Möglichkeit der Selbstkritik ruhig beisammen wohnen können.

Es sind jedoch bei alledem im Grund und Wesen nur zwei Weltanschauungen, die da gegeneinander stehen, wenn man auch unter Berücksichtigung von Einzelnem mehrere konstruieren könnte. Diese zwei Anschauungen lassen sich kurz auf die Formel zurückführen: Hier Herrenautorität, Gebundenheit im Denken, Wollen und Handeln! Hier Wille zu vernünftigem, gesetzmäßigem Zusammenwirken, und daher freie wissenschaftliche Erforschung der Wahrheit und Selbstverwaltung in Staat und Wirtschaft.

Diese Gegensätze sind es, die miteinander kämpfen, nicht bloß zwischen Menschen und Parteien, sondern, wie gesagt, in den einzelnen Köpfen selbst. Und das ist kein Wunder. Denn die Zustände, in denen wir leben, leben müssen, zeigen ebensolche Mischung der Lebensformen. Die Weltanschauungen stehen in Korrelation zu den Lebensformen, so, daß sie hier von ihnen verursacht und bedingt werden, dort wiederum deren Erhaltung oder Änderung bedingen.

Betrachten wir genannte Widersprüche einmal an einem zentralen Beispiele ganz aus der Nähe, an der Hand praktischer Tatsachen, ohne jenen Idealismus, den Karl Lamprecht jüngst als die „Perzeption und das Pathos der Distanz" bezeichnete.

Tatsache ist, daß wir heute als Staatsbürger für frei und rechtsgleich erklärt werden. „Auf dem Papiere!" so mag man einwenden. Nun denn gut, so sei geantwortet, auf dem Papiere! Aber doch auf einem Papiere, das man Verfassung nennt, darauf man sich also doch wohl wird berufen dürfen. Es handelt sich ja eben um die Frage, ob und wieweit diese Bestimmungen, die doch tatsächlich in einer Reihe

von Gesetzen und Verhaltungsweisen zum Ausdrucke kommen, auch wirklich durchweg zum Ausdruck gelangen, oder ob sie nicht, in mancher Hinsicht, gleich dem Messer sind, das der Onkel geschenkt, aber in ein Futteral gesteckt hat, daraus ichs nur soll nehmen dürfen, wenn es die Mama erlaubt. Da brauche ich gar kein eigenes Messer; denn dann kann mir die Mama jedesmal dann eines geben, wenn sie es für gut findet.

Was heißt f r e i ? Wenn wirs wieder nüchtern nehmen, wie es tatsächlich gemeint ist, — unangekränkelt von jedem Pathos der Distanz — so heißt es wohl: wir seien frei von persönlichen Tributen und Dienstbarkeiten; d. h. es könne uns niemand außer der Staatsgemeinschaft selbst zu einem Tribut oder einer Dienstleistung nötigen, ohne entsprechende Gegenleistung zu geben. Das besagt staatsbürgerliche Freiheit.

Und nun setzen sich da die Herren von irgend einem Kohlen- oder Eisen-, Zucker- oder Seifenring zusammen, kalkulieren ein wenig, und dekretieren dann: Die sämtlichen deutschen Konsumenten und Staatsbürger haben uns bis auf weiteres für zehn, zwanzig, fünfzig und mehr Millionen Frohndienste zu leisten. Und das ist nur eines der Mittel von vielen, um derartige Frohnden zu erpressen.

Stimmt das mit persönlicher Freiheit? Oder leben wir nicht doch noch in einem Robotsystem? Unsere Verfassung sagt ferner, wir seien r e c h t s g l e i c h. Was heißt rechtsgleich? Der Lehrer kann sich doch nicht herausnehmen, Direktor zu spielen, der Assessor kann nicht Präsidentenrechte, der Arbeiter nicht Werkmeisterbefugnisse beanspruchen. Sonst ginge alles drunter und drüber. Disziplin muß sein. Und Disziplin heißt Einordnung und Unterordnung. Aber sofern sie Unterordnung unter den bestellten Leiter einer Organisation ist, hebt sie, so scheint es, die Gleichheit an Rechten auf.

Also wäre die Forderung — bezw. die tatsächliche Zusage — der Rechtsgleichheit in der Verfassung ein Widerspruch in sich? Doch nicht so ganz. Wir fordern ganz entschieden auf Grund der Rechtsgleichheit, daß der Taglöhner, der vom Herrn Baron wegen einer Schuldforderung oder einer Mißhandlung angezeigt wird, nicht anders behandelt werde, als wenn der Fall umgekehrt liegt. Und wir verlangen ebenso, daß zwei Wahlzettelverteiler, die Sonntags Zettel austeilen, ganz genau gleich behandelt werden, ob auch der eine sozialdemokratische, der andere konservative Zettel verteile. Wenn das bei dem einen Störung der Sonntagsruhe bedeuten darf, dann muß sie es auch bei dem anderen bedeuten. Wird nicht so geurteilt, dann gerät doch schon instinktiv das Rechtsgefühl des Unbeteiligten in Wallung. Wenn dagegen ein Assessor sich Befugnisse des

Präsidenten anmaßte und dafür gestraft würde, so sagte der Unbeteiligte: Geschieht ihm recht!

Wir haben also einen Rechts- oder Moralinstinkt, der dem Satze von der Rechtsgleichheit entspricht, wenn auch bei Beteiligten dieser Instinkt oft durch das Interesse übertäubt wird. „Alle Rechtsangehörigen sind nach einer und derselben M e t h o d e zu behandeln!" so drückt Rudolf S t a m m l e r diese Forderung aus.*)

Wenn dem so ist, so müßten unseres Erachtens z. B. allgemeines gleiches Wahlrecht, Koalitionsfreiheit, Gewissensfreiheit in religiösen, politischen und sozialen Dingen, soweit sie sich in einer die gleichen Rechte anderer nicht verletzenden Form kund geben, etwas ganz Selbstverständliches sein. Aber das sind sie keineswegs. Wir haben z. B. in Preußen noch ein Wahlrecht, nach dem Metzgermeister Heffter und Bankier Mendelsohn in der ersten Klasse wählen, während der Reichskanzler und verschiedene Minister in der dritten Klasse wählen gehen. Der Aufgang zum Abgeordnetenhause ist, wie Naumann sagt, ein Aufgang für Herrschaften, und zwar, wie Figura zeigt, nur für die Herrschaft des Besitzes. Wer sich aber vom anderen seine Gesetze muß geben lassen, ohne gerade soviel wie er dazutun zu können, ist wirklich mit ihm nicht rechtsgleich.

Wo aber Rechtsungleichheit, vor allem die Rechtsungleichheit eines Robotsystems, da ist es natürliches Interesse der Robotherren, dies System zu erhalten. Und wenn das natürliches Interesse ist, so quillt daraus ebensonatürlich der Antrieb, Leute, die man beeinflussen kann, in den Dienst dieses Interesses zu spannen. Wo nun das Wahlrecht von vornherein die Robotherrschaft so begünstigt, daß man die Masse so ziemlich als quantité négligeable betrachten kann, da geht das Ding verhältnismäßig einfach. Wo aber, wie im Reich oder einigen südlichen Staaten Deutschlands gleiches Wahlrecht ist, da ist das Ding schwieriger. Da muß man schon einen gewissen Druck ausüben, durch Bevorzugung der Wahlwilligen, Benachteiligung, Entlassung, Verfehmung der Robotgegner, wo nicht gar durch Fälschungen, wie sie in Barths Wahlkreise konstatiert wurden.

Immerhin sind dies selbst von vielen Freunden des Robotsystems nicht gebilligte Mittel. Da ist es viel bequemer und besser, wenn man die Leute freiwillig bekommen kann; und das kann man am besten, wenn sie schon autoritär erzogen sind, wenn sie an irgend eine Instanz glauben, die ihnen zweifelsfrei sagt, was wahr und was recht ist. Das ist für die Leute selbst ja bequemer. Denn sie brauchen sich dann den Kopf

*) Rudolf Stammler, die Lehre vom richtigen Recht, Berlin 1902, S. 191; und Privilegien und Vorrechte, Halle, 1903 S. 39.

und das Gewissen nicht anzustrengen, und viel Lernen wird ihnen erspart.

Für diese Richtung ist es ganz ausgezeichnet, wenn es z. B. in den Religionsgemeinschaften Männer in Fülle gibt, die die Religion nicht als ein inneres freies Geistes- und Gemütsleben, sondern als unverbrüchliches Gebot ansehen, gewisse Dinge für wahr und recht zu halten, solche Männer also, die, wie Herr Custodis auf dem Kölner Katholikentage, die voraussetzungslose Wissenschaft verdammen, und sich den Robotherren — wie schon Windthorst längst einmal im Reichstage tat, — als Stützen der „Autorität“ anpreisen.

Umgekehrt ist aber leicht einzusehen, daß Leute, denen es mit der Rechtsgleichheit ernst ist, dahin streben müssen, gerade die völlig voraussetzungslose Prüfung alles dessen vorzunehmen, was als wahr und als recht gelten soll. Denn nur, wenn alle so prüfen und nach vernünftiger Erwägung handeln, kann die Methode der Rechtsgleichheit verwirklicht werden. Wenn Gewalt, List, Überredung, persönliches Interesse, Gewissensangst, Vorurteil sich dem Willen zu klarer Erkenntnis in den Weg stellen — so ist es gefehlt. Da wird denn trotz der Verfassung tatsächlich die Rechtsgleichheit unmöglich sein.

So stehen also tatsächlich zwei Richtungen im Kampfe gegenüber, zwischen denen es wissenschaftlich und moralisch keinerlei Vermittelung gibt. Was man da Vermittelung nennen könnte, ist der schon gekennzeichnete unklare Eklektizismus. Eklektiker kennen eben den tiefen inneren Zusammenhang all der genannten Faktoren nicht. Die Anhänger des Robotsystems kennen ihn genau — und handeln meist konsequent, die Anhänger der Freiheit und Rechtsgleichheit schwanken dahin und dorthin.

Darum ist es dringend notwendig, den Zusammenhang zu erkennen, in dem alle die genannten Bestrebungen auf der einen, wie auf der anderen Seite miteinander stehen. Erst wenn wir die Verschiedenheit der Grundmethoden verstehen, haben wir den Leitfaden, der uns sagt, ob wir uns im besonderen Falle so oder so zu entscheiden haben. Denn schließlich müssen wir uns für eine von beiden Grundmethoden entscheiden; nicht etwa so, daß wir die Anhänger der anderen beseitigen, rechtlos machen und dann alles auf einmal umkrempeln wollten, wohl aber so, daß wir konsequent eine von beiden Zielrichtungen verfolgen.

Wer eine auf vernünftigem Zusammenwirken, also auf Freiheit und Rechtsgleichheit gegründete Lebensordnung für unmöglich hält, wer glaubt, daß diese „verfluchte Rasse“ doch stets wieder am Gängelbande von herrschenden Einzelinteressen geleitet werden müsse, daß die Freiheit doch wieder zur Anarchie und zur vielleicht schlimmeren Tyrannis

führen muß, der spreche mit Verrina: „Ich gehe zum Andreas." Wer aber der Überzeugung ist, daß steigende Einsicht, Bildung und Übung die Massen allmählich zur Selbstverwaltung befähigen, daß Hand in Hand damit die Ordnungen sich günstig verändern und rückwirkend die Bildung beeinflussen müssen, der wird fest darauf stehen, daß Freiheit und Rechtsgleichheit weiter entwickelt und zielbewußt in der Gesetzgebung und Moral verwirklicht werden.

Welche Wahl hier zu treffen sei, das darf freilich für den Anhänger der Freiheit nicht ein Ergebnis des Beliebens und des Vorurteils sein. Auch diese Frage ist durch Erkenntnis zu beantworten. Die subjektive Selbsterkenntnis muß sich erweitern zur objektiven Erkenntnis des Gesamtzusammenhanges unserer Lebensbedingungen.

Diese Forderung ist schwer und nicht von heute auf morgen zu erfüllen. Aber die Anfänge sind gemacht. Und jeder, der vernünftiges Zusammenwirken erstrebt, muß daran mitarbeiten. Der Liberalismus muß einsehen, daß die Erwerbsfreiheit, die er predigte, eine Raubtierfreiheit, zu jenem indirekten Robotsystem und damit zum Rückfall in Gewissensunfreiheit und Rechtsungleichheit führen muß. Und der Sozialismus muß einsehen, daß die Hoffnung auf einen Kladderadatsch nicht nur töricht, sondern auch geradezu hemmend ist; daß wir nur vorankommen können durch zähes Festhalten und Fortbildung der Anfänge von Freiheit und Rechtsgleichheit, die wir schon haben, durch zielbewußte Kleinarbeit und politische Betätigung auf dem Boden der Gesetzlichkeit. —

Kleine Mitteilungen.

Ein Prozeß mit vertauschten Rollen.

Im 1. Novemberheft habe ich das militärische Zeitbild des Leutnants Bilse vom lothringischen Trainbataillon No. 16 in Forbach „Aus einer kleinen Garnison" besprochen. Wegen dieses Buches ist der Autor unter der Anklage der verleumderischen Beleidigung, der Erregung von Mißvergnügen und des Ungehorsams gegen die kaiserliche Kabinettsordre von 97, welche einem Offizier für die Veröffentlichung eines Buches die Genehmigung seiner Vorgesetzten vorschreibt, vor das Kriegsgericht gestellt worden. Das Kriegsgericht hat ihn der unter Anklage gestellten Reate für schuldig befunden, zur Dienstentlassung und zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die dreitägigen Verhandlungen haben ein ganz merkwürdiges Prozeßbild gegeben. Ich glaube jeder Zuhörer oder auch nur wer die Zeitungsberichte gelesen hat wird mir zustimmen, wenn ich den Prozeß einen Prozeß mit vertauschten Rollen nennen möchte.

Der Angeklagte hatte ausdrücklich erklärt, daß sein Buch ein reines Phantasiegebilde sei, daß er niemanden dadurch beleidigen wollte und daß er deshalb auch von vornherein darauf verzichte, einen Wahrheitsbeweis für die in dem Roman geschilderten Verhältnisse und Tatsachen zu erbringen.

So ergab sich denn das eigenartige Prozeßbild, daß nicht der Angeklagte und sein Verteidiger den Wahrheitsbeweis für die dem Angeklagten zur Last gelegten Beleidigungen antraten — den Wahrheitsbeweis, der den Angeklagten straffrei gemacht hätte — sondern der Staatsanwalt. Und man darf füglich sagen, daß der Wahrheitsbeweis dem Anklagevertreter fast in allen Stücken gelungen ist. Auch sonst waren die Rollen vollständig vertauscht. Der Angeklagte erschien als der Ankläger, die Belastungszeugen als die Angeklagten und die Entlastungszeugen als Belastungszeugen der Belastungszeugen.

Diejenigen Offiziere, die aus der ganzen Affäre einzig und allein moralisch intakt hervorgegangen, sind tatsächlich nur solche, die unter dem Druck der militär-hierarchischen Mißverhältnisse den Dienst quittieren mußten oder von ihm suspendiert worden sind.

Sympathisch wirkten auch in der Wirklichkeit nur die Personen, welche als sympathische Figuren im Roman auftraten. Es waren ihrer nicht viele. Es war zunächst der Angeklagte selbst, und von den erschienenen Zeugen hauptsächlich und vor allem der Rittmeister Bandel, entsprechend den Figuren des Leutnants Bleibtreu und des Rittmeisters König im Roman. Weitaus die meisten Zeugen sprachen geradezu und im höchsten Grad zugunsten des Angeklagten und bestätigten die Tatsächlichkeit der Personen und Ereignisse des Buches. Die unbeteiligten Zeugen wie der Apotheker, der Pastor und der Buchhändler von Forbach stellten dem Leutnant Bilse das denkbar beste Zeugnis aus. Sie bezeichnen ihn als einen zuvorkommenden und hochgebildeten jungen Mann, dem sie nur Gutes nachsagen können und dessen Verkehr sie stets gerne sahen und aufsuchten. Selbst Zeugen, die der Angeklagte in seinem Buche karikiert hatte, waren darüber keineswegs beleidigt und lobten ihn als einen vorzüglichen Charakter. Als der Rittmeister Bandel gefragt wurde, ob er sich in dem Roman wieder erkenne und ob die anderen Herrn und Damen sich unbedingt wiedererkennen müßten, verneinte er dies und setzte sehr schön und treffend hinzu, wiedererkennen und beleidigt fühlen müsse sich nur, wer sich zu den geschilderten Mängeln und der beschriebenen Schlechtigkeiten für fähig bekennen wolle und müsse.

Kaum einer der Beleidigten, nicht einmal der Staatsanwalt selbst sieht nunmehr in dem Buche des Angeklagten einen Racheakt oder gar ein gemeines Pamphlet. Sie sind alle der Ansicht, daß der Angeklagte mit dem Wunsch zu helfen und zu bessern gehandelt habe. Es mutet einen eigenartig an, wenn der Staatsanwalt diese gute Absicht des Angeklagten anerkennt und als strafmildernd anführt, ihm aber die Berechtigung zu dieser guten Absicht und dem Versuch sie zu verwirklichen abspricht, weil er wegen seiner Jugend nicht berufen sei.

Einen lehrreichen Beitrag zu dem Kapitel von der Reformbedürftigkeit der Militärdisziplinargewalt lieferten die Vorstrafen des Angeklagten. Man konnte daraus ersehen, wie aus einer ganz geringfügigen Sache ein Rattenkönig von Strafen für den Untergebenen geboren wird.

Bilse hatte längere Zeit Urlaub genommen. Seine Gläubiger vermuteten schon, daß er gar nicht mehr wiederkomme, und ließen in seiner „Hinterlassenschaft“

Pfändungen vornehmen. Dafür bekam Bilse nach seiner Rückkunft 3 Tage Stubenarrest. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, daß er während seines Urlaubs auch ein paar Tage in London war. Wegen unerlaubten Aufenthalts im Auslande bekam er abermals 3 Tage Stubenarrest. Durch die Strafe für Schuldenmachen fühlte sich Bilse besonders getroffen, da ein Kamerad wegen derselben Sache angezeigt worden aber nicht bestraft war. Bilse ließ dem Major seine Ansicht über die Strafe vertraulich unterbreiten. Deshalb wurde er zum dritten Male bestraft — vom Oberkriegsgericht wegen Widerrede gegen einen Vorgesetzten mit 8 Tagen Stubenarrest. —

Sehr wohltuend und beruhigend in dem ganzen Prozeß gegen den Leutnant Bilse wirkte die weitestgehende Aufrechterhaltung der Öffentlichkeit. Nur ein- oder zweimal wurde sie für ganz kurze Zeit ausgeschlossen, als ehebrecherische Verhältnisse zur Sprache kommen sollten und Gefahr für die öffentliche Sittlichkeit zu befürchten war. Der Verhandlungsführer betätigte sich als ein Mann, der vollkommen auf der Höhe seiner Aufgabe stand und die von seinem Amt erforderliche Unparteilichkeit und Vorurteilslosigkeit mit rühmenswerter Konsequenz zum Ausdruck brachte.

Das Gericht mußte den aktiven Leutnant Bilse wegen der in seiner Handlungsweise tatsächlich in die Erscheinung getretenen militärischen Vergehen bestrafen, indessen steht die öffentliche Meinung vor der Schwere der Verurteilung, — Dienstentlassung und 6 Monate Gefängnis (!) — ebenso verblüfft da, wie vor der salomonischen Weisheit des Staatsanwalts, der Angeklagte sei wegen seiner Jugend zu seinem — an sich löblichen — Vorgehen nicht berechtigt gewesen.

Wir meinen, wer schreiende Mißstände aufdeckt und dadurch zu ihrer Beseitigung beiträgt, sollte um so mehr Anerkennung verdienen, je weniger seine Jugend auf soviel Ernst und Mut schließen ließ.

Bedauerlich bleibt es, daß der Verurteilte keine Berufung einlegte, zum wenigsten wegen des Vorwurfs der Beleidigung, aber vielleicht sagte er sich mit Recht, daß ihn die stark verschnupfte Disziplin schließlich noch aus dem Regen in die Traufe bringen könnte und daß die öffentliche Moral ihn bereits während der verblüffenden Prozeßverhandlung freigesprochen hatte.

Jetzt, nach dem Prozeß, haben so ziemlich alle Zeitungen die gute Absicht des Autors hervorgehoben. Vor dem Prozeß hat dies m. W. nur das „Berliner Tageblatt" und das „Freie Wort" getan, während viele Blätter, die sich sonst ihrer Linksseitigkeit rühmen, das Buch als reines Pamphlet bezeichneten.

Metz. Otto E. Lucius.

*

Brüsewitze!

In dem sanft verblödenden literarischen Kasino inaktiver Offiziere, so sich „Tag" nennt, beklagt gar bitterlich ein abgesägter Oberster über 1000 Mann der Zeiten Verderbnis. Den Fähnrichen zur See unterfange sich der Pöbel „Hüssener!" nachzurufen, wo sie sich blicken ließen. Und verschiedene Herren der Gardeartillerie seien von einem Neubau aus, in welchen Neubauten rote Sozialdemokraten sich herumzutreiben pflegen, vorbeireitenderweise „Brüsewitze" tituliert worden, roh und lieblos.

Die zweite Geschichte ist noch lehrreicher, als die erste. Es liegt eine ganze Reihe von Jahren über der Untat des Infanterieoffiziers. Sie wird im schnell-

lebigen Bewußtsein des Zeitungslesers schon recht verblaßt aussehen. Aber die Volksseele, die mit der Gier des Klasseninstinkts und nicht des Sensationsbedürfnisses den Stoff aufsaugt, hält solche Erinnerungen unauslöschlich fest, und ein analoger Fall, wie der Fall Hüssener, löst sie in aller ursprünglichen Frische wieder aus. Der Herr Oberst sieht in alledem natürlich nur den mangelnden Respekt vor des Königs Rock In die Sache tiefer einzudringen, hindert ihn seine standesgemäße Kurzsichtigkeit.

Aber als politisierender Dilettant entgleist er mit beweglichem Lamento schließlich in eine Wildnis von Widersprüchen hinein, die festgenagelt zu werden verdienen. Er verlangt pathetisch gleiches Recht für alle. Soll heißen: wenn man hinter betrügerischen Bankiers „Sternberggesindel" u. dgl. nicht hinterherrufe, weil es strafbar sei jemandem seine Vergangenheit vorzuwerfen, dann solle man das auch bei Offizieren lassen.

Erstens haben nun Offiziere Uniform an, Bankdirektoren aber verschwinden in der Masse des Publikums. Die Voraussetzung, auf der argumentiert wird, ist also schon imaginär. Zweitens sind es zielbewußte Sozialdemokraten, die gerufen haben, und keine radaulustige Menge. Drittens beansprucht der Stand, gegen den ihre wohlbegründeten Angriffe zielen, eine derartig exzeptionelle Stellung im sozialen Leben, daß er sich nicht wundern darf, wenn seine dunklen Punkte mit derselben Rücksichtslosigkeit ans Licht gezogen werden, die er bei Wahrnehmung seiner Vorrechte beweist. Viertens aber steht die Verfolgung fauler Glieder der kapitalistischen Gesellschaft wirklich im Einklang mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes. Mehr als strikte Anwendung der Gesetze kann man doch schließlich nicht verlangen. Es wäre verkehrt, alles in einen Topf zu werfen mit Löbtauer Urteilen, Beleidigungsprozessen und Zeugniszwangsverfahren.

An der Militärrechtspflege dagegen läßt sich kaum noch Kritik üben, ohne mit verschiedenen Paragraphen in Konflikt zu kommen. Es ist nicht mehr der Essener Totschlag selbst, sondern seine „Sühne", die aus dem Namen des Schuldigen eine schneidende, wuchtige Waffe beleidigten Volksempfindens geschmiedet hat. Zum erstenmal sauste sie in Heidelberg nieder, angesichts eines barbarischen Urteils, das jedes natürliche Gefühl empören mußte. Die Rufe „Hüssener!" kamen dem Volke aus der Seele — sie waren eine vernichtende Anklage. Wohl glaublich, daß den professionellen Verteidigern des Militarismus das Wort unangenehm in die Ohren gellte als das, was es ist: als Schimpfwort!

Gleiches Recht für alle fordert der Herr Oberst. Wäre er Politiker, nicht Dilettant, er würde sich gehütet haben, an diesen Satz zu rühren. Klügere Kollegen halfen sich mit der Automatenweisheit: Wo viel Licht, da ist viel Schatten. Das stimmt, aber nur in bezug auf die grellen Kontraste. Oder was bedeutet es sonst, wenn beim 4. Garderegiment der Hauptmann v. Grolman, unter dessen freundlicher Aufsicht die Bestie Breidenbach ihren Weltrekord in Mißhandlungen schuf, mit vier Wochen Stubenarrest davonkommt? Und was soll man dazu sagen, daß unmittelbar darauf in Crossen die Kompagnieoffiziere eines zu fünf Jahren Gefängnis und Degradation verurteilten Soldatenerziehers, dessen Korporalschaft so „guten Zug" gehabt haben soll, von der Anklage mangelhafter Aufsicht freigesprochen werden, obgleich die Exzesse — wieder einmal unverkennbar sadistischen Charakters — ein halbes Jahr zurückreichen. Allerdings hatte der Vertreter der Anklage gegen jeden der Herren ganze fünf Tage Stubenarrest beantragt!

Und wer auf Grund solcher Urteile von militärischer Klassenjustiz redet, der verfällt dem Kadi

Erich Tottleben.

*

Klerikaler Abonnentenfang.

Über den Abonnentenfang liberaler Blätter weiß die klerikale Presse sich nicht genug zu entrüsten; und doch ist sie selbst auch der findigsten amerikanischen Reklame noch über. Während diese doch nur alle möglichen irdischen Dinge versprechen kann, zieht die klerikale Traktätchenpresse mit der Fürsorge für das Seelenheil ihrer Leser auf den Gimpelfang. So verkündet z. B. der Alphonsus-Verlag in Münster i. W. im 1. Heft des VI. Jahrgangs der bei ihm erscheinenden Zeitschrift „Die christliche Jungfrau“, daß für alle Abonnenten, Mitarbeiter und Verbreiter dieses Blattes in jeder Woche in der Wallfahrtskirche zu Mussenhausen eine heilige Messe (also 52 im Jahre) gelesen werde. Noch verdienstlicher allerdings ist es, für die in demselben Verlage erscheinende Monatsschrift „Maria-Hilf“ (die übrigens mit dem Bilde des heiligen Alphonsus von Liguori geziert ist) zu wirken. Als Gnaden und geistige Vorteile, welche den Mitgliedern, Abonnenten und Beförderern von „Maria-Hilf“ zu teil werden, macht der Verlag bekannt:

1. Werden für die Anliegen der Abonnenten von „Maria-Hilf“ allmonatlich sechs heilige Messen gelesen.

2. Die Mitglieder der Bruderschaft haben einen ganz besonderen Anteil an den Früchten und Verdiensten der Missionen, der geistlichen Arbeiten, Gebete, Bußübungen und aller guten Werke ohne Ausnahme, welche in der ganzen Kongregation des allerheil. Erlösers verrichtet werden.

3. Haben die Mitglieder der Bruderschaft Anteil im Leben und im Tode an allen öffentlichen Andachten, Gebeten und Gebetsempfehlungen, sowie an allen guten Werken, Gebeten und heil. Kommunionen der zahlreichen Mitglieder der Bruderschaft, und sichern sich dadurch ganz besonders den immerwährenden Schutz ihrer Mutter von der immerwährenden Hilfe. **Behufs Aufnahme in diese Bruderschaft wende man sich an die Alphonsus-Buchhandlung in Münster i. Westf., welche das Weitere gerne unentgeltlich vermittelt.**

Also auf zum Abonnement!

Wenn das Geld im Alphonsus-Kasten klingt,
Die Seele aus dem Fegfeuer springt.

*

Zum Andenken Michaël Servets.

In Genf verbrannt den 27. Oktober 1553.

Am 27. Oktober ist in Genf das Denkmal, das die Stadt Genf zur Sühne des traurigen Aktes von Inquisitionstyrannei, mit dem der große französische Reformator sich und sein Werk befleckt hat, und zum ehrenden Andenken an den edlen Spanier, der dort sein freies Denken mit dem Flammentode besiegelt hat, errichtet worden. Bis diese Zeilen in die Hände der Leser gelangen, werden die meisten Zeitungen schon das Nötigste über diesen traurigen Prozeß, der zeigt, wie konfessionell-dogmatischer Fanatismus überall dieselben Früchte zeitigt, deren sich hinterdrein die Enkel zu schämen haben, wie über den Lebenslauf des Mannes, der dort vor 350 Jahren dem Fanatismus zum Opfer fiel, berichtet haben. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, daß die Schrift, der Servet seinen Märtyrertod verdankt und die ihn als einen ungewöhnlich scharfen Denker, freilich in den logischen Kategorien des 16. Jahrhunderts und zugleich in romanischer Weise, zeigt, die „Wiederherstellung des Christentums“, im lateinischen Original nur noch in zwei Exemplaren vorhanden, deren eines, in Paris, die Spuren des Feuers an sich trägt, seit 7 Jahren ins Deutsche übertragen

vorliegt und zwar von Dr. Bernhard Spieß, Lehrer am Gymnasium in Wiesbaden, dem Nachkommen einer Konfessorenfamilie, die selbst seiner Zeit, ursprünglich katholischer Adel des Rheinlands, um des Evangeliums willen im 30jährigen Krieg bürgerlich geworden war. Die trotz mannigfacher Schwierigkeiten glücklich bewerkstelligte Arbeit des Übersetzers dokumentiert zur Genüge, wie jenes Werk des scharfsinnigen Spaniers trotz seiner veralteten Form doch auch für das 19. und 20. Jahrhundert noch seinen aktuellen Wert besitzt und es verdient, von den unbefangeneren Enkeln der Reformation zur Sühne des einstigen Unrechts auf seinen bleibenden Wert auch für unsere Zeit hin angesehen und studiert zu werden. (Erschienen bei Chr. Limbarth in Wiesbaden 1895 in 2 Bänden samt einem Ergänzungsband.) J. Gm.

*

Zu S. Kierkegaard.

In dem Aufsatz „Zur byzantinischen Gefahr in Kirche und Schule“ in Nr. 13 (von einem „Byzantinisten“) ist nach einer wohltuenden Anerkennung des Dänen Sören Kierkegaard der Wunsch ausgesprochen, daß es bald zu einer billigen deutschen Übersetzung von einer Auswahl aus den Werken dieses geistesmächtigen Kritikers der Christenheit kommen möchte. Dabei scheint dem Verfasser entgangen zu sein, daß es seit einer Reihe von Jahren an einer vortrefflichen Übersetzung der kritischen Hauptwerke Kierkegaards nicht gebricht und zwar von demjenigen Mann, der das Recht hat, als bedeutendster Fortsetzer dieser Kritik in der Gegenwart anerkannt zu werden, von Christof Schrempf. Von diesem ist in Gemeinschaft mit A. Dorner (1897?) bei E. Hauff (Fr. Frommanns Verlag) in Stuttgart erschienen: Kierkegaard, S., „Angriff auf die Christenheit“ (656 S. in 2 Teilen, brosch. M. 8.50), von A. Dorner allein „Leben und Walten der Liebe“ (534 S. brosch. M. 5.—). Nur daß, wie die beigesetzten Preise zeigen, eine billige Volksausgabe damit nicht ersetzt ist. J. Gm.

*

Zur Bestechung von Angestellten in Handel und Industrie.

Unter der Spitzmarke „Zur Bestechung von Angestellten in Handel und Industrie“ hatten wir wiederholentlich (Das freie Wort 1903, Nr. 13 u. 14; vergl. auch 1902, Nr. 12) auf die in Annoncen von Tages- und Fachblättern ungeniert sich breitmachenden Bestechungsversuche zur Erlangung von Geschäftsaufträgen hingewiesen und dabei an die gesetzgebenden Faktoren appelliert, da diesem Krebsschaden am wirtschaftlichen Körper Deutschlands allein durch die Gesetzgebung beizukommen sei. Hierzu erhalten wir nunmehr von geschätzter Seite folgende sehr beachtenswerte Zuschrift:

„Gestatten Sie einem eifrigen Förderer Ihres Blattes, der seit fast vier Jahrzehnten in der Industrie steht und der in England, Deutschland und Österreich tätig war, zu dem von Ihnen berührten Thema: „Zur Bestechung von Angestellten in Handel und Industrie“ einiges zu bemerken: Vollkommen objektiv gesprochen ist der erwähnte Mißbrauch in Deutschland noch am wenigsten verbreitet.*) In England hat er sich in solcher Weise fühlbar gemacht, daß man dagegen ein Gesetz erlassen hat. Es betitelt sich „The Prevention of Corruption Bill“ (brought from the Lords 30 March 1903, ordered, by the House of Commons, to be Printed 13. July 1903) und tritt am 1. Januar 1904 in Kraft. Es setzt für obengenannte Vergehen Geldstrafen bis zu 500 Pfund (10000 Mark) und Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren, eventuell Geld- und Gefängnisstrafe zugleich, fest.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung Dr. S. P.

*) Anm. der Redaktion: Das Übel hat sich in Deutschland allerdings erst in den letzten Jahren zu einer überhand nehmenden Kalamität entwickelt. Der Herr Einsender, der außerhalb Deutschlands lebt, scheint nach früheren Verhältnissen zu urteilen.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 18. Zweites Dezemberheft 1903. III. Jahrg.

Der Zusammenschluß der Linken.

* * *

Wohl kein Parteitag der *Deutschen Volkspartei* hat in so weitgehendem Maße die Beachtung aller politischen Parteien gefunden wie der jüngst in Heilbronn abgehaltene. Und nicht mit Unrecht! Stand doch im Vordergrund der Beratungen eine Frage, die, über den Interessenkreis der eigenen Partei hinausgehend, zunächst alle die aufs tiefste berühren muß, denen die liberale Weltanschauung kein „überwundener Standpunkt" ist und die daher eine Wiederbelebung des entschieden bürgerlichen Fortschrittsgedankens sehnlichst herbeiwünschen. Daß der in der Bruchsaler Resolution empfohlene und vom Parteitag einmütig für notwendig und wünschenswert erklärte *engere Zusammenschluß der bürgerlichen Linken* dazu allein nicht ausreicht, daß er vielmehr nur eine erste, wenn auch sehr wichtige Etappe auf diesem Wege sein kann, muß, um jeder Überschätzung jenes Beschlusses vorzubeugen, von vornherein ausgesprochen werden. Sicher ist aber, daß ein, wenn vorerst auch nur *taktisches Zusammengehen* der seither in verschiedene Gruppen gespaltenen liberalen Parteien ein gutes Stück des verlorengegangenen Terrains zurückerobern und dem Bürgertum wieder zu vermehrtem politischem Einfluß verhelfen könnte.

Der Gedanke eines engeren Zusammenschlusses ist nicht neu und nicht etwa entstanden aus der Niederlage, welche die in Frage kommenden Parteien auch bei den letzten Reichstagswahlen wieder erlitten haben. Schon die Wahlen von 1898 hatten gelehrt, daß es so nicht weitergehen könne und daß das Abweichen in einer Reihe von Einzelfragen,

zumeist nicht einmal prinzipieller Art, nicht zu einer Bekämpfung der entschieden liberalen Parteien untereinander führen dürfe, die in letzter Linie den Gegnern hüben und drüben zugute kommen mußte. Der aus diesen Erwägungen heraus vor den letzten Reichstagswahlen unternommene Versuch, eine gemeinsame Kundgebung der beiden freisinnigen Parteien und der deutschen Volkspartei zustande zu bringen, scheiterte an dem Widerstand des Führers der freisinnigen Volkspartei. Das war bedauerlich und lähmte von vornherein die Aktionskraft des Liberalismus im Wahlkampfe. Ob eine gemeinsame Kundgebung allerdings soviel Werbekraft ausgeübt hätte, um die Massen der untreu gewordenen oder im politischen Schmollwinkel stehenden Wähler wieder heranzuziehen, mag gewiß fraglich sein; zweifellos hätte aber die gemeinsame Betonung der entschieden freiheitlichen Forderungen viel Gutes wirken und manche persönliche Gereiztheit und Verstimmung beseitigen können. Getrennt marschiert und vereint geschlagen — das war der Erfolg der beobachteten Taktik. Von rund 80 Mandaten in 1893 auf 50 in 1898 und 36 in 1903, das ist das Ergebnis dieses Zerreibungsprozesses. Freilich nicht dieses Prozesses allein!

Die Gründe für den Niedergang des Liberalismus sind so mannigfacher Art, daß es ein Verkennen der politischen Entwickelungsfaktoren wäre, wenn man glauben wollte, nur der Zwist unter den Liberalen habe ihn verschuldet. Aber in einer Zeit, in der man nach rechts und links sich zu wehren hat, sollte man nicht die Waffen noch gegeneinander kehren und damit dem Gegner sein Zerstörungs — und Eroberungswerk erleichtern. Einigkeit tut da erst recht not. Die Werbekraft der übrigen Parteien und ihre politischen Erfolge beruhen zu einem guten Teil gerade darin, daß sie das Trennende zurückzustellen verstehen und nur das allen Gemeinsame betonen. Die Risse im Zentrumsturm haben, so oft und so weit sie auch auseinanderklaffen mochten, dem Bau selbst doch nie geschadet, weil das eine große Ziel, die Etablierung der Weltherrschaft der katholischen Kirche, alle Differenzpunkte im Keime erstickt. Fiele dieses kirchliche Band, so zerfiele die Partei. Und die Sozialdemokratie? Man denke nur an die jüngsten Auseinandersetzungen innerhalb ihrer Reihen, und doch steht sie geschlossen da, weil das eine große Ziel, die Sprengung der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die feindlichen Brüder immer wieder zu gemeinsamem Vorgehen zusammenführt. Nur der bürgerliche Liberalismus glaubt sich den Luxus politischer Atomisierung leisten zu dürfen. Das mag zu einem Teil mit der allzustarken Betonung des individualistischen Gedankens zusammenhängen, die notwendig war, als es galt die persönliche und geistige Freiheit gegenüber der Gebundenheit einer alten

Zeit durchzusetzen, die Kasten- und Privilegienwirtschaft zu beseitigen und an Stelle der Bevormundung durch Stände, Staat und Kirche die freie Willensäußerung des Individuums zu setzen.

Alles, was der Liberalismus auf diesem Gebiete geleistet hat, konnte aber nur erreicht werden, durch die Zusammenfassung all seiner Kräfte. In dem Augenblick, da er wegen verhältnismäßig untergeordneter Differenzen sich zu spalten begann, war seine Aktionskraft gelähmt und die Bahn frei für die Reaktion.

Daß auch innerhalb der entschieden freiheitlich denkenden Elemente unseres Volkes weitgehende Meinungsverschiedenheiten über politische Einzelfragen bestehen, das ist jedem, der am öffentlichen Leben auch nur ganz flüchtiges Interesse nimmt, bekannt. Diese Differenzen sind auch in Heilbronn wieder erörtert worden, nicht um das Trennende hervorzuheben, sondern weil es notwendig war, sich darüber klar zu werden, wie weit eine Überbrückung dieser Verschiedenheit in den politischen Forderungen und Bestrebungen möglich und ein einträchtiges Zusammenwirken zu erreichen sei. In bezug auf allgemein geistige und kulturelle Fragen besteht zwischen den drei Parteien wohl weitestgehende Einmütigkeit; ein Anlaß zu Reibungen ist auf diesem Gebiete nicht vorhanden. Auch in wirtschaftspolitischen Fragen herrscht Übereinstimmung. Die abweichende Haltung, welche bei Beratung des Zolltarifs hervorgetreten ist, war aus rein taktischen Erwägungen hervorgerufen, hatte aber mit der prinzipiellen Stellungnahme zu dieser Frage nichts zu tun. Weniger Übereinstimmung als auf den beiden erwähnten Gebieten herrscht auf dem der Sozialpolitik. Das fortgeschrittenste Programm unter den bürgerlichen Parteien hatte bisher die Deutsche Volkspartei. Durch den Hinzutritt der Nationalsozialen zur freisinnigen Vereinigung hat der in dieser Partei bis dahin nur schwach entwickelt gewesene soziale Gedanke aber entschiedene Kräftigung erfahren, und da auch innerhalb der freisinnigen Volkspartei Ansätze einer zielbewußteren Sozialpolitik vorhanden sind, wäre selbst auf diesem Gebiet die Reibungsfläche nicht so groß, als daß ein Zusammengehen, trotz aller noch vorhandenen Gegensätze, aussichtslos sein müßte. Die größten Schwierigkeiten für eine Verständigung, und das wurde auf dem Parteitag mit aller Deutlichkeit und Klarheit ausgesprochen, verursacht das Auseinandergehen in Fragen des Heeres und der Marine! Hier stehen freisinnige und deutsche Volkspartei einerseits und freisinnige Vereinigung mit den Nationalsozialen andererseits sich noch schroff gegenüber. Man braucht bloß daran zu erinnern, daß gerade das Auseinandergehen bei der Militärvorlage von 1893 die freisinnige Partei gesprengt hat und daß auch seitdem die freisinnige Ver-

einigung eine Bewilligungsfreudigkeit gezeigt hat, die weit über das hinausging, was die beiden anderen Parteien für angemessen erachteten. Durch den Hinzutritt der Nationalsozialen hat aber, ebenso wie die soziale, so auch die militärfreundliche Richtung in der freisinnigen Vereinigung zweifellos eine Stärkung erfahren.

Und damit geht noch ein anderes Hand in Hand. Während es bei den Heeres- und Marinefragen immerhin nicht um prinzipielle Gegensätze sich handelt, da auch die freisinnige und die deutsche Volkspartei das für des Reiches Wohlfahrt notwendige zu bewilligen jederzeit bereit waren und bereit sind, also nur über die Frage, wie viel dazu nötig sei, Meinungsverschiedenheiten entstehen können, ist durch die Verschmelzung der Naumannianer mit der Freisinnigen Vereinigung ein ganz neues Moment in diese Partei hineingetragen worden, das des Imperialismus. Weltpolitik, Weltherrschaft — das sind, oder waren doch Lieblingsideen Naumanns; ob er inzwischen Wasser in diesen Wein imperialistischer Begeisterung gegossen hat, und ob die freisinnigen Führer gewillt und stark genug sind, diese Neigungen in ihren Reihen nicht groß werden zu lassen? Auf der anderen Seite hat man in Heilbronn erklärt, gerade mit bezug auf Militärforderungen nicht einen Zentimeter nach rechts gehen zu können, also auch weiterhin nur das Notwendige bewilligen zu wollen. Hier liegt also vorerst noch das größte Hindernis einer Vereinigung, wenn auch keines, das bei einigem guten Willen von beiden Seiten sich nicht überbrücken ließe.

Die Haltung, die gegenüber der Sozialdemokratie beobachtet werden soll, hat zu Meinungsverschiedenheiten ebenfalls Anlaß gegeben; aber ein vermittelnder Standpunkt ließe sich hierbei schon eher gewinnen. Gemeinsam ist ja allen drei Richtungen der Kampf gegen die Reaktion und zwar auf jedem Gebiet, ebenso gegen das Überwiegen des Junkertums wie gegen die Herrschaft der Kirche. Das klärt die Situation, und es fragt sich nur noch, ob dieser Kampf geführt werden soll gemeinsam mit der Sozialdemokratie, oder ob er auch gegen diese sich zu wenden hat. Während die Freisinnige Vereinigung von dem Gedanken ausgeht, daß eine wirksame Bekämpfung des Rückschritts nur möglich sei in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie, halten die um Richter an der Zweifrontentheorie fest. Den einzig richtigen Standpunkt in dieser Frage nimmt die Deutsche Volkspartei ein, indem sie erklärt: mit der Sozialdemokratie, wo sie bereit ist, mit uns den gemeinsamen Feind niederzuringen, gegen sie, wo sie ihre spezifischen Klassenkampf-Interessen in den Vordergrund rückt. In der Praxis wird es sich in den meisten Fällen von selbst ergeben, daß die Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Linken zusammengehen muß, sei es, daß es um

die Abwehr reaktionärer Maßnahmen oder die Durchsetzung positiver Forderungen sich handelt.

Das Verhalten allerdings, welches die Sozialdemokratie in der letzten Zeit zur Schau trägt, ist durchaus nicht geeignet, ein Zusammengehen mit ihr zu erleichtern. Die Art und Weise, wie sie, übermütig gemacht durch ihre Wahlerfolge, die bürgerlichen Parteien mit Hohn und Spott überschüttet, der sinnlose Haß, den sie über alle die ausgießt, die nicht ihrer Fahne folgen, die unerhörte Anmaßung, mit der sie auftritt, haben manche Kreise, die bis dahin einem taktischen Zusammengehen der gesamten Linken, unter Einbeziehung der Sozialdemokraten, nicht abgeneigt schienen, aufs tiefste verletzt und abgestoßen. Man kann es verstehen, wenn gar mancher die Schmähungen, die er erst kurz vorher über seine Partei hat müssen ergehen lassen, nicht so leicht vergessen kann und gegen ein Paktieren sich wehrt. Hat doch die Sozialdemokratie sowohl bei den Reichstags- wie bei den jüngst stattgefundenen Landtagswahlen ihre allerheftigsten Angriffe nicht etwa gegen Konservative und Klerikale gerichtet, sondern in erster Linie grade gegen die freisinnigen Parteien, obwohl sie das allergrößte Interesse daran haben muß, in einem wenigstens einigermaßen erträglichen Verhältnis mit ihnen zu leben.

Es ist ein Grundirrtum und ein totales Verkennen der politischen Situation, wenn die Sozialdemokratie die Meinung vertritt, als ob ihr die Existenz oder Nichtexistenz einer starken liberalen Partei gleichgültig sein könnte, und darum ein unverzeihlich grober Fehler, wenn sie die Kampffront statt gegen den gemeinsamen Gegner, gegen diese Gruppen richtet. Das haben die Reichstagswahlen gelehrt und nicht minder die soeben stattgefundenen preußischen Landtagswahlen. Die Schuld für den unbefriedigenden Ausfall dieser Wahlen, aus denen die reaktionäre Mehrheit ungeschwächt hervorgegangen ist, obgleich sie bei einem Zusammengehen der Linksparteien um ein Beträchtliches hätte geschwächt werden können, trifft allerdings nicht die Sozialdemokratie allein. Es ist aufs tiefste zu beklagen, daß von freisinniger Seite aus auch nicht einmal der Versuch gemacht worden ist, zu einer Verständigung mit der Sozialdemokratie zu gelangen, andererseits darf aber auch nicht vergessen werden, daß die Sozialdemokratie durch ihren Parteibeschluß, der isoliertes Vorgehen bei den Urwahlen zur Pflicht machte, also für den wichtigsten Teil des Wahlaktes ein Paktieren von vornherein ausschloß, den Weg zu einer Verständigung außerordentlich erschwerte. Aber auch nachdem die Urwahlen vollzogen waren, hätte sich bei verständigem Zusammenwirken noch der eine oder andere Erfolg erzielen lassen. Breslau, Halle-

Herfort und Teltow-Charlottenburg sind den Gegnern verblieben, weil keine Einigung zustande kam.

So bedauerlich dieser Ausgang auch ist, das eine Gute hat er bewirkt, daß die Sozialdemokratie die Unmöglichkeit hat erkennen müssen, ohne die Hilfe der bürgerlichen Linken zu einer Vertretung zu gelangen, und daß sie daher bei kommenden Wahlen zu Verhandlungen mit der Linken auf einer vernünftigen und für das Gesamtinteresse ersprießlichen Basis sich wird bereitfinden lassen. Der Gedanke an eine Einigung aller linksstehenden Parteien muß sich durchsetzen, so sehr er auch gegenwärtig noch auf Widerstand stößt.

Die Bruchsaler Resolution will das im Augenblick Erreichbare befürworten, also einen engeren Zusammenschluß, nicht aber den engsten in Form einer Fusionierung. Denjenigen, welchen die Gründung einer großen liberalen Partei als erstrebenswertes Ziel vorschwebt, dem sie mit Sturmesschnelle entgegeneilen möchten, geht der Beschluß des Parteitags nicht weit genug, und selbst in Heilbronn erhoben sich Stimmen für diesen engsten Zusammenschluß. Aber die Erfahrungen seitdem haben gelehrt, daß es selbst schwer sein dürfte, das für erreichbar Gehaltene auf den ersten Anhieb durchzusetzen. Während die Freisinnige Vereinigung bereit ist, auf dem Boden der Resolution in Verhandlungen einzutreten, macht die „Freisinnige Zeitung", das unter Herrn Richters Leitung stehende Zentralorgan der Freisinnigen Volkspartei, Schwierigkeiten. Unter Berufung darauf, daß ein taktisches Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei jederzeit erfolgt sei und auch mit der Freisinnigen Vereinigung, soweit sachliche Übereinstimmung sich ergeben habe, ferner, daß bei den Wahlen vielfach ein Zusammengehen stattgefunden habe, wird die Überflüssigkeit der Bruchsaler Resolution zu beweisen versucht.

Diese ablehnende Haltung ist beklagenswert. Es wird sich zeigen müssen, ob die in der Freisinnigen Volkspartei vorhandene Strömung für den engeren Zusammenschluß stark genug ist, die zu großem Teil aus persönlicher Verstimmung herrührende Abneigung gegen eine Verständigung zu überwinden. In weiten Kreisen des entschieden freigesinnten Bürgertums ist der Gedanke eines Zusammengehens aufs freudigste begrüßt worden. Man ist des alten Haders müde, und namentlich in der jüngeren Generation hat man es gründlich satt, in ödem Parteigezänk die Kräfte zu vergeuden. Man sehnt sich nach frischem, fröhlichem Kampf gegen die Mächte des Rückschritts auf jedwedem Gebiet. Das erfordert aber vor allem Einigkeit in den eigenen Reihen und Sammlung aller Kräfte.

Diejenigen, welche sich diesem Einigungswerk widersetzen, laden

eine schwere Verantwortung auf sich. Umsomehr muß es die Aufgabe aller wahren Freiheitsfreunde sein, den Gedanken einer Einigung in die breiten Massen hinauszutragen und damit den Boden vorzubereiten, aus dem heraus die Wiedergeburt einer kraftvollen liberalen Partei möglich ist.

Die tschechischen Irrungen.

Von Richard Charmatz (Wien).

Sonderbare Wege wandelt das moderne Tschechentum. Es will Österreich zertrümmern, um das Reich der Wenzelskrone in alter Herrlichkeit aufrichten zu können, es untergräbt die Grundlagen des heutigen Verfassungsrechtes, damit Platz für das böhmische Staatsrecht werde. Mit dem Fortschreiten des Zersetzungsprozesses in dem Habsburgerreiche wächst die Zuversicht der Hussiten-Enkel auf eine kommende bessere Zeit, die der Abklatsch einer nebelhaften und darum phantasiegeschmückten Vergangenheit sein soll. Die Rückerinnerung an die Selbständigkeit der böhmischen Krone gibt ihnen Kraft, eine erfolggekrönte Gegenwart einer unbestimmten Zukunft hinzuopfern! Das Schwert der Sudetenslaven verwandelt sich zum Demolierspaten, den irregeführte Hände seit Jahren mit wachsender Wucht auf Österreich setzen, Stein um Stein aus dem Staatsgebäude reißend, wobei die freie Entwickelung der Völker, die im Donaustaat leben, durch das herabstürzende Geröll gehindert wird. Jüngst vereinten sich wieder die Alt-, Jung- und agrarischen Tschechen zu einem gemeinsamen Vorgehen. Als Basis des Zusammenschlusses wird das böhmische, staatsrechtliche und nationale Programm angegeben, als Zweck gilt das Hinarbeiten „auf das gemeinsame Endziel des tschechischen Volkes in den Ländern der böhmischen Krone“; doch sollen auch aktuelle Forderungen nicht unberücksichtigt bleiben.

Vor allem: Welche Bewandtnis hat die Selbständigkeit des Reiches der Wenzelskrone? Die guten Tschechen vergessen scheinbar ganz, daß der Begriff: „Länder der böhmischen Krone“ eine Erfindung der deutschen Luxenburger ist. Karl IV. hat auf den Generallandtagen im Jahre 1348 und 1355 die Integrität der „böhmischen Krone“ endgültig festgestellt. Dies geschah durch die Vereinigung Mährens, des Bistums Olmütz, des Herzogtums Troppau, der schlesischen Herzogtümer und der beiden Lausitzen als untrennbarer Lehen mit der böhmischen Krone. Aber schon nach dem Tode König Wenzels, eines Sohnes Karl IV., zerfielen die „unlösbar“ geeinigten Länder, bis sie König

Georg von Podiebrad am 14. Jänner 1464 abermals zusammenbrachte, indem er schrieb: „Die Barone, Edlen und Inwohner Mährens, hätten ihn demütig gebeten, die Markgrafschaft mit der Krone und dem Königreiche Böhmen neuerdings zu vereinen.“ Mathias, der gewaltige Ungarkönig, zerriß bald darauf mit rauher Hand das lose Band des böhmischen Staates; erst Wladislaw knüpfte es nach fast hundertjähriger Unterbrechung neuerlich zusammen. Noch einmal wurde Mähren von Böhmen gesondert, da Kaiser Rudolf 1608 den strebsamen Mathias als Markgrafen Mährens anerkannte. Dann kam die Katastrophe am weißen Berge. Mit der geschichtlichen Stellung des böhmischen Staates ist es somit nicht sonderlich weit her, denn es zeigte sich allzuoft, daß die Tschechen nicht im stande waren, das Erbe der Väter ungeschmälert zu erhalten. Ausdrücklich muß hier erwähnt werden: die einzelnen Glieder des Wenzelstaates haben niemals ihre Unterordnung unter die böhmische Suprematie geduldet, sondern sich stets als gleichberechtigt und gleichverpflichtet angesehen. Boskowitz betonte als Abgesandter Mährens bei der Königswahl Ladislaus ausdrücklich: „Daß wir zur böhmischen Krone gehören, anerkennen wir, jedoch mit demselben Rang in bezug auf Recht und Stellung und gerade so frei, wie die böhmischen Herren.“ Die böhmische Realunion war nicht das Produkt nationaler Sehnsucht. In ihr erscheint die nüchterne Tatsache ausgedrückt, daß verschiedene Länder eines Herren gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen hatten, die ein geeintes engeres Vorgehen wünschenswert machten und zu den Generallandtagen führten. Die Gloriole, von der die Tschechen heute die „böhmische Krone“ umgeben sehen, schwindet beträchtlich zusammen, sobald man sie nicht aus jahrhundertweiter Ferne betrachtet. Sie war der Ausdruck einer Zeit, bestimmter Verhältnisse, eigenartiger sozialer Gruppierungen. Die Vereinigung Böhmens, Mährens und Schlesiens zeigt sich als Werk der Realpolitik und wird gröblich mißverstanden, wenn aus ihr Ideologen Programmthesen machen. Einen Einwand gäbe es. Woher kommt es, daß dem dreieinigen Königreiche die Selbständigkeit gewahrt blieb, nachdem das nach dem Tode Ludwigs verwaiste Land an die österreichischen Erblande heimfiel, oder — um historisch richtiger zu sprechen — Ferdinand von den Ständen die Krone Böhmens verliehen erhielt? Hier könnte man allerdings die Gegenfrage aufwerfen, weshalb beispielsweise die Vorrechte Tirols geschont wurden? Einfach deshalb, weil die ökonomischen und politischen Vorbedingungen weiter bestanden. Die sukzessive Entwickelung zur Zentralisation bis zum Ende des XVIII. Säkulums, die den Tschechen unverwindbar däucht, ist keineswegs ein willkürlicher Sprung, der Ausfluß der raschen Laune einer Regentin und eines Herrschers. In der Verschiebung der welt-

politischen Gestaltung, in dem Umschwung im volkswirtschaftlichen Leben muß die Erklärung gesucht werden. Die wenig begrenzte Personalunion der Sudetenländer mit den alten Erbprovinzen der Habsburger, die innere böhmische Realunion hat zweifellos für das Slaventum bedeutende Vorteile im Gefolge gehabt, damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß eine Renaissance die gleiche Wirkung hätte.

Worin lag der Gewinn? Das große Kontobuch der Tschechen ist das böhmische Staatsrecht, von dem im politischen Leben Österreichs so oft die Rede war und sein wird, dessen Wesen aber die wenigsten erfassen. Dr. Josef Kalvusek — die berufenste böhmische Autorität auf diesem Gebiete — gibt folgende Erläuterung: „Das böhmische Verfassungsrecht entwickelte sich zunächst als Gewohnheitsrecht von Generation zu Generation, welches zwar nach und nach in der Form von landesfürstlichen Verleihungen, Privilegien, Majestätsbriefen, Landtagsbeschlüssen und Landesordnungen zur Aufzeichnung gelangte, jedoch in seiner Gesamtheit nie in einem einheitlichen Kodex zusammengefaßt wurde." Darin ähnelt es dem „gemeinen Rechte" der Engländer. Aber praktisch kann wohl nicht der ganze Komplex einer jahrtausendlangen Arbeit in Betracht kommen; nicht alle Bestimmungen haben für den Politiker Wert, sondern nur die, welche bis zum Zusammenbruch der Freiheit der böhmischen Länder noch in Kraft, also nicht durch spätere Verfügungen aufgehoben waren. Vor den Hussitenkriegen hintertrieben die tschechischen Adeligen mit dem Aufgebot aller Kräfte die Bestrebungen der Rechtskodifikation, die vom König Wenzel II. und Karl IV. gefördert wurde. Erst nach der blutigen Beilegung des Volksaufstandes, den deutsche Waffen den Feudalen niederwerfen halfen, ließen sich die Grundherren herbei, das Recht zusammenzufassen. Solange die bürgerliche Freiheit nicht ganz erstorben war, mußten die edlen Aristokraten fürchten, daß die Ersetzung des Gewohnheitsrechtes durch festgelegte Gesetze zu ihrem Nachteile ausschlagen könne. Das Ende des XV. Jahrhunderts sah aber in Böhmen den Volkseinfluß zertreten, die Herren und Ritter konnten somit daran gehen, ihr nationales Klassenrecht zum Rechte des Landes zu machen. Aus dem Landtage wurden alle unangenehmen Stimmen entfernt, das beschränkteste Ständewesen auf dem Boden des heutigen Habsburgerstaates entstand. Nicht allein dem Bürgertum waren alle Freiheiten geraubt, auch die Macht des Königs sank auf ein Minimum herab, auf die Befugnis Jahrmärkte zu bewilligen und über die Erbauung und Zerstörung der Burgen zu verfügen. Schlesinger charakterisiert die berüchtigte wladislawsche Landesordnung, deren Erscheinen in tschechischer Sprache am 18. Juni 1500 die Vorherrschaft der slavischen Aristokratie begründete, sehr richtig „als

das Bollwerk adeliger Willkürherrschaft aufgerichtet auf dem Grabe der gesunkenen Monarchie und der verfallenen bürgerlichen Freiheit.“ Diese Zustände blieben im ganzen und großen bis zur Schlacht am weißen Berge aufrecht, die das Ende der Ausnahmsstellung für die Länder der böhmischen Krone mit sich brachte. Die wachsende Macht der Habsburger, ihre steigende Unabhängigkeit von dem Willen der tschechischen Stände, das Aufflackern der Gesamtstaatsidee in den Köpfen der Herrscher machte die tschechischen Großen eifersüchtig und trieb sie zu gewagten Handlungen, die in der Herbeirufung des Winterkönigs ihren Höhepunkt erreichten. Man ist heute eines Sinnes darüber, daß die aufständischen Adeligen nicht aus religiösen Motiven, aus nationaler Gewissenhaftigkeit wider die mordskatholischen Habsburger aufstanden, sondern von einer sehr realistischen, aber verfehlten Beutepolitik geleitet waren. Ich setze das Urteil eines tschechischen Führers und Abgeordneten her: „Der böhmische Adel rang — so schreibt der Politiker Dr. Karl Kramař — nach der Macht und Bedeutung des späteren polnischen Adels und wurde endlich in der Schlacht am weißen Berge vollständig geschlagen. Man kann nicht einmal sagen, daß er sein Schicksal nicht verdient hätte. Es war nicht die Sache des Volkes, welche unterlag, und das Bürgertum wurde nur hingerissen; der Besiegte war der Adel, der das Volk geknechtet, in Unfreiheit geworfen hatte . . .“

So urteilt ein Tscheche über die Glanzperiode des böhmischen Staatsrechtes, über seine letzte Form und Gestalt. Und bloß um diese kann es sich drehen, wenn man jetzt Klage erhebt, daß durch die „verneuerte“ Landesordnung für Böhmen vom Jahre 1627 und für Mähren vom Jahre 1628 die regelmäßige Entfaltung der Sudetenländer unterbunden und durch den Absolutismus der josefinischen Zeit vollständig gestört ward. Wiedereinsetzung in den früheren Stand: dies wäre die knappe Formel für den tschechischen Phrasenschwulst über das Staatsrecht. Oder was meinen die Hussiten-Enkel sonst? Etwa die Auffrischung jener Epoche, in der vom einsichtigen Fürsten Wratislaw (1061—92) den Deutschen das Privilegium erteilt wurde, nach eigenem Rechte durch deutsche Richter Streitigkeiten austragen zu lassen und nicht die „gesegnete“ Zeit um 1615, in der von seite des chauvinistischen Adels die Verfügung getroffen ward, daß kein Ausländer ohne Kenntnis der tschechischen Sprache Seßhaftigkeit erlangen könne?

Das böhmische Staatsrecht als Volksforderung ist ein Unding. Sklaven, die ihre Ketten abschüttelten, kennt die Geschichte; freie Männer, die um das Joch der Abhängigkeit einen zähen Kampf führen, hat es wohl noch niemals gegeben. Das zeitgenössische Tschechentum unterliegt einer Phrase, einer Traumvorstellung; man sagt ihm, daß es für sein

Recht eintrete und spannt das Volk an den Wagen des Feudalismus. Die Neubelebung des tschechischen Nationalbewußtseins nahm auch tatsächlich gegen Ende des XVIII. Jahrhunderts vom Adel, dessen Ahnen aus aller Herren Länder herbeigekommen waren, ihren Ausgang. Dieser hatte wieder „die Vernehmung der Stände“ Böhmens bei der Schaffung oder Änderung solcher Gesetze, die das ganze Land betrafen, beim schwachen Kaiser Leopold II. durchgesetzt und dann — selbst des Slavischen nicht genug mächtig — mit den geistigen Mitteln angesehener Gelehrter, die er in seinen Kreis gezogen, eine historische und nationale Romantik im Volke einzupflanzen gesucht. Die „Originalböhmen“ des vorigen Jahrhunderts fanden mit richtigem Instinkt heraus, daß ihre Stärke die Schwäche des Gesamtstaates voraussetze. Sie machten die Massen mobil, um den regierenden Gewalten Furcht einzujagen und sich selbst die Wichtigkeit anzueignen, die bei der Maschine — auch der Staatsmaschine — der Regulator hat. Eine Zeit hindurch gewann es den Anschein als hätte die slavische Bevölkerung der Sudetenländer die Pläne ihrer aristokratischen Gönner — der Alttschechen und Feudalen — durchschaut; die Gründung der jungtschechischen Partei durch Sladkowsky erweckte frohe Hoffnungen. Es ist bezeichnend, daß aus ihrer Mitte, aus dem Munde Gregrs, der Ausspruch kam, das böhmische Staatsrecht sei keine Prise Tabak wert.

Doch Parteien gehen oft krumme Wege. Die Jungtschechen und die Alttschechen sind bereits einander so nahe gekommen, daß sie sich zu vereintem Handeln entschließen können. Hinter ihnen jedoch stehen noch radikalere Elemente, Gruppen, die sich mit Stolz Volksparteien nennen. Alle zusammen tanzen um das goldene Kalb mißverstandener Geschichte und ihrer nicht begriffenen Formationen. Den Nutzen haben augenfällig die tschechischen Feudalen, die von der Regierung den höchsten Preis für ihre gelegentlichen Mittlerdienste erhalten: den Schutz der Reaktion.

Die tschechische Romantik ist Gegenwartsspekulation des Adels und seiner Interessenkreise. Was aber soll der Hang nach der Selbständigkeit des dreieinigen Königreiches bedeuten? Einst stand es unter eigenen Fürsten, heute ist es mit den übrigen Teilen der Monarchie unter einem Herrscher vereint. Die Sudetenslaven beteuern ja bei jeder Gelegenheit, daß sie nicht antidynastisch seien. Den Vergleich mit Ungarn hält das Sudetengebiet nicht aus. Kaiser Ferdinand II. betonte in seinem Kommentar zur verneuerten Landesordnung mit gutem Recht, daß er alle Böhmen zustehenden Privilegien „aufheben und vernichten“ könnte. Das rebellische Land war mit dem Schwerte besiegt worden. Dreihundert Jahre fast sind seitdem verstrichen und nun sollte sich noch immer eine Verbindungsbrücke über diese geschichtliche Kluft legen lassen? Die Ma-

gyaren hatten allerdings auch ihr Vilagos, doch eine Niederlage gleicht nicht der anderen. Dabei war es eine der letzten Taten der mährischen Stände, 1848 gegen die Vereinigung mit der „böhmischen Krone“ — die überhaupt nicht mehr ganz herzustellen ist — zu protestieren. Kein anderer als Palacky trat auch im Kremsierer Verfassungsausschuß für eine nationale Zerreißung des Gebietes der Wenzelskrone ein.*) Das waren lichte Augenblicke.

Das moderne Tschechentum ist leider in eine schlaugestellte Falle geraten, indem es sich zum Werkzeug seiner ärgsten Feinde macht. In Wirklichkeit stimmen die Vorbedingungen für einen gedeihlichen Aufschwung der Sudetenslaven mit den Bedürfnissen aller anderen Völker Österreichs überein. Zwei Worte drücken sie aus: Demokratie, Autonomie! Aber weder historische Überlieferungen, noch die Verheißungen vergilbter Pergamente leiten zu diesem Ziele; die lebendige Gegenwart, ihre kulturellen, politischen, wirtschaftlichen Anforderungen schreien darnach. Durch sie wäre die Verjüngung des Staates möglich, das Wohl der Nationen und ihr Einvernehmen begründet. Eben deshalb behindert der feudale Schwarm diesen Fortschritt: Österreich soll *kein* Volksstaat werden, die Selbstverwaltung der Länder *darf* keine Erweiterung finden und die Feindschaft der Völker *muß* weiter Unheil stiften. Das Reich opfert sich dem feudalen Großgrundbesitze, der insgeheim das Aufrollen der schwarzen Fahnen mit dem roten Kelche, die er einst in den Staub getreten, fördert. Das Staatsrecht, die Vereinigung der Länder der böhmischen Krone zu einem selbständigen Staatsteile der Monarchie, ist eine Utopie. Es gibt nichts Verderblicheres wie die Erhebung von Chimären zu politischen Dogmen. Nur diesem Umstande ist die traurige Erscheinung zu danken, daß das Tschechentum die Stimme der Vernunft überhört und mit der parlamentarischen Obstruk-

*) Am 22. Jänner 1849 wandte sich Palacky gegen die Föderation der Provinzen, weil letztere keine souveränen Staaten sind. Er empfahl folgende Einteilung Österreichs: 1) in tschechisch Böhmen oder Tschechowien; 2) in Deutsch-Böhmen oder Bojerheim; 3) in Österreich ob und unter der Enns und Salzburg; 4) in Deutsch-Steiermark und Kärnten; 5) in das slavische Steiermark, Krain und das slavische Küstenland; 6) in Schlesien; 7) in Mähren; 8) in Deutsch-Tirol und Voralberg; 9) in Welsch-Tirol; 10) in den italienischen Teil des Küstenlandes; 11) in Dalmatien; 12) in Polen und mazurisch Galizien; 13) in ruthenisch Galizien; 14) in die Bukowina. — Siehe: „Protokolle des Verfassungs-Ausschusses im österreichischen Reichstage 1848—1849“. Von Anton Springer. — Im Prinzip deckt sich dieser von nationalen Rücksichten geleitete Organisationsvorschlag für die westliche Reichshälfte des Habsburgerstaates mit den diesbezüglichen Forderungen des Brünner Nationalitätenprogrammes der Sozialdemokratie.

tion drei Jahrhunderte aus der Geschichte tilgen will. Geschieht dies auch nicht allein um des Zukunftsprogrammes wegen; die Neugestaltung Österreichs bleibt dennoch solange aussichtslos, als das tschechische Volk einsichtslos ist.

Soldatenmißhandlungen.

Von einem Offizier.

Heißt es nicht Eulen nach Athen tragen, wenn man es unternimmt, die Zahl der über diesen Gegenstand geschriebenen Artikel noch zu vermehren? Ist nicht alles, was gesagt werden konnte, schon gesagt? — Doch die Frage steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Wenn ich sie zum Gegenstand meiner Abhandlung mache, so geschieht es in der Hoffnung, vielleicht dieses oder jenes Neue zu ihrer Lösung beizutragen.

In fast allen mir zu Gesicht gekommenen einschlägigen Artikeln ist nach meiner Meinung ein Fehler gemacht worden. Man hat die Mißhandlungen aus ihrem Zusammenhange mit anderen Erscheinungen des militärischen Lebens herausgerissen und als etwas für sich bestehendes betrachtet. So gelangte man in der Regel zu unrichtigen Urteilen und teils unwirksamen, teils unmöglichen Abhilfevorschlägen.

Betrachten wir die Sache genauer, so finden wir, daß man wohl viel über Mißhandlungen geschrieben hat, sich aber nur selten die Mühe genommen hat, ihrem Grunde nachzuforschen, und auch, wenn man dies tat, gewöhnlich einen falschen oder doch mindestens unzureichenden Grund gefunden hat. Man hat häufig aus einem Einzelfall eine Schablone herausgeschnitten, die nun auch für alle anderen Fälle passen sollte; man hat generalisiert, wo man individualisieren mußte. Grade hier ist aber eine scharfe Individualisierung, eine peinliche Scheidung der Mißhandlungen nach ihren verschiedenen Motiven am Platze, wenn man falsche Schlüsse und Urteile vermeiden und brauchbare Vorschläge zu einer Besserung geben will. Alles bisher Vorgeschlagene gehört zu den sogenannten kleinen Mitteln, die nur die äußere Erscheinung, nicht aber das Wesen der Sache treffen.

Nach den Motiven, aus denen sie hervorgehen, kann man drei verschiedene Kategorien der Mißhandlungen aufstellen:

Erstens solche, die nur infolge momentaner Aufwallung geschehen. Jeder billig denkende Mensch wird diese Vergehungen nicht allzu-

schwer beurteilen. Insbesondere könnte nur böser Wille behaupten, daß die völlig spontan auftretenden Fälle dieser Art zu einer dauernden, ernsten Schädigung der Disziplin führen. Es ist auch in allen Besprechungen, welche diese Kategorie von der zweiten überhaupt scheiden, hierüber kaum ein Wort verloren, zumal die bestehenden Gesetze in jeder Beziehung ausreichen.

Die zweite Kategorie umfaßt die Mißhandlungen, welche aus der natürlichen Roheit und Gemütlosigkeit des betreffenden Vorgesetzten entspringen. Sie ist es besonders, die in letzter Zeit infolge verschiedener Vorkommnisse unsere Zeitungen und Zeitschriften beschäftigt hat. Die meisten Abhilfevorschläge beziehen sich lediglich auf diese Art von Mißhandlungen. Hier soll daher nicht das schon tausendmal Gesagte wiederholt werden. Nur wenige Worte mögen genügen. Das einzige Mittel, das hier Wandel schaffen könnte, ist, neben der sonstigen Strafe, rücksichtslose Ausmerzung solcher als rohe Gesellen erkannten Individuen. Andere Mittel sind unwirksam. Besonders sei vor einem Vorschlage gewarnt, der häufig auftaucht, nämlich dem, daß die Vorgesetzten mehr wie bisher für solche Vorkommnisse innerhalb ihres Befehlsbereichs verantwortlich gemacht werden sollen. Das hieße den Teufel mit Beelzebub austreiben. Anstatt den Mißhandlungen zu steuern, würde man nur ihrer Verheimlichung und Vertuschung Vorschub leisten. Man könnte diese neue Verantwortlichkeit nur den ohnehin hiermit überreich bedachten Hauptleuten zuschieben; diese Offiziere aber gegebenenfalls zu Meldungen verpflichten, die ihnen selbst ein kriegsgerichtliches Urteil, vielleicht sogar — auch dieser Vorschlag ist aufgetaucht — die sofortige Verabschiedung einbringen könnten, ist ein Experiment, welches wir lieber unterlassen wollen.

Das oben angegebene Mittel zur Beseitigung oder doch möglichsten Einschränkung dieser Art von Mißhandlungen würde jedoch an sich noch keine zufriedenstellenden Ergebnisse zeitigen, wenn man nicht vorher noch andere, viel tiefer einschneidende Veränderungen vorzunehmen sich entschlösse, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es in seiner ganzen Schärfe praktisch nie zur Anwendung kommen würde. Hiermit streifen wir schon die dritte der Kategorien, in die wir den Begriff der Mißhandlungen einteilen wollen, und die in der Praxis häufig mit der eben besprochenen zweiten vereint auftritt. Die Richtigkeit der oben aufgestellten, diese zweite Kategorie betreffenden Behauptungen kann daher erst vollkommen klar werden, nachdem wir auch die Mißhandlungen der dritten Klasse besprochen und auf ihren Grund zurückgeführt haben.

Es ist eine zum mindesten auffallende, bisher aber wohl zu wenig gewürdigte Erscheinung, daß in den jüngsten schweren Fällen fortdauern-

der Mißhandlungen seitens einiger Unteroffiziere diesen häufig von ihren Vorgesetzten ein vortreffliches Dienstzeugnis ausgestellt wurde, daß es oft die anscheinend tüchtigsten waren, denen diese schweren Vergehen zur Last gelegt werden mußten. — Fall Breidenbach. — Aus vielen Gerichtsverhandlungen gewinnt der ehrliche Kritiker die Überzeugung, daß es nur falsch angewandtes, mißverstandenes Pflichtgefühl usw. war, welches den Angeschuldigten zu seiner Tat bewogen hatte. Selbst die Mißhandelten hatten oft dasselbe Gefühl, wie es klar aus der Antwort eines Soldaten bei einer Gerichtsverhandlung hervorgeht: Der Unteroffizier schlug uns, um uns zu erziehen! — Der Fall Hüssener gehört, obwohl auf einem ganz anderen Gebiet liegend, in gewissem Sinne hierher.

Die Mißhandlungen dieser dritten Kategorie können zwar aus verschiedenen Motiven entspringen: mißverstandenes Pflichtgefühl, hoher Ehrgeiz, Überzeugung von ihrer Notwendigkeit. Der innere Grund ist aber für alle derselbe; er liegt in dem System. Die Mißhandlungen werden geradezu als Erziehungsmittel angesehen. Die Fälle in denen Mißhandlungen dieser Art zur Sprache kommen, sind sehr selten, teils, weil die Mißhandelten fürchten, später gemaßregelt zu werden, teils aber auch, weil sie selbst die empfangene Mißhandlung als Erziehungsmittel ansehen, besonders, wenn sie leichter Art ist, und sich keine absichtliche Roheit darin ausspricht. Leider ist der letztere Grund, wie Verfasser aus Erfahrung weiß, weit häufiger, als man ahnt. Das System hat schon gewirkt. Kommen einmal ausnahmsweise solche Fälle von Mißhandlungen ans Licht, so wird der Täter nach den Gesetzen bestraft. Seine Kameraden sehen ihn aber als Märtyrer an, und mit Recht: Er ist Märtyrer des Systems. — Auf diese Klasse von Mißhandlungen die Aufmerksamkeit der Leser zu lenken und Anregung zu geben für Verbesserungsvorschläge soll die Hauptaufgabe dieser Ausführungen sein. In folgendem sind der Kürze wegen unter Mißhandlungen stets nur diejenigen dieser dritten Kategorie verstanden. Einige geschichtliche Rückblicke mögen die weiteren Ausführungen erleichtern.

Zunächst muß einer sehr verbreiteten Auffassung entgegengetreten werden. Häufig wird die Meinung laut, die Mißhandlungen seien eine Erscheinung der jüngsten Zeit; ja man geht so weit, sie in ursächlichen Zusammenhang mit den verschiedensten Dingen zu bringen, so mit der durch systematische Verhetzung des Volkes hervorgeruferen größeren Widerspenstigkeit der Rekruten, oder gar mit der vermeintlichen allgemeinen Korruption der bürgerlichen Gesellschaft. Die Mißhandlungen sind jedoch keineswegs neueren Datums. Was wir vor uns sehen, ist vielmehr der letzte Rest eines alten, gewissermaßen durch Überlieferung anerkannten Brauches in der preußischen Armee. Jeder kennt das Heer Fried-

rich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen, wo der Offizier nur mit einem spanischen Rohr beim täglichen Dienst erschien, wo es vorkommen konnte und durch Gesetz sanktioniert war, daß ein eben dem Kadettenhause entwachsenes Bürschchen einen alten, ergrauten Krieger wegen des geringsten Vergehens mit dem Stocke züchtigte. Damals waren die Mißhandlungen offiziell, später, nach 1806, wurden sie inoffiziell. Der Sache nach blieben sie bestehen, höchstens daß sie im Verlauf der Jahre mehr und mehr auf die Zeit der Rekrutenausbildung beschränkt wurden. Es war eben unmöglich, das eingewurzelte Rechtsgefühl einer so homogenen Menschenklasse, wie es das alte preußische Offizierkorps war, mit einem einzigen Machtspruch beiseite zu schieben, um so weniger, da die Pflanzschulen des Offizierkorps, die Kadettenhäuser, Sorge trugen, daß das Prinzip spartanischer Abhärtung vermittels körperlicher Quälereien erhalten blieb. Von dem, was noch vor 15 Jahren die jugendlichen Helden dort erdulden mußten, ist kaum ein leiser Hauch in die Öffentlichkeit gedrungen. Wehe dem 10- oder 11-jährigen Knaben, der, wenn ihm ein über der Lampe heiß gemachter Griffel in die Hand gedrückt wurde, auch nur eine Muskel seines Gesichts verzog, oder gar das Instrument, das ihm die Finger verbrannte, fallen ließ. Mancher unserer Offiziere trägt noch jetzt die Narben als ewige Zeichen jener Quälereien an seinem Körper. Daß nichts von solchen Dingen an die Öffentlichkeit kam, dafür bürgte der von Offizieren — die selbst meist Kadetten gewesen waren — und Kameraden gepflegte falsche Ehrbegriff, das ausgeartete Solidaritätsgefühl. Ist es ein Wunder, wenn mit solchen Mitteln erzogene Leute nur geringes Mitgefühl beim Anblick fremder Leiden zeigen, ein Wunder, wenn sie jeden ihrer Untergebenen, dessen Willenskraft durch systematisch anerzogene Selbstzucht nicht in dem ihnen selbst eigentümlichen hohen Maße entwickelt ist, als einen Weichling verachten? Das Gegenteil wäre viel wunderbarer. Wie sehr die im Kadettenkorps gebildeten Offiziere die dort herrschende Erziehungsmethode für notwendig und segensreich hielten, das beweist die Tatsache, daß sie ihre eigenen Söhne immer wieder in die Kadettenhäuser sandten.

Doch zurück zum Thema. Man glaube ja nicht, daß unsere Braven von 1870/71 als Rekruten wesentlich anders behandelt worden wären, wie die Soldaten Friedrichs des Großen. Die Erziehungsmethode der körperlichen Quälereien war eben alte, von den Vätern überkommene Tradition. Es war bis in die jüngste Zeit Glaubensdogma für jeden Berufssoldaten, ist es für viele — namentlich Unteroffiziere — selbst heute noch, daß körperliche Züchtigungen für die Disziplin unentbehrlich seien. Züchtigung, nicht etwa Mißhandlung! Die meisten Vorgesetzten dieser Art werden den Gedanken, einen Untergebenen mißhandelt zu

haben, weit von sich weisen; nur züchtigen wollten sie ja, strafen für begangene Fehler und Versehen. Warum denn immer gleich wegen jeder Lappalie zum Hauptmann laufen? Von den vielen Vorkommnissen, die in das Gebiet Mißhandlungen fallen, sind weitaus die meisten dieser Art. Kaum einer von allen denen, die hiergegen fehlen, hält jedoch, wie oben angedeutet, seine Handlung im tiefsten Inneren für eine Mißhandlung. Ja, weiß er denn nichts von den allerhöchsten Bestimmungen, deren Kenntnis er vierteljährlich durch Namensunterschrift bescheinigen muß? Gewiß kennt er sie und handelt trotzdem dagegen. Dennoch — das Paradoxon sei hier gestattet — handelt er folgerichtiger, als diese Bestimmungen, die sich wohl gegen die Mißhandlungen wenden, den Geist aber, dem sie entspringen, unangetastet lassen. Das System, dem die körperliche Züchtigung als notwendiges Glied angehört, und das darin beruht, den Willen des Untergebenen bis zur blinden Fügsamkeit zu brechen, die Disziplin lediglich auf Furcht zu begründen, besteht nach wie vor. Mag der Einzelne noch so sehr bemüht sein, die notwendige Unterordnung des Untergebenen unter seinen Willen zu einer freiwilligen zu stempeln, die Disziplin auf Achtung und Vertrauen zu gründen, er ist machtlos gegen das System. Nicht nur Gesetze und Rechte, auch das Unrecht erbt sich fort.

Was früher vielleicht eine Notwendigkeit, auch bei dem mehr slavischen Charakter der Bevölkerung in den alten preußischen Provinzen eher angebracht war, das wird, auf den freien Germanen übertragen, zum tiefsten Unrecht. Unsere Armee sollte der Ort sein, wo freie Individualität und stolze Manneswürde, diese edelsten Eigenschaften des ursprünglichen Deutschen, leider durch byzantinische Kultur heute oft verkümmert, gepflegt werden, und nicht eine Brutstätte slavischer Unterwürfigkeit.

Wir erkennen also die Mißhandlungen nicht als etwas für sich Bestehendes, sondern als eine, man möchte fast sagen, notwendige Folge der Anschauungen, die seit bald zwei Jahrhunderten in unserem Offizierkorps wurzeln. Man wende nicht ein, daß heute die Mißhandlungen hauptsächlich von Unteroffizieren verübt werden. Nicht darauf kommt es an, wer der Täter in jedem einzelnen Falle ist, sondern darauf, wo der Grund dieser Erscheinung zu suchen ist. Für diese Taten der Unteroffiziere, nicht einzelner roher Lümmel, sondern häufig gerade der Besten, Tüchtigsten macht man aber mit Recht den Geist des Offizierkorps verantwortlich, diesen Geist der Entindividualisierung, der Slavisierung, die dank dem großen Einfluß, den das Offizierkorps auf alle Schichten der Bevölkerung ausübt, ihre Kreise immer weiter nach Westen ziehen. Wie tief dieser Geist auch heute noch in unserem Offizierkorps eingewurzelt

ist, dafür legt Zeugnis ab das fast einmütige Urteil der aus China zurückgekehrten Offiziere, die dem russischen Soldaten wegen seiner Unterwürfigkeit den Vorrang vor dem deutschen Soldaten geben. Die Mittel, durch welche dieser Geist in unserem Offizierkorps ausgebildet und gepflegt wird, ausführlich zu schildern kann ich um so mehr unterlassen, als dieselben in einem Artikel über Offizierserziehung und Volkscharakter, Heft 13 und 14 dieser Zeitschrift, trefflich dargestellt sind.

Die Eingriffe in das körperliche Ich des Soldaten werden immer seltener. Gott gebe, daß sie bald ganz aufhören. Die Eingriffe in das geistige und moralische Ich des Offiziers gedeihen lustig weiter. An dieser zweiten Erscheinung geht man im allgemeinen achtlos vorüber. Das sind aber zwei Früchte, die an demselben Holze wachsen, an dem der Entindividualisierung. — Der geistigen Bewegung unserer Zeit, dem Kampfe um Befreiung von allem, was undeutsch ist, den die Edelsten der Nation jetzt kämpfen, steht das Offizierkorps als Korporation sehr fremd gegenüber. Wie wäre es bei seiner Geschichte und Erziehung anders möglich? Aber auch hier fängt es an sich zu regen, den meisten noch unbewußt. Die Väter schicken ihre Söhne nicht mehr in die jede Individualität erstickenden Kadettenhäuser. Besonders aber unter den jüngeren ist mancher, der mithelfen möchte an dem großen Werke der Gegenwart, den Deutschen wieder zum Deutschen zu machen. Aus der Mitte des Offizierkorps dringt der Ruf nach außen: helft uns bei unserem Kampfe um die geistige Freiheit, um unsere Individualität, um unser Deutschtum. Wahrlich, das Ziel ist des Kampfes wert! Ein Heer zu gründen, dessen Führer in engster Verbindung stehen mit dem Denken und Fühlen unseres Volkes, ein Volksheer im besten Sinne des Wortes, das ist ein Werk, an dem mitzuarbeiten der edelsten Geister unseres Volkes würdig ist. Hier liegt der Punkt, an dem die Hebel anzusetzen sind, dann werden solche Erscheinungen wie die Soldatenmißhandlungen von von selbst verschwinden.

Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert.

Von Dr. Heinz Potthoff (Charlottenburg).

Daß Professor Werner Sombart in Breslau uns etwas zu sagen hat, wenn er ein Buch schreibt, daß er es in anregender Form, in glänzendem Stile zu sagen weiß, dieses Urteil ist heute wohl Gemeingut der auf volkswirtschaftlichem Gebiete gebildeten und halbgebil-

deten. Soweit also eine Buchbesprechung die Aufgabe hat, auf das betreffende Buch als lesenswert hinzuweisen, ist sie erfüllt mit der einfachen Angabe des Titels und Verfassers: Ein Buch von Sombart ist immer lesenswert; womit natürlich über die Richtigkeit seiner Anschauungen noch nichts ausgesagt ist. Demgemäß sei zunächst das jüngste Werk dieses Gelehrten, das unter dem oben genannten Titel bei Bondi-Berlin in der Sammlung „Das 19. Jahrhundert in Deutschlands Entwickelung" vor kurzem erschienen ist,[1]) jedem dringend empfohlen. Nicht so einfach ist es, sich mit einem Sombartschen Buche auseinanderzusetzen. Der rein sachliche, „fachwissenschaftliche" Inhalt des vorliegenden ist rasch erzählt; es will die Frage beantworten: Wie unterscheidet sich das Wirtschaftsleben des heutigen Deutschland von dem vor hundert bezw. achtzig Jahren, als der Großvater die Großmutter nahm? Wie wurde aus jenem Deutschland das heutige? — Wenn der Verfasser in seinem „Literaturnachweise" behauptet: „Dieses Buch ist das erste, das das im Titel genannte Problem wissenschaftlich behandelt", so scheint mir das doch nur in sofern richtig zu sein, als vielleicht noch niemand versucht hat, in so weitem Umfange, in so scharfen Zügen die Entwickelung darzustellen, und als Sombart unter „wissenschaftlich" etwas anderes versteht, als die Mehrzahl der Fachgenossen.

Im übrigen hat er die vielleicht beste Grundlage für dieses Buch selbst gelegt in seinem „modernen Kapitalismus",[2]) auf das er selbst an mindestens 30 Stellen hinweist. Gewiß enthält das neueste Buch manche Gedankengänge, die in dem nur wenig älteren nicht ausgesprochen sind, gewiß tut jenes manchen Schritt über den „Kapitalismus" hinaus;[3]) aber im großen und ganzen kann man doch sagen: der Inhalt der „Volkswirtschaft" ist ausführlicher, gewichtiger schon im „Kapitalismus" dargestellt oder wird in den noch bevorstehenden Bänden zur Darstellung kommen. — Weshalb schreibt Sombart ein zweitesmal über dieselben Dinge? Damit kommen wir zu der Frage, die mir hier für den Leser wie für den Verfasser die wichtigste zu sein scheint: zur Frage der Form, der Darstellungsart.

Da werden gewiß viele Fachgelehrte das Haupt schütteln und dieser nach des Verfassers Meinung „ersten wissenschaftlichen Behandlung des Themas" die „Wissenschaftlichkeit" absprechen.[4]) Man denke: ein wissen-

---

[1]) XVIII und 647 Seiten, Preis M. 10.—, geb. M. 12.50.

[2]) Band I und II bei Duncker & Humblot, Leipzig 1902.

[3]) Auf den wichtigsten macht der Verfasser selbst S. 155 aufmerksam: „Die Prinzipienlehre der modernen Technik."

[4]) Soviel ich sehe, ist das Buch bisher in Fachkreisen wenig besprochen worden. Ich bekenne, daß ich absichtlich kein Wort von diesen Besprechungen gelesen habe.

schaftliches Werk über Volkswirtschaft, das (auf S. 24) von der „merkwürdigen Wissenschaft der Nationalökonomie“ spricht, „die im Grunde gar keine Wissenschaft ist“; das als bestes Lehrbuch der Nationalökonomie die Romane von Zola empfiehlt, gegen den „wir alle Dilettanten sind in dieser Wissenschaft“ (S. 84); das mit der Mahnung schließt „wieder mehr in Goethe zu leben!“

Um sofort mitten in den Kern der Sache zu kommen: Zweck und wesentliches Merkmal des Buches ist, den „Kapitalismus“ zu „popularisieren“,[5]) die volkswirtschaftliche Weltanschauung, die Sombart dort für die gelehrte Welt zu begründen versucht, hier der Menge zu predigen. Das geht aus Ton und Anlage im großen und kleinen hervor. Sombart wendet sich, sehr häufig mit direkter Anrede, an einen Leser, öfter noch an eine Leserin, von denen er voraussetzt, daß sie von Nationalökonomie gar nichts, von Kulturgeschichte vielleicht noch weniger wissen,[6]) daß sie sich aber an alles erinnern können, was bei Goethe,[7]) Zola (L'argent, Germinal), Tolstoi und anderen „Dichtern“ zu lesen ist. Was er beabsichtigt, hat er auf Seite 49 selbst so ausgedrückt: „Ich will dem Leser vor allem die Anschauung von den Dingen zu verschaffen suchen“; und auf Seite 142: „Es ist uns hier allein zu tun um das Verständnis der großen, prinzipiellen wirtschaftlichen Zusammenhänge“; während er für die „theoretische Betrachtungsweise“, die „systematische Erfassung“ auf den „Kapitalismus“ verweist. Dem entspricht auch die Anordnung des Stoffes, die kurz umrissen sei.

Das Buch zerfällt in 3 Hauptteile: Das Wirtschaftsleben vor 100 Jahren, seine Umwandlung, seine heutige Gestalt. Eine solche Art der Darstellung macht gelegentliche Wiederholungen und Rückverweisungen unvermeidlich; man muß Sombart aber zugestehen, daß er mit großem Geschick dieses Übel auf ein geringes Maß beschränkt hat. Das Werk setzt ein mit der sehr anschaulichen Schilderung einer Reise im Anfange des 19. Jahrhunderts. Man sieht den roten, mit schwarzem Plane gedeckten Postwagen durchs Land rumpeln, mühsam durch Moräste und Sandwüsten sich schleppend, an jeder der zahllosen Zollschranken sorgfältig „visitiert“; man hört die Reisenden abwechselnd schimpfen und von

---

[5]) Ein Königreich für ein ebenso knappes, treffendes deutsches Wort! Ich habe nur „gemein machen“ gefunden, aber das ist noch nicht „salonfähig“. Vergl. Heft 47 der „Hilfe“, S. 10.

[6]) So erzählt er beispielsweise S. 73 von „dem volkswirtschaftlichen System eines Schotten, namens Adam Smith“; S. 72: „Ich weiß nicht, ob Sie, mein lieber Leser, einige Kenntnisse von der allgemeinen Geschichte der Zeit besitzen.“

[7]) Z. B. die Schilderung der hausindustriellen Textilindustrie in „Wilhelm Meisters Wanderjahren“.

der Naturschönheit schwärmen, hört in jedem Bauernhause den Webstuhl klappen und an den Wassern im Walde die Eisenhämmer dröhnen; man sieht die vielen Städtchen, die sich noch kaum von Dörfern unterscheiden, sieht Berlin, die stolze Haupt- und Residenzstadt in Schmutz versunken . . . Daran knüpfen sich Ausführungen über die damalige „äußere Struktur" und „innere Organisation" des Wirtschaftslebens. Ehe Sombart dann zur „Genesis der modernen Volkswirtschaft" übergeht, bespricht er „die Elemente des neuen deutschen Wirtschaftslebens": Land, Volk, Recht, Technik und liefert ein paar Kabinetstücke, die jedem, dessen Verstand nicht fachwissenschaftlich „verbildet" [8]) ist, Genuß bereiten werden. Die Triebkraft, der wir das neue Deutschland verdanken, sieht er mit Recht im „kapitalistischen Unternehmer", dessen Zweck „abstrakter und darum unbegrenzter" Verwertungstrieb, Gewinnsucht ist.[9]) Dem entsprechend stellt er an die Spitze der „Genesis" das Kapitel „Banken und Börsen", die „sich zu den übrigen Zweigen des Wirschaftslebens verhalten wie das Herz zu den Gliedmaßen" (S. 233). Daran schließen sich Schilderungen von der Durchsetzung des Kapitalismus im Handel, Verkehrswesen, Gewerbe und schließlich in der Landwirtschaft, wo er sich zuerst „zu beträchtlicher Stärke entwickelt hat" (S. 76), während das Tempo seines Fortschrittes neuerdings ein verhältnismäßig sehr langsames geworden ist. Das Schlußkapitel behandelt die Beziehungen zum Weltmarkte und kommt im Gegensatze zum „Standpunkte des landläufigen Optimismus": „die Entwickelung führe zu einer immer engeren Verschlingung der einzelnen Volkswirtschaften im Sinne wachsender nationaler Differenzierung", und dem „des landläufigen Pessimismus": sie führe „zu einer wachsenden Bedeutung des Weltmarktes, namentlich für die Ausfuhrindustrie, die die fremden Märkte abjage, . . . dieweil der inländische Markt einer Ausdehnung nicht fähig sei", zu der Feststellung: „daß die einzelnen Volkswirtschaften immer vollkommnere Mikrokosmen werden, und daß der innere Markt für alle Gewerbe den Weltmarkt immer mehr an Bedeutung überflügelt." [10]) Das letzte, vierte Buch bringt „die Grundzüge der neuen Gesellschaft", eine über das rein volkswirt-

[8]) S. 12.

[9]) Im Kapitel vom „Rythmus der kapitalistischen Entwickelung" gibt S. schon die Krisentheorie, die in Hamburg, im Verein für Sozialpolitik, einiges Erstaunen erregte. Schon hier bezeichnet er als das Entscheidende die Vermehrung der Edelmetallvorräte, erwähnt einmal ausdrücklich die Silbervorräte, unterläßt es aber, wie in Hamburg, den naheliegenden Schritt zur Theorie des Bimetallismus zu tun oder abzuweisen.

[10]) Diese Ausführungen sind schon vorher in der „Zukunft" vom 14. Februar 1903 veröffentlicht. Ihre Widerlegung versucht Dr. Kuntze im Märzhefte der „Deutschen Wirtschaftspolitik".

schaftliche hinausgreifende Betrachtung von „Wirtschaft und Kultur“ unter dem Gesichtspunkte von „Masse und Wechsel“, die Gliederung nach „Beruf und Besitz“ und schließlich ein Schlußkapitel über „die sozialen Klassen“.

Mehr noch als aus dem Aufbau geht die Absicht der Popularisierung hervor aus der Tonart: der Ton ist ganz und gar nicht „wissenschaftlich“. Wohl in keinem Buche Sombarts (der, Gott sei Dank!, stets Wert auf einen nicht nur deutlichen sondern auch schönen Ausdruck gelegt hat, ja der von sich selbst bekennt, daß ihm manchmal der Stilist mit dem Gelehrten durchgeht) rankt das schmückende Beiwerk der Rede so üppig wie hier; nirgends ist seine Sprache so überreich an Bildern. Fast jeder neue Gedankengang wird zunächst in einem Bilde gezeichnet und dann mit der Überleitung „unbildlich gesprochen“ übersetzt.[11]) Nirgends hat er mit dem wissenschaftlichen Rüstzeuge, z. B. der Statistik, so unbekümmert gespielt.[12]) Das Buch ist reich an Abschweifungen auf philosophisches, psychologisches, künstlerisches Gebiet, reich an sogenannten „geistreichen Einfällen“, an kleinen Bosheiten gegen gestriges und heutiges . . . mit einem Schlagworte: Das Buch ist ein „F e u i l l e t o n“ von 647 Seiten! Ich bin mir bewußt, daß ein solches Urteil von jedem „Fachgelehrten“ als Beleidigung empfunden würde. Professor Sombart wird es nicht so auffassen, denn ich bin überzeugt, er w o l l t e ein „Feuilleton“ im besten Sinne des Wortes schreiben. Ja, mich würde es gar nicht wundern, wenn nächstens „etwelche zufällige Verumstandung“ [13]) ihn veranlaßte, uns einen sozialen Roman im Stile Zolas auf den Weihnachtstisch zu legen; ich würde es auch nicht bedauern. Wurde doch selbst gegen Mommsen der Vorwurf erhoben, seine „Römische Geschichte“ sei ein „Leitartikel in drei Bänden“, und wußte doch Professor Kohler in Berlin ihm bei seinem Nachrufe im „Berliner Tageblatte“ nichts Besseres nachzurühmen als „die scharfsichtige Arbeit des Gelehrten verbunden mit der schöpferischen Kraft des Dichters“.

Vor der grundsätzlichen Lanze für das wissenschaftliche Feuilleton noch eine kritische Frage: Ist dem Verfasser das Buch gelungen, nicht

[11]) Beispiel, S. 84: „Auf die Haussezeiten folgen die Baisseperioden; auf die lyrisch-dramatische die skeptisch-kritische Gemütsverfassung; auf die französischen die englischen Epochen; auf die spekulativen die kalkulativen Zeiten; auf die extensiv-kapitalistische die intensiv-kapitalistische Entwickelung; auf die Expansion die Kontraktion; auf die Fundierung die Konsolidierung; auf die laut jubelnde Verkündigung die stille Sammlung; auf den Karneval die Fastenzeit; auf die Brautnacht die Schwangerschaft.“

[12]) S. 535: „Dem Statistiker von Fach werden sich die Haare sträuben, wenn ich im folgenden doch einen Vergleich anstelle . . .“

[13]) Das ist der häßlichste Ausdruck des Buches (S. 514).

nur als wissenschaftliche Arbeit sondern auch als Feuilleton? Im großen zweifellos ja; im kleinen muß ich zwei Ausstellungen machen. Einmal ist das Verhältnis zum Hauptwerke „Der Kapitalismus“ falsch. Daß Sombart sich darauf zur Begründung und Ergänzung seiner Ausführungen bezieht, ist verständlich und berechtigt; aber je seltener das im Texte geschieht, desto besser für den Eindruck der Darstellung. Ganz falsch ist es aber, wenn Sombart „immer voraussetzt, daß der Leser den Kapitalismus zur Hand hat“ (S. 459). Wozu dann das ganze Buch? Als Einführung und Vorbereitung für ein zweibändiges Werk schreibt man doch keinen Band von 552 Seiten Text und fast 100 Seiten Zahlen. Nein, nach dem Plane der Bondischen Sammlung und auch nach den Regeln vernünftiger Erwägung muß „Die deutsche Volkswirtschaft“ ein durchaus selbständiges, in sich geschlossenes Ganze sein, und zwar in erster Linie für Laien, für Leute, die den „Kapitalismus“ nicht lesen. In Wirklichkeit entspricht das Buch auch diesen Anforderungen; der ewige Hinweis auf das größere entspringt vielleicht derselben halb ironischen, halb koketten Laune, die auf Seite 529 schreiben ließ: „Meine Schrift „Dennoch“, die ich ebenso wie meine Sammlung von Vorträgen über den „Sozialismus und die soziale Bewegung im 19. Jahrhundert“ in jedermanns Hand vermute“ . . . .

Zum anderen werde ich den Eindruck nicht los, als ob Sombart sich in seinem eigenen Bau nicht heimisch fühlte. Als hätte er Angst, der Leser könnte den Zweck und Ausgangspunkt seiner Darstellung vergessen, stößt er ihn immer und immer wieder darauf, nennt ihn bei Namen, betont, wie langweilig eine systematische oder gar zahlenmäßige Darstellung sei, „markiert“ eine Vortragsreihe [14]) und zwingt sich förmlich zu einem breiten Plauderton, der namentlich am Anfange halbe Seiten mit Zwischenbemerkungen, Hinweisen auf das, was jetzt oder später kommt, und sonstigen Floskeln ohne sachlichen Inhalt verschwendet. Ich mache mich anheischig, das Buch um 30 Seiten (gleich 5 %!) zu kürzen, ohne daß ein Tüttelchen vom Inhalte oder von der Darstellungsform verloren geht. Schlimmer scheint mir, daß an einzelnen Stellen die Schreibweise (ich muß annehmen absichtlich) nachlässig ist, und (vielleicht zum Zwecke der Stimmungsmache) sich direkte Plattheiten finden.[15]) Quod licet bovi, non licet Jovi!

Und nun von den kleinen Nörgeleien noch einmal zum grundsätzlichen! Sombart hat Seite 123 die Befähigung des deutschen Volkes

[14]) Z. B. Seite 153: „Ein großes Kapitel, das wir heute beginnen.“ S. 96: „Vielleicht bietet sich noch eine Gelegenheit.“

[15]) S. 276: „Aber nun weiter im Text!“ S. 21: „Das gäb a Hetz!“ S. 232: „Rundgang im Prinz Heinrich-Schritt durch das Bank- und Börsenwesen.“

zum Kapitalismus begründet mit unserer „starken ethischen Veranlagung" (Pflichtbewußtsein!) und mit „unserem Mangel an künstlerischer Veranlagung", dem das „Talent zum Teilmenschen, zum Spezialistentum" entspringt. Bei dem Gegensatze zwischen dem so gearteten Germanen und dem Südländer „mit seiner sinnlich-künstlerisch-unethischen Natur" (Sombart spitzt den Gegensatz zu auf den von Beamten und Künstlern) gehört der Verfasser auf die Seite der künstlerischen Naturen mit der „Tendenz, die Welt um sich, um seine Persönlichkeit zu gruppieren und darum diese als Ganzheit sich zu erhalten." Ich meine, der Tropfen romanischen Blutes, der in Sombarts Adern und Schriften pulst, kann uns nur willkommen sein.

Allgemein: Unsere sogenannte nationalökonomische Wissenschaft enthält so außerordentlich viel, was den Menschen bewegen kann, was ihn packen müßte, und die nationalökonomischen Bücher sind doch großenteils so tötlich langweilig . . . wissenswert, aber nicht lesenswert, sofern man unter Lesen etwas anderes versteht als die Übermittelung von Wissen durch gedruckte Buchstaben. Das macht, sie sind zu gelehrt. Kein Wissenszweig ist so geeignet und hat es so nötig, Gemeingut zu werden, wie alles, was mit der Wirtschaft und dem gesellschaftlichen Aufbau des Volkes zu tun hat. Und wenn wir sehen, was in Volksbüchern, Zeitungen usw. verzapft wird . . . Wir Kämmerer, die wir vielfach gezwungen sind aus dem Tage und für den Tag zu arbeiten, wissen ein Lied davon zu singen. Wer die Wissenschaft ins Volk tragen will, der muß nicht nur gelehrt sein, er muß es auch verstehen, das nicht merken zu lassen. Wie der alte Riehl sich ausdrückte: Er muß die Gelehrsamkeit so tief verstecken, daß der Leser gar nicht merkt, welches Wissen und welche Arbeit hinter den leichten und freundlichen Sätzen steckt, die jeder gebildete Mensch mit Vergnügen lesen wird. Wir brauchen nicht nur grundgelehrte Männer, die Schätze suchend den Boden ihres Fachgebietes schürfen, die sammeln und zählen und rechnen, sondern auch Männer, die den toten Zahlen Leben einzuhauchen wissen. Neben den Goldsuchern auch Goldschmiede, die zierliches Geräte für den „besseren Bürger" herstellen. „Unbildlich gesprochen": Neben den Findern wissenschaftlicher Wahrheiten brauchen wir Verbreiter. Vor allem Leute, die nicht nur die Ergebnisse der Einzelforschungen zusammenzufassen vermögen zu einem Gesamtbilde, sondern die auch dem Herzen des Lesers nahekommen. Dazu gehört, daß ihre Schriften aus einer einheitlichen, modernen Persönlichkeit fließen, daß auch hinter ihren Teilstücken eine ganze, wissenschaftliche und künstlerische Persönlichkeit sichtbar ist. Dazu scheinen mir heute auf volkswirtschaftlichem Gebiete in allererster Linie Sombart und Fr. Naumann berufen.

Der vor kurzem verstorbene Professor Eck vertrat den Standpunkt: Wer ein guter Dozent sein will, muß darauf verzichten, große, wissenschaftliche Bücher zu schreiben. Das gute Übermitteln guter Werke anderer genügt vollkommen für eine Lebensaufgabe. Das gilt auch vom Schriftsteller. Wenige können gute Forscher und gute Kündiger zugleich sein. Wie wäre es, wenn wir volkswirtschaftliche „Spezialisten" (nicht im Sinne der Sombartschen Teilmenschen sondern umgekehrt: Spezialisten für Kombination) heranbildeten, die es sich zur Hauptaufgabe machten, Ergebnisse fremder Forschung in eine für die Allgemeinheit genießbare und lockende Form zu gießen? Die Anforderungen an einen solchen „Popularisierer" sind nicht klein. Er müßte vor allem schreiben können, nicht nur richtig und verständlich, sondern auch schön. (Wie wenige gibt es heute, die das können oder auch nur erstreben!). Er müßte fleißig sein, viel lernen, viel wissen. Er müßte eine Persönlichkeit sein, die im Zusammenklange fremder Saiten den Grundton durchhören ließe. Er müßte — last, not least — bescheiden und ehrlich sein; die Gefahr eines „literarischen Spitzbubentumes" ist fast so groß wie die falscher Selbsteinschätzung bei der Einkommensteuer.

Zu Herders 100jährigem Todestage.

(18. Dezember 1903.)

Von Max Reifenberg (Berlin).

In der Reihe genial veranlagter Menschen, welche die Kulturentwickelung, sei es im ganzen der Menschenwelt oder innerhalb eines einzelnen Kulturvolkes, entscheidend beeinflußt und vorwärts geführt haben, kann man ziemlich deutlich zwei Haupttypen unterscheiden: auf der einen Seite die schöpferischen Genies, welche bleibende Werke, dauernde Abbilder der Ideenkraft, welche in ihnen lebte, hinterließen, auf der anderen Seite die großen Anreger, welchen, wenn sie oft auch selbst jene an Ideenfülle übertrafen, doch die höchste Schöpferkraft versagt blieb. Jene ersteren leben in der Nachwelt fort in wohlumgrenzter Erinnerung, auch wenn der zeitliche Abstand noch so groß ist, und selbst der weniger Gebildete hat wenigstens in allgemeinsten Umrissen eine Vorstellung von der Eigenart ihres Wesens und Wirkens; diese letzteren dagegen stehen nur den Zeitgenossen deutlich vor Augen, dann verblaßt ihr Bild, und in späteren Zeiten preist man wohl ihre Namen, ohne daß

aber selbst die Majorität der Höher- und Höchstgebildeten anzugeben wüßte, warum das geschieht, und worin denn ihr Anspruch auf Unsterblichkeit begründet liege.

Zu diesen großen Anregern gehört auch Johann Gottfried Herder, und darum ist es doppelt wertvoll und in erhöhtem Sinne eine Pflicht der Dankbarkeit der Gegenwart, den hundertjährigen Gedenktag seines Todes zum Anlaß zu nehmen, um das Bild des genialen Mannes wenigstens in einiger Deutlichkeit allenthalben wieder vor den Augen der nachgeborenen Generation erstehen zu lassen, — wiewohl es zur vollen Deutlichkeit nur für die wenigen erhoben werden kann, die imstande sind, die lebendige Einheit seines Geistes in sich selbst nachzuerleben.

Man kann die Bedeutung und den entscheidenden Einfluß, welchen er gerade in der glänzendsten Periode deutschen Geisteslebens ausgeübt hat, nicht leicht zu hoch veranschlagen. Seine unmittelbaren Zeitgenossen sahen ihn denn auch durchweg in diesem Lichte, als den höchststehenden Repräsentanten der damaligen Kultur, von dem alle wesentlichen Evolutionen, alle wichtigen Errungenschaften des geistigen Lebens ihren Ausgang genommen hatten. Jean Paul nennt ihn einmal: die klingende Memnonssäule in der dumpfen Baumannshöhle der Welt. Und so empfanden es fast alle: von diesem einen Manne waren nach allen Seiten Bewegungen ausgegangen, die fortdauernd sich fortpflanzten und selbst in weit entfernten Regionen noch alles mitschwingen ließen.

Denn Herder ist vor allem, — und gerade darauf beruht ein großer Teil seiner Wirksamkeit — ein durchaus universeller Geist. Diesen Zug zum Universalismus hatte Leibniz den besten Köpfen des 18. Jahrhunderts überliefert, ein Universalismus in dem Sinne, daß sie den rastlosen Drang hatten, in alle entferntesten Regionen der Welt, der Natur und vor allem des Menschenlebens, hinein zu leuchten, daß nichts Natürliches, aber vor allem eben nichts Menschliches ihnen fremd bleiben sollte. In diesem Sinne sind gerade die größten Repräsentanten des 18. Jahrhunderts, die Winckelmann, Lessing, Herder und Goethe, die echten Schüler und Nachfolger von Leibniz gewesen, und sie haben diese Verwandtschaft übereinstimmend auch deutlich empfunden und zum Ausdruck gebracht. Vielleicht bei keinem aber war sie stärker als bei Herder. Er war auch darin Leibniz ähnlich, daß er, ähnlich wie dieser, in dem Bemühen, in allen Gebieten des Seins heimisch zu werden und das Licht der Aufklärung so weit als möglich auszubreiten, kein rechtes Verweilen kannte und so zwar nach allen Seiten die fruchtbarsten Anregungen gab, Ideen in verschwenderischer Fülle ausstreute, aber der Ausgestaltung und Anwendung dieser Ideen im Einzelnen nur geringe

Aufmerksamkeit schenkte, daher er, ebenso wie Leibniz, eigentlich nur Fragmente verfaßt hat und selbst seine höchststehendsten, reichsten und entwickeltsten Schriften, selbst die Ideen zur Philosophie der Geschichte, durchweg diesen fragmentarischen Charakter haben, den diejenige Hauptschrift, mit welcher er sich an die Spitze der Literaturrevolution stellte, die „Fragmente zur Literatur", ja schon im Titel andeutet. Treffend hat Gervinus diesen gemeinsamen Zug bei Herder und Leibniz beleuchtet: „Er steuerte überall auf die letzten Begriffe und höchsten Gesichtspunkte los und ließ das Einzelne unverarbeitet liegen. Damit machte er jene anregenden Wirkungen in fast allen Zweigen, die auch Leibniz vor ihm gemacht hatte. So wie Herder Leibnizen auffaßt, so kann man fast alles von ihm sagen. Grade so brach er überall die Blüten des Wissens ab, wie er es von Leibniz bemerkte; grade so warf er nach Laune und Liebe seine Ideen aus, in zerstreuten Winken mehr als systematischer Darstellung. Grade wie er von Leibniz rühmt, kann man es von ihm: daß sein Geist in einer idealen Welt, im Reiche der Denkenden, fürs Wohl der Menschheit Lebenden fortwirkte; daß er für diesen großen Staat geschrieben habe, meist auf Veranlassung fremder Äußerungen." —

Dieser Universalismus trieb Herder unaufhörlich dazu an, sich anempfindend und denkend, fühlend und erkennend, oder auch bloß kontemplativ teilnehmend, in allen Regionen der Natur und des Weltenseins sich heimisch zu machen und vor allem in alle Gebiete des menschlichen Lebens, vor allem dort, wo es am höchsten gesteigert war und wo es seine entscheidenden charakteristischen Züge offenbarte, sich zu versenken. So wurde und war er nicht nur Dichter und Philosoph, sondern auch Theologe und Naturforscher, Geograph und Geologe, Sprachlehrer und Kunsthistoriker, Anthropologe und Pädagoge, Literarhistoriker und Literarkritiker, und er war als Historiker ebenso heimisch im klassischen wie im hebräischen Altertum, in der modernen Geschichte wie in der Urgeschichte der ältesten Völker usw. Überall aber war er nicht bloß aufnehmend und empfangend, sondern vor allem gebend, und er hat kaum eines aller dieser so weit auseinanderliegenden Gebiete betreten, ohne neue Wege zu weisen, neue Ideen auszustreuen oder doch mindestens neues Licht über das alte zu verbreiten. So wurde er einer der Hauptbegründer der historisch-kritischen und vergleichenden Kunst- und Literaturbetrachtung, er wurde bahnbrechend auf dem Gebiete der vergleichenden Sprachforschung und Sprachphilosophie, er ist auf naturwissenschaftlichem Gebiete beispielsweise einer der wichtigsten Vorläufer des Darwinismus und der modernen Entwickelungslehre und Biologie, er wurde der Begründer der Philosophie der Geschichte in Deutschland, er

hat entscheidend eingewirkt auf die Entwickelung der Bibelkritik, der Anthropologie und Psychologie, der modernen Ästhetik usw.

Auf eben dieselbe universalistische Tendenz seines Geistes gründen sich dann auch seine Verdienste — vielleicht sind sie die allergrößten — um die Entwickelung und Förderung der Humanität. Man kann sagen, daß Herder nicht nur das Wort und den Begriff Humanität in seinem großen, umfassenden Sinne überhaupt erst geprägt, sondern daß er auch den Inhalt dieses Begriffs recht eigentlich erst in das Bewußtsein des deutschen Volkes, wenigstens seiner weiteren Kreise, eingesenkt hat.

Das Wort Humanität bezeichnet für Herder im Grunde dreierlei: einen Ausgangspunkt, ein Ziel und einen Weg, der zu diesem Ziele hinführt. Einen Ausgangspunkt: daß es nämlich über allen Verschiedenheiten der Menschen nach Ursprung und Rasse, Neigung und Charakter, natürlichen und historisch erworbenen Bedingtheiten und dergl. ein allgemein Menschliches gibt, das alle gleichordnet, die Menschenantlitz tragen, daß dieses allgemein Menschliche vor allem in der Vernunft, in dem gemeinsamen Erwerb des Denkens, und in grundlegenden Gefühlen, vor allem denen für das Schöne und das sittlich Gute, zum Ausdrucke komme, wie unvollkommen dieser Ausdruck auch oft sei und selbst auf den höchsten Stufen der Entwickelung immer bleiben müsse; daß es gelte, diesen einheitlichen Kern alles menschlichen Wesens immer reiner zu entwickeln, immer klarer und besser auszugestalten und daß der Weg dazu allein zur Vollendung der menschlichen Kultur führen könne — es ist eben der Weg der Humanität. In diesem Sinne war er selbst nach allen Seiten als Apostel der Humanität tätig — Freund Humanus wurde er deshalb von Goethe genannt in jener Zeit, als beide im engsten geistigen Bunde vereinigt waren.

Nur in einem wesentlichen Punkte unterschied sich der universelle Geist Herders und sein darauf gegründeter Humanismus von demjenigen seines Vorbildes Leibniz und auch von dem seiner nächsten zeitgenössischen Verwandten, namentlich Lessing und Goethe: daß der Verstand vom Gefühl stark überwogen wurde, so sehr, daß oft die Klarheit der Erkenntnis der Dunkelheit eines nicht selten mystisch gerichteten Gefühlslebens weichen mußte. Auch er hatte so die Fehler seiner Tugenden: niemand hatte wie er dieses feine Gefühl und diese Fähigkeit des Anempfindens für die mannigfaltigsten und disparatesten Lebenszustände, — aber eben darum vermochte er oft nicht, sich darüber zu erheben und das tief Empfundene auch klar zu erkennen und rein zu gestalten. So kommt es, daß er wie kein Anderer den Stimmen der Völker gelauscht hat, daß er die verborgensten Quellen nicht nur der Poesie und Kunst,

sondern überhaupt aller höheren und reineren Betätigung menschlichen Wesens aufzuspüren wußte und die entlegensten Punkte der Humanität ineinander knüpfte — zugleich aber, daß er oft in dieser bloßen Anempfindung verharrte und von der reinen Entdeckerfreude sich allzuweit fortreißen ließ, so daß er dann nicht mehr sich darüber erheben, keinen höheren Gesichtspunkt gewinnen und auch nicht mehr zum klaren Gestalten vorschreiten konnte.

Damit hängt es auch aufs engste zusammen, daß er am Ende seines Lebens hinter der Entwickelung seiner eigenen Zeit zurückblieb, daß er gerade die größten schöpferischen Genies seiner Zeit nicht mehr verstand und mit ihnen zuletzt in einen leidenschaftlichen und teilweise erbitterten Kampf verwickelt wurde, der seine letzten Lebensjahre nicht wenig verdüsterte, vielleicht sein Ende direkt beschleunigte, jedenfalls aber auch wesentlich dazu beigetragen hat, daß sein Bild vor der Nachwelt so stark verdunkelt wurde.

Es sind gerade die beiden größten schöpferischen Genies des deutschen Volkes, Kant und Goethe, mit denen Herder in seinen letzten Lebensjahren in diesen scharfen Konflikt geriet! Beiden hatte Herder eine Zeitlang nahe gestanden! Zu Kant war er im Anfang seiner Entwickelung in das Verhältnis des begeisterten und bewundernden Schülers getreten. Er hat dieser Bewunderung oft genug den überschwenglichsten Ausdruck gegeben. So preist er ihn einmal in den wenn auch in der Form unbeholfenen dithyrambischen Versen:

Wenn, Zeit,
Einst nach zertrümmertem All,
Du deiner Brust,
Tief deinen Liebling eingräbst,
Dann mit den Phönixschwingen
Dir ein Feuer fachest,
So brenne,
Der Ewigkeit Nacht unüberglänzbar zu leuchten,
Auch dein Name, Kant.

Und in den „Briefen zur Beförderung der Humanität“ hat er jenes berühmt gewordene Charakterbild von Kant entworfen, das uns vor allem vor Augen tritt, wenn wir uns den Weisen von Königsberg auf der Höhe seiner geistigen Wirksamkeit vorstellig machen wollen.

Und doch hat er gegen Kant in den letzten Lebensjahren einen erbitterten Kampf geführt, der von persönlichen Gehässigkeiten nicht frei blieb und vor allem in den beiden Streitschriften „Metakritik“ und „Kalligone“ sich entlud.

Ziemlich ähnlich war es mit seinem Verhältnis zu Goethe. Diesem gegenüber war er zunächst der Lehrer gewesen und in Straßburg hatte

er ihn gebildet und recht eigentlich erst den Prometheusfunken in seinen Geist geworfen, dessen sein Genie bedurfte. Dann hatten sich beide noch einmal in Weimar zusammengefunden, in engster persönlicher und geistiger Gemeinschaft, verbunden vor allem durch das gemeinschaftliche spinozistische Glaubensbekenntnis, das sie mit Hilfe Leibnizscher Anschauungsweise sich assimilierten — auf Herders Seite sind die Spinozagespräche und die „Ideen" die Denkmale dieser seiner bedeutendsten, fruchtbarsten und glücklichsten Perioden, auf Goethes Seite Iphigenie und Tasso. Und dann hat Herder auch Goethe feindlich gegenüber gestanden und seinem Groll oft freien Lauf gelassen, oft auch ihn verborgen, so daß er nur um so mehr sich nach innen wandte.

Aber nichts wäre ungerechter, als dies alles auf persönliche Motive, auf Gehässigkeit oder gar auf Neid zurückführen zu wollen. Goethe hat recht, wenn er darüber mit milder Nachsicht urteilt:

> Wie beklag ich es tief, wenn eine edle Seele,
> Statt mit zum Zwecke zu gehn, uns nur als Mittel begreift.

Der große Anreger, welcher Herder war, hatte seine eigene Zeit überlebt, er vermochte den schöpferischen Genies nicht mehr zu folgen, als sie gestaltend weiter schritten, und er vermochte in dem was sie schufen seine eigenen Ideen nicht mehr wieder zu erkennen. Dieses tragische Verhängnis sollte die Objektivität des Urteils nicht trüben, das Herder in die vorderste Reihe derer stellen muß, denen die menschliche Kultur und vor allem Aufklärung und Humanität das meiste verdankt. Auch von ihm gilt das, was einmal Schelling von Leibniz sagte: „Er hatte in sich den allgemeinen Geist der Welt, der in den mannigfaltigsten Formen sich offenbart und, wo er hinkommt, Leben verbreitet."

Kleine Mitteilungen.

Konfessionsriecherei und Beamtenqualifikation in Bayern.

„Es ist ehrenvoll und bringt Gewinn, katholisch zu sein," sagte der liberale Abgeordnete Wagner im bayrischen Landtage am 20. Oktober 1903; die Katholiken und Dr. Schädler aber „wollen nicht, daß das katholische Bekenntnis von vornherein schon als eine macula auf der Leiter der Beamtenhierarchie gilt", sie lassen demnach stark durchblicken, der Protestant werde bei der Anstellung bevorzugt; dagegen versichert der Minister Freiherr von Feilitzsch: „Beides ist

nicht wahr, nur Qualifikation und Anciennität entscheiden". Ein weiser Richter, ein gerechter Richter! Er hält sich an die Qualifikation! Was ist Qualifikation? Doch dasselbe was beim Dienstmädchen das Arbeitsbuch ist, nämlich das Zeugnis des Prinzipals über Brauchbarkeit des Inhabers für seinen Dienst. Was wird in der Beamtenqualifikation festgestellt?

Erstens: Name und Alter des Beamten.

Zweitens: Konfession des Beamten.

Drittens: Konfession der Ehefrau.

Viertens: Konfession der Kinder.

Der Minister — hält sich an die Qualifikation! —

Später kommt auch auf den Studiengang und noch später auf Fleiß, Religiosität und sonstige Anstelligkeit des Beamten die Rede. Diese späteren Fragen werden vom Amtsvorstand geheim beantwortet. In der Qualifikation wird also nicht nur die Konfession festgestellt, der dieser Beamte angehört, sondern auch die Intensität, mit der er dieser Konfession zugetan ist, seine Frau wird ebenfalls geprüft und er wird scharf examiniert, ob er seine Kinder in seiner eigenen oder in einer anderen Konfession erziehen läßt. Was hat das alles mit seiner dienstlichen Verwendbarkeit zu tun? Diese Fragen enthalten doch geradezu persönliche Beleidigungen. Dies ist nicht nur meine Ansicht — ich genieße auch die Ehre, auf diese Weise beurteilt zu werden — ich habe dieselbe Ansicht auch aus dem Munde vieler Kollegen gehört. Nota bene: Ich fühle mich durchaus nicht irgendwie zurückgesetzt oder falsch beurteilt, ich kenne ja weder mein eigenes Arbeitsbuch noch das meiner Kollegen — Himmel! würde mein Dienstmädchen mich verachten, wenn es wüßte, daß ich von dem abhänge, was ein anderer hinter meinem Rücken über mich schreibt.

Beim Beantworten der angeführten Fragen nach der Konfession muß doch im Beamten mindestens der Verdacht entstehen, daß auf das Urteil über die dienstliche Brauchbarkeit nicht nur die eigene Konfession sondern auch die der Frau und sogar die der Kinder Einfluß hat. „Nein", sagt der Minister, „sie hat keinen Einfluß". Ja warum fragt er denn darnach? Um eine Erklärung wird der Herr Minister nicht verlegen sein, sonst wäre er nicht Minister; ich könnte ihm selbst verschiedene vorsagen, aber als ehrlicher Mann wird er zugeben, daß in diesen Qualifikationsfragen eine amtliche Konfessions—neugier zu Tage tritt, die eine sehr schlechte Qualifikation verdient. Also weg damit!

Aus diesen Fragen nach der Konfession folgert der Beamte mit Recht, daß auf die Konfession großer Wert gelegt wird, er wird daher religiös, und zwar möglichst sichtbar, sonst hat es ja keinen Wert, er heuchelt wie nur ein Beamter heucheln kann. Was hat es mit meinem Amt zu tun — ich bin Lehrer für neuere Sprachen — ob ich mit katholischem Wasser getauft bin oder mit protestantischem, oder ob ich beschnitten bin, oder welche Weihe mir sonst angetan wurde, oder ob ich ganz ohne Religion „dahinlebe wie das unvernünftige Vieh"? Mit dem französischen und englischen Unterricht, den ich erteile, hat das alles, so viel ich sehe, nichts zu tun. Oder hat die Religion mit meiner Moral etwas zu tun? Mit meiner nicht, wohl aber mit der eines frommen Kollegen, der Mann ist Mathematiker und Physiker, auch Leutnant der Reserve; die Moral dieses Braven ist aufs engste mit seiner Religion verknüpft, denn, so sagte er mir neulich: „Wenn mir heute einer beweist, daß die Bibel und die mosaische Schöpfungsgeschichte nicht wahr ist, dann fange ich morgen das Stehlen an". So weit die Worte des Herrn Kollegen. Er ist religiös und wird auch

seine Kinder religiös erziehen, und niemand wird ihn dabei stören; stören aber wird man den, der seine Kinder in einer Weltanschauung erzieht, die sich auf weniger kindischen Voraussetzungen aufbaut. Diese eingehenden Fragen nach der Konfession ziehen die Heuchelei groß und den Unverstand. Darum weg damit und auch weg mit dem Religionsunterricht in der Schule — doch davon ein andermal!

Dem Beamten wäre es auch unmöglich nachzuweisen, daß in irgend einem Fall nicht nach der Qualifikation entschieden wurde, denn die Qualifikation im einzelnen kennt er nicht, die schleicht im Finstern wie der anonyme Denunziant. Diese geheime im Finstern schleichende Qualifikation erklärt viele tief bedauerliche Erscheinungen in unserem Beamtenwesen.

P. S. Noch ein Wort über mein Dienstmädchen: Das Dienstmädchen zahle ich von meinem Privatvermögen, nicht von meinem Gehalt; ich bemerke das ausdrücklich, denn ich will nicht haben, daß mein Dienstmädchen die schon so lange und mit so viel Wohlwollen in Aussicht gestellte Beamtenaufbesserung zum Scheitern bringt. Wie würde mein Kleiner sich ausdrücken? „O über jenes köstliche Wohlwollen dieser unserer scherzliebenden Freunde!“ Er besucht nämlich seit 2 Jahren das Gymnasium und hat seitdem das Sprechen verlernt.

Noch ein Wort über mich: Wie mein Dienstmädchen so sehe auch ich nicht weniger auf guten Lohn als auf wohlwollende Behandlung. Ist mir aber die Wahl gelassen, so ziehe ich guten Lohn vor. Unsere Prinzipale, die Minister und frumben Landboten haben sich für das Wohlwollen in Permanenz erklärt. Das ist keine Geschmackssache. So sehr ich auch persönlich für die schon so oft erprobten überall erhältlichen herzerquickenden Worte des Wohlwollens empfänglich und dankbar bin, meine Frau und meine Kinder haben nun mal kein Verständnis dafür. Die wollen essen, die Racker! Ich bin ganz ratlos. Mein Dienstmädchen würde in solchem Falle kündigen. Das gestattet mir mein Patriotismus nicht.

Noch ein Wort über die Überschrift meines Aufsatzes: Ich bin nur froh, daß ich es noch gemerkt habe, ich hatte nämlich zuerst aus Versehen so geschrieben:

Konfessionsqualifikation und Beamtenkriecherei in Bayern.

r.

*

Eine Banken-Heirat.

Von Mentor.

Das war keine kleine Überraschung, als jüngst an einem Sonnabend Abend bei einem Diner, zu dem Dr. Salomonsohn von der Diskonto-Gesellschaft eine Anzahl Herren aus der haute finance zu sich geladen hatte, plötzlich der Direktor der Dresdener Bank, Geheimrat Mueller, an sein Glas klopfte und, statt einen Trinkspruch auszubringen, den Herren verkündete, daß zwischen der Dresdener Bank und dem A. Schaaffhausenschen Bankverein eine Interessen-Gemeinschaft abgeschlossen sei. Wie eine Bombe fiel das in die Gesellschaft; die Gäste sprangen von den Sitzen auf, man umringte und beglückwünschte den Leiter der Dresdener Bank, und für diesen Abend war in der Salomonsohnschen Gesellschaft das Gesprächs-Thema gegeben. Es kann den Herren, welche die Verhandlungen zwischen den beiden

Banken geführt haben, das Zeugnis nicht verweigert werden, daß sie es meisterhaft verstanden, die Diskretion zu wahren. Gerade weil kein Außenstehender auch nur ahnte, was sich zwischen der Dresdener Bank und dem A. Schaaffhausenschen Bankverein abspielte, und aus welchem Grunde der vielgewandte Louis Hagen aus Köln bald bei dem einen und bald bei dem anderen der beiden Institute vorsprach, wirkte das Ereignis auch an der Börse und in der gesamten Bankwelt als eine Sensation ersten Ranges. Natürlich suchte man überall zuerst nach den Beweggründen, welche die beiden Banken zusammengeführt haben. Zum Teil lagen sie offen; man wußte, daß es dem A. Schaaffhausenschen Bankverein nicht geglückt war, mit seiner Berliner Filiale die gleiche Stellung zu erringen, welche die übrigen großen Berliner Institute einnahmen, und daß er auch im internationalen Finanzgeschäft mit den übrigen Großbanken nicht in der gleichen Reihe steht. Andererseits verfügt Schaaffhausen über die allerbesten Beziehungen zu dem rheinisch-westfälischen Industrie-Bezirke, und durch seinen Besitz an Aktien der Internationalen Bohrgesellschaft, deren Grubenfelder demnächst für viele Millionen in den Besitz des Kohlensyndikats übergehen sollen, hat er sich ein Geschäft gesichert, das voraussichtlich auf Jahre hinaus seinen Jahresgewinn kräftig steigern wird. Andererseits stand die Dresdener Bank im Begriff, in Rheinland-Westfalen ebenfalls festen Fuß zu fassen. Zu den ersten dortigen Industrie-Firmen, Krupp, Thyßen und Hugo Stinnes hat sie sich bereits Beziehungen geschaffen, und um diese weiter auszubilden, beabsichtigte sie, ihre rheinisch-westfälischen Bankinteressen, in deren Mittelpunkt die reorganisierte Rheinische Bank in Mülheim, die Westdeutsche Bank in Bonn und die Kölnische Wechsler- und Kommissions-Bank stehen, zu einem großen Provinz-Institut nach dem Muster der Bergisch-Märkischen Bank zu verschmelzen. Von diesem Plane ist sie jetzt natürlich zurückgekommen, nachdem sie durch ihre Verbindung mit der angesehensten der rheinischen Banken, dem A. Schaaffhausenschen Bankverein, nunmehr unter den Instituten, welche die Beziehungen zu der dortigen Industrie pflegen, an die erste Stelle rückt.

Neben diesen offenen Gründen, die für die Interessen-Gemeinschaft in Betracht kommen, gab es aber auch noch geheime, und auch diese suchte die Börse zu ermitteln. Man nannte dort die Verbindung der beiden Institute eine Ehe, die weniger aus Liebe geschlossen sei, als aus Haß, denn in dem Haß, den angeblich sowohl die Dresdener Bank wie der A. Schaaffhausensche Bankverein gegen die Deutsche Bank hegen, wollte man die eigentliche Triebfeder für den geschlossenen Bund sehen. Auch darin liegt ein Körnchen Wahrheit. Sowohl die Dresdener Bank wie der A. Schaaffhausensche Bankverein glauben Grund zu haben, der Deutschen Bank zu grollen. Schaaffhausen, weil vor mehreren Jahren einer der bewährtesten Leiter des Instituts, Kommerzienrat Klönne, zur Deutschen Bank übergetreten ist, was für Schaaffhausen besonders auch deshalb schmerzlich war, weil Klönne über zahlreiche persönliche Beziehungen zur Industrie verfügte, die er ebenfalls zur Deutschen Bank überzuführen suchte. Die Dresdener Bank aber hat es der Deutschen Bank nicht vergessen, daß in der Zeit der sächsischen Krisis, als nach dem Zusammenbruch der Leipziger Bank das Mißtrauen sich auch gegen die Dresdener Bank zu regen begann, die Deutsche Bank dem nicht entgegengetreten ist; in den Kreisen der Dresdener Bank wirft man der Deutschen Bank sogar vor, daß sie dieses Mißtrauen noch geschürt habe, und damit will man erklären, daß der Dresdener Bank, obwohl sie sich auch in dieser kritischen Zeit aufs beste bewährte, damals doch etwa

30 Millionen Mark Bareinlagen entzogen und auf die Deutsche Bank übertragen wurden. Auch ein Gefühl der Eifersucht hat zwischen Dresdener Bank und Deutscher Bank von jeher bestanden, wie das natürlich erscheint zwischen zwei Banken, die ganz ähnliche Geschäftsgebiete kultivieren. Jedenfalls waren die Gegensätze zwischen Dresdener Bank und Deutscher Bank ungleich schroffer als zwischen Schaaffhausen und Deutscher Bank. Zwischen den beiden letzteren Instituten hatten sich sogar wieder gewisse freundschaftliche Beziehungen herausgebildet namentlich insofern, als zwischen der Deutschen Bank, der Berliner Handelsgesellschaft und dem A. Schaaffhausenschen Bankverein ein Vertrag bestand, wonach die drei Banken sich bei ihren rheinisch-westfälischen Syndikats-Geschäften gegenseitig Beteiligungen einräumten. Diesen Vertrag hat Schaaffhausen jetzt auf den 31. Dezember d. J. gekündigt.

Zweifellos wird die enge Verbindung zwischen der Dresdener Bank und dem A. Schaaffhausenschen Bankverein beiden Instituten, die in ihrem Wirkungskreis einander vortrefflich ergänzen, Vorteile bringen. Dessenungeachtet beurteilt man den Abschluß der Interessen-Gemeinschaft besonders in Rheinland-Westfalen mit recht gemischten Gefühlen. Von allen rheinisch-westfälischen Banken war der A. Schaaffhausensche Bankverein bisher noch die einzige, die ihren Schwerpunkt im Rheinland hatte, deren Kraft in der Heimat wurzelte. Alle anderen Banken des Industriegebiets hatten sich schon vorher in Abhängigkeit von Berlin begeben, so die Bergisch-Märkische Bank, die Essener Kreditanstalt und die Duisburg-Ruhrorter Bank durch ihr Verhältnis zur Deutschen Bank, die Rheinische Diskonto-Gesellschaft durch ihre Beziehungen zur Berliner Diskonto-Gesellschaft usw. Jetzt ist zu befürchten, daß auch der A. Schaaffhausensche Bankverein, die älteste, größte und angesehenste unter den rheinischen Banken künftig seine Direktive mehr oder weniger aus Berlin erhalten und damit an seiner Eigenart vielleicht Einbuße erleiden wird. Man will auch wissen, daß aus solchen Erwägungen heraus der Abschluß der Ehe zwischen Dresdener Bank und A. Schaaffhausenschem Bankverein sich weniger leicht vollzogen haben würde, wenn nicht der erste Leiter der Kölner Niederlassung Schaaffhausens, Oberregierungsrat Schröder, schon seit längerer Zeit erkrankt wäre und sich wohl noch auf geraume Zeit jeder geschäftlichen Tätigkeit enthalten muß. So begünstigen in diesem Falle auch persönliche Verhältnisse den Konzentrations-Prozeß, der sich unaufhaltsam vollzieht und der in immer zunehmenden Maße Berlin zum Zentralpunkt des deutschen Bankverkehrs macht.

*

Ultramontane Dogmatik und moderne Naturwissenschaft.

Der in neuester Zeit viel genannte Stifter des Redemptoristenordens, Alfons Liguori (geb. 1696, gest. 1787) hat von seiten mehrerer Päpste des vorigen Jahrhunderts ganz besondere Anerkennung und Ehrenerweisungen gefunden. Pius VII. hat ihn 1816 selig gesprochen; Gregor XVI. hat ihn 1819 heilig gesprochen; endlich Pius IX., auf theologischem Gebiete bekanntlich ein Ignorant erster Klasse, hat ihn im Jahre 1871 zu noch höheren kirchlichen Ehren erhoben, indem er ihn zum Kirchenlehrer erklärte und als solchen in die katholische Kirchenliturgie einschob. Nun sind zwar seitdem recht abfällige Urteile über die wissenschaftliche Qualität Liguoris und seiner Werke laut geworden. Dieselben sind auch keineswegs bloß von katholischer und antikatholischer Seite

geäußert worden. Beispielsweise hat noch vor wenigen Jahren ein junger katholischer Gelehrter, Priester und Doktor der Theologie, in einer besonderen Schrift, die von der katholischen theologischen Fakultät der Universität Würzburg preisgekrönt ist, den Nachweis geliefert, daß Liguori auf wissenschaftlich-theologischem Gebiete nichts besonderes geleistet hat, sondern nur ein recht fleißiger Reproduzent älterer Leistungen gewesen ist, daß also die päpstliche Ernennung zum Kirchenlehrer, die ihn als wissenschaftliches Kirchenlicht erster Größe erklärt, ein recht mißliches Ding ist. Alles das hindert aber die Ultramontanen diesseits und jenseits der Alpen durchaus nicht, ihn vor wie nach am Kirchenhimmel als einen Stern erster Größe zu preisen. Und natürlich tun es in diesem Bemühen die Mitglieder des von Liguori gestifteten Ordens noch allen andern zuvor. So hat denn auch noch in diesem Jahre der Redemptorist Alois Walter — allem Anschein nach ein Deutscher — die von ihm aus dem italienischen ins lateinische übersetzten dogmatischen Werke Liguoris in zwei dicken Bänden veröffentlicht, die in Bonn gedruckt und von seiten der Zensurbehörden des Ordens und der päpstlichen Kurie mit der Druckerlaubnis ausgestattet sind. (**S. Alphonsi Mariae de Ligorio ecclesiae doctoris opera dogmatica ex Italico sermone in Latinum transtulit, ad antiquas editiones castigavit notisque auxit Aloysius Walter. Romae. 1903.**) Im Nachstehenden gebe ich aus dem zweiten Bande in aller Kürze ein paar Proben, welche die Leser des Freien Wortes genugsam aufklären über das Verhältnis, in welchem die theologische „Wissenschaft“ des allerneuesten „Kirchenlehrers“ zu den modernen Naturwissenschaften steht. Aus recht triftigem Grunde enthalte ich mich dieses Verhältnis hier durch mein eigenes Urteil zu kennzeichnen. Ich überlasse das jedem gebildeten Leser. Anderenfalls könnte es sehr leicht passieren, daß im himmlischen Reiche der europäischen Mitte irgend ein eifriger Staatsanwalt sich bestreben würde, die Redaktion des Freien Wortes aufzuklären über das Mißverhältnis, in welchem mein Urteil zum § 166 des Strafgesetzbuches stände.

Recht interessant ist schon, was Liguori über das Wiedererscheinen der im Fegfeuer befindlichen Geister lehrt. Nach ihm können diese im Diesseits Besuche machen, und zum Beweise beruft er sich auf zwei Sätze Augustins. Auch weiß er mehrere Fälle eines solchen Wiedererscheinens anzuführen. Beispielsweise ist nach dem Zeugnisse von Petrus Damiani der (mehrere Jahrhunderte vor diesem gestorbene!) Kölner Bischof Sankt Severin einem seiner Priester erschienen und hat demselben mitgeteilt, daß er im Fegfeuer stecke. Auch bezeugt Bernard von Clairvaux, daß eine Schwester von S. Malachias mehreremal aus dem Fegfeuer zu ihrem Bruder gekommen ist. (Bd. II, S. 546).

Sehr genau unterrichtet ist Liguori über die Person des Antichristen, der vor dem jüngsten Tage erscheinen wird. Seine Mutter ist eine jüdische H . . ., sein Vater natürlich auch ein Jude, sein Vaterland Babylon. Von Jugend an ist er ein Bösewicht und vom Teufel besessen. Überdies ist er sehr gescheidt und gelehrt und in Zauberkünsten hocherfahren. Er wird Heiligkeit heucheln und es fertig bringen, daß er als Gott im Tempel angebetet wird. Er wird sich zum Schein tot stellen und dann wieder auferstehen. Entweder wird er in Rom oder, was wahrscheinlicher ist, in Jerusalem seinen Sitz aufschlagen und Herrscher der ganzen Welt werden. Seine Herrschaft wird genau 3 Jahre und 6 Monate dauern, und genau 45 Tage nach seinem Tode kommt der jüngste Tag und das Weltgericht. (Bd. II, S. 548—553).

Auch über die Astronomie der Zukunft weiß Liguori ebenso sichere wie erstaunliche Aufschlüsse zu geben: Nach dem Weltgericht kommt der Weltbrand. Hierdurch wird aber die Welt nicht vernichtet; sie wird vielmehr in eine viel schönere und hellleuchtende Welt umgewandelt, in welcher Sonne und Mond und Sterne sich nicht mehr bewegen, sondern fest an dem ihnen von Gott zugewiesenen Platze haften. Auch gibts in dieser besseren Welt dann keine Tiere und Pflanzen mehr. (Bd. II, S. 595—598).

Geradezu erstaunlich aber sind endlich Liguoris Mitteilungen aus der Geologie. Mit Kardinal Gotti und anderen in diesem Fache ebenso gelehrten Leuten hält er es für unzweifelhaft, daß es im Innern der Erde einen mit wirklichem körperlichem und materiellem Feuer erfüllten Raum gibt, in welchem sich die zu den Höllenstrafen Verdammten befinden. Ganz plausibel dünkt ihm auch die Ansicht anderer Gottesmänner, die mit Hinweis auf den Ätna, Vesuv und andere feuerspeiende Berge dafür halten, daß dieser Höllenraum von der Erdoberfläche gar nicht so weit entfernt ist. Dort wechselt die ärgste Gluthitze mit grimmigster Kälte, obendrein herrscht eben dort auch trotz aller Feuersglut noch die größte Finsternis und ein ganz abscheulicher Gestank. (Bd. II, S. 599—604).

Wie die Leser aus den von mir gebrachten Proben nunmehr schon einsehen werden, hat Liguori den Titel eines Kirchenlehrers ehrlich verdient und ist seine durch seinen Ordenssohn Walter anno 1903 neu herausgegebene Dogmatik den schönen Preis von 25 Mark unter Brüdern wert.

Straßburg den 15. November 1903. M. S.

*

Halbmond und Stern.

Halbmond und Stern ist das Wappen oder das Abzeichen des türkischen Reiches und als solches erscheint es auf Fahnen, Flaggen, Orden und Moscheen. Auf Fahnen, Flaggen und Orden ist es der abnehmende Halbmond, aufrecht stehend und mit einem Sterne rechts von ihm zwischen den beiden Hörnern, auf den Moscheen erscheint der Halbmond liegend, die beiden Hörner nach oben, und ohne Stern. Daß es der abnehmende Mond ist, sieht man aus den Flaggentafeln der Konversationslexika und aus den Zeichnungen zu den türkischen Orden in Schulzes Chronik der Ritterorden 1854 und Suppl. I 1870.

Woher stammt nun dieses türkische Abzeichen? Es soll das Horoskop Osmans (1300) gewesen sein. Halbmond mit Stern sollen im Stadtwappen von Byzanz gestanden sein, sollen von Ephesus aus nach Byzanz gekommen und nach Eroberung von Konstantinopel (1453) auf die Türken übergegangen sein. Es soll von den Türken angenommen worden sein, weil in der Nacht der Einnahme von Konstantinopel der Mond sich zur Hälfte verdunkelte, oder weil Muhammed, um einen Zweifler zum Schweigen zu bringen, den Vollmond in zwei Stücke schnitt und eines davon in seinen Rockärmel steckte. Man sieht, bloße Vermutungen und Phantasien. Schon die mit 9 Roßschweifen verzierte Tartarenfahne Dschingischans bei der Erstürmung der chinesischen Mauer (1209) trug einen Halbmond. Sultan Mohammed Tekesch von Chowaresm (1192—1200) schmückte die Spitze seines Zelts mit einem Halbmond, und Orchan (1326—1360) heftete an die rote Fahne, welche er den Janitscharen verlieh, einen silbernen Halbmond. Das wären unter Umständen Anhaltspunkte.

Aber woher stammt der Halbmond mit Stern, und zwar, wohl zu beachten, der abnehmende Halbmond? Und wie kam dieser zu den Türken? Neuerdings wird behauptet: „Der Halbmond mit Stern war das ursprüngliche Wahrzeichen Illyriens, das zahlreiche Münzen aus der Zeit des Hadrian und Septimius Severus tragen. Erst seit der Eroberung Illyriens führen die Türken Halbmond und Stern". (Deutscher Herold 1892 p. 83 f.)

Diese Angabe scheint vollständig aus der Luft gegriffen.

Fürs erste, frage ich, woher stammt die Notiz, daß die Türken seit Eroberung Illyriens dieses Zeichen führen? Meines Wissens haben die Türken nie ein Illyrien erobert. Illyrikum oder Illyrien ist mehr nur ein geographischer Begriff, als ein Land, zumal in der römischen Kaiserzeit, und der Name Illyrien verschwindet seit dem 6. Jahrhundert aus der Geschichte, um erst in der Napoleonischen Zeit auf kurze Zeit wieder aufzutauchen. An seine Stelle treten die Namen verschiedener kleinerer Landschaften, Bosnien, Herzegowina, Dalmatien usw., wie sie heute noch existieren, und diese kleineren Landschaften wurden im Laufe des 15. Jahrhunderts von den Türken erobert.

Fürs zweite, das hiesige (Stuttgarter) Münzkabinet hat keine römische Kaisermünze mit Halbmond und Stern und keine von illyrischer Prägung. Cohen, description historique des monnaies frappées sous l'empire romain bespricht unter Hadrian 1595 Münzen, darunter einmal eine Münze mit fünf Sternen über dem Halbmond und zweimal Münzen mit sieben Sternen über dem Halbmond, aber nicht Halbmond mit einem Stern rechts, und diese Münzen sind nicht von illyrischer Prägung. Er hat überhaupt keine Kaisermünze illyrischer Prägung aus der Zeit Hadrians. Unter Septimus Severus bespricht er 935 Münzen. Von Halbmond und Stern keine Spur und wieder keine Münze illyrischer Prägung.

Fürs dritte behaupte ich, und das ist noch das Hauptbedenken für mich, Halbmond und Stern als Abzeichen können gar nicht aus Illyrien stammen. Halbmond und Stern als Abzeichen weisen auf ein Volk hin, das sich mit dem Himmel zu schaffen machte, Astronomie trieb, also immerhin gebildet war. Die Bewohner Illyriens aber waren zu allen Zeiten und sind heute noch Barbaren. „Die Dardaner, ein illyrisches Volk", sagt ein alter griechischer Schriftsteller, „werden nur dreimal im Leben gewaschen, wenn sie zur Welt kommen, bei der Hochzeit und wenn sie sterben."

Wenn also alles bloß vermutet, so erlaube auch ich mir, eine Vermutung aufzustellen und zwar eine wohlbegründete. Der türkische Halbmond mit Stern, so behaupte ich, stammt aus Indien.

Halbmond mit Stern und zwar abnehmender Halbmond gehören zusammen und sind ein Horoskop, aber nicht das Horoskop Osmans, sondern das Horoskop Krischnas, des indischen Gottmenschen. Krischna wurde nach der indischen Legende geboren im Monat Nabhab (Juli—August) und zwar am 8. Tag des abnehmenden Mondes, also am 1. Tag des letzten Viertels. Als Krischna geboren wurde, nachts um die zwölfte Stunde, da stand der Mond als letztes Viertel im Zeichen des Stiers und trat eben in Konjunktion mit dem Stern Rohini. Der Stern Rohini, zu deutsch die Rote, der rote Stern, ist unser Aldebaran, ein Fixstern erster Größe im Sternbild des Stiers. Er steht bei den Hyaden, in der Mitte zwischen Plejaden und Orion, und ist ausgezeichnet durch sein rötlich schimmerndes Licht. Jahr für Jahr feiern die Inder das Geburtsfest Krischnas zu obiger Zeit, und bei dieser Feier spielt auch die Anbetung

des Mondes und der Rohini eine Rolle. Die Festfeier gilt für besonders segensreich, wenn in der betreffenden Nacht der Mond nicht bloß überhaupt im Zeichen des Stiers steht, sondern auch in Konjunktion tritt mit der Rohini.

Abnehmender Halbmond mit Stern ist also das Zeichen Krischnas. Krischna wurde schon 300 v. Chr. von den Indern als Gott verehrt, als die Menschwerdung des Gottes Wischnu, und ist heutigen Tags noch der gefeiertste Gott der Inder. Das Horoskop des gefeierten Gottes mochte wandern — man denke an den indisch-persischen Mitrasdienst in den Rheinlanden zur Zeit der römischen Kaiser, — und naturgemäß wanderte es zunächst westwärts zu den Völkern, die sich mit Astronomie und Astrologie beschäftigten, und kam so zu den Persern. Dies beweisen die vielen altpersischen Münzen aus der Zeit der Sassaniden (226—636), welche sämtlich als Krönung des Kopfschmucks einen Halbmond mit Stern zeigen. Als Kopfschmuck ist der Mond natürlich in liegender Stellung, wie bei den Moscheen, so daß man nicht unterscheiden kann, ob er zunehmend oder abnehmend ist. Der Stern steht über ihm. Von den Persern kam Halbmond und Stern bei der Eroberung durch die Muhammedaner zu diesen und so später zu den Türken, und von Persien aus oder auch von Indien selbst aus auch nach der Mongolei. Die Türken mochten um so mehr geneigt sein, Halbmond und Stern zum Abzeichen zu nehmen, als das Bild, das sie abgaben, ein liebliches und zugleich ein vielbedeutendes ist. Fügt man zu Mond und Stern noch die Sonne, wie dies auf den türkischen Orden geschieht, so hat man das ganze Firmament und Universum, und wer solche Orden verteilt, der ist der Herr der Welt. Lange Zeit träumte ja das türkische Volk davon, die ganze Welt zu erobern.

Kurz berühren wir noch, daß nicht bloß das türkische Abzeichen, sondern alle unsere Wappen und Abzeichen sicher aus Indien stammen. Im Mahabharata, dem uralten indischen Riesenepos, haben die Helden auf ihren Streitwagen fliegende Fahnen mit Wappen, Abzeichen von Tieren, Pflanzen und leblosen Gegenständen, zum Teil in phantastischer Form. So hat der Oberanführer Bhischma auf seiner Fahne einen Palmbaum mit 5 Sternen in Gold auf weißem Grund, Drona, welcher Priester und Krieger zugleich ist, führt auf der Fahne einen Wasserkrug nebst einem Bogen. König Judischthira prangt mit einem goldenen Mond, umgeben von den 5 Planeten (unsere alten ohne Sonne und Mond), und Ardschuna naht mit dem gefürchteten Affenbanner. W. Sauer.

*

Weihnachtsgedanken über Jugendliteratur.

Von E. J. Walther.

In Weimar fand jüngst der zweite Kunsterziehungstag statt. Hatten die Dresdener Verhandlungen im September 1901 (vergl. den Bericht darüber in R. Voigtländers Verlag) sich mit der Frage einer Erziehung der Volksjugend zur Freude am künstlerischen Bildwerk befaßt, so war in der Stadt Karl Augusts lediglich von der Literatur für Volk und Jugend die Rede. Das Referat über die Schülerbibliotheken hatte Herr Heinrich Wolgast-Hamburg übernommen. Damit war es zweifelsohne in die sachkundigsten Hände gelegt. Herr Wolgast ist nämlich nicht bloß Redakteur der „Jugendschriften-Warte", er ist in erster Linie der Vater bezw. Neupräger des Gedankens: Die Jugendschrift in dichterischer Form muß ein Kunstwerk sein — eine Idee, die er in seinem

Buch vom „Elend unserer Jugendliteratur" entwickelte. Dieses Werk gestaltet sich in seinem Fortgang zu einer vernichtenden, für jeden Kunstfreund hochinteressanten Kritik dessen, was sich bis dato als „Jugendschrift" ausgab. Wolgast wendet sich, sicher geleitet von seinem Fundamentalsatz, mit der durchdringenden Sachkenntnis eines auf hoher Warte stehenden Geistesmenschen gegen jegliche Tendenzmache auf dem Gebiete der Jugendliteratur. Er macht die religiöse und moralische, die kriegs- und hurrapatriotische Erzählung unmöglich in einer modernen Diskussion über Kinderlektüre. Er enthüllt auch die schillernden Nichtigkeiten der „feineren" 10 Mark-Fabrikate der Gumpert, Zobeltitz, Falkenhorst und führt mit dem allen eine neue Zeit in der Beurteilung der Literatur der Kleinen herauf. Wolgast wird der Lessing der deutschen Jugend genannt werden: er schuf die Jugendschriften-Frage. Und sie wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, sie ist ein integrierender, ja der wichtigste Bestandteil der modernen kunstpädagogischen Bestrebungen. „Das Elend unserer Jugendliteratur" erschien 1896 in zweiter Auflage.*) Heute arbeiten, übers Reich verteilt, 38 Lehrervereinskommissionen in seinem Geist an der Herstellung eines Verzeichnisses empfehlenswerter Jugendlektüre, bemühen sich bei den Verlegern um Veranstaltung billiger Ausgaben besonders wertvoller Erscheinungen und bekämpfen in der „Jugendschriften-Warte" den Schund jeder Richtung mit ebensoviel Gründlichkeit als Schärfe und Konsequenz.**) Infolgedessen erfreuen sich die Ausschüsse, vor allem aber der spiritus rector Herr Wolgast, der fanatischen Gegnerschaft der geistlichen „Pädagogen" im Lager der schwarz-blauen Reaktion. Die hochwürdigen Herren haben allerdings ein starkes Interesse daran, daß die Jugendschrift nicht Wesen von Fleisch und Blut, Kopf, Herz und Willen, kurz echte Menschen vorführt in ihrem Werden und Wachsen und ihren respektiven Schicksalen — könnte es doch irgend einem der „Schäflein" beifallen, diese menschlichen Menschen nachleben zu wollen, die Poesie in Prosa umzuwandeln. Das muß verhindert werden! Nichts Menschliches sei mir — nah! Denn die Diener am Wort, die „Stützen des Throns", sie leben vom Buchstaben, von der erstarrten Formel allein und hohlem Wortgeklingel. Drum muß die Jugend — wie es denn in Kirche und Konfessionsschule auch reichlich geschieht — zur religiösen, moralischen, patriotischen Phrase erzogen werden, muß im Lebensinteresse der Orthodoxie unfähig gemacht werden zu irgendwelchem Genuß der Schiller, Uhland, Rosegger — der Männer, welche die besten Kräfte national empfundenen Menschentums in sich trugen und wahr und schön in ihren Dichtungen auslebten. „Jugendschriftsteller" à la Horn, Hoffmann, Nieritz, Höcker, die Traktätchenfabrikanten, die „patriotischen" Versschmiede und Zeilenschreiber, sie alle müssen heran und eintreten in die Schutzwache der Klerisei, in die Dienste des Byzantinismus. Der Schein wird gestützt durch neuen Schein, und die Rechnung bezahlt Deutschlands „Volk und Jugend". Man sehe sich um in den Klein-

*) Bei L. Fernau, Leipzig, 2 Mark broschiert.

**) Das diesjährige Verzeichnis enthält 376 Nummern, verteilt auf 5 Altersstufen; darunter sind weit über 100 zum Preise von 10 Pf. bis 1 M. Die Ausschüsse veranlaßten bisher 32 billige Ausgaben, unter denen ich L. Richter, Pletsch, Speckter, Grimm, Andersen, Kopisch, Hebel, Rosegger, Storm, Raabe und Liliencron nenne. Verzeichnisse versendet — gratis bis 5 Stück — W. Senger-Hamburg 22, Wagnerstraße 53.

städten, auf dem Lande: Wer hat die Bibliotheken in Händen? Wer bestimmt ihren Charakter? Wer protegiert und züchtet die ad hoc-Lektüre? Ja, die Kirchen sind klug und der Byzantinismus handelt zweckmäßig. Denn man unterminiert den ästhetischen und stofflichen Gesundsinn der Jugend. Jedenfalls die geeignetste Zeit! Nachher ist dann alles dumpf und verschroben. Volksfreund, lerne von ihnen, welche Waffen hiergegen die rechten sind. Laß dir — mehr noch als bisher — die Lektüre der Jugend eine heilige Kulturangelegenheit sein, damit endlich das Volk seine Dichter finde! Wirke in deinem Kreise, daß die Hamburger allmählich durchdringen und siegen auf der ganzen Linie, und wir erlöst werden vom „Elend unsrer Jugend-Literatur. Dann würden gleichzeitig — sonst nie! — die Quellen des Elends auch unserer Volkslektüre verstopft und der Reaktion würde ein Schlag versetzt, dessen Wucht sich dank der Macht des Künstlers über das Menschenherz gar nicht berechnen ließe.

*

Heinrich Heines Krankheit.

Die Sympathie des Volkes wendet sich mit Vorliebe den Leidenden zu. Napoleon hat durch seine Gefangenschaft auf St. Helena mehr Herzen gewonnen, als durch seine Taten in Europa. Der populäre Friedrich der Große ist „der alte Fritz", der durch die Strapazen des siebenjährigen Krieges gebeugte, nicht der zum Siege ausziehende junge Held. Die Person Goethes würde vielleicht der Menge ansprechender erscheinen, wenn sich mit ihr nicht der Begriff der olympischen Ruhe verbände. Den Knaben berührt es sympathisch, wenn er in dem der alten Cottaschen Ausgabe beigefügten Bilde seines Lieblingsdichters Schiller den leidenden Zug entdeckt. Auch Heine ist durch seine Leiden volkstümlich geworden und wird es bleiben, ob auch Mucker aller Schattierungen sein Andenken mit tendenziösen Lügen zu entstellen und aus dem Herzen des Volkes zu reißen versuchen. Mit seinem Namen verknüpft sich die Erinnerung an den Dichter, der jahrelang in Schmerzen an sein Lager gebannt war, der, um nur schreiben zu können, das Augenlid mit der Hand heben mußte, aber nicht aufhörte, die witzigsten und poetischsten Gedanken in die Welt zu senden: ein seltenes Beispiel der durch körperliche Schmerzen unzerstörbaren Geisteskraft und ein besseres Vorbild der Selbstbeherrschung als alle Styliten zusammengenommen und mancher so oft angerufene, aus unfruchtbarer Askese hervorgegangene Heilige.

Der Vorwurf, daß Heines Rückenmarcksschwindsucht eine Folge ausschweifenden Lebens gewesen sei, ist frivol. Wieviele leiden an dieser Krankheit, die recht solide gelebt haben, und wie mancher fromme Biedermann, der allnächtlich der Venus opferte, ist davon verschont geblieben. Über „Heines Krankheit und Leidensgeschichte" hat kürzlich unter kritischer Würdigung des von dem Dichter hinterlassenen Materials, namentlich seiner Briefe, Dr. med. S. Rahmer eine sehr lesenswerte Schrift veröffentlicht (Berlin, Georg Reimer). —g.

*

Briefkasten der Redaktion.

Herrn Kl—gen. Zur Beantwortung Ihrer Anfrage ersuchen wir Sie um Ihre Adresse, die uns abhanden gekommen ist.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 19. Erstes Januarheft 1904. III. Jahrg.

Deutsches Neujahr.

Das neue Jahr schließt uns seine Pforten auf zu neuem Hoffen, neuem Glauben, neuem Kampf. Mögen wir als Einzelne unsern Blick über unser kleines Reich in Haus und Beruf werfen, indem wir noch einmal den Weg durchmessen, den wir durch Versagung und Erfüllung zurückgelegt haben, und vorwärts schauend mit fester Hand am Steuer den kommenden Ereignissen die Stirne bieten; als Glieder einer Gemeinschaft, eines in Millionen und Abermillionen Herzen vibrierenden Volkes, feiern wir über unser eigenes Wohl und Wehe hinaus auf höherer Warte Sonnenwende, in der Erkenntnis, daß wir mit dem Ganzen stehen und fallen, dem wir eingefügt und aus dem wir geboren sind wie die Welle aus dem Meere.

Ein Volk! Ein Geist! Ein Ziel!

Ein Volk, eine Gemeinschaft, in der für jedes Glied die Bahn frei ist, seine Fähigkeiten für das Wohl der Gesamtheit aufs beste zu verwerten, ein Geist der Gerechtigkeit und Fürsorge allen Schichten der Bevölkerung gegenüber, daß auch der Geringste mit Stolz vor der Welt bekennen kann: Civis Germanus sum — ich bin ein Deutscher, — und ein Ziel, das Ziel aller Kulturentwickelung: Menschenwohl und Menschenwürde!

Wie weit aber stehen wir von diesem Ideal entfernt! Unser Volk wie je von Standesdünkel und Kastengeist durchsetzt und zerrissen, vom ewigen Hader der Konfessionen zerspalten, von Klassenkämpfen bis in die untersten Tiefen leidenschaftlich durchwühlt, der Glaube an Recht und Gerechtigkeit in weiten Volksschichten wankend geworden, Menschen-

wohl und Menschenwürde von brutalem Herrenmenschentum und von materieller Genußsucht und fieberhafter Profitgier zertreten!

Fern liegt es uns, durch solche Betrachtungen in die Kassandrarufe derer einzustimmen, die, aus diesen übeln Erscheinungen übereilt schließend, unser Volk bereits auf abschüssiger Ebene sehen und die Herbstluft der Decadence mit all ihren Fäulniskeimen wittern. Am Ideal gemessen wird jede Wirklichkeit ein trübes Bild liefern. Auch vollzieht sich die Entwickelung der Völker zumeist in periodischen Schwankungen. Auf Wellenberge von stolzer Machthöhe und fruchtbarstem innerem Leben folgen Wellentäler, Zeiten der Abspannung, der Idealmüdigkeit, der Umbildung und stillen Kräftesammlung, bis plötzlich die Welle wieder zu stolzer, sieggebietender Höhe anschwillt.

Aber in solchen Zeiten der Abspannung und Idealmüdigkeit haben wir doppelt scharf auszuschauen, um den Weg zu erneutem Aufstieg zu finden. Nicht im Rückwärtsblicken zu alten Größen, über welche, so ehrwürdig sie auch einst gewesen sein mögen, die Geschichte längst zur Tagesordnung übergegangen ist und deren Leichname keine Galvanisierungskunst lebendig machen kann, **vorwärts** allein liegt unser Heil. Was reif zum Sturze ist, das mag fallen, so weh es pietätvollen Herzen auch tun mag, und je schneller es fällt, desto eher wird die Bahn frei.

Nicht rückwärts haben wir auszuschauen, sondern vorwärts! Im Hinblick auf das Endziel sind wir alle, wie unsere Väter und Vorväter es waren, nur Brücken für das kommende Geschlecht, das ewig zu unsern Füßen heranwächst, das seine Hände bereits zu uns emporstreckt, das als sein gutes Recht von uns verlangt, höher gestellt zu werden, als wir einst standen, da wir auf die Arena traten und den Kampf um unsere Ideale, unser Bürger- und Menschentum, begannen.

Die **Jugend** ruft uns und mit der Jugend wollen wir siegen.

Reichgesegnet an Jugend steht das deutsche Volk unter allen Völkern da, so reich, daß die Überfülle manchem mehr ein Fluch, denn ein Segen erscheint. Das Jahr 1902 hat uns die größte bisher erreichte Ziffer der Volksvermehrung geschenkt, mehr als Neunmalhunderttausend Seelen. Das allein ist ein Zeichen, daß das Mark unseres Volkes noch gesund ist, daß unser Volk noch immer der Menschenborn ist, der einst eine Welt überflutete und auf den Trümmern der alten eine neue vielgestaltige Welt erbaute.

Aber diese jahraus, jahrein heranrückenden Millionen drängen sich immer enger auf dem heimatlichen Boden zusammen, der schon heute nur noch für zwei Dritteile der Bevölkerung Brotkorn zu liefern vermag. Die Sorge, diese neuen Millionen auf heimischem Boden zu ernähren, um ihre Kräfte für das eigene Volkswohl dem Lande zu erhalten, wird

immer größer. Allzuviel kostbares Blut hat Deutschland schon der Fremde abgegeben und sich so in der Tüchtigkeit seiner eigenen Söhne die schwerste wirtschaftliche Konkurrenz bereitet.

Für den besorgten Patrioten bietet sich nur ein Weg zum Heile dar. Noch immer gehört dem Stärksten der Sieg, aber im wirtschaftlichen Kampfe ist das beste Schwert die Intelligenz.

Lassen wir unser Volk das Volk der höchsten Intelligenz werden. Lassen wir bei uns nicht weiter die Kasernen und Kirchen die Schulen erdrücken. Schaffen wir uns die besten Unterrichtsinstitute und die reichsten Bildungsmöglichkeiten für jedermann, daß wir das ungeheuere Kapital von Intelligenz, das noch in Hunderttausenden unserer Millionen schlummert und brachliegend verkommen muß, wecken, auf daß wir mit der ganzen Welt einen Wettstreit in Wissenschaften, Künsten, Gewerben, Handel und Industrie kämpfen, wie er noch nie gekämpft ist, bis wir die geistige, industrielle und kulturelle Metropole der Erde geworden sind. Schaffen wir uns die besten und schnellsten Verkehrswege im Innern zu Land und zu Wasser, daß Norden und Süden, Osten und Westen unseres Vaterlandes sich bei diesem Wettstreit in immer engerer Verbindung die Bruderhand reichen.

Siegreich können wir diesen Kampf für das kommende größere Volk aber nur zu Ende führen, wenn wir der Feindschaft, die unser Volksleben zerreißt, den wilden Klassenkämpfen, den Nährboden entziehen. Lassen wir unser Herz von der Erkenntnis, daß wir eine durch Verfassung und Gesetz, durch Geschichte, gemeinsame Sprache und gemeinsamen geistigen Besitz eng zusammengeschlossene Gemeinschaft, eine große Volksfamilie, bilden, zur reichsten sozialen Fürsorge erwärmen. Einer für Alle, Alle für Einen, wo immer die Not uns ruft, das sei unser schönstes, durch die Tat besiegeltes Bekenntnis.

Aber auch nach dieser Seite hin verlangt unsere Jugend gebieterisch ihr Recht. Hunderttausende wachsen in Not und Elend auf, leiblicher und sittlicher Not, und vermehren einst die Masse derer, die als Zersetzungsstoff im Gesellschaftsorganismus wirken. Arbeiten wir mit allen unseren Kräften für das Wohl dieser Hunderttausende, helfen wir ihnen zu einer vom Schimmer des Glücks und der Freude überglänzten Kindheit, und wenn sie aus den Tagen der sorglosen Spiele zur Erziehung herangewachsen sind, dann geben wir ihnen die r e ch t e Schule, die nicht blos rohen Wissensstoff in ihren Köpfen anhäuft und ihnen Fertigkeiten beibringt, sondern die vor allem den Willen, den Charakter bildet, daß sie als sittlich gefestete Jünglinge und Mädchen mit dem Bewußtsein, als Glieder eines festgefügten Gemeinschaftskörpers zur Arbeit am Ganzen mitberufen zu sein, ins Leben treten.

Unsere Schulen, vor allem aber unsere Volksschule, sei eine weit übers Land leuchtende Erziehungs-, keine bloße Drill- und Unterrichtsanstalt. Der Volksschullehrer werde sich bewußt, daß er zum Volkserzieher, zum hohen Amt des Menschenbildners berufen ist, und er erfülle seine Seele mit dem ganzen Stolz und Reichtum seiner Aufgabe. So wird er einer derer sein, die am meisten berufen sind zum Werk der Versöhnung der in unserm Volksleben so tief klaffenden Gegensätze, und sich am ehesten das Ansehen und die Stellung erringen, die ihm gebühren und die ihm heute noch der Geistliche streitig macht. Er darf kühnlich zum Geistlichen das Wort sprechen: „Ich muß wachsen und Du mußt abnehmen!" Als Hüterin und Bevormunderin der Sittlichkeit hat die Kirche Schiffbruch erlitten, indem sie die Sittlichkeit unter die Fittiche der Religion stellte und sie dadurch nur um so sicherer dem großen Krach überlieferte, den die alten überlebten Glaubensvorstellungen erlitten. Nicht mehr die autoritative, religiös-kirchliche, die autonome, auf die Vernunft und das soziale Gewissen gestellte Sittlichkeit fordert heute ihr Recht in der Erziehung des Menschengeschlechts und wird durch ihre Früchte den Beweis ihrer Wahrheit erbringen.

Zu neuem Hoffen, neuem Glauben, neuem Kampf öffnet uns das neue Jahr seine Pforten. Seien wir bereit für den Kampf um die höchsten Kulturgüter unseres Volkes. Einen großen, alle freiheitlich gesinnten Geister zur Wehr rufenden Kampf sehen wir herannahen, den Kampf um die Volksschule. „Wer die Jugend besitzt, der besitzt die künftige Macht", sagen sich auch die rückschrittlichen Mächte, die sich in der Jugend willenlose, gefügige Stützen für ihre Herrschaftsgelüste erziehen möchten. Aber die Jugend ist unser, unser kostbarstes Gut!

Eine willkürliche geographische Linie trennte einst politisch die deutschen Stämme, bis der Kampf gegen den gemeinsamen Feind diese Linie für immer verwischte. Tiefergehend ist die soziale Kluft, die heute Bürgertum und Arbeiterschaft auch politisch trennt, während doch beide für sich eine ohnmächtige Beute des gemeinsamen Feindes, der reaktionären Parteien, sind. Wohlan, mag der nimmer ermattende Kampf gegen diesen gemeinsamen Feind aller fortschrittlichen Kulturbestrebungen Arbeiterschaft und freiheitlich gesinntes Bürgertum wieder zusammenführen und der erste Schritt zu dauernder Versöhnung sein. —

Der Kampf um Ungarn.

Von Dr. Hugo Ganz (Wien).

Nachdem die ungarische Parlamentskrise so weit überwunden erscheint, daß man zurzeit der Abfassung dieser Zeilen von ihr als etwas Gewesenem sprechen darf, ohne bis zur Drucklegung ein Dementi durch die Tatsachen befürchten zu müssen, ist denn auch der Augenblick gekommen, diesen Kampf um Ungarn und damit um die Vorherrschaft in Europa auch dem Auslande zu erklären, das naturgemäß an den Einzelstadien einer vierzehnmonatlichen Obstruktion nur ein geringes Interesse nehmen kann. Es wird sich dann im Verlaufe der Darstellung zeigen, von welcher Bedeutung dieser wechselvolle Kampf auch für diejenigen war, die sich um die ewigen Raufereien in der österreichisch-ungarischen Monarchie prinzipiell nicht kümmern wollen. „Alte Feinde mit neuem Gesicht" — es ist überall derselbe Gegner der freien Zivilisation, der sich als die Stütze der Throne ausgibt und nirgends vor der Revolution zurückscheut, wo sie seinen Zwecken dienlich zu sein scheint. Der Kampf gegen die Wehrvorlagen war in Wahrheit der alte Kampf des Klerikalismus um die letzte Dreibundsbastion in der habsburgischen Monarchie, um die Herrschaft in Ungarn. —

Man darf sich darüber durch die Rolle nicht täuschen lassen, die auch die freisinnige Kossuthpartei in diesem Kampfe gespielt hat. Es ist gerade das die diabolische Fähigkeit der Jesuiten, Situationen zu schaffen, in denen sie andere zwingen können, im Vordergrunde zu agieren, während sie im Hintergrunde bleiben, bis sie die Früchte ernten können. Daß sie dabei gewöhnlich doch um den Kampfpreis betrogen werden — siehe die Dreyfusaffäre in Frankreich, siehe jetzt den Ausgang der ungarischen Krise — beweist nichts gegen diese Feststellung. Der Teufel macht eben doch immer die Rechnung ohne die besseren Instinkte der Menschennatur und ist selbst in der Legende nicht blos ein böser, sondern auch ein dummer Teufel.

Ich will versuchen, das sehr komplizierte Getriebe des ungarischen Parteiwesens dem Ausländer in seinen Grundzügen kurz klar zu machen. Es gibt in Ungarn eigentlich nur zwei Parteien: die fortschrittlich-antiklerikalen Gruppen und die verkappt oder offen klerikalen. Mit den wirklichen Parteigebilden deckt sich diese Gliederung nicht. Die Regierungspartei umfaßt liberale, rein klerikal-agrarische Elemente, und ebenso die Opposition. Nur eine einzige kleine Partei, die katholische Volkspartei, ist offen klerikal. Von dieser Sachlage der Verschleierung der eigentlichen Gegensätze sucht nun der Klerikalismus, wo immer es angeht, Vorteil zu ziehen. Er sucht vor allem, ohne sich offen zu be-

klarieren, sich der Regierung zu bemächtigen, und kann darin auf die direkte und indirekte Mitwirkung seiner detachierten Truppen aus der Opposition rechnen. Da man in Ungarn überhaupt nur aus der Regierungspartei heraus zur Regierung gelangen kann, ist es eine Vorbedingung des Erfolges, daß man sich unter irgend einer Maske in die Regierungspartei einzudrängen weiß. Das übrige ist dann Sache der Gelegenheit und der zeitgemäßen — Intrigue.

Der Favorit des Klerikalismus in Ungarn, vielleicht ohne es zu wissen und zu wollen, ist Graf Albert Apponyi. Über diese problematische Natur sind die Akten noch nicht geschlossen; man kann aber schon heute, wenn man wie der Schreiber dieser Zeilen, persönlicher Sympathien für den hochtalentierten geistreichen und künstlerisch gebildeten Mann voll ist, ihn als den übelstberatenen Stimmungsmenschen bezeichnen, der je in die Politik geraten ist. Wenn Graf Apponyi, der Sohn des ehemaligen Hofkanzlers, auf normale Weise hätte Minister werden wollen, es wäre ihm bei seinen Fähigkeiten und seinem Namen ein leichtes gewesen. Er hätte nur der übermäßigen Ambition und dem Bedürfnis nach Augenblickserfolgen zu entsagen brauchen. Aber das vermochte er nicht und da in Ungarn rhetorische Erfolge auch bei den Massen nur durch die Berührung der nationalen Saite zu gewinnen sind, so geriet dieser in jedem Sinn hocharistokratische Mann auf die abschüssige Bahn des nationalistischen Demagogentums und damit immer weiter von jener Stelle weg, von der aus man in Ungarn durch das Vertrauen der Krone zur Macht gelangen kann. So lange er jünger war, schmeichelte sich Graf Apponyi, der ja die normale Karriere, als seines Talentes unwürdig, verschmähte, damit, daß er nach englischem Muster im offenen Ringen die Majorität sprengen und als Führer der Opposition zur Regierung berufen werden könne. Als er aber die Fünfzig schon überschritten hatte und damit zur Erkenntnis gekommen war, daß nur aus der Regierungspartei heraus der Weg zur obersten Staffel der Macht führe, da erzwang er die sogenannte Fusion vom Jahre 1899, die ihn und seine Parteigruppe in den Verband der Majorität hineinführte. Auch damals wurde von den Klerikalen eine Obstruktion inszeniert, der aus Gründen des persönlichen Antagonismus gegen Bánffy sich Desider Szilagyi, aus konfessioneller Abneigung gegen den Kalviner ein großer Teil des katholischen Adels und endlich aus Gründen des Parteiprogramms — weil es sich scheinbar um einen Kampf gegen Österreich handelte, auch die Unabhängigkeitspartei anschloß. In diesem Kampfe siegte die Obstruktion; Bánffy wurde fallen gelassen und an seine Stelle trat der katholische, aber nicht klerikale Kolomann von Széll. Széll vollzog die Fusion, d. h. er öffnete ohne

Änderung des Parteiprogrammes die Pforten der Majorität, durch die Graf Apponyi mit den Seinigen seinen Einzug hielt.

Es ist noch nicht die Zeit die Geschichte dieser Fusion zu schreiben, und ich bin aus Gründen der persönlichen Diskretion gezwungen, das was ich darüber weiß, zu verschweigen. Die eine Tatsache aber darf ich feststellen, daß Kolomann von Széll die Fusion in erster Linie um des Gewinnes willen vollzog, den er von dem Eintritt seines der Apponyigruppe angehörigen Freundes Horánszky in die Regierung erhoffte. Nachdem diese Fusion gegen den Willen der eigentlichen Majorität einmal vollzogen war, konnte Széll nicht anders, als sich mehr und mehr auf die neuen und insbesondere die katholischen Elemente der Majorität stützen. So gewannen diese einen verhängnisvollen Einfluß in der Regierungspartei und wurden insbesondere vor den Neuwahlen an alle wichtigen Verwaltungsposten gebracht. Die „Altliberalen“ gingen infolgedessen aus den Neuwahlen geschwächt, die „katholischen“, „konservativen“ und „agrarischen“ Elemente gestärkt hervor. Das Schicksal aber wollte, daß kurze Zeit nach der Fusion auch der Gewinn, den sich Széll von ihr erhoffte, zerrann: Horánszky starb, und bald nachher auch der einzige Mann, der selbst in der schwierigsten Situation das Steuer in starker Hand gehalten hatte, Desider Szilagyi.

Qui mange du Pape, en meurt. Das Wort ist auch im anderen Sinne richtig. Wer sich mit den Klerikalen einläßt geht daran zu Grunde. Die Apponyigruppe war von der offen klerikalen Volkspartei mit dem Aufwand einer großen Obstruktion nicht darum in das Lager der Majorität hineingeschoben worden, damit sie nun da drinnen dem Herrn von Széll als Gegengewicht gegen die wegen der Fusion schmollenden Altliberalen diene. Es verging Monat um Monat, Jahr um Jahr und Graf Apponyi war, anstatt Ministerpräsident, oder wenigstens der die Wahlen machende Minister des Innern zu werden, noch immer auf dem Präsidentenstuhle des Abgeordnetenhauses kalt — gesetzt. Das ging auf die Dauer nicht und so wurde denn die unbesonnene und unehrliche Wehrvorlage, mit dem im Oktober des Jahres 1902 das gemeinsame Kriegsministerium die beiderseitigen Parlamente beglückte, als die neue Gelegenheit von den Klerikalen begrüßt, nun den Sturm auf die eigentliche Burg der Regierung zu unternehmen und ihren Mann, den Grafen Apponyi, so sehr zum Herrn der Situation zu machen, daß ein parlamentarischer Friede, das ungestörte Funktionieren der Gesetzgebungsmaschine überhaupt nicht mehr möglich sein sollte, solange nicht Graf Apponyi, sei es als Kabinetschef, sei es als Minister des Innern die eigentliche politische Macht in den Händen hielt. Da die klerikale Volkspartei, als „konservative“ und auf die Hofgunst rechnende Partei den

Kampf gegen die Wehrvorlagen nicht in der Front mitmachen durfte, begnügte sie sich damit in den Anfangsstadien zu zündeln und zu schüren, dann aber, nachdem einmal die nationalistischen Schlagworte der nationalen Konzessionen in die Massen geworfen waren, der eigentlich chauvinistischen Unabhängigkeitspartei das offene Kampfterrain zu überlassen. Mit der Volkspartei Hand in Hand arbeitete der Präsident des Hauses — Graf Albert Apponyi, der auch seinerseits die „nationalen Forderungen" präzisierte, die als Gegenleistung für die Bewilligung der Wehrvorlage von der Krone zu erfüllen seien, und empfing die Deputationen, die aus allen möglichen Städten und Komitaten des Landes nach Budapest kamen, nachdem einmal die „nationale" Bewegung in Fluß gebracht worden war.

Das alles tat er gegen den ausgesprochenen Wunsch und Willen des Kabinetschefs Kolomann von Széll, dem er damit die verhängnisvollsten Schwierigkeiten bereitete. Wenn nun von interessierter Seite der Versuch gemacht wird, für den Sturz Széll's den Grafen Stefan Tisza, als den Bekenner der Politik der starken Hand, verantwortlich zu machen, so muß dem mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Niemand anders als Graf Apponyi hat die Politik des Herrn von Széll unmöglich gemacht, die auf das Ermüden der Obstruktion ohne wesentliche Konzessionen gerichtet war, und das hat Herr von Széll dem Grafen Apponyi ins Gesicht gesagt mit den Worten: „Albert, wir zwei machen keine Politik mehr miteinander", wie ich das aus dem Munde des Herrn von Széll selbst weiß.

Es ist hernach doch zu den vom Grafen Apponyi geforderten Konzessionen gekommen und so könnte man mit einem Schein von Berechtigung sagen, daß in der Sache Graf Apponyi der Sieger geblieben sei. Diese Auffassung ist aber dennoch eine ganz unrichtige und vor allem unungarische. Sogenannte nationale Forderungen stellt jeder Ungar und wenn sie ihm bewilligt werden, akzeptiert er sie mit Freuden. Selbst diejenigen, denen vor der vollen „Unabhängigkeit" des Landes bangt, dürfen das in der Öffentlichkeit nie zugestehen, weil sie sonst politisch ausgespielt, jede Popularität eingebüßt hätten. Wenn also ein Unterschied zwischen der ganz chauvinistischen Unabhängigkeits- und der opportunistischen Regierungspartei in nationalen Fragen besteht, so ist es nur der, daß letztere das etwa auf nationalem Gebiete zu Erlangende nicht hoch genug bewertet, um deswillen einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Krone und deren Großmachtspolitik zu führen, daß sie sich mit dem langsamen Ausbau des nationalen ungarischen Staates begnügt, ohne das schon Errungene bei der durchaus zweifelhaften Struktur dieses Staates in einem Kampfe gegen die Krone auf das Spiel zu

setzen. Es bringt also jeder, der mit einiger Autorität nationale Forderungen aufstellt, die Regierung und ihre Majorität in die höchste Verlegenheit. Ablehnen können auch diese solche Forderungen nicht; sie aber der Krone gegenüber durchzusetzen, kann Hals und Kragen kosten. Gelingt es freilich der Opposition, eine Situation zu schaffen, aus der man um des lieben Friedens willen nur mit einigen Konzessionen glimpflich herauskann, so läßt sich auch die Regierungspartei solche „Errungenschaften“ sehr gern gefallen. Wenn man aber an irgend einen ernsten Staatsmann in Ungarn heute die Frage richten würde, ob er das, was in dieser vierzehnmonatlichen Obstruktion an „nationalen“ Erfolgen errungen worden ist, nicht für zu teuer bezahlt halte mit den Opfern, die Ungarn in diesem Kampfe an seiner wirtschaftlichen Kraft und an seinem politischen Ansehen gebracht hat, so würde er sich höchlich gegen die Wiederholung solcher Scherze verwahren und dem Urheber jener „Triumphe“ den Lohn von Herzen zusprechen, der ihm zuteil geworden ist, die politische Enthauptung. Daß aber, nachdem der Kampf so lange gewährt und die aufgeregte öffentliche Meinung einige nationale Konzessionen forderte, auch die Regierungspartei angesichts der Nachgiebigkeit der Krone diese Forderungen mit in ihr Programm aufnahm, ist nach ungarischer Sitte einfach selbstverständlich.

Wie wenig es aber in diesem Kampfe sich ursprünglich und eigentlich um militärisch-nationale Konzessionen handelte, geht aus zwei Dingen zur Evidenz hervor. Erstens hat die Kerntruppe der Obstruktion bei jeder Gelegenheit erklärt, daß sie selbst mit einem Mindestmaß von Konzessionen zufrieden sei, wenn ihr Vertrauensmann, Graf Apponyi, mit deren Durchführung betraut würde. Zweitens hat die klerikale Gruppe der äußersten Linken die Obstruktion noch aufrecht erhalten, als die Kossuthpartei schon feierlich Frieden geschlossen hatte. Den stärksten Beweis aber liefert der Vizepräsident der Unabhängigkeitspartei mit seiner Enthüllung, daß die klerikale Volkspartei die Obstruktion hinter der Front immerfort geschürt habe, obgleich gerade sie gegenüber den nationalen Forderungen den konservativsten, zentralistischsten Standpunkt einnimmt.

Für den freilich, der die Einzelstadien des Kampfes mit wacher Aufmerksamkeit verfolgte, bedurfte es solcher Beweise gar nicht. Man brauchte nur die publizistischen Kampagnen der Apponyianer, derer, für die ein Apponyiregime die Pfründen und Subventionen bedeutet hätte, in der Budapester Presse zu beachten, — in Wien hat sich nur ein einziges angeblich freisinniges Blatt als Ablagerungsstätte der Fälschungen und Verleumdungen aus dem Apponyilager mißbrauchen lassen — man brauchte nur dieses aufregende Spiel der Stimmungsmacherei ein wenig

zu beobachten und beispielsweise zu sehen, wie Finanzminister Lukacs als Korruptionist verleumdet wurde, solange er als ein Hindernis einer Apponyi-Kombination erschien, wie er plötzlich zum lauteren und loyalen Staatsmann bei denselben Leuten avanzierte, wenn der Graf Apponyi Hoffnung hatte, in ein Lukacs-Kabinet als ausschlaggebender Minister einzutreten, und man konnte über den wahren Beweggrund jener „nationalen" Kampagne, in die man die Unabhängigkeitspartei durch die plötzliche Anerkennung ihrer eigenen Embleme zum Teil sehr wider ihren Willen hineingehetzt hatte, keinen Moment im Unklaren sein. Es hat auch dem Kampf erst ein Ende gemacht werden können, als über die Köpfe der Mitläufer hinweg die Kalviner Tisza, Justh, Thaly und Kossuth sich plötzlich auf dem Boden des schon Errungenen verständigten, in der Unabhängigkeitspartei die Parteifrage für den Friedensschluß aufgeworfen wurde und die Klerikalen mit ihren Obstruktionsgelüsten ganz isoliert erschienen. Das aber dürfen sich die offen Klerikalen doch nicht erlauben, daß sie als ausgesprochene Revolutionäre gegen die Krone Front machen. Der Jesuitismus muß zähneknirschend die Beute fahren lassen — es stünde sonst noch mehr auf dem Spiele.

Was hätte aber der Sieg der klerikalen Intrigue bedeutet? Graf Apponyi mag in seinem Innern gar nicht so klerikal sein, wie man ihn gewöhnlich malt, als leitender Minister, und insbesondere als Minister des Inneren wäre er aber bei seiner notorischen Schwäche gegen Einflüsterungen, bei seiner Abhängigkeit von seinen eigenen zum Teil moralisch sehr zweifelhaften Kreaturen nur ein Werkzeug in der Hand der Jesuiten gewesen und hätte den letzten Widerstand in der Monarchie gegen die auf eine Änderung in der europäischen Politik hinzielende Bewegung beseitigt. In Österreich ein klerikales Regime, in Ungarn die Ausschaltung der Kalviner aus jeder Macht, wie es die Folge einer Niederlage der Altliberalen gewesen wäre: Niemand hätte mehr verhindern können, daß über kurz oder lang die Donaumonarchie in das Lager der von der Kurie kommandierten Mächte abgeschwenkt und in das Bündnis gegen das deutsche Kaisertum eingetreten wäre. Unter den jetzigen Umständen, bei der großen politischen Erfahrung des Kaisers Franz Josef war es noch möglich, daß gerade Österreich-Ungarn die Kandidatur des Jesuitenfavorits Rampolla zu Fall bringen konnte; die Etablierung des Klerikalismus in allen Regierungs- und Verwaltungspositionen auch Ungarns hätte aber ein solches Machtgewicht zugunsten der klerikalen Pläne in die Wagschale geworfen, daß auch ein stärkerer Widerstand der maßgebenden Faktoren in der konzentrischen Einwirkung aller dieser klerikalen Gewalten gebrochen worden wäre.

So hat dieser Kampf um Ungarn auch die höchste Bedeutung für die Mächtekonstellation Europas und damit auch für dessen Frieden gehabt. Noch einmal ist die klerikale Intrigue abgewehrt worden. Um aber die Bedeutung des Sieges der Antiklerikalen nicht zu überschätzen, muß man sich immer gegenwärtig halten, daß er errungen werden konnte nur Dank der Abneigung des dreiundsiebzigjährigen Monarchen gegen den Favoriten der Klerikalen, den Grafen Apponyi . . . Was heute noch einmal abgewehrt ist, kann morgen schon Tatsache werden. Die ganze ungarische Herrlichkeit steht auf viel zu schwachen Füßen, als daß sie ein sicherer Faktor der europäischen Politik bleiben könnte.

Die Grundfragen des französischen Kulturkampfes.

Von Dr. M. Kronenberg (Berlin).

IV.

Die staatsrechtliche Frage. (Konkordat.)

Alle Einzelprobleme des französischen Kulturkampfes, wie die Ordensfrage, die Frage des Kongregationsunterrichts und des Unterrichts überhaupt, lassen sich gleichsam auf einen Generalnenner bringen, nämlich auf die generelle Frage reduzieren: in welchem Verhältnis steht der Staat zu allem kirchlich-religiösen Wesen, oder vielmehr, in welchem Verhältnis sollte er zu ihm stehen nach der natürlichen Beschaffenheit beider und conform den Aufgaben, welche der Staat zu erfüllen hat und allein erfüllen kann. Und schließlich ist dies ja das Grundthema aller Kulturkampfbewegungen überhaupt, wo und wie sie auch auftreten mögen.

In diesem allgemeinsten Sinne ist freilich die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche so alt wie die Kulturwelt selbst und der Kampf beider wie eine große Fuge, welche im Kulturleben immer wieder hervortritt und dann gerade um so schärfer und eindrucksvoller hervortritt, wenn eine Kultur besonders reich und lebenskräftig ist oder von neuem wird. Denn alle geschichtliche Entwickelung ist nach Hegels treffender Definition nichts anderes als Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit; und die Herrschaft der Kirche, die mit Dogmen und Statuten, mit Autoritäten, sei es des Buchstabens oder der Person, den Geist in Fesseln schlägt, stellt eben denjenigen unfreien Anfang des geschichtlichen Prozesses dar, von dem, fortschreitend sich weiter zu entfernen, der be-

ständige innere Drang und die immer wieder erneute und immer tiefer zu erfassende Aufgabe aller Kultur bleibt.

Aber wenn es auch in diesem allgemeinsten Sinne schon immer, und auch außerhalb der christlichen Welt, einen stetigen Kulturkampf gab, so hat innerhalb der letzteren diese Loslösung des Staates von der Kirchenherrschaft doch vor allem dadurch ihr Gepräge erhalten, daß sie in einem theokratischen Universalstaate erfolgen mußte. Überall sonst wo man die geschichtliche Umwandlung einer Theokratie in einen weltlichen Staat verfolgen kann, handelt es sich um eine interne Entwickelung dieses Staates selbst: gegen die Herrschaftsansprüche der Priesterkaste treten die übrigen weltlichen Stände auf, mit dem Einfluß des Oberpriesters rivalisiert der des obersten Kriegsführers, des Häuptlings oder Königs — alles aber innerhalb des Staates selbst, über dessen Grenzen diese Kämpfe niemals hinübergreifen. Anders in der christlichen Kulturwelt. Der Oberpriester, dessen Herrschaftsgelüsten man entgegentreten, von dessen Gewalt man sich befreien mußte, residierte außerhalb der Grenzen des eigenen Staates, und er war gleichzeitig auch Oberhaupt eines weltlichen Reiches.

Eine völlige Loslösung von kirchlichen Herrschaftsansprüchen konnte deshalb nur dort erfolgen, wo eine Nation ganz oder doch zum überwiegenden Teile sich vom alten katholischen Glauben abwandte; und man versteht die Reformationsbewegung nur halb, wenn man nicht im Auge behält, daß in ihr eben auch schon die Tendenz zur Verweltlichung des Staates scharf hervortritt, daß der religiösen Bewegung eine staatsrechtliche überall parallel ging, daher denn auch die sich auf sich selbst besinnende weltliche Staatsgewalt überall die religiöse Reformation benutzte (oft nur ganz äußerlich benutzte), um von kirchlicher Vormundschaft frei zu werden, und ebenso umgekehrt die religiöse Reformation an der nach Verweltlichung strebenden Staatsgewalt, namentlich an deren erster Form, dem fürstlichen Absolutismus, ihre natürliche Stütze und Bundesgenossenschaft fand.

Ganz anders aber lagen die Verhältnisse da, wo die kirchlich-religiöse Reformation keinen Eingang fand oder doch später durch die Gegenreformation vernichtet wurde, wo also der pontifex maximus in Rom nach wie vor Beherrscher der „Seelen" blieb, während die „Leiber" irgend einer weltlichen Obrigkeit untertan waren. Hier, in diesen katholischen Staaten, blieb der Dualismus von Staat und Kirche bestehen, und wenn auch selbst hier die weltliche Staatsgewalt allmählich erstarkte und die ehemaligen Ansprüche des Cäsaropapismus, daß die weltlichen Gewalten insgesamt nur Lehnsträger und Vasallen der Kirche und ihres Oberhauptes wären, nur noch als rechtliche Fiktion bestehen blieben, so

waren doch durch diesen Dualismus die besten Kräfte der katholischen Staaten gelähmt und der schwere Druck der Kirchenmacht und Priesterherrschaft war in jedem Fall groß genug, um die freie Kulturentwickelung derart zu hemmen, daß die in höherem Grade bereits verweltlichten protestantischen Staaten einen Vorsprung von Jahrhunderten gewinnen konnten.

Zwischen diesen beiden Grundtypen der Entwickelung nimmt Frankreich eine höchst merkwürdige Mittelstellung ein: es ist zunächst hinter den protestantisch gewordenen Staaten zurückgeblieben, insofern gerade hier bei der „ältesten Tochter der Kirche" der Dualismus von weltlicher und kirchlicher Herrschaft im Staate in ausgeprägter Weise bestehen blieb; dann aber hat es in der Richtung auf die Verweltlichung des Staates die anderen erheblich dadurch hinter sich zurück gelassen, daß es den Standpunkt der interkonfessionellen Weltlichkeit in jenen Dualismus hineinbrachte und von hier aus bereits ein starkes Übergewicht des weltlichen Staates über die Kirchenmacht begründete.

Das klassische Dokument, in welchem dieser eigenartige Dualismus von Kirche und Staat festgelegt wurde, ist das berühmte Konkordat, das im Jahre 1801 zwischen dem damaligen Konsul Bonaparte und Papst Pius VII. abgeschlossen wurde. Es hat, von der Höhe des Mittelalters an, viele Konkordate und von mannigfaltiger Art gegeben und ihnen allen gemeinsam ist, wie es schon der Name zum Ausdruck bringt, das Bemühen, nicht einen gesicherten Frieden zustande zu bringen — das war unmöglich, da eben die Herrschaftsansprüche der Kirche und des Staates schlechterdings unversöhnlich sind —, sondern nur notdürftig eine zeitweilige Eintracht herzustellen oder, wie der andere bezeichnende Ausdruck lautet, einen „modus vivendi" d. h. eine geregelte Manier, so mit einander zu leben, daß man wenigstens nicht allzu oft und allzu heftig in die schlimmsten Konflikte geriet. Das alles aber hat nirgendwo einen solch klassischen Ausdruck gefunden als gerade im Konkordat von 1801.

Um das zu verstehen, muß man vor allem die damalige politische Situation Frankreichs ins Auge fassen. Als Bonaparte, bald nachdem er das Konsulat erlangt hatte, die Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle begann, war die organisierte Kirche in Frankreich durch die Revolutionsstürme zum großen Teile vernichtet. Sieht man ab von den Stammsitzen des Legitimismus, Vendée, Bretagne usw., die ja von der Revolution nie vollständig unterworfen worden sind, so war im übrigen Frankreich, das also beinahe das Ganze ausmachte, das Kirchengut zum größten Teile sequestriert, zahllose Kirchen waren geschlossen oder für profane Zwecke dienstbar gemacht worden, vom Klerus waren Tau-

sende gewaltsam vertrieben worden, andere freiwillig in die Verbannung gegangen, viele waren in den Gefängnissen oder auf dem Schaffot umgekommen, nicht wenige hatten sich auch verheiratet und amtierten weiter, obwohl sie offiziell nicht mehr als Priester anerkannt wurden usw. — kurz die Kirche bot damals ein Bild der Zerstörung dar. Und es war der legitime Erbe der Revolution, der siegreiche Revolutionsgeneral, der dem Papste anbot, nun gemeinsam aus den Trümmern die Kirche nach Möglichkeit wieder herzustellen. Auch wenn dieser also weniger Furcht vor dem rücksichtslosen Revolutionsgeneral gehabt hätte, der kurz vorher seinen italienischen Feldzug geführt und auch in das Gebiet des Kirchenstaates eingedrungen war, so wäre die Situation des Papstes in diesem Falle so ungünstig wie möglich gewesen: beim Zustandekommen des Vertrages war für die Kirche unendlich viel zu gewinnen, beim Nichtzustandekommen alles zu verlieren; jede günstigere Bestimmung also, die er durch Diplomatie zu erlangen vermochte, war für den Papst reines Gewinnen — nur durfte er es auf das Scheitern der Verhandlungen unter keinen Umständen ankommen lassen.

In ganz ähnlicher Lage aber befand sich auch Bonaparte. Wenn er die Kirchenmacht in gewissem Umfange wiederherstellen wollte, so war sein Absehen lediglich darauf gerichtet, sich ihrer als Mittel zu bedienen, um unter seiner Herrschaft Revolution und Legitimismus, Aufklärung und kirchliche Dogmatik zu vereinigen und, auf beide gestützt und beide gegeneinander ständig ausspielend, sie um so sicherer auch seinerseits in der Gewalt zu haben und so seine Herrschaft zu befestigen. Auch für Bonaparte also war das Wesentlichste, daß irgend eine Vereinbarung zustande kam, und auch er mußte vor allem das Eine verhüten, daß die Verhandlungen gänzlich scheiterten.

Der scharfe, im Grunde durchaus unversöhnliche Gegensatz, um den sich alles drehte, betraf vor allem die Frage, ob die katholische Religion nur eine von vielen oder Staatsreligion sein solle. Den letzteren Standpunkt konnte der Papst, den ersteren der Vertreter des revolutionären Vernunftstaates, in dem eben erst die Abschaffung aller Staatsreligion verkündet worden war, unter keinen Umständen aufgeben. So einigte man sich derart, daß praktisch die katholische Religion wieder zur Staatsreligion gemacht, theoretisch aber stipuliert wurde, daß sie nur eine von vielen Religionen sei, d. h. praktisch wurde die Sache so geregelt, daß der Staat die Kosten des Kirchenbetriebes — und eben nur die dieser einen Kirche — auf sich nahm, desgleichen auch die Neuorganisation der Kirche in ihren Diözesen und Pfarrsprengeln, sowie die Anstellung der Geistlichen zu einer Staatsangelegenheit, nur unter Mitwirkung des Papstes, machte — während theoretisch

die katholische Kirche mit den anderen religiösen Gemeinschaften in die gleiche Linie gestellt wurde. Gleich am Eingang der Konkordatsbestimmungen heißt es in dieser letzteren Beziehung: „Le gouvernement de la république française reconnaît que la religion catholique, apostolique et romaine est la religion de la grande majorité des citoyens français.“ Und Artikel I bestimmt, als wenn es sich um eine geduldete Sekte handelte: „La religion catholique, apostolique et romaine sera librement exercée en France; son culte sera public, en se conformant aux règlements de police, que le gouvernement jugera nécessaires pour la tranquillité publique.“

Noch schärfer tritt der Charakter dieses soi-disant-Vertrages und das diplomatische Blindekuhspiel, das dabei von beiden Seiten getrieben wurde, in der Art und Weise zutage, wie nun das Vertragsdokument mit Rechtswirksamkeit publiziert wurde. Der „atheistischen“ Republik das Zugeständnis machen, daß in Frankreich, der ältesten Tochter der Kirche, die katholische Religion nicht mehr Staatsreligion sondern nur die Religion der großen Majorität der französischen Bürger sei, für die nur freie Kultusübung unter Aufsicht der Staatspolizei zugestanden wurde — das offen als Recht anzuerkennen, war für den Papst unmöglich. So half er sich damit, daß er eine Bulle publizierte — es ist die Bulle „Ecclesia Christi“ —, in welcher in den üblichen Redewendungen wieder alle Herrschaftsansprüche des Papstes gegenüber jeder weltlichen Gewalt betont und dann — die siebzehn Artikel des Konkordats gleichsam als integrierender Teil der päpstlichen Bulle eingeflochten werden, auch jene Bestimmungen, welche, wie er erklärte, nur die äußerste Not der Umstände im Interesse der Kirche ihm abgerungen hätte (quae extraordinariae temporum rationes atque bonum pacis et unitatis ecclesiae a nobis postulaverunt). Bonaparte anderseits, der ebensowenig formell „das Prinzip“ der absoluten Suprematie der weltlichen Gewalt preisgeben wollte, das er tatsächlich in wichtigen Punkten preisgegeben hatte, publizierte das Konkordat am 18. Germinal des Jahres X unter der Überschrift „loi relative à l'organisation du culte“ (also nicht du culte catholique) und fügte zu den in die päpstliche Bulle aufgenommenen siebzehn Artikeln noch zwei sogenannte „organische“ Artikel hinzu, in denen auch über den protestantischen Kultus Bestimmungen getroffen werden und im übrigen die Souveränität des Staates gegenüber den Religionsgemeinschaften in ähnlicher Weise mit allgemeinen Wendungen proklamiert wird, wie es umgekehrt der Papst zur Hervorkehrung seines Standpunktes in der Bulle „Ecclesia Christi“ getan hatte.

Es liegt auf der Hand und ist früher auch schon hervorgehoben

worden, daß eine solche staatsrechtliche Vereinbarung, welche den Zwiespalt von Kirche und Staat nur verschleierte statt ihn zu lösen, welche diesen Dualismus stabilierte statt ihn zu beseitigen, nur dazu führen konnte, den Kampf, der fortdauernd notwendig war, zum guten Teil heimlich und dadurch um so gefährlicher zu machen bis zu dem Punkte, wo die ganze Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat ganz von neuem gestellt werden mußte. Das ist jetzt von seiten des freidenkenden Ministeriums Combes geschehen, nachdem sich gezeigt hatte, wie die Privilegierung der Kirche durch den Staat diesen letzteren in den Abgrund zu reißen drohte. Und so ist denn die Losung: „Aufhebung des Konkordats und Trennung von Kirche und Staat", die anfangs nur schüchtern und vereinzelt hervortrat, zur allgemeinen Parole der Regierung wie der hinter ihr stehenden Mehrheit des „Blocks" geworden.

Um eine Privilegierung handelt es sich in der Tat in dem Konkordat. Denn selbst wenn man annehmen will, daß die Voraussetzung der ersten Konkordatsbestimmung, die katholische Religion sei die Religion der großen Majorität der französischen Bürger, noch heute zutrifft — was zweifellos nicht der Fall ist — welches Recht hätte auch unter dieser Voraussetzung der Staat, eine bestimmte religiöse Gemeinschaft mit Staatsmitteln, welche aus den Steuerbeiträgen aller, auch der religiös anders gesinnten, herfließen, reichlich auszustatten, die Angelegenheiten dieser einen Kirche gewissermaßen zu den seinigen zu machen? Müßte er dann nicht wenigstens auch allen anderen Religionsgemeinschaften gegenüber ausnahmslos dasselbe tun? Dann müßten also dem Konkordat nicht, wie im „Journal officiel" des Jahres X, bloß zwei sondern mindestens einige Dutzend „organische Artikel" hinzugefügt werden, durch welche nicht bloß die protestantischen religiösen Gemeinschaften, sondern ebenso auch die der Freidenkenden, des Positivismus, die christlichen Sekten, aber auch die Mohammedaner und Buddhisten usw., die ja in den Kolonien — z. B. Algier, Tonkin, Madagaskar — sogar die „grande majorité des citoyens français" bilden, mit Staatsmitteln fundiert werden, und es würde alsbald für einige andere nicht unwichtige Kulturaufgaben nur noch wenig übrig bleiben.

In Wahrheit aber gibt es eben nur diese eine vernunftgemäße Lösung des vielhundertjährigen Konfliktes zwischen Staat und Kirche: daß beide völlig getrennt werden, oder besser ausgedrückt, daß alles religiös-kirchliche Leben seines öffentlich-rechtlichen und natürlich auch um so mehr staatsrechtlichen Charakters entkleidet und ausschließlich in die privatrechtliche Sphäre verwiesen wird. Denn, um es noch einmal zu betonen, was schon früher gesagt wurde: der Staat ist oder sollte sein und immer mehr werden ein ethischer Organismus, aber er ist in keiner Weise ein reli-

giöser Organismus; er hat das größte Interesse daran, daß alle Bürger ihre sittlichen Pflichten, als Menschen, als Bürger, als Glieder sozialer Gemeinschaften, kennen und erfüllen, aber es ist für ihn völlig gleichgültig, ob und welche religiösen Bedürfnisse sie haben, die ja mit dem sittlichen Leben als solchem schlechterdings nichts zu tun haben (es sei denn höchstens in dem Sinne, daß alles geistige Leben eine Einheit bildet), die unendlich mannigfaltig sind und immer mannigfaltiger werden, je mehr die Kultur vorschreitet, so daß sie schon deshalb keine gemeinsame Angelegenheit der Bürger eines großen Staates sein können. Der Staat hat darum wohl alle Kulte und Bekenntnisse in den Grenzen der allgemeinen Gesetzgebung zu schützen, aber keiner Religion und keiner religiösen Gemeinschaft irgend eine besondere Stellung einzuräumen und sich überhaupt mit keiner staatsrechtlich zu befassen.

Zu welchem Widersinn das führt, dafür liefert gerade die Geschichte des Konkordats überreiche Belege. Man denke, um nur ein Beispiel anzuführen, daran, daß in Artikel 8 des Konkordats eine Formel für das Kirchengebet fixiert ist und daß demzufolge auch Polizei und Staatsanwalt in Frankreich darüber zu wachen haben, daß „richtig" gebetet werde.

Die Aufhebung des Konkordats und die Trennung von Kirche und Staat wird freilich nicht mit einem Federstriche geschehen können, es sind mancherlei nicht unerhebliche Schwierigkeiten dabei zu überwinden. So wird z. B. die schwierige Frage nicht ungelöst bleiben dürfen, ob alle Kirchen, namentlich die von höherem Kunstwert, aber auch diejenigen, die als allgemeine Versammlungs- und Erbauungsorte bereits einen interkonfessionellen Charakter erhalten haben, fernerhin der politischen Gemeinde, der Kirchengemeinde oder der Kirche als Ganzem usw. zugehören sollen. Es wird sich auch die Frage der Ablösung von mancherlei langjährigen rechtlichen Verpflichtungen nicht ganz umgehen lassen, wenn anders der Staat seine höchste Aufgabe, gerecht zu sein, auch hier erfüllen soll. Aber alle diese und ähnliche Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich, und sie können auch in keinem Falle die klare Forderung verdunkeln, die jetzt in Frankreich allgemein geworden ist und sehr bald auch in anderen Ländern sich Bahn brechen wird: daß die Trennung von Kirche und Staat eine Notwendigkeit für beide Teile und eine unumgängliche Voraussetzung aller höheren Kulturentwickelung ist. Über diese allgemein kulturellen Gesichtspunkte möge noch ein Schlußartikel kurz orientieren.

Die Neubelebung der Religion.*)

Von A. Kalthoff (Bremen).

I.

Es gibt keine Erscheinung im menschlichen Kulturleben, welche so sehr alle Lust und alle Qual unseres Geschlechtes in sich vereinigt wie die, welche wir mit dem Namen Religion bezeichnen. Wenn wir den langen Weg verfolgen, den die Menschheit mit ihrem frommen Glauben gewandert ist, so treffen wir gar verschiedenartige Bilder: rauchende Trümmerhaufen und bleichende Totengebeine, daneben üppig strotzende Lebensfülle, jubelndes Jauchzen bacchantisch schwärmender Scharen. Da stehen Fratzenbilder, die wie der Anblick des Medusenhauptes auf den Beschauer wirken, alles Leben in seiner Seele versteinernd, und wundersamste Göttergestalten, alle Schönheit des Menschenwesens überragend in sinnlich geistiger Verklärung. Über diesem Wege wölbt sich ein Himmel in überirdischem Glanze, der alle Seligkeiten der sehnenden Menschenbrust in sich faßt, und unter ihm gähnt eine Hölle in abgründiger Finsternis, mit zähnefletschenden Teufeln bevölkert, erzitternd vom Schmerzensschrei der Verdammten. Diese Religion hat den Prophetenmund geöffnet, daß er die höchsten, befreiendsten Worte den Menschen ins Herz gerufen, sie hat die Geißel geschwungen über alle Tische der Krämer, an denen die Seelen, die Gewissen der Menschen verschachert wurden, sie hat die Seufzer der qualvoll Sterbenden in Siegeslieder des Glaubens gewandelt und Triumphe gefeiert des Rechtes über alle Gewalt und Unterdrückung, und sie hat die Fessel geschmiedet für eine ewige Sklaverei der Geister, sie hat die schnödesten Handelsgeschäfte etabliert, bei denen die Ausbeuter und Unterdrücker der Völker sich gegenseitig in die Hände gearbeitet. Hier treffen wir Christusgestalten neben einem Tartüffe, eine Magdalena neben einer Marquise de Pompadour, und der heutige Mensch sieht alle diese Widersprüche im Gegenwartsleben sich begegnen, er fühlt sie vielleicht in der eigenen Brust miteinander ringen. — Es ist nicht alles Gold was glänzt, es ist aber noch weniger alles Frömmigkeit, was so aussieht. Und unechte Frömmigkeit ist gefährlicher als unechtes Gold. Sie fälscht alle Lebenswerte, sie ist die eine große Lüge, die keine Wahrheit neben sich erträgt.

Um eine Bagatellsache kann es sich also nicht handeln, wenn wir die Religionsfrage stellen. Auch wer meint, daß sein Fuß nicht mehr von den Wellenkreisen der Religion bespült werde, trägt doch in sich ein Erinnerungsleben, das ihn in den Tiefen seines Bewußtseins mit

*) Vortrag im Giordano Bruno-Bund zu Berlin.

dem Ebben und Fluten des religiösen Lebens in Verbindung erhält, er lebt in einer Welt, in deren geistigem Besitzstande die Religion nun einmal, sei's unter den Aktiven, sei's unter den Passiven, einen nicht zu unterschätzenden Posten ausmacht. —

Was ist denn Religion? Das Schicksal dieser Frage ist für die Sache selbst symptomatisch. Seitdem beim Ausgange der griechischen Philosophie die Verschmelzung religiöser und philosophischer Ideen immer allseitiger sich vollzog, suchte auch das philosophische Denken sich über das religiöse Phänomen klar zu werden, es suchte das Wesen der Religion, den Begriff der Religion zu erfassen. So suchte Cicero das Wesen der Religion zu erklären, so kamen die christlichen Kirchenväter mit ihren Erklärungen, so wurde die Frage akut seit Schleiermacher, und doch haben wir bis heute noch keine Antwort, die durch ihre Evidenz sich allgemeine Anerkennung erworben hätte. Jeder neue Religionsphilosoph verneint, verändert auch die Erklärung, die sein jüngster Vorgänger von der Religion gegeben, und so fest er auch selbst an seine Erklärung glauben mag, er findet mit ihr doch immer nur eine beschränkte Zustimmung, Zustimmung in dem größeren oder geringeren Kreise seiner Schüler. Das scheint für die Religion selbst bedenklich zu sein. Weiß heute noch niemand richtig zu sagen, was sie eigentlich sei, so gehört sie vielleicht zu jenen gespenstigen Vorstellungen, die nur durch ihre nebelhafte Unbestimmtheit sich in den für Unklarheiten prädestinierten Köpfen der Menschen halten können. Aber es könnte auch so sein, daß die Religion auf das Unmittelbarste mit dem geistigen Entwickelungsleben der Menschen verbunden wäre und deshalb mit jeder neuen Phase der Kultur in eine neue Entwickelungsphase einträte. Es könnte das gerade ihr Wesen, ihre Größe ausmachen, daß es für sie keine begriffliche Erklärung gibt, keine geben *kann*, weil es von ihr heißt: magst Priester oder Weise fragen, und ihre Antwort scheint nur Spott über den Frager zu sein. Das sind die schlechtesten Worte nicht, die jedem Versuche, sie in fest bestimmte, aber eng begrenzte Formeln zu fassen, sich hartnäckig widersetzen. Es ist ja das Schicksal aller Worte, die unmittelbar als Zeichen für ein inneres Erlebnis gebraucht werden, daß sie so fließend sind wie das Leben selber, vieldeutig grade deshalb, weil sie so vieles zu deuten und zu sagen haben. —

Und für ein inneres Erlebnis ist Religion unter allen Umständen der Name. Was zum Bereiche der Religion gehört: Priester und Opfer, Tempel und Altäre, heilige Worte und heilige Zeichen, das gehört zu den Umhüllungen, von denen Schleiermacher sagt, daß die Religion sie sich lächelnd gefallen lasse. Das alles ist nicht Ursache, sondern Wirkung der Religion, es ist die erstarrte Lava zu einer verborgenen Glut,

und selbst der heiligste Name der Religion, der Gottesname, ist nicht sie selbst, er ist, wie schon Schleiermacher erkennt, eine vielleicht naturnotwendige Begleiterscheinung auf ihrem Wege, aber nicht ihr Wesen, nicht ihre Erklärung. —

Es ist das Leben selbst, das in der Religion erlebt wird, das bunte, vielgestaltige, widerspruchsvolle Leben, das doch in der Religion dem Menschengeiste Zeugnis gibt, daß es Leben ist! Dieses Leben kommt zum Menschen im Sonnenstrahl und Sternenleuchten, in Morgen- und Abendröte, es kommt als Geburt und Grab, ein ewiges Meer, ein wechselnd Weben, bald als aller Dinge Rätsel, bald als aller Rätsel Lösung. Und je nachdem es erlebt wird im Menschen, ist seine Religion jubelndes Entzücken oder Angst und Schrecken, unendliches Sehnen oder Seufzen und Klagen der Menschenbrust. Aber immer bedeutet die Religion ihm einen Höhepunkt seines Menschenwesens. Sie gibt ihm auch in ihren rohesten Formen noch etwas Lebendiges, das ihn über sich selbst hinaushebt: sie ist in alten Zeiten die elementarste Regung des Bewußtseins von dem Zusammenhalt des Einzelnen mit seinen Stammesgenossen, sie vermittelt ihm in den Bildern seiner Stammheroen und im Kultus seiner Ahnen die Lebenskräfte der Vergangenheit; und in der entwickelteren und höchsten Form erhebt sie die Seele zum Gefühl der Einheit alles Lebendigen, daß nichts Menschliches ihr mehr fremd bleibt, aber auch alles Naturleben in ihr seinen ewigen Spiegel findet. —

Jede Neubelebung der Religion ist deshalb nichts anderes als eine Neubefruchtung des Menschen durch das Leben, und weil doch die Seele und das Leben von einer Art sind, also zu einander gehören, so kann diese Befruchtung nur davon abhängen, daß die Mächte, die sich zwischen den Menschen und das Leben gestellt haben, entfernt werden. Alles was selbst lebendig ist, kann auch wieder Leben wecken, kann dem Menschen auch Religion ins Herz geben. Da gibt es nichts, was der Religion gefährlich, auch nur feindlich wäre. Lebendig ist des Menschen Säen und Ernten, sein Arbeiten und Ruhen, sein Lieben und sein Hoffen, lebendig ist auch der Tod und die Verwesung, denn in den Verwesungskräften wandlen sich die Lebenskräfte und sammeln sich zu neuer Energie ihrer Entfaltung.

Unlebendig ist nur der Begriff, den die Menschen vom Leben abgezogen und vom Leben entfernt haben, der schulmäßig festgestellte, der traditionell aufbewahrte und weitergegebene Begriff, der nicht mehr dem Leben angehört, sondern der Schule, der nichts mehr begreift von dem, was ursprünglich als Leben in ihm gewesen, sondern sich mit den Begriffen abmüht, die die Menschen in schier endloser Reihe sich von den Begriffen der Religion gebildet. Daß ichs kurz sage: die Theolo-

gie ist der ärgste Feind, ist das eigentliche Grab der Religion geworden! —

Ich weiß, daß diese These den einen zu eng, den anderen zu weit erscheinen wird. Sie erscheint zu eng, weil wir gewohnt sind, nicht eine Ursache, sondern eine ganze Reihe von Ursachen für den Verfall des religiösen Lebens verantwortlich zu machen. — Der Staat hält mit seiner eisernen Hand die Religion in Schranken, er zwingt die zartesten, innersten Regungen persönlichen Menschenwesens unter die Botmäßigkeit seiner Politik und seiner Macht, er fordert religiöse Massenbekenntnisse, wo jeder doch nur als einzelner seine Religion erlebt, und nur persönlich von dem, was er erlebt, Kunde geben kann. So hat er Beschlag gelegt auf das religiöse Leben durch den Religionsunterricht in den Schulen, der den Kindern schon in jungen Jahren eine völlige Umkehrung aller religiösen Werte aufzwingt, als ob in der Religion gerade das Fremde alles, das Eigene gar nichts, ja schlimmer als nichts, als ob es Sünde, Unrecht, satanische Bosheit und Tücke bedeute. Das Kind soll Wunder glauben, von denen es selber nie etwas gesehen, von denen es nur durch andere Kunde erhalten. Es soll ein Buch lesen, nicht wie die andern Bücher, in denen es doch schließlich sich selbst wiedererkennen kann, Leben von seinem Leben, Menschen von Fleisch und Blut und von der Art, wie sie allen Menschen eignet; sondern ein Buch, durch das das Kind von vornherein sich selbst entfrembet wird, wo es Menschen findet von ganz anderer Art als es sonst kennt; ein Leben, das grade das Gegenteil von dem sein soll, was wir sonst Leben nennen: ein Leben, das sich nicht entwickelt vom niederen zum höheren, kraft der ihm innewohnenden Lebensgesetze und Lebenskräfte, sondern immerdar rückwärts dirigiert wird von einer ihm äußerlich gegenüberstehenden Macht, und das seinen Höhepunkt und Zielpunkt in der Vergangenheit, in einem verlorenen Paradies, oder einem historischen Christus, oder gar in dem Luther des kleinen Katechismus haben soll.

Gewiß, wenn der religiöse Mensch der Gegenwart den in unseren Staatsschulen erteilten offiziellen Religionsunterricht in erster Linie für die Öde und Leere, die uns heute im religiösen Leben anstarrt, verantwortlich macht, so hat er Recht; ja er hat weit mehr Recht, als wir alle an den Oberflächen, die das Bild des Lebens uns darbietet, nur ahnen mögen. Dieser Religionsunterricht richtet Verwüstungen an, die nicht einmal an der Menge des verständnislosesten Spottes, mit der die Religion überschüttet wird, genügend abgeschätzt werden kann. Dieser Unterricht schlägt den jungen Menschengemütern Wunden, die oft ein ganzes Leben lang nicht ausheilen und an unserem Volksleben eine ungeheuere Einbuße an innerer Kraft und Tiefe des Lebens verschulden.

Aber ohne die Handlangerdienste der Theologie würde diese Art des Religionsunterrichtes keinen Bestand haben. Eine Religion, deren politische Tendenz offenkundig daläge, würde heute nur noch diejenigen zu ihren Gläubigen zählen, die ebenso offen dem Staatskultus fröhnen.

Aber nun liefert die Theologie dem Staate den Schleier, durch den dieser Staatskultus dem Auge des Volkes verhüllt wird. Die Losung: rückwärts! die diesen ganzen Unterricht beherrscht, erscheint in religiöser Verklärung als die heilige Lebensordnung Gottes, und alle die Lebensentfremdung, die mit diesem Unterricht den Seelen der Kinder eingeimpft wird, wird von der Theologie sanktioniert. Ja, der sogenannte Religionsunterricht ist im Grunde gar nicht Religionsunterricht, er ist Theologie, Übermittlung einer Schulmeinung an die Kinder, aber von der Voraussetzung aus, daß diese Schulmeinung etwas Unbedingtes, Göttliches enthalte. —

Was uns Heutigen in dem Religionsunterricht den argen Anstoß bereitet, ist nicht das Wunder selbst. Seitdem wir der Wunder größtes erlebt haben, daß uns die wahren, echten Wunder im Sinne Lessings so alltäglich haben werden können, ist es uns gerade eine Beseligung, den Geist in diese alltäglichsten Wunder, die ewigen Wunder des Lebens, zu versenken, und andächtigere Kinder findet der Unterricht nie, als wenn ihnen alles, das Größte wie das Kleinste, das ihnen durch Gewohnheit alltäglich, selbstverständlich geworden war, ein ewiges Geheimnis enthüllt, ein lebendiges Wunder, von dem sie selber den hellen Widerschein im Herzen tragen. Dann gibt es leuchtende Augen, pochende Herzen, andächtige Stille und frommes Empfinden. Aber neben dem lebendigen Wunder gibt es das papierne, das theologische Wunder, bei dem die Gelehrten so lange streiten, wo das Wunder anfange und wo es aufhöre, welche Merkmale ihm wesentlich oder unwesentlich sind, bis sich eine ganze Bibliothek mit dieser theologischen Wunderliteratur füllen ließe, und zuletzt irgend eine Kircheninstanz amtlich dekretiert, was unter einem Wunder zu verstehen und was als Wunder zu lehren sei. Diese theologischen Wunder, diese schulmäßig qualifizierten und kirchenamtlich registrierten Unnatürlichkeiten und Widernatürlichkeiten sind es, die grade das fromme Wundersehen und Wunderempfinden, das eigene Wundererlebnis der Menschenseele unmöglich machen. — Auch die Bibel macht uns Heutigen keinen Kummer. Wir denken viel zu hoch von jeder literarischen Kunde, die uns ein Stück aus dem geistigen Entwickelungsleben unseres Geschlechtes vermittelt, als daß wir nicht auch unsere alte Bibel mit neuer Ehrfurcht behandelten. In einem Zeitalter, das sich keine Mühe verdrießen läßt, wenn es gilt, ein vergrabenes Fossil ans Licht zu ziehen oder einer winzigen Spur aus der Werdegeschichte unseres

Erdballes nachzugehen, brauchen wir wahrlich kein Wort über den Wert dieser biblischen Schriften zu sagen, in denen sich die Bildungsschichten einer längst vergangenen religiösen Kultur übereinander gelagert haben. Aber der theologische Verschluß, unter dem die Bibel gehalten wird, als ob zu ihrem Verständnis eine besondere theologische Erleuchtung, ein nur den Meistern der Zunft zugänglicher Schlüssel der Auslegung erforderlich sei, das ist es, was dem heutigen Menschen die Bibel fast zu einem unmöglichen Buche gemacht hat, und der viel besprochene Bibel-Babel-Streit hat nur in erschreckender Weise deutlich gemacht, wie weit die theologische Verwirrung der Begriffe heute noch geht, die aus einem literarischen Sammelwerke ersten Ranges einen Religionskodex der Menschheit, eine sogenannte theologische Offenbarung gemacht hat. — Auch der Kirchen ehrwürdige Nacht braucht uns nicht zu genieren. Zwar würden wir sie heute anders bauen, die heiligen Hallen, in denen die Menschheit zu ihrer Lebensfeier sich sammelt, ihren Herrentag zu begehen, an dem das arme geplagte Lasttier der Erde zur göttlichen Freiheit und Größe des Herrenmenschen sich emporwachsen soll. Wir würden ihnen mehr Licht und mehr Luft geben, und neben die oft doch sehr wunderbaren Heiligen der Kirche würden wir manche höchst unheilig aussehende weltliche Gestalten setzen. Aber verstehen können wir doch, was diese in Stein gehauene Sehnsucht der Menschen uns erzählt, mitfühlen können wir alle das große Herzeleid, das in das Haupt voll Blut und Wunden den ganzen unendlichen Schmerz der Welt hineingemeißelt, hineingesungen; und alle die frommsten Herzenslieder der Menschheit, ihr Miserere und Osanna in excelsis werden auch in den nach uns kommenden Geschlechtern noch ein lebendiges Echo finden. Nur daß die Theologie sich dieser Kirchen bemächtigt, daß der theologische Rhetor in ihr das große, ja das alleinige Wort führt, das ist ihr Verhängnis, vielleicht ihr unaufhaltsames Verderben geworden. Das hat die Schulmeisterei auch in das Heiligtum der Menschenseele eingeführt, und dem Glauben an die allein seligmachende Kraft des Begriffes zum Siege verholfen. —

Vielleicht aber erscheint die gegen die Theologie erhobene Anklage doch zu weit gefaßt. Wir haben in der Theologie sehr verschiedene Richtungen, die untereinander die heftigsten Kämpfe ausfechten. Dürfen wir die freisinnige, die sogenannte moderne Theologie mit ihrer ausgesprochenen Widersacherin, der sogenannten positiven, altgläubigen Theologie ohne weiteres zusammenwerfen? Es gibt doch nicht wenige, die gerade von einem Siege dieser freisinnigen Theologie eine Neubelebung der Religion erwarten, überzeugt, daß nur die irrationell und unmodern gewordene Theologie der altkirchlichen Dogmatik an den tiefgehenden

Krisen unseres gegenwärtigen religiösen Lebens Schuld habe. Nun sollen die Leistungen der liberalen Theologie nicht in Abrede gestellt werden. Sie hat das erstarrte kirchliche Dogma in Fluß gebracht, sie hat den Glauben an die ganze mittelalterliche Kirchenherrlichkeit erschüttert und damit einer Weiterentwickelung des religiösen Lebens vorgearbeitet.

Aber nichts ist verhängnisvoller, als nun dieser Theologie die Kraft religiöser Neuschöpfung oder auch nur religiöser Verjüngung zuschreiben zu wollen! Ihre Daseinsberechtigung lag in ihrer Übergangsstellung, in ihrer Aufgabe, die Brücken zu bauen von der mittelalterlichen Kirche zu modernem Geistesleben. Nimmt die freisinnige Theologie mehr für sich in Anspruch, will sie statt eines Weges ein Ziel sein und sich der Welt als ein neues geistiges Lebensprinzip anbieten, so verfällt sie dem Schicksal aller Halbheiten, die etwas Ganzes haben sein wollen: sie wird für die Entwickelung des geistigen Lebens lähmender als die Mächte, von denen sie Befreiung gesucht, je sich erwiesen.

So ist es heute schon durchsichtig, daß diese Theologie mit ihren täuschenden wissenschaftlichen Allüren ihre Gläubigen sowohl von der Wissenschaft wie von dem Glauben entfernt. — So viel in dieser Theologie von freier Kritik und wissenschaftlicher Forschung geredet werden mag: die letzten Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz, der Glaube an die autoritative Stellung einer kirchlichen Theologie, bleiben von der Kritik unangetastet. Als diese Theologie so weit war, daß sie über sich selbst hinaus und in das große arbeitsteilige Gebiet moderner Wissenschaft hätte hineinwachsen können, versagte sie vollständig. Als vor einer Reihe von Jahren Professor Bender in Bonn einen schüchternen Versuch machte, die religiösen Probleme mit den Mitteln der heutigen Wissenschaft zu lösen, wurde er aus der theologischen Fakultät hinausgedrängt und mußte seine Stellung in der philosophischen Fakultät nehmen. Die Theologie bekannte sich noch jüngst durch einen ihrer gefeiertsten Vertreter, Ad. Harnack, zur alten Kirchturmswissenschaft und weigerte sich, das befreiende Wort auszusprechen, das sie zum ebenbürtigen Gliede neben allen übrigen Geisteswissenschaften gemacht haben würde. Sie wollte eben Theologie bleiben nicht Religionswissenschaft werden. Darum aber hat die Theologie jetzt mit der Wissenschaft nur den täuschenden Namen gemein. Die Wissenschaft will suchen, lernen, erkennen; sie kennt nur e i n e Rücksicht, die alles beherrscht: die Wahrheit! Die Theologie will stützen, verteidigen, beweisen. Sie kennt keine Wahrheit als Selbstzweck, sondern nur als Mittel zum Zweck, und der Zweck ist sie selbst, ihre Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit. Der Kampf, den die Theologie führt, ist immer ein Kampf ums Dasein, ein

Versuch, sich selbst zu behaupten, sich selbst zu beweisen. Sie will immer eine Sonderexistenz führen und eine Sonderwissenschaft sein. Ihre Geschichte soll etwas ganz anderes bedeuten als alle übrige Geschichte, daß der gewöhnliche Historiker nichts von ihr verstehen kann. In den Büchern, die dieser Geschichte als Quellen dienen, muß immer irgend ein Rest übrig bleiben, der nur den Theologen zugänglich bleibt. Wohl soll das Leben der gesamten Menschheit aus einzelnen Menschen, ganz natürlichen Menschen sich zusammensetzen, aber unter diesen Menschen hat die Theologie sich ihre eigene Größenschätzung geschaffen, daß ihre Menschen doch etwas ganz Besonderes, Einzigartiges in dieser Welt bedeuten, das nur der Theologe zu enthüllen im stande ist. Diese Theologie will immer noch eine „christliche" Wissenschaft sein, sie will nicht anerkennen, daß Wissenschaft eben Wissenschaft ist, daß es keine christliche und unchristliche Wissenschaft gibt, sondern nur eine ernste und leichtfertige, eine tüchtige und untüchtige, und daß ihr Wert oder Unwert einzig und allein von der Richtigkeit der in ihr angewandten Forschungsmethoden, von der Schärfe und Allseitigkeit ihrer Beobachtungen, von der Energie des in ihr angewandten Denkens abhängt. Das ist die ernste Verwirrung der Begriffe, an der wir leiden, daß die Theologen uns haben einreden wollen, ihre Arbeit müsse ganz anders eingeschätzt werden als die jeder anderen Wissenschaft, und bleibe doch trotzdem echte Wissenschaft. Sie halten an ihren alten Zunftregeln fest und wollen mit diesen doch ihren Platz einnehmen in einem Leben, das alle Zunftregeln überholt und überwunden hat. Dabei macht es in der Sache gar keinen Unterschied, ob diese Theologie sich orthodox oder liberal nennt. So groß der häusliche Krieg in den beiden theologischen Lagern auch erscheint, in der Hauptsache sind beide eins: in dem Streben der Selbsterhaltung, in dem Glauben an die Unentbehrlichkeit ihrer Sonderstellung. Wenn diese Theologie eine Freude erlebt, dann ist es nicht die Freude an einer neuen Erkenntnis, sondern die, daß die geheime Angst vor einer neuen Erkenntnis überwunden erscheint, es ist die oft sehr kindliche Freude, daß wieder einmal etwas gerettet ist, was schon dem Verfall nahe war, daß für eine schon vom Zweifel angefressene Ansicht ein neuer Grund gefunden, oder auch nur ein alter neu aufgeputzt ist. Diese Theologen haben nur einen Gesichtspunkt, unter dem sie die ganze unendliche Welt betrachten, nach dem sie alles, was das reiche Leben, unsere Kultur, unsere Wissenschaft und Kunst darbietet, werten: ob nämlich dabei für die Theologie etwas Brauchbares erfunden werden möchte. Solange aber die Theologie noch ihr eigenes Maß der Wahrheit besitzt, dient alle ihre vielgerühmte Kritik nur der eigenen Apologetik, nicht der Wissenschaft. —

Die heutige Theologie ist aber auch von der Religion weit abgeraten. Die alte Kirche schuf ihre großen Worte und Begriffe, indem sie das in ihr pulsierende eigene religiöse Leben unmittelbar in den wissenschaftlichen Formen der ihr gegebenen Weltanschauung ausprägte. So hatten diese Worte eine eigene religiöse Seele. Ihr Christus, der Gottessohn, Gottmensch, war der Ausdruck des Glaubens der Kirche an ihre eigene schrankenlose Souveränität, der dreieinige Gott war der Name für den Weltengott, in dem die drei Hauptströme antiken Geisteslebens, der römischen, griechischen und hebräischen Kultur, sich zusammenfanden zur Einheit der katholischen Kirche. Und was wir sonst noch nennen mögen aus den weltgeschichtlichen Hieroglyphen, mit denen die alte Kirche das religiöse Wörterbuch der Menschheit bereichert hat, immer hat die Kirche den Sinn, den sie damit ausdrücken wollte, aus erster Hand, aus dem Leben selber genommen, sie hat einem lebendigen religiösen Empfinden in dem religionsphilosophischen Denken ihrer Zeit Sprache verliehen. Die heutige Theologie will aber die Religion eben **nicht** aus erster Hand, um ihr dann mit den Mitteln unseres Gegenwartlebens Gestalt zu geben, sie nimmt statt der Religion die theologischen Formen, in denen frühere Jahrhunderte von ihrem Glauben geredet und sucht höchstens diese Formen zu modernisieren. Dadurch ist der religiöse Glaube ein historischer geworden, und die Theologie ist die Kunst, die Geschichte so zu behandeln, hier etwas abzuschneiden, dort etwas anzuflicken, daß es so aussieht, als ob die Vergangenheit das echte und rechte Gegenwartleben enthalte. Für die Theologie ist es wichtiger zu fragen: wer war Luther, Paulus, Jesus, Moses? als sich darauf zu besinnen, wer wir selber sind, welche Bedürfnisse in unserer eigenen Seele lebendig sind. Der Theologe erkennt dem eigenen persönlichen Glauben nur so weit Wert zu, als es ihm gelingt zu beweisen, daß ein anderer früher einmal diesen Glauben auch gehabt, er nimmt sein Buch und prüft, ob in dem Glauben der Lebenden auch die gleichen Worte gebraucht werden, die dem Buche zufolge von den Toten gebraucht worden sind. Immer enger wird der Horizont dieser Theologie, immer mehr schrumpft die Gedankenwelt zusammen, aus der diese Theologie ihre Nahrung zieht. Einst waren es noch große, wenn auch mißverstandene Probleme, mit denen die Meister der alten Schule sich beschäftigten. Die übernatürliche Welt, an die diese Theologie ehrlich glaubte, sollte nach allen räumlichen und zeitlichen Dimensionen hin metaphysisch ausgemessen und erklärt werden. Dafür stehen jetzt die rein historischen Probleme im Mittelpunkte der Theologie, und wenn von den alten Schriftgelehrten gesagt ist, daß sie Mücken seigen und Kamele verschlucken, so sind die Mücken bei den Schriftlehrern dieser neuen Schule

noch viel winziger als die der alten, so daß ein normal empfindender Mensch nur mit bedenklichem Kopfschütteln diese theologische Fachliteratur in die Hand nehmen kann, wo alles, was mit dem Aufwande höchsten theologischen Scharfsinnes diskutiert wird, ihm so herzlich gleichgültig vorkommt, während er von all dem Großen, was ihn selbst und seine Zeit so mächtig erregt, kaum einen Hauch findet, und wo mit greisenhafter Geschwätzigkeit in fürchterlicher Monotonie die gleichgültigsten Fragen der Bibelkunde, der Kirchen- und Dogmengeschichte behandelt werden, mit peinlicher Angst, daß dabei nur ja kein wirklich neuer Gedanke zum Vorschein komme, sondern die alten Gedanken nur immer wieder neu kombiniert werden. Dabei besteht wieder in der Sache zwischen liberaler und orthodoxer Theologie gar kein Unterschied. Beide sind darin einig, daß die Gegenwart erst durch die Vergangenheit ihren Wert erhalte, nur streiten sie über die Deutung, die der Vergangenheit zu geben sei. Beide haben aus der Religion eine Abstraktion gemacht, einen Schulbegriff, nur daß in dem einen Falle dieser Begriff irrationell, in dem anderen rationell sein soll. —

Vom Waldschratt zur Madonna.

Von Dr. R. Penzig (Charlottenburg).

Wer als Literaturkundiger diese Überschrift liest, der dürfte sofort wissen, von wem ich sprechen will. Ist doch eine solche Zuspitzung von Gegensätzen, die für zarthäutige Seelen etwas Stachliches hat, das charakteristische Handzeichen unseres Freundes Wilhelm Bölsche. Aber das ist nicht etwa nur eine geistreichelnde Manie. Bölsche ist nie ernster, als wenn er humorvoll lächelt. Und so meint er es auch verzweifelt ernst, wenn er uns in dem dritten Band seiner wundervollen Entwickelungsgeschichte der Liebe *) den Riesenweg vom brutalen Liebesleben des Mandrill am Congo bis zur geistigen Verklärung der himmlischen Liebe zu führen verspricht. Setzen wir nur gleich hinzu: er hat's auch gehalten. Siebenmeilenstiefeln freilich zieht er an und keiner Pfütze geht er aus dem Wege, so daß engbrüstigen Lesern leicht die Luft und die Lust ausgehen mag — aber für solche Leute hat er auch nicht geschrieben. Um so lieber werden ihm alle folgen, die an die Höhenluft

*) Das Liebesleben in der Natur. 3. Folge. Verlegt bei Eugen Diederichs, Leipzig.

freien Denkens gewöhnt sind und ihren logischen Weg geradedurch zu wählen pflegen.

Ihnen aber droht eine andere Gefahr: die vielen Blumen am Wege. Bölsche ist nämlich nicht nur tüchtiger Naturforscher, sondern auch heimlicher, d. h. unbewußter Poet. Denken und Dichten fließt ihm zusammen. Nicht etwa in dem Sinn, als ob jemals der nüchterne und klare Beobachter sich von der Phantasie seine Bilder fälschen ließe; auch in der Hypothesenbildung, die ja ebenfalls nebelhafte Möglichkeiten um winzige Tatsachenpartikelchen herum dichtet, verläßt ihn die kühle Besonnenheit keinen Augenblick — aber ihm formt sich der Bericht über Geschehenes und Beobachtetes unwillkürlich zu poetischen Anschauungen, und kühne Bilder strömen ihm von allen Seiten zu, sei es daß er die Liebesabenteuer der Seebären verfolgt oder uns in die intimsten Hütten der Eskimos, Bakairi-Indianer oder Weddas führt. Dazu kommt eine Sprache, die zwischen burschikosem Geplauder und dithyrambenhaftem Schwung wechselt. Warum er diese Wahl getroffen — soweit eben der Stil nicht einfach der Mensch ist — ist nicht schwer zu erraten. Angesichts der entsetzlichen Langweiligkeit und Pedanterie, mit der noch immer „echt wissenschaftliche" Bücher geschrieben sein sollen, wollen sie anders bei den Zünftlern Gnade finden, muß es einen geistreichen Kopf geradezu reizen, einmal zu zeigen, daß man sehr tiefgründig, sehr philosophisch, sehr exakt und doch dabei amüsant schreiben kann. Was Schopenhauer für die Philosophie zu allererst begonnen, Bölsche leistet es für die Naturwissenschaft. Seine zahlreichen Vorgänger — die Roßmäßler, Bernstein, Carus Sterne, Sachs usw. — hatten doch mehr das Ziel der Volkstümlichkeit in der Schreibweise; Bölsche schreibt eigentlich nur für Hochgebildete, die jede Pointe und Andeutung mit demselben guten Humor empfinden, aus dem sie geboren sind, und man muß sagen, er macht es auch ihnen nicht leicht, den Kreuz- und Quersprüngen seiner scheinbaren Laune so lange geduldig nachzugehen, bis es ihnen klar wird, daß alle diese Zickzacks, diese hier abgerissenen, dort wieder neu aufgenommenen Fäden, diese Exkurse und anscheinenden Seitensprünge doch von einem festen Plan bestimmt sind.

Ich kann es also verstehen, ohne selbst diesen Geschmack zu teilen, wenn sich mancher Leser, er braucht deshalb kein Pedant zu sein, ein wenig abschrecken läßt durch die reiche Fülle dichterischer Blüten, mit denen das harte Gedankenskelett überstreut ist. Auch Jean Pauls Humor ist ja nicht mehr jedermanns Sache, wiewohl sich seine mitunter recht nach dem Zettelkasten riechende Gedankenverblümung von Bölsches herzhafter Ideeneinkleidung wie Manier von Natur unterscheidet. Darum aber scheint es mir ganz ersprießlich, den Freunden des „Freien

Worts“ statt einer bloßen Buchanzeige den reichen und für unsere Weltanschauung überaus bedeutsamen Gedankengehalt des Werkes reinlich zu skelettieren, damit sie, den leitenden Faden in der Hand, sich vertrauensvoll in die reizvollen Labyrinthwindungen des Ganzen vertiefen können.

Das Problem, das sich der Verfasser dieser ganzen Naturgeschichte der Liebe in diesem Schlußbande stellt, ist natürlich kein anderes, als: Wie ist der aus dem Tierreich hervortauchende Mensch zu der physisch und psychisch bestimmten gegenwärtigen Form der Fortpflanzungsregelung gelangt, und welche Ausblicke zeigt uns eine kritische Betrachtung dieser Entwickelung für die Zukunft? Alles also, was der Mensch mit den höher organisierten Säugetieren gemeinsam hat, liegt bereits hinter uns (vgl. die beiden vorhergehenden Bände). Dagegen zerfällt das Hauptproblem sofort in eine große Menge der allerwichtigsten Unterfragen, an deren Beantwortung sich die Wissenschaft z. T. bereits vielfach, und zwar von den verschiedensten Ausgangspunkten her, versucht hat, z. T. ist sie erst mit der richtigen Fragestellung beschäftigt. Da setzt gleich im Anfang die schwierige Frage ein: Wie ist die Enthaarung, die relative Nacktheit des Menschenkörpers zu stande gekommen? Selbstverständlich kann sich die heutige Naturforschung nicht mit der Verlegenheitsantwort, die noch selbst ein Wallace gegeben, beruhigen, die im kritischen Weltenaugenblick eine leitende Weltintelligenz zugunsten des Schoßkindes Mensch einschreiten läßt. Aber auch Darwins Antwort, daß die Auslese der Liebeswahl, die der nackten Haut den Preis gereicht hätte, die Entpelzung hervorgerufen, vermag nicht völlig zu befriedigen. Zwar gibt Bölsche diese Zuchtwahl als Ursache zweiter Ordnung zu, hat er doch nach Analogie des Geotropismus der Pflanzenwelt für die höhere Tierwelt das Wort „Rythmotropismus“ geprägt, um die „Gehirnfreude am Harmonischen, Rythmischen, Schönen“ damit zu bezeichnen. Aber für derartige gewaltige Kulturfortschritte kann die Ästhetik allein, wenigstens in jenen Urzeiten, nicht ausreichen. Er sucht nach dem einfachen Nützlichkeitsgrunde und findet ihn in der Anpassung an das Herdfeuer, in der Erfindung des „Werkzeughaares“, der Pelzkleidung mit ihrer abscheuernden Wirkung, endlich in der Abwehr der — Läuseplage. Voraussetzung dabei ist — eine Voraussetzung, die von den Fachgelehrten freilich nicht ohne Widerspruch bleiben, aber von Bölsche tapfer verteidigt wird, daß die „Entstehung des Menschen“ örtlich auf die Nordhalbkugel, zeitlich um die Eiszeit der Tertiärperiode zu setzen ist.

Als Unterfrage erhebt sich nun sofort das Problem, warum die Enthaarung nicht vollständig geworden. Hier führt der leitende Faden

über die Rolle, die die Duftentwickelung mit leitenden Haarpinseln in der „Distanzliebe" spielt. Ob Bölsche hier ganz das Richtige getroffen, wage ich nicht zu entscheiden. Mir scheint der Beweis, daß die Absonderung ätherischer Duftstoffe aus den Drüsen der Haut die Behaarung notwendig mache, nicht völlig erbracht, wenn auch gewisse Nützlichkeitsgründe, wie die Aufspeicherung der Sekretion in dem Haarfilz, dafür sprechen mögen.

Der nackte Mensch ist nun in erster Linie der erotische Mensch; in zweiter Linie aber nur der aus praktischen Gründen der Lasterleichterung, der Abkühlung, Reinigung usw. entblößte Mensch. Diese Zweiteilung der Zwecke bringt uns nun auf das hochinteressante biologische Problem der Entstehung des Schamgefühls. Merkwürdigerweise ist gerade dieses Problem, trotz seiner Wichtigkeit, bisher von der ernsthaften Wissenschaft, auch von der Psychologie, sehr stiefmütterlich behandelt worden. Nirgends hat die Theologie, bewußt oder unbewußt, so verwirrend gewirkt, wie gerade auf diesem Gebiet. Als Verfasser dieses einmal, vor Jahren, das literarische Material für eine geplante Monographie über die Scham zu sammeln versuchte, war er geradezu entsetzt über die große Öde, die hier waltete. Bölsche hat hier auf Neuland gearbeitet.

Für alle diejenigen, die in der ganzen vorurteilslosen Besprechung dieser heiligen Dinge eine gewisse Schamlosigkeit sehen — es gibt ja leider solche Käuze noch genug — wird es eine Erleichterung — oder vielleicht gar eine Enttäuschung — bedeuten, daß Bölsche in der Entwickelung des Schamgefühls geradezu das Charakteristikum der eigentlichen Menschwerdung erblickt. Aus der reichen Fülle des ethnologischen Materials schöpfend zeigt er, wie die Linie über das symbolische Feigenblatt als dem bloßen Signal für derzeitige Nichtbereitschaft zum Liebesspiel hinführt bis zu der Verhüllung des ganzen Menschenkörpers aus Schicklichkeitsgründen. Dabei werden eine Menge der bedeutsamsten Fragen gestreift: Die der Beschneidung zugrunde liegende Idee, die Übertreibung hochgemuten Menschentums zu einer völligen Verleugnung der „tierischen" Bedürfnisse, der Wert der Askese, die Idee des Zölibats, endlich die elende Verkümmerung des edlen Menschenkörpers unter dem Modekleid, und in begeisternden Worten zeigt uns der Verfasser den Weg, den die Menschheit mit Hilfe einesteils eines aufs höchste entwickelten Sittlichkeitsgefühls, das am nackten Körper keinen Anstoß mehr nimmt, anderenteils mit dem Beistand der Kunst gehen wird, um zur absoluten Harmonie von Körper und Geist zu gelangen.

Neben die Verhüllung aus Sittlichkeitsgründen aber tritt hochbedeutsam ein anderes Versteckspiel, dessen Motive egoistischer Natur sind:

Die Absonderung eines Geschlechtsindividuums durch das andere aus Gründen des ausschließlichen Besitzanspruchs. Wir sind hier auf dem Wege zur Ehe. Zunächst zeigt uns Bölsche, wie bereits in der untermenschlichen Tierwelt alle Stufen der Ehe von dem bloß momentanen Geschlechtsakt bis zu einem idealen Gemeinschaftsleben auch unabhängig von der Brunstperiode vorhanden sind. Die Ehe ist also zum mindesten keine Erfindung des Menschen. Wie allmählich aus der Zeitehe die Dauerehe werden kann, wird an dem grotesken Bilde der viermonatlichen Seebärenliebschaft illustriert. Beim Menschen begünstigen die individuell-ästhetische Wahl, die altruistischen Neigungen der Elternliebe, die Seßhaftigkeit des Höhlen- und Werkzeugbesitzers, die Verteilung der Brunstperioden auf das ganze Jahr u. a. die Entwickelung der Dauerehe durchaus. In diese reinliche und scheinbar ganz einfache Linie aber kommt nun störend und verwirrend die zunächst auf nicht erotischem Grunde aufgebaute soziale Schutzgenossenschaft hinein. Ebenfalls ist sie schon beim Tier reichlich vorhanden, vor allem bei der Gruppe der Wiederkäuer. Von den herdenweise zusammenlebenden Tieren gleichen Geschlechts führt über die aus beiden Geschlechtern gemischte Herde der Weg zu der Leitung eines Weibertrupps durch ein starkes männliches Tier: wir sind in der Entwickelungsgeschichte der Polygamie. Und hier tritt nun auch entscheidend der Gedanke des „Besitzes“ ein. Nicht als ob immer der Mann das Weib besessen. Die ursprüngliche Logik zeigt ein gegenseitiges Besitzverhältnis auf Grund des Seltenheits- und Liebhaberwertes, und erweist, daß gerade die Zuchtwahl des ursprünglich häufig nicht schwächeren Weibchens die Stärke und damit das Vorrecht des Männchens auf Besitzansprüche geschaffen hat. Es wird zum „Leittier“ mit einem Harem. Das soziale Bedürfnis hat die Ehe wieder verschlungen. Ebenso wirkt die Sozialisierung der Kinderpflege; das Kind gehört, auch im Tierreiche, schon häufig nur der Gesellschaft. Von da ist nur ein Schritt zur — freien Liebe: Kollektivbesitz aller Weiber bezw. Männer, und Kollektiverziehung aller Kinder durch die Gesamtheit.

Aber umgekehrt wird auch der soziale Verband durch das eindringende Eheprinzip umgestaltet. Aus der Genossenschaft von Eheverbänden wurde die patriarchalische Familie oder der Stamm. Hier aber erhob sich die drohende Gefahr der Inzucht. Gegen sie findet sich bereits im Tierreiche die Gewohnheit der Blutauffrischung durch Weiberraub aus fremdem Stamme seitens der vom Stammespascha vertriebenen jungen Männchen. Die Urgeschichte der menschlichen Ehe zeigt nun ganz entsprechende Züge. Neben und z. T. im Gegensatze zur ehelichen Gemeinschaft bilden sich soziale Männer- und wohl auch Frauenklubs; die Jagd-, Kriegs- und Zechgemeinschaft der Männer findet sich bei den

das glashelle Elfenflügelchen unter der harten Deckschale des Käfers das Feinere, das Vergeistigte, das Höhermenschliche in einer verklärten Gestalt als das nächst höhere Bedürfnis. So sehe ich den groben Schutzzweck der Ehe, wie ihn das Tier hat und der Mensch tatsächlich heute auch noch hat, still abgelöst zugunsten eines viel höheren Schutzzweckes: zugunsten der individuellen Quellbildung im großen Stromnetz der sozialen Kultur."

Drei Schlußkapitel behandeln noch den Kampf der Liebe mit der Phantasie im Menschen — ein düsterschauriges Bild religiös-sexueller Verirrungen — ihren Kampf mit dem Tiefsten des Lebens, dem Krankheitsbazillus, und endlich den Kampf der Liebe mit dem Höchsten des Menschen, dem Menschengeist — die Überwindung der Askese und des Pessimismus. Auch hier waltet das tiefste Verständnis dessen, der durch solche Abgründe hindurchgegangen ist: keine blasse Abschwächung des über dem Weltenleid verzweifelt sich von aller Lebensbejahung abkehrenden Asketismus — und doch zuletzt ein persönlicher fortschrittsfreudiger und vielleicht grund-, aber sicher nicht zweckloser Optimismus: Selbsterlösung der Natur durch Liebe. „Setze hinter den einfachen Gedanken der Liebe zum Nächsten . . . die Aeonen der Zukunft, in denen die Naturkraft nie stirbt, sondern nur höher und höher die Dinge gipfelt . . . und dich umschauert das alte Wort in neuer Prägung: „Die Liebe hört nimmer auf" . . . Der Pessimist sagt: alles ist aus. Ich sage mit dem gleichen Recht: alles ist Liebe. In solchen Gedankengängen versöhnt sich das Bild des Waldschratts, mit dem die wilde Sinnenliebe aus der Tierheit bricht, mit der . . . Lichtgestalt, die als Liebeskönigin hehr vergeistigt über den Wolken schwebt." —

Diese kurze Wegführung vermag natürlich nicht im entferntesten den ungeheueren Reichtum von hochinteressanten, aber viel zu wenig be-[illegible]en Tatsachen, von sittengeschichtlichen Problemen und ihren Lösungen zu [illegible]öpfen, die mit der Generosität des geistigen Millionärs überall nebenbei ausgestreut werden. Nur Lust machen sollte sie allen, die bisher noch aus irgendwelchen Gründen an dieser Erkenntnisquelle vorbeigegangen sind, selbst daraus zu schöpfen. Denn für dieses dreibändige Werk Wilhelm Bölsches darf man endlich einmal, ohne in den überspannten Jargon des berufsmäßigen Lobredners zu verfallen, aussprechen, daß es für die gesamte Sexualethik eine Epoche, einen Haltepunkt, nicht zum Ausruhen, sondern zum Weitersteigen auf der Bahn menschlicher Gedankenentwickelung bedeutet.

Kleine Mitteilungen.

Vom böhmischen Kirchenstreit.

Auf dem heißen Boden Böhmens ist innerhalb der Romkirche eine Bombe zum platzen gekommen, die selbst die konservativsten und trägsten Hierarchen aus ihrer Ruhe aufgescheucht hat. Wir haben seinerzeit *) von der geradezu unerhörten Arroganz des czechischen Klerus berichtet. Der Slave und Romane ist ein schlauer Geschäftsmann, er verlangt und bekommt von der Kirche alles und leistet ihr dafür nichts. Umgekehrt der Deutsche. In Böhmen ist gottseidank der deutsche Michel im deutschen Klerus erwacht. Allerdings war der Nasenstüber, der ihn aufweckte, kräftig genug. Im deutschen Klerus Österreichs überhaupt gährt es schon längst, aber zum Ausbruch mußte die Sache in Böhmen kommen! Denn dort ist der deutsche Klerus schon platt an die Wand gedrückt. In Böhmen sind 710 rein deutsche Pfarren und dieselben werden von 590 deutschen und 481 **czechischen Priestern** pastoriert.**) Gegenüber diesen Zahlen bedarf es keines Kommentars. Unter den 590 „deutschen" Priestern sind gewiß wieder die Hälfte Bastarde mit echt czechischen Namen.

Wie ein solcher Zustand überhaupt möglich ist? Unsere deutschen Mittelschullehrer schreiben dem deutschen Studenten ohne Gewissenskrupeln ein „nicht genügend" ins Zeugnis, wenn der arme Teufel in der lateinischen Grammatik nicht sattelfest ist. Der Bursche muß dann als Kanzlist irgendwo unterkriechen. Anders die Czechen, dort erhält jeder Idiot ein Vorzugszeugnis, und — weil wir Deutsche nun einmal Diplom-Reiter sind — auf den czechischen Wisch hin meistens bei Deutschen eine glänzende Anstellung.

Das gilt besonders von den Alumnaten. Die slavischen Gimpel kompetieren in allen Seminarien der Monarchie und werden wegen ihrer guten Zeugnisse den einheimischen Kandidaten vorgezogen.

Doch die Sache mußte in Böhmen noch dicker kommen, um den deutschen Klerus aufzurütteln. Ein ganz unqualifizierbares, echt jesuitisches Vorgehen des czechischen Klerus hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Statt der Erläuterung setze ich hier einen dem wackeren „Correspondenz-Blatt für den katholischen Klerus Österreichs" 1903, 804 entnommenen Brief her. Er ist von einem s l a v i s c h e n Geistlichen geschrieben, der gewiß keinen Grund hat, den Deutschen besondere Schönheiten zu sagen. Er ist zugleich ein a u t h e n t i s c h e s Dokument über die Entwickelung des ganzen Streites:

„Am 22. Juni 1903 wurde Kanonikus Dr. Doubrawa zum Bischof von Königgrätz präconisiert. Dadurch wurde das deutsche Kanonikat (Domherrnstelle) in Prag frei. Am 27. Juni 1903 wurde Dr. Krasl zum Dechant des Domkapitels ernannt, wodurch ein böhmisches Kanonikat frei wurde. Es sollte nun regelrecht z u e r s t das deutsche und dann erst das böhmische Kanonikat ausgeschrieben werden. Gleichwohl geschah es nicht so, sondern beide Stellen wurden an einem und demselben Tag, am 27. Juni für vakant erklärt und zwar die Ausschreibung u m g e k e h r t (!), das deutsche Kanonikat nach Krasl, das böhmische nach Doubrawa. (Ein echter, anscheinend harmloser Jesuitenkniff!) Dadurch wurde der T a t b e s t a n d v e r w i r r t. (Hauptprinzip der jesuitisch-slavischen Kampfesweise!) Der deutsche Domherr hätte sich — wenn die Wahl-

*) „Das freie Wort" 1903, S. 480.

**) Zur Frage der deutschen Bistümer in Böhmen. Prag (Calve) 1902.

ausschreibung in der richtigen Reihenfolge stattgefunden hätte — an der Wahl des böhmischen Domherrn beteiligt, (während jetzt entgegen den kirchlichen Vorschriften das Umgekehrte der Fall war). In diesem Falle wären fünf deutsche gegen fünf böhmische Stimmen gewesen, wobei der Dechant als elfter entschieden hätte. So aber standen vier deutsche Stimmen sechs böhmischen Stimmen gegenüber und diese haben auf das deutsche Kanonikat den Slovaken Schuster gewählt. Jetzt stehen vier deutsche Stimmen acht böhmischen gegenüber. Aber nicht genug, daß man der deutschen Geistlichkeit Unrecht getan, man hat auch dem Kuratklerus einen schmerzlichen Hieb versetzt, indem kein Angehöriger des Diözesan-Pfarrklerus sondern ein Militärkaplan einer auswärtigen Diözese gewählt wurde. Dadurch wird faktisch eine Inferiorität des Kuratklerus ausgedrückt, was sehr schlimmes Blut gemacht hat."

Diese Wahlmogelei, gemeinster Sorte, hat dem deutschen Klerus die Augen geöffnet. Zwei wackere deutschgesinnte Kleriker, der Weihbischof Dr. Frind und der Abt Helmer von Tepl *), leiteten eine kräftige Gegenbewegung gegen die Anmaßung und Brutalität der slavischen Klique ein. Am 7. Oktober dieses Jahres trat in Eger eine Protestversammlung zusammen, die folgende Resolution faßte:

1. Eine Vertrauenskundgebung für Weihbischof Frind, der von den Slaven in ganz perfider Weise angegriffen wurde.

2. Errichtung eines deutschen Bistums (in Eger).

3. Eventuell Errichtung eines deutschen Priesterseminars in Prag, wodurch ein bedeutendes Hindernis für den Eintritt deutscher Gymnasiasten beseitigt würde.

Zu dieser Angelegenheit brachte die „Egerer-Zeitung" am 8. Oktober einen äußerst beachtenswerten Artikel, der von einem deutschen Pfarrer geschrieben ist.

Schuster ist Slowak, kommt auf ein deutsches Kanonikat und soll nun pflichtgemäß deutsche Predigten halten. „Entweder Nichtbestätigung des für das deutsche Kanonikat gewählten Herrn oder „Los vom czechischen Prager Domkapitel".

„Wallt da dem deutschen Priester nicht auch sein Blut? Das überflüssige Einkommen der Prager Domkapitulare ist kirchlich katholisches Gut und gehört nicht bloß den czechischen sondern auch den deutschen Katholiken." Im Wyschehrader Kapitel sind die acht Residential- und sechs Ehrenkanoniker des Kapitels Czechen. Das Altbunzlauer Kapitel hat lauter czechische Residential-Kanoniker. Die ganze erzbischöfliche Kanzlei ist verwenzelt. Die deutschen Konvikte in Mies und Duppau, die bisher von den deutschen Domherren unter materiellen Opfern zur Heranbildung deutscher Priesterkandidaten unterstützt wurden, verlieren nunmehr ihre Wohltäter und Erhalter, gleichfalls eine echt jesuitische Kampfart, durch die dem Gegner die Zufuhr junger, kampffreudiger Ersatztruppen entzogen wird. Am 28. Oktober erließ Kardinal-Fürstbischof Skrbenski einen Hirtenbrief, der, wie ja vorauszusehen war, nur ein Phrasengedresch ist, da er nicht eingestehen darf, daß dem deutschen Klerus ein himmelschreiendes Unrecht geschehen ist.

Die Expektorationen des „f. e." Kanzlisten sind selbstverständlich nicht dazu angetan den deutschen Klerus, der sich nunmehr seiner eigenen Haut erwehren muß, zu beruhigen. Die hierarchischen Organe kalmieren bereits — selbstverständlich im Interesse der Czechen. — Der „Obnova" (vom 23. November),

*) Bekannt durch seine tolerante Rede gelegentlich des Besuches des Naturforschertages in Karlsbad 1902.

das Organ des Königgrätzer Bischofs führt aus, daß die Errichtung eines deutschen Bistums in Eger 4—6 Millionen Kronen kosten würde und niemand da sei, der dafür aufkommen würde.

Wenn die Czechen an einem unglaublichen Ort ein Gymnasium brauchen, so findet sich das Geld.

So weit stehen wir jetzt. Meines Erachtens ist demnach sehr wenig Aussicht vorhanden, daß die Wünsche des deutschen Klerus in Erfüllung gehen. Es liegt im Interesse der Jesuiten, den deutsch-österreichischen Klerus, der durch die „Reformierungen" bereits zum größten Teil von nationalen Priestern gesäubert ist, noch mehr zu entnationalisieren, und noch mehr zu verwenzeln! Der deutsche Klerus ist, wenn er nur bei Resolutionen bleibt, in ganz Österreich verloren! Für jeden czechischen Kleriker eine fette Domherrnstelle und jeden Tag ein Huhn im Topf, für den deutschen Klerus Strafpfarren und jeden Tag Schälkartoffeln!

Es bleibt den deutschen Priestern nichts anderes übrig, als daß sie sich einer nationalen Partei im Reichsrat anschließen und durch diese ihr Interesse wirksam vertreten lassen. Andererseits müßte die betreffende nationale Partei sich über kleinliche Bierbankpolitik hinwegsetzen, die in einem jeden Kuttenträger einen Volksverräter wittert. Die ganze nationale Bewegung im Klerus wird mit slavischen und jesuitischen Knütteln totgeschlagen, es wird bald überhaupt in keinem Kronland einen deutschen Pfarrer mehr geben. Wird es für die nationalen Parteien besser sein, wenn in jedem deutsch-österreichischen Pfarrhaus ein Czeche als Agent des Slaventums und Jesuitismus sitzt, wenn sich der arrogante Wenzel von den fetten Kirchenpfründen satt frißt, während der Deutsche Gewölbwascher, Pferdewässerer und Ziegelschüpfer ist?

Den Jesuitismus zu besiegen sieht leichter aus, als es ist. Heute stehen die Verhältnisse nicht allein in Österreich sondern auch in Deutschland so, daß selbst erzliberale Zeitungen, entgegen ihrer Bestimmung und Überzeugung, eher über alles andere, als über den Jesuitismus schimpfen, da sie befürchten müssen, ihre Abonnenten zu verlieren. Die Beamtenschaft muß sich unter der slavisch-jesuitischen Fuchtel beugen, die Lehrer sind nun gar arme Schlucker. Der Adel hält auch fest zu den Jesuiten, weil sie die einzigen sind, die nicht gegen den Adel wettern. Woher soll darnach der nationale Gedanke seine Nahrung hernehmen?

Da heißt es eben Realpolitik treiben und Kleinliches dem großen und edlen Ziel unterordnen.

Wenn ein jeder immer sein individuelles politisches Programm bis aufs letzte Pünktchen durchgeführt haben wollte, dann gäbe es in jedem Land soviel Parteien als Köpfe. L.—L.

*

Sickenbergers kritische Gedanken.

Der Kgl. a. o. Lycealprofessor Dr. Otto Sickenberger gehört zu den wenigen gebildeten Katholiken, die sich den Luxus erlauben dürfen, ihre Ansichten „über die innerkirchliche Lage" offen auszusprechen. Und wenn wir auch an der aus Anlaß seiner ersten Schrift geäußerten Meinung festhalten müssen,*) daß er der ultramontanen Hydra keinen Kopf abschlagen wird, so haben doch seine Arbeiten großen

*) Vgl. 2. Jahrgang No. 18 dieser Zeitschrift.

theoretischen Wert. Deshalb wäre auch dem zweiten Teil seiner kritischen Gedanken allgemeine Beachtung zu wünschen, zumal unter seinen Glaubensgenossen.*)

Sickenberger ist in seiner Art ein philosophischer Kopf, der redlich an sich arbeitet. Die vorliegende Schrift zeigt in Anlage und Ausbau einen wesentlichen formellen Fortschritt. In erkenntnistheoretischer Hinsicht allerdings nicht. Sickenberger will ja auch nicht seinen Platz im Katholizismus verlassen, und es genügt für unsere Zwecke, festzustellen, was er uns von diesem Platze aus Wissenswertes zu sagen weiß. Er sieht die Dinge, wie sie gewesen sind und sind, aber er versteht es nicht die richtigen Folgerungen daraus zu ziehen. Luther sei zu seinem Auftreten berechtigt gewesen, aber in der Theorie zu weit gegangen. Er hätte sich mit dem Kampfe gegen praktische Übertreibungen und Mißstände begnügen sollen. Als ob das etwas genützt hätte! Der Papst gestand doch nicht einmal den offenbaren Mißbrauch des Ablasses zu. Es fiel ihm nicht ein, ihn abzustellen, er glaubte vielmehr sein Ansehen gefährdet, wenn er ihn nicht verteidigte, was durch eine Bulle geschah. Wenn es nach Sickenbergers Wunsch gegangen wäre, würde Luther kein Reformator geworden, sondern nur ein Moralprediger gewesen sein, den der Papismus kurzerhand stumm gemacht hätte wie die Arnold von Brescia, Savonarola u. a. Nur dadurch, daß Luther die religiöse Anschauung eines Teiles seiner Mitmenschen umformte, konnte sein Werk lebensfähig werden. Der Weg, den er einschlug, war richtig, er hätte ihn nur noch weitergehen müssen. Aber dazu war Luther zu lange Mönch gewesen. Er konnte nicht aus seiner Haut heraus. Im Grunde hat Luther der Kirche einen Dienst erwiesen, für den sie ihm stets dankbar sein müßte. Er zwang sie, sich aus dem Sumpf hinauszuarbeiten, in dem sie allmählich erstickt wäre. Sickenberger legt nach Theologenart den religiösen Fragen für die reformatorische Bewegung eine zu große Bedeutung bei. Diese Bewegung war mehr noch eine sittliche: sie war die Reaktion des germanischen Gewissens, das der Klerikalismus noch nicht ganz hatte betäuben können, gegen romanische Unvernunft, Lüge, Verlotterung und Ausbeutung!

Sickenberger meint ferner, die Kirche sei in der Abwehr des Protestantismus zu dem entgegengesetzten Extrem gekommen: zu hyperkatholischer Stimmung, Meinung und Handlungsweise. Dazu gehöre in erster Reihe die Überschätzung des priesterlichen Amtes. Sie zeige sich heute in der Erhebung des Klerus über die Laien, in dessen Absonderung von diesen und in der alleinigen Würdigung des geistlichen Berufes gegenüber den gebildeten Laienberufen. Nun, man kann den „Seminarpflanzen“ ruhig diesen unfruchtbaren Dünkel lassen; für die Laien ist es jedenfalls vorteilhaft, wenn sie so wenig wie möglich mit ihnen zu tun haben. Mir sagte einmal ein alter Katholik, daß jede nähere Berührung mit einem Kleriker unangenehme Folgen für ihn gehabt habe. Die Bischöfe gerierten sich heute mehr als Herrscher, denn als Väter und Hirten. So ähnlich drückt sich Sickenberger aus. Wenn man bedenkt, aus welchen Kreisen sie heute stammen, kann man sich nicht wundern, daß ihnen der klerikale Hochmut noch mehr als früher die Köpfe umnebelt. Hontheims und Wessenbergs gibts heute nicht mehr. Die Bischöfe sind eben nur Diener des päpstlichen Stuhls, der heute, nach Sickenberger, in jeder Hinsicht das absolute Ideal darstelle. An diesem dürfe in keiner Weise gerüttelt werden, so daß „ein bischöf-

*) Extremer Antiprotestantismus im katholischen Leben und Denken. Augsburg 1904. Verlag von Theodor Lampart.

liches Ordinariat einer kirchenhistorischen Abhandlung Schwierigkeiten gemacht habe, weil dieselbe die Kirchenpolitik der Päpste zur Zeit Karls des Großen in einigen Punkten für verfehlt erklärte.“ Auch ein Beitrag zur Freiheit der „katholischen“ Wissenschaft! Man will eben nichts von Fehlern des Papstes und seiner Kurie hören, und dieses System wird weiter befolgt werden, auch wenn es Sickenberger für „wahnsinnig“ erklärt. Die katholische Publizistik wird auch fortfahren, den Kirchenstaat als eine absolute Notwendigkeit für das Papsttum zu reklamieren, obwohl Sickenberger dieses Gebaren für kindische Torheit hält.

Das Verbot des Bibellesens sei ein Angstprodukt und sehr bedauerlich. Vom kirchlichen Standpunkt aus aber ist es begreiflich, wie alles andere auch, was Sickenberger als extremen Antiprotestantismus im katholischen Leben und Denken kennzeichnet, so die übertriebene Kirchenlauferei, Beichterei und anderen Pharisäismus. Die Betschwestern und Betbrüder seien oft die schlechtesten Menschen, in deren Herzen alle hämischen Untugenden blühten, und die, wenn sie könnten, ihre Mitmenschen oft mit einem Tropfen Wasser vergiften möchten. Sehr richtig, aber das ist der Kirche oder vielmehr ihren hochwürdigen Herrschern höchst gleichgültig. Um Moral ists denen ja gar nicht zu tun! Daß der Herr Professor das noch nicht eingesehen hat.

Sehr interessant sind Sickenbergers Ausführungen über Ehe, Ehelosigkeit und Jungfräulichkeit. Da wird doch zum erstenmal von geistlicher Seite zugegeben, daß der Ehestand nach katholischer „Gemütsstimmung“ im Vergleiche zur Jungfräulichkeit „gewissermaßen eine gewöhnliche, nahezu bedauerliche Sache ist, eine Sache der Schwäche, eine Sache des Fleisches und der Sünde ist.“ Aber auch nach der moraltheologischen und kanonistischen Auffassung handelt es sich in der Ehe vorwiegend um eine traditio corporum, um das jus circa corpus, das die copula carnalis bezweckte, und dem Begriff debitum reddere ist der allerengste Sinn gegeben. Geschlechtlichkeit aber sei tierische Lust. Sickenberger bekämpft derartige gemeine Vorstellungen, die an die Behandlung des Weibes während der Hexenverfolgungen erinnern, durchaus und zeigt sich gerade hierin als Mann von hohem sittlichem Gefühl. Er stellt fest, daß „die Ehe vom größeren Teil des Klerus praktisch und gefühlsmäßig gering geschätzt wird“. Diese Geringschätzung fällt auf den Klerus selbst zurück, und indem er die besten und zartesten Gefühle verunreinigt, zeigt er nur den unreinen Zustand seiner Phantasie, die ihn während der Zeit seiner Herrschaft auch zu jeder Gemeinheit in praxi befähigte. So feierte der Klerus von Halberstadt im Jahre 1523 seinen Sieg über die Reform mit wildester Lust, und demütig klagten die Bürger, daß ihnen alle Weiber und Töchter durch die Pfaffen verführt und mit der Franzosenkrankheit angesteckt würden.

Inbezug auf das Klosterleben bekämpft Sickenberger als schädlich die Überordnung der Ordensleute über den weltlichen Teil der Bevölkerung, ferner die Störung der kirchlichen Organisation durch die Orden und schließlich deren Überfülle an Besitz. In Alt-Bayern hätten sich vor der Säkularisation 56 % des festen Eigentums in Händen der Klöster befunden. Und dabei machten die Orden selten 1 % der Bevölkerung aus.

Auch im dritten Abschnitt seiner Schrift, der den Kultus behandelt, sagt Sickenberger manche Wahrheit, z. B. über die Veräußerlichung des Gottesdienstes, über das Meßgeldwesen, über Allerseelen- und Fegefeuergeschichten, Heiligen- und Reliquienverehrung.

Sickenberger wird sich aber über dergleichen Dinge nicht mehr wundern,

wenn er das Wort Paolo Sarpis, des Geschichtsschreibers des Tridentinischen Konzils, begriffen haben wird: „Nie wird man ein besseres Geheimnis finden, die Menschen dumm zu machen, als unter dem Vorwande, sie frömmer zu machen." J. Schmitz.

*

Über die Atlantis.

In einem Artikel der Halbmonatschrift „Gnosis" (Wien) 1903, No. 1 und 5 sammelt Scott-Elliot alle Zeugnisse, die für die Existenz dieses ehemals im atlantischen Ozean befindlichen Erdteils sprechen.

Diese Zeugnisse sind: 1. Zeugnisse der Meerestiefe. 2. Verteilung der Fauna und Flora. 3. Ähnlichkeit im religiösen Glauben, in Ritus und Architektur der verschiedenen Kulturen. 4. Verwandtschaft der Sprachen und ethnologischen Typen. 5. Zeugnis alter Schriftsteller und Volkstraditionen.

Besonders wertvoll für die Kenntnis der Bodenfiguration des atlantischen Ozeans waren die Forschungen der französischen Kanonenboote Challenger und Dauphin, die festgestellt haben, daß sich ein gewaltiger Gebirgsrücken unter der Meeresoberfläche beiläufig zwischen Tristan da Cunha und Ascension hinzieht. „Der Boden, welcher gegenwärtig das Bett des Ozeans bildet, war die Szene für riesige vulkanische Ausbrüche."

Was die faunistischen Zeugnisse anbelangt, so finden sich fossile Reste des Kamels in Indien, Afrika, Südamerika und Kansas. Während das Pferd zur Zeit der Entdeckung des neuen Weltteiles in Amerika unbekannt war, findet es sich z. B. unter den fossilen Funden in Nebraska. Ja noch mehr, gerade in Amerika finden sich die Vorläufer und Übergangsformen unseres heutigen Pferdes am zahlreichsten und besten vertreten.

„Die miocäne europäische Flora der fossilen Schichten der Schweiz lebt heute noch in Amerika." Als wichtigstes floristisches Argument für den ehemaligen Zusammenhang der alten mit der neuen Welt führt Scott-Elliot die Banane an und meint, daß dieselbe nur durch den Menschen verbreitet worden sein kann. Ebenso nimmt er für unsere Getreidearten die Atlantis als Heimat an, da bisher nirgends die direkten Ahnen der heutigen Brotpflanzen gefunden wurden.

Ganz unerklärlich ist ohne die Annahme einer ehemaligen Landverbindung die frappante Ähnlichkeit der Religionen beider Hemisphären. Die ersten spanischen Missionare betrachteten diese Übereinstimmung als ein Werk des Teufels. Ebenso wie die Völker der alten Welt verehrten die alten Indianer das Kreuz, die Schlange, den Kreis, die Sonnenscheibe. Den mexikanischen Zéo bringt der Verfasser mit der gemeingermanischen Götterbezeichnung Tiwaz [1]) zusammen.

Bei den Mexikanern waren T-förmige Kultgebäcke und eine Art Abendmahl im Gebrauch. Ebenso gebräuchlich war die Einbalsamierung und der Glaube an einen „allgegenwärtigen, allwissenden, unsichtbaren, unkörperlichen Gott.[2]) Ganz merkwürdig ist der Glaube an eine Parthenos-Meter (Jungfrau-Mutter) und die Benennung mancher Stämme als „Kinder des Lichts", „Söhne der Sonne"! Wie bei Juden, Ägyptern, Chaldäern begegnet uns bei den altamerikanischen Völkern die mysteriöse heilige Arche.[3])

---

[1]) So bei Chantepie: Rel. of the Teutons. 1902. [2]) Sahagun: Hist. de nueva Espan. lib. VI. [3]) Vgl. Kingsborough: Antiq. mexic. Vol. VIII.

Die Architektur erinnert insbesondere durch die Pyramiden lebhaft an Ägypten und die Etagentürme Babyloniens.

Was nun die philologischen Nachweise anbelangt, so findet Forrer: families of speech (S. 132) eine ganz überraschende Ähnlichkeit zwischen dem Baskischen und Amerikanischen. Le Plangeon sagt: Ein Drittel der Maja[4])-Sprache ist reines Griechisch!

Das allermerkwürdigste ist die ethnologische, durch Bancroft: Native races of the Pacific-States festgestellte Tatsache, daß es eine negroide Bevölkerungsschicht auch in Altamerika gab. Auf den Denkmälern begegnet sie uns des öfteren mit ihren plattgedrückten Schädeln und kurzen krausen Haaren. Noch heute ist die große Verschiedenheit der Hautfarbe der verschiedenen Indianerstämme der sicherste Beweis einer ehemaligen Vermischung.

„Von der weißen Hautfarbe der Menominen, Dakotas usw., von denen die meisten hellkastanienbraune Haare und blaue Augen haben, bis zum dunklen ja fast schwarzen Teint der Indianer von Kansas und der heute ausgestorbenen Stämme Kaliforniens vertreten die Indianerrassen alle Übergänge.“ [5])

Was nun die historischen folkloristischen Nachrichten anbelangt, so berichtet Aelian: Varia Hist. III, c. 18 nach Theopompus gelegentlich der Erzählung einer Unterredung zwischen dem phrygischen König und dem Silen von einem großen Kontinent jenseits des atlantischen Ozeans. Proclus weiß von Inseln jenseits der Säulen des Herakles.

Eines der wichtigsten und der bekanntesten Zeugnisse findet sich in Platos Timäus und Kritias. Im Timäus kommen von dorther die Krieger, die ganz Europa und Asien überschwemmen. Der Ozean sei schiffbar, weil in ihm eine Insel läge, die größer als Libyen sei.

Nach einer von Timagenes berichteten Überlieferung der Kelten seien die prähistorischen Eroberer Galliens gleichfalls von der Atlantis gekommen.[6])

„Die Indianer von Jowa und Dakota glauben, daß alle indianischen Stämme eins waren und gemeinsam eine Insel gegen Sonnenaufgang bewohnten. Sie hätten den Ozean auf eigentümlichen Fahrzeugen übersetzt.“ [7])

Das Mannweib ist auch in der neuen Welt durch die mexikanische Gottheit Quetzalcoatl mit dem weißen Bart vertreten. Sie ist die Erfinderin der Schrift und des Kalenders.

Daß die Sintflutsage auch unter den Indianern verbreitet ist, ist kein Zufall. Scott-Elliott bringt die große Flut überhaupt mit dem Untergang der Atlantis zusammen. Nach Le Plangeon hätte der Untergang der Insel Poseidonis ca. 9500 v. Chr. stattgefunden. Das von letzterem Forscher publizierte Manuskript Twano [8]) berichtet folgendermaßen über die Katastrophe:

„Die Gegend der Tonhügel, das Land Un, fiel zum Opfer. Nachdem es in zwei Stößen erschüttert worden war, verschwand es plötzlich während der Nacht; der Boden wurde fortwährend durch vulkanische Kräfte aufgeregt, die ihn an vielen Stellen sich heben und senken ließen, bis er nachgab. Die Länder wurden da von einander getrennt und sodann zersplittert; da sie den furchtbaren Krämpfen nicht hatten widerstehen können, versanken sie und zogen 64 Millionen Einwohner mit auf den Grund.“ J. Lanz-Liebenfels.

[4]) Auf Yucatan. — [5]) Winchell: Pre-Adamites; Catlin: Indians of North-America. — [6]) Winchell: Pre-Adamites 380. — [7]) Balduin: Ancient America. — [8]) Vor 3500 Jahren geschrieben!

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 20. Zweites Januarheft 1904. III. Jahrg.

Crimmitzschau.

Von H. Kötschke, Pastor a. D. (Charlottenburg).

Wir haben im letzten Jahrzehnt verschiedene recht große Streiks gehabt, die die öffentliche Meinung gewaltig erregt haben, das war der Hamburger Hafenarbeiterstreik und der Berliner Konfektionsarbeiterstreik. Aber der Crimmitzschauer Streik beschäftigt doch die öffentliche Meinung noch stärker. Richtiger ist es eigentlich zu sagen, die Crimmitzschauer Aussperrung. Denn daß die Arbeitseinstellung diesen Umfang angenommen hat, ist weniger das Werk der Arbeiter als der Fabrikanten. Die Arbeiter traten zunächst nur in 5 Fabriken mit der Forderung des Zehnstundentags hervor. Der Crimmitzschauer Fabrikantenverein aber wollte die 5 betroffenen Kollegen nicht allein den Streit ausfechten lassen, er konnte es nach seinen Statuten auch nicht. Denn eine gegenseitige Unterstützung in Arbeitskonflikten ist einer der Hauptzwecke der Fabrikantenvereine. Ja nicht einmal der Crimmitzschauer Fabrikantenverein hat bei der ganzen Bewegung selbständig gehandelt, sondern er ist stets nur im Einverständnis mit dem Gesamtverbande der sächsischen Textilindustrie vorgegangen. Denn in der Organisation haben die Arbeitgeber von den Arbeitern gelernt, sie haben ebenfalls ihren Zusammenschluß zu größeren Verbänden betrieben. Ja, sie verhandeln jetzt, ebenso wie die Arbeiter, nur durch fremde Mittelspersonen mit den Kontrahenten.

Nun war es für die Arbeiter zwar sehr bedauerlich, daß ihre Kampfesweise, durch partielle Streiks die einzelnen Unternehmer matt zu legen, durchschaut und durchkreuzt wurde, daß auf einmal 7½ tausend Arbeiter und Arbeiterinnen sich auf die Straße gesetzt sahen; zum teil Leute, die wohl niemals an einen Streik gedacht hatten; Leute, die 30,

40 ja 49 Jahre in einer und derselben Fabrik gearbeitet hatten. Die Kasse des Textilarbeiterverbandes, die natürlich alle Ausgesperrten, Organisierte wie Nichtorganisierte, unterstützen mußte, war auf diese Weise sehr stark in Anspruch genommen. Aber ein Streik ist ein wirtschaftlicher Krieg, und im Kriege gelten alle Vorteile für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer.

Sicher standen sofort beim Ausbruch des Konfliktes alle sozial fortgeschrittenen Kreise auf Seiten der Arbeiter. Denn die Einführung des Zehnstundentages ist im höchsten Maße wünschenswert, ja notwendig. In England hat das Zehnstundengesetz sich bereits ein halbes Jahrhundert lang glänzend bewährt. Auch bei uns hat nur wenig gefehlt, so hätten wir bereits im Jahre 1890 den Zehnstundentag für weibliche Fabrikarbeiterinnen bekommen. Zahlreiche Textilbetriebe haben ihn längst freiwillig eingeführt und sind noch darunter gegangen.

Man bedenke namentlich, daß die Crimmitzschauer Textilarbeiterschaft zu zwei Drittel dem weiblichen Geschlecht angehört, und daß ein großer Teil verheiratete Frauen sind, die eine eigene Wirtschaft zu versorgen und kleine Kinder zu ernähren und zu erziehen haben. Die Folgen der ausgedehnten weiblichen Arbeit sind in den Listen der Säuglingssterblichkeit abzulesen. Diese ist in Crimmitzschau gestiegen von 31,8 auf das Tausend in den Jahren 1856—57 auf 37,9 in den Jahren 1881—85. Dieser Prozentsatz ist im Vergleich zu andern sächsischen Städten, noch dazu Großstädten, außerordentlich hoch. In Leipzig betrug er im letzteren Jahrfünft 21,6 und in Dresden 22,9.

Die Crimmitzschauer Fabrikanten haben darum auch in ruhigen Zeiten früher erklärt, daß der Zehnstundentag ganz angebracht sei. So erzählt Rudolf Martin schon aus dem Jahre 1895 in einem Aufsatze über die Verkürzung der Arbeitszeit in der mechanischen Textilindustrie: „So haben sich mir gegenüber eine größere Anzahl der Vigognespinnereibesitzer und Bukskinfabrikanten zu Crimmitzschau, darunter grade die Besitzer größerer Firmen, dahin geäußert, daß sie mit der Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages von 10 Stunden für alle Arbeiter sehr wohl einverstanden sein würden.“

Jetzt allerdings, bei dem Konflikt haben die Crimmitzschauer Fabrikanten sich auf den Standpunkt gestellt, sie allein könnten nicht mit dem Zehnstundentag vorgehen, der Konkurrenz wegen. Die Arbeiter sollten warten, bis er gesetzlich eingeführt würde. Nun ist ja zu wünschen, daß die gesetzliche Einführung für die Frauen nicht mehr lange auf sich warten läßt. Das Zentrum wird sie in der laufenden Reichstagssession beantragen, und es ist anzunehmen, daß die Regierung ihren Widerstand aufgibt. Aber anderseits ist es den Arbeitern nicht zu verdenken, wenn

ihnen die Sache etwas lange dauert und sie versuchen, ob ihnen nicht mit ihrer Macht die Durchführung gelingt.

Der Konkurrenzgrund ist nämlich für die Fabrikanten tatsächlich nur eine Ausrede. Denn sie haben in ihrer Denkschrift gleichzeitig hervorgehoben, daß ein Erfolg in Crimmitzschau die Arbeiter an den Konkurrenzplätzen zum gleichen Vorgehen ermuntern würde. Deshalb verlangen sie gerade die moralische und pekuniäre Unterstützung nicht nur der Konkurrenz, sondern der gesamten deutschen Textilindustrie, merkwürdiger Weise auch der, die längst den Zehnstundentag hat. Fragt man die Fabrikanten persönlich, wie ich das bei meinem Besuch in Crimmitzschau getan habe, warum sie nicht auf eine Stunde — die Arbeiter wären sogar zunächst mit einer halben Stunde zufrieden gewesen — verzichten wollen, so antworten sie: dann entgeht uns eine Stunde Verdienst. Denn sie behaupten, der Arbeiter arbeite in 11 Stunden genau den 11. Teil mehr als in 10, weil die Maschinen sie dazu zwängen. In solchen Anschauungen kommt ein gut Teil sozialpolitischer Unwissenheit zutage. Denn man kann es fast jedes Jahr in den Berichten der Gewerbeinspektoren lesen, daß eine mäßige allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit die Produktion oder wenigstens deren Wert nicht vermindert hat. Fleiß und Pünktlichkeit der Arbeiter haben in solchen Fällen zugenommen, es ist sauberer gearbeitet und das Material mehr geschont worden, man hat an Heizung, Beleuchtung und Abnutzung der Maschinen gespart, die Zahl der Krankheitstage der Arbeiter hat abgenommen.

Wenn darum ein gut Teil der deutschen Tuchwebereien — auch derer die mit Crimmitzschau besonders konkurrieren — mit dem Zehnstundentag gute Erfahrungen gemacht hat, so hätten auch die Crimmitzschauer Tuchfabrikanten den Versuch wagen können. Aber sie gehören leider zu der Sorte von Arbeitgebern, die, um Herren im Hause zu bleiben, glauben, sie dürften den Arbeitern nicht den kleinen Finger reichen, weil diese sonst die ganze Hand nehmen. Sie haben den ganzen Konflikt auf eine Machtfrage hinausgespielt und sehen es als einen Ehrenpunkt an, für Forderungen der Arbeiter unnahbar zu sein.

Wie reformbedürftig die Crimmitzschauer Arbeitsverhältnisse sind, kann man schon daran sehen, daß hier noch die einstündige Mittagspause selbst für verheiratete Frauen besteht, die doch bei dem langgestreckten Ort oft über 20 Minuten Weg zurücklegen müssen.

Doch die Crimmitzschauer Aussperrung würde vor andern nicht viel voraus haben, wenn hier die sächsischen Behörden nicht eingegriffen hätten, und zwar in einer Weise, die nur dem äußern nach als unparteiisch betrachtet werden kann, die in Wirklichkeit für die Arbeiterschaft das Koalitionsrecht vernichtet hat. Es ist gewiß nicht leicht zwischen

zwei streitenden Parteien den vollständig Unparteiischen abzugeben, aber so kläglich ist wohl selten ein Versuch ausgefallen wie hier. Dabei kann man den Behörden ohne weiteres die bona fides zubilligen, auf die sie sich berufen. Um so schlimmer ist eben ihre vollständige Unfähigkeit Licht und Schatten gleich zu verteilen. Ihre sozialpolitischen Kenntnisse sind so ziemlich gleich Null, sie haben keine Ahnung von den Eigentümlichkeiten der Arbeiterbewegung. Sie sehen die Arbeiterforderungen mit den Augen der Fabrikanten an, die Fabrikantenmoral für den höchsten Ausfluß sozialpolitischer Weisheit. Sie haben sich nicht die geringste Mühe gegeben vom Standpunkt der Arbeiter aus deren Forderungen und deren Taktik zu verstehen.

In gradezu klassischer Weise ist hier wieder einmal erwiesen, daß es keine dringendere Forderung gibt als Reform des Wahlrechts zu den verschiedenen Körperschaften. Die Verwaltungsbeamten werden heute von der kleinen aber einflußreichen Schicht der Besitzenden gewählt und ernannt und stehen unter deren Einfluß. Eine Reform des Wahlrechts muß der breiten Volksmasse einen größeren Einfluß auf ihre Wahl und ihre Kontrolle geben.

Die sächsischen Behörden haben verschiedentlich anerkannt, daß die Ausgesperrten sich in der ganzen ersten Zeit außerordentlich ruhig benommen haben. Trotzdem haben sie, als das Streikpostenstehen sehr wichtig wurde infolge der Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte, dies in der schärfsten Weise verboten, obwohl das Reichsgericht es als erlaubt anerkannt hat. Selbst die friedlichsten Bürger hat man zur Wache geschleppt, wenn sie auf der Straße stehen geblieben sind. Durch das Vereinigungs- und Versammlungsverbot, das den Arbeitern nicht erlaubt zu mehr als zu sechs zusammenzutreten, haben sie den Arbeitern jede öffentliche Besprechung ihrer Lage und jede geordnete Kontrolle der Ausgesperrten unmöglich gemacht, während die Fabrikanten in ihren andersartigen Operationen gar nicht gehindert sind. Durch das Verbot der Weihnachtsfeier haben die Behörden der nackten Gewalt die Krone aufgesetzt und auch sozial gleichgültige Kreise verletzt. Glücklicherweise ist dadurch auch weithin in bürgerlichen Kreisen eine Reaktion hervorgerufen, und heute hält es nicht nur die Arbeiterschaft von ganz Deutschland, sondern auch das einigermaßen freiheitlich denkende Bürgertum für seine moralische Pflicht, gegen die Gewaltpolitik der sächsischen Behörden zu protestieren und die Crimmitzschauer Arbeiter wenigstens aus Mangel an Mitteln nicht unterliegen zu lassen. Denn Deutschland würde sich vor der gesamten Kulturwelt in seinem Ansehen schädigen, wenn die öffentliche Meinung ohne Mucksen Recht und Freiheit in Crimmitzschau unterdrücken ließe.

Recht bezeichnend ist es auch, wie in Crimmitzschau die Kirche nicht den geringsten Versuch gemacht hat in einer Frage, die fast den Untergang einer ganzen Stadt zur Folge haben kann, sich zwischen die Streitenden zu werfen oder gar zugunsten der wirtschaftlich Schwachen einzugreifen. Sie ist hier vollständig mit den Machthabern durch dick und dünn gegangen, ohne auch nur zu begreifen, daß sie auch vom Standpunkt der Arbeiter aus die öffentliche Meinung sittlich beeinflussen muß. Kein Wunder, wenn deshalb ein paar hundert Familien einer solchen Kirche den Rücken gekehrt haben.

Wie der Konflikt noch einmal enden wird, kann man heute noch nicht sagen. Die Arbeitgeber bringen die größten Opfer, neuerdings auch von ihren Kollegen weithin in Deutschland stark unterstützt. Der Streik hat sich zu einer Kraftprobe zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in ganz Deutschland, wer von beiden der Stärkere ist, entwickelt. Doch es ist möglich, daß, weil sie wohl kaum genügenden Ersatz an Arbeitern bekommen werden, die Furcht, am Markt dauernd zu viel Einbuße zu leiden, die Arbeitgeber zum Nachgeben veranlassen wird. Wie aber der Ausgang auch sein mag, Crimmitzschau beweist, wie erschreckend viel die besitzenden und gebildeten Klassen in Deutschland an sozialem Gerechtigkeitssinn noch hinzulernen müssen, um die Notwendigkeit der Arbeiterbewegung zu begreifen und ihr dieselbe Freiheit zu gestatten, zu welcher die englische Bourgeoisie sich rückhaltlos versteht.

Oberlehrer und Beamter.

Von einem preußischen Oberlehrer.

Wohl kein Stand hat im verflossenen Jahrhundert so einschneidende Wandelungen durchgemacht wie der Stand der höheren Lehrer. Am Anfang des Jahrhunderts existierte er kaum, die Lehrer an den sogenannten Lateinschulen waren fast durchweg Theologen, die das Schulamt nur als Durchgangsstation zu einer fetten Pfründe ansahen. Um die Mitte des Jahrhunderts hatte die Loslösung der philologisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen von der Theologie und die Einführung einer besonderen Lehramtsprüfung in Preußen einen selbständigen Lehrerstand entwickelt, aber die jungen Philologen und Mathematiker betrachteten sich in erster Reihe als Gelehrte, denen es oft nur als Mißbrauch ihrer wissenschaftlichen Fähigkeiten erschien, „Knaben die Elemente zu lehren, statt Zeitschriften und Bücher mit den Ergebnissen ihrer Forschung zu er-

füllen.“ (Paulsen, Geschichte des gelehrten Unterrichts). Das Schulamt erschien den meisten nur als Durchgang zu einer Professur an der Universität. Das Ende des Jahrhunderts hat dann die Vollendung jener Entwickelung gebracht, die schon Joh. Schulze durch Einführung des Staatszuschusses und der Staatsaufsicht eingeleitet hatte: der Lehrerstand ist von der Universität ebenso losgelöst wie von der Theologie, er ist in engste Beziehung zur Staatsgewalt getreten und dem übrigen Staatsbeamtentum in bezug auf Gehalt, Rang und Titel vollständig eingegliedert. Aus dem freien Gelehrten von einst ist ein Staatsbeamter geworden, der es sogar bis zu der schwindelnden Höhe eines Rates vierter Klasse bringen kann und dessen volle Gleichstellung mit den richterlichen Beamten nur noch eine Frage der Zeit sein dürfte.

Gewiß hat dieser von der höheren Lehrerschaft so heiß ersehnte Zustand, die Umwandlung des schlecht gekleideten und oft höchst sonderbaren Präzeptors der alten Zeit in den tadellos korrekten Beamten der Gegenwart zur äußeren Hebung des Standes viel beigetragen. Wenn der Humanist Thiersch schon vor Jahrzehnten schreiben konnte: Ein junger Oberlehrer von Auszeichnung (er dachte dabei an wissenschaftliche Auszeichnung, nicht an den Reserveleutnant) . . . geht den Beamten anderer Dienstkategorien, selbst den angesehensten parallel, und jedes Jahr liefert Beispiele von Heiraten, die zwischen ihnen und den Töchtern aus den angesehensten Familien im Staatsdienst, von Generälen, Staatsräten, Regierungspräsidenten oder Direktoren geschlossen werden, — so hat dieses erhebende connubium in der Ära des preußischen Reserveleutnants sicherlich keinen Abbruch erfahren, im Gegenteil, der Herr Oberlehrer ist in die allerfeinsten Kreise eingedrungen und darf sogar mit leibhaftigen Ministern im Kasino „jeuen“. Aber sollte diese starke Betonung des neuen „gesellschaftsfähigen“ Staatsbeamten nicht auch Gefahren in sich bergen, die auf die Dauer unserer ganzen Jugenderziehung verhängnisvoll werden können? Ist der äußere Vorteil, der in dieser Eingliederung in das Staatsbeamtentum liegen soll, wirklich so groß, daß man darüber die schweren Nachteile, die er mit sich bringt, übersehen kann? Demjenigen, der auf dem Standpunkt steht, daß der Wert eines Standes in erster Linie von dem abhängt, was er in den Augen anderer vorstellt, nicht von dem, was er ist, hat schon Friedrich Paulsen darauf die Antwort erteilt. In seiner Geschichte der Universitäten schreibt dieser pädagogische Altmeister, dem man wahrhaftig keine Voreingenommenheit gegen die höhere Lehrerschaft vorwerfen kann, wörtlich: „Innerhalb des Staatsbeamtentums als solchen wird aber die Stellung des Lehrers immer eine bescheidene sein. Dem großen Publikum wird es immer vornehmer dünken, als Offizier oder Beamter die öffentlichen

Angelegenheiten entscheiden und als Vertreter der Staatsgewalt Männern gebieten, als die heranwachsende Jugend unterrichten und erziehen, so sehr eine auf die Sache selbst gerichtete Betrachtung die Bildung jugendlicher Seelen zum Guten und Wahren und Schönen für die feinere, innerlichere, geistigere, bedeutsamere und zuletzt auch wirksamere Tätigkeit erklären mag. Unserer durch die Macht geblendeten Zeit ist die Schätzung geistiger Wirksamkeit noch besonders erschwert." Paulsen sieht demnach alle Momente, die im Sinne einer Geltendmachung des Beamten gegenüber der des freien Gelehrten wirken, wie die Verstaatlichung und Durchführung der Schulaufsicht, die stärkere Betonung der Schulforderungen bei der Lehrerprüfung wie bei der Zusammensetzung der Prüfungskommissionen, die abnehmende Schätzung gelehrter Leistungen bei der Auswahl der Männer für die leitenden Stellen, die Einführung eines zweijährigen praktischen Vorbereitungskurses in Gymnasialseminaren, als Momente an, die im Sinne einer Herabdrückung des Lehrerstandes wirken. Er wünscht dem Lehrerstande vor allem die Erhaltung der inneren Würde und betrachtet als Mittel hierzu in allererster Reihe die Behauptung seiner Stellung in der wissenschaftlichen Welt durch tätigen Anteil an der wissenschaftlichen Forschung. Aber wenn er nun weiter die Forderung an die Staatsverwaltung stellt, die Lehrer nicht durch ein Übermaß von Pflichtarbeit für die Schule zu erdrücken, so übersieht er auch hier nicht den Pferdefuß, der gerade in der Staatsstellung des Lehrers versteckt liegt: das gradezu erschreckend geringe Verständnis der meisten höheren Verwaltungsbeamten für das Eigentümliche in der geistigen Tätigkeit des höheren Lehrers. Wer mit Regierungspräsidenten und anderen Vorgesetzten königlicher Lehranstalten zu tun gehabt hat, der weiß, daß diese Herren die Tätigkeit ihrer lehrenden „Untergebenen" vielfach nicht anders ansehen als die ihres Regierungssekretärs oder Kalkulators, nur mit dem Unterschied, daß diese „Herrn Lehrer" eigentlich viel weniger zu tun und vielmehr schöne Ferien als andere Beamtenklassen haben und doch nicht zufrieden zu kriegen sind. Für das spezifisch Schwere und Nervenaufreibende eines erziehlichen Unterrichts haben sehr viel höhere preußische Beamte einfach keinen Sinn, Beweis: die hohe Pflichtstundenzahl von 24 Stunden in Preußen gegen höchstens 18 in Frankreich, 17—20 in Österreich.*)

Alle diese Übelstände, die ja auch nicht einmal allgemein vorhan-

---

*) Einer, der es wissen muß, Gerd Eilers, vortragender Rat im Kultusministerium und einer von jenen, die schon unter Friedrich Wilhelm IV. den neupreußischen Grundsatz vertraten, daß der Lehrer nur ein Amt, aber keine Meinung habe, schreibt in seiner Selbstbiographie: „Ich wenigstens habe keinen Präsidenten und keinen Minister kennen gelernt, der etwas Rechtes vom Schulwesen verstanden hätte."

den sind und keine notwendige Konsequenz der Staatsstellung der Lehrer bedeuten, verschwinden als quantités négligeables, wenn wir uns zu den moralischen Schädigungen wenden, die in Preußen mit dem staatlichen Amtscharakter verbunden zu sein pflegen. Wer heute in den preußischen Staatsdienst tritt, muß sich damit abfinden, daß die Staatsgewalt, wenigstens in der inneren Verwaltung, fast durchweg in den Händen des feudal-bürgerlichen Junkertums und seiner Sippen und Magen liegt. Will er nicht quietistisch sich aller politischen Tätigkeit enthalten und die von Gott eingesetzte und mit dem nötigen Verstand gesegnete hohe Obrigkeit schalten und walten lassen, so bleibt ihm nur eine Partei, der er sich anschließen kann, ohne materiell geschädigt zu werden: die konservative oder „staatserhaltende“. Die bekannte Frage in der Instruktionsstunde für das Offiziersexamen: darf der Offizier eine politische Ansicht haben? Antwort: Jawohl. Welche aber wird die sein? Antwort: die konservative und königstreue, — diese Frage wird wohl nicht mehr gestellt, aber die Antwort wird bei allen Beamten als selbstverständlich vorausgesetzt. Man wird zwar gewöhnlich nicht so plump verfahren, wie vor gar nicht langer Zeit in einer größeren Stadt der westlichen Monarchie, wo ein jüngerer Lehrer vor seiner Anstellung im Staatsdienst aufs Polizeikommissariat beschieden, hier direkt nach seiner politischen Gesinnung gefragt wurde und auf sein verblüfftes Schweigen dann die Frage hören mußte: Sie stehen aber doch auf dem Boden der staatserhaltenden Parteien? — Aber wer heute als Lehrer seine liberale Gesinnung öffentlich bekennt, der kann sich gar bald auf Strafversetzung oder Übergehen bei Rang- und Titelverleihungen gefaßt machen. Wehe aber dem Unglücklichen, der irgend welcher Sympathien für die demokratische Sache oder die aufstrebende Arbeiterbewegung suspekt ist! Für ihn bedarf es keiner lex Arons, das Damoklesschwert der Disziplinaruntersuchung und Entlassung fällt sicher auf sein sündiges Haupt. Ein darwinistischer Probekandidat hat heute — ausgenommen vielleicht Mecklenburg — nicht halb so viel zu fürchten wie ein sozialistischer. Es ist gewiß kein Zufall, daß ein großer Teil der akademischen Führer der Sozialdemokratie aus pro facultate docendi geprüften Lehramtskandidaten besteht. Wer eben nicht von vornherein durch Milieu und die hohe Schule des Korps und des Reserveleutnants gegen derartige „rote“ Infektionen gefeit ist, wessen Rückgrat durch die beiden Vorbereitungsjahre mit ihrer bedingungslosen Überantwortung des jungen Lehrers an das Wohlwollen irgend eines Direktors und ihrer würdigen Vorbereitung der geheimen Konduitenliste der späteren Zeit noch nicht völlig gebrochen ist: in dessen Herzen sammelt sich tiefste Verbitterung und Unzufriedenheit und macht ihn zur leichten Beute der Sozialdemokratie.

Ganz besonders schlimm sind jene jungen Lehrer daran, die den Unterricht in Geschichte, Deutsch und anderen „Gesinnungsfächern“ zu erteilen haben, ohne selbst „gesinnungstüchtig“ zu sein. Man werfe nur einen Blick in jene patriotischen Lesebücher und historischen Lehrbücher, die an den meisten höheren Lehranstalten vorgeschrieben sind, und man wird eine Vorstellung von dem Gefühl des inneren Ekels bekommen, mit dem mancher Geschichtslehrer seinen gläubig lauschenden Schülern immer von neuem versichern muß, daß die Hohenzollern das herrlichste Himmelsgeschenk, Demokratie und Arbeiterbewegung aber Machwerke des Teufels sind. Erziehung zum Patriotismus, Erziehung zur unbedingten Königstreue: das verlangt man heute in Preußen von allen Staatsanstalten, von der Universität bis zur Volksschule. Man denke nur an die Verhandlungen bei der lex Arons! Als im Jahre 1824 der Polizei- und Kultusminister Kamptz seine berüchtigte Verfügung über „Verletzung der Pflichten gegen den Staat“ erließ und er hier als unabänderlichen Grundsatz bei allen Anstellungen im Lehrfach bezeichnete, „daß öffentliche Lehranstalten weder durch bloße wissenschaftliche Bildung der Zöglinge noch dadurch, daß auf ihnen keine schädlichen und verderblichen Gesinnungen erzeugt und befördert werden, ihren Zweck erreichen, sondern daß letzterer auch darin besteht, in den Zöglingen Gesinnungen der Anhänglichkeit, Treue und des Gehorsams am Landesherrn und Staate zu erwecken und zu befestigen“, und weiter die Behörden anwies, „daß sie auch die bereits angestellten Lehrer in dieser Rücksicht auf das Strengste kontrollieren und sich keiner unzeitigen und schädlichen Nachsicht hierunter schuldig machen“, — da ging ein Sturm der Entrüstung durch die ganze gebildete Welt, und die Verfügung blieb infolge des passiven Widerstandes des damals durchweg von den Ideen des Liberalismus erfüllten Beamtentums so gut wie wirkungslos. Heute ist der Geist der Kamptz, Schmalz und Konsorten schon wieder so weit vorgedrungen, daß es solcher Verfügungen gar nicht einmal mehr bedarf; es gehört zu den unveräußerlichen Menschenrechten des herrschenden Junkertums, jeden, der nicht „loyal bis auf die Knochen“ und ihm unbedingt zu Willen ist, aus dem Staatsdienste hinauszuwerfen. Es ist schon hochanerkennenswert, wenn auf Historikerkongressen und Direktorenkonferenzen nur schüchtern angedeutet wird, daß der Hauptzweck der Geschichte doch nicht in der Hervorbringung „richtiger“ Gesinnung und in der Bekämpfung sozialdemokratischer „Irrlehren“ bestehe. Von dem religiösen Drill, der Hand in Hand mit dem patriotischen geht, wollen wir lieber ganz schweigen, er ist an den höheren Schulen auch noch nicht in dem Maße vorhanden wie an den Volksschulen.

Bedeutet also die Einordnung des Lehrers in das Staatsbeamten-

tum eine schwere Gefährdung seiner Überzeugungsfreiheit und seines politischen Charakters, indem sie Heuchelei und Streben hervorzüchtet, so liegt in der Einführung der Formen des Gebietens und Verbietens, des Inspizierens und Beförderns, wie sie im Heerwesen und in der Verwaltung ausgebildet sind, auch die weitere Gefahr, daß im Schulwesen „ein gut Teil der Freiheit und Spontaneität dahingeht, auf welchen in der geistigen Welt schließlich doch alle Wirkung beruht. Die Furcht treibet die Liebe aus." (Paulsen). Lehren ist eine freie Kunst, der Lehrerberuf fordert die freie Entfaltung der Persönlichkeit, oder wie es Herbart einmal ausgedrückt hat: Jeder hat seine Weise, welche er nicht zu weit verlassen kann, ohne die Leichtigkeit zu verlieren. Der stramme preußische Vorgesetzte und Beamte kennt aber keine freie Persönlichkeit und Selbständigkeit bei den ihm Unterstellten, er kennt nur „Untergebene", die die Befehle und Wünsche ihrer Behörde widerspruchslos auszuführen haben. Er überträgt dieses Verhältnis von Vorgesetzten und Untergebenen auch ohne weiteres auf die Schule, und so erleben wir auf einem Gebiete, auf dem nur das einträchtige und überzeugte Zusammenwirken aller beteiligten Faktoren segensreiche Früchte bringen kann, mehr und mehr die schroffen Formen des Befehlens und Unterordnens. Sie treten am deutlichsten hervor in dem Verhältnis des Direktors zu seinem Kollegium; er ist hier oft nicht mehr primus inter pares, er ist der „Chef" und hohe Vorgesetzte, an dessen Stirnrunzeln Wohl und Wehe seiner Untergebenen hängen. Wir nähern uns an manchen Anstalten mit Riesenschritten dem französischen System, bei welchem der Direktor reiner Verwaltungsbeamter ist, der am Unterricht so gut wie nicht beteiligt ist, seine „Akten" mit unzähligen Berichten und Gutachten auszufüllen und die übrigen Herren seiner Anstalt zu kontrollieren und in seinen Führungslisten zu verzeichnen hat. Dabei ist es natürlich viel leichter, „allerlei Äußerlichkeiten zu beachten, das Format der Hefte, die Form der Umschläge usw., als nach geistigen Fortschritten zu fragen, denn die ersteren kann man aktenmäßig feststellen und damit den Ruf der Tüchtigkeit erwerben, die letzteren sind schwieriger zu fassen".

Vor uns liegt eine Dienstanweisung für Direktoren und Lehrer an den preußischen Fachschulen, die das oben geschilderte Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in gradezu klassischer Weise illustriert. Die Dienstanweisung ist datiert aus dem Jahre 1901 und trägt die Unterschrift des liberalen Herrn Möller. In diesem „Betriebsreglement", das jeder Fabrik zum Muster dienen könnte, heißt es gleich in § 1 der Dienstanweisung für Lehrer: „Die Lehrer haben die Anordnungen ihrer Vorgesetzten pünktlich zu befolgen, sich verträglich zu ihren Amtsgenossen zu stellen und sowohl in als außer dem Amt ange-

messen zu betragen. Ihr nächster Vorgesetzter ist der Direktor (der unmittelbar dem Regierungspräsidenten unterstellt ist). Seinen Weisungen haben sie sich zu fügen, seine Erinnerungen zu beachten und in zweifelhaften Fällen seinen Rat oder seine Entscheidung einzuholen." In diesem Kasernenhofstil geht es nun so weiter; selbstverständlich haben die Lehrer (beinahe hätten wir gesagt: Drillunteroffiziere) absolut keine Rechte, nicht einmal ein Anrecht auf Übertragung bestimmter Lehrfächer steht ihnen zu, obwohl an diesen Schulen das System der Fachlehrer besteht. Die Lehrerkonferenz darf zwar Anträge stellen, aber der Direktor entscheidet darüber, ob sie in der Konferenz besprochen werden sollen; wird der Direktor auf der Konferenz überstimmt, so darf er die Ausführung solcher Beschlüsse beanstanden. In dieser stramm bureaukratischen Art geht man mit Lehrern um, die sämtlich akademische Bildung genossen haben müssen. Wie muß da die Lehr- und Berufsfreudigkeit bei solchen Verhältnissen gedeihen! Dafür sind die Herrn Oberlehrer aber auch Räte fünfter Rangklasse und unterstehen dem preußischen Staatsbeamtengesetz. Wir zweifeln nicht, daß an diesen Schulen auch das letzte und höchste Ziel noch erreicht werden wird: die Einführung von Speziallehrplänen für jede Stunde und jede Minute, sodaß der Herr Regierungspräsident seine Uhr aus der Tasche ziehen und sagen kann: Mittwoch 10 Uhr 30. Jetzt wird an allen höheren Fachschulen gelernt: $(a + b)^2 = a^2 + 2ab + b^2$! In Frankreich ist auch das schon erreicht, und in bezug auf bureaukratische Zentralisation können wir von dem Lande Napoleons noch vieles lernen.

Aber Scherz beiseite! Hand aufs Herz: kann unter solchen Bestimmungen, zumal wenn sie von einem selbstbewußten und pflichteifrigen Direktor gehandhabt werden, eine selbständige und freie Persönlichkeit gedeihen? Müssen nicht gerade die besten und tüchtigsten Charaktere auf diese Weise aus dem Lehrerberuf hinausgeekelt werden und nur noch Handwerker, Routiniers und Pedanten zurückbleiben, die zu ihrer Arbeit keine innere Beziehung, keinen idealen und wissenschaftlichen Sinn mehr haben und ihre ermüdende Tagesarbeit als harte Frohn betrachten, von der nach Absolvierung ihres Tagespensums erlöst zu werden, ihnen die gleiche Befriedigung gewährt wie dem Aktenschreiber der Schluß der Bureaustunde? Man redet heutzutage so viel davon, daß die Schule nicht bloß ein totes Wissen in den Köpfen der Jugend aufhäufen, daß sie vielmehr auch auf Herz und Sinnesart des heranwachsenden Geschlechts wirken soll, daß geistige und sittliche Bildung, um mit dem trefflichen Lagarde zu sprechen, nicht ein nasser Lehm sei, den jeder Beliebige an die Wand werfen kann. Will man aber diese persönliche Einwirkung des Lehrers, dann muß man in erster Reihe dafür sorgen,

daß der Lehrer selbst eine wahrhaft freie und selbständige Persönlichkeit sei, kein Beamter mit fortwährender Beaufsichtigung durch „Vorgesetzte“, mit „angemessenem“ Betragen in und außerhalb des Dienstes, mit Stellung, Rang, Titel, Orden, Abzeichen und anderen Auszeichnungen für die „Gutgesinnten“. „Das Staatspatent ist ein Paß, den der Spitzbube am besten zu gebrauchen weiß“, hat schon Kierkegaard gesagt, als er das Staatskirchentum kennzeichnen wollte. Das gilt auch von dem königlich preußischen Beamtenpatent des höheren Lehrers: es kann den Stand nur demoralisieren und herabdrücken.

Ladenburg und Lossen

oder:

Die Gegensätze in unserer Weltanschauung.

Von F. Staudinger (Darmstadt).

Wilhelm Lossen, o. ö. Professor der Chemie hat unter dem Titel: „Offener Brief an Albert Ladenburg“ und „offene Anfrage an den Vorstand der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte“ (Köln 1903, Bachem) kürzlich eine Broschüre veröffentlicht, die sich gegen die bekannte Kasseler Rede von Prof. Ladenburg: „Über den Einfluß der Naturwissenschaften auf die Weltanschauung“ (Leipzig 1903, Veit) richtet, und eine Anfrage an den Vorstand deutscher Naturforscher und Ärzte zufügt, wie dieser solchen „Vorkommnissen vorzubeugen gedenke“.

Der Gegensatz, in dem beide Männer zu einander stehen, ist typisch für den Gegensatz, in dem heute zwei Arten unserer Lebenstendenzen in Gegensatz zu einander zu stehen pflegen. Es ist nämlich ein windschiefer Gegensatz. Und das erschwert das Verständnis, sowie den praktischen Kampf. Der klare Gegensatz wäre: Hier bewußt wissenschaftliche Weltanschauung — dort traditionell autoritäre Weltanschauung. So gefaßt, hätten wir scharf den Unterschied zweier grundsätzlich verschiedenen Methoden vor uns. Statt dessen stellt sich heute meist der Gegensatz so: Hier naturwissenschaftliche, dort religiöse Weltanschauung. Und der ist unrein.

Dieser letzte Gegensatz betrifft nämlich nicht bloß die Methode, sondern vor allem den Inhalt, und läßt den methodischen Gegensatz dabei leicht verdunkeln. Da macht denn unter Umständen der Naturwissenschafter

einerseits Zugeständnisse, die er bei methodischer Klarheit nicht machen dürfte, und leugnet andererseits religiöse Wahrheiten, die er bei umfassenderer wissenschaftlicher, nicht einseitig naturwissenschaftlicher Erkenntnis anerkennen würde. Und umgekehrt sucht sich der Anhänger der autoritären Tradition eine Serie von Gedankenketten eklektisch aus, in denen er wissenschaftlich ist, während er in anderen, insbesondere den religiösen, einer naiv traditionellen Anschauung huldigt, und sich „verletzt“ fühlt, wenn diese angetastet wird.

Das eben Gesagte trifft in ganz auffallendem Maße bei den beiden genannten Gegnern zu. Betrachten wir zuerst Ladenburgs Ansichten. Fast dicht nebeneinander bringt er (auf S. 24) folgende Sätze:

1. „Alles in der Natur vorkommende ist natürlich, und das Übernatürliche entspringt dem Gehirn von Phantasten und Toren.“

2. „Da wir nicht wissen, woher die weltbeherrschenden Gesetze kommen (sic!) und da diese für die Entstehung der Welt keine Erklärung abgeben, so sind wir durchaus berechtigt, uns einen Weltenschöpfer als allmächtigen Gott vorzustellen, wenn derselbe auch nach Erschaffung der Welt nicht mehr über den Gesetzen stehen kann, da sonst seine Allmacht irgendwo oder irgendwann in die Erscheinung treten müßte. Wir müssen ihn *jetzt* als eine Verkörperung dieser Gesetze denken.

„Da wir nicht wissen“ — so sind wir durchaus berechtigt . . . uns vorzustellen.“ Das ist der Satz, der vor allem auf das Korn zu nehmen ist. Mit diesem Satz hat Ladenburg der unwissenschaftlichen Weltanschauung *methodisch* das breiteste Feld gegeben. Wissenschaftlich müßte es heißen: „Wo wir nichts wissen, — da können und dürfen wir auch nichts behaupten.“ Gestehen wir da auch nur ein Titelchen Recht zu, etwas zu behaupten, was wir nicht entweder als unmittelbare Tatsache wissen oder als bindende Folgerung daraus entnehmen d. h. erkennen, so ist keines Haltens mehr. Auch die wissenschaftlichen Vermutungen bezw. Möglichkeiten müssen danach beurteilt und in ihrer Wahrscheinlichkeit bestimmt werden. Vage Annahmen sind gänzlich auszuschließen. Jene Argumentationsart Ladenburgs ist aber gänzlich und in jeder Hinsicht vag. Denn aus einem Nichtwissen folgt keinerlei Berechtigung uns vorzustellen. Die weltbeherrschenden Gesetze könnten ebenso „an sich“, oder „ewig“ *sein*, als daß sie irgendwoher „kommen“. Oder vielmehr beides nicht, wenn wir wissenschaftlich reden wollen. Denn Gesetze „sind“ weder noch „entstehen“ sie, sondern sie *gelten*. Ihre Geltung ist ihre Seinsart. — Gott kann also auch nicht Verkörperung dieser Gesetze sein. Umgekehrt könnten sie allenfalls, wenn wir etwa aus anderen Quellen etwas von ihm *wissen* sollten, Arten sein, wie er Natur schafft. Das ließe sich eher hören.

Aber wissen wir denn etwas von einem Gott, einer Seele? Nun, von einer Seele, denke ich, wissen wir. Deren sind wir so gewiß, als wir unserer Gedanken und Gefühle gewiß sind. Aber was ist sie? Ladenburg ruft (S. 29) emphatisch aus: „Kennen wir denn ein Substrat der Seele? Ich kenne keins!" Demgegenüber könnten wir auch fragen: „Kennen wir denn ein Substrat des Körpers? Ich kenne keins." Das Substrat des Körpers ist — für unser Erkennen — das Beharren im Raum, weiter nichts, das Substrat der Seele ist für unser Erkennen das undefinierbare Quellen, Strömen in uns, das wir als Leben bezeichnen, dessen Auge gleichsam unser Bewußtsein ist. Aber Körper und Seele sind darum nicht zwei „Dinge"; denn Ding ist uns — nach der gewöhnlichen Auffassung — etwas im Raum Bestimmtes; und im Raum bestimmt sind nur Körper. Im Raum müssen wir ja sogar unser Bewußtsein selbst — im Hirn — lokalisieren. Aber wie das Innenleben da mit der Größenwelt, die wir am ersten erkennen, zusammenhängt, das ist völlig unbekannt. Wir werden wohl inne, daß es — als Bewußtseinserscheinung — zu- und abnimmt mit gewissen körperlichen Veränderungen, aber wie, durch welche „Kategorie" beides zusammenhängt, das wissen wir nicht.

Ein jeder weiß übrigens direkt von Bewußtsein nur in sich selbst etwas. Daß auch der andere Mensch Bewußtsein hat, erschließt er nur aus der Besonderheit der Form und Bewegung, die ihm eigen ist. Bei Tieren wird bis zu einer gewissen Stufe das nämliche im absteigenden Umfange erschlossen, in der Pflanzenwelt und der übrigen Natur ist das Innenleben uns stumm. Da kennen wir nur äußere Bewegung.

Aber so ganz begnügen wir uns doch nicht mit ihr. Wenn wir das Natur„substrat", sofern es ein in Raum und Zeit beharrender (wenn auch im Einzelnen wechselnder) Zusammenhang ist, Materie nennen, so reden wir andererseits von Kräften und Energien in der Natur, also von Faktoren, die wir nur aus uns selber, aus unserem Innenleben kennen. Wie diese „Kräfte" aber, wie insbesondere die Gesamt„kraft", welche sich ständig so gesetzmäßig im Weltall entfaltet, innerlich beschaffen ist, das ist uns verborgen. Wir wissen, daß wir im eigenen Innenleben in innigem Zusammenhang damit stehen. Damit hört unsere Wissenschaft auf. Wir mögen diese schöpferische Kraft Gott nennen. Aber was wir von ihr sagen können, kann nur eine Symbolik sein, gegründet auf die uns bekannten eigenen inneren Seelenbeziehungen. Da ist sonst nichts von Wissen, auch nichts von Glauben im naiv traditionellen Sinne. Denn dieser traditionelle Glaube mißt ja seinen Gebilden äußere Wirklichkeit bei, macht Gott zu einem unsichtbaren Ding mit menschlich, persönlichen Eigenschaften. Er

will das Unendliche endlich fassen. In diesem Sinne können wir Gott nicht einmal mehr als „Weltschöpfer" nehmen, wohl aber können wir das in dem anderen Sinne, daß das Innendasein sich gesetzmäßig zu den Gebilden entfaltet, die wir Natur nennen, wie ja tatsächlich unser eigenes Denken und Wollen sich zu unseren Bewegungen entfaltet, also in diesem Sinne schöpferisch ist.

In dieser, von allen Dinggottvorstellungen und Dingseelenvorstellungen freien Art können wir von Gott und Unsterblichkeit sprechen. Denn daß auch unser Innenleben nicht vergeht, sondern nur die Form wechselt, davon können wir überzeugt sein. Das ist wirklich logische Folge aus den Tatsachen. Wenn wir aber nach dem „wie"? fragen, da sind wir genau so weit, wie der Dingseelengläubige, der ja auch die Zukunft „dem unerforschlichen Ratschluß Gottes" anheimgeben muß.*)

Von diesen beiden verbundenen und doch scharf zu scheidenden Tatsachenreihen und ihrer klaren Fixierung muß man ausgehen; dann werden wir uns weder im rein materialistischen Sinne dogmatisch „gottesleugnend" verhalten, noch aber auch einen dogmatischen Dinggott zugestehen können, der wie der Ladenburgs erst die Welt schafft und sich dann deren Gesetze auf den Rücken lädt, um unter ihrer Last seine Selbständigkeit zu verlieren.

Aber — und das ist das Andere, das wir Ladenburg entgegenhalten: Wir werden zwar mit ihm sagen: „Alles in der Natur vorkommende, ist natürlich", aber wir werden daraus in keiner Weise den Schluß ziehen: „Das Übernatürliche entspringt dem Gehirn von Phantasten und Unwissenden." Was in der Natur vorkommt, das ist (wenigstens wenn wir den Begriff „Natur" dem gemeinen Sprachgebrauch gemäß als den der gegenständlichen, von außen her geschauten oder erschlossenen Welt fassen,) nach Maß, Zahl und Richtung bestimmbar in Zeit und Raum. Da sind wir samt unserem Hirn ein Tüpfelchen in der unendlichen Welt und da müßte auch jede Gehirnbewegung, mit der wir unser Bewußtsein in Beziehung zu denken haben, nach Maß, Zahl und Richtung bestimmbar sein. Aber diese Betrachtung ist doch nur eine von vielen, dem Bewußtsein innewohnenden. Im Bewußtsein greifen wir tatsächlich hinaus über das Hier und das Jetzt, wir verknüpfen die ganze Kette unserer Eigentätigkeiten in einem Zusam-

---

*) In dem vorgenannten Sinne etwa sucht heute eine jüngere, sich immer mehrende Theologenschule zu wirken. Es ist etwa Herders Standpunkt, den sie da einnimmt; und von dem aus sucht sie bei freiester Behandlung der Bibel den seelisch religiösen Gehalt auch der Dogmen darzulegen. Ob nun jemand hier von Gott u. dgl. reden, d. h. die alte Symbolik dogmenbefreit beibehalten oder neue Worte prägen will, darüber wollen wir — mit Herder — nicht streiten.

menhang, wir formen in uns Zwecke, wir schaffen Begriffe, vor allem den bedeutsamen Begriff der „Möglichkeit“ — lauter Tatsachen, die in keiner Weise aus der Natur der Größenreihe abgeleitet werden können, die also in ganz bestimmtem Sinne übernatürlich sind. Wir können hier auch von keinem Entstehen der inneren Reihe aus der äußeren reden. Wir sollten nicht einmal, wie Dubois-Reymond tut, die Frage aufwerfen, wie aus bestimmten Atomgruppierungen Bewußtsein entstehe. So gefaßt, ist die Frage ebenso töricht, als wollten wir wissen, wie aus bestimmten Gedanken Materie werde. Wohl aber wäre es uns denkbar, daß wir einmal derjenigen äußeren Verbindung auf die Spur kämen, mit deren Eintritt derartige Bewegungen aufträten, die uns auf Bewußtsein schließen ließen. Das wäre dann Erklärung im naturwissenschaftlichen Sinne. In diesem Sinne ist auch die Farbenskala erklärt, wenn sie als ein Zusammenhang von Lichtschwingungen verschiedener Geschwindigkeit aufgelöst wird. Hier gibt es grundsätzlich kein „Ignorabimus“. Wohl aber gibt es sofort ein solches, wenn wir etwa die Frage aufwerfen wollen, warum 452 Billionen Lichtschwingungen pro Sekunde „rot“ sind. In diesem Sinne meint Dubois-Reymond seine Frage — aber in dieser Hinsicht ist schon die Frage verkehrt, ebenso verkehrt als die Frage nach dem Gewicht des Ohmschen Lehrsatzes. Hier gibt es keine Ableitungsmöglichkeit. Dagegen gibt es neben der naturwissenschaftlichen Erklärung noch andere Erklärungsarten, z. B. Analyse des Zweckgedankens, des Begriffs usw. Die Naturerkenntnis kann nur die raumzeitlichen Faktoren in Zusammenhang mit sich bringen und es zeigen, wie bestimmte Bewußtseinsdaten damit in Beziehung stehen; die Bewußtseinsbeziehungen als solche aber sind ihrer Sphäre gänzlich entrückt. Keine Erkenntnis der Gehirnbewegungen könnte uns erkennen lassen, daß wir uns eben in Gedanken auf die Sonne versetzen; wohl aber könnten wir, nachdem wir letzteres wissen, unter Umständen die Art der Gehirnbewegung erfahren, die diesem Gedanken entspricht.

Das sind die Hauptsätze, die wir brauchen, um die windschiefe Vermengung erstlich zweier ganz verschiedener Methoden, die des Forschens und die des Traditionsglaubens, und sodann die methodische Vermengung der Inhalte, d. i. der inneren und äußeren Tatsachenreihen, abzuweisen.

Wenn aber auch Ladenburg hier in beiderlei Hinsicht einiges vermengt, so muß man ihm doch eines zugestehen: Seinem Wollen und Streben nach steht er auf der Seite der bewußt wissenschaftlichen Weltanschauung. Dagegen steht Lossen, sein Gegner, auf der Seite der naiven traditionell-autoritären Weltanschauung. Schon daß er sich „verletzt“ fühlt, und an den Vorstand der Gesellschaft deutscher Naturforscher und

Ärzte die offene Frage stellt, ob dieser Ladenburgs „Vorgehen" billige, und wenn nicht, was er zu tun gedenke, um in Zukunft ähnlichen „Vorkommnissen" vorzubeugen, das ist einfach eine Ungeheuerlichkeit. Ob man Ladenburgs Sätze billigt, das ist eine Frage der wissenschaftlichen Einsicht, und diese Frage können nur solche Forscher zu entscheiden berufen sein, die grundsätzlich und durchgängig auf bewußt wissenschaftlichem Standpunkt zu stehen bestrebt sind. Damit aber, daß Lossen (S. 24) „Weltanschauung" und eine „von jeder Weltanschauung unabhängige Wissenschaft" trennt und jene von der wissenschaftlichen Betrachtung ausnimmt, stellt er sich außerhalb der Reihe derer, die hier wissenschaftlich mitreden dürfen, ein so ausgezeichneter Chemiker er in seinem Spezialberuf auch sein mag.

Wenngleich man daher, wie oben geschehen, einige Sätze von Ladenburg wissenschaftlich nicht billigt, so muß doch gerade die Entgegnung Lossens, die auf ein Ketzergericht gegen wissenschaftliche Überzeugungen hinausläuft, dazu veranlassen, Ladenburg für seine Tat als solche zu beglückwünschen. Diese Tat, nicht der Inhalt seiner Einzelbehauptungen war es denn auch wohl, die ihm den stürmischen Beifall der Kasseler Naturforscher-Versammlung eintrug. Es war einmal eine — wenn auch nicht überall klare — so doch offene und entschiedene Stellungnahme zu dem Satz: Auch unsere Weltanschauung muß, soweit es uns möglich ist, auf Wissenschaft gründen. Wir aber setzen hinzu: Wo dies nicht möglich ist, wo nicht einmal wissenschaftlich begründete Wahrscheinlichkeiten vorgebracht werden können, da haben wir zu schweigen und bescheidentlich zu sagen: Wir wissen nicht.

Zwischen dieser wissenschaftlichen Methode und der anderen Methode, welche neben die wissenschaftliche Weltanschauung eine andere, auf Tradition und Autorität gegründete Weltanschauung setzen will, besteht eine unüberbrückbare Kluft. Wenn Lossen (S. 6) bestreitet, daß die Entwickelung der Wissenschaft einen „begründeten Einfluß auf" den anderen „Teil der Weltanschauung" gehabt habe, so sieht er nicht, oder will nicht sehen, wie selbst die Naturwissenschaft sich Stück um Stück von der naiv autoritären dingvergötternden Weltanschauung hat loskämpfen müssen. Und daß die Anhänger der letzteren der wissenschaftlichen Weiterführung dieses Strebens heute noch fortwährend Dämme entgegensetzen wollen, das beweist am klarsten Herr Prof. Lossen selbst mit seinem Appell an den Vorstand des Vereins deutscher Naturforscher und Ärzte.

Politische Anthropologie.

Von J. Lanz-Liebenfels (Wien).

Man spricht heutzutage sehr viel von den „Imponderabilien“ in der Politik. In Wirklichkeit sind jedoch diese „Imponderabilien“ keine in der Luft frei herumschwebende Gasballons, sie wurzeln vielmehr tief, nur allzu tief im Menschen. Es war eine ungemein zeitgemäße und dankbare Aufgabe, die sich Ludwig Woltmann in seiner vor kurzem erschienenen „Politischen Anthropologie“ (Thüringische Verlagsanstalt, Eisenach, Leipzig 1903) gestellt hat, indem er die Politik und die Bestrebungen der verschiedenen politischen und sozialen Parteien auf ihre anthropologischen Grundlagen hin prüfte. Denn unsere heutige Zeit hat nur allzusehr vergessen, daß der Mensch der Mittelpunkt, das Maß aller Dinge ist. Suchen wir nicht die Urgründe des Lebens und des Seins in den wolkigen von Nebelschleiern umzogenen geheimnisvollen Götterbergen einer substanzlosen Metaphysik. Suchen wir auch nicht die Urgeheimnisse allein im toten, trägen Urschlamm. Fassen wir Welt, Geschichte und Politik anthropozentrisch auf, der Mensch ist der Einstieg in die dunklen Schächte der Urgeheimnisse. Nach diesem Grundsatze arbeitet Woltmann, indem er zuerst die Natur des Menschen von allen Seiten beleuchtet. In kurzer, aber doch völlig erschöpfender Weise informiert uns der Verfasser über die Faktoren der organischen Entwicklung (besonders interessant die Gesetze der Vererbung, Entstehung und Vererbung der Geschlechtscharaktere), die physiologischen Grundlagen der Variation und Vererbung und über die interessanten Probleme der Vervollkommnung und Entartung der Rassen. Es besteht heute noch kein Buch, das so schnell und gründlich über alle diese Gegenstände, auch einen Laien, unterrichten würde, wie die Woltmann'sche Arbeit, deren Wert durch die zahlreichen Literaturverweise noch erhöht wird.

Es irrt ein jeder, der für das heutige soziale Elend allein böse oder übelwollende Menschen verantwortlich macht. Das soziale Elend wird in den Ehebetten gemacht und es wird vermehrt durch jedes degenerierte, für den Lebenskampf untaugliche neugeborene Kind.

„Es gibt kein größeres Verbrechen als voraussichtlich kranke Kinder zu erzeugen“ . . . . „Bei der Auswahl der Ehegatten fallen ein Beutel voll Geld oder ein gut entwickelter Verstand weit schwerer in die Wagschale als ein kräftiger Körperbau und ein gutes Gebiß. So kommt es, daß bei den kultivierten Völkerschaften weit häufiger schlechtbezahnte Menschen zur Fortpflanzung gelangen und daß sie ihre schlechten Zähne auf die Nachkommen vererben [1]) . . . . Mangel an Zuchtwahl ist die

[1]) S. 118.

wichtigste Ursache für erbliche Entartung und den physischen Niedergang der Rassen" . . . . „Die soziale Organisation ist keine Willkür sondern ebenso ein Stück Natur, wie die Vermehrungstendenz; das natürliche Verhältnis des Menschen zum Bodenertrag ist nicht nur ein gesellschaftliches, sondern vielmehr ein herrschaftliches, das nicht durch ein Regierungsdekret oder durch eine Moralpredigt abgeschafft oder geändert werden kann, sondern in denen das Schwergewicht naturgesetzlicher Instinkte und Kräfte zum Ausdruck kommt. Wenn z. B. F. Oppenheimer nachweist, daß der durchschnittliche auf den Kopf entfallende Lebensmittelanteil gestiegen ist und damit die Malthussche Theorie widerlegt glaubt, so ist es ein Irrtum, hier von einem Durchschnitt zu sprechen, denn es findet ein sozialer Kampf um die besser und reicher gewordene Nahrung statt, um das Mehr und Weniger, um Wohlstand und Armut, um die reichere Nährstelle, ein soziales Verhältnis, das in der menschlichen Natur ebenso begründet und unausrottbar ist wie Ehrgeiz."

Wir können das Einzelindividuum materiell noch so gut stellen, das Unten und Oben in der gesamten Sozietät wird sich gegen unseren Willen doch wieder von selbst einstellen. Das ist eben das in der verschiedenen anthropologischen Ausrüstung des Menschen begründete soziale Stabilitätsgesetz.

Ähnliche Kräfte wirken auch im Völkerleben. „Die ganze Wanderungsgeschichte der Menschenrassen, in der die sogenannte Völkerwanderung nur eine wenn auch wichtige Episode ist, beweist, daß die Aufsuchung und Eroberung passender Wohnstätten eine Leistung der natürlichen Rassenanlagen ist."

Seitdem wir historische Nachrichten besitzen, sehen wir eine Rasse, die Arier, in stetiger Wanderung, die auch bis heute noch deutliche anthropologische Spuren auf der ganzen Welt hinterlassen hat.

„Bei den barbarischen Völkern Zentralafrikas" — so schreibt Woltmann im Kapitel: Die Anthropologie der Stände und Berufe — „und des malayisch polynesischen Archipels, wo eine gefestigte staatliche Organisation sich entwickelt hat, besteht der Adel meist aus einer fremden eingewanderten Erobererrasse, die sich mit den Eingeborenen mehr oder minder vermischt hat. Überall zeichnen sich diese Stände durch hellere Hautfarbe aus, welche in Afrika von der semitischen und hamitischen und im malayischen Archipel von der indischen Rasse herstammt. Die javanischen Fürsten- und Adelsfamilien, die hellere Farbe der Haut und mehr europäischen Gesichtsschnitt besitzen, werden als Nachkömmlinge eines alten Hinduvolkes angesehen, das in früheren Zeiten

die Insel erobert haben soll.[2]) Bei den Tagalen ist der Hochadel ebenfalls indischen Ursprungs. Auf der Insel Madagaskar sind im allgemeinen Männer und Weiber von dunkler Hautfarbe mit Ausnahme jener edlen Stämme, welche sich direkt von den Arabern herleiten und die eine sehr helle Hautfarbe besitzen. Im Kaukasus leiten die ersten Fürstengeschlechter des Landes ihre Herkunft von jüdischen Stämmen her und noch heute bewohnen die Juden die am besten gelegenen Quartiere der Städte.

In der Bevölkerung von Tahiti gibt es einen „Königstypus", dem die Familien der Arii oder der obersten Häuptlinge angehören.

Die Mitglieder dieser Familien zeichnen sich durch eine höhere Körpergestalt und durch eine hellere Hautfarbe aus, als man gewöhnlich bei den Tahitianern findet. Die Augen der Königsfamilien von Raiatea und Houahine sind hell mit bläulichem Schimmer. Der Bart und die Haare sind heller und tendieren zuweilen zu rötlicher Farbe. Die Arii sind die letzten Einwanderer und Eroberer, die infolge ihrer überlegenen Körperkraft und Intelligenz das gemeine Volk unterjocht haben. Sie bilden die Herrscherkaste und legen großen Wert darauf, Mißheiraten zu vermeiden, weshalb sie die Mischlinge verachten.[3])

In Japan unterscheiden sich die höheren Stände, in deren Händen Verwaltung und Wissenschaft ruht, von dem niederen Volke durch feineren Typus.

Ebenso herrscht ein feinerer Typus beim Adel von China vor. Nach Middendorf [4]) war die Aristokratie der Inkas in Peru ein eigenes, in Körperbildung und geistiger Befähigung den übrigen Stämmen des Hochlandes überlegenes und sehr zahlreiches Geschlecht, das bei Ankunft der Spanier durch Bürgerkriege bereits zum großen Teil zugrunde gegangen war. Die Inkas sollen nach anderen Nachrichten hellfarbiger und öfters bärtig gewesen sein." . . . .

Es nützt nichts, lange Betrachtungen anzustellen wie die Menschen sein *sollen*. Wir müssen sie so nehmen wie sie *sind*. Daß die Menschen aber „so sind", wie sie sind, das liegt in ihrem historisch-anthropologischen Werdegang. „Der Ursprung des Privateigentums an Grund und Boden sowie an gewerblichen Werkzeugen und Gütern ist demnach ein dreifacher: *Okkupation*, *Arbeit* und *Eroberung*. Die Stämme nahmen ursprünglich den Boden in Besitz, wie die tierischen Herden ihre Weideplätze und Jagdgründe. Die Arbeit gab zwar das erste Anrecht auf beweglichen Privatbesitz, aber es ist nicht die indivi-

---

[2]) **Stratz: Die Frauen auf Java, 1897, 3.**

[3]) **Huguenin: Bulletin de la soc. neuchateloise de geogr. 1902, 70.**

[4]) **Middendorf: Peru 1893 I, 226.**

duelle Arbeit, die zuerst das Privateigentum an Grund und Boden schuf, sondern vielmehr die Herrschaft durch Eroberung, die Beschützung und Verteidigung, also politisch-kriegerische Ursachen haben das private Bodeneigentum geschaffen. Der Satz, daß Arbeit die Quelle alles Reichtums sei, ist daher in dem gewöhnlichen Sinne falsch, daß nur die „Arbeiterklasse die Schöpferin aller Güter" sei .... Auch die Herrschaft und Regierung ist eine Quelle des Reichtums, ebenso die erfinderische dispositive Tätigkeit der Kapitalmagnaten oder die politische Tätigkeit der Staatsregierungen. Wer möchte aber bestreiten, daß auch diese Leistungen eine Form der Arbeit sind." Das ist ein hochwichtiges und speziell für die gegenwärtige innerpolitische Lage Deutschlands aktuelles Resultat der historischen Anthropologie!

Hier zeigt uns die Menschengeschichte den richtigen Weg aus dem gegenwärtigen politischen Labyrinth. Sozialismus und Bürgertum müssen zusammengehen, das muß unsere Parole sein.[5])

Einigen wir uns über den Begriff „Arbeiter" und die Programme von Sozialismus und Bürgertum fallen zusammen.

Aber der Sozialismus muß Wasser in seinen Wein schütten. Das wird er gewiß tun, denn die Sozial-Theorie ist eben nur Druckerschwärze und Papier, die Sozial-Praxis aber Menschenherz und Menschenblut!

Vor allem muß der Sozialismus von seiner internationalen Schwärmerei abkommen. Gerade unsere Haupt-Gegner suchen durch den Nationalismus (z. B. in Frankreich) die schneidigsten Waffen gegen uns zu schmieden. Wir Deutschen haben aber am allerwenigsten Grund, aus falscher Bescheidenheit uns zu verstecken und unseres Vaterlandes und unserer Rasse zu vergessen. „Daß die Germanen mehr gearbeitet, erworben, bewahrt haben, das ist der springende Punkt" — so sagt Woltmann.[6]) — „Ihr Erfindungs- und Unternehmungsgeist, sowie ihr kriegerisches und organisatorisches Talent .... ist der natürliche Quell ihrer höheren politischen und kulturellen Entwicklung.... Diejenigen Staaten haben das Höchste geleistet, in denen auch die unteren Schichten vorwiegend aus Germanen oder germanischen Mischlingen zusammengesetzt sind." [7])

„Wir sehen in den modernen Klassenkämpfen das Ringen der im Arbeiterstand vorhandenen germanischen Schich-

[5]) Man vergl. „Freies Wort", Jahrg. III No. 5, A. Böhtlingk: Ultramontanismus und Sozialdemokratie.

[6]) S. 230.

[7]) S. 298.

ten nach Selbständigkeit und Freiheit. Der Arbeiterstand unternimmt gegen die Bourgeoisie dasselbe, was letztere einst gegen den Adel unternahm. Wie aber der Adel sich in die Herrschaft des Bürgertums fügen mußte, so bleibt letzterem nichts übrig, als in der Arbeiterklasse einen machtvollen und mitentscheidenden politischen Faktor anzuerkennen. Hundertmal schlimmer als die sozialistische ist die klerikale Gefahr! Man sollte aber einsehen, daß dieselbe nur mit Hilfe der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie überwunden werden kann." Warum das? Weil die Kerntruppen Roms, wie ich in meiner Jesuitenbroschüre [8]) gezeigt habe, gleichfalls Germanen sind, die man zu Eunuchen verschneidet und dann gegen ihre Brüder hetzt.

„Man sollte", — so fährt Woltmann weiter fort — „die Sozialdemokraten nicht ängstlich von Verwaltung und Regierung abhalten. Denn nur die tatsächlichen Erfahrungen über die Hemmnisse und Unzulänglichkeiten der menschlichen Natur können sie von ihren Utopien befreien . . . Nur die praktische Verantwortung kann die Arbeiterklasse von dem widernatürlichen Wahn des Internationalismus heilen, welcher den vervollkommnenden Wettkampf der Nationen um die ökonomische, politische und geistige Vorherrschaft ersticken will." Kein Fortschritt, kein Kulturleben ohne Arbeit, nicht nur das Einzelindividuum, das Volk zusammengenommen muß ein „Arbeiter" werden, wenn es im Wettkampf der Rassen bestehen bleiben will.

Die Neubelebung der Religion.

Von A. Kalthoff (Bremen).

II.

Die Neubelebung der Religion ist also eine Erlösung der Religion von der auf ihr lastenden Vergangenheit, eine Überwindung der theologischen Schule durch das konkrete religiöse Leben. Damit sehen wir in dem Prozeß dieser Neubelebung einen Vorgang, der sich im engsten Zusammenhange mit dem ganzen Kulturleben unserer Zeit ausweist. Was sich außerhalb dieses Prozesses als erwachendes religiöses Leben ankündigt, gehört zu den Todeszuckungen des alten, es ist ein Symptom der religiösen Dekadenz, nicht der Verjüngung. Der kirchliche Eifer, der heute fast schon zum guten Ton gehört, die Flucht in den Glauben,

[8]) Katholizismus wider Jesuitismus. Frankfurt a. M. 1903. Neuer Frankf. Verlag.

der wir nicht selten auf den Höhen der Bildung begegnen, das gefährliche Spiel mit den phantastischen Formen und Schalen der alten Mystik, das alles findet seine tiefere Begründung in der Lebensmüdigkeit, die unserem Zeitalter nun einmal von seiner Vergangenheit her anhaftet.

Die religiöse Neubelebung, die allein ihren Namen verdient, kündigt sich überall an nicht als eine Schwäche, sondern als eine Kraft, sie erweist sich durchweg als schöpferisch, als ein Ausfluß der Lebensfülle und eine Tat der Lebensbejahung. Darum suchen wir die Spuren einer religiösen Neubelebung nur da, wo wirklich ein Neues, ein Werdendes im Leben sich ankündigt. — Ein Neues will werden in der sittlichen Lebensbetätigung des Menschen, in dem, was wir seine Pflicht nennen. Freilich sieht das, was auf dem Gebiete der Moral im modernen Leben vor sich geht, einer reinen Negation aller sittlichen Begriffe mehr ähnlich als einer beginnenden sittlichen Neuschöpfung. Gegen seine Pflicht empört sich gerade der Mensch, keine Pflicht anzuerkennen, das betrachtet er als seine einzige Pflicht. So erscheint er zügellos in seinem Wollen: schwankend und taumelnd geht er den Weg der Instinkte, die aus dunklen Tiefen hervorbrechen, ein Erschrecken für alle, denen Ruhe als die erste Bürgerpflicht erscheint, die gut nur das nennen, was durch die Konvention geheiligt ist. Aber dieser Mensch, der pflichtenlos, gottlos heißt, will doch nichts als ein fremdes Joch abschütteln, er will er selbst werden, seine eigenen Möglichkeiten entfalten. Die Pflicht hatte den Menschen totgeschlagen, ja mehr als das, sie hatte verlangt, daß er sich selber totschlage, damit der andere, der die Pflicht erfunden, durch ihn lebe. Was s e i n e Pflicht sei, das hatte ihm noch niemand gesagt, denn alle Pflicht, von der er gehört, war ihm von außen her gekommen, vom Staate, von der Kirche, von der Gesellschaft.

Das war etwas anderes als die alte religiöse Pflicht, aus der einst das Christentum geboren worden war. Die hatte in aller Selbstverleugnung und Selbstaufopferung, die sie um des Glaubens willen gefordert, doch den Menschen geachtet. In der verzehrenden Glut der Askese sollte der Mensch nur sich läutern, seine kleinen, zeitlichen Triebe sollten ersterben, damit der große, ewige, wenn auch jenseitige Mensch auferstehe. Darum war der alte Büßer der Kirche eine Kraftnatur, ein Willensmensch ersten Ranges, der das Leben nur haßte, weil er es im Grunde seiner Seele so leidenschaftlich liebte. Und dann kamen nach den ganzen, den frommen Asketen die halben, die unfrommen modernisierten Christen, die zwischen dem Heiligen und dem Weltmenschen ihren Ausgleich suchten. Die Pflicht, die hier konstruiert wurde, mußte jeden persönlichen Lebensdrang ächten und ersticken, weil sie ganz und gar auf die Moral des Durchschnittsmenschen, der Masse, zugespitzt war. Hier

hieß gut sein nichts anderes, als an der Oberfläche des Lebens bleiben und an allen Tiefen und Abgründen der Seele vorüberschleichen. —

Darum ist es nur das Erwachen eines neuen, eines persönlichen Pflichtbewußtseins, das in der Auflehnung gegen diese Massenmoral, gegen die Moral der bürgerlichen Korrektheit und der konventionellen Wohlanständigkeit sich kund gibt. Hier erfährt und erlebt der Mensch eine eigene Verantwortlichkeit, er fühlt sich bei dem Leben mitbeteiligt mit seiner ureigensten Person.

Und diese Erfahrung der eigenen Verantwortlichkeit ist eben eine religiöse, eine prophetische Erfahrung. Durch sie werden in den gegenwärtigen Menschenkräften die kommenden Äonen lebendig. Das ist Pflicht: um des kommenden Lebens willen alle eigenen Lebenskräfte zu ihrer Entfaltung zu bringen, alle Gebundenheit in eine Freiheit, alle Kleinheit in eine Größe zu verwandeln. Hier ist die Pflicht nicht auf die Religion gegründet oder die Religion auf die Pflicht, die Pflicht selbst ist Religion, sie ist die im Menschen schaffende Ewigkeit, die auch das Erbe der Vergangenheit ihm wandelt in eine Zukunftsfrage, in die Lebensaufgabe, alle Entwickelungskeime, die in den Schaffenskräften der Menschenseele ruhen, zum Leben zu rufen. —

Dieses Neuerwachen der Religion ist nicht nur eine Hoffnung und Erwartung, es ist Wirklichkeit. Es zeigt sich in den elementaren Regungen der Massen, die nicht mehr Massen sein, sondern Menschen, Persönlichkeiten werden wollen. Die ganze soziale Frage ist ja eine Zukunftsfrage, sie ist nur verständlich als eine Befruchtung der Gegenwart mit den Entwickelungskräften der Zukunft, eine unerhörte Prophetie, die dadurch sicher nicht weniger fromm ist, daß ihre Ideale Fleisch und Blut haben und mit allen Wirklichkeiten des Lebens gesättigt sind. Und im Mittelpunkte der sozialen Frage steht die Erziehungsfrage, die umfassendste Menschheitsfrage: wie alle auf den Menschen wirkenden Ereignisse, seine äußeren und inneren Erlebnisse, gewandelt werden können in Stationen seines aufwärts steigenden Lebens. Der Zukunftsmensch ist das Ziel, für das die Erziehung das gesamte vergangene Leben in Anspruch nimmt, sie will das unbewußt wirkende Entwickelungsgesetz des Lebens zum bewußten Instrument in der Hand des Menschen machen. Deshalb regt sich auf der ganzen Linie moderner Pädagogik ein neu erwachendes religiöses Leben: es ist ein neuer Respekt vor dem Menschen, mit dem der Erzieher seinen Zögling betrachtet. Ein neuer Glaube an den Menschen und eine neue Liebe zum Menschen ist die tief religiöse Wurzel, aus der all das frische, wenn auch oft noch unklar tastende Bildungsstreben der Gegenwart entstanden ist. Daß diese große Liebe zum Menschen gegen die fürchterlichen seelischen Torturen, mit

denen theologische und philologische Schulmeisterei den kommenden Menschen im Namen der Vergangenheit mißhandelt und entnervt, einen flammenden Protest erhebt, das gerade ist ihre Frömmigkeit, es ist eine echte, aus dem Leben quellende und in das Leben sich ergießende Frömmigkeit. Diese Frömmigkeit geht nicht auf das theologische Phantom des Menschen, auf den Menschen, der unter einer fremden Schuld leidet und durch ein fremdes Verdienst erlöst wird, der seine Wirklichkeit als eine Last und Sünde empfindet und in seinen Abstraktionen seinen Himmel, seinen Gott sucht, sie geht auf den konkreten Menschen, wie er in der Totalität seiner menschlichen Lebensfunktionen vor uns steht, das Produkt einer Unendlichkeit, die an seinen Bildungskräften gearbeitet, der Träger einer kommenden Unendlichkeit, für die er die Ausrüstung seines Lebens und Wesens erhalten. Was der religiöse Mythus von dem göttlichen Menschenwesen erzählt, das findet in der Erziehung des wirklichen Menschen seine Erfüllung: Unsere Kinder sind die wahren Wundertäter der Menschheit, die aus Blinden Sehende machen und die ersterbenden Menschenkräfte stetsfort wieder wecken zu neuem, größerem Leben. Deshalb drängt sich alles, was unser Zeitalter an Liebe und Glauben besitzt, in der Kinderfrage zusammen, sie ist die religiöse Frage schlechthin: in unseren Kindern erleben wir unser ewiges Weihnachtsfest, in ihnen wird der Christus stets neu geboren, der mit Segens- und Heilandskräften die Welt erneuert, in ihnen ruft der ewigkommende Christus den Zeitgenossen zu: was ihr getan den Geringsten unter meinen Brüdern und Schwestern, das habt ihr mir getan. —

Weil der konkrete Mensch eine Unendlichkeit in sich trägt, so ist auch jedes Problem, das in ihm beschlossen liegt, ein religiöses Problem. Aber wenn nun diese Religion, wie allezeit, auch heute ihre Sprache sucht, und wir ihr diese Sprache heute wieder schaffen wollen, so kann diese Sprache nicht wieder die theologische sein, die einst das Problem des abstrakten Menschen behandelt, sie muß die Sprache der Wirklichkeitswissenschaft sein, die Sprache der Biologie und Soziologie, der Naturforschung und der Geschichtsforschung. Diese Sprache ist für das durch die Theologie taub gemachte Ohr nicht zu vernehmen, aber sie redet darum doch in neuen Zungen von den Erlebnissen des frommen, nach Licht, nach Wahrheit verlangenden Herzens. Sie redet nicht von besonderen religiösen Wahrheiten neben anderen, vielleicht gar im Gegensatz zu anderen, sie läßt uns empfinden, daß jede Wahrheit Religion ist, jedes lebendige Menschenwort ein Gotteswort, zum Menschengeiste gesprochen. So tritt hier die zweite der unsere Zeit in der Tiefe bewegenden Fragen an uns heran: die W a h r h e i t s f r a g e. Die Spezialfragen der Wissenschaft sind nur Teilfragen von ihr, sie selbst

geht über alle Fragen der Wissenschaft hinaus zu dem letzten Ziele aller Wissenschaft: daß der Mensch in sich wahr werde. Das ist das tiefere, leidenschaftliche Interesse, das der denkende Teil unseres Volkes an den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung nimmt, daß es instinktmäßig hofft, hier ein Weltbild zu empfangen, bei dem es dem Menschen möglich ist, seine Gedanken und Vorstellungen in lebendigen Zusammenhang zu bringen mit seiner eigensten, innersten Menschennatur. Das war bei dem alten zwiespältigen Weltbilde des Mittelalters nicht möglich. Bei diesem Weltbilde, das für das Denken in zwei einander strikte entgegengesetzte Welten auseinanderklaffte, die nur durch die Autorität des Kirchenglaubens zusammengehalten wurden, konnte der Mensch nie mit sich selbst eins und in seinem Leben sich gefestigt fühlen. Das Diesseits und das Jenseits, der Geist und der Leib, das raumlose Denken und das ausgedehnte Sein rissen ihn auseinander und wiesen ihn an den Kirchenmann, der mit seiner Theologie ihn über die Zerrissenheit seines Wesens trösten und hinausheben sollte. — Deshalb ist es ein eigenes frommes Erlebnis, wenn nun der Mensch statt der doppelten Welt ein einheitliches Leben, statt der doppelten Wahrheit eine in sich festgefügte und geordnete Reihe von Erkenntnissen findet. Er ahnt darin eine Heilung des Risses, an dem sein ganzes Wesen so tief gekrankt hatte. Wo ihm der Gegensatz von Diesseits und Jenseits, von Gott und Welt so bange das Herz beklommen, daß ihm alle heißersehnten Ziele seines Lebens immerdar in nebelhafte Fernen entschwanden, da ist ihm jetzt das ganze unendliche Leben so nahe, daß er's in jedem Herzensschlage fühlt, in jedem Sandkörnchen ergreift; sein persönliches Geschick, das als der Spruch eines unverstandenen Willens über ihm schwebte, wird nun seine persönliche Kraft; der Wille Gottes wird verstanden in dem Gesetz seines eigenen Wesens. Wo das kirchliche Weltbild den sündigen Menschen zur Überwindung des in ihm lebendigen Zwiespaltes auf die Gnade eines willkürlich waltenden Richters hinwies, und es nur eine Streitfrage der Konfessionen war, ob diese Gnade durch die guten Werke oder allein durch den reinen Kirchenglauben erworben werden könnte, da findet der Mensch jetzt in dem Entwickelungsgesetz des Lebens alle die Kräfte, die ihn mit seinen Unvollkommenheiten und Fehlern aussöhnen. Das ist seine Erlösung, daß er auch mit allem, was als Schuld auf ihm lastet, doch nur einen Beitrag leistet für die innere Reife, die innere Befreiung des Menschenwesens. Das Leben pocht in diesen Wahrheitsfragen an den Toren des Menschengeistes und verlangt an ihnen Einlaß in seine Gedanken, es wirbt um seine Liebe und seinen Glauben, es will in ihm als Wahrheit lebendig sein, als Gedanke in ihm Mensch werden. —

Die Wahrheitsfrage der Wissenschaft findet also ihre Erfüllung erst in der Wahrheitsfrage des Lebens. Der echte, wahre Mensch, der seine Echtheit und Wahrheit in allen seinen menschlichen Lebensbetätigungen verwirklicht, ist eben auch der wahrhaft fromme Mensch. Deshalb ist ein Neuerwachen der Religion überall da zu verspüren, wo eine falsche Hülle vom Menschen abgestoßen und ein glänzender Schein in seinem Unwert erfaßt wird. Diese neue, lebendigere Erfassung der Wahrheit erkennen wir an der neuen Schätzung, die die Wahrheit in der K u n st unserer Tage erfahren hat. Wer hätte noch vor fünfzig Jahren in deutschen Landen offen zu sagen gewagt, daß es eine Wahrheit auch für die Kunst gebe! Der einzige Richard Wagner war noch die Stimme eines Predigers in der Wüste. Es galt ja als das geheiligte Vorrecht der Kunst, lügen zu dürfen, ja es wurde als Pflicht von ihr verlangt, daß sie ihren schönen Trug an die Stelle der oft unschönen rauhen Wirklichkeit setze. Und von diesem Vorrecht machten die Künstler den ausgiebigsten Gebrauch. Sie logen ein Leben, das nirgends existierte, am wenigsten in ihrer eigenen Brust. Sie arbeiteten nach berühmten Mustern und nannten das: schulgerecht arbeiten. Sie schufen sich in ihrer Klassizität einen Katechismus, der für sie so heilig war, wie die kirchliche Dogmatik für ihre Gläubigen. Darum liebten sie auch einander so sehr, die Kunstgläubigen und die Kirchengläubigen, daß aus ihrer Liebe manche Vermählung gefeiert wurde. Aber die Kinder aus dieser Ehe waren weder schön noch fromm. Sie trugen die Züge einer frömmelnden Prüderie, die sich schämt, Fleisch und Blut zu haben und jede Ohnmachtsanwandlung der Sinne als eine Regung der Andacht rühmt. Darum durfte der Genius der Menschheit, der überall und in erster Linie wahres, echtes Leben fordert, sie nicht als seine legitimen Erben anerkennen. Die ärgsten Bastarde aus dieser Verbindung aber sind jene problematischen Bildungen, in denen die Kunst zu Reklamezwecken der Kirche mißbraucht werden soll, um in sogenannten schönen Gottesdiensten einen unschmackhaft, ja ungenießbar gewordenen dogmatischen Kern ästhetisch zu überzuckern, damit die Menschen nicht merken, wie bitter die Pille ist, die sie verschlucken. —

Da sehen wir ein neues Geschlecht uns erstehen, das Wahrheit auch für die Kunst fordert, weil ihm die Kunst ein lebendiges Können, eine Wahrhaftigkeit in der Deutung eines inneren Erlebnisses, die Offenbarung einer ureigensten, inneren Schau bedeutet. Und dieses neue Geschlecht ist wirklich ein frommes Geschlecht. Es ahnt in allem Vergänglichen das ewige Gleichnis des Lebens, es erschaut im Spiegel des reinen Herzens das Weltbild als ein lebendiges, ewig schaffendes Gottesbild. Hier machen Kunst und Religion nicht mehr gegenseitig bei einan-

der Anleihen, um das trostlose Defizit in dem eigenen Bestande zu verdecken. Hier wird die Kunst selber Religion; sie baut im stillen Heim der Menschenwohnung der Seele einen heiligen Tempel, darinnen der Mensch seine frommsten Feierstunden verleben mag, sie singt neue Lieder von ewigem, aufwärtsringendem Leben, das aus unergründlichen Tiefen hervorquillt und die lebendige Menschenbrust durchströmt, sie kündet den Menschen einen Tag des Heils, wo keine edle Menschenkraft mehr unter dem harten Joch der Notwendigkeit erdrückt wird, wo die Notwendigkeit selbst seine Freiheit geworden, wo auch das Werk, das Menschenhand je geschaffen, ihn nicht mehr beherrscht, sondern ihm dient, ein lebendiges Denkmal seiner eigenen, freien, lebendigen Seele. —

Das innerste Geheimnis dieser religiösen Neubelebung offenbart sich uns also durchweg als eine Abkehr von dem Unlebendigen in der Religion, als eine Überwindung der Mächte, die sich als trennende Schranken zwischen den Menschen und das Leben gestellt haben. —

Und wenn wir in der Religionsgeschichte das Unlebendige, das doch als ein Lebendiges sich geltend macht und von den Menschen als ein solches behandelt wird, einen Fetisch nennen, so ist es der alte, uralte Prozeß jeder religiösen Neubelebung, den wir heute wieder durchmachen: der Kampf gegen den Fetisch — nur daß dieser Kampf heute nicht auf einer einzelnen Seite, sondern auf der ganzen breiten Linie des Lebens geführt wird. Der wollende Mensch hatte seinen Moralfetisch, den er anbetete, der denkende seinen Begriffsfetisch, der empfindende seinen Herzensfetisch. Jetzt wird es darauf ankommen, nicht diesen oder jenen einzelnen Fetisch, sondern den Fetischdienst überhaupt zu überwinden, und zu begreifen, daß es für die Religion herzlich gleichgültig ist, ob ein Fetisch altertümlich oder modern aussieht, ob er nach der Weise des alten oder des neuen Glaubens verehrt wird. Alles Vergangene wird doch erst im M e n s ch e n unlebendig, es wird erst durch den Menschen zu einem Fetisch. An seiner richtigen Stelle, als Glied in der großen Kette des Lebens, würde es noch reden von dem Leben, das einmal gewesen, es würde seinen Beruf an dem Leben erfüllen und den Lebensfonds der Gegenwart um sich selbst bereichern. Deshalb ist der Kampf gegen den Fetisch nicht der Kampf gegen eine S a ch e, die einmal heilig und lebendig gewesen, sondern gegen ein S y st e m, gegen die Mächte, die den Gegenwärtigen das Recht absprechen, das Gewesene für sich selbst, für das Werdende lebendig zu machen. Diese Mächte sind mancherlei Art: es sind kirchliche und politische Gewalten, es sind gesellschaftliche Faktoren, wie Sitte und Herkommen, es sind aber auch rein persönliche Eigenschaften, wie Feigheit, Trägheit, Bequemlichkeit. Gegen diese Mächte zum Kampf aufrufen, heißt wahrlich nicht irgend einen

Menschen in dem beirren, was er persönlich in seiner Religion lebendig empfindet, sondern es heißt, jedem Menschen die Macht nehmen, durch die er einem andern den Quell des religiösen Lebens verschütten, das lebendige Menschenherz unter einen Fetischglauben zwingen kann. —

Neubelebung der Religion — das ist Neubelebung des Menschen, daß er sich selbst wiederfinde in seinem unersättlichen Liebes- und Lebenshunger, daß er sich begreife in der Lichtnatur seines Wesens, die ihn selbst zu einem Kinde des Lichtes geschaffen, daß er sich auswirke in der ganzen Fülle seiner Kräfte, um alle seine Liebe, sein Leben, sein Licht zur unversiegbaren Quelle der Liebe, des Lebens, des Lichtes für die Menschen zu machen. — —

Bilanz-Kunststücke.

Von Mentor.

In wenigen Wochen werden unsere Banken ihre Jahresabschlüsse veröffentlichen; die Aktionäre werden befriedigt sein, weil die Dividenden fast durchweg eine angemessene Höhe erreichen werden, und die Aufsichtsräte und Direktoren werden schmunzeln, denn auch den Tantièmen wird man es anmerken, daß das Jahr 1903 nicht zu den schlechten gehört hat. Es muß für den Leiter einer großen Bank ein Gefühl eigenartiger Genugtuung sein, wenn er die Millionen-Ziffern des Abschlusses betrachtet und sich sagen muß, daß er diese Millionen ganz nach seinem Belieben in Bewegung setzen kann — eigentlich ist es verwunderlich, daß der Größenwahn, wie er einen Exner ergriffen hat, in diesen Kreisen nicht häufiger seine Opfer sucht. Die Kunst des Bankdirektors besteht aber nicht nur darin, in jedem Jahre aufs neue befriedigende Gewinne zu erzielen und gute Dividenden zu verteilen, er muß es auch verstehen, seinem Institut den Anstrich strengster Solidität zu geben, und dies erreicht er am besten durch eine möglichst große Stabilität der Erträgnisse. Während in dem Krisenjahr 1901 einzelne unserer Großbanken, von denen hier in erster Linie die Rede sein soll, mit ihren Dividenden stark zurückgehen mußten, haben andere sie nur wenig zu ermäßigen brauchen, und die größte unter den großen, die Deutsche Bank, konnte auf ihrem gewohnten Dividendensatze von 11 % sogar voll stehen bleiben. Dabei darf man aber keineswegs annehmen, daß nicht auch die Deutsche Bank unter den Wunden, die das Krisenjahr geschlagen hat, zu leiden hatte. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß auch sie

schwere Verluste zu verzeichnen hatte, sowohl an der Kundschaft wie an den Beständen und Beteiligungen, und daß sie große Abschreibungen vornehmen mußte, vielleicht größer als manches andere Institut; nur versteht es die Deutsche Bank von jeher meisterlich, ihre Verluste zu verdecken, wozu sie besser als die meisten anderen Banken dadurch in der Lage ist, daß ihr hierfür alte und neue Gewinne in reichstem Maße zur Verfügung stehen.

In einem Moment der Aufrichtigkeit sagte mir einmal der ebenso wegen seines Geistes wie seiner geschäftlichen Fähigkeiten geschätzte erste Direktor einer unserer ersten Banken: „Glauben Sie denn, daß von allen Bankbilanzen, die veröffentlicht werden, auch nur eine ein ungeschminktes Bild der Situation des Instituts gibt?“ An dieses Geständnis habe ich oft gedacht, wenn ich später einen Bankenabschluß zur Hand nahm. Ich wunderte mich nicht mehr, wenn die Gewinn- und Verlust-Rechnung in schlechten Jahren kaum weniger imposante Ziffern aufwies als in guten, denn ich wußte ja: sie waren geschminkt; und ebenso waren natürlich die Bilanz-Ziffern so gruppiert, wie sie dem Geschmack der Aktionäre am meisten Rechnung tragen und die Kritik am wenigsten zu scheuen hatten. Fast regelmäßig im Dezember arbeiten die Banken daraufhin, ihre Barbestände und sonstigen flüssigen Mittel nach Möglichkeit zu erhöhen, die Schuldner werden gemahnt, die eigenen Verpflichtungen reduziert, und manche Bestände noch vor Jahresschluß abgestoßen. Alles dies geschieht in der Absicht, die Bilanz zum Jahresschluß möglichst flüssig erscheinen zu lassen, während sie in manchen Fällen schon kurz nach Beginn des neuen Jahres ein ganz anderes Bild bietet, als für die Veröffentlichung. Ein Bankdirektor, der gleichzeitig ein kluger Retoucheur ist, wird auch im übrigen bei der Publikation des Abschlusses durch eine geschickte Gruppierung der Ziffern manchen Schönheitsfehler verdecken können. Es handelt sich dabei durchaus nicht etwa um eine auch noch so kleine Fälschung; von einer solchen kann absolut nicht die Rede sein, sondern lediglich von gewissen Manipulationen, die den Zweck haben, die Vorzüge des Abschlusses in hellere Beleuchtung zu rücken und seine Mängel möglichst verschwinden zu lassen, wofür die Auguren das schöne Wort von dem „Frisieren der Bilanzen“ erfunden haben. Noch intensiver wird das Gewinn- und Verlust-Konto bearbeitet, denn nichts hebt das Ansehen einer Bank in den Augen der Aktionäre und des Publikums mehr, als die Gleichmäßigkeit der Erträgnisse, und um diese zu erzielen, lassen sich zwischen den einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlust-Rechnung leicht kleine Schiebungen vornehmen; so werden z. B. Konsortial-Provisionen, je nach Bedarf, entweder auf Konsortial- oder auf Provisions-Konto ver-

bucht, Effekten-Gewinne auf Zins- und Effekten-Konto verteilt u. dgl. m. Hauptsächlich aber ist an der Gleichmäßigkeit der Dividenden gelegen. Es gibt einzelne Institute, die Jahrzehnte hindurch stets die gleiche Dividende verteilen, andere streben ein allmähliches, stetiges Ansteigen an. Um dies zu erreichen, dafür sind in erster Linie „stille Reserven" erforderlich. Über solche stillen Reserven verfügt heutzutage wohl jede vorsichtig geleitete Bank. Dafür sorgt schon das Gesetz, das bekanntlich vorschreibt, daß alle Effektenbestände nur zu dem Anschaffungskurs aufgenommen werden dürfen, falls nicht der Jahresschlußkurs niedriger ist. Wenn also eine Bank, die an einem industriellen Unternehmen beteiligt ist, dessen Aktien im Kurse zurückgehen sieht, muß sie den Bilanzwert entsprechend reduzieren; steigen die Aktien aber, so darf sie ihn nicht erhöhen. In letzterem Falle entsteht in der Regel sofort eine stille Reserve, denn durch die Realisierung des Effekten-Postens, sofern solche möglich ist, kann die Bank sich sofort einen verteilbaren Gewinn schaffen. Dasselbe ist natürlich auch der Fall bei den Beständen an Staatsfonds und anderen Werten; auch hier werden durch die gesetzlichen Bilanzierungs-Vorschriften sehr häufig stille Reserven von ansehnlicher Höhe geschaffen. Eine andere Art, für solche stillen Reserven vorzusorgen, besteht darin, daß erzielte Gewinne einstweilen unverrechnet bleiben. Eine Bank, die in einem besonders günstigen Jahr zahlreiche Konsortial-Geschäfte erfolgreich abgewickelt hat, wird in der Regel geneigt sein, einen Teil der daraus erzielten Gewinne zu reservieren, sei es in der Form von Abschreibungen auf andere Konsortial-Engagements, oder indem sie sonst irgendwo versteckt werden. Diese Vorsorge ermöglicht natürlich, in schlechteren Jahren die auf solche Weise zurückgehaltenen Gewinne hervorzuholen und zur Aufbesserung der Erträgnisse zu verwenden. Es können dann niedrig zu Buch stehende Bestände abgestoßen und auf diese Weise eine Gewinn-Steigerung erzielt werden, oder es werden die reservierten und versteckten Gewinne der Vorjahre nachträglich zur Verrechnung gebracht.

Alles dies ist, wenigstens soweit es sich auf die Schaffung und Verwendung von stillen Reserven bezieht, durchaus nicht tadelnswert; im Gegenteil haben die Bankdirektoren, die es verstehen, auf solche Weise ihren Aktionären eine möglichst wenig veränderliche Rente zu schaffen, Anspruch auf deren Anerkennung und Dank. Und doch hat dieses System auch einen schweren Nachteil, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Der Bankenabschluß bietet danach nämlich in vielen Fällen nicht mehr ein Bild vom Verlauf eines bestimmten Geschäftsjahres, sondern es erscheint der Gewinn dieses Geschäftsjahres entweder zugunsten späterer Jahre gekürzt oder aus den Erträgen früherer

Jahre aufgebessert, so daß in keinem Falle der Aktionär erfährt, wie groß der reine Jahresgewinn gewesen ist. Wenn aber der Aktionär hierüber im Unklaren gelassen wird, so fehlt ihm der wichtigste Anhalt für sein Urteil darüber, wie die Erträgnisse der Bank, an der er beteiligt ist, sich zu den wechselnden Schwankungen der wirtschaftlichen Konjunktur verhalten, und er verliert einen wichtigen Faktor für die Beurteilung der Geschäftsgebahrung des Instituts. Das hat in den meisten Fällen, da er doch seine guten Dividenden einkassiert, nicht viel zu sagen, aber doch ist es nicht ganz unbedenklich. Obwohl sich unsere Banken im allgemeinen durch befriedigende Solidität auszeichnen, so fehlt es doch auch nicht ganz an Instituten, die etwas zu verheimlichen haben, auch wenn man von den Treber-Engagements der Leipziger Bank ganz absieht. Es ist ganz nützlich, daß gerade in dieser Zeit, in der das Großbankentum mächtig in die Halme schießt, wieder einmal daran erinnert wird, wie im Jahre 1895 die Diskonto-Gesellschaft, also eines unserer größten und angesehensten Institute, für ihre nach vielen Millionen zählenden Verluste an der Großen Venezuela-Eisenbahn und dem Popp'schen Druckluft-Unternehmen endlich durch die Erwerbung der Norddeutschen Bank in Hamburg und den dadurch erzielten Agio-Gewinn Deckung fand. Aber vorher waren diese Verluste jahrelang durch die Bilanzen hindurchgeschleppt worden, Jahre hindurch hatte die Bank Millionen daran heruntergeschrieben, und doch unterliegt es gar keinem Zweifel, daß diese Abschreibungen viel zu niedrig gewesen waren, bis die Transaktion mit der Norddeutschen Bank endlich Gelegenheit bot, die dringend erforderliche gründliche Abschreibung vorzunehmen. Auf welchen Buchwert die Engagements an den beiden Geschäften reduziert worden sind, hat übrigens die Bank niemals verraten. Gerade aus ihrem Besitz an den Aktien der Norddeutschen Bank ist der Diskonto-Gesellschaft aber eine stille Reserve von sehr beträchtlicher Höhe erwachsen, und wenn sie deren Aktien heute ganz oder zum Teil an den Markt bringen wollte, könnte sie daran einen Nutzen von vielen Millionen erzielen.

Bilanz-Kunststücke gibt es aber durchaus nicht nur bei den Banken, sondern auch bei den Industrie-Gesellschaften. Damit wird schon bei der Umwandlung eines industriellen Unternehmens begonnen. Bekanntlich schreibt das Aktiengesetz vor, daß die Aktien einer aus einem Industrie-Etablissement entstandenen Aktiengesellschaft erst nach Veröffentlichung des ersten Abschlusses an die Börse gebracht werden dürfen. Schon bei der Gründung wird deshalb das Augenmerk in vielen Fällen darauf gerichtet, daß der erste Abschluß sich möglichst günstig präsentiert. Das wird natürlich in der Hauptsache immer von dem Geschäftsgang abhängen, immerhin aber läßt sich etwas nach-

helfen, und zwar geschieht dies auf zweierlei Weise. Einmal werden diejenigen Posten, auf die relativ hohe Abschreibungen vorzunehmen sind, wie Maschinen und sonstige Einrichtungen, möglichst niedrig für die neue Aktien-Gesellschaft übernommen, selbst wenn dadurch der Illationspreis der Grundstücke und Gebäude, selbstverständlich im Rahmen der Taxen, sich entsprechend erhöhen sollte; auf diese aber sind die statutenmäßigen Abschreibungssätze bekanntlich sehr niedrig. Ferner aber wird, und das ist noch wichtiger, für die vorhandenen Vorräte ein möglichst niedriger Übernahmspreis vereinbart, sodaß die neue Gesellschaft in ihrem ersten Geschäftsjahr häufig mit sehr niedrigen Preisen für die von ihrem Vorbesitzer übernommenen Materialien und Halbfabrikate rechnen kann. Selbstverständlich kommen die Vorteile aus dieser Inferierung immer nur dem ersten Geschäftsjahr der neuen Gesellschaft zu statten. Bleibt für letztere die Konjunktur günstig, so wird sie auch später in ihren Erträgnissen nicht nachlassen, während sie allerdings von einem Konjunktur-Rückgang um so stärker betroffen wird. Übrigens ist ausdrücklich hervorzuheben, daß durchaus nicht bei allen industriellen Aktien-Gesellschaften eine solche Gründungspraxis gehandhabt wird; wir wollen hier nur eine Erklärung für die Tatsache suchen, daß bei manchen Unternehmungen die Ergebnisse nach der Aktien-Emission zuweilen sehr wenig halten, was der erste Abschluß, welcher der Emission vorangegangen war, versprochen hatte. Auch später kommt für die Abschlüsse von Industrie-Gesellschaften sehr viel darauf an, wie die Vorräte bewertet werden. Für die Einstellung marktgängiger Rohmaterialen in die Bilanz, wie Baumwolle, Roheisen usw. gibt es genaue gesetzliche Vorschriften, die selbstverständlich durchweg strengste Beachtung finden. Für die Fertigfabrikate aber gibt es schon Abweichungen. Darf z. B. die Zucker-Raffinerie ihre Bestände an Raffinade nur zu dem Werte des Rohzuckers nebst Produktionsspesen einstellen, auch wenn bei Jahresschluß der Raffinadepreis stark gestiegen ist, oder muß sie einem Rückgang des letzteren Rechnung tragen, falls dadurch der Marktwert der Raffinade unter den Herstellungspreis zurückgeführt wurde? Wie ist es in solchen Fällen mit Produkten, die keinen bestimmten Marktwert haben, wie z. B. Maschinen oder chemischen Produkten? Noch weit größere Verschiedenheiten in der Bewertung ergeben sich für die Halbfabrikate und für die in Ausführung begriffenen Anlagen. Auch hier entsteht die Frage, ob für die Verwertung mehr der Herstellungspreis oder der Verkaufswert nach der Fertigstellung maßgebend ist. Ganz zu ignorieren wird letzterer jedenfalls nicht sein, denn es ist sehr wohl auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß er niedriger ist als der Produktionswert. Eine solide geführte Gesellschaft wird immer wissen, wie sie in solchen

Fällen die Bewertung vorzunehmen hat; dieses Prädikat gebührt glücklicherweise den meisten unserer industriellen Aktien-Gesellschaften, leider aber doch nicht allen. Auch die Abschreibungen bilden ein äußerst wichtiges Kapitel für die Bilanzaufstellung der Industrie-Gesellschaften. In der Regel sind hierfür in den Statuten bestimmte Sätze angesetzt. Eine solide Verwaltung wird hierin aber immer nur das Minimum der Abschreibungen sehen und über diese Sätze hinausgehen, sobald sie sieht, daß infolge von Abnützung oder Veraltung der vorhandenen Einrichtungen mehr abgeschrieben werden muß. Immerhin gibt es außerordentlich große Verschiedenheiten bei der Normierung der Abschreibungen seitens der einzelnen Gesellschaften. Bedauerlich ist, daß in manchen Fällen die Steuerbehörde gegen angeblich zu weit gehende Abschreibungen aus steuerfiskalischen Gründen Einspruch erhebt und dadurch die Gesellschaften zu weniger solider Bilanzierung zwingt, als solche beabsichtigt war. Das sollte in allen Fällen seitens der Gesellschaften in ihren Generalversammlungen an die Öffentlichkeit gebracht werden, denn in der Regel wird man wohl annehmen dürfen, daß die Gesellschaftsorgane besser wissen, wie weit sie mit den Abschreibungen zu gehen haben, als die Steuerbehörden. In manchen Fällen mag allerdings bei der Vornahme von Abschreibungen überreichlich hoch gegriffen werden, wie denn z. B. die große bayerische Maximilianshütte ihre gesamten Anlagen vollständig abgeschrieben hat. Meist aber werden die Gesellschaften in bezug hierauf wohl nicht zu weit gehen, und häufiger ist wohl das umgekehrte der Fall, daß eben an den Abschreibungen zu viel gespart wird. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß eine Anlage, die sich nicht bewährt, noch jahrelang in der Bilanz zum vollen oder nur wenig reduzierten Buchwert aufgeführt wird, auch nachdem sie bereits längst außer Betrieb gesetzt ist; oder daß eine Gesellschaft mit veralteten Einrichtungen und hohen Selbstkosten höhere Buchwerte hat als ein neu errichtetes Etablissement von der gleichen Leistungsfähigkeit. Gerade in unserem Zeitalter der technischen Erfindungen rächen sich unzulängliche Abschreibungen häufig sehr schwer. Das Schulbeispiel dafür ist die Dortmunder Union, die nach zahllosen Sanierungen und Rekonstruktionen technisch jetzt zwar einigermaßen auf der Höhe steht, aber trotz aller Kapitals-Reduktionen noch immer unter ihren viel zu hohen Anlagewerten leidet. Wohin die zu niedrige Bemessung der Abschreibungen sonst führen kann, zeigten auch die jüngsten Vorkommnisse bei den Harkort'schen Bergwerken und chemischen Fabriken; im vergangenen Jahr hielt die Verwaltung jede Abschreibung auf das Goldbergwerk Muszari für überflüssig, und jetzt beantragt sie, hierfür den ganzen Jahresgewinn und fast die vollen Reserven zu verwenden.

Wir haben oben bereits betont, daß die meisten Aktien-Gesellschaften in Deutschland nach durchaus soliden Grundsätzen verwaltet werden. Aber doch mag es manche geben, die irgendwelche tote Anlage oder irgend ein unrentabeles Hilfs- oder Tochter-Unternehmen in der Bilanz fortschleppt, ohne daß die Verwaltung den Mut findet, einen Fehlgriff einzugestehen und durch kräftige Abschreibungen ihrer Gesellschaft die gesunden Grundlagen wiederzugeben, ohne die ein dauerndes Prosperieren nicht denkbar ist. Es genügt nicht, eine Bilanz aufzustellen, die dem Buchstaben des Gesetzes und der statutarischen Vorschrift entspricht; jeder Leiter einer Aktien-Gesellschaft muß vielmehr darauf bedacht sein, daß die von ihm zu veröffentlichende Bilanz dem innersten Wesen seiner Gesellschaft in allen Punkten gerecht wird, ohne zu vertuschen und ohne zu verheimlichen. Dazu sind Bilanz-Kunststücke nicht erforderlich, aber Offenheit und Ehrlichkeit und der Mut, auch für einen etwaigen Mißgriff die Verantwortung zu übernehmen. Früher haben viele Institute, wenn sie große Extragewinne nicht vollständig verteilen wollten, Dividenden-Reserven geschaffen und in ihren Abschlüssen ausgewiesen. Davon ist man leider fast überall wieder abgekommen zu gunsten des Prinzips der stillen Reserven, deren Höhe und Verwendung von der Öffentlichkeit nicht kontrolliert werden kann. Das ist zu bedauern, denn besser als alle Bilanz-Verschönerungen spricht für die Solidität und die gute Verwaltung einer jeden Aktien-Gesellschaft, gleichviel auf welchem Gebiet sie arbeitet, wenn die Gesellschaft ihren Aktionären in vollster Aufrichtigkeit klare und ausgiebige Rechenschaft ablegt.

Kleine Mitteilungen.

Gebührentaxe der Nachrichter vom Jahre 1520 im geistlichen Kurfürstentum Köln.

Im Kölner Stadtarchiv befindet sich eine höchst instruktive Gebührentaxe für den Nachrichter, welche im Jahre 1520 unter dem Erzbischof und Kurfürsten Hermann von Wied (1515—1547) erlassen wurde, hauptsächlich um vermittelst des auch in Köln eingeführten Inquisitionsgerichtes die neue Lehre auszurotten, wie denn am 28. September 1529 die Humanisten Adolf Clarenbach und Peter von Fliesteden durch dasselbe zu Melaten als Ketzer verbrannt wurden. Das auch kulturgeschichtlich sehr bedeutsame Schriftstück lautet in seiner originellen Form:

„Obwohlen der Erz-Stift-Kölnischer Nachrichter mit einem beständigen Jahr-Gehalt von achtzig Reichsthaler Spezcies, 20 Albus, 12 Malter Korn und vier Klafter Holz bereits versehen ist, sich gleichwohl ergeben hat, daß bei und nach verrichteter Execution, auch sonstigen Verfallenheiten derselbe unter willkürlich und zumal ausschweifendem Ansatz der Churfürstlichen Hofkammer sowohl als den Beamten fest und Maß zu setzen, nachstehender Reglement, gestalten denn gemäß mit Einforderung des ob jeder Verrichtung ihnen zuerkannter Gebührniß in allem zu geben, verfasset und zum Druck befördert worden

Reglement

		Rthlr.	Alb.
1.	Mit 4 Pferden auseinanderzureißen	5	62
2.	In 4 Theil zu legen	4	—
3.	Für des Endes erforderliche Stricke	1	—
4.	Für diese Theile an 4 Ecken aufzuhenken, dazu erforderliche Stricke, Nägel, Ketten und den Transport mit eingeschlossen	5	26
5.	Zu Köpfen und Verbrennen insgesammt	5	26
6.	Für desfalls nöthigen Stricken und den Scheiterhaufen zu legen und anzuzünden	2	—
7.	Zu strangulieren und zu verbrennen	4	—
8.	Für Strick, den Scheiterhaufen zu legen und anzuzünden	2	—
9.	Lebendig zu verbrennen	4	—
10.	Lebendig zu rädern	4	—
11.	Für Strick und Ketten	2	—
12.	Den aufgeflochtenen Körper mit dem Rad in die Höhe zu richten	2	52
13.	Vom Köpfen allein	2	52
14.	Für des Endes erforderliche Stricke und das Tuch zur Verbindung des Gesichtes	1	—
15.	Das Loch zu machen und den hingerichteten Körper einzuscharren	1	26
16.	Vom Köpfen und den Körper auf's Rad zu flechten	4	—
17.	Für Strick und Ketten sammt Tuch	2	—
18.	Eine Hand oder einige Finger abzuhauen und zu Köpfen insgesammt	3	26
19.	Mit einem glühenden Eisen zu brennen	1	29
20.	Für Strick und Tuch	1	26
21.	Vom Köpfen und den Kopf auf eine Stange zu setzen, insgesammt	3	26
22.	Für Strick und Tuch	1	26
23.	Vom Köpfen, den Körper auf's Rad zu flechten und den Kopf auf eine Stange zu stecken, insgesammt	5	—
24	Für Strick und Tuch	2	—
25.	Vom Henken	2	52
26.	Für des Ends gebrauchter Stricke, Nägel und Kette	1	26
27.	Einen Delinquenten vor sonstiger Exekution mit glühenden Zangen zu greifen, von jedem Griff nebst eben Respectu suplicii ausgeworfener Gebühr	—	26
28.	Die Zunge ganz, oder ein Stück davon zu schneiden, nachgehends mit einem glühenden Eisen zuzubrennen, insgesammt	5	—
29.	Für dazu gebührende Stricke, Zange und Messer	2	—
30.	Eine abgeschnittene Zunge, oder abgehauene Hand an den Galgen zu nageln	1	—

		Rthlr.	Alb.
31.	Einen, so sich selbst gehengt, ertränkt, oder sonst entleibt, abzuschneiden, wegzubringen, das Loch zu machen und zu verscharren	2	—
32.	Eine Person der Stadt oder des Landes verweisen	—	52
33.	Im Gefängniß zu streichen, einschließlich der Ruthen	1	—
34.	Abzuschlagen	—	52
35.	An den Pranger zu stellen	—	52
36.	An den Pranger zu stellen, zu Brandmarken und auszustreichen, einschließlich der Stricke und Ruthen	1	26
37.	An den Pranger zu stellen, zu Brandmarken und auszustreichen, einschließlich der Kohlen, Strick und Ruthen, auch der Brandsalbe	2	—
38.	Einen Inhaftirten visitiren, ob gebrandmarket	—	20
39.	Die Leitern an den Galgen setzen, es möge einer oder mehrere auf einen Tag gehenket werden	2	—

Der Tortur belangend.

40.	Für Beschröck oder Vorlegung der peinlichen Instrumente . . .	1	—
41.	Pro primo gradu Torturae	1	26
42.	Für Einrichtung und Schmerung der Daumen quoad istum gradum	—	26
43.	Pro secundo gradu, einschließlich der Einrichtung und hinterlassenen Salbe	2	26
44.	Wird eine Person per omnes Gradus torquirt, sollen dem Nachrichter per omnibus gradibus simul die Einrichtung der Glieder und hinterlassener Salbe mit einbegriffen gezahlt werden . . .	6	—
45.	Für Reise- und Taggeld per jeden Tag, ausschließlich jedoch des Exekutions- oder Torturae-Tages, es mögen denn ein oder mehrere Missethäter justifizirt oder torquirt werden	—	48
46.	Für tägliche Verpflegung	1	26
47.	Für jeden Knecht	—	29
48.	Für eines Pferdes Fourage und Stallgeld täglich	1	16

49. Wird in Köln die Tortur oder sonstige Exekution verrichtet, soll der Nachrichter bloshin mit denen des Ends ausgeworfenen Exekutions-Gebührnissen ohne Aufrechnung einiger neben Kosten, als da seynd Reise-Tag-Geld, Verpflegung, Pferds-Heuer und Fourage bloshin mit denen diesfalls ausgeworfenen Exekutions-Gebührnissen sich begnügen lassen.

50. Bei Verrichtungen, deren Exekutionen zu Melaten und Deuz hat derselbe nebst vorhin ausgeworfenen Gebührnissen für Pferds-Heuer 60 Albus und weiter nichts zu genießen.

51. Da in gegenwärtigem Reglement Postae 16, 32, 40 ins Wasenmeisters Verrichtungen einschlagen, also solle auch der Wasenmeister diesfalsige Gebührnissen allein zu empfangen haben.

52. Würden nun vorspezifizirte Verrichtungen in denen verpfändeten Aembtern und unter Herrlichkeiten hiesigen Erzstifts, oder wohe derselbe keine Bestallung hat vorgehen, solle dem Nachrichter ein dritter Theil mehr, als vorspezifizirt, der Ursachen gegeben werden, weilen derselbe ohne Zuthun der Unterherren und Pfandes-Einhabern aus Churfürstl. Kameral-Mitteln seine jährliche Bestallung genießt.

53. Inmittels soll derselb allein und kein Fremder von Unterherren und Pfandes-Einhabern bei allen verfallenden Exekutionen gebraucht werden.

54. Weilen auch mehrmal Beschwer geführt worden, daß bei vornehmender Exekution, wo ein Beambter zum erstenmal präsidirt, der Nachrichter, nebst denen ordentlichen Gebührnissen ein sicheres Pfand, oder anstatt dessen ein Stück Geld zu prätendiren sich untersteht, und dann solche Prätension als Mißbrauch anzusehen, als wird selbige gemeltem Nachrichter ein für allemal hierdurch untersagt.

Ergehet solchem nach alle und jede Erzstiftische Beambten hiermit der Befehl bei vorstehendem Reglement fest zu halten, dem Nachrichter die darin ausgeworfenen Gebührnissen und weiter nichts in Loco Executionis jedesmal zu zählen, und sothane Zahlung seiner Zeit bei Churfürstl. Hof-Kammer mit hinlänglichem Beleg zu verrechnen."

Der churfürstliche Stadtgraf zu Köln erhielt bei seiner Einführung und Eidesleistung im Kapitelsaale das Hinrichteschwert und den Richterstab eingehändigt. Diese Feierlichkeit hatte zuletzt am 7. Februar 1792 bei Einführung des letzten Stadtgrafen, Geheimrats Freiherrn Friedrich von Mering, statt. Als churfürstliche Hoheitsrepräsentanten zur Vollziehung dieses feierlichen Aktes waren damals der Dompropst Graf von Oettingen, der General-Vikar und Geheimrat von Horn-Goldschmidt und der Herr von Merx ernannt.

Am 6. Oktober 1794 erschienen die Franzosen, 12 000 Mann stark, in Köln. Mit dem Zusammenbruch des Kurfürstentums verschwand auch das schauerliche Gerichtswesen, dessen Fluch auf dem armen unwissenden Volk jahrhundertelang gelastet hatte.

*

Eine buddhistische Parallele zur Legende vom ewigen Juden.

In der von Dr. Paul Carus herausgegebenen vortrefflichen religionswissenschaftlichen Monatsschrift „The Open Court" (Chicago) berichtet A. J. Edmunds von einer buddhistischen Parallele zum ewigen Juden, die ein japanischer Gelehrter, namens Kumagusu Minakata, in der chinesischen Übersetzung des Samyuktâgama, einer der kanonischen Sammlungen der Gespräche Buddhas, entdeckte. Die Erzählung geht dahin, daß Pindola, einer der Schüler Buddhas, von den Ungläubigen um ein Wunder angegangen, emporschwebte und eine Almosenbüchse, die an der Spitze einer Stange befestigt war, herunterholte. Buddha wies ihn deshalb zurecht und untersagte seinen Jüngern Wunder zur Befriedigung der Schaulust zu verrichten.

Bis hierher kann man die Geschichte auch im Pâli Kanon, im Buch der Lehre (Sacred Books of the East, Vol. XX, pag. 79) lesen. Nach der obengenannten chinesischen Übersetzung des Samyuktâgama (5. Jahrhundert n. Chr.) und nach dem Divyâvadâna, einer Sammlung von Auszügen aus dem buddhistischen Kanon im Sanskrit (zwischen dem 1. Jahrhundert v. Chr. bis etwa dem 6. Jahrhundert n. Chr.) hätte Buddha noch die Worte hinzugefügt: „Du sollst nicht eher Nirwâna erreichen, als bis das Dharma (das Evangelium Buddhas) vergeht." Das heißt mit anderen Worten: „Du sollst so lange leben als meine Religion besteht"; oder genauer: „Bis der neue (größere) Buddha auf Erden erscheint".

Merkwürdiger Weise hatte Burnouf bereits diese Stelle in seinem Werke: Introduction à l'Histoire du Buddhisme indien 1844 übersetzt, ohne daß man

sie weiter beachtete, bis der japanische Gelehrte auf ihre Ähnlichkeit mit der christlichen Legende vom ewigen Juden hinwies.

Wenn wir nun erwägen, daß buddhistische und christliche Legenden sich vielfach vermischten, daß u. a. sogar die Legende von Buddha zur Geschichte vom heiligen Joasaph wurde (vergl. Das freie Wort, Jahrgang I, Nr. 5) und die Legende vom ewigen Juden in Europa erst in der Chronik von Roger von Wendover auftritt, wo wir lesen, daß sie im Kloster St. Alban 1228 von einem armenischen Erzbischof, der damals England besuchte, erzählt wurde, — allerdings auf Befragen der Mönche nach dem geheimnisvollen Wanderer, — dann müssen wir an dem indischen Ursprung der Legende vom ewigen Juden nunmehr so lange festhalten, als wir für sie keine christliche Quelle vor dem 5. Jahrhundert auffinden.

*

Die „Fuldaer Zeitung" und „Das freie Wort".

Die „Fuldaer Zeitung" schreibt unter dem 11. Dezember 1903:

(!!) Von mehreren katholischen Lehrern auf dem Lande wird uns mitgeteilt, daß der „Neue Frankfurter Verlag" ihnen Probe-Exemplare der Halbmonatsschrift „**Das freie Wort**" zugesandt hat. Wir halten es für überflüssig, über diese Zeitschrift, die sich rühmt, „glaubenslos" zu sein, insofern es im rein kirchlich-konfessionellen Sinne gefaßt wird, ein Wort zu verlieren. Wundern muß man sich nur über die Unverfrorenheit der Herausgeber, die da glauben, in den Reihen der katholischen Lehrer Abnehmer für ihr jämmerliches Machwerk zu finden, welches von Gift und Galle gegen alle Religion strotzt und besonders gegen die katholische Religion mit den erbärmlichsten Verleumdungen kämpft, dabei aber eine solche Unkenntnis der katholischen Kirche, ihrer Lehren und Einrichtungen an den Tag legt, daß ein Schulkind die Gelehrten des „freien Wortes" beschämen könnte. Es ist geradezu eine Beleidigung der Lehrer, daß man ihnen zumutet, derartiges Zeug zu lesen. Wir meinen, die Herren Lehrer sollten sich nicht damit begnügen, den Schund ins Feuer zu werfen, sondern sie sollten es sich ernstlich verbitten, daß man ihnen solchen Unrat ins Haus schickt.

„Unverfrorenheit", „jämmerliches Machwerk", „Gift und Galle", „erbärmlichste Verleumdungen", „Unkenntnis", „Beleidigung", „derartiges Zeug", „Schund", „Unrat", . . . soviel Zeilen, soviel Schimpfwörter, — das sind die feinen „geistigen" Waffen der ultramontanen Presse.

*

Büchertisch.

Die Erlösung vom Dasein. Verlag von C. Naumann, Leipzig. 1903.

„Die Erlösung vom Dasein" betiteln sich die nachgelassenen Schriften eines Baseler Anonymus, der 1834 geboren wurde und 1901 wieder einging in die große Ruhe des Sphäros, wo er nun „um alles wissen wird und um nichts" (a. a. O. Schluß). Viel ließe sich darüber sagen und wenig; ich ziehe das letztere vor.

Das ketzerische Buch zerfällt in folgende Hauptkapitel: Gedanken über Gott; Gibt es Sünde? Das Dogma vom Sühnopfer Christi, ein geschichtlicher Über-

blick; Menschliches am Leben Jesu; Menschheit und Ewigkeit; Kleine Dichtungen. Man kann dem Verfasser auf Schritt und Tritt widersprechen, man kann ihm auf Schritt und Tritt beistimmen; es wird immer auf den Leser und seinen Glauben oder Unglauben ankommen. Neben manchem Wertvollem findet sich manches Minderwertige und mancher Gemeinplatz. Am ansprechendsten berühren wohl die Dichtungen der letzten Abteilung. Schöne, schwarze Perlen sind darunter. Der Verfasser gehört zu den Pessimisten und Priestern des Todes, über die Zarathustra klagt. Sein Meister daher Hegesias πεισιθάνατος, der bekannte Philosoph der kyrenaischen Schule, dessen zur Selbstaufhebung des Daseins mahnende Reden im Altertum eine ähnliche Wirkung gehabt haben sollen wie in späterer Zeit Goethes „Werther". In einer edel-erhabenen Prosadichtung, die vielfach an Nietzsches Werk erinnert, wird uns Hegesias vorgeführt; nur predigt er eben das Gegenteil vom Willen zur Macht und zum Leben und ist also der Antipode Zarathustras. Noch mit einem anderen Philosophen jener sokratischen Schule könnte man unsern Anonymus vergleichen: mit Theodorus ὁ ἄθεος. Ein Werturteil ist damit natürlich nicht gefällt.

Im übrigen glauben wir freilich, daß wirkliche und wahrhafte Erlösung vom Dasein — im immanenten Sinne — nur darin bestehen kann, sich in das Dasein zu stürzen; es von seinem Anfangspunkte gewaltsam fortzuschieben durch Arbeit, es in und durch Tätigkeit vergessen zu machen, zu überwinden, um so dann seiner auch in einzelnen weihevollen Stunden durch sieghafte Erhöhung freudig bewußt zu werden. Erlösung vom Dasein in der immanent einzig möglichen Form heißt: Befreiung vom Bewußtsein des alltäglichen Daseins. —

Manchem, dem es beliebt, in seinem dogmatischen Schlummer von Zeit zu Zeit eine skeptische Pille zu nehmen, dürfte das Buch diese Möglichkeit gewähren.

Schließen möchte ich mit einem Gedicht, das von tiefem Wahrheitsgehalt erfüllt ist und die Geistesart des Verfassers lebendig widerspiegelt. Goethes „Äußerlich begrenzt, innerlich grenzenlos" könnte man ihm als Motto vorsetzen.

Zwei Wege.

Zwei Wege geh' ich:
Hinab und hinauf.
Immer tiefer der eine,
Immer höher der andre.
Jenen außen,
Diesen innen.

Windet der erste
Durch Dornen und Hecken
Über Steine und Klippen
Sich steil hinunter
An schwindelnder Felswand;

So führt mich der zweite
Auf sonnigen Fluren
Durch schattige Wälder
Zu grünenden Hügeln.

Gleit' ich aber
Und stürze hinunter
Rücklings, kopfüber
In schaudernden Abgrund;
Schwing' ich mich
Von strahlenden Gipfeln
Flügelgetragen
Leicht in die Lüfte.

Liege zerschmettert
Auf hartem Grunde;
Schwebe empor
Zu ewigem Lichte.

Dr. J.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags.
Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 21. Erstes Februarheft 1904. III. Jahrg.

Liberale von heute.

Es ist merkwürdig, daß sich die Kreise, welche seit Monaten den „Zusammenschluß der Liberalen“ verlangen, noch nicht die Frage ernstlich vorgelegt haben, wie eigentlich die „Liberalen“ beschaffen sind, durch deren Zusammenschluß eine neue Ära gesunder politischer und sozialer Entwickelung in Deutschland eingeleitet werden soll. Und doch ist die Erwägung naheliegend, daß man doch zum wenigsten die Bausteine kennen muß, wenn man auch nur zu einem ganz oberflächlichen Urteile über den Wert eines neu zu errichtenden Baues gelangen will. Die „Liberalen“, von denen so viel die Rede ist, sehen nun sehr verschiedenartig aus in bezug auf ihren Liberalismus. Der eine ist radikal in rein politischen Fragen, aber lau wenn die religiöse Freiheit in Betracht kommt, der andere ist unbedingt zuverlässig auf dem Gebiete der Handelspolitik, aber alles weniger als ein Draufgänger, wenn es sich um Reformen auf sozialem Gebiete handelt. Man müßte darum einem jeden, der sich heute in Deutschland als „liberal“ bezeichnet, zuerst einen Fragebogen zum Ausfüllen überreichen, um wirklich zu wissen, wo sein Liberalismus anfängt und wo er aufhört. Daß dies ein sehr bedauerlicher Zustand ist, wird niemand bestreiten, der weiß, wie eng politische, religiöse, wirtschaftliche und soziale Dinge zusammenhängen. Der bekannte Ausspruch von Ludwig Feuerbach: „Ich gebe keinen Pfifferling für politische Freiheit, wenn ich ein Sklave meiner religiösen Einbildungen und Vorurteile bin, die wahre Freiheit ist nur da, wo der Mensch auch religiös frei ist“ — hat auch darum heute noch seine volle Gültigkeit, er müßte nur noch auf die Sozialpolitik usw. ausgedehnt werden. Die mangelnde Übereinstimmung der Anschauungen

erschwert vor allem das kraftvolle Zusammenarbeiten aller Liberalen und lähmt ihre Aktion beständig besonders auch deshalb, weil jeder Einzelne darauf bedacht sein muß seine etwaige radikale Überzeugung auf irgend einem Gebiete möglichst in den Hintergrund zu drängen, um nicht jedes gemeinsame Wirken von vornherein unmöglich zu machen. Hier liegt eine der Wurzeln für die traurige Lage, in die der Liberalismus in Deutschland gekommen ist. Ein Mitglied der Freisinnigen Volkspartei, das vielleicht in Fragen der inneren Politik unbeugsam für die Volksrechte eintritt, wird sich schaudernd abwenden, wenn ein Vertreter des linken Flügels der Nationalliberalen für energischen Kampf gegen klerikale Herrschaftsgelüste auf dem Gebiete der Volksschule eintritt, und ein Parteigänger der früheren Nationalsozialen, der dem Militarismus wohlwollend gegenübersteht, kann doch nicht leicht mit einem Mitgliede der süddeutschen Volkspartei zu einer Einigung gelangen. So sehen wir, daß ein Zusammenschluß der Linken schon daran zunächst scheitern muß, daß die Angehörigen der verschiedenen linksstehenden Parteien nicht schlechthin „Liberale" sind, sondern Zwitterwesen, welche in bezug auf manche Seiten des politischen Lebens liberal, in bezug auf andere reaktionär sind.

Man wird einwenden, daß diese Charakteristik auch auf andere Parteien zutreffe, daß beispielsweise im Zentrum sämtliche Schattierungen in bezug auf die Wirtschaftspolitik vertreten seien, ohne daß diese Partei auseinanderfalle. Dies ist zutreffend; man darf aber nicht außer acht lassen, daß die gemeinsame religiöse Überzeugung das einigende Band bildet, das sich einstweilen als fest genug erwiesen hat, um die Partei zusammenzuhalten. Ein solches Band fehlt leider zurzeit den Liberalen. Es wäre ja nicht schwer zu finden: wer ernstlich für die Erhaltung und Erweiterung der Volksrechte, für Gedankenfreiheit in jedem Sinne, für soziale Gerechtigkeit einzutreten entschlossen ist, würde dazu bestimmt sein ein wertvolles Glied der Kette zu bilden, welches *alle* Liberalen zusammenzuschließen vermöchte. Aber leider liegt hier eine weitere Wurzel der Ohnmacht, zu der sich der Liberalismus zurzeit in Deutschland verurteilt sieht. In seinen Reihen fehlt es an *Entschiedenheit*. Und das ist ein großes Unglück, denn in der Politik ist jede Schwäche eine Todsünde. Herauszutreten mit seiner Meinung, in wichtigen Fragen jeden Kompromiß ablehnen — wie wenige sind es doch, welche dieses Programm hochhalten! Und manche, die es wohl möchten, fürchten doch die Unannehmlichkeiten, die mit einer derartigen entschiedenen Haltung verbunden sind — und hiermit kommen wir an die dritte Wurzel für die Schwäche des Liberalismus — *sie scheuen sich, Opfer für ihren Liberalismus zu bringen.*

Eine Sache, für die keine Opfer gebracht werden, ist aber verloren. Wenn Parteien groß geworden sind, war es immer die Hingebung ihrer Anhänger, der sie diese Größe zu danken hatten. Man denke nur an die Märtyrer der Maigesetze, welche das Zentrum zu dem gemacht haben, was es heute ist, und an die verfolgten Sozialistenführer, deren Leiden die Sozialdemokratie zusammengeschweißt haben. Die Liberalen unserer Zeit schätzen nun wohl den Liberalismus, sie wollen aber um seinetwillen auch nicht auf die kleinste Bequemlichkeit des Daseins verzichten. Sie sind Schweizerreisende, die die frische Höhenluft der Alpen wohl zu würdigen wissen, die aber nur solche Berge in ihr Reiseprogramm aufnehmen, zu deren Gipfel eine Bahn führt, und die vergessen, daß wohl niemals Bergbahnen erbaut worden wären, wenn jeder so sehr allen Mühen und Anstrengungen aus dem Wege gegangen wäre wie sie selbst. Es ist traurig zu sehen, wie die, welche sich zu den „Liberalen" zählen, sofort von der Betonung ihres Standpunktes Abstand nehmen, wenn sie einen Nachteil daraus befürchten. Eltern, die mit ihrer Konfession innerlich längst gebrochen haben, lassen doch ihre Kinder darin auferziehen und konfirmieren, weil sie fürchten, daß das Kind einmal einen Nachteil davon haben könnte, wenn es konfessionslos wäre. Sie vergessen dabei nur die Kleinigkeit, daß sie selbst und ihresgleichen die Schuld daran tragen, daß der Konfessionalismus sich so tyrannisch geberden und Nachteile bringen kann, weil sie sich ihm beugen. Wenn Deutschlands Schulen, Universitäten, Regimenter, Kontore von den konfessionslosen Söhnen unserer „Liberalen" überschwemmt würden, wäre der Widerstand sehr rasch gebrochen. Da aber die meisten fürchten ihren Kindern Hindernisse auf dem Lebenswege zu bereiten, bleibt ihr Liberalismus gut eingekampfert in der Schublade liegen. Sie machen nicht energisch Front gegen das Institut des Einjährig-Freiwilligen Dienstjahres, weil sie darauf bedacht sind den Angehörigen ihrer Gesellschaftsklasse den Militärdienst möglichst zu erleichtern. Denn sie denken gar nicht daran, daß die Abschaffung dieses Privilegs bald zur Einführung der einjährigen Dienstzeit für alle Söhne des Volkes führen müßte — von einigen Spezialwaffen abgesehen. Sie lehnen nicht ohne weiteres alle Titel und Orden ab, weil es doch im Geschäfte sehr viel Nutzen bringen könnte, wenn man durch amtliche Abstempelung gewissermaßen offiziell zeigen kann, daß man doch mehr ist, als die, welche sich gestern noch für gleichen Ranges hielten. Auch kann es den Söhnen nur bei ihrem Fortkommen nützen und auch den Töchtern zu einer besseren Heiratspartie verhelfen. Persönlich ist man ja doch liberal und spöttelt über alle diese Dinge — aber Ehrungen solcher Art auszuschlagen, wäre doch eine Torheit. Mögen andere in Wort und Schrift dagegen

eifern. Und da gibt es immer noch harmlose Gemüter, die sich darüber wundern, wenn es sich wiedereinmal erweist, daß die Regierung vor dem „Liberalismus“ dieser „Liberalen von heute“ keinen Respekt hat!

Der Einwand liegt nahe, daß nicht jeder, der ein Anhänger der liberalen Weltanschauung ist, sich deshalb dazu berufen halten müsse, auch ein Märtyrer für seine Überzeugung zu werden — und dieser Einwand läßt sich auch tatsächlich hören. Man muß aber leider die Beobachtung machen, daß diejenigen, welche sich selbst „Liberale“ nennen, auch dann zu versagen pflegen, wenn sie ihrer Überzeugung ohne jeglichen Nachteil für ihre Interessen Ausdruck verleihen könnten. Das moderne Leben bietet ja unzählige Gelegenheiten dieser Art — die meisten gehen nur gedankenlos daran vorüber. Man kann die geistige Befreiung des Volkes fördern, indem man die liberale Presse unterstützt, also etwa eine Anzahl Blätter freier Richtung abonniert, gemeinnützige Anstalten, wie Lesehallen, Krankenhäuser, Klubs usw. damit versorgt und auch wohl einzelne wichtige Aufsätze im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten verbreitet, oder auch an andere Zeitschriften zum Abdruck sendet. Man kann gute Schriften, Broschüren in größerer oder kleinerer Zahl erwerben und in geeigneter Weise — z. B. an öffentliche Bibliotheken — verteilen. Man kann Vereinigungen ins Leben rufen, die Vorträge veranstalten, um Aufklärung in alle Schichten des Volkes zu tragen, man kann dafür sorgen, daß ein begabtes Kind aus freigesinnten Kreisen ausgebildet, daß Gesinnungsgenossen geholfen werde, die wegen ihres freien Denkens Zurücksetzung erfahren haben. Alles dies kann man tun, ohne Gefahr zu laufen sich auch nur einer kleinsten Unannehmlichkeit wegen solchen „Sturmgesellentums“ auszusetzen. Aber selbst solche bescheidene Betätigung ihres „Liberalismus“ ist den Liberalen von heute noch zu stürmisch. Von ganz wenigen abgesehen, die auf solche Weise zu wirken streben, kümmern sich die meisten Liberalen weder um ihre Presse noch um ihre Literatur, weder um die geistige Befreiung des Volkes noch um soziale Gerechtigkeit — sie kümmern sich nur um das Gedeihen ihrer materiellen Interessen und um den Lebensgenuß und wundern sich dann alle fünf Jahre fünf Minuten lang darüber, daß es der liberalen Abgeordneten immer weniger wird im deutschen Reichstage.

Wer mit diesen Dingen zu tun hat, muß allmählich daran verzweifeln, daß unsere heutigen Liberalen sich noch einmal zum tatkräftigen Wirken aufraffen werden, bevor ungeheuere Rückschläge eintreten, welche die Reaktion endgültig ans Ruder bringen müssen. Die Volksfreiheiten, das allgemeine, direkte, geheime Wahlrecht, die Schule — alles ist in Gefahr. Aber die „Liberalen“ wissen die Zeichen der Zeit

nicht zu deuten. Ob sie sich zusammenschließen oder nicht — das scheint augenblicklich die kleinere Frage zu sein — die Hauptfrage ist, ob sie wieder anfangen wollen l i b e r a l zu sein.

Bismarck und der Liberalismus.

Von Dr. N i t z s c h e (München).

I.

Der deutsche Liberalismus ist seit 2½ Jahrzehnten in andauerndem, scheinbar unaufhaltsamem Rückgange begriffen, er ist von seiner ausschlaggebenden Stellung seit Ende der siebziger Jahre zur politischen Einflußlosigkeit herabgesunken.

Welches sind die Ursachen dieser Erscheinung?

Soweit man in liberalen Kreisen überhaupt darüber nachdenkt, stehen sich hauptsächlich zwei Ansichten schroff gegenüber. Die einen behaupten: die Schuld trägt ausschließlich Bismarck. Er allein hat der Reaktion und dem Agrarismus zum Siege verholfen, er hat die Politik der Sonderinteressen, den Klassenegoismus in Deutschland entfesselt, Produzenten gegen Konsumenten, Land gegen Stadt mobil gemacht. Eine solche Politik widerspricht unseren Grundsätzen und Idealen. Der Liberalismus vertritt das Gesamtinteresse, die Harmonie und Aussöhnung aller Interessengegensätze, er darf nicht Klassenpolitik treiben, ohne sich selbst aufzugeben. Die Zeitverhältnisse sind dem liberalen Gedanken ungünstig, wir müssen warten, bis bessere Zeiten kommen.

Gegen diese selbstgerechte und pessimistische Auffassung protestieren neuerdings die liberalen „Revisionisten". Sie sagen: Nein! der Liberalismus trägt in erster Linie selbst Schuld an seinem Niedergang, er hat schwere Fehler gemacht, er ist seinen Prinzipien im Kulturkampf und gegenüber der Arbeiterbewegung untreu geworden. Als gesättigte Existenzen hatten wir kein Ohr für die berechtigten Forderungen des vierten Standes, wir versäumten es, ein positives Programm mit neuen Idealen aufzustellen, wir beschränkten uns auf die Abwehr des reaktionären Ansturms und verloren damit die politische Initiative. Wer Macht gewinnen will, muß selbst Machtpolitik treiben, die Harmonielehren und alten Ideologien passen nicht mehr in die Zeit der wirtschaftlichen Interessenkämpfe. Wir brauchen eine neue Taktik und ein neues Programm.

Um sich in diesem Streit ein zutreffendes Urteil zu bilden, wird es nicht unangebracht sein, einen historischen Rückblick auf das Verhältnis Bismarcks zum Liberalismus zu werfen. Denn unleugbar hat dieser Mächtige einen entscheidenden Einfluß auf das Schicksal der liberalen Parteien ausgeübt.

Der kritische Zeitpunkt ist bekanntlich die zweite Hälfte der siebziger Jahre, wo die Katastrophe über den Liberalismus hereinbrach. Darüber ist ausführlich zu handeln.

Seit 1876 war es des Fürsten sehnlicher Wunsch, auf allen Gebieten der innern Politik das Tischtuch mit dem Liberalismus zu zerschneiden. „Bismarck will los von den Liberalen"! meldete im Herbst 1875 sein Freund von Blanckenburg an Roon.

Was bestimmte ihn dazu?

Einmal schien ihm der übermächtige Liberalismus das monarchische Prinzip und sein eigenes selbstherrliches Regiment zu gefährden. „Kein parlamentarisches Regiment" und „kein Königtum von Verfassungsgnaden", diesen konservativen Grundsätzen ist er immer treu geblieben. Wenn er länger mit den Liberalen zusammenging, konnte er ihnen einen Anteil an der Regierung und die Erfüllung ihrer Hauptforderungen nicht versagen, nämlich: verantwortliche Reichsministerien, Diäten, volle Preßfreiheit, freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Ausführung der Verwaltungsreformen usw. Damit wäre eine Minderung seiner persönlichen Machtfülle notwendig verbunden gewesen.

Ferner war das Prinzip der größtmöglichen wirtschaftlichen Freiheit, die Ablehnung jeder Staatseinmischung auf wirtschaftlichem Gebiete, überhaupt die ganze laisser-faire Politik auf die Dauer schlechterdings unvereinbar mit den Anschauungen, die der Kanzler von der historischen Bedeutung und der sozialen Mission des preußischen Königtums hatte.

Ebenso widerstrebte es seiner eigenen selbstherrlichen Natur, angesichts der schweren, andauernden Depression einerseits, dem bedenklichen Anwachsen der Sozialdemokratie andererseits die Hände in den Schoß zu legen. Seit Mitte der siebziger Jahre bekennt er sich immer offener zu staatssozialistischen Anschauungen. Der Staat soll wieder der erste Machtfaktor im Wirtschaftsleben sein. Bismarck erkannte von vornherein, daß hier ein Zusammengehen mit den Liberalen völlig ausgeschlossen war, sie schwuren sämtlich auf die freie Konkurrenz und das freie Spiel der Kräfte, sie dachten nicht daran, irgendwelche Konzessionen zu machen. Das war für ihn ein wesentliches, wenn nicht das wesentlichste Motiv zum Bruche mit den bisherigen Freunden. Es drängt sich hier die Frage auf: war Bismarck überhaupt je aus innerer Überzeugung

liberal, oder ist er nicht vielmehr durch die Macht der Verhältnisse, durch seine nationale Politik zu einer „Mesalliance" mit dem Liberalismus gedrängt worden. Dieser Ansicht hat er selbst Ausdruck gegeben, als er am 9. Juli 1879 bei der Debatte über die Franckensteinsche Klausel furchtbar mit der nationalliberalen Partei abrechnete. „Er könne den Herren nur für die Zukunft größere Bescheidenheit anraten, er sei durch die Abwendung der Konservativen in den kirchenpolitischen Kämpfen enger an die liberale Fraktion gedrängt worden als es für den Minister und den Reichskanzler auf die Dauer vielleicht haltbar ist."

Wie sich der Kanzler mit dem politischen Liberalismus verbündet hat, weil dieser der Träger des nationalen Gedankens war und er ihn ausspielen konnte gegen die partikularistischen Kabinette und die konservativen Landtagsfraktionen, so war ihm auch der ökonomische Liberalismus nur Mittel zum Zweck. Die Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiete mußte ihm helfen die lokalen Schranken und Sonderrechte niederzureißen, sie half ihm den Einheitsgedanken zu verwirklichen. Niemals hätte er mit den Konservativen das Reich gründen können, die wollten nichts wissen von der Verdeutschung „à tout prix", in Preußen wie in den anderen Bundesstaaten waren sie Erzpartikularisten.

Auf verfassungs- und verwaltungspolitischem Gebiete hat ja Bismarck das Programm der Liberalen nie akzeptiert. Für Preußen fielen diese nationalen Rücksichten weg, deshalb wurde hier stets konservativ weiter regiert und auch das Dreiklassenwahlsystem nicht beseitigt. Als nun der Liberalismus mit Abschluß der großen Wirtschafts- und Justizgesetze Mitte der siebziger Jahre seine Schuldigkeit getan hatte, konnte der Fürst sich keinen weiteren Nutzen von diesem Bündnis versprechen.

Zum ersten offenen Konflikt kam es in Militärfragen, als die Regierung 1874 die dauernde gesetzliche Festlegung der Friedenspräsenzstärke auf 401 000 Mann verlangte. Nicht nur die Fortschrittspartei, der prinzipielle Gegner des preußischen Militarismus, opponierte, sondern auch die Nationalliberalen, die sich doch wegen ihrer militärfreundlichen Haltung 1866 von der Mutterpartei getrennt hatten. Die Nationalliberalen waren zwar bereit zu bewilligen, aber nur auf Zeit, sie wollten dieses wichtige Ausgabebewilligungsrecht nicht dauernd aus der Hand geben, kein Äternat schaffen. Nach langen Kämpfen einigte man sich schließlich auf ein Septennat. Schon 1867 bei der Gründung des norddeutschen Bundes hatten die liberalen Parteiführer gegen die dauernde Festlegung protestiert mit der Motivierung, daß es sich hier um die Frage Konstitutionalismus oder Absolutismus handle. Lasker *): „Der

*) Reichstag, sten. Berichte, R. 5. April 1867 S. 554.

Militäretat ist die Grundlage der etatmäßigen Bewilligung .... indem wir der königlichen Macht eine bestimmte Summe Geldes zur Verfügung stellen, geben wir ihr eine Vollmacht, deren rechter Name die Diktatur ist, und diese Diktatur ist nur erträglich und nur notwendig für eine bestimmte Zeit. Darüber hinaus ist sie nicht mehr Diktatur sondern Aufhebung des Verfassungsrechts." Miquel *): „Wir können, ohne die ganze parlamentarische und konstitutionelle Entwicklung dauernd zu gefährden, auf die Dauer nicht auf das Budget der Armee verzichten."

Um das Budgetrecht des Reichstags nicht zu gefährden, wollte man der Regierung keine reichlich fließenden Steuerquellen bewilligen und lehnte darum alle Steuervorlagen in den sechziger und siebziger Jahren aus „konstitutionellen" Bedenken ab. Schließlich erhob man die Forderung „beweglicher" Reichssteuern, d. h. einzelne Steuern, und zwar auf Salz und Kaffee, sollten je nach dem wechselnden Bedarfe jährlich neu quotisiert werden. Das betrachtete die Regierung als den ersten Schritt zum parlamentarischen régime. In der Tat bekannten nationalliberale Führer wie Lasker und Bamberger offen, daß dies ihr Ziel sei. Im Januar 1874 meinte Bamberger in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung", daß die Einführung der parlamentarischen Regierung in Deutschland sich höchstens einige Jahre verschieben lasse. Diese letzten Ziele waren Bismarck sehr wohl bekannt. Er war aber nicht gewillt, die Entscheidung über nationale Machtfragen in die Hand wechselnder Majoritäten zu legen. Daher ging sein vornehmstes Streben dahin, die Regierung vom Parlament finanziell unabhängig zu machen, ihr feste, der Bewilligung des Reichstags nicht unterliegende Einnahmen zu sichern. Damit war die fortwährende Konfliktsmöglichkeit in Militär- und Steuerfragen beseitigt und eine parlamentarische Regierung für die Zukunft unmöglich gemacht. Dieser Zweck konnte nicht besser erreicht werden als durch Ausdehnung der staatlichen Betriebe, durch Monopole aller Art, und nicht zuletzt durch Schutzzölle. Für dieses Wirtschaftsprogramm war dem Kanzler agrarische und konservative Unterstützung sicher, aber nur unter der Voraussetzung, daß er auch für Schutzzölle eintrat. Ohne diese hatte er keine Aussicht, sich die anderen Finanzquellen zu öffnen. *Nur durch Schutzzölle konnte er eine antiliberale Mehrheit zustande bringen und die Herrschaft des Liberalismus brechen.*

In welcher Weise vollzog sich nun der Zusammenbruch der großen liberalen Mehrheit und damit auch des Freihandels? Denn seit Abfall der Konservativen war das Schicksal des Freihandels mit dem der Liberalen identisch. Grade in den entscheidenden Jahren seit 1874 hatte

die Feindschaft zwischen den liberalen Fraktionen bedauerlicher Weise einen akuten Charakter angenommen, und Bismarck tat sein möglichstes, diesen Zwist zu schüren. Die Nationalliberalen wurden von der Fortschrittspartei aufs heftigste angegriffen, weil sie durch Kompromisse in der Militärvorlage, in den Justizgesetzen und endlich dem Sozialistengesetz von 1878 die liberalen Prinzipien schnöde verraten hätten. Ebensowenig herrschte in den Reihen der Nationalliberalen selbst Einigkeit. Dem gemäßigten Flügel unter Bennigsen stand ein radikaler unter Lasker und Bamberger scharf gegenüber, und dieser Gegensatz kam offen zum Ausbruch, als die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund traten. Durch scharfe persönliche Angriffe auf Lasker suchte der Kanzler diese Gegensätze zu vertiefen und den linken Flügel abzusprengen.

Seine offenkundige Absicht war, die großen Fraktionen überhaupt zu schwächen. Der Schutzzollgedanke bot ihm die Aussicht, die Nationalliberalen sowohl wie das Zentrum in ihrem inneren Zusammenhalt zu lockern, vielleicht ganz zu sprengen. Bei dem Zentrum unterschätzte er freilich auch diesmal wieder wie bei dem Kulturkampf die Macht religiöser Ideale. Gelang ihm das Sprengungsmanöver, so hatte er nicht mehr bei allen Gesetzen die Unterstützung einer großen Partei nötig, vielmehr konnte er die Mehrheiten jedesmal ad hoc bilden und die Parteien gegeneinander ausspielen. Darin hat er sich in der Tat seit 1879 als unübertrefflicher Meister gezeigt. Seitdem bestand im Reichstag keine im voraus sicher zu berechnende Mehrheit, jede Gefahr einer wirklich konstitutionellen Regierung war jetzt beseitigt. Fortgesetzt arbeitete Bismarck an der Herabdrückung des parlamentarischen Einflusses.

Außer den unausgesetzten Angriffen auf das Budgetrecht ist zu erwähnen das Projekt eines Volkswirtschaftsrates, „dieses überflüssigen und vom Kanzler abhängigen Nebenparlamentes", wie es Bennigsen nannte. Ferner die Gesetzesvorlage vom 12. Februar 1879 zur Beschränkung der Redefreiheit und Erhöhung der Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder, das sogenannte Maulkorbgesetz. Weiter die Vorlage betr. zweijährige Festsetzung des Etats und Verlängerung der Wahlperioden usw. Fast in jeder Session wurde eine wenn auch aussichtslose Einschränkung der Verfassungsrechte des Reichstags vorgeschlagen. Es ist bekannt, wie gering Bismarck von der Volksvertretung dachte. In den Fraktionen will er nichts mehr als die Gefolgschaft ehrsüchtiger Condottieri sehen, Haufen von publizistischen Strebern, welche mit ihren Führern zur Macht zu gelangen hoffen.

Die Blütezeit der Nationalliberalen fällt in das Jahrzehnt 1867 bis 1877, da waren sie die eigentliche Regierungspartei. Das war zugleich die Ursache ihrer Blüte und ihres Verfalls. Der allgewaltige

Kanzler hat sie in die Höhe gehoben und ebenso wieder in das Nichts zurückgeschleudert. Die Partei war bei den Wahlen von der Regierung nicht weniger abhängig als die Konservativen. Ihre Glanzperiode hatten die Nationalliberalen in der Zeit des Kulturkampfes. Bei den Wahlen von 1873 wuchsen sie von 119 auf 155 Abgeordnete, die Fortschrittler von 28 auf 33 Abgeordnete, allerdings gewann auch das Zentrum 29 Sitze, die Konservativen und Freikonservativen dagegen verloren 33 von 55 Abgeordneten. Und doch hatte sich die Regierung ihnen gegenüber nur neutral verhalten! Die Liberalen hatten mit insgesamt 204 Mitgliedern ein plus von 5 über die absolute Mehrheit. Schon 1877 zog die Regierung ihre schützende Hand von der herrschenden Partei, erstens wegen ihrer Haltung in den Steuerfragen, zweitens weil sie nicht für eine repressive Sozialpolitik zu haben war. Sie hatte nämlich 1875 eine kautschukartige Strafgesetznovelle abgelehnt, die unter andern strenge Strafen auf öffentliche Angriffe gegen die Institutionen der Ehe, der Familie und des Eigentums enthielt. So zogen die Nationalliberalen nur mit 126 Abgeordneten 1877 in den neuen Reichstag ein.

Von verhängnisvoller Bedeutung wurden für sie die Attentate auf Kaiser Wilhelm. Bismarck nutzte sie mit meisterhafter Skrupellosigkeit für seine politischen Zwecke aus. Sofort nach dem Hödelschen Attentat hatte er dem Reichstag ein scharfes Gesetz „zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen" vorgelegt. Es wurde am 24. Mai 1878 mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Die Nationalliberalen stimmten geschlossen dagegen wegen seines reaktionären Charakters und mancher kautschukartiger Bestimmungen. Es herrschte große Erregung in den parlamentarischen Kreisen, als die Vorlage erschien. „Sie ist angeblich gegen die Sozialdemokraten, in Wahrheit gegen die Nationalliberalen gerichtet," meinte Stephani, und der gleichen Ansicht waren sicherlich die meisten seiner Fraktionsgenossen. Man hatte die Empfindung, als sollte die nationalliberale Partei bei dieser Gelegenheit an die Wand gedrückt werden. Der Gesetzentwurf war in einer Weise abgefaßt, daß jemand, der eine wenn auch noch so gemäßigte liberale Partei zur Ablehnung zwingen wollte, es meisterhafter nicht hätte anfangen können." *)

Nun kam das zweite Attentat von Dr. Nobiling vom 2. Juni 1878. Als Bismarck davon erfuhr, war sein erster Ausruf, wie uns sein Vertrauter von Tiedemann erzählt: Jetzt lösen wir den Reichstag auf! Jetzt haben wir sie! Als man ihn fragte, wen denn? Die Sozialdemokraten? antwortete er: ach nein! die Liberalen! Erst dann erkundigte er sich nach dem Befinden des Kaisers. Das Attentat hatte eine beispiellose

*) **Böttcher**: Stephani S. 209.

Wirkung auf die öffentliche Meinung. Es ergoß sich eine Flut von Schmähungen gegen die Nationalliberalen. Sie trügen die moralische Verantwortung für die Freveltat, denn sie hätten das erste Sozialistengesetz zu Falle gebracht. Und diese Erbitterung wurde von der Regierungspresse geschickt geschürt. Es wurde mit bewußter Unwahrheit der sozialdemokratischen Partei die Schuld an den Attentaten zugeschoben und die öffentliche Meinung irre geführt.*) Fast die gesamte liberale Presse beteiligte sich in unheilvoller Verblendung an der Hetze gegen die Sozialdemokratie, ohne zu ahnen, wie verhängnisvoll das Sozialistengesetz dem Liberalismus werden sollte. Das erschreckte Bürgertum verlangte blind nach Gewaltmaßregeln.

Am 11. Juni wurde der Reichstag aufgelöst und der neue Reichstag unter dem Zeichen des roten Schreckens gewählt. Die Nationalliberalen sahen sich zum ersten Male im Wahlkampf von den Organen der Regierung mit Feindseligkeit behandelt, die ganze offiziöse Presse arbeitete mit Hochdruck gegen sie, fast mehr als gegen die Sozialdemokraten. Das Ergebnis der Neuwahlen war ein gewaltiger Rückgang des gesamten Liberalismus. Die Nationalliberalen sanken von 126 auf 98 Abgeordnete, die Fortschrittspartei von 35 auf 26, die Gruppe Löwe-Berger von 9 auf 5, während die Deutschkonservativen von 40 auf 59, die Reichspartei von 38 auf 56 stiegen. Das Zentrum blieb bei seinem Bestand von 93 Köpfen, die Sozialdemokraten verloren nur 3 von ihren 12 Mandaten.

Damit hatte der Liberalismus seine ausschlaggebende Stellung verloren, denn jetzt war es möglich, eine konservativ-ultramontane Mehrheit zu bilden. Die Liberalen waren geschlagen, ehe noch die wirtschaftlichen Entscheidungskämpfe begannen. Das ganze war ein äußerst geschickter Schachzug Bismarcks, denn derselbe Reichstag hatte über die zukünftige Handelspolitik zu entscheiden. Bei seinem ersten Zusammentritt erfolgte die bekannte Erklärung der 204 zugunsten der neuen Wirtschaftspolitik vom 17. Oktober 1878 und kurz darauf wurde das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie angenommen. Dieses zeitliche Zusammentreffen ist recht charakteristisch, es tritt hier auch äußerlich zu tage, wie sehr das Sozialistengesetz dem Protektionismus die Wege geebnet hat. Darauf hat bereits Schulze-Gävernitz in den Verhandlungen des national-sozialen Vereins zu Darmstadt **) hingewiesen: „Es war nicht ein Zufall, sondern eine innere Not-

*) E. Richter: Im alten Reichstag II. p. 65 f.

**) Verh. 1898. S. 98.

wendigkeit, daß der Schutzzoll des Jahres 1878 und das Sozialistengesetz denselben Tagen ihren Ursprung verdanken. Sie sind Kinder desselben Geistes!" Es mag hier daran erinnert werden, daß der Bismarcksche Zolltarif und das Ausnahmegesetz ebenso gleichzeitig gefallen sind.

Die Grundfragen des französischen Kulturkampfes.

Von Dr. M. Kronenberg (Berlin).

V. (Schluß).

Die allgemeine Kulturfrage.

Von der großen französischen Revolution von 1789 bemerkte Kant einmal und dies in einem Augenblick (1797), als schon alle Greuel der Schreckensherrschaft des Konvents an ihm vorübergezogen waren: Die Revolution eines geistreichen Volkes, die wir in unseren Tagen haben vor sich gehen sehen, mag gelingen oder scheitern, sie mag mit Elend und Greueltaten derart angefüllt sein, daß ein wohldenkender Mensch sie, wenn er sie zum zweiten Male unternehmend, glücklich auszuführen hoffen könnte, doch das Experiment auf seine Kosten zu machen, nie beschließen würde, diese Revolution, sage ich, findet doch in den Gemütern aller Zuschauer (die nicht selbst in diesem Spiele mitverwickelt sind) eine Teilnehmung dem Wunsche nach, die nahe an Enthusiasmus grenzt, die also keine andere als moralische Anlage im Menschengeschlecht zur Ursache haben kann.

Auch die Kulturkampfbewegung, von der jetzt Frankreich ergriffen ist, bedeutet eine Revolution, wenn sie auch nicht so eruptiv wirkt, wie die von 1789, und unmöglich wieder so eruptiv wirken kann, in einer Zeit, die, wie die unserige, so sehr erfüllt ist von dem Begriffe der Evolution und dem Bewußtsein historischer Notwendigkeiten. Und auch diese um so viel ruhiger vorschreitende Revolution, die noch zu keinen dramatischen Effekten geführt hat, findet doch bereits bei vielen unbeteiligten Zuschauern jene lebhafte Teilnahme, die Kant mit Recht auf eine moralische Anlage im Menschen zurückführt, und zwar aus dem nämlichen Grunde: weil auch hier eine weittragende sittliche Vernunftidee, die bisher nur in wenigen denkenden Köpfen wohnte, nun entschieden in die Wirklichkeit eingreift und sich anschickt, keine „bloße" Idee mehr zu bleiben.

Denn es handelt sich hier um die Befreiung des ethisch-sozialen vom religiös-kirchlichen Leben, um die Gewinnung voller Unabhängigkeit für jede weltliche Gemeinschaftsbildung, wobei, wie überall, wo wirkliche Freiheit angestrebt wird, der Gewinn ein doppelter ist: für die unabhängige Ethik, die sich befreien will, und für das religiös-kirchliche Leben, von dem es sich befreit. Wenn man das verstehen will, so muß man sich die bedeutungsvolle Rolle klar zu machen suchen, welche das religiös-kirchliche Leben in der bisherigen Kultur-Entwickelung gespielt hat.

Für alle Entwickelung, ebenso in der Natur wie in der Menschenwelt, gilt das von Herbert Spencer so genannte Gesetz der Differenzierung: d. h. alles Fortschreiten zu höheren Stufen dokumentiert sich darin, daß das ursprünglich Einfache komplizierter, mannigfaltiger wird, daß es sein Wesen gleichsam enthüllt, indem das Vielfache, was in ihm verborgen war, selbständig auseinander strebt, oder, wie der technische Ausdruck lautet, daß das mannigfaltig Involvierte sich evolviert. So sehen wir z. B. im animalischen Leben, wie bei den niedrigsten Tiergattungen die Funktionen der Ernährung, Fortpflanzung oder Bewegung, die bei den höchsten Tiergattungen, auch beim Menschen, so außerordentlich entwickelt und an eine solche Mannigfaltigkeit der verschiedensten Organe gebunden sind, ganz primitiv-einheitlich oft nur an einem einzigen Organ sich vollziehen; die Wissenschaft, welche ursprünglich nur in einer Richtung strebt, und nur eine Art von Fragen beantworten will, verzweigt sich allmählich in immer differentere Gebiete usw.

In ähnlicher Weise hat das religiöse Leben in aller Kulturentwickelung die Rolle gespielt, das Primitiv-Einfache, die zellulare Einheit alles höheren geistigen Lebens zu bilden: aus dem religiösen Mythus und den Formen des religiösen Lebens entwickeln sich alle Funktionen höherer geistiger Kultur, bis zu den höchsten hinauf: Rechts- und Staatsordnung, Kunst, Wissenschaft und Philosophie.

Immer dauert es mindestens Jahrhunderte, bis die Loslösung aller dieser verschiedenen Kulturgebiete von der Religion sich vollzogen hat. Selbst innerhalb des für unser Bewußtsein bereits so unabhängig erscheinenden Gebietes der Rechtsordnung und der reinen Wissenschaft erstrecken sich diese letzten Loslösungsbestrebungen bis in unsere Gegenwart hinein oder doch bis dicht in deren Nähe. Man denke z. B. daran, daß noch im 18. Jahrhundert sich deutsche Universitätsprofessoren der Naturwissenschaften, der Medizin und dergl. einer Art von Prüfung in bezug auf ihr religiöses Glaubensbekenntnis zu unterwerfen hatten, wenn sie angestellt sein wollten, und dies nicht etwa blos aus konfessionellem Eifer, sondern weil eben die Überzeugung noch im hohen Grade

herrschend war, daß man nur von der festen Basis des bestimmten religiösen Bekenntnisses aus einen Zugang zur Wissenschaft gewinnen könnte. Und innerhalb der Rechtsordnung beispielsweise sind es erst wenige Jahrzehnte her, daß der konfessionelle Eid abgeschafft wurde. Damals als dies geschah, waren selbst viele unabhängig denkende Menschen der Ansicht, die Rechtsordnung wäre erschüttert, wenn dieser konfessionelle Eid beseitigt werde, man könne sich unmöglich auf die rein menschliche, auf die unabhängig sittliche Sanktion der eidesstattlichen Versicherung verlassen, die religiöse Sanktion sei dafür unentbehrlich. Heute denkt wohl kaum noch jemand ernstlich daran, die Priester der verschiedenen Konfessionen wieder offiziell zur Eidesabnahme in den Gerichtssaal einzuführen.

Am wenigsten weit vorgeschritten ist bis zum heutigen Tage noch die Loslösung der Ethik, und im besonderen der Sozialethik, von diesen religiösen Voraussetzungen. In der Praxis freilich ist auch diese Loslösung bereits in hohem Grade vorhanden, und ebenso gibt es natürlich eine Anzahl von philosophischen Systemen, in welche sie theoretisch vollkommen zur Durchführung gebracht ist. Aber in dem eigentlichen Gemeinbewußtsein der Menschen hat auch in unseren Tagen diese Unabhängigkeit der Ethik von den religiösen Voraussetzungen noch einen verhältnismäßig geringen Boden. Wenn etwa gefragt wird, wie man zu gewissen grundlegenden Sozialproblemen Stellung zu nehmen habe, welche allgemeine ethische Orientierung man in den Konflikten der Gegenwart gewinnen müsse, so suchen alle die vielen Tausende, welche eben hier noch in den religiösen Bewußtseinsformen steckengeblieben sind, nicht zu fragen, welche Einsichten an sich die Menschen bisher in allen diesen Fragen gewonnen haben, was die vernunftgemäße Erkenntnis uns über sie lehrt, welche allgemeinen Voraussetzungen, biologischer, volkswirtschaftlicher, historischer, philosophischer Art hier in Betracht zu ziehen seien, kurz wie wir diese Frage vom Standpunkt der reifsten Anschauungen unserer Zeit zu beantworten haben, sondern man sieht nach, was die klügsten Leute eines Volkes von Hirten und Ackerbauern in Galiläa vor etwa 2000 Jahren gemeint und gemutmaßt haben; und haben sie vielleicht gar nichts über diese Fälle gemeint und gemutmaßt, dann werden dennoch Aussprüche, die damit irgend welche Beziehung zu haben scheinen, hervorgesucht und so lange gedehnt und gestreckt, bis sie eine leidlich plausible Antwort zu ergeben scheinen. Zwar wußten alle diese einfachen Menschen, die da vor einigen tausend Jahren den Monotheismus ausgebildet haben, sie wußten nichts von industriellen Krisen und der Frage des Klassenkampfes und der Proletarisierung der Massen, nichts von Militarismus und Na-

tionalismus und dergleichen, — und dennoch fleht man ihre Hilfe an, um über solche Dinge zu einer Anschauung zu kommen. Es ist nicht anders, als wenn man die astronomischen Probleme unserer Tage dadurch lösen zu können vermeint, daß man bei Ptolemäus oder Aristoteles Nachforschung hält, um von dort sich orientierende autoritative Aussprüche zu holen, oder als wenn der Chemiker unserer Zeit seine Aufgabe dadurch zu lösen vermeint, daß er sich bei den Alchymisten des Mittelalters Rats holt, welche in des Waldes Dickicht gingen und unter Beschwörungsformeln nach dem Stein der Weisen suchten.

In der Tat sieht man denn auch, wie dieses seltsame Bemühen an den verschiedensten Stellen immer wieder Schiffbruch leidet, und wie diese völlige Unzulänglichkeit und Unfähigkeit der religiösen Funktionäre, von ihren Gesichtspunkten aus der ringenden Zeit sozial-ethische Normen zu geben, in der deutlichsten Weise zutage tritt. Noch in den jüngsten Tagen hat der neue Papst ein drastisches Beispiel dieser Art gegeben, indem er feierlich verkündigte, daß das Privateigentum zu der von Gott gesetzten Ordnung gehört. Das bedeutet also nichts anderes als erklären, eines der schwierigsten sozialethischen Probleme unserer Zeit, die Bedeutung und der Wert des Privateigentums, solle nicht gelöst sondern nur autoritativ entschieden werden, weil es so den Interessen der Kirche entspreche, oder es könne nicht gelöst werden, weil eben naturgemäß die Grundlagen, welche man aus den religiösen Schriften herholt, dafür völlig unzureichend sind. Und so zieht man sich dann, um mit Spinoza zu sprechen, in das „Asyl der Ignoranz“ zurück, als welches sich der Gottesbegriff seit unvordenklichen Zeiten immer vortrefflich bewährt hat.

So seltsam dieses aber auch erscheinen mag, das Seltsamste liegt eben nicht darin, daß man ein schwieriges sozialethisches Problem nicht löst, und sachlich zu lösen auch nicht den geringsten Versuch macht, sondern daß man überhaupt die Meinung hegt, es sei die Aufgabe religiöser Gemeinschaften und der Kirche und deren Oberen, solche Fragen mit ihren Mitteln zu beantworten. In Wahrheit aber haben sie mit den eigentlichen Aufgaben des kirchlich-religiösen Lebens und der religiösen Funktionäre gar nichts zu tun.

Denn das eben ist die Erkenntnis, die sich mit unwiderstehlicher Kraft immer mehr Bahn bricht; das religiöse Leben ist etwas durchaus innerliches und etwas durchaus individuelles, und dieses innerlich-individuelle religiöse Leben zu pflegen oder zu leiten erfordert ganz andere Fähigkeiten und Kräfte als die Aufgabe, das Gemeinschaftsleben der Menschen, wo es auch immer sei, zu erkennen, zu durchdringen, und zu organisieren. Das ethisch-soziale Leben und das religiöse Leben sind

durchaus getrennt und entgegengesetzt, wenn auch natürlich beide an den äußersten Punkten, da, wo die letzten Fragen auftauchen, ebenso so gut sich berühren, wie sich auch die letzten Fragen der Naturerkenntnis mit den Grundproblemen von Philosophie und Religion berühren.

Nach beiden Seiten hin wird es also eine wahre Wohltat und ein Kulturfortschritt von der größten Tragweite und praktischen Bedeutung sein, wenn diese Loslösung des sozialethischen vom religiösen Leben auch im Gemeinbewußtsein der Zeit immer stärker und immer nachhaltiger sich vollzieht. Die wesentlichste Voraussetzung dafür ist die Trennung von Kirche und Staat, oder besser gesagt, die Verweltlichung des gesamten Staatswesens: Denn der Staat ist eben die höchste und umfassendste Organisation des Gemeinschaftslebens, welche wir kennen, innerhalb deren alle ethischen Fragen zu lösen sind und von der aus auch alle ihre Signatur erhalten. Und es bedeutet gleichsam eine fortwährende Trübung und Hemmung dieser Entwickelung, wenn in das staatliche Leben, wie ein großer Keil, das religiös-kirchliche sich hineintreibt und so innerhalb der Gesetzgebung, der Verwaltung und schließlich auch in dem Gemeinbewußtsein der Menschen die religiösen mit den sozialethischen Fragen fortdauernd sich vermengen und unaufhörlich von neuem diese Meinung bei den Menschen genährt und gestärkt wird: wie sie Stellung zu nehmen hätten zu den einzelnen Lebensfragen, als Bürger, als Menschen, als Glieder irgendwelcher engeren oder weiteren Gemeinschaft, das hätten sie nicht nach reiffster Einsicht und Kenntnis der Wirklichkeit zu bestimmen, sondern dafür seien ihnen fertige Formeln seit Jahrtausenden überliefert und dafür hätten sie die Erkenntnisgrundlage aus ihrem religiösen Gefühlsleben zu gewinnen oder aus irgendwelchen vermeintlichen Inspirationen Gottes usw., — während doch das Sichversenken in die tiefsten Liebesgeheimnisse des Lebens und der Welt, wie Feuerbach das Wesen des Gottesglaubens definiert, keinem Menschen auch nur ein Geringes helfen kann in bezug auf die Zusammenhänge des sozialen Lebens, welche *erkannt*, aber nicht *erfühlt* sein wollen.

Die Loslösung des religiös-kirchlichen Lebens vom Staat ist indessen nicht mehr als eine wesentliche *Voraussetzung* für einen nachdrücklichen Fortschritt in ethischer Richtung, und in diesem Sinn ist der Kulturkampf, das heißt der Kampf, der die vollste Verweltlichung des Staates zum Ziele hat, eine Notwendigkeit und eine sittliche Aufgabe unserer Zeit. Verhängnisvoll könnte es nur werden, wenn diese Aufgabe dahin mißdeutet würde, als hätte der Staat die bestehenden Religionsformen und Religionssysteme einseitig zu beseitigen oder zu reformieren und irgend etwas andres, wirklich oder vermeintlich Vorge-

schritteneres an deren Stelle zu setzen. Daß solche Fehler, wie sie beispielsweise in der großen französischen Revolution hervorgetreten sind, auch heute noch nicht ausgeschlossen sind, haben mancherlei Vorgänge der letzten Jahre in Frankreich deutlich genug gezeigt. Es ist aber unwahrscheinlich, daß sie mehr als episodische Bedeutung erhalten und von neuem dazu führen könnten, die Majorität des französischen Volkes mit sich fortzureißen. Denn eben darin unterscheidet sich dieser neue Kulturkampf von den Methoden des alten Kulturkampfs, daß er, durch die Erfahrungen der Vergangenheit, wie durch die tiefergehende geistige Entwickelung belehrt, nicht mehr darauf ausgeht, Religion und Kirche umzumodeln, sondern dem religiös-kirchlichen Leben als solchem innerhalb des gesamten weltlichen Lebens, des Staates und unter seiner unbedingten Suprematie die freie Entfaltung zu sichern; daß es nicht die Aufgabe des Staates ist und jemals sein kann, in die unendlich mannigfaltigen Formen des religiösen Lebens bestimmend einzugreifen, sondern nur deren freie Entwickelung innerhalb der Grenzen der allgemeinen Gesetzgebung zu sichern und zu schützen. Der Staat hat, mit anderen Worten, dem religiös-kirchlichen Leben gegenüber schlechterdings gar keine positive, sondern nur eine negative Aufgabe, in ähnlicher Weise, wie etwa den verschiedenen Kunstformen gegenüber, deren Anwendung und Entwickelung innerhalb der allgemeinen Gesetzgebung frei und gesichert sein muß, von denen aber keine durch Machtspruch von oben privilegiert oder begünstigt werden darf.

Daß in diesem Sinne der französische Kulturkampf schließlich durchgeführt werden wird, dafür sprechen vielerlei Anzeichen und dafür bietet nicht zuletzt eine gute Gewähr die Tatsache, daß es gerade eine rein ethische Frage, der Kampf um die höchste Gerechtigkeit, gewesen ist, welche den ersten Anstoß in der ganzen Kulturkampfbewegung gegeben hat. Es ist nicht zweifelhaft, daß diese über kurz oder lang auch auf andere vorgeschrittene europäische Staaten, wie es teilweise bereits geschehen ist, übergreifen wird, weil sie alle mehr oder weniger schließlich einmal dasselbe Problem der Verweltlichung des Staates zu lösen haben, da sie durch den Zwang der Umstände wie der inneren Logik unaufhaltsam dazu gedrängt werden. Frankreich ist hierbei in der glücklichen Lage, infolge des großen Zwischenspiels der Revolution von 1789 erheblich mehr von dem alten Schutt der Vergangenheit bereits beseitigt zu haben als andere Länder und leichter die Herstellung des rein weltlichen Staates auf Grund bloßer Vernunfteinsicht vollziehen zu können, wie es ja auch die Loslösung des modernen Rechtsstaates vom alten Feudalismus verhältnismäßig leicht, man kann sagen in einer Nacht, (vom 4. bis 5. August 1789) vollziehen konnte. Es kann dies auch des-

halb leichter, weil der ganze Charakter des französischen Volkes mehr dazu disponiert ist, solche rasch vorschreitenden impulsiven Übergänge zu vollziehen, im Gegensatz beispielsweise zu England, wo man mit großer Zähigkeit an den historischen Überlieferungen festhält, im Gegensatz auch zu Deutschland, wo die Beeinflussung durch sentimentale Gefühle eine so wesentliche Rolle spielt. Vielleicht wird, wenn die volle Befreiung des weltlichen Staates durchgeführt ist, und man dann an die so viel schwierigere und länger dauernde Aufgabe der freien sozial-ethischen Durchdringung des gesamten Gemeinschaftslebens herantritt, die Führung auf Deutschland übergehen, wo, dem Charakter der deutschen Kultur entsprechend, solche Probleme in größerer Tiefe gelöst zu werden pflegen. Wie dem aber auch sein mag, so haben jedenfalls auch in Deutschland alle Freunde sittlicher Freiheit und eines wahren ethischen Fortschrittes allen Anlaß, den Vorgängen in Frankreich mit Aufmerksamkeit zu folgen und zu wünschen, daß der dort begonnene Kulturkampf zur vollen und gründlichen Lösung des Problems der Verweltlichung des Staats ohne allzu heftige Erschütterung führen möge.

Zur Kritik der Rassenmystik.

Von Wilhelm Schlüter (Eutin).

Wer liebte nicht die Philosophen, die aus kräftigen Dissonanzen ihr Denken zur Musik stimmten? In denen die Heiterkeit ein Sieg ist, kein leichtfertiger Optimismus? In ihrer Art sich zu geben, umspielt sie ein wunderbarer Glanz. Fest auf Fest feiert man bei ihnen. Emerson sah sie dahinwandeln durch die Welt als die „Hohepriesterschaft der reinen Vernunft“, als die „Erforscher der Grundgedanken von Jahrhundert zu Jahrhundert“. Sie präsentieren die „völkerverbindende Akademie“, jenen unantastbaren „Kosmopolitismus“, den wir Deutsche gar zu gern als Korrektiv des Nationalismus in uns walten lassen. Mit Recht hat man nicht nur fürs eigene Volk auch ein Herz. Denn sollte man sich nicht hingezogen fühlen zu Plato, zu Plotinos, Boëthius? Von den Modernen zeigen Goethe und nicht minder Emerson, der edle Amerikaner, die Würde dieses königlichen Geschlechts. Und wenn ich auch von den abstrakteren Philosophen der neueren und neuesten Zeit zwei Geister nennen soll, die in gleicher Weise auf mich wirkten, so richtet sich mein Auge unwillkürlich auf den über allen Rassen-Aspekten stehenden, von Goethe, dem großen Deutschen, so hoch verehrten Spinoza und auf Ferdinand Tönnies.

Beide sind mir für jene hehre Betrachtungsweise typisch, welche die Handlungen und Begierden so vor sich hinstellt „als handle es sich um Linien, Flächen und Körper“. Sie sind mir in dieser Hinsicht Repräsentanten des Menschengeschlechts. Neben denen ich allerdings die Männer der Bewegung und der leidenschaftlicheren Subjektivität nicht missen möchte.

Es war in der Großstadt, wo Spinozas vornehmer, sonniger Intellekt mich zum Begreifen der Dinge „unter dem Gesichtspunkte der Ewigkeit“ führte. Als ich dann später auf dem Lande weilte, beständig die agrarischen Verhältnisse mit den mir geläufigeren industriellen vergleichend, hat mich mein Schutzengel just zur rechten Zeit zu Ferdinand Tönnies gebracht. Denn um sein Hauptwerk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ zu verstehen, muß man die Arbeiten, Kämpfe, Sorgen beider Sphären kennen. Gerade die Doppelseitigkeit der Beobachtung macht Tönnies Philosophie so offen und hell. Es genügt besonders in der Soziologie nicht, eine Reihe von Phänomenen für sich zu betrachten, wenn sie auch noch so straff kausal in sich zusammenhängen. Die Gegen-Phänomene müssen ihnen gegenüberstehen. Tendenzen und Gegentendenzen müssen in- und auseinanderstreben. So wie's in Wirklichkeit geschieht. Um also das Leben richtig zu verstehen, muß man außer der Handels- und Verkehrs- (Gesellschafts-) Kultur der Städte auch die bodenentsprossene Gemeinschaftskultur des Landes in der Besonderheit ihres Wesens bis auf die Wurzeln durchschauen. Und dabei darf man nicht ungeduldig werden. Das Notwendige und Unvermeidliche, zu dem die Konsequenz des sachlichen Vergleichens leitet, ist zunächst ganz einfach festzustellen. Ohne Moralisieren, mit mathematischer Unerbittlichkeit. Sonst kommt man aus dem Sich-vergreifen nicht heraus. Hat man sich theoretisch informiert, dann mag die praktische Vernunft gebieten: Nicht länger ängstlich zurückgeblickt! Vorwärts mit gläubiger Zuversicht!

Ferdinand Tönnies schuf die Orientierungssymbole, die Not tun. Sie haben nichts Gesuchtes, tragen schlichte deutsche Namen und sind doch, so wie Tönnies sie behandelt, von unerschöpflicher Ausgiebigkeit. Aus zwei Blickwinkeln ist das Verbundensein der Menschen zu begreifen, aus dem der Gemeinschaft und aus dem der Gesellschaft. „Die Keimformen der Gemeinschaft sind durch mütterliche, geschlechtliche und geschwisterliche Liebe gegeben, die gesellschaftliche Tatsache liegt im Tauschakte vor, der sich am reinsten darstellt, insofern er sich vollziehend gedacht wird von Individuen, die einander fremd sind und nichts miteinander gemein haben, also wesentlich antagonistisch oder geradezu feindlich einander gegenüberstehen.“ Für reine Gemeinschaft ist daher die Familie die „ideale“ (der Orientierung die besten Handhaben bietende) Form. („Das Stu-

dium des Hauses ist das Studium der Gemeinschaft, wie das Studium der organischen Zelle Studium des Lebens ist"). In der Familie waltet jene „schenkende Tugend", die da liebt und hilft und leitet ohne Bezahlung, ohne formelle Abgrenzung der Rechte und Pflichten. Über dem Einzelnen waltet kein geschriebener „Kontrakt", sondern die Eintracht, das stillschweigende Einverständnis aller, jedem nach Alter und Geschlecht, so wie der Tag es mit sich bringt, seine Funktionen zuweisend. Wie denn z. B. „die Hut des Wertgehaltenen dem Weibe, die Abwehr des Feindlichen dem Manne zufällt". Am reinsten entfaltet sich diese Art des Zusammenlebens auf der Grundlage echter Bodenständigkeit, in dauernder Beziehung auf den bebauten Acker. Doch bleibt auch der Gemeinschaftsgedanke in dem Stadt-Begriff erhalten (daß jede „bürgerliche Haushaltung" eine Gemeinschaft ist, braucht nicht betont zu werden). Aber nur insofern auch sie ein „sich selbst genügender Haushalt" ist, und „mit ihrer Sprache, ihrem Glauben, wie mit ihrem Boden, ihren Gebäuden und Schätzen, ein Beharrendes" ist, „das den Wechsel vieler Generationen überdauert und teils aus sich selber, teils durch Vererbung und Erziehung ihrer Bürgerhäuser, wesentlich gleichen Charakter immer aufs Neue hervorbringt".

Im Übrigen aber wird die Stadt der erste Schauplatz des nackten gesellschaftlichen Begriffs. In der Gesellschaft aber, so wie sie als abstraktes Orientierungs-Symbol zu verwenden ist, bleibt „Jeder für sich allein und im Zustande der Spannung gegen alle Übrigen. Die Gebiete ihrer Tätigkeit und ihrer Macht sind mit Schärfe gegen einander abgegrenzt, so daß Jeder dem Anderen Berührungen und Eintritt verwehrt, als welche gleich Feindseligkeiten geachtet werden. Solche negative Haltung ist das normale und immer zugrunde liegende Verhältnis dieser Macht-Subjekte gegen einander, und bezeichnet die Gesellschaft im Zustande der Ruhe. Keiner wird für den Anderen etwas tun und leisten, Keiner dem Anderen etwas gönnen und geben wollen, es sei denn um einer Gegenleistung oder Gegengabe willen, welche er seinem Gegebenen wenigstens gleich achtet. Es ist sogar notwendig, daß sie ihm willkommener sei, als was er hätte behalten können, denn nur die Erlangung eines Besser-Scheinenden wird ihn bewegen, ein Gutes von sich zu lösen". (Gemeinschaft und Gesellschaft II § 19). Daß das seelische Verhalten (ganz abgesehen von allen Rassen-Hypothesen) in einer Gruppe, in welcher dieses Gesellschaftsprinzip dominiert, durchweg ein anderes sein muß als in der Gemeinschaft, erfolgt schon aus der Logik dieser wertvollen Definitionen. Denn es ist nicht schwer, sich zu vergegenwärtigen, welche weiteren Geneigtheiten, Triebe, Affekte in der Richtung des

Tauschaktes liegen. Des eignen Urteils ist man zwar nicht enthoben. Auch nicht der Selbstkritik! Man muß die abstrakt erkannten Tendenzen und Dispositionen auch im „Konkreten" wiederfinden. In sich selbst so gut wie in anderen! Mit unklarer Rassen-Mystik ist der deutschen Sache nicht gedient. Wir sind alle durch eigene Schuld, um diesen üblen Ausdruck zu gebrauchen, „semitisiert". Was hat beispielsweise die Treuherzigkeit unserer Ahnen mit den Formen unserer konventionellen Geselligkeit gemein? „Deren oberste Regel die Höflichkeit ist: ein Austausch von Worten und Gefälligkeiten, in welchem Jeder für Alle dazusein, Alle Jeden als Ihresgleichen zu schätzen scheinen, in Wahrheit Jeder an sich selber denkt und im Gegensatze zu allen übrigen seine Bedeutung und seine Vorteile durchzusetzen bemüht ist. So daß für alles, was Einer dem Anderen angenehmes erweist, er wenigstens ein Äquivalent zurückzuempfangen erwartet, ja fordert; mithin seine Dienste, Schmeicheleien, Geschenke usw. genau abwägt, ob sie etwa die gewünschte Wirkung haben werden." — Ist es unwichtig, wenn solchergestalt eine lange Kette von Enttäuschungen, die jeder durchgemacht hat und wieder durchmacht, in Gesetzmäßigkeiten sich auflösen? Wenn ein ungehemmter Gedankenfluß durch ein die meisten so verwirrendes Geschehen sich leiten läßt? Das Geistigherrlichste ist gewiß der Enthusiasmus. Gerade darum sollte man ihn vor überflüssigen Illusionen bewahren. Und Philosophieen nicht abweisen, die zu höherer Erkenntnis und Gerechtigkeit emportragen.

Um nun aber mit dem Urteil in die rechte Tiefe zu dringen, muß man bis in den Seelengrund hinein empfinden, was die Gemeinschaft überhaupt an Lebenswerten zu bieten vermag.*) In vertrauensvoller Eintracht wurzelnd (wie wir schon sahen), gestützt auf Ehrfurcht, Pietät, auf die „Sittlichkeit der Sitte" ist Gemeinschaft der Flüssigkeit und Wärme des elementaren Lebens angepaßt, ein Ausdruck nur solches Lebens. Aller Formengeist ist hier naturhaft, instinktiv. Aber auch vollwüchsig, ungebrochen, tief poetisch. Von „innen nach außen dringend", organisch, ungekünstelt. Wie Lieder, Sagen, Märchen kundtun, vor allem auch der Kultus. Der echte Kultus der Gemeinschaft war immer

*) Wie die dumpfigste Spelunke noch atmosphärischen Sauerstoff enthält, so auch das „sozialisierteste" Lebensgebiet irgendwie Gemeinschaft. Aber man kann sich über die divergierenden Tendenzen nicht täuschen. Schon im gewöhnlichen Sprachgebrauch wird „alles vertraute, heimliche, ausschließliche Zusammenleben als Leben in Gemeinschaft verstanden". „Gesellschaft ist die Öffentlichkeit, ist die Welt. In Gemeinschaft mit den Seinen befindet man sich von der Geburt an, mit allem Wohl und Wehe daran gebunden. Man geht in die Gesellschaft wie in die Fremde". (Tönnies.)

Kunst. Die Kulturgeschichte bezeugt es. „Was für die Abgeschiedenen und Verehrten getan wird,*) geschieht aus feierlicher, ernster Stimmung auf eine besonnene, abgemessene Weise, dazu angetan, dieselbe Stimmung zu erhalten und folglich hervorzurufen. Hier wird auf das Gefällige in den Verhältnissen der Reden, der Handlungen, der Werke . . . mit Strenge geachtet; das Mißfällige, Maßlose, dem Herkommen Widrige verabscheut und ausgestoßen. Denn freilich kann das Alte und Gewohnte, aber auch dieses allein, das Streben nach Schönheit im Kultus hemmen; und doch nur, weil es für die Gewohnheit und das ehrfürchtig-fromme Gemüt eine eigentümliche Schönheit und Heiligkeit in sich trägt. (Gemeinschaft und Gesellschaft I § 18).

So mochte denn in einer gemeinschaft-zersetzenden Zeit der Mann ein Heiland sein, der alles trauliche der Gemeinschaft in Gott hineintrug, „unseren Vater in dem Himmel". Und heute mag in gleicher Konstellation der „Allseher" gepriesen sein, der, das Ineinander aller Dinge schauend, das Herz in ein Gemeinschaftsverhältnis zum Weltall setzt, als einem „Künstlergemüte". Und aus dem Hochgefühl des „Evangeliums" oder des „Monismus" heraus mag ein „Gottesdienst der Schaffensarbeit" gefordert werden. Ein Wirken, das erbauen und erfreuen will, in das der Wille aus dem Kern heraus warm, „organisch" überströmt. Wie ja auch die unversehrte Gemeinschaft alle Arbeit „rhytmisierte". Auch heute noch Ackerbau und Viehzucht ein Warten, Hegen, Pflegen in sich schließen, das dem künstlerischen Schaffen eng verwandt ist. Die Gemeinschaft enthält eben in naturhafter, indifferenzierter Form alles, was nun, wo es durch das Gesellschaftsprinzip verkümmert oder beseitigt ist, als Ideal vor unserer Seele steht. In ihr war das Leben selbst Religion, sie bot die „goldenen Tafeln", mit denen die „Asen" spielten, ehe die Zeiten, die bösen kamen, in denen die Goldgier alles verschob. Auf der andern Seite bezeichnet „Gesellschaft" „den gesetzmäßig-normalen Prozeß des Verfalls aller Gemeinschaft". Die Gesellschaft kennt als solche keine sympathischen, pietätvollen Beziehungen. „Die Dinge sind ihr alle gleich und jedes einzelne oder jede Menge bedeutet ihr nur eine gewisse Quantität der für sie notwendigen Arbeit". Das Arbeiten in der Gesellschaft ist daher nicht „ein Stück der einem Menschen eigenen Art zu leben, zu reden, zu schaffen", sondern wird am besten als ein „Opfer" vorgestellt, „mithin als an und für sich ungern, mit Widerwillen geschehend, so daß nur der Gedanke an den (allein erwünschten) Zweck, d. i. an Genuß, Vorteil, Glück, dazu als zu freiwilliger Arbeit bewegen kann". Diese „Freiwilligkeit" ist aber „Unfrei-

*) Mit dem Seelenkulte beginnt bekanntlich alle Religion.

heit in bezug auf sich selber“ (auf das, was der leiblich-geistige Organismus als Ganzheit will).

Tönnies sieht sich genötigt, um das Innenverhältnis des Einzelnen zur Tätigkeit in der Gemeinschaft und in der Gesellschaft zu unterscheiden, die Begriffe des Wesenwillens und der Willkür zu konstruieren. Dem „Wesenwillen“ als dem „psychologischen Äquivalente des Leibes“, dem Einheitsprinzip des Lebens, (der „affirmativen Kraft der Konstitution“ sagt Emerson) entsprechen alle Triebe und Empfindungen, die „als erfolgend aus der ursprünglichen Keimanlage des individuellen Wesens müssen gedacht werden“ (Tönnies.) Es ist der „mächtige Gebieter“ hinter den Gedanken (Nietzsche! Schopenhauer: Suprematie des Willens, „Voluntarismus“), der „Einbläser der Begriffe“, das „Selbst des intellektuellen Ichs“. „Der schaffende Leib“, sagt Zarathustra „schuf sich den Geist als eine Hand seines Willens“. Das ist der Wesenwille, der als Gesinnung, Gemüt, Gewissen in Aufrichtigkeit, Güte, Treue seine Tugenden hat und im Schaffensdrange des Genies seine Krone. Muß man noch sagen, daß seine eigentliche Heimat, sein Nährboden, seine Atmosphäre in der Gemeinschaft zu finden sind? —

Die Willkür dagegen entspricht der Gesellschaft. Der Mensch wird durch sie sein eigener „Schuldner und Knecht“. Die Tätigkeit des Verstandes wird in ihr bis zu einem gewissen Grade unabhängig von der Pein und Lust des Organismus, sie bildet „Systeme von Gedanken“, die ihr eigenes Gesetz in sich tragen und sie bestimmen, Freigefühl und Annehmlichkeiten zu opfern, um dadurch Ehre, Wissen, Erfolg oder Sicherheit zu „erkaufen“. So wird der Träger solcher Willkür vorzugsweise durch Berechnung geleitet. Er will „nichts umsonst tun; alles, was er tut, soll ihm etwas eintragen; was er ausgibt, soll in anderer Gestalt zu ihm zurückkehren; er ist stets auf seinen Vorteil bedacht; er ist interessiert“. (Tönnies.) In der Willkür steigert sich daher immer mehr die „Bewußtheit“, „das verfügbare, zu planmäßiger Anwendung geeignete Wissen“, die Kenntnis von den eigenen, fremden, entgegenstehenden (also zu überwindenden) oder günstigen (also zu gewinnenden) Kräften und Mächten“. — „Das bewußte Individuum verschmäht alle dunklen Gefühle, Ahnungen, Vorurteile, als von nichtigem oder zweifelhaftem Werte in dieser Beziehung, und will nur seinen klar und deutlich gefaßten Begriffen gemäß seine Pläne, seine Lebensführung und seine Weltansicht einrichten.“ Und je mehr die Geistesarbeit systematisch, also „willkürlich“ wird, desto mehr verschwindet aus ihr die dem Wesenwillen gemäße Weisheit. An ihre Stelle tritt das wissenschaftliche Denken, das „nicht so sehr eine besondere Begabung, Zucht und Übung mehr erfordert, um das Werk zu gestalten, als nur die durchschnittliche

abstrakte Qualität des animal rationale; denn die Methode erleichtert alles und tut die eigentliche Arbeit; nur ihr Gebrauch muß erlernt werden und um dessenwillen ihr Wesen erkannt werden. Und hierfür wird die wahre mentale Produktion, die Tätigkeit des Gedächtnisses oder der Einbildungskraft, durchaus überflüssig, ja schädlich; Willkür muß eintreten, d. h. Absicht (Aufmerksamkeit) und logische Operationen, deren einfacher Ablauf sich zu jener mentalen Produktion verhält, wie die bloß dirigierte Ausgabe menschlicher Muskelkraft zu der liebevollen, nach seinem Geschmack und seiner Sorgfalt vollbrachten Hand- und Geistesarbeit des Bildhauers oder Malers".

Man müßte ein totes Herz haben für den Reiz eines wohlgegliederten Systems, wenn man sich zu solcher Philosophie nicht hingezogen fühlen sollte. Wie Lichtsäulen das Licht tragen die vier Begriffe: Gemeinschaft, Gesellschaft, Wesenwille, Willkür den Tempel eines alles Menschliche umfassenden Verstehens. Wer eingetreten ist, wird den religiösen, ästhetischen, kommunistischen Idealen gerecht werden und auch den Eifer der Rassen-Theoretiker begreifen. Es handelt sich um etwas mehr als ökonomische Gegensätze. Das sollte man auf der linken Seite endlich einsehen. Der bedrohte Wesenwille ist es, der sich erhebt! Ich selbst wurde für ein Weilchen beirrt und erst durch Tönnies fand ich mich zu der Ätherspháre Spinozas, Goethes wieder völlig zurück. Allerdings nicht ohne schmerzliche Resignationen. Denn der Ausblick in die Zukunft ist bei Tönnies erhaben, aber tragisch. Die Willkür setzt sich nur auf Kosten des Wesenwillens durch. Der Wesenwille aber ist der Kern, das Zentrum, das Mark. Wird er nicht fort und fort kräftig reproduziert, dann hört das Leben auf, gesunde Blüten zu treiben. Die Nervenkraft kann nicht mehr mit. Die Kultur bricht zusammen. Winken dann irgendwo doch neue Morgenröten? „Mein Pessimismus", sagt Tönnies in einer Abhandlung, „betrifft höchstens die Zukunft der gegenwärtigen Kultur, aber nicht die Zukunft der Kultur überhaupt" . . .

Sich damit zu bescheiden, das wird nicht jedermanns Sache sein. Aber danken wir dem Genius der Menschheit, wenn er Geister auswählt, um die „Zeichen Gottes" ohne Leidenschaft zu schauen. Die Begeisterung kann Großes schaffen. Was aber sollen wir gewinnen, wenn sie lässig kontrolliert, die Kulturgesetze verschleiert durch Worte ohne Einsicht?

Grundfragen der Psychologie.

Von W. Bolin (Helsingfors).

Aufgabe der Wissenschaft ist die in der Realität gegebenen Dinge und Vorgänge genau so aufzufassen und zu deuten, wie sie in ihrer Eigenbestimmtheit sind. Welche Schwierigkeit es damit hat, zeigt die Geschichte der Wissenschaften, die in einer Kette von Irrtümern verläuft; diese als solche zu erkennen, ist nicht so einfach und leicht, weil unter Umständen auch Irrtümer ein Daseinsrecht haben, das sich mit äußerster Zähigkeit behaupten kann. Man denke nur an die jahrtausendlange Geltung des geozentrischen Standpunkts bei der Astronomie. Die für richtige Einsichten hier hinderliche Annahme eines Stillstandes der Erde stützt sich, wie nur je etwas, auf den offenbarsten, durch einstimmigste Auffassungsgleichheit bestätigten Augenschein. Ermittelt wurde die ihm anhaftende Täuschung zweifellos auch auf dem Wege sorgfältigster Prüfung von Erfahrungstatsachen, wobei zugleich die anscheinende Sonnenbewegung erklärt werden konnte. Wodurch entspricht der heliozentrische Standpunkt dem wirklichen Tatbestande der bei der Astronomie in Betracht kommenden Vorgänge? — Dadurch, daß die rein menschlich gegebene Auffassung jener Vorgänge, die nur in ihren gegenseitigen Beziehungen erkannt sein wollen, einfach hinweggefallen: wissenschaftlich ward die Astronomie, indem sie sich ohne den Menschen und dessen unmittelbare Beziehungen zur Erde behelfen lernte. Die der richtigen Auffassung und Deutung der Realität hinderliche Fehlerquelle liegt zumeist im Hinzutun und Hinzudenken von Bestimmungen, die den in menschlichen Bedürfnissen und Daseinsbedingungen wurzelnden Gewohnheitsvorstellungen entstammen. So hat die Chemie langehin die Verbrennung nicht aus hier den Prozeß selbst bewirkenden Verhältnissen und Zuständen ableiten können, sondern nur aus der Annahme eines besonderen Brennstoffes, der in der Art der Feueranlegung im Alltagsbedarf zu den in Brand geratenden Stoffen hinzukommend gedacht wurde. Ähnlich hat auch die Physik noch während der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Wärme als einen elastischen Körper angesehen, der in die Dinge eindrang und sie wieder verließ, wie man dies täglich beim Einheizen des Ofens im Hause wahrzunehmen gewohnt war. Beidenfalls gab es keine wissenschaftliche Einsicht, sondern nur eine scheinbare: die Verbrennung geschieht durch Brennstoff, die Erwärmung durch Wärmestoff, ist eine Erklärungsart, die Molière in der allbekannten Definiton von Morphium beim famosen Doktorexamen im Malade imaginaire köstlich verspottet hat.

Nicht anders steht es diesenfalls um die Psychologie. Zum

Rang einer wahrhaften Wissenschaft hat sie sich erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, eigentlich während den beiden letzten Jahrzehnten aufgeschwungen. Wiewohl schon seit Aristoteles ein Gegenstand wissenschaftlicher Bearbeitung, blieb die Psychologie, bei einer Fülle gleichsam nebenher erworbenen empirischen Materials, der Sterilität spekulativer Begriffsspielerei verfallen, solange sie von der in keiner Erfahrung nachweisbaren Voraussetzung einer immateriellen unsterblichen Seele ausging. Die Grundanschauung war, daß die als selbständiges Wesen vorgestellte Seele den ihr untergeordnet gedachten Leib als Werkzeug für ihre Absichten brauche, genau wie der Mensch selbst die ihm verfügbaren Außendinge für seine Zwecke verwende; und wie der lebendige Mensch und die leblosen Gegenstände seiner Bedürfnisse zwei getrennten Welten angehören, so auch die Seele gegenüber dem ohne sie als durchaus leblos angenommenen Leibe. Der hier fixierte Gegensatz der Seele zu dem als bloßen Kadaver gefaßten Leibe stammt aus der Theologie und hängt mit Vorstellungen zusammen, die nicht dem Erfahrungsbereich angehören. Das Seelische als gesondertes, den Leib nur während der kurzen Zeitspanne des Erdendaseins bewohnendes Wesen ist eine Fiktion, und schon im 18. Jahrhundert hat Hume nachgewiesen, daß mit der Annahme eines solchen Sonderwesens die seelischen Vorgänge nicht erklärt sind. Erst die Einsicht, daß man es beim Seelischen nicht mit einem seienden Ding, sondern mit einem Geschehen zu tun habe, welches überdies allemal nur an Lebewesen, nur in dem Zustande absoluter Einheit von Leib und Seele wahrnehmbar sei, befreite die Psychologie aus ihrer bisherigen Rückständigkeit. Physiologen und Physikern — den Gebrüdern Weber und F. Th. Fechner in Leipzig — verdankt die Psychologie diese gewichtige Förderung. Sie wendeten die bei aller exakten Forschung bräuchlichen Messungen auf die Lebensvorgänge an, in denen Physisches und Psychisches zusammenfallen: durch die Psychophysik gelangte die Psychologie zu der sie nunmehr auszeichnenden Gleichberechtigung mit anderen Gebieten exakter Forschung, denen sie auch durch Anstellen von Experimenten mittels eigens dafür hergestellter Apparate an die Seite getreten. Wissenschaftliche Bedeutung erhielt die Psychologie einfach dadurch, daß sie die von ihr zu ermittelnden Erscheinungen und Vorgänge, genau wie man sie vorfindet, aufzufassen und zu erklären sich entschloß: die heutige Psychologie vollzieht ihre Arbeit durchaus ohne Seele in der ihr von der Theologie gegebenen Bestimmung.

Die wissenschaftliche Psychologie steht in engster Beziehung zur Physiologie, speziell der das Gebiet der Nerven- und Sinnentätigkeit bearbeitenden, jedoch mit einer eigens ihr zukommenden Aufgabe. Während

jene rein körperliche Vorgänge untersucht, hat es die Psychologie mit den ihnen entsprechenden Lebensvorgängen zu tun, in denen ein bewußtes Selbst der von ihm vorgefundenen Umwelt gegenüber sich behauptet. Nur die jedem Selbst gegenwärtigen inneren Vorgänge, die herkömmlich als seelische aufgefaßt und bezeichnet werden, sind Gegenstand der Psychologie, und zwar allemal im Verhältnis zur gegebenen Wirklichkeit; diese und das als ein eigenes Selbst sich fühlende organische Lebewesen hat die Psychologie zu ihrer unabänderlichen Voraussetzung, und auf eben diese Grundtatsachen stützen sich alle zur genauen Ermittelung der seelischen Funktionen erforderlichen Messungen und Experimente. Hiernach ist das der Psychologie zugeführte Material ein durchweg gleichartiges, und mithin müßte auch hinsichtlich der Grundfragen beim Auffassen und Deuten psychischer Vorgänge völlige Einheitlichkeit bestehen. Diese Selbstverständlichkeit, von den auf Mathematik und Mechanik gebauten exakten Wissenschaften längst erreicht, hat die heutige Psychologie noch als Ziel vor sich. Betreffs der seelischen Vorgänge beanspruchen verschiedene Grundauffassungen eine Geltung, die natürlich nur e i n e r unter ihnen als der die gewonnenen Einsichten richtig verwertenden zufallen kann.

Zunächst tritt uns eine Richtung entgegen, die in genauem Anschluß an die Physiologie und Optik die psychischen Vorgänge im Sinne der von K a n t begründeten und von S c h o p e n h a u e r weiter ausgebildeten Erkenntnistheorie zu deuten sucht. Hier wird die seelische Tätigkeit als eine lediglich auf Empfindungselemente angewiesene bestimmt. Aus diesen als alleinige Wirklichkeit geltenden Elementen soll nun der psychische Prozeß mittels einer Reihe rasch verlaufender unbewußter Schlüsse die jedem Einzelwesen gegenwärtige Außenwelt gleichsam schaffen. Daß diese selbst ein vorgefunden Tatsächliches und seine Bestimmtheit in sich selbst Tragendes sei, wird auf diesem Standpunkt für eine der vulgären Annahme des Erdstillstandes und der Sonnenbewegung analoge Täuschung erklärt. Daß mit einer solchen Bestimmung der Außenwelt als einer bloß subjektiven Hallucination die ganze Naturwissenschaft, die ja durchaus auf sinnlicher Auffassung basiert ist und mithin die Wirklichkeit genau in der ihr vom gewöhnlichen Bewußtsein gegebenen Eigenbedeutung nimmt, in Trümmer fällt, scheint den Psychologen dieser Richtung völlig belanglos. Immerhin muß auf diesem Standpunkt der lebendige Organismus selbst, wodurch dem Einzelwesen die von ihm psychisch verarbeiteten Empfindungselemente übermittelt werden, als ein tatsächlich Gegebenes anerkannt werden. Solches zugestanden, verfällt die betreffende Richtung dem schon von N i e t z s c h e treffend aufgewiesenen Widersinn, daß, wenn die Außenwelt, als eine vom Gehirnprozeß erzeugte Anschauung, das Werk unserer Organe ist," als-

dann ja unser Leib, als ein Stück dieser Außenwelt, seinerseits das Werk unserer Organe wäre und unsere Organe selbst auch ein Werk unserer Organe sein müßten. Trotz ihrer Anlehnung an die Ergebnisse der Naturforschung behandeln die Psychologen dieser Richtung das Seelische nicht in der erfahrungsgemäß vorliegenden Weise, sondern noch in unwillkürlicher Abhängigkeit von der theologischen Vorstellung der Seele als eines dem Leibe übergeordneten Sonderwesens, aber in der ihr von der spekulativen Philosophie der Romantik zuerkannten Erweiterung, überdies auch noch die ganze Außenwelt vermittels einer spontanen und ursprünglich unbewußten Denktätigkeit zu produzieren.

Spuren theologischer Denkweise zeigt auch noch eine Gruppe psychologischer Theorien, die, bei entschiedenem Einhalten des Erfahrungsgegebenen, die psychischen Prozesse auf e i n e a l l e i n i g e G r u n d f o r m zurückführen möchten. Höchst bezeichnend für diese Erklärungsart ist der Umstand, daß eine ganze Reihe verschiedener psychischer Funktionen als den Erfordernissen einer solchen Grundform genügend erachtet wird. Einige Psychologen wollen nämlich diesenfalls nur das Erkennen von Beziehungen an dem sinnlich dargebotenen Empfindungsmaterial gelten lassen, andere wiederum die ursprünglichen psychischen Vorgänge nur als mehr oder weniger bewußte Urteilsakte angesehen wissen. Etliche Forscher halten das Fühlen, die in Lust und Unlust sich abspielenden seelischen Zustände für eben dieses Ursprüngliche, wogegen andere Psychologen ihrerseits das Wollen oder Begehren bevorzugen. Ihnen allen gegenüber tritt eine weitere Richtung mit der Behauptung entgegen, daß es ein besonderes psychisches Grundelement „Begehren" — sei es als Streben oder Wollen oder Fühlen von Lust und Unlust — nicht gebe; alle psychische Grundtätigkeit sei allemal nur ein Vorstellen, und was wir Begehren nennen, sei nichts anderes „als die, eine relative Glücksforderung begründende Vorstellung von der Ein- oder Ausschaltung irgend eines Objekts in das oder aus dem Kausalgewebe um das Zentrum der gegenwärtigen Ichvorstellung." Beim Festhalten einer alleinigen Grundform des Psychischen wirkt offenbar die theologische Vorstellung des Seelenwesens als einer dem Leibe überlegenen gesonderten Potenz noch mit. Wie man ehemals die psychisch bedingten Lebensvorgänge als Leistungen der allvermögenden Seele gedacht, so wird hier der für vorwiegend real angesehenen Grundfunktion das Zustandebringen aller übrigen Seelenvorgänge zugewiesen. Da nun verschiedene psychische Vorgänge, die zudem als in der Erfahrung begründete anzuerkennen sind, für den Rang einer wahrhaften Grundfunktion besonders geeignet empfohlen werden, ohne daß man sich über den solchenfalls allein gültigen Typus hat einigen können, dürfte es richtiger sein auf

eine derartige Deutung der psychischen Vorgänge als einer durchaus verfehlten zu verzichten.

Entschieden vorteilhafter steht es in dieser Hinsicht um eine nunmehr zu großem Ansehen gelangte Richtung der Psychologie, die sich streng an die jedes bewußte Lebewesen auszeichnenden seelischen Vorgänge hält. Ihr Gegenstand ist ausschließlich die Bewußtseinstätigkeit in dem jedem normalen Denken unmittelbar gegebenen Gegensatz von Innenwelt und Außenwelt, wodurch ein in sich geschlossenes organisches Wesen gegen fremdes sich abgrenzt, dorther kommende Einwirkungen auf sich beziehend und in eigene innere Zustände verwandelnd. Die Bewußtseinstätigkeit betrifft sowohl auswärtig empfangene wie vom eigenen Organismus ausgehende Eindrücke, also eine Zweiheit von psychisch umfaßten Sphären, wobei kein anderes Grundverhältnis obwaltet als das Behaupten und Betätigen des eigenen Daseins. Schon dies begründet ein dreifaches Verhalten zur Außenwelt: das Bewußtsein funktioniert in durchaus verschiedener Weise, je nachdem es die Außendinge oder seine inneren Zustände bloß auffaßt, oder sich ihnen anpaßt, oder von ihnen eine den eigenen Gesamtzustand beeinflussende Einwirkung empfängt. Die soeben angedeuteten Bewußtseinserscheinungen unterscheiden wir als Empfinden, Fühlen und Wollen, und nicht eines von ihnen allein kann als die ursprüngliche Betätigung des Bewußtseins gelten, wie es einige der vorhin gedachten neueren Psychologen darlegen möchten, sondern alle drei konstituieren das Wesen des Bewußtseins, je nachdem es sich um Einwirkung von außen nach innen, Rückwirkung von innen nach außen oder um innere Vermittelung zwischen beiden Gliedern handelt. Erfahrungsgemäß ist nur diese Bestimmung: der lebendige Organismus reagiert auf die Einwirkungen der umgebenden Welt sowohl im Erfassen der sich kenntlich machenden Dinge und Zustände, ebenso im Fühlen derselben als lust- und unlusterregende, wie auch in einem entsprechenden Verhalten zur gegebenen Umwelt. In jedem von diesen psychischen Vorgängen haben wir ein elementares Verhältnis des Einzelwesens in seiner Selbstbehauptung den übrigen Dingen und Wesen gegenüber vor uns, und irgend eines von ihnen als mehr elementar voranstellen, läuft stets auf eine mehr oder minder bewußte Erschleichung hinaus, wie schon bei der weiter oben angeführten Behauptung ersichtlich, wo bei dem angeblich allein elementar sein sollenden Vorstellen das daraus abzuleitende Begehren oder Wollen stillschweigend als darin mitwirkend vorausgesetzt wird. Wie die als alleinige Grundform des Psychischen beliebig festgehaltenen Vorgänge bei einer richtigen Auffassung neben und miteinander als elementare Akte sich erweisen, so auch gelangen auf eben dem Wege die sonstigen für Elementarfunktionen angesehenen psy-

chischen Vorgänge zu der ihnen gebührenden Geltung. Das Erkennen von Beziehungen sowie die Urteilsakte gehören nicht zu den primären Gebilden psychischer Tätigkeit. Diese haben es immer mit dem im Empfinden, Fühlen und Wollen kenntlichen Zusammenhang des Lebewesens mit der Wirklichkeit zu tun. Schon bei dem primären Verhalten zu den Außendingen erweitert sich aber das Psychische über das unmittelbare Empfinden und Wahrnehmen hinaus zu einem sekundären Gebilde, das in dem jedem psychisch beanlagten Organismus zukommenden Gedächtnis wurzelt. Im Menschen nimmt diese reproduktive Tätigkeit die Form der Vorstellungen und Begriffe an und hier erst, bei dem füglich als tertiären zu bezeichnenden Gebilde des Denkens, der relativ freiesten Äußerung psychischer Tätigkeit, kann von einem Erfassen von Beziehungen, von Urteilsakten und ebenso von einem Schlußverfahren die Rede sein.

Hiernach dürfte es unschwer einleuchten um wieviel wissenschaftlicher diese ihren allgemeinen Grundzügen. nach soeben charakterisierte Richtung der Psychologie gegenüber den verschiedenen einander bekämpfenden Gruppen dasteht: nicht nur weiß sie die von ihnen aus einzeln als Grundformen angesehenen psychischen Vorgänge in deren Bedeutung für die Bewußtseinstätigkeit genau abzuschätzen, sie kommt auch ohne jede Liebäugelei mit den sei es theologischen oder spekulativen Seelenvorstellungen zurecht.

Zu den hervorragenden Vertretern dieser durch Einheitlichkeit in ihrem Erklärungsverfahren ausgezeichneten Richtung gehört Friedrich Jodl, dessen kürzlich in 2. Auflage erschienenes Lehrbuch der Psychologie (2 Bde., Stuttgart, J. G. Cottas Verlag) den Anlaß zu obigen Betrachtungen geboten hat. Schon bei der nur um sechs Jahre zurückliegenden 1. Auflage hatte man das Werk als einen unschätzbaren Wegweiser durch die riesig angewachsene psychologische Literatur der zwei letzten Dezennien zu begrüßen. Das nahezu unübersehbare Gebiet der psychologischen Forschung, an welcher England und Amerika, Frankreich und Deutschland, Dänemark und Italien mit umfassenden Werken und zahlreichen Spezialuntersuchungen beteiligt sind, hatte hier eine den Überzeugungen des Autors angemessene Verwertung gefunden; den inzwischen hinzugekommenen weiteren Ergebnissen dieser Literatur wird in der neuen Auflage gebührend Rechnung getragen und aus allem der dem Werke eigenen Auffassung der psychischen Vorgänge die vielseitigste Bestätigung zugeführt. Was bei der 1. Auflage als ein glücklicher Griff anzuerkennen war, die durch Unterscheidung eines Neben- und Übereinander im Bewußtsein deutlich nachgewiesener Funktionen und Prozesse, behauptet sich als ebenso einleuchtend wie fruchtbar für Jodls

wertvolle Theorie des Bewußtseins. Seiner von vorherein richtigen Stellungnahme zu den Grenzwissenschaften der Psychologie, nämlich zur Physiologie und Biologie, weiß er auch diesmal wichtige Aufschlüsse für seinen Zweck abzugewinnen. Daß er hierbei etwaige Lücken unserer Kenntnisse unverhohlen eingesteht ohne sich mittels spekulativer Scheinerklärungen darüber hinwegzuhelfen, wird der einsichtige Leser gebührend würdigen und seine Abwehr und kritische Beleuchtung der noch irgendwie dem Seelenphantom anhängenden Deutungsversuche etlicher Psychologen als besonders lehrreich und überzeugend zu schätzen wissen.

Politik und Ethik.

Von Dr. Effler (Danzig).

Von hohem Bergesgipfel schaut der Ethiker ins weite Land. In dichtem Gewühl bewegt sich unter ihm die Menschheit. Ruhelos, wie das brandende Meer, hastet und jagt sie nach den Gütern des Lebens. Fern am Horizont aber strahlt in blendender Helle ein ruhiges Licht. Mit magischer Gewalt zieht es an sich, wer es erblickte. Und beflügelten Schrittes steigt der Ethiker von der Bergeshöhe herab. Er wandelt durch das Gewimmel der Menschen, durch Dornengestrüpp, oft von dichtem Nebel umhüllt, auf schwierigen Pfaden. Unterwegs aber erzählt er von jenem hellen Lichtschein in der Ferne. Und mancher schließt sich ihm an, um an seiner Seite den Weg zum Licht zu gehen. Doch nicht alle bleiben bei ihm. Viele verlieren sich im Getümmel, verweilen an schönem Ort und sprechen: hier laßt uns Hütten bauen. Doch bald ergreifen sie wieder den Wanderstab und ziehen weiter, ruhelos, hin und her, denn sie haben das rechte Ziel verloren. Einsam zieht der Ethiker weiter seine Straße, durch Menschengewimmel, auf schwierigen Pfaden, dem Licht entgegen, das vor seinem geistigen Auge steht.

Tiefgehende Gegensätze trennen Mensch von Mensch. Die Natur erschafft uns ungleich. Dem einen verleiht sie Stärke und Kraft, geistig und körperlich. Den anderen erzeugt sie elend und schwach an Körper und Seele. Mit der Ungleichheit der Menschen beginnt ihr Kampf ums Dasein, ihr Wettstreit um die Güter des Lebens. Nach unseren Begriffen ist die Natur grausam und ungerecht. Ohne Wahl und Billigkeit verteilt sie ihre Gaben. Und doch dient ihre Härte zum Heile der Menschheit. Gleichheit bedeutete Stillstand und Marasmus, Verschieden-

heit gebiert Fortschritt und Vervollkommnung. Ohne Ungleichheit kein Emporklimmen auf der Stufenleiter zur Veredlung.

So erfüllt der Mensch das Naturgesetz, das die Auslese der Besten befiehlt. In regem Eifer bemühte er seine Kraft zum Wohle des Ganzen. In edlem Wettstreit der Geister ringt die Menschheit sich empor zu sittlicher Vollendung.

Und doch verfiel sie bald in Irrtum und Wahn. Sie ahmte die Natur zu vollständig nach und stürzte sich selbst ins Unglück. Wie die Natur Anlagen, Kräfte und Befähigung von Vorfahren auf Nachkommen vererbt, so begann auch der Mensch sein Eigentum zu vererben. Der Vater überlieferte den Kindern seinen Besitz und entzog ihn damit der Gesamtheit. Die natürliche Ungleichheit war damit vernichtet, das Gesetz der Auslese der Besten war übertreten. Der Mensch verdarb das Werk der Natur. Jetzt kamen Elend und Armut über die Welt. Die Starken waren da, wie vorher, aber sie konnten ihre Kräfte nicht mehr entfalten. Und Schwache waren da, aber sie wurden zu Herren der Starken, weil sie Besitz hatten. Und der Gesamtheit gingen unzählige Kräfte verloren. Ihr Emporwachsen, ihr ganzer Fortschritt war gehemmt, weil er nun nur noch von den wenigen Starken abhing, die Besitz und Güter ihr eigen nennen konnten.

Überträgt man diese Betrachtung auf die Gegenwart, so heißt das: Besitz ist alles, Fähigkeit ohne Besitz nichts. Wer nichts ererbte, kann seine Kräfte nicht entfalten. Dem Besitzenden steht die Welt offen. Der Arme steht trauernd vor den Tempeln der Kunst und Wissenschaft und kommt nicht hinein. Die Gesellschaft aber begibt sich der fähigsten Köpfe, die zu ihrem Wohle schaffen und wirken könnten.

Versteht man unter einem ethischen Zustand der menschlichen Gesellschaft einen solchen, in dem die Gesamtheit alle Individuen an denjenigen Platz stellt, von dem aus sie zum Wohle des Ganzen am besten ihre Kräfte entfalten können, so ist der heutige Zustand der Menschheit als ein tief unsittlicher zu bezeichnen. Die Gesamtheit schlägt sich selbst tiefe Wunden. Dem Besitzlosen gewährt sie nicht einmal das Recht auf Arbeit. Hat er kein Obdach, so sperrt sie ihn ein, nicht weil er nicht arbeitet, sondern weil er nichts hat. Dem Besitzenden aber gewährt sie volle Freiheit, in faulem Nichtstun seine Tage zu verlottern. Fürwahr, es müssen wunderbare Kräfte in der Menschheit schlummern, wenn sie trotz des Preisgebens von ungezählten Scharen hochbefähigter Köpfe doch immer weiter fortschreiten konnte!

— —

Es ist nur logische Konsequenz, wenn der Ethiker nach der Erkenntnis des tiefunsittlichen heutigen Gesellschaftszustandes einen sitt-

lichen herbeiwünscht. Es nützt keine Reform der Gesellschaft, Reformarbeit bedeutet nur ein Linderungsmittel, das den kranken, schmerzenden Körper des Staates für kurze Zeit beruhigt. Der Ethiker will heilen. Darum muß er die Grundlagen der heutigen Gesellschaft vernichten. Er ist wirtschaftlicher Revolutionär. Was ihm am Herzen liegt, ist eine Verteilung der Güter nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. Er kann die von Natur gegebenen Ungleichheiten nicht beseitigen. Aber er muß menschliche Ungerechtigkeit von Grund aus beseitigen. Nicht nur, um dem Einzelnen zu geben, was ihm gebührt, sondern immer in dem höheren Gedanken an das Wohl der Gesamtheit, das erst dann im höchsten Maße voll gesichert erscheint, wenn jeder Einzelne daran teilnehmen und dafür wirken kann.

Wie aber sieht die Gesellschaftsform aus, in der die Güter gerecht verteilt sind? Seit dem Erscheinen von Morus' Utopie bis zur Gegenwart haben sich viele Denker bemüht, diese Frage zu beantworten. Wohl am meisten die Kommunisten verschiedener Richtungen. Sie begingen aber alle denselben Fehler: die natürliche Ungleichheit der Menschen übersahen sie völlig. Und so verwechselten sie die beiden grundverschiedenen Begriffe: Gleichheit und Gerechtigkeit. Beide enthalten zwar Gemeinsames, sind aber nicht identisch. Gleichheit der Güterverteilung ist nur eine der vielen Formen, unter denen Gerechtigkeit der Güterverteilung gedacht werden kann. Eine etwas modifizierte Form des Kommunismus schildert das sozialdemokratische Parteiprogramm. In diesem bezieht sich das kommunistische Prinzip nur auf die Produktion der Güter, nicht auf ihre Konsumption. Gleicher Besitz an den Produktionsmitteln heißt die Forderung der Sozialdemokratie, und sie erblickt in diesem Prinzip die Gerechtigkeit auch der Güterverteilung, über die sie nichts näheres aussagt, gewährleistet. Noch eine andere Art utopischer Gemeinschaftsgebilde sei genannt. Diejenige von Hertzka und Dühring. Diese beiden wünschen genossenschaftliche Produktion im Zukunftsstaat. Während der Kommunismus die Konkurrenz also völlig beseitigen will, bleibt sie hier zwischen den Genossenschaften bestehen.

Man sieht: allen Zukunftsträumern malt sich das Bild der Zukunft anders. Alle haben denselben Ausgangspunkt, die Forderung der Gerechtigkeit. Und jeder versteht darunter etwas anderes.

Was ist denn nun „Gerechtigkeit der Güterverteilung?“ Die Antwort lautet: gebt jedem soviel, als er nötig hat, um im Dienste des Ganzen seine Fähigkeiten ausbilden und nützen zu können.

Nur in dieser allgemeinen Form kann die Frage beantwortet werden. Jede spezialisierte Schilderung von Zukunfts-Staatengebilden ist utopisch. Es ist ganz überflüssig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob die

Produktion in der Zukunft vom Staate oder von Genossenschaften geleitet werden wird, oder ob die Güter nach Maßgabe der Leistung oder völlig gleich verteilt werden sollten. Wissen wir doch von der Zukunft vorläufig weiter nichts, als daß es in ihr gerecht unter den Menschen zugehen soll. Wir haben ja auch noch so viel Zeit zu warten. Denn kein Zukunftsstaat ist denkbar ohne den Zukunftsmenschen. Und der ist noch ein Embryo.

— —

„Das Endziel ist nichts, die Bewegung alles.“ „Die Bewegung ist nichts, das Endziel alles.“ Diese beiden Grundsätze sind grundfalsch. Wer sich und die Welt bewegen will, muß ein Ziel haben, sonst gleicht er dem töricht spielenden Kinde. Wer aber ein Ziel sich steckt, muß den kürzesten Weg dahin suchen. Er darf nicht, die Hände im Schoße, abwarten, bis das Ziel zu ihm kommt. Er muß ihm entgegen.

Es ist aber eine alte Wahrheit, daß der gerade Weg nicht immer der kürzeste ist. Leider! Der Ethiker wird das mit tiefem Bedauern wahrnehmen. Auch er wird sich gezwungen sehen, zu warten, bis die Zeit für seine Wahrheit reif ist. Nicht plötzlich kann er die Zukunft heraufführen, sondern muß geduldig Schritt vor Schritt setzen, um vorwärts zu gelangen. Ist er im Herzen wirtschaftlicher Revolutionär, so muß sein Weg doch durch wirtschaftliche Reformen hindurchführen. Er ist an sein Zeitalter gebunden und muß die Hemmnisse langsam eines nach dem anderen aus dem Wege räumen, um freie Bahn zu schaffen. Die Uhr der Zeit rückt Stunde um Stunde vorwärts. Mit Gewalt läßt der Zeiger sich nicht vorwärtsschieben, ohne das Räderwerk zu verwirren.

Bisweilen aber wird auch ein Ereignis kommen, an dem die Tatkraft des Ethikers erlahmt. Ein Ereignis, durch welches aller Fortschritt für lange Zeit unmöglich gemacht scheint. Denken wir z. B. an einen Krieg mit seinen entsetzlichen Verlusten an Menschenleben. In solchen Fällen wird sich der Ethiker doch noch selbst treu bleiben können. Er kann und darf dem Soldatendienst nicht ausweichen. Aber während der Kamerad ihm zur Seite vielleicht in Freude am Kampfe erglüht, wird er über den unseligen Streit von tiefstem Schmerze bewegt werden. Aber sein Pflichtbewußtsein, sein Verantwortungsgefühl für die Allgemeinheit wird ihn erheben und tragen, und treu und gehorsam, wird er wie jeder andere als Soldat seinen Mann stehen.

Und manchmal wird er in noch schlimmerer Lage sein. Wenn zwei Übel, beide vom Menschen stammend, zugleich die Gesamtheit bedrohen, und er nicht imstande ist, mit seinem Hinweis zum Rechten durchzudringen, dann wird ihm nichts übrig bleiben, als das kleinere Übel zu wählen, wenn es zur Entscheidung kommt. Und dieser Fall

tritt in der Politik gar oft ein. Die Fragen der Politik lauten nicht immer nur: was ist gut, was böse, sondern leider recht häufig: was ist böse, was ist noch böser? Auch der Ethiker wird dem Kompromiß nicht immer ausweichen können. Aber auch in solchem Falle bleibt er sich selber treu. Der Realpolitiker greift ohne Besinnen nach dem unreinen Mittel, wenn nur Erfolg in Aussicht steht. Der Ethiker betrachtet es als häßlichen, aber leider unvermeidlichen Ausweg. Er sieht sich vielleicht gezwungen trotz allen Protestes dasselbe zu tun, was auch ein Realpolitiker tut. Aber: si duo idem, non est idem.

— —

Vom Bergesgipfel der Kritik sieht der Ethiker in das Menschengewimmel hinab. In der Ferne leuchtet ihm sein Ziel. Er schaut die Morgenröte einer neuen, besseren Zeit, in der Gerechtigkeit ihres Amtes waltet. Und er steigt hinab und mischt sich unter die Menschen. Er geht seine Straße stetigen Schrittes vorwärts, dem Ziele entgegen. Bald findet er Begleiter, bald auch fühlt er sich wieder verlassen, zu Zeiten, wo die Macht der Unvernunft und Schlechtigkeit stärker wird als er. Das Dornengestrüpp der Bosheit verwundet seine Seele. Über öde Zeiten des Niedergangs muß er hinweg. Aber unbeirrt zieht er seine Straße, hin zu dem herrlichen Ziele, das vor seinem geistigen Auge steht.

Die Unsittlichkeit der Belohnungstheorie in der Erziehung.*)

Von **Multatuli**. (Aus dem Holländischen übersetzt von **Wilh. Spohr**.)

Ich gebe zu, daß Konsequenz liegt im Schenken einer „Handvoll Pflaumen" an den Jungen, der die fünf, sechs Pflaumen in Ruhe ließ, „wo man sie an dem vollhängenden Baum doch gar nicht vermißt hätte." Gewiß, so ein Präsent ist sehr passend für den Knaben; er wird später nach einem tugendsamen Leben mit einem Hut voll Seligkeit im Galopp davonrennen.

So lehrt die Kirche, so lehrt van Alphen.**)

Oder sollte diese Konsequenz, recht betrachtet, nur liegen in der Übereinstimmung zweier gleich verwerflichen Inkonsequenzen?

So ist es!

*) Inzwischen erschienen in: Multatuli, Ideen. Übertragen aus dem Holländischen von Wilhelm Spohr. Egon Fleischel & Co. Berlin. 1903. Preis M. 4.—

**) Note des Übersetzers: Alter holländischer Schriftsteller spießbürgerlich-moralisierender Richtung.

Als die Menschheit Kind war, trachteten die Väter ihren Obstgarten gegen Naschlust zu versichern durch die Aussetzung von Prämien nach dem Tode. Diese Prämien waren enorm. Ewige Seligkeit für ein Augenblickchen Tugend! Welcher Tor würde töricht genug sein, keinen Gebrauch zu machen von so vorteilhaften Bedingungen? Wer würde nicht wie Hänschen . . .
Dennoch lehrt die Erfahrung, daß die tugendsamen Hänschen selten bleiben, und daß für uns noch immer, trotz des allzu günstigen Akkords, das Bedürfnis nach einer kräftigen Umfriedigung des Pflaumengartens besteht. Ja, selbst nach Fußangeln und Bewachung.

Woher kommt dies?

Für diese Frage schlage ich zwei Antworten vor. Das Hänschen von unserm van Alphen scheint seinen Papa als soliden Bezahler gelieferter Tugendhaftigkeit gekannt zu haben. Der kleine Pfiffikus spielte ein sicheres Spiel. Der Einsatz war gering — ein Augenblickchen Wartens nur! — und der Gewinn konnte ihm nicht entgehen.

Die Menschheit jedoch bezahlte zu allen Zeiten ihren Einsatz — ein gewisses Quantum Tugend — entweder mit Bedenklichkeit oder am liebsten überhaupt nicht, und die Ursache von dieser Unlust wird wohl darin liegen, daß sie weniger Vertrauen setzte auf die Väter, die die Prämie ausgesetzt hatten. Die unverhältnismäßige Höhe derselben erweckt denn auch Argwohn. Es geht mit solchen Dingen wie mit Staatsanleihen, die weniger solide sind in dem Maße, als sie gegen niedrigeren Kurs auf den Markt gebracht werden.

Ein Toter, der schon seit einigen Ewigkeitswochen die Seligkeit genoß und sich der Voraussicht auf Fortdauer solch himmlischen Wohlseins erfreut, muß zugeben, daß er billig zu seiner angenehmen Position gekommen ist . . . so billig, daß es dem Lebenden nicht übelgedeutet werden darf, wenn er zweifelt an der prompten Bezahlung. Wenn man mich selig machen wollte, würde ich aus purer Bescheidenheit danken. Mein bißchen Tugend — und ich finde mich doch gewiß nicht schlechter als andere — ist so viel Belohnung nicht wert.

Aber nicht allein Mißtrauen in die Zahlungsfähigkeit der Glückversprecher hielt die Menschheit zurück vom aufrichtigen Beitritt zu dem vorgeschlagenen Akkord. Es liegt in der Kirchentugendpredigerei selbst eine Anomalie, die ihrem eigenen Einfluß direkt im Wege steht.

Wer Belohnung zusagt für Gutsein, erreicht niemals sein Ziel. Man hört nicht darauf, man glaubt nicht, man handelt nicht nach dem Glauben, und in diesem Fall stößt sich der Kirchenmoralist den Kopf ein. Oder das Gegenteil geschieht, und . . . die Frommen halten eiligst den Hut auf, um die versprochenen Pflaumen in Empfang zu nehmen. Kann dies Gutsein heißen, oder ist dies Spekulation? Mich dünkt:

Wer Gutes tut,
Damit ein Gott ihm lohne, macht das Gute just
Zum Bösen, macht's zum Handel. Und wer Böses flieht,
Weil Gottes Ungnade er fürchtet, der ist . . . feig!*)

---

*) Note des Übersetzers: Aus Multatulis „Gebet des Nichtwissenden". Siehe meinen Biographie- und Auswahlband.

Gottesdienst ist also im höchsten Grade unsittlich, und daraus wird es sich wohl ableiten, daß sein Einfluß aufs Gutsein so gering bleibt, oder . . . richtiger, ganz negativ wirkt. Man wischt mit unreinem Tuch keine Schmutzflecken ab. Das System der Gottdienerei bringt die Fehler hervor, deren Ausrottung seine Aufgabe sein soll. Das Gefühl der Menschenwürde wird — und das ist erste conditio sine qua non einer Geneigtheit des Schöpfers zur Versöhnung — geknickt. Selbstvorwurf, moralische Kasteiung, Niedergeschlagenheit setzt man an die Stelle von edlem Streben nach Kraft, Freiheit, Glück. Die ewige Anbetung und Umschmeichelung eines „Vaters im Himmel" — der sich notabene die Mühe nicht nahm, sich seinen Kindern zu offenbaren! — macht uns zu niedrigen Hudlern, zu Duckmäusern und Heuchlern.

Ich nehme dies letztere Wort nicht im gewöhnlichen Sinne, und meine also hier nicht die Tartuffes. Nein, ich rede nun von denen, die in der Tat glauben. Ein Tartuffe betrügt höchstens ein paar arme Tröpfe, die dumm genug sind, sich recht grob foppen zu lassen, aber die aufrichtigen Gläubigen spielen den Tartuffe gegen ihren eigenen Gott. Und Gott muß dies seit langem wissen. Er wird doch nicht dümmer sein als Molières Orgon? Mich dünkt, ich höre ihn murmeln beim Anhören eines gut stilisierten selbsterniedrigenden Gebets: „O du kleiner Schmeichler, ich sehe wohl, worauf du hinaus willst, du legst es auf ein Stückchen von meiner Seligkeit an!"

Wenn ich Gott wäre, würde ich einen Widerwillen haben gegen die Frommen, und würde niemals jemanden selig machen, der mit ein bißchen Tugend und viel zudringlicher Bewerbung darum gedungen hatte.

Was nun weiter die Anwendung des Belohnungssystems auf die Erziehung der Kinder angeht, so habe ich eine kleine Erzählung zu geben. Darin wird nicht vom Belohnen der Tugend, sondern von Strafe für Untugend geredet. Wir werden sehen, daß das eine so unsittlich ist wie das andere, und gewiß ebenso unpraktisch.

Van Alphen also hat vergessen, uns zu erzählen, daß sein schlaues Hänschen ein Vetterchen hatte, das so schlecht war wie der andere brav. Der böse Vetter wurde ausgeschickt, Pfirsiche zu holen, naschte davon, und . . . ward von einer Wespe in die Lippe gestochen, die sich in dem Pfirsich verborgen hatte, wahrscheinlich, um im rechten Augenblick ganz gottesstellvertreterhaft als Rächer der geschundenen Tugendhaftigkeit aufzutreten. Peterchens Lippe schwoll an. Schmerz, Tadel und Strafe blieben nicht aus. Er versprach seinem Papa Besserung, — und sich selbst: daß er niemals wieder Pfirsiche stehlen würde, bevor er nicht untersucht hätte, ob auch eine Wespe darin säße!

Die Moral von meiner Geschichte?

Nun, sie ist unmoralisch. Mehr weiß ich nicht davon. Und von Hänschens Tugend oder der Gottesfürchtigkeit unserer Frommen auch nicht.

Kleine Mitteilungen.

Die Katholiken in spanischen Stiefeln.

Rückwärts! lautet die Parole im Vatikan. Politischen Feinschmeckern sei geraten, falls es ihnen möglich, die Zeitungsberichte aus August und September über den neuen Papst nachzulesen. Wie bald folgte dem Jubel der Jammer! „Gott sei Dank, daß das politische System Rampollas abgeschafft ist, und nun der religiöse Papst, der Friedenspapst, der Papst der Versöhnung gekommen ist, der, unbekümmert um Politik, nur der Kirche wieder zum echten christlichen Leben und den Gebildeten unter den Katholiken wieder zum Glauben verhilft!" so scholl es damals selbst im liberalen Blätterwalde. Und jetzt? Niemand sagt mehr, „man muß dem neuen Herrn Zeit lassen, sich zu orientieren"; nur zu wohl hat die Orientierung nach rückwärts stattgefunden. Die Periode des Zickzackkurses ist vorüber, Papst Pius X. muß alles zurücknehmen, was er trotz seiner Unfehlbarkeit geirrt. Vorüber ist sein Traum von Ferienreisen nach Castel Gandolfo, Monte Cassino, Cava dei Tirreni, der Vaterstadt Riese, die er selbst angekündigt; denn er ist festgesetzt, gefangen, nicht etwa vom spezifisch stadtrömischen Element des Vatikans, nein eingeschnürt in zwei spanische Stiefel. War es schon ein Rätsel, warum der wenig befähigte Spanier Merry del Val Nachfolger Rampollas wurde und dazu noch Finanzminister des Vatikans, so wurde es selbst den Eingeweihten plümerant, als dem ersten der zweite Spanier in der Person des finstern Kapuziners Kardinal Vives y Tuto folgte. Er ist es, der dem Papste das famose „Motu proprio" über die christliche Demokratie aufoktroyierte, wodurch wieder einmal ein Marquis Posa von einem König Philipp abgetan wird. „Heiligkeit seien Sie modern! Geben Sie politische Aktionsfreiheit!" rief die christliche Demokratie und erhielt als Antwort das motu proprio. Schon glaubte die christliche Demokratie, die unter der klugen Führung Don Murri's auf dem letzten, stürmisch verlaufenen Katholikenkongresse in Bologna über die Reaktionäre gesiegt hatte, im Geiste des neuen Friedenspapstes gehandelt zu haben, schon sahen sich ihre Führer als Zentrumsabgeordnete im italienischen Parlament, als am 21. Dezember der Fehdebrief kam. Das nennt nun der Papst, der der „Führer" aller Katholiken sein soll, „Alles in Christus wiederherstellen", wenn er dem Geiste des Evangeliums und zugleich dem modernen soziologischen Geiste mit dem Motu Proprio ins Gesicht schlägt, das alles bestätigt, was Leo XIII. 1878 sagte! Eine größere Freude hätte er den Sozialisten nicht machen können, sie sind auch sehr dankbar für das Wasser, das der Unfehlbare auf ihre Mühlen treibt. Die enttäuschten Modern-Katholiken aber sind im gleichen Maße erzürnt und sprechen in ihrer Entrüstung vom „kindlichen Landpfarrer", der anstatt zu führen, oder wenigstens den zu Führenden resigniert nachzuhinken, den Strom der Zeit aufhalten, ja die Zeit selbst zurückschrauben will. Damit das herrliche Motu Proprio besser wirke, ist es auch in der Form einer Gesetzestafel gehalten, die aber statt zehn, neunzehn Gebote enthält, durch die sich als roter Faden der Satz hindurchzieht: „Der Laie soll schweigen". Er ist und bleibt dazu verurteilt, stets am Gängelbande der Bischöfe zu bleiben. § 1 besagt (ich kürze ab): Die Menschheit ist so, wie sie Gott eingerichtet hat, aus ungleichen Elementen. § 2. Die Menschen sind nur darin gleich, daß sie vom selben Gott geschaffen und erlöst wurden und gerichtet werden. § 3. Deshalb gibt es nach göttlicher Einrichtung Fürsten

und Untertanen, Herren und Proletarier. § 4. Über die irdischen Güter besitzt der Mensch nicht nur das Nutzungs- sondern ein ständiges Eigentumsrecht. § 5. Das Privateigentum ist ein Naturrecht. Von ihm kann jeder den Gebrauch machen, der ihm beliebt. § 6. Beim Zwiespalt zwischen reich und arm muß man zwischen Gerechtigkeit und Recht und zwischen Wohltätigkeit unterscheiden. § 7. Der Arbeiter muß seinen Vertrag halten und darf sich nicht zu Meutereien hinreißen lassen. § 9. Die Reichen haben die Verpflichtung, wohltätig zu sein. § 10. Die Armen dürfen sich ihrer Armut nicht schämen, noch die Almosen zurückweisen. § 11. Die Lösung der Arbeiterfrage kann außer durch Almosen durch Unterstützungskassen, Versicherungskassen usw. versucht werden. § 12. Auf diese Tätigkeit soll die christliche Demokratie bedacht sein, sich dabei aber hüten, das unverletzliche Recht des Privateigentums anzutasten. § 13. Die christliche Demokratie (wohlbemerkt der ganzen Welt) soll die Hände von der Politik lassen. (Was sagt das Zentrum dazu?) Die christlichen Demokraten in Italien speziell dürfen sich an keinen politischen Aktionen beteiligen, die „aus Gründen allerhöchster Ordnung" verboten sind. § 14. Die Leitung der christlichen Demokratie gebührt nur den Bischöfen. Auch an sich gute Dinge dürfen ohne die Approbation der Bischöfe nicht unternommen werden. § 16. Die katholischen Schriftsteller müssen, was Intellekt und Willen anbetrifft, sich in allem den Bischöfen unterordnen und dürfen niemals dem Urteil des heiligen Stuhls zuvorkommen. § 17. Die katholischen Schriftsteller müssen alle Arbeiten, die Religion, christliche und natürliche Moral betrifft, der Zensur der Bischöfe vorlegen, die geistlichen Schriftsteller auch alle technischen Schriften! § 18. Alle katholischen Schriftsteller müssen sich der Polemik untereinander enthalten. Streitigkeiten schlichten die Bischöfe, über deren Bescheid keine Klagen statthaft sind. § 19. Wenn katholische Schriftsteller die Sache der Proletarier verfechten, dürfen sie nie von deren gerechten Ansprüchen reden, da es sich doch immer nur um christliche Wohltätigkeit handelt. Auch müssen sie eine Sprache vermeiden, die im Volke Abneigung gegen die höheren Klassen der Gesellschaft erzeugen könnte. In einem Schlußworte wird befohlen, daß alle katholischen Zeitungen (also auch die deutschen, liebe Kölnische Volkszeitung) dieses Motu Proprio abdrucken und dabei erklären müssen, daß sie sich ihm strikt unterwerfen!

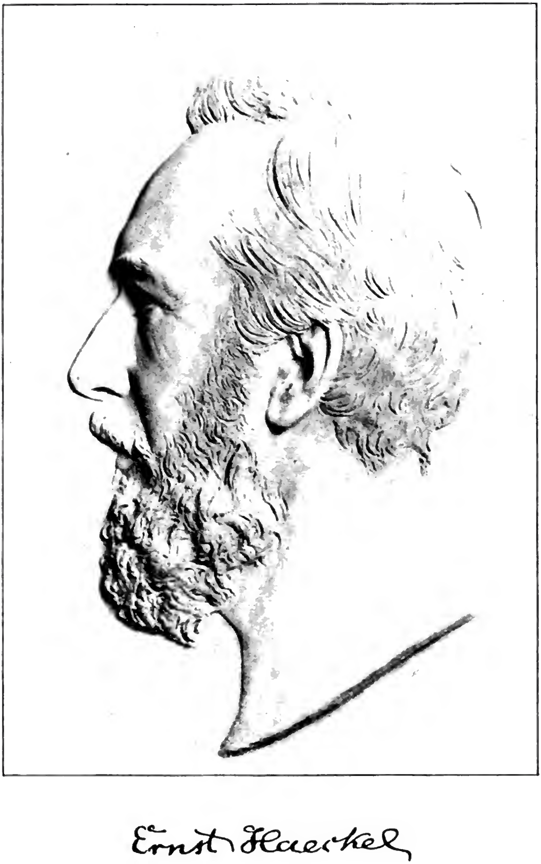
Bedarf dieses vatikanisch-spanische Elaborat noch einer Kritik? Ich denke nein, nur möchte ich auf den etwas penibleu Zufall hinweisen, daß justament zur gleichen Zeit, wo dieses altväterlich-beschränkende Gesetz erlassen wurde, das so viel vom Eigentum redet, die Geschichte von der Erbschaft Leos auftauchte, und dabei die allerkatholischste Zeitung der Welt, die nicht nur von einem Bischof, sondern vom Herrn Kardinalstaatssekretär Merry del Val inspiriert wird, der „Osservatore Romano", den vorzüglichen Beweis lieferte, wie sehr man hereinfallen kann, wenn man sich von altfränkischen Leuten leiten läßt, die von dem modernsten aller Institute, der Presse, nichts verstehen. Der Vatikan, der es offenbar nicht gerne sieht, daß seine Eigenschaft als Eigentümer, als Besitzer, ja als vielfacher Millionär bekannt wird, und der selbst ein gutes Beispiel für die christliche Wohltätigkeit statuieren will, indem er stets auf seine Armut hinweist, die auf die Spenden der Gläubigen angewiesen ist, ließ nämlich den „Osservatore Romano" (im römischen Jargon heißt das Blatt „Altro servo somarone" — „ein andrer sklavischer Oberesel") zwei Dummheiten machen. Zuerst mußte das Blatt in seiner ziemlich volkstümlichen Abraham a Santa Clara-Manier die Millionenaffäre für eine Erfindung der Liberalen erklären, dann, als dies ein Hohn-

gelächter der Hölle entfesselte, mußte es einen Entschuldigungsartikel mit dem Titel bringen: „Wozu hat der Vatikan den Peterspfennig nötig?“ Was war die Folge davon? Die liberale Presse hielt nicht nur alle ihre Enthüllungen aufrecht, sondern, gereizt, wie sie war, erzählte sie auch, wie Leo XIII., der vor einigen Jahren nur sparsam gewesen, in den letzten Jahren seines Lebens so krankhaft geizig geworden sei, daß er aus Mißtrauen auf seine Umgebung Juwelen, Goldrollen usw. in nächtlichen Stunden in alle Ritzen und Fächer und Ecken seiner Bibliothek versteckte. Im Vatikan hielt man darauf große Musterung, um die Quellen der liberalen Reporter zu entdecken. Aber vergeblich. Die Reporter schwiegen. Warum aber der Vatikan so ängstlich seinen Reichtum verbirgt, entspringt nicht nur seiner Angst um den Peterspfennig, denn arme Leute geben nicht gerne einem Reichen, sondern auch dem Zorn darüber, daß man außerhalb des Vatikans erfahren hat, daß man im Vatikan nicht weiß, w o die Gelder bleiben, welche die Frömmigkeit spendet. Tatsache ist, daß die Testamentsvollstrecker Leos XIII. monatelang prüfen, suchen, forschen mußten, ehe sie all das Geld zusammenfanden, was nach ihrer Berechnung vorhanden sein mußte. Der „Messagero“ nannte sogar recht deutlich Namen von Leuten aus der intimen Umgebung Leos, die geradezu stupende Summen „vergessen“ hatten, bis sie nach und nach „erinnert“ wurden. Daher ward die Fabel erfunden, daß Leo XIII. bestimmt habe, man solle seine Hinterlassenschaft erst vier Monate nach seinem Tode dem Nachfolger geben. Um nur auf e i n e Fährte hinzuweisen. Als Oreglia das Interregnum übernahm, wies er einen Monsignore aus der Umgebung Leos aus dem Vatikan. Dieser Herr, der vor wenigen Jahren arm nach Rom gekommen war, ging nach Umbrien und kaufte sich dort ein Landgut. Jetzt ist er plötzlich wieder aufgetaucht, da man ihn offenbar brauchen konnte, um seine und anderer Leute Vergeßlichkeit zu korrigieren. Warum aber hatte ihn Oreglia ausgewiesen? Nur wegen seiner Nervosität. Wie nämlich einige römische Blätter seiner Zeit erzählten, hatte der kluge Monsignore, der aus der Papstgeschichte wußte, daß es nach dem Tode eines Papstes im Vatikan drunter und drüber zu gehen pflegt, wenige Tage vor dem Tode Leos sich ein leeres Zimmer im Palast anweisen und in dasselbe einen Koffer hinstellen lassen, der unter anderem ein kleines Handkößerlein enthielt. Wenn es der Dienst gestattete, schlich er sich zu dem wohlverschlossenen Zimmer, öffnete es und konstatierte, daß Koffer und Kößerlein noch sicher verwahrt seien. Eines Tages aber scheint ihm die Trauer um den bevorstehenden Verlust seines Herrn das Augenlicht getrübt zu haben; denn, als er wieder Revision hielt, glaubte er, sein Kößerlein sei verschwunden. Außer sich vor — Nervosität stürzte er auf den Flur und alarmierte die ganze päpstliche Armee durch den Ruf: „Haltet den Dieb“. Die hinzueilenden Unbeteiligten aber wunderten sich über die Sehstörung des nervösen Herrn Monsignore und zeigten ihm das vermeintliche Corpus delicti heil und gesund im großen Koffer geborgen. Was mag da nur das Kößerlein enthalten haben, Herr Geheimsekretär M?

U. A. W. G. Vulpius.

*

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.



Ernst Haeckel

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 22. Zweites Februarheft 1904. III. Jahrg.

Ernst Haeckel als Naturforscher.

Von Heinrich Schmidt (Jena).

Durch seine formvollendeten Reisebriefe und seine populären Schriften, die der Verbreitung des Entwickelungsgedankens gewidmet sind, ist Ernst Haeckel den weitesten Kreisen des Volkes wie kaum ein anderer Naturforscher des neunzehnten Jahrhunderts bekannt geworden. Aber seine ausgedehnte Tätigkeit als Schriftsteller tritt doch an Intensität weit zurück gegen seine vielfachen Arbeiten, die er im Dienste der Wissenschaft ausgeführt hat. Seine beste Lebensarbeit war der Erforschung der Natur, ihrer Tatsachen und Gesetze gewidmet. Jahrelang war er selbst über seinen Lebensberuf im unklaren. „Bald," erzählt er gelegentlich, „glaubte ich meinen Beruf als Botaniker und Sammler am besten zu erfüllen, bald als Reisender und Geograph; einmal sollte ich praktischer Arzt und ein andermal pathologischer Anatom werden." Der entscheidende Moment, der fortan die Richtung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit bestimmen sollte, blieb jedoch nicht aus.

Im Herbst 1854 begleitete Ernst Haeckel, damals ein zwanzigjähriger Student der Medizin, seinen großen Lehrer Johannes Müller auf einer Ferienreise nach Helgoland, wo ihn Müller persönlich in die Methode der „pelagischen Plankton-Fischerei" einführte. „Niemals," schrieb Haeckel 36 Jahre später, „werde ich das Erstaunen vergessen, mit dem ich zum ersten Male das Gewimmel der pelagischen Glastiere bewunderte, die Müller durch das Umstülpen seines feinen Netzes, mit dem er die Oberfläche des Meeres abfischte, in ein Glasgefäß mit Wasser entleerte; dieses bunte Durcheinander von zierlichen Medusen und schillernden Ctenophoren, von pfeilschnellen Sagitten und schlangenartigen Tomopteris,

diese Massen von Kopepoden und Schizopoden, von pelagischen Larven der Würmer und Echinodermen!" Und Johannes Müller, der sich über die Sorgfalt und Geduld freute, mit der sein eifriger Schüler in die Geheimnisse der wunderbaren neuen Welt einzudringen versuchte, sagte zu ihm: „Da können Sie noch viel tun; und wenn Sie erst recht in diese pelagische Zauberwelt hineinkommen, werden sie bald sehen, daß man nicht wieder davon loskommen kann."

Ein halbes Jahrhundert ist seitdem verstrichen — und Haeckel weilt eben wieder an einer stillen Meeresbucht bei Genua, vertieft in die unerschöpflichen Geheimnisse des Meeres und seiner reizvollen Bewohner. Er ist in der Tat seit Helgoland nicht wieder davon losgekommen, und eine analysierende Betrachtung seiner Persönlichkeit wird dem Meere einen großen Anteil an dem Aufbau seiner Seele zugestehen müssen — neben Goethe, den er von früherher schon mitbrachte, und Darwin, der später noch hinzukam.

Und doch, so wahr es ist, daß selbst der genialste Mensch in gewissem Sinne ein kollektives Wesen ist, Träger seiner eigenen Taten und der Taten anderer, der Wirkungen seiner Vorwelt, so wahr ist es, daß der Geist bei freier Entwickelungsmöglichkeit nur dem sich zuwendet, was ihm gemäß ist. „Denn Du allein weißt, wie die Freude an den Wunderwerken der Natur mich von früher Jugend an beseelt hat," schreibt Haeckel als Fünfzigjähriger an seine Mutter. Wie ein Erkennen mag es darum über ihn gekommen sein, als er zum erstenmal des Meeres und seiner formenschönen Schätze ansichtig wurde. Nie kann er die mächtige Wirkung vergessen, die jener bestimmende Moment in ihm hervorgebracht hat. So oft er später noch am Meere gewesen ist, voll tiefer Dankbarkeit gedenkt er doch immer wieder jener Helgoländer Tage, die ihn seinem Forscherberuf zugeführt haben.

Im Jahre 1856 geht Haeckel zum zweiten Male ans Meer, diesmal ans Mittelmeer, nach Nizza. Hier begegnen ihm jene wunderbaren Gestalten der pelagischen Fauna, deren Studium ihn später so viele Jahre in Anspruch genommen hat: die Radiolarien. Gerade im Geburtsjahre Haeckels, 1834, waren die ersten Formen derselben beschrieben worden, Huxley und Johannes Müller hatten in den fünfziger Jahren einige neue lebende Arten entdeckt und studiert, und Ehrenberg hatte eine Anzahl fossiler Formen beschrieben; aber über die Organisation der Tiere war noch wenig Klarheit verbreitet.

Dank den aufklärenden Arbeiten Haeckels wissen wir jetzt, daß der Körper der Radiolarien eine einzige Zelle darstellt, ein Klümpchen schleimigen Protoplasmas, von dem nach allen Richtungen hin feine Schleimfädchen, Scheinfüßchen ausstrahlen, die beliebig in den Protoplasmaleib

zurückgezogen und mit der Körpermasse vereinigt werden können. Alle Erscheinungen des Lebens, Ernährung und Bewegung, Reizbarkeit und Fortpflanzung, spielen sich in diesem Protoplasmakörper neben- und durcheinander ab, ohne auf besondere Organe oder Organsysteme verteilt zu sein, wie noch Ehrenberg wollte. Die einzige wahrnehmbare Differenzierung besteht darin, daß die innere Region der Protoplasmamasse von einer „Zentralkapsel“ umschlossen ist, in deren Mitte der Zellkern ruht, ein Gebilde, das allen Zellen zukommt. Trotz dieser einfachen Struktur vermag der Leib der Radiolarien jene wundervollen Skelette aus Kieselerde zu bilden, in tausendfach verschiedenen Variationen, Kugeln und Sternchen, Scheiben und Ordenszeichen, Helme und Panzerhemden, Speere und Hellebarden, die selbst des Meisters Auge immer und immer wieder zu entzücken vermögen.

Haeckels erste große Monographie der Radiolarien erschien im Jahre 1862, die Frucht eines Winteraufenthaltes in Messina. Sie war der erste Versuch einer vollständigen Naturgeschichte jener interessanten Tiergruppe, da sie nicht nur den Bau und die Lebensgeschichte derselben erschöpfend behandelte, sondern auch alle bis dahin beobachteten lebenden und fossilen Arten in den Kreis ihrer Darstellung zog. Die Zahl der bekannten lebenden Radiolarienarten konnte Haeckel damals von 50 auf 200 erhöhen, eine Zahl, die später von ihm selber noch gewaltig übertrumpft werden sollte.

Die Monographie der Radiolarien, die alsbald mit der goldenen Cothenius-Medaille gekrönt wurde, begründete mit einem Schlage Haeckels Ruf als Naturforscher. Sie verschaffte ihm, der sich 1861 als Privatdozent der Zoologie an der Universität Jena habilitiert hatte, eine außerordentliche Professur, der bald die ordentliche folgte. Die Monographie war aber auch weiterhin die Veranlassung, daß er 14 Jahre später zur ehrenvollen Mitarbeit an dem großen Challengerwerk berufen wurde.

Die überraschenden Entdeckungen der Challenger-Expedition in den Jahren 1872—76 hatten gezeigt, daß Tausende von zierlichen Radiolarien nicht nur an der Oberfläche des offenen Meeres, sondern auch in den verschiedenen Tiefen lebten, und daß ihre feinen Kieselschalen sich auf dem Boden des Ozeans oft in unglaublichen Massen anhäufen. Wie erstaunte Haeckel, als er die Sammlungen des Challenger durchmusterte und die zahllosen Formen bisher völlig unbekannter Radiolarien darin entdeckte. Über ein Dezennium fesselte ihn die sorgfältige Untersuchung dieser wundervollen Schätze, für ihn „eine mikroskopische Gemüts- und Augenergötzung ersten Ranges“. Mehr als 3500 neue Arten konnte er in seinem Bericht über die Challenger-Radiolarien beschreiben, dessen

drei Bände, 1887 erschienen, 2750 Druckseiten enthalten und mit 140 prächtigen Tafeln illustriert sind. Als Krönung seiner Radiolarien-Studien gab er zum Schluß den „Grundriß einer allgemeinen Naturgeschichte der Radiolarien", der in wunderbar durchgearbeiteter Form die Summe aller Einzelerkenntnisse zog.

Eine zweite Linie der empirischen Forschertätigkeit Haeckels nahm ihren Ursprung ebenfalls im Jahre 1856 während seines Aufenthaltes an der Mittelmeerküste. Neben den Radiolarien zogen damals besonders die schwimmenden „Blumenguirlanden des Meeres", die Siphonophoren oder Staatsquallen, seine Aufmerksamkeit auf sich. Diese „duftigsten und zartesten Bildungen der erfinderischen Natur" wirken nicht allein durch ihre märchenhafte Schönheit so anziehend auf den Naturforscher, sondern auch zugleich und noch mehr durch ihre ungewöhnliche Organisation. Denn das genauere Studium derselben durch Haeckel hat uns gezeigt, daß jede einzelne Siphonophore ein schwimmender Tierstaat ist, zusammengesetzt aus zahlreichen, innig verbundenen Einzeltieren oder Personen. Jede einzelne Siphonophore ist ursprünglich eine Meduse gewesen, aber durch Arbeitsteilung haben die Staatsbürger verschiedene Form angenommen: die einen verrichten nur die Arbeit des Schwimmens, die andern die des Essens; einige dienen nur als Schilder oder Schutzorgane, andere als Taster oder Gefühlsorgane; die einen sind männlich, die anderen weiblich usw.

Während eines dreimonatlichen Aufenthaltes in Puerto del Arrecife, der Hafenstadt der kleinen kanarischen Insel Lanzarote, hatte Haeckel Gelegenheit, fast alle typischen Gattungsformen dieser anziehenden Tierklasse genauer kennen zu lernen. Die Tatsachen, die er damals besonders über die merkwürdige, bis dahin wenig bekannte Entwickelungsgeschichte derselben beobachtet hatte, veröffentlichte er 1869 in einer Schrift, die von der Utrechter Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft preisgekrönt wurde.

In dieser Schrift finden sich übrigens, was selbst in Fachkreisen wenig bekannt zu sein scheint, die planmäßigen Anfänge einer biologischen Forschungs-Methode, die heute unter Roux's Führung einen hervorragenden Rang einnimmt. Wir meinen die sogenannte *Entwickelungs-Mechanik* oder die experimentelle Erforschung der äußeren und inneren Entwickelungs-Faktoren der Organismen.

Die aus der Eifurchung hervorgegangenen und den Larvenleib der Siphonophoren zusammensetzenden Zellen offenbarten in ihren eigentümlichen Bewegungen einen hohen Grad von physiologischer Selbständigkeit der Zellen, so daß Haeckel auf den Gedanken kam, das gleichartige Zellen-Aggregat des Larvenleibes zu teilen und den Versuch zu machen,

ob nicht jedes einzelne Teilstück sich wieder zu einem neuen Individuum gestalten könne. Diese Versuche wurden durch einen überraschenden positiven Erfolg gekrönt. Es zeigte sich, daß man den Körper einer Larve in zwei, drei, ja sogar vier Stücke künstlich teilen kann, und daß jedes dieser Teilstücke, wenn auch nicht zu einem vollständigen, so doch zu einem rudimentären Siphonophoren-Stock sich entwickeln kann.

Derartige Versuche sind später noch in großer Zahl angestellt worden; sie haben unsere Erkenntnisse bis zu einem gewissen Grade erweitert, leider ist aber auch die von Haeckel energisch bekämpfte Überschätzung der experimentellen Entwickelungs-Forschung nicht ausgeblieben, die im Experiment den einzigen Weg zur Aufhellung der Entwickelungs-Probleme erkennen wollte. Demgegenüber zeigte Haeckel schon in seiner ersten Siphonophoren-Arbeit, daß die experimentelle Erforschung der Entwickelungs-Faktoren nur bis zu einer gewissen Tiefe vorzudringen vermag, die Weiterführung ihrer Erklärung aber nur auf spekulativem Wege erfolgen kann.

Auf seinen späteren Reisen sammelte und beobachtete Haeckel zahlreiche neue Siphonophoren, und seine abschließenden Untersuchungen der Challenger-Siphonophoren zeitigten einerseits ein neues System dieser Tiergruppe auf phylogenetischer (stammes-geschichtlicher) Grundlage, andererseits eine neue Anschauung vom Wesen ihrer Organisation, welche an die Stelle zweier älterer, einander widersprechender Theorien eine dritte und richtigere zu setzen vermochte.

Den großen Monographien über die Radiolarien und Siphonophoren schließen sich andere über die Medusen oder Schirmquallen ebenbürtig an (1879—81 und schon früher). Durch eigene eifrige Sammeltätigkeit sowie durch die freundliche Beihilfe vieler Fachgenossen konnte Haeckel ein ganz erstaunliches Material zusammenbringen, und auch auf diesem Gebiete empirischer Einzelforschung sind seine Arbeiten grundlegend geworden.

Zahlreiche kleinere Aufsätze über verschiedene Gruppen des Tierreichs ranken sich um seine großen systematischen Werke, und durch neue Tatsachen und Ideen verbreitete er Licht über manches Gebiet, das vorher noch dunkel lag.

Bloße Vermehrung der empirischen Kenntnisse aber war nicht nach Haeckels Geschmack. Seine Arbeiten lassen überall eine innige Verbindung von Beobachtung und Reflexion, von Empirie und philosophischer Theorie erkennen. Stets suchte er die Kenntnis der Tatsachen zu einer Erkenntnis ihrer Ursachen zu erweitern. In vielen seiner Arbeiten überwiegt naturgemäß das Tatsachen-Material, und die Theorien werden nur benutzt, um die Tatsachen zu ordnen und unter einheitlichen Gesichts-

punkten einer Erklärung entgegenzuführen. Eine andere, höchst bedeutsame Reihe von größeren und kleineren Schriften ist hingegen ausschließlich dem Ausbau seiner theoretischen Biologie gewidmet, und die Tatsachen erscheinen hier nur als Bausteine für sein allumfassendes System einer monistischen Naturphilosophie. Nach dieser Seite hin ist Haeckels Arbeit so eng mit dem Namen Darwin verknüpft, sie bestätigt, bekräftigt, erweitert die Arbeit des englischen Forschers in einem so bedeutenden Maße, daß man ihn wiederholt und mit Recht als den „deutschen Darwin“ bezeichnet hat. Als ihm vor drei Jahren die Royal Society in London als höchste Auszeichnung die Darwin-Medaille verlieh, tat sie es „wegen seiner langjährigen und hochbedeutenden Arbeit in der Zoologie, die voll und ganz von dem Geiste des Darwinismus beseelt gewesen ist“.

Haeckel hatte Darwins epochemachendes Buch über die Entstehung der Arten nach seiner Rückkehr aus Messina, im Frühjahr 1860, in die Hand bekommen, und die kühnen Ideen des Engländers rissen ihn hin und erfüllten ihn mit nie erlöschender Begeisterung.

Wieder eine Erkenntnis seiner selbst!

Die allgemeinste Streitfrage der organischen Formenlehre, das Problem von der Beständigkeit oder Veränderlichkeit der Arten, interessierte ihn schon lebhaft, als er, 12 Jahre alt, zum erstenmal mit leidenschaftlichem Eifer die „guten“ und „schlechten“ Arten der Brombeeren und Weiden, der Rosen und Disteln vergebens zu bestimmen und zu unterscheiden versuchte. Jene vergeblichen Bemühungen seiner Knabenjahre, später der Einfluß Johannes Müllers und Rudolf Virchows, als dessen Assistent in Würzburg er die erstaunliche Veränderlichkeit und Anpassungsfähigkeit der organischen Formen kennen lernte, hatten in seiner Seele eine hohe Spannung erzeugt, die nur eines kleinen Anstoßes bedurfte, um ausgelöst zu werden. „Man wird,“ sagt Haeckel selbst, „nach all dem wohl begreifen, weshalb ich Darwins Tat mit so jubelndem Entzücken begrüßte, als ob ich von einem Alp mich befreit fühlte. Es fielen mir in der Tat die Schuppen von den Augen.“

Das erste Bekenntnis zu Darwin, überhaupt wohl das erste in Deutschland in einem streng wissenschaftlichen Werk, findet sich in der Monographie der Radiolarien vom Jahre 1862; in einer Anmerkung gibt Haeckel der hohen Bewunderung Ausdruck, mit der ihn Darwins geistvolle Theorie erfüllt hat. Hier auch findet sich der erste kühne Versuch, den Zusammenhang und die gegenseitigen Beziehungen aller Formen einer Tiergruppe in einer genealogischen Verwandtschafts-Tabelle übersichtlich zusammenzustellen, hier der erste Versuch, eine Urform, ein

Ur-Radiolar zu finden, von dem sich alle anderen möglicherweise ableiten lassen.

Erste Versuche, denen später noch sehr viele andere gefolgt sind.

Ein Jahr später, am 19. September 1863, hielt Haeckel auf der 38. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte zu Stettin seinen berühmten Vortrag „über die Entwickelungstheorie Darwins“. Er ist heute als bedeutsames Dokument zur Geschichte des Darwinismus in den Gesammelten Vorträgen und Abhandlungen abgedruckt (Bonn 1902). Der Erfolg des Vortrags, der sehr viele überhaupt erst mit dem Namen und der Lehre Darwins bekannt machte, war ein allgemeines Kopfschütteln, ein spöttisches Gelächter. Die angesehensten Biologen der damaligen Zeit erklärten den Darwinismus für „naturphilosophische Phantasien“, für „haltlose Spekulationen“, für einen „vorübergehenden Schwindel“, dem die Ernüchterung bald folgen würde.

Diese denkwürdige Versammlung mit ihrem „Erfolg“ für Haeckel muß man sich immer wieder klar ins Gedächtnis zurückrufen, wenn man die Größe des Umschwungs in der wissenschaftlichen Meinung ermessen will, der nach wenigen Jahren eintrat, zum besten Teil infolge der unermüdlichen Wirksamkeit Ernst Haeckels.

Für Haeckel selbst ergab sich aus jenem „Erfolg“ als nächste Aufgabe, sein Eintreten für Darwin vor seinen Fachgenossen in umfassender Weise zu rechtfertigen und zu begründen. Er tat es drei Jahre später, in seiner „Generellen Morphologie der Organismen“ (1866).

Diese Generelle Morphologie ist zum Grundbuch der modernen Naturphilosophie geworden!

„Ein wunderbares Buch, das seiner ganzen Natur nach großes Aufsehen erregt“, schrieb Rudolf Leuckart bei seinem Erscheinen.

Was dieses „wunderbare Buch“ alles enthält, ist unmöglich in ein paar Worten zu sagen. Ein flüchtiger Blick über den überreichen Inhalt ist alles, was wir hier zu tun vermögen.

Zunächst werden, im ersten Buche, die methodischen Grundfragen der Morphologie erörtert: Empirie und Philosophie, Analyse und Synthese, Induktion und Deduktion, die sich gegenseitig ergänzen müssen; Dogmatik und Kritik, Vitalismus und Mechanismus, Dualismus und Monismus, die sich gegenseitig ausschließen müssen.

Im zweiten Buch folgt die Lehre von der Urzeugung, ausgeführt auf breitester Grundlage. Schon bei seinem ersten Eintreten für Darwins Lehre hatte Haeckel bemerkt, ihr größter Mangel bestehe darin, daß sie gar keine Anhaltspunkte für die Entstehung der Ur-Organismen liefere. Bald darauf entdeckte Haeckel die Moneren, einfachste Lebewesen, die noch nicht in Protoplasma und Kern differenziert

sind, mithin das Leben in seiner primitivsten Form darstellen. Gestützt auf die primitive Beschaffenheit der Moneren, auf die prinzipielle Gleichheit der organischen und anorganischen Natur, auf die zwingenden Konsequenzen der Kant-Laplaceschen Kosmogonie und der Lamarck-Darwinschen Biogenie, sowie endlich auf die logische Unmöglichkeit der Schöpfungshypothese, begründete Haeckel die Urzeugungslehre in ihrer modernen Form. Daß dieselbe auch neueren Angriffen gegenüber Stand zu halten vermag, habe ich in meiner Schrift über „die Urzeugung und Professor Reinke“ gezeigt (Odenkirchen 1903).

Die Moneren gaben zweitens Veranlassung, die Zellenlehre, die Ende der dreißiger Jahre von Schleiden und Schwann aufgestellt und seitdem mehrfach modifiziert worden war, zur Plastiden-Theorie zu erweitern. Wenn jede Zelle nach ihrer Definition einen Kern enthalten muß, so waren die Moneren eben keine Zellen, sondern, wie Haeckel sie bezeichnete: Cytoden. Beide, Zellen und Cytoden, faßte er zusammen unter dem Begriffe der „Plastiden“ oder „Bildnerinnen“; denn sie allein „sind in Wahrheit die plastischen Künstlerinnen, welche durch ihre Tätigkeit das ganze wundervolle Gebäude des organischen Lebens errichten.“

Die Plastiden setzen sich zusammen zu Idorganen, die Idorgane zu Personen, die Personen zu Stöcken. Jede dieser „Individualitäts-Stufen“ zeigt eine besondere äußere Form, die auf eine bestimmte stereometrische Grundform zurückzuführen ist. So folgen in dem ersten Band der „Generellen Morphologie“ noch zwei Bücher über die Individualität und die Grundformenlehre der organischen Körper, zwei Gebiete, die seither kaum wieder durchforscht worden sind, obgleich eine Fülle von Erkenntniswerten darin verborgen liegt.

Das Schwergewicht der Generellen Morphologie liegt jedoch im zweiten Bande.

Bisher hatte man unter „Entwickelungsgeschichte“ nur die „Embryologie“ und „Metamorphologie“ verstanden, die Entwickelungsgeschichte der individuellen organischen Formen. Haeckel bezeichnete sie als Ontogenie oder Keimesgeschichte und zeigte, daß diese nur den einen Hauptzweig der Biogenie darstellt, der umfassenden Entwickelungsgeschichte der Organismen. Als zweiten Hauptzweig stellte er ihr die Phylogenie oder Stammesgeschichte an die Seite, die paläontologische Entwickelungsgeschichte der organischen Arten und Stämme, welche in ununterbrochenem Zusammenhang ungezählter Generationen von Anbeginn des organischen Lebens auf unserem Planeten bis zur Gegenwart sich entwickelt haben.

Ontogenie und Phylogenie, jede für sich eine gewaltige Synthese

darstellend, wurden dann mit kühnem Griff noch einmal zusammengefaßt in der Formel des Biogenetischen Grundgesetzes: die Ontogenesis ist eine kurze und schnelle, durch die Gesetze der Vererbung und Anpassung bedingte Wiederholung der Phylogenesis. Damit waren die treibenden Kräfte der organischen Entwickelung erkannt, und der ungeheuere Aufschwung, den in der Folgezeit die Entwickelungsgeschichte unter dem Einfluß des Biogenetischen Grundgesetzes nahm, hat die Richtigkeit und Fruchtbarkeit der Haeckelschen Ideen nur immer besser bestätigen können.*)

Vererbung und Anpassung, innere und äußere Kräfte, als deren Resultat der Verlauf der Ontogenese erscheint, sichtbar ausgedrückt in der werdenden Gestalt.

Die nächste Aufgabe war, Vererbung und Anpassung selbst, als physiologische Funktionen der Organismen, näher zu ergründen. In der Generellen Morphologie hatte Haeckel die Vererbung mit der Fortpflanzung, die Anpassung mit der Ernährung in unmittelbaren physiologischen Zusammenhang gebracht und damit die Möglichkeit einer mechanischen Auffassung und einer physikalisch-chemischen Erklärung auch für jene beiden wichtigen Faktoren der tierischen Formbildung dargetan.

Zur Erklärung der Vererbung hatte Darwin seine Hypothese der Pangenesis aufgestellt: alle Zellen des Körpers geben kleine Körnchen („Keimchen") ab, die sich sammeln und die Geschlechtszellen zusammensetzen. Ihre Entwickelung in der nächsten Generation bildet ein neues Wesen. Haeckel befand sich von Anfang an in entschiedenem innerem Widerspruch mit dieser Hypothese; er äußerte ihn, als er ihr eine neue Hypothese entgegenstellen konnte: die Perigenesis der Plastidule oder die Wellenzeugung der Lebensteilchen. Sie gründet sich auf das mechanische Prinzip der übertragenen Bewegung, welches bereits Aristoteles als die wichtigste Ursache der individuellen Entwickelung betrachtete.

Als Plastidule bezeichnete Haeckel nach dem Vorgang von Elsberg die Moleküle der organischen Kohlenstoff-Verbindungen, die das Plasma zusammensetzen und sich durch eine ganz ungewöhnliche Beweglichkeit und Unbeständigkeit, Zersetzbarkeit und vielseitige Wahlverwandtschaft vor allen andern auszeichnen. Die Vererbung besteht nach dieser Vorstellung in der Übertragung der individuellen Plastidul-Bewegung von der Mutter-Plastide auf die Tochter-Plastide; Anpassung dagegen ist die Abänderung der Plastidul-Bewegung, in deren Folge die Plastide neue Eigenschaften erwirbt, bedingt durch die Umlagerung der Atome im

*) Vgl. meine Schrift: „Haeckels Biogenetisches Grundgesetz und seine Gegner". Odenkirchen 1902.

Plasma-Molekül, in der Plastidule. Kürzer noch bezeichnet Haeckel die Erblichkeit als Gedächtnis der Plastidule, die Anpassung als die Fassungskraft der Plastidule. Haeckel steigt damit zu den „Müttern" der Dinge hinab, und es ist nicht leicht, ihm dabei zu folgen.

Ein Punkt in dieser „provisorischen Hypothese der Vererbung" verdient noch besonders hervorgehoben zu werden.

In den achtziger und neunziger Jahren hat Weismann eine besondere Vererbungs-Theorie aufgestellt und ausgebaut und als Krönung seines Gedankenbaues die Hypothese der Germinal-Selektion zu begründen versucht; der Grundgedanke desselben ist der, daß auch unter den kleinsten Lebensteilchen der Keimzellen ein Kampf ums Dasein stattfindet, ebenso wie unter den Organen einer Person, oder unter den Individuen einer Art. In Haeckels „Perigenesis der Plastidule" finde ich dieselbe Idee, nur noch weiter zurück verlegt, in folgenden Worten: „Offenbar herrscht der Kampf ums Dasein unter den Molekülen, den Pfaundler 1870 zuerst beleuchtete, im eigentlichsten Sinn und vor allem unter den Plastidulen." —

Kehren wir zurück zur Generellen Morphologie, von welcher Richard Hertwig 1894 sagte, „daß wenige Werke so viel beigetragen haben, das geistige Niveau der Zoologie zu heben, wie dieses Buch." Zu Anfang jedoch war die positive Wirkung dieses Buches sehr schwach. Während die meisten Biologen die Generelle Morphologie einfach ignorierten, wurde sie von anderen als ein Konglomerat naturphilosophischer Träumereien verspottet oder als bedauernswerte Verirrung bemitleidet. Ein Umschwung trat erst ein, als nach und nach die Generelle Morphologie bemerkenswerte Sprößlinge zu treiben begann. Es entstand zunächst die „Natürliche Schöpfungsgeschichte" (1868, X. Auflage 1902), heute recht eigentlich das klassische Buch des „Darwinismus", in dem die Prinzipien der Entwickelungslehre mit so bewunderungswürdiger Klarheit dargelegt sind. Im Jahre 1872 folgte die große „Monographie der Kalkschwämme", ein Versuch, die in der Generellen Morphologie begründete allgemeine Auffassung der organischen Formverhältnisse an einem speziellen Objekt zu prüfen und die dort versuchte Lösung des Spezies-Problems durch die analytische Darstellung einer Gruppe zu ergänzen.

Aus dem Studium der Kalkschwämme entsprang noch wieder eine Theorie, die sich, zuerst heftig bekämpft, in der Folgezeit allgemeine Geltung zu verschaffen wußte und die Entwickelungsgeschichte quantitativ und qualitativ in einem erheblichen Maße beeinflußte: die Gasträa-Theorie. Ihr Grundgedanke besteht darin, daß sämtliche vielzelligen Tiere (die „Metazoen"), von den Schwämmen und Polypen bis hinauf zum Menschen, von einer gemeinsamen Urform abstammen, der hypo-

thetischen Gasträa, deren mehr oder weniger verändertes Abbild noch heute in jeder Entwickelung der Metazoen wiederkehrt, wie es nach dem Biogenetischen Grundgesetz auch sein muß. Aus dieser Theorie entsprangen weiterhin wichtige Folgerungen für die tierischen Form- und Verwandtschafts-Verhältnisse, so die Lehre von der Homologie der beiden primären Keimblätter in allen Klassen der Metazoen, welche behauptet, daß die äußerste und innerste Zellenlage aller Metazoen Abkömmlinge der beiden Zellenanlagen sind, welche die Gasträa zusammensetzten.

Einen weiteren und sehr wichtigen Ausbau der Ideen der Generellen Morphologie lieferte die „Anthropogenie" (1874, V. Auflage 1903), der erste und bisher einzige Versuch, das Biogenetische Grundgesetz in seinem vollen Umfang auf den Menschen anzuwenden und aus den empirischen Tatsachen seiner Keimesgeschichte den historischen Stufengang seiner Stammesgeschichte von den Moneren an zu ergründen. In den Jahren 1894—96 endlich erschien die dreibändige „Systematische Phylogenie der Organismen", deren Primordien in der „Genealogischen Übersicht des natürlichen Systems der Organismen" im zweiten Bande der Generellen Morphologie enthalten sind. In diesem letzten phylogenetischen Riesenwerk entwirft Haeckel auf Grund der paläontologischen, ontogenetischen und vergleichend-anatomischen Forschungs-Ergebnisse des neunzehnten Jahrhunderts ein überwältigendes Bild von jenem großartigen Naturprozeß, durch welchen im Laufe der Jahrmillionen, vom Beginn des organischen Erdenlebens bis zur Gegenwart, unzählige Formen von Organismen sich entwickelt haben. In den zahlreichen „Stammbäumen" dieses Werkes, welche die verwandtschaftlichen Beziehungen der Klassen und Ordnungen graphisch darstellen, liegen mehr als 600 Hypothesen verborgen, ebensoviele Fragestellungen und Wegweiser für die biologische Forschung der Zukunft. Und wenn auch nur ein kleiner Teil von ihnen sich als richtig erweisen sollte, so wird sich doch zeigen, daß Haeckels deduktive Kühnheit, die ihn schon in seinen früheren Arbeiten zu den glänzendsten Entdeckungen geführt hatte, auch in der Systematischen Phylogenie nicht nur der mühsam nachschleichenden Induktion die Richtung gewiesen, sondern viele ihrer Ergebnisse vorweg genommen hat. —

Am Ende unserer unvollkommenen Darstellung der Forscherarbeit Haeckels blicken wir bewundernd zurück auf die kolossale Arbeitsleistung dieses Mannes, der, wie man vor zehn Jahren schrieb, „sein Leben in selbstloser Hingabe der Wissenschaft und Wahrheit geweiht und, wo er auch die Hand angelegt, neue Bahnen gebrochen und neue Erkenntnisse verbreitet hat". Noch aber ist seine Arbeitskraft ebensowenig erschöpft

wie der Vorrat seiner Gedanken, und manche Frucht reift erst noch ihrer Vollendung entgegen.

Ernst Haeckels naturforschende Tätigkeit hat auf den Fortschritt der Wissenschaft die mächtigste Wirkung ausgeübt; sie durchdringt und befruchtet die naturwissenschaftliche Arbeit noch fortwährend. An Bedeutung wird sie jedoch vielleicht noch übertroffen von seiner Wirkung auf die allgemeine Kultur: Ernst Haeckel ist mehr als nur Naturforscher.

Bismarck und der Liberalismus.

Von Dr. Nitzsche (München).

II.

Das Sozialistengesetz verschärfte die Gegensätze unter den Nationalliberalen. In den Kommissionsberatungen waren sie fast bei jeder Abstimmung gespalten. Bennigsen gab schließlich den Ausschlag gegen Lasker und Stauffenberg. Die Vorlage fand mit einigen Abschwächungen die Zustimmung der Partei, trotzdem in der zweiten Lesung von Marschall im Namen der Konservativen offen angekündigt hatte: wann erst an der Hand dieses Gesetzes der Kampf gegen die Sozialisten verstummt sei, werde die „große Reform" der ganzen Gesetzgebung im konservativen Sinne erfolgen. Die Annahme war ein verhängnisvoller Fehler. Aufs neue vergaßen die Nationalliberalen ihre liberalen Prinzipien, indem sie mit staatlichen Machtmitteln eine politische Überzeugung niederkämpfen wollten. Vergeblich hatten sie das bereits im Kulturkampfe gegenüber einer geistigen Bewegung versucht.

Die Partei stand vor der Alternative: entweder Verzicht auf das liberale Bekenntnis oder Bruch mit der Regierung. Und zu diesem Bruch konnte sich der große Flügel unter Bennigsens Führung nicht entschließen und noch weniger der rechte Flügel. Trotz aller gouvernementalen Angriffe und Verleumdungen im Wahlkampfe, trotzdem es offenbar war, daß der Kanzler mit aller Macht die konservativ-reaktionäre Strömung förderte, haben sie sich zu keiner entschlossenen Opposition aufraffen können, vielmehr immer wieder Annäherung an Bismarck gesucht und sich für reaktionäre Zwecke einfangen lassen.

Gleichzeitig hatte der Kanzler von der Regierungspresse den Kampf gegen die „rote" und gegen die „goldne Internationale" eröffnen lassen. Es wurde behauptet, daß sie in einem geistigen und geschichtlichen Zu-

sammenhange ständen, die Sozialdemokratie sei der natürliche Sohn des Liberalismus, das Manchestertum die Vorfrucht des Sozialismus usw. Mit gewohnter Meisterschaft wußte Bismarck die Feindschaft der drei „Internationalen“ zu benutzen und sie gegeneinander auszuspielen.

Der neue Tarif und das Umsturzgesetz sollten dazu dienen, Frieden mit der schwarzen Internationale zu schließen, dem Kulturkampf ein Ende zu machen. In der Verteidigung der Familie, des Eigentums und der Autorität war das Zentrum der natürliche Bundesgenosse. Seine Anhänger schrieben in geschickter Weise die Ausbreitung der Sozialdemokratie dem Kulturkampfe zu. Ebenso wurde in der ganzen konservativen Presse bitter Klage erhoben über die verderblichen Folgen des Kulturkampfes. „Immer aufs neue begegnete man den Klerikalen in dem Gedanken der Solidarität der konservativen Interessen“.*) Windthorst pries sich als Retter in der Not. Reichensperger (Ztr.) erklärte im Abgeordnetenhause am 29. Januar 1879: alle Parteien hätten anläßlich der Beratung des Sozialistengesetzes zugegeben, daß der Kulturkampf ein Ende haben müsse! Daß dies auch für die Nationalliberalen Geltung hatte, bezeugt eine Erklärung Bennigsens. Er äußerte den Wunsch nach dem Ende des Kulturkampfes, weil die Kirche wohl geeignet sei zum Kampf gegen den Sozialismus; alle Parteien müßten ihre Zwistigkeiten aufgeben und gegen den Sozialismus zusammenstehen.

Ebenso wurde der Zolltarif als Friedensinstrument bezeichnet, der die konservativ-ultramontane Verständigung herbeigeführt hatte.

v. Kardorff **): „Wenn das Zusammengehen der Herren mit dem Zentrum (in den Zollfragen) jetzt es erleichtert, den modus vivendi zwischen Kirche und Staat zu finden, der unter Schonung der kirchlichen Rechte dem Staate sein Recht wahrt, dann, meine Herren, glaube ich allerdings, daß der materielle Vorteil, den in meinen Augen der Tarif gewährt, weit hintanzusetzen ist gegen den idealen Vorteil und gegen den wirklich politischen Vorteil, den wir aus einem solchen Frieden haben würden.“ (Sehr gut! rechts.)

Das „rote Gespenst“ war für Regierung und Interessenten eine willkommene Ablenkung von der Schutzzollaktion. Seit dem ersten Attentat (2. Mai 1878), also gerade in der entscheidenden Zeit, hatte die Sozialistenfrage den Reichstag und die Tagespresse fast ausschließlich beschäftigt. So kam es, daß man in der Öffentlichkeit von den geheimen

*) Böttcher: Stephani S. 223.
**) Reichstag, sten. Berichte 9. Juli 1879 p. 2188.

Vorbereitungen nichts merkte, und der bekannte Dezemberbrief des Kanzlers an den Bundesrat, in dem er ein umfassendes Programm der neuen Wirtschaftspolitik aufstellte, ein ungeheueres Aufsehen erregen konnte.

Bismarck hat den „roten Schrecken" künstlich gezüchtet. Die Regierungspresse verbreitete in systematischer Weise die abenteuerlichsten Vorstellungen von den Zielen der „staats- und gesellschaftsfeindlichen" Sozialdemokratie und leistete der Legendenbildung auf alle Weise Vorschub. Die Spekulation auf die Leichtgläubigkeit und Unwissenheit ist vollkommen gelungen. Das Bürgertum warf sich aus blasser Furcht vor der Sozialdemokratie in Massen der Reaktion in die Arme. Und die Fortschrittspartei, die den Ruck nach rechts nicht mitmachte, war weit entfernt, Anschluß nach links zu suchen, sondern kämpfte nach zwei Fronten. Die Nationalliberalen waren nicht nur unter sich uneinig sondern auch völlig isoliert, sie standen allen Parteien in Kampfesstellung gegenüber. So wurden alle Gegner der Reaktion zersplittert, verfeindet und auf absehbare Zeit unschädlich gemacht. Die Bismarcksche Taktik: divide et impera! feierte einen glänzenden Triumph.

Es gab 1879 keine große Partei mehr, die dem agrarischen Ansturm hätte gegenübertreten können. Der Zolltarif und das Sozialistengesetz waren die Totengräber des deutschen Liberalismus. Und die mächtigste liberale Partei hat in unheilvoller Verblendung die prinzipielle Bedeutung dieser Gesetze verkannt und sich auf Kompromisse eingelassen. Dadurch hat sie dem gesamten Liberalismus unberechenbar geschadet. Ein Zusammengehen mit den Arbeitern war nunmehr überall ausgeschlossen.

Das Umsturzgesetz verfehlte seinen Zweck. Es hat nicht nur den antinationalen und antimonarchischen Charakter der Sozialdemokratie verschärft, sondern es hat ihr Wachstum geradezu befördert, und zwar wesentlich auf Kosten der Liberalen. Sie wurden zunehmend ersetzt durch sozialdemokratische Abgeordnete, die keinen Einfluß auf den Gang der Handels- und Wirtschaftspolitik ausüben konnten. Die Folge war also wiederum eine Schwächung der Freihandelsvertretung.

Es ist überaus charakteristisch, daß die sogenannten „Ordnungsparteien" zugleich die Schutzzollparteien sind, daß eine volle Idendität besteht. Das Sozialistengesetz war unter Bismarck der feste Kitt zwischen Großindustrie und Großgrundbesitz. Und auch nach seinem Sturz können wir die Beobachtung machen: jedesmal wenn das Solidaritätssystem in die Brüche

zu gehen droht, wird von den Scharfmachern gegen den „Umsturz“ mobil gemacht und an den Patriotismus appelliert. Die „nationalen“ Parteien müßten ihre inneren Zwistigkeiten vergessen und geschlossen gegen die Sozialdemokratie zusammenstehen. Es ist die alte Taktik, die immer wieder Erfolge erzielt. Sie wirkt stets in antisozialem und protektionistischem Sinne.

Man darf die Vermutung aussprechen, daß auch die vielbesprochenen Varziner Verhandlungen eine Diversion von der Schutzzollaktion darstellten. Es handelte sich bekanntlich darum, daß Bennigsen das preußische Finanzministerium an Stelle Camphausens übernehmen sollte. Am 29. Dezember 1877 wurde er zum Kanzler nach Varzin eingeladen. Kurz vorher, am 21. Dezember 1877, hatte letzterer Camphausen durch den Staatssekretär von Bülow erklären lassen, daß ihm nichts an einem Personenwechsel liege, er ziehe es vor, die Reform mit seinen jetzigen Kollegen zu stande zu bringen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Bismarck ein Doppelspiel mit Bennigsen getrieben hat. Jedenfalls herrschte nach Abbruch der Verhandlungen das Gefühl unter den Nationalliberalen vor, daß sie die Düpierten seien.*)

Die nächste Absicht des Kanzlers war wohl, den linken Flügel der Nationalliberalen abzusprengen. Das war unvermeidlich, wenn Bennigsen allein in die Regierung eintrat. Deshalb forderte dieser, daß mit ihm zwei Vertreter der Linken in die Regierung berufen würden, von Forckenbeck, der Reichstagspräsident, als Minister des Innern, und der bayrische Freiherr von Stauffenberg als Staatssekretär des zu gründenden Reichsschatzamtes. Gleichzeitig stellte Bennigsen im Namen der letzteren oder der Fraktion verschiedene Bedingungen, welche sich auf die Ausdehnung der Rechte des Reichstags und des Abgeordnetenhauses, namentlich auf Einräumung eines Einnahmebewilligungsrechtes bezogen zu haben scheinen.**) Obwohl der Reichskanzler diese Forderungen von vornherein und unbedingt zurückwies, wurden die Verhandlungen von ihm doch 3 Monate in die Länge gezogen. Ein endgültiger Abbruch erfolgte erst am 28. Februar 1878, als der Kanzler von Bennigsen verlangte, für das Tabakmonopol einzutreten.

Es ist klar, je länger die Unterhandlungen in der Schwebe blieben, um so mehr wurde den Nationalliberalen eine klare, entschlossene Opposition erschwert, sie waren in völliger Ungewißheit. Und grade Ende 1877 drangen ja die ersten unzweideutigen Vorboten des Umschwungs in die Öffentlichkeit. Es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen,

*) E. Richter: Im alten Reichstag. II. p. 31.
**) Thudichum: Bismarcks parlamentarische Kämpfe. II. S. 112.

daß Bismarck von vornherein eine Düpierung der Nationalliberalen beabsichtigt hatte; der wahre Sachverhalt der Varziner Verhandlungen ist ja bis heute noch nicht aufgeklärt.

Im Januar 1881 äußerte sich der Kanzler hierüber zu Busch: „Als das Ministerium Bennigsen nicht zustande kam, weil der Unmögliches verlangte und andererseits der Kaiser ihn nicht wollte und weiteres Verhandeln mit ihm ausdrücklich verbot, ließen sie mich im Stiche." *) Am 26. Mai 1891 brachten die „Hamburger Nachrichten" einen auf diese Frage bezüglichen Artikel **): „Herr von Bennigsen stellte die Bedingung, daß die Herren Forckenbeck und Stauffenberg mit ins Kabinett einträten. Diese Bedingung zu erfüllen war nicht möglich, da der König sich nicht entschließen konnte zwei Minister zu entlassen, um sie durch avanzierte Politiker zu ersetzen. Der König war entschieden gegen die Idee, den Nationalliberalen in dieser Weise das Ministerium einzuräumen und verbot weitere Verhandlungen."

Schon der Umstand, daß Bennigsen Camphausens Nachfolger werden sollte, weist darauf hin, daß sich die Unterhandlungen in erster Linie auf Steuerfragen bezogen. Bismarck wollte Geld in die leeren Reichskassen haben, möglichst viel und möglichst bald, dazu suchte er eine Majorität. Weshalb konnte er sich mit den Nationalliberalen nicht verständigen? Sie waren ja mit ihm darüber einig, das Reich finanziell selbständig zu machen und die Matrikularbeiträge durch eine stärkere Ausnutzung der indirekten Besteuerung im Reich zu ersetzen. Die Partei verhielt sich auch nicht ablehnend gegen alle neuen Steuern überhaupt, wie ihr von konservativer Seite vorgeworfen wurde. Sie erklärte ausdrücklich eine stärkere Heranziehung von Tabak und Branntwein für zuläßig und geboten, eventuell auch von Bier. (Abg. Lasker, R. 7. Juli 1879 S. 2075.) Es bestanden zwei wichtige Differenzpunkte. Erstens wollten die Nationalliberalen nicht mehr Steuern bewilligen als zum Fortfall der Matrikularbeiträge unbedingt nötig war, während der Kanzler vermittels der Reichsüberschüsse auch die Finanzen der Einzelstaaten zu sanieren gedachte, um sie dadurch fester an das Reich zu ketten und von der Zentrale abhängig zu machen. Zweitens forderten die Nationalliberalen an Stelle der Matrikularbeiträge konstitutionelle Garantieen. Die Matrikularbeiträge waren tatsächlich die einzige „bewegliche" Einnahme des Reiches, und der Reichstag hatte hier ein gewisses Einnahmebewilligungsrecht. Bennigsen erklärte am 6. Mai 1879 (R. S.

*) Poschinger: Bismarck und die Parlamentarier. S. 282.
**) Ebenda S. 255.

1035) im Namen seiner Freunde, man müsse die Matrikularbeiträge entweder bestehen lassen und den Einzelstaaten den Ertrag einzelner Zölle und Steuern überweisen, oder aber eine Anzahl Zölle und Steuern zu beweglichen stempeln und der jährlichen Bewilligung des Reichstags unterwerfen, dem Reichstag aber damit ein wahres Einnahmebewilligungsrecht einräumen. „Denn wenn man dem Lande so große Opfer auferlegt, ist es am Platze, für den Reichstag einen wirksamen Einfluß zu fordern.“ Selbst Finanzminister Camphausen hatte 1877 offen bekannt, daß der Reichstag in die vollständige Abschaffung der Matrikularbeiträge nicht willigen könne, ohne seine Stellung erheblich zu beeinträchtigen. Um dies zu verhüten, stellte Bennigsen in der Zolltarifkommission am 9. Juni 1879 einen Antrag, wonach künftig der Kaffeezoll und die Salzsteuer bewegliche Einnahmen des Reiches sein sollten. Offensichtlich wären dadurch die Rechte des Reichstags nicht nur gewahrt, sondern erweitert worden. Die Volksvertretung konnte z. B. Ermäßigungen in Reichsausgaben, besonders im Heerwesen erzwingen oder auch die Herabsetzung anderer Steuern und Zölle, kurz einen erheblichen Druck auf die Regierung ausüben. Der Kanzler erklärte diesen Antrag für ganz unannehmbar.

Ebenso verlangte von Franckenstein im Namen des Zentrums bewegliche Einnahmen, nämlich Quotisierung der Salzsteuer, aber außerdem Beibehaltung der Matrikularbeiträge. Nach ihm sollten die gesamten Mehreinnahmen des Reichs über den bisherigen Ertrag an Zöllen und Tabaksteuer gesetzlich den Einzelstaaten überwiesen werden, während Bennigsen ihnen nur die nach Wegfall der Matrikularbeiträge verbleibenden Mehreinnahmen überweisen wollte. Bismarck unterhandelte bald mit Bennigsen, bald mit Windthorst mehrere Wochen lang, er wollte sehen, wer am meisten bieten würde.

Bennigsen war von vornherein im Nachteil, da er die Fraktion nicht geschlossen hinter sich hatte. Es gab jetzt drei verschiedene Richtungen in ihr. Erstens die ausgesprochenen Freihändler, welche die Presse beherrschten und sämtliche Koryphäen der Partei zu sich zählten: Braun, Bamberger, Lasker, Rickert, Forckenbeck, Stauffenberg usw. Zweitens die (industriellen) Schutzzöllner, vornehmlich Süddeutsche, Schauß, Völk u. a., die der einseitig preußischen Parteileitung ein Ende machen wollten und geneigt waren mit der Reichspartei zu fusionieren. Drittens das Gros der Partei unter Bennigsen, der selbst etwa 52 Abgeordnete zu seinen speziellen Anhängern zählte. Er suchte nach rechts und links zu vermitteln, um die Partei so lange als möglich zusammenzuhalten. Er wollte es weder mit den Freihändlern noch mit der Regierung verderben. Schließlich gab es noch eine Reihe preußischer Mitglieder, die zwar Freihändler waren

aber der Regierung auf keinen Fall opponieren wollten: Gneist, Treitschke, Cuny, Puttkamer u. a.*)

Es stellte sich immer deutlicher heraus, daß Bennigsen dem Kanzler nicht genug Stimmen bieten konnte. Auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen bestand bis zuletzt die Hoffnung, daß sich Bennigsen bezüglich der konstitutionellen Garantieen schließlich verständigen und dann der radikale Flügel austreten würde. „Diese Hoffnung scheiterte, wie Bennigsen in der gestrigen Fraktionssitzung vom 1. Juli 1879 darlegte, lediglich an den Zahlen. Weil bei uns immerhin 30—40 voraussichtlich doch gegen das Gesetz gestimmt hätten, konnte Bennigsen dem Reichskanzler nicht genug Stimmen garantieren, als zu einer Mehrheit ohne das Zentrum nötig war. Da wandte sich der Reichskanzler als absoluter Realpolitiker ruhig an das Zentrum." **)

Das Zentrum verständigte sich am 25. Juni 1879 mit den beiden konservativen Fraktionen. Nach dem Antrag Franckenstein wurde § 8 in das Zolltarifgesetz eingeschaltet: „derjenige Ertrag der Zölle, welcher die Summe von 130 Millionen Mark in einem Jahre übersteigt, ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matrikularbeiträgen herangezogen werden, zu überweisen." Darnach wurde dem Reich von dem Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer 22 Millionen mehr zugewiesen, als es im letzten Jahre daraus gezogen hatte, nämlich 108 Millionen. Das ist die bekannte clausula Franckenstein. Es werden also die Matrikularbeiträge wie bisher weiter erhoben, nur daß diesem Passivum der Bundesstaaten jetzt das Aktivum der jährlichen Überweisungen gegenübersteht.

Bismarck verzichtete damit auf das, was er ursprünglich als Zweck der Steuerreform bezeichnet hatte, nämlich die finanzielle Selbständigmachung des Reiches. Es galt ihm für wichtiger, daß nunmehr eine Mehrheit für Finanz- u n d Schutzzölle gesichert war, und daß das Zentrum die Forderung der konstitutionellen Garantieen hatte fallen lassen. Auf Annahme der Schutzzölle durch das Zentrum hatte er schon vorher rechnen können, aber nicht auf Annahme der Finanzzölle. Auch diese bewilligte es jetzt sämtlich, wenn auch mit einigen Abstrichen.

Die Verständigung kam den Nationalliberalen gänzlich unerwartet. Sie sahen, daß Bismarck sie absichtlich dilatorisch behandelt hatte, sie brauchten keine Rücksicht mehr zu nehmen und griffen darum die clausula Franckenstein mit größter Erbitterung an. Bennigsen klagte den Kanzler an, daß er dem Interesse der Partikularstaaten ein Opfer gebracht habe, welches alles, was jemals in dieser Richtung durch Rück-

*) Poschinger: Bismarck und die Parlamentarier. II. p. 329.

**) Poschinger, l. c. S. 353.

wärtsrevidierung der Verfassung verlangt worden sei, überschreite. Dr. Beseler (R. 10. Juli 1879 S. 2190) spricht ebenfalls von Verfassungsverletzung. Er will die Hand nicht bieten zur Durchführung einer solchen legislativen Anarchie, das Reich werde degradiert. Vernichtend war auch die Kritik von Hänel (Fortschrittspartei) (ebenda S. 2246): „Das Amendement widerspricht entschieden dem Sinne und dem Geiste der Verfassung. Darnach müßten wir für Reich und Einzelstaaten ein selbständiges Finanzsystem schaffen .... Das Amendement ist nicht föderalistisch sondern partikularistisch. Ist es föderalistisch, die Interessen des Reichs und der Einzelstaaten gegen einander zu setzen? Sie vermischen die Kompetenzen, die die empfindlichsten sind, um Gegensätze heraufzubeschwören ... auf dem Gebiete der Finanzverwaltung. Sie weisen das Reich und die Einzelstaaten auf die nämlichen Einnahmequellen an .... Unsere Gesetzgebung wird im Gebiete der Finanzen und im Gebiete der Handelspolitik festgelegt .... Es ist gleichsam eine Prämie darauf, daß wir die **Politik**, die wir in diesem Augenblick verfolgen, an das partikuläre Finanzinteresse festlegen und so den künftigen Fluß der Gesetzgebung hemmen .... Es ist auf jeden Fall eine Schwächung der konstitutionellen Garantieen ... In dem Augenblick, wo Sie eine Überschußwirtschaft des Reiches begründen, ist die Frage der Garantieen überhaupt hinfällig."

Jesuitische Naturwissenschaft.

Von R. H. Francé (München).

Nach dem offiziellen „Catalogus provinciae" vom Jahre 1900 „arbeiteten" vor drei Jahren schon 900 patres der societas Jesu „zerstreut" in der „deutschen Provinz". Ihre Zahl wird sich seitdem nicht vermindert haben. In Österreich, wo sie die Herren der Situation sind, beträgt die Zahl der Ordensmitglieder 591, es ist also für die Gesellschaft nicht einmal so besonders wichtig, daß der Ordenshabit in Deutschland verpönt ist. Es folgt zwar daraus durchaus nicht, daß die Zulassung ihrer Kongregationen auch der deutschen Kultur gleichgültig sein kann, denn sie würde eine großartige Invasion und eine ungemeine Verschärfung der Konfessionsgegensätze mit sich bringen; vielmehr folgt daraus, daß nicht nur eine latente, sondern sogar eine sehr akute Jesuitengefahr für das deutsche Geistesleben auch gegenwärtig besteht.

Es ist nur nach richtiger Art der Jünger Loyolas der Wolf auch

diesmal im Lammfell vermummt. Die Gefahr besteht nämlich in einem systematischen Einschwärzen des jesuitischen Geistes in die Wissenschaft, in einer konsequenten Verdrehung aller Probleme und Antworten und in einer geschickten Untergrabung der Wissenschaftsfundamente, oder richtiger gesagt, die Gefahr liegt darin, daß man sich ihrer nicht genügend bewußt ist und daß die Öffentlichkeit, ja sogar vielfach die Wissenschaft selbst in die geschickt vorbereitete Falle geht, zu glauben, daß es eine jesuitische „Wissenschaft“ gibt, deren Resultate ernst genommen werden können.

Bei den vielen Protestversammlungen des letzten Jahres wurde immer wieder betont, es müsse gegenüber den bekannten Schattenseiten aus Gerechtigkeit hervorgehoben werden, daß sich die einzelnen Jesuiten tatsächlich große Verdienste um die Wissenschaft, besonders die Naturwissenschaften, erworben haben — ja, ein Gelehrter vom Range Professor Försters, des jüngst in den Ruhestand getretenen Direktors der Berliner Sternwarte, sagt in einer der angesehensten wissenschaftlichen Fachzeitschriften *) wörtlich: „Unter den Mitgliedern der societas Jesu sind in der Vergangenheit und Gegenwart so . . viele Forscher von reinster wissenschaftlicher Hingebung zu nennen, daß es von bedeutendem kollegialem Interesse ist, davon Kenntnis zu nehmen“ . . .

Diese Anschauung gewinnt auch sonst in maßgebenden Kreisen immer größere Verbreitung — die öffentliche Meinung wird von da aus in diesem Sinne ebenfalls beeinflußt — und der Hauptzweck der Jesuiten, durch wissenschaftliches Gewicht Anerkennung für ihre „katholische Wissenschaft“ zu erzielen, ist erreicht.

Tatsächlich treffen wir jetzt die so vielsagenden zwei Buchstaben S. J. unter einer großen Anzahl von Aufsätzen und wissenschaftlichen Werken, deren Titel allein schon genügen könnte, um Respekt vor dem fachwissenschaftlichen Streben ihrer Verfasser zu erzeugen. Da schreibt P. Wasmann S. J. „über Konstanztheorie oder Deszendenztheorie“, P. Beßmer S. J. bringt eine schöne Abhandlung über das bekannte psychologische Problem des „automatischen Schreibens“, P. Cathrein S. J. einen philosophischen Aufsatz über das moderne evolutionistische Denken, P. Muckermann (!) S. J. schreibt über nordamerikanische Käferarten, P. Wasmann S. J. berichtet über „Vergleichende Studien über das Seelenleben der Ameisen“, er schreibt „Über Nervenpsychologie und Tierphysiologie, P. Cornet S. J. über die Vegetations-

*) Vierteljahrschrift der deutschen astronomischen Gesellschaft. 1902.

ruhe unserer Holzgewächse, P. Linsmeier S. J. über die Energie und Entropie der Naturkräfte, P. Braun S. J. gibt eine große „Kosmogonie" heraus, usw., — womit nur einige Jesuitenarbeiten der letzten Jahre erwähnt sind, die entweder in den „Stimmen aus Maria-Laach" oder als selbständige Werke erschienen.

Es ist also wirklich wahr, die Jesuiten haben eine große „wissenschaftliche" Literatur; sie beteiligen sich an allen modernen Problemen unserer Naturerkenntnis und sind Mitarbeiter an wissenschaftlichen Fachzeitschriften ersten Ranges, sowie sie auch selbst naturwissenschaftliche Fachblätter haben, wie z. B. die Zeitschrift „Natur und Offenbarung".

Wie steht es aber mit dem inneren Werte ihrer Arbeiten, mit der „reinsten, wissenschaftlichen Hingebung" die ihnen so offen nachgerühmt wird? Wir können uns davon leicht überzeugen, indem wir uns den Literaturberg, den die Gesellschaft Jesu auf den Tisch der modernen Kultur legt, ein wenig näher ansehen. Er verdient es. Er ist sehr interessant — aber von einem kuriosen Interesse.

Da wäre vor allem die erste naturwissenschaftliche Kapazität des Ordens, P. Wasmann, dem auch ein wissenschaftliches Fachblatt solchen Ranges, wie das „Biologische Zentralblatt", bereitwillig seine Spalten öffnet.

In seiner Studie: „Konstanztheorie oder Deszendenztheorie" („Stimmen aus Maria-Laach" 1903) untersucht er die längst entschiedene Frage, ob die Tierwelt „zu allen Zeiten unveränderlich ist", oder ob sich die eine Art aus der anderen entwickelt. Vor zwanzig Jahren bekämpfte jeder von Rom abhängige „Forscher" den Entwickelungsgedanken voll Entrüstung — jetzt ist aber unter der Wucht der Tatsachen eine seltsame Wandlung eingetreten. P. Wasmann bekennt sich als Anhänger der Abstammungslehre und legt eigene und wirklich interessante Untersuchungen vor über Käferarten, die aus einander entstanden sind. Doch er warnt uns zugleich aus dieser Tatsache allgemeinere Schlüsse zu ziehen — weil dadurch die „Schöpfungslehre" in Frage gestellt werden könnte, welche ja die „notwendige Voraussetzung" für jede „vernünftige Entwickelungstheorie" ist! Vor dieser Sünde hütet sich dieser voraussetzungsvolle Naturforscher auch redlich. Im konkreten Fall kennt er zwar den Entwickelungsgedanken an, im allgemeinen aber sagt er: „die Kluft zwischen Tier und Mensch sei nicht nur viel größer als zwischen Tier und Pflanze, ja sie sei auch noch größer als zwischen Lebendigem und Unlebendigem". Ist er einmal in diesem Fahrwasser, so rückt er gleich mit der ganzen jesuitischen Naturgeschichte heraus. Nicht Lamarck, Darwin, Huxley, Spencer und Haeckel haben das Ver-

dienst an der Entwickelungslehre — sondern der hl. Augustin, nach welchem Gott nur die Urmaterie schuf, es aber den Naturgesetzen überließ, daraus das ganze Weltall zu entwickeln. „Denn Gott greift nicht unmittelbar in die Naturordnung ein, wo er durch natürliche Ursachen wirken kann.“ Nur der Mensch allein macht eine Ausnahme davon, denn — ich zitiere das Kuriosum wörtlich (S. 299) — „die menschliche Seele als geistiges Wesen kann selbst durch Gottes Allmacht nicht aus der Materie hervorgebracht werden, wie die Wesensformen der Pflanzen und Tiere!“ .... Der Haß gegen die moderne Weltanschauung ist also so groß, daß der Pater lieber den Gottesbegriff herabwürdigt, bevor er die natürliche Stellung des Menschen im Weltgeschehen anerkennt. Er schließt seine würdige „naturwissenschaftliche Studie“ selbstverständlich mit dem Ergebnis „die Schöpfungstheorie sei nun durch die Abstammungslehre ebenso felsenfest begründet, wie sie vorher war.“

P. Beßmer S. J. veröffentlichte im letzten Jahre eine Untersuchung über das automatische Schreiben, welches bekanntlich von den Spiritisten so vielfach ausgenützt wird. Mit geschickter Benützung eines gut ausgewählten Tatsachenmaterials führt er die sonderbare Erscheinung auf ihre natürlichen Ursachen zurück und sagt ganz richtig: dieses unbewußte Schreiben sei nichts als „das Produkt einer müßig wandernden Hand und einer träumenden Phantasie“ — auf einmal tritt aber der Jesuit an die Stelle des Psychologen und ganz harmlos fährt er fort: „Dabei leugnen wir aber die Möglichkeit eines dämonischen Einflusses (auf den automatisch Schreibenden) nicht, wir behalten uns sogar die Freiheit vor, bei gewissen Fällen aus den moralischen Kriterien einen solchen als wahrscheinlich anzunehmen.“ Er wirft also die Gespenster und Dämonen bei der einen Türe hinaus und läßt sie bei der anderen wieder herein. Wozu dann die lange sogenannte „naturwissenschaftliche Abhandlung“? Er sagt es selbst im Schlußwort. Er wollte damit beweisen, „das wahre Gedeihen des geistigen Lebens hängt wesentlich davon ab, daß die vom Schöpfer gewollte Unterordnung der Seelenkräfte gewahrt bleibe“ ....

P. Cornet S. J. bereichert die Wissenschaft des Ordens mit einer Schrift „über die Vegetationsruhe der Holzgewächse“. Er spricht ganz annehmbar, wenn auch dilettantisch von den Ursachen davon, daß die Bäume im Winter kein Laub tragen, flicht so nebenbei einiges ein von den „unbeweisbaren Anschauungen über Vererbung und Auslese im Sinne Darwins“ und entdeckt ganz unvermutet in den Pflanzen ein sonst den Naturforschern unbekanntes „einheitliches, harmonisch ordnen-

des Prinzip", einen versteckten „Schöpfer", von dem er freilich bekennen muß: „er sei für sich nicht nachweisbar". Er hegt also Anschauungen, welche die Naturwissenschaft seit den Zeiten der Physikotheologie, also seit mehr als 150 Jahren überwunden hat.

Die neuesten energetischen Naturanschauungen sind den Jesuiten nicht unbekannt; mit ihrer Rührigkeit und ihrem Fleiß könnten sie Schritt halten mit der Kultur, wenn sie wollten, aber wenn ein P. Linsmeier S. J. Kenntnis nimmt von der Energetik, so benützt er sie nur dazu, um in gewaltsamster Weise aus ihr sofort ein naturwissenschaftliches „Gottesbewußtsein" abzuleiten. Derselbe „Gelehrte" leistet sich anno 1903 in „Natur und Offenbarung" den Satz: „ein Widerspruch zwischen der göttlichen Offenbarung der Bibel und den Ergebnissen der modernen Naturwissenschaft sei nicht vorhanden", wobei aber, so wie in dem im Jahre 1902 erschienenen Buche des Bonner Theologieprofessors und Hausprälaten des Papstes Dr. Fr. Kaulen der Einklang zwischen Bibel und Naturwissenschaft folgendermaßen hergestellt wird: Die Bibel sagt z. B. 1. Mose 1, 2 „Die Erde war wüst und leer". Das bedeutet nach der Ansicht des trefflichen Erklärers „der Weltstoff war gasförmig", ergo sei die Kant-Laplacesche Hypothese von der Entstehung des Planetensystems schon in der Bibel enthalten. Auf ähnliche Weise dürfte wohl der obengenannte P. Wasmann auch zu der von ihm vertretenen Anschauung gekommen sein: die Annahme eines „persönlichen Gottes" sei ein „wahres Postulat der Wissenschaft".

Ein klassisches Beispiel für die philosophischen Anschauungen, welche diese „hingebungsvollen" Erforscher der „Wahrheit" aus ihren sonderbaren Naturerkenntnissen ableiten, ist aber die Schrift von P. Cathrein S. J. über „die moderne evolutionistische Weltanschauung in ihren Folgen." *)

Sie beginnt gleich mit dem unglaublichen Satz: „Heute leugnen fast ausnahmslos alle, die den Glauben an den persönlichen Schöpfer aufgegeben haben, ausdrücklich auch das Naturgesetz" . . . Dann folgt eine dieser Einleitung angemessene „kritische Würdigung" der auf der Entwickelungslehre beruhenden Weltanschauung und zum Schluß kommt einer der köstlichsten Sätze, mit welchen uns die „Jesuitennaturwissenschaft" überhaupt beschenkt hat. Der ausgezeichnete Forscher sagt auf Seite 179: „Die Folgen der evolutionistischen Weltanschauung sind: — die Zunnahme des Mädchenhandels, der Sternbergprozeß, die modernen Betrügereien und Schwindelaffären, die Panamaaffäre,

*) In den „Stimmen aus Maria-Laach" 1903.

der Humbertbetrug, der Trebertrocknungsprozeß, der Leipziger Bankkrach — und die heutige Literatur und Kunst!" . . . . Dabei ist vieles von den angeführten „Folgen" so unanständig, daß ich darauf verzichte es hier wiederzugeben.

Doch genug. Es wäre verlorene Zeit und Mühe, sich mit dieser Sorte von Wissenschaft zu befassen, wenn sie nicht systematisch unter der Maske ehrlichen Strebens nach Wahrheit in die wirkliche Wissenschaft eingeschmuggelt, wenn sie nicht dazu dienen würde in der Öffentlichkeit die Meinung zu verbreiten, die Jesuiten stellten sich auch in den Dienst der Kultur.

So wie die mitgeteilten Proben, so ist diese ganze Forschung und Literatur beschaffen. In den anerkannten Fachblättern versteckt und manchmal schwer durchschaubar, in ihren, für die unkritische Menge berechneten eigenen Blättern und „aufklärenden" oder „Kultur"-Zeitschriften offen und ungescheut, aber stets hat sie nur das eine Bestreben, die Wissenschaft mit den erborgten Formen der Wissenschaftlichkeit niederzuringen, alle Errungenschaften des Geistes durch leere Dialektik, durch hohle, formelle Bedenken zu verwirren, das längst Festgestellte fortwährend aufs neue grundlos anzuzweifeln, in alle philosophischen Gedankengänge ihre berüchtigte „Teleologie" hineinzuschmuggeln, in wissenschaftlichen Streitfragen stets auf der Seite der konservativeren Ansicht zu stehen, rückständige Anschauungen zu verbreiten und Fortschritt zu verhindern oder dort, wo es nicht geht, zum mindesten Schleier und Unklarheiten über die Tatsachen zu breiten, um den Fortschritt zu verlangsamen. Das Urteil ist hart, aber es kann nach einer gerechten Prüfung nicht anders lauten: Die Jesuiten beschäftigen sich mit der Wissenschaft nicht um der Wahrheit willen, sondern um diesen ihren gefährlichsten Feind von innen aus verderben. Und darum haben sowohl die Gelehrten als auch die Öffentlichkeit die Pflicht, stets reinlich zu unterscheiden zwischen wahrer Wissenschaft und jesuitischer, sogenannter „Naturforschung und Philosophie".

Kant und die Aufklärung.

(Zum 100jährigen Todestage Kant's am 12. Februar 1904.)

Von Dr. M. Kronenberg (Berlin).

In den Jahren, als Kant auf der Höhe seiner Wirksamkeit und seines Ruhmes stand, schrieb Jean Paul einmal an einen Freund:



KANT

„Kaufen Sie sich um Gotteswillen zwei Bücher: Kants „Kritik der praktischen Vernunft“ und seine „Kritik der Urteilskraft“. Kant ist kein Licht der Welt, sondern ein ganzes strahlendes Sonnensystem auf einmal.“

In der Tat setzt sich das große geistige Werk Kants zusammen aus einer Fülle von Einzelwerken, und die kulturelle Wirksamkeit, welche von diesem einen Manne ausgegangen ist, ist wirklich so groß, daß man ihn wohl gegenüber anderen Lichtern der Welt als ein ganzes Sonnensystem auf einmal bezeichnen kann. Man darf also nicht hoffen und erwarten, mit ein paar kurzen Strichen auch nur entfernt selbst auf die wichtigsten Ausstrahlungen dieses Sonnensystems hinweisen zu können. Oder, um ein anderes Bild zu gebrauchen: innerhalb der großen Gebirgskette lassen sich die kleineren Berge in ihrer Totalität unschwer von höheren Punkten aus übersehen, jeder der höchsten Gipfel aber bildet ein umfassendes Massiv, welches immer wieder neue Seiten und immer wieder überraschende Konfigurationen und Konturen darbietet, je nach dem Standorte, von dem aus man es betrachtet oder nach der Entfernung, in der man sich ihm nähert.

Kant *ist* ein solcher höchster Gipfelpunkt innerhalb der geistigen Entwickelung der Menschheit, und wenn nun in den nächsten Tagen aller Orten in der zivilisierten Welt, von allen wirklichen Freunden des Kulturfortschritts, der hundertjährige Todestag des großen philosophischen Genies gefeiert wird, so mag das von zahllosen Standorten aus und in der allerverschiedensten Art geschehen, ohne daß doch von jedem einzelnen aus das Wesen dieser Erscheinung vollständig zu treffen wäre.

Auch an dieser Stelle muß ich mich also darauf beschränken, nur einen vorherrschenden Gesichtspunkt der Betrachtung hervorzuheben und möchte dazu einen wählen, der gemeinhin gerade in unseren Tagen allzuoft vernachlässigt wird.

Man bezeichnet nicht bloß eine unter vielen sondern eine der wesentlichsten und durchgreifendsten Richtungslinien der Kantischen Gedankenarbeit, wenn man sagt: Kant ist für die gesamte Entwickelung des modernen Geistes der Führer und, darf man hinzufügen, der bis jetzt größte Meister der *Aufklärung*.

Was ist Aufklärung? Kant selbst hat darauf in einer kleinen Schrift, welche diesen Titel führt, eine Antwort zu geben versucht. Es heißt da u. A.:

„*Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist* das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne

Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung."

„Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen (naturaliter majorennes) dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt usw. so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig, zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen."

Das Wesen der Aufklärung kann nicht leicht treffender bezeichnet werden, als es hier durch Kant geschieht: Heraustreten des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit! Es gab im 18. Jahrhundert eine Auffassungsweise, die, wiewohl gerade durch die Kantischen Ideen stark zurückgedrängt, bis auf unsere Tage sich noch fortgepflanzt hat, wonach Aufklärung nichts anderes bedeute, als das Aufnehmen gewisser fortgeschrittener Meinungen im Gegensatz zu anderen, die veraltet, überholt oder widerlegt seien. Gerade im 18. Jahrhundert war diese sogenannte Aufklärung herrschend und zur geistigen Mode geworden. Aufgeklärt in diesem Sinne war derjenige, welcher gewisse alte religiöse Überlieferungen über Bord warf und sich zu neuen, freigeistigen bekannte: aufgeklärt war, wer das Geheimnis des Dichtens durchschaute und überzeugt war, daß man es hier mit gewissen Verstandesregeln zu tun habe, welche ein Jeder lernen könne — und dergleichen. Und so gibt es heute eine sogenannte „Aufklärung", deren Kriterium vornehmlich darin besteht, daß man gewisse Ergebnisse neuerer Naturerkenntnis adoptiert und daraus allerlei mehr oder weniger oberflächliche „philosophische" Schlußfolgerungen zieht.

Solche Art der Aufklärung hat man nicht übel als „Aufklärerei" bezeichnet. Mit der wahren Aufklärung hat sie nichts zu tun. Denn diese besteht niemals darin, irgend eine Meinung, Ansicht oder Wahrheit aufzunehmen und eine andere zu verwerfen, sondern lediglich in der Selbstbefreiung von dem, was die eigene Vernunft nicht unabhängig geprüft hat, was ihr als Joch von irgend einer Seite her auferlegt worden, was dem Wesen des eigenen Geistes nicht entsprungen ist. Aufklärung in diesem Sinne ist also ein Tun und ein Akt der Freiheit, und es sind vollständige Wechselbegriffe, die hier in Frage kommen: Freiheit bedeutet Loslösung der Vernunft von all dem, was sie nicht

selbst erworben hat, d. h. also Aufklärung, und Aufklärung bedeutet Freiwerden des Geistes von allem, was nicht er selbst ist.

So, in diesem tiefsten Sinne, hat Kant das Wesen der Aufklärung völlig neu und, darf man sagen, für alle Zeiten bestimmt. Aufklärung ist also ein Akt der Freiheit, das Erkennen demnach unmittelbar verknüpft mit dem Wollen und die Wahrheit nur eine Frucht der Sittlichkeit. Darum ist die Aufgabe der Aufklärung identisch mit der Aufgabe der Ethik. Beide können niemals an einem Punkte stille stehen. Es gibt niemals eine Freiheit und eine Aufklärung als Zustand, sondern immer nur als Entwickelungsrichtung, so wie Goethe es ausspricht:

„Frei sein ist nichts,
Frei werden ist der Himmel.“

In diesem Sinne hat Kant die beiden wichtigsten Pole menschlichen Daseins, Erkennen und Handeln, Denken und Wollen, mit unübertroffener Meisterschaft in seinem System aneinandergeknüpft und dadurch für die geistige Befreiung des Menschengeschlechts mehr geleistet, als irgend jemand vor ihm oder nach ihm. Die Norm, welche dem einzelnen Menschen auf dem Wege fortschreitender Selbstbefreiung vor Augen stehen soll, heißt also im Kantischen Sinne: Besinne Dich auf Dich selbst, gebrauche Deine Vernunft, entwickele Deinen Geist in fortschreitender Aufklärung, sei ganz was Du bist, als Mensch, um von menschlichen Gründen und Ursprüngen aus alle die kleinsten und größten Probleme zu lösen, welche Dir auf Deinem Wege offen stehen. Und eben dasselbe, was für den Einzelnen, gilt für den Gesamtgeist der Menschheit, wie es Kant in seinem System vor Augen stellt. Diese ganze Kantische Gedankenwelt hat als durchgehenden Grundakkord immer wieder doch nur den einen: Der Geist, genauer der menschliche Geist — denn von einem anderen wissen wir nichts — ist überall ein und derselbe; aus ihm entspringen alle unsere Wahrheiten und alle unsere Irrtümer; er trägt in sich den ganzen Kosmos, ebensowohl der gedachten und erkannten, als der wirklichen und seienden Welt; und alle Aufgaben, welche jemals Leben und Wirklichkeit gestellt haben und stellen können, sind nicht zu lösen dadurch, daß man irgend welche überlieferten Meinungen, wie sicher sie auch auftreten, wie schön und schmeichlerisch sie sich auch vor Augen stellen, aufnehme, sondern nur durch Selbstbesinnung, durch freies Bewußtwerden, durch reife Kritik, die erst zuletzt, ausgehend von dieser Selbstbesinnung auf das Wesen des Menschen, auf die Organisation des menschlichen Geistes, auch sich erstrecken dürfe auf das Woher und Wohin seines Lebens und die letzten Ursprünge alles Seins und Werdens.

Es erscheint uns heute als etwas überaus Einfaches und war doch tatsächlich etwas überaus Schwieriges, jenen kopernikanischen Standpunkt des Denkens zu finden, den Kant dem menschlichen Geiste für alle Zeiten gewiesen hat, den Standpunkt, der alles und jedes am Menschen und am menschlichen Geiste prüft und mißt und nichts gelten läßt, was hier nicht in der Klarheit und Reinheit des Denkens seine Rechtfertigung gefunden hat. Denn die Maßstäbe der Prüfung für den Menschen sind gemeinhin ganz anderer Art. Wir alle werden ja hineingeboren in gewisse überlieferte Vorstellungen, wir werden zunächst geleitet von zahllosen Autoritäten, und es ist ein unendlich langer Entwickelungsgang nötig, bis von hier aus die Besinnung auf die eigene Persönlichkeit zur Geltung kommt. Aber eben diese fortschreitende Loslösung des menschlichen Geistes von der Autorität, von allem, was nicht er selbst ist, was also auch keine Wahrheit bedeutet, bezeichnet den Weg der Aufklärung oder, was dasselbe ist, den Weg der geistigen Freiheit. Solcher Autoritäten gibt es viele und der mannigfaltigsten Art: politische, soziale, religiöse, gesellschaftliche usw. — aber ihnen allen gemeinsam ist doch der Anspruch, der Entwickelung Schranken zu ziehen, das Lebendige und Flüssige des Geistes fest und starr zu machen, die Freiheit davon auszuschließen, es als unnahbar hinzustellen für die freie Prüfung der Vernunft, die Erkenntnisse und Auffassungsweisen einer Zeit und eines Menschen, die doch auch im besten Falle nur Durchgangsstationen zur Wahrheit sein können, und den Irrtum enthalten müssen, zur Wahrheit für alle Zeiten und alle Menschen zu stempeln. So werden Einsichten und Erkenntnisse zu starren Dogmen, Begriffe zu leeren Schemen, Ideen zu Idolen, Bilder zu inhaltlosen Symbolen, und die große, nie ganz zu lösende, Aufgabe der Menschen, des Einzelnen wie der Völker und des ganzen Menschengeschlechts, besteht immer nur darin, diese ganze ungeheuere Last des Autoritativen und der starren Überlieferung von sich abzuwälzen und, ungeschreckt durch alle Gefahren und Bedrängnisse des Irrens, eben diesen Weg des eigenen, freien Irrens zu beschreiten, um auf ihm, dem einzigen, der möglich ist, auch zur eigenen Wahrheit und so allererst zu sich selbst zu kommen, so als geistige Individualität zu entstehen, als Persönlichkeit sich zu finden. Diesen Weg der Aufklärung bezeichnet das Wort an den ungeberdigen Homunkulus in „Faust“:

> Wenn Du nicht irrst, kommst Du nicht zu Verstand.
> Willst Du entstehen, entsteh auf eigne Hand.

In diesem Sinne hat die wissenschaftlich-philosophische Aufklärung, die der Kantischen Epoche vorangeht, mehr als irgend eine andere Pe-

riode gearbeitet und ein gewaltiges Werk vollbracht, indem sie mit dem Schutte von Jahrtausenden aufräumte, unzählige Fesseln sprengte, welche die „Autorität" dem menschlichen Geiste angelegt hatte, und die Tenne dieses Geistes von zahllosen Vorurteilen reinfegte. Viele, selbst unter den freier Denkenden, sind heute geneigt, diese große Arbeit der Aufklärung mit einer gewissen Geringschätzung anzusehen, als etwas rein Negatives, bei dem die positive Ideenentwickelung zu kurz gekommen wäre. Aber wenn auch das letztere teilweise zutrifft, so ist doch d i e s e Art der Negation die notwendige und fruchtbare Vorstufe der Position, darum selbst etwas Positives. Hier gilt das Wort Jean Pauls, daß jede umgestürzte Lüge eine aufgerichtete Wahrheit ist.

Das gilt auch ganz besonders von dem Gebiete des religiösen Lebens, auf dem das Gewicht der Autorität am schwersten lastet, wo die dogmatische Unfreiheit am hartnäckigsten sich erhält und wie ein Meltau auf alle geistige Entwickelung sich legt, wo darum die Aufklärung damals wie zu allen Zeiten die schwierigste und bedeutungsvollste — nicht freilich die einzige — Aufgabe zu erfüllen hatte.

Allein, wie groß und umfassend diese Arbeit der vorkantischen Aufklärung auch war und wie sehr sie auch unerschrocken daran ging, selbst die am festesten wurzelnden Dogmen zu beseitigen: e i n Dogma war doch auch für sie a l s Dogma bestehen geblieben und beanspruchte selbst in den Augen der radikalsten Aufklärer absolute Geltung: daß der Mensch alle Erkenntnis von den Dingen außer ihm, von der Welt empfange, daß deren tiefster Grund und Ursprung Gott sei, von dem darum alle Erkenntnis letzten Endes ihren Ausgang nehme und bestimmt werde. Und dieser dogmatische Gottesbegriff war, wie für alle Aufklärung, so insbesondere für die des sittlich-religiösen Vorstellungskreises das schwerste, scheinbar unübersteigliche Hindernis. Immer wieder wies man auf diese Schranke hin, an der alle kühnen Erhebungsversuche der freien Vernunft zerschellen müßten, immer wieder wurde die letztere aufgefordert, sich in dieses „Asyl der Ignoranz", den allgemeinen Gottesbegriff, zu flüchten, um Ruhe zu finden vor den bedrängenden Fragen der Erkenntnis.

Da war es denn eine Umwälzung der gewaltigsten Art, eine Revolution von weltgeschichtlicher Bedeutung, als Kant in tiefdringender Gedankenarbeit zeigte: der menschliche Geist ist überall autonom, die Vernunft ist nicht eine unter vielen Erscheinungen des Wirklichen, sondern sie ist der tiefste Grund und Ursprung der W e l t , weil sie diese ganze Welt sich, ihrem Wesen entsprechend, erst gebildet, weil s i e alles Wirkliche erst ordnet, formt und gestaltet und dadurch eine Welt allererst hervorbringt, mag auch vielleicht deren roher Stoff, von dem wir

nichts wissen und erfahren können, irgendwie, von einer unbekannten Macht, uns zum Ordnen und Gestalten gegeben worden sein. Und innerhalb dieses von der Vernunft geschaffenen Weltbildes findet auch die Vorstellung von Gott ihre natürliche und rein vernunftgemäß bestimmte Stelle. Diese Vorstellung von Gott liegt zwar an den Grenzen unseres Bewußtseins und am äußersten Rande desjenigen Horizontes, den der menschliche Geist umspannt, aber auch sie ist doch noch zu ihm gehörig, auch sie rein durch Vernunft bestimmt und von ihr erst geschaffen. Der Mensch ist also der Schöpfer Gottes — nicht umgekehrt, Gott ist eine Idee, eine Grenzvorstellung des menschlichen Geistes, und von rein menschlichem Inhalt stets erfüllt, wie man auch diese Idee konkret zu bestimmen versuche. Wenn also noch der große Erneuerer des freien Denkens in der modernen Philosophie, Descartes, geurteilt hatte, Gott sei größer als die Vernunft, so dreht sich bei Kant das Verhältnis um: die Vernunft ist größer als Gott.

Wenn man diese Grundvoraussetzungen der Kantischen Philosophie sich vor Augen hält, so ergeben sich leicht die weittragenden Folgen, welche sie für Kant im Fortschritte der Aufklärung, namentlich auf dem sittlich-religiösen Gebiete, nach sich ziehen mußten. Zunächst auf dem rein sittlichen Gebiete: wenn die Vernunft größer ist als Gott, so ist es fortan ebensowenig mehr möglich, die Normen des sittlichen Handelns, die ethischen Gesetze, aus Gott abzuleiten, als man die Naturgesetze daraus ableitet, vielmehr können auch jene ebenso wie diese nur bestimmt werden, wie es in der Kantischen Ethik selbst geschieht, von eben derselben Vernunft, welche auch die Gottesidee aus sich erzeugt hat und in allen ihren Merkmalen bestimmt. Es darf also nicht mehr geschehen, daß man irgend welche sittlichen Vorschriften dadurch rechtfertigen zu können vermeint, daß man sagt, sie seien von Gott gegeben oder von göttlich inspirierten oder von der Gottheit beauftragten Personen: vielmehr ist lediglich dies die Frage, ob und inwieweit sie von der Vernunft gegeben sind und durch sie ihre Begründung und Rechtfertigung finden. Wenn dies der Fall ist, wenn Vorschriften und Normen der menschlichen Lebensführung und Lebensgestaltung von der Vernunft bejaht worden sind, so mag innerhalb dieser „Grenzen der bloßen Vernunft" auch der religiöse Zug des menschlichen Geistes zu seinem Rechte kommen, und er mag denn auch die von ihm erzeugte Gottesidee herbeirufen, um alle ethischen Normen besser vereinheitlichen zu können, er mag alsdann diese Idee auch phantasiegemäß sich ausgestalten, so viel er vermag und in sie all sein höchstes Verlangen und seine tiefsten Liebesgeheimnisse hineinzuprojizieren, um so aus entlegenen Fernen das, was er doch selbst schuf, verschönert zurückempfangen zu können: in jedem

Falle gilt dies alles doch nur „innerhalb der Grenzen der Vernunft“ und bleibt es die höchste und unverletzlichste religiöse Pflicht, diese Grenzen nie zu überschreiten. Darum gibt es auf dem Gebiete des religiösen Lebens keine höhere Norm als diese, stets aufrichtig zu sein gegen sich und andere und das, wovon man nach gewissenhafter Prüfung erkannt hat, daß es der Vernunft widerstreitet, also außerhalb des Kreises der Menschlichkeit liegt, auch nie in die Sphäre des Göttlichen hineinzuziehen, es nie mit dieser höchsten Gloriole unseres Geistes zu umgeben, vielmehr, d a m i t eben das Göttliche in uns rein sich entwickeln könne, es gänzlich, radikal und für immer von uns abzutun.

Es mag darum für Kant nicht leicht eine schlimmere Sünde geben als die, von welcher aus das religiöse Leben immerfort wieder vergiftet wurde und wird: daß man etwas als wahr beteuert, was man nicht glaubt, von dessen Unwahrheit man heimlich überzeugt ist, ja daß man anderen Menschen ansinnt, sie sogar dazu zwingt, solche „Wahrheit“ zu bekennen. Kant sieht hierin das eigentliche Kardinalverbrechen gegen die Menschlichkeit, wodurch der Name Mensch, als des vernunftbegabten Wesens, von jeher geschändet wurde und noch heute wird. In seiner Religionslehre sagt er einmal darüber: „Wenn sich der Verfasser eines Symbols, wenn sich der Lehrer einer Kirche, ja jeder Mensch, sofern er innerlich sich selbst die Überzeugung von Sätzen als göttlichen Offenbarungen gestehen soll, fragte: getrautest Du Dich wohl, in Gegenwart des Herzenskündigers, mit Verzichtung auf alles was Dir wert und heilig ist, dieser Sätze Wahrheit zu beteuern? so müßte ich von der menschlichen, (des Guten wenigstens nicht ganz unfähigen) Natur einen sehr nachteiligen Begriff haben, um nicht vorauszusehen, daß auch der kühnste Glaubenslehrer hierbei zittern müßte. Der nämliche Mann, der so dreist ist zu sagen: wer an diese oder jene Geschichtslehre als eine teuere Wahrheit nicht glaubt, d e r i s t v e r d a m m t, der müßte doch auch sagen können: wenn das, was ich euch hier erzähle, nicht wahr ist, s o w i l l i c h v e r d a m m t s e i n! — Wenn es jemand gäbe, der einen solchen schrecklichen Ausspruch tun könnte, so würde ich raten, sich in Ansehung seiner nach dem persischen Sprichwort von einem H a d s c h i zu richten: ist jemand einmal als Pilger in Mekka gewesen, so ziehe aus dem Hause, worin er mit Dir wohnt; ist er zweimal dagewesen, so ziehe aus derselben Straße, worin er sich befindet; ist er aber dreimal dagewesen, so verlasse die Stadt oder gar das Land, wo er sich aufhält.“

Und Kant fügt trauervoll hinzu:

„O Aufrichtigkeit! du Asträa, die du von der Erde zum Himmel entflohen bist, wie zieht man dich (die Grundlage des Gewissens, mithin aller inneren Religion), von da zu uns wieder herab? Ich kann

es zwar einräumen, wiewohl es sehr zu bedauern ist, daß Offenherzigkeit (die ganze Wahrheit, die man weiß, zu sagen) in der menschlichen Natur nicht angetroffen wird. Aber Aufrichtigkeit, (daß Alles was man sagt, mit Wahrhaftigkeit gesagt sei) muß man von jedem Menschen fordern können, und wenn auch selbst dazu keine Anlage in unserer Natur wäre, deren Kultur nur vernachlässigt wird, so würde die Menschenrasse in ihren eigenen Augen ein Gegenstand der tiefsten Verachtung sein müssen."

Hier ist von der Seite des religiösen Glaubens her erneut das Programm aller Aufklärung treffend von Kant gezeichnet. Diese ist darnach identisch mit der höchsten Aufgabe ethischer Kultur, mit der Aufgabe, Menschen zu bilden und zur sozialen Einheit zusammenzuschließen, die ganz und im reifsten Sinne das sind, was der Name selbst besagt: Menschen. Sie sind dies nicht, wenn sie in den wichtigsten Lebensfragen unaufrichtig sind, wenn die Einheit ihrer vernünftigen Persönlichkeit gebrochen ist, dadurch daß die eine Sphäre ihres Bewußtseins, offen oder heimlich, bejaht, was die andere verneint. Denn alsdann sinken sie unter das Niveau der Menschlichkeit, sie geben das, was deren eigentlich Kennzeichnendes ausmacht, was den Menschen vom Tiere scheidet, die Vernunft, vollständig preis. In einer Polemik mit Benjamin Constant hat darum auch Kant treffend dargelegt, die Wahrheit sei nicht sowohl, wie dieser behauptet hatte, etwas was wir anderen, sondern was wir uns selbst schuldig sind, uns, d. h. unserer Menschlichkeit, der Integrität unserer Persönlichkeit, die auf der Einheit und Ungebrochenheit der Vernunft in uns beruht.

Erst da also, wo diese Grundvoraussetzung alles geistigen Lebens, die Aufrichtigkeit, die Herrschaft der Vernunft in der Persönlichkeit, gesichert ist, erst da können jene höheren Kämpfe um die überlieferten Vorstellungskreise, und die traditionellen religiösen Meinungen ausgefochten werden, die man häufig allein im Auge hat, wenn man von Aufklärung redet. Kämpfe solcher Art bilden die unerschöpflichen Themata des eigentlichen „Kulturkampfes", d. h. jener weiteren Stufe der Aufklärung, welche die Aufrichtigkeit, als den Anfangspunkt aller Aufklärung, zur notwendigen Voraussetzung hat. So wird man Kirchen und kirchliche Institutionen und zahllose Glaubensvorstellungen, etwa die entwürdigende Vorstellung von der göttlichen „Gnade", bekämpfen, und ebenso z. B. „jenen ächzenden, moralisch passiven Zustand, der nichts Großes und Gutes unternimmt, sondern alles von Gott erwartet" — und man wird doch mit denen, welche solches bekennen, auf der gleichen Linie der Menschlichkeit sich wieder finden, wenn ihr Bekenntnis aufrichtig ist, während umgekehrt dem selbst der primitivste Anfang aller

Aufklärung fehlt, der heuchlerisch noch so vorgeschrittene Anschauungen bekennt. —

Worauf für Kant also alles ankommt, ist die sittliche Integrität innerhalb der Menschenwelt, die wiederum allein beruht auf der Integrität der Vernunft, beim Einzelnen wie bei der Gesamtheit, auf deren freier Entfaltung, wodurch allein es jedem ermöglicht wird, ein Mensch zu sein, sich zu dem zu machen, was er ist. Der Ausgangspunkt aller Aufklärung ist also ein ethischer: daß die Entwickelung des Geistes nicht vernichtet werde, weder durch Heuchelei und Unaufrichtigkeit (wodurch Vernunft sich selbst aufhebt), noch durch Gewalt, geistige oder physische, welche diese freie Entwickelung selbst von vornherein unmöglich machen will. Und in dieser letzteren Beziehung kann man nicht vernichtender über die geistige Knechtschaft urteilen, der sich so viele kirchliche Glaubensgesetze schuldig machen, wie über die Entmenschlichung derer, die sich ihnen bewußt unterwerfen, als es Kant in jenem Aufsatz „Was ist Aufklärung“ tut, von dem oben die Rede war: „Ein Kontrakt, der auf immer alle weitere Aufklärung vom Menschengeschlechte abzuhalten geschlossen würde, ist schlechterdings null und nichtig; und sollte er auch durch die oberste Gewalt, durch Reichstage und die feierlichsten Friedensbeschlüsse, bestätigt sein. Ein Zeitalter kann sich nicht verbünden und darauf verschwören, das folgende in einen Zustand zu setzen, darin es ihm unmöglich werden muß, seine Erkenntnis zu erweitern, von Irrtümern zu reinigen, und überhaupt in der Aufklärung weiter zu schreiten. Das wäre ein Verbrechen wider die menschliche Natur, deren ursprüngliche Bestimmung gerade in diesem Fortschritt besteht; und die Nachkommen sind also vollkommen dazu berechtigt, jene Beschlüsse, als unbefugter und frevelhafter Weise genommen, zu verwerfen.“ „Ein Mensch kann zwar für seine Person und auch alsdann nur auf einige Zeit in dem, was ihm zu wissen obliegt, die Aufklärung aufschieben; aber auf sie Verzicht tun, es sei für seine Person, mehr aber noch für seine Nachkommenschaft, heißt die heiligen Rechte der Menschheit verletzen und mit Füßen treten.“

Kleine Mitteilungen.

Die Kostenrechnung einer Heiligsprechung.

II.

Vor einem Jahre ist im Freien Wort (Jahrgang II, Nr. 19 vom 5. Januar 1903, S. 612—616) die Kostenrechnung der Heiligsprechung des spanischen

Jesuiten Franz Xaver vom 12. März 1622 mitgeteilt worden. Es wurde schon damals bemerkt, daß sie von mehreren Heiligsprechungs-Kostenrechnungen in einer Handschrift, die den amtlichen Beständen der römischen Ritenkongregation entschlüpft und fern von Rom in eine der wichtigsten Bibliotheken geraten ist, die billigste und kürzeste ist. Hierfür läßt sich auch von vornherein schon ein recht tristiger Grund erraten. Franz Xaver war, wie gesagt Jesuit. Die Kosten seiner Heiligsprechung hatte also der Jesuitenorden zu tragen. Und daß dieser seine Spenden für kirchliche Prunkentfaltung nicht übers Maß steigern wird, ist von selber einleuchtend. Aber augenscheinlich ist dieselbe Kostenrechnung auch nicht vollständig. Dies ergab sich schon aus einer Randbemerkung, welche besagte, daß in der Rechnung das Trinkgeld für den Sekretär der Breven fehle (S. 616, Zeile 2). Ferner enthält sie auch nur das Verzeichnis der in barem Golde ausgezahlten Trinkgelder, angefangen von dem des Papstes und hinabsteigend bis zu denen der Türhüter und der Kehrbesenhandhaber des Vatikans. Gänzlich fehlen die Ausgaben für die Kanonisationsparade mit den eigens für diese bestimmten und bei dieser verwendeten Prunkeinrichtungen und kirchlichen Prunkgewändern, Ausgaben, welche, wie wir im Nachstehenden sehen werden, noch viel bedeutender sind, als die in Bar gespendeten Trinkgelder und die in manchen Beziehungen den Ausgaben ähneln, die für sogenannte Ausstattungsstücke in gewissen Pariser Theatern aufgewendet werden. Sollte aber hier vielleicht irgend ein zartfrommer Leser an diesem meinem profanen Vergleiche mit dem Theater Anstoß nehmen, so sei er gebeten, sich darob nicht voreilig zu entrüsten, denn er wird im folgenden Texte erfahren, daß dieser Vergleich nicht von mir erfunden, sondern schon vor fast 300 Jahren gemacht ist und zwar eben von dem offiziellen Aufzeichner der Kostenrechnung, dem päpstlichen Zeremonienmeister. Immerhin aber ergab auch schon jene mehrfach und gerade in dem Hauptposten mangelhafte Kostenrechnung für die Heiligsprechung Franz Xavers eine sehr bedeutende Summe, nämlich von 5172½ Goldskudi, die an Kaufkraft einer heutigen Summe von etwa 85 000—90 000 Mark gleichkommen.

Gewaltig höher also stellten sich die Kosten einer Heiligsprechung mit Einschluß jener oben besprochenen Prunkausgaben. Und eben diese erscheinen, freilich wiederum nicht vollständig, sondern nur teilweise mit Zahlen beziffert, in der Rechnung für die Heiligsprechung des Kardinals und Mailänder Erzbischofs Karl Borromeo.

Daß aber gerade bei seiner Promotion die höchstmögliche Prachtentfaltung stattgefunden hat und daß sich darum auch seine Promotionskosten besonders hoch bemessen haben, wird uns sofort begreiflich, wenn wir die Person des Promovierten näher ins Auge fassen.

Geboren aus einer sehr reichen mailändischen Grafenfamilie am 2. Oktober 1538, wurde er an der römischen Kurie, seitdem sein Oheim unter dem Namen Pius IV. im Jahre 1559 Papst geworden war, schon im Alter von 21 Jahren Protonotar und Referendar, darauf in rascher Aufeinanderfolge Kardinal, Erzbischof von Mailand mit der Verpflichtung in Rom beim Oheim zu bleiben und die Verwaltung der Mailänder Diözese einem Generalvikar anzuvertrauen, endlich auch Legat in der Emilia, Romagna und in den Marken von Ankona. Im Jahre 1565 machte er einen Besuch in Mailand, kehrte aber schon bald an die Kurie zurück. Als hier aber noch am Schlusse desselben Jahres sein Oheim gestorben war, wanderte er gleich nach der Wahl des folgenden Papstes in seine

Diözese zurück, wo er bis zu seinem Tode (3. November 1584) verblieb. Sein hervorstechender Charakterzug war der Feuereifer für die Durchführung der Reformdekrete des erst eben (1563) geendeten Konzils von Trient, der ihn dann freilich in einige Konflikte mit seinem Klerus brachte. Am 1. November 1610 wurde er von Paul V. (Borghese) heilig gesprochen.

Daß der feierliche Akt der Heiligsprechung eben dieses Mannes mit der größten Prachtentfaltung vollzogen werde, in dieser Absicht werden die Mitglieder der reichen gräflichen Familie, der er angehört hatte, der reiche mailändische Adel, dessen Standesgenosse er gewesen, und der reiche mailändische Klerus, den er nach dem Rezepte eines Reformdekrets des neuesten Konzils gedrillt hatte, einträchtig und auch opferwillig genug gewesen sein. Und daß diese Richtung auch dem prunkliebenden Paul Borghese ganz genehm gewesen sei, ist selbstverständlich.

Den ersten Teil unserer Heiligsprechungs-Kostenrechnung bildet die Aufzählung der Trinkgelder. Wie auch bei der Heiligsprechung Franz Xavers wurden sie in Gold ausgezahlt. Der damalige Goldskudo hatte einen Wert von etwa 5½ Francs und eine Kaufkraft, welche ungefähr gleich ist der heutigen Kaufkraft von 18—19 Francs. Von diesen Goldskudi also haben empfangen:

Papst Paul V. 500; der Dekan des Kardinalkolleginms und Präfekt der Ritenkongregation 200; die 12 Kardinäle, welche Mitglieder der Ritenkongregation waren, à 100 = 1200; der Dekan der Rota, welcher mit zwei Auditoren der Rota den Heiligsprechungs-Prozeß revidiert und darüber dem Papste und der Ritenkongregation Bericht erstattet hat, 200; die zwei Auditoren à 100 = 200; der von der Ritenkongregation beauftragte Protonotar 100; der Sekretär der Ritenkongregation 100; zwei Konsistorialadvokaten à 100 = 200; der dritte Konsistorialadvokat 50; der Konsistorialadvokat, welcher beim öffentlichen Konsistorium und bei der Heiligsprechung im Namen des Papstes antwortete, 100; der Sekretär der Breven, welcher den Heiligsprechungsakt verfaßt und expediert hat, 200; die zwei Zeremonienmeister à 100 = 200; die sechs Geheimkämmerer des Papstes à 50 = 300.

Das waren die großen Trinkgelder für die oberen Götter des vatikanischen Olympes; der ihnen gespendete Gesamtbetrag beziffert sich auf 2550 Goldskudi. Von den kleineren Spenden an die niederen Halbgötter und an das Bedientenheer seien hier nur einige interessantere angeführt, welche augenscheinlich mit den Verhandlungen der Ritenkongregation und dem Heiligsprechungsakte nichts zu schaffen hatten, oder doch nur bei der kirchlichen Parade als Statisten mitwirkten. Es empfingen zum Beispiel: der päpstliche Maestro del duomo 25; die Sänger der päpstlichen Kapelle 50; der Sakristan des Papstes 30; die Geheimkapläne des Papstes 30; der päpstliche Mundschenk 30; der päpstliche Küchenmeister 25; der päpstliche Vorkoster 6; der päpstliche Kellermeister 4; der päpstliche Garderobenmeister 10; der päpstliche Leibarzt 12; die päpstlichen Kammerdiener 40; die päpstlichen Sänftenträger 20; die päpstlichen Stallknechte 30; die päpstlichen Eilboten 15; die päpstlichen Vorläufer 15; die Pförtner des Außentores des päpstlichen Palastes 10; die Pförtner des eisernen Innentores 10; die Leibtrabanten 24; der Hauptmann der päpstlichen Schweizergarde 25; die päpstlichen leichten Reiter 20; die päpstlichen Trompeter 6; die Bombardiere der Schweizer 4; die Bombardiere der Engelsburg 4; der Glöckner der Peterskirche 2; die päpstlichen Schildträger 20; die geheimen Besenkehrer des Papstes 8; die Musiker der Engelsburg 10.

Die Summe aller dieser großen und kleinen Trinkgelder belief sich auf 4228 Goldskudi oder, wenn man diese in Silbermünzen umrechnet, 5470 Silberskudi. Zu diesen kam dann noch etwa ein Dutzend kleinerer Trinkgelder, die in Silbermünzen ausgezahlt wurden, zum Beispiel 52 Silberskudi für die Stallknechte der oben genannten 13 Kardinäle und 4 Silberskudi für die Trommler, so daß die Gesamtsumme dieser Trinkgelder 5587 Silberskudi betrug.

Zu diesen Ausgaben kamen dann noch die nicht minder bedeutenden für Prunkkleider der bei der feierlichen Heiligsprechung amtierenden päpstlichen Ober- und Unterbeamten. In der Handschrift werden die einzelnen Prunkkleider aufgezählt und beschrieben. Mit der langen Aufzählung und Beschreibung sollen jedoch die Leser des Freien Wortes nicht behelligt werden. Um ihnen aber einen Begriff von der Prunkentfaltung und der dadurch verursachten Ausgabenhöhe zu ermöglichen, sollen hier nur einige von diesen Prunkkleidern genannt werden:

„Für jeden der sechs päpstlichen Geheimkämmerer ein bis zu den Fersen herabreichendes Kleid von feinem rotem Tuch mit einer Kapuze von Hermelinpelz, so wie die Kämmerer sie zu tragen pflegen in der päpstlichen Kapelle und in den öffentlichen Konsistorien. Für jeden der drei päpstlichen Geheimkapläne ein ähnliches Kleid mit ähnlicher Kapuze. Für den päpstlichen Geheimalmosenier ein ähnliches Kleid mit ähnlicher Kapuze. Für den päpstlichen Geheimsekretär ein ähnliches Kleid mit ähnlicher Kapuze. Für den päpstlichen Garderobiere ein ähnliches Kleid mit ähnlicher Kapuze. Für den päpstlichen geheimen Leibarzt ein ähnliches Kleid mit ähnlicher Kapuze. Für jeden der beiden Konsistorialadvokaten und für den römischen Fiskaladvokaten je ein ähnliches Kleid von violettem Tuch mit gleichfarbiger Kapuze, gefüttert mit Hermelinpelz . . . Für jeden der vier päpstlichen geheimen Besenkehrer eine kurze Soutane von feinem violettem Tuche . . ."

Im folgenden Texte wird dann gelegentlich als Ausgabeposten für diese Prunkkleider die Summe von 1364,97 Silberskudi angegeben. Weiterhin wird dann noch eine lange, lange Reihe der von den kostbarsten, mit Gold und Silber durchwirkten oder gestickten Stoffen verfertigten kirchlichen Gewänder angeführt, die für den Papst, die Kardinäle und noch andere höhere Würdenträger zum Gebrauche bei der feierlichen Heiligsprechung Karl Borromeos bestimmt waren. Ausdrücklich wird bemerkt, daß diese in Mailand gemacht und dann nach Rom gebracht worden seien. Die Höhe der Ausgaben für diese Sachen vermag deshalb auch der päpstliche Zeremonienmeister in Rom nicht anzugeben.

Dagegen bringt er noch eine zweite und große Kostenrechnung für diese Heiligsprechung. Sie hat folgende Einzelheiten:

Für die Abschriften der in dieser Angelegenheit gemachten Prozesse, Berichte und Schriftstücke	1167,78	Silberskudi
Ausgaben des Prokurators der Heiligsprechung für anderweitige Abschriften, Summarien und einige Bilder des heiligen Karl	1572,60	„
Für einige Versammlungen in dieser Sache	42,19	„
Für verschiedene Geschenke zu verschiedenen Zeiten an Kardinäle, Auditoren der Rota und andere	130,00	„
Für Auszierung und Neuordnung der für die Heiligsprechung von Mailand nach Rom gebrachten Paramente	495,99	„

Für 74 Gemälde mit dem Bilde des heiligen Karl für die päpstlichen Beamten, für Kardinäle und für Auditoren der Rota	752,11 Silberskudi
Für die Kleider der päpstlichen Familie, wie oben gemeldet ist	1364,97 „
Für die Kleider von 160 Knaben, welche litterati heißen	717,50 „
Für den Bau des Theaters in der Peterskirche mit allen seinen Zierraten, Teilen und Ausgaben für die genannte Heiligsprechung	11743,60 „

Unmittelbar darauf benennt er die einzelnen kostbaren Stoffe, die für die feierliche Heiligsprechung in der Peterskirche für den Schmuck des Hauptaltars und des päpstlichen Thrones beschafft worden waren. Die Summe der hierfür verausgabten Gelder nennt er nicht, vermutlich da er sie nicht weiß, weil dieselben nicht in Rom, sondern in Mailand angeschafft sein werden.

Die zweite Rechnung ergibt eine Summe von 17 986,74 Silberskudi und rechnet man zu dieser die obige Summe der ersten Rechnung im Betrage von 5587,30 Silberskudi so ergibt sich eine Gesamtsumme von 23 574,04 Silberskudi. Setzen wir nun endlich als Ausgabe für die in Mailand beschafften kostbaren Gewänder und Stoffe auch nur die sicher zu niedrig veranschlagte Summe von rund 2500 Silberskudi in Rechnung, so stellt sich für die Gesamtkosten der Heiligsprechung des Karl Borromeo eine Summe von rund 26 000 Silberskudi. Berechnen wir nun ferner den Metallwert des Silberskudo auf rund 4 Francs in Gold und die damalige Kaufkraft des Goldes auch nur als die dreifache heutige, so hat die Heiligsprechung des Karl Borromeo den Antragstellern eine Summe gekostet, die der heutigen Summe von über 300 000 Francs entspricht. —

Die dritte Kostenrechnung bringt die Ausgaben für die Heiligsprechung des Spaniers Thomas von Villanova. Geboren im Jahre 1488, trat er später in den Augustinerorden, wurde als Günstling des deutschen Kaisers Karl V., der als Karl I. auch König von Spanien war, im Jahre 1544 Erzbischof von Valenzia und starb als solcher im Jahre 1555. Seine Seligsprechung geschah im Jahre 1605, seine Heiligsprechung durch Papst Alexander VII. im Jahre 1658. Die Kostenrechnung derselben ist also die jüngste von allen dreien. Sie steht auf Einzelinhalt und Höhe der Gesamtsumme derjenigen für die Heiligsprechung Franz Xavers viel näher, als derjenigen für die Heiligsprechung Karl Borromeos. In allen dreien sind die Trinkgelder im wesentlichen dieselben und auch von gleicher Höhe; ein Gleiches gilt von den Ausgaben für die Prunkkleider. Nur sind in der dritten und jüngsten Rechnung die einzelnen Ausgabeposten nicht mehr in Goldskudi, sondern in Silberskudi berechnet. Und da nun um Mitte des 17. Jahrhunderts der Wert des Goldskudo zu dem des Silberskudo sich ungefähr im Verhältnis von 6 : 4 stand, so erscheinen die Einzelposten dieser dritten Rechnung in Zahlen, die um 50 Prozent höher sind als die Zahlen der entsprechenden Einzelposten der beiden ersten Rechnungen. Beispielsweise empfingen laut dieser jüngsten Rechnung als Trinkgelder der Papst 760, der Präfekt der Ritenkongregation 300, jeder Kardinal dieser Kongregation 150, die Geheimkämmerer 450, der Hauptmann der Schweizer 37, der päpstliche Leibarzt 18 Silberskudi. Da die Empfänger der Trinkgelder und der Prunkkleider im wesentlichen dieselben sind wie in der ersten Rechnung, so bedarf es hier einer Wiederholung der Einzelposten nicht. Es genügt die Gesamtsumme zu nennen, und diese beziffert sich auf 9338,50 Silberskudi.

Vergleichen wir die Summe dieser dritten Rechnung mit der der ersten (5172,50 Goldskudi — 7753,75 Silberskudi) und der der zweiten, die wir auf rund 26 000 Silberskudi veranschlagt haben, so ergibt sich, daß die Kostenrechnung für Thomas von Villanova erheblich größer ist, als die für Franz Xaver, dagegen ganz bedeutend geringer als die für Karl Borromeo. Das erste Ergebnis erklärt sich leicht aus der schon oben nachgewiesenen Tatsache, daß die Kostenrechnung für Franz Xaver nicht vollständig ist. Das zweite Ergebnis aber findet seine Erklärung darin, daß die gewaltigen Ausgaben, welche laut der Rechnung für Karl Borromeo für kostbare kirchliche Gewänder des Papstes und anderer hoher kirchlicher Würdenträger bei der Heiligsprechungsfeier und insbesondere „für das Theater in Sankt Peter" gemacht worden sind, in der Rechnung für Thomas von Villanova in Wegfall kommen. Denn seine Heiligsprechung fand laut einer Notiz seiner Kostenrechnung nicht in der Peterskirche, sondern in einer Kapelle des Vatikans, also wahrscheinlich in der sixtinischen Kapelle statt und sie geschah offenbar hier in einer viel einfacheren Form.

Unsere drei Heiligsprechungen haben also drei Summen gekostet, deren damaliger Wert den heutigen Summen von fast 100 000, beziehungsweise über 300 000 und über 100 000 Francs entspricht. Die Leser des Freien Wortes haben also nunmehr den Beweis, daß die Heiligsprechungen nicht nur zu den Einrichtungen und Gebräuchen gehören, deren Achtungswürdigkeit und Ehrwürdigkeit durch § 166 des deutschen Strafgesetzes jedem äußeren Zweifel entrückt ist, sondern daß sie auch ein sehr vorteilhaftes Geschäft für recht viele Teilhaber sind, die alle ein recht gewichtiges Interesse daran haben, daß es sich recht oft wiederholt.

Und so wird denn auch dieses lohnende Geschäft vor wie nach eifrig betrieben! Auch der neue Papst Pius X., von dem unverbesserliche Optimisten diesseits der Alpen Abstellung der finanziellen Künste der Kurie verhoffen, hat sich schon tüchtig ins Geschäft hineingearbeitet. Wie die Zeitungen melden, hat er am 6. Januar die Jungfrau von Orleans Jeanne d'Arc, zwei Jesuiten und einen ungarischen Domherrn von Gran feierlichst selig gesprochen. Bekanntlich ist die Seligsprechung die unerläßliche Vorstufe zur Heiligsprechung und verhält sich zu dieser ungefähr wie das Referendarexamen zum Assessorexamen. Dementsprechend sind denn auch ihre Kosten bedeutend geringer als die der Heiligsprechung; sie betragen zur Zeit, wie aus bestinformierter Quelle mitgeteilt wird, nur etwa 50 000 Franken. —

Nachschrift. Fast wäre es vergessen worden den Ort anzugeben, wo sich die drei interessanten Kostenrechnungen im vollständigen Originaltexte befinden. Sie finden sich in einer Handschrift der Mailänder **Biblioteca Nazionale della Brera** unter der Katalogbezeichnung: **A G. IX. 26: Diversi de Ritibus Romanae Curiae** und füllen dort die Blätter 9—13, 38—39 und 40—45. Sollte nun aber irgend ein frommer Leser des Freien Wortes bei seinem Aufenthalt in Mailand vielleicht einmal den Einfall haben, um des guten Zweckes willen die ihm widerwärtigen Blätter der Handschrift hinter dem Rücken des Aufsichtsbeamten zu vernichten, so sei ihm im Voraus mitgeteilt, daß der gute Zweck vereitelt ist; denn eine vollständige Abschrift steht zur Verfügung der Redaktion des Freien Wortes.

*

Ein bisher unveröffentlichter Brief Schopenhauers.

Herr Dr. Arthur Pfungst hatte die Güte uns aus seiner Autographensammlung einen bisher unveröffentlichten Brief Schopenhauers zur Verfügung zu stellen, den wir im folgenden in der Orthographie des Originals wiedergeben:

Adresse:

Der Frau Mertens—Schaafhausen

Wohlgeboren

Bonn.

Geehrteste Frau Mertens,

Empfangen Sie meinen aufrichtigen Dank für mein Porträtt, welches Werth für mich hat und sich jetzt neben dem Original gar sonderbar ausnimmt. Auch für das Notizbuch meines Vaters bin ich Ihnen verbunden: es ist mir eine theuere Reliquie und voll Erinnerungen an die mir ganz gegenwärtigen Umstände unsrer Familienreise v. 1803—1805. Von den Denkmälern meiner Schwester, in welche Sie die Göthe-Münzen umgestaltet haben, werde ich mit vielem Danke eines annehmen. Ich habe, bei Gelegenheit dieser traurigen Koincidenz mir oft die Zeit vergegenwärtigt, als Göthe gegenwärtig war bei den Weihnachtsgeschenken, die meine Schwester als Kind, mit Tisch und Baum aufgeputzt erhielt. Wenn da eine Stimme prophezeit hätte! — Das Göthe-Album betreffend glaube ich, daß es gedruckt werden wird, wiewohl, da ich die Herren des Komités alle nicht kenne, ich nichts Bestimmtes darüber weiß. Im Fall es nicht geschähe, steht Ihnen eine Abschrift meines Beitrags sehr zu Diensten, wiewohl ich nicht weiß, ob Ihnen solche interessant seyn kann, da mein losgelassener Zorn ausschließlich das himmelschreiende Unrecht betrifft, welches G hinsichtl der Farbenlehre erleidet. Er war dämonisch getrieben, als er, in meinem 25 Jahre, mich persönlich zu seinem Schüler darin machte u. sich keine Mühe verdrießen ließ, mich zu überzeugen. Er hat sich einen Rächer des Unbilds erzogen: u. sieht er von oben herab in unser Album, so werden ihn alle Lobhudeleien der Uebrigen Notabeln zusammengenommen nicht halb so sehr freuen, als mein daselbst aufziehendes Donnerwetter. Er sagt: „Du bist mein lieber Sohn, an dem ich Wohlgefallen habe.“ Ich kriege mit der Zeit auch Autorität. Man muß nur hübsch alt werden; da giebt sich Alles.

Hinsichtlich der Forderung des Fiskus wünschte ich sehr, daß Ihr Geschäftsmann geltend machen wollte, daß ich ganz und gar nicht in Folge meiner Anverwandschaft mit meiner Schwester erbe, als wozu die weitläufigste Beweisführung nöthig gewesen seyn würde: sondern ich erbe als bloßer Legatarius; oder vielmehr, Sie allein erben u. haben mir ein Legat auszuzahlen. Vielleicht kann er mir dadurch die Forderung vom Halse schaffen. Sollte man dagegen Ihnen als Universalerbin eine Forderung machen; so versteht sich, daß ich sie Ihnen, im Verhältniß des mir zugefallenen Kapitals ersetze. Sie werden mich besonders verbinden, wenn Sie diese Einrede zur Sprache bringen lassen. Sie ist mir von meinem

Freunde, einem Juristen, eingegeben worden. Bleibt sie erfolglos, so muß ich mich fügen.

Mich Ihrem ferneren gütigen Andenken empfehlend verbleibe ich Hochachtungsvoll

Ihr

ergebener Diener

Arthur Schopenhauer

Frankfurt a. M.
d. 27 Nov
1849.

Weitere wertvolle Aufschlüsse über dieses Schreiben verdanken wir dem freundlichen Entgegenkommen Herrn Eduard Grisebach's, des hochverdienten Schopenhauerforschers. Herr E. Grisebach teilt uns bezüglich dieses Schopenhauerbriefes mit:

„Schemann in seinen „Schopenhauerbriefen“ (Leipzig 1893) bemerkt S. 186, daß er die vier Briefe Schopenhauers an Frau Mertens sich nicht habe verschaffen können. Mir ist es indes gelungen, einen dieser vier Briefe im Germanischen Museum in Nürnberg aufzufinden: er ist vom 21. November 1849, und ich habe ihn im Feuilleton der „National-Zeitung“ vom 30. Oktober 1903 abdrucken lassen. Dieser Brief geht zweifellos dem Ihrigen vom 27. November unmittelbar vorher: denn Schopenhauer beklagt sich in demselben, daß Frau Mertens sein (Jugend-)Porträt im Nachlaß seiner Schwester nicht gefunden habe, hofft aber, daß es ihr doch noch in die Hände fallen werde. In der Zwischenzeit vom 21. bis 27. November hat sie es also gefunden und ihm übersandt.

(Über das Porträt siehe meine Schrift „Schopenhauer. Geschichte seines Lebens“. Berlin 1898. S. 239 f.).“ —

*

Der wirtschaftliche Wert des Deutschen in Österreich.

Zu diesem Gegenstande brachte ein äußerst beachtenswerter Artikel des „Deutschen Tageblattes“ (Wien) 1904, No. 3: „Das Deutschtum in Österreich als Machtfaktor“ folgende Daten: In Böhmen zahlt durchschnittlich jeder deutsche Kopf 3 Kronen 6 Heller Einkommensteuer, während auf je einen Czechen eine jährliche Steuer von nur etwas über 1 Krone zu rechnen ist. Die Polen in Galizien und die Südslaven zahlen durchschnittlich gar nur 43 Heller pro Kopf. Für ganz Österreich ergibt sich im Durchschnitt folgendes Resultat:

Im Jahre 1901 zahlten die 9½ Millionen Deutschen 40 Millionen Kronen Steuer, während die 16½ Millionen Slaven nur rund 11 Millionen Kronen aufbringen konnten. Das ergibt pro deutschen Kopf den Durchschnitt von 4.22 Kronen, pro nichtdeutschen 66 Heller. Das heißt: daß jeder deutsche Kopf dem Staate fast **siebenmal** so viel wert ist, als jeder nichtdeutsche Kopf. Mit Recht bemerkt daher der Artikel: „Ein Volk, das derartig mit tiefen Zügen in die Physiognomie eines Staates sich einzuzeichnen weiß, in dem es die numerische Minderheit bedeutet, das ist nicht degeneriert, das ist nicht schwächlich.“ Ebenso wahr und traurig ist aber: „Die Deutschen bekommen nicht was ihnen gebührt, wiewohl der Staat ohne sie weder ein Heer halten, noch Verwaltung und Hofstaat bezahlen könnte.“ Diese Zahlen, so wichtig sie sind, sind leider viel zu wenig bekannt, sie sind aber der Schlüssel zur Beurteilung der österreichisch-ungarischen Krise. Es ergibt sich daraus klipp und klar, daß Österreich, Ungarn und Habsburg steht und fällt mit den Deutschen. L.—L.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 23. Erstes Märzheft 1904. III. Jahrg.

Der Aufstieg der Mongolen.

Wie ein ächter Taifun des stillen Ozeans ist der Krieg im fernen Osten Asiens über das Beschwichtigungsöl der Bülow-offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen" und die dilatorische Politik Rußlands hinweggefegt, und bereits seine ersten Donnerschläge haben der aufhorchenden Welt gezeigt, daß das Zarenreich bei seinem skrupellosen Vormarsch in das Herz der mongolischen Welt auf einen Gegner gestoßen ist, der ihm nicht nur die zum Ernten reifen Früchte einer zehnjährigen fieberhaften Tätigkeit entreißen, sondern überdies seine ganze Weltmachtstellung erschüttern kann.

Hätte Rußland in diesem Waffengange nur den einen Feind Japan, so wäre der schließliche Ausgang wohl nicht so fraglich, aber hinter Japan lauert ein zweiter stärkerer Gegner, — liegt England wie ein Tiger auf dem Sprunge, um dem seine weitausgreifenden asiatischen Pläne immer schärfer von Norden her bedrohenden moskowitischen Bären im günstigen Augenblick in den Nacken zu springen und ihm die während des Burenkrieges gemachte Beute wieder zu entreißen. Offen vor aller Augen kämpft Japan mit Rußland um die Vorherrschaft in Ostasien, im stillen aber legt England seine Minen — und nicht mehr nur im stillen (vergleiche Tibet!) — um den Union Jack über ganz Asien südlich der Gobi über den Hindukusch hinweg bis zum Kaukasus flattern zu lassen. Ist hierdurch die Gefahr für einen allgemeinen Weltkrieg sehr nahe gerückt, so wird sie noch dadurch verschärft, daß in engem Zusammenhang mit den Ereignissen in Ostasien der alte Wetterwinkel im Südosten Europas wieder lebhafter zu grollen anfängt und

nicht nur Rußland und Österreich sondern auch Italien und die andern Großmächte Europas zum Einschreiten zwingen kann.

Erwägt man außer dieser Möglichkeit eines doppelten Engagements auch noch die innere Lage Rußlands, das ungeheuere materielle Elend der Bauernschaft in der größeren Hälfte des Reiches, die jahraus, jahrein sich erneuernden Arbeiter- und Studentenunruhen mit ihren geheimen revolutionären Umtrieben, die prekäre finanzielle Lage und die stets fortglimmenden polnischen Hoffnungen, die unermeßliche Entfernung des ostasiatischen Kriegsschauplatzes mit seiner nur notdürftig geschaffenen Operationsbasis in einem kaum eroberten, von Haß gegen den Eindringling erfüllten Gebiet und dagegen die konzentrierte japanische Kraft, das stolze National- und Rassengefühl dieses riesenkühn aufstrebenden Volkes, — so ergibt sich für das Zarenreich eine sehr düstere Perspektive, wenn es ihm nicht gelingt durch eine gewaltige Kraftanstrengung das durch seine Schlappen zur See eingebüßte Prestige ohne Säumen zu Land in wuchtigen Schlägen wiederherzustellen und dadurch auch den Weltfrieden wieder zu sichern.

Bei dieser hochernsten Lage erscheint es ein kindisches Unterfangen, jetzt, wo es sich um aufeinanderprallende Machtfragen handelt, nach dem Störenfried zu suchen, um ihn an den Pranger zu stellen, oder in sonst berechtigte Klagen über das namenlose Elend auszubrechen, das die Kriegsfurie schon wieder in der Welt entfesselt, und den gescheiterten Hoffnungen der Friedensfreunde nachzutrauern, die in dem ewigen Frieden nicht mehr eine schöne Chimäre sondern eine nahe Erfüllung, und in dem weißen Zaren seinen erlauchten Herold erblickten. Die öffentliche Meinung hätte zur Stunde eine andere Aufgabe: so laut, so eindringlich und so elementar ihre Stimme zu erheben, daß diejenigen Kreise und Machthaber, die heute im Trüben zu fischen gesonnen sind, vor dem Schrei der Entrüstung ganz Europas und noch mehr vor dem Unwillen des eigenen Volkes zurückschrecken und den Brand auf seinen eigenen Herd beschränken helfen.

Über diesen drohenden Ausblick in die nahe Zukunft hinaus eröffnet der russisch-japanische Krieg jedoch noch eine weitere Perspektive, ähnlich einem losbrechenden Gewitter, das uns bei einer Bergwanderung durch seine Blitze plötzlich die verhüllende Wolkenwand zerreißt und uns wie in einer Vision die bisher verdeckte Landschaft mit magischem Scheine beleuchtet. Wie einst die Entdeckung eines neuen Weltteils ein neues Zeitalter einleitete, so sprangen abermals beim ersten Donner der japanischen Geschütze die Pforten einer neuen Geschichtsepoche auf. Neben dem Ariertum ist die mongolische Welt, die noch vor einem Menschenalter etwas Sagenhaftes für uns besaß, auf den Schauplatz der Geschichte

getreten und heischt im Kampfe auf Leben und Tod ihre Gleichberechtigung im internationalen Völkerkonzert. Das ist die große welthistorische Bedeutung des blutigen Dramas in Korea und der Mandschurei.

Ähnliche Erwägungen mögen ja bereits vor einigen Jahren anläßlich des europäischen „Kreuzzuges“ nach China gepflogen sein und auch unserm Kaiser die Idee zu dem von Knackfuß ausgeführten Bilde „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!“ eingegeben haben. Nur daß damals die nicht ohne die Schuld der „fremden Teufel“ ausgebrochenen chinesischen Greuel in den meisten Köpfen eine schiefe Betrachtungsweise zeitigten, derzufolge man die gelbe Rasse bereits sengend, brennend und mordend wie eine furchtbare Sturmflut durch die Steppen Sibiriens gegen die Weichsel zu sich wälzen sah. Aber die Mongolen- und Tatarenhorden, die im Mittelalter Europa bis ins Herz brandschatzten, haben mit den Kulturnationen der mongolischen Rasse nicht mehr zu tun als mit — Rußland; sind doch ihre einstigen Stammsitze und Überreste zum großen Teile gerade von dem Sarmatenreich aufgezehrt; tatarisches und mongolisches Blut steckt in der Bevölkerung Rußlands bis in seine Fürstengeschlechter hinein, und zwar ebensowohl in Bastardierung als in reinrassiger Züchtung. Auch an Kultur und Gesittung vermögen wir, trotz vieler glänzender Ausnahmen, den Russen noch lange nicht als vollwertiges Mitglied der europäischen Völkerfamilie zu betrachten, — das barbarische Asiatentum, das noch jüngst seine Blutorgie in Kischineff feierte, steckt ihm eben immer noch zu tief in den Knochen. Für Deutschlands Machtstellung und Kultur bleibt jedenfalls die Kosackengefahr eine brennendere als die mongolische, und daher erscheint das Schlagwort von der Solidarität der weißen Rasse, mit dem heute die Presse wieder mehrfach operiert, nur als ein sehr bedingtes und leicht irreführendes. An dieser Sachlage ändern auch die kleinen, im übrigen nicht gerade sehr würdigen Freundschaftsdienste nichts, die eine deutsche Opportunitätspolitik der russischen Geheimpolizei einmal wieder in der Überwachung und Bespitzelung der russischen, auf deutschen Universitäten studierenden Jugend leistet, — von Fall zu Fall mögen da ja wohl Gegenleistungen ganz hübsche Geschäftchen ergeben, während doch die panslawistische, d. h. panrussische Gewitterwolke, aus der das lebentötende Medusenhaupt des Zarismus hervorschaut, dadurch ungeschwächt am Osthimmel Deutschlands weiter drohend stehen bleibt.

Anders Japan. In einem Menschenalter hat es sich nahezu ebensostark zivilisiert als Rußland in zwei Jahrhunderten, seitdem Peter der Große die Europäisierung seiner Muschiks mit dem Abschneiden ihrer Rockschöße und Bärte begann. Der Schulbesuch in Japan ist, wenn auch

noch nicht gänzlich durchgeführt, obligatorisch und bereits im Jahre 1897 besuchten von 7 175 786 schulpflichtigen Kindern 4 782 771 regelmäßig die Schule, während Rußland bei einer um 250 % stärkeren Bevölkerung einige Jahre später nur überhaupt 4 206 598 Schüler in seinen Volksschulen aufwies. Und daß Japan auch für die höheren Kulturideen des Abendlandes zugängig ist, dafür sei nur auf die soziale Bewegung hingewiesen, die auch dort in den letzten Jahren Wurzel gefaßt hat, sowie auf den rastlosen Bildungsdrang, der die japanische Jugend auf alle angesehenen hohen Schulen Europas und Amerikas zu den verschiedensten Zweigen des Wissens bis zu den reinen Geisteswissenschaften treibt. Beachten wir endlich noch, daß die russische Popenkirche das Bild tiefster religiöser Erstarrung und Intoleranz darbietet, während in Japan auch der religiösen Entwickelung keine Schranken gesetzt sind, so kann man, ohne ungerecht zu sein, sein Urteil dahin zusammenfassen, daß Rußland, trotz seiner europäischen Übertünchung, die asiatische Despotie repräsentiert, während sich Japan, im wahrsten Sinne „das Land der aufgehenden Sonne", immer mehr zum freien europäischen Kultur- und Verfassungsstaat auswächst.

Die eisernen Würfel des Kriegsspiels rollen nun zwischen Japan und Rußland hin und her und keiner wüßte zu sagen, auf wessen Seite sich das Glück schlagen mag. Wie aber das Ende auch sein mag, Sieg oder Niederlage wenden Rußland gleichweit von Europa ab und nach Asien zu, sei es zu weiterem Vormarsch oder stärkerer Defensivstellung und neuer Rüstung. Eine Niederlage Japans aber kann seinen Aufschwung nur unterbrechen, nicht brechen. Wir haben mit dem Mongolentum als einem neuen machtvollen Faktor in der Weltgeschichte zu rechnen! Und nicht nur die vierhundert Millionen Mongolen, die bisher apathisch die weiße Rasse in ihrem Gebiet sich einnisten und es unter sich verteilen sahen, werden in ihrem Rassenstolz durch den Donner der japanischen Kanonen erweckt und ahnen, daß in ihnen Kräfte schlummern, die nur entwickelt und geschult zu werden brauchen, um ihnen die nationale Existenz zu sichern und ihre Machtinstinkte zu befriedigen, — noch eine andere, in dem letzten halben Jahrtausend bergabgegangene Welt horcht auf und wittert Morgenröte. Der Islam mit seinen 250 Millionen wird von nun an die Oberherrschaft der „Franken" oder „Nazarener" auch nicht mehr so fatalistisch als Kismet Allahs hinnehmen, sondern eifriger wie zuvor die Missionare des Panislamismus von den Säulen des Herkules an bis Yünnan und Java aussenden.

Freilich, noch stehen wir erst im Morgengrauen dieser Zeit, aber die Richtungslinien der künftigen Menschheitsgeschichte zeichnen sich doch schon für den Tieferblickenden am Horizont ab. Die „Plätze an der

Sonne" werden den Kolonialmächten allmählich heiß werden, und das christliche Europa, die europäische Kulturwelt wird sich langsam an den Gedanken gewöhnen müssen, daß neben ihr in der alten Welt noch andere Kulturkreise existieren, die zwar im Laufe der Jahrhunderte hinter ihr zurückgeblieben, erschlafft und erstarrt sind, aber gerade durch ihren unersättlichen Expansionstrieb aus dem Schlummer gescheucht werden und in unerschöpflichen Menschenspeichern ein nicht zu unterschätzendes Menschenmaterial zur Verfügung haben, das nur des Glaubens an die eigene Kraft und Zukunft bedarf, um sich der arischen Erdrosselung zu erwehren. Nicht daß damit die Arier ihren Erdentag gehabt hätten und das Szepter anderen Händen überlassen müßten. Aber die räumlichen Schranken, die auch ihrem Machtbereich gesetzt sind, sollten ihnen den Blick wieder mehr für ihre wahre Bestimmung schärfen: als Bannerträger der Zivilisation und Kultur ihre edelsten Eroberungen zu machen und hierdurch allen andern Rassen der vorbildliche höhere Menschentypus, der geistig-sittliche Herrenmensch, zu werden.

Der Ultramontanismus und das badische Schulwesen.

Von **Arthur Boethlingk** (Karlsruhe).

Das Großherzogtum Baden in seinem heutigen Umfange ist bekanntlich das Produkt der Auflösung und des Zusammenschlagens des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, welches namentlich in der Südwestecke am Oberrhein an wirrem Durcheinander kleiner und kleinster politischer Gebilde seinesgleichen suchte, im Zeitalter Napoleons. Karl Friedrich, der bereits kraft seines Geburt- und Erbrechtes die beiden alten Markgrafschaften von Durlach und Baden, welche im Laufe der zwei Jahrhunderte nach der Reformation mit Hilfe der Jesuiten und Kapuziner konfessionell schroff geschieden worden waren, vereinigt hatte, erkannte als ein aufgeklärter Fürst im Zeitalter Voltaires und Friedrichs frühzeitig, wie ihm als Staatsoberhaupt in kirchlichen Dingen unbedingteste Neutralität obliege. Zugleich war er sich darüber klar, daß in einem konfessionell gemischten Staatswesen, wie das seine, die Leitung und Ausgestaltung des Schulwesens notwendig beim Staate stehen müsse. Schon 1807 errichtete er einen Oberstudienrat, dem es oblag, eine einheitliche, konfessionslose Schulordnung durchzuführen. Da

damals noch sämtliche Schulen von den Kirchen ressortierten, es demnach nur römisch-katholische oder evangelische gab, welche der betreffenden Geistlichkeit unterstellt waren, wurde der Oberstudienrat von Geistlichen beider Konfessionen gebildet. Diesen wurde jedoch aufgegeben, den Unterricht durchweg so zu regeln, daß ausschließlich die Religionsstunden konfessionellen Charakter trugen und solcherweise der religiöse Charakter des Gesamtunterrichts verschwand. Dieses Zusammenwirken der beiden feindlichen Brüder in kirchlichem Gewande in der Leitung des staatlichen Schulwesens hat, was uns heute schier unfaßbar erscheint, bis zum Jahre 1860 gedauert. Wohl war die Oberschulbehörde Ende der dreißiger Jahre durch Laien, als pädagogische Fachmänner, ergänzt und erweitert worden, allein bis anno 1860 hat der Behörde ein Geistlicher vorgesessen und zwar (die glücklichen Zeiten!), indem Jahr um Jahr Katholik und Protestant einander friedlich ablösten.

Dieser idyllische, um nicht zu sagen paradiesische Zustand war indes in den fünfziger Jahren von Rom aus gründlichst in Frage gestellt worden. Hatte doch die Großherzogliche Regierung, um den revolutionären Geist, wie er 1848 zum Ausbruch gekommen war, zu ersticken, ihre Zuflucht zu der römischen Hierarchie und ihren „Gehorsam“ fördernden Orden, die Jesuiten an der Spitze, genommen. Die Folge davon war bald genug ein „Kirchenstreit“ oder „Kulturkampf“, der seitens des Vatikans an Heftigkeit und Rücksichtslosigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Um demselben nun jeden Preis ein Ende zu bereiten, vereinbarte die Großherzogliche Regierung, mit Übergehung der Stände, in Rom ein Konkordat, durch welches selbstverständlich auch die Schule ausgeliefert wurde. Indes gelang es einigen beherzten Männern, an deren Spitze Heidelberger Professoren (Häusser, Schenkel usw.), noch eben rechtzeitig eine Volksbewegung zu inszenieren, die Stände fingen Feuer, ermannten sich und das Konkordat wanderte in den Papierkorb. Ein Ministerwechsel, der einem Systemwechsel von Grund aus gleichkam, und die entsprechende „Osterproklamation“ Großherzog Friedrichs retteten vor allem auch das Prinzip der S t a a t s s ch u l e.

Im Jahre 1862 wurde dann der „Oberschulrat“ organisiert, der ausschließlich aus Fachschulmännern und Verwaltungsbeamten bestehen sollte und aus welchem daher alle Geistlichen ausschieden. Die kirchlichen Behörden hatten mit der obersten Schulverwaltung nichts mehr zu schaffen. Sogar die vollständige Trennung von Kirche und Schule ist damals ernstlich in Erwägung gezogen und im Prinzipe gutgeheißen worden. Doch schienen die bestehenden Schulzustände hierzu noch nicht reif. In den Orts- und Bezirksschulräten behielt die Geistlichkeit Sitz und Stimme. Der römischen Kurie freilich dünkte das in anbetracht

des sonst zum Ausdruck gebrachten Prinzips der Staatsschule so unzureichend, daß sie ihren Geistlichen den Eintritt in diese Behörden verbot und ihnen überhaupt jeden Verkehr mit den Staatsbehörden in Schulangelegenheiten untersagte!

Durch diesen „Ausstand“ legte die Kurie gegen die damals in Kraft getretenen grundlegenden Gesetzesbestimmungen möglichst nachdrücklichen Protest ein. Lautet doch der § 6 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860:

> „Das öffentliche Unterrichtswesen wird vom Staate geleitet.
> „Andere Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der
> „Aufsicht der Staatsregierung.“

Außerdem stand und steht noch im § 116 des Elementarunterrichts-Gesetzes klar und deutlich zu lesen:

> „Mitgliedern eines religiösen Ordens oder einer ordensähnlichen
> „religiösen Kongregation ist jede Lehrwirksamkeit an Lehr-
> „und Erziehungsanstalten im Großherzogtum untersagt.“

Zu Anfang der siebziger Jahre gingen die städtischen Gemeinden, denen man es anheim gegeben hatte, die noch fortbestehenden konfessionellen Schulen nach Bedürfnis und Neigung zusammenzulegen, zur Simultanschule über.

Trotz alledem ist die einheitliche, konfessionsfreie Staatsschule, wie sie schon 1807 vorgesehen und 1860 wieder durch das angezogene Gesetz so nachdrücklich besiegelt worden ist — bis auf den heutigen Tag nicht verwirklicht worden. Werden doch die Volksschullehrer meist unter geistlicher Leitung in geschlossenen, konfessionell geschiedenen Seminarien erzogen und in den ländlichen Distrikten nach der überwiegenden Konfession eingestellt. Da sie zudem den Religionsunterricht unter direkter Aufsicht der Geistlichen zu erteilen haben, diese, wie bereits erwähnt, im Orts- und Bezirksschulrat Sitz und Stimme haben, sie als Lehrer der staatlichen Beamteneigenschaft ermangeln und in der Dorfgemeinde der römische Priester und Seelsorger zumal eine herrschende Stellung einnimmt, befinden sie sich diesem gegenüber tatsächlich in einem nur zu schwer empfundenen Abhängigkeitsverhältnis. Bis vor kurzem ist dieses auch dadurch zum Ausdruck gekommen, daß sie sogar direkten Kirchendienst, als Küster und Organist, übernehmen mußten.

Auf diese Weise ist die Volksschule, zumal es nur Halbtagsschule gibt, auf dem Lande in überwiegend oder gar rein römisch-katholischen Gegenden derart beschaffen, daß die Kurie gegen sie kaum etwas einzuwenden findet. Von dem Verbot, mit den Staatsbehörden in Schulangelegenheiten irgendwie geschäftlich zu verkehren, wodurch die Staatsregierung gelähmt oder wenigstens „eingeschüchtert“ werden sollte, ist die Kluge, die schließlich immer zu nehmen pflegt, was sie erlangen kann,

als es ihr nichts half, natürlich zurückgekommen. Sie hat denn auch längst ihre sicheren Leute nicht nur im Orts- und Bezirksschulrat, sondern auch als wohlbestallte Schulkommissäre tätig. Der Priester, welcher zunächst als „Schulmann" in den Bezirksrat gelangt ist, kann diesem sogar vorsitzen und solcherweise in allen politischen und wirtschaftlichen Dingen maßgebenden Einfluß gewinnen.

Wenn neuerdings tunlichst vermieden wird, die Lehrerseminare direkt einem Kleriker zu unterstellen, so kann ein „gut"katholischer Laie in seiner Unscheinbarkeit sogar leicht noch bessere Dienste leisten. Auch wenn, wozu der Anfang gemacht ist, zu konfessionell gemischten Seminarien übergegangen wird, so wird dies voraussichtlich nur dazu dienen: den Protestantismus schachmatt zu setzen, indem alsbald diesem die weitgehendste „Rücksicht" auf die römisch-katholische Auffassung der Geschichte, des Rechtes, der nationalen Literatur usw. auferlegt und damit der ganze Unterricht entsprechend entmannt wird; während die vatikanischen Kreise im wesentlichen — ungestört bleiben.

Der Kurs, in welchem das Volksschulwesen seit der vermeintlichen „Beilegung" des jüngsten „Kulturkampfes" im Badischen eingefahren ist, erhellt am Schlagendsten daraus, daß dem angezogenen § 116 des Elementarunterricht-Gesetzes zum Trotze Ordensschwestern (Nonnen) als Volksschullehrerinnen einrücken! So in Lichtenthal bei Baden und in Breisach, wo die staatliche Volksschule, in welche protestantische Kinder gehen müssen und wirklich gehen, sich sogar im — Kloster befindet! Nur um diese Schule an sich zu reißen, haben die „Ursulinerinnen" von Villingen aus in Breisach eine „Filiale" gegründet!

Nicht nur nach der Volksschule, auch nach der Mittelschule hat die Freiburger Kurie von Jahr zu Jahr das „Netz Petri" immer erfolgreicher auszuwerfen verstanden. 1874, zur Zeit da Pio Nono den Stein loslöste, welcher den Koloß auf tönernen Füßen, unser eben erstandenes Deutsches Reich! zertrümmern sollte, sind die erzbischöflichen Knabenkonvikte, in welchen die künftigen Priester vorgebildet werden sollten, aufgehoben worden. An deren Stelle traten indes bald private Internate, welche so ziemlich die nämlichen Dienste leisteten. In Sasbach bei Achern errichtete Dekan Lender, ein hochangesehener Zentrumsmann, welcher seit bald 30 Jahren dem Reichstage angehört, ein solches in seinem Pfarrhause, für welches der Erzbischof seit 20 Jahren rund 10 000 Mark jährlich an Stipendien übrig hat, denen Lender aus seiner Privattasche mindestens ebensoviel hinzufügt. Hierzu kommen Pfarräcker, welche von den Schülern selbst und Ordensschwestern bewirtschaftet werden; so daß die Jahrespension keinem über 400 Mark zu stehen kommt. Zurzeit zählt die Anstalt denn auch bereits 500 Schü-

ler, darunter 428 Interne, von denen 315 der dritten Pensionsklasse angehören, die nur 200 Mark kostet.

Die Schule ist zunächst als Progymnasium, bis zur Unter-Prima, gedacht, hat aber seit zwei Jahren auch eine Realabteilung. Dieselbe bildet denn auch, obgleich von Klerikern geleitet, keineswegs nur künftige Priester vor, sondern faßt alle nur erdenklichen Berufsarten ins Auge. Von den nach Tausenden zählenden Zöglingen waren 1898, zur Zeit des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums der Anstalt, nur 140 Priester geworden. Aus dieser Lenderschen „Privatschule“ rekrutieren sich seit Jahr und Tag waschächte Zentrumsmänner aller Bildungsstufen und Berufszweige, namentlich auch untere und mittlere Beamte bei den Gerichten, der Post, der Eisenbahn, dem Zollamt usw.

Diejenigen, welche die Mittelschule ganz absolvieren und womöglich auf die Hochschule wollen, kommen schließlich ins Gymnasium, mit Vorliebe nach Rastatt oder nach Freiburg, wo dafür gesorgt ist, daß sie deswegen die römischen Scheuklappen nicht abzulegen brauchen. Werden doch an demjenigen zu Rastatt sogar ausschließlich Lehrer römisch-katholischer Konfession angestellt! Und dies zwar weil die Schule zum Teil aus Geldern eines aus dem Jahre 1453 stammenden Stipendiums unterhalten wird! Zudem sind seit 1888 erzbischöfliche Knabenkonvikte wieder zugelassen und zwar in Verbindung mit Gymnasien, so daß die Zöglinge derselben den Unterricht auf den Bänken des staatlichen Gymnasiums entgegennehmen. Eines dieser Konvikte befindet sich in Rastatt. Dasselbe zählt an 200 Insassen und damit etwa die Hälfte der gesamten Schülerzahl. Der Direktor desselben gehört mit zum Lehrkörper. Danach mag man bemessen, ob das Konvikt dem Gymnasium oder das Gymnasium dem Konvikt gehört. Ähnliche Konvikte und Verhältnisse bestehen an den Gymnasien zu Freiburg, Tauberbischofsheim und Konstanz.

Als kürzlich in den Zeitungen bemerkt wurde, daß diese Konvikte keineswegs nur künftige Priester bergen, ist dem von seiten der Schulbehörde widersprochen worden; die Regierung soll eine Statistik in Aussicht gestellt haben, welche den Beweis dafür erbringt, daß aus den Konvikten ausschließlich oder mit verschwindenden Ausnahmen Priester hervorgehen. Das dürfte angesichts der Zahl der Konviktler im Verhältnis auch nur zu den als „katholische Theologen“ an die Hochschule abgehenden Abiturienten der betreffenden Gymnasien schwer halten. Dabei haben die badischen Gymnasien insgesamt während des letzten Jahrzehnts jährlich durchschnittlich 73 Abiturienten geliefert, während in der ganzen Erzdiözese nur 57 Priester geweiht worden sind! Demnach sind noch nach dem Abiturium über 20 Pro-

zent abgefallen! Dabei sind zurzeit, wie der Personal-Schematismus der Erzdiözese erweist, an die 100 Priester beurlaubt, im Schuldienst oder auswärts (auch als „Redakteure"!) tätig, so daß die badischen Gymnasien und Konvikte jedenfalls sehr beträchtlich mehr Priester liefern, als die Erzdiözese, gar im Badischen, als Seelsorger überhaupt benötigt oder nur unterbringen kann.

Diese „erzbischöflichen" Konvikte sieht der Oberschulrat, obgleich das angezogene Gesetz vom Oktober 1860 sämtliche Lehr- und Erziehungsanstalten der staatlichen Aufsicht unterordnet und dem Oberschulrat zu diesem Behufe alle Volks- und Mittelschulen unterstellt sind, merkwürdigerweise als „vollständig selbständige kirchliche Anstalten" an, über die ihm keinerlei Kontrolle zusteht. In diese „erzbischöflichen" Konvikte aber werden schon Sextaner und somit neun und zehnjährige Knaben aufgenommen, welche solcherweise in strenger Abgeschiedenheit von römischen Priestern nach jesuitischen Grundsätzen, nicht ohne entsprechende Askesis, erzogen werden, wie es hinter Klostermauern kaum gründlicher geschehen könnte. Wo bleibt da die einheitliche, konfessionsfreie Schulordnung unter staatlicher Leitung und Aufsicht?

Auch in Bruchsal besteht ein „katholisches" Internat, unter klerikaler Leitung, dessen „Inhaber", ein Priester der römischen Kirche, zugleich Direktor der städtischen Realschule ist! Hier fällt selbst der Vorwand: „Priester" erziehen zu wollen, hinweg.

Auch sonst können römische Priester, wenn sie ein entsprechendes Universitätsstudium absolvieren, sogar direkt in den Staatsschuldienst treten und zwar für alle Fächer. Wenn hiervon zurzeit auch erst 16 Gebrauch gemacht haben, so genügt der Eintritt auch nur eines solchen in den Lehrkörper einer Mittelschule, um diesen gründlichst zu lähmen und in das römische Fahrwasser zu bringen. Dies bewirkt nicht nur die Rücksicht auf den Einzelnen, um ihn scharen sich selbstverständlich die „gut"katholischen Laien, an denen in diesen Lehrkörpern längst kein Mangel ist und so gibt es bereits im ganzen Großherzogtum schwerlich eine Mittelschule, welche nicht ihre „Zentrumsgruppe" hätte. Sogar an dem Karlsruher Gymnasium, dem ein Gustav Wendt vorsteht, unterrichtet ein junger Priester in der Geschichte und im Deutschen!

Das allerbedenklichste dabei ist, daß man an maßgebender Stelle darin keinerlei Arg sieht. Es empfehle sich eine solche Einrichtung aus „pädagogischen" Gründen; sei es doch im Interesse der Schulordnung wünschenswert, daß auch der Religionslehrer als Schulmann dem Lehrkörper angehört. Sind die Herren in der Tonsur und im langen Rocke doch auch meistens vorzügliche Lateiner und als solche hochwillkommene Förderer „klassischer" Bildung! Hierüber wird nur die Kleinig-

keit vergessen, daß ein römischer Priester mit seinem Charakter indelebilis auch als Staatsschulprofessor römischer Priester bleibt, daß er als solcher im Dienste seiner alleinseligmachenden Kirche aufgeht, welche am allerwenigsten in Schuldingen andere Götter neben sich duldet, daß demnach hier zwei unversöhnliche Weltanschauungen und Tendenzen auf demselben Boden mit einander um die Herrschaft ringen. Und ein solcher tödlicher Konflikt, vor den jeder Lehrer und jeder Lernende der betreffenden Schulanstalt gestellt wird, soll vom Standpunkt der „Pädagogik“, der Einheitlichkeit des Schulkörpers und seiner Leitung sogar „erwünscht“ sein? Wird nicht schon dem römisch-katholischen Religionslehrer nichts mehr eingeschärft, so noch kürzlich in den Hirtenbriefen des Kardinal-Erzbischofs Fischer von Köln, als daß er darüber zu wachen habe, daß der ganze Schüler ihm gehöre! — Wo bleibt, fragt man immer wieder, die im Gesetz so klar vorgesehene reinliche Scheidung zwischen Kirche und Schule? wo das Prinzip der Staatsschule? Wann wäre je der Bock augenscheinlicher vom Gärtner selbst zum Gärtner gemacht worden?

Selbst in unseren badischen Hochschulen hat die Kurie allgemach nur zu sichtlich Bresche zu legen begonnen. Es sind jetzt zwölf Jahre her. Damals begann der Stern des Geistlichen Rat Wacker, des schwarzen Wahlfeldmarschalls, im Landtag sich dem Zenith zu nähern, Zentrum „Trumpf“ zu werden, da war der „Kulturkämpfer“ von Holst auf dem Lehrstuhle der neueren Geschichte an der Universität Freiburg nicht mehr an seinem Platze. Obgleich einstiger Lehrer des Erbgroßherzogs, badischer Geheimrat und Mitglied der ersten Kammer, mußte er — so sehr es ihn nachträglich gereute, die Hand nach einem Lehrstuhl in Chicago ausgestreckt zu haben, — übers Weltmeer, um seinen Lehrstuhl einem Karlsruher Archivrat, der nicht einmal die venia legendi besaß, dem „gut“katholischen Aloys Schulte, frei zu machen. Infolge einer öffentlichen Remonstration und der festen Haltung der philosophischen Fakultät, gelang es zwar in letzter Stunde noch den in Frage stehenden Lehrstuhl der „voraussetzungslosen“, freien Wissenschaft zu retten, allein neben demselben wurde ein zweiter für Schulte, oder vielmehr für die römische Kurie errichtet und zwar ein „konfessioneller“ in der „philosophischen“ Fakultät, der auch nach dem Abgange Schultes wieder mit einem „gut“katholischen besetzt worden ist. Neuerdings ist auch ein „katholischer“ Philosoph dazu gekommen. Damit ist die Freiburger philosophische Fakultät um ihre wissenschaftliche Unbefangenheit und Bewegungsfreiheit gekommen.

Daß die römisch-katholische theologische Fakultät selber, welcher ausschließlich Priester der römischen Kirche angehören, im Geiste der

Kurie lehrt, waltet und schaltet, versteht sich von selbst. Hier doziert u. A. ein Franz Heiner das „katholische“ Kirchenrecht, wie der Staat zur Kirche sich nach wie vor wie der Mond zur Sonne verhält und das geistliche, kanonische Recht daher immer dem bürgerlichen staatlichen voranszugehen hat; doziert er das „katholische“ Eherecht, gemäß welchem das Eherecht ausschließlich bei der römischen Kirche steht und die Zivilehe daher als bloßes Konkubinat „null und nichtig“, die aus einer solchen Ehe hervorgehenden Kinder als „illegitime“ zu achten seien. Das alles auf dem Lehrstuhl einer staatlichen Lehranstalt! Da auch jedes Mitglied dieser römisch-theologischen Fakultät ins Rektorat einrückt, so kann man danach ermessen, wie „frei“ die wissenschaftliche Hochschule in ihrer Gesamtheit ist. Hierob wird jetzt auch das benachbarte Straßburg bald ein Lied zu singen haben. Daß auch Heidelberg, das nur eine protestantische theologische Fakultät hat, und die Karlsruher technische Hochschule, welche überhaupt keinen theologischen Unterricht kennt, wenigstens mit „katholischen“ Studentenverbindungen gesegnet ist, versteht sich — wie die römische Uhr im ganzen Reiche zurzeit steht — von selbst. Alles natürlich nur zur Förderung des „Staatswohles“, des konfessionellen „Friedens“!

Wenn es in den Schulen für die männliche Jugend so aussieht, bevor wir noch männliche Klöster ins Land bekommen haben, kann es nicht wundernehmen, daß angesichts der weiblichen Orden und klösterlichen Niederlassungen, welche zugelassen sind, unsere Mädchenerziehung noch ganz anders im argen liegt. Durch den § 116 des Elementarunterricht-Gesetzes ist zwar, wie angeführt, „Mitgliedern eines religiösen Ordens oder einer ordensähnlichen religiösen Kongregation jede Lehrwirksamkeit an Lehr- und Erziehungsanstalten im Großherzogtum untersagt“ — dies hindert indes nicht, daß, wie bereits erwähnt, Schulschwestern in aller Form als Volksschullehrerinnen funktionieren und man nur den Personal-Schematismus der Erzdiözese nachzuschlagen braucht, um S. 63 unter Frauenorden zu lesen: 1. Lehrinstitut der Frauen vom hl. Grabe in Baden; 2. Lehrinstitut der Dominikanerinnen in Konstanz; 3. Lehrinstitut der Cisterzienserinnen in Lichtenthal (bei Baden); 4. Lehrinstitut der Chorfrauen des hl. Augustin aus der Kongregation Unserer lieben Frau in Offenburg; 5. Lehrinstitut der Ursulinerinnen in Villingen; 6. Filiale dieser in Breisach. Hierzu kommen die Benediktinerinnen im benachbarten Habsthal (Hohenzollern); kommen die Kongregationen für Krankenpflege, welche ebenfalls als Erziehungsanstalten zu achten sind; kommen Klöster wie das Marienheim in Ober-Sasbach, in welchem künftige Schulschwestern un-

tergebracht werden, bis sie übers Weltmeer, in amerikanische Klöster verschickt werden, usw. Kommen „Privatinstitute“, wie das des Fräulein Gramm in Freiburg, mit an 300 Schülerinnen.

Das allermißlichste dabei ist, daß es nicht nur auf dem Lande, sondern auch in Städten wie Konstanz, Offenburg, Villingen an staatlichen Mittelschulen für Mädchen fehlt und daher selbst Protestanten sich nicht anders zu helfen wissen, als indem sie ihre Töchter ins — Kloster schicken!

Ist es zu verwundern, daß unter so bewandten Umständen der schwarze Wahlfeldmarschall Geistlicherrat Wacker im vergangenen Herbste, gelegentlich der Wahlen zum Landtage, in einer Programmrede zu Rastatt, zwar die gesetzlich festgelegte staatliche Schulordnung nicht radikal genug verwerfen konnte, dafür jedoch den Geist, in welchem diese seit einer Reihe von Jahren gehandhabt werde, nicht genug zu beloben wußte.

Als alter Kämpe warnte er seine Parteigenossen vor nichts so sehr, als davor: die Schulfrage, wie fundamental und brennend dieselbe erscheinen möge, voreilig in Fluß zu bringen. N o ch sei der Augenblick, sie im Sinne der römischen Kurie zum Austrag zu bringen, nicht gekommen. Das Zentrum werde bei der derzeitigen Sachlage die Schlacht, wenn es jetzt zu einer solchen kommen sollte, verlieren.

Und so ist bislang von seiten des Zentrums der Aufrollung der Schulfrage so ängstlich als nur möglich ausgewichen worden. Selbst eine Protestversammlung großen Stiles gegen das „Eindringen des Ultramontanismus in das badische Schulwesen“, wie solche am 12. Januar, dem Tage des Wiederzusammentritts der Landstände, von Mitgliedern der verschiedensten liberalen Parteien im großen Eintrachtssaale zu Karlsruhe auf das erfolgreichste durchgeführt worden ist, hat die wohlberatenen, klugen Römlinge nicht allzu sehr aus dem Häuschen gebracht. Diese retardierende Taktik wird ihnen durch die Haltung der liberalen Parteiführer, zumal der Abgeordneten, nur zu sehr erleichtert. Mit Ausnahme einiger Jungliberalen haben sich die Parteileiter (so war es übrigens auch bei Beginn des „Klostersturmes“!) von der Protestbewegung bisher so ostentativ als möglich ferngehalten. Wohl kennen die Demokraten, wenn man sie reden hört und ihre Aufrufe liest, keine wichtigere Frage als die Schulfrage, insbesondere die Befreiung und möglichste Loslösung der Schule von der Kirche, allein von den 5—6 „roten“ Herren würden ohne die schwarzen Bataillone des Herrn Wacker schwerlich auch nur ein einziger im Landtage sitzen und so haben sie sich vor nichts mehr zu hüten, als daß die Lösung der Schulfrage a k u t werde. Ihr „Landesbote“ lieferte denn auch gelegentlich der Kundgebung vom 12. Januar, obgleich diese sich mit dem demokratischen

Parteiprogramm deckte, einen so perfiden gegnerischen Artikel, daß die schwarzen Blätter und Blättlein denselben nur triumphierend niedriger zu hängen brauchten, um sich jeder eigenen Äußerung zu entziehen. Die Altliberalen oder Nationalliberalen alten Schlages, die Goldschmidt, Wilckens und wie die Wortführer derselben im Landtage sonst heißen, winkten ihrer „Landeszeitung", in deren Spalten der Kampf eröffnet worden war ab, so daß sie nicht einmal einen eingehenderen Bericht über die Protestversammlung brachte und sich seither über die Schulfrage gänzlich ausschweigt. Zugleich wurde in den ihnen zugänglichen Blättern über die eingeleitete Aktion in einer Weise abgesprochen, daß auch diese Elaborate von dem „Badischen Beobachter" mehr als willkommen geheißen worden sind. Da die Jungliberalen noch kein eigenes Organ besitzen und auch die Freisinnigen im Badischen über keines verfügen, war, wenn man nur die badischen Zeitungen las, anscheinend die Bewegung im Keime erstickt, das Feuer „gelöscht", wie Wacker und Genossen es sich nicht besser wünschen konnten.

Indessen die Protestler haben sich hierdurch in keiner Weise beirren lassen. Schon ist eine Eingabe an die Landstände in Umlauf, welche diese auffordert, dafür zu sorgen, daß mit der Durchführung der staatlichen Schulung, wie solche durch die grundlegenden Gesetze vorgesehen ist, endlich ernst gemacht und also mit den ultramontanen Eindringlingen kurzer Prozeß gemacht werde. Die einzelnen Parteien werden solcherweise zur Frage Stellung nehmen müssen. Die Eingabe hält sich auf einer Linie, hinter der sich kein „Liberaler", und wenn er noch so rechts steht, zurückziehen kann, ohne sich selbst aufzugeben. Sie enthält nichts was mit dem Programm auch der am weitesten Linksstehenden, die Sozialdemokraten einbegriffen, in Widerspruch stünde. Gelingt es, wie trotz aller bisherigen Erfahrung erhofft werden muß, die Liberalen aller Schattierungen auf dieser „Plattform" zu vereinigen, bilden diese in der Schulfrage eine Phalanx, so ist das Zentrum isoliert, befindet sich dasselbe fast einer zwei Drittel Mehrheit gegenüber, ist sein Nimbus gebrochen: bedeutet es doch nur so lange etwas, als es ihm gelingt, die liberalen Parteien gegeneinander auszuspielen und so allesamt an seinen Siegeswagen zu spannen. Angesichts einer so erdrückenden Mehrheit, die zunächst nichts fordert, als daß dem bestehenden Gesetze Genüge geschehe, kann die Regierung gar nicht anders als — mitmachen und somit das Zentrum Zentrum, Rom Rom sein zu lassen. Bedenkt man, daß die derzeitigen Minister sämtlich, mit alleiniger Ausnahme des konservativ angehauchten Herrn von Brauer, bis zur Übernahme ihres Ministerpostens der nationalliberalen Partei angehört haben, kann man nicht umhin anzunehmen, daß sie eine solche Wendung der

Dinge, als ersehnte Befreiung von dem erdrückenden römischen Alp empfinden und demnach freudig begrüßen müßten. Die Schwierigkeit, das Verfahrene der ganzen Situation liegt offenbar in der Haltung oder vielmehr Haltlosigkeit der derzeitigen Leitung der Nationalliberalen. Sollten diese wirklich, der jungliberalen Bewegung zum Trotze, auch dieses mal wieder in so elementarer Weise versagen, sich abermals und abermals der Regierung zur Verfügung stellen, damit diese mit dem Zentrum, und also in dessen Sinne und Interesse gegen sie, regiere, wird es endgültig um sie geschehen sein. Daß zurzeit noch, wie die Römlinge ihre gläubigen Bataillone auch organisiert und fanatisiert haben mögen, die ungeheuere Mehrheit des badischen Volkes von römischer Geistes- und Gewissensknechtung nichts wissen will, steht fest. Das hat die Volksbewegung, die einsetzte, als die Zulassung auch noch von Männerklöstern und die Preisgebung des Jesuitengesetzes in Aussicht standen, klar genug an den Tag gebracht. Hätte die nationalliberale Parteileitung diese Bewegung nur halbwegs auszunutzen verstanden, wäre das Zentrum heute schon dezimiert. Die Schulfrage aber liegt noch ungleich näher, greift noch viel tiefer ein. Fürchtet Feldmarschall Wacker eingestandenermaßen nichts so sehr, als daß diese jetzt zur Entscheidung komme, so weiß er wahrlich warum.

Gelingt es dem Großherzogtum Baden, wie schon einmal im Jahre 1860, das römische Joch mit einem kräftigen Ruck abzuschütteln, so steht zu hoffen, daß es wieder einmal für ganz Deutschland vorbildlich wird. Wer die Schule und damit die Jugend hat, hat die Zukunft! Das haben die Jünger Loyolas von jeher nur zugut gewußt und — beherzigt. Wollen wir es uns von ihnen wirklich noch einmal vormachen lassen? —

Karlsruhe, Anfang Februar 1904.

Bismarck und der Liberalismus.

Von Dr. Nitzsche (München).

III.

Mit Annahme der clausula Franckenstein war die endgültige Niederlage der Nationalliberalen entschieden, es war keine ausschlaggebende Partei mehr. Von jetzt an war Zentrum Trumpf. Die schnelle Auflösung der herrschenden Partei wird erst recht verständlich, wenn man ihr Wesen näher kennt.

Sie war, wie schon bemerkt, ein volles Jahrzehnt, 1867—1877, Regierungspartei. Besonders war das der Fall in den neuen preußischen Provinzen, sowie in allen Mittel- und Kleinstaaten. Hier wurden die Nationalliberalen von den Organen der Regierung bei der Wahl offiziell unterstützt gegen zentrifugale und reichsfeindliche Elemente. So kam es, daß in der Partei viele in Wahrheit nicht liberale Elemente vertreten waren, Bismarckianer sans phrase. Und Bismarck verlangte von der „auf seinen Namen gewählten Partei" unbedingten Gehorsam, verargte ihr jedwede Opposition. Die süddeutschen Abgeordneten gehörten ausnahmslos dem rechten Flügel an, in ihren Kreisen war man schon lange verstimmt über die radikale Neigung der Laskerschen Richtung. Außerdem regte sich die partikulare Eifersucht gegen die preußische Führung und deren zentralisierende Tendenz. Die 1879 stattfindende erste Sezession nach rechts, die Gruppe Schauß-Völk, bestand ja vorwiegend aus Süddeutschen. Bereits im ersten norddeutschen Reichstage fand das seiner Zeit viel belachte Wort Bismarcks eine gewisse Bestätigung, wonach die Preußen den Süddeutschen zu liberal seien.*) Gleichzeitig waren die Süddeutschen überwiegend Protektionisten. Schon bei der Wahl des Zollparlamentes von 1868 stellte es sich heraus, daß unter den süddeutschen Liberalen die Schutzzöllner die Oberhand hatten.**) Dasselbe bestätigt der Württemberger Hölder in seinen Tagebuchblättern. Es ist bemerkenswert, daß die „geärgerten" Freihändler, welche 1880 ihren Austritt vollzogen, fast alle den 6 altpreußischen Provinzen angehörten; die übrigen preußischen Provinzen, Königreich Sachsen und Württemberg, waren nicht vertreten, aus Bayern schlossen sich nur zwei, aus Baden und Hessen je einer an.

Es ist demnach verständlich, wenn Bennigsen erklärte, der Streit zwischen Schutzzoll und Freihandel müsse für die Fraktion eine offene Frage bleiben. Diesen Standpunkt mußte er einnehmen, wenn er eine Spaltung verhüten wollte; er entsprach aber ebenso seiner inneren Überzeugung. Die wirtschaftlichen Interessen hielt er für „eine viel zu schmale Basis für eine politische Partei". Er behandelte sie überhaupt mit einer vornehmen Geringschätzung und empfand eine idealistische Abneigung gegen sie. Diesen Standpunkt teilten viele seiner Fraktionsgenossen. Am 6. Mai 1879 leitete Bennigsen sein Plaidoyer für Eisenzölle mit der Versicherung ein, er sei weder Freihändler noch Schutzzöllner. Dasselbe hatten aber auch die Agrarier und Anhänger Stumms erklärt. In der Tat stimmte Bennigsen durchweg für „mäßige" Industrie- und für „mäßige"

*) Parisius: Die politischen Parteien in Deutschland. 1877. S. 143.
**) Ebenda S. 120.

Agrarzölle, den vorgeschlagenen Getreidezöllen könne er wegen ihrer geringen Höhe keine Bedeutung beimessen. Es ist charakteristisch, daß er und seine Anhänger schließlich gegen das Tarifgesetz im ganzen stimmten, nicht aus wirtschaftlichen sondern aus „konstitutionellen“ Bedenken.

Am 9. Juli 1879 wurde der Antrag Franckenstein mit 211 gegen 122 Stimmen angenommen, und am 12. Juli der ganze Zolltarif nebst Tabaksteuergesetz mit 217 gegen 117 Stimmen. Weitaus die Mehrheit der Nationalliberalen stimmte gegen das Tarifgesetz wegen der clausula Franckenstein. Die Majorität hatte allen Mitgliedern die Ablehnung zur Pflicht gemacht. Deshalb hatten am Tage der Abstimmung bereits 15 Mitglieder ihren Austritt erklärt und stimmten dafür, u. a. Gneist, Treitschke, Schauß, Völk. Dieser Sezession nach rechts folgte bald eine nach links. Im Herbst 1880 sagte sich das „geärgerte“ Freihändlertum los, darunter Bamberger, Braun, Rickert, Forckenbeck, Stauffenberg. Am 30. August wurde das Programm veröffentlicht, unterzeichnet von 26 Abgeordneten. Die „liberale Vereinigung“, wie sie sich nannte, war der Ansicht, daß eine politische Partei wirtschaftliche Interessenfragen nicht aus ihrem Programm ausscheiden könne.

Jetzt war die nationalliberale Partei nicht mehr imstande, mit den Konservativen eine Mehrheit zu bilden. „Jede Möglichkeit einer führenden Rolle im Parlament war ihr geraubt und damit der Einfluß liberaler Auffassung auf die Gesetzgebung so gut wie ausgeschlossen.“ *) Nach den Neuwahlen von 1881 zählte die Partei im Reichstag nur noch 45 Mitglieder, also knapp ein Drittel ihrer früheren Zahl, sie war zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Nicht besser erging es ihnen bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus am 7. Oktober 1879. Sie verloren 81 Sitze (früher 171), die Fortschrittspartei verlor 27 (früher 62), die Konservativen aller Schattierungen gewannen 99 Mandate. In gleicher Weise wurden die Liberalen in den größeren Bundesstaaten aus der Majorität verdrängt, in Bayern bei den Wahlen vom 21. Juli 1881, in Baden seit Oktober 1881. In Sachsen hatten sie bei den 28 Ergänzungswahlen am 15. September 1883 einen vollständigen Mißerfolg.

Wohl wurde in diesen Tagen der Heimsuchung wiederholt der Gedanke einer Neuorganisation, einer Zusammenfassung aller liberalen Elemente ausgesprochen, aber den Worten folgten keine Taten. Der bisherige Reichstagspräsident von Forckenbeck erhob auf dem Festbankett des ersten deutschen Städtetags in Berlin am 17. Mai 1879 einen flammen-

*) Böttcher: Stephani S. 257.

den Protest gegen die reaktionäre Wirtschaftspolitik und appellierte an das „freie, tatkräftige Bürgertum", das den Kern einer künftigen großen liberalen Partei bilden sollte. Aber dieser gewaltige Appell fand keinen Wiederhall. Auf dem nationalliberalen Parteitag in Köln vom 2 Juli 1882 forderte selbst Bennigsen gegenüber der Koalition der Konservativen und Ultramontanen zum festen Zusammenschluß aller liberalen Elemente auf; ebenso vergeblich.

Man konnte in weiten Kreisen den Vorteil und die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses nicht einsehen. E. Richter verspottete die große liberale Partei als „großen liberalen Brei". Er ist sich in seinem engen Fraktionsegoismus bis heute stets gleich geblieben. Die Zeit zu einer Regeneration des Liberalismus war noch nicht gekommen, noch herrschte ungebrochen der antisoziale, manchesterliche Geist, man glaubte genug getan zu haben in der Wegräumung hemmender Schranken. Das liberale Wirtschaftsprogramm beschränkte sich auf die Verteidigung der bisherigen Errungenschaften und hat keine positiven Ideale. Wie haben wirs so herrlich weit gebracht! Das war die Grundstimmung. Tatsächlich wurden jetzt die Parteien auf der Linken konservativ, sie wollten das Bestehende erhalten und sperrten sich gegen Reformen. Die Liberalen geraten in die Defensive und dadurch in taktischen Nachteil, Konservative und Zentrum übernehmen jetzt die politische Initiative.

Eine kurze Zeit haben die Nationalliberalen dem Kanzler tatsächlich Opposition gemacht. Am 29. Mai 1881 gaben ihm ihre Reichstags- und Landtagsabgeordneten wegen seiner inneren Politik ein Mißtrauensvotum. Der Zentralausschuß erließ für die bevorstehenden Reichstagswahlen vom 15. September 1881 einen Wahlaufruf, der mit dem der Fortschrittspartei große Ähnlichkeit hatte. Es hieß darin: Bei Wahrung ihrer vollen Selbständigkeit und Unabhängigkeit wird die nationalliberale Partei gegenüber der drohenden Gefahr eines immer engeren Bündnisses der kirchlichen und politischen Reaktion mit andern liberalen Richtungen fest zusammenstehen in der entschlossenen Abwehr klerikal-konservativer Übergriffe auf unsere Verfassung und Gesetzgebung.

Die Wahlen von 1881 zeigten, daß die neue Wirtschaftspolitik bei den breiten Massen wenig Anklang fand, sie bedeuteten für Bismarck ein völliges Fiasko. Trotzdem der Regierungsapparat fieberhaft arbeitete, wurden die Konservativen gründlich geschlagen. Sie gingen von 59 auf 49 Abgeordnete zurück, die Freikonservativen — die eigentliche Bismarckpartei — gar von 56 auf 27, während die Fortschrittspartei eine Stärke erreichte wie nie zuvor und nachher, sie stiegen von 26 auf 58

Abgeordnete mit den späteren Ersatzwahlen auf 63 Abgeordnete, auch die Sezessionisten vermehrten sich von 19 auf 47 Abgeordnete, die Sozialdemokraten von 9 auf 12. Dagegen schmolzen die Nationalliberalen auf 45 zusammen. Dem großartigen Sieg des entschiedenen Liberalismus stand eine eklatante Niederlage der Kompromißpartei gegenüber.

Diese Wahlen ließen klar erkennen, wie unbequem Bismarck auf die Dauer eine geschlossene liberale Opposition auf rein wirtschaftlicher Grundlage hätte werden können. Er wußte diese Gefahr zu beseitigen, indem er erstens die Nationalliberalen wieder ganz für sich gewann, zweitens die linksliberale Opposition bei späteren Wahlen zu Boden warf durch die Aufrollung nationaler und sozialer Fragen. Nachdrücklich ist zu betonen, daß der Kanzler nie eine wirtschaftliche Wahlparole ausgegeben hat, nie hat er das Volk aufgerufen, in der Frage zwischen Freihandel und Schutzzoll zu entscheiden, stets handelte es sich in den entscheidenden Wahlkämpfen entweder um Militär- oder Umsturzvorlagen, um die Abwehr eines äußeren oder inneren Feindes. Jedesmal hieß es: Das Vaterland ist in Gefahr, alle Patrioten müssen „reichstreu" und „königstreu" d. h. bismarckisch wählen. Aus dieser ad hoc erzeugten Stimmung, aus blinder Furcht vor der Revolution oder aus nationaler Leidenschaft gingen dann die Reichstage hervor, welche die Stützen und Förderer der reaktionären Wirtschaftspolitik waren.

Die erneute Annäherung der Nationalliberalen an Bismarck erfolgte 1884, nachdem Bennigsen sein Mandat am 10. Januar 1883 niedergelegt hatte. Die Anregung ging bezeichnender Weise von Süddeutschland, speziell von Württemberg aus, wo ja Nationalliberale und Konservative in der „deutschen Partei" vereinigt waren. Marquardsen und Buhl erließen eine Einladung zu einer Vorversammlung in Heidelberg, die am 23. März 1884 stattfand. Dort erklärte man sich mit dem sozialen und wirtschaftlichen Programm des Kanzlers prinzipiell einverstanden, besonders auch für den Schutz der Landwirtschaft, der von Miquel als ein Kardinalpunkt bezeichnet wurde. Eine Verlängerung des Sozialistengesetzes sei dringend geboten. In der entscheidenden Versammlung in Neustadt an der Hardt am 14. April 1884 verteidigte Miquel, damals Bürgermeister von Frankfurt, das neue Programm. Dr. Osann erklärte im Augenblick die Fortschrittspartei als den gefährlichsten Feind. Das Programm wurde angenommen und fand in ganz Süddeutschland wie auch in vielen Orten Norddeutschlands freudige Zustimmung. Die Konservativen sprachen ihre volle Befriedigung aus und gingen in vielen Wahlkreisen Wahlbündnisse mit den Nationalliberalen ein.

Suchen wir nunmehr ein kritisches Gesamturteil über die Haltung

der Nationalliberalen zu gewinnen. Man hat ihnen viele gerechte Vorwürfe gemacht, aber auch ungerechte. So ist es nicht richtig zu behaupten, daß durch ihre Uneinigkeit und Zerfahrenheit der Umschwung von 1879 herbeigeführt worden sei. Auch wenn sie von vornherein entschieden Opposition gemacht hätten war die Annahme des Tarifs durch eine konservativ-ultramontane Mehrheit sicher. Nach dem Wesen und der Zusammensetzung dieser rein politischen Partei war es unvermeidlich, daß die wirtschaftlichen Gegensätze zu einer Zersetzung führen mußten und selbst der geschickteste Taktiker hätte eine Spaltung nicht verhindern können. Auch bei der größten Willfährigkeit gegenüber den Bismarckschen Steuerprojekten hätten die Schutzzöllner siegen müssen, weil abgesehen von innerpolitischen Gründen die weltwirtschaftliche Konjunktur für sie war.

Eins wäre möglich gewesen. Die Partei konnte ihre ausschlaggebende Stellung vielleicht behaupten, wenn sie von vornherein in ihrer Gesamtheit oder überwiegenden Mehrzahl den Umschwung selbst mitmachte, dann wäre sie nicht durch das Zentrum verdrängt worden. In diesem Falle war aber ein klarer Verzicht auf das gesamte liberale Bekenntnis notwendig. Als Bismarck 1877 mit Bennigsen in Unterhandlung trat, war der Bruch mit dem liberalen Wirtschaftssystem bereits beschlossene Sache, er konnte nur bezwecken, Bennigsen mit seinem starken Anhang ins konservative Lager herüberzuziehen.

Für ein liberales Gesamtministerium war es bereits zu spät; dazu wäre einige Jahre früher mehr Aussicht gewesen, als der Kanzler in seinem Konflikt mit Konservativen und Ultramontanen durchaus auf liberale Unterstützung angewiesen war. Damals wurde die Gelegenheit versäumt. Bismarck und wohl auch Bennigsen haben sich in den Zahlen geirrt, es reichte nicht zu einer Mehrheit für die Wirtschaftsreform. Dem Kanzler selbst wäre zweifellos eine gefügige konservativ-nationalliberale Mehrheit lieber gewesen, während die Konservativen mehr zu den Ultramontanen neigten. Es lag den Nationalliberalen ferne, nach politischer Macht zu streben — die Varziner Verhandlungen gingen von Bismarcks Initiative aus —, sie haben sich mit dem Kanzler ein Jahrzehnt in die Arbeit aber nicht in die Macht geteilt. Fast ausschließlich Konservative haben stets in den Ministerien und der Verwaltung an der Spitze gestanden. In der Denkschrift: Die nationaliberale Partei 1867—1892 heißt es (S. 79): „Die Abstimmungen und Entschließungen der Partei sollten nicht unter dem Gesichtspunkt des Strebens nach Macht sondern zum allgemeinen Wohle und zum Besten des Ansehens der Volksvertretung geschehen. Die grundsätzliche Stellung der Partei schloß jeden nutzlosen oder gar absichtlichen Konflikt mit bewährten Rat-

gebern der Krone aus, gleichviel welcher Partei dieselben nach ihrer Vergangenheit und Auffassung am nächsten stehen mochten. In dieser Hinsicht hat die nationalliberale Partei sich stets bemüht, ein nachahmenswertes Beispiel von Gemeinsinn zu geben." Darin spricht sich eine totale Verkennung des Wesens der politischen Parteien überhaupt aus. Die Konservativen und Ultramontanen haben stets anders gedacht, ihnen war das Streben nach Macht das erste Prinzip. Sie glaubten nicht, daß mit unbedingter Regierungsfreundlichkeit dem Gemeinwohl am besten gedient sei. Eine Erklärung für die Haltung seiner Partei sucht Böttcher (Stephani S. 188) zu geben: „Die nationalliberale Partei hat 11 Jahre lang mit allseitig anerkanntem Erfolge gewirkt, ohne jemals weder an der Regierung teil gehabt, noch die Regierung für sich verlangt zu haben. Ein solches Verlangen hätte sie, da sie niemals für sich allein die Mehrheit im Reichstage besaß, schon nach der gewöhnlichen parlamentarischen Theorie nicht stellen können; sie würde es aber auch im unbestrittenen Besitze der Majorität nicht gestellt haben, weil sie sich über die Unmöglichkeit des parlamentarischen Regiments auf dem Boden der durch die Ereignisse von 1866 und 1870 geschaffenen Tatsachen niemals einer Täuschung hingab." — Das steht im Widerspruch zu den Äußerungen Laskers, Bambergers u. a. — „Die Alternative, entweder selbst regieren oder opponieren, kam für diese Partei nach der Natur ihrer besonderen Aufgabe, welche sie sich gestellt, überhaupt nicht in Frage." K. Braun trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er sagt: „Die Partei besaß nicht die erforderliche Aktionskraft und Initiative." *) Diese Bescheidenheit und Resignation hat dem Liberalismus unendlich viel geschadet.

Die Nationalliberalen haben nicht daran gedacht, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Trotz der bitteren Erfahrungen von 1879 haben sie geglaubt, die wirtschaftlichen Fragen offen lassen zu müssen, sie waren außer dem Zentrum die einzige Partei, die sich das gestattete. Das mag ihnen quantitativ genützt haben, qualitativ hat es außerordentlich geschadet, nicht nur den Abgeordneten, sondern auch den liberalen Wählermassen, deren politisch-ökonomische Erziehung man versäumte. Die Uneinigkeit und Prinzipienlosigkeit wurde dadurch verewigt. Oft genug kam die Fraktion in die Lage, sich bei den wichtigsten Abstimmungen selbst zu neutralisieren, indem sie der gleichen Anzahl „Ja" die gleiche Anzahl „Nein" gegenüberstellte. Man nahm keine Stellung zu den wichtigsten Fragen der Gegenwart und glaubte heikle Probleme dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man sie totschwieg. Infolgedessen trat auch

*) Braun: Von Friedrich dem Großen bis zum Fürsten Bismarck. S. 234.

nach den Sezessionen in dem Rest der Partei keine klare Scheidung zwischen agrarisch und antiagrarisch, zwischen sozial und antisozial ein. Besonders seit der Heidelberger Tagung entwickelten sich die Nationalliberalen immer weiter nach rechts; man kann sagen, daß sie fortan nur noch zeitweise und teilweise liberal waren.

Im Gegensatz zu ihnen haben die Konservativen klar erkannt, daß die Zeit der politischen Ideale vorbei war und die Konsequenzen daraus gezogen. Sie haben beherzigt, was einer ihrer geistreichsten Vorkämpfer, Wilmanns, in den Verhandlungen der Steuer- und Wirtschaftsreformen ausführte: „Der Grundgedanke der anzustrebenden Reform ist, auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens und des Privatrechts die absolute Herrschaft des Liberalismus zu brechen . . . Wir leben in einer Zeit materieller Interessen . . . eine konservative Partei, welche die kirchlichen und staatlichen Verfassungsfragen in den Vordergrund ihres Programms stellt, ist der Gefahr ausgesetzt, daß sie Formen ohne Inhalt schafft . . . . . wir brauchen eine wirtschaftliche Gesetzgebung, welche den Geist der Liebe und den Sinn für Autorität im Volke wieder wach ruft."

Aus der unklaren Mittelstellung der Nationalliberalen war von selbst der Weg zu fortwährenden Kompromissen vorgezeichnet. Im Fraktionsinteresse wurden die liberalen Prinzipien immer mehr in die Rumpelkammer verwiesen. Die Nationalliberalen wurden die feste Stütze des Sozialistengesetzes, des Kartellreichstages und des Solidaritätssystems. Dadurch haben sie den Liberalismus auf lange Zeit hinaus diskreditiert. Den Nutzen aus ihrer Vermittlerrolle zogen ausschließlich die konservativen Reaktionäre. Man darf annehmen, daß zahlreichen wirklich liberalen Wählern die Änderung in dem Wesen der Partei nicht klar geworden ist, daß sie aus Tradition und im Vertrauen auf die gute alte Firma weiter nationalliberal wählten und so Abgeordnete in den Reichstag sandten, die tatsächlich konservative Politik trieben.

Die lachenden Erben der bisherigen Regierungspartei waren Konservative und Ultramontane. Das tritt sofort klar zutage. Unmittelbar nach Annahme der clausula Franckenstein gehen drei Minister des alten Kurses: Finanzminister Hobrecht, Landwirtschaftsminister Friedenthal und Kultusminister Falk; man sagte, daß Friedenthal den Agrariern, Falk den Ultramontanen geopfert wurde. Die Präsidentenstellen im Reichstag und Abgeordnetenhaus waren bisher stets im Besitze der Nationalliberalen gewesen, jetzt werden sie von der neuen Mehrheit besetzt. Am 20. Mai 1879 legte Forckenbeck das Reichstagspräsidium nieder, weil er „in bezug auf tiefgehende Fragen mit der Mehrheit in Gegensatz gekommen sei". Am 22. Mai folgte der Vizepräsident von Stauf-

senberg. An ihre Stelle traten der konservative von Seydewitz als erster, der ultramontane von Franckenstein als zweiter Präsident, als dritter wurde der freikonservative von Lucius gewählt. *Das Präsidium wurde jetzt von drei Großgrundbesitzern gebildet, ein deutliches Wahrzeichen des neuen Kurses.*

Während noch Mitte der siebziger Jahre *Konservative und Ultramontane zusammen mit den Sozialdemokraten als Reichsfeinde* galten und als solche gemeinsam von der Regierung bei den Reichstagswahlen von 1873 bekämpft wurden, hatten sie sich jetzt vermöge der Schutzzölle zu „reichstreuen" Parteien umgewandelt. Es war ein Sammelsurium aller bisher zentrifugaler Elemente, das nunmehr die Stütze der neuen Regierungspolitik bildete. Preußische Ultras, süddeutsche Partikularisten und Ultramontane im Bunde hatten den „Schutz der nationalen Arbeit" auf ihre Fahne geschrieben. Sie waren über Nacht zu glühenden Patrioten geworden und befehdeten jetzt mit „nationalen" Argumenten das „internationale, vaterlandslose Manchestertum".

Die materiellen Interessen waren es, auf Grund deren der konservativ-klerikale Bund und die Aussöhnung mit Bismarck zu stande kam, während den Liberalen eine solche gemeinsame materielle Grundlage fehlte.

Als Gesamtfazit der bisherigen Untersuchungen ergibt sich, daß *die liberalen Revisionisten in allem Wesentlichen recht haben.* Es ist allerdings richtig, daß nur durch das Eingreifen Bismarcks die Reaktion zu so schnellem und gründlichem Siege gelangt ist, aber dieser Sieg wäre ohne *schweres Selbstverschulden der liberalen Parteien* nicht möglich gewesen. Dabei verteilt sich das Schuldkonto sehr ungleich. Am schwersten lastet es auf dem rechten Flügel, dem vor allem seine Beteiligung am Kulturkampf (Anwendung von Gewaltmitteln) und am Sozialistengesetz vorzuhalten ist. Der radikale Liberalismus wiederum war infolge seiner *rein kritisch-negativen Tätigkeit* zur Ohnmacht verurteilt. Es fehlte ihm an einem positiven Programm und darum an politischer Initiative, mit der bloßen Betonung der Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiete und mit vergeblichen Protesten gegen reaktionäre Übergriffe kann man keine Anziehungskraft ausüben, keine Werbekraft entfalten. War es wirklich nicht zu vermeiden, daß die Massen der Bauern und Arbeiter der liberalen Fahne untreu wurden und an die Klassenparteien verloren gingen?

Ferner ist klar, daß eine Partei, die sich gegenüber dem *staatlichen Machtgedanken* prinzipiell ablehnend verhält, stets zu

einer unfruchtbaren Opposition verurteilt sein wird, für immer von der Leitung der Staatsgeschäfte ausgeschlossen ist. Der liberale Gedanke konnte bis 1879 nur darum entscheidenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verfassung ausüben, weil der ausschlaggebende Teil des Liberalismus zugleich national war und auch stark genug, um Regierungspartei sein zu können. Nur die Parteien können herrschen, welche bereit sind, die Garantie für die Existenz des Staates zu übernehmen. Ehe Konservative und Ultramontane zur Herrschaft kamen, waren sie gezwungen, sich zu „nationalisieren", sich auf den Boden der Reichsverfassung zu stellen und für die Machtstellung des Reiches Opfer zu bringen. Diese Opfer verwandelten sich freilich für die Bewilligenden in einen glänzenden Profit.

Das Grundübel ist, daß im größten Teil des Liberalismus der Wille zur Macht nie lebendig war und es noch immer nicht ist, daß er gar nichts weiter sein will als Opposition und darin seine Lebensaufgabe erblickt. Solange darin keine Änderung eintritt, wird die Reaktion ungestört weiter am Ruder bleiben.

Handel und Genossenschaft in der Landwirtschaft.

Von Dr. Heinz Potthoff (Charlottenburg).

I.

Alle geschichtliche Entwickelung vollzieht sich in Wellenbewegungen. Was eine Zeit aufgebaut hat, das wird von einer anderen abgetragen. Aber nachdem der Tiefpunkt der Welle erreicht ist, geht es wieder bergauf. Noch gleichzeitig mit der negativen Tätigkeit entfaltet sich eine positive, die nicht dieselbe, aber eine ähnliche Einrichtung aufzubauen strebt. Zwei solcher Entwickelungsreihen bilden die Grundlage für die Beurteilung des Genossenschaftswesens. Die eine bezieht sich auf den urältesten Gegensatz zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft, zwischen Individualismus und Sozialismus, zwischen Egoismus und Altruismus.

In der geschichtlichen Urzeit bedeutete die Gemeinschaft alles, der einzelne nichts, nur als Teil seines Geschlechtes hatte er eine Daseinsberechtigung. In Jahrtausende langer Entwickelung ist das Individuum aus dem Zwange dieser Gemeinschaft befreit worden. Die lebhafteste Epoche dieser Entwickelung liegt ja noch nicht allzu lange hinter uns. Der Höhepunkt ist zweifellos seit geraumer Zeit schon überschritten.

In zwei Beziehungen marschieren wir wieder in der Richtung einer Stärkung der Gesellschaft.

1. Während die individualistische Richtung der Aufklärungsperiode, die Freihandelsschule, die Befugnis des Staates nach Möglichkeit beschnitt, eine Theorie, die in dem Nur-Rechts-Staate oder, wie das Schlagwort sagt, in dem „Nachtwächter-Staate" ihr Ideal sah, und die in dem Worte: „Laissez faire, laissez passer!" ihren schärfsten Ausdruck fand, schreiben wir dem Staate in immer stärkerem Maße soziale Aufgaben zu und vermehren damit seine Befugnisse.

2. Aber naturgemäß konnte und kann man dem Staate nicht alle Aufgaben zuweisen, die über die Kräfte oder über das Interesse des Einzelnen hinausgehen. Daher hat die Beseitigung und Entwertung der Zwangsorganisationen gerade im letzten Jahrhundert zu einer Fülle von neuen, freiwilligen Organisationen geführt. Vereinigungen der verschiedensten Art zu den verschiedensten Zwecken haben sich gebildet. Vielleicht am weitesten entwickelt ist dieses Vereinswesen auf wirtschaftlichem Gebiete, weil hier die individualistische Auffassung und Gesellschaftsordnung sich wohl am kräftigsten durchgesetzt hatte. (Bauernbefreiung, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit usw.). Ein Teil dieses Organisations-Vorganges ist begriffen in dem Worte „Genossenschaftswesen" in seiner heutigen engeren Bedeutung.

Wenn man das Genossenschaftswesen beurteilen will, so muß man es zunächst zu verstehen suchen, zu verstehen aus dem größeren, allgemeinen Zusammenhange der wirtschaftlichen und rechtlichen Entwickelung heraus. Die Entstehung der neuen Vereinigungen, des modernen Assoziationsgedankens ist doch nichts Zufälliges. Warum also m u ß t e die Entwickelung den tatsächlichen Weg nehmen?

Da müssen wir zunächst das moderne Genossenschaftswesen auffassen als eine R e a k t i o n gegen den wirtschaftlichen Individualismus. Man glaubte zu erkennen, oder fühlte vielleicht auch nur instinktiv, daß die liberale Gesetzgebung etwas zu rasch und zu gründlich mit den bisherigen Schranken aufgeräumt hat, daß schrankenlose Freiheit die Unterdrückung der Kleinen durch die stärkeren Großen bedeutet. Und genau, wie man dem Staate nun die Aufgabe zuwies, die Schwachen gegen die Übermacht der Starken zu schützen, so suchte man dasselbe Ziel durch Selbsthilfe zu erreichen. D i e G e n o s s e n s c h a f t i s t d i e Z u s a m m e n f a s s u n g e i n e r A n z a h l v o n k l e i n e n E x i s t e n z e n m i t g l e i c h e n o d e r n a h e v e r w a n d t e n w i r t s c h a f t l i c h e n I n t e r e s s e n z u r S t ä r k u n g u n d H e b u n g i h r e r W i r t s c h a f t s l a g e. Eine Vereinigung zu Schutz und Trutz.

Daß gerade in jüngster Zeit das Genossenschaftswesen im weitesten Sinne so große Fortschritte gemacht hat, scheint mir ferner auf folgende Tatsachen zurückzuführen zu sein: 1. Das starke Anwachsen der Bevölkerung, 2. die technische Entwickelung, die zum Großbetriebe, zur Zusammenballung größerer Menschenmassen, zur schärferen Ausprägung von wirtschaftlichen und sozialen Klassen führte, in Verbindung mit 3. dem Kapitalismus, der modernen Wirtschaftsorganisation, die den schrankenlosen Erwerbstrieb zur Geltung brachte. Dazu kommt 4. die Verflechtung des Deutschen Reiches in die Weltwirtschaft. Alle diese Umstände dienten dazu, den wirtschaftlichen Spielraum des Einzelnen zu verringern, den Wettbewerb zu verschärfen, zugleich die wirtschaftlichen Aufgaben und die Ansprüche an die Leistungsfähigkeit zu vergrößern.

Aus diesen Umständen ist der moderne Assoziationsgedanke als etwas Notwendiges erwachsen. Er hat alle Volksschichten und Erwerbsklassen ergriffen, er hat alle möglichen Formen der Organisation benutzt. Auch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist als Teil dieser allgemeinen Organisationsbestrebungen etwas natürlich Gewordenes, etwas im Zuge der Zeit, im Zwange der Entwickelung Liegendes.

Es würde daher ein fruchtloses Bemühen sein, sich dem Genossenschaftswesen als solchem widersetzen oder ihm die Berechtigung absprechen zu wollen. Ein grundsätzlicher Kampf gegen das Genossenschaftswesen widerspricht zudem jedem wirtschaftlichen Liberalismus, der Raum für rechtmäßige freie Entwickelung der Einzelnen fordert. Gerade die Liberalen, (denen die Kaufleute sich größtenteils zurechnen), die gegenüber dem Geschrei der sogenannten Agrarier nach Staatshilfe die Landwirte mit Recht stets auf die Selbsthilfe in erster Linie verweisen, können natürlich das wichtigste Mittel der Selbsthilfe, die genossenschaftliche Organisation, nicht hindern wollen. Das will man ja auch von seiten der Händler im allgemeinen nicht. Nur wenige werden bestreiten, daß auf dem nächstliegenden und wichtigsten Betätigungsfelde, in der Verbesserung der Kreditverhältnisse des Bauernstandes, das Genossenschaftswesen recht segensreich gewirkt hat. Die Kräftigung und Unabhängigkeit der bäuerlichen Wirtschaft, die durch Darlehenskassen und ähnliche Verbände in großem Maße erreicht ist, kann auch den reellen Händlern nur angenehm sein.

Aber außer dieser Aufgabe der Kreditbeschaffung haben sich die Genossenschaften sofort mit 2 weiteren Aufgaben befaßt:

1. Der gemeinsamen Beschaffung oder der Vermittelung des Einkaufs von Betriebsmitteln für ihre Mitglieder, also neben dem Betriebskapital namentlich von Saat, Düngemitteln, Maschinen und Geräten.

2. Der gemeinsamen Verwertung bezw. der Vermittelung des Ver-

kaufes von Erzeugnissen ihrer Mitglieder, insbesondere des Getreides, daneben auch von Vieh, Molkereierzeugnissen, Obst, Gemüse, Geflügel, Eiern usw.

Diese Tätigkeit greift in das Interesse des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten, mit Dünge- und Futtermitteln direkt ein. Gewiß wird für manchen Händler durch die Schaffung solcher Genossenschaften das Absatzgebiet eingeschränkt, sein Umsatz und Verdienst geringer. Es mag sein, daß ein solcher Händler die Entwickelung dieses Genossenschaftswesens ungern sieht, daß er bei ihrem Anblick mit Sorgen an die Zukunft seines Geschäftes denkt . . . Alles durchaus erklärlich und vom privaten Standpunkte aus berechtigt. Aber darüber müssen wir uns klar sein: ein Grund für die Allgemeinheit, für den Staat, gegen diese Konsums-, Einkaufs- und Absatzgenossenschaften an sich im Interesse der Händler einzuschreiten, ist nicht anzuerkennen. Ein solches Verlangen würde der Forderung freier Selbstbetätigung in den Schranken des Gesetzes, der Hochschätzung der Selbsthilfe widersprechen. Es würde auch unbedingt von den Regierungen und Parlamenten abgelehnt werden.

Im Gegenteile, der Staat hat es für seine Aufgabe gehalten, die gemeinnützigen Bestrebungen solcher Vereine zur Verbesserung der Lebenshaltung und der Wirtschaftslage minder bemittelter Klassen zu fördern. Diese Förderung geschieht:

1. Dadurch, daß der Staat mit den Genossenschaftsgesetzen von 1868 und namentlich von 1889 die rechtliche Grundlage für das Genossenschaftswesen gelegt hat.

2. Dadurch, daß der Staat fortlaufend den Genossenschaften besondere Vorteile zukommen läßt. Ich nenne nur die wichtigsten: Billiger Kredit (in Preußen die Zentralgenossenschaftskasse, die sogenannte „Preußenkasse“, die 1895 mit 50 000 000 Mark ausgestattet wurde), Steuerfreiheit; Bevorzugung bei der Überlassung von staatlichem Baugelände und bei der Schaffung von Eisenbahngleisanschlüssen; besonderes Entgegenkommen im Eisenbahnverkehr, Notstandstarife; Errichtung von staatlichen Lagerhäusern und Überlassung zu Mietsbedingungen, die eine Verzinsung des aufgewandten Baukapitales von nur $1^1/_2$ bis $3\,^0/_0$ (durchschnittlich $2{,}2\,^0/_0$) bedeuten, ausschließlich an Getreideverkaufsgenossenschaften *); Bevorzugung der Genossenschaften bei der Be-

*) Nach einer, dem preußischen Abgeordnetenhause vor einigen Monaten vorgelegten amtlichen Denkschrift waren in Preußen bis Ende Dezember 1902 33 vom Staat errichtete Lagerhäuser im Betriebe, der Bau von drei weiteren Häusern beschlossen. Damit wird der 1893 und 95 für diese Zwecke zur Verfügung gestellte Betrag von 5 Millionen Mark erschöpft sein.

darfsdeckung staatlicher Anstalten, insbesondere der Proviantämter und Ansiedelungskommissionen.

Zweifellos entspricht eine solche Stellungnahme der Auffassung, die wir heute von den sozialen Aufgaben des Staates haben. Und in der Forderung nach solcher Unterstützung genossenschaftlicher Bestrebungen sind auch alle politischen Parteien einig. Also auch gegen diesen Grundsatz sich zu wehren, wäre unnütz und vom Standpunkte der Allgemeinheit aus unberechtigt.

Aber die Genossenschaften sind großen Teiles auch bei den bisher bezeichneten Aufgaben nicht stehen geblieben. Sie haben sich nicht darauf beschränkt eine Vermittelungsstelle für den Ankauf von Bedarfsartikeln für ihre Mitglieder und für den Verkauf der Erzeugnisse ihrer Mitglieder zu sein, sondern sind in großem Umfange dazu übergegangen, Geschäfte auf eigene Rechnung zu machen, Proprehandel zu treiben. Sie haben sich ferner nicht darauf beschränkt, für ihre Mitglieder tätig zu sein, sondern ihr Absatzgebiet ausgedehnt; sie sind zum Teil einfach Handelsgeschäfte geworden, kapitalistische Erwerbsgesellschaften wie Privatfirmen, Aktiengesellschaften usw.; und sie haben sich schließlich nicht auf die Waren beschränkt, die naturgemäß oder nach dem Sinne des Gesetzes in ihren Tätigkeitsbereich fallen, sondern haben sich mehrfach zu einer Art von Warenhäusern ausgebildet. Das gilt insbesondere von den Kornhausgenossenschaften, die nicht nur das Getreide ihrer Mitglieder lagern, reinigen und verkaufen, sondern die auch Propregeschäfte, teilweise sogar Spekulationsgeschäfte machen, die einen schwunghaften Handel mit Düngemitteln, Futtermitteln, Saaten und Maschinen betreiben, und die teilweise auch noch alles mögliche andere wie z. B. Kohlen, Spiritus, Zigarren, Tapeten, Haushaltungsgegenstände verkaufen.

Mit solcher Tätigkeit greifen diese Genossenschaften natürlich wieder tief in die Wirtschaftsinteressen der verschiedensten Kaufleute ein. Wiederum fragen wir uns: Haben diese betroffenen Kaufleute ein Recht, Einspruch gegen die Handelstätigkeit landwirtschaftlicher Genossenschaften zu erheben? Können sie vom Staate fordern, daß er Genossenschaften allgemein den Proprehandel verbietet? — Grundsätzlich wiederum: Nein. Die Genossenschaft ist eine Gesellschaftsform, die für Betreibung eines Handelsgeschäftes, eines kapitalistischen Erwerbsgeschäftes genau so gut möglich und gesetzlich zulässig ist, wie etwa die Aktiengesellschaft. Gegen diesen Wettbewerb an sich muß der Kaufmann sich durch seine Tüchtigkeit, durch seine Leistungsfähigkeit behaupten.

Aber — und damit komme ich auf den Kernpunkt, der den Anlaß fast aller Klagen aus Händlerkreisen gibt, und der zweifellos einen

berechtigten Beschwerdegrund bietet —: Diese Händlerfirmen, welche die Form von Genossenschaften haben und nebenbei auch gemeinnützige landwirtschaftliche Institute sind oder sein sollen, sind, man kann wohl sagen, alle mehr oder weniger staatlich unterstützt. Aus den Mitteln der Gesamtheit, auf Kosten sämtlicher Steuerzahler erhalten diese Genossenschaften Vorteile, die ihnen vor dem berufsmäßigen Händler, der Steuern zahlen muß, auf den Kredit bei den Privatbanken angewiesen ist und keine behördlichen Sonderbegünstigungen erhält, nicht einmal an den Notstandstarifen teil hat, einen ganz erheblichen Vorsprung verschaffen.

Hier liegt entschieden ein Übergriff der Genossenschaften vor, und man kann der Forderung der Kaufleute „Gleiches Recht für alle!" die Berechtigung nicht absprechen, denn es ist billig: Entweder Verzicht der Genossenschaften auf die ihren Zwecken und Satzungen nicht entsprechenden Handelsgeschäfte oder, soweit solche Geschäfte vorliegen, Verzicht auf die staatlichen Sondervorteile.

Rassen und Sprachen in der Geschichte.

Von Dr. Friedrich Hertz (Wien).

I.

Unter den sprachwissenschaftlichen Entdeckungen des verflossenen Jahrhunderts war die Klarlegung der großen indoeuropäischen Sprachverwandtschaft die folgenschwerste. In der Begeisterung über den gefundenen Schatz sah man plötzlich helles Licht über die Verwandtschaft der Rassen und die Urgeschichte unserer Kultur sich ergießen. Das arische Urvolk sollte von den Hochebenen Innerasiens herabsteigend nach und nach die verschiedenen Zweige der europäischen Völker entsendet haben. Alle Kultur schien von diesem wunderbar begabten Stamm ausgestrahlt zu sein, die einer anderen Sprachfamilie angehörenden Semiten und Ägypter sollten ihre kulturellen Anregungen und die nötige Blutbeimischung ebenfalls von dorther bezogen haben, ja selbst die ganz abseits stehende chinesische und südamerikanische Kulturwelt mußte sich „arisieren" lassen.[1]) Doch die Wissenschaft drang unbeirrt durch dilettantische Schwärmer tiefer in den Gegenstand ein und zerstörte mit rühmlichem

[1]) So Gobineau und teilweise jüngstens Woltmann, Politische Anthropologie 1903. S. 287.

Forschermut ihren Lieblingstraum. Man fand nacheinander an den verschiedensten Orten die Wiege der Arier,[2]) bis man schließlich daraufkam, daß sie möglicherweise auch an den verschiedensten Orten gestanden sein mochte. Die Anthropologie wies unter den arische Sprachen redenden Völkern verhältnismäßig bedeutende Unterschiede nach und vereinigte andererseits Stämme nichtarischer Zunge auf Grund ihrer körperlichen Beschaffenheit mit verschiedenen arischen Gruppen. Die Ähnlichkeit zwischen Nordariern und Finnen, Südariern und Semiten ist größer als die zwischen Südariern und Nordariern. Blumenbach hat die weiße Rasse Europas die kaukasische genannt, weil die Bergvölker des Kaukasus, vor allem die Georgier, ihm mit Recht als ihr schönster und ausgeprägtester Typus erschienen. Gerade diese können aber weder der Rasse noch der Sprache nach zu den Ariern gezählt werden, da sie eine bunte Mischung aus turanischen, iranischen, armenischen, semitischen und anderen unbekannten Elementen zu sein scheinen. Speziell die Georgier gehören mit mehreren anderen Stämmen nicht zum arischen Sprachstamm, sondern zum ganz selbständigen iberischen.

Die ganze Vorstellung, die man sich früher von der arischen Wanderung machte, ist offenbar unhaltbar. Ein geschlossenes Vordringen setzt eine feste innere Organisation und eine Kulturstufe voraus, die das später viel tiefere Niveau jener Rassen unerklärlich erscheinen lassen. In den älteren Zeiten, in denen Stamm und Familie noch ihre volle Bedeutung haben, fehlt der Begriff des Volkes gänzlich. Der Verwandte und Nachbar innerhalb des kleinen Stammes ist der Freund, alles andere ist Feind. Es dauert lange bis aus diesen Atomen durch Krieg, Unterjochung und Verschmelzung sich kleine staatenähnliche Gemeinwesen bilden.. Zwischen diesen herrscht wieder der Krieg, jeder Gedanke nationaler Zusammengehörigkeit verschiedener Gemeinden wäre jenen Zeiten so unverständlich gewesen wie die Erklärung der Menschenrechte. Die Erhaltung der eigenen Unabhängigkeit ist das einzige politische Ziel. So fand Caesar Gallien in etwa 80 Kleinstaaten oder Großgemeinden geteilt. Sie tragen nicht das mindeste Bedenken fremde Rassen gegen Verwandte aufzurufen oder ihnen gegen diese Hilfe zu gewähren. So rufen die

[2]) **Bokhara (Rhode), Sibirien (Piétrement), Indien (Curzon), Baktrien (Pictet, M. Müller, Kuhn u. a.), Pamirplateau (Orby, Lenormant, Amélineau usw.), Armenien (Fr. Müller, Peschel, Brunnhofer), Deutschland (Geiger und Loeher), Südost-Rußland (Benfey, Tomaschek, Schrader, Huxley), West-Rußland (Poesche), Gallien (Lenglet-Mortier und Vandamme), Unterlauf der Donau (Madame Clemence Royer), Gegend zwischen atlantischem Ozean und Ural (Cuno), Skandinavien (Penka, Sayce, de Lapouge, Lombard), West-Europa (Koeppen). Vgl. über die ganze Kontroverse S. Reinach,** L'origine des Aryens, 1892.

Aeduer die Römer, die Averner und Sequaner die Germanen zu Hilfe, um ihre Fehde auszutragen.[3]) Genau dieselbe Lage herrschte bei den Germanen, ja die unaufhörlichen Fehden im Innern dürften ein Hauptgrund der fortwährend über die römischen Grenzen schlagenden Völkerbrandung gewesen sein, die vertriebene und besiegte Stämme als Schutzflehende oder Landlustige auf das Reich warf.[4])

Weder sprachliche noch körperliche Ähnlichkeit erweckt jenen Menschen das geringste Gefühl gegenseitiger Verpflichtung. Die Rassentheoretiker haben zwar allerlei Rasseninstinkte selbst ins Altertum hineinphantasiert. Rom und Griechenland sollen aus einer Art arischen Bewußtseins heraus das Vordringen des semitischen Ostens abgewehrt haben. Aber die Perser, auf die die Griechen mit Verachtung herabblickten, waren nicht nur Arier sondern nach der Ansicht vieler, „reinere" Arier als ihre Gegner, was ja den Grafen Gobineau veranlaßte, ihre Partei zu ergreifen und die ganze griechische Geschichtsschreibung als prahlerische Lüge zu verwerfen. Und im Karthagerkrieg standen die Sympathieen der griechischen Welt nicht auf Seite Roms sondern auf Seite seines semitischen Gegners.[5]) —

Jene Zeiten, in die wir die Verbreitung der arischen Sprachen setzen müssen, kennen also weder höhere Verbände als Geschlecht und Stamm, noch irgend eine Seßhaftigkeit. Wir müssen uns unzählige kleine Stämme vorstellen, jeder der Keim einer Rasse und einer Sprache, die in fortwährender Bewegung bald in den durch die kontinentale Gliederung gegebenen Wegen fließen, bald zurückstauen, bald durcheinanderwirbeln wie Spreu im Wind. Wir, deren ganzes Dasein an einen Boden und ein Volk gebunden ist, können uns jene Zeit kaum vorstellen,[6]) in der nicht nur die eigene Not, sondern durch Stoß und Gegenstoß auch die entfernter Völker zu einem Element fortwährender Bewegung wurde. Der Nomade muß sich bewegen, um seinem Vieh auf dem mageren Boden genügend Futter zu verschaffen. Die ungeheuere Verbreitung der arischen Sprachen gegenüber der viel geringeren der semitischen erklärt sich daraus, daß die Semiten viel früher seßhaft wurden,[7]) während

[3]) Vgl. die treffende Zeichnung des Zustandes bei Fustel de Coulanges, Histoire des institutions politiques de l'ancienne France. 2. édit. vol. I. 1877. pag. 24/5.

[4]) Fustel de Coulanges a. a. O. S. 360, 365 ff.

[5]) Vgl. Aristoteles Politik, übersetzt von Stahr, Anmerkung zum Schluß von IV. 5. (S. 241).

[6]) Der Unterschied liegt darin, daß früher der an Stamm und Familie gebundene Einzelne viel unbeweglicher war als heute, die Völker und Rassen sind aber trotz unserer Eisenbahnen, Schiffe, Kolonisationen u. s. w. stabiler geworden.

[7]) Es ist ein merkwürdiger Einfall vieler Rassengläubigen die Semiten „Nomaden" zu schimpfen und ihre heutigen Eigenheiten aus „nomadischen Instinkten" zu erklären,

der arische Nomade seine Sprache über Kontinente trug. Heute erscheint übrigens das semitische Sprachgebiet viel größer als es zur Zeit war, da das arische Sprachgebiet bereits seine größte Ausdehnung in Europa erlangt hatte, weil ein kleiner semitischer Stamm, der nomadisch geblieben war, in plötzlichem Hervorbrechen weite Gebiete für das Semitentum eroberte, es sind die Araber. —

Noch ungebundener als die Wanderhirten, die ihr Vieh an gewisse Naturgebiete bindet, sind die Jägervölker, am freiesten aber die seefahrenden Bewohner ausgebreiteter Inselgruppen, wofür die polynesische Inselwelt das großartigste Beispiel gewährt.[8])

Die malayisch-polynesischen Völker haben sich über das ungeheuere Gebiet von 210 Längengraden und 80 Breitegraden ausgedehnt und dies, wie viele Anzeichen beweisen, in der verhältnismäßig kurzen Zeit von einigen Jahrhunderten. Ratzel stellt[9]) Fälle zusammen, in denen kleinere Gruppen durch die Strömungen über mehrere tausend Kilometer hin verschlagen wurden, die Häufigkeit solcher unfreiwilliger Wandederungen erklärt vielfache Rassenmischungen. Das meiste aber hat die bewußte Kolonisation geleistet, mit der diese auf der Stufe der Steinzeit stehenden Völker den größten Beweis der alle Hindernisse bewältigenden Beweglichkeit des Menschen geleistet haben. — Nicht minder groß sind die Wanderungen der Indianer, von denen einzelne Stämme seit der Entdeckung sich über 500 Meilen von ihren Sitzen entfernt haben. Indianerstämme wanderten in einzelnen Jahren 1500—2000 Kilometer zur Büffeljagd. Der Kriegspfad führte diese Völker noch weiter und rüttelte sie durcheinander.[10]) Nomaden machen 10—20 Tagereisen, um einen Überfall auszuführen. Die Banturassen haben ihren Sprachstamm in kurzer Zeit durch 40 Breitegrade — $^2/_3$ der Länge Afrikas von Norden nach Süden — getragen, wobei die Sprachen sich nicht weiter differenzierten, als etwa Hoch- und Niederdeutsch. Und schon drängen die Araber nach, die sich trotz ihrer geringen Machtmittel wie im Flug über Afrika verbreiten und überall tiefe Spuren zurücklassen.[11]) J. Hahn schildert den Zustand Afrikas anschaulich: „Es ist bekannt, daß unter den

wo doch die Nordsemiten wahrscheinlich schon Jahrtausende seßhaft waren, bevor die arischen Zweige sich niederließen, und die Südsemiten (mit Ausnahme der Wüstenstämme) mindestens so alte Ackerbauer sind, wie die ältesten europäischen Arier.

[8]) Vgl. für das Folgende zahlreiche Belege bei Fr. Ratzel, Anthropogeographie, I. Band. 2. Aufl. 1899. S. 113—208 („die geschichtliche Bewegung"), woher einzelne Beispiele entlehnt sind.

[9]) Fr. Ratzel, Völkerkunde. 2. Auflage. 1894. I. Band S. 150 ff. 162.

[10]) Angaben in Ratzel, Völkerkunde. I. Band. S. 568, 593.

[11]) Ratzel. II. Band. 1895. S. 191, 207.

Negerstämmen des inneren Afrikas ein ewiger Kampf und Streit, ein ewiges Völkergedränge, man möchte sagen eine ewige Völkerwanderung stattfindet, wobei die einzelnen Nationen oft ihre nationale Existenz verlieren und gänzlich von der Erde verschwinden, oft aber auch unaufhörlich ihre Wohnsitze ändern, bis sie endlich wohl hunderte von Meilen von ihren ursprünglichen Wohnsitzen, wie vom Sturm verschlagen, aus den Wogen des großen Völkermeeres auftauchen und auf eine Zeitlang wieder festen Fuß fassen. Wie rätselhafte Erscheinungen stehen solche Völker ihren Nachbarn zur Seite; keiner weiß woher sie kommen, sie selbst wohl ebensowenig usw." —

Bekanntlich sind bei sehr vielen Völkern eigentümliche Sitten in Gebrauch, die mit großer Strenge dazu anhalten, die Frauen aus fremden Stämmen zu nehmen. Die Ursachen dieser Exogamie genannten Einrichtung sind sehr umstritten, aber die Tatsachen finden sich unter allen Rassen ungemein häufig.[12]) Hier liegt ein Hauptgrund weitgehender Rassenmischung und da Exogamie nach verschiedenen Seiten hin geübt wird, kann fremdes Blut sehr weit wandern. Selbst in Europa ist wenigstens bei der Landbevölkerung noch die Übung verbreitet, Frauen aus andern Dörfern zu heiraten. Wie Kowalewsky bemerkt, wird in einigen Teilen Rußlands, selbst in jenen Dörfern, wo vom Bestehen einer ähnlichen Sitte nichts bekannt ist, vom Bräutigam immer wie von einem „fremden" (tschuzog, tschuzaninin) gesprochen und seine Freunde und Begleiter stellen sich an, als kämen sie aus einer fernen Gegend. — Bei der eigentlichen Exogamie handelt es sich jedoch nicht bloß um eine Sitte sondern um ein moralisches Gebot, dessen Übertretung als verabscheuungswürdige Blutschande gilt.

Der größte Rassenmischer aber ist der Krieg, der die Völker nicht nur nebeneinander, sondern übereinander lagert. Je kriegerischer ein Volk in der Geschichte auftrat, für desto gemischter dürfen wir es halten. Vieh und fremde Weiber sind der Hauptgegenstand der Kriege. Die Spanier fanden [13]) auf den kleinen Antillen fast überall die merkwürdige Erscheinung, daß die Frauen eine andere Sprache redeten als die Männer, was zu allerlei Fabeleien Anlaß gab, bis man entdeckte, daß die Frauen einen Aruakdialekt redeten, die Männer aber karaibisch. Die Karaiben hatten, wie man später feststellte, die Antillen erst erobert und die Frauen der Aruak waren ihnen als Beute zugefallen. Dies ist auch in Südamerika und im Norden des Kontinents die Hauptursache der

[12]) Vgl. **Westermarck, Geschichte der menschlichen Ehe.** 1893. S. 310 ff. **H. Spencer, Prinzipien der Soziologie.** 2. Band. 1887. S. 207.

[13]) Vgl. **K. Haebler „Amerika" in Helmolt's Weltgeschichte.** 1899. I Band. S. 196—199.

überaus großen Rassenmischung. Im nördlichsten Amerika sind so die mongolischen Eskimo und die Indianer zu einer Mischrasse zusammengewachsen. — Ebenso wird für Hochasien, woher ja nach der populären Meinung die Arier gekommen sein sollen, als „Hauptursache der ethnischen Durcheinandermischung“ [14]) die Sitte angeführt, die Weiber der Besiegten unter die Sieger zu verteilen und ihre jungen Männer ins eigene Heer aufzunehmen. Beides ist auch in einem großen Teile Afrikas in Übung. Und am Anfang der römischen Sage steht der Raub der Sabinerinnen.[15]) — Der Prozeß der Nationalbildung beginnt erst, wenn ein Teil der Wanderstämme sich seßhaft niedergelassen hat. Vorher können große Stämme nicht entstehen, weil das ständige Nomadisieren, bei dem das Weideland in bestimmtem Kreislauf gewechselt wird, das Zusammenbleiben großer Massen von Vieh auf dem dürftigen Steppenboden nicht duldet und der Bevölkerungszuwachs daher nur zur Abspaltung neuer Stämme führt, die sich ein anderes Gebiet suchen. Wo aber üppiges Kulturland vorhanden ist, da können viele Nomadenstämme zu einer „Völkerwanderung“ vereinigt brandschatzend durchziehen. Übrigens sind auch die Hunnen zuerst in vielen kleinen, von einander unabhängigen Stämmen eingebrochen und wurden erst später durch einen großen Kriegsmann vereinigt. Daß China den Weg nach Osten versperrte, brachte die Völkerlawine nach Westen ins Rollen, wobei sie alle ihr im Wege liegenden Völker mitriß. Germanen und Slawen kämpften auf hunnischer Seite und vermischten sich mit Mongolen. Mehrere Menschenalter dauerte die erste Mongolenherrschaft, die in einem großen Teil Europas Spuren zurücklassen mußte. In diesem Falle war die Macht der römischen Kultur imstande, den Nomaden wieder zu vertreiben. Der typische Verlauf ist aber anders. Der Wohlstand des Ackerbauers zieht den rohen aber kräftigeren Nomaden an, der die Seßhaften unterjocht und zu zinspflichtigen Hörigen oder zu Sklaven macht. Bald beginnt die Verschmelzung beider Rassen. Der kriegerische Herrenstamm reibt sich in fortwährender Fehde auf, der Unfreie, der dem zivilisierteren Stamm angehört, weiß sich den Fürsten unentbehrlich zu machen und steigt an ihrem Hof als Dienstmann oft über den Freien empor, wie Tacitus von den Germanen berichtet. Aus den erobernden Herren und den Weibern der Unterjochten entsteht eine Mischrasse, die allmählich

[14]) H. Schurtz „Hochasien und Sibirien“ in Helmolts Weltgeschichte. II. Bd. S. 138.

[15]) Nach den Siegen Kaiser Claudius über die Goten waren alle Provinzen mit germanischen Sklaven gefüllt, jeder römische Soldat erhielt 2 oder 3 gotische Frauen zugeteilt. Die späteren Römerheere waren Hauptfaktoren der Rassenmischung. Auch das Puniermädchen, dessen bei Mödernsdorf gefundener Grabstein es galant „Musarum, amor et Charitum voluptas“ nennt, mag einen Offizier begleitet haben.

beide Stämme in sich aufsaugt. Bald aber reizt der neue Wohlstand wieder den umherschweifenden Nomaden, neuer Einfall, neue Unterjochung und Verschmelzung setzen den Kreislauf fort.[16] Schließlich gelingt es auf günstigem Boden, wo weite Ebenen sich dehnen und die Rodearbeit von Generationen den verkehrhemmenden Wald beseitigt hat, einem Reitervolk ein großes Reich zusammenzuraffen, aus dem dann eine Nation wird. Je weiter die Amalgamierung der kleinen Stämme vorgeschritten ist, desto leichter ist die weitere Konzentrationsarbeit. Ein Kriegsheld vereinigt für eine oder mehrere Generationen ein Weltreich, das freilich nur mit dem Schwert gewonnen und ohne inneren organischen Zusammenhang unter seinen Nachkommen leicht wieder zerfällt und dessen Teile in neue Völkerkombinationen eintreten. Die großen Reiche arbeiten mit großen Mitteln an demselben Prozeß der Amalgamierung. Das beste Mittel unruhige Besiegte zu bändigen ist die Losreißung vom Heimatsboden und die Verpflanzung in eine fremde Umgebung, wo sie bald der Aufsaugung durch friedliche Völker unterliegen. Der freigewordene Boden wird mit fremden kolonisiert. Die Verpflanzung der Juden nach Babylon ist das bekannteste Beispiel der Weltgeschichte, dessen größte Folge die Entwickelung des Christentums war. Schon vorher hatte Sargon die Israeliten in Assyrien und Medien, also mitten im arischen Sprachgebiet, angesiedelt, derselbe Herrscher versetzte wiederholt ganze Völker von den äußersten Grenzen seines Reiches an das entgegengesetzte Ende. Noch Größeres haben darin die Chinesen geleistet,[17] die jetzige Einheit ihres Typus ist wesentlich die Folge der planmäßigen Durcheinandermischung der Völker. Hierzu kommt die Kolonisation, die Anlegung von „Militärgrenzen" gegen das Nomadentum, die in stetiger Vorwärtsbewegung begriffen sind. Was China, Griechenland und Rom darin geleistet haben, ist bekannt. Karl der Große führte während der 20 Sachsenkriege wiederholt je ein Drittel der Gesamtbevölkerung, jedesmal zehntausende von Sachsen, mit sich fort[18]) und siedelte sie in entfernten Reichsteilen an, ihr Land wurde mit Franken und heidnischen Slawen, die Karl gegen die Sachsen geholfen hatten, besiedelt. Das seit tausend Jahren deutsche Sachsen wurde gerade durch Karl, den man oft als „nationalen" Staatsmann preisen hört, zum größten Teile slavisiert.[19] Im Lager zu Hollenstedt verlieh er u. a.

[16]) In anschaulicher Weise hat Gumplowicz (Der Rassenkampf. 1883) diesen Vorgang als Hauptinhalt der Geschichte geschildert.

[17]) Vgl. Ratzel, Völkerkunde. II. Band. S. 642, 649.

[18]) Vgl. Dahn, Urgeschichte der germanischen und romanischen Völker. III. Band. 1883. S. 1043, 1058, 1061, 1066, 1106.

[19]) Vgl. Dahn, S. 1008, 1019, 1061, 1105. Selbst Chamberlain (Grundlagen des XIX. Jahrh. II. Aufl. S. 514) preist die „eminent deutschnationale Gesinnung" und

„alle Sachsengaue jenseits der Elbe“ den slawischen Abodriten. — Seit den ältesten Zeiten ist kein Krieg ohne Folgen geblieben, die auf Rassenmischung hinwirkten.[20] Als Kuriosum wollen wir bloß erwähnen, daß noch 1795 ein Regiment mohammedanischer Tataren in preußische Dienste trat und in den neugewonnenen Provinzen angesiedelt wurde.

Berlin.

Eindrücke eines Architekten.

Von Paul Paravicini (Frankfurt a. M.).

Vergleiche hinken. Berlin neben die europäischen Hauptstädte stellen zu wollen wäre ungerecht; e i n Vergleich aber muß sich dem gebildeten Deutschen schon nach 24 Stunden in der Reichshauptstadt aufdrängen — München! Die Ausdehnung allerdings, das Häusermeer — die Hoch- und Stadtbahn hat Berlin zweifellos voraus; das ist zweckentsprechend aber nicht außergewöhnlich. Der Geschäftsgeist — Wertheim, Tietz und vor allem die „Aufmachung“ der Leipziger- und Friedrichstraße sind Dinge, die man in der bayrischen Hauptstadt vergebens suchen wird; diese kilometerweise sich fortsetzende Schaufensterkonkurrenz muß einen gewissen Eindruck hinterlassen, auch bei demjenigen, der Paris und London kennt. Und in der Tat, der Aufwand an technischem Können ist hier außergewöhnlich groß. Es ist anregend, auch für den Künstler, diese spiegelblank glitzernden Messingvorbauten mit ihren geschliffenen Glasscheiben an sich vorüberziehen zu lassen. Die staubigen Erker und Schilder der Frankfurter Zeil können den appetitlichen Glanz dieser Leipziger- und Friedrichstraße auch nicht im entferntesten aushalten; man ist dort überall mit der Energie der Jugend an die Arbeit gegangen.

Auch Aschinger und Kempinsky haben Charakter; das ist das persönliche Berlin.

Aber der gebildete Deutsche, wenigstens der künstlerisch Gebildete, kommt nach der Reichshauptstadt um anderes zu finden, als den Nervenkitzel dieser beiden Straßen. Und wenn er anfängt dieses Große, Reichshauptstädtische zu suchen, da muß er immer mehr an die Stadt im Sü-

die Germanisierungstendenz (!) Karl des Großen, was Dahn schon in nachdrücklicher Weise abgewiesen hat.

[20]) Über die Ansiedlung bulgarischer und sarmatischer Stämme in Italien durch die Longobardenkönige Alboin und Grimoald vgl. Dahn IV. Band. S. 206, 254.

den denken — nicht der Bevölkerung, des Volkslebens wegen, denn der Berliner ist höflich und zuvorkommend, auf der Straße und im geschäftlichen Verkehr, und Volksleben ist vorhanden, wenn auch in kälterer Form als in München.

Der gebildete Deutsche sucht die Kunst! Er ist in seiner Hauptstadt und hat das Recht dazu! Und auf Schritt und Tritt erinnert er sich der Isarstadt und an die planmäßige architektonische Entwickelung derselben, während der letzten 10 Jahre. Er sieht die brutale Vergewaltigung des alten Schlosses durch das Nationaldenkmal und dicht daneben die süße Schablonenarchitektur des neuen Doms; das Reichstagsgebäude mit dem plumpen Bismarckdenkmal enttäuscht durch den Mangel an vornehmer, einfacher Größe, und das neue Herrenhaus ist dem Dom an Charakterlosigkeit durchaus ebenbürtig. Und dann noch Berlin W.! Ich nenne nur den unsachlichen Jahrmarktsstil des Zoologischen Gartens und, als Krönung, den Hexensabbat des Parvenü-Geschmacks, den Kurfürstendamm. Er sieht die Nüchternheit der Kirchen, und es tauchen vor seinem Auge die epheuumwachsenen Gotteshäuser Londoner Vorstädte auf; und wo scheinbar neue Bahnen eingeschlagen werden, wie z. B. bei der kürzlich eingeweihten Kunstakademie in Charlottenburg, offenbart sich ihm in abstoßender Deutlichkeit die geistige Abhängigkeit von München.

Paris ist ja hors concours; am möglichsten ist immer noch der Vergleich mit dem nüchternen London. Aber London ist trotz dieser Nüchternheit keine kalte Stadt. Was dort geschehen, ist beinahe ausschließlich ohne den hohlen theatralischen Prunk zustandegekommen, der sich in so verletzender Weise in den deutschen Großstädten, Berlin allen voran, breit macht, und unkorrigierbare offizielle Geschmacklosigkeiten, wie sie bisher in der Reichshauptstadt an der Tagesordnung gewesen sind, die wird man in London, mit etwaiger Ausnahme des projektierten Königindenkmals, vergebens suchen. Was dem künstlerisch fühlenden Menschen von unserer Hauptstadt in angenehmer Erinnerung bleiben wird, ist außerordentlich wenig: Wertheim und Kassirer als Repräsentanten des feinen Berlin, Tietz der immerhin großzügige Typus des Parvenüs, das neutrale Erzeugnis der Weltstadt: Leipziger- und Friedrichstraße, und — eine Minute von dieser entfernt, die Oase in der architektonischen Wüste der Kaiserstadt — der stille Gendarmenmarkt ....

Nein! So lange der Begriff der Schönheit vom Künstler und nicht vom Laien festgestellt wird, so lange ist Berlin auf unabsehbare Zeit hinaus nicht — die schönste Stadt der Welt.

Büchertisch.

Kant, sein Leben und seine Lehre. Von M. Kronenberg. Zweite, neubearbeitete und erweiterte Ausgabe. München 1904. C. H. Beck'sche Verlagshandlung. Preis Mk. 4.—, geb. Mk. 4.80.

Die Philosophie Kants steht seit einiger Zeit im Vordergrunde des philosophischen Interesses. Diese Tatsache scheint zurückgeführt werden zu müssen auf den Stand der Naturphilosophie in der Gegenwart einerseits und der Soziologie andererseits. Der von Galilei bereits geforderten Zurückführung der Tatsachen des Naturgeschehens auf einfache und anschauliche Vorgänge und Formeln scheint die Naturforschung näher gekommen zu sein denn je, aber damit gewinnt die Frage von neuem und zwar ein erhöhtes Interesse, ob die für den Naturverlauf angenommenen Grundformen und Gesetze schließlich doch weiter nichts sind als „Vernunftgesetze“ oder „reine Verstandsbegriffe“ anstatt Naturgesetze, womit ich ganz kurz das Ergebnis der Kantischen Philosophie glaube bezeichnen zu können; also ob Begriff wie Ursache und Wirkung, Energie, Kraft, Atom nur Formen der menschlichen Vernunft sind oder das Geheimnis des Naturverlaufs objektiv darstellen. Außerdem stellt Kant den Übergang von der Individualethik zur Sozialethik dar, deren Bedeutung für die Gegenwart wir nicht zu betonen brauchen.

Angesichts dieses in dem Gang unserer Entwickelung begründeten Interesses für die Kantische Philosophie sind Bücher, wie das vorliegende, geradezu eine Notwendigkeit. Kant hat absichtlich es verschmäht nach Anschaulichkeit zu streben; er weist in der Vorrede zur ersten Ausgabe der Kritik der reinen Vernunft (1781) darauf hin und sucht sein Verfahren aus inneren Gründen zu rechtfertigen. Die Folge war, daß das Werk völlig mißverstanden wurde, so daß Kant durch seine „Prolegomena“ zu jeder künftigen Metaphysik erst dem Verständnis seiner Lehre Bahn brechen mußte. Wenn Kant auf Gemeinverständlichkeit verzichtete, so hätte er doch auf Genauigkeit der begrifflichen Darstellung achten müssen, aber in dieser Beziehung hat seine Philosophie, insbesondere die Kritik der reinen Vernunft große Mängel, die nur törichte Schwärmerei für den Philosophen in Abrede stellen kann. Vieles ist auch nur alter aus der Scholastik übernommener Zopf, die Hauptsache und das Ziel der Untersuchung wird verdunkelt durch umständliche, unnötige Untersuchungen über Nebensächliches, das hierbei als Hauptsache erscheint. Hegels Kritik am Stile Kants (in der Geschichte der Philosophie) ist grob, aber in der Sache berechtigt.

Um so verdienstlicher ist ein Buch, das bemüht ist, das Hauptsächliche und bleibende Bedeutende in der Kantischen Philosophie zum Ausdruck zu bringen. Ein solches Buch ist das hier kurz zu besprechende Werk von Kronenberg.

Der Verfasser macht es sich zur Aufgabe, wie er im Vorwort selbst sagt, seine Darstellung mit Stimmung und in maßvoller Weise auch mit Affekt zu erfüllen, denn „die Philosophie ist eine Lebensmacht und wendet sich deshalb an den ganzen Menschen“. Das Buch hat in der Tat neben dem großen Vorzug der Klarheit den großen Vorzug der Stimmung. Die Gefühlswärme, die aus jeder Seite uns entgegenströmt, erfüllt uns nicht allein mit Liebe zu Kant, sondern zur Philosophie überhaupt, die, wie Locke bemerkt, „durch den gelehrten aber wertlosen Gebrauch von sonderbaren, erkünstelten oder unver-

ständlichen Ausdrücken zu einer Kunst ausgebildet worden ist, daß es unpassend oder unmöglich ist, die Philosophie, die doch nur die wahre Erkenntnis der Dinge ist, in eine wohlerzogene und gebildete Unterhaltung hineinzuziehen."

Kants Persönlichkeit, sein Lebensgang sind meisterhaft dargestellt. Die Kantische Erkenntnistheorie dürfte in einer dritten Ausgabe wohl etwas ausführlicher behandelt werden; seine Bedeutung gewinnt das Buch erst von der Darstellung des Abschnitts in der Kritik der reinen Vernunft: von den Ideen. Vor allem aber ist die Darstellung der Ethik Kants und der Kritik der Urteilskraft, hier wieder die Behandlung der Lehre vom teleologischen Prinzip als eine in das Wesen der entsprechenden Teile der Kantischen Philosophie leicht und sicher einführende, zum eigenen Nachdenken anregende Arbeit. Es kommen in dem Buche die kleineren Schriften Kants zur Philosophie der Geschichte zur Geltung, die trotz ihrer Tiefe in der Darstellung der Geschichte der Philosophie ganz außerordentlich vernachlässigt werden.

Das Werk ist eine objektive Wiedergabe des Kantischen Geistes, und als solche den weitesten Kreisen angelegentlich zu empfehlen.

Kant. Sechzehn Vorlesungen gehalten an der Berliner Universität von Georg Simmel. Leipzig, Duncker & Humblot 1904. Preis Mark 3.—

„Die Absicht dieses Buches ist keine philosophie-geschichtliche, sondern eine reinphilosophische. Es gilt ausschließlich diejenigen Kerngedanken, mit denen Kant ein neues Weltbild gegründet hat, in das zeitlose Inventar des philosophischen Besitzes einzustellen." Doch soll das Buch zugleich als Einleitung in das philosophische Denken dienen. — Der Verfasser hat diese seine Absicht durch eine geistvolle Erörterung der Grundprobleme, die in der Philosophie Kants zutage treten, verwirklicht, indem er von dem Standpunkt des modernen Denkens die Probleme in ihrer Fassung durch den großen Denker prüft, also — um einen Ausdruck des Verfassers anzuwenden — vom Standpunkt des zeitlich bedingten Wesens. Darin liegt aber nicht ein Widerspruch zu dem Gedanken, daß ein zeitloses Inventar der Philosophie hergestellt werden solle: ein Verdienst des Verfassers ist die Aufweisung der Differenzierung der Fragen, die seit urdenklichen Zeiten den Menschengeist beschäftigt haben, die Ableitung der Vielheit und Verwickeltheit der philosophischen Fragen „von der Entwickelung aus einem Minimum einfacher, grundlegender Probleme und Motive zu einem Maximum von Kombinationen und Formungen." Dabei tritt das System als solches natürlich in den Hintergrund. Was Kant der Gegenwart leisten kann, wird von dem Verfasser untersucht, indem er „die Form der eigenen Darstellung Kants zerbricht, da diese Form das durch die Zeit und die Persönlichkeit Kants stilisierte Gefäß ist eines Inhalts, der uns nach seiner Bedeutung jenseits der Zeit und der Persönlichkeit Kants uns angeht."

Es ist unmöglich, aus dem reichen Inhalt des Buches einzelnes herauszugreifen, nur auf die eigentümliche Stellungnahme Simmels gegen Kant in der Frage nach dem Wesen der Religion und Religiosität sei hier kurz hingewiesen. Gleichzeitig mit der Lektüre des Simmelschen Buches beschäftigt uns ein Aufsatz von Otto Pfleiderer im „Protestantenblatt": „Was hat die Theologie des 19. Jahrhunderts von Herder und Kant gelernt?" (No. 5 und 6 d. J.). Da ergibt sich die merkwürdige Tatsache, daß der Philosoph Simmel sich dem Historizismus zuneigt gegen die Kantische Vernunftreligion, wäh-

rend der Theologe zur Erkenntnis gelangt, daß es der Kirche zum Unheil geriet, als sie auf den bereits in der Reformation angebahnten Intellektualismus verzichtete und sich von der romantischen Reaktion ins Schlepptau nehmen ließ. Dieser Artikel von Pfleiderer ist eine scharfe Stellungnahme gegen „die Restaurierung der Dogmen, gegen die Belastung der Exegese mit dogmatisch-apologetischen Problemen, gegen Ritschl und Harnack". Er sagt: „So ist es denn geschehen, daß wir hundert Jahre nach dem Tode des großen Denkers, der den Glauben von den Geschichtsfesseln entbunden hat, tiefer noch als je im theologischen Historizismus versunken sind, d. h. in der Gebundenheit des Glaubens an das Gewesene, das Zeitliche, das Relative — —". Die Stellungnahme Simmels ist wesentlich in dem Gedanken enthalten, „daß die Religion fordert, daß jeder für sein Heil und seine Seligkeit sorge". Wir pflichten ihm darin bei, daß Kant das Triebleben der Menschen, speziell den Trieb nach Glück, zu Unrecht von dem Sittlichkeitsbegriff völlig geschieden habe, wir geben zu, daß geschichtlich die Religion aufs innigste mit dem Glücksbedürfnis der Menschen zusammenhing, aber die Religion der Gegenwart kann nicht mehr die Aufgabe haben, nur das Glücksbedürfnis und nicht zugleich das intellektuelle Bedürfnis des Menschen zu befriedigen. Die Trennung von Religion und Vernunft muß überwunden werden. In diesem Punkt steht Simmel doch, wie es scheint, sehr stark unter dem Einfluß des Positivismus, dem sich die Philosophie in ihren Hauptvertretern — wir meinen auch Wundt und Spencer — gerade in bezug auf die Religion hinzugeben scheint. Eine andere Aussetzung, die wir an dem ausgezeichneten Buche Simmels zu machen haben, ist die große Kürze, mit der Kants Idee von der Entwickelung der Menschheit als Gattung behandelt wird, wenn auch die Idee der Menschheit bei Kant von ihm in gewohnter geistvoller und spannender Art beleuchtet wird. Mir scheint dieses kein Zufall. Die Hauptsache ist dem modernen Menschen die Individualität, — das Verhältnis der Individualität zum Menschheitsbegriff Kants, und zum Menschheitsbegriff überhaupt ist von Simmel in geradezu glänzender Darstellung erörtert. Es erfüllt sich an diesem Buche das Wort Schopenhauers: „So wird auch von Kants Lehre allererst durch die Zeit die ganze Kraft und Wichtigkeit offenbar werden, wann einst der Zeitgeist selbst, durch den Einfluß jener Lehre nach und nach umgestaltet, im Wichtigsten und Innersten verändert, von der Gewalt jenes Riesengeistes lebendiges Zeugnis ablegen wird". Das Buch Simmels ist der beste Beweis für die Wahrheit dieser Worte. Die trefflichsten Partien des Buches sind diejenigen, in welchen die Kantische Philosophie zum Prüfstein des modernen Menschen und des modernen Denkens gemacht werden. Diese Kapitel kann man mehr als einmal lesen! Aber überhaupt bietet das Buch eine solche Fülle von Anregungen, daß man es zweifellos gerne zu einem Ausgangspunkt tieferen philosophischen Nachdenkens machen wird.

Frankfurt a. M., im Februar. Prof. Dr. Mannheimer.

*

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Das freie Wort

Frankfurter Halbmonatsschrift
für
Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens
begründet von Carl Saenger
herausgegeben von Max Henning

Nr. 24. Zweites Märzheft 1904. III. Jahrg.

Christen und Heiden.

Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die religiösen Gegensätze zwischen dem christlichen Rußland und dem buddhistischen Japan keinerlei Rolle in dem Kriege zwischen beiden Mächten spielen. Die Zeit scheint endgültig vorbei zu sein, in der sich die Völker ihrer Glaubenslehren wegen mit den Waffen in der Hand zerfleischt haben, und man kann nicht leugnen, daß es einen wohltuenden Eindruck macht zu sehen, wie Rußland alle hohlen Phrasen über seine Mission zur Ausbreitung des Evangeliums bei dieser Gelegenheit unterdrückt hat. Die Welt schreitet doch allmählig voran, und es ist nicht ohne Interesse bei Gelegenheiten wie der vorliegenden auf Tatsachen hinzuweisen, welche zeigen, daß ein neues Zeitalter im Anzuge ist, das mehr nach den Existenz-Bedingungen der Völker fragt, als nach ihrem Bekenntnis. Noch vor 25 Jahren, im russisch-türkischen Kriege, war viel vom Schutze des Christentums die Rede; heute sehen wir, daß sich das christliche England mit dem „heidnischen" Japan verbündet hat. Obschon dieses Bündnis nur gegen „christliche" Mächte, wie Rußland und Frankreich gerichtet sein kann, ist wohl kaum eine Stimme laut geworden, welche es „unerhört" gefunden hätte. Ein schlagenderer Beweis für den Niedergang des kirchlich-christlichen Geistes in Europa kann nicht gefunden werden. Seit den Kriegen Franz I., der sich mit dem türkischen Sultan Soliman verbündet hatte, ist kaum ein ähnlicher Fall vorgekommen, wenn man von der eigenartigen Konstellation im Krimkriege absieht. Die „Heiden" treten heute plötzlich als ebenbürtige Mächte in den Interessenstreit ein und damit müssen viele Vorurteile schwinden, von denen Europa seit mehr als anderthalb Jahrtausenden beherrscht war. Die Aufgabe

könnte einen Geschichtsschreiber der Zukunft reizen zu untersuchen, wie diese Wandlung kommen konnte. Im wesentlichen wird mit als Grund der Niedergang der katholischen Kirche zu betrachten sein, welche auf dem eigentlichen Welttheater vollkommen ausgeschaltet erscheint, seitdem Spanien noch seine letzten wertvollen Kolonien an die Vereinigten Staaten verloren hat. Den akatholischen Staaten ist es nie so ernst gewesen mit der Ausbreitung des „Evangeliums“, wie den vom Vatikan geleiteten, und die Zeiten, in denen Könige und Kaiser in den Bann getan wurden, weil sie einen Kreuzzug gegen die Ungläubigen unterließen, sind für immer dahin.

Selbstverständlich spielen neben der fortschreitenden religiösen Aufklärung noch andere Faktoren hierbei eine wichtige Rolle. So darf Rußland in Asien naturgemäß sein „Christentum“ nicht zu stark betonen, um bei seinen „heidnischen“ Untertanen keinen Anstoß zu erregen. Und der weiße Zar hat es bekanntlich selbst nicht verschmäht Fühlung mit dem Dalai Lama in Thibet zu suchen und sich gewissermaßen zum Protektor des orthodoxesten Buddhismus zu erklären.

England mit seinen nicht-christlichen Untertanen in Indien muß sich sehr hüten die religiösen Gefühle der Hindus und Moslems zu verletzen und tut daher am besten von seinem Christentum möglichst diskreten Gebrauch zu machen. Sein Bündnis mit Japan ist darum vor allem auch ein schwerer Schlag für das Prestige der Missionen: und wenn gar Japan siegreich aus dem Feldzuge hervorginge, wäre es mit der christlichen Missionstätigkeit in Ostasien über kurz oder lang jedenfalls überhaupt vorbei, indem Chinas Selbstgefühl durch einen Sieg der verwandten Japaner sehr rasch gehoben würde. Der Augenblick ist sehr kritisch für die Missionen in Ostasien, weil die antiklerikale Regierung in Frankreich jedenfalls nicht einen Finger für die katholischen Missionen rühren wird, wenn sie gezwungen sind China zu verlassen.

Für alle hiermit im Zusammenhange stehenden Kulturfragen wird der russisch-japanische Krieg voraussichtlich viel folgenschwerer werden, als für die eigentliche politische Stellung der Großmächte untereinander. Wenn die Staaten Ostasiens über kurz oder lang als gleichberechtigte Faktoren in das Konzert der Völker eintreten, dann werden die Koulissen auf dem Welttheater derart verschoben, daß wir ganz neuen Verhältnissen gegenüberstehen werden. Ganz speziell auf dem religiösen Kampfplatze müssen sich bald Veränderungen bemerkbar machen, die mit vielem aufräumen was wir cum beneficio inventarii vom Mittelalter übernommen hatten. Denn je mehr die Großmächte durch Erweiterung ihres kolonialen Besitzes nichtchristliche Länder einverleiben, um so mehr muß das spezifisch „christliche“ aus dem Staatsleben verschwinden. Die For-

derung der freien Denker in allen Ländern, wonach ein moderner Staat nur auf allgemein humaner Grundlage ruhen dürfe, wird so durch die historische Entwickelung mächtig gefördert.

Wenn wir auch nachweisen konnten, daß bei dem Kriege zwischen Rußland und Japan alle kirchlichen Interessen ausgeschaltet erscheinen, so ist es vielleicht doch angebracht darauf hinzuweisen, daß bei dem Interessen-Gegensatze zwischen beiden Völkern Dinge mit in Frage kommen können, die man in gewissem Sinne vielleicht als religiöser Natur charakterisieren darf. Wir haben die tiefe Sehnsucht im Auge, welche die westlichen Völker nach Osten und die östlichen nach dem Westen treibt. Wie Alexander der Große von Mazedonien nach Indien zog, Columbus seine welthistorische Reise antrat, um auf dem Wege über den Westen jenen Osten zu finden, von dem Marco Polo zweihundert Jahre zuvor Wunderdinge berichtet hatte — so hat es einst die Mongolen vom Amur bis nach Schlesien getrieben, wo sie 1241 die Schlacht bei Wahlstatt schlugen. Und wenn die Japaner jetzt nach dem Westen streben, so liegt ihrem Verlangen vielleicht neben den politischen Erwägungen noch eine romantische Sehnsucht nach dem Westen mit zugrunde, welche man seit Jahrhunderten bei dem Volke konstatieren kann. Wie die Anhänger der buddhistischen, außerordentlich verbreiteten Jô-do-shû-Sekte in Japan lehren, liegt das Paradies, das „Reine Land Sukhâvatî", in welchem Buddha Amitâbha alle Guten wiedergeboren werden läßt, und in dem er auch selbst wohnt — im Westen: und alle Sehnsucht dieser Buddhisten ist nach dem Westen gerichtet, während wir in Europa vom Wunderlande im Osten träumen. Liegt in diesem Gegensatze vielleicht — die Metaphysik des russisch-japanischen Konfliktes verborgen?

Handel und Genossenschaft in der Landwirtschaft.

Von Dr. Heinz Potthoff (Charlottenburg).

II.

Warum haben nun die Gegenbestrebungen der Kaufleute, ihre Vorstellungen bei der Regierung so verhältnismäßig wenig Erfolg? Warum stehen die nicht unmittelbar beteiligten Bevölkerungskreise, Politiker, Volkswirte, Behörden, auch die Menge des Publikums,

im großen und ganzen mit ihren Sympathien vorwiegend auf seiten der Genossenschaften?

Da scheint mir das wichtigste eine Seite in der Entwickelung unserer Wirtschaftsorganisation zu sein. Professor Bücher hat einmal in einer geistreichen Abhandlung die Wirtschaftsstufen unterschieden nach dem Wege, den ein Produkt zurücklegt von dem ersten Gewinner des Rohstoffes bis zum Verbraucher des fertigen Erzeugnisses. Er hat gleichsam die Entwickelung der Wirtschafts-Organisation gemessen an der Länge dieses Weges und gefunden, daß der Weg immer länger geworden ist. Ursprünglich wurde von der Hausgemeinschaft selbst hergestellt, was von ihr verzehrt wurde; dann kam die Kundenproduktion des Handwerks; in neuerer Zeit die Warenproduktion, d. h. die Anfertigung für den Markt, die Teilung der gesamten Produktion in eine Reihe von selbständigen Abschnitten (z. B. Flachsbau, Flachsbereitung, Spinnerei, Weberei, Bleicherei, Wäschekonfektion), das Eingreifen des Handels usw. Auch hier macht sich neuerdings ein Rückschlag bemerkbar. Man strebt nach einer Verkürzung des Produktionsweges. Eine Form dieses Strebens ist die Bewegung zur Ausschaltung des Zwischenhandels. Diese Bewegung gegen den Handel steht in engster Beziehung zur genossenschaftlichen Bewegung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Agitation gegen den Zwischenhandel eine Hauptwaffe ist, mit der die Genossenschaften sich ihre Stellung erkämpft haben. Ja vielfach scheint der Kampf gegen den Handel der wichtigste Zweck solcher Genossenschaften zu sein. Besonders charakteristisch ist in dieser Hinsicht der Bericht der thüringischen Kornhausgenossenschaft in Erfurt, der vor kurzem durch die Presse ging, und in dem es nach dem Eingeständnis eines Geschäftsabschlusses mit Verlust wörtlich heißt:

„Das Verdienst hat die Genossenschaft jedenfalls, daß sie den Verdienst der hiesigen Getreidehändler ganz erheblich geschmälert hat, wenn dieselben überhaupt noch mit Nutzen arbeiten, was wir selbst und auch andere bezweifeln. Sie wenden sich teilweise schon anderen Branchen zu. Es erscheint uns daher kaum mehr zweifelhaft, daß die hiesigen Getreidehändler, wenn sie noch einige Jahre die Konkurrenz des Kornhauses auszuhalten haben, zum größten Teil ihr Getreidegeschäft aufgeben werden. Ist die Genossenschaft aber einmal die Konkurrenz los, so hat sie gewonnen."

Die handelsfeindliche Bewegung richtet sich naturgemäß in erster Linie gegen den Kleinhandel (Detailhandel). Die Großhändler sind bisher weniger davon betroffen worden, sie liefern ja vielfach selbst an Genossenschaften, einzelne haben wohl auch durch ihre Verbindung mit Genossenschaften und durch deren erzieherischen Einfluß auf die land-

wirtschaftliche Betriebstechnik *) eine Vermehrung ihres Absatzes erfahren. Aber es unterliegt gar keinem Zweifel, daß nach der Beseitigung des Kleinhandels der Ansturm der Genossenschaften sich in verstärktem Maße gegen den Großhandel richten wird, daß er auf eine Beseitigung des Zwischenhandels überhaupt zielt. Hier arbeiten die Genossenschaften Hand in Hand mit einer Bewegung, die von der entgegengesetzten Seite ausgeht. Die Fabrikanten, insbesondere ihre Kartelle, helfen seit geraumer Zeit an der Abschaffung des selbständigen Handels; und einzelne Syndikate, namentlich der Montan-Industrie, haben ja die Händler schon der Selbständigkeit so gut wie beraubt, sie zu ihren Agenten herabgedrückt. Wie sehr beide Bestrebungen auch auf dem Gebiet des Düngemittelhandels zusammenwirken, zeigt beispielsweise das Vorgehen des Kalisyndikats, das durch Gewährung höherer Rabattsätze und sonstiger Sondervorteile (Koalitionserlaubnis, Rücknahme der Säcke, geheime Provisionen) an Genossenschaften systematisch darauf hinarbeitet, den Händlern den Absatz zu entreißen.

So ist heute der Handel eingekeilt zwischen zwei Mächten, die immer fester sich organisieren, immer eifriger nach der Mitte zusammendrängen, und zwischen denen der Handel großenteils zerrieben werden muß, wenn er sich nicht zu wehren weiß. Wie soll er sich wehren? Wie kann er sich wehren? — Mit derselben Waffe, mit der man ihm zu Leibe rückt, muß er sich wehren. Was den Gegnern die Spannkraft gibt, ihre Macht auszudehnen, in die Sphäre des Handels hinein, das wird dem Handel auch die Spannkraft geben, dem Drucke stand zu halten, durch den nötigen Gegendruck sein rechtmäßiges Gebiet zu behaupten. Organisation! das ist das Zauberwort. Fester Zusammenschluß gleicher Interessengruppen zu gemeinsamer Förderung gemeinsamer Ziele! Das ist das Schutz- und Trutzwort unserer Zeit.

Aber zunächst noch eine Frage: Woher kommt die Abneigung gegen den Handel? — Da ist in erster Linie zu nennen der Glaube an die Überflüssigkeit und Schädlichkeit des Handels. Nun ist gewiß zuzugeben, daß auf manchen Wirtschaftsgebieten (namentlich des Kleinhandels in Eßwaren, Zigarren usw.) die Zahl der Händler und die Organisation ihres Betriebes nicht die richtige und zweckmäßigste ist. Es ist selbstverständlich, daß im Handel unlautere Elemente vorkommen, genau so wie in anderen Volksschichten. Es ist wahr, daß durch wucherische Ausbeutung die kleinen Landwirte in manchen Gegenden

*) Nicht mit Unrecht erklärt Dr. Pudor in seinem lesenswerten Schriftchen „Die Selbsthilfe der Landwirtschaft" (Berlin 1902) S. 121: „Die Geschichte des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist zugleich die Geschichte der Nutzbarmachung von Wissenschaft und Technik für die Landwirtschaft."

Deutschlands schwer gelitten haben (hier haben die Darlehenskassen ja zweifellos segensreich gewirkt). Es ist natürlich, daß der Händler sein Geld auf andere Weise gewinnt, als etwa der Bauer, daß er bei guter Konjunktur oder bei glücklicher Spekulation scheinbar mühelos erwirbt . . . Das alles sind Momente, die gegen den Handel an sich nichts beweisen, die aber doch für das Gefühl namentlich der Volksmassen wirkungsvoll sind. Hier müssen die Händler durch Tüchtigkeit, durch unbedingte Redlichkeit sich Anerkennung erzwingen; sie müssen unlautere Elemente selbst aus ihren Reihen auszumerzen suchen; das Standesgefühl, das Solidaritätsgefühl muß gerade bei den verschiedenen Schichten der Kaufleute noch in ganz anderer Weise entwickelt werden. Hier liegt ein Wirkungsfeld insbesondere für die kaufmännischen Vereine.

Daneben liegt diesen Vereinen noch die Aufgabe ob, die Unrichtigkeit der ihnen ungünstigen Anschauungen nachzuweisen, aufklärend zu wirken. Es liegt auch im Interesse der Allgemeinheit und des Genossenschaftswesens selbst, wenn von kaufmännischer Seite eine scharfe Kontrolle und Kritik geübt wird, wenn die doch jetzt nicht gar seltene voreilige Gründung lebensunfähiger Genossenschaften hintangehalten wird.*) Gerade wer der Genossenschaftsbewegung sehr sympathisch gegenübersteht, muß wünschen, daß sie in gesunden, zukunftsreichen Bahnen gehalten wird.

Wichtiger aber scheint mir für den Handel der grundsätzliche Kampf um seine Anerkennung. Es ist noch nicht lange her, daß wir in Preußen einen Handelsminister hatten, der vom Handel als einem — allerdings notwendigen — Übel sprach, der in der Börse nur einen „Giftbaum“ sah, und dem man nicht ganz mit Unrecht den Titel „Minister gegen den Handel“ beigelegt hat. Ist es ein Wunder, daß Behörden und Bevölkerung mit Mißtrauen oder gar Mißachtung auf den Handelsstand sehen, wenn an höchster, berufener Stelle solche Anschauungen herrschen, wenn der oberste Beamte für Handel und Gewerbe von der Bedeutung des Handels keine Ahnung hat?

Heute steht an der Spitze des preußischen Handelsministeriums ein Mann, der selbst aus dem Kaufmannsstande hervorgegangen ist, und der sicherlich Verständnis und Anerkennung für den Wert des Handels hat.

---

*) Im Jahre 1901 sollen nicht weniger als 500 Raiffeisengenossenschaften, d. i. ungefähr der siebente Teil, mit Verlust gearbeitet haben. Nach der amtlichen Denkschrift über die preußischen Kornhäuser werden die finanziellen Erfolge trotz der außerordentlich niedrigen Miete als ungünstig bezeichnet. Es haben im letzten Jahre 13 Häuser mit Gewinn, 8 mit Verlust, 1 mit Null abgeschlossen.

Aber klingt es nicht auch ihm gegenüber wie Hohn, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Möller verfolgt konsequent und energisch seine Politik. Er ist ein Minister, wie sich Handel und Industrie ihn nur wünschen können,“ und im Anschluß daran den Landwirtschaftsminister mahnt, sich seinen Kollegen zum Vorbilde zu nehmen und energischer für die Interessen der Landwirtschaft einzutreten? — Die Tüchtigkeit der beiden Minister soll hier nicht kritisiert werden; in ihrer Tätigkeit zeigt sich ein grundlegender Unterschied: Podbielski und seine Vorgänger haben ihre Aufgabe als Ressortminister stets darin gesehen, nur für die Landwirtschaft zu wirken. Der Handelsminister predigt in jeder seiner Reden an die Kaufmannschaft die Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft. Er verficht schon als Ressortminister die mittlere Linie, deren Auffindung Sache des Gesamtministeriums bezw. des Reichskanzlers ist. Warum? — Den Grund hat Minister Möller, der ein kühler Praktiker ist, selbst angegeben in seinem mehrfachen Hinweise auf die „realen Machtfaktoren“, mit denen jede Regierung rechnen müsse. Erst wenn die Kaufmannschaft eine starke Macht im politischen Leben geworden ist, kann sie fordern und durchsetzen, daß ihr Minister nur für ihre Interessen wirkt. Dazu müßte sie von ihrem schlimmsten Gegner, vom Bunde der Landwirte, manches lernen, das ihr jetzt am meisten fehlt: Solidaritätsgefühl, Organisation, Opferfreudigkeit, politisches Rückgrat und Wille zur Macht!

Diese politischen Dinge spielen für die Beurteilung des Genossenschaftswesens eine große Rolle. Die genossenschaftliche Bewegung ist enge verquickt mit der politischen agrarischen Bewegung, die ja heute in Preußen und Deutschland die erste Geige spielt, während der Liberalismus, in dem der Handelsstand von je seine parlamentarische Vertretung sah, ziemlich machtlos ist. Der Bund der Landwirte ist einer der eifrigsten Förderer der Genossenschaften, der Ausschaltung des „schädlichen Handels“. Die Genossenschaftsbewegung ist zugleich verquickt mit der politischen Mittelstandsbewegung, die einseitig gegen das Großkapital in Industrie und Handel vorgeht, nicht aber gegen das heute schlimmere Großkapital in der Landwirtschaft, gegen das sogenannte „Junkertum“, und die im Widerspruche mit sich selbst, in ihrem Bestreben den ländlichen Mittelstand zu heben, dem kaufmännischen Mittelstande Wunden schlägt. Sie ist schließlich verquickt mit dem politischen Antisemitismus.

Gerade die jüngste Zeit hat mit ihren Kämpfen um den neuen Zolltarif die Gegensätze erheblich verschärft. Diese Kämpfe, die von den Agrariern viel, viel energischer als von den Kaufleuten durchgeführt sind, haben das Solidaritätsgefühl bei den Landwirten außerordentlich

gestärkt. Man gründet jetzt Genossenschaften einfach aus Haß gegen den Handel. Man kauft von den Genossenschaften aus Grundsatz, auch wenn sie teuerer liefern, man verkauft an sie, auch wenn sie geringere Preise zahlen als der Händler. Man fördert das Genossenschaftswesen, auch wo es wirtschaftlich nicht rentabel ist, aus politischen Rücksichten; weil es eine Form des Zusammenschlusses, der Organisation ist, die Macht bringt.

Aber politische Tätigkeit zur richtigen Verteilung der Staatshilfe genügt nicht, wenn es sich um wirtschaftliche Kämpfe handelt. Es muß dazu kommen die Selbsthilfe. Auch hier hat der Handelsminister treffliche Worte an die Kaufmannschaft gerichtet, beispielsweise vor kurzem in Stettin, wo seine Rede in der Mahnung gipfelte, durch die Anspannung der eigenen Kräfte und ihren organischen Zusammenschluß den Schwierigkeiten zu begegnen und die Grundlage für eine glückliche Fortentwickelung zu schaffen.

Die wirtschaftliche Gefahr, die dem berufsmäßigen Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedürfnissen droht, liegt in der Organisation der Fabrikanten, die bereits zu einem „Kartelle der Kartelle“ sich im Zentralverbande deutscher Industrieller zusammengeschlossen haben; in der Organisation der Landwirte, die auf dem besten Wege sind, einen Lieferungs- und vielleicht auch Kaufzwang für die Genossen einzuführen; sie liegt aber vor allem in dem Zusammenwirken beider, das ja in den Verkaufsbedingungen des Kalisyndikats seinen deutlichsten Ausdruck findet. Dem Zusammenwirken dieser beiden Mächte kann der Handel nur Widerstand leisten, wenn er ebenfalls straff und gut organisiert ist. Es können dafür in Betracht kommen:

1. Verkaufs- oder auch Einkaufsvereinigungen gegenüber den Landwirten.

2. Errichtung oder Erwerbung eigener Produktionsstätten. Diese kommt in Betracht wohl nur hinsichtlich der Dünge- und Kraftfuttermittel. Die Händler würden damit nur einem Beispiele folgen, das landwirtschaftliche Vereinigungen (Erwerbung von Salpetergruben) und in ähnlicher Weise Fabrikantenvereinigungen (Errichtung einer Zuckerfabrik durch den Chokoladenring, einer Leinölfabrik durch das Seifenkartell usw.) gegeben haben.

3. Einkaufsvereinigungen gegenüber den Produzenten-Kartellen, also insbesondere eine Organisation zum Einkaufe von künstlichen Düngemitteln. Die Schaffung einer solchen Vereinigung ist den Interessenten auch von Regierungsvertretern empfohlen worden. Ihre Aufgabe würde in erster Linie sein, für den Großhandel die gleichen Absatzbedingungen wie für die landwirtschaftlichen Vereine durch-

zusetzen. Dadurch würde die Stellung des Handels auch den Genossenschaften gegenüber wesentlich gestärkt.

Neu ist der Gedanke der Einkaufsvereinigung nicht, er hat nicht nur im Genossenschaftswesen sich bewährt, sondern auch für den Handelsstand. Man denke nur an die Vereinigung der Kohlenhändler, dann der Müller und der Eisenhalbzeug-Verbraucher, an die Großeinkaufs-Genossenschaften von Kleinhändlern, namentlich Kolonialwarenhändlern usw. Auch ein unmittelbarer Vorläufer auf landwirtschaftlichem Gebiete ist vorhanden, die G. m. b. H. „Düngemittelgroßhandel", die wohl hauptsächlich infolge ihrer Beschränkung auf den Einkauf von Kalisalzen und Thomasmehl an dem geschlossenen Widerstande der Fabrikanten-Syndikate scheiterte. Neuerdings machen sich in den Kreisen des Großhandels mit Dünge- und Kraftfuttermitteln wieder lebhafte Bestrebungen zur Gründung einer umfassenderen Organisation bemerkbar. Ob sie zu einem Ergebnisse und zu besseren Erfolgen führen werden, bleibt abzuwarten. Aber darüber sollte in den beteiligten Kreisen kein Zweifel herrschen: Der einzige Weg, auf dem der Händlerstand aus der gegenwärtigen, für seine wirtschaftliche Existenz allmählich bedrohlichen Lage herauskommen kann, ist die Organisation.

Zur Frage der „Unterrichtsfreiheit".

Von Alfred Moulet (Lyon).

„Das freie Wort" hat in sehr beachtenswerter Weise die Aufmerksamkeit seiner Leser auf den Konflikt hingelenkt, dessen Schauplatz gegenwärtig Frankreich bildet. Man kann die Bedeutung dieses Konflikts nicht hoch genug bewerten. Er greift über Frankreichs Grenzen hinaus. Rückschritt oder Fortschritt? Sklaverei oder Freiheit? Der Ausgang des Kampfes ist nicht zweifelhaft; der freie Gedanke wird die letzte Zwingburg stürzen.

Der Eifer der rückschrittlichen Parteien in der Verteidigung einer „Unterrichtsfreiheit", die in Wirklichkeit auf das Unterrichtsmonopol der Kirche hinausläuft, ist leicht begreiflich. Weniger begreiflich ist die unentschlossene Haltung aufrichtiger Republikaner, ihre Zaghaftigkeit, das Laienmonopol anzunehmen, und ihr Entschluß, die Einmischung des Staates auf eine „Kontrolle" zu beschränken.

Namhafte Freidenker verwerfen das Monopol, das ebenso anerkannte Freidenker verlangen, und zwar tun es beide im Namen der

Freiheit. Liegt hier nun ein Mißverständnis vor oder hat dieser Widerspruch seinen tieferen Grund? Diese Frage scheint der eingehendsten Prüfung wert.

Vergegenwärtigen wir uns, um die wahre Bedeutung des Wortes „Unterrichtsfreiheit" zu ermessen, eine Gesellschaft mit unbeschränkter, absoluter Freiheit des Unterrichts. Gewissen Liberalen beliebt eine solche, von intransigentem Individualismus eingegebene Vorstellung. Sobald wir dieselbe jedoch in die Praxis umsetzen, beschließen wir in Wirklichkeit für den Starken die Freiheit, den Schwachen im Kampf ums Dasein zu vernichten. Da aber der Starke keineswegs immer der Gerechte und Weise ist, geben wir die Jugend den zügellosen Launen despotischer Mächte und die Zivilisation dem Niedergange preis. Vornehmlich in den katholischen Ländern würde die absolute Freiheit der Kirche die Möglichkeit einer unbestrittenen Herrschaft gewähren, denn ihre Einrichtungen werden durch eine meist vielhundertjährige Tradition, durch das religiöse Ansehen und das Kapital gestützt. Dieses Regime nun hat uns die lex Falloux gebracht. Die absolute Freiheit im Unterricht wie in jeder andern Sache bedeutet die obligatorische Tyrannei des Mächtigsten, des Reichsten.

Diese Betrachtung allein sollte genügen, die staatliche Intervention zu rechtfertigen, da es sich darum handelt die Schule und das Kind dem Despotismus der Kirche zu entreißen. Aber es gibt noch eine andere in keiner Weise aggressive, streng juristische und soziale. Wo immer Menschen gesellschaftlich organisiert sind, kann von keiner absoluten Freiheit die Rede sein. Alle individuelle Freiheit ist im organisierten sozialen Milieu notwendigerweise durch die individuelle Freiheit des Andern beschränkt. Die Begriffsbestimmung der Freiheit, wie sie unsere Erklärung der Menschenrechte gibt, schließt diese natürliche Schranke jeglicher Freiheit ein. Freiheit bedeutet die Möglichkeit für jedermann das zu tun, was der Freiheit des Nächsten keinen Abbruch tut; das Gesetz schützt diese wechselseitige Freiheit, die organisierte Gerechtigkeit hält sie im Gleichgewicht und der Staat interveniert als regulierende Macht und als Schiedsrichter.

Jede anarchistische Deutung des Begriffes Freiheit ist nicht nur töricht und unpraktisch, sie ist auch antisozial, da sie unter dem Vorwand, die ganze, individuelle Freiheit sicherzustellen, nur dahinführt, die Unordnung der Tyrannei und das Recht des Stärksten wieder aufzurichten.

Demzufolge ist die Intervention des Staates nicht nur in der Unterrichtsfrage sondern auch in allem andern juristisch und sozial begründet, da es sich darum handelt, wechselseitige Rechte und Freiheiten in

Einklang zu bringen. Vor allem basiert in einem republikanischen Staatswesen diese Intervention auf striktester Gerechtigkeit. Wenn ein einziger Bürger unabhängig vom Gesetz wäre, bin ich ihm auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert, sagt Rousseau.

Diese grundlegende Feststellung führt aber zu einer zweiten ebenso grundlegenden, die man meines Erachtens in Frankreich und im Ausland zu wenig zu beachten scheint.

Der Staat ist keine in seiner Erscheinungsform unbewegliche, starre, sich überall gleiche Realität. Der französische Staat ist nicht der deutsche, und der deutsche nicht der russische. Dasselbe Wort bezeichnet verschiedene, selbst gegensätzliche Realitäten. Die „Intervention des Staates" nimmt demzufolge an dieser Verschiedenheit teil, d. h. das Problem der Unterrichtsfreiheit ist nicht bei allen Völkern das gleiche, in Deutschland und in Rußland nicht mit dem in Frankreich identisch, in einem republikanischen Staatswesen nicht dasselbe wie in einem monarchischen. Der Logiker, der in der Sphäre der reinen Begriffe und Prinzipien spekuliert, vergißt, bei seinem Bestreben, die Theorien und die Anwendungen in Übereinstimmung zu bringen, die Zufälligkeiten, welche das Leben, die Besonderheit der verschiedenen Staaten bedingen.

Genauer: in einem despotischen Regierungssystem würde mir nicht der Gedanke kommen, den Unterricht dem Staat allein zu übertragen; in einem demokratischen Staatswesen werde ich dies jedoch aus sehr einleuchtenden Gründen tun. Im ersten Falle sind die tyrannischen und mißbräuchlichen Anwandlungen des Staates ohne Gegengewicht, wenn ich ihm allein den Unterricht überlasse. Im andern Falle dagegen ordnet der Volkswille den Staat seinen Beschlüssen unter und bestimmt seine Maßnahmen sowie seine Rechte. Im ersten Fall vermag ich der Unterdrückung des Staates nicht zu entgehen, wenn er mich unterdrücken will, was die gesamte Geschichte hinreichend erweist; im andern dagegen kann ich es, wenn ich es will, da der Staat nur der Ausdruck der Gesamtheit, ihr Diener, nicht aber ihr Herr ist.

Die Erfahrung lehrt, daß ein einsichtsvolles Volk dem Staate zu mißtrauen und darüber zu wachen hat, daß er nicht seine natürlichen Machtbefugnisse überschreitet. In einem republikanischen Staatswesen hat es jeder Bürger in der Hand, den Staat an seine Pflicht und seine gerechten Rechte zu erinnern. Aus diesem Grunde wird der wahre Republikaner in der Frage der Unterrichtsfreiheit ohne Zögern dem Staat souveräne Rechte zuerkennen.

Eben hier tritt die Frage: Kontrolle oder Monopol? mit aller Schärfe auf die Tagesordnung. Welches werden genau diese Rechte des Staates in der neuen Schulordnung sein? Die Anhänger des Staats-

monopols denken natürlich nicht an ein Schulmonopol analog dem Tabaks- und Zündhölzchenmonopol; da aber das Wort Monopol zweideutig und verdächtig ist, so ist es angebracht, einer irrtümlichen Deutung des Wortes vorzubeugen.

Unter Monopol verstehen die Anhänger desselben, zu denen ich mich auch rechne, eine Organisation, in der jeder Lehrer der Delegierte des Staates ist, von ihm ein- und abgesetzt wird und demnach einen Teil der Lehrbefugnis, die allein dem Staat zuerkannt wird, von diesem verliehen bekommt.

Es handelt sich also keineswegs darum offizielle pädagogische Theorien, eine Lehre von unantastbarer Autorität gesetzlich festzulegen: die Gegner des Monopols schreiben uns da wirklich zu viel Naivität und Willfährigkeit zu. Wir sagen einfach: Niemand besitzt das Recht zu lehren, wenn ihm nicht der Staat, d. h. in der Praxis die Regierung, als der verantwortliche Bevollmächtigte der Volkssouveränität, dieses Recht überträgt.

Ich kenne wohl den Einwand: Wir opfern das Individuum dem Staat, dem Moloch-Staat, um mich des Ausdrucks zu bedienen, den Clemenceau vor kurzem im Senat gebrauchte; wir vernichten die individuelle Initiative. Wäre diese Anklage begründet, so wäre ich der erste, meinen Irrtum zu widerrufen. Dem ist jedoch nicht so.

Die Behauptung, das Recht zu lehren sei eines jeden natürliches Recht, betrachte ich als Sophisma und verwerfe die Gleichstellung der Unterrichtsfreiheit mit der Gedankenfreiheit. Die Gedankenfreiheit ist allerdings ein Naturrecht; noch mehr, sie ist eine Notwendigkeit. Wo es sich jedoch um den Unterricht handelt, steht das Individuum nicht mehr allein; es teilt seine Gedanken nicht nur einem andern mit, dieser andere ist auch ein Kind, ein heranwachsender Mensch, ein geistig Unmündiger; und diese Mitteilung übt einen bestimmenden Einfluß auf das Geistesleben dieses Unmündigen aus. Mit zwingender Logik macht sich die Forderung eines Vertrages geltend, der die gegenseitigen Rechte und Pflichten des Lehrers und Schülers regelt und die Interessen des Unmündigen schützt.

Dem Kind und dem Heranwachsenden gegenüber hat niemand das Recht nach eigenem Ermessen zu lehren, wenn er nicht einen Lehrauftrag erhalten hat. In einem demokratischen Gemeinwesen hat allein der Staat als der Ausdruck des Kollektivgewissens die Befugnis dieses Lehrmandat dem Bürger, der sich darum bewirbt, nach Ausweis seiner Befähigung, zu erteilen. Das verstehen wir unter dem Staatsmonopol.

Die Erziehung ist nicht nur die Übertragung toten Wissens seitens des Lehrers auf das Kind; sie ist eine Zucht, sie bildet oder mißbildet,

entwickelt oder verkümmert, läutert oder verdirbt den Geist dieses Kindes; sie achtet oder verletzt seine Rechte auf das Lernen und Wissen, die allem Recht auf das Lehren vorausgehen und voranstehen; sie bereitet die Zukunft vor; sie untergräbt Einrichtungen und Regierungen oder baut sie auf. Wie kann man also die Unterrichtsfreiheit mit der individuellen Denkfreiheit gleichstellen und was für ein sonderbarer Liberalismus ist der, der dem Staat das Recht zu helfen und zu leiten entzieht!

Im übrigen scheint es sich hier nur um einen Streit um Worte zu handeln; die Tatsachen und die Praxis einigen diejenigen, die durch Prinzipien getrennt zu sein scheinen. Was ist denn das Wesentliche der Kontrolle, die man dem geächteten Monopol entgegensetzt? Welches ist ihr legaler Ursprung? Das Recht des Staates; und dies ist *eine Form des Monopols*.

Wenn der Staat dem Lehramtskandidaten ein gewisses Alter, sittliche und gesundheitliche Qualifikationen, Bildung (Zeugnisse) und berufliche Befähigung zur Bedingung macht und souverän darüber entscheidet, ist das nicht ein Monopol? Wenn er eine nichtdiplomierte Person vom Lehramt zurückweist, was seine Pflicht ist, wäre dann diese Person in ihrem natürlichen Recht zu lehren verletzt, und würde sie sich als dem Moloch Staat geopfert ansehen? Wenn der Staat einen gesetzlich strafbarer Verfehlungen schuldigen Lehrer absetzt, ist dann die „Unterrichtsfreiheit" des abgesetzten Lehrers verletzt? Worin unterscheidet sich also praktisch die Kontrolle von dem Monopol?

Die Logiker und Metaphysiker der Politik erklären den Unterschied für wesentlich, während doch, ob nun der Staat ein Monopol oder eine Kontrolle ausübt, niemand in völliger Unabhängigkeit lehren darf und der Staat souveräne Entscheidung trifft. Wäre diese Kontrolle nichtig und illusorisch, so träte die Herrschaft absoluter Freiheit ein, deren Verteidigung kein Wohlberatener übernehmen wird; oder aber die Kontrolle ist wirksam, dauernd, streng mit gesetzlicher Sanktion, — dann haben wir de facto das Monopol. Diese Kontrolle, auf die sich soviel aufrichtige Liberale versteifen, ist in der Tat nichts anderes als das Monopol der konsequenten Liberalen.

Man fürchtet nicht ohne Grund, daß der mit dem Monopol ausgerüstete Staat zu einem Mißbrauch seiner Macht verleitet werden könnte. Aber abgesehen davon, daß in einem republikanischen Staatswesen und bei einer freien Presse der Volkswille wachsam ist und sich regt, schließt die Kontrolle keineswegs diese Gefahr aus und enthält eine in keiner Weise geringere Gefahr. Hüten wir uns vor Worten und halten wir uns nur an die Wirklichkeit.

Eine übelgesinnte Regierung wird versuchen aus einer einfachen Kontrolle ein Verfolgungsinstrument zu schmieden: eine wohlgesinnte Regierung wird das Monopol mild und gerecht handhaben. Nun kann und soll in einem republikanischen Staatswesen die Regierung den Gesamtwillen zum Ausdruck bringen. In dem einen oder andern Fall bleibt also das allgemeine Stimmrecht der Regulator der staatlichen Intervention. Wenn es den Staat mit einem neuen Recht ausrüstet, so legt es sich selber eine neue Pflicht auf.

Kontrolle und Monopol, — zwischen beiden gibt es keinen prinzipiellen Unterschied; in jedem Fall aber ist ihre Wirkung identisch. Unter diesen anscheinend unvereinbaren Worten, in denen die weniger voreingenommenen Liberalen zum wenigsten einen Gradunterschied erblicken, birgt sich die gleiche soziale Wirklichkeit, dieselbe republikanische Pflicht. Deswegen beunruhigen mich auch die nicht über die Oberfläche hinaus gehenden Meinungsverschiedenheiten in unserm „Bloc“ nicht allzusehr.

Im Grunde sind alle aufrichtigen Republikaner über die Bedeutung ihres Votums eines Sinnes. Die Kontrolle ist ein uneingestandenes Monopol und unterwirft die Unterrichtsfreiheit, wie jede andere Freiheit in einem republikanischen Staatswesen, ebenso streng wie ein Monopol dem kollektiven Gesetz.

Wenn viele Liberale sich darauf versteifen für die Kontrolle zu kämpfen, so geschieht dies deshalb, weil das Wort „Unterrichtsfreiheit“ in ihrem Wahlprogramm steht und ihre Wähler sie andernfalls für Verräter an ihrem republikanischen Mandat halten würden.

Überdies würde die offene und kategorische Erklärung des Monopols den Staat sofort mit den schwersten Ausgaben für die Verweltlichung des gesamten Unterrichtswesens belasten. Der gegenwärtige Zustand der Finanzen jedoch sowie die Budgetschwierigkeiten mahnen das Parlament zur Vorsicht und Behutsamkeit . . .

Unter diesem Gesichtspunkt sind der gegenwärtige Konflikt und die Meinungsverschiedenheiten der Parteien zu betrachten. Es gibt hier nur zwei grundsätzlich entgegengesetzte Standpunkte: die absolute Unterrichtsfreiheit und das souveräne Recht des Staates. Die Kontrolle ist, wiewohl man so sagt, kein Mittelweg, und ich wiederhole: Entweder ist die Kontrolle unwirksam, und dann haben wir die absolute Freiheit, oder sie ist wirksam und dann haben wir faktisch das Monopol.

Die französische Republik wird eine wirksame Kontrolle anordnen.

Rassen und Sprachen in der Geschichte.

Von Dr. Friedrich Hertz (Wien).

II.

Es ist natürlich, daß die geschilderten Bewegungen nicht ohne Einfluß auf die Sprache sein konnten. Solange noch nicht die Schrift und höhere Kultur die Sprache zu fixieren streben, ist sie ja viel flüssiger, als wir denken. Die Römer brauchten um sich mit den 300 Stämmen des kleinen Kolchis zu verständigen nach Plinius 130 Dolmetsche, das Neugriechische soll 70 Dialekte haben, man kennt Sprachen, die sich auf kleine Stämme von einigen Familien beschränken und den Nachbarn unverständlich sind. Die Sprache ändert sich auch ohne Rassenmischung, vor allem dort, wo Gebirge und Wald isolierend wirken und kein Verkehr das Hervortreten von Unterschieden hindert, wie in Amerika, wo man trotz der wenig dichten Bevölkerung in etwa 100 Sprachgruppen 1000 verschiedene Sprachen und Dialekte zählt. Daß sich kein großer amerikanischer Sprachstamm gebildet hat, wie der arische in Europa, der mongolische in Asien, ist offenbar dem Fehlen von erobernden Nomadenvölkern zuzuschreiben, die die Amalgamierung besorgt hätten. Amerika ist weder ein Steppenland, noch besaß es irgend ein Haustier, das dem Nomaden hätte dienen können. Das einzige Lama Südamerikas konnte das Fehlen von Rind, Pferd, Schaf und Schwein nicht ersetzen. Aus dem Mangel dieser wirtschaftlichen Grundlagen erklärt sich die ganze sprachliche, staatliche und kulturelle Zersplitterung Amerikas, das (abgesehen von dem noch ungünstiger gestellten Australien) allein dem Europäer keine widerstandsfähige Rasse entgegensetzen konnte und so das Entstehen einer „neuen Welt" ermöglichte. — Amerikanische Sprachforscher halten es für bewiesen, daß Stammgruppen, deren Trennung in eine sehr junge Zeit fällt, Sprachen sprechen, wo das Gemeinsame schon fast ganz überwuchert ist von dem Trennenden.*) Nicht nur durch Weiberraub sondern im Stamme selbst haben sich Sprachunterschiede zwischen den Geschlechtern gebildet, so bei den Karayá, wo die Weiber die altertümlichere Form der Männersprache sprechen. Die außerordentliche Ähnlichkeit aller Indianerstämme durch den ganzen Kontinent kontrastiert seltsam mit ihrem Sprachwirrwarr. Es wird immer wahrscheinlicher, daß die Indianer auf der Polynesischen Brücke von Asien gekommen sind und alle Sprachverschiedenheiten durch Isolierung und Mischung sich erst später gebildet haben. Und angesichts der 100 verschiedenen Sprachstämme, die hier eine offenbar einheitliche Rasse spalten, will der unwissende Fanatiker die Zusammengehörigkeit der arischen und semitischen

*) Vgl. Beispiele für das Folgende bei Ratzel, Völkerkunde. I. Bd. S. 463.

Stämme leugnen, die in Vorderasien und am Mittelmeer in einer Ausdehnung von 60 Graden nebeneinanderlagen. Man würde denjenigen für verrückt halten, der behaupten wollte, die Indianer seien aus 100 oder auch nur 50 gänzlich verschiedenen Rassen zusammengesetzt. Semite und Arier aber sind nach der Versicherung unserer Rassengläubigen ganz getrennten Ursprungs. Die größten Wanderungen durfte der Arier ausführen und seinen Typus von Indien bis Skandinavien verbreiten, doch eine unsichtbare Gewalt hielt ihn zurück, irgend ein Nebenflüßchen des Tigris zu überschreiten. —

Genau denselben Zustand wie in Amerika, finden wir anderswo. Auch in Afrika sondern sich die Sprachen viel schärfer als die Rassen,*) obwohl nomadische Eroberer über weite Gebiete eine oberflächliche Schichte gleicher Sprache gelegt haben. Bleek und Lepsius wollten die sprachliche Verwandtschaft der an der Südspitze Afrikas lebenden Buschmänner, einer der tiefsten Rassen der Welt, mit den Ägyptern nachweisen und ließen diese hellfarbigen Rassen gemeinschaftlich aus Westasien einwandern. In Asien und Europa ist das Bild nicht anders, ein großes Trümmerfeld der verschiedensten Rassen, wo unzweifelhaft Verwandtes durch unendliche Entfernungen getrennt ist, dehnt sich vor unseren Augen. Aber im alten Asien hat der ragende Himalaya auf der einen Seite, die frühe chinesische Zivilisation auf der anderen das Tummelfeld der Nomaden eingeschränkt, das in vorchinesischer Zeit viel größer war, als es je Amerika bot. Der Prozeß der fortwährenden Rassenamalgamierung erklärt eine Tatsache aufs einfachste, die sonst das Wunderbarste und Seltsamste der ganzen menschlichen Entwickelung wäre. Je weiter wir in die Vergangenheit unserer Kulturrassen zurückblicken, desto reicher und feiner wird ihre Sprache. Ein überquellender Formenreichtum, eine verschwenderische Fülle gleichbedeutender Wörter **) zeigt sich uns in auffallendem Kontrast zur geringen Entwickelung des geistigen Lebens. Wie dürftig stehen unsere heutigen germanischen Dialekte, an ihrer Spitze das völlig abgeschliffene Englische, gegenüber den altgermanischen Sprachen da! Diese rätselhafte Erscheinung läßt sich nur damit erklären, daß häufige Rassenmischungen in alter Zeit zur fortwährenden Bereicherung der Sprache geführt haben. Solange noch

---

*) Vgl. Ratzel, Völkerkunde. Band I. S. 665, 666.

**) Nach Herder hätten die Araber 50 Worte für den Löwen, 80 für den Honig, 200 für die Schlange und 1000 für das Schwert — wovon eine Zahl natürlich blos poetischer Ausdruck sein wird. Adelung (Älteste Geschichte der Deutschen usw. 1806 S. 311—316) stellt 112 Grundwörter für „Pferd" aus den verschiedenen germanischen Sprachen zusammen, ohne, wie er sagt, damit den Reichtum zu erschöpfen. — Vgl. ferner Ratzel, I. S. 318 über die Herkunft der Synonyme in australischen Sprachen.

verschiedene Elemente im Volksgemenge bestanden, konnte die ganze Masse der Sprache sich erhalten, erst lange nach völliger Verschmelzung kam es zur Auswahl des Notwendigen. — Es ist daher auch ganz unmöglich aus der Sprache auf den geistigen Wert ihrer Träger zu schließen. „Während das wilde Jägervolk der Buschmänner eine fein gebaute, reiche Sprache spricht, finden wir die nach entwickelungstheoretischen Ansichten einfachste Sprache, die flexionslose chinesische mit ihren 450 wie Steine eines Geduldspiels aneinander zu setzenden und wieder aufzulösenden und dabei immer unverändert, eigentlich unorganisch bleibenden Wurzelwörtern, bei dem Volke, das die höchste und dauerndste Kultur Asiens entwickelt hat." (Ratzel). Die Geschichte aller Erdteile bietet uns zahlreiche Beispiele einer schnellen Sprachübertragung. Keineswegs nimmt der Besiegte immer die Sprache des Siegers, das niedrigere Volk die höherentwickelte Sprache an. Sehr häufig findet das Gegenteil statt, denn der Unterworfene hat kein Interesse und vielleicht auch nicht die Ausdauer, die Sprache seines Herrn zu lernen, Volksschulen — heute ein beliebtes Mittel der Entnationalisierung — existieren nicht, so bleibt dem Sieger, der ja meist nur eine kleine Minderzahl unter der großen Masse der Unterworfenen bildet, nichts übrig, als sich die Sprache dieses anzueignen, um herrschen zu können. Schon seine Kinder, die mit den Kindern der Knechte aufwachsen, sprechen sie und die Enkel beginnen die Sprache des Siegers zu vergessen. Am häufigsten unterliegen aristokratische Eroberer, deren Herrschaft sich nur auf ihr Schwert und die Arbeit der Unterjochten stützt, dem Sprachwechsel, doch auch Kolonisten haben Beispiele geliefert. Die Spanier in Südamerika haben an manchen Orten indianische Dialekte angenommen und ihre Sprache vergessen, die Russen in Sibirien sprechen teilweise burätisch und jakutisch, die erobernden Normannen vertauschen in Frankreich ihre Sprache gegen das Französische, in England das Französische gegen das Angelsächsische. Die Franken in Gallien, die Langobarden in Italien und die Goten in Spanien nehmen das Vulgärlatein an, die mongolischen Herrscher Chinas das Chinesische, die türkischen Persiens das (arische) Persische. Die bosnischen Soldaten, die Sultan Selim 1420 nach Unternubien sandte und die sich dort als Herren festsetzten, haben ebenfalls ihre Sprache verloren, obwohl ihr Typus noch zu bemerken sein soll. — Anders verlief oft der Prozeß, wo nicht ein ritterlicher Grundadel sondern Bauernkolonisten und eine feste Bureaukratie das Land besetzten. Durch diese beiden Mittel gelang es Rom unfehlbar seine Sprache überall in kürzester Zeit durchzusetzen. Das iberische Spanien und das keltische Gallien sprechen heute noch die Sprache, die ihnen Rom gegeben hat, der Germane, der in beiden Ländern ebensolange herrschte, wie Rom,

gab seine eigene Sprache gegen die fremde auf. Britannien war ebenso römisch wie Gallien. Gildas, ein Zeitgenosse der angelsächsischen Eroberung, sagt „ita, ut non Brittania, sed Romana insula diceretur“. Hier siegte die germanische Sprache. In der Verbreitung seiner Sprache über fremde Rassen hat Rom einen ebenbürtigen Rivalen: China. Mancher enge Verwandte der „Arier“ spricht heute chinesisch und trägt den Zopf. — Die Westtürken gehören anthropologisch nicht zu den Turkvölkern, deren Sprache sie reden, sondern zu den nächsten Verwandten der weißen Arier. Die Slawen des Balkans, die türkisch reden und fanatische Mohammedaner sind, wären entsetzt über ihre Verwandtschaft mit den verhaßten Westeuropäern. Die Bulgaren wieder waren ein finnisch-turanischer Stamm, also den Türken nahe verwandt, die die Sprache und Nationalität der von ihnen unterworfenen Slawen annahmen und bewahrten. Im jetzigen „Rassenkampf“ in Makedonien stehen Rassentürken auf slawischer und noch viel mehr echte Slawen auf türkischer Seite. Trotz der aristokratischen Natur ihrer Eroberung haben die Araber ihre Sprache überall durchgesetzt, was wohl damit zusammenhängt, daß sie auch als Kulturträger und Verbreiter des Korans auftraten, der für die Unterworfenen meist das Mittel zur Höherentwickelung wurde. Die Fellahs, die die altägyptischen Gesichtszüge und die hamitische Rasse gut bewahrt haben, sprechen ebenso arabisch, wie die der weißen Rasse angehörenden Berber und die Neger Nubiens — alle aber glauben arabischer Abstammung zu sein und rühmen sich derselben. Schon erwähnt wurden die Bantus, die ihre Sprache über ein riesiges Gebiet verbreitet haben, das die verschiedensten Rassentypen umschließt. — Die Iren haben größtenteils das englische angenommen, doch wurden auch Angelsachsen keltisiert und sprechen irisch. Die keltische Sprache, die einst einen großen Teil Europas beherrschte, ist fast überall untergegangen, ihre Träger aber blieben. Die nichtarischen Rhäter der Alpen, die heute ganz Süddeutschland überschwemmt zu haben scheinen, sprechen deutsch oder romanisch. Die Negersklaven haben sich die englische, französische, dänische, spanische Sprache der Herren in verdorbener Form angeeignet. Ein Teil der Urbewohner Indiens hat arische Sprachen angenommen. Und so weiter.*) —

*) Vgl. zahlreiche Belege bei Waitz, Anthropologie der Naturvölker. I. Band. 1877. S. 284 ff., der jedoch die Bedeutung der Sprache als Rassenmerkmal überschätzt. Ein interessantes Beispiel gibt er S. 287, wo die Ungewißheit angeführt wird, die lange bezüglich der spanischen oder indianischen Abkunft eines südamerikanischen Stammes herrschte. — Ein wichtiger Umstand ist folgender: Namen von Kulturprodukten und dgl. können entlehnt werden, denn man hört sie ja stets aus dem Munde des fremden Händlers, Ortsnamen dagegen erhalten sich nur dann, wenn die neue Bevölkerung die

Häufig werden Sprachübertragungen mit Rassenmischungen verbunden sein, doch ist dies keineswegs nötig. Die überwiegende Masse der französischen Sprache ist lateinisch, das keltische Element ist der Wortzahl nach sehr gering, obwohl es vor allem die Veränderung der Aussprache bewirkt haben mag. Nichtsdestoweniger war der römische Blutzusatz wohl nur sehr gering,*) die weitaus größte Zahl der heutigen Franzosen ist keltischer und vorkeltischer Abstammung. Auch lange Zeit ist nicht erfordert. Die Romanisierung Galliens erfolgte in wenigen Jahrhunderten, die Normannen Rollos sprachen schon nach 100 Jahren nur mehr französisch, in weiten Gegenden Norddeutschlands herrscht heute das Deutsche ausschließlich, wo noch vor einem Jahrhundert das Slawische weit überwog.**) —

Der bloße Kultureinfluß kann Sprachwandlungen bewirken, ohne daß Unterjochung nötig wäre. So verdrängte das Westaramäische das Hebräische aus Palästina und vielleicht wäre ihm das Griechische gefolgt, wenn nicht die gewalttätigen Unterdrückungsversuche gegen die Juden die nationale Reaktion erzeugt hätten. Schon hatte die griechische Bibel die hebräische in weiten Kreisen verdrängt. —

Die große Rolle der Wanderungen und Eroberungen in der Sprachbildung wird auch durch rein linguistische Momente bestätigt. Die „Wellentheorie" Johannes Schmidts hat die alte „Stammbaumtheorie" verdrängt. Schmidt zeigte ***) an einem reichlichen sprachlichen Material, daß die Glieder der arischen Sprachen nicht in einem direkten Abstammungsverhältnis stehen. Jede Sprache hat in verschiedenen Beziehungen verschiedene Nachbarsprachen zu näheren Verwandten als alle übrigen. In manchen Stücken hängt also das Slawisch-lettische mit dem Arischen (Sanskrit, Zend), in anderen wieder mit den nordeuropäischen Sprachen enger zusammen. Einesteils berührt sich das Lateinische mit dem Kel-

alte vorfindet, sich mit ihr vermischt und von ihr die fremden Wörter lernt. So beweist das Fortklingen keltischer, rhätischer, romanischer, slawischer Namen von Bergen, Flüssen, Orten im deutschen Gebiet, daß auch die früher herrschenden Rassen noch unter uns leben. — Dahn, der dieses Argument anführt, gibt zahlreiche Belege hierfür. (A. a. O. I. Band. S. 9, 25 ff., III. S. 12, 17 ff.)

*) Nach Brachet stammen im heutigen Französisch: 3800 Wörter aus dem Lateinischen, 420 sind germanischen, 650 unbekannten, bloß 20 keltischen Ursprungs, die übrigen verteilen sich auf italienisch, provencalisch, spanisch, englisch, deutsch, slavisch, semitisch, amerikanisch usw.

**) Vgl. Fouillée, Psychologie du peuple français. 1898. S. 159 und Fustel de Coulanges a. a. O. S. 63, 70. „La population italienne ou latine ne s'établit jamais en Gaule. Ce qu'il y vint de Romains fut imperceptible. Ce n'est donc pas l'infusion de sang latin qui a transformé la Gaule."

***) Vgl. Joh. Schmidt, die Verwandtschaftsverhältnisse der indogermanischen Sprachen. 1872.

tischen, anderenteils mit dem Griechischen, schließlich dieses mit dem Arischen. Schmidt erklärt dies mit konzentrisch um den Differenzierungsort vor sich gehenden Sprach- und Rassenmischungen.*)

Ein allgemein bekanntes Beispiel für diesen Vorgang bietet die allmähliche Auffaugung und Ersetzung zahlreicher Dialekte, Sprachen, schließlich Sprachstämme durch den ursprünglichen Dialekt der kleinen Landschaft Latium. Ähnlich wurde das Attische, Neuhochdeutsche, Neufranzösische aus einem Lokaldialekt zur Weltsprache. Wie Schmidt (S. 31) selbst sagt, wirkt natürlich derselbe Vorgang auch innerhalb jedes Dialektes, der aus noch kleineren Teilen zusammenwächst. — Die großen Unterschiede zwischen den Sprachen eines Sprachstammes, die oft nur nach der genauesten Untersuchung ihre Verwandtschaft verraten, läßt annehmen, daß manche Sprache durch den widerstrebenden Mund vieler übereinandergeschichteter Rassen gegangen ist, bis sie ihre heutige Gestalt gewann. —

Die Entstehung des Christentums.

Von A. Döring (Berlin.)

„Das Freie Wort“ hat gegen den Klerikalismus schon manchen wuchtigen Hieb geführt. In der allernachdrücklichsten Weise aber wird

*) „Wollen wir nun die Verwandtschaftsverhältnisse der indogermanischen Sprachen in einem Bilde darstellen, welches die Entstehung ihrer Verschiedenheiten veranschaulicht so müssen wir die Idee des Stammbaumes gänzlich aufgeben. Ich möchte an seine Stelle das Bild der Welle setzen, welche sich in konzentrischen mit der Entfernung vom Mittelpunkte immer schwächer werdenden Ringen ausbreitet. Mir scheint auch das Bild einer schiefen vom Sanskrit zum Keltischen in ununterbrochener Linie geneigten Ebene nicht unpassend. Sprachgrenzen innerhalb dieses Gebietes gab es ursprünglich nicht, zwei von einander beliebig weit entfernte Dialekte desselben, A und X, waren durch kontinuierliche Varietäten B, C., D. u. s. w. mit einander vermittelt. Die Entstehung der Sprachgrenzen oder, um im Bilde zu bleiben, die Umwandlung der schiefen Ebene in eine Treppe, stelle ich mir so vor, daß ein Geschlecht oder ein Stamm, welcher z. B. die Varietät F sprach, durch politische, religiöse, soziale oder sonstige Verhältnisse ein Übergewicht über seine nächste Umgebung gewann. Dadurch wurden die zunächst liegenden Sprachvarietäten G, H, I, K nach der einen, E, D, C nach der anderen Seite hin von F unterdrückt und durch F ersetzt. Nachdem dies geschehen war, grenzte F auf der einen Seite unmittelbar an B, auf der anderen unmittelbar an L, die mit beiden vermittelnden Varietäten waren auf gleiches Niveau mit F auf der einen Seite gehoben, auf der anderen herabgedrückt. Damit war zwischen F und B einerseits, zwischen F und L andererseits eine scharfe Sprachgrenze gezogen, eine Stufe an die Stelle der schiefen Ebene getreten.“ (A. a. O. S. 27.)

das ganze Autoritäts-, Mirakel- und Offenbarungswesen in seinen Grundfesten erschüttert, wenn die streng wissenschaftliche Religionsgeschichte die Entstehung des Christentums in ihren Bereich zieht und in unwiderlegbarer Weise die ganze vom Klerikalismus hartnäckig festgehaltene mirakulöse Urgeschichte Stück für Stück auf durchaus menschlich-natürliche Vorgänge zurückführt. Dieses Problem ist innerhalb der evangelischen Theologie von jener freien Richtung, die von der Tübinger Schule (Ferd. Christ. Baur) ihren Ausgangspunkt genommen hat, mit unablässigem Eifer und furchtlosem Wahrheitssinn andauernd verfolgt worden, und es scheint, daß diese Bestrebungen heute zu einer im wesentlichen endgültigen Abklärung und zu dauernd gültigen Resultaten gelangt sind. Der geistvolle Berliner Theologe Otto Pfleiderer hat in der 2. Auflage seiner Schrift „Das Urchristentum, seine Schriften und Lehren in geschichtlichem Zusammenhange" (2 Bände, Berlin 1902) die Endergebnisse in großartiger Weise zu einem überzeugenden Gesamtbilde zusammengefaßt. Das Werden des Christentums rückt hier in den Kreis des natürlichen Geschehens hinein, wird ein Stück wirklicher Geschichte, denselben Gesetzen unterworfen und nach denselben Maßstäben zu messen, wie jedes andere geschichtliche Werden. Wenn irgend ein Stück geschichtlicher Forschung, so verdient es gewiß dieses, auch dem weiteren Kreise wenigstens seinen wesentlichen Ergebnissen nach vor Augen geführt zu werden. Es muß da in überwältigender Weise der Eindruck entstehen, daß unsere mächtig ausgreifende Zeit an keinem Punkte auf dem Boden des Altherkömmlichen stehen bleiben will, sondern in jeder Richtung sich anschickt, ganz neue Lebensformen aus sich herauszugebären.

Bei dem gewaltigen Umfange des Gegenstandes muß für unsere Berichterstattung Beschränkung auf das Allerwesentlichste Gesetz sein. Dabei wollen wir uns aber nicht versagen im Interesse der Gemeinverständlichkeit teils die Anordnung etwas zu modifizieren, teils einige Züge deutlicher auszumalen, anderenteils aber auch vereinzelte Bedenken gegen die Pfleidererſche Darstellung nicht zurückhalten.

Die Propheten Israels hatten dem jüdischen Volke als dem auserwählten Bundesvolke des einzig wahren Gottes, des Weltschöpfers und Weltregierers, eine stolze Ausnahmestellung, eine Herrscherstellung, unter den Nationen der Erde zugewiesen. Leider machte die harte Tatsächlichkeit diese glänzenden Träume immer wieder und wieder in grausamer Weise zu nichte. In sich selbst gespalten und der Übermacht der großen Weltreiche, des assyrischen, babylonischen, medopersischen, macedonisch-hellenistischen und endlich des römischen, machtlos preisgegeben, stellte es seiner tatsächlichen Weltstellung nach einen kläglichen Gegensatz

gegen die hohen Ansprüche dar, die der Jahweglaube in ihm gezeitigt hatte. Aber die heroischen (oder vielleicht besser gesagt die fanatisch verbohrten) Träger des Universalgedankens wurden durch die fortschreitende Misere nur hartnäckiger und phantastischer. Da auf dem Wege des natürlichen Geschehens keine Verwirklichung der theokratischen Ideale zu erwarten war, proklamierte man ein plötzliches Eingreifen der göttlichen Allmacht, das mit einem Schlage die gesamte Weltlage umkehren und Israel die ihm gebührende Weltstellung schaffen sollte. Ein Gottgesalbter (dies der Sinn von Messias-Christus) wird unter völlig übernatürlichen Erscheinungen das Gottesreich aufrichten. In den letzten Jahrhunderten der alten Welt steigert sich die Prophetie zur Apokalyptik. Beginnend mit dem Buche Daniel (um 150 v. Chr.) zieht sich eine Reihe solcher Zukunftsverkündigungen durch mehrere Jahrhunderte hin, eine noch grotesker als die andere. Das erwartete Gottesreich trägt bald mehr national-patriotische, bald mehr religiös-ethische Züge. Nur der Grundgedanke, die begnadete Herrscherstellung des Gottesvolks, ist stets derselbe.

Im Strome dieser apokalyptischen Zukunftshoffnungen bewegt sich um die Wende der alten Welt das Wirken Johannes des Täufers. Er verkündet die frohe Botschaft (das Evangelium), daß das Gottesreich demnächst sich verwirklichen wird, daß der Messias im Anzuge ist. Aber das Gottesreich ist nur für die Würdigen, für das wahre Israel, bestimmt. Mit düsterem Ernst verlangt er eine innere Bereitschaft. Nur eine Auslese des Volkes, die im messianischen Gerichte bestehen wird, hat Anteil an den Segnungen des neuen Weltalters. Die sich hochmütig brüstenden Leiter des Volkes, die Hierarchen, Pharisäer und Schriftgelehrten, sind unwürdig und fallen der Verwerfung anheim. Als Sinnbild der Umkehr zu neuem Sinn und Wandel vollzieht er die Wassertaufe im Jordan.

Zu den von der Gewalt dieser Persönlichkeit und ihrer apokalyptischen Verkündigung magnetisch Angezogenen gehört auch Jesus von Nazareth.

Hier ist nun der Ort, wenigstens summarisch darauf hinzuweisen, daß über die Entstehung der vier Evangelien und ihren Wert als Geschichtsquellen nach einer langen Reihe mit unendlicher Ausdauer durch viele Jahrzehnte fortgesetzter Untersuchungen heute ein annähernd abschließendes Urteil erzielt worden ist. Die Urquelle war ein aramäisch geschriebenes Urevangelium, das selbstverständlich in letzter Linie auf Erinnerungen persönlicher Zeugen beruhte. Aber schon in ihm war diese Überlieferung durch Einwirkungen, die erst weiter unten verständlich gemacht werden können, einer so radikalen Umgestaltung unterwor-

sen worden, daß der Charakter einer Geschichtsquelle ihm eigentlich nicht mehr zukam. Die geschichtlichen Erinnerungen waren schon hier im Sinne einer erst nach Jesu Tode entstandenen Auffassung seiner Person und seines Wirkens völlig umgemodelt worden. Diesem Urevangelium steht am nächsten unser Markusevangelium, verfaßt bald nach 70 n. Chr., doch so, daß hier die persönliche Eigenart und die besonderen Lehrmeinungen des Verfassers, so wie die durch die Zerstörung Jerusalems im Jahre 70 veränderten Zeitumstände eine den Stoff noch weiter umgestaltende Einwirkung geübt haben. Die übrigen drei Evangelien gehören erheblich späteren Zeiten an. Lukas, verfaßt um 90—100, und Matthäus, verfaßt um 120, zeigen die der Lage der Gemeinde im Zeitpunkte ihrer Abfassung entsprechende veränderte Auffassung. Das Johannesevangelium vollends, um 140, schafft von völlig neuen Gesichtspunkten und Voraussetzungen aus ein Phantasiebild, dem auch die letzte Spur der geschichtlichen Grundlage abhanden gekommen ist. Aber auch von den drei ersten Evangelien, den sogenannten Synoptikern, gilt, daß ganz erhebliche Teile ihres Inhalts als spätere Tendenzdichtung für die geschichtliche Benutzung wegfallen, daß anderenteils bedeutende Partieen des wirklich Geschehenen in ihnen bis auf geringfügige Spuren getilgt sind, daß endlich das Maß des in ihnen erhaltenen wirklich Geschichtlichen unsicher und zweifelhaft ist und nur durch eine nach festen Prinzipien vorgehende methodische Kritik mit einiger Wahrscheinlichkeit herausgeschält werden könnte. In unserer kurzen Summierung der Ergebnisse müssen wir uns natürlich darauf beschränken, die ganz unhistorischen Partieen stillschweigend bei Seite zu lassen und auch das einigermaßen geschichtlich Probehaltige ohne Beifügung der kritischen Detailoperationen vorzuführen.

Jesus kommt also 30 jährig zu Johannes. Über sein Leben und seine Entwicklung bis dahin fehlt jede geschichtliche Nachricht. Nach dem Apostel Paulus (Röm. 1, 3) und dem noch erkennbaren ursprünglichen Wortlaute der Geschlechtsregister bei Matthäus und Lukas war er der Sohn seiner Eltern. Darauf, daß alle drei Berichterstatter ihm die Herkunft von David — natürlich väterlicherseits — zuschreiben, ist nichts zu geben, da diese Angabe der natürliche Ausfluß der ihm zuerkannten Messiaswürde (der „Sohn Davids“) ist.

Jesus nimmt die Taufe des Johannes an und zeigt dadurch, daß er sich den phantastischen Gedankenkreis dieses Messiasverkündigers angeeignet hat. Er tritt sodann selbst als Bußprediger im Hinblick auf die nahe Umwälzung und das ihr vorangehende messianische Gericht ganz im Sinne des Johannes auf. Vielleicht nahm er anfangs auch das asketische Wüstenleben seines Meisters an. Wenigstens berichtet

Markus (1, 13), er sei nach der Taufe 40 Tage in der Wüste „bei den Tieren" gewesen. Bald aber macht sich bei ihm eine etwas andere Geistesrichtung geltend. Er verlegt den Schauplatz seiner Verkündigung in die Mitte der menschlichen Wohnstätten, an den See Genezareth, und verzichtet auf die asketischen Zutaten in Kleidung und Lebensweise, die für Johannes charakteristisch waren. Dagegen bleibt er mit der Forderung der radikalen Sinnesänderung und ihrer Bekräftigung durch die Taufe im Hinblick auf das messianische Gericht und mit der schroffen Verurteilung der Hochstehenden und der Leiter des Volks ganz auf dem Boden des Johannes stehen.

Der Erfolg seiner Predigt ist durchschlagend; große Volksmassen hängen ihm an. Die ekstatische Stimmung der nahen Weltwende ist aber ferner auch ein vorzüglicher Nährboden für Suggestionsheilungen, die sich ihm fast von selbst ergaben, die aber durchaus zu unterscheiden sind von den Wundern, die ihm später auf Grund des Messiasdogmas angedichtet wurden. Zweifelhaft muß bleiben, in welchem Maße auf dies Wirken als bloßer Bußprediger im Hinblick auf das kommende Gottesreich die Berichte über seine Predigt in den drei synoptischen Evangelien, die ihn von Haus aus als Messias schildern, übertragen werden können. Jedenfalls kann dies nur so geschehen, daß unanfechtbare Kriterien zur Sonderung der etwaigen geschichtlichen Grundlage von der späteren messiasgläubigen Umgestaltung aufgestellt werden. Die Art, wie Pfleiderer das Bild des historischen Jesus in dieser galiläischen Zeit entwirft, bleibt wohl nicht ganz in den Grenzen dieser kritischen Reserve. Zwar die viel erörterten radikalen Moralvorschriften à la Tolstoi, die ihm beigelegt werden, können aus der schwärmerischen Vorstellung von der unmittelbaren Nähe des Gottesreiches, die jede Sorge um das Endliche aufhebt, abgeleitet werden. Hat sich ja doch ähnliches unter etwas veränderten Umständen nachher auch in der Urgemeinde wiederholt. Es darf aber nicht vergessen werden, daß es schon bei Markus, von den beiden anderen Evangelien ganz zu schweigen, von der Taufe an durchweg der Messias selbst ist, der redet, und daß diese Voraussetzung auf die Berichte durchweg in einem kaum zu berechnenden Maße umgestaltend wirken mußte. Ja, Markus läßt sogar über dieses umgestaltende Prinzip hinaus eine unzweifelhaft ungeschichtlich freie Stellung zum jüdischen Gesetze bei Jesu hervortreten, legt ihm also paulinischen Geist bei. Bei den Bildern vom neuen Lappen auf dem alten Kleide und vom Most, der nicht in die alten Schläuche gefüllt werden soll (Mark. 2, 21 f.), scheint der Messias nicht als bloßer Verbesserer des Mosaismus, sondern als völlig neuer Gesetzgeber vorzuschweben. Somit kann das Problem einer historischen Fundierung des ursprünglichen Wirkens Jesu

noch nicht als gelöst betrachtet werden, ja es muß zweifelhaft bleiben, ob es überhaupt gelöst werden kann.

Erst in einem späteren Stadium seines Wirkens ist nach Pfleiderer bei Jesus der Glaube an die eigene Messianität aufgetaucht. Es ist leicht ersichtlich, welch eine gewaltige Umwälzung in seinem ganzen Seelenleben der Durchbruch dieser Überzeugung hervorrufen mußte. Dieser Glaube aber ist es auch, der ihn in Wirklichkeit zum Zuge nach Jerusalem bewogen hat. Jerusalem ist die natürliche Stelle, wo die zu erwartende göttliche Wunderkatastrophe vor sich gehen muß!

Sind nun die Berichte über das galiläische Wirken vornehmlich durch den Glauben an die Messianität Jesu und durch die Zurückdatierung seines Auftretens als Messias getrübt, so die über sein Auftreten in Jerusalem durch Tilgung derjenigen Züge seines Verhaltens, die aus der Annahme des sofortigen Eintretens der großen Weltkatastrophe entspringen mußten.

Ist die Voraussetzung richtig, daß Jesus im Momente seines Einzugs in Jerusalem den Anbruch seiner messianischen Herrschaft erwartete, so muß er schon für diesen Moment eine durchschlagende göttliche Machtentfaltung erwartet haben. Die Apokalyptik rechnet nicht mit dem natürlichen Pragmatismus des Geschehens, etwa der Aktion erregter Volksmengen: sie rechnet mit göttlichen Gewaltstreichen. Der einzige anscheinende Nachhall dieser schwärmerischen Erwartungen, der sich erhalten hat, findet sich nicht einmal bei Markus, sondern bei Matthäus, und zwar in den Worten, die Jesu bei seiner Gefangennehmung in den Mund gelegt werden, wenn er seinen Vater bäte, würde ihm dieser mehr als 12 Legionen Engel zu Hilfe senden (Matth. 26, 53). Er muß nach diesen Voraussetzungen vom Momente seines Einzugs an jeden Augenblick des alles umstürzenden göttlichen Eingreifens gewärtig gewesen sein. Es muß angenommen werden, daß er diesen messianischen Einzug selbst lediglich auf Grund vermeintlicher göttlicher Offenbarungen über den Anbruch der neuen Weltzeit vollzogen hat und daß die an den Vater gerichtete Bitte um ausgiebige Engelhilfe in Wirklichkeit nicht als abgelehnte Möglichkeit, sondern als im Mittelpunkte seines Geisteslebens stehende Wirklichkeit vorhanden gewesen ist. Mit dem Ausbleiben des Ungeheueren beginnt die Peripetie dieser erschütternden Tragödie verhängnisvoller Wahnvorstellungen. Auch die bis zum Siedepunkte erhitzten Massen müssen in diesem Zeitpunkte das sofortige Eintreten der wunderbaren Katastrophe erwartet haben. Jeder Moment der Verzögerung wirkt da befremdend und abkühlend.

Im unmittelbaren Anschluß an den Einzug begiebt sich Jesus in

den Tempel (Mark. 11, 11). Sind die gemachten Voraussetzungen richtig, so konnte dies nur den Sinn haben, daß an diesem geweihten Orte die göttliche Machtentfaltung ihren Anfang nehmen würde. Aber es geschieht nichts. Am Abend verläßt er die Stadt und geht mit den Jüngern nach Bethanien. Offenbar fühlte er sich in der Nacht, nachdem die enthusiastischen Volksmassen sich verlaufen hatten, vor einem Überfall der fanatischen Hierarchen, gegen die sein Gottesreich gerichtet war, nicht sicher.

Andern Tages kehrt er in die Stadt und in den Tempel zurück. Die seltsame Feigenbaumgeschichte unterwegs (11, 12 ff, 20 ff) ist vielleicht ein ins Wunderbare entstellter Rest des Ursprünglichen, eine Spur des bei ihm selbst sich leise regenden Gefühls der Enttäuschung. Dagegen ist die Austreibung der Händler aus den Tempelhallen an diesem Tage (Mark. 11, 15 ff) wieder ein Akt messianischen Selbstgefühls, der aber, weil nichts weiter erfolgt, nur geeignet ist, die feindselige Stimmung seiner Gegner noch zu verschärfen (V. 18). Auch am Abend dieses zweiten Tages bringt er sich auswärts in Sicherheit (V. 19).

Der dritte Tag führt ihn wieder in den Tempel. Allerlei Reden werden gewechselt, deren Geschichtlichkeit sich schwer ausmachen läßt (11, 27 bis 13 zu Ende). Jedenfalls ist hier jede Spur der durch das Ausbleiben des prognostizierten Wunders sich immer peinlicher und bedrohlicher gestaltenden Situation — wir sprechen immer vom Gesichtspunkte der Pfleidererschen Grundannahmen aus — völlig getilgt und beseitigt. Nur das Fehlen aller Berichte über die Wunderheilungen, von denen der Bericht des Markus über das galiläische Wirken förmlich strotzt, für diesen Zeitraum scheint wenigstens indirekt das Bedrückende der Situation zu kennzeichnen. Zu den beiden folgenden Tagen wird nur berichtet, daß der Gegner sich rüstet, vor dem Zusammenströmen noch größerer Volksmassen zum Osterfest der Sache ein Ende zu machen, und daß Jesus andauernd die Nächte in Bethanien zubringt (14, 1 ff). Sehr charakteristisch aber ist, daß jetzt im Jüngerkreise der Verräter auftaucht. Offenbar hat sich bei Judas der Rückschlag gegen die enthusiastische Wundererwartung so vollständig vollzogen, daß er keinen Anstand nimmt, seine Kenntnis von dem nächtlichen Schlupfwinkel des Meisters und dem Wege dahin in baares Geld umzusetzen.

Jesus hat am sechsten Tage mit seinen Jüngern das Passah gehalten und schreitet am Abend mit denselben über Gethsemane dem gewohnten Asyle zu. Sollte der Seelenkampf in Gethsemane (14, 32 ff) nicht vielleicht ursprünglich ein heißes Ringen um das endliche Eintreten des Messiaswunders gewesen sein?

Hier hat Lukas einen rätselhaften Zug, der merkwürdig in die

wirkliche Situation hineinpaßt, wie wir sie nach Pfleiderer voraussetzen. Und nur in diese, während er der Situation, wie sie in den Evangelien vorausgesetzt wird, schnurstracks widerspricht. Nach dem Passah fordert Jesus (Luk. 22, 36 ff) die Jünger auf, sich, selbst unter Verkauf ihrer Oberkleider, mit Waffen zu versehen, erklärt aber, als zwei Schwerter vorgewiesen wurden, das sei genug. Hier liegt offenbar (wie Pfleiderer ausführt) die Befürchtung eines von den Hierarchen geplanten Überfalls durch gedungene Meuchelmörder vor. Für diesen Fall genügten zwei Schwerter. Leider ist aber von den Feinden dieser Modus des Vorgehens nicht gewählt worden. Sie haben eine ganze Schar Bewaffneter aufgeboten und da ist jeder Widerstand zwecklos. Nun ist nach der Darstellung in unseren Evangelien Jesus nach Jerusalem gezogen, nicht um das Messiasreich aufzurichten, sondern um das ihm verordnete stellvertretende Sühnleiden auf sich zu nehmen. Unter dieser Voraussetzung durfte er sich der Vollziehung des göttlichen Ratschlusses nicht entziehen. Schon das Aufsuchen des Asyls zur Zeit, wo ihn das Volk nicht schützte, steht mit dieser Darstellung in Widerspruch, vollends aber die Organisierung eines direkten Widerstandes.

So gelingt es den Hierarchen, unter Überschreitung ihrer Befugnisse durch einen Gewaltakt, ihn in ihre Hand zu bekommen. Der Irrtum Jesu über den Modus ihres Vorgehens hat das Verhängnis besiegelt und die Katastrophe eingeleitet. Im Momente der Verhaftung hat die ganze Jüngerschaft die Flucht ergriffen (Mark. 14, 50 ff). Das Schicksal nimmt seinen Gang, die Priesterschaft weiß beim römischen Landpfleger den Kreuzestod durchzusetzen. Sehr merkwürdig ist, daß von den bekannten „sieben Worten am Kreuz“ Markus nur das e i n e hat: „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen!“ (15, 34). In diesem Ausruf sieht Pfleiderer wohl mit Recht wieder einen stehengebliebenen Rest des wirklichen Verlaufs und somit eine überaus starke Bestätigung seiner ganzen Auffassung. Der Gott, auf dessen Wunderwirken er in der schwärmerischen Extase seines Messianitätsglaubens mit Sicherheit rechnete, hat ihn im Stiche gelassen. Dieser Ausruf ist der letzte Verzweiflungsschrei des Enttäuschten und von unsäglichen Schmerzen Gefolterten. Die Tragödie ist für Jesus selbst, für sein individuelles Bewußtsein, ganz aus.

Nicht aber für die Welt. Ein neuer Faktor tritt jetzt in Wirksamkeit, von dem aus sich die Fäden spinnen, aus deren Zusammenschluß als letztes Ergebnis sich die weltbeherrschende Kirche entwickelt hat.

Die Jünger, ebenfalls aller ihrer Illusionen beraubt, begeben sich betrübt und niedergeschlagen in ihre galiläische Heimat zurück. Alle die Wundererscheinungen am offenen Grabe usw. sind Legenden späterer Er-

findung, für deren wahre Beschaffenheit schon ihr widerspruchsvoller Charakter Zeugnis ablegt. In Galiläa aber vollzieht sich in den Seelen dieser Getreuen eine wunderbare Umwandlung. Der Tod Jesu erscheint ihnen in einem vollkommen neuen Lichte. Er war nicht eine tragische Enttäuschung, ein bejammernswertes Zerstieben phantastischer Erwartungen. Er war ein göttlicher Ratschluß. Alttestamentliche Aussprüche über stellvertretendes Sühnleiden Gerechter werden auf ihn bezogen. Es wird ihnen klar, daß dieses Sühnleiden den Höhepunkt und die eigentliche gottgewollte Aufgabe seines ersten Auftretens als Messias war. Es muß ein zweiter Akt folgen, eine neue Ankunft (Parusie), in der er nun doch das ersehnte Gottesreich aufrichten wird. Er kann also nicht im Tode geblieben sein. Er muß auferstanden sein. Auch dies ließ sich durch alttestamentliche Stellen bekräftigen. Diese neuen Vorstellungen steigern sich zu ekstatischen, visionären Zuständen. Petrus hat den Auferstandenen leibhaft gesehen, dann die 12 Apostel, dann Andere, zuletzt eine Schar von über 500 Jüngern (I. Kor. 15, 5 ff). Welcher Art diese Erscheinungen waren, geht zur vollen Genüge daraus hervor, daß Paulus sie in eine Linie stellt mit dem visionären Zustande, in dem ihm selbst, 20 Jahre nachher, bei seiner Bekehrung auf dem Wege nach Damaskus der Gekreuzigte erschienen ist. Auch daß die Erscheinungen mehrfach einer größeren Zahl von Personen gleichzeitig zu Teil geworden sind, erklärt sich leicht aus dem bekannten suggestiv ansteckenden Charakter derartiger abnormer Zustände des Nervensystems. Die von Paulus bezeugte Erscheinung vor mehr als 500 Jünger ist übrigens, wie Pfleiderer anführt, vermutungsweise mit dem Pfingstwunder in Jerusalem, das zur Gründung der Gemeinde führte, in Eins gesetzt worden.

Jedenfalls eilen die so umgestimmten Apostel mit ihrer neuen Botschaft nach Jerusalem. Die kurzen sieben Wochen zwischen Ostern und Pfingsten haben diese Umstimmung von weltgeschichtlicher Tragweite vollzogen. Was das Passah nicht gebracht hat, wird jetzt auf Grund des vermeintlichen Auferstehungswunders wieder als in naher Aussicht stehend verkündigt. Des Menschen Sohn wird kommen auf den Wolken des Himmels, um das wahre Israel zu erlösen. Und wieder zeigt sich als Produkt dieser schwärmerischen Erwartung in der neuen Gemeinde die weltflüchtige Ethik. Ganz wie bei Jesu selbst ist das in Aussicht stehende Heil nur für die Elite des jüdischen Volkes bestimmt. Die Messiasgläubigen sind das wahre Israel. Wer als Außenstehender teil haben will, muß sich beschneiden lassen und das nur in einigen Punkten durch Jesus geläuterte mosaische Gesetz einschließlich der Kultus- und Reinheitsgebräuche erfüllen.

Die ganze Erinnerung der Urapostel an das persönliche Wirken Jesu verfällt jetzt einem Umwandlungsprozesse, dessen erster Niederschlag das aramäische Urevangelium war. Die Messianität wird nach dieser Neugestaltung schon durch einen Wundervorgang bei der Taufe festgestellt (die sogenannten Kindheitsgeschichten, die Markus noch nicht kennt, sind von noch weit späterem Ursprung). Das Wirken Jesu in Galiläa erfährt auf Grund der über das Auftreten des Messias gang und gäben Vorstellungen eine Umprägung ins kraß Wunderbare. Der Zug nach Jerusalem wird nicht unternommen, um das Gottesreich aufzurichten, sondern um den Sühnetod zu erleiden. Nachdrückliche und wiederholte Vorherverkündigungen dieses Leidens werden Jesus in den Mund gelegt usw.

Eine neue Religion ist dies Urchristentum noch nicht. Es ist Judentum + die Vorstellung, daß der Messias erschienen sei („daß Jesus sei der Christ"), daß er in seinem Tode ein Sühnopfer gebracht habe und nächstens wiederkomme und auf wunderbare Weise das Gottesreich aufrichten wird, ein Gottesreich, das weiter nichts ist, als ein veredeltes und seiner kläglichen Weltstellung entnommenes Judentum.

Wie durch harte Kämpfe seit den fünfziger Jahren dieser Bann gebrochen und die ersten Etappen zur künftigen Weltreligion zurückgelegt werden, das lehrt uns weniger die schönfärberische Pseudogeschichtschreibung der Apostelgeschichte, als einige drastische Züge der paulinischen Briefe (besonders Galat. 1 u. 2). Das Hauptverdienst hierbei kommt dem Apostel Paulus zu. Aber trotz der Geistesfreiheit, mit der er den Heiden ohne den Durchgang durch das Judentum das Heil erschließt, trotz der Begründung einer großen Zahl gemischter Gemeinden durch ihn hängt auch er in dem grundlegenden Punkte der apokalyptischen Hoffnung noch an der Nabelschnur des Judentums. So lange aber diese Erwartung der unmittelbar bevorstehenden Weltkatastrophe obwaltet, kann noch nicht von einer neuen Weltreligion die Rede sein. Ein Glaube, der den vorhandenen Zustand der Menschheit nur für ein kurzes Provisorium hält, kann nicht als ein Religionssystem im eigentlichen Sinne des Wortes gelten. Ein solches muß notwendig auf einen dauernden Bestand der Gesellschaft rechnen. Aber auch sonst war das mit bohrendem Scharfsinn entworfene, stark individuell gefärbte und äußerst komplizierte Lehrsystem des Apostels wenig geeignet, die Grundlage des allgemeinen Glaubens der Gemeinden zu bilden. Die verschiedenen in ihm zusammengeschlossenen Gedankenreihen gehen nicht einmal zur vollen Einheit zusammen und zeigen teilweise in den späteren Ausführungen Wandlungen und Weiterentwicklungen. Die Kirche hat denn auch in ihrer weiteren Entwicklung dieses Lehrsystem ziemlich bei Seite liegen lassen.

Wie nun von dem durch die echten Paulusbriefe markierten Zustande zu Anfang der sechziger Jahre aus (Paulus ist wahrscheinlich der neronischen Verfolgung 64 zum Opfer gefallen) sich in einem Zeitraum von mehr als einem Jahrhundert durch höchst komplizierte Prozesse die sogenannte altkatholische Kirche entwickelte, das wird bei Pfleiderer unter Zusammenfassung der vielfachen, diesem Gegenstande gewidmeten Studien eingehend dargelegt. Jetzt erst hat sich das Christentum auch in dem Sinne zur Weltreligion herausgebildet, daß sie das dauernde Fortbestehen der Welt voraussetzt. Diese altkatholische Kirche zeigt im Keimzustande schon alle Eigentümlichkeiten des mittelalterlichen Kirchentums in Lehre, Kultus, Verfassung und Leben.

Wir haben wenigstens den Grundzügen nach gezeigt, wie sich im Licht der wissenschaftlichen Religionsforschung das Fundament dieses imposanten Baues ausnimmt. Es ist klar geworden, daß Jesus kein Religionsstifter sein wollte und daß der von seiner Person ausgehende Anstoß sich erst von seinem Ursprunge völlig loslösen und durch tausend Metamorphosen hindurchgehen mußte, ehe das ins Leben treten konnte, was man die christliche Kirche nennt.

Daß nun durch solche Resultate die römische Kirche mit ihrem starren Festhalten an einem System völlig ungeschichtlicher Annahmen in ihren Grundfesten erschüttert und von der Geschichtswissenschaft gerichtet erscheint, das bedarf keines weiteren Ausweises. Es entsteht aber angesichts des dargelegten Tatbestandes die viel weitergehende Frage: Kann die christliche Kirche überhaupt diese Resultate aufnehmen und mit ihnen in irgend einer Form fortbestehen? Freilich würde selbst im Bejahungsfalle die weitere Schwierigkeit ins Gewicht fallen, daß neben der Geschichtswissenschaft auch die Naturwissenschaft unablässig am Werke ist, einen Teil der Grundvoraussetzungen des kirchlichen Systems, die metaphysischen, völlig zu untergraben und als unmöglich zu erweisen. Durch diese Sachlage aber ist die Aufgabe gestellt, neue und haltbarere Grundlagen für das Ideale im Geistesleben des Einzelnen und im Leben der Gesellschaft zu suchen und in Wirksamkeit zu setzen.

Das ist das große Problem des zwanzigsten Jahrhunderts.

Kleine Mitteilungen.

Die japanische Shin-Shu-Sekte.

Man konnte in der letzten Zeit des öfteren in der Presse lesen, daß die Japaner im Grunde genommen ein atheistisches Volk wären. Diese Bezeichnung könnte jedoch nur insofern Geltung haben, als daß sich die Mehrzahl der Gebildeten an die Moral des Confutse hält, dessen Lehre bekanntlich alle Metaphysik beiseite läßt und sich auf Staats- und Sittenlehre beschränkt. Die japanische Staatsreligion dagegen bildet der Shintoismus (seit der Restauration des Kaisertums zu Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zum Staatskultus erhoben), ein Ahnen- und Naturkultus mit zahllosen Gottheiten, an deren Spitze die Sonnengöttin steht. Der Shintoismus ist jedoch stark vom Buddhismus durchsetzt, der seinerseits weitaus die meisten Anhänger zählt und über mehr als 70 000 Tempel mit etwa 105 000 Priestern verfügt. Der japanische Buddhismus wiederum, dem nordbuddhistischen System (Mahâyâna) angehörend, hat sich im Laufe der Zeit in zwölf Sekten geteilt, von denen die Shin-shu-Sekte (genau Jô-do-shin-shû, „die wahre Sekte des reinen Landes") die bedeutendste ist und über rund 20 000 Tempel verfügt. Diese Sekte, deren Anhänger man mutatis mutandis die Protestanten unter den Buddhisten Indiens nennen kann, ist in mancher Beziehung sehr interessant. In seinem jüngst bei Fromman in Stuttgart erschienenen Buche „Aus der Indischen Kulturwelt", gesammelte Aufsätze, gibt uns Dr. Arthur Pfungst über sie nähere Aufschlüsse. Sie hat die Ehelosigkeit der Priester abgeschafft und gestattet ihnen, Fleisch und Fisch zu essen und gegohrene Getränke zu trinken. Sie erklärt die Abstinenz für unnötig und hält es für genügend, sich gut zu betragen, Barmherzigkeit zu üben und so oft als möglich den Namen Amitâbha Buddhas auszusprechen. Ihr Stifter hat auch die Palisprache, in der die buddhistischen heiligen Schriften geschrieben sind, im Kultus abgeschafft und dafür die Volkssprache eingeführt. Die Sekte ist durchaus freisinnig im abendländischen Sinne und hat beispielsweise die verachtetsten Volksklassen aufgenommen. Weitaus wichtiger ist jedoch der Umstand, daß sie in ihrer Grundlehre vom Christentum beeinflußt erscheint und dadurch vielleicht berufen ist, als Brücke zwischen der buddhistischen und christlichen Kultur in Zukunft eine Rolle zu spielen, wie denn Anhänger dieser Sekte bereits heute in den Vereinigten Staaten eine starke Missionstätigkeit entfalten. Eben in diesen Tagen erhielten wir eine Zuschrift von einem dieser Missionare aus S. Franzisco, derzufolge daselbst ein großer buddhistischer Tempel gebaut sei, ferner eine buddhistische Kirche in Sacramento und daß der Bau einer großen buddhistischen Kirche in Seattle im Staate Washington beabsichtigt sei. Im ganzen befänden sich jetzt fünf buddhistische Kirchen oder Missionen in den großen Städten an der Pacificküste mit zwölf Dependencen, und die Mission würde demnächst ihre Tätigkeit auch im Osten der Vereinigten Staaten ausbreiten.

Die eigentümliche Lehre der Shin-shu-Sekte besteht nun darin, daß das höchste Ziel, das „Geborenwerden in dem reinen Lande", die Erlangung Nirwanas, die Erlösung nicht durch eigene Kraft bewerkstelligt wird, wie Buddha es lehrt, („welche Tat ein Wesen tut, zu einem solchen Dasein gelangt es"), sondern durch die stellvertretende Macht des ursprünglichen Gebetes von Amitâbha Buddha, das den Zweck hatte, alle lebenden Wesen zu retten, und das wörtlich lautet:

„Wenn irgend ein lebendes Wesen der zehn Regionen, welches mit wahrhaftigen Gedanken und mit dem Wunsche, in meinem Lande geboren zu werden, an mich geglaubt hat, und welches auch zehnmal in Gedanken meinen Namen wiederholt hat, — nicht in meinem Lande geboren würde, dann würde ich nicht die volle Erkenntnis erlangt haben."

Wenn diesen Worten die offizielle Lehre der Sekte noch eine Betrachtung hinzufügt, in der Worte vorkommen wie diese: „Da wir einsehen müssen, daß unsere eigene Kraft nicht ausreicht, sollten wir uns darauf beschränken, ausschließlich an die stellvertretende Macht des ursprünglichen Gebetes (Buddhas) zu glauben" — so ist dieses Faktum, daß eine Sekte den Kern der ursprünglichen Religion genau in sein Gegenteil verkehrt, so merkwürdig, daß es sich nur durch eine Beeinflussung von andern außerbuddhistischen Gedankenkreisen erklären läßt. Der Gedanke nun, daß wir durch den Glauben an ein fremdes Verdienst himmlische Seligkeit erlangen können, ist der spezifisch-christliche, nur daß der Christ an die Kraft des stellvertretenden Leidens und Sterbens Jesu Christi glaubt, während der Anhänger der Shin-shu-Sekte dafür das Gebet Amitâbha Buddhas setzt, da ja es ein Leiden und gewaltsames Sterben Buddhas nicht gibt. Verstärkt wird die Annahme einer Beeinflussung durch das Christentum in der Shin-shu-Sekte noch dadurch, daß die Seligkeit des reinen Landes genau so geschildert wird wie der christliche Himmel.

Historisch ließe sich diese Beeinflussung wohl begründen. Der Buddhismus wurde von China aus in Japan eingeführt, in China aber sind nachweislich seit dem 6. Jahrhundert n e s t o r i a n i s c h e M ö n c h e als Missionare tätig gewesen. Wir wissen nicht nur, daß nestorianische Mönche im Jahre 551 die Eier der Seidenraupe nach Konstantinopel brachten, viel wichtiger als diese vielleicht nur legendäre Nachricht ist die im Jahre 1625 in Singansu aufgefundene Tafel mit einer Inschrift, aus der mit Sicherheit auf die enge Fühlung der Nestorianer mit den Buddhisten geschlossen werden kann. Die Shin-shu-Sekte entstand dann später aus der im Jahre 584 von einem chinesischen Bonzen gestifteten Tendaisekte.

Freilich verschweigt Dr. A. Pfungst nicht, daß er hier eine Hypothese ausspricht, die von namhaften Forschern, u. a. auch von Max Müller, nicht akzeptiert ist, immerhin aber ist damit die ganze Frage noch nicht geklärt und wohl der Beachtung wert.

In neuester Zeit machen sich im Buddhismus Japans Reformbestrebungen geltend, um dem Christentum wirksam entgegenzutreten, und die Missionstätigkeit japanischer Buddhisten beweist, daß wir es nicht nur von Indien her mit einem Wiedererwachen des Buddhismus zu tun haben, dessen Wirkungen wir um so mehr spüren werden, wenn Japan aus dem Kriege mit Rußland siegreich hervorgehen sollte.

H—g.

*

Vom brüchig gewordenen Beichtsiegel.

Der Hauptinhalt der von dem verjesuiteten katholischen Klerus gehaltenen Predigten betrifft, wenn er nicht direkt politisch ist, d i e B e i c h t e. Mit allen möglichen Rednerlisten und unter Erzählung schöner, ergötzlicher Geschichten soll das Volk in den Beichtstuhl gelockt werden. Die Beichte steht und fällt mit der Unverletzlichkeit des Beichtsiegels, und jeder Prediger betont auch eigens, daß

das Beichtsiegel noch nie von einem katholischen Priester gebrochen wurde.

In der Tat muß zugestanden werden, daß von einem offenkundigen Beichtsiegelbruch bisher so viel wie nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist.*) Das schließt jedoch nicht aus, daß im internen Verkehr, insbesondere im Verkehr von Klostermitgliedern, untereinander Beichtsiegelbrüche massenhaft stattgefunden haben und noch stattfinden. Nunmehr haben wir jedoch einen ganz öffentlichen Beichtsiegelbruch zu verzeichnen und er wird merkwürdigerweise von den kirchlichen Behörden selbst der Öffentlichkeit mitgeteilt. Es ist die ganz mysteriöse Affäre des Erzbischofs Kohn von Olmütz. Es sei vorausgeschickt, daß Kohn politisch eine ziemlich indifferente Persönlichkeit ist, dagegen hat er das Finanzwesen der enorm reichen Olmützer Diözese, das unter seinen hochadeligen Vorgängern ziemlich verlottert war, etwas geordnet, ist jedoch in mancher Hinsicht zu schneidig vorgegangen.

Es sei des weiteren vorausgeschickt, daß Olmütz bisher eine Art finanzieller Heilanstalt für herabgekommene österreichische Adelsgeschlechter war.

Einer der Junker machte schnell sein Theologikum, wurde flugs Domherr und dann bei der nächsten Wahl Erzbischof. Aus den Riesen-Einkünften lebte dann die ganze Sippe in Saus und Braus. Bei der letzten Wahl konnten sich die adeligen Herren nicht einigen, keiner gönnte dem anderen den Reichtum und den Rang, und so kam der bürgerliche „Judenstämmling" Kohn in die erzfeudale Olmützer Bischofsliste.

Die eigentlichen Hasser Kohns sind nicht die Priester seiner Diözese, sondern die adeligen Herren im Domherrnkapitel, die durch alle möglichen Intriguen Kohn verdrängen wollen, um selbst an die Goldkrippe kommen zu können. Kohn ist bekanntlich vollkommen rehabilitiert worden und heute ist von einer Absetzung gar keine Rede mehr. Doch die Hauptsache bei der ganzen Affäre ist folgender Brief (abgedruckt in No. 14 160 der „Neuen Freien Presse") des bevollmächtigten fürsterzbischöflichen Vertreters Dr. Kallus vom 25. Januar 1904 mit dem Passus: „Es ist wahr, daß die Inquisition zu Rom in der ersten Hälfte September 1903, bestätigt vom apostolischen Stuhl, erklärte, daß der hochwürdige Fürsterzbischof von Olmütz das Delikt der Verleitung zum Bruche des Beichtgeheimnisses durchaus nicht begangen habe. Es handelte sich auch um gar kein Beichtgeheimnis, wohl aber um einen Mißbrauch des heiligen Bußsakraments, begangen von einem pflichtvergessenen Priester und das corpus delicti liegt vor, und überdies war ein Augen- und Ohrenzeuge anwesend." Was geschehen ist, läßt sich aus dem sehr gewunden stilisierten Satz nicht entnehmen, aber eines geht mit Sicherheit daraus hervor, daß mit der Beichte Schindluder getrieben wurde, und daß dies, wenn auch verschämt, von den geistlichen Behörden in authentischer Form bestätigt wurde. Das genügt uns, und hoffentlich allen Katholiken, die bisher an die Unverletzlichkeit des Beichtsiegels glaubten.

L.—L.

*) Anm. der Redaktion. Doch! Père Dulac im Dreyfusprozeß. Vergl. Rom und die Lüge von Prof. Michand. Neuer Frankfurter Verlag. Preis M.—75.

*

Karl Jentsch hat den Namen vergessen!

„In einem süddeutschen Blatt, dessen Namen ich vergessen habe, hat ein Anonymus gegen einen meiner „Zukunft"-Artikel polemisiert und behauptet, der Staat dürfe sich den Luxus nicht gestatten, kostspielige Einrichtungen wie Sternwarten und chemische Laboratorien zurückgebliebenen Köpfen auszuliefern, da er freie Denker genug zur Verfügung habe. Ich lasse die Astronomen und Chemiker darüber entscheiden, ob sich zur Handhabung ihrer Instrumente und Apparate von katholischen Hirnen dirigierte Hände schlechter eignen als die Hände freier Geister, und konstatiere nur die Tatsache, daß die katholische Hirnkapazität vorläufig noch zu dem tausendfach kundgegebenen Entschluß der deutschen Katholiken hingereicht hat sich die ihnen zugedachte Behandlung nicht gefallen zu lassen." — Also schreibt Karl Jentsch in der „Zukunft" vom 13. Februar u. a. Das süddeutsche Blatt, dessen Namen er vergessen hat, ist das „Freie Wort", welches am 20. Mai 1902 eine Notiz „Karl Jentsch über katholische Professuren" gebracht hat, gegen welche Karl Jentsch einen polemischen Brief in der Nummer vom 20. Juni 1902 des „Freien Worts" veröffentlichte! Heute, also etwa 1½ Jahre nach dem Abdruck seines Briefes hat Herr Jentsch bereits den Namen unseres Blattes vergessen — welchen betrüblichen Rückschluß gestattet das auf seine „katholische Hirnkapazität", um mit seinen eigenen Worten zu reden!

Zur Sache selbst ist nur noch wenig zu sagen. So lange Jentsch noch darüber im Zweifel sein kann, daß sich zur Handhabung astronomischer und chemischer Instrumente und Apparate von klerikalen Hirnen dirigierte Hände schlechter eignen als die Hände freier Geister — ist jede Diskussion eigentlich überflüssig. Denn was nützt das „Handhaben" der Instrumente, wenn das Individuum, das über die Hände verfügt, ihre Sprache nicht zu deuten vermag? Wenn beispielsweise ein klerikaler Forscher mit der Hittorfschen Röhre experimentiert hätte, durch deren elektrische Entladungen Professor Röntgen 1896 die ersten Schatten-Photographien von dem Skelette einer menschlichen Hand erhalten hat, dann hätte ein solcher klerikaler Forscher infolge seiner eigenartigen „Hirnkapazität" sofort aus der Skelett-Photographie den unabweislichen Schluß gezogen, daß der Teufel hinter der Photographie stecken müsse, und hätte sich einen Exorcisten, möglichst einen Jesuiten, verschrieben, um diesen verruchten Teufel aus der Hittorfschen Röhre auszutreiben. Zum Glück saß aber kein teufelsgläubiger Professor daran, sonst wäre das staatliche Geld für die Hittorfsche Röhre umsonst ausgegeben gewesen und die X-Strahlen wären vielleicht heute noch nicht entdeckt!

Man kann an der Frage, um die es sich hier handelt, so lange herumdeuteln, wie man will — über die Tatsache kommt man nun einmal nicht hinaus, daß es ein Unrecht und eine Torheit vom Staate ist klerikale Forscher anzustellen, wenn er freidenkende finden kann. Und zwar in erster Linie deshalb, weil, wie wir früher ausführlich nachgewiesen haben, ein Mann, der heutigentags überhaupt noch klerikal sein kann, wo alle dogmatischen Lehren der Kirche von der wissenschaftlichen Kritik längst zusammengehauen sind — überhaupt nicht das Urteilsvermögen besitzen kann, das wir von Jemanden verlangen, der auf den Ehren-Namen „Forscher" Anspruch macht.

Es ist übrigens schlechterdings gar nicht zu verstehen, warum Karl Jentsch seine farbenblinden Kollegen absolut für das Studium des

Spektrums empfiehlt — denn darauf läuft sein Verlangen hinaus gerade die am weitesten zurückgebliebenen Köpfe Deutschlands an die Apparate zu setzen, wo die erleuchtetsten noch nicht erleuchtet genug sind! Gegen die Natur kann doch auch Karl Jentsch nicht erfolgreich ankämpfen — und Menschen, welche nach dem Ratschlusse der göttlichen Vorsehung dazu bestimmt sind in der Zentrumsfraktion des bayrischen Landtags zu glänzen, oder unter Korums Patronat an einer Schule in Trier zu wirken, soll man nicht gewaltsam an chemische, physikalische oder astronomische Apparate setzen wollen, denn die daraus resultierenden übermäßigen Fortschritte in den Wissenschaften könnten Gott nicht wohlgefällig sein!

*

Tätige Hexerei.

Ein Vorlesungsthema für katholische Universitäten.

Bekanntlich ist es dem Eifer der wohllöblichen hohen Obrigkeiten im XVII. Jahrhundert gelungen, die Scharen von Erzzauberern und Hexen zu vertilgen, die ehemals die deutschen Lande beunruhigten. Um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts war es schon ein sehr seltener Fall, daß man noch einer Hexe habhaft werden konnte; durch die Sorgfalt der Kirche schien das deutsche Volk endgültig von dieser Plage befreit zu sein. Der böse Feind (salva venia) sah ein, daß er mit diesem Mittel nicht mehr verfangen könne, und verfiel daher auf ein neues: die Aufklärung, welche das alte Werk der Hexen und Teufelsgenossen, die Menschen von dem wahren Heil der Kirche abzuhalten, fortsetzte. Nur noch einen Versuch wagte der Böse auf die alte Weise, er schlich sich auf unerhörte Art in das Kloster Unterzell bei Würzburg ein und verführte daselbst die Nonne Maria Renata zu teuflischem Zauberwerk. Glücklicherweise kam jedoch die bischöfliche Obrigkeit bald dahinter, bevor noch weiterer Schaden angerichtet war, und so wandelte sich des Bösen versuchte Arglist gar bald zum Heile und zur wahren Aufklärung durch die herrliche Rede, welche ein ehrwürdiges Mitglied der Gesellschaft Jesu, P. Georgius Gaar, bei dieser Gelegenheit an das versammelte Volk richten konnte und welche noch heute von jedermann mit vielem Nutzen zu lesen ist. Sie erschien unter dem Titel: „Christliche Anred nächst dem Scheiterhaufen, worauf der Leichnam Mariae Renatae, einer durchs Schwert hingerichteten Zauberin, der 21. Januar anno dom. 1749 außer der Stadt Wirtzburg verbrennet worden, an ein zahlreich versammeltes Volk gethan und hernach aus gnädigstem Befehl einer hohen Obrigkeit in öffentlichen Druck gegeben, von P. Georgio Gaar, S. J. — 4°. — Wirtzburg in der Hofbuchdruckerei." In dieser vortrefflichen Schrift ist sehr scharfsinnig ausgeführt, wie „die Zauberer von Gott wegen dem zunehmenden Unglauben an Gott und den Teufel zugelassen worden sind", was aber natürlich die „weise Strenge der Gesetze gegen die Zaubergreuel" nicht verhindern dürfe. Und mit richtiger Vorahnung sagt der hochwürdige Herr Verfasser, es werde noch weit kommen mit den Menschen, wenn sie ihre Kinder, statt sie in geistliche Schulen zu schicken, „allerhand Gesindel" zur Erziehung anvertrauen.

Unbegreiflicherweise aber hatte der Vorfall nicht die erhoffte Wirkung, heilsamen Schrecken unter den Feinden der Kirche zu verbreiten, sondern sie erhoben kühner denn je ihr trotzig Haupt und von der Nordsee bis zum mittel-

ländischen Meere erschallte ihr Geschrei ob der Würzburger Affäre. So weit war bereits der Unglauben vorgedrungen, daß sich selbst ein Mitglied der Kirche aus dem Orden der Theatiner zu München bereit fand, den Sturm der Aufklärer wider die Grundpfeiler der Kirchenzucht zu unterstützen. Freilich war er zugleich Mitglied der damals neugegründeten bayrischen Akademie der Wissenschaften und hielt sich für verpflichtet, auch seinerseits, der herrschenden Mode der Vernichtung aller Grundlagen eines wahrhaft christlichen Staates seinen Tribut zu zollen. Deshalb hielt er am Namensfeste des Kurfürsten im Jahre 1766 in der Münchner Akademie der Wissenschaften eine Rede, die sogar von den Feinden der Kirche für nur höchst mittelmäßig gehalten wurde, in welcher er aber zu beweisen suchte, daß die Hexerei und alle Teufelsbuhlschaft nur eine Einbildung schlecht denkender Menschen sei. Auch diese Rede ist in Druck erschienen unter dem Titel: „Akademische Rede von dem gemeinen Vorurteil der wirkenden und thätigen Hexerei, welche an Sr. Churfürstlichen Durchlaucht in Baiern usw. höchst erfreulichem Namensfeste abgelesen worden von P. Don Ferdinand Sterzinger, regulierten Priester, Theatiner, Mitgliede der churbaierischen Akademie der Wissenschaften den 13. Oktober 1766. München, bei Maria Magdalena Mayrin.“ Sie heute noch zu lesen, ist wahrlich kaum der Mühe wert; fast alle Argumente sind aus den Schriften, die 16 Jahre früher anläßlich des Würzburger Falles von den Italienern Dell'Isa und Scipio Maffei verfaßt wurden — einfach abgeschrieben.

Dabei befindet sich der Verfasser in einer höchst kläglichen Situation, nämlich in vollstem Widerspruch mit seinen eigenen Landesgesetzen, die auf die Zauberei den Tod setzten. Freilich sucht er in sophistischer Weise darüber hinwegzukommen, indem er unter anderem sagt: „Ich merke schon, daß einige meiner wertgeschätzten Zuhörer denken werden, wie es dann möglich wäre, daß so viele Hexen durch Feuer und Schwert aus der Gesellschaft der Menschen seyen vertilget worden, wenn sie weder die höllischen Geister in den menschlichen Leib bannen, weder durch Teufelskünste dem Nächsten schaden oder einen Bund mit dem Satan machen können? Allein verdienen nicht diejenigen den Tod, welche den heiligsten Namen der unendlichen Majestät Gottes lästern, den Teufel anrufen, ihn heidnisch anbeten, von ihm Hülfe und Beistand verlangen? Wenn auch die Hexerei in sich selbst ein eitles und leeres Nichts, ein Vorurteil und Hirngespinnst verrückter Köpfe ist?“

Es fehlte denn auch nicht lange, bis dieser seichte Aufklärer in die ihm zukommenden Schranken zurückverwiesen wurde. Wie ein Mann erhob sich das treu zu seiner Kirche stehende Bayern und ein wahrer Regen von Angriffsschriften ergoß sich über P. Sterzinger. Unwiderleglich wurde ihm in einer leider anonym erschienenen Schrift nachgewiesen, daß er als Priester die Bibel und die Kirchenlehrer nicht kenne, wenn er behaupte der Hexenglaube sei nur bloßer Pöbelwahn, denn, daß es Hexerei mit Hilfe des Teufels gebe, das sei der biblischen und kirchlichen Lehre vollkommen gemäß. Später stellte sich denn auch heraus, daß diese Zurechtweisung von kompetentester Seite erfolgt war, denn der Verfasser jener mit „Erlaubnis der Oberen“ gedruckten Abhandlung, war kein anderer als der Augustiner und rühmlichst bekannte Professor der Theologie an der Universität München P. Agnellus Merz.

In geradezu klassischer Weise aber wurde der naseweise Akademiker von einem Namensvetter des letzerwähnten, von dem Benediktiner P. Angelus

März, endgültig abgefertigt. Dessen Abhandlung, deren Lektüre nicht genug anempfohlen werden kann, (leider ist sie eine bibliographische Seltenheit) trägt den Titel: P. A. März, Kurze Verteidigung der Hex- und Zauberey wider eine dem heiligen Kreutz zu Scheyrn nachtheilige akademische Rede, welche den 13. Oktober 1766 von P. Don F. Sterzinger abgelesen worden. Freysing, gedruckt bei Ph. L. Böck."

Höchst überflüssigerweise beruft sich P. März als Beweis, daß es wirklich Hexen gebe, darauf, daß so berühmte Autoritäten wie der Jesuit Delrio, der hochansehnliche Porta, der vortreffliche Jurist Carpzov, der 53 mal die ganze Bibel gelesen und nach seinen eigenen Angaben 20 000 Todesurteile contra sagas gefällt, fest von der Wirklichkeit der Zauberei überzeugt waren. Es bedurfte nicht einer so unanfechtbaren Argumentation, denn die eigenen Beweise, welche unser Autor beizubringen weiß, werden jedermann von der Richtigkeit seiner Meinung überzeugen. Um nicht den urwüchsigen Hauch, der seinem Stile eigen ist, zu verwischen, ist es wohl am besten, wenn wir von S. 57 seiner Schrift seinen Hauptbeweis, daß man wirklich mit Hilfe des Satans zaubern kann, wörtlich wiedergeben: Da steht also: „Das Kloster Scheyrn (das nicht weit von der alten bayrischen Bischofstadt Freising liegt) hat die Ehre, sich mit dem größten und mit Blut besprengten Partikul vom wahren Kreutz Christi zu rühmen. Die Andacht und Verehrung hierfür kamme endlich so weit, daß man um dessen Verehrern ein Genüge zu leisten, theils von Messing, theils von Silber kleine gegossene Kreutzl an dem wahren Particul anrühren und ihnen überlassen mußte, welche bis auf izige Stund als ein, absonderlich wider Hex- und Zauberey dienendes Mittel von allen sind erkennet worden, wie aus einem gedrückten und den Fremdlingen zu gebenden Zettel erhellet, dessen Inhalt wir anhero setzen: Die an solchem hochheiligen Partickel benedicirt, und anberührte Kreutzlein (welche sogar die Unkatholischen an vielen Orten wegen ihrer großen Kraft hoch schätzen) dienen sonderbar wider die gefährliche Donner- und Schauer-Wetter, dann Zauber- und Hexereyen - - -, demmet den bösen Feind in den besessenen Personen, machet das krank- und bezauberte Vieh wieder gesund, u. s. f. — Hochwürdiger Herr Akademicus! ist die Hex- und Zauberey ein Fabelwerk, eine Blödsinnigkeit, ein Vorurteil schlechtdenkender Seelen, so sind wir scheyerische Väter schändliche Betrüger, Wort- und Maulmacher, wie man zu reden pflegt, gleich jenen Marktschreyern, welche die hoche Berge, wo sich ein kaiser Maximilian verirret hat, auf- und ab klettern. Die Folge ist zu klar, als daß sie einer weiteren Probe nöthig ist. Da nun dieses nicht nur der Ehre der Scheyerischen Religiosen sehr nahe kommt, sondern auch dem dasigen Heiligen Kreutzpartickel sehr nachteilig ist, wie darfen Sie sich wundern, wenn da und dort eine Probe aus der Feder geschlichen, der keinen Khylus oder Milchsaft machen wird?"

Dieser empfindliche Verlust, der dem Kloster Scheyern durch die unbedachte Rede des freigeistigen Akadamikus drohte, läßt sich leicht ermessen, wenn wir aus dem weiteren Verlaufe der März'schen Schrift ersehen, daß damals nach „Bayern, Schwaben, Böhmen, Österreich, Mähren und Ungarn" jährlich etwa 40 000 Scheyerische Kreuze verkauft wurden.

P. März ging jedoch noch daran mit echt wissenschaftlicher Gründlichkeit alle vorhandenen Beweise zugunsten der Existenz von Zauberei zu erschöpfen und liefert noch zum Schlusse ein gar wohl bekräftigtes Dokument, das jedenfalls ein für allemal diese Frage zu entscheiden vermag. Es ist dies ein

mit priesterlichem Eide bekräftigtes, dreifach unterzeichnetes und untersiegeltes Zeugnis, daß ein Karmeliter von dem niederbayrischen Kloster Abensberg im Jahre 1719 durch ein Scheyerisches Kreuz von einer angehexten Krankheit befreit wurde. Daß die Heilung schon vor so langer Zeit erfolgte, kann der Glaubwürdigkeit dieses Wunders keinen Eintrag tun, da es ja so wohl bezeugt ist. Besagter Karmeliter hatte sich, seiner Aussage nach, „plötzlich von so starkem Zauberwerk angesteckt gefühlt, daß er Stimme, Sprache und Verstand verlor." Sein Beichtvater legte ihm ein Scheyerisches Kreuz auf das Haupt und gab ihm mit dem Kreuze geweihtes Öl zu trinken, worauf der Kranke drei Tage hindurch die verschiedensten „Zauberstücke" erbrach, dann aber plötzlich gesundete. Unter diesen Zauberstücken befanden sich Hufnägel, Kerzendochte, Schweinsborsten, ein halber Hechtkopf, ein Flintenstein, ein versilbertes Papier mit Engelsköpfen, ein Stück Leder, abgenütztes Tuch, Zwirn und dergleichen mehr.

Die Frage war also gegen Sterzinger entschieden und P. März zögerte auch nicht, mutig und unerschrocken die Konsequenz daraus zu ziehen. In dem Motto seiner Schrift druckt er den Paragraphen der Max-Josephinischen Kriminalordnung ab, welcher die Gemeinschaft mit dem Teufel mit dem Tode bestraft; dann fragt er, kühn trotzend der Macht der bayrischen Akademie, was wohl von jenen zu halten wäre, die nicht an Hexerei glauben? Und welche Antwort konnte er darauf geben? Doch nur die, daß nur ein Teufelsgenosse die Wirklichkeit der Hexerei leugnen könne!

Dieser mutige Schritt des wackeren P. März, der sich durch kein sogenanntes aufklärerisches Modegeflunker blenden ließ, hatte auch den gewünschten Erfolg. P. Sterzinger mußte sich vor Gericht, vor dem geistlichen Konsistorium zu Freising stellen. Die Untersuchung dieser prinzipiell so wichtigen Frage dauerte lange, aber die Entscheidung fiel doch nicht nach dem Wunsche der durch den leidigen Handel aufgeregten Gemüter aus. In unbegreiflicher Nachgiebigkeit vermied man eine prinzipielle Entscheidung zu treffen und ermahnte daher den Urheber der ganzen Sache, sich der Meinung der Autoritäten anzupassen, im übrigen aber möge sowohl er als auch P. März „in dieser Materie eine moderate und die Gemüter beruhigende Schrift herausgeben". Und unter der Wucht der von den Scheyrischen Vätern vorgebrachten Gründe brach der so Irregeleitete endlich reuevoll zusammen und unterwarf sich laudabiliter. In einer 3. Auflage seiner Schrift änderte er den Hauptsatz derselben und dieser lautete nun statt dem bisherigen: die Hexerei sei ein Vorurteil schlecht denkender Menschen, in wesentlich anderem Sinne: „Die Hexerei ist ein Vorurteil seicht denkender Menschen."

Damit aber hatte diese kecke Auflehnung gegen die anerkannte Lehrmeinung kirchlicher Autoritäten doch ihr allseits befriedigendes Ende gefunden.

Antimagus.

*

Büchertisch.

Judentum und Entwicklungslehre. Nach einem in Innsbruck über **Babel und Bibel** gehaltenen Vortrag von Dr. A. Tänzer, Rabbiner für Tirol und Voralberg in Hohenems. Berlin S. Calvary & Cie. Preis Mk. 2.—.

Bereits bei der Besprechung der „Vorlesung über Kant" von Simmel (siehe No. 23 des Blattes) haben wir auf den Widerstand aufmerksam gemacht,

der sich seitens evangelischer Theologen gegen die Bestrebungen richtet, die christliche Religion auf Grund der Historie, der apologetischen Literatur unter Anwendung der „kritischen Methode“ zu restaurieren, anstatt sie fortzuentwickeln. Und nun erhebt sich ein jüdischer Theologe, ein Rabbiner, und fordert, die Religion, wohlgemerkt: die jüdische Religion mit den Ergebnissen der Naturforschung, der Soziologie und der Altertumskunde in Einklang zu bringen.

Alle Hochachtung vor diesem begeisterten freisinnigen Mann, der die Denkfreiheit auch für den Geistlichen fordert und die Ergebnisse der neueren Entwickelungsgeschichte mit dem ethischen Standpunkte Kants verbindet, um zu einer solchen Auffassung der Religion zu gelangen und hier wiederum der jüdischen Religion, daß der Widerspruch zwischen der Religion und der modernen Weltanschauung aufgehoben wird. Das Buch ist schon deshalb eine höchst interessante und wertvolle Leistung und wir wünschen ihm einen ausgedehnten Leserkreis, weil es eine Ermannung des jüdischen Liberalismus bedeutet, der lange genug versumpft war, während Orthodoxie und Zionismus sich mächtig regten und noch regen — das vom sozial-ethischen Gesichtspunkt in Hinsicht auf die abscheulichen Erscheinungen der Zeit durchaus gerechtfertigte Einheitsbedürfnis hat gewiß ebenfalls dazu beigetragen, daß die jüdische Reformpartei der Orthodoxie große Konzessionen gemacht hat, aber es ist fraglos, daß diese Konzessionen Erscheinungen zutage fördern, die zu beklagen sind. Der Protest des Verfassers gegen den Satz: „Der Rabbiner vertritt die alte Lehre, die Gemeinde das moderne Leben“ ist in der Entwickelung des modernen Judentums nur allzusehr begründet. Dieser Satz ist merkwürdigerweise insbesondere für die großen Kultusgemeinden zum Leitmotiv geworden; die geistige Entwickelung wird durch diese Formel geradezu unterbunden. Aber auch für die christliche Gemeinde hat dieses Leitmotiv die gleiche Geltung und Wirkung.

Die Frage der Weitergestaltung der Religion hat eine praktische und eine wissenschaftliche Seite. Die praktische stellt sich dar als die Frage nach der Aufgabe der Kirche und der Synagoge, die wissenschaftliche nach dem Verhältnis des „Glaubens“, speziell des überlieferten Glaubens und des Wissens. Der Versuch beide Seiten in Einklang zu bringen, die praktische und die wissenschaftliche, ist noch schwieriger als die Widersprüche zwischen Glauben und Wissen zu beseitigen. Der Einzelne kann wohl den Widerspruch zwischen Glauben und Wissen kurzer Hand durch Abwerfung des Vernunftwidrigen beseitigen, aber nach der praktischen Seite kommt in Betracht jene Summe von Anschauungen, Einrichtungen, die Hegel so treffend den objektiven Geist genannt hat. Hier kommt die „Massenfrage“ in betracht, mit dieser also zugleich die erziehliche, sozial-ethische, das Glücksbedürfnis der Menschen. Für das Christentum — und darin zeigt sich eine bedenkliche Schwäche des Buches — hat der Verfasser gar kein Verständnis; die große Bedeutung des Christentums in der Frage des Glücksbedürfnisses, speziell der Massen ist ihm durchaus entgangen. Die praktisch-ethische Seite der Frage ist zu einseitig behandelt. Er sucht die Hauptaufgabe der Religion in der sittlichen Erziehung der Menschheit durch die dem Judentum innewohnenden Gedanken. Er macht also an Grenzlinien halt, an welchen der Philosoph nicht halt machen darf. Für ihn deckt sich der Begriff des Juden und des Menschen, jüdische Religion und Wissenschaft. Was sollen wir dazu sagen, wenn er in der Entwickelung der Religion nur drei

Etappen kennt: die vorjüdische Zeit, Moses, Spinoza (Seite 32)! Ist denn das Christentum keine Etappe in der Entwickelung der Religion? Daß Spinoza für das Judentum in Anspruch genommen wird, ist uns neu — gerade die Ausführungen Spinozas im religiös-politischen Traktat hätten den Verfasser darauf bringen müssen, daß zwischen Religion und Philosophie nicht allein Anziehung, sondern auch Abstoßung stattfindet.

Pfleiderer hat, wie wir in der oben angezeigten Rezension dargetan haben, darauf hingewiesen, daß die Religion auf Grund des vernünftigen Denkens und der autonomen Ethik weiterentwickelt werden müsse; sie muß, im Sinne Kants, „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft" sein. Aber was bleibt dann für die Religion im eigentlichen Sinne des Wortes: ehrfurchtsvolle Verehrung, Gehorsam, Gebundenheit gegenüber einer überlegenen Macht noch übrig?

Kant hat die Historie, den objektiven Geist, die gegenwärtige sozial-ethische Verfassung völlig außer Acht gelassen; selbst der freidenkende Priester, der Rabbiner will und kann wohl auch nicht ihm darin völlig folgen. Es ist von Wert von diesem Gesichtspunkt aus den Ausführungen Tänzers zu folgen. Die Menschheit, für ihn speziell die Juden, bilden eine Leiter — „sind nun," so fragt er „die Inhaber der oberen Sprossen von denen der unteren und untersten wirklich getrennt?" Einerseits ist er begeistert für das Judentum, andererseits weiß er sehr wohl, wenn er es uns auch nicht sagt, daß es vielen der Volksgenossen schwindlig würde, wenn sie auf der Sprosse stünden, auf welcher er steht. Der Verfasser sieht ein: die neue Religion ist nur möglich durch eine neue Erziehung, ja sie ist nichts als Erziehung des Menschengeschlechts, damit es auf den höchsten Sprossen stehen kann. So legt der Verfasser den Hauptwert auf die Erziehung zur Wahrheit. Bei der Frage: Moses oder Darwin, stellt er sich in sozial-ethischer Beziehung auf die Seite des großen Gesetzgebers und Erziehers, naturgeschichtlich gibt er ihn auch für den Jugendunterricht Preis; er erkennt, daß die Frage Bibel oder Babel für die Beurteilung des Judentums in der Weise zu lösen ist, daß dieses sich aus Babel, zugleich aber weit über Babel hinaus entwickelt hat. Die sozial-ethische Seite der Frage ist es zweifellos, die ihn hindert den spezifisch-jüdischen Standpunkt aufzugeben und den allgemein menschlichen und zugleich reinphilosophischen Standpunkt einzunehmen.

Wir wünschen diesem ehrlichen, mutigen Gelehrten Glück auf seine selbstgewählte, dornenvolle, aber nicht gefährliche Bahn. Wir sind überzeugt, daß im Judentum die Zeiten vorbei sind, in welcher Denker seiner Art, vor allem Spinoza, dem Synagogenbann verfielen. Der Verfasser erklärt in seiner Vorrede angesichts der Ergebnisse von „Bibel und Babel": der Nimbus des „auserwählten Volkes mag dem Judentum verloren gehen, der Nimbus des entwickelungsfähigsten Volkes aber wird ihm bleiben" — das könnte doch nur die Zukunft lehren. Zurzeit steht das Judentum wie das Christentum im Zeichen des Historismus und Positivismus, — Männer wie Pfleiderer und Tänzer sind Ausnahmen, jene Religion wird sich als die entwickelungsfähigste zeigen, welche Denkern wie diesen Schutz und Raum zur Entwickelung gewährt.

Frankfurt a. M., März 1904. Prof. Mannheimer.

Verantwortlicher Redakteur: Max Henning. Verlag des Neuen Frankfurter Verlags. Druck von Gebrüder Knauer. Sämtlich in Frankfurt a. M.